

Stand: 07.12.2025 07:11:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/346

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/346 vom 22.02.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 13.03.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1769 des HA vom 26.03.2019
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1773 des HA vom 26.03.2019
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1774 des HA vom 26.03.2019
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1759 des HA vom 27.03.2019
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1760 des HA vom 27.03.2019
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1762 des HA vom 27.03.2019
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1784 des HA vom 27.03.2019
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1785 des HA vom 27.03.2019
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1763 des HA vom 28.03.2019
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1775 des HA vom 28.03.2019
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1761 des HA vom 03.04.2019
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1771 des HA vom 04.04.2019
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1772 des HA vom 04.04.2019
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1787 des HA vom 04.04.2019
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1770 des HA vom 09.04.2019
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1778 des HA vom 11.04.2019
19. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1964 des HA vom 09.05.2019
20. Beschluss des Plenums 18/2058 vom 14.05.2019
21. Beschluss des Plenums 18/2060 vom 14.05.2019
22. Beschluss des Plenums 18/2061 vom 14.05.2019
23. Beschluss des Plenums 18/2062 vom 14.05.2019
24. Beschluss des Plenums 18/2068 vom 14.05.2019
25. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 14.05.2019 (EPL 5)
26. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 14.05.2019 (EPL 4)
27. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 14.05.2019 (EPL 3)
28. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 14.05.2019 (EPL 1)
29. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 14.05.2019 (EPL 11)
30. Beschluss des Plenums 18/2059 vom 15.05.2019
31. Beschluss des Plenums 18/2064 vom 15.05.2019
32. Beschluss des Plenums 18/2065 vom 15.05.2019
33. Beschluss des Plenums 18/2066 vom 15.05.2019
34. Beschluss des Plenums 18/2067 vom 15.05.2019
35. Beschluss des Plenums 18/2069 vom 15.05.2019
36. Beschluss des Plenums 18/2071 vom 15.05.2019
37. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 15)
38. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 12)

39. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 10)
40. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 9)
41. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 8)
42. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 2)
43. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 7)
44. Beschluss des Plenums 18/2063 vom 16.05.2019
45. Beschluss des Plenums 18/2070 vom 16.05.2019
46. Beschluss des Plenums 18/2072 vom 16.05.2019
47. Beschluss des Plenums 18/2073 vom 16.05.2019
48. Beschluss des Plenums 18/2074 vom 16.05.2019
49. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 16.05.2019 (EPL 13)
50. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 16.05.2019 (EPL 16)
51. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 16.05.2019 (EPL 14)
52. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 16.05.2019 (EPL 6)
53. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.05.2019



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 – HG 2019/2020)

Das Haushaltsgesetz und die Einzelpläne sind in den nachstehenden Links abrufbar:

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019/2020](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Ministerpräsident und Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 \(Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium für Justiz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Unterricht und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen und für Heimat\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten\)](#)

[Einzelplan 09 \(Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bayerischer Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 14 \(Staatsministerium für Gesundheit und Pflege\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst\)](#)

[Einzelplan 16 \(Staatsministerium für Digitales\)](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Claudia Köhler

Abg. Hans Herold

Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Harald Güller

Abg. Ralf Stadler

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Florian Ritter

Abg. Alexander König

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b** zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)

(Drs. 18/346)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir in Bayern in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ein stabiler Anker sind, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Dennoch hat all das, was um uns herum passiert, unmittelbare Auswirkungen darauf, wie es uns in Bayern geht, was wir in Bayern gestalten können und wie sich der Freistaat Bayern in den nächsten Jahren entwickeln kann.

Die Europawahl steht vor der Tür. Populisten begehren noch stärker Einlass in das Europaparlament. Immer mehr Randparteien verlangen den Austritt aus der Europäischen Union. Was in Großbritannien passiert, beobachten wir jeden Tag nicht nur mit Interesse, sondern vielmehr mit Sorge. All das wird natürlich nicht dazu führen, dass die Entscheidungen und Ergebnisse uns unberührt lassen werden.

Deswegen müssen wir überlegen, wie wir in Bayern auf diese Entwicklungen reagieren, aber auch, wie wir geschickt agieren. Damit wir in den Fragen unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht getrieben werden, müssen wir uns überlegen, was unser Beitrag ist, wie wir mit Haushaltsplanung und Innovation in Bayern dazu beitragen können, dass die wirtschaftliche Entwicklung stabil bleiben kann. Ich bin froh, dass wir, obwohl die Wirtschaft offensichtlich nicht mehr so schnell wächst, dennoch Wachstum haben werden. Allen Prognosen zufolge steht eben keine große Rezession bevor, auch wenn sich das manche in ihren Reden offensichtlich herbeisehnen. Das Wachstum wird nur nicht mehr ganz so hoch sein wie in den letzten Jahren. Wir müssen damit zurechtkommen und darauf achten, dass wir ein Stabilitätsanker bleiben.

Wir bauen mit unserem Haushalt auf den bewährten Fundamenten. Wir sind ein Land mit stabilen Finanzen und haben finanzpolitische Solidität stets auch mit Investitionen verbunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf kommt es an: auf einen soliden Haushalt, starke Investitionen und die Unterstützung der Wirtschaft in ihrer Entwicklung. Das führt dazu, dass wir in der Lage sind, sozialpolitische Schwerpunkte zu setzen, die wir alle uns wünschen. Ein wirtschaftlich starkes Land ist auch in der Lage, denen zu helfen, die sich selbst nicht so helfen können, wie sie es sich wünschen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Jeder Euro muss erst einmal verdient werden. Ich bin froh, dass durch fleißige Menschen und eine mutige Wirtschaft diese hohen Steuereinnahmen entstanden sind, die hoffentlich weiter so hoch bleiben. Wir müssen mit kluger Politik dafür sorgen, dass die Wirtschaft weiter in Fahrt bleibt und wir den Menschen helfen, die sich selbst nicht helfen können. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Thema der Schuldenbremse, die ab 2020 in allen Bundesländern gilt, ist für uns nichts Neues und auch kein Problem. Die Schuldenbremse

schockt uns zum 14. oder 15. Mal in Folge nicht mehr; denn wir haben aufgrund unserer Solidität seit 15 Jahren keine neuen Schulden mehr für den normalen, allgemeinen Haushalt machen müssen.

Aber wir tun noch mehr. Wir haben auch Schulden abgebaut. Bis Ende 2018 haben wir mittlerweile 5,6 Milliarden Euro alte Schulden getilgt. Auch im neuen Doppelhaushalt sehen wir eine Tilgungsleistung vor. Wir wollen an unsere Schuldentilgungspolitik anknüpfen und eine weitere Milliarde tilgen. So vermeiden wir Zinslasten in der Zukunft und schaffen Spielräume für weitere Investitionen.

Meine Damen und Herren, es kommt mir auch darauf an: Dieser Haushalt ist in jeder Hinsicht ein Rekordhaushalt, insbesondere auch im Investitionsbereich. Im Investitionsbereich können wir gar nicht genug tun. Ich denke, darin sind sich alle einig. Dort werden die Grundlagen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gelegt.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Die Rahmenbedingungen für Investitionen müssen passen. Das betrifft die Haushaltspolitik, aber auch die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen. Darüber haben wir schon mehrfach diskutiert. Ich habe die hohe Ehre, morgen wieder mit anderen Bundesländern über die Frage diskutieren zu dürfen, wie sich die Grundsteuer in Deutschland weiterentwickelt. Wir müssen auch im steuerpolitischen Bereich Akzente setzen, Investitionen anregen und diejenigen, die investitionsbereit sind, auch Unterstützung gewähren. Meine Damen und Herren, wir brauchen in Bayern auch in Zukunft eine aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik. Diese Politik wollen wir machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Glück gibt es keine Arbeitslosigkeit. Wir haben in weitesten Bereichen unseres Landes Vollbeschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zum Glück abhandengekommen. Wir haben in unserem Land erfolgreiche DAX-Konzerne und erfolgreiche Hand-

werksbetriebe. Wir haben erfolgreiche Start-ups und erfolgreiche Traditionsbetriebe. Wir haben fleißige Menschen und mutige Unternehmer. Das schafft uns die Spielräume für unseren Haushalt.

Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik ist auch Standortpolitik – selbstverständlich. Wir wollen erreichen, dass in wirtschaftspolitischer Hinsicht der gesamte bayerische Raum als Standort Bayern wahrgenommen wird. Der Standort Bayern beschränkt sich nicht auf München und die anderen Metropolen. Wir haben in Bayern noch Gegenden, wo sich die großen Münchner Unternehmen, auch unsere DAX-Konzerne, einmal umsehen sollten, weil dort Wachstum sowohl in Bezug auf Flächen als auch in Bezug auf Arbeitskräfte noch möglich und erwünscht ist. Nicht nur wir als Staat sollten eine Heimatstrategie verfolgen, mit der wir versuchen, die Entwicklung in allen Landesteilen gleichmäßig zu gestalten. Ich bitte auch die bayerische Wirtschaft, eine Heimatstrategie der Wirtschaft aufzulegen,

(Alexander König (CSU): Sehr gute Idee!)

sodass dort, wo noch Möglichkeiten zum Investieren bestehen, Investitionen verstärkt stattfinden können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mang?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Nein. – Darüber müssen wir uns unterhalten. Wir haben auch im Haushalt wieder herausragende wirtschaftspolitische Ansätze. Wir unterstützen Zukunftstechnologien aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt sowie künstliche Intelligenz mit signifikanten zweistelligen Millionenbeträgen. Ich nenne auch die Initiative Mobilfunk. Wir sorgen dafür, dass in Bayern die akademische und die berufliche Ausbildung gleichberechtigt nebeneinander gefördert werden. Wir fördern Master und Meister. Darauf kommt es an!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Anhebung der für den Meisterbonus zur Verfügung stehenden Mittel auf 130 Millionen Euro im Doppelhaushalt ist wirklich signifikant. Damit wird das unterstützt, was ich darzustellen versuchte.

Wie können wir spitze bleiben? – Indem wir auf der einen Seite die Wirtschaft unterstützen, wirtschaftsfreundliche Politik betreiben; das schafft Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich mit unserer eigenen Haushaltspolitik stets Taktgeber und Vorbild sein. Wir ernten nun erste Früchte unserer Finanzpolitik. Wenn Sie in den Haushalt sehen, stellen Sie fest, dass in den Jahren 2019 und 2020 nur 0,9 % des Ausgabevolumens oder 0,56 Milliarden Euro jährlich für Zinsen aufgewandt werden müssen. Es ist in der Tat ein sehr niedriger Wert, ja ein historischer Tiefststand, den wir erreicht haben. Wir müssen nicht Zinsen zahlen, wir können investieren. Deshalb können wir eine Rekordinvestitionsquote von 13,7 % im Doppelhaushalt ausweisen; auch das gab es in dieser Weise noch nie. Wir liegen damit an der Spitze aller vergleichbaren westdeutschen Flächenländer. Der Gesamthaushalt weist, wie Sie wissen, 124,7 Milliarden Euro aus.

Der Haushalt wird im nächsten Jahr – 2020 – zurückgehen, weil durch die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs im Haushalt die Ausgaben zunächst sinken. Für dieses Jahr – 2019 – haben wir immerhin noch 6,9 Milliarden Euro einplanen müssen. Ab 2020 entfällt der Länderfinanzausgleich in seiner bisherigen Ausgestaltung. Die Gelder werden dann über die Umsatzsteuer neu verteilt, was nach den Erkenntnissen aus den damaligen Verhandlungen dazu führt, dass wir vonseiten des Freistaats Bayern deutlich weniger Geld bezahlen müssen. Unsere Kommunen werden in der Fortführung dessen, was in Berlin verhandelt wurde, davon stark profitieren.

Damit bin ich bei den Kommunen. Ich als langjähriger Kommunalpolitiker weiß: Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Heimatpolitik, die Finanzpolitik, ja der Staat insgesamt funktioniert, ist, dass es den Kommunen gut geht. Den Kommunen in Bay-

ern geht es hervorragend. Sie sind in einem top Zustand. Sie haben, auch unterstützt durch unsere Politik, die absolute Spitzenposition in Deutschland inne. Die Investitionsquote der Kommunen in Bayern erreicht 21,3 %; in den Flächenländern West sind es im Durchschnitt 13 %. Bayerns Kommunen haben den höchsten Finanzierungssaldo aller Flächenländer – und mit uns einen starken Partner.

Nachdem im Bundesrecht nicht mehr vorgesehen ist, dass die Kommunen ab 2020 die erhöhte Gewerbesteuerumlage zu zahlen haben, werden den Kommunen ab 2020 noch einmal 800 Millionen Euro mehr in ihren Haushalten verbleiben. Ein stolzer Betrag! Neben all dem, was wir im kommunalen Finanzausgleich den Kommunen zugesagt haben, müssen sie noch einmal 800 Millionen Euro weniger abführen. Das ist eine riesige Summe. Das wird dazu führen, dass die Kommunen noch mehr investieren können.

(Alexander König (CSU): Sag es ruhig so laut, damit es alle wissen!)

Wir haben uns in dem Spitzengespräch darauf verständigt, dass wir diese bundesgesetzliche Vorgabe so hinnehmen und nicht Gegenrechnungen anstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber irgendwann einmal – auch das muss ich ehrlicherweise sagen dürfen – müssen die Kommunen sagen: Das ist wirklich ein guter Haushalt! Das ist viel Geld!

Meine Damen und Herren, diese 800 Millionen Euro hätte ich natürlich auch gern in meinem Staatshaushalt gehabt. Diese Summe muss ich nämlich von dem, was ich weniger nach Berlin und an andere Bundesländer überweisen muss, schon abziehen. Ich akzeptiere das zum Wohle der bayerischen Kommunen, möchte aber, um Nachfragen vorzubeugen, auch sagen: Wenn 1,3 Milliarden Euro – so war es damals kalkuliert – weniger nach Berlin gezahlt werden müssen und über 800 Millionen Euro bei den bayerischen Kommunen verbleiben, dann sind meine Spielräume und die des Parlaments aus dieser Entlastung nicht mehr ganz so groß, wie wir es uns wünschten. Aber

– ich wiederhole es – die Kommunen werden davon profitieren, wie sie auch vom kommunalen Finanzausgleich insgesamt profitieren. Nie haben die bayerischen Kommunen vom Freistaat Bayern so viel Geld erhalten wie in diesem Jahr, meine Damen und Herren. Niemals haben sie mehr erhalten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten im Jahr 2014 einen kommunalen Finanzausgleich von 7,9 Milliarden Euro. Er stieg schrittweise an: auf 8,3 Milliarden Euro, auf 8,56 Milliarden Euro, auf 8,9 Milliarden Euro, auf über 9 Milliarden Euro, auf 9,5 Milliarden Euro und jetzt auf 9,97 Milliarden Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie hoch war denn die Steigerung im Gesamthaushalt?)

2 Milliarden Euro mehr für die Kommunen in den vergangenen fünf Jahren – so hoch ist die Steigerung gewesen. Deswegen können die Kommunen gut agieren. Wir können darüber hinaus feststellen, dass die Schlüsselzuweisungen um 240 Millionen Euro angewachsen sind. Wir stärken die Hochbaumaßnahmen der Kommunen um weitere 50 Millionen Euro. Unseren Anteil an der Übernahme der Betriebskosten des ÖPNV haben wir um 27 % aufgestockt. Die Krankenhausfinanzierung belassen wir auf dem hohen Niveau von 643 Millionen Euro. All das sind Summen, die vor Ort Segensreiches bewirken.

Wir stellen in unseren Haushalt zudem Beträge für Vorhaben ein, die originär gar nicht unsere Aufgabe wären. Wir haben vor, den Kommunen in den nächsten Jahren 150 Millionen Euro als Kompensation für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu gewähren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE): Oje! Da klat-schen nur die FREIEN WÄHLER!)

In diesem Jahr werden es 100 Millionen Euro sein; denn 50 Millionen Euro fließen in einen Härtefonds für Rückerstattungen an Menschen, die mit diesen Zahlungen überfordert waren. Die anderen Millionen können wir verteilen, vor allem zur Spitzabrechnung im Bereich des Straßenausbaus und für den Einstieg in die Pauschalen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die bayerischen Kommunen in den Jahren 2010 bis 2017 jährlich im Durchschnitt – nach ihren eigenen Angaben – 62 Millionen Euro erhoben haben, dann kann mir doch heute niemand sagen, dass 150 Millionen Euro eine zu geringe Kompensationsleistung für die bayerischen Kommunen seien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

All das wird unseren Kommunen zugutekommen. Darüber hinaus unterstützen wir Maßnahmen zum Breitbandausbau. Wir gewähren eine Mobilfunkförderung. Wir unterstützen die Kinderbetreuung. Die Kommunen können so viel investieren wie nie zuvor!

Meine Damen und Herren, nicht nur die Kommunen können investieren; auch der Freistaat selbst investiert weiter. Wichtige Themen sind Digitalisierung und bezahlbares Wohnen. Die Kommunen werden im Bereich der Digitalisierung durch ein eigenes Förderprogramm zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren unterstützt.

Wir haben weitere 500 Millionen Euro für die Breitbandförderung in unserem Haushalt. Im Übrigen haben wir im Breitbandbereich in den letzten fünf Jahren Fortschritte gemacht, die es in dieser Form nirgendwo anders gibt. In Bayern haben mittlerweile 90 % aller Haushalte 30 Mbit/s, und 80 % aller Haushalte haben 50 Mbit/s. Das ist eine der wichtigsten Botschaften für den ländlichen Raum. Vor fünf Jahren hatten im ländlichen Raum nur 27 % der Haushalte schnelles Internet. Mittlerweile sind es 81 %.

Meine Damen und Herren, auch mir wäre es lieber, es ginge noch schneller. Aber jede Glasfaserleitung muss verlegt werden, und jedes Mal muss ein Verfahren durchgeführt werden. Wir kümmern uns darum, dass es mit diesem Ausbau vorangeht, damit Bay-

ern an der Spitze bleibt. Nirgendwo ist die Dynamik des Ausbaus so hoch wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch im Bereich des bezahlbaren Wohnens werden weitere Akzente gesetzt. Der Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung liegt in den Jahren 2018 und 2019 bei ungefähr 1,7 Milliarden Euro. Wir verlängern unser kommunales Wohnraumförderungsprogramm auch im Jahre 2020 unverändert mit 150 Millionen, obwohl im damaligen Wohnungspakt eigentlich geplant war, dass es ausläuft.

Im Bereich der Städtebauförderung haben wir einen Rekordbewilligungsrahmen in Höhe von 908 Millionen Euro. Damit können wir die Maßnahmen in der Städtebauförderung vor Ort hervorragend gestalten. Im Bereich der Innenortsentwicklung kommt es uns ganz entscheidend darauf an, neue Akzente zu setzen, indem wir die Kommunen bei ihren Investitionen unterstützen.

Wir investieren in BayernHeim, im Städtebau. 1.000 neue Staatsbedienstetenwohnungen werden wir bis 2020 haben. Das sind alles Mittel, die dazu aufgewandt werden, den Schwächeren in unserer Gesellschaft auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, Bayern ist das sicherste Bundesland. Auch hier setzen wir weitere Akzente. Wir haben 1.000 neue Polizeistellen im Doppelhaushalt. Ich weiß nicht, ob es in anderen Bundesländern Vergleichbares gibt: Das ohnehin sicherste Land sagt, man wolle noch sicherer werden. Wir werden alles dafür tun, was wir nur können, um noch mehr Polizei in der Fläche oder auch an der Grenze zu haben. Wir wollen mit Polizeidienststellen vor Ort nicht nur die subjektive Sicherheit der Menschen stärken, sondern auch objektiv noch besser werden, obwohl wir doch schon sehr gut sind.

Mit Fug und Recht können wir behaupten, dass es mit diesen 1.000 Stellen seine Richtigkeit hat und dass es richtig ist, dass wir für die innere Sicherheit und für den Rechtsschutz in diesem Doppelhaushalt 13,5 Milliarden Euro vorsehen. 930 Millionen Euro haben wir allein schon für das Polizeibudget vorgesehen. Lieber Herr Kollege Herrmann, das alles sind Rekordsummen, mit denen wir uns mit allen Bundesländern vergleichen können und mit denen wir ganz bestimmt das sicherste Bundesland bleiben werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das "Bildungsland Bayern" ist nicht nur eine Floskel, sondern Realität. In allen Bildungsrankings, über die ich im Einzelnen jetzt nicht philosophieren möchte, steht Bayern an der Spitze. Und nun werden wir im neuen Doppelhaushalt noch einmal 2.000 neue Stellen und im Sozialbereich weitere 200 Stellen vorsehen. Damit beweisen wir, dass die wichtigste Investition aus unserer Sicht den Köpfen der Menschen gilt. Wir wollen, dass die Menschen bei uns auch in der Zukunft im Bildungsbereich an der Spitze bleiben.

Dafür tun wir alles. Wir tun aber auch alles dafür, dass die Bildungspolitik in Bayern eigenständig bleibt. Wir haben nicht einmal schnell weitere Stellen in Aussicht gestellt oder sofort Einverständnis damit gezeigt, dass der Bund alles steuern soll, wie es die Linken fordern. Danke, Herr Ministerpräsident, dass wir Kurs gehalten haben, dass die bayerische Bildungspolitik auch in Zukunft in Bayern und nicht in Berlin gemacht wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Sehr richtig!)

Dass wir dennoch das Geld weiterhin bekommen, war wirklich eine hervorragende Verhandlungsleistung unseres Ministerpräsidenten. Damit können wir in Bayern eine gute Bildungspolitik machen. Mit dem Geld, das vom Bund kommt, können wir unsere eigenen Investitionen ergänzen. Denn gerade im Bereich der Digitalisierung der Schu-

len sind wir schon jetzt sehr intensiv unterwegs, mit all den Summen, die wir dafür aufbringen.

Auch für den Bereich der Hochschulen möchte ich feststellen, dass es großartige Fortschritte gibt. Ich nenne nur das Uniklinikum Augsburg. Wenn man nun generell betrachtet, wie sich die Hochbaumittel in diesem Doppelhaushalt entwickeln, dann kann man eigentlich nur aufstehen und ganz laut applaudieren. Im Jahre 2018 beliefen sich die Baumaßnahmen im Hochschulbereich auf 400 Millionen Euro; im Jahr 2019 waren es 505 Millionen; und im Jahr 2020 werden es 570 Millionen sein. Überall also haben wir Rekordsteigerungen und damit die Möglichkeit, vor Ort akademische Bildung gleichwertig neben die berufliche Bildung zu stellen. Insofern hoffe ich, dass wir auch in diesem Bereich Ihre Zustimmung finden.

Ich komme nun zum Klimaschutz im Mobilitätsland Bayern. Ja, wir sind ein Flächenstaat. Wir sind gerade im ländlichen Bereich darauf angewiesen, neben den berechtigten Forderungen und Maßnahmen, die den ÖPNV betreffen, auch in Zukunft noch den Individualverkehr zu ermöglichen. Wir setzen in Bayern nicht nur darauf, dass es Autos gibt, sondern wir fordern die bayerische Wirtschaft auch dazu auf, auch in Zukunft die besten Autos zu bauen, die es auf der ganzen Welt gibt.

Nur eines können wir nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, nämlich dass wir in Bayern unsere Autos aus angeblichen Gründen der Luftreinhaltung nicht mehr fahren lassen und die anderen in der ganzen Welt auffordern, unsere Autos zu kaufen. Deswegen bin ich sehr froh, dass es in Bayern keine unverhältnismäßigen Fahrverbote gibt. Ich sage es noch einmal: Bayern als größtes Flächenland muss mobil bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das gilt gleichermaßen für den ÖPNV wie für den Individualverkehr.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vor diesem Hintergrund stocken wir die Maßnahmen für die Luftreinhaltung auf. 2019 werden es bereits 14 Millionen Euro sein, und im Jahre 2020 werden wir noch einmal 13 Millionen drauflegen. 111 Millionen sind also im Doppelhaushalt vorgesehen. 136 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen dienen nur der Luftreinhaltung. Für den Individualverkehr und den Bau der Staatsstraßen werden wir wie im Vorjahr 703 Millionen bereitstellen. Damit können die Baumaßnahmen für die Staatsstraßen auf dem Niveau der Vorjahre weitergeführt werden.

Und noch eines möchte ich sagen: Vor Kurzem habe ich die Kritik gelesen, dass zu viele Bundesgelder im Bereich des Straßenbaus nach Bayern flössen. Meine Damen und Herren, diese Kritik kam hauptsächlich von der linken Seite. Ich habe die Beschwerden von GRÜNEN in Berlin im Ohr, dass zu viele Straßenbaumittel nach Bayern flössen. Meine Damen und Herren, seit wann können wir denn bayerische Politiker dafür geißeln, dass so viel Geld nach Bayern fließt? – Wie verrückt müsste man da eigentlich sein! Seien wir doch froh; wir können jeden Euro dringend brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Luftreinhaltung und Mobilität dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gute Luft ist unser Ziel, ohne Fahrverbote. Darauf kommt es an. Der ÖPNV leistet Hervorragendes dazu. Deswegen stocken wir auch hier die Mittel auf. In 2018 gab es 447 Millionen dafür, in 2019 sind es bereits 497 Millionen, und für 2020 ist ein ähnlicher Betrag vorgesehen. Das sind also annähernd eine Milliarde für den ÖPNV in diesem Doppelhaushalt.

Ich finde, damit können wir sehr viel erreichen, sowohl was den Bereich der Luftreinhaltung als auch was die Flächenwirksamkeit angeht. Wir stocken im ländlichen Raum die ÖPNV-Zuweisungen von 75 auf 94 Millionen auf. Das ist eine wichtige Aufstockung. Darüber hinaus stehen im Bereich der weiteren Förderung des ÖPNV zweistellige Millionenbeträge zur Verfügung. Das alles ist ein Niveau, mit dem wir sehr gut leben können.

Im Übrigen haben wir neben all dem auch im Bereich von Umwelt und Landwirtschaft weitere Akzente gesetzt. Für den Vertragsnaturschutz gibt es Rekordzahlen. 2015 hatten wir unter anderem im Vertragsnaturschutz 100 Millionen eingesetzt. Im Jahre 2020 werden es 178 Millionen sein. Daran können Sie die Steigerungen erkennen.

Wir wollen Umweltschutz und Landwirtschaft in Einklang bringen. Land- und Forstwirte sollen Partner im Bereich von Natur- und Landschaftspflege sowie in der Produktion der Nahrungsmittel insgesamt sein. Bayerns Artenvielfalt ist seit Jahrhunderten eng mit der bäuerlichen Landwirtschaft und der Forstwirtschaft verwoben. Ich hoffe, es bleibt dabei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass es nun einen Runden Tisch gibt, damit die Interessenkollisionen, die es offensichtlich gibt, und die unterschiedlichen Auffassungen zusammengeführt werden. Dieser Runde Tisch wird dazu führen, dass der Frieden zwischen Umweltschutz und Landwirtschaft noch größer wird. Ich wünsche diesem Runden Tisch einen großen Fortschritt.

Liebe Michaela Kaniber, aber wir haben auch hier viel vorzuweisen. Nirgendwo wird der Biolandbau so intensiv unterstützt wie in Bayern. 10 % der bayerischen Bauern sind Biobauern. Fragen Sie einmal in Schleswig-Holstein, wie viele es dort sind. Nirgendwo wird pro Hektar so viel Geld für die Biolandwirtschaft ausgegeben wie bei uns. Unser Kulturlandschaftsprogramm für freiwillige Agrarumweltleistungen ist in den letzten Jahren in einem Maß ausgebaut worden, wie man es sich eigentlich nur hätte erträumen können. Wir hatten für das Kulturlandschaftsprogramm im Jahr 2015 190 Millionen Euro im Haushalt und werden 2020 292 Millionen Euro im Haushalt haben, also 100 Millionen Euro mehr. Das ist eine Steigerung von 30 %. Wo gibt es denn so was? – Nur in Bayern. Hier versöhnen wir Bauern und Umwelt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, ich hätte eine erneute Zwischenbemerkung. – Nein.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Bauern leisten eben auch im Bereich der Arbeitsplätze Großes. Wir wollen in Bayern die Landwirtschaft weiterhin als wirklich wichtigen Wirtschaftszweig haben. Wir wollen auch noch Bauern, nicht nur Landwirtschaft.

Wenn das alles funktioniert – die Wirtschaft und der Staat –, kann man auch Sozialpolitik machen. In Bayern sollen sich unsere Bürgerinnen und Bürger nicht nur in der Natur wohlfühlen, sondern sie sollen auch im Alltag erleben, dass wir ihnen in ihren familiären Situationen helfen. Familien sind Eltern mit Kindern. Familien sind aber auch Eltern mit Eltern. Wir reden immer über die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern. Wir müssen aber auch über die Vereinbarkeit von Beruf und pflegebedürftigen Eltern reden. Überall geben wir Antwort: den jungen Familien mit dem Familiengeld und der Beitragsbefreiung für Kindergartenplätze. Bei den Senioren geben wir mit unserem Landespflegegeld Antwort. Das alles passiert mit signifikanten Beträgen.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich habe in den letzten Tagen gelesen, da sei über Bayern etwas mit der Gießkanne verteilt worden.

Sagen Sie es doch den jungen Familien, wenn Sie das Familiengeld ablehnen. Sagen Sie doch den Pflegebedürftigen, dass Sie das Pflegegeld ablehnen. Dann habe ich Respekt. Ich sage das nicht; denn wir wollen junge Familien und Pflegebedürftige unterstützen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Des Weiteren fördern wir Familien durch die Unterstützung von Baumaßnahmen. Wir zahlen eine Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld. Alle diese Maßnah-

men führen dazu, dass die Menschen auch bei der Schaffung eines Eigenheims vom Staat unterstützt werden.

Ich möchte, dass diese Familienkoalition tatsächlich Wort hält. Das haben wir getan. Wir haben die Beitragsbefreiung für Kindergartenplätze eingeführt. Das Familiengeld behalten wir bei. Wir haben eine Familien-Milliarde kreiert. Ich sage das mit Stolz, weil eine bayerische Familien-Milliarde unseren Menschen zugutekommt. Wir in Bayern denken auch an die sozialen Herausforderungen und geben insofern Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es liegt noch eine Zwischenfrage vor. – Nein.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Auch die Geburtshilfe wird von uns finanziell unterstützt. Wir haben den Hebammenbonus, die Niederlassungsprämie für Hebammen und 25 Millionen Euro Strukturverbesserung bezüglich der Krankenhäuser im ländlichen Bereich. Wo gibt es das? – Nur in Bayern.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen: Grundlage für ein funktionierendes Staatswesen ist neben einer klugen Politik natürlich eine engagierte, funktionierende Verwaltung. Das sind Menschen, die sich als Tarifbeschäftigte und Beamte in unseren Verwaltungen einbringen, die Ideen entwickeln und umsetzen und selbst tätig werden, damit dieser Staat funktioniert.

Deswegen bleiben wir auch beim jüngsten Tarifabschluss der Länder ein verlässlicher Partner unserer Bediensteten, ein verlässlicher und attraktiver Arbeitgeber. Es ist eben nicht so, wie mancherorts geschrieben wurde, dass die Steigerung der Gehälter um 8 % das Jahr 2019 beträfe. 3,2 %, 3,2 %, 1,4 %, das sind die drei Zahlen für die nächsten drei Jahre. Wir zahlen selbstverständlich nicht nur unsere Tarifbeschäftigten nach den vereinbarten Tarifen, sondern übertragen diese Ergebnisse auch zeitgleich

und systemgerecht auf unsere Beamten, weil wir in Bayern auf ihre Arbeit stolz sind und uns für ihr Tun bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich kostet diese Maßnahme 2,4 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Die 1,4 % des Jahres 2021 machen noch einmal 380 Millionen Euro aus. Aber wir haben im Doppelhaushalt für diesen Betrag vorgesorgt, weil es von Anfang an unser Ziel war, die Damen und Herren Bediensteten des Freistaates Bayern mit dem Tarifabschluss verlässlich auszustatten, und den Abschluss auf die Beamten zu übertragen.

Wir sind spitze. Dieser Haushalt belegt es. Wir finanzieren diesen Haushalt teilweise mit einer Entnahme aus der Rücklage. Diese Entnahme aus der Rücklage ist keineswegs unverantwortlich. Nach dem, was wir vorgelegt haben, verbleiben am Ende des Doppelhaushalts noch 2,2 Milliarden Euro in der Rücklage. Ich kann heute noch keine konkreten Zahlen präsentieren, sage aber eines: Der bevorstehende Abschluss 2018 macht mir jedenfalls Mut und beweist, dass wir uns in der Kalkulation dessen, was wir hier darstellen, garantiert nicht dem Vorwurf aussetzen müssen, wir wären unsolide – ganz im Gegenteil, wir haben sehr gut kalkuliert. Wenn sich die Rücklage in der Weise fortentwickelt, wie es sich im Moment darstellt, bin ich sehr, sehr zufrieden.

Diejenigen, die jetzt anschließend sagen werden, wir hätten zu viel Geld verbraucht, bitte ich, gleich zu erklären, wo wir weniger hätten ausgeben sollen. Bitte sagen Sie gleich: Familiengeld kürzen, Pflegegeld kürzen, Baukindergeld kürzen. Bitte sagen Sie gleich, wir sollen bei den Beamten sparen. Oder sagen Sie uns gleich, wir sollen den Kommunen weniger Geld geben. Wenn Sie uns das heute sagen, kann Ihr Argument ernst genommen werden. Denjenigen, die sagen, wir hätten noch mehr Geld ausgeben sollen, denen muss ich sagen, dass es mit dem, was wir vorgelegt haben, gut ist. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Landeshaushalt spitze ist und dass Bayern durch diesen Landeshaushalt an der Spitze bleiben wird. Spitze wollen wir sein und bleiben.

Deswegen danke ich und bitte gleichzeitig darum, dass dieser Haushalt in den jetzt beginnenden Beratungen in den Ausschüssen wie im Haushaltsausschuss und zum Schluss im Mai im Plenum Ihre Zustimmung findet. Wir haben jedenfalls eine Vorlage gemacht, die ihresgleichen sucht, auf die ich persönlich stolz bin und die den Freistaat Bayern mit Sicherheit vorwärtsbringt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang von der AfD das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, ich möchte meiner Rede nicht vorgreifen. Aber die folgende Frage möchte ich von Ihnen doch beantwortet wissen. Sie haben gesagt, dass zur Schuldentilgung 1 Milliarde Euro aufgewendet werden, und bereits selber dargestellt, dass die Rücklagen von 5,8 Milliarden auf 2,2 Milliarden Euro abgeschmolzen werden. Das ergibt eine Differenz von 3,6 Milliarden Euro. Würden Sie dieses Tafelsilber nicht angreifen, ergäbe sich ein Betrag von 3,1 Milliarden Euro, um den sich der bayerische Staatshaushalt verschulden würde. Da bitte ich schon um Klärung.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Die Erklärung ist ganz einfach: Durch jahrzehntelanges gutes Wirtschaften sind auf unserem laufenden Konto, das wir als Rücklage bezeichnen, Ende 2018 5,8 Milliarden Euro gewesen.

(Zuruf von der CSU: Genau!)

Jeder normale Mensch wird in seinem privaten Haushalt, wenn er sich besondere Dinge vornimmt, auf sein Konto zugreifen. Wir haben uns vorgenommen, in der Familienpolitik und der Pflege Akzente zu setzen. Ich halte es für richtig, dass man dafür

auch diese Summen der Rücklage entnimmt. Die Rücklage wird durch den Haushaltsvollzug 2018, den ich auch noch nicht im Detail kenne, wieder ergänzt werden. Ich habe eben in meiner Rede bereits angedeutet, dass das, was ich davon weiß, dazu führt, dass ich mir um die Rücklagenentwicklung im Jahr 2019 keine Sorgen mache. Mehr kann ich dazu seriöserweise noch nicht sagen. Aber die Sorge, dass das Rücklagenkonto in Kürze ganz leer würde, kann ich Ihnen nehmen. Das passiert ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Interventionen liegen nicht vor. – Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich zur Kenntnis geben, dass der Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 121 Minuten beschlossen hat. Nachdem der Herr Staatsminister etwas länger gesprochen hat, bekommen die Fraktionen diese Zeit zusätzlich auf ihr Kontingent angerechnet. – Als Nächster erteile ich Frau Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Endlich ist er da, der Haushaltsentwurf 2019/2020; wohlge-merkt: 2019 ist das laufende Jahr. Jetzt wissen wir auch, warum wir so lange warten mussten: Sie, sehr geehrte Koalition, haben so lange herumgerechnet; denn es ging und ging nicht auf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist Unsinn! Das wissen Sie ganz genau!)

Man kann Ihnen eigentlich kein Geld anvertrauen.

(Alexander König (CSU): Das ist noch größerer Unsinn!)

Sie bedienen sich aus öffentlichem Geld. Sie langen tief in die Rücklagen. Herr Minister, das ist kein laufendes Konto.

(Alexander König (CSU): Zur Orientierung: Sie sprechen im Bayerischen Landtag!)

Sie bedienen sich aus öffentlichem Geld, weil die Rechnung nicht aufgegangen ist. Last In – First Out, ist das Ihr Motto?

(Beifall bei den GRÜNEN)

An Sie, FREIE WÄHLER: Straßenausbaubeiträge, Straßenersterschließung: Wissen Sie eigentlich, was in den Kommunen vor Ort los ist, welche Lawine Sie losgetreten haben?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir schon!)

Sie haben ohne Plan und Ziel einfach mal so etwas hinausgehauen, und die Kommunen sollen schauen, wie sie zukünftig ihre Straßen erschließen und erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie, sehr geehrte FREIE WÄHLER, haben immer so getan, als ob Sie den Kommunen helfen und die Kommunen unterstützen wollten. Und nun? – Alle Schnellschüsse zur Pflege, zur Kinderbetreuung, zu Strabs und zu Strebs belasten die Kommunen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie reden, wir handeln!)

Die Kommunen müssen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umsetzen und sich überlegen, wo sie dafür das Personal herbekommen. Die überstürzte Einführung der Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung macht zukünftig eine halbe Milliarde Euro pro Jahr aus.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Welcher Familie nützt ein beitragsfreier Platz, wenn sie ihn dann nicht bekommt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Familien bekommen ihn nicht, weil es nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher gibt.

(Alexander König (CSU): Was nützt ein Platz, den es nicht gibt?)

Nicht einmal bestehende Gruppen können personell besetzt werden. Ich sage Ihnen etwas: Für eine Personaloffensive, eine Ausbildungsoffensive und eine Qualitätsoffensive in unserer Kinderbetreuung hätten wir eine halbe Milliarde Euro im Jahr brauchen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es schon! –
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Subsidiaritätsprinzip!)

Das Familiengeld will auch noch finanziert werden. Das Familiengeld macht in den beiden Jahren 1,5 Milliarden Euro aus. Dieses überstürzt eingeführte Familiengeld kommt erst nach einem ewigen Hin und Her bei den wirklich bedürftigen Familien an. Sie verweigern den Pflegeeltern, die Kinder aus schwierigsten Verhältnissen ohne Adoptionsabsicht in Pflege nehmen, dieses Familiengeld. Hier geht es um 400 Pflegeeltern. Da werden Sie auf einmal kleinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für unsere Polizei gibt es jetzt erst einmal die Body-Cam. Und dann bekommt demnächst jeder Streifenwagen ein Tablet und ein Handy. Herr Minister Herrmann, wir schreiben das Jahr 2019. Bei einem Haushaltsvolumen von 125 Milliarden Euro in zwei Jahren werden demnächst Handys für unsere Polizei angeschafft. Jeder Packpostbote kommt seit Jahren mit einem elektronischen Gerät an die Haustür, und Sie stellen jetzt vom Klemmbrett aufs Tablet um.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sehr billig, was Sie hier vortragen!)

Wir sagen Ihnen: Schluss mit der Bayerischen Grenzpolizei ohne Befugnis! Schluss mit Ihrer Kavallerie! Schluss mit der ehrenamtlichen Sicherheitswacht; denn die entwertet echte Polizeiarbeit. Sorgen Sie für mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ach ja: Wir haben ja jetzt ein Digitalministerium, natürlich gleich mit einem Beamtenapparat dazu. Für die für unsere Zukunft so wichtigen Themen wie Cybersecurity, E-Government und digitale Bildung stellen Sie einen Mini-Etat von 79 Millionen Euro für ganz Bayern bereit. Ich glaube, Sie verkennen hier die Dringlichkeit. Warum liegt eigentlich die Zuständigkeit für die Breitbandförderung nicht beim neuen Digitalministerium? Wollten Sie der neuen Ministerin keine Kompetenzen geben?

Bayern barrierefrei, was für ein hochgelobtes Ziel. Dafür hat Ihre Partei längst die Marke 2023 gesetzt. Aber wo bleibt denn die Barrierefreiheit? – 835.000 Euro für kleine Baumaßnahmen – ist das ein Witz? Sie zählen im Einzelplan 10 alles zur Barrierefreiheit, damit dieser Plan überhaupt nach etwas aussieht. Die Linienbusse tauchen zum Beispiel gleich dreimal im Haushaltsplan auf, nämlich beim Klimaschutz, bei der Mobilität und bei der Barrierefreiheit. In Wirklichkeit ist das nur eine Ersatzbeschaffung. So wird getrickst. Es wäre schön gewesen, wenn Sie dreimal so viel dafür ausgegeben hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Investitionen an unseren Schulen für die Barrierefreiheit im Bestand sind mit der Gesamthöhe von 11 Millionen Euro im ersten und 13,3 Millionen Euro im zweiten Jahr geradezu lächerlich. Das reicht für einen Handlauf an jeder Schule, dann ist es schon wieder aus mit dem Menschenrecht der Teilhabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterstützen Sie endlich unsere Kommunen bei der Nachrüstung öffentlicher Gebäude. Wir GRÜNE haben schon für den letzten Doppelhaushalt 20 Millionen Euro gefordert. Mit Ihrer Verweigerungshaltung schaffen Sie nur einen weiteren Investitionsstau.

Nennen Sie mir bitte einen guten Grund für den zweiten Dienstsitz des Gesundheitsministeriums in Nürnberg. Dieser ist völlig überflüssig. Allein die Mieten und Pachten steigen dadurch um eine weitere Million Euro. Herr Ministerpräsident, das ist ein sinnfreies Projekt, rein zur Selbstdarstellung in Ihrer eigenen Heimat. Ich nenne gleich noch ein weiteres sinnfreies Projekt, nämlich den Umzug des Staatsarchivs nach Kitzingen mit dem dazugehörigen Neubau. Das alles für knapp 20 verlagerte Arbeitsplätze. Die ohnehin schon exorbitanten Kosten in Höhe von 33 Millionen Euro sind bereits auf 50 Millionen Euro gestiegen. Das zeigt ein weiteres Mal, wie wenig kostenbewusst die Staatsregierung mit öffentlichem Geld umgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind uns sicher einig: Ein mit gewaltiger Wucht auf uns zudonnerndes Problem ist die Pflege. Das ist keine Überraschung. Schauen Sie sich um: Pflegekräfte, Betroffene und Angehörige, sie alle sind am Limit. Und warum? – Erst in der vergangenen Woche wurden über 100.000 Unterschriften für das Volksbegehren für eine bessere Pflege übergeben. Jetzt gibt es aber das Landespflegegeld. Jetzt werden jedem Pflegebedürftigen über das Landespflegegeld ein paar Scheine in die Hand gedrückt. Haben wir dadurch nur eine einzige Pflegekraft mehr? – Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung! – Alexander König (CSU): Informieren Sie sich erst einmal, bevor Sie zu reden anfangen! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist menschenverachtend!)

Sie wissen ja nicht einmal, wie viel Euro das versprochene Landespflegegeld ausmacht. Das steht auch so in Ihrem Entwurf: "Unklarer Bedarf", "Flexibilität im Haushaltsvollzug". Ich bitte Sie: Flexibilität bei angesetzten 748 Millionen Euro in zwei Jahren. Was hätten wir für 748 Millionen Euro in zwei Jahren in der Pflege alles auf den Weg bringen können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann gibt es gleich noch eine neue Behörde, die nur dafür da ist, um das Geld auszuzahlen. Auch diese Stellen wären besser in die Pflege direkt investiert worden. Und jetzt haben Sie, liebe FREIE WÄHLER, auch noch einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz festgezurr. Wie das geht, darüber sollen sich die Kommunen den Kopf zerbrechen. Sie wissen ganz genau, dass nur belegte Pflegeplätze bezuschusst werden. Wie sollen da unsere Kommunen leere Plätze für den kurzfristigen Bedarf vorhalten? – Auch hier bräuchten wir Personal und keine Taschengeldverteilung an die Betroffenen. Was nützt das Landespflegegeld, wenn ich für meine Angehörigen keinen Pflegeplatz finde?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Brauchen Sie zu jedem Thema, das unserer Gesellschaft auf den Nägeln brennt, erst ein Volksbegehren, damit Sie aktiv werden? Das scheint Ihnen alles nicht so wichtig zu sein.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir lehnen das Volksbegehren wenigstens nicht ab!)

Das zeigt auch die peinliche Situation bei der versprochenen Schulgeldfreiheit für Heilmittelberufe. Erst haben Sie versprochen, dass das Schulgeld abgeschafft wird, und dann fliegt das Ganze wieder aus dem Haushalt raus. Die Schulen vor Ort, die angehenden Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern hatten sich auf Sie verlassen. Verstehen Sie mich nicht falsch. Man kann gebührenfreie Kitas, Baukindergeld, Lan-

despflegegeld und Familiengeld einführen. Das kann man alles machen, wenn es mal richtig läuft. Aber zuerst brauchen wir Erzieherinnen und Erzieher, Wohnungen, Pflegeplätze und das Personal dafür. Erst dann kann übriges Geld mit der Gießkanne verteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun komme ich zum Stichwort "personelle Unterbesetzung". Bei der Justiz sind der Mittelbau und der Unterbau nach wie vor schlecht ausgestattet. Für eine funktionierende Justiz sind aber nicht nur genügend Richterstellen, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Rechtspfleger, Verwaltungspersonal, Justizvollzugsbeamte, Anwältinnen und Anwälte notwendig.

Das Gleiche gilt für unsere Finanzämter. Sogar die Bayerische Finanzgewerkschaft fordert mittlerweile nicht mehr so viel. Dort wurde nämlich erkannt, wie tief schon jetzt in die Rücklagen gegriffen wurde. Derzeit macht die Schaffung zusätzlicher Stellen auch überhaupt keinen Sinn, weil schon so viele vorhandene Stellen unbesetzt sind. Wir müssen mehr junge Leute ausbilden, diese gut bezahlen und an uns binden. Wir müssen dafür sorgen, dass Fachwissen nicht abwandert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch ein gebrochenes Versprechen: In der letzten Legislaturperiode gab es eine interfraktionelle EntschlieÙung. Demnach sollte der Zugang zu Bildung für alle offen sein, auch für Erwachsene. Das ist auch logisch; denn bessere Bildung auch von Erwachsenen dient der Sicherung der Demokratie. Am Konzept für die Erwachsenenbildung waren alle vier Fraktionen beteiligt, und alle waren sich einig, die Volkshochschulen in den kommenden Jahren strukturell zu unterstützen. Diese Erklärung war eine Sternstunde des Parlaments. Sie wurden dafür geehrt und haben dafür einen Preis bekommen. Dabei geht es um 5 Millionen Euro im Jahr. Was ist geschehen? – Der Posten wurde kurzfristig aus dem Haushaltsplan gestrichen. Herr Minister Piazzolo – er ist gerade nicht im Saal – war bei den Gesprächen

für die Entschließungserklärung dabei. Auf was soll man sich noch verlassen können, wenn nicht auf das gemeinsame Wort von Regierung und Opposition?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verlassen Sie sich darauf: Wir werden alles tun, damit diese Beträge wieder in den Haushaltsplan kommen, damit unsere Volkshochschulen, die eine so wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft leisten, nicht im Regen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Seit Neuestem sind Sie für den Klimaschutz in Bayern. Ich möchte gleich fragen: Warum sind im Haushaltsplan so wenig Mittel für die Nahwärmenetze zu finden? – Unsere Kommunen und Landkreise brauchen Zuschüsse für nachhaltige Mobilitätskonzepte und das Flächenmanagement. Wir brauchen in den Landkreisen Energieagenturen. Die Bürgerinnen und Bürger sind für den Klimaschutz längst bereit, aber sie brauchen Hilfestellung vor Ort.

Sie haben viel über die Bauern und deren Rolle für die nachhaltige Landwirtschaft und den Artenschutz gesprochen. Fördern Sie dann bitte die entsprechenden Maßnahmen, und zwar ordentlich. Fördern Sie Öko-Modellregionen, entfristen Sie endlich die Försterstellen für den Waldumbau, kümmern Sie sich um die Umsetzung der Stellen für die Bergwaldoffensive! – Das wären nachhaltige Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und zum nachhaltigen Gewässerschutz in Bayern. Interessieren Sie diese Themen nicht? Bayern ist völlig in Verzug mit der Umsetzung dieser Richtlinie.

Seit Kurzem fahren Sie auch noch gerne S-Bahn. Haben Sie schon bemerkt, wie fehleranfällig und unzuverlässig das ganze System ist? Ganz oben auf der To-do-Liste steht Folgendes: Verkehrsverbünde fördern und günstigere Tarife für die Pendlerinnen

und Pendler, die bislang mit dem Auto gefahren sind. Verkehrsverbünde müssen endlich in ganz Bayern geschaffen werden, um den vorsintflutlichen öffentlichen Personennahverkehr auf dem Land ins 21. Jahrhundert zu holen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Schienenpersonennahverkehr muss ausgebaut werden. Außenäste und Ringe sind notwendig. Wir müssen noch viel stärker ausbauen. Dies muss auch in freiwilliger Vorfinanzierung durch den Freistaat geschehen. Wir müssen viel höhere Bestellerentgelte für die Bayerische Eisenbahngesellschaft einkalkulieren. Die Züge werden nämlich nur so gut fahren, wie sie der Staat bestellt. Ich würde sagen: Schicken Sie sich, bevor auch hier der letzte Zug abgefahren ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo bleiben denn die nennenswerten Investitionen in den Radverkehr über das derzeit homöopathische Maß hinaus? Für Vorschläge stellen wir Ihnen gerne unsere Anträge zur Verfügung.

Nun komme ich zum Pensionsfonds. Eigentlich hätten Sie in all den Jahren schon viel mehr in den Pensionsfonds einzahlen müssen. Ihre Schuldentilgung ist nämlich ein Ersatz für den Pensionsfonds, den wir brauchen, weil so viele Personen eingestellt worden sind. Wie wollen Sie die Lücke in der Altersversorgung je wieder schließen? Im Jahr 2019 werden statt 600 Millionen nur 100 Millionen einbezahlt. Da ist also ein weiteres Loch, das Sie zukünftigen Generationen hinterlassen. Nun wird aber auch klar, warum sich Ministerpräsident Söder derart vehement für eine Amtszeitbegrenzung einsetzt. Wenn im Jahr 2030 die Pensionen zu zahlen sein werden und die angekündigte Schuldentilgung nicht erreicht sein wird, dann wird Herr Söder schon über alle Berge sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Er wird wahrscheinlich nicht über alle Berge sein, sondern in den Talkshows, in denen er uns dann die Welt erklären wird. Ich habe schon jetzt ein Déjà-vu.

(Alexander König (CSU): Absolut lächerlich!)

Es hieß immer, dass Sie 3,6 Milliarden Euro aus der Rücklage nehmen. Wenn man jedoch genau nachliest, dann sind es 3,652 Milliarden. Rundet man ordentlich, dann kommt man auf 3,7 Milliarden. Mit den 2,43 Milliarden, die Sie schnell noch 2018 rausgenommen haben, entspricht das de facto einer Rücklagenentnahme von über 6 Milliarden Euro bis 2020, um die Wahlgeschenke zu finanzieren. Sie haben also etwa 6 Milliarden Euro aus der Rücklage genommen, ohne strukturell nachhaltige Verbesserungen zu schaffen, und das bei boomender Wirtschaft und sprudelnden Steuereinnahmen. Ich frage Sie: Was nehmen Sie sich eigentlich noch alles raus?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben ja erklärt, Sie würden tilgen und alles sei grundsolide. Sie sagen, Sie tilgen in zwei Jahren eine Milliarde Euro. Jeder denkt, dass wir pro Jahr 500 Millionen Euro tilgen. Nein, das stimmt auch nicht! Im Jahr 2019 wird nämlich nur die Hälfte getilgt werden, nämlich 250 Millionen. Ansonsten wäre die Rechnung wieder nicht aufgegangen. Anders bekommen Sie es nämlich nicht hin. Der Haushaltsplan strotzt vor purer Verzweiflung. 250 Millionen Euro sind viel zu wenig, um 2030 fertig zu sein. Das ist viel zu wenig. Das ist die niedrigste Tilgung seit 2012.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die von Ihnen so gelobte Schuldentilgung ist sehr leicht zu demaskieren; denn sie ist eigentlich keine. Liebe FREIE WÄHLER, in Sachen Bilanzkosmetik haben Sie nun Erfahrung. Darum müssen Sie auch 700.000 Euro zurückzahlen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): O mei, o mei!)

Ich sage Ihnen: Die Schummelei ist schon bei Ihrem Staatsanleihenkauf und -verkauf nicht aufgegangen, und sie wird auch im Doppelhaushalt nicht aufgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihren Versprechungen haben Sie leichtfertig viele Möglichkeiten der Umschichtung zugunsten nachhaltiger, vorwärtsgewandter Politik für die Menschen verspielt. Das Schlimme ist, dass Sie so viel Geld gebunden haben. Mit den Wahlgeschenken wie Familiengeld, Landespflegegeld, Baukindergeld, Gebührenfreiheit usw. haben Sie das Geld nicht nur einmal ausgegeben, sondern die Ausgaben langfristig mit Gesetzen festgezurr.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wahlgeschenke? Das ist Ihre Ideologie!)

Die Wahlgeschenke werden unseren Haushalt auf Jahre belasten, ohne strukturelle Verbesserungen zu schaffen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ja Quatsch!)

Dieser Haushaltsentwurf ist nicht nachhaltig, nicht vorausschauend und nicht generationengerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei derart großen Wahlgeschenken mit hohen Summen wäre es anständig, wenigstens auf Ihre Fraktionsreserve in Höhe von 60 Millionen Euro zu verzichten. Ihr Spielgeld haben Sie nämlich diesmal schon vor der Wahl verbraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die restlichen zwei Minuten schenke ich Ihnen jetzt, damit Sie einmal sehen, wie Sparen geht.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Hans Herold von der CSU das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich sprechen, aber erlauben Sie mir auch eine kurze Bemerkung zur Rede von Frau Köhler. Liebe Frau Köhler, wir arbeiten im Ausschuss relativ gut zusammen, aber ich gehe davon aus – nachdem Sie auch neu im Landtag sind –, dass Ihnen nicht bewusst ist,

(Zurufe von den GRÜNEN)

wie sich die Finanzsituation in Bayern im Unterschied zu anderen Bundesländern in Deutschland darstellt. Nur zum Vergleich:

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wissen Sie, welche Schuldenlast Rot-Grün bis zum Jahr 2017 in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat? – 200 Milliarden Euro. Der Unterschied ist, in Bayern sind es 20 Milliarden Euro.

Wissen Sie, dass wir aufgrund einer guten Finanzpolitik eine Rücklage von über 6 Milliarden Euro aufgebaut haben? – Darauf sollten Sie auch einmal hinweisen, liebe Frau Köhler.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich ist gerade auch für uns Kommunalpolitiker eine sehr wichtige Angelegenheit. Ich bin selbst Kommunalpolitiker und stellvertretender Landrat in meinem Stimmkreis, und natürlich war es für uns vor Kurzem bei der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2019 sehr wichtig zu erkennen, dass auch im Jahr 2019 die Schlüsselzuweisungen und der kommunale Finanzausgleich sehr stark ausfallen. Ich denke, man kann ein Dankeschön

an die Staatsregierung, aber auch an unsere beiden Fraktionen – an die CSU-Fraktion und an die Fraktion der FREIEN WÄHLER – richten dafür, dass wir unsere Kommunen mit einem Gesamtbetrag in Höhe von über 9 Milliarden Euro – fast 10 Milliarden Euro – auch im Jahr 2019 bestens ausstatten werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, damit schaffen wir eine der Grundlagen für gleichwertige Lebensverhältnisse sowie Zukunftschancen in ganz Bayern. Deswegen ein Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker – natürlich stellvertretend für die gesamte Staatsregierung – für diese wirklich sehr, sehr gute Leistung in diesem Bereich für unsere Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Anteil an den Gesamteinnahmen der Kommunen, der für freiwillige Aufgaben zur Verfügung steht, ist auf dem höchsten Stand seit der Finanzkrise. Mit konkret 9,97 Milliarden Euro können wir unseren Kommunen im Jahr 2019 so viel Geld – und ich betone das ausdrücklich – zur Verfügung stellen wie nie zuvor. Ich bin außerdem sehr dankbar, dass auch der Beschluss am 10. Januar 2019 mit unseren kommunalen Spitzenverbänden quasi einstimmig gefasst wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zehnjahresvergleich fällt auch dieses Mal für die Kommunen, wie ich meine, günstig aus. Zum Beispiel verzeichnen beim Anstieg der Steuereinnahmen vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2017 – logischerweise muss man die Zahlen letztendlich immer wieder gegenüberstellen – die Kommunen einen Zuwachs in Höhe von 42,4 %, während der Freistaat Bayern – wohlgemerkt nach Länderfinanzausgleich – einen Zuwachs in Höhe von 35,6 % verzeichnet.

Auch der Vergleich der Investitionsquote des Freistaates Bayern und der Kommunen zeigt in diesem Zehnjahreszeitraum, den ich soeben erwähnt habe, dass die bayerischen Kommunen weiterhin kraftvoll agieren können. Ich denke, das ist sehr wichtig; denn das sind natürlich auch wichtige Investitionen in die Zukunft, und dafür sorgt die-

ser kraftvolle kommunale Finanzausgleich im Jahr 2019, der – wie gesagt – im Regierungsentwurf mit rund 9,97 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau erreicht. Das heißt außerdem, dass wir eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2018 um insgesamt 4,6 % verzeichnen und auch die reinen Landesleistungen um 4,6 % auf immerhin 9,38 Milliarden Euro steigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, für uns als Kommunalpolitiker ist auch der Bereich der Schlüsselzuweisungen wichtig, und es ist natürlich immer wieder spannend, welche Schlüsselzuweisungen die jeweilige Kommune bekommt. Das heißt konkret: Die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich sind die Schlüsselzuweisungen; das Volumen unserer Schlüsselzuweisungen beträgt im Jahr 2019 rund 3,9 Milliarden Euro. Das sind über 240 Millionen Euro mehr als im Jahr 2018, was einer Steigerung in Höhe von immerhin 6,6 % entspricht.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Von den Schlüsselzuweisungen, Herr Kollege, profitieren vor allem unsere finanzschwächeren Gemeinden und die Landkreise. Ein ganz wichtiger Punkt ist für unsere Kommunen natürlich auch, dass diese Schlüsselzuweisungen frei und eigenverantwortlich verwendet werden können. Konkret heißt das: Die erneute deutliche Anhebung der Schlüsselzuweisungen stärkt insbesondere unsere kommunale Selbstverwaltung.

Ich will noch kurz einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen, die ehemaligen – in Anführungszeichen – Bedarfszuweisungen oder sogenannten Stabilisierungshilfen. Die Mittel für diese Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von immerhin 150 Millionen Euro quasi gehalten werden. Das bedeutet, dass damit konsolidierungswillige Gemeinden und Landkreise mit Strukturschwäche – insbesondere im ländlichen Raum oder mit einer besonders starken negativen Bevölkerungsentwicklung – gezielt unterstützt werden, wenn sie sich in einer finanziellen Notlage befinden; dazu

könnte ich auch einige Beispiele aus meinem Stimmkreis aufzeigen. Das ist gerade auch in diesem Bereich eine sehr wichtige Hilfe für unsere Kommunen.

Ein weiterer Punkt im Bereich FAG sind die sogenannten kommunalen Investitionen – ein wichtiger Punkt gerade im Hinblick auf ein Thema, das momentan sehr aktuell ist, nämlich der Erhalt der Krankenhäuser im ländlichen Raum. Die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden auf dem erreichten hohen Niveau von 643 Millionen Euro quasi auch in diesem Haushalt fortgeführt – ich denke, das ist ebenfalls eine sehr wichtige Botschaft. Dies ermöglicht zudem eine – in Anführungszeichen – schnellere Verwirklichung der anstehenden Bauvorhaben unserer bayerischen Krankenhäuser und ist, wie gesagt, ein Beitrag zum Erhalt der Krankenhäuser, insbesondere im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Im letzten Jahr sprach mein Kollege Bachhuber beim kommunalen Hochbau von der Fortführung auf dem hohen Niveau von 500 Millionen Euro. Dieses Jahr werden die Mittel, liebe Kolleginnen und Kollegen, um weitere 50 Millionen Euro auf 550 Millionen Euro erhöht, was einer Steigerung in Höhe von 10 % entspricht. Das hilft unseren Städten und Gemeinden insbesondere bei ihren wichtigen investiven Maßnahmen im Hinblick auf Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Für die Investitionspauschalen sind im FAG 2019 insgesamt 446 Millionen Euro vorgesehen. Die Gemeinden und Landkreise können diese Pauschalen eigenverantwortlich für Investitionen, Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungsmaßnahmen vorsehen.

Ich will beim FAG auch noch kurz etwas zum Bereich Verkehr sagen. Der Minister hat es vorhin angesprochen: Die Mittel für den Verkehr werden 2019 noch einmal deutlich erhöht. Das ist, denke ich, auch eine sehr wichtige Botschaft. Der Kommunalanteil am Kfz-Steuerverbund, Herr Kollege, wird um 2 Prozentpunkte auf 54,5 Prozentpunkte angehoben. Dadurch können die Mittel für die Straßenbauförderung nach Arti-

kel 13c Absatz 1 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes um insgesamt 31 Millionen Euro aufgestockt werden.

Ich möchte auch noch kurz das Thema der Straßenausbaubeiträge ansprechen. Zur Unterstützung der Kommunen nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge sind im Jahr 2019, wie Sie wissen, insgesamt 100 Millionen Euro vorgesehen. Davon werden außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 65 Millionen Euro für Erstattungsleistungen nach dem Kommunalabgabengesetz insbesondere für bereits fertiggestellte, aber auch für laufende Ausbaumaßnahmen bereitgestellt, für die Gemeinden aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge keine Beiträge mehr erheben werden können. Daneben werden weitere 35 Millionen Euro für die im kommunalen Finanzausgleich neu eingeführten Straßenausbaupauschalen eingesetzt. Diese erhalten im Jahr 2019 die Gemeinden, die Straßenausbaubeiträge als Finanzierungsquelle tatsächlich genutzt haben.

Vielleicht in diesem Zusammenhang noch ein wichtiger Punkt: Ich begrüße, dass im Jahr 2019 außerhalb des FAG ein mit einmalig 50 Millionen Euro dotierter Härtefallfonds eingerichtet wird. Mit diesem sollen Härtefälle von beitragspflichtigen Bürgerinnen und Bürgern abgedeckt werden, die seit dem 1. Januar 2014 Straßenausbaubeiträge oder Vorauszahlungen hierauf geleistet haben.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich auch gerade als Vertreter des ländlichen Raumes wichtig ist, ist der ÖPNV. Sie wissen – das ist auch vom Finanzminister Albert Füracker angesprochen worden –, dass die Mittel für die Betriebskostenförderung des ÖPNV – ich betone das ausdrücklich – um 20 Millionen Euro bzw. um 27 % auf insgesamt 94 Millionen Euro erhöht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachher sprechen noch die beiden Kollegen Herr Zellmeier und Herr König. Mein abschließendes Fazit lautet: Der kommunale Finanzausgleich für das Jahr 2019 beweist wirklich wieder sehr eindrücklich die faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in

den letzten Jahren auch der kommunale Finanzausgleich immer wieder deutlich erhöht wurde. Das ist vorhin auch vom Finanzminister angesprochen worden. Von ungefähr 7,4 Milliarden Euro im Jahr 2015 ist der Kommunale Finanzausgleich auf nunmehr fast 10 Milliarden Euro angehoben worden. Ich glaube, man sieht daran sehr deutlich, dass uns die Kommunen sehr, sehr wichtig sind. Ich denke, der Kommunale Finanzausgleich gibt unseren bayerischen Kommunen eine sehr gute finanzielle Grundlage, um ihren Zukunftsaufgaben auch in Zukunft gerecht werden zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, somit können wir mit Stolz sagen: Wir statten unsere Kommunen weiterhin bestens aus. Ich glaube, hier sind wir gemeinsam weiterhin auf einem sehr guten Weg. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz zu Beginn meiner Ausführungen zunächst einmal Danke sagen. Ich möchte all den Menschen in Bayern Danke sagen, die uns durch ihren Fleiß und ihre Arbeit dazu befähigen und in die Lage versetzen, so viel Geld ausgeben zu können. Wir haben wieder einmal Rekordeinnahmen. Das verdanken wir den Steuerzahlern, den Unternehmern, den Arbeitnehmern – den Menschen, die uns nach harter Arbeit einen Teil ihres Verdienstes abgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage das bei jeder Haushaltsrede: Haushaltspolitik ist eine Frage der richtigen Schwerpunktsetzung. Da ist es völlig unangemessen, wenn von Geschenken die Rede ist. Denn dadurch zeigen Sie mangelnde Wertschätzung denen gegenüber, die wir für wichtig halten.

(Alexander König (CSU): Ihr wahres Gesicht zeigen Sie!)

Wir sagen nicht, dass Ihre Vorstellungen abwegig, absurd oder falsch seien. Wir setzen andere Schwerpunkte. Ich bitte, das auch zu respektieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Akzente zu setzen und Schwerpunkte zu setzen, heißt auch, ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschaftsbild zu verwirklichen. Ich sage es ganz deutlich: Wenn wir dauerhaft Rekordsteuereinnahmen haben wollen, dann fallen die nicht vom Himmel, sondern dazu müssen wir aktive Wirtschaftspolitik betreiben.

(Alexander König (CSU): Guter Hinweis!)

Wir müssen dazu auch an diejenigen denken, die diese Steuern ermöglichen. Das heißt – ich spreche hier durchaus den Bund an –, wir müssen diejenigen, die jedes Jahr Rekordsteuereinnahmen produzieren, auch belohnen, anstatt sie durch kalte Progression zu bestrafen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr richtig! – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir haben in diesem Haushalt deswegen auch einen Akzent gesetzt. Der Haushalt unseres Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger ist einer derjenigen, der am deutlichsten wächst. Warum wächst er am deutlichsten? – Weil wir das Land der Innovation sind und auch bleiben wollen; weil wir als Freistaat Bayern den anderen eben die Nase Länge voraus sein wollen, damit es uns auch weiterhin etwas besser geht als den anderen und damit wir auch weiterhin die Möglichkeit haben, für die Menschen in Bayern gute Politik machen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich spreche da einen Punkt an: Bayern lebt nicht zuletzt gut, weil wir starke Automobilkonzerne haben. Ich danke da unseren beiden Ministern Hubert Aiwanger und Thors-

ten Glauber, dass sie nicht blindwütig in das Bashing von Automobilkonzernen einsteigen und das Spiel des Abmahnvereins Deutsche Umwelthilfe nicht mitspielen, sondern dass sie sich seriös und stark für die heimischen Arbeitsplätze einsetzen. Das ist wichtig, das sichert Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir setzen einen weiteren Akzent. Wir FREIEN WÄHLER haben immer die gleichwertigen Lebensverhältnisse als unser wichtigstes politisches Ziel definiert. Dieser Haushalt trägt ganz deutlich auch unsere Handschrift. Ich sage es im Hinblick auf die Kommunen, die natürlich das umsetzen müssen, was wir hier beschließen – und zwar in der Fläche, nicht nur in der Landeshauptstadt München, in Nürnberg oder in der dritten Metropole, in Augsburg, nein: In allen Gemeinden dieses Freistaats muss das, was wir hier politisch beschließen, ankommen. Das wiederum bedeutet: Wir müssen unsere Kommunen stärken – und das tun wir auch.

Ich war da schon sehr überrascht über die Wortmeldung der GRÜNEN. Diejenigen, die schon länger in diesem Haus sind, wissen, wie polemisch gerade die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN speziell über die FREIEN WÄHLER hergefallen ist, weil wir 15 % Anteil am Steueraufkommen für die Kommunen gefordert haben. Wir müssen das nicht mehr fordern, weil der Finanzminister heute dankenswerterweise erklärt hat, dass die 800 Millionen Euro Mehreinnahmen durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bei den Kommunen bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich erinnern: Unsere Anträge, auf 15 % zu gehen, kosteten etwa 650 Millionen. Das heißt, wir sind jetzt auf Kurs. Wir halten Wort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Fast hellseherisch richtig!)

Wir kümmern uns auch um die Menschen in den Gemeinden, und zwar nicht nur um die sozial Schwachen, nicht nur um die, die am Rand der Gesellschaft stehen. Natur-

lich müssen wir uns um die kümmern, aber das darf nicht alles sein. Wir müssen uns auch um die Mitte der Gesellschaft kümmern. Das unterscheidet uns von anderen Gruppierungen hier im Hohen Haus. Wir wollen auch diejenigen fördern, die mittlere Einkommen haben, die etwas gespart haben, die Vermögen gebildet haben. Wir haben, weil wir nicht der große Bundesgesetzgeber sind, der im Steuerrecht viel machen kann, deswegen gesagt: Die ungerechten Straßenausbaubeiträge und auch die ungerechten Beiträge zur erstmaligen Herstellung alter Straßen müssen weg, müssen der Vergangenheit angehören. Wir haben nicht nur angekündigt, wir haben geliefert – und zwar schon in der Opposition. Von daher kann man sagen: Auch in der Opposition kann man handeln und muss nicht nur reden. Wir haben es bewiesen, damals in der Opposition und heute in der Regierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin unserem Koalitionspartner gerade in diesem Punkt sehr dankbar. Ich weiß, das war ein nicht ganz einfacher Diskussionsprozess, bei dem nicht alle von euch glücklich waren. Aber es zeigt Größe, wenn man sich dann auf einen gemeinsamen Weg verständigt hat, dass dieser Weg vom Partner dann auch geradlinig mitgegangen wird. Es zeigt Größe, dass nicht Versuche unternommen werden, nach links oder nach rechts auszuweichen. Nein, das ist Verlässlichkeit, das ist gute Partnerschaft. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau! Verlässliche CSU-Politik!)

Und dann höre ich von der Kollegin, wir würden Geld mit der Gießkanne verteilen. Ich weiß nicht, wie sie sich das vorstellt. Rein bildlich gesehen ist der Vergleich äußerst misslungen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wir gießen nicht Geld mit der Gießkanne aus. Wir fördern das, was wir für richtig halten, nämlich Familien. Wir haben deswegen auf das Familiengeld der CSU noch die kostenfreie Kindertagesstätte draufgesetzt. Ich muss sagen, dass ausgerechnet da vonseiten der GRÜNEN Kritik kommt, wundert mich denn doch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die sind ja auch gegen Klimaschutz!)

Aber das passt ins Bild: Draußen für Klimaschutz demonstrieren und hier gegen den Klimaschutz abstimmen,

(Alexander König (CSU): Genau!)

draußen für Kinder und Vereinbarkeit von Familie und Beruf predigen, hier aber uns kritisieren, weil wir die Kindertagesstätten kostenfrei machen. Das passt ins Bild! Glaubwürdigkeit ist etwas anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Eine gespaltene Zunge ist das bei den GRÜNEN!)

Wir haben sehr viel für gleichwertige Lebensverhältnisse im Haushalt verankert. Ich sage es hier ganz deutlich: Bei der CSU-Fraktion hat schon in der letzten Legislaturperiode ein Umdenken stattgefunden. Dieses Umdenken wird jetzt durch die FREIEN WÄHLER verstärkt. Wir haben die gleichwertigen Lebensverhältnisse ganz oben hingeschrieben. Die Erreichung dieses Ziels macht den gesamten Freistaat besser, weil in den Regionen die Potenziale liegen, die wir noch heben können und heben müssen. Der Finanzminister hat die Investitionen in Glasfaser angesprochen. Ich ergänze: Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, und zwar nicht nur in die Schiene, sondern auch in die Straßen. Wenn Sie nämlich von Markt Wald nach Kötzing im Bayerischen Wald fahren wollen, fahren Sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln länger als von München nach Moskau.

(Alexander König (CSU): Erstaunliche Ortskenntnisse für einen Schwaben!)

Deswegen brauchen wir im ländlichen Raum auch ein gutes Straßennetz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer Beleg für eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum ist das, was die Staatsregierung seit vielen Jahren schon vorbildlich für die Hochschulen macht. Wir haben nicht nur in den großen Städten Universitäten und Fachhochschulen. Nein, wir sind auch in der Fläche präsent, und das sichert uns einen Vorteil auf dem Feld von Bildung und Hochschulen, einem ganz wichtigen Zukunftsfeld für die Aufrechterhaltung unserer Spitzenstellung in Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unser Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo hat tausend Lehrerstellen pro Jahr mehr durchgesetzt. Tausend Lehrerstellen pro Jahr mehr sind die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unseres Staates. Tausend Lehrerstellen mehr sind ein wichtiger Aufschlag. Frau Kollegin, Sie vergeuden Ihre Zeit damit, uns vorzurechnen, dass die eine Milliarde, die in den zwei Jahren getilgt wird, nicht auf sozialistische Weise zu 500 und 500 Millionen, sondern zu 250 und 750 Millionen getilgt wird. Deshalb frage ich Sie: Haben Sie keine anderen Probleme?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vorhin hat der Kollege Mang in einer Zwischenbemerkung geäußert, in Wirklichkeit hätten wir eine Unterdeckung in Höhe von 3,1 Millionen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Milliarden!)

– 3,1 Milliarden Unterdeckung! Ich wollte nur testen, ob Sie da hinten zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu möchte ich nur sagen: Warten wir es einmal ab. Das ist ein Haushaltsplan. Der Finanzminister hat völlig recht, wenn er diesen Plan vorsichtig aufstellt. Was die Haushaltsrechnung am Ende ergeben wird, werden wir sehen. Wir werden sehen, ob wir überhaupt eine Entnahme aus der Rücklage brauchen. Das werden die kommenden Monate und die kommenden Jahre zeigen. Verwechseln Sie aber bitte nicht den Haushaltsplan mit dem Haushaltsvollzug. So weit sind wir noch nicht. Die Entnahme aus der Rücklage ist nur geplant, das ist vorsichtige Haushaltsplanung. Wie viel wir am Ende entnehmen müssen, wird sich zeigen.

Ein wichtiger Punkt für unsere Gesellschaft in den Metropolen, aber auch in den Regionen war und ist die innere Sicherheit. Es ist sehr gut und richtig, dass wir dafür ebenfalls ein deutliches Signal setzen und deutlich mehr Polizeibeamte in Lohn und Brot nehmen. Das ist wichtig.

(Alexander König (CSU): So viel wie noch nie!)

Ich weiß schon, was Sie jetzt sagen werden. Natürlich ist es richtig, dass die Bevölkerung des Freistaates Bayern zugenommen hat. Keine Frage! Trotzdem haben wir jetzt pro Einwohner mehr Polizeibeamte als je zuvor. Das ist richtig, wichtig und notwendig zur Aufrechterhaltung unserer inneren Sicherheit in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich darf noch einmal auf das Thema zurückkommen, zu dem es in den letzten Tagen und Wochen durchaus etwas erregtere Kommentare gegeben hat, auf das Thema Straßenausbau und Straßenersterschließung. Wir haben dafür eine in sich schlüssige und gute Lösung gefunden. Sie von der Opposition sind der Meinung, dass Anlieger bezahlen sollen. Einverstanden, das kann man so sehen. Es muss aber Unterschiede geben, und die müssen draußen auch deutlich werden. Die Anlieger müssen das wissen. Vielleicht müssen es aber auch diejenigen wissen, die davon nicht betroffen sind. Ich habe überhaupt kein Problem damit. Wenn man aber etwas vorlegt und sagt, wir werden liefern, wir werden die Kommunen entlasten, wenn dann der Bayerische Ge-

meindetag die Ausfälle bei den Strabs auf 100 Millionen beziffert, wie er das am Anfang der Diskussion um die Jahreswende 2017/2018 getan hat, und wenn wir dann diesen Vorgaben entsprechend im Haushalt ab 2020 150 Millionen vorsehen und sagen, dass damit auch die Ersterschließung alter Straßen abgegolten ist, dann haben wir sehr konsequent gehandelt. Dann kann uns keiner vorwerfen, wir seien nicht kommunalfreundlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
Sehr richtig!)

Ganz nebenbei: Verlautbarungen des Städtetages und des Gemeindetages repräsentieren bei Weitem nicht 100 % der Mitglieder und 100 % der Bürgermeister. Falsch ist zumindest auch das, was Sie zu den Strebs sagen. Zu den Strebs kann ich Ihnen nur eines sagen: Bei der Anhörung von Städtetag und Gemeindetag kam kein Ton, wir bräuchten mehr Geld. Nein, da kam ein Bashing unserer Vorschläge, die Bürger zu entlasten. Wer so sein Thema verfehlt, muss sich nicht wundern, wenn er am Ende vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen jetzt in einem Gesetz klar, dass die Kommunen bis 2020/2021 jegliche Freiheit haben, wie sie mit den alten Straßen umgehen. Damit haben wir die Hilferufe berücksichtigt, die von der kommunalen Ebene kamen. Die kommunale Ebene hat doch gerufen: Wir wissen nicht, ob wir müssen oder nicht müssen. Manche haben ganz ängstlich gesagt, das könnte Untreue sein. Ich weiß bisher von keinem einzigen Verfahren, das in Bayern eingeleitet worden wäre. Sie haben sich aber davor gefürchtet, etwas falsch zu machen.

Daraufhin hat der Innenminister einen Brief geschrieben. Das hätte früher ausgereicht. Inzwischen gibt es aber ein paar besonders ängstliche Kommunen, die dem Innenminister nicht geglaubt haben, obwohl der Innenminister ihr höchster Chef und ihre höchste Aufsichtsbehörde und noch dazu ein herausragend guter Jurist ist. Ich verste-

he nicht, warum man dem Innenminister nicht glaubt. Deshalb haben wir gesagt, wir machen noch ein Gesetz dazu, damit alles ganz wasserdicht ist. Jetzt haben wir einen Gesetzentwurf angekündigt, und das ist einigen dieser Herrschaften auch wieder nicht recht. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir denken an die Bürger, wir denken an die Kommunen, wir handeln stringent und konsequent, und wir haben das auch in diesem Punkt bewiesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleichwertige Lebensverhältnisse, eine starke Wirtschaft sowie Investitionen in Familien, in die Mitte der Gesellschaft, in gute Bildung und in die Zukunftsfähigkeit der Menschen, das ist die Handschrift der FREIEN WÄHLER. Ganz zum Schluss sage ich noch etwas: Selbst wenn es sich hier um scheinbar kleine Maßnahmen handelt, sind wir aber dort, wo die Probleme sind. Wir erkennen die Probleme, und wir lösen sie. Ich weiß, wie Hubert Aiwanger sich als einsamer Rufer in der Wüste für die Hebammen stark gemacht hat. Dazu war am Anfang wenig Zustimmung zu hören. Wir haben es geschafft, das gemeinsam auf den Weg zu bringen. Die Hebammen haben wieder eine Zukunft! – Das finde ich schön, das finde ich großartig. Natürlich ist es nicht damit zu vergleichen, tausend neue Lehrerstellen zu schaffen. Für die Hebammen ist es aber wichtig, und auch für die Kultur in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen für eine Kultur der Gemeinsamkeit. Wir haben ein klares Gesellschaftsbild, ein Gesellschaftsbild, das nicht unterscheidet zwischen Menschen, die hier geboren sind, und Menschen, die zu uns kommen. Deswegen haben wir,

(Zuruf von der AfD)

anders als alle anderen Bundesländer, unsere Hausaufgaben bei der Integration gemacht. Diejenigen, die das umsetzen müssen, die haben einen besonderen Dank verdient. Wenn wir Geld bereitstellen, wenn wir Manpower bereitstellen, dann heißt das

noch lange nicht, dass wir damit Erfolg haben. Ich bin sehr froh und sehr zufrieden, dass unsere Politik hier in Bayern handelt und nicht nur redet, wie bei der unseligen Debatte über dieses Integrationsgesetz, die uns über zwanzig Stunden in diesem Hohen Haus gefangen gehalten hat. Eine Debatte über zwanzig Stunden, im Ergebnis um nichts. Wichtig ist, was bei den Menschen ankommt. Ich glaube, die Politik der Bayerischen Staatsregierung, die Politik der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER als derjenigen, die die Staatsregierung tragen, kommt an.

Meine letzte Bemerkung an Sie: Es ist deswegen völlig lächerlich, von Fraktionsreserve oder von Spielgeld zu sprechen. Wir haben, gemeinsam mit der Staatsregierung, einen Haushalt vorbesprochen. Der Finanzminister hat ihn eingebracht. Ich kann nur wirklich sagen, Herr Finanzminister: großes Lob. Es ist Ihr erster Doppelhaushalt, und es ist vielleicht nicht ganz einfach, wenn der Ministerpräsident der Vorgänger ist. Das ist auch nicht alltäglich. Hervorragend gemacht. Wir werden ihn intensiv beraten, und ich kann jetzt schon sagen: Der Entwurf ist gelungen, er bringt Bayern nach vorn.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der AfD. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Trotz sinkender Löhne hat der Freistaat erneut einen Steuerrekord verbucht: 125 Milliarden Euro von fleißigen Arbeitern und tüchtigen Unternehmern. Wir haben diesen Bürgern zu danken, die heutzutage viel zu oft in Schweiß und Tränen ihr karges Brot erwerben und dafür Rekordsteuern zahlen. Ich danke auch den Beamten, die besonders in Bayern das Unternehmertum fördern, stets mit Rat und Tat kleinen Unternehmern zur Seite stehen und diese durch den Dschungel Hunderttausender EU-Normen führen. Diese Schaffenskraft ist Grundlage für den Staatshaushalt. Wenn man wissen möchte, welche politischen Schwerpunkte die Regierung in den nächsten

Jahren setzen möchte, ist der Haushaltsplan der Schlüssel hierzu. Der Haushaltsplan ist vergleichbar mit einem Bauplan, den ein Architekt entwirft, um das spätere Gebäude zu erbauen.

Heute wird auch das Finanzausgleichsänderungsgesetz besprochen. Dieses Gesetz ist dementsprechend die Finanzierungszusage. Das, was man erbauen möchte, muss auch bezahlt werden. Hier sehen wir keine formellen Fehler. Kommen wir also zum Gebäudeplan, dem Haushalt, zurück.

Am Wochenende kontaktierten mich Bürger, wieso wir laut dem BR und anderen Medien den geplanten Fraktionszuschusserhöhungen zugestimmt hätten. Die Fraktionen sollen also mehr Geld bekommen. Ich habe es selbst gelesen: Bis auf die FDP hätten alle anderen Fraktionen einer Erhöhung der Fraktionszuschüsse zugestimmt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für euch!)

Das ist eine Falschmeldung! Die AfD hat nicht zugestimmt und lehnt dieses Vorhaben als Selbstbedienungsladen-Mentalität selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD)

Wenn der BR und diese Medien, die diese Fake News verbreitet haben, noch einen Restfunken Anstand besitzen, dann sollten sie ihre Meldung zumindest heute richtigstellen.

Zum Hintergrund: Die AfD konnte gar nicht zustimmen, denn dieser Vorschlag stammt aus dem Präsidium und wurde auch von selbigem beschlossen. Die AfD-Fraktion ist aber in diesem Gremium nicht vertreten, da man uns unter Missachtung der demokratischen Spielregeln die Position des Vizekanzlers verweigert. Und an dieser Stelle spreche ich auch die verweigerten Plätze im Parlamentarischem Kontrollgremium und in der Akademie für Politische Bildung an.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist doch logisch, oder?)

Diese Institutionen stehen nicht mehr unter vollständiger demokratischer Kontrolle, wie es die Gesetze unserer Demokratie vorsehen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie haben aber den Parlamentarischen Geschäftsführer, der Sie informiert hat!)

Denn auch dort verweigert man uns den Zugang zu diesen Gremien. Da man uns die parlamentarische Kontrolle verweigert, die uns der Rechtsstaat zuweist, habe ich Bedenken, ob wir den dort geplanten Mittelverwendungen zustimmen.

Und noch etwas: Wer der Opposition den gesetzlich vorgesehenen Zugang zu Institutionen verweigert und damit der parlamentarischen Kontrollrechte beraubt, setzt die Axt an die Grundfesten der Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Ich warne Sie: Das sind die Wegmarken des Faschismus!

(Beifall bei der AfD – Lachen und Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da redet der Richtige!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, diesen Begriff zurückzuziehen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Volkmar Halbleib (SPD): Peinlicher geht es nicht mehr! – Unruhe)

Ferdinand Mang (AfD): Nun, nachdem wir die Pfründe des Parlaments besichtigt haben, sehen wir doch mal, was für die Bevölkerung übrig bleibt. Die Regierung möchte die Wohnungsnot in Bayern beseitigen. Ein löbliches Vorhaben. Die Zahlen für den Doppelhaushalt sehen auf den ersten Blick auch nicht schlecht aus: Baukindergeld in Höhe von 75 Millionen Euro, Eigenheimzulage in Höhe von 300 Millionen Euro. Dann gibt es noch Zuschüsse vom Bund für Darlehen und Zuschüsse von knapp

280 Millionen Euro. Insgesamt sollen es laut der CSU-Heimpostille "Bayernkurier" 2 Milliarden Euro sein. Doch eines fällt auf: Diese letztgenannten Zuschüsse wurden bereits 2017 gewährt, abgerufen wurden nicht einmal 30 Millionen Euro. Das heißt, es werden Mittel bereitgestellt, die zum Großteil nicht abgerufen werden. Das heißt nichts anderes als Folgendes: Der Architekt plant für ein Mehrfamilienhaus zehn Garagen, aber nur eine Familie kann sich ein Auto leisten. Die übrigen Garagen bleiben leer. Dasselbe Schicksal droht auch dem Baukindergeld und der Eigenheimzulage. Das ist auch logisch erklärbar. Die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren derart gestiegen, dass trotz Zuschüssen und vergünstigten Darlehen der Traum von den eigenen vier Wänden für viele Bürger ein Traum bleiben wird. Sie können sich die Preise einfach nicht leisten. Gerade bei Neubauten schlägt der Staat an jeder Stelle zu. Vom Aushub bis zum letzten Ziegel, überall kassiert der Staat kräftig ab. Allein die von Grundstückserwerbern zu zahlende Grunderwerbsteuer wird voraussichtlich 4 Milliarden Euro betragen. Das ist das Doppelte von dem, was der Staat angeblich für die geplante Wohnraumförderung den Bürgern zurückgeben möchte. Die Ursachen sind offensichtlich, werden aber ignoriert. Seit 2015 ist der Freistaat in Bayern für die Unterbringung von rund 200.000 Flüchtlingen verantwortlich. Er hat das Problem auf den Privatmarkt verschoben, indem er auf dem privaten Immobilienmarkt Wohnungen zum Teil für Mondpreise angemietet hat. Dieser Wohnraum ist den übrigen Bürgern entzogen, und damit ist der Staat für die Preissteigerung auf dem Immobilienmarkt mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Damit wir uns richtig verstehen, wir machen für diese Situation nicht die Menschen verantwortlich, die zum großen Teil mit falschen Erwartungen in unser Land gekommen sind bzw., man muss schon fast sagen, gelockt wurden. Die Verantwortung tragen die Politiker, die diese Migrationspolitik veranlasst haben und nach wie vor aufrechterhalten. Monat für Monat wandert eine Kleinstadt bei uns ein.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Diese Menschen benötigen Wohnraum. Die Baubranche ist aber bereits bis zum Anschlag ausgelastet. Das heißt, die Immobilienpreise werden weiterhin unerschwinglich bleiben, und der Wohnungsnot können diese Programme nicht abhelfen. Würde die Bayerische Staatsregierung sich endlich dazu durchringen, die Grenzen zu sichern oder zumindest konsequent die Abschiebung ausreisepflichtiger Flüchtlinge durchsetzen, würden einerseits Kosten und Wohnungsnot sinken, und das wäre andererseits ein Signal für zukünftige Einwanderer.

Zudem halte ich es für unchristlich, Ausreisepflichtige ständig in dem bangen Zustand zwischen Hoffen und Angst vor der Abschiebung zu halten. Die meist jungen Männer werden auch in ihren Herkunftsländern für den Wiederaufbau dringend benötigt. In diesem Zusammenhang halte ich die Begründung, diese Menschen wegen Fachkräftemangels bei uns zu behalten, für neokapitalistischen Darwinismus. Die gut Brauchbaren, die dürfen bei uns zum Lohndumping bleiben. Aber die für die Wirtschaft Unbrauchbaren, ja die, die dürfen in den Herkunftsländern verhungern. – Eine solche Einwanderungspolitik ist unmenschlich und steht nicht für die Werte unseres christlichen Abendlandes.

(Beifall bei der AfD)

Eine weitere Alternative wäre die Förderung von – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, darf ich Sie zur Sache rufen? Wir haben hier eine Haushaltsdebatte. Es gibt einen Haushaltsentwurf der Staatsregierung. Bitte sprechen Sie zur Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ferdinand Mang (AfD): Ja, ich arbeite das Punkt für Punkt ab. – Eine weitere Alternative wäre die Förderung von Genossenschaften, die nicht profitorientiert arbeiten und schon vielen Bürgern in Bayern bezahlbaren Wohnraum ermöglicht haben. Da ist es für mich absolut unverständlich, dass gerade die Zuschüsse für das kommunale

Wohnraumförderungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum für einkommensschwächere Haushalte gestrichen wurden. Wo bleiben die 500.000 Sozialwohnungen, die versprochen wurden? – Tja, bei einem solchen Programm ist wohl der Profit für die Spezien aus der Immobilienwirtschaft nicht groß genug.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Damit möchte ich eine zweite Ursache der Wohnungsnot ansprechen. Infolge der EU-Krise ist das Kapital aus den Südländern abgeflossen und hat sich in das sogenannte Betongold geflüchtet.

(Sandro Kirchner (CSU): Freie Rede!)

Auch hier hat sich die AfD-Kritik an der EU bewahrheitet. Viele Mietwohnungen oder Wohnungen einkommensschwächerer Haushalte wurden entmietet oder aufgekauft und zu Luxuswohnungen umgebaut – im Fachjargon heißt das "saniert" –, um diese neu gewonnenen Luxuswohnungen dann an internationale Spekulanten zu verschern. Die neuen Eigentümer sind unter anderem vielleicht so geschätzte Demokraten wie zum Beispiel saudische Prinzen, die die Wohnung für gelegentliche Wochenend-Shoppingtrips in der Maximilianstraße nutzen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Thema! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Freie Rede hier, nicht irgendetwas ablesen, was andere aufschreiben!)

– Ich bin beim Thema. – Das Beispiel London zeigt, dass Wohnungen überhaupt nicht mehr vermietet oder bewohnt werden, weil unbewohnte Wohnungen einen höheren Wert haben und damit begehrtere Spekulationsobjekte sind. Die zweite Ursache der Wohnungsnot liegt also im ungehemmten Raubtierkapitalismus auf dem Wohnungsmarkt. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, muss die Regierung etwas für den Bestandsschutz tun und sollte die Gründung und Weiterentwicklung von Genossenschaften fördern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie den Haushalt eigentlich gelesen?)

Stattdessen möchte die Regierung zu den Sternen greifen. Bavaria One wurde mit 700 Millionen Euro für die nächsten zehn Jahre angekündigt. Diese Mittel sind in der Höhe nicht zu finden. Da hat jemand anscheinend eine schillernde Luftblase geblasen. Außer warmer Luft ist wohl nichts vorhanden.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie hoch sind sie denn?)

Doch benötigen wir zukunftsweisende Technologien. Allerdings sind diese nicht in den Weiten des Weltraums zu finden, sondern sie zeichnen sich hier auf der Erde ab.

(Zuruf von der CSU: Das hängt doch miteinander zusammen! – Thomas Huber (CSU): Den Zusammenhang verstehen Sie nicht!)

Die Stichworte sind "Robotik" und "Automatisierung". Die Japaner investieren Milliarden in die Forschung zu Robotik und Automatisierung. Der japanische Pflegeroboter ist keine ferne Zukunftsmusik, sondern existiert bereits. Die Automatisierung kann die Pflege erleichtern und ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Die Automatisierung wird in Zukunft viele Fachkräfte entlasten oder gar entbehrlich machen. Während in Bayern KUKA verkauft wurde, die Automatisierung also den Chinesen überlassen wird, träumt die Landesregierung von einem Raumfahrtprogramm. Wir fordern daher, die einheimischen Schlüsselindustrien, die von feindlichen Übernahmen aus dem Ausland bedroht sind, zum Beispiel in Form von staatlichen Beteiligungen zu schützen.

Wir waren beim Thema Pflege stehen geblieben. Die Landesregierung plant, für das Landespflegegeld Mittel in Höhe von 748 Millionen Euro bereitzustellen. Das sind für jeden Menschen ab Pflegegrad 2 pro Jahr 1.000 Euro zusätzlich. Das reicht bei Weitem nicht aus, um die Kosten im Bedarfsfall abzudecken. Betroffene verlieren, auch wenn sie ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, Haus und Hof, und das für die Kinder angesparte Erbe geht verloren. Das ist schlicht und ergreifend ungerecht. Da versagt der Sozialstaat. Dabei muss doch die Pflege in Krankenhäusern und Seniorenheimen deutlich verbessert werden. Mit diesem Haushaltsentwurf sehe ich bei diesem

Punkt tiefschwarz. Die Lösung liegt, wie vorhin schon skizziert, im Schutz von Zukunftstechnologien und zuletzt in der Aufwertung der Pflegeberufe.

Wenn wir schon bei dem Thema Zukunftstechnologien sind, lege ich Ihnen ans Herz, sich mit der neuen Technologie des Dual-Fluid-Reaktors auseinanderzusetzen. Die herkömmlichen Kernkraftwerke, insbesondere die sogenannten Leichtwasserreaktoren, verbrennen nur maximal 5 % des Brennstoffes. Der Hintergrund der ineffizienten Technologie lag im Kalten Krieg. Die Atomkraftwerke dienten als Munitionsfabriken, um unter anderem Uranmunition herzustellen. Diese Munition haben die USA im Namen unserer westlichen Wertegemeinschaft auch großzügig zum Beispiel im Irak und zuletzt in Syrien eingesetzt. Seitdem kommen im Irak viele missgebildete Kinder zur Welt, und dort steigt die Zahl der Krebserkrankungen dramatisch an. Dieser Umstand wird freilich wenig kritisiert.

Zurück zum Thema.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das wäre gut, ja!)

Dual-Fluid-Reaktoren sind Kernkrafttechnologien der vierten Generation. Im Gegensatz zu den bisherigen Kernkraftwerken wird in ihnen fast der gesamte Brennstoff verbrannt. Die wenigen Reste klingen in 300 Jahren ab. Endlagerstätten sind nicht mehr notwendig, im Gegenteil: Die bisherigen Endlagerstätten wären die Vorratslager dieser neuen Generation von Kernkraftwerken, und alles könnte abgebaut werden.

Das Beste ist: Es besteht kein Risiko einer Kernschmelze wie bei den herkömmlichen Kernkraftwerken. Die Energiegewinnung wäre extrem kostengünstig. Die Stromkosten würden für die Haushalte deutlich sinken. Die damit günstige Herstellung von synthetischem Benzin und Hydrazin wäre der Schlüssel, um endlich unabhängiger vom Erdöl zu werden. Wir könnten unsere Autoindustrie schützen und weiterhin Verbrennungsmotoren bauen, deren Abgase Stickstoff und Wasserdampf wären. Selbst die GRÜNEN könnten nichts dagegen einwenden. Die Technologie ist CO₂-frei, also klimaneutral, um hier im Duktus dieser neuen religiösen Irrlehre zu sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Technologien sind da, die Patente dafür sind deutsch. Ich bitte Sie inständig: Hören Sie einmal nicht auf Ihre Lobbyisten! Beschäftigen Sie sich mit diesem Thema, und nutzen Sie diese historische Chance!

Nach diesem Höhenflug steigen wir in eine sehr dunkle Ecke des Haushaltsplans hinab. Für die Jugendförderung werden Mittel in Höhe von 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Davon entfallen knapp 11 Millionen Euro, in genauen Zahlen 10,95 Millionen Euro, auf die Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings. Eine weitere Aufschlüsselung erfolgt nicht. Wir halten fest: Der Bayerische Jugendring erhält mindestens circa 11 Millionen Euro, wenn nicht sogar mehr. Wer ist denn dieser Bayerische Jugendring? – Der Name hört sich ja ganz freundlich an, und Jugendarbeit ist ja friedlich und sozial. Der Bayerische Jugendring besteht nach seiner eigenen Darstellung im Internet unter anderem aus 35 landesweiten Jugendverbänden. Darunter finden sich Namen wie die DITIP Jugend und ein bekannter Förderer der Antifa, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, und viele mehr.

(Volkmar Halbleib (SPD): Unglaublich!)

Wir können damit direkt nachweisen, dass Staatsgelder über den Umweg der Jugendförderung quasi getarnt zur Unterstützung der Antifa verwendet werden sollen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist unbeschreiblich geschmacklos!)

Zur Erinnerung: Die von der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Frau Schulze, geliebte Antifa ist eine kriminelle Organisation, die echte Hetzjagden auf Andersdenkende unternimmt und die eindeutig antisemitisch geprägt ist.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Hören Sie auf, es wird immer peinlicher! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Unverschämtheit!)

Die Antifa sind bekennende Judenhasser und praktizierende Linksfaschisten.

(Zuruf von der CSU: Zum Thema!)

Überfälle, Bombenanschläge, Hetzjagden und antisemitische Straftaten sind ihre Handschrift.

Dass dieser wachsende Faschismus und Antisemitismus von links insbesondere von den mit Zwangsgebühren finanzierten Medien totgeschwiegen wird, ist die eine Sache. Dass aber dieser offene Faschismus und Antisemitismus nun auf Steuerzahlerkosten mit dem Segen von CSU und FREIEN WÄHLERN finanziert werden soll, meine Damen und Herren Abgeordnete, macht mich sprachlos.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da schaut man in den Abgrund der AfD, bei dieser Rede! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ein neuer Höhepunkt, was Sie hier abliefern! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist kein Höhepunkt, sondern ein Tiefpunkt!)

Ich fasse zusammen: Wir sehen freilich gute Ansätze, aber auch Schattenseiten. So ist der Aufbau einer Grenzpolizei der richtige Schritt, den wir befürworten. Doch 500 Beamte werden bei Weitem nicht ausreichen, die nach wie vor offenen Grenzen zu schützen. Mag der Einsatz einer Bayerischen Grenzpolizei rechtlich nicht zulässig sein, der Schutz eines längeren Zaunes wäre es schon.

Der Ärztemangel im ländlichen Raum wird nicht mit Förderungen für Niederlassungen im ländlichen Raum behoben werden. Aber Tausende von Anwärtern warten jedes Jahr vergeblich, zu einem Medizinstudium zugelassen zu werden.

Die sogenannte freie Hand des Marktes hat in vielen Bereichen bei der Globalisierung und den Monopolen versagt. Dort, wo der Raubtierkapitalismus die Oberhand gewinnt, muss der Staat schützend einschreiten.

Damit komme ich zum Ende.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): War Zeit!)

Die Politik der Masseneinwanderung ist nicht zukunftsfähig und verstößt gegen unsere christlichen Werte. Zukunftsfähig ist die Förderung von eigenen Fachkräften, von unseren Kindern. Der Haushalt muss ein Haushalt für die Zukunft Bayerns und für die bayerische Jugend sein. Die bayerischen Steuerzahler sind mit dem Rekordhaushalt imponierend in Vorleistung gegangen. Nun liegt es an uns, darin nicht nachzustehen. Also: Krempeln wir die Ärmel für Bayern hoch!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Ich hatte Sie vorhin aufgefordert, sich von einem Begriff zu distanzieren, den Sie verwendet haben. Sie haben das Wort "Faschismus" im Zusammenhang mit Verhalten im Bayerischen Landtag verwendet. Ich fordere Sie nun auf, sich von diesem Begriff zu distanzieren und sich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ferdinand Mang (AfD): Ich habe gesagt, das sind die Wegmarken.

Unsere Demokratie ist nach unserer Ansicht wirklich in Gefahr;

(Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD
– Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie sollten sich entschuldigen!)

denn wenn wir hier anfangen, parlamentarische Kontrollrechte einzuschränken, dann ist das ein Schritt, der in die falsche Richtung geht.

(Tobias Reiß (CSU): Sie sind die größten Gefährder!)

– Nein, das sind wir nicht.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist unmöglich! Das weise ich zurück!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich sehe nicht, dass Sie sich von diesem Begriff distanzieren haben. Ist das der Fall? –

(Andreas Winhart (AfD): Interpretieren Sie, was Sie wollen!)

Dann erteile ich Ihnen eine Rüge.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): Das war der Ritterschlag! – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann man jetzt auch rügen! – Harald Güller (SPD): Das ist euer AfD-Demokratieverständnis, nicht unseres!)

– Sie wissen genau, dass weitere Rügen zu weiteren Konsequenzen führen. Wir werden dieses Instrument sehr sorgfältig verwenden. Wir überlegen uns sehr genau, wann wir dies tun. Es wird in diesem Haus mit Sorgfalt mit diesem Instrument umgegangen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

– Es gibt jetzt keine weiteren Zwischenrufe!

Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Missachtung der Verfassung!)

Herr Dr. Mehring, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Mang – und ich sage sehr bewusst "Herr Mang", weil mir nach Ihrer beispiellosen Aneinanderreihung von Entgleisungen das Wort "Kollege", ehrlich gesagt, sehr schwer über die Lippen geht –, Sie hatten zu Beginn Ihrer Ausführungen einen interfraktionellen Konsens moniert, nämlich denjenigen

zu der für unsere parlamentarische Demokratie unverzichtbaren Finanzierung der Fraktionen dieses Hohen Hauses. Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass die betreffende Entscheidung im Präsidium ohne Ihr Zutun gefallen ist. Ich will die Gelegenheit nutzen, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vorbereitung dieses Beschlusses unter Einbezug aller parlamentarischen Fraktionen und ohne den Widerspruch Ihres Parlamentarischen Geschäftsführers stattgefunden hat. Weil Sie sich mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer offensichtlich nicht ausgetauscht haben, darf ich den Hinweis anfügen, weshalb es zu diesem Aufwuchs in der Finanzierung kam und insbesondere, wie er sich gestaltet.

Dieser Aufwuchs der Finanzierung ist hauptsächlich in der Tatsache begründet, dass dieses Hohe Haus zwei weitere Fraktionen bekommen hat, und eine Fraktion darunter, die größere Fraktion, ist Ihre Fraktion. 40 % der Mittel, knapp zwei Millionen Euro, landen bei Ihrer Fraktion. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Mang: Dürfen wir davon ausgehen, Ihre Ausführungen von soeben ernst nehmend, dass Ihre Fraktion auf diese parlamentarische Finanzierung verzichtet und dieses Geld in den Staatshaushalt zurückführt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Oder müssen wir davon ausgehen, dass Sie zwar als Trittbrettfahrer, als die Quelle aller Fake News, mit geöffneten Armen diese Finanzierung gerne entgegennehmen, im Hintergrund dieser Finanzierung zustimmen und dann diese Bühne des Hohen Hauses missbrauchen, um die anderen Fraktionen für eine Regelung zu kritisieren, von der niemand stärker profitiert als Sie?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –
Zuruf: Schämt euch!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege, was ist denn die Ursache dieser Finanzierung?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie!)

– Nein! Das sind nicht wir. – Ja, indirekt, weil Sie nämlich hier weiterhin – – Insbesondere trifft es nämlich hier auch die CSU und die SPD, die war auch sehr für diese Erhöhung, da eben hier noch weitere Pöstchen erhalten werden müssen. Das ist der Hintergrund dieser Erhöhung, und das kritisieren wir.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Opposition profitiert signifikant, stärker als die Regierungsfaktionen! Haben Sie das nicht verstanden? Zählen Sie es zurück!)

Es geht nicht um die Notwendigkeit, es geht um den Hintergrund.

(Zurufe)

– Keine Zwiegespräche!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Sie haben das Wort.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Verzichten Sie!)

Ferdinand Mang (AfD): – Ich werde nicht für die Fraktion sprechen, ganz klar.

(Lebhafte Zurufe)

Wenn Mittel zugewendet werden, die uns zustehen – –

(Zuruf: Was ist das für eine Veranstaltung hier?)

– Jetzt passen Sie mal auf!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt doch!)

Sollen wir dann auf die Hälfte verzichten oder nur auf ein Viertel, um zu sparen?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zeigen Sie Ihr wahres Gesicht! Sagen Sie das den Menschen draußen!)

– Nein, ich werde nicht für die Fraktion sprechen.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte senken wir den Geräuschpegel und geben wir Herrn Mang Gelegenheit, seine Rede fortzusetzen. – Sie haben noch 43 Sekunden.

Ferdinand Mang (AfD): Ich bin fertig, vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster hat Kollege Harald Güller von der SPD das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns jetzt, nach diesen Verunglimpfungen und verbalen Ausfällen, die nochmals das wahre Gesicht dieser Organisation, die sich selbst "Alternative" nennt, hier im Haus gezeigt haben, zu dem zurückkehren, worum es heute geht, nämlich zu dem Doppelhaushalt für den Freistaat Bayern und seine Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, nach den selbstgefälligen Reden des Herrn Finanzministers und auch des Vertreters der CSU und, in brutalster Geschwindigkeit gewandelt, auch des Vertreters der FREIEN WÄHLER – das hat letztes Jahr, Kollege Pohl, an dieser Stelle noch ganz, ganz anders geklungen, das ist atemberaubend, was ihr macht – ist es angebracht, noch mal klarzustellen, was eine Hauptaufgabe des Staatshaushalts ist. Hauptaufgabe für den Staatshaushalt ist es, genügend und kräftig in eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern zu investieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das tun wir!)

Der Staatshaushalt ist kein Selbstzweck.

Für uns Sozialdemokraten ist eine klare Schwerpunktsetzung für einen sozialen und dabei ökologisch orientierten Haushalt notwendig, von dem die breite Masse der Menschen in Bayern profitiert,

(Dr. Ralph Müller (AfD): Vor allem Ihre Fraktion!)

und zwar in Städten und in ländlichen Gebieten.

Wir brauchen einen Haushalt, der die Zukunftsfähigkeit garantiert, und nicht einen Haushalt, wie er vorliegt, des Durchwurschtelns.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen von der Regierung ist an dieser Stelle nur die Umsetzung teurer Wahlversprechen per Gießkanne eingefallen, die Ihnen jetzt in der Gesamtschau des Haushalts, wie Sie ihn organisiert haben, auf die Füße fallen. Zumindest in dem von Ihnen vorgelegten Zahlenwerk ist nur wenig Freiraum für echte zielgerichtete Ausgaben in Form von Investitionen für eine gute Zukunft Bayerns zu sehen.

Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, ein durchdachter, planvoller Aufbruch in einen Investitionshaushalt sieht anders aus. Wo setzen Sie in diesem Haushalt Ihre sozialen und ökologischen Schwerpunkte? Ökologieschwerpunkte? – Fehlanzeige! Herr Ministerpräsident, Herr Umweltminister, Kolleginnen und Kollegen, ein Runder Tisch zu einem Volksbegehren macht eben noch keine Wende in der Politik aus.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo Sie die Möglichkeit haben zu handeln, im Haushalt, verweigern Sie zusätzliche Mittel für eine ökologische und umweltgerechte und klimaschutztechnisch gute Politik. Dort, wo Sie gefordert sind, liefern Sie nicht ab. Deswegen sagen wir Ihnen an

dieser Stelle: In den Verhandlungen bis zur Verabschiedung muss noch deutlich nachgelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wo sind Ihre sozialen investiven Schwerpunkte? Sie verteilen Geld per Gießkanne. Eigenheimzulage, Baukindergeld, Landespflegegeld oder die hundert Euro pro Monat für den Besuch der Kita unterstützen den einzelnen Menschen in Bayern, die Familie, die Erziehenden finanziell. Das ist gut und schön; deswegen werden Sie von der SPD in den Beratungen des Doppelhaushalts hierzu keine Streichungsanträge finden. Aber diese Ausgaben mit Investitionen in die Zukunft Bayerns zu verwechseln, das ist Ihr großer Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Wie schaffen Sie denn mit einem Landespflegegeld zusätzliche Plätze in der Pflege? Wie schaffen Sie denn mit einem Baukindergeld die Voraussetzungen dafür, dass man sich für dieses Geld überhaupt eine angemessene Wohnung in Bayern kaufen kann? Wo schaffen Sie denn mit Ihrem Beitrag von hundert Euro für die Kita die Voraussetzungen, dass es auch eine qualitativ gut ausgestattete Kita gibt, die auch die Plätze für die Kinder und bedarfsgerechte Öffnungszeiten anbieten kann? – Das ist Ihr großer Fehler: Sie verwechseln Gießkanne mit Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD will zusätzlich direkte Investitionen in Pflegeeinrichtungen, in Pflegeberatung, in Qualität, Ausstattung und Öffnungszeiten von Kitas und ganz massiv auch im Wohnungsbau, und zwar im gebundenen und im bezahlbaren Bereich des Wohnungsbaus.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Güller, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Harald Güller (SPD): Nein, das machen wir nachher. – Kolleginnen und Kollegen, unsere Investitionsprojekte sind umweltgerecht und sozial. Sie steigern damit die Lebensqualität aller Menschen in Bayern.

Wir schlagen erstens vor, kraftvoll in den öffentlichen Personennahverkehr und in den Schienenpersonennahverkehr zu investieren, ihn flächendeckender und leistungsfähiger zu machen. Das hilft den Menschen und der Umwelt wirklich, und zwar in Ballungsräumen genauso wie im ländlichen Raum. Mehr Bus-, Tram- und Bahnlinien mit einem dichteren Takt, günstigen Tarifen und modernen, flexiblen Fahrzeugen: Das bewegt die Menschen, den ÖPNV zu nutzen. Das ist ein Beitrag zu effektivem Umwelt- und Klimaschutz. Das entlastet zusätzlich auch unsere Innenstädte.

Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht nur abstrakt von Klimaschutz und Verfassungsänderungen reden, sondern konkrete Maßnahmen im Haushalt umsetzen. Wir haben gefordert, in diesem Bereich 250 Millionen Euro einzustellen. Wir werden Ihnen in unseren Änderungsanträgen nachweisen, dass das möglich ist, und zwar auf einem sinnvollen Weg, auf einem Weg, auf dem wir Klima und Mobilität nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, dass wir mittelfristig den Weg beschreiten müssen, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos zu machen. Schritte hierzu sind ein 365-Euro-Ticket, und zwar nicht nur in den drei Ballungsgebieten München, Nürnberg und Augsburg. Mögliche Beiträge könnten ein kostenloses Ticket für Auszubildende, für Schülerinnen und Schüler, für Studenten oder ein kostenloses Seniorenticket oder ein Sozialticket für finanziell Schwache sein.

Wir müssen uns in diesem Haushalt auf den Weg machen. Was Sie machen, sind reine Versprechungen. Wo ist die Umsetzung des 365-Euro-Tickets für München, Nürnberg und Augsburg im Haushalt? – Nirgends. Verbundförderung? – Die gibt es momentan nur für den Münchner Verkehrsverbund: Fünfmal 35 Millionen Euro. Das macht 175 Millionen Euro insgesamt. Wo ist die finanzielle Umsetzung in diesem

Haushalt? – Sie verschieben die Umsetzung auf das Jahr 2021 und später, statt die Versprechen des Ministerpräsidenten einzuhalten.

Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Volkshochschulen, für den es in der letzten Legislaturperiode sogar einen gemeinsamen Antrag des gesamten Hohen Hauses gegeben hat. Da geht es nicht um 175 Millionen Euro, da geht es nur um 5 Millionen Euro. Aber selbst da sind Sie zu knickrig, diese in den Haushalt einzustellen und zu dem zu stehen, was wir gemeinsam und einstimmig in diesem Haus beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir schlagen vor, was Klimaschutz und Umwelt direkt hilft: die Energieeffizienz in kommunalen und staatlichen Gebäuden zu stärken sowie eine bayerische Klima-Umtauschprämie für stromfressende Geräte für soziale Schichten, die sich die Anschaffung neuer Geräte sonst nicht leisten können. Wir schlagen vor, was uns Ihr Umweltminister im Haushaltsausschuss sogar schriftlich gegeben hat: Wir brauchen in den Landratsämtern und in den kreisfreien Städten eine dritte Fachkraft für den Naturschutz. Denn ansonsten ist der Naturschutz – so hat sich der Umweltminister ausgedrückt – ein Flaschenhals bei der Umsetzung der Ziele der Staatsregierung. Kolleginnen und Kollegen, wir helfen Ihnen dabei, diesen Flaschenhals zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir schlagen vor, Gelder in die Kinderbetreuung zu investieren, für eine moderne Familienpolitik, für beste Bildung von Anfang an. Nötig sind Investitionen in Anzahl und Qualität der Plätze sowie in Öffnungszeiten. Das Ziel muss sein, dass jede Familie einen passgenauen Kitaplatz in der Nähe ihres Wohnortes, oder, wenn gewünscht, in der Nähe des Arbeitsplatzes finden kann, und das zeitnah.

Viertens. Wir schlagen vor, die soziale Wohnraumförderung deutlich auszubauen und weitere Belegungsrechte zu sichern. Wir schlagen vor, die Sozialbindung von Woh-

nungen, die in den nächsten Jahren ausläuft, mit einem speziellen Programm zu verlängern.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, dass beim Thema Wohnungsbau, das natürlich auch flächensensibel ist, ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind, ist für uns selbstverständlich.

Fünftens. Wir schlagen vor, stärker in unsere kommunalen Krankenhäuser zu investieren, anstatt nur in Sonntagsreden zu beklagen, dass kleine Häuser derzeit nicht in der Lage sind, moderne Geräte zu kaufen und notwendige Investitionen vorzunehmen, und auch nicht dazu, die notwendigen Mittel im Haushalt vorzusehen, damit der drohende Investitionsstau in den nächsten Jahren abgebaut werden kann.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): In keinem Land gibt es mehr Krankenhausförderung als in Bayern. Das sind 640 Millionen Euro im Haushalt! – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Sechstens. Wir schlagen vor, endlich wieder mehr in die Sanierung und in den Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen, in die Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu investieren. Ein Landespflegegeld ist gut. Aber man muss auch wissen, in welche Einrichtung man gehen kann. Man braucht auch die entsprechende Beratung für sich selbst oder für Angehörige. Kolleginnen und Kollegen, da muss man in diesem Haushalt deutlich aufmörteln.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Ist das Landespflegegeld jetzt gut, oder nicht?)

Siebtens. Wir schlagen vor, mehr in Barrierefreiheit, zum Beispiel im Gesundheits- und Pflegebereich, an Bahnhöfen und Haltepunkten, zu investieren. Doch statt dies alles anzupacken – wohlgemerkt in konjunkturreich noch hervorragenden Zeiten – versuchen Sie, das Trugbild eines ausgeglichenen Haushalts mit minimaler Schuldentilgung auf-

zubauen. So ist das auch im Bericht der Kabinettsitzung vom 12. Februar 2019 niedergeschrieben. Sie sprechen von einer angeblich soliden, generationengerechten Finanz- und Haushaltspolitik und von einem Staatshaushalt, der angeblich ohne Schulden auskommt.

Erstens. Was nützt es uns, wenn Sie ohne Schulden auskommen, wenn gleichzeitig unsere Straßen und Brücken, unsere öffentlichen Gebäude verlottern und die Kommunen nicht ausreichend Geld haben, um beispielsweise Schulbauten zu erhalten und den heutigen modernen Anforderungen anzupassen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Sie haben jedenfalls mehr als in SPD-regierten Ländern! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Zweitens. Der Hinweis, der Staatshaushalt komme ohne neue Schulden und Schuldentilgung aus, zeigt die ganze Falschheit Ihrer vollmundigen Aussage.

(Zuruf von der CSU)

Das ist geradezu ein Offenbarungseid. Sie schaffen beides nicht: Sie schaffen weder Investitionen in die Zukunft, noch schaffen Sie eine Schuldentilgung. Die laufenden Einnahmen decken nicht die Ausgaben. Sie haben keinen ausgeglichenen Haushalt. Sie tilgen aus der Rücklage. Durch die Entnahme aus der Rücklage sinkt diese von 3,652 Milliarden Euro auf jetzt noch 2,185 Milliarden Euro. Das geht in diesem Doppelhaushalt noch. Im nächsten Doppelhaushalt sind Sie dann aber mit Ihrem Latein am Ende. Dann schauen wir mal, wie Sie weitermachen wollen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie bauen zwar die Staatsverschuldung um 1 Milliarde Euro ab; es verbleiben aber 26 Milliarden Euro Schulden.

(Hans Herold (CSU): Aber Abbau!)

Wie wollen Sie Ihr selbstgestecktes Ziel des Schuldenabbaus bis 2030 erreichen?

Wohlgemerkt, die SPD steht zur Schuldenbremse. Wir müssen aber trotzdem schauen, wie wir das Geld für Investitionen so ausgeben können, dass unser Gemeinwesen nicht in ein paar Jahren verlottert und kommende Generationen dies nicht als versteckte Verschuldung mitzutragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Dieser Freistaat mit seinen Menschen und seiner Wirtschaftskraft kann mehr und hat einen deutlich mehr auf die Zukunft ausgerichteten Haushalt verdient. Ihr Haushalt ist ideenlos und hat kein Gesicht. Ein Aufbruch in eine Zeit mit Investitionen in eine sozialere und ökologischer orientierte Gesellschaft sieht anders aus. Wir legen zu all diesen Punkten die entsprechenden – richtigen, guten und gegenfinanzierten – Änderungsanträge vor. Auf eine gute Beratung über diesen Doppelhaushalt!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Güller, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Abgeordnete Stadler von der AfD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Stadler, bitte.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Güller, jetzt hätte ich schon eine Frage: Haben Sie Angst, dass unsere Bürgerinnen und Bürger die Wahrheit über die Haushaltserhöhung nicht vertragen? Es ist doch bekannt, dass die SPD und die CSU bei der Wahl massive Verluste eingefahren haben und jetzt selbstverständlich den Haushalt erhöhen müssen, damit sie ihre Mitarbeiter aus der letzten Wahlperiode halten können. Das ist doch nicht schlimm.

(Unruhe bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Güller, Sie haben das Wort.

Harald Güller (SPD): Ich weiß nicht, auf welcher Veranstaltung Sie gerade waren; bei meiner Rede können Sie nicht anwesend gewesen sein. Ich habe Ihnen für die SPD-Fraktion in aller Klarheit unsere Vorstellungen für einen sozialeren, ökologischeren Haushalt des Freistaates Bayern, der einen Umfang von 65 Milliarden Euro hat, vorgelegt.

(Alexander König (CSU): Na ja! Mit zahlreichen Widersprüchen! – Zuruf von der AfD: Zur Frage!)

Damit sollten Sie sich beschäftigen, statt ideologische Nebelkerzen zu werfen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Ausgewichen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kaltenhauser von der FDP. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel ist hier sehr hoch, vor allem auf der von uns aus gesehen rechten Seite des Saales. Bitte unterlassen Sie die Gespräche! Wenn Sie Gespräche mit Ihren Kollegen führen wollen, dann machen Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Dr. Kaltenhauser, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit der Quintessenz: Dieser Haushaltsentwurf ist aus meiner Sicht unverantwortlich. Er ist unverantwortlich gegenüber unseren Kindern – Ihren Kindern, meinen Kindern. Er belastet die nachfolgenden Generationen auf unverantwortliche Weise. Diese haben zudem noch das Problem der demografischen Belastung.

Was ist an diesem Haushaltsentwurf unverantwortlich? – Vor allem ist es die Passivseite; so nenne ich sie als Buchhalter. Das Sparbuch wird geplündert. Die Schulden werden nicht zurückgezahlt. Sondereinnahmen werden verfrühstückt. Der Staat greift immer noch stärker in Leben und Wirtschaft ein.

Ich will das gern erläutern, wobei ich davon ausgehe – Herr Pohl, ich weiß nicht, wo Sie jetzt sitzen –, dass der Haushalt ernst zu nehmen ist. Sie haben das hier in einer Manier, die ich bisher nur von der CSU in Kommunen kannte, infrage gestellt und angedeutet, man solle den Haushalt an der einen oder anderen Stelle nicht ganz so ernst nehmen. Ich meine aber, wenn wir hier darüber debattieren, dann sollten wir ihn auch ernst nehmen. Ein Haushalt ist ein Plan; das ist richtig. Man liegt einmal darüber, ein anderes Mal darunter. Wenn er ständig zu gut liegt, dann haben wir auch falsch geplant. – Ich werde jetzt einzelne Punkte durchgehen.

Ich beginne mit der Rücklageentnahme. Knapp 4 Milliarden Euro sind entnommen worden, und das in einer Zeit, in der wir dauerndes Wachstum haben. Jedes vernünftig wirtschaftende Unternehmen würde in solchen Zeiten Rücklagen aufbauen. Bereits in den Vorjahren haben Sie massiv in die Rücklage gegriffen. Trotz allem ist die Entnahme immer noch viel höher als die Tilgung von Schulden. Das Sparbuch wird geplündert, und das Geld wird konsumiert. Es wird weder investiert noch für die Schuldenrückzahlung verwendet.

Im Koalitionsvertrag heißt es so wunderschön:

Wir werden mit den vorhandenen Haushaltsreserven sorgsam umgehen und auch künftig ausreichende Haushaltsreserven bilden.

Angesichts dessen stelle ich eine Frage: Wir haben nur noch 2 Milliarden Euro Rücklagen; ursprünglich waren es 8 Milliarden Euro. Wenn das ausreichende Haushaltsreserven sind, dann haben wir bisher zu viel zurückgehalten. Anders formuliert: Wir hätten den Bürgern schon bisher etwas geben müssen. Oder wie muss ich das verstehen? Ich gehe davon aus, dass sich dieser Satz aus dem Koalitionsvertrag auch

auf den aktuellen Haushalt bezieht. 2 Milliarden Euro sind angeblich genug. Waren dann die 8 Milliarden Euro zu viel? – Eine interessante Interpretation!

Kommen wir zur Schuldentilgung. Ich weiß, dass ich zu dem Thema Schulden und Schuldentilgung eine etwas andere Auffassung habe als Herr Kollege Güller. Ich will aber gleich vorab sagen: Schuldenmachen als solches ist nicht per se schlecht. Man kann damit auch sinnvoll in die Zukunft investieren und entsprechende Schwerpunkte setzen. Schuldenmachen, um das Geld zu konsumieren, ist natürlich nicht akzeptabel.

Wir haben in Bayern ein gesetzlich festgelegtes Ziel: Die Schulden müssen bis 2030 vollständig zurückgezahlt sein. – Man kann nun ganz einfach rechnen, indem man den Stand der Schulden von Ende 2018 nimmt und diesen Betrag auf die 12 Jahre bis 2030 verteilt. Dann müssten wir in jedem Jahr ungefähr 2,3 Milliarden Euro tilgen. 2,3 Milliarden Euro jedes Jahr, nicht aber 1 Milliarde Euro in zwei Jahren! Mit der bisherigen Art der Tilgung schieben wir nur einen Berg vor uns her. Das wird immer schlimmer. Ob die Rechnung passt – vorhin hat sie jemand aufgemacht –, dass sich im Jahr 2028 ein anderer Ministerpräsident damit herumschlagen müsse, mag dahingestellt sein. Im Koalitionsvertrag heißt es jedenfalls:

Disziplin und Verantwortungsgefühl in Finanzfragen sind Werte, für die der Freistaat seit Jahrzehnten steht. Die Schulden von heute müssen unsere Kinder zurückzahlen. Wir wollen auch den Kurs der Rückzahlung alter Schulden fortsetzen.

Irgendwie passt das überhaupt nicht zu dem, was ich in dem Zahlenwerk finde. Tut mir leid! Der Haushalt, wie er vorliegt, schiebt die Last der Schuldentilgung eindeutig unseren Kindern zu.

Vor einigen Wochen habe ich einen Tilgungsplan gefordert. Damit war ich nicht der Erste; der Oberste Rechnungshof hatte das auch schon einmal verlangt. Der Offenbarungseid waren aber die Antworten, die ich im Haushaltsausschuss bekommen habe. Jetzt zitiere ich aus dem Protokoll, damit ich ja nichts Falsches sage: Die CSU nannte das Ansinnen von mir "fast etwas unseriös, weil man meine, bis zum Jahr 2030 genau

festlegen zu können, wie die Restschulden getilgt werden könnten." Die FREI-EN WÄHLER erklärten, dass ein solcher fester Plan nur aufgestellt werden könne, wenn die jetzige Koalition die Garantie hätte, bis zum Jahr 2030 zu regieren; anderenfalls sei das nicht möglich.

(Alexander König (CSU): Es obliegt den jeweils gewählten Abgeordneten, den Haushalt aufzustellen!)

Das ist ein interessanter Standpunkt. Es ist also Geld aufgenommen worden, ohne genau zu wissen, wann es zurückgezahlt werden muss. Das Mindeste wäre doch, meinen Anteil, den ich bis 2030 gleichmäßig zu tilgen habe, festzuschreiben. Auch das ist ein Punkt, der mich zu der Einschätzung führt: Das ist verantwortungslos!

(Beifall bei der FDP)

Auch das Thema Beamtenpensionen ist heute angesprochen worden. Es wurde ja die Vereinbarung getroffen, in den Fonds etwas weniger zurückzuführen, dafür die Schulden zu tilgen und hinterher wieder mehr in den Fonds einzuzahlen. Jetzt stellt man fest, dass in den Beamtenfonds insofern zu wenig eingezahlt wird, als tatsächlich keine Schulden getilgt werden. Auch das passt hinten und vorn nicht zusammen. Das ist eine Zusage – ich glaube, es ist sogar ein Beschluss, der vor einigen Jahren gefasst wurde –, die dazu führt, dass wir letztlich noch stärker aus der Reserve leben.

Man sieht es im Haushalt schon an den Posten, die die Ruhegehälter betreffen. Diese Posten steigen ständig an. Eine Gegenbewegung in dem Sinne, dass Schulden zurückgeführt oder der Beamtenpensionsfonds aufgebaut würde, ist nicht zu erkennen.

Vielleicht noch ein Highlight aus der Mittelbeschaffungsseite: Bekanntlich musste Audi 800 Millionen Euro Bußgeld zahlen. Dazu habe ich ein schönes Zitat vom ehemaligen Justizminister Herrn Winfried Bausback – er ist gerade nicht da – gefunden:

Geldbußen, die unsere Staatsanwaltschaften gegen Unternehmen verhängen, müssen künftig unmittelbar auch den Geschädigten zugutekommen. Es darf nicht

weiter sein, dass Geldbußen gegen Unternehmen ausschließlich dem Staatshaushalt zufließen.

Ich habe die 800 Millionen Euro als solche nicht explizit gefunden. Diese Gelder sind offenbar irgendwo in den Staatshaushalt eingegangen. Ich habe auch nicht festgestellt, dass sie für eine außerordentliche Schuldentilgung verwendet worden wären. Offenbar ist auch diese Aussage nicht ganz so ernst zu nehmen. Man hat die 800 Millionen Euro wohl ganz gut gebrauchen können.

Dieser Doppelhaushalt weist, wirtschaftlich gesehen, ein tiefrotes Ergebnis aus. Der Hinweis, es gebe keine Nettoneuverschuldung, ist Augenwischerei; das wissen alle Kaufleute, die hier sitzen. Angesichts dessen finde ich das Zitat von Herrn Aiwanger schon fast zynisch – ich werde es jetzt in Kölschem Dialekt vortragen –: "Et hätt noch emmer joot jejeange". Sie legen doch sonst immer so viel Wert auf Ihre kommunalpolitische Verantwortung. Ich stelle mir vor, ein Bürgermeister oder ein Landrat würde einen solchen Haushalt vorlegen. Was bekäme er wohl von seiner Aufsicht zu hören! Das finde ich schon erstaunlich. Aber das Thema ist schon angesprochen worden: Die FREIEN WÄHLER kennen sich mit speziellen Finanztransaktionen ja ganz gut aus.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Na, na, na!)

Noch ein Wort zu dem Thema Wachstum des Haushalts. Das ist interessant. Es ist einmal festgelegt worden bzw. es wurde uns ausdrücklich gesagt, der Haushalt solle nicht mehr als um 3 % wachsen. Jetzt wächst er – je nachdem, wie man rechnet – um über 6 %. Das ist kein Schönheitsproblem. Wenn das Haushaltswachstum höher ist als das Wirtschaftswachstum – die Volkswirte mögen mir diese Vereinfachung verzeihen –, heißt das, dass der Staat immer stärker in das Wirtschaftsleben eingreift. Damit nimmt er dem Bürger immer mehr von seiner Freiheit. Das ist weder liberal, noch marktwirtschaftlich zu dulden. Hören Sie endlich auf, die Freiheit der Bürger auch noch in wirtschaftlicher Hinsicht einzuschränken.

(Zuruf: Bei den Mieten haben Sie das alles anders gesehen!)

Schauen wir uns nun einmal die Ausgabenseite an. Dazu gibt es eine ganze Liste – ich nenne es explizit Wahlgeschenke –: Landespflegegeld, Eigenheimzulage, Baukindergeld, Familiengeld, BayernHeim. Ich will auf die einzelnen Positionen nicht näher eingehen; dazu werden wir in der Debatte noch einige konstruktive Vorschläge einbringen. Aber ich möchte jetzt doch zwei Punkte ansprechen, die mich am meisten stören.

Erstens. Wahlgeschenke kennen wir. Sie sind sonst vielleicht nicht ganz so groß wie dieses Mal, aber sind keine Einmaleffekte. Sonst wäre das vielleicht auch okay. Diese Wahlgeschenke ziehen sich mit ihren Belastungen bis in die nächsten Jahre hinein. Das ist die Problematik. Wenn man es schon in diesen Jahren nicht mehr schafft, den Haushalt anders auszugleichen, als massiv die Rücklagen anzugreifen, wie soll es dann künftig werden? Man beschließt hier Belastungen, die künftig nicht wegfallen.

Diese Maßnahmen sind im Übrigen nicht zielgenau. Das muss man ganz klar sagen. Auf das berühmte Gießkannenprinzip kann man hier immer wieder nur hinweisen. Wie würde in einem Unternehmen normalerweise ein Projekt gestartet? – Man definiert ein Ziel, das man erreichen will. Man definiert, welche Maßnahmen dafür notwendig sind, und man legt anschließend genau fest, ob man das Ziel erreicht hat. Man könnte jedes der von mir aufgezählten Beispiele nehmen. Ich erinnere nur an das Landespflegegeld. Wem genau will man helfen? Wie stellt man sicher, dass man genau diese Menschen erreicht? Wie prüft man anschließend, ob man diese Menschen erreicht hat, ob man diesen Menschen wirklich geholfen hat? – Ein paar Dankeschreiben sind da zu wenig. Dazu braucht man wirklich einen anderen Maßstab. Wenn ich nun diese Überlegungen an die vier, fünf Wahlgeschenke anlege, dann wird es nach meiner Ansicht dünn. Wenn man nun das Ziel der Wahlgeschenke weglässt, also Wählerstimmen, dann hat man tatsächlich die berühmte Gießkanne, die schon mehrfach zitiert wurde.

Besonders aufgefallen ist mir bei der Durchsicht der Vorlage der extreme Aufbau von Personalstellen. Das zieht sich durch beinahe alle Ressorts. In den Nachtragshaushal-

ten 2018 hatte man sich schon einen ordentlichen Schluck genehmigt. Trotzdem gibt es jetzt noch einmal eine ordentliche Steigerung. Interessant war für mich, dass die einzige Behörde, in der es keine Steigerung gab, der Oberste Rechnungshof war. Gerade dort hätte ich erwartet, dass es eine kleine Steigerung geben würde. Aber der Rechnungshof scheint ganz gut klarzukommen.

Ein Manko sehe ich definitiv bei den Ausgaben. Wenn man schon Ausgaben macht, muss man auch Schwerpunkte setzen. Herr Güller hat darauf schon ausführlich hingewiesen. Er sprach über die zukunftsgerichteten Investitionen in die Bildung. Statt einer Qualitätssteigerung wird oft nach dem Motto vorgegangen: Viel hilft viel. Auch dazu werden wir einige sehr dezidierte Anträge in die Diskussion einbringen.

Das Digitalministerium ist ein besonderes Highlight, wenn von der Definition her auch nicht sonderlich groß. Die Digitalministerin hat genau gesehen nicht einmal zehn Millionen Euro Verfügungsmasse pro Jahr. Die Kosten für das Ministerium sind höher als dieser Betrag. Warum man dieses Ministerium überhaupt gegründet hat, verstehe ich nicht. Wir als FDP hatten zwar immer ein Digitalministerium gefordert, aber wir sind enttäuscht, dass hier eine große Chance vertan wurde. Die Frau Kollegin Judith Gerlach tut mir wirklich leid; sie hat keine Chance.

Ein besonderer Höhepunkt ist auch der Länderfinanzausgleich. Da wurde getönt, dass man sich das alles nicht länger bieten lassen wolle, dass es eine Klage geben werde. Am besten finde ich die Formulierung im Finanzplan, dass die Einnahmen aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage entfallen, wodurch der Reformgewinn für den Freistaat Bayern aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen weitgehend aufgezehrt wird.

Vorhin war da von 800 Millionen Euro die Rede. Ich muss zugeben, ich kann diese Summe nicht einordnen, jedenfalls in das Zahlenwerk nicht. Aber definitiv ist bei Weitem nicht diese Einsparung herausgekommen, wenn überhaupt eine Einsparung herausgekommen ist, wie vorhin groß getönt wurde.

(Alexander König (CSU): Eine Menge Geld für die Kommunen ist dabei herausgesprungen! Das haben wir doch vorhin gehört!)

– Dazu sage ich gleich noch etwas. Dieser Haushaltsentwurf ist in seiner Maßlosigkeit genau genommen nicht mehr zu korrigieren. Der Satz "Die solide und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik in Bayern wird fortgesetzt" ist da für mich fast schon Ironie.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich bei Ihren Wahlversprechungen in den Koalitionsvereinbarungen ganz eindeutig total verkalkuliert. Richtig wäre, im Parlament zu sagen: Liebe Regierung, nimm den Entwurf zurück. Mach einen neuen Entwurf, in dem drinsteht: keine Neuverschuldung, keine Rücklagenentnahme. Fragt doch die Ministerien, wo man einsparen kann. Dort weiß man es. Ich kann mich noch sehr gut an Diskussionen erinnern, auch wenn ich damals nicht im Parlament war, die in der CSU/FDP-Koalition geführt wurden. Der damalige Ministerpräsident hat sich offensichtlich etwas stärker durchsetzen können. Er hat seine Leute dazu gebracht, entsprechende Vorschläge zu machen.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um politische Spielchen. Sie spielen mit der Zukunft unserer Kinder. Haben Sie endlich den Mut einzugestehen, dass Sie sich verkalkuliert haben. Sie haben Versprechen gegeben, die Sie seriös an vielen Stellen nicht einhalten können. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, meinen Kindern eine solche gewaltige Hypothek für die Zukunft aufzuladen. Damit würde die Freiheit unserer Kinder heute schon beschränkt.

Wir werden, wie gesagt, konstruktive Vorschläge einbringen. Einen solchen Entwurf zum Doppelhaushalt weisen wir aber definitiv zurück.

(Beifall bei der FDP)

Nun möchte ich zum Finanzausgleichsgesetz noch ein paar Sätze sagen. Es ist ein typisches Gesetz, in dem versucht wird, möglichst viele Unwägbarkeiten und Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Es ist ein hochkomplexes Werk, das ich total spannend finde. Wenn man es durchgearbeitet hat, kann man sagen, dass das Ziel erreicht ist, einen einigermaßen gerechten Ausgleich zu finden. Aber ein Ziel hat man nicht erreicht, dass nämlich ein solches Gesetz auch eine Steuerungsfunktion haben muss. Ich finde, das ist auch Aufgabe eines solchen Ausgleichsgesetzes. Wir kennen das ja. Vorhin hat jemand gesagt, die Schlüsselzuweisungen seien jedes Jahr in der Haushaltsplanung für die Kommunen eine Zufallsgröße.

(Alexander König (CSU): Ein guter Kämmerer kann das ausrechnen!)

– Oh, dann habe ich wohl bisher immer nur schlechte Kämmerer erlebt. Ich meine auch, allen größeren Projekten tut man sich immer schwer abzuschätzen, was es im Einzelnen bringt. Deshalb hat die FDP in ihrem Programm seinerzeit schon gefordert, dass die Verfahren transparenter sein müssen.

Zum aktuellen Gesetzentwurf wird gesagt, dass es begrüßenswert sei, dass die Kommunen mehr Geld bekommen. Das ist unbestritten, denn dort kennt man das tägliche Umfeld der Menschen meist besser, als es für uns hier möglich ist. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass die Mittel, die die Gemeinden erhalten, wesentlich stärker ansteigen als das Steueraufkommen. Was heißt das? – Wenn man sagt, das Finanzausgleichsgesetz ist dafür da, um finanzielle Unterschiede auszugleichen, heißt das: Wenn die Mittel ansteigen, werden entweder die finanziellen Unterschiede zwischen den Kommunen größer – sonst bräuchte man nicht mehr Geld zu geben – oder die Kommunen hängen immer stärker am Gängelband des Landes.

Das muss man sehen. Da ist immer die Rede von einer kraftvollen Selbstverwaltung: Man gibt Geld an die Kommunen zurück. Aber da tue ich mich als Liberaler schwer. Warum muss das sein? Das Thema Strabs ist ein wunderbares Beispiel dafür. Da sollen die Kommunen jetzt auch noch Bittgesuche einreichen: Bitte, bitte gebt uns ein

bisschen Geld für unsere Härtefälle. Ist das wirklich der richtige Ansatz? – Da tue ich mich als Liberaler wirklich schwer.

Insgesamt werden wir diesem Finanzausgleichsgesetz zwar zustimmen, aber in der Summe sind wir durchaus der Meinung, dass der Strukturwandel einmal grundsätzlich anzugehen ist. Das kann man in der Kürze der Zeit zwar nicht machen, wir werden aber versuchen, sinnvolle Vorschläge dazu einzureichen. Die Tatsache, dass die Kommunen jetzt mehr Geld erhalten, ist allerdings ein Grund, der Sache jetzt insgesamt zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke sehr. – Der Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion hat nun das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der offizielle Start der Haushaltsberatungen steht jetzt auf der Tagesordnung. Wir täten gut daran, schnell, zügig und konsequent zu beraten, denn wir haben ein enges Zeitkorsett. Durch das Wahljahr haben wir viel Zeit verloren. Deshalb bin ich dankbar, dass heute mit den Beratungen begonnen wird, um mit dem neuen Staatshaushalt auch neue Projekte auf den Weg zu bringen, die wir sonst nicht hätten verwirklichen können.

Insgesamt trägt der Regierungsentwurf den Erfordernissen der Finanzwirtschaft, das heißt dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht Rechnung: Rechtlich Gebundenes, faktisch Gebundenes wird in diesem Entwurf dargestellt. Viele Dinge, die in die Zukunft weisen, werden eingebracht. Dinge, die nicht zwingend erforderlich sind, lassen wir bewusst außen vor, weil wir nicht Dinge unter das Volk bringen wollen, die von anderen gefordert werden, aber für unser Land nicht unbedingt einen Mehrwert bringen. Man kann sagen: Der Entwurf ist geglückt. Wir werden ihn positiv begleiten, lieber Finanzminister Albert Füracker. Wir wissen, dass Bayern solide wirtschaftet, und das bei in Bayern noch immer günstigeren wirtschaftlichen Gesamtdaten, als dies bundes- und europaweit der Fall ist.

Im Doppelhaushalt sind die wesentlichen Projekte der Koalitionsvereinbarungen verankert oder zumindest bereits in Ansätzen vorhanden. Wir haben fünf Jahre Zeit, um unsere Projekte umzusetzen, und legen mit diesem Doppelhaushalt gleich einen starken Start hin. Bayern ist das Land der soliden Staatsfinanzen. Die bayerische Finanzpolitik steht für Solidität und Generationengerechtigkeit. Nicht zu Unrecht sind wir in Europa mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik Vorbild.

(Beifall bei der CSU)

Das bleibt auch in der neuen Regierungskoalition so. Ich danke unserem Koalitionspartner dafür, dass er diesen Kurs mit uns weiterführt.

Wir machen keine neuen Schulden. Wir bauen seit 2012 die alten Schulden ab und nutzen gleichzeitig die Spielräume für notwendige Investitionen in die Zukunft Bayerns. Diesem Anspruch wird der Doppelhaushalt mehr als gerecht; Schuldentilgung: 1 Milliarde insgesamt. Wir bauen damit unseren Vorsprung aus. Die – wenn auch zurzeit niedrige – Zinslast wird noch weiter verringert.

Nicht umsonst erhält der Freistaat Bayern 2019 von Standard & Poor's erneut ein Spitzenrating. Gerade die Schuldentilgung wurde und wird uns auch in der Gegenwart hoch angerechnet. Das sagen nicht Politiker, das sagen nicht wir selbst, sondern das sagen international anerkannte Experten. Diese sind von unserer Haushaltspolitik überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein ausgeglichener Haushalt, die Rückzahlung alter Schulden und natürlich die hohen Investitionen sind die Grundlinien unserer Politik. Wir betrachten die Staatsfinanzen nicht als Eigentum der Politik und nicht als Eigentum des Landtags, sondern wir verwalten sie im Auftrag der Bürger, um für die Menschen mit Verlässlichkeit, mit Ehrlichkeit und mit Besonnenheit das Beste zu erreichen. Wir wollen das uns anvertraute Geld sparsam verwenden, gut investieren, sozial nachhaltig und ertragreich einsetzen.

Deshalb weise ich die Vorwürfe der Vorrednerinnen und Vorredner entschieden zurück, insbesondere von Ihnen, Frau Kollegin Köhler; denn dort, wo GRÜNE mitregieren oder lange Zeit mitregiert haben, sind die Finanzen in aller Regel desolat.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Nicht nur die Finanzen!)

Schuldentilgung und hohe Rücklagen sind dort Wunschdenken, aber bei Weitem nicht vorhanden. Das gilt vor allem dort, wo GRÜNE und Rote regieren. Von Adolph Kolping gibt es das Zitat: "Schön reden tut's nicht, die Tat ziert den Mann!" – Heute gegendert, liebe Frau Kollegin: [...] ziert die Frau, die Partei, die GRÜNEN oder die SPD. Beweisen Sie doch mal dort, wo Sie regieren, dass Sie es wirklich besser können. Das haben Sie bisher nicht getan.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir haben in politisch stürmischen Zeiten, in Zeiten internationaler Unsicherheiten und in sich vermutlich eintrübenden Zeiten einen Rekordhaushalt. Deshalb konzentrieren wir uns auf diejenigen, die in unserem Land Werte schaffen: auf die Familien, die Arbeitnehmer und die Unternehmer.

Wir haben hohe Investitionsausgaben. Diese steigen auf rund 17 Milliarden Euro, also auf ein neues Rekordniveau. Die Quote erhöht sich von 12,1 % auf 13,7 %. Auch dort sind wir Spitze. Wir fördern Kinder und Familien, die unsere Zukunft bedeuten. Wir investieren Geld in die Bildung, in die Vermittlung der Voraussetzungen für die digitale Arbeitswelt und in die vielfältige Hochschullandschaft mit Forschung und Entwicklung. Die Personalausgabenquote sinkt im Vergleich zum Vorjahr von 38,4 % auf 37,2 %. Wir machen zum 15. Mal keine neuen Schulden. Auch setzen wir rechtzeitig Impulse, um einem möglichen Abschwung entgegenzutreten.

Ich habe Familien und Kinder genannt. Genau hier ist unsere Zukunft, wie es in der Bayerischen Verfassung formuliert ist. In der Koalition mit den FREIEN WÄHLERN haben wir unseren Schwerpunkt der vergangenen Jahre mit weiterem Gewicht verse-

hen. Der Zuschuss für die Kindergartenbeiträge wird für das erste und zweite Kindergartenjahr ausgeweitet. Damit ist der Elternbeitrag keine Hürde mehr. Dann wird der Kindergarten in vielen Fällen kostenfrei sein. Für die Kinderkrippe kommt dieser Zuschuss im Folgejahr.

Auch das Familiengeld der CSU wird fortgeführt. Empfänger sind alle Familien im Freistaat – entgegen den Wünschen des SPD-Bundesministers auch die Hartz-IV-Empfänger. Dafür sind im Doppelhaushalt allein 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Damit setzt der Freistaat bundesweit ein Zeichen für Familien und Kinder – für die Kinder, deren Zahl erfreulicherweise wieder ansteigt. Das heißt, nur für diesen neuen Bereich werden insgesamt 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Hier wird geklotzt und nicht gekleckert.

(Beifall bei der CSU)

Das Spitzenniveau bei Schulen und Hochschulen gilt es zu sichern. Die Bildungsausgaben liegen in den beiden Jahren bei circa 42 Milliarden Euro. Das ist ein Drittel des Haushaltsvolumens. Mit dem Bildungspaket, das wir bereits gestartet haben, werden die Weichen für die Zukunft an Bayerns Schulen gestellt. Auch die Förderprogramme für digitale Bildung werden fortgesetzt. Hierfür sind 212 Millionen Euro vorgesehen. Der Ausbau der Angebote an Ganztagschulen und an Mittagsbetreuung an den Schulen wird mit 630 Millionen Euro dotiert. Insgesamt werden 2.000 neue Lehrerstellen ausgebracht. Die Befristungen – ein langjähriger Kritikpunkt – werden weiter abgebaut. Auch das ist uns wichtig. Ganz ohne Befristungen wird es nicht gehen, weil wir kurzfristige Ausfälle, etwa wegen Krankheiten oder Schwangerschaften, kompensieren müssen. Aber wir müssen es auf das Notwendige reduzieren.

(Horst Arnold (SPD): Da schau her!)

Das Wissenschaftsland Bayern blüht. Wir haben eine Vielfalt in allen Regionen des Freistaats. Auch das ist übrigens ein Markenzeichen. Schauen Sie in andere Bundes-

länder, ob sich der ländliche Raum so entwickelt wie in Bayern. Sie werden keine besseren Beispiele finden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir haben Qualität in der Breite, Exzellenz in der Spitze und einen hohen Grad an Internationalisierung.

Wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Weitere regionale Schwerpunkte sind der Aufbau einer medizinischen Fakultät in Augsburg, also die Errichtung des sechsten bayerischen Universitätsklinikums, und die neue Fakultät für Luft- und Raumfahrt an der TU München am Standort Ottobrunn. Ein weiteres Beispiel ist die Errichtung einer zehnten staatlichen Uni in Nürnberg, die derzeit konzipiert wird. Auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. die technischen Hochschulen werden als regionale Innovationsmotoren weiter gestärkt. Forschungsaußenstellen und Technologietransferzentren geben gerade dem regionalen Mittelstand wichtige zusätzliche Impulse. Auch das ist ein Markenzeichen Bayerns. Schauen Sie mal, ob Sie anderswo im ländlichen Raum derart viele Außenstellen von Hochschulen finden wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Vorbildlich, vorbildlich!)

Bei uns in Bayern ist es auch dort vorbildlich, wo anderswo Fehlanzeige ist.

(Beifall bei der CSU)

Wissenschaft und Forschung spielen sich in Bayern nicht nur in den Ballungsräumen ab, sondern auch im ländlichen Raum. Diese regionalen Investitionen sind zum Teil hoch. Sie sind es uns aber wert; denn die Kraft Bayerns liegt auch im ländlichen Raum. Nicht nur unsere Mittelständler, sondern auch die Menschen vor Ort schätzen diese unsere Politik.

Im Übrigen noch einige wenige Sätze zur Erwachsenenbildung, weil ich gerade bei der Bildung bin. Auch auf diesem Gebiet investieren wir im Jahr 2019 3,7 Millionen Euro. Damit erreichen wir nahezu das Niveau, das wir in der gemeinsamen Entscheidung des Vorjahres anstreben. Ich gebe zu: Im Jahr 2020 ist der Ansatz nicht befriedigend. Darüber werden wir im Nachtragshaushalt reden. Das können wir so nicht belassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber für das laufende Jahr sind die Mittel sichergestellt. Im kommenden Jahr werden wir, wie bereits gesagt, im Nachtragshaushalt nachsteuern.

Zum Wohnungsbau: Der vor allem in den Ballungsräumen vorhandene Wohnraum-mangel stellt uns alle vor große Herausforderungen. Neben dem Freistaat sind natürlich die Städte dort gefordert, wo die Probleme am größten sind. Das gehört zu ihrer kommunalen Selbstverwaltung und zum Planungsrecht. Sie müssen geeignete Lösungen finden. Wir müssen sie unterstützen und stärken. Auch hier der Hinweis: Die Städte sind sehr oft von rot-grünen Koalitionen regiert. Dort müsste mehr passieren. Nur fordern, reicht nicht. Es gilt, dort zu handeln, wo Sie regieren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lieber Kollege Arnold, die Staatsregierung führt den Wohnungspakt Bayern fort und baut ihn weiter aus. Dort werden über 2 Milliarden Euro investiert. Für die Wohnraumförderung stehen im Doppelhaushalt 1,5 Milliarden Euro und für die Eigenheimzulage 300 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Baukindergeld Plus gibt es 300 Euro zusätzlich für bayerische Familien mit Kindern. Mir ist besonders wichtig, dass wir die Wohnraumförderung in den Städten betreiben. Das Baukindergeld Plus wirkt im ländlichen Raum, weil dort die Baumaßnahmen noch bezahlbar sind. Dort müssen wir tätig werden und vor allem der Eigenheimbildung auf die Sprünge helfen. Das ist der richtige Weg für einen Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Wir investieren landauf, landab; denn das Ende der guten Zeiten könnte uns bevorstehen. Vieles deutet darauf hin. Die Konjunktur sinkt ab. Selbst die Bundesregierung geht davon aus, dass das Wachstum deutlich niedriger ausfallen wird, als das in den letzten Jahren der Fall war. Das Stimmungsbarometer bei den Unternehmen hat sich abgekühlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern gehörte auch im Jahr 2018 zu den drei wachstumsstärksten Ländern in Deutschland. Wir haben das höchste Bruttoinlandsprodukt aller Flächenstaaten und damit die stärkste Wirtschaft. Gleichzeitig setzt sich die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt erfreulicherweise fort. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zum 13. Mal in Folge gegenüber dem Vorjahr an. Die Arbeitslosenquote lag Ende 2018 bei 2,7 %. Das ist der niedrigste Stand seit Dezember 1980. Das sind Verhältnisse wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders. Der große Finanzpolitiker und deutsche Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß wäre stolz auf die Daten, die wir heute vorweisen können.

(Horst Arnold (SPD): Der hat gesagt: "Freiheit oder Sozialismus"! Da waren wir dran!)

– Das Wirtschaftswunder lag in der Adenauerzeit und nicht in der Zeit der sozialliberalen Koalition. Aber über Geschichtsunterricht können wir später reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Wirtschaftswachstum wird so nicht bleiben. Deshalb müssen wir vorbauen. Das tun wir. Dank langjähriger zukunftsweisender und innovativer Politik werden wir in Bayern unsere guten Daten gegenüber dem Bundeschnitt weiter aufrechterhalten. Davon bin ich überzeugt. Wir haben heute viel über die Investitionsausgaben und die Investitionsquote gehört. Allein für Baumaßnahmen stellen wir 260 Millionen Euro bereit. Wir investieren aber auch in das Personal. Wir übernehmen den Tarifabschluss. Das ist ein ordentlicher Abschluss. Die Menschen sollen Geld verdienen, wenn es einem Land gut geht. Wir setzen den Abschluss für die Angestellten auch bei der Beamtenschaft um. Ich nenne als Stichworte die Anhebung der

Eingangsbesoldung, die Anerkennung für unsere Beschäftigten und Anreize für den Nachwuchs, in einem attraktiven öffentlichen Dienst, dem attraktivsten in Deutschland, zu arbeiten.

Wir investieren in Soziales. Ich habe die Familien genannt. Ich nenne aber auch das bayerische Pflegegeld und die neue Investitionsförderung für Pflegeplätze, sowohl für den Bau als auch die Sanierung. Die ersten Mittel dafür sind im Haushalt eingestellt. Auch das ist ein Erfolg dieser Koalition. Ich nenne außerdem den Bereich Sicherheit und Umwelt, zu dem ich aber keine weiteren Ausführungen machen möchte, da mir die Zeit langsam ausgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines sei aber schon noch gesagt: Es gibt diejenigen, die immer Wasser predigen und Wein trinken. Ich meine damit die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Sie empfehlen den Menschen in Bayern, viel mit Zug und Bus zu fahren, gehören aber gleichzeitig zu den Vielfliegern unter den Abgeordneten. Ihnen sei gesagt: Wer etwas fordert, muss das auch selbst einhalten! Der ehemalige Landesvorsitzende und jetzige Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Dieter Janecek, fordert heute im "Pressespiegel", gegen die "Lust-Vielfliegerei" der Bürgerinnen und Bürger vorzugehen. Er fordert, die Fliegerei pro Bürger auf dreimal pro Jahr zu beschränken, ansonsten sollte es Konsequenzen geben. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, hier zeigt sich wieder die alte Verbotspartei der GRÜNEN. Diesem Vorschlag treten wir nicht näher. Wir bauen den ÖPNV aus. Das ist richtig und wichtig. Wir wollen den Menschen aber nichts verbieten. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Wir haben über alle Fraktionen hinweg vereinbart, dass wir die Beratungszeit im Haushaltsausschuss für den Doppelhaushalt auf insgesamt drei Wochen eindampfen. Wir wollen vor Ostern fertig werden. Wir beginnen also am 26. März. Das ist eine Info-Woche, die eigentlich sit-

zungsfrei wäre. Ich danke allen Fraktionen ausdrücklich, dass sie diesen Weg mitgegangen sind, und freue mich schon jetzt auf die Beratungen im Haushaltsausschuss. Gleichzeitig appelliere ich an die Opposition, keine Mehrforderungen zu stellen, die nicht gegenfinanziert sind. Wir von der CSU werden ergänzende Vorschläge einbringen, die finanziert und für Bayern wichtig sind. Wir bringen keine populistischen Vorschläge ein, die nur der Show dienen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte noch einmal sagen: Der erste Haushalt der neuen Regierungsfaktionen ist mehr als gelungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Dr. Müller hat sich zu einer Intervention gemeldet. Herr Dr. Müller, Sie haben zwei Minuten.

Dr. Ralph Müller (AfD): Herr Zellmeier, das war ja nun eine schöne Märchenstunde, die Sie uns hier serviert haben. Mein geschätzter Vater, ein großer Schulmeister und Pädagoge, hätte nur gesagt: Themaverfehlung, setzen, sechs.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gut, dass Ihr Vater nicht auch im Landtag sitzt!)

Ich greife nur einen Punkt heraus und würde mir eine Antwort darauf erwarten: Ein Vertreter Ihrer Fraktion bzw. Ihrer politischen Richtung, ein prominenter Mann, hat gesagt, die Migration wäre die Mutter aller Probleme. Ich würde es anders formulieren: Die kriminelle Masseninvasion ist die Mutter aller Probleme.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Rechtsradikalismus!)

Ein hochverdienter Mann, der vor Kurzem geschasst wurde, hat in einem denkwürdigen Interview gesagt, täglich überschritten immer noch 500 bis 700 Personen illegal die Grenze. Das sind nur die offiziell erfassten Zahlen. Diese Leute, die Sie und Ihre

Regierungsvertreter, auch im Bund, durch ein ideologisches Konzept in unser Land locken und holen, verschärfen alle Probleme im Land.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Schieben Sie dieses Problem nicht auf die Kommunen. Diese Leute, die Sie ins Land holen, verschärfen zu Hunderttausenden die Problematik am Wohnungsmarkt. Das sind die wahren Probleme. Gerade bei der Wohnungssuche findet im mittleren und unteren Bereich ein Verdrängungswettbewerb statt.

Die Leute, die Sie zu Hunderttausenden illegal und unter Verstoß gegen das Grundgesetz ins Land holen, verschärfen unsere Probleme in den sozialen Sicherungssystemen, zum Beispiel in der Krankenversicherung. Diese Leute sprengen unsere sozialen Systeme. Was tut die Staatsregierung, um diese Probleme zu beseitigen? Nötig wäre eine rigorose Grenzsicherung. Nehmen Sie dazu Stellung!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Müller, Ihre Redezeit ist beendet. – Herr Zellmeier, bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Kollege Dr. Müller: Themaverfehlung!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir beraten über den bayerischen Staatshaushalt.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Um den geht es hier!)

Sie haben über den Schwenk der Wohnungspolitik gerade noch die Kurve gekriegt, um überhaupt etwas zum Staatshaushalt zu sagen. Ich sage Ihnen: Die CSU und die Staatsregierung haben in den vergangenen Jahren alles getan, um die illegale Zuwanderung einzuschränken. Die Hauptzuständigkeit dafür liegt im Bund und nicht in Bayern.

(Dr. Ralph Müller (AfD): § 1 des Aufenthaltsgesetzes! Wirtschaftliche Interessen!

– Alexander König (CSU): Führen Sie sich nicht so auf!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Zellmeier hat das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Jetzt habe ich das Wort. – Wir haben alles getan, was wir in Bayern tun konnten. Sie versuchen krampfhaft, davon abzulenken, dass wir in Bayern beste Daten haben.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Sie versuchen krampfhaft abzulenken!)

Sie versuchen, uns ein bundespolitisches Thema ans Bein zu binden.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist ein landespolitisches Thema!)

– Sie haben jetzt nicht das Wort. – Herr Kollege, Themaverfehlung, mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine einzige Anmerkung zu diesem Schlagabtausch machen: Wer der Meinung ist, dass man Wohnungsnot über Bevölkerungspolitik lösen könnte, der müsste es den Leuten erst einmal verbieten, Kinder zu kriegen.

(Alexander König (CSU): Das ist jetzt aber auch abenteuerlich!)

Ein Großteil der wohnungspolitischen Erfordernisse, die wir in München haben, hat seinen Grund darin, dass die Leute schlicht und ergreifend Kinder bekommen und daher auch mehr Wohnraum nötig ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber nun zurück zur Sache: Man merkt bei den Haushaltsdebatten, dass die Redebeiträge einer gewissen Choreographie folgen. Die CSU gestaltet ihre Redebeiträge wie ein klassisches katholisches Hochamt: Te Deum, Hosianna und Jubilate – alles ist dabei. Meiner Erfahrung nach unterscheiden sich die Redebeiträge von der CSU, angefangen bei Kurt Faltlhauser über Herrn Huber und Herrn Söder bis zum derzeitigen Finanzminister und den Kolleginnen und Kollegen hier in den Reihen, nicht. Unbestritten ist: Der aktuelle Haushalt ist der größte, den wir in Bayern bisher hatten. Im Haushaltsplan steckt eine ausgesprochen hohe Gesamtsumme.

Im Haushaltsplan und in den Redebeiträgen der Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER wird jedoch nicht die Frage beantwortet, ob die Schwerpunkte im Haushalt richtig gesetzt worden sind. Der Kollege Güller hat bereits darauf hingewiesen, dass wir das mit Nein beantworten. Es ist auch von mehreren anderen Rednern bestätigt worden. Der Haushalt ist ein "Gießkannenhaushalt", der die zentralen politischen Herausforderungen, die wir für das Land und die Menschen bewältigen müssen, nicht aufgreift und letztlich keine politischen Konzepte aufstellt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben zwei Jahre intensivster landespolitischer Debatten hinter uns. Kolleginnen und Kollegen, wir kennen doch die Themen, die zentrale Herausforderungen für uns darstellen. Das sind bezahlbarer Wohnraum – das ist heute schon ein paar Mal erwähnt worden –, mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehend die Verdichtung, der zunehmende Verkehr in den Wachstumszentren, die Sicherstellung der Mobilität in der Fläche, der CO₂-Ausstoß sowie die Feinstaubbelastung. Diese zentralen Themen brauchen mehr als nur einen Schluck aus der Gießkanne und mehr als nur eine moderate Erhöhung einiger Haushaltstitel. Diese zentralen Themen müssen mit politischen Konzepten angegangen werden. Diese müssen sich natürlich auch in einem Haushaltsplan niederschlagen. Hinter diesem Haushaltsplan steht aber kein wohnungspolitisches Konzept, um nur ein Thema aufzugreifen.

(Horst Arnold (SPD): Sehr richtig!)

Hinter diesem Haushaltsplan steht keine Vorstellung davon, wie man mittelfristig die Not der Menschen auf dem Wohnungsmarkt angehen will und Lösungen finden will. Hinsichtlich der Wohnungspolitik ist dieser Haushalt nichts anderes als ein Manifest der Ideenlosigkeit und der Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Nicht weniger konzeptionslos ist der Haushaltsplan im Bereich des ÖPNV. Die Debatten der letzten Monate sollten eigentlich die zentrale Rolle des ÖPNV in der Fläche und in den Ballungsräumen im Hinblick auf CO₂ und Feinstaub gezeigt haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an die Redezeit.

(Horst Arnold (SPD): Die Regierung hat um 1 Minute und 55 Sekunden überzogen!)

– Ich habe hier keine Zeitanzeige.

(Tobias Reiß (CSU): Da ist die Uhr!)

– Okay, danke schön.

Florian Ritter (SPD): Auch diese Themen brauchen mehr als einen Schluck aus der Gießkanne. Das ÖPNV-Angebot muss deutlich ausgebaut werden, und wir brauchen verkehrspolitische Konzepte für ganz Bayern. Der Kollege Zellmeier hat vorhin erwähnt, dass man den Menschen das Busfahren "zumuten" will. Hierzu muss ich schlicht und ergreifend sagen: Man muss eine solche Verkehrspolitik betreiben, dass die Menschen am Ende das Busfahren nicht mehr als Zumutung empfinden, weil die Netze ausgebaut sind und ein entsprechendes Angebot vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte meinen, der Ministerpräsident hätte die Wichtigkeit dieser Themen begriffen, zumal er in den letzten Tagen des Wahlkampfs mit Themen wie 365-Euro-Ticket und S-Bahn-Ring um München dahergekommen ist. Jedoch spiegelt sich davon im Haushaltsplan nichts wider. Dieser Haushalt hätte angesichts der Herausforderungen im Land ein Haushalt des mutigen Voranschreitens und Umsteuerns sein können. Darauf haben Sie verzichtet. Sie machen daraus einen Haushalt des Weiter-so. Dieser Haushalt tut so, als gäbe es in Bayern keine großen Herausforderungen. Unserer Meinung nach haben das die Menschen in Bayern nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen zu den Vorrednern. Frau Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte mehr Investitionen für Klima, Verkehr und andere Dinge und kritisierte unsere Ausgaben. Sie kritisierte explizit das Familiengeld, den beitragsfreien Kindergarten und das Pflegegeld. – Meine Damen und Herren, wir machen beides: Wir erhöhen die Investitionen – wir haben mit 13,7 % eine so hohe Investitionsquote wie seit Jahren nicht mehr – und wir führen zusätzlich ein Familiengeld, ein Pflegegeld und ein beitragsfreies Kindergartenjahr ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Köhler behauptete, dass unsere Rechnung nicht aufgehen wird. Ich sage Ihnen: Unsere Rechnung wird nicht nur ganz genau aufgehen. Wenn ich die Ausführungen unseres Finanzministers Albert Füracker richtig verstanden habe, werden sich am Ende der zwei Jahre viele Mitglieder dieses Hohen Hauses noch wundern, wie hoch die Rücklage dann sein wird. Das bleibt abzuwarten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eben!)

Der Kollege Harald Güller sprach von einem Haushalt des Durchwurstelns. Herr Kollege Güller, das ist kein Haushalt des Durchwurstelns. Das ist ein Haushalt mit Einnahmen auf der einen Seite – Geld, welches von den Bürgerinnen und Bürgern kommt – und Ausgaben – Geld, welches für die Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wird – auf der anderen Seite. Im Haushaltsplan ist Wahrheit und Klarheit. Es ist kein Haushalt des Durchwurstelns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Güller, Sie haben die teuren Wahlversprechen kritisiert. Sie haben uns aber leider nicht verraten, welche teuren Wahlversprechen Sie ablehnen. Während der Haushaltsberatung haben Sie noch die Gelegenheit, Änderungsanträge einzubringen und die teuren Wahlversprechen in Wegfall zu bringen. Seien Sie mutig, und sagen Sie uns, welche teuren Wahlversprechen Sie ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Güller, besonders drollig wird es, wenn die SPD kritisiert, dass es sich nicht um einen Haushalt ohne Schulden handeln würde. Wissen Sie, woran ich da denken muss? – Ich muss zurückdenken an die Zeit, als die Regierung unter Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erstmals in Deutschland angekündigt hat, einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzulegen. Da war das Gelächter auf dieser Seite des Plenarsaals unglaublich groß. Am lautesten hat die SPD gelacht. Seinerzeit hat die SPD gesagt, dass alle Welt Schulden mache und die CSU das nicht kapiere und keine Schulden mehr machen wolle. – Das waren Ihre Worte seinerzeit. Lesen Sie das bitte im Protokoll nach. Tatsache ist, dass die CSU der Erfinder eines Haushalts ohne Neuverschuldung ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind der Schrittmacher für die Haushalte in Deutschland ohne Neuverschuldung.

(Horst Arnold (SPD): Landesbankdesaster!)

Herr Dr. Kaltenhauser, nun komme ich zu Ihren Ausführungen. Auch Sie haben die Wahlgeschenke kritisiert. Sie haben hierzu konstruktive Änderungsanträge der FDP angekündigt. Auch Sie haben die Möglichkeit, die von Ihnen kritisierten Wahlversprechen mit so vielen Änderungsanträgen, wie Sie wollen, in Wegfall zu bringen. Sie können Änderungsanträge stellen. Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen voraus, was passieren wird: Es wird das passieren, was bisher jedes Jahr passiert ist: Die Opposition wird Änderungsanträge mit noch höheren Ausgaben stellen, aber keine Änderungsanträge, bei denen Ausgaben gestrichen werden. Wenn Herr Dr. Kaltenhauser sagt, die im Ministerium wüssten schon, wo etwas eingespart werden könne: Da haben Sie wahrscheinlich recht.

(Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Die fragt man ja nicht!)

Es ist aber Ihre Aufgabe, wenn Sie einsparen wollen, hier als Opposition Anträge zu stellen, und nicht die Aufgabe der Ministerien. Bitte kommen Sie dieser Aufgabe nach!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der FDP)

In diesem Sinne danke ich unserem Finanzminister herzlich für einen hervorragenden, für einen großartigen Haushaltsentwurf, der Wahrheit und Klarheit sowie auf der einen Seite Investitionen in einem Maß wie noch nie zuvor und auf der anderen Seite Leistungen für die Menschen vorsieht. – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Staatsminister der Finanzen und für Heimat das Wort. – Bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt drei Stunden zugehört, mir jedes Argument angehört und mir überlegt: Ist es wirklich so, wie es manche beschrieben haben? Stehen wir kurz davor, dass dieses Land dem Ende entgegengeht, dass wir

Angst haben müssen um die nächste Generation, Herr Kaltenhauser? – Ich bin nach wie vor der Meinung: Das müssen wir nicht. Und wissen Sie, warum nicht?

(Zuruf von der FDP)

Wenn Sie Ihren Kindern gegenüber nicht verantworten können, was wir hier tun, dann müssen Sie Ihren Kindern ehrlicherweise raten, irgendwohin auszuwandern. Das Problem ist nur: Sie werden nirgendwo ein Land finden, in dem auch nur annähernd diese finanzpolitische Solidität gewährleistet ist wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Bitte sagen Sie Ihren Kindern, dass sie das Glück haben, in einem Land leben zu dürfen, in dem die Bildungschancen so gut sind wie noch nie und im weltweiten Vergleich bestimmt nicht so, dass es irgendwo anders wesentlich besser wäre. Sagen Sie Ihren Kindern, dass die Situation, bei uns zu leben, in sozialer Hinsicht grandios ist

(Alexander König (CSU): So ist es!)

und dieses Land in der Geschichte nie so gut war wie jetzt.

Sagen Sie Ihren Kindern, wenn sie eine Zukunft für wiederum ihre Kinder haben möchten, sollen sie versuchen, die bayerischen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, die wir bieten: das Baukindergeld nehmen, ein Haus bauen, sich niederlassen, den tollen Arbeitsmarkt, den wir in Bayern haben, nutzen, hier einen Beruf lernen, im Land bleiben und – –

(Alexander König (CSU): CSU wählen! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Oder FREIE WÄHLER!)

– Alexander König sagt: "CSU wählen!"; das ist auch noch eine Möglichkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will das aber gar nicht lächerlich machen; ich verstehe Ihre Bedenken. Es ist auch richtig als Opposition und auch sonst zu hinterfragen: "Was tut man?", und alle Bedenken bei einer Haushaltsdebatte auf den Tisch zu legen. Wir sollten uns aber auch nicht gegenseitig in etwas hineintreiben, bei dem wir dann zum Schluss die Meinung haben: Warum haben wir jetzt eigentlich eineinhalb oder drei Stunden lang diskutiert und gestritten? – Zum Schluss meinen wir das Gleiche.

Ich zitiere Herrn Kaltenhauser, der sagt, er finde, Schulden machen sei nicht per se schlecht. Herr Kaltenhauser, die Gegenfrage lautet: Warum ist nicht zu tilgen per se schlecht? – Wir können auch mehr tilgen und trotzdem Schulden machen. Also, Ihre Darlegungen hier waren in dieser Frage jetzt nicht besonders konsistent.

(Zuruf von der FDP)

Ich könnte natürlich aus der Rücklage auch noch einmal 2 Milliarden Euro nehmen und Schulden tilgen. Das stimmt alles, aber es geht doch um eine Ausgewogenheit, um Investitionen, Soziales, das Funktionieren des Staates, um Schuldentilgung und um die nächste Generation.

(Zuruf von der FDP)

In Bayern hat die nächste Generation zurzeit eine Schuldenlast von ungefähr 27 Milliarden Euro. Momentan bemühen wir uns, diese Schuldenlast zu reduzieren. 6,6 Milliarden Euro werden wir nach diesem Haushalt abgezahlt haben.

Sie haben dann zum Beispiel noch gesagt: Für die Kommunen müssten wir auch etwas tun. Die Kommunen haben große Schwierigkeiten. – Wissen Sie was? – Wir tilgen nicht nur die Schulden des Freistaates Bayern, sondern wir haben in den letzten Jahren über unsere Stabi-Hilfen sogar noch mal 685 Millionen Euro Schulden für die Kommunen getilgt

(Alexander König (CSU): So ist es!)

und noch mal 110 Millionen Euro Bedarfszuweisungen an die Kommunen ausgereicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Qualitätspolitik für die Kommunen!)

Wir tilgen auch noch die Schulden anderer!

Ich sage Ihnen noch etwas: Der Berliner Finanzsenator hat mir einmal gesagt, auch er tilge Schulden. Ich habe ihm erklärt, dass er überhaupt keine Schulden tilgt. Ich tilge auch noch die Schulden anderer Bundesländer, weil wir wieder 6,9 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich brauchen, und ich bin froh, dass wir diesen 2020 nicht mehr brauchen.

Es stimmt: Die avisierten 1,3 Milliarden Euro – diesen Betrag nannte Seehofer damals als Ergebnis – bleiben nicht bei mir im Landeshaushalt. Aber eines stimmt:

(Alexander König (CSU): Sie bleiben in Bayern!)

Wir brauchen das Geld nicht mehr aus Bayern hinaus überweisen. Das Geld bleibt in Bayern, und lieber bleibt es bei den bayerischen Kommunen, als dass ich es weiter nach Berlin überweise.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen denke ich, dass wir hier durchaus abrüsten können, Herr Kaltenhauser. Ich sage das auch all denen, die der Meinung sind, wir würden unsere Rücklage ruinieren. Ich sage es noch einmal: Die Rücklage ist wie ein laufendes Konto, und diese Rücklage ist vor allen Dingen deswegen so gefüllt – das sage ich der lieben Dame, die am Anfang sprach; ich habe es genau aufgeschrieben – ich weiß jetzt nicht, wo Frau Köhler gerade sitzt – –

(Claudia Köhler (GRÜNE): Da!)

– Da sind Sie. Ich grüße Sie. Sie sind noch nicht so lange dabei, Sie haben die Gnade der späteren Ankunft hier. Aber glauben Sie mir eines: Wir hätten überhaupt keine Rücklage, wären wir stets den Vorschlägen von SPD und GRÜNEN gefolgt, noch mehr Geld auszugeben, als wir schon ausgeben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir haben nur deswegen eine Rücklage, weil wir mit Geld sorgsam umgegangen sind und überlegen, wann wir das Geld einsetzen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wenn wir das Geld schon vor drei oder vor zwei Jahren für aus unserer Sicht notwendige Dinge eingesetzt hätten, dann hätten wir jetzt keine Rücklagen. Wir haben Rücklagen gebildet und sind der Meinung: Im Moment sind sie klug eingesetzt, wenn wir neben all den Investitionen – und, Herr Güller, wir haben einen Rekordhaushalt auch im Bereich der Investitionen – im Sozialen ebenso etwas tun.

(Alexander König (CSU): Eigentlich alles ganz einfach, man muss es nur verstehen wollen!)

Ich möchte Ihnen noch etwas zur Ausbildung junger Menschen sagen: Noch nie wurden so viele junge Menschen beim Staat, unter anderem in der Finanzverwaltung, ausgebildet. Allein bei den Anwärtern haben wir jetzt 6.000 Personen mehr als noch im Jahr 2008. Noch nie wurden junge Beamte so, wie jetzt auch im Haushalt geplant, beim Einstieg entlohnt; wir haben nämlich vor – und das liegt auch im Haushalt an –, die Eingangsbesoldung ab 2020 für 14.000 Neueinsteiger beim Staat um eine Stufe zu erhöhen. Das ist ein attraktives Angebot. Darüber hinaus übernehmen wir auch die Tarifabschlüsse; das habe ich in meiner Rede gesagt. Hier gehen wir also mit jungen Menschen, die zum Staat gehen, äußerst anständig um, und wir haben Gott sei Dank nach wie vor einen Zulauf zu uns.

Frau Köhler, Sie haben wieder erklärt, weil es halt in Ihrer Rede stand, dass wir mehr für den Naturschutz und für den Ökolandbau tun müssten.

(Alexander König (CSU): Öko ist neu bei der SPD! Das ist eine neue Strategie!)

Ich habe Ihnen die Zahlen genannt: 292 Millionen Euro für KULAP, fast 180 Millionen Euro unter anderem für das Vertragsnaturschutzprogramm – VNP. Steigerungen um 30 % beim KULAP in den letzten sechs Jahren – wenn das kein Beleg ist? Nirgendwo gibt es so viel Geld für den Ökolandbau wie in Bayern. Glaubt es, und merkt es euch doch einmal!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann muss ich noch eines ansprechen, weil es mich zutiefst betroffen gemacht hat – das sage ich ganz ehrlich –, wie teilweise darüber gesprochen wurde: Das sogenannte Pflegegeld wäre eine Gießkanne, ein Pipifax, es würde bei den Menschen nicht ankommen und überhaupt.

(Zuruf von der CSU: Das waren die GRÜNEN!)

Für jemanden, der in Bayern pflegebedürftig ist und zum Beispiel 1.000 Euro Rente im Monat erhält – da gibt es viele –, ist ein Landespflegegeld von 1.000 Euro im Jahr eine Rentenerhöhung von 8 %.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Jetzt möchte ich bloß einmal wissen, wann und durch wen auch immer es das letzte Mal für so jemanden eine Rentenerhöhung um 8 % gab.

Ich sage Ihnen jetzt noch etwas: Mehrere haben gesagt – ich glaube, auch Sie, Herr Güller –, dass damit noch lange keine Pflegeheimplätze geschaffen würden. Stimmt alles. Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas. Sie reden immer nur über Pflegeheimplätze. Wir auch. Wir werden im Übrigen auch im Bereich der Pflegeheimplätze im Haushalt einiges tun: 50 Millionen Euro sind vorgesehen. 70 Millionen Euro an Verpflichtungser-

mächtigungen für jährlich 1.000 Pflegeplätze, 14,5 Millionen Euro für jährlich zusätzlich 500 Kurzzeitpflegeplätze. Das wird alles gemacht, das muss man lesen.

Eines ärgert mich aber zutiefst: 66 % der Pflegebedürftigen in Bayern werden nicht in Pflegeheimen gepflegt, sondern wo? – Daheim im eigenen Familienkreis, und in diesem Fall tun 1.000 Euro verdammt gut!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb kann man nicht ständig so tun,

(Zurufe von der SPD)

als hätte man hier das Ziel verfehlt. Ich bin froh und dankbar, dass wir diese Leistung ausreichen können.

Sie, Herr Güller, sagen zum Beispiel, wir hätten keine Investitionen drin. Herr Zellmeier hat es dankenswerterweise dargestellt: Rekordinvestitionsquote. – Bei der Ökologie sagen Sie: Ökologieschwerpunkt, Fehlanzeige. – Ich habe KULAP und alles damit Zusammenhängende wieder erklärt. Klima: Ich kann die Zahlen alle noch einmal vorlesen. Förderung des ÖPNV: eine Milliarde Euro. Allein für den Klimaschutz sind 111 Millionen Euro an Mitteln vorgesehen, und dazu kommen die ganzen Verpflichtungsermächtigungen über 130 Millionen Euro. Also, ich bitte schon einmal anzuerkennen, was hier geschieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ich glaube, da gibt es noch mehr solche Länder, nicht nur die, in denen die SPD regiert!)

Ich meine deswegen, wir können uns im Ton ruhig wieder ein bisschen zurücknehmen. Wir können jetzt in aller Sachlichkeit das, was vorliegt, besprechen. Ich habe ein reines Gewissen, diesen Haushalt vorzulegen. Ja, das stimmt, er steigt tatsächlich. Der Staatshaushalt steigt um 6,3 %.

Herr Dr. Kaltenhauser, aber dass gleichzeitig die Zuweisungen an die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich hinaus steigen – das haben Sie verschwiegen. Alles, was wir in diesem Haushalt den Kommunen zukommen lassen, steigt um 7,4 % – und das, obwohl die kommunalen Steuereinnahmen in den letzten Jahren stets stärker stiegen als die des Staates.

Ich freue mich deswegen auf die Diskussionen im Haushaltsausschuss, die demnächst geführt werden. Ich möchte natürlich auch allen Rednern heute Danke sagen, die das Thema diskutiert haben. Ich danke dem Haushaltsausschuss. Ich danke dem Haushaltsausschussvorsitzenden. Ich danke der Geschäftsstelle und dem Büro des Haushaltsausschusses hier im Landtag für die Arbeit, die damit zusammenhängt. Ich danke dem Landtagsamt; jetzt kommen dann die ganzen Änderungsanträge, die gelesen werden müssen. Ich danke natürlich auch meinem Haus und meiner Beamten-schaft, die diesen Haushaltsentwurf in meinem Namen ausgearbeitet und hier aufgelegt hat.

Ich wünsche uns in den nächsten Monaten gute Beratungen. Die Schlussbefassung im Mai steht ja schon fest. Ich bin mir ganz sicher, wir werden dann in höchst friedvoller Weise alle miteinander erkannt haben, dass das ein wunderbarer Haushaltsentwurf ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):
Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Sie können das Pult verlassen.

(Der Abgeordnete Raimund Swoboda (AfD) wartet am Mikrofon auf eine Worterteilung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zusammenfassende Stellungnahme ist nicht Teil der Aussprache. Daher sind keine Zwischenbemerkungen mehr möglich.

(Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach so!)

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe das allgemeine Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der
Finanzen und für Heimat**

Berichterstatter: **Michael Hofmann**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 02 werden bei Tit. 461 01 im Jahr 2019 13,0 Tsd. € veranschlagt.
2. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 35 wird der Ansatz
in 2019
von 800,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 1.000,0 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 06
(Kap. 06 02 Tit. 461 01)
Drs. 18/946

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der technischen Ausstattung für Anwärter in Ausbildungseinrichtungen – Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 06 14 Tit. 812 35)
Drs. 18/947

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Breitbanderschließung und freies WLAN (BayernWLAN)
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/629
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/630
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen personell stärken
(Kap. 06 16 Tit. 428 01)
Drs. 18/631
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Ausgaben für sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 18/682
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Erhalts traditioneller Vereine
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 18/683
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Breitbanderschließung
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/684

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 06 21 Tit. 531 60)
Drs. 18/685
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des BayernPortals
(Kap. 06 50 Tit. 526 76)
Drs. 18/686
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung von Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Kap. 06 50 Tit. 633 76)
Drs. 18/687
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung eGovernment
(Kap. 06 50 neuer Tit.)
Drs. 18/688
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbildung für die Finanzverwaltung verstetigen
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/731
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Stellenkürzung in den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/732
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Studienbedingungen im Fachbereich Finanzwesen (Herrsching am Ammersee und Kaufbeuren) der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern
(Kap. 06 14 Tit. 511 01 und 511 22)
Drs. 18/770
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 06 01 Tit. 536 03)
Drs. 18/895

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planmäßige Beamte
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 18/896

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine weitere Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 11. Sitzung am 26. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Familie, Arbeit und Soziales**

Berichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**
Mitberichterstatter: **Ferdinand Mang**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 10 03 Tit. 684 01 wird der Ansatz
in 2019
von 1.500,0 Tsd. €
um 1.500,0 Tsd. €
auf 3.000,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kap. 10 03 Tit. 681 60 werden in 2019 2.000,0 Tsd. € veranschlagt.
3. Bei Kap. 10 03 Tit. 893 72 werden in 2019 200,0 Tsd. € veranschlagt.
4. Bei Kap. 10 05 Tit. 684 74 wird der Ansatz
in 2019
von 900,0 Tsd. €
um 150,0 Tsd. €
auf 1.050,0 Tsd. €
erhöht.
5. Bei Kap. 10 06 Tit. 686 01 wird der Ansatz
in 2019
von 1.695,0 Tsd. €
um 110,0 Tsd. €
auf 1.805,0 Tsd. €
erhöht.

6. Bei Kap. 10 06 Tit. 686 21 wird der Ansatz
in 2019
von 650,0 Tsd. €
um 110,0 Tsd. €
auf 760,0 Tsd. €
erhöht.
7. Bei Kap. 10 07 Tit. 684 59 wird der Ansatz
in 2019
von 2.000,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 2.100,0 Tsd. €
erhöht.
8. Bei Kap. 10 07 Tit. 684 68 wird der Ansatz
in 2019
von 180,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 280,0 Tsd. €
erhöht.
9. Bei Kap. 10 07 Tit. 684 78 wird der Ansatz
in 2019
von 17.160,4 Tsd. €
um 40,0 Tsd. €
auf 17.200,4 Tsd. €
erhöht.
10. Bei Kap. 10 07 Tit. 684 89 wird der Ansatz
in 2019
von 2.260,0 Tsd. €
um 80,0 Tsd. €
auf 2.340,0 Tsd. €
erhöht.
11. Bei Kap. 10 07 Tit. 633 92 wird der Ansatz
in 2019
von 30.000,0 Tsd. €
um 375,0 Tsd. €
auf 30.375,0 Tsd. €
erhöht.
12. Zur besseren Finanzierung der LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB)
wird der Ansatz bei Kap. 10 07 Tit. 684 70
in 2019
von 3.738,9 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 3.788,9 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mitgestalten und Mitbestimmen auch im Alter - Förderung der Landes-Seniorenvertretung Bayern (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/674
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen für den Arbeitsmarkt und die soziale Infrastruktur - Umsetzung des „Pakts für berufliche Weiterbildung 4.0“ - Einführung von Bildungsgutscheinen
(Kap. 10 03 Tit. 681 60)
Drs. 18/948
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u. ä. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG) – Verstärkte Förderung der Arbeit der Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/949
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten u. dgl. - Förderung der Arbeit der Tafeln in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 893 72)
Drs. 18/950
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung – Förderung des Projekts „Meine Chance – Teilzeitberufsausbildung“
(Kap. 10 05 Tit. 684 74)
Drs. 18/951
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen – Kooperative Ganztagsbildung für Kinder im Grundschulalter
(Kap. 10 07 Tit. 633 92)
Drs. 18/952

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Schullandheime – Verstärkte Förderung des Projekts
"mehrWERT Demokratie - Demokratie (er)leben am Lernort Schullandheim"
(Kap. 10 07 Tit. 684 68)
Drs. 18/953
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuwendung Pilotprojekt "Wir sind die Zukunft" Diakonie Kempten Allgäu e.V.
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 18/954
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Weiterführung und Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Vorschulbereich inklusive Fachkräfteaustausch durch TANDEM
(Kap. 10 07 Tit. 684 89)
Drs. 18/955
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Einzelmaßnahmen im Sinne des § 96 BVFG - Förderung der Arbeit des Kulturwerks der Schlesier und des Bundes der Vertriebenen
(Kap. 10 06 Tit. 686 21)
Drs. 18/956
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG - Förderung der Arbeit des Hauses der Begegnung, der Ackermann-Gemeinde und des Bundes der Vertriebenen
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 18/957
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen
(Kap. 10 07 Tit. 684 59)
Drs. 18/1033

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/657
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bessere Unterstützung der Tafeln in Bayern
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/658
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Natascha Kohnen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Effektive Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit in Bayern
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/659
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerische Umtauschprämie für den Klimaschutz
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 18/660
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung - Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 18/661
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt - Barrierefreiheit finanziell besser fördern!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 18/662
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt - Öffentlichen Raum flächendeckend mit barrierefreien Toiletten ausstatten!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 18/663

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verlässliche Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 18/664
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familien in Bayern in allen Lebenslagen unterstützen - Familienstützpunkte und Mütter- und Familienzentren ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/665
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerisches Sonderprogramm "Gut leben im Alter - Teilhabe ermöglichen"
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/666
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/667
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/668
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (LBE) und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa Bayern e.V.)
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/669
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beste frühkindliche Bildung für alle Kinder - Kita-Ausbau kraftvoll voranbringen!
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/670

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beste frühkindliche Bildung für alle Kinder - mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in Kitas!
(Kap. 10 07 TG 88 - 93)
Drs. 18/671
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/672
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein buntes Bayern jetzt - Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/673
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Stellen für das Zentrum Bayern Familie und Soziales
(Kap. 10 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/675
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kostenbeteiligung am Mittagessen in Werkstätten für behinderte Menschen und Tagesförderungsstätten
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 18/695
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erforschung der Gewaltproblematik
(Kap. 10 07 Tit. 526 82)
Drs. 18/696
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 18/697
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bessere Förderung der Maßnahmen für alleinerziehende Eltern
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/698

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 684 74)
Drs. 18/699
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/700
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens - Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"
(Kap. 10 07 TG 84)
Drs. 18/701
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für das Projekt "Miteinander leben - Ehrenamt verbindet"
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/702
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: LichtBlick Seniorenhilfe e. V.
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/703
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Prävention von Linksextremismus
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/704
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte für Arbeitnehmer im Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik
(Kap. 10 67 Tit. 428 01)
Drs. 18/705

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezahlbarer Wohnraum für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben
(Kap. 10 70 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/706
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Evaluation der Präventionsambulanz "Stopp die Gewalt"
(Kap. 10 72 neuer Tit.)
Drs. 18/707
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Teilhabe von gehörlosen und hörbehinderten Menschen verbessern - Gehörlosengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/783
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ehrenamtliche Betreuung stärken - Querschnittsarbeit der Betreuungsvereine besser fördern
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/784
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stationäre Wohnplätze für behinderte Menschen ausbauen - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Menschen mit Behinderung erhöhen
(Kap. 10 05 Tit. 893 78 und 893 79)
Drs. 18/785
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung - Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertagesstätten fortsetzen und ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88 und 684 88)
Drs. 18/786
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung - Längere Öffnungszeiten und Betreuung zu Randzeiten in Kindertagesstätten zusätzlich fördern
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 18/787

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung - Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/788
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung - Zusätzliche Beitragsentlastung für das erste und zweite Kindergartenjahr aussetzen
(Kap. 10 07 Tit. 633 91 und 681 91)
Drs. 18/789
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung - Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz wie versprochen in die Kitaqualität investieren
(Kap. 10 07 Tit. 633 91 und 633 92)
Drs. 18/790
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familiengeld einkommensabhängig auszahlen
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/791
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausweitung des Schutzes von Mädchen und Frauen - Aufbau von Fachstellen gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM/C) in jedem Regierungsbezirk
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/792
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Kofinanzierung zum Bundesprogramm "Demokratie leben!" auf das Niveau der Bundeszuwendungen
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 18/793
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Politische Bildung stärken und Internationalen Jugendaustausch ausbauen - Ausgaben für Jugendarbeit erhöhen
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/794

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionsprogramm zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder in Kindertagesstätten und Horten
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/795
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Queere Jugendberatung in allen Regierungsbezirken
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/796
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung unabhängiger Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/857
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/858
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
(Kap. 10 07 Tit. 893 82)
Drs. 18/859
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 02 Tit. 526 99)
Drs. 18/897
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 18/898

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung heimatpolitischer Anliegen im Rahmen der Schirmherrschaft über die sudentendeutsche Volksgruppe
(Kap. 10 06 Tit. 686 03)
Drs. 18/899
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der Beauftragten für das Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 18/901
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der Durchführung von Modellvorhaben der Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 547 96)
Drs. 18/902
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/903
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
(Kap. 10 07 Tit. 633 90)
Drs. 18/904
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Betreuungsgeld nach dem Bayerischen Betreuungsgeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 01)
Drs. 18/905
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/906
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landeserziehungsgeld
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 18/907

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung betreuter Frühstücksangebote an Grund- und Förderschulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)
Drs. 18/908
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Abbau von Gewalt)
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/909
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Pädagogische Qualitätsbegleitung)
(Kap. 10 07 Tit. 684 88)
Drs. 18/910
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/911
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Rahmen der Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 812 96)
Drs. 18/912
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze gemäß den Konditionen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung inkl. Hortplätze"
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/913
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 20 Tit. 526 11)
Drs. 18/914

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 10 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 12. Sitzung am 26. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Claudia Köhler**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 11 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 11. Sitzung am 26. März 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

Berichtersteller: **Ernst Weidenbusch**

Mitberichtersteller: **Ferdinand Mang**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Fraktionen nach Art. 3 Bayerisches Fraktionsgesetz
(Kap. 01 01 Tit. 684 01)
Drs. 18/846
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Fraktionen nach Art. 3 Bayerisches Fraktionsgesetz
(Kap. 01 01 Tit. 684 01)
Drs. 18/864
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planmäßige Beamte
(Kap. 01 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/865

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 01 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/866

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 01 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 13. Sitzung am 27. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Ludwig Hartmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 Tit. 685 53 wird der Ansatz
in 2019
von: 12.300,0 Tsd. €
um: 500,0 Tsd. €
auf: 12.800,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kap. 02 03 Es wird ein neuer Tit. 686 02 „Zuschuss für den Bayerischen Soldatenbund“ ausgebracht und
in 2019 mit 200,0 Tsd. € dotiert.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Dr. Franz Rieger u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen - Förderung der Arbeit des Handwerkerschul-Projekts „BINA“ des Orienthelfer e. V. im Libanon
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/928

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Alexander König, Johannes Hintersberger u.a. und Fraktion (CSU)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerische Militärtradition erhalten - Förderung des Bayerischen Soldatenbundes
(Kap. 02 03 neuer Tit. 686 02)
Drs. 18/929

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau des "Eine Welt-Promotorinnenprogramms" zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/639
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Verdoppelung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/778
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/779
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/847
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 02 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/848

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschl. Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 02 03 Tit. 517 51)
Drs. 18/849
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/850
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/851
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Akademie der Bayerischen Presse e. V.
(Kap. 02 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/853
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Akademie für Fernsehen und Digitale Medien
(Kap. 02 05 Tit. 686 02)
Drs. 18/854
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 03)
Drs. 18/855
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/867
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planmäßige Beamte
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/868

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 02 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/869

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 14. Sitzung am 27. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der
Justiz**

Berichterstatter: **Steffen Vogel**
Mitberichterstatter: **Florian Ritter**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 02 Tit. 461 01 wird der Ansatz in 2019 mit 569,0 Tsd. € dotiert.
2. Bei Kap. 04 05 Tit. 422 21 wird der Ansatz
in 2019
von 5.326,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 5.126,0 Tsd. €
vermindert.
3. Bei Kap. 04 05 Tit. 812 48 wird der Ansatz
in 2019
von 4.500,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 4.600,0 Tsd. €
erhöht.
4. Bei Kap. 04 05 Tit. 427 71 wird der Ansatz
in 2019
von 2.100,0 Tsd. €
um 75,0 Tsd. €
auf 2.175,0 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04
(Kap. 04 02 Tit. 461 01)
Drs. 18/934
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau der muslimischen Seelsorge zur Stärkung der Salafismus- und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 427 71)
Drs. 18/935
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Steigerung der Anstaltssicherheit durch die Einführung von Drohnenabwehrsystemen
(Kap. 04 05 Tit. 812 48)
Drs. 18/936
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04
(Kap. 04 02 Tit. 461 01)
Drs. 18/1082

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ministerium: Neue Planstellen zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung
(Kap. 04 01 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 18/771
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Zusätzliche Stellen zur Behebung des Personalfehlbestands an den Gerichten und Staatsanwaltschaften beim richterlichen und staatsanwaltschaftlichen sowie nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Personal
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/772

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Zusätzliche Planstellen für Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/773
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Zusätzliche Planstellen für Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen für die Serviceeinheiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/774
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Justizvollzugsanstalten: Neue Planstellen für Psychologen und Sozialpädagogen, den Verwaltungsdienst 3. und 2. QE, Krankenpflagedienst und Werkdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/775
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Justizvollzugsanstalten: Zusätzliche Planstellen für Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/776
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gefangenen- und Entlassenenfürsorge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 18/777
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte personell besser ausstatten
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/780
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Auflegung eines Justizopferentschädigungsfonds
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 18/781

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Justizvollzug: Personalausstattung an den Bedarf anpassen
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 18/782
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)
Drs. 18/870
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
(Kap. 04 04 Tit. 532 11)
Drs. 18/871
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schlichtungsstelle für verbraucherrechtliche Streitigkeiten
(Kap. 04 04 Tit. 533 05)
Drs. 18/872
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 04 04 Tit. 812 01)
Drs. 18/873
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen
(Kap. 04 04 Tit. 812 31)
Drs. 18/874

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 04 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 14. Sitzung am 27. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Gesundheit und Pflege**

Berichtersteller: **Harald Kühn**
Mitberichtersteller: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 14 03 Tit. 526 64 werden in 2019 135,0 Tsd. € veranschlagt.
2. Die Zweckbestimmung bei Kap. 14 04 TG 57 lautet: „Angehörigenarbeit, Pflegestützpunkte“.
3. Bei Kap. 14 04 Tit. 633 57 wird der Ansatz
in 2019
von 101,4 Tsd. €
um 1.000,0 Tsd. €
auf 1.101,4 Tsd. €
erhöht.
4. Bei Kap. 14 04 Tit. 686 57 werden in 2019 50,0 Tsd. € veranschlagt.
5. Bei Kap. 14 04 Tit. 893 70 werden in 2019 50,0 Tsd. € veranschlagt.
6. Bei Kap. 14 04 Tit. 540 75 werden in 2019 250,0 Tsd. € veranschlagt.
7. Bei Kap. 14 04 Tit. 891 86 wird der Ansatz
in 2019
von 1.250,0 Tsd. €
um 400,0 Tsd. €
auf 1.650,0 Tsd. €
erhöht.

8. Bei Kap. 14 04 Tit. 892 86 wird der Ansatz
in 2019
von 3.750,0 Tsd. €
um 137,0 Tsd. €
auf 3.887,0 Tsd. €
erhöht.
9. Bei Kap. 14 05 Tit. 526 53 wird der Ansatz
in 2019
von 537,5 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 837,5 Tsd. €
erhöht.
10. Bei Kap. 14 05 wird ein neuer Tit. 526 70 mit der Zweckbestimmung „Studien
und Gutachten“ ausgebracht und in 2019 mit 460,0 Tsd. € veranschlagt.
11. Bei Kap. 14 05 Tit. 683 70 werden in 2019 60,0 Tsd. € veranschlagt.
12. Bei Kap. 14 05 Tit. 686 70 wird der Ansatz
in 2019
von 330,0 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 630,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 14 20, Kap. 14 23 und die Vorbemerkung zum Epl. 14 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Pflegemobil für das Pflege-Übungszentrum (PÜZ)
(Kap. 14 04 Tit. 893 70)
Drs. 18/966
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studie zur Evidenzbasierung der Integrativen Medizin
(Kap. 14 05 Tit. 526 70)
Drs. 18/967

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Austauschplattformen (Pflegestammtische) und Maßnahmen der Qualitätssicherung der Beratungsstrukturen
(Kap. 14 04 Tit. 686 57)
Drs. 18/969
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studie zur Evaluierung von Sprachtests für ausländische Mediziner
(Kap. 14 03 Tit. 526 64)
Drs. 18/970
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerische Demenz-Woche 2020
(Kap. 14 04 Tit. 540 75)
Drs. 18/971
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Pflegestützpunkten für Bayern
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)
Drs. 18/972
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studie zur Optimierung der Antibiotikatherapie durch Spiegel-Bestimmung
(Kap. 14 05 Tit. 526 53)
Drs. 18/973
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Lean-Management für Krankenhäuser
(Kap. 14 05 Tit. 526 70)
Drs. 18/974

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Modellprojekt „Wohnungsvermittlung für Menschen in Sozial- und Gesundheitsfachberufen“
(Kap. 14 05 Tit. 683 70)
Drs. 18/975
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuwendung zur Errichtung von Kurzzeitpflegeplätzen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
(Kap. 14 04 Tit. 892 86)
Drs. 18/990
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur
(Kap. 14 04 Tit. 891 86)
Drs. 18/1038
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Stefan Vogel, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kampf gegen Krebserkrankungen bei Kindern – Neues Forschungsprojekt der Stiftung für Innovative Medizin
(Kap. 14 05 Tit. 686 70)
Drs. 18/968

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt - Barrierefreiheit im Gesundheits- und Pflegebereich
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 18/635
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 18/636

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/637
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung des Ersatzneubaus von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/638
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/718
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gesundheitsversorgung - Reduzierung der sächlichen Verwaltungskosten
(Kap. 14 03)
Drs. 18/719
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ausgaben für die Vergabe von Aufträgen
(Kap. 14 03 Tit. 534 62)
Drs. 18/720
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zieldefinition und Erhöhung der Ausgaben für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Ausgaben zur Förderung der Strukturverbesserung von Krankenhäusern im ländlichen Raum
(Kap. 14 03 Tit. 633 01)
Drs. 18/721
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
(Kap. 14 04 Tit. 531 71)
Drs. 18/722

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für die Vergabe von Aufträgen
(Kap. 14 04 Tit. 534 72)
Drs. 18/723
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Mittel für die Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/724
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/725
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Roland Magerl, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für Studien und Gutachten
(Kap. 14 05 Tit. 526 94)
Drs. 18/726
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Veranstaltungskosten
(Kap. 14 05 Tit. 540 60)
Drs. 18/727
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Andreas Winhart, Roland Magerl und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für gesundheitliche Klimaforschung
(Kap. 14 05 TG 80)
Drs. 18/729
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Andreas Winhart, Roland Magerl und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/730

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahle u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gewährung eines Meisterbonus für bestandene Fachausbildungen in der professionellen Pflege
(Kap. 14 03 Tit. 681 02)
Drs. 18/816
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahle u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung nachhaltiger Konzepte zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land
(Kap. 14 03 TG 64)
Drs. 18/817
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erweiterung Hebammenbonus - Rückkehrerinnen und Rückkehrer einbeziehen
(Kap. 14 03 TG 87)
Drs. 18/818
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umweltfreundliches Krankenhaus – Green Hospital aktiv umsetzen
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/819
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahle u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der assistierten Reproduktion
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/820
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahle u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau von Pflegestützpunkten und Förderung innovativer Konzepte
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 18/821
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Errichtung von Pflegeeinrichtungen für junge Pflegebedürftige
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 18/822

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Anschubfinanzierung für die Schulen - Umsetzung des Pflegeberufgesetzes
(Kap. 14 04 TG 72)
Drs. 18/823
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Demenzstrategie jetzt umsetzen
(Kap. 14 04 TG 75 - 76)
Drs. 18/824
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/825
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespflegegeld abschaffen
(Kap. 14 04 TG 84)
Drs. 18/826
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stipendium für Studierende APN
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/827
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Implementierung eines Modellprojekts zur Freistellung von Praxisanleiterinnen und -anleitern in allen Berufsbildern der professionellen Pflege
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/828
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zustiftung zur AETAS Kinderstiftung
(Kap. 14 05 TG 62)
Drs. 18/829

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahel, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schuleingangsuntersuchung weiter an Kindertagesstätten möglich machen
(Kap. 14 23 TG 56)
Drs. 18/830
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 18/918
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten
(Kap. 14 04 Tit. 547 84)
Drs. 18/920
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 18/921
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 57)
Drs. 18/922
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 14 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/923

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 14 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 14. Sitzung am 27. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 3 zu GZ.: 12/14/15/18-H 1108.15-1/21

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2019/2020

zum

Entwurf des Einzelplans 14

Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2019/2020 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 14 01 Tit. 534 01,
- Kap. 14 02 TG 52 und 53,
- Kap. 14 03 alle TG,
- Kap. 14 04,
- Kap. 14 05,
- Kap. 14 23 TG 52.

Die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2019/2020 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen gelten zusätzlich für:

- Kap. 14 20 Tit. 412 01,
- Kap. 14 23 Tit. 428 56.

14 20 Bayerisches Landesamt für Pflege

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
<u>111 02-3</u> 219	Gebühren und Auslagen der Schiedsstelle nach § 36 PflBG <i>Vgl. Vermerk zu 412 01.</i>	A B	---	A B	---
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
<u>281 11-6</u> 219	Erstattung für die Schiedsstelle nach § 36 PflBG	A B	---	A B	---
	Gesamteinnahmen	A B 0,0 -	-	A B 0,0 -	-
	Ausgaben				
	Personalausgaben				
<u>412 01-0</u> 219	Entschädigungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit für die Schiedsstelle nach § 36 PflBG <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 111 02.</i>	A B	---	A B	---
	Gesamtausgaben	A B 7.397,0 -	7.397,0	A B 9.329,0 -	9.329,0
	Abschluss				
	Personalausgaben	A B 4.417,0 -	4.417,0	A B 6.349,0 -	6.349,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B 1.640,0 -	1.640,0	A B 1.790,0 -	1.790,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B 1.340,0 -	1.340,0	A B 1.190,0 -	1.190,0
	Gesamtausgaben	A B 7.397,0 -	7.397,0	A B 9.329,0 -	9.329,0
	Zuschuss	A 7.397,0	7.397,0	A 9.329,0	9.329,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 14 20

Beim Landesamt für Pflege wird die Schiedsstelle nach § 36 PflBG und eine Geschäftsstelle angesiedelt (§ 137 Abs. 1 der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze - AVSG -). Für die Schiedsstelle und die Geschäftsstelle sind entsprechend der Wertigkeit der Stellen im Kapitel 14 20 Personaldurchschnittskosten i.H.v. rd. 164,1 Tsd. €, Sachmittel i.H.v. rd. 14,0 Tsd. € sowie Entschädigungsleistungen in Höhe von rd. 45,5 Tsd. € ausgewiesen. Die Kosten der Schiedsstelle und Geschäftsstelle werden über die für die durchgeführten Verfahren erhobenen Gebühren und Auslagen bzw. - sofern Gebühren und Auslagen die Kosten nicht decken - über Erstattungen der Rechtsträger der beteiligten Parteien gedeckt.

Zu 14 20/111 02

Für alle von der Schiedsstelle nach § 36 des Pflegeberufgesetzes (PflBG) durchgeführten Verfahren werden Gebühren und Auslagen erhoben. Das vorsitzende Mitglied setzt die Höhe in entsprechender Anwendung des § 40f Abs. 1 Satz 2 der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (AVSG) im dort genannten Rahmen nach der Bedeutung der Angelegenheit und nach dem angefallenen Zeit- und Verwaltungsaufwand fest. Auslagen werden entsprechend § 40f Abs. 1 Satz 3 AVSG festgesetzt. Die Gebühren und Auslagen werden den Rechtsträgern der Parteien des jeweiligen Verfahrens in entsprechender Anwendung des § 40f Abs. 2 Satz 1 AVSG nach dem Verhältnis des Unterliegens und Obsiegens auferlegt. Für den Fall des Vergleichs, der Antragsrücknahme oder der Erledigung des Antrags in sonstiger Weise gilt § 40f Abs. 2 Satz 2 AVSG entsprechend.

Zu 14 20/281 11

Diejenigen Kosten der Schiedsstelle nach § 36 PflBG, die über die Einnahmen aus Gebühren und Auslagen hinausgehen, sind anteilig der Sitzverteilung von den Rechtsträgern der Parteien nach § 36 Abs. 1 und 3 PflBG zu erstatten.

Zu 14 20/412 01

Entschädigungen an das vorsitzende Mitglied und den Stellvertreter der Schiedsstelle nach § 36 PflBG sowie Entschädigungen für im Zusammenhang mit Entscheidungen der Schiedsstelle tätige Gutachter und Sachverständige (jeweils einschließlich Reisekostenvergütungen).

14 23 Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit - Bereich Gesundheit

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
		3	4	5	6
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	62 Arbeitsmedizinisches Institut für Schulen <i>Vermerk unverändert.</i>				
518 62-3 314	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Maschinen und Geräte <i>Die am Jahresende 2019 nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für das Haushaltsjahr 2020 fort.</i> <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. € 3.650,4</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2019 in Höhe von 3.650,4 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2020 bis 2027 jährlich Tsd. € 456,3</i>	A --- B ---	---	A --- B ---	---
	Summe der Titelgruppe	A 500,0 B -	500,0	A 500,0 B -	500,0
	Gesamtausgaben	A 23.058,7 B -	23.058,7	A 23.151,2 B -	23.151,2
	Abschluss				
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 8.771,1 B -	8.771,1	A 8.771,1 B -	8.771,1
	Gesamteinnahmen	A 8.771,1 B -	8.771,1	A 8.771,1 B -	8.771,1
	Personalausgaben	A 16.188,9 B -	16.188,9	A 16.306,0 B -	16.306,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 4.597,7 B -	4.597,7	A 4.573,1 B -	4.573,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 1.302,3 B -	1.302,3	A 1.302,3 B -	1.302,3
	Sonstige Sachinvestitionen	A 969,8 B -	969,8	A 969,8 B -	969,8
	Gesamtausgaben	A 23.058,7 B -	23.058,7	A 23.151,2 B -	23.151,2
	Zuschuss	A 14.287,6	14.287,6	A 14.380,1	14.380,1

Erläuterungen

Zu 14 23/518 62

Das Arbeitsmedizinische Institut für Schulen soll eine Struktur mit zwei Zentren (mit Erweiterung um mehrere dezentrale Beratungsstellen) aufweisen. Die Verpflichtungsermächtigung wird zur mehrjährigen Anmietung von Büroräumen benötigt.

Epl. 14 Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
		3	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Abschluss Epl. 14				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 1.380,4 B -	1.380,4	A 1.380,4 B -	1.380,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 11.712,5 B -	11.712,5	A 11.760,6 B -	11.760,6
	Gesamteinnahmen	A 13.092,9 B -	13.092,9	A 13.141,0 B -	13.141,0
	Personalausgaben	A 79.901,5 B -	79.901,5	A 83.966,0 B -	83.966,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 75.950,4 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 6.480,0	A 46.111,7 B -	46.111,7	A 48.287,1 B -	48.287,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 56.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 30.930,0	A 570.086,7 B -	570.086,7	A 450.686,7 B -	450.686,7
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 800,0	A 3.496,3 B -	3.496,3	A 3.346,3 B -	3.346,3
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 53.100,0 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 21.800,0	A 21.150,0 B -	21.150,0	A 48.300,0 B -	48.300,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 959,6 B -	959,6	A 927,7 B -	927,7
	Gesamtausgaben	A 721.705,8 B -	721.705,8	A 635.513,8 B -	635.513,8
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 185.850,4 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 59.210,0				
	Zuschuss	A 708.612,9	708.612,9	A 622.372,8	622.372,8

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1785 des HA vom 27.03.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Unterricht und Kultus**

Berichterstatter: **Tobias Gotthardt**
Mitberichterstatter: **Claudia Köhler**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 05 03 Tit. 633 06 werden die Ansätze
in 2019
von 24.966,0 Tsd. €
um 8.400,0 Tsd. €
auf 16.566,0 Tsd. €

und in 2020
von 20.380,0 Tsd. €
um 9.600,0 Tsd. €
auf 10.780,0 Tsd. €
vermindert.
2. Bei Kap. 05 03 Tit. 893 61 wird der Ansatz
in 2019
von 11.500,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 11.600,0 Tsd. €
erhöht.
3. Bei Kap. 05 03 Tit. 684 74 wird der Ansatz
in 2019
von 100.881,1 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 100.931,1 Tsd. €
erhöht.

4. Bei Kap. 05 04 Tit. 533 02 wird der Ansatz in 2019
- | | |
|-----|--------------|
| von | 250,0 Tsd. € |
| um | 200,0 Tsd. € |
| auf | 450,0 Tsd. € |
- erhöht.
5. Bei Kap. 05 04 Tit. 684 21 bis 684 29 werden die Ansätze in 2019
- | | |
|-----|-----------------|
| von | 12.614,0 Tsd. € |
| um | 9.400,0 Tsd. € |
| auf | 22.014,0 Tsd. € |

und in 2020

von	14.450,0 Tsd. €
um	9.600,0 Tsd. €
auf	24.050,0 Tsd. €

erhöht.

Die titelscharfe Aufteilung der Mittel erfolgt durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

6. Bei Kap. 05 04 Tit. 684 90 werden die Ansätze in 2019
- | | |
|-----|--------------|
| von | 730,0 Tsd. € |
| um | 150,0 Tsd. € |
| auf | 880,0 Tsd. € |
- erhöht, davon

- 50,0 Tsd. € zur besonderen Förderung von Sportarbeitsgemeinschaften (SAG) an Grundschulen im Bereich des Schwimmens und Rettungsschwimmens (= Verdoppelung der bisherigen SAG-Pauschale);
- 50,0 Tsd. € als Geräteförderung für besonders engagierte SAG bis zu einer Höhe von jeweils 500 € im Einzelfall und
- 50,0 Tsd. € als Anschubfinanzierung für die Bezuschussung von Sportgroßgeräten bis zu einer Höhe von jeweils 10.000 € im Einzelfall für die Neugründung von SAG im Bereich des Behinderten- bzw. Inklusionssports

und in 2020

von	730,0 Tsd. €
um	50,0 Tsd. €
auf	780,0 Tsd. €

zur besonderen Förderung von Sportarbeitsgemeinschaften (SAG) an Grundschulen im Bereich des Schwimmens und Rettungsschwimmens (Verdoppelung der bisherigen SAG-Pauschale) erhöht.

7. Bei Kap. 05 05 Tit. 684 05 wird der Ansatz in 2019
- | | |
|-----|--------------|
| von | 175,0 Tsd. € |
| um | 20,0 Tsd. € |
| auf | 195,0 Tsd. € |
- erhöht.

8. Bei Kap. 05 05 Tit. 894 60 wird der Ansatz
in 2019
von 2.500,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 2.600,0 Tsd. €
erhöht.
9. Bei Kap. 05 05 Tit. 684 61 wird der Ansatz
in 2019
von 340,0 Tsd. €
um 120,0 Tsd. €
auf 460,0 Tsd. €
erhöht.
10. Bei Kap. 05 05 Tit. 684 81 werden die Ansätze
in 2019
von 24.390,0 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 24.690,0 Tsd. €

und in 2020
von 24.890,0 Tsd. €
um 4.800,0 Tsd. €
auf 29.690,0 Tsd. €
erhöht.
11. Bei Kap. 05 02 wird ein neuer Tit. 972 01 („Globale Minderausgabe im Einzelplan 05“) mit folgendem Haushaltsvermerk ausgebracht: „Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.“ Der Titel wird in 2020 mit - 4.800,0 Tsd. € dotiert.
12. Bei Kap. 05 15 Tit. 428 14 wird der Ansatz
in 2019
von 38.179,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 38.229,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung bei Kap. 05 01 eine Verpflichtungsermächtigung und bei Kap. 05 04 ein Haushaltsvermerk ausgebracht (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für den Schulsport – Förderung von Sportarbeitsgemeinschaften im Bereich des Schwimmens und Rettungsschwimmens, Geräteförderung und Bezuschussung von Sportgroßgeräten
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 18/937
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Restrukturierung der Bibliothek des Deutsch-Amerikanischen Instituts Nürnberg
(Kap. 05 05 Tit. 684 05)
Drs. 18/938
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterstützung der bayerisch-israelischen Kooperation im Schulbereich
(Kap. 05 05 Tit. 684 61)
Drs. 18/939
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sanierung des Internationalen Mahnmals in der KZ-Gedenkstätte Dachau
(Kap. 05 05 Tit. 894 60)
Drs. 18/940
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Haupt-/Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 18/941
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der Schülermitverantwortung
(Kap. 05 04 Tit. 533 02)
Drs. 18/942
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entwicklung und Implementierung eines Sprachzertifikats Pflege für Pflegegeschulen und Pflegehelferschulen
(Kap. 05 15 Tit. 428 14 und Kap. 05 03 Tit. 684 74)
Drs. 18/943

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulgeldfreiheit für die Ausbildung von nichtärztlichen Heilmittelerbringern - Gesundheitsbonus
(Kap. 05 04 Tit. 684 21 - 684 29)
Drs. 18/944
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
Drs. 18/945

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit durch Fremdsprachenbegleiter
(Kap. 05 04 Tit. 428 15)
Drs. 18/689
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte der Aushilfslehrkräfte zur Sprachförderung an weiterführenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 428 16)
Drs. 18/690
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte der Aushilfslehrkräfte für den Modellversuch Islamischer Unterricht
(Kap. 05 04 Tit. 428 17)
Drs. 18/691
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Publikationen
(Kap. 05 06 Tit. 531 71)
Drs. 18/692
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Anschaffung von Testmaterialien für Schulpsychologen im Rahmen der Hochbegabtdiagnostik
(Kap. 05 09 Tit. 511 22)
Drs. 18/693

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge für Neueinstellung von Schulpsychologen
(Kap. 05 09 neuer Tit.)
Drs. 18/694
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulgeldausgleich für die privaten Berufsfachschulen für Physiotherapie, Podologie, Logopädie, Ergotherapie, Massage, Orthoptik, Diätassistenten, pharmazeutisch-technische Assistenz, technische Assistenz in der Medizin erhöhen
(Kap. 05 04 Tit. 684 20 - 684 29)
Drs. 18/764
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusagen einhalten
Institutionelle Förderung in der Erwachsenenbildung wie verabschiedet erhöhen
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 18/765
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusagen einhalten
Projektförderung in der Erwachsenenbildung wie verabschiedet erhöhen
(Kap. 05 05 TG 84)
Drs. 18/766
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verwaltungskräfte an den Grund-, Mittel- und Förderschulen endlich korrekt bezahlen
(Kap. 05 12 und 05 13 jeweils Tit. 428 11)
Drs. 18/767
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualifizierte Bildung und Ausbildung im Landkreis Wunsiedel stärken: Förderung der Staatlichen Fachschule für Produktdesign in Selb
(Kap. 05 16 Anlage S)
Drs. 18/768
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Plan- und Baukosten für zusätzliche Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern
(Kap. 05 31 Tit. 701 02)
Drs. 18/856

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 05 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/877
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 05 03 Tit. 633 79)
Drs. 18/878
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Physiotherapie
(Kap. 05 04 Tit. 684 21)
Drs. 18/879
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Podologie
(Kap. 05 04 Tit. 684 22)
Drs. 18/880
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Logopädie
(Kap. 05 04 Tit. 684 23)
Drs. 18/881
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Ergotherapie
(Kap. 05 04 Tit. 684 24)
Drs. 18/882
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Massage
(Kap. 05 04 Tit. 684 25)
Drs. 18/883

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Orthoptik
(Kap. 05 04 Tit. 684 26)
Drs. 18/884
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Diätassistenten
(Kap. 05 04 Tit. 684 27)
Drs. 18/885
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für technische Assistenz in der Medizin
(Kap. 05 04 Tit. 684 29)
Drs. 18/886
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für pharmazeutisch-technische Assistenten
(Kap. 05 04 Tit. 684 28)
Drs. 18/887
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
Drs. 18/888
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Pauschale Zahlungen für den Personalaufwand der sieben bayerischen (Erz-)Diözesen einschließlich Abwicklung der Jahresrenten der Erzbischöfe und Bischöfe
(Kap. 05 50 Tit. 684 01)
Drs. 18/889
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Pfarrer, Prediger, Benefiziaten und Kapläne
(Kap. 05 50 Tit. 684 11)
Drs. 18/890

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Emeritenanstalten
(Kap. 05 50 Tit. 684 13)
Drs. 18/891
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Besoldung der Seelsorgegeistlichen
(Kap. 05 50 Tit. 684 15)
Drs. 18/892
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss zur Besoldung der Seelsorgegeistlichen
(Kap. 05 51 Tit. 684 05)
Drs. 18/893
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung und Wertschätzung der Privatschulen
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 18/991
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: "Unterrichtsversorgung plus" - Mehr Lehrkräfte für eine sichere Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/992
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Lehrkräfte für den Islamischen Unterricht
(Kap. 05 04 Tit. 428 17)
Drs. 18/993
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualitätsentwicklung der schulischen Ganztagsmodelle
(Kap. 05 04 TG 68 - 69)
Drs. 18/994
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualitätsoffensive in der Lehrkräftefortbildung
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 18/995

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Expertise von außen durch Schulbudgets ermöglichen
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 18/996
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe - Aufstockung des Gesundheitsbonus
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/997
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bildung in der Einwanderungsgesellschaft
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/998
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umsetzung der Digitalisierung an Schulen professionalisieren
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/999
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landtagsbeschluss umsetzen - Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 Tit. 686 81)
Drs. 18/1000
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulleitung und -verwaltung stärken
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 18/1001
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an die Europäische Holocaust Gedenkstätte Stiftung zur Erstellung eines Konzepts für einen Gedenk- und Dokumentationsort auf dem Areal des ehemaligen KZ-Lagers Kaufering - Lager VII
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1002
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittelschulen stärken
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/1003

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulpsychologische Arbeit stärken
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/1004
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulische Inklusion weiter voranbringen
(Kap. 05 21 Tit. 422 01)
Drs. 18/1005
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Berufsvertretung freischaffender Bildender Künstlerinnen und Künstler zur Förderung des Projekts "Kinder treffen Künstler"
(Kap. 05 68 neuer Tit.)
Drs. 18/1006

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 05 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 16. Sitzung am 28. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu GZ.: 12/14/15/18-H 1108.15-1/21

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2019/2020

zum

Entwurf des Einzelplans 05

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

05 01 Ministerium

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
		3	4	5	6
	Ausgaben				
	Der Stiftung Bildungspakt Bayern und der Stiftung Art. 131 können Räume des Ministeriums zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie können ferner auf die sonstige Infrastruktur (z.B. zentrale Dienste) des Ministeriums angemessen und unentgeltlich zurückgreifen.				
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
518 01-1 011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vermerk unverändert. Verpflichtungserm. 2019 Tsd. € 2.090,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 910,0 B	910,0	A 910,0 B	910,0
	Gesamtausgaben	A 39.200,1 B -	39.200,1	A 41.641,2 B -	41.641,2
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 1.348,5 B -	1.348,5	A 1.348,5 B -	1.348,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 2,0 B -	2,0	A 2,0 B -	2,0
	Gesamteinnahmen	A 1.350,5 B -	1.350,5	A 1.350,5 B -	1.350,5
	Personalausgaben	A 33.661,2 B -	33.661,2	A 34.362,3 B -	34.362,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 3.539,9 B -	3.539,9	A 3.579,9 B -	3.579,9
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 50,0 B -	50,0	A 50,0 B -	50,0
	Baumaßnahmen	A 1.500,0 B -	1.500,0	A 3.200,0 B -	3.200,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 449,0 B -	449,0	A 449,0 B -	449,0
	Gesamtausgaben	A 39.200,1 B -	39.200,1	A 41.641,2 B -	41.641,2
	Zuschuss	A 37.849,6	37.849,6	A 40.290,7	40.290,7

Erläuterungen

Zu 05 01/518 01

Im 2. NTH 2018 wurden für das StMUK 21 zusätzliche Stellen bewilligt. Da diese zusätzlichen Mitarbeiter in den vom StMUK genutzten Dienstgebäuden nicht mehr untergebracht werden können, wurde zusammen mit der IMBY nach einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit in vertretbarer räumlicher Nähe zum Hauptgebäude Salvatorplatz 2 gesucht. Auch die zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StMWK (14 zusätzliche Stellen im 2. NTH 2018) sollten nach Möglichkeit dort untergebracht werden. Die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten am Maximiliansplatz 16 hat sich erst nach Verabschiedung des Regierungsentwurfs konkretisiert.

Die Ausgabemittel für diese Anmietung sind anteilig im Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020 bei Kap. 05 01 Tit. 518 01 und bei Kap. 15 01 Tit. 518 01 veranschlagt.

**05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsge-
setz)**

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
		3	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	<p>Ausgaben</p> <p>Titelgruppen</p> <p>76 Ausgaben für Aufgaben im Bereich der Bildungsplanung und für mebis - Landesmedienzentrum Bayern <i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 231 08. Als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 BayHO wird die Nutzung von „mebis - Landesmedienzentrum Bayern“ den kommunalen und privaten Schulen unentgeltlich überlassen. Im Rahmen der Umsetzung länderübergreifender Maßnahmen im DigitalPakt Schule des Bundes kann der Programmcode von „mebis - Landesmedienzentrum Bayern“ beteiligten Ländern unentgeltlich überlassen werden. Einseitig verstärkungsfähig zu Gunsten von Kap. 06 21 TG 60 in 2019 bis zur Höhe von 655,0 Tsd. €, in 2020 bis zur Höhe von 1.980,0 Tsd. €.</i></p>				
	Summe der Titelgruppe	A 4.400,0 B -	4.400,0	A 13.450,0 B -	13.450,0
	Gesamtausgaben	A 681.583,4 B -	681.583,4	A 693.761,1 B -	693.761,1

Erläuterungen

Zu 05 04/76

Im Rahmen des „DigitalPakts Schule 2019 bis 2023“ stellt der Bund vorbehaltlich des Inkrafttretens der Grundgesetz-Änderung und Unterzeichnung der Vereinbarung für den Zeitraum von fünf Jahren ab Inkrafttreten der Vereinbarung insg. 5 Milliarden Euro (Haushaltsvorbehalt) zur Verfügung, um trägerneutral lernförderliche und belastbare, interoperable digitale technische Infrastrukturen sowie Lehr-Lern-Infrastrukturen zu etablieren sowie vorhandene Strukturen zu optimieren. Von den Bundesmitteln sind fünf Prozent dem Einsatz für länderübergreifende Investitionsmaßnahmen vorbehalten.

Die Angebote von „mebis – Landesmedienzentrum Bayern“ stellen mit rd. 800.000 Nutzern die zentrale digitale Lehr-Lern-Infrastruktur für bayerische Schulen dar, deren Weiterentwicklung auch als länderübergreifende Maßnahme nicht zuletzt hinsichtlich der Fördermöglichkeiten durch den DigitalPakt gestaltet werden soll. Eine länderübergreifende Weiterentwicklung von mebis würde zudem eine verbesserte Interoperabilität, Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung zur Folge haben.

Zur Einbeziehung von mebis in die länderübergreifenden Maßnahmen ist es erforderlich, den Programmcode von „mebis – Landesmedienzentrum Bayern“ beteiligten Ländern unentgeltlich zu überlassen.

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungs-
gesetz)

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
		3	4	5	6
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A 250,0 B -	250,0	A 250,0 B -	250,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 64.830,5 B -	64.830,5	A 70.893,5 B -	70.893,5
	Gesamteinnahmen	A 65.080,5 B -	65.080,5	A 71.143,5 B -	71.143,5
	Personalausgaben	A 186.216,5 B -	186.216,5	A 192.198,6 B -	192.198,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 16.108,5 B -	16.108,5	A 27.040,8 B -	27.040,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A 367.244,0 B -	367.244,0	A 414.007,3 B -	414.007,3
	Sonstige Sachinvestitionen	A 14,4 B -	14,4	A 14,4 B -	14,4
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 112.000,0 B -	112.000,0	A 60.500,0 B -	60.500,0
	Gesamtausgaben	A 681.583,4 B -	681.583,4	A 693.761,1 B -	693.761,1
	Zuschuss	A 616.502,9	616.502,9	A 622.617,6	622.617,6

Epl. 05 Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
		3	4	5	6
	Abschluss Epl. 05				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 17.264,9 B -	17.264,9	A 17.334,4 B -	17.334,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 65.929,2 B -	65.929,2	A 71.982,2 B -	71.982,2
	Gesamteinnahmen	A 83.194,1 B -	83.194,1	A 89.316,6 B -	89.316,6
	Personalausgaben	A 10.267.349,5 B -	10.267.349,5	A 10.747.784,8 B -	10.747.784,8
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 9.308,4				
	<i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 8.489,4				
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 91.122,4 B -	91.122,4	A 103.824,2 B -	103.824,2
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 53.285,5				
	<i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 26.926,0				
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 2.533.702,9 B -	2.533.702,9	A 2.616.296,8 B -	2.616.296,8
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 185.572,3				
	<i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 223.775,0				
	Baumaßnahmen	A 37.166,3 B -	37.166,3	A 38.320,7 B -	38.320,7
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 34.400,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 33.500,0				
	Sonstige Sachinvestitionen	A 8.292,1 B -	8.292,1	A 8.386,9 B -	8.386,9
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 1.625,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 1.625,0				
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 191.670,0 B -	191.670,0	A 138.400,0 B -	138.400,0
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 24.084,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 1.500,0				
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 2.052,7 B -	2.052,7	A 2.079,7 B -	2.079,7
	Gesamtausgaben	A 13.131.355,9 B -	13.131.355,9	A 13.655.093,1 B -	13.655.093,1
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 308.275,2				
	<i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 295.815,4				
	Zuschuss	A 13.048.161,8	13.048.161,8	A 13.565.776,5	13.565.776,5

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1775 des HA vom 28.03.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1761 des HA vom 03.04.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Berichtersteller: **Martin Bachhuber**
Mitberichtersteller: **Ludwig Hartmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 08 02 Tit. 461 01 werden in 2019 131,0 Tsd. € veranschlagt.
2. Bei Kap. 08 03 Tit. 681 12 wird der Ansatz
in 2019
von 130,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 180,0 Tsd. €
erhöht.
3. Bei Kap. 08 03 Tit. 893 79 werden in 2019 300,0 Tsd. € veranschlagt.
4. Bei Kap. 08 03 Tit. 893 80 werden in 2019 2.500,0 Tsd. € veranschlagt.
5. Bei Kap. 08 05 Tit. 683 85 wird der Ansatz
in 2019
von 1.200,0 Tsd. €
um 50,0 Tsd. €
auf 1.250,0 Tsd. €
erhöht.
6. Bei Kap. 08 40 Tit. 812 01 wird der Ansatz
in 2019
von 217,2 Tsd. €
um 680,0 Tsd. €
auf 897,2 Tsd. €
erhöht.

7. Bei Kap. 08 40 Tit. 735 01 wird der Ansatz
in 2019

von 50,0 Tsd. €
um 1.800,0 Tsd. €
auf 1.850,0 Tsd. €
erhöht

In der Anlage S wird bei Kap. 08 40 ein neuer und im Jahr 2019 mit
250,0 Tsd. € dotierter Planungstitel für einen Neubau für das Walderlebnis-
zentrum Schernfeld aufgenommen.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderli-
chen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungs-
ermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Ein-
zelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erle-
digt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 08
(Kap. 08 02 Tit. 461 01)
Drs. 18/1239
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 681 12)
Drs. 18/1240
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten
(Kap. 08 05 Tit. 683 85)
Drs. 18/1241
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Frak-
tion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 893 79)
Drs. 18/1242
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Frak-
tion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 893 80)
Drs. 18/1243

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 40 Tit. 735 01, Tit. 812 01 und Anlage S)
Drs. 18/1267

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketingagentur, Ausstellungen und Kongresse;
Bayern muss nicht die Welt ernähren - stattdessen endlich das Tierwohl als
Vermarktungsvorteil für unsere Bäuerinnen und Bauern begreifen!
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 18/741
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ökomodellregionen bedarfsgerecht ausstatten - Förderung in der landwirtschaftlichen Erzeugung
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/742
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Artenschutz, Ausbau des Ökolandbaus und Klimaschutz im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm stärken
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 18/743
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Bienenhaltung in Bayern stärken - Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 18/744
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Auf die Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten im Jahr 2019 verzichten
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
Drs. 18/745

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gesamtkonzept für den Spessart statt Millionen für ein einzelnes Prestigeobjekt - dezentrales Alternativkonzept zur Errichtung verschiedener Forschungs- und Bildungsstandorte zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Spessart
(Kap. 08 05 Tit. 686 14)
Drs. 18/746
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Planstellen für die Ämter für ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/747
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen - Zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 18/748
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unbefristete Försterstellen für den Waldumbau
(Kap. 08 03 Tit. 428 86 und Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/1118
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 18/1119
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketing, Ausstellung und Kongresse
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 18/1120
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 18/1121

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einzelbetriebliche Investitionsförderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 67)
Drs. 18/1122
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Klimaprogramm Grasland: Beweidung schützt das Klima
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1123
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Klimaprogramm Moorschutz
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1124
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020,
hier: Ökomodellregionen - kleiner Topf mit großer Wirkung
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1125
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bio stärken - Beratung und Zertifizierung für Biokantinen fördern
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1126
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Privatwaldförderung nicht vertrocknen lassen - Waldumbau voranbringen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 18/1127
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 201/2020;
hier: Umsetzung von Stellen für die "Bergwaldoffensive"
(Kap. 08 40 Tit. 428 02 und Kap. 08 42 Tit. 422 01)
Drs. 18/1128
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 18/1154

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Hilfsmaßnahmen zur Milderung der Dürreschäden 2018 in der Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 697 02)
Drs. 18/1155
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
(Kap. 08 02 Tit. 532 11)
Drs. 18/1193
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entwicklungshilfe
(Kap. 08 03 TG 51 - 52)
Drs. 18/1194
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufwand für Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 18/1316
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 18/1317
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung des Pferdesports
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 18/1318
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Maßnahmen im Bereich nachhaltige Erzeugung und Anbau nachwachsender Rohstoffe, Klimaschutz im ländlichen Raum
(Kap. 08 03 Tit. 812 54)
Drs. 18/1319

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung
(Kap. 08 03 Tit. 887 67)
Drs. 18/1320
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nachhaltige Erzeugung und Klimaschutz im ländlichen Raum sowie Anpassung der Wälder, der Landwirtschaft und des Weinbaus an den Klimawandel
(Kap. 08 03 TG 84 - 86)
Drs. 18/1321
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen - Landesmittel
(Kap. 08 03 Tit. 892 67)
Drs. 18/1322
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen
(Kap. 08 40 Tit. 811 01)
Drs. 18/1323
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufbau einer landesweiten Einheit gegen Verstöße gegen das betäubungslose Schächten
(Kap. 08 40 neuer Tit.)
Drs. 18/1324

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 08 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 20. Sitzung am 4. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
- CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Enthaltung
- mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Wohnen, Bau und Verkehr**

Berichterstatter: **Georg Winter**
Mitberichterstatter: **Ferdinand Mang**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 09 03 Tit. 547 09 wird der Ansatz
in 2019
von 200,0 Tsd. €
um 600,0 Tsd. €
auf 800,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kap. 09 03 Tit. 883 05 erhält Satz zwei der Erläuterungen folgende Fassung: „Ergänzend wird ein Sonderprogramm zur Förderung der Sanierung kommunaler Bäder aufgelegt, die nicht oder nicht ausreichend aus einem anderen staatlichen Programm gefördert werden.“
3. Bei Kap. 09 03 Tit. 883 05 wird der Ansatz
in 2019
von 20.000,0 Tsd. €
um 250,0 Tsd. €
auf 20.250,0 Tsd. €
erhöht.
4. Bei Kap. 09 05 Tit. 883 88 wird der Ansatz
in 2019
von 10.000,0 Tsd. €
um 292,5 Tsd. €
auf 10.292,5 Tsd. €
erhöht.
5. Bei Kap. 09 05 Tit. 883 91 wird der Ansatz
in 2019
von 455,0 Tsd. €
um 150,0 Tsd. €
auf 605,0 Tsd. €
erhöht.

6. Bei Kap. 09 06 Tit. 892 70 wird der Ansatz
in 2019
von 13.860,0 Tsd. €
um 120,0 Tsd. €
auf 13.980,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 09 05 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionsstau stoppen: Förderung kommunaler Schwimmbäder ausbauen
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/1218
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zukunft des Wohnens und der Mobilität: Konzeptstudien zur Kopplung von Wohnen und Mobilität („ÖPNV-Ticket statt Stellplatz“) sowie Park & Ride and Live! Neuer Wohnraum auf vorhandenen Flächen!
(Kap. 09 03 Tit. 547 09)
Drs. 18/1244
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1245
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung einer Studie zur Wohnungsnot in Ballungsräumen
(Kap. 09 05 Tit. 883 91)
Drs. 18/1246
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionszuschüsse Digitalisierung/Vernetzung
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/1268

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonderprogramm zur Förderung der Sanierung kommunaler Schwimmbäder - Neubewilligungen
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/1269
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1270

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 48)
Drs. 18/1129
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnraumförderung statt Kaufzulagen
(Kap. 09 04 Tit. 893 04, 893 05 und 863 69)
Drs. 18/1130
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studierendenwohnraum schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/1131
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ländlichen Raum stärken - Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1132
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrsunternehmen zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge der Integration in Tarifverbünde erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 683 70)
Drs. 18/1133

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Radverkehr in Bayern: Nicht-investive Mittel für den Radverkehr erhöhen
(Kap. 09 06 TG 80)
Drs. 18/1134
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 984 70)
Drs. 18/1135
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Tarifzuschüsse außerhalb des MVV
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/1136
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Züge bestellen
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/1137
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs voranbringen
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/1138
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streckenreaktivierungen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1139
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Infrastrukturförderung von NE-Bahnen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1140
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für SPNV-Projekte
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1141

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Airport Memmingen streichen
(Kap. 09 09 Tit. 892 60)
Drs. 18/1142
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für Bundesautobahnen kürzen
(Kap. 09 22 Tit. 771 70)
Drs. 18/1143
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für Bundesfernstraßen kürzen
(Kap. 09 22 Tit. 772 70)
Drs. 18/1144
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beim Staatsstraßenbau kürzen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/1145
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Radwege bauen
(Kap. 09 40 Tit. 770 06)
Drs. 18/1146
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Radschnellwege
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/1147
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittel für bedarfsorientierte Bedienformen im ÖPNV erhöhen
(Kap. 09 66 TG 60)
Drs. 18/1148
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Bayerische Eigenheimzulage
(Kap. 09 04 Tit. 893 04)
Drs. 18/1156

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für das Bayerische Baukindergeld Plus
(Kap. 09 04 Tit. 893 05)
Drs. 18/1157
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 883 11)
Drs. 18/1195
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum - Abwicklung früherer Programme
(Kap. 09 04 Tit. 883 01)
Drs. 18/1196
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Zinsverbilligung im Rahmen der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 893 11)
Drs. 18/1197
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren - Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 09 03 Tit. 701 48)
Drs. 18/1217
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnraumförderung - Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)
Drs. 18/1219
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für "Innen statt Außen" durch Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1220

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt
u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für
ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/1221
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt
u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr - Kostenloses Schü-
lerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket
(Kap. 09 06 TG 65)
Drs. 18/1222
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt
u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgleichsleistungen für Tarifstrukturreform auch für den Verkehrsver-
bund Großraum Nürnberg (VGN) und den Augsburger Verkehrs- und Tarifver-
bund (AVV)
(Kap. 09 06 Tit. 663 60)
Drs. 18/1223
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt
u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für barrierefreie Ei-
senbahnverkehrsstationen
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)
Drs. 18/1224
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt
u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträ-
ger und Verbünde für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Ver-
kehr
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/1225
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt
u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionshilfen an kommunale und private Verkehrsunternehmen für
Fahrzeuge des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)
Drs. 18/1226
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt
u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und
Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/1227

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/1228
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/1229
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bau von Radwegen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/1230
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine staatlichen Mittel aus der Wohnbauförderung für die BayernHeim (Epl. 09 Anlage B Kap. 80 39)
Drs. 18/1231
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 09 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/1325
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ansätze für sonstige Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 09 02 Tit. 531 21)
Drs. 18/1326
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des ÖPNV im ländlichen Raum
(Kap. 09 04 TG 60 neuer Tit.)
Drs. 18/1327

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der Schaffung und größeren baulichen Instandsetzung von Studentenwohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/1328
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden zur Förderung des Städtebaus "Investitionspakt Soziale Integration im Quartier"
(Kap. 09 05 Tit. 883 67)
Drs. 18/1329
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)
Drs. 18/1330

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 09 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 19. Sitzung am 4. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 18/15-H 1120-1/26

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2019/2020

zum

Entwurf des Einzelplans 09

Staatsministerium Wohnen, Bau und Verkehr

09 05 Städtebauförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2019 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2020 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
		3	4	5	6
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	61 - 70 Landesmittel für die Städtebauförderung - Abwicklung früherer Programme - Vermerk unverändert.				
883 68-1 423	Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen <i>Davon 2019 24.100,0 Tsd. € aus Rückflüssen aus Wohnungsbaudarlehen des Freistaates Bayern nach dem Gesetz über die Verwendung von Rückflüssen, zuletzt geändert durch HG 2007/2008. Insoweit erhöht oder vermindert sich die Ausgabebefugnis um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 13 06/162 09, 162 10, 162 12, 162 14, 162 32, 162 36, 182 09, 182 13, 182 28, 182 34 und 182 35. Ferner erhöht sich die Ausgabebefugnis um 66,4 % der Mehreinnahme bei 13 05/121 46. Vgl. Vermerk zu 883 60.</i>	A 52.166,0 B	52.166,0	A 68.246,0 B	68.246,0
	Summe der Titelgruppe	A 134.703,0 B -	134.703,0	A 161.294,0 B -	161.294,0
	Gesamtausgaben	A 248.369,0 B -	248.369,0	A 290.810,0 B -	290.810,0
	Abschluss				
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 103.211,0 B -	103.211,0	A 119.061,0 B -	119.061,0
	Gesamteinnahmen	A 103.211,0 B -	103.211,0	A 119.061,0 B -	119.061,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 248.369,0 B -	248.369,0	A 290.810,0 B -	290.810,0
	Gesamtausgaben	A 248.369,0 B -	248.369,0	A 290.810,0 B -	290.810,0
	Zuschuss	A 145.158,0	145.158,0	A 171.749,0	171.749,0

Erläuterungen

Zu 09 05/883 68

Der Haushaltsvermerk zu Kap. 09 05 Tit. 883 68 wird an die Entwicklung der erwarteten gekoppelten Einnahmen bei Kap. 13 05 Tit. 121 46 angepasst.

Epl. 09 Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2019 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2019 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2020 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2020 Tsd. €
			3	4		5	6
1	2						
	Abschluss Epl. 09						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	134.334,0 -	134.334,0	A B	137.490,3 -	137.490,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.521.175,1 -	1.521.175,1	A B	1.555.799,2 -	1.555.799,2
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	556.507,0 -	556.507,0	A B	493.821,1 -	493.821,1
	Gesamteinnahmen	A B	2.212.016,1 -	2.212.016,1	A B	2.187.110,6 -	2.187.110,6
	Personalausgaben	A B	545.788,9 -	545.788,9	A B	567.696,0 -	567.696,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 32.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 31.000,0	A B	232.320,1 -	232.320,1	A B	236.935,5 -	236.935,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 3.861.836,0 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 2.742.633,0	A B	1.456.095,0 -	1.456.095,0	A B	1.466.970,0 -	1.466.970,0
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 168.700,0 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 168.700,0	A B	572.311,7 -	572.311,7	A B	568.128,7 -	568.128,7
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 18.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 14.000,0	A B	29.801,3 -	29.801,3	A B	27.887,2 -	27.887,2
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 1.462.545,8 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 1.170.585,8	A B	1.242.808,1 -	1.242.808,1	A B	1.216.744,3 -	1.216.744,3
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-15.163,1 -	-15.163,1	A B	-15.163,1 -	-15.163,1
	Gesamtausgaben	A B	4.063.962,0 -	4.063.962,0	A B	4.069.198,6 -	4.069.198,6
	<i>Verpflichtungserm. 2019 Tsd. €</i> 5.543.081,8 <i>Verpflichtungserm. 2020 Tsd. €</i> 4.126.918,8						
	Zuschuss	A	1.851.945,9	1.851.945,9	A	1.882.088,0	1.882.088,0



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Digitales**

Berichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**
Mitberichterstatter: **Dr. Helmut Kaltenhauser**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 16 03 Tit. 537 01 wird der Ansatz
in 2019
von 2.800,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 3.000,0 Tsd. €
erhöht.

2. Bei Kap.16 05 Tit. 686 05 wird der Ansatz
in 2019
von 500,0 Tsd. €
um 500,0 Tsd. €
auf 1.000,0 Tsd. €

und in 2020
von 500,0 Tsd. €
um 500,0 Tsd. €
auf 1.000,0 Tsd. €
erhöht.

3. Bei Kap. 16 05 Tit. 892 01 wird der Ansatz
in 2019
von 1.723,5 Tsd. €
um 250,0 Tsd. €
auf 1.973,5 Tsd. €

und in 2020
von 1.723,5 Tsd. €
um 250,0 Tsd. €
auf 1.973,5 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Imagefilm „Digitalisierung in Bayern“
(Kap. 16 03 Tit. 537 01)
Drs. 18/1247
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung des Programms „Virtuelle Realität Bayern“
(Kap. 16 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/1248
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm zur Kinomodernisierung
(Kap. 16 05 Tit. 892 01)
Drs. 18/1249

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: „GrünFairFilm“-Preis beim Bayerischen Film- und Fernsehpreis – FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 Tit. 681 01)
Drs. 18/1149
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Innovationsförderung in der Filmproduktion – FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1150
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ökologische Filmproduktion lehren und lernen - FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1151

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ökologische Technik in der Filmproduktion - FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1152
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütung für Dienstreisen
(Kap. 16 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/1158
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 16 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/1159
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 16 02 Tit. 531 52)
Drs. 18/1160
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nicht aufteilbare Sachausgaben im Bereich der Filmförderung, insbesondere für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/1161
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/1162
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Investitionen zum Neubau, zur Modernisierung und Verbesserung von Filmtheatern
(Kap. 16 05 Tit. 892 01)
Drs. 18/1163

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und Games
(Kap. 16 05 Tit. 892 02)
Drs. 18/1164
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 16 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/1198
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitaloffensive Bayern
(Kap. 16 03 Tit. 686 02)
Drs. 18/1199
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung internationaler Filmproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 03)
Drs. 18/1200
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 16 04 Tit. 526 11)
Drs. 18/1233

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 16 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 20. Sitzung am 4. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**

Berichterstatter: **Gerald Pittner**

Mitberichterstatter: **Barbara Fuchs**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 07 02 Tit. 461 01 werden in 2019 21,0 Tsd. € veranschlagt.

2. Bei Kap. 07 03 Tit. 686 56 wird der Ansatz
in 2019

von 900,0 Tsd. €
um 500,0 Tsd. €
auf 1.400,0 Tsd. €
erhöht.

3. Bei Kap. 07 03 Tit. 894 56 werden die Ansätze
in 2019

von 3.800,0 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 4.100,0 Tsd. €

und in 2020

von 3.800,0 Tsd. €
um 1.700,0 Tsd. €
auf 5.500,0 Tsd. €
erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigung 2019 wird

von 3.000,0 Tsd. €
um 1.700,0 Tsd. €
auf 4.700,0 Tsd. €

erhöht. Diese wird frühestens im Haushaltsjahr 2020 fällig.

4. Bei Kap. 07 03 Tit. 686 60 wird der Ansatz
in 2019
von 19.940,0 Tsd. €
um 600,0 Tsd. €
auf 20.540,0 Tsd. €
erhöht.
5. Bei Kap. 07 03 Tit. 686 61 wird der Ansatz
in 2019
von 350,0 Tsd. €
um 500,0 Tsd. €
auf 850,0 Tsd. €
erhöht.
6. Bei Kap. 07 03 Tit. 683 65 wird der Ansatz
in 2019
von 8.400,0 Tsd. €
um 1.000,0 Tsd. €
auf 9.400,0 Tsd. €
erhöht.
7. Bei Kap. 07 04 Tit. 686 78 werden die Ansätze
in 2019
von 14.500,0 Tsd. €
um 850,0 Tsd. €
auf 15.350,0 Tsd. €

und in 2020
von 14.500,0 Tsd. €
um 450,0 Tsd. €
auf 14.950,0 Tsd. €
erhöht.
8. Bei Kap. 07 05 Tit. 893 75 wird der Ansatz
in 2019
von 16.000,0 Tsd. €
um 75,0 Tsd. €
auf 16.075,0 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 07
(Kap. 07 02 Tit. 461 01)
Drs. 18/1386

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Sandro Kirchner u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studie zum Thema Gesundheitswirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)
Drs. 18/1396
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 18/1397
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der mittelstandsbezogenen Wirtschaftsforschung und der Mittelstandsinformation
(Kap. 07 03 Tit. 686 61)
Drs. 18/1398
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Tourismuswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Drs. 18/1399
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der beruflichen Bildung
(Kap. 07 03 Tit. 686 56)
Drs. 18/1400
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Süddeutsches Kunststoffzentrum;
Arbeiten im Kontext einer möglichen Erweiterung des Europäischen Zentrums für Dispersionstechnologien (EZD) in Selb
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)
Drs. 18/1401

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Süddeutsches Kunststoffzentrum; Einrichtung des Trainingszentrums "Qualität - Made in Bavaria" (TZQ) in Würzburg
(Kap. 07 03 Tit. 894 56)
Drs. 18/1402
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zukunft für die Privatvermieter und Kleinbetriebe des bayerischen Beherbergungsgewerbes (Vermieter)
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Drs. 18/1403
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kur- und Heilwald in Bayern
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Drs. 18/1404
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 18/1405

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 18/1102
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Kürzung bei der Zuwendung für das ZAE Bayern e.V.
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)
Drs. 18/1103

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus einschließlich Saisonverlängerung
(Kap. 07 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 18/1104
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionsförderung Tourismus
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 18/1105
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Gaststätten
(Kap. 07 04 Tit. 892 79)
Drs. 18/1106
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 18/1107
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75 und 893 75)
Drs. 18/1108
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Austausch von alten Haushaltsgeräten für einkommensschwache Haushalte
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1109
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Kommunale Klimaschutzmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1110
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1111

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Energiesystem der Zukunft
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1112
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Nahwärmenetze und Sanierungsfahrpläne
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1113
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Kommunale Flächenmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1114
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Flächenmanagement: Interaktives Angebot für Kommunen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1115
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterstützung der Regionalen Planungsverbände
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1116
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung zu Indikatoren für gleichwertige Lebensbedingungen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1117
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/1165
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Gastwirtschaften
(Kap. 07 04 Tit. 892 79)
Drs. 18/1166

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung und Entwicklung im Landkreis Wunsiedel stärken: Förderung des Europäischen Zentrums für Dispersionstechnologien (EZD) in Selb
(Kap. 07 03 Tit. 686 60 und 893 60)
Drs. 18/1279
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/1280
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Süddeutschen Kunststoffzentrums (SKZ) in Würzburg und des Zentrums für Telematik e. V. (ZfT) in Würzburg
(Kap. 07 03 Tit. 686 60 und 893 60)
Drs. 18/1281
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schnelles Internet für Regionalverkehrszüge in Bayern
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 18/1282
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Initiative Mobilfunk: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Umwidmung der Haushaltsmittel in einen neuen Tit.
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/1283
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss zur Förderung der wohnortnahen Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs
(Kap. 07 04 neue TG)
Drs. 18/1284
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Änderung des Alpenplans: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
(Kap. 07 05 Tit. 547 79)
Drs. 18/1285

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 18/1286
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/1287
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Planstellen für die Einrichtung von Servicestellen beim Staatsministerium und den Regierungen zur Unterstützung von Selbständigen und Kleinstbetrieben
(Kap. 07 01 Tit. 422 01 und Kap. 07 10 Tit. 422 01)
Drs. 18/1416
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 07 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/1417
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Durchführung des Förderprogramms "Elektromobilität" und innovative Antriebstechnologien für mobile Anwendungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 63 und 893 63)
Drs. 18/1418
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 64)
Drs. 18/1419
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Zuwendungen an das Institut für Meteorologie und Klimaforschung (KIT IMK IFU - früher: Institut für Atmosphärische Umweltforschung IFU) in Garmisch-Partenkirchen
(Kap. 07 03 Tit. 686 74)
Drs. 18/1420

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)
Drs. 18/1421
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Tourismusoffensive: Zuschüsse zur Förderung des bayerischen Tourismus
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Drs. 18/1422
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 18/1423
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Mobilfunkausbaus
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/1424
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Tourismus: Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 18/1425
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einmalzinszuschüsse an die LfA Förderbank Bayern zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms und zur Finanzierung von sonstigen im staatlichen Interesse gelegenen besonders förderungswürdigen Maßnahmen
(Kap. 07 04 TG 891 01)
Drs. 18/1426
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75)
Drs. 18/1427

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen für Maßnahmen der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 892 77)
Drs. 18/1428
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/1429

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß §148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 22. Sitzung am 9. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1778 des HA vom 11.04.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/346, 18/1964

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1465, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 18/346)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1466, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperre
(Drs. 18/346)**

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1467, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung Art. 6i (Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2019/2020) -
Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 18/346)**

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1468, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung zu Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) -
Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und
Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags
(Drs. 18/346)**

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1469, 18/1964

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Einfügung eines neuen Art. 9 (Änderung des Ausführungsgesetzes-
Aufenthaltsgesetz - Auflösung des Bayerischen Landesamts für Asyl und
Rückführungen)
(Drs. 18/346)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1470, 18/1964

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Verbesserungen für Beamte und Beamtinnen beim Dienst zu ungünsti-
gen Zeiten
(Drs. 18/346)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1471, 18/1964

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Landkreisordnung
(Drs. 18/346)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 18/1472, 18/1964

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/346)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/1473, 18/1964

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Wiederbesetzungssperre und pauschalen Stelleneinzug abschaffen
(Drs. 18/346)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/1474, 18/1964

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Schulgeldersatz für Privatschulen
(Drs. 18/346)

- 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/1475, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Landespflegegeldgesetz, Blindengeldgesetz
(Drs. 18/346)**

- 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU**

Drs. 18/1476, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes
(Drs. 18/346)**

- 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU**

Drs. 18/1477, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung
(Drs. 18/346)**

- 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. CSU**

Drs. 18/1478, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung des Kommunalabgabengesetzes
(Drs. 18/346)**

- 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU**

Drs. 18/1479, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes
(Drs. 18/346)**

- 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU**

Drs. 18/1552, 18/1964

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung des Kommunalabgabengesetzes
Härteausgleich Straßenausbaubeitrag
(Drs. 18/346)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 wird wie folgt gefasst:

**„Art. 1
Feststellung des Haushaltsplans**

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2019 auf 65 356 309 200 € und
2. für das Haushaltsjahr 2020 auf 59 951 846 300 € festgestellt.“

2. Art. 8 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert

- aa) In Nr. 5 werden die Wörter „Abs. 6 und 10 bis 12“ durch die Angabe „Abs. 6, 10 und 12“ ersetzt.
- bb) Die bisherigen Nrn. 7 und 8 werden die Nrn. 6 und 7.

- b) Abs. 7 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Leasingraten“ die Wörter „oder des Nutzungsentgelts“ eingefügt.
- bb) Es werden folgende Sätze 4 bis 6 angefügt:

„⁴Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ferner ermächtigt, die Garantie auf den Zeitraum zwischen Anzahlung auf der Grundlage des Fahrzeug-Liefervertrages und Auslieferung sowie Abnahme der Schienenfahrzeuge (Bauzeitphase) zu erstrecken, um damit während dieses Zeitraums für die ordnungsgemäße Leistung der nach dem Fahrzeug-Liefervertrag zu leistenden Anzahlungen durch das Eisenbahnverkehrsunternehmen einzustehen. ⁵Diese zeitliche Ausweitung der Garantie darf zusätzlich zu der in Satz 2 genannten maximalen Laufzeit der Garantie bis zu vier weitere Jahre umfassen. ⁶Der in Satz 1 genannte Höchstbetrag der Garantie bleibt hiervon unberührt.“

- c) Es wird folgender Abs. 16 angefügt:

„(16) ¹Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, an Teilflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flurstück-Nrn. 164 und 166/5 der Gemarkung Großhadern und Flurstück-Nrn. 692 und 724/1 der Gemarkung Planegg im Ausmaß von insgesamt rund 25 000 m² für die Betriebsanlagen des Verlängerungsabschnitts der U-Bahnlinie U 6 von der aktuellen Endhaltestelle Klinikum Großhadern nach Martinsried unentgeltlich eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Gemeinde Planegg zu bestellen. ²Der Gemeinde Planegg dürfen weiterhin Teil- und Gesamtflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flurstück-Nrn. 164 und 166/5 der Gemarkung Großhadern und aus den Flurstück-Nrn. 692, 724/1, 901, 910, 912, 933, 935/2, 935/3, 937/7, 939, 942, 943, 944, 946 und 947 der Gemarkung Planegg für Bau-

stellenzwecke, einschließlich Nutzung als Deponieflächen, zur Verlängerung der U-Bahnlinie U 6 nach Martinsried im Ausmaß von insgesamt rund 140 000 m² vorübergehend unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.“

3. Nach Art. 8 wird folgender Art 8 a eingefügt:

Art. 8a
Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Das Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl. S. 264, BayRS 2024-1-I), das zuletzt durch § 1 Abs. 57 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 13 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„²Liegt der Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31. März 2021, so kann die Gemeinde in der Satzung auch einen höheren Anteil festlegen oder den Beitrag ganz erlassen.“

- b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

2. Nach Art. 19 wird folgender Art. 19a eingefügt:

Art. 19a
Härteausgleich Straßenausbaubeiträge

(1) ¹Zum anteiligen Ausgleich besonderer Härten durch Straßenausbaubeiträge, die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes für den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 erhoben wurden, errichtet der Freistaat Bayern einen Härtefallfonds. ²Dieser wird einmalig mit 50 Mio. € ausgestattet.

(2) ¹Über Leistungen aus dem Härtefallfonds wird auf Antrag durch eine unabhängige und an fachliche Weisungen nicht gebundene Kommission durch Verwaltungsakt entschieden. ²Der Kommission gehören folgende vom Staatsminister des Innern, für Sport und Integration berufene Mitglieder an:

1. ein vom Ministerrat benanntes Mitglied, das den Vorsitz führt,
2. zwei vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration benannte Mitglieder,
3. zwei vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie benannte Mitglieder.

³Für jedes Mitglied wird ein stellvertretendes Mitglied berufen. ⁴Satz 2 gilt entsprechend. ⁵Die Mitglieder sollen Bedienstete des Freistaates Bayern sein.

(3) Die Kommission entscheidet mit der Mehrheit ihrer Mitglieder.

(4) ¹Für die Kommission wird im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration eine Geschäftsstelle eingerichtet. ²Die Geschäftsstelle wird im Namen der Kommission tätig.

(5) ¹Anträge können nur vom 1. Juli 2019 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2019 gestellt werden. ²Ist der Bescheid oder die Vereinbarung, durch die eine Zahlungspflicht in Bezug auf eine Straßenausbaumaßnahme geschaffen wird, an mehrere Personen gemeinschaftlich gerichtet, können die Adressaten oder die Parteien einen Antrag nur gemeinschaftlich stellen.

(6) ¹Jeder Antragsteller hat bei der Ermittlung des Sachverhalts sowohl im Rahmen der Bewilligung als auch im Rahmen einer etwaigen späteren Überprüfung mitzuwirken und geforderte Unterlagen oder Nachweise beizubringen. ²Die Kommission kann für die Mitwirkung jeweils angemessene Fristen setzen. ³Ein Antrag wird ohne weitere Prüfung abgelehnt oder eine bereits erteilte Bewilligung widerrufen oder zurückgenommen, wenn der Antragsteller seiner Mitwirkungspflicht nach Satz 1 und 2 nicht fristgerecht nachkommt und auf Verlangen der Kommission nicht unverzüglich glaubhaft macht, dass die Verspätung nicht auf seinem Verschulden beruht; hierauf ist der Antragsteller bei der Fristsetzung hinzuweisen.

(7) ¹Antragsbefugt sind natürliche Personen, Personengesellschaften und juristische Personen des Privatrechts. ²Ausgenommen sind Personengesellschaften und juristische Personen, bei denen ein überwiegender Einfluss des Staates insbesondere durch seine Mehrheit am Grundkapital oder durch sein Stimmrecht oder durch die rechtlichen oder organisatorischen Verhältnisse besteht. ³Unter Staat sind der Freistaat Bayern, der Bund, ein ausländischer Staat, die Länder oder andere Gebietskörperschaften oder Einrichtungen der mittelbaren Staatsverwaltung alleine oder zusammen zu verstehen. ⁴Antragsbefugt ist nur,

1. gegen wen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes durch Bescheid, Vergleich oder Vereinbarung im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2017 Straßenausbaubeiträge, entsprechende Vorauszahlungen oder eine entsprechende Ablöse in Höhe von mindestens 2 000 Euro festgesetzt wurden, soweit die Beiträge nicht erlassen oder anderweitig erstattet worden sind, und
2. wer bei Antragstellung Eigentümer oder beitragspflichtig dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstücks ist, auf das die Belastung zurückgeht, und
3. wer im Jahr der Festsetzung der Belastung über ein zu versteuerndes Einkommen von nicht mehr als 100 000 Euro, bei Zusammenveranlagung von Ehegatten oder Lebenspartnern von nicht mehr als 200 000 Euro verfügte.

⁵Das zu versteuernde Einkommen richtet sich nach Wahl der Antragsteller entweder nach dem im Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Steuerbescheid des Jahres des Bescheiderlasses oder der Vereinbarung oder nach dem Mittelwert der durch im Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Steuerbescheide belegten Einkommen aus einem Dreijahreszeitraum, dessen letztes Jahr dem Jahr des Bescheiderlasses oder der Vereinbarung entspricht. ⁶Sofern für den maßgeblichen Zeitraum eine Befreiung von der Abgabe einer Einkommensteuererklärung besteht, sind dem Antrag geeignete Unterlagen beizufügen, aus denen sich das zu versteuernde Einkommen ergibt. ⁷Ist der Bescheid oder die Vereinbarung, durch die eine Zahlungspflicht in Bezug auf eine Straßenausbaumaßnahme geschaffen wird, an mehrere Personen gemeinschaftlich oder an eine Personengesellschaft gerichtet, so bestimmt sich die Einkommensgrenze aus der Summe der einzelnen Einkommensgrenzen und das relevante Einkommen aus der Summe der entsprechend Satz 5 und 6 ermittelten Einkommen der einzelnen Personen oder Gesellschafter.

(8) ¹Die Gewährung eines Härteausgleichs nach diesem Artikel ist eine freiwillige Leistung. ²Auf sie besteht kein Rechtsanspruch.

(9) ¹Eine ausgleichsfähige Härte liegt nur vor, soweit die Belastung dem Betroffenen unter Berücksichtigung insbesondere systemischer Härten, der zeitlichen Nähe der Bekanntgabe des Beitragsbescheids zum Stichtag des Art. 19 Abs. 7 Satz 1, der Einkommensverhältnisse und der Höhe des Beitrags nicht zugemutet werden kann. ²Der Kommission kommt hinsichtlich des Vorliegens einer Härte sowie deren Gewichtung ein freier Beurteilungsspielraum zu. ³Der Härteausgleich kann maximal in Höhe der geleisteten Beiträge abzüglich einer Eigenbelastung in Höhe von 2 000 € erfolgen. ⁴Ein Härteausgleich unterbleibt, soweit er für den Betroffenen als unerlaubte Beihilfe nach europarechtlichen Vorschriften zu bewerten wäre.

(10) ¹Erstattungsansprüche des Leistungsempfängers bezüglich der den Härteausgleich begründenden Zahlung gegenüber der Gemeinde insbesondere nach Art. 5 Abs. 5 Satz 2 und 3 sowie 19 Abs. 8 gehen mit der Leistungsgewährung aus dem Härtefallfonds in Höhe des Härteausgleichs auf den Freistaat Bayern über. ²Der Leistungsempfänger ist verpflichtet, dem Freistaat Bayern die zur Geltendmachung der Forderung nötigen Auskünfte zu erteilen und ihm die zum Beweis der Forderung dienenden Urkunden, soweit sie sich in seinem Besitz befinden, vorzulegen. ³Daneben ist er verpflichtet, den Forderungsschuldner von dem Forderungsübergang in Kenntnis zu setzen. ⁴Leistungen aus dem Härtefallfonds sind an den Freistaat Bayern zurückzuzahlen, soweit der betroffene Beitrag endgültig erlassen oder erstattet oder der Bescheid endgültig aufgehoben wird; soweit dies der Fall ist, ist der Bewilligungsbescheid aufzuheben. ⁵Satz 4 gilt nicht, wenn der Härteausgleich durch einen Forderungsübergang nach Satz 1 ausgeglichen wurde. ⁶Abs. 5 findet Anwendung.

(11) ¹Das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Nähere

1. zur dienstlichen Stellung der Mitglieder der Kommission,
 2. zur Organisation der Geschäftsstelle,
 3. zum Verfahren der Kommission,
 4. zum Nachweis der antragsbegründenden Tatsachen
- durch Rechtsverordnung regeln.“

3. Art. 21 wird wie folgt geändert:

- a) Der Wortlaut wird Abs. 1.
- b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:
„(2) Art. 19a tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2027 außer Kraft.“

4. Dem Art. 9 wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. In Anlage 7

Rechtsgrundlage Art. 51 Abs. 1 Nr. 6 wird die Angabe „41,82“ durch die Angabe „100,00“ ersetzt.“

5. Nach Art. 10 wird folgender Art. 10a eingefügt:

**„Art. 10a
Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes**

Dem Art. 2 Abs. 4 des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes (BayL-PfIGG) vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 613, 625 BayRS 2170-9-G) wird folgender Satz 4 angefügt:

„⁴Das Landespflegegeld ist kein Pflegegeld nach landesgesetzlichen Vorschriften im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 7 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags.“

6. Nach Art. 15 wird folgender Art. 16 eingefügt:

**„Art. 16
Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung**

In Anlage 4 Rechtsgrundlage § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 3 der Bayerischen Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 12. Juni 2018 (GVBl. S. 391) geändert worden ist, wird jeweils die Angabe „4,50“ durch die Angabe „5,00“ ersetzt.“

7. Der bisherige Art. 16 wird Art. 17.
8. Der bisherige Art. 17 wird Art. 18 und Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Nr. 2 werden folgende Nrn. 3 und 4 eingefügt:
 - „3. Art. 8a am [Datum vor Endberatung einsetzen].
 - 4. Art. 9 Nr. 4 am 1. Juli 2019.“
 - b) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 5.

Berichterstatter zu 1, 13-14, 16:	Hans Herold
Berichterstatter zu 2-9:	Harald Güller
Berichterstatterin zu 10-12:	Claudia Köhler
Berichterstatter zu 15, 17:	Bernhard Pohl
Mitberichterstatterin zu 1, 13-17:	Claudia Köhler
Mitberichterstatter zu 2-12:	Hans Herold

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/1465, Drs. 18/1466, Drs. 18/1467, Drs. 18/1468, Drs. 18/1469, Drs. 18/1470, Drs. 18/1471, Drs. 18/1472, Drs. 18/1473, Drs. 18/1474, Drs. 18/1475, Drs. 18/1476, Drs. 18/1477, Drs. 18/1478, Drs. 18/1479 und Drs. 18/1552 in seiner 23. Sitzung am 11. April 2019 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1476 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1478 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1552 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1477 und 18/1479 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1466, 18/1469 und 18/1473 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1465, 18/1470 und 18/1471 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1474 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1467 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1475 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1468 und 18/1472 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/1465, Drs. 18/1466, Drs. 18/1467, Drs. 18/1468, Drs. 18/1469, Drs. 18/1470, Drs. 18/1471, Drs. 18/1472, Drs. 18/1473, Drs. 18/1474, Drs. 18/1475, Drs. 18/1476, Drs. 18/1477, Drs. 18/1478, Drs. 18/1479 und Drs. 18/1552 in seiner 12. Sitzung am 9. Mai 2019 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit
der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im neuen Art. 18 Abs. 2 Nr. 3 – betreffend den neu eingefügten Art. 8a zur
Änderung des Kommunalabgabengesetzes – wird als Datum des Inkrafttre-
tens der „1. Juni 2019“ eingefügt.
2. In Art 9 Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes werden im Einlei-
tungssatz die Wörter „das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2018
(GVBl. S. 613) geändert worden ist“ durch die Wörter „das zuletzt durch § 1
Abs. 84 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden
ist“ ersetzt.
3. In Art. 11 Änderung des Spielbankgesetzes werden im Einleitungssatz die
Wörter „das zuletzt durch § 1 Nr. 204 der Verordnung vom 22. Juli 2014
(GVBl. S. 286) geändert worden ist“, durch die Wörter „das zuletzt durch § 1
Abs. 179 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden
ist“ ersetzt.
4. In Art. 12 Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes werden im
Einleitungssatz die Wörter „das zuletzt durch Verordnung vom 22. Oktober
2018 (GVBl. S. 810) geändert worden ist“, durch die Wörter „das zuletzt
durch § 1 Abs. 216 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geän-
dert worden ist“ ersetzt.
5. In Art 14 Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und –betreuungsgeset-
zes werden im Einleitungssatz die Wörter „das zuletzt durch § 12 des Geset-
zes vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 613) geändert worden ist“ durch die Wörter
„das zuletzt durch § 1 Abs. 218 der Verordnung vom 26. März 2019
(GVBl. S. 98) geändert worden ist“ ersetzt.
6. In Art. 15 Änderung der Kinderbildungsverordnung werden im Einleitungs-
satz die Wörter „die zuletzt durch § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 5. De-
zember 2017 (GVBl. S. 538) geändert worden ist“ durch die Wörter „die zu-
letzt durch § 1 Abs. 219 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98)
geändert worden ist“ ersetzt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1476 hat der Ausschuss mit folgen-
dem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1478 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1552 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1477 und 18/1479 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme in I. ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1466, 18/1469 und 18/1473 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1465, 18/1470 und 18/1471 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1474 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1467 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/1475 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/1468 und 18/1472 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Drs. 18/1759

Dem Einzelplan 01 wird zugestimmt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Drs. 18/1761

Dem Einzelplan 03 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1761) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Drs. 18/1762

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1762) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Drs. 18/1763

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1763) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungs-
hofs**

Drs. 18/1774

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Michael Hofmann

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Tobias Gotthardt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Margit Wild

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Anna Toman

Abg. Kerstin Radler

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Harald Güller

Abg. Maximilian Deisenhofer

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Julika Sandt

Abg. Thomas Gehring

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 05

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/937 mit 18/940),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/991 mit 18/1006),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/941 mit 18/943, 18/945),

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 18/944),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/689 mit 18/694, 18/856),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/764 mit 18/768),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/877 mit 18/893)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Florian Ritter u. a. (SPD)

(Drs. 18/1949)

Die SPD-Fraktion hat zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wurde für Sie nochmals aufgelegt. Die Gesamtredezeit beträgt auch hier eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten und auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – –

(Allgemeine Unruhe)

Ich möchte hier ordnungsgemäß den gesetzlichen Vorgaben entsprechend in Ruhe vorlesen können. – Ich beginne diesen Absatz noch einmal. –Die Gesamtredezeit beträgt auch hier eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten und auf die Fraktion der FDP 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die AfD-Fraktion zu drei ihrer Änderungsanträge Einzelabstimmungen in einfacher Form beantragt hat. Ich eröffne hiermit die Aussprache. Wer ist erster Redner?

(Tobias Reiß (CSU): Michael Hofmann!)

– Vielen Dank. – Herr Michael Hofmann, bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Einzelplan 05, den Bildungshaushalt. Für jedes Land, das wie unseres kaum auf Rohstoffe im Boden zurückgreifen kann, ist es besonders wichtig, den Rohstoff im Kopf zu fördern und fordern. Deswegen ist dieser Einzelplan und alles das, was wir über die Bildungspolitik beschließen, für die Zukunft unseres Landes besonders wesentlich. Ich freue mich deswegen, dass trotz der späten Stunde doch so viele dageblieben sind und ihr Abendessen noch etwas aufschieben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt funktioniert nicht nur auf dem Papier. Dieser Haushalt muss auch vor Ort in den Schulen funktionieren. Wir legen immer sehr viel Wert darauf, dass die Wissensvermittlung

und die Abfrage, was von der Wissensvermittlung in den Köpfen unserer Schülerinnen und Schüler übriggeblieben ist, einen besonderen Stellenwert hat. Der Kollege Waschler wird auch darauf hinweisen – wir teilen uns die Redezeit der CSU –, dass wir als CSU in diesem Punkt im Freistaat durchaus erfolgreich sind. Diese erfolgreiche Politik wollen wir seit Oktober 2018 zusammen mit den FREIEN WÄHLERN fortsetzen.

Ich möchte an den Anfang aber ein Dankeschön an die Schulfamilien stellen, die das tagein, tagaus leben. Sie schaffen am Ende des Tages die Voraussetzungen dafür, dass dieses Land, in dem Wissensbildung funktioniert, eine Zukunft hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wissensbildung funktioniert aber nur dann, wenn Herz und Charakter mitgebildet werden. Deswegen sind uns die Schulfamilien so wichtig. Deswegen geht ein Dankeschön an die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch an die Kräfte in den Schulverwaltungen, an die Elternbeiräte und – das möchte ich betonen – an die Schülerinnen und Schüler, die sich neben ihrem Schulalltag für ihre Schulen besonders einbringen.

Sie dürfen letzten Endes auf eine verlässliche Politik vertrauen. Ich betone das an dieser Stelle besonders, weil es nach einer Landtagswahl nicht immer selbstverständlich ist, dass, so wie in diesem Fall, Schulpolitik in einer neuen Koalition verlässlich und konstant fortgesetzt werden kann.

Wir reden nicht über die Einführung von Gesamtschulen. Wir reden nicht über die Einführung von Gemeinschafts- oder Einheitsschulen und wir reden auch nicht über die Zusammenlegung von Realschulen und Mittelschulen. Ich bin froh und dankbar, dass wir als Koalition diesen erfolgreichen Weg des mehrgliedrigen Schulsystems mit seiner beachtlichen und wertvollen Durchlässigkeit weiter fortsetzen; denn wir sind davon überzeugt, dass das das Beste für unsere Schülerinnen und Schüler im Land ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kommen wir aber zu den Zahlen des Haushalts. Er kann sich nach meiner Auffassung sehen lassen. Ich denke, die Zahlen sprechen für sich. Insgesamt investieren wir in den Jahren 2019/2020 27 Milliarden Euro in den Bereich der Bildung. Ich sage bewusst "investieren", auch wenn ein ganz großer Teil der Ausgaben – wenn man es genau nimmt: 93 % – eigentlich Personalausgaben sind. Aber diese Investition in die Köpfe, in die Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer ist eine Investition in die Zukunft. Deswegen darf man in diesem Zusammenhang auch von Investition sprechen.

Wenn wir diesen Bildungshaushalt noch etwas weiter denken und eine Verknüpfung zum Haushaltseinzelplan 15 – Wissenschaft und Forschung – herstellen, haben wir in diesem Doppelhaushalt insgesamt 40 Milliarden Euro zur Verfügung, die auf ganz breiter Basis für Bildung, für Forschung und letzten Endes für die Köpfe in unserem Land vorhanden sind. Wir wissen eben, dass es auf die Köpfe in unserem Land ankommt, wenn dieses Land auch in Zukunft erfolgreich arbeiten will und wir den entsprechenden Wohlstand erhalten wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir als CSU haben diese Prioritäten in den vergangenen Jahren stets betont und ausgebaut. Ich danke an dieser Stelle dafür, dass dies mit dem Koalitionspartner auch weiterhin möglich ist. Wir haben letzten Endes auch deutlich gemacht, dass nach einer Wahl die Versprechungen, die vorher gegeben worden sind, eingehalten werden. Das war an der einen oder anderen Stelle nicht ganz so einfach, wie wir uns das vorgestellt haben. Es hat aber, wenn man sich die schwarzen Zahlen auf dem weißen Papier des Einzelplans anschaut, am Ende des Tages funktioniert.

Ich will mal ganz kurz darauf eingehen, um was es hier insbesondere geht. Es geht darum, dass wir über 2.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen. Es sagt sich immer so leicht: Wir schaffen 2.000 neue Stellen. Ich möchte an dieser Stelle all denjenigen, die mit solchen Zahlen immer etwas locker umgehen, verdeutlichen, dass im Grunde genommen jede dieser Lehrkräfte, die wir neu einstellen, für diesen Frei-

staat eine Verpflichtung über die nächsten 60 Jahre bedeutet. Sie gilt nämlich nicht nur für den Zeitraum, während dessen der Schuldienst geleistet wird, sondern auch darüber hinaus, wenn die Lehrkräfte verdienftermaßen in den Ruhestand gehen und sich auch dann noch darauf verlassen können wollen, dass dieser Staat für sie die Versorgung zahlt. Deswegen ist es schon, auch auf die Zukunft bezogen, ein ganz gewaltiger Kraftakt, wenn wir festhalten, dass wir in diesem Doppelhaushalt über 2.000 neue Stellen schaffen.

Wir schaffen weiterhin unter dem Aspekt "Schule öffnet sich" eine Möglichkeit im Bereich von Schulpsychologie und multiprofessionellen Teams. Wir sagen, dass auch das in der Zukunft notwendig sein wird. Wir suchen hier letzten Endes den Schulterchluss mit dem, was wir vor der Landtagswahl versprochen haben. Diese Stellen werden in diesem Einzelplan des Landtagshaushalts umgesetzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben weiterhin das Versprechen in der Frage der digitalen Bildung gehalten. Die Förderung der digitalen Bildung an Schulen, bei der die Zahl 212,5 Millionen Euro im Raum stand, die auch durch die Verpflichtungsermächtigungen 2018 bereits vorgegeben waren, wird in diesem Einzelplan erfüllt. Insgesamt sind es 212,5 Millionen Euro. Versprochen, gehalten! Auch hier kann man einen Haken dahinter setzen.

Ich will an dieser Stelle aber schon noch einmal deutlich machen, dass wir in einen Bereich investieren, bei dem wir die Zuständigkeiten der Kommunen nach wie vor betonen wollen. Es kann nicht sein, dass der Freistaat Bayern in diesem Zusammenhang einen Schwerpunkt setzt und sagt, das ist wichtig für unsere Wissensvermittlung, gleichzeitig aber so getan wird, als würde in Zukunft nur noch der Freistaat Bayern dafür zuständig sein.

Ich will darüber hinaus betonen, dass wir mit dem Bildungspakt, der auf Bundesebene geschlossen worden ist, zusätzlich 780 Millionen Euro für den Freistaat Bayern sichern konnten. Auch hier gilt mein Dank insbesondere dem Ministerpräsidenten, der

mit seiner Hartnäckigkeit erreicht hat, dass der Freistaat Bayern auch weiterhin für die Bildungsarbeit zuständig ist; er hat bei der ursprünglich mal vorgesehenen Grundgesetzänderung nicht mitgemacht, sondern darauf bestanden, das umzusetzen, was wir jetzt haben. Auch da gebührt dem Ministerpräsidenten ein Dank. Es war mitunter nicht leicht.

Am Ende des Tages können wir sagen: Wir haben für die nächsten Jahre insgesamt über eine Milliarde Euro für unsere Schulen für die digitale Bildung zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich will ich auch noch darauf hinweisen, dass wir uns im Bereich der Ganztagschulen an die Versprechen halten, die wir gegeben haben. Insgesamt stehen hierfür im Doppelhaushalt 2019/2020 628 Millionen Euro zur Verfügung. In der Vergangenheit ist immer wieder die Qualität des Betreuungsangebots für die Schülerinnen und Schüler und ihre Familien kritisiert worden. Für die Betreuung über den Schulalltag hinaus ist es für die Familien entscheidend, sich nicht am Betreuungsangebot orientieren zu müssen. Stattdessen sollten wir als Staat das Betreuungsangebot zur Verfügung stellen, das unsere Familien individuell brauchen. Das muss auch in Zukunft der Schwerpunkt sein. Die Flexibilität für unsere Familien muss erhalten bleiben. Nicht jeder will einen gebundenen Ganztag. Manche wollen am Nachmittag überhaupt keine Betreuung. Andere wollen nicht nur eine Betreuung durch Lehrerinnen und Lehrer am Nachmittag. Deswegen ist die Flexibilität ein wesentliches Merkmal unserer Schulpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Zehn Minuten gehen schneller vorbei, als man denkt. – Ich möchte aber schon an dem einen oder anderen Punkt ansetzen. Heute sollen auch Änderungsanträge einzeln abgestimmt werden. Der Koalition ist immer wieder vorgeworfen worden, sie würde über ihre Verhältnisse leben und sich aus der Rücklage bedienen. Ich habe mir die Diskussion angehört. Im Haushaltsausschuss haben wir insgesamt über 55 Ände-

rungsanträge beraten. Bis auf ein oder zwei Änderungsanträge hat keiner der Änderungsanträge einen Deckungsvorschlag enthalten. Zwar hat es Änderungsanträge gegeben, die insgesamt Einsparungen vorsehen, aber Deckungsvorschläge waren so gut wie keine dabei.

(Harald Güller (SPD): Bei der SPD war jeder Antrag gedeckt!)

– Nein, das war nicht der Fall. Ich habe das durchgelesen. In keinem Antrag stand, wie die Summe gedeckt werden soll. Ich habe das ausführlich durchgelesen. Wir können das gerne noch einmal durchschauen.

(Harald Güller (SPD): Sie müssten mal mehrere Anträge hintereinander lesen!)

– Nein Herr Kollege, ich habe es auch zusammengezählt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, eine Sekunde bitte. Herr Güller, wenn Sie sich melden wollen, geben Sie mir bitte ein Zeichen. Dann frage ich den Kollegen, ob Sie direkt fragen oder im Anschluss eine Zwischenbemerkung machen wollen.

(Harald Güller (SPD): Ich entscheide mich für Zwischenrufe!)

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege, an Ihrer Stelle würde ich es auch bei einem Zwischenruf belassen. – Die Anträge der FDP weisen insgesamt ein Defizit von 41 Millionen Euro auf. Die Anträge der SPD haben ein Defizit von 42,4 Millionen Euro. Die GRÜNEN haben es ganz toll gemacht; sie haben mit ihren Anträgen ein Defizit von insgesamt 182,5 Millionen Euro auf die Reihe gebracht. Sie werfen uns immer wieder vor, wir würden uns nicht um eine Gegenfinanzierung des Haushalts kümmern. Fassen Sie sich bitte an die eigene Nase; denn Sie haben bei diesem Einzelplan bewiesen, dass Sie es nicht können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Triebel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Hofmann, Sie wissen ganz genau, dass wir unseren Deckungsvorschlag nicht in jedem Antrag unterbreitet haben. Wir haben das im Paket gemacht. Anscheinend haben Sie den Haushalt nicht so genau durchgearbeitet, und es ist Ihnen entgangen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Moment ist geplant, mehr als ein Drittel der Mittel für die Bildung auszugeben. Das sind 27 Milliarden Euro. Von diesen 27 Milliarden Euro entfallen 94 % auf Personal und gesetzliche Leistungen. Herr Minister, das haben Sie im Rahmen der ersten Beratung zum Haushalt angemerkt. Diese festgezurrten 94 % inklusive der neu geschaffenen 2.000 Stellen reichen aber leider nicht aus, um Ihre jahrelange personelle Mangelverwaltung bei der Lehrerschaft wettzumachen. Die restlichen 6 % sprühen auch nicht gerade vor neuen zukunftsweisenden Ideen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese bräuchten wir aber äußerst dringend. Unsere Schülerschaft wird immer vielfältiger. Gleichzeitig verändern sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Themen zum Teil grundlegend. Diesen neuen Herausforderungen werden Sie trotz Mehrausgaben wenig gerecht. Wir GRÜNE haben 16 Änderungsanträge eingebracht. Diese enthalten keine großartigen finanziellen Forderungen. Sie sind alle gedeckt, wie ich gerade gesagt habe. Es handelt sich auch nicht um Anträge, die Ihr geliebtes Bildungssystem zum Wanken bringen würden. Unsere Vorschläge wurden alle von der Mehrheitsfraktion abgelehnt. Es mutet fast so an, als würde ein gewisser ideologischer Grundsatz dahinterstehen: Das, was von der anderen Seite kommt, gehört auf jeden Fall abgelehnt.

(Alexander König (CSU): Das ist Unsinn!)

Sie wollen beispielsweise keine Qualitätsoffensive in der Lehrerfortbildung. Sie wollen keine explizite Stärkung der Schulleitungen und Schulverwaltungen, die Sie trotz vollmundiger Versprechungen wieder im Regen stehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen keine zusätzlichen Mittel für mehr Deutschunterricht und Sprachförderung an allgemeinbildenden Schulen einsetzen. Sie wollen keine stundenmäßige Entlastung von Schulleitungen und Lehrerschaft, die für den Ganztag arbeiten, obwohl ihre Verwaltungsaufgaben immer mehr werden. Sie wollen trotz neuester Hiobsbotschaften über die Lese- und Rechtschreibkompetenz von Erwachsenen keine zusätzlichen Mittel in die Qualitätsverbesserung unserer Erwachsenenbildung stecken. Ganz im Gegenteil, Sie mussten dazu gezwungen werden, die Ergebnisse der interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft in den Haushalt einzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Baufinanzierung von privaten Grund-, Mittel- und Realschulen in Bayern haben Sie von den FREIEN WÄHLERN sagenhafte 100.000 Euro mehr beantragt. Wow! Das ist ganz schön mutig. Sie von der CSU wollen für Sport-AGs im Bereich Schwimmen 150.000 Euro mehr für ganz Bayern einstellen. Auch diese Summe ist angesichts der zunehmenden fehlenden Schwimmfähigkeit unserer Kinder bemerkenswert.

(Unruhe)

Das sind übrigens zwei Ihrer Anträge, denen wir zugestimmt haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben Sie doch mehr Mut, Ihre Bildungspolitik über ein "Weiter so" hinaus zu gestalten. Es geht vor allem um mehr individualisiertes Lernen in einer digitalen Welt. Das sind die zukünftigen Herausforderungen, denen dieser Bildungshaushalt einfach zu wenig gerecht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt gehe ich einmal ganz mutig nach vorne – so hat es die Kollegin gesagt – und verteidige unseren wirklich verteidigungswerten Bildungshaushalt.

Lassen Sie mich erst einmal mit einer Geschichte starten. Es handelt sich um die Geschichte eines Neulings im Haushaltsausschuss. Der Herr Vorsitzende hat zu Beginn gesagt, der Haushalt sei die Königsdisziplin des Parlaments. Wenn wir Tag für Tag den Haushalt im Parlament verhandeln, können wir stolz darauf sein, dass wir als Parlament diese Macht haben und den Haushalt kritisch beraten. Besonders stolz war ich, als wir den Haushalt für das Kultusministerium im Haushaltsausschuss beraten haben. An diesem Tag bin ich nach Hause zu meinen drei Kindern gegangen und habe ihnen ganz stolz erzählt, dass wir heute die Bildung behandelt haben. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir insgesamt 27 Milliarden Euro in ihre Bildung investieren. Wie Kinder so sind, holen sie einen wieder schnell auf den Boden der Tatsachen zurück. Mein Kleinsten meinte schließlich: Habt ihr auch die Pausen verlängert und die Hausaufgaben gekürzt? Ich habe gesagt: Da muss ich mit dem Minister noch einmal verhandeln. – Michael, wir bleiben dran, oder?

Nein, ganz im Ernst: Ich glaube wir können voller Stolz von einem guten Haushalt sprechen. Insgesamt investieren wir weit über 8.000 Euro pro Schülerin und Schüler in Bayern in die Bildung. Das ist ein Spitzenwert, auf den wir stolz sein können. Wir müssen nicht alles schlechtreden, was super gut läuft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir investieren auch sehr viel in die Erwachsenenbildung. Anders als es die Kollegin von den GRÜNEN gesagt hat, halten wir unsere Versprechen. Der Antrag, der im Juni 2018 hier im Haus beschlossen wurde, kam von uns. Das wird durchgesetzt und durchgezogen. Das garantiert eine pfundige Finanzierung der Erwachsenenbildung für lebenslanges Lernen in Bayern. Wir liefern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich kann Ihnen sagen: Wir liefern auch in einem anderen Bereich, der uns ebenfalls sehr wichtig war und in dem wir liefern müssen, weil auf Bundesebene die Bundesregierung seit zwei Jahren versagt: Wir liefern beim Gesundheitsbonus. Wir haben die Schulgeldfreiheit für die Heilberufe garantiert. Das ist eine große Leistung, die wir in Bayern schon zwei Jahre vor dem Bund geschultert haben. Ich glaube, das ist einen Applaus wert. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir investieren nicht nur in die Ausstattung unserer Schulen, sondern wir investieren auch in die demokratische und in die politische Kultur an unseren Schulen. Ich finde es beachtenswert, dass wir den Betrag, den wir für die Schülermitverantwortung zur Verfügung stellen, in diesem Haushalt verdoppeln. Das ist eine Nummer, und auch darauf können wir stolz sein. Uns ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule vor Ort mitreden dürfen. Das ist uns Geld wert, darin investieren wir, und auch das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir setzen weitere Schwerpunkte. Die Koalition insgesamt hat zum Beispiel gesagt: Es ist uns wichtig, dass kleine Schulstandorte in Nebenorten, in Dörfern erhalten werden können. Auch darin investieren wir. Das zeigt der Gesamthaushalt. Das wird garantiert, weil es wichtig ist, dass wir die Schule vor Ort, besonders die Grundschule vor Ort haben. Das ist uns viel Geld wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir investieren aber auch in die Ausgestaltung bestehender und neuer Schulstandorte. Bei uns sind die Schulhäuser in einem guten Zustand, und die Schulen bekommen Geld dafür, ein gutes Umfeld für unsere Schülerinnen und Schüler zu garantieren. Das ist gut, und das lassen wir uns in Bayern auch nicht schlechtreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kollege Hofmann hat es schon gesagt: Wir investieren 93 % des Etats in die Menschen, in die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern. Das Allerwichtigste, das man an diesem Punkt jenseits der Ausstattung der Schulen sagen kann, ist: Was unsere Kinder wirklich voranbringt, was unsere Kinder felsenfest für die Zukunft macht, ist die Leistung unserer Lehrkräfte in Bayern. Darin investieren wir. Sie sind die stärksten Partner, wenn es darum geht, unseren Kindern eine gute Zukunft zu garantieren. Deswegen können wir darauf auch stolz sein. Wir sind die Partner der Lehrerinnen und Lehrer in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin schon am Ende meiner Ausführungen, bevor ich aufhören muss. Ich kann nur sagen: Wir können über Details streiten, aber seien wir uns doch bitte darin einig, dass das, was wir in Bayern unseren Kindern an unseren Schulen bieten, in Deutschland, in Europa eine Spitzenleistung ist. Wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir können über Details reden. Bildung in Bayern ist ein hohes Gut. Wir investieren, und wir sind damit erfolgreich. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Markus Bayerbach von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist der Staatsregierung zumindest haushalterisch ein wichtiges Anliegen. Das merkt man. Unter Berücksichtigung der Lohn- und Gehaltssteigerungen muss man aber schon sagen, dass die Haushaltssteigerung nicht allzu groß ist. Einige Detailentscheidungen der Staatsregierung waren äußerst sinnvoll bzw. zum Teil auch längst überfällig. Ich spreche hier vom Einschulungskorridor oder der Senkung der Angestelltenquote bei den Lehrern.

Das Festhalten am gegliederten Schulsystem haben wir sowieso vorausgesetzt. Frau Triebel, Mut zu haben, ist in der Bildung eine schöne Sache; eine ruhige Hand ist manchmal wesentlich sinnvoller. Überall dort, wo Rot-Grün Bildung macht, haben sie zwar sehr viel Mut, aber das Ergebnis spricht nicht unbedingt für sich.

Es gibt aber natürlich auch ein paar Sachen von der Staatsregierung, zu denen ich sagen muss: Gut gedacht, aber nicht unbedingt immer gut gemacht. Ich schaue mir zum Beispiel die Vorkurse an den Schulen an. Wir haben an fast allen Schulen Vorkurse. Sie sind eine super Einrichtung, aber diese Einrichtung hat seit Jahren einen riesigen Haken. Dieser Riesen-Haken ist, dass die Teilnahme nach der Anmeldung freiwillig ist. Manche Kinder kommen einmal, ein anderes Mal kommen sie nicht. Fast in jeder Stunde wechselt die Besetzung. Der Unterrichtserfolg ist daher einfach sehr viel niedriger und sehr viel schlechter, als er sein könnte. Wenn ich so etwas anbiete – über die Sinnhaftigkeit möchte ich gar nicht diskutieren; dazu stehe ich –, muss ich auch den Mut haben zu sagen: Wenn du dich anmeldest, musst du auch hingehen, also: entweder – oder.

(Beifall bei der AfD)

Über die Mobile Reserve brauchen wir gar nicht zu reden. Da stimmt die Lehrerausstattung hinten und vorne noch nicht. Es wird Zeit, auf unsere Kollegen Rücksicht zu nehmen. Sie haben so viel Qualität. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Wir haben

super Lehrer, die super motiviert sind. Man kann daher gar nicht oft genug Dankeschön sagen. Wir sollten deren Motivation aber nicht überstrapazieren.

In manchen Punkten fehlt auch etwas die Voraussicht. Angesichts unserer heterogenen Schulklassen ist es immer mehr nötig, eine Schulfamilie zu haben, die sie rundum betreut. Wir als AfD haben zum Beispiel den Antrag gestellt, die Zahl der Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern zu erhöhen. Vom Ministerium kam darauf die Antwort: Wir können nicht einmal alle freien Ausbildungsplätze besetzen. – Das ist doch kein Wunder. Erstens kann sich doch in Freising niemand, der von weiter weg herkommt, angesichts der aktuellen Mietpreise über drei Jahre eine Wohnung für eine Ausbildung leisten, für die er kein Geld erhält.

Zweitens ist im Augenblick – das muss man sehen; das ist eine momentane Situation – die Einstellungssituation beim normalen Lehramt viel zu verlockend, als dass jemand für A 9 Förderlehrer wird.

Drittens ist dieser Beruf in weiten Teilen unbekannt. Wer nicht im Dunstkreis eines Staatsinstituts wohnt, weiß oft gar nicht um die Möglichkeit dieses wirklich tollen Berufs.

Viertens hat die Staatsregierung vor 45 Jahren, als dieser Beruf begründet wurde, versprochen, dass er finanziell mit Fachlehrern gleichgestellt wird. Das war vor 45 Jahren. Das ist bis heute nicht erfolgt. Für jemanden, der Abitur oder einen hervorragenden mittleren Schulabschluss hat, ist die Perspektive A 9 mit Beförderungsmöglichkeiten, die fast nicht erwähnenswert sind, nicht gut. Ist es verwunderlich, dass sich der Andrang etwas in Grenzen hält? – Langsam wird es Zeit, dieses Versprechen einzulösen.

Fünftens. Ich weiß nicht, wer die Arbeitszeiten für Förderlehrer, die A 9 erhalten, kennt: Als Minimum sind acht Lehrerstunden abzudecken, insgesamt je nach Schulart 28 bis 29 Unterrichtsstunden und zusätzlich sechs Vollstunden Verwaltung. – Ich glaube, es wird Zeit, diesen Beruf attraktiver zu machen. Die Bezahlung, die Arbeitszeit,

die Beförderungsmöglichkeiten und die fernen Ausbildungsstätten sind ein Giftcocktail. Wir brauchen aber diesen Beruf an den Schulen.

Ähnliche finanzielle und strukturelle Probleme haben wir auch bei den Sekretärinnen. Es wird Zeit, daran etwas zu ändern. Die Unterrichtsversorgung leidet daran – das kann man durch Geldmittel nicht ausgleichen –, dass unsere Schule mit immer mehr Aufgaben überfrachtet wird.

Unsere Schule kann und soll auch keine Ersatzfamilie sein. Der richtige Ort für Erziehung ist die Familie und bleibt die Familie. Ich vertraue der Familie. Deswegen sind wir der Meinung, dass die Schule vorrangig ihrem Bildungsauftrag nachkommen sollte. Die Ganztagschule – das haben Sie gesagt, Herr Hofmann – ist für mich kein Modell, das verpflichtend oder sogar flächendeckend vorhanden sein muss. Der Bedarf muss gedeckt sein. Das muss ein Kann-Angebot sein. Dieses sollte dann aber bitte auch auf allerhöchstem Niveau sein.

Eine persönliche Bitte zu etwas, was mir sehr am Herzen liegt: Bitte vergessen Sie nicht die Kultur und die sozialschaffende Bildung. Wir haben in den letzten Jahren all das, was Schule für Schüler eigentlich schön macht, was wirklich dafür sorgt, dass Integration und Antiradikalisierungsvorsorge stattfinden, abgeschafft, nämlich unsere Leistungsgruppen und Neigungskurse. Für mich ist es ein Offenbarungseid der bayerischen Bildungspolitik, dass wir kein Geld mehr übrighaben und keine Stunden für Singen im Chor, für ein Schulorchester, für das Spielen von Theater oder für Sportneigungsgruppen zur Verfügung stellen können. Mit Spaß kann man den Schülern Kompetenzen beibringen. Sie gehen freiwillig hin und haben Spaß. Das schweißt zusammen. Wir dürfen nicht an der sozialen Komponente sparen. Ich erwarte mir hier deutlich mehr Einsatz in unserem Bildungssystem. – Danke.

(Zuruf von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Bayerbach, wenn Sie dableiben würden. Es gibt eine Zwischenbemerkung der Kollegen Triebel.

Markus Bayerbach (AfD): Okay. Das habe ich nicht gesehen. Entschuldigung, Frau Triebel!

Gabriele Triebel (GRÜNE): Ja, passt schon. – Herr Bayerbach, Sie haben uns ganz viel über Lehrkräfte erzählt, insbesondere über Förderlehrkräfte; denn damit kennen Sie sich aus. Bei der Vorbereitung auf diese Sitzung bin ich über einen Antrag der AfD zur Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gestolpert, in dem Sie fordern, dass Mittel in Höhe von 400.000 Euro für Publikationen gestrichen werden. Sie begründen dies damit, dass die Landeszentrale durchgängig linksextreme Autoren unterstütze, diesen eine Plattform gebe und Schüler indoktriniere. Ich habe in der vergangenen Woche an der konstituierenden Sitzung des neuen Verwaltungsrates der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit teilgenommen. Dort konnte ich keine linksextremen Strömungen erkennen. Was meinen Sie also damit? Meinen Sie das ernst?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Bayerbach, Sie haben das Wort.

Markus Bayerbach (AfD): Das war kein Antrag von mir.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD – Harald Güller (SPD): Herr Bayerbach macht das immer so! Im Zweifelsfall war es immer ein anderer von der AfD!)

– Wunderbar. Darf ich vielleicht den Satz noch zu Ende reden? – Der Antrag war also nicht von mir. Aber es ist einfach so – soweit ich es weiß; das ist nicht mein Spezialgebiet –: Es gibt bei der Landeszentrale durchaus entsprechende Schriften von Autoren aus dem linksextremen oder linksradikalen Milieu – zumindest waren sie früher dabei –, und einige dieser Autoren werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Das finde ich schon äußerst schwierig.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Gabriele Triebel (GRÜNE): Sie stellen hier Behauptungen auf! Können Sie die auch belegen? – Zuruf von der AfD: Keine Diskussion während der Zwischenbemerkung!)

– Ich verstehe gar nichts.

Präsidentin Ilse Aigner: Uns liegen keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Damit hat das Wort Kollegin Margit Wild von der SPD.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Margit Wild (SPD): Keine Vorschusslorbeeren bitte! – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, mich und uns freut es auch, dass wir so viel Geld in die Bildung investieren können. Die Frage ist doch: Kommt es wirklich bei unseren Schülerinnen und Schülern an? Erhalten sie wirklich die Förderung, die ihren Fähigkeiten entspricht? Und: Sind unsere Lehrkräfte wirklich alle so zufrieden, wie zumindest Sie von den FREIEN WÄHLERN und der CSU es immer vorgeben? – Ganz so ist es nicht.

Ich habe mich schon sehr gewundert, Herr Kollege Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN, dass Sie so locker-flockig mit der Grundschulstandortsicherheit umgegangen sind. In der letzten und der vorletzten Legislaturperiode hörte sich das noch ganz anders an. Wir sind gespannt, ob Sie in diesem Punkt zu Ihrem Wort stehen werden. Es gab viele Schließungen sowohl von Mittelschul- als auch von Grundschulstandorten, gerade bei uns in der Oberpfalz.

(Unruhe bei der CSU)

– Sie können mich ja dann etwas fragen. – Sie tun teilweise so, als ob Sie selbst bemerkt hätten, wie wichtig das lebenslange Lernen ist, Stichwort: Erwachsenenbildung. Kollegin Triebel hat erwähnt, dass es viele Menschen gibt, die große Probleme in Sachen Lesekompetenz haben. Wir hatten eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet – ein Novum –, die im vergangenen Jahr gemeinsam beschlossen hat, die Summen für die Erwachsenenbildung erheblich zu erhöhen. Alle Bildungsträger hat das erfreut. Nachdem sie im Boot saßen, haben Sie von der CSU und Sie von den FREIEN WÄHLERN von den finanziellen Zusagen, die Sie den Trägern der Erwachsenenbildung ge-

geben hatten, nichts mehr wissen wollen. Sie wollten im Jahr 2019 4 Millionen Euro mehr, im Jahr 2020 5 Millionen Euro mehr und in den beiden darauffolgenden Jahren jeweils 5,5 Millionen Euro mehr bereitstellen.

Was ist herausgekommen? – Am Ende sollten 20 Millionen Euro ausgegeben werden. Das haben wir Ihnen mehr oder weniger ins Stammbuch schreiben müssen; denn kaum war die neue Koalitionsregierung gebildet, hat man schwuppdwupp ein paar Millionen vergessen. Wenn wir den Bildungsminister nicht so eindringlich und so deutlich vernehmbar darauf aufmerksam gemacht hätten, dann hätten die staatlichen Erwachsenenbildungsträger und die Erwachsenenbildung in Bayern insgesamt mit 25 % weniger staatlicher Förderung auskommen müssen. Das muss man der Wahrheit halber einmal sagen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ähnlich ist es mit den Berufen der Heilmittelerbringer. Es ist doch ganz klar – das hat auch die CSU festgestellt –: Wenn man davon abgeht, Schulgeld zu verlangen, macht man diese Berufe ein großes Stück weit attraktiver. Wohl niemand hier im Haus wird die Notwendigkeit dieser Berufe in Abrede stellen.

Herr Söder hatte sich scheinbar ganz besonders schlaugemacht. Er verkündete im August 2018, dass das Schulgeld ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 entfallen solle. Kaum war der Koalitionsvertrag da, kam heraus, dass man sich zwar auf eine Abschaffung verständigt hatte, aber erst zu einem viel späteren Zeitpunkt. Diejenigen, die sich auf das Wort des Ministerpräsidenten verlassen hatten, schauten quasi mit dem Offenrohr ins Gebirge. Wir alle wissen, was das Schulgeld monatlich ausmacht; es liegt oft zwischen 300 und 400 Euro. Am Ende der Ausbildung sind locker 30.000 Euro zusammengekommen. Sie legen immer viel Wert darauf, dass Sie das, was Sie versprechen, auch halten. Aber manchmal muss man Sie mit sanftem Druck darauf hinweisen, damit Sie wirklich zu Ihrem Wort stehen. Sonst würde sich diese

Situation von Jahr zu Jahr verschärfen. Tun Sie also nicht so, als ob Sie immer von Anfang an alles richtigmachten und als ob Ihre Zusagen wirklich gelten würden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben oft betont, dass die Verwaltungskräfte, gerade diejenigen an den Grund- und Mittelschulen, das Rückgrat der Schule sind. Wir alle wissen sicherlich, welche verantwortungsvolle Aufgabe diese Frauen in der Regel haben. Sie sind die ersten Ansprechpartner, wenn man anruft. Sie wissen sehr gut Bescheid. Sie sind in gewisser Weise die Aushängeschilder der Schule. Dann bezahlen wir sie nach E 4! Wir bieten ihnen auch keine Möglichkeit der Höhergruppierung. Dies zu ändern ist uns ein großes Anliegen. Sie haben im Bildungsausschuss immer zugesichert, das sukzessive irgendwann zu machen. Wir wollen es jetzt machen, weil wir um die Bedeutung dieser wichtigen Personen in der Schulfamilie wissen.

Da alle die Lehrkräfte so gelobt haben, möchte ich das für die SPD-Fraktion auch tun. Es sind die Lehrkräfte, die das Bildungssystem aufrechterhalten. Sie leisten unentgeltlich Mehrarbeit und bilden sich oft auf eigene Kosten fort. Es sind auch unsere leistungsstarken Schülerinnen und Schüler. Mit der Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN hat das nicht unbedingt etwas zu tun.

Ich habe es echt langsam dicke, Kollege Hofmann; Sie haben hier eingangs gesprochen. Sie holen immer alles aus der Mottenkiste heraus. Sie sprechen von "Einheitschule" und dem ganzen Zeug.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Ja, das ist immer die Mottenkiste, in die Sie greifen müssen, wenn Sie die guten Anträge der Opposition nicht ernst nehmen wollen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ein Letztes zum Ganztage: Sie tun heute so, als ob Sie ihn erfunden hätten. Für diejenigen, die vor zwei Jahrzehnten herinnen saßen, war das noch Teufelszeug; sogar vor eineinhalb Jahrzehnten war es noch so. Heute tun Sie so, als ob Sie das erfunden hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich bin der Meinung, man kann vieles schönreden. Ab und an sollte man aber die rosarote Brille abnehmen – das ist an die FREIEN WÄHLER und die CSU gerichtet – und erkennen, dass es Schwachstellen in der bayerischen Bildungspolitik gibt. Hier können nämlich nicht alle Schülerinnen und Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, sondern – auch das ergeben die Untersuchungen – noch immer hängt vieles vom Geldbeutel der Eltern ab. So darf es aber nicht sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Kollege Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung genießt zu Recht hohen Stellenwert in diesem Haushalt. Als Oppositionspartei sehen wir Freien Demokraten es aber schon als unsere Aufgabe an, auch kritisch zu beleuchten, was hier an Rekordausgaben getätigt wird und welche Wirkungen damit entfaltet werden.

Herr Kollege Hofmann, Sie haben es richtig angemerkt: Ja, wenn man den Bildungshaushalt isoliert betrachtet, kommt man bei uns zu dem Ergebnis, dass mehr ausgegeben werden soll. Das ist Folge der Prioritätensetzung. Unter dem Strich würden wir aber, wenn Sie die Änderungsanträge von uns Freien Demokraten unterstützen würden, 1,7 Milliarden Euro im Gesamthaushalt einsparen. Wir sind die einzige Fraktion – und das als neue Fraktion in diesem Landtag –, die hier solche konstruktiven Vorschläge gemacht hat, um wirklich Einsparungen zu erreichen. Sie können sich sicher sein, dass wir in Zukunft insoweit noch aktiver werden.

(Michael Hofmann (CSU): Sie müssen in die Änderungsanträge aber auch Deckungsvorschläge hineinschreiben!)

– Darüber können wir gern reden. Aber wir werden nicht im Bildungshaushalt sparen. Diese Milchmädchenrechnung machen wir nicht mit.

Wir müssen auch sagen: Mehrausgaben sind nicht immer mit mehr Qualität und mit Effizienz der Mittelverwendung gleichzusetzen. Oft fehlt bei Ihnen eine durchdachte Strategie. Ich möchte als Beispiel nur die Digitalisierung der Schulen nennen. Digitalkompetenzen sind wichtig, sogar entscheidend auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft. Die Digitalisierung eröffnet Chancen für neue, interaktive Lernmethoden, für digitale Schulbücher usw. Was haben wir da alles für Möglichkeiten! Die 50.000 digitalen Klassenzimmer sind ein richtiger Schritt; eigentlich brauchen wir noch mehr.

Aber die Frage ist: Wie sieht hier die Realität aus? Den Digitalpakt Schule des Bundes hat die Landesregierung erst ausgebremst, und jetzt steht der Minister auch noch bei den Kommunen auf der Bremse, weil in diesem Haushalt nicht genügend Mittel eingeplant worden sind. Der Freistaat schiebt die Verantwortung auf den Bund. Ich glaube, das ist zu wenig. Deswegen werden wir den SPD-Antrag an dieser Stelle unterstützen.

Um ein solches Chaos in Zukunft zu verhindern, sollten wir uns überlegen, wie wir eine fortlaufende Förderung bzw. eine fortlaufende Finanzierung organisieren können. Man sollte sich also nicht immer dann, wenn Bundesgelder fließen, aus der Verantwortung stehlen. Wir brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Kommunen vor Ort und die Sachaufwandsträger. Es reicht nicht, nur einmalig in neue Technik zu investieren, man muss sie auch einrichten, warten und nach einigen Jahren erneuern, Herr Kollege Hofmann. In dieser Hinsicht ist Staatsregierung mit ihrer Politik in diesem Haushalt auf halber Strecke stehengeblieben.

(Beifall bei der FDP)

Zudem nützen die besten Geräte nichts, wenn die nötige Infrastruktur fehlt. Ich war wirklich überrascht über die Aussagen, die ich kürzlich von Ihnen, Herr Piazzolo, vernommen habe. Wir sollen also noch bis 2023 warten, bis alle Schulen in Bayern WLAN haben. Dann ist vielleicht schon der Berliner Flughafen fertig – vielleicht. Aber wir sollten deutlich schneller sein. Diese stückwerkhafte Politik, die dem Trend der Zeit hinterherhinkt, mag vielleicht im Moment noch gutgehen, aber langfristig werden wir so den Anschluss bei der Digitalisierung verlieren.

Ich möchte besonders die IT-Systembetreuung hervorheben. Der große Wurf blieb da bisher aus, obwohl er im Koalitionsvertrag angekündigt war. Es ist höchste Zeit, dieses veraltete Schulfinanzierungsgesetz zu reformieren und an das heutige Zeitalter anzupassen. Die immer größer werdende Aufgabe der Systembetreuung kann so nicht mehr flächendeckend sichergestellt werden. Die Kollegen von den GRÜNEN nicken zustimmend. Sie haben in diese Richtung Anträge vorgelegt, die auch wir unterstützt haben. Bei der aktuell guten Finanzlage der Kommunen mag das vielleicht im Moment noch gutgehen, aber langfristig werden wir finanzschwache Kommunen bei der Bildungsgerechtigkeit abhängen.

In den letzten Monaten ist es in der Bildungspolitik leise geworden. Man hörte eher von Klein-klein-Themen. Das betraf auch die Diskussion über die letzte Gesetzesänderung. Wo ist die große, ganzheitliche Vision, die wir in der Bildungspolitik haben sollten? Wie wollen wir die Bildung in Bayern in Zukunft gestalten? Wie wollen wir unsere Kinder auf die Herausforderungen des Lebens vorbereiten? Was ist das Konzept, mit dem wir die Schulen für die Berufe, die in der Zukunft an Bedeutung gewinnen werden, vorbereiten? – Mir fehlt ein überzeugender Vorschlag der Staatsregierung.

Was wird stattdessen vorangetrieben? – Ich habe kürzlich gelesen, dass der Ministerpräsident den Herzenswunsch der Landfrauen erfüllen will: Es wird ein neues Schulfach zur Alltagskompetenz geplant. Gut, aber was ist denn mit den wirklich wichtigen Prioritäten? Ist das alles? Gehört zu den Prioritäten nicht vielleicht auch die politische Bildung? Das wurde bereits angesprochen. Gehört dazu vielleicht auch, die MINT-Fä-

cher zu stärken? Wo ist eigentlich das Gesamtkonzept in der Bildungspolitik? Wie soll die praktische Umsetzung eines solchen Schulfachs aussehen? Welche Fächer sollen stattdessen entfallen? Wie viele Stunden sollen entfallen, oder gibt es am Ende eine Mehrbelastung für die Schüler? – Ich vermisse da Konzepte. Welche Lehrer sollen das Fach unterrichten, wie sollen diese ausgebildet werden? Wäre es vielleicht nicht sinnvoller, diese Inhalte bei den anderen Fächern zu belassen und sie fächerübergreifend zu vermitteln? – Ich finde, dass diese Politik bislang irgendwie relativ undurchdacht wirkt. Daher wünsche ich mir eine klare Strategie für Bayerns Bildung im 21. Jahrhundert; denn sonst drohen wir den Anschluss zu verlieren.

An manchen Stellen wäre ich allerdings auch schon mit etwas weniger Großem zufrieden, wenn man einfach einmal das umsetzen würde, was man versprochen hat. Der erste Haushaltsentwurf war für mich leider ein Dokument der unerfüllten Versprechen. Ein gutes Beispiel ist die Schulgeldfreiheit. Wir sind gerade noch einmal an einem Fiasco vorbeigeschlittert. Trotz der Erhöhung, die jetzt noch kam, ist für die einzelnen Berufsfachschulen immer noch nicht sichergestellt, ob sie nicht doch den Anreiz bekommen, an der Qualität zu sparen, weil sie auf das Schulgeld verzichten müssen bzw. versuchen, auf das Schulgeld zu verzichten. Ich glaube, das ist nicht richtig.

Es ist auch eine bange Frage, wie es eigentlich nach diesem Doppelhaushalt weitergeht. Kommen die Mittel für die Ersetzung der Schulgeldfreiheit wirklich vom Bund? Oder müssen wir damit rechnen, dass für jemanden, der heute mit der Ausbildung anfängt, im dritten Ausbildungsjahr wieder Schulgelder erhoben werden? – Ich würde mir wünschen, dass sich die Staatsregierung klar dazu bekennt, dass es auch über diesen Doppelhaushalt hinaus mit der Schulgeldfreiheit weitergehen wird, auch wenn vom Bund beim Gesundheitsbonus kein Geld fließen sollte.

In Bayern gibt es trotz dieser beschlossenen finanziellen Verbesserung immer noch Schulen, die weiter Schulgeld erheben. In Regensburg gibt es einen Fall. Darüber können wir gerne reden. Diese ewigen Hängepartien mögen im Moment noch gutge-

hen, aber bei der Fachkräftegewinnung verlieren wir langfristig den Anschluss, wenn wir so weitermachen.

Wenn wir schon bei Hängepartien sind: Bei der Erwachsenenbildung war es genauso. Auch dazu gab es einen Landtagsbeschluss. Wenn man doch einfach einmal die Ankündigung umsetzen würde! Das war im Haushalt nicht vorgesehen. Jetzt muss man nachbessern. Was ist das für ein Signal für die Glaubwürdigkeit der Politik? – Ich glaube, da können wir Besseres liefern.

Zum Schluss möchte ich einen Punkt aufgreifen, der mir gerade als jungem Abgeordneten wichtig ist, nämlich die Generationengerechtigkeit. Wenn wir den deutlichen Anstieg der Ruhegehälter in diesem Haushalt sehen, dann sehen wir Vorboten einer Entwicklung, die sich in den nächsten Jahren zuspitzen wird. Der bestehende Pensionsfonds in Bayern reicht bei Weitem nicht aus, um für die bevorstehenden Lasten vorzusorgen. Wir sollten deshalb gerade mit Blick auf den demografischen Wandel und die Altersstruktur noch einmal über dieses Thema nachdenken. Wir brauchen eine richtige Balance zwischen direkten Investitionen in das Bildungswesen und Vorsorgeleistungen.

Ich möchte keine kurzfristige Finanzpolitik, sondern eine Finanzpolitik, bei der wir bei der Generationengerechtigkeit nicht auch noch den Anschluss verlieren. Daher brauchen wir Mut zu größeren Sprüngen im Bildungswesen. Die nächste Generation ist diejenige, die mit den Folgen der heutigen Politik konfrontiert sein wird. Lassen Sie uns deshalb mutiger vorgehen. Wir als Freie Demokraten werden diesem Einzelplan nicht zustimmen können, sondern uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Fischbach, es gibt eine Zwischenintervention von Herrn Kollegen Michael Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Fischbach, zunächst einmal würde ich sagen, dass unser Bildungssystem ganz gut funktioniert hat; Sie sind genauso wie ich ein Produkt der bayerischen Bildungspolitik. Von daher herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich würde ganz gern auf die Schwerpunktsetzung der FDP eingehen. Sie haben gesagt, der Bildungshaushalt sei für Sie ein Schwerpunkt. Damit haben Sie begründet, dass Sie 41 Millionen Euro mehr aufwenden wollen. Ich habe das einmal umgerechnet auf die 27 Milliarden Euro, die der Doppelhaushalt ausmacht. Es ist eine Steigerung von 0,15 %, die Ihr Schwerpunkt ausmacht. Wenn ich dann noch berücksichtige, dass der Großteil Ihrer Anträge allein die Schulgeldfreiheit betraf, die wir in einem gemeinsamen Antrag mit den FREIEN WÄHLERN auch noch abgeräumt haben, dann bleibt von der Schwerpunktsetzung im Bildungshaushalt der FDP nicht mehr allzu viel übrig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Eben haben Sie noch mit blumigen Worten Ihren Haushalt gelobt. Jetzt sagen Sie, dass man bei 41 Millionen Euro mehr nicht von einer Schwerpunktsetzung sprechen könne. Das verstehe ich nicht mehr

(Michael Hofmann (CSU): 0,15 % sind keine Schwerpunktsetzung!)

Wir setzen einen Schwerpunkt, und wir werden weiter dranbleiben. Ich glaube, es ist nicht genug, wie Sie zu sagen, dass wir schon ein gutes Bildungssystem haben und wir uns darauf ausruhen können. Nein, im Gegenteil, wir sollten viel ambitionierter vorgehen und schauen, welche Chancen und Möglichkeiten wir haben, um dieses System besser zu machen. Das sollte unser Anspruch sein. Vergleichen wir uns nicht mit Bremen, vergleichen wir uns mit den Besten in der Welt. Da haben wir noch einiges zu tun, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Waschler von der CSU das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass wir am Ende der Debatte über den Einzelplan 05 sehen, wie groß der Mut der Kolleginnen und Kollegen der Opposition ist, nämlich wenn sie dem Einzelplan 05 zustimmen.

(Harald Güller (SPD): Das wäre nicht Mut, das wäre Wahnsinn!)

– Niemand wird im Regen stehengelassen, Herr Kollege Güller. Warten Sie doch erst einmal die Argumentation ab und entscheiden Sie dann!

Frau Kollegin Triebel, Sie haben die Erwachsenenbildung erwähnt. Ich stelle nur fest: Die Entschließung wird in vollem Umfang erfüllt. Also können Sie locker zustimmen.

Herr Kollege Bayerbach, Sie waren der Meinung, die Haushaltssteigerung sei nicht allzu groß gewesen. Ich weiß nicht, wo Sie während der Beratungen gewesen sind. Sie kritisieren die Unterrichtsversorgung, die angeblich leide; die Zahlen, die ich Ihnen gleich nenne werde, sprechen dagegen.

Frau Kollegin Wild, Ihre Argumentation ist erstaunlich. Sie haben Zweifel an der Förderung der Schüler geäußert und dann ein Lob auf die Lehrer ausgesprochen. Dem Lob kann ich mich zu 100 % anschließen. Zweifel an der Förderung der Schüler habe ich nach den Qualitätsmerkmalen, die ich gleich vorstelle, nicht. Herr Kollege Fischbach, wenn Sie die Effizienz infrage stellen, möchte ich Ihnen kurz einige Beispiele bringen, bei denen Sie nachprüfen können, dass genau die Effizienz ein Kernpunkt der bayerischen Bildungspolitik bei der Nutzung der Haushaltsmittel ist, die bereitgestellt wurden.

Bayern nimmt – wie Kollege Hofmann ausgezeichnet dargestellt und Kollege Gotthardt bestätigt hat – eine Spitzenposition ein. Das ist ein Fundament, bei dem man sagen kann, der Einzelplan 05 im bayerischen Doppelhaushalt ist ein Bildungshaushalt und der Gesamthaushalt wird dadurch erheblich dominiert.

Nun kommen wir zu dem Punkt, wo wir sagen, man sollte über den Tellerrand hinausschauen. Über Euro und Cent hinweg sollte man nachfragen, wie es ist, wenn ein Bildungsmonitor erstellt wird, bei dem man dann den Vergleich mit anderen Ländern sucht. Dazu schaue ich zu Ihnen, Herr Kollege Fischbach. Die INSM hat im Jahre 2018 einen Bildungsmonitor erstellt, der bei der Aufgabenpriorisierung und bei der sogenannten Inputeffizienz Spitzenplätze für Bayern ausweist.

Wenn man nun die Leistungsstudien mit all dem ansieht, was von der Schulfamilie geleistet wurde, hinterlegt mit dem Einsatz entsprechender Haushaltsmittel, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu ermöglichen, dann ist Folgendes auszumachen: Der IQB-Ländervergleich des Jahres 2016 hat bei der Jahrgangsstufe 4 Platz 1 in Deutsch und Mathematik ergeben.

Ich nenne jetzt nur Beispiele: IQB-Ländervergleich 2015 in Jahrgangsstufe 9 Platz 1 in sprachlicher Kompetenz in Deutsch und Englisch und zudem hohe Kompetenzen in Mathematik und Naturwissenschaften. Und aktuell gibt es Erfolge der bayerischen Integrationsbemühungen mit Blick auf das, was Kollege Bayerbach bei den Vorkursen kritisiert hat, weil bayerische Schüler mit Migrationshintergrund in einigen Kompetenzbereichen bessere Ergebnisse als der Durchschnitt aller Schüler anderer Länder Deutschlands haben. Da kann ich nur sagen: Großartig, was an bayerischen Schulen geleistet wird!

(Beifall bei der CSU)

Besonders freut mich natürlich, wenn der beruflichen Bildung im Bildungsmonitor 2018 Platz 1 attestiert wird. Verglichen mit allen anderen Bundesländern bietet Bayern beste Lernbedingungen. Das gilt gleichermaßen für den ländlichen Raum wie auch für

die Ballungszentren. Quelle ist der "Deutsche Lernatlas 2011" der Bertelsmann Stiftung.

Und mit Blick zur FDP sage ich: 47 % der Mittelständler in Bayern bewerten die Bildungspolitik in ihrem Land als uneingeschränkt gut – Mittelstandsbarometer 2013.

Wem das nicht genügt, den bitte ich, einen Blick auf die Bildungsdaten zu werfen, bei denen es darum geht, die Zahl der Schüler ohne Abschluss zu senken. Jeder Schüler, der seinen Bildungsabschluss nicht schafft, ist einer zu viel. Wir haben bundesweit einen herausragenden Wert von 5,3 % im Jahre 2016 und im Jahre 2017 durch den Flüchtlingszustrom eine minimale Erhöhung auf 5,7 %. Das ist ein beachtlich niedriger Wert, aber einer, an dem wir beständig arbeiten – fast ein Widerspruch –, und zwar nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in Zukunft mit Ihrer Zustimmung zum Einzelplan 05 von heute.

Im Übrigen ist es mir ein riesiges Anliegen, dass wir in Bayern die niedrigste Jugendarbeitslosenquote überhaupt haben. Im März 2019 waren es 2,5 %. Ich bitte, sich einmal umzusehen. Viele Länder liegen hier im zweistelligen Bereich und manche, wenn ich über den Tellerrand, über Deutschland, hinausblicke, im Bereich von 20 % und mehr. Das ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass wir eine hohe Vermittlungsquote von bayerischen Absolventen haben. Das hat zur Folge, dass wir eine sehr positive Wahrnehmung bayerischer Bildungspolitik in der Öffentlichkeit sowohl innerhalb wie auch außerhalb Bayerns haben.

Die repräsentative dimap-Schulstudie aus dem Jahr 2016 hat Bayern bundesweit den besten Platz mit der besten Schulbildung attestiert. Wenn jemand meint, wie es vom Kollegen Bayerbach kam, dass die Unterrichtsversorgung leide, dann kann ich nur sagen, der weiß nicht, wovon er spricht.

Auf die digitale Bildung hat Kollege Hofmann schon ausführlich hingewiesen. Ich stelle fest: Wir haben unser Versprechen gehalten. Wir haben eine Milliarde für diese Mammutaufgabe zur Verfügung gestellt, und wir bleiben nicht bei der Infrastruktur stehen,

sondern wir bieten – einmalig in Deutschland – Fortbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer, damit sie mit den digitalen Geräten entsprechend umgehen können.

Wir führen ein Pflichtfach Informatik an allen weiterführenden Schularten ein, und wir unterstützen die Schulen durch die Entwicklung eines schulischen Medienkonzepts. Ich weise nur darauf hin: 89 Koordinatoren digitale Bildung, Weiterentwicklung von Mebis. Außerdem ist im Koalitionsvertrag noch die Möglichkeit eines zentralen landesweit verfügbaren Angebotes für Wartung und Pflege, möglicherweise finanzierbar aus dem Digitalpakt, verankert.

Diese ganze Palette, ob ich jetzt die Ganztagschule nenne, die individuelle Förderung, die Klassengrößen oder die Verminderung des Unterrichtsausfalls – zeigt: Überall da brauchen wir uns nicht zu verstecken.

Wenn wir nun die multiprofessionellen Teams, die Stärkung mit vielen Stellen, die Inklusion mit den entsprechenden Stellenausweisungen an den Landesuniversitäten betrachten, dann möchte ich mich ausdrücklich beim Kollegen Dünkel bedanken, der immer mit Nachdruck auch im Arbeitskreis der CSU gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN den Schulterschluss praktizierte: Wir werden hier nicht nachlassen. Wir werden diesen richtigen Weg weitergehen, und wir werden auch andere außerhalb des staatlichen Bildungswesens nicht vergessen.

Ich weise in der Kürze der Zeit nur noch schnell auf die deutlichen Verbesserungen bei den Privatschulen bei der Anpassung der Betriebskostenzuschüsse und bei der Verkürzung des Prüfungsturnusses von vier auf drei Jahre für alle Schularten hin, um auch Veränderungen schneller abbilden zu können. Das alles sind Wünsche aus dem privaten Schulbereich, die an uns gerichtet wurden und die wir nun umsetzen wollen. Im Übrigen haben wir eine Anhebung des Versorgungszuschusses erreicht, wofür erhebliche Haushaltsmittel bereitgestellt wurden.

Zwei Dinge zum Ende. Die Erwachsenenbildung befindet sich auf der Zielgeraden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Habe ich da irgendeine Kritik gehört? Wir haben eine Entschlieung, die historisch war, im Juli 2018 hier im vormaligen Parlament gefasst. Sie wird vollständig umgesetzt.

(Zurufe und Beifall bei der CSU)

Was soll das denn, dass gesagt wird, ich würde das hier schlechtreden? Ich bin gespannt, ähnlich wie beim Thema multiprofessionelle Teams, wo von der SPD im Bildungsausschuss Kritik geübt wurde. Schauen wir doch einmal, ob Sie den Mut haben, hier der Erwachsenenbildung mit diesem massiven Aufwuchs zuzustimmen. Wir werden das genau registrieren.

Neben diesen großen Dingen gibt es auch noch kleinere Dinge. Ich nenne bei den Fraktionsinitiativen die Initiative "Sport nach eins" mit 200.000 Euro, die Unterstützung der bayerisch-israelischen Bildungskoooperation im Schulbereich mit 120.000 Euro sowie die Sanierung des internationalen Mahnmals in der KZ-Gedenkstätte Dachau mit 100.000 Euro und die Unterstützung für die Modernisierung der Bibliothek des Deutsch-Amerikanischen Instituts Nürnberg mit 20.000 Euro.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Waschler!

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Damit bin ich am Ende. – Auch bei diesen Kleinigkeiten werden wir alle diejenigen auf den Prüfstand stellen, die heute nicht dafür stimmen, diesen guten Weg gemeinsam zu gehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ich hoffe, dass Sie nicht am Ende sind, sondern nur am Ende Ihrer Redezeit. Aber wir sollten die Redezeit noch etwas verlängern, weil wir eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Fischbach haben.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Waschler, ich würde Ihren Vortrag zum Bildungsmonitor 2018, auch wenn er sich nur auf Deutschland bezieht, gerne der Vollständigkeit halber etwas ergänzen. Wir stehen leider beim Thema Hochschulen und MINT-Fächer nur auf Platz 9 im deutschlandweiten Vergleich, und beim Thema Integration haben wir Platz 10 inne. Bei der Zeiteffizienz sind wir auf Platz 12. Ganz bitter wird es bei der Förderinfrastruktur: Da stehen wir auf Platz 13. Ich muss das ein bisschen ausführen. Es ist die drittniedrigste Quote von Ganztagsschülern in den Grundschulen und die allerschlechteste Quote von Ganztagsschülern im Sekundarbereich 1. Das wollte ich nur ergänzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Danke sehr. – Herr Kollege Dr. Waschler, bitte sehr.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Fischbach, ich setze mich gern jederzeit mit Ihnen über die Details, auch über die Art der Erhebung und die Art der Rahmenbedingungen auseinander. Der Vollständigkeit halber weise ich Sie darauf hin, dass Sie von der Sekundarstufe 1 gesprochen haben. Wir haben aber kein Sekundarstufensystem in Bayern. Eine landesspezifische Struktur mit der anderen zu vergleichen, ist immer schwierig.

Ich bespreche gern mit Ihnen die Einzelheiten und gestehe Ihnen eines zu: Wir in Bayern verfügen über Qualität. Dort, wo wir noch nicht vorn sind, wollen wir beim nächsten Mal vorn sein. Das setzt allerdings die Zustimmung zum Haushalt voraus – aber die Chance haben Sie gleich.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Toman vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Piazzolo, im Bildungshaushalt steckt zwar viel Geld; aber es kommt

immer auch darauf an, wofür man es investiert. Ich muss ganz klar sagen: Ihr Haushaltsentwurf ist nicht zukunftsfest.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie rüsten unsere Schulen nicht für die Zukunft. Es wäre aber das Gebot der Stunde, das bayerische Schulsystem endlich ins 21. Jahrhundert zu holen und die Rahmenbedingungen für die Schulen so zu gestalten, dass sie den Herausforderungen gut begegnen können. Hier ist die Lehrkräfteversorgung der zentrale Punkt. Auf den Lehrer, die Lehrerin kann es erst dann ankommen, wenn er bzw. sie im Klassenzimmer steht. Wir GRÜNE bedanken uns an dieser Stelle bei den Lehrkräften, die unter den gegebenen Umständen eine hervorragende Arbeit leisten. Das nenne ich Effizienz.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Meine Kollegin Triebel hat es angemerkt: Selbst mit den 1.000 zusätzlichen Stellen – Herr Minister, wie werden diese denn eigentlich auf die verschiedenen Schularten verteilt? – sind die Schulen nicht gut genug aufgestellt. Die Personaldecke ist auf Kante genäht. Die Lehrkräfteversorgung deckt nicht den tatsächlichen Bedarf ab, damit die Lehrkräfte die Herausforderungen angehen können. Besonders dramatisch ist die Situation an den Grund-, Mittel-, Förder- und beruflichen Schulen, auch, weil im Grund- und Mittelschulbereich die Lehrerinnen und Lehrer deutlich schlechter bezahlt werden. Die Lehrkräfte arbeiten am Limit. Sie leisten einen unglaublichen Beitrag zur Integration und Inklusion. Und doch riskieren Sie mit Ihrer Mangelverwaltung die Bildungsqualität und die Gesundheit unserer Lehrkräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie stopfen das Loch im Grund- und Mittelschulbereich mit Zweitqualifikanten, die in ihrer eigenen Schulart keinen Job bekommen haben.

(Alfred Sauter (CSU): Sind die minderwertig?)

Soll ich Ihnen etwas verraten? – Das wird auf Dauer nicht funktionieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist erschreckend, wie das Bildungssystem hier dargestellt wird! Ich war selber Lehrerin! Keine Ahnung!)

Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass auch in den anderen Schularten mit Lehrkräftemangel zu rechnen ist. Die Zahl der Studienanfänger geht zurück. Also, was tun wir?

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Welche Schulart?)

– Für Realschulen sind die Zahlen rückläufig, wunderbar.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hat keine Ahnung!)

Sie müssen die Schulen jetzt mit genügend Personal ausstatten und für einen Aufwuchs sorgen. Unser Ziel ist eine Unterrichtsversorgung plus, um einen schrittweisen Aufwuchs zu erreichen. Dafür haben wir 200 zusätzliche Stellen gefordert. Das wurde, wohlgemerkt, abgelehnt.

Herr Minister, wissen Sie, was ich außerdem sehr bemerkenswert finde? – Wenn ich mir die vergangenen Haushalte und den aktuellen Entwurf von Ihnen anschau, bemerke ich keinen Unterschied zwischen der Bildungspolitik der CSU-Alleinregierung und einer Bildungspolitik, an der die FREIEN WÄHLER irgendwie beteiligt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausführungen vom Kollegen Hofmann haben das Ganze noch mal deutlich unterstrichen. Also machen wir weiter so wie bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Radler von den FREIEN WÄHLERN.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, im Anschluss an die Ausführungen unserer Kollegin Toman kann unser neuer Kultusminister darstellen, was sich bei der Ausbildung inzwischen gegenüber den früheren Zeiten geändert hat. Dafür ist er sicherlich der geeignete Mann.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Können Sie das nicht?)

Ich möchte jetzt in meiner Funktion als kulturpolitische Sprecherin der FREIE-WÄHLER-Fraktion etwas zu einem Thema sagen, dass mir ganz besonders am Herzen liegt und das im Einzelplan 05 aufgegriffen ist. Wer den Haushaltsplan studiert hat, wird erkennen, dass es sich hierbei um die Nachfinanzierung der jüdischen Synagoge in Regensburg handelt – mit einem erklecklichen Betrag von einer Million Euro. Bayern leistet hiermit seinen Beitrag entsprechend seiner historischen und zeitgenössischen Verantwortung. Ich möchte, auch wenn die Stunde schon vorgerückt ist, das kurz skizzieren; so viel Zeit muss sein.

In Regensburg befindet sich die älteste jüdische Gemeinde Bayerns. Im Früh- und Hochmittelalter stellte die jüdische Gemeinde Regensburg sogar eines der bedeutendsten Zentren in Deutschland dar; denn sie war das Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit und deswegen weit über die Stadt hinaus in ganz Europa bekannt. Bereits im Jahr 1000 war die jüdische Gemeinde fester Teil Regensburgs. Bei einigen versuchten mittelalterlichen Pogromen schützten Stadt und Rat ihre jüdischen Bewohner innerhalb der Stadtmauern vor Vertreibung und Mord. 1519 allerdings fielen die Regensburger Juden nach dem Tod ihres Schutzherrn Kaiser Maximilian I. der Vertreibung zum Opfer. Das war das Ende der ältesten und bedeutendsten Judengemeinde. Erst 150 Jahre danach wurde jüdisches Leben in Regensburg vorsichtig und erfolgreich wiederbelebt.

In der Reichspogromnacht 1938 wurde die 1912 neu erbaute Synagoge zerstört. Am nächsten Tag wurden Juden gezwungen, mit einem Schild mit der Aufschrift "Auszug

der Regensburger Juden" im sogenannten Schandmarsch durch die Stadt zu ziehen. Die Deportationen ab 1942 trafen auch die Regensburger Juden. Nach den unmenschlichen und dunklen Jahren des Dritten Reichs wurde Regensburg ab 1946 wieder zu einem bedeutenden Zentrum jüdischen Lebens. Seit der Wiedergründung der Gemeinde im Jahr 1950 ist sie ein wichtiger, wachsender, sehr lebendiger und integrativer Teil der Regensburger Stadtgesellschaft.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im osteuropäischen Raum wuchs die Gemeinde durch Zuzug sogar auf mehr als tausend Mitglieder an. Gerade dadurch hat die jüdische Gemeinde eine große Integrationsleistung der neu Zugezogenen in der Stadt erbracht.

Nach dieser langen, leidvollen und wechselhaften Geschichte war die Einweihung der neuen Synagoge Ende Februar 2019 im Herzen der Stadt ein großes Freudenfest. Diejenigen von uns, die dabei waren, können das bezeugen. Der Neubau der Synagoge ist vordergründig ein Gebäude aus Stein; aber letztlich bilden Menschen die Gemeinde. Diese brauchen eine geistliche und örtliche Heimat. Darum geht es. Das wollen wir unterstützen. Diese geschichtliche Einordnung hilft, zu verstehen, warum wir auch heute noch in der historischen und menschlichen Verantwortung stehen, die jüdische Gemeinde bei der Finanzierung der neuen Synagoge ideell, aber auch finanziell zu unterstützen. Wir sehen diese Unterstützung auch in größerem Kontext. Wir möchten ein deutliches Zeichen gegen wieder aufkeimenden Antisemitismus und gesellschaftliche Spaltung setzen. Wir stellen uns entschieden an die Seite der Jüdinnen und Juden in Bayern und Deutschland und erklären nachdrücklich unsere Solidarität und Freundschaft. Dies zeigt sich nicht nur im Haushalt, sondern in einer Vielzahl an Maßnahmen und staatlichen Anstrengungen, die sich gegen Antisemitismus wenden und jüdische Kultur fördern. Für uns FREIE WÄHLER haben diese Maßnahmen herausgehobene Bedeutung. Vor allem die historisch-politische Bildung in Bayern steht in der Verantwortung, die Kultur und Geschichte des Judentums als integralen Be-

standteil der europäischen und deutschen Identität zu zeigen und damit Antisemitismus, Vorurteilen und Hetze vorzubeugen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Begegnungen mit dem jüdischen Glauben, in dessen Rahmen Schülerinnen und Schüler unter anderem Spuren und Zeugnisse jüdischen Lebens in ihrer Lebenswelt entdecken, gehören zu diesen Bemühungen. Wir müssen jeden Einzelnen in die Lage versetzen, judenfeindliches Gedankengut und Stereotype zu erkennen und aufzulösen. In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Besuch einer Synagoge oder einer jüdischen Gemeinde als besonders wertvoll an. Wir hoffen auf Wissensdurst, Interesse, Religionsfreiheit, Achtung und gegenseitiges Verstehen. All dies leistet einen wesentlichen Beitrag und setzt ein deutliches Zeichen angesichts der bestehenden Verpflichtung der staatlichen Seite, aber auch der gesellschaftlichen Akteure sowie jedes Einzelnen von uns, jeden Tag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Radler, es gibt eine Zwischenbemerkung von der Kollegin Triebel.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Jawohl.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin Radler, Ihr Engagement in diesem Bereich ist sehr ehrenwert und vorbildlich. Ich frage mich dann aber – nicht im Gegenzug, sondern im weiteren Sinn –, wieso Sie einen Antrag zum Ausbau des Opferortes – und zwar eines Ortes, der von nationaler Bedeutung ist; das Lager VII in Kaufering ist das größte Außenlager von Dachau – abgelehnt haben. Wieso haben Sie diesem Antrag nicht zugestimmt?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Radler.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Da kann ich Ihnen leider aktuell keine Auskunft geben. Das müsste ich recherchieren, denn das weiß ich nicht. Aber vielleicht kann Ihnen der Kultusminister Piazzolo etwas dazu sagen.

(Allgemeine Heiterkeit – Zurufe – Alexander König (CSU): Das ist eine ehrliche Antwort!)

Präsidentin Ilse Aigner: Das ist doch in Ordnung.

(Zurufe)

– Das muss auch möglich sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Nächste hat die Kollegin Dr. Anne Cyron von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorredner haben mich in eine schwierige Situation gebracht, denn es wurde eigentlich schon alles gesagt, was auch ich überwiegend sagen wollte.

(Klatschen bei den GRÜNEN – Unruhe – Zuruf: Machen Sie es wie die Frau Radler!)

Explizit möchte ich mich dem Dank an die Schulen und an die Lehrkräfte, die dort hervorragende Arbeit leisten, anschließen.

Als Legislative kommt uns eine wichtige Aufgabe zu; wir entscheiden über den sinnvollen Einsatz von Steuermitteln. Unser Bildungshaushalt ist von vielen Fördermaßnahmen geprägt. Die AfD hat hierzu auch einige Anträge eingebracht, und zwar auf die Reduzierung bestimmter Mittel. Es geht hier explizit um die Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie um den Modellversuch "Islamischer Unterricht". Zu diesen beiden Punkten möchte ich kurz Stellung nehmen.

Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten haben insoweit ihre Berechtigung, als es sich um Mittel handelt, die für Migranten eingesetzt werden, die ein Bleiberecht bekommen. Hier sind alle Mittel gerechtfertigt, die zum Einsatz kommen, denn wir müssen die Menschen für unsere Arbeitswelt fit machen. Wer hier hingegen kein Bleiberecht hat, sollte jedoch bitte die Heimreise antreten, und wir sollten auf den Einsatz finanzieller Mittel in diesem Punkt verzichten.

Dann komme ich zu dem Modellversuch "Islamischer Unterricht". Ich denke, wir sollten der Frömmigkeit einen nicht allzu breiten Raum im öffentlichen Leben und an den Schulen einräumen. Frömmigkeit ist eine Sache, die ins Privatleben der Menschen gehört. Schule soll sich dem widmen, was die jungen Menschen, unsere Kinder, fit für die Zukunft macht.

Wir stehen kurz vor der Europawahl. Wir befinden uns im Europawahlkampf, und wir stellen uns ständig die Frage: Was macht unser Europa aus? – Unser Europa machen die Antike, das Christentum und die Aufklärung aus und nicht die offenen Grenzen und auch nicht die Islamisierung Europas.

(Beifall bei der AfD)

Die Antike, das Christentum und die Aufklärung haben unsere Werte und unsere Gesetze geprägt, und sie schaffen die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in unseren westlichen Demokratien. Beenden wir also diese falsche Toleranz gegenüber den muslimischen Religionsgemeinschaften an den Schulen und vermitteln wir unseren Kindern einen aufgeklärten Weltanschauungsunterricht.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Harald Güller von der SPD.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Ich freue mich sehr, dass Sie von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN so glücklich

und so stolz sind, dass dieses Jahr mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Noch glücklicher wären wir aber gewesen, wenn Sie diese Zeichen der Zeit in der letzten Legislaturperiode, in den letzten Jahren erkannt hätten. Wir hätten dann nämlich heute nicht die Situation, dass wir viel zu wenige Lehrerinnen und Lehrer,

(Zuruf von der CSU)

zu große Klassen und in manchen Regionen in Bayern einen Bildungsnotstand haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten auch nicht die Situation, dass praktisch am ersten Tag der Schule Ihre sogenannte Mobile Reserve bereits auf null geschrumpft ist.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Es wäre also noch viel, viel schöner gewesen, wenn Sie früher eingestellt hätten. Wenn Sie noch früher eingestellt hätten, dann hätten wir uns das nämlich gespart.

Ich erkenne aber durchaus an, Herr Minister: Sie sind erst jetzt Kultusminister geworden. Deswegen ein kleiner Tipp: Sollten Sie im Ministerium überhaupt eine Abteilung für Planung und Demografie vorgefunden haben – die können es nicht. Sollten Sie keine vorgefunden haben – worauf ich eigentlich sehr tippe, denn ich hoffe nicht, dass jemand es überhaupt nicht hinbekommt, bei über 100.000 Lehrerinnen und Lehrern, demografisch ungefähr auszurechnen, wie viele im Durchschnitt krank sind, wie viele Frauen im Durchschnitt schwanger werden und Elternzeit nehmen, wie viele Männer Elternzeit nehmen und wie viele Schülerinnen und Schüler es gibt –: Bitte bilden Sie eine solche Abteilung endlich in Ihrem Ministerium, dann passiert Ihnen das, was Sie heute zu verantworten und was Sie mitgenommen haben aus der letzten Legislaturperiode, so nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders stolz wären wir auf den Haushalt, wenn Sie nicht bei der digitalen Bildung einen Vollstopp eingelegt hätten. Herr Hofmann, es klingt alles nett und schön, was Sie gesagt haben: Wir geben 212 Millionen Euro hinein. – Die Wahrheit ist doch: Sie finanzieren nur das ab, was Sie letztes Jahr im Haushalt bereits als Verpflichtungsermächtigung etatisiert hatten und jetzt auszahlen müssen. Ansonsten legen Sie einen Vollstopp ein, zeigen auf den Bund und sagen: Hey, das ist aber toll, Berlin gibt Geld. Wir geben es aus. Der Herr Ministerpräsident tut so, als wäre es sein Geld, aber wir geben nichts Zusätzliches aus.

(Zuruf von der CSU)

Da brauchen Sie überhaupt nicht den Kopf zu schütteln, Herr Hofmann. Lesen Sie schlicht und einfach die Presseerklärung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags Dr. Gribl, Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, stellvertretender Parteivorsitzender der CSU und damit CSU-Mitglied, der Ihnen genau dieses vorwirft, dass Sie einen Vollstopp bei der digitalen Ausstattung unserer Schulen eingelegt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Genau dieses sagt der Herr Kollege!

Kolleginnen und Kollegen, deshalb hat die SPD Ihnen heute mit ihrem Antrag die Chance gegeben, in einer Verpflichtungsermächtigung – das ist das gleiche System, das Sie letztes Jahr angewandt haben – zumindest das meiste noch zu verhindern, den Schulen Planungssicherheit zu geben, die Kommunen finanziell zu entlasten und die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler nicht im Regen stehen zu lassen. Jetzt schauen wir einmal, Herr Kollege Waschler, wer in diesem Haus Mut hat. Stimmen Sie diesem Antrag zu, dann können wir über andere flotte Sprüche von Ihnen weiterreden.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist falsch, was Sie sagen!)

Ansonsten lehnt die SPD diesen Haushalt ab – und zwar aus vollem Herzen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich dem Dank an alle Beteiligten an die Schulfamilien in Bayern anschließen, und zwar nicht, weil sich die SPD, die CSU oder irgendjemand anders bedankt, sondern weil wir selber finden, dass dort jeden Tag eine hervorragende Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen von den GRÜNEN haben bereits einige wichtige Punkte aus dem Einzelplan 05 angesprochen. Ich möchte mich auf die berufliche Bildung und Digitalisierung an den Schulen konzentrieren.

Noch immer haben wir in Bayern keine vollständige Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern an den beruflichen Schulen. Das heißt, sogar ohne Ausfälle durch Krankheiten oder Mutterschutz können die Schulen und die Schulleitungen nicht alle notwendigen Stellen zu hundert Prozent besetzen, und das wird auch mit diesem Haushaltsentwurf so bleiben. Die Konsequenz ist, dass den Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft noch vor Schuljahresbeginn Fächer vom Stundenplan gestrichen werden.

Peinlich war das Herumeiern – anders kann man es nicht nennen – bei der im Wahlkampf vollmundig versprochenen Schulgeldfreiheit für die Heilmittelerbringerberufe und beim Geld für die Erwachsenenbildung. Dass die Regierung diese beiden Versprechen nur aufgrund des enormen Drucks von außen und auch von uns GRÜNEN eingehalten hat, ist ein Armutszeugnis.

Wenn wir schon beim Herumeiern sind: Bei der Digitalisierung an den Schulen hat sich in Bayern in den letzten sechs Monaten überhaupt nichts getan. Herr Kollege Hofmann, Sie haben die sogenannte Bildungsmilliarde oder Digitalmilliarde angesprochen. Der Kultusminister hat sogar eine eigene Pressekonferenz dazu abgehalten. Von dieser Milliarde, die nicht einmal ganz eine Milliarde ist, kommen 778 Millionen Euro aus dem Digitalpakt des Bundes. Dazu hat Bayern überhaupt nichts beigetragen. Die anderen 212 Millionen Euro aus dem Digitalbudget wurden, wie es der Kollege Güller von der SPD gesagt hat, schon letztes Jahr versprochen. Bei der Digitalisierung hat sich im ersten halben Jahr der neuen Koalition überhaupt nichts nach vorne entwickelt.

Ein weiteres vollmundiges Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ist die Unterstützung der Schulen beim IT-Support im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und die Einrichtung eines bayernweiten Portals zur Wartung und Pflege der IT. Der Kollege Fischbach hat es schon angesprochen. Bisher ist außer ergebnislosen Gesprächen auf Arbeitsebene überhaupt nichts passiert. Dabei ist gerade die Wartung und Pflege der IT eines der drängendsten Probleme an den Schulen vor Ort. Deshalb haben wir in unseren Haushaltsanträgen die erforderlichen Mittel gefordert, die im Übrigen auch gedeckt sind.

Daneben erwarten wir eine zügige Überarbeitung der Lehrpläne und eine umfassende Fortbildungsoffensive, um unsere Lehrkräfte für diese wichtige Aufgabe zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen unseren Nachwuchs nicht länger mit den Methoden von gestern auf das Leben von morgen vorbereiten.

Zum Abschluss: Diese Haushaltsdebatte ist nach einem halben Jahr die Möglichkeit einer ersten Bewertung der Verhandlungen des Kultusministers im Kabinett. Mir kommt es ein bisschen so vor wie das erste Zwischenzeugnis in der fünften Klasse, also unmittelbar nach dem Übertritt. Wir merken, dass sich der Kultusminister bemüht

und dass er ansprechbar ist. Das finden wir gut. Am Ende haben wir aber doch unsere Zweifel, ob er es packt und seinen Aufgaben gerecht wird. Diesen Zweifel habe ich insbesondere auch, wenn es im Kabinett um den zukünftigen Kampf mit der CSU um die Haushaltsmittel geht. Das Zwischenfazit für heute: Vorrücken gefährdet!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Abschluss der Debatte erteile ich dem Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute Abend zur Primetime über Bildung, und dabei reden wir über mehr als eine Milliarde, die wir in den nächsten zwei Jahren zusätzlich investieren wollen. Eineinhalb Milliarden Euro wollen wir in den nächsten zwei Jahren zusätzlich investieren. Bayern war und ist das Bildungsland in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist auch richtig, dass wir das tun. Ich wiederhole gerne den Satz, den wir alle kennen: Jeden Euro, den wir in die Bildung stecken, sparen wir uns mehrfach in der Sozialpolitik. Deshalb ist es so wertvoll und wichtig, das Geld in der Bildung anzulegen. Heute ist schon erwähnt worden, dass ein Drittel des Haushalts in die Bildung fließt, also in den Einzelplan 05 und den Einzelplan 15 des Kollegen Sibler. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen. Der Kollege Weidenbusch hat heute zu Recht gesagt, dass jeder Mensch in Bayern pro Jahr 1.000 Euro für die Schule ausgibt, also für den Bereich, über den wir gerade sprechen.

27 Milliarden in zwei Jahren sind eineinhalb Milliarden mehr. Das ist richtig so, denn die Schülerinnen und Schüler sind unser Schatz, und wir müssen uns um sie bemühen. Wir tun das, und wir tun es gut.

Ich lasse noch einmal die Begriffe Revue passieren, die gerade gefallen sind. Frau Triebel sprach von Mangelverwaltung und Frau Toman von einem dramatischen Lehrermangel. Frau Kollegin, wir haben in Bayern übrigens ein besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis als in Baden-Württemberg. Ein dramatischer Lehrermangel in Baden-Württemberg ist das, was Sie hier sagen, denn Baden-Württemberg ist schlechter als wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Zahlen stehen dafür. Ich würde einen solchen Begriff nicht in den Mund nehmen. Sie müssen sich überlegen, dass es sich hier um den Bereich Schule handelt. Vielleicht hört einmal der eine oder andere an einer Schule oder vielleicht hören auch Lehrer zu, und dann kommen solche Worte. Herr Fischbach sprach von Chaos. Ist das, was wir machen, wirklich ein Chaos? – Er sprach von einer Hängepartie bei der Digitalisierung. Ich sage Ihnen: Eine Hängepartie war das, was Sie in Berlin gemacht haben; da haben Sie, die FDP, drei Monate gebraucht, um zu merken, dass Sie nicht regieren wollen, dass Sie gar keine Vision haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Uns werfen Sie nach nun fünfeinhalb oder bald sechs Monaten vor, wir hätten bei der Digitalisierung eine Hängepartie. Mit diesen 212,5 Millionen, die schon seit letztem Jahr eingestellt sind – das war noch vor meiner Zeit –, sind wir in Vorleistung gegangen. Das hat kein anderes Bundesland in dieser Republik gemacht. Sie sagen aber, wir würden bei der Digitalisierung nichts tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Sandt?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Am Schluss! – Auch Nordrhein-Westfalen hat das nicht gemacht. Dort gibt es eine Schulministerin von der FDP. Sagen Sie auch, dass Ihre Kollegin in Nordrhein-Westfalen Chaos ver-

anstaltet? Sagen Sie ihr das? Deshalb wollen wir doch diese Worte in Ruhe abwägen. Ich nehme gerne Kritik entgegen. Die Frage ist aber doch immer: Muss es sein, von dramatisch, von Mangelverwaltung oder von Chaos zu reden? Ist es das, was Sie an Bayerns Schulen wahrnehmen? – Nein! Wir sind gut aufgestellt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir sind sehr gut aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Kollege Waschler hat Ihnen vorhin die Vergleichszahlen vorgestellt. Wir können über einzelne Themen sehr gerne reden. Wir können sehr gerne auch darüber sprechen, wo etwas nicht gut läuft. Herr Güller, wenn Sie sagen, die Zustimmung zum Haushalt wäre Wahnsinn, würde es hier heute mehrere Wahnsinnige geben. Das sage ich jedenfalls für alle die, die sich nicht so bezeichnen. Ich bin froh darum, dass es so viele gibt, die diese Politik unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage noch eines: Dass es jetzt gut klappt, ist nicht allein das Verdienst der Bayerischen Staatsregierung in den letzten Jahrzehnten und auch jetzt in den letzten Monaten, sondern es ist Verdienst der gesamten Schulfamilie. Mit den Worten, die Sie hier aussprechen, schließen Sie die gesamte Schulfamilie mit ein. Sie steht genauso in der Verantwortung wie wir auch. Deshalb bedanke ich mich bei der Schulfamilie, wie es auch viele andere getan haben, sehr herzlich, vor allem bei den Lehrerinnen und Lehrern, die jeden Tag ihre Frau oder ihren Mann stehen, aber auch bei den Eltern, die unterstützend wirken, und bei den Schülerinnen und Schülern. Wir haben in Bayern ein gutes Schulsystem. Wir sind eine Bildungscoalition, und wir haben insgesamt eine Schulfamilie. Ich würde Sie auch mit hineinnehmen in diese Schulfamilie. Sie sollten sich überlegen, ob Sie da konstruktiv mitmachen wollen. Das habe ich schon häufiger erlebt. Bei dem einen oder anderen Wort, das hier gefallen ist, muss man sich aber schon fragen, ob es in der Gewichtung wirklich so ist, wie Sie es auch empfinden.

Zweitens kommt es auch auf die Lehrerinnen und Lehrer an. Damit es draußen alle wissen: Das ist in der Hattie-Studie nachgewiesen. Dieser Haushalt ist eine Stellenoffensive. Wenn die Koalition 5.000 neue Lehrerstellen in fünf Jahren schaffen will, ist es eine Stellenoffensive. 2.000 werden jetzt in den Haushalt hineingenommen. Dazu kommen auch noch – das ist jetzt schon geschildert worden – 200 Stellen für Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter.

Wir haben heute noch gar nicht darüber gesprochen, dass mehr als 50 % aller neuen Stellen im bayerischen Haushalt für die Bildung vorgesehen sind. Wir haben uns außerdem vorgenommen, die Befristungen zurückzufahren. Das haben Sie auch nicht erwähnt. Dafür sind im Haushalt 808 Stellen enthalten. Wir werden in den nächsten beiden Jahren diese Sondermaßnahme fortsetzen. Wir haben bereits damit begonnen. Das wird sich schon im nächsten Schuljahr auswirken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, wir sind bestrebt, keine einzige Schülerin und keinen einzigen Schüler zu vergessen. Individuelle Förderung wird bei uns großgeschrieben. Ich sage es noch einmal und ganz deutlich: Genau aus diesem Grunde stehen wir ohne Wenn und Aber zu einem differenzierten und durchlässigen Schulsystem. Da wird es kein Hin- und Herzucken geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieses Modell nimmt die Schülerin und den Schüler in den Blick und ermöglicht die beste individuelle Förderung. Wir wollen auf den Einzelnen eingehen. Ich habe bereits die 200 Stellen für das Programm "Schule öffnet sich" erwähnt. Wir schaffen Stellen für die Inklusion. Wir tun natürlich auch etwas für die Deutschklassen, weil uns die Sprache wichtig ist. In diese Klassen werden 10,5 Millionen Euro investiert. Wir schaffen 200 Stellen für die Förderschulen. Beim neunjährigen Gymnasium werden wir eine individuelle Lernzeit einführen. Dort werden die sogenannten Mentoren ausgestattet. Die Investitionen für den Ganzttag in Höhe von 628 Millionen Euro sind schon erwähnt

worden. Auch für die Privatschulen stellen wir viele Millionen Euro zur Verfügung. Dies alles geschieht im Rahmen eines umfassenden Konzeptes, das den Grundsatz verfolgt, jede Schülerin und jeden Schüler in den Blick zu nehmen. Jeder Einzelne wird nach seinen Fähigkeiten und seinen Möglichkeiten bestmöglich gefördert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Ziel der bayerischen Bildungspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Hinzu kommt, dass wir nicht nur an die Schulen denken, sondern auch an das lebenslange Lernen. Das lebenslange Lernen beginnt bereits in der Kita und im Kindergarten, wo wir uns schon der Kleinsten annehmen. Dazu wird vielleicht die Kollegin noch etwas sagen. Es wird fortgeführt mit dem Einschulungskorridor. Ich weiß immer noch nicht, ob Sie dafür oder dagegen sind. Wir sind dafür. Wir geben den Eltern mehr Freiheiten, um zu entscheiden. Die rund 100 Stellen, die dadurch gewonnen werden, dass die Lehrerinnen und Lehrer weniger Bürokratie zu bewältigen haben, lassen wir übrigens im System. Wir stärken die Beratung im Rahmen des Übertrittsverfahrens. Wir schaffen für das neue G 9 über 1.000 Stellen, die bereits jetzt im Haushalt für das Jahr 2025 angelegt sind. Wir stärken die Bayerische Landeszentrale mit 12 Stellen und wesentlich mehr Geld. Wir stärken die Erwachsenenbildung exakt in der Weise, wie wir das in der interfraktionellen Arbeitsgruppe festgelegt haben.

Noch eine Bemerkung: Warum führen wir Haushaltsverhandlungen über mehrere Monate? Sähe der Haushalt am Ende eins zu eins so aus, wie er am Anfang eingebracht worden ist, müssten wir uns hier nicht mehrfach zusammensetzen. Dann bräuchte es dieses Parlament und die einzelnen Lesungen nicht. Haushaltsverhandlungen bedeuten, dass man mit einem Entwurf beginnt und mit einem geänderten Entwurf endet. Sowohl beim Gesundheitsbonus als auch bei der Erwachsenenbildung ist es uns gelungen, ein sehr gutes Ergebnis zu erzielen. Meine Damen und Herren, wenn verhandelt wird, bekommen wir auch ein gutes Ergebnis hin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Würden wir auf Zuruf Gelder vergeben, würden wir nicht verantwortlich handeln. Das ist unser Geld. Wir als Regierung stehen in der Verantwortung, nicht die Opposition. Deshalb denken wir über jeden Euro genau nach und verhandeln. Daher kommen wir auch zu einem guten Ergebnis. Das ist verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nun zum Chancenland Bayern. Die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Ausbildung ist für uns ganz wichtig. Beide Fraktionen haben sich auf ihren Klausuren mit der beruflichen Bildung beschäftigt, die FREIEN WÄHLER in Straubing, die CSU in Banz. Wir wissen, Fachkräfte sind in Bayern sehr gesucht. Wir sind das Land des Mittelstands. Wir sind das Land der Innovation. Wir sind das Land des Knowhow. Das alles steht im Koalitionsvertrag. Wir versuchen tagtäglich, diese Punkte nach vorne zu bringen. Wir werden uns bei den Steuern nicht schlechtstellen. Dazu wird der Finanzminister in den nächsten Tagen sicherlich etwas sagen. Da ich ihn erwähnt habe, möchte ich mich gleich bei ihm für diesen Haushalt bedanken, den wir heute aufstellen. Das ist ein wirklicher Bildungshaushalt und ein gemeinsamer Haushalt. Die gesamte Koalition steht hinter jedem Haushalt der einzelnen Ressorts. Wir haben diesen Haushalt zusammen aufgestellt. Bayern steht gut da.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – wir haben es geschafft! Herr Fischbach, daran sieht man, welche Visionen wir haben. Der Meisterbonus wurde auf 2.000 Euro hochgesetzt. Das ist ein deutliches und starkes Zeichen, gerade auch für diejenigen, die in der beruflichen Bildung tätig sind. Den Gesundheitsbonus habe ich bereits erwähnt. Auch das ist ein starkes Zeichen für die Bildung.

Ich möchte noch auf die heute gefallenen Worte "Chaos bei der Digitalisierung" eingehen. Wir orientieren Bayern auf die Zukunft. Bayern ist das Land, das zuerst Gelder für die Digitalisierung ausgegeben hat, weil der Bund seinerzeit noch nicht reagiert hat. Für das Programm BAYERN DIGITAL II haben wir 212,5 Millionen Euro aufgewandt.

Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommen kann, dass dieses Programm gestoppt worden sei oder dass dieses Geld nicht fließe. Wie kann man als Haushälter auf eine solche Idee kommen, wenn man diesen Haushalt gelesen hat? – Dieses Geld steht im Haushalt. Ich habe die Zahlen ungefähr im Kopf. Im letzten Jahr 2018 haben wir dafür etwa 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im nächsten Jahr werden über 100 Millionen Euro und dann noch einmal 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Insgesamt kommen wir damit auf 212,5 Millionen Euro. Diese Mittel werden selbstverständlich ausgereicht. Dieses Programm läuft so erfolgreich, dass wir sicher sind, dass wir dieses Geld ausgeben werden. Hinzu kommen noch 778 Millionen Euro des Digitalpakts, einer Bund-Länder-Vereinbarung. Dieses Geld fließt wohl schon im Juni. Ich habe die Verwaltungsvereinbarung gestern oder vorgestern unterschrieben. Wir werden das jetzt bekanntmachen, dann können die Anträge gestellt werden, und dann fließt das Geld.

Der Ministerpräsident hat bereits vor der Wahl das Vorhaben verkündet, 50.000 digitale Klassenzimmer einzurichten. Für dieses Vorhaben wurden bereits Mittel für 11.500 Klassenzimmer aus dem Programm und anderen Töpfen bereitgestellt. Wir sind auf einem sehr guten Weg, dieses Ziel bis zum Jahr 2030 zu erreichen. An diesem Ziel wird auch nicht gerüttelt. Eines ist mir aber wichtig, weil heute hauptsächlich über die Hardware und diese digitalen Klassenzimmer geredet wurde. Nach wie vor gilt der Satz: Technik unterstützt Pädagogik. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

So wichtig die Digitalisierung ist, sie ist nicht alles. Mir persönlich ist immer noch ein guter Unterricht mit Kreide an der Tafel lieber als ein schlechter Unterricht mit lauter digitalen Speichermedien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier geht es um die Inhalte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden deutlich in die Fortbildung investieren. Wir werden ein Programm aufsetzen, bei dem wir die Lehrer in der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung schulen werden. Hinzu kommen regionale Fortbildungen und schulinterne Fortbildungen. Wir haben den Schulen keine Vorgaben gemacht, wie das verschiedentlich gefordert wurde, sondern die Schulen gebeten, selbst Medienkonzepte zu entwickeln, also für jede Schule ein spezielles, individuelles Konzept. In Bayern sind über 6.000 Medienkonzepte erarbeitet worden, die jetzt ausgewertet werden. Diese Konzepte enthalten umfangreiches Expertenwissen.

Das sind die Dinge, auf die wir gründen, nicht nur auf uns selbst. Da können wir vielleicht auch das eine oder andere bewirken. Hier haben wir unsere Lehrerinnen und Lehrer als Experten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich abschließen mit dem, womit ich angefangen habe: Bildungsland Bayern. Die Schülerinnen und Schüler, die stehen bei uns im Mittelpunkt, bei all diesen Debatten. Wenn wir über viel Geld reden, dann ist für mich ganz entscheidend, dass das Geld zwar wichtig ist, entscheidend aber ist das Engagement der Menschen vor Ort. Die Menschen, die sich einsetzen, das sind natürlich auch Politiker, im Wesentlichen aber sind es die Menschen an den Schulen, also die Lehrerinnen und Lehrer, die Förderlehrer, die Fachlehrer, natürlich auch die Verwaltungsangestellten und die Sekretärinnen. Es sind aber auch die Eltern, die unterstützen, und es sind viele, viele mehr. Das ist die Schulfamilie. Da geht es nicht nur um Geld, sondern meine sehr verehrten Damen und Herren, da geht es um die Vermittlung von Wissen, natürlich, von Können, aber auch von Herz und Werten. Das ist das Entscheidende. Das ist auch der Kern, denn wir wollen Kinder und Jugendliche bilden. Da ist Geld wichtig, aber auch das Engagement. Da ist Herzblut wichtig, das ist entscheidend. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Dafür werde ich auch in den nächsten Jahren kämpfen. Ich lasse mir dieses Schulsystem von niemandem kaputtreden. Ich lasse es mir von niemandem schlechtreden. Es ist ein gutes Schulsystem.

Ich bedanke mich bei all denen, die daran mitarbeiten.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring
(FREIE WÄHLER): Bravo, bravo!)

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern des Ausschusses. Ich bedanke mich bei den Bildungspolitikern beider Fraktionen, die hier kämpfen. Ich bedanke mich übrigens auch bei denjenigen der Opposition, die mitgewirkt haben und die eine oder andere gute Idee mit einbringen. Ich bedanke mich beim Haushaltsausschuss, der bei dem Gesamtpaket gut mitgewirkt hat. Ich bedanke mich vornehmlich auch beim Ministerium, bei den Mitarbeitern des Ministeriums. Auch ohne sie würde das alles nicht funktionieren. Es ist ein Verwaltungsministerium, das dafür sorgt, dass der Unterricht wirklich tagtäglich funktioniert, mit 1,6 Millionen Schülern, mit über 100.000 Lehrern und mit Zehntausenden von Schulstunden. Deshalb ist es auch eine große Leistung derjenigen, die das organisieren. Dafür sei ihnen gedankt. Ich hoffe, dass Sie diesen Haushalt, diesen starken Haushalt, diesen großen Haushalt, diesen Bildungshaushalt unterstützen.

(Lang anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Sandt das Wort.

Julika Sandt (FDP): Also, wenn Sie mal in die Schulen gehen, wenn Sie mit Schülern und Lehrern reden, dann werden Sie feststellen, dass Herr Fischbach recht hat, dass an den Schulen noch ein heftiges Chaos herrscht.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Problem mit den Systembetreuern ist nicht wirklich gelöst. Die Schulen werden allein gelassen. Wenn Herr Fischbach hier seine richtigen Argumente vorbringt und Sie in diesem Moment als Gegenargument nur auf die Sondierung in Berlin verweisen, dann heißt das doch ganz klar, dass Ihnen die Argumente ausgehen. Jeder, der auf

eine Kritik der FDP nur mit der Sondierung in Berlin reagiert, dem gehen die Sachargumente aus. Das muss ich hier schon einmal feststellen.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Gewagte These, Frau Kollegin! – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ich glaube, ich habe schon einiges zur Digitalisierung gesagt. Ich kann das gern noch einmal vertiefen. Aber vielleicht zu Ersterem. Ich bin, und das ist eine schöne Pflicht in meiner Position, jede Woche mindestens an einer Schule. Ich sage Ihnen, es wird eine tolle Arbeit geleistet. Ich erlebe nicht nur engagierte Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch sehr engagierte Schüler. Letzte Woche war ich an einer Grundschule hier in Oberbayern, in Traunstein. Es ist schon Klasse, was da läuft. Da sind begeisterte Kinder, die wirklich etwas lernen wollen. Die wollen lernen. Da sind Lehrerinnen und Lehrer, die das unterstützen und die sich für dieses Bildungssystem einsetzen. Da mag es auch kritische Punkte geben, aber wenn das Ganze in einer Zwischenbemerkung einfach mit dem Wort "Chaos" beschrieben wird, dann ist das falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist falsch, denn an unseren Schulen passiert so viel Gutes. Das kann man hier nicht einfach herabwürdigen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer zweiten Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Gehring das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Piazolo, Sie machen das, als ob Sie schon seit 20 Jahren Kultusminister wären, aber Kultusminister von der CSU. Ich frage mich tatsächlich, wo ist die Handschrift der FREIEN WÄHLER? – Nachdem uns das Frau Kollegin Radler nicht sagen konnte, konnten auch Sie es uns nicht sagen. Ich sage Ihnen ein Beispiel, die Digitalisierung. Da geht es nun darum, mit den Kommunen ge-

meinsam zu verabreden, wie wir dieses große Thema aufstellen, beispielsweise die Systembetreuung. Die Kommunen haben den Hals voll. Die Kommunen sind über diese Diskussion frustriert. Sie bieten ihnen aber nichts an. Die FREIEN WÄHLER versagen als Sachwalter der kommunalen Ebene vollkommen.

Noch etwas zum Thema Erwachsenenbildung – eigentlich wollte ich davon nicht mehr anfangen: Es gab einen Beschluss des Landtags. Dieser Beschluss ist von der Exekutive, also von Ihnen, von Ihrem Ministerium, missachtet worden. So viel zum Ersten.

Zweitens. Es war ein harter Kampf, das reinzubringen. Frau Kollegin Eiling-Hütig, die heute leider im Krankenhaus ist, hat gekämpft wie eine Löwin, andere auch, auch viele von außen. Dann ist es hineingekommen. Das war ein Erfolg des Landtags und ein Versagen des Kultusministers und des Kultusministeriums.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Thomas Gehring (GRÜNE): Ein letzter Satz: Wenn Oppositionspolitiker kritisieren – und auch Piazzolo war vor Kurzem noch einer –, dann reden sie die Schulen nicht schlecht. Also, Sie haben die Schulen in der Opposition nicht schlechtgeredet, und wir reden sie auch nicht schlecht. Wir kritisieren, das ist unser Job.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber schon! – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Zur Erwachsenenbildung können wir uns gerne einmal austauschen, lieber Thomas. Ich kann gerne etwas dazu erzählen. Ob das immer so einseitig ist, wie beschrieben, das lassen wir jetzt einfach einmal stehen, dafür haben wir jetzt nicht die Zeit. Gerade in Bezug auf das Schulsystem ist aber das Wort "Chaos" gefallen. Da habe ich mich nicht ge-

täuscht, das habe ich gehört, das habe ich so vernommen. Das ist so gefallen, das stammt nicht von mir.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ja, das stimmt!)

Und noch etwas, in dieser späten Abendstunde: Natürlich kritisiert die Opposition, das habe ich gesagt. Auch ich habe das in den letzten Jahren gemacht. Wenn man das Revue passieren lässt, dann glaube ich nicht, dass ich als Oppositionspolitiker in den letzten Jahren das Schulsystem als solches schlechtgemacht hätte, keinesfalls.

Ich weiß nicht, ob es so ein riesiger Vorwurf ist, wenn es jetzt heißt: Ich mache in den ersten fünf Monaten nicht so viel anders als die Kultusminister der CSU. – Das ist jetzt keine Beleidigung. Das nehme ich ganz offen an.

(Beifall bei der CSU)

Ich will es auch ganz deutlich sagen, nicht nur, weil wir in der Koalition sind, sondern weil es meine Überzeugung ist: Bayern würde nicht dort stehen, wo es heute steht, wenn nicht auch die CSU das eine oder andere richtiggemacht hätte. Oder, so ist es doch, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD – Klaus Adelt
(SPD): Ein Hoch auf das G 8! Das G 8 ist das Beste, was wir je gehabt haben!)

Präsidentin Ilse Aigner: Das wäre jetzt ein schönes Schlusswort gewesen, meinen manche. Aber das ist es noch nicht.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Lesen Sie es im Protokoll nach. Ich weiß nicht, wann mich dieser Satz in meinem Leben noch einholt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung könnte vielleicht noch etwas anders ausfallen. Herr Kollege Güller hat das Wort.

(Allgemeine Unruhe)

Harald Güller (SPD): Lieber Herr Minister, lieber Michael Piazzolo, die Frage war, wie wir nur auf die Idee kommen könnten, dass die Digitalisierung gestoppt worden ist.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Genau!

Harald Güller (SPD): Da gibt es erstens Herrn Gribl. Im Informationsbrief des Bayerischen Städtetags vom April 2019 ist zu lesen: "Mit der Beendigung des Bayerischen Förderprogramms wird die begonnene Digitalisierung der Schulen jetzt abrupt gebremst."

(Allgemeine Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat Herr Kollege Güller das Wort.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Harald Güller (SPD): Dann empfehle ich noch einen kurzen Blick in den Haushalt 05 04 Titelgruppe 77 Haushaltsstelle 8833 77. Da steht drin: Insgesamt 212,5 Millionen Euro in 2019 und 2020; Programm wird fortgesetzt. Dann steht eine wunderschöne Klammer dran: Einlösung der Verpflichtungsermächtigung 2018 – also kein neues Geld –, und dann steht bei 2020 gegenüber 2019 drin: 51,5 Millionen Euro weniger Geld wegen Anpassung an den Bedarf.

Präsidentin Ilse Aigner: Kollege Güller!

Harald Güller (SPD): Wie sonst sollen wir das auslegen, als dass dies ein Stopp des Programms ist und dass das, was Sie uns erzählen, eher alternative Fakten sind?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawoll!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sie haben vorher alle gelacht, weil ich etwas Positives – und ich habe es aus Überzeugung getan – über CSU-Kultusminister gesagt habe. Und jetzt nimmt die SPD, eine Partei mit 150-jähriger Geschichte, als Hauptzeugen für ihre These einen CSU-Bürgermeister.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der gehört doch nicht zur Staatsregierung! Das ist eine Stimme. Aber ich werde es ihm noch sagen. Ich habe einen Termin auch mit Herrn Gribl und werde es ihm erklären. Dann können wir uns gerne nochmal zusammensetzen.

(Harald Güller (SPD): Haushaltsplan!)

Zum Haushaltsplan, um es nochmal deutlich zu machen:

(Alexandra Hiersemann (SPD): Aber keine Antwort!)

– Ich kann es gerne nochmal machen. 212,5 Millionen Euro stehen im Haushaltsplan. Diese werden ausgegeben, und wir werden sehen, was im nächsten Doppelhaushalt drinstehen wird. Genau so ist es.

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat der Kollege Bayerbach das Wort.

Markus Bayerbach (AfD): Herr Minister, Sie haben jetzt ein wunderschönes und glänzendes Bild der bayerischen Bildung gezeichnet. Dem möchte ich in vielen Punkten nicht mal widersprechen. Allerdings hat mir eines gefehlt. Viele unserer Kollegen haben zumindest in Zeiten von Grippewellen oder Krankheitsfällen Arbeitsbelastungen, die über die Grenze dessen hinausgehen, was normal zumutbar ist. Haben Sie irgendeine, auch haushälterische Perspektive für die nächsten zwei Jahre, damit man den Kollegen sagen kann, es wird sich etwas bessern, weil die Situation der Mobilien Reserven – das wissen Sie auch selber – seit Jahren sehr unbefriedigend ist?

(Zuruf von der CSU: Grippeimpfungen!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Gerne. Gott sei Dank haben wir nicht ständig Grippe. Das ist das eine.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem ist es natürlich immer das Ziel von uns allen, und zwar von jedem, der in der Bildungspolitik tätig ist, mehr Ressourcen in die Bildung zu bekommen. Das ist doch klar. Nur: Wir haben einen Gesamthaushalt, und da stehen wir in der Verantwortung. Übermorgen wird der Finanzminister darüber reden. Er ist kein Wunschkonzert. Ich glaube, jedes Haus hat einen höheren Haushalt als bisher. Diese Gesamtverantwortung nehmen wir wahr. Natürlich nimmt jeder gerne so viele Stellen, wie er bekommen kann. 5.000 Stellen haben wir in den Koalitionsvertrag reingeschrieben. Jetzt haben wir für den Doppelhaushalt schon mal 2.000 Stellen bekommen. Das ist ein starkes Wort. Da entfristen wir. Ich habe das genannt. Ich kann auch noch ins Detail gehen, zwar nicht jetzt in der Minute, aber das ist ein starkes Zeichen in einem starken Haushalt. Wir machen alles, was wir als Bildungspolitiker tun können. Wenn noch mehr geht und die Opposition noch aus ihren Reserven zusammenlegt, über die wir heute diskutiert haben, und wir dann zehn Lehrer mehr dafür bekommen, nehme ich sie gerne.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deshalb schließe ich jetzt die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, hier der Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/689 mit 18/694, 18/764 mit 18/768, 18/856, 18/877 mit 18/893, 18/937 mit 18/945 und 18/991 mit 18/1006, die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1763 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/1949.

Es ist zuerst über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion "Programm 'Digitale Bildung' des Freistaates Bayern fortsetzen" auf der Drucksache 18/1949 abzustimmen. Die SPD-Fraktion hatte zu Beginn der Debatte hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen sind bereit. Die Abstimmungszeit beträgt wie immer fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 21:35 bis 21:40 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion. Dazu bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, sich wieder ihren Plätzen zu nähern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind noch mehrere Abstimmungen. Es lohnt sich, sich hinzusetzen. Es geht um die Abstimmungen in einfacher Form zu den drei Anträgen der AfD-Fraktion. Alle drei Änderungsanträge werden vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Ich beginne mit der Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/689 betreffend "Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit durch Fremdsprachenbegleiter". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das ist die FDP, der Kollege Plenk, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt. Entschuldigung: Enthaltungen? – Keine. Herr Swoboda? – Ja, gut. Wir müssen das hier ja vollständig machen. Damit ist der Antrag abgelehnt. Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/693 betreffend "Anschaffung von Testmaterialien für Schulpsychologen im Rahmen der Hochbegabendiagnostik". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die FDP, die zwei Fraktionslosen, die CSU, die SPD, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse auch noch über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/856 betreffend "Plan- und Baukosten für zusätzliche Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern" abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die FDP, die beiden Fraktionslosen, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Das war der Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Programm ‚Digitale Bildung‘ des Freistaats Bayern fortsetzen" auf Drucksache 18/1949. Mit Ja haben 54 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 118. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst. Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Empfehlung auf Drucksache 18/1763 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer diesem Antrag und damit auch dem Einzelplan zustimmt, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer stimmt gegen den Einzelplan und den Antrag? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der AfD.

(Unruhe)

Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FDP.

(Anhaltende Unruhe)

– Ganz ruhig! – Jetzt habe ich nicht gesehen, wie die beiden Herren Swoboda und Plenk abgestimmt haben.

(Zuruf: Haben zugestimmt!)

– Vielen Dank. – Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und die Fraktionslosen. Wer stimmt dagegen? – Keiner. Enthaltungen! – Die AfD-Fraktion ist dagegen.

(Zurufe: Nein, Enthaltung!)

– Entschuldigung, Enthaltung. Danke. Alles gut. – Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1763 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/937 bis 18/945 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen.

Wir haben den ersten Tag der Haushaltsberatungen fast just in time erfolgreich bestritten und sehen uns morgen um 9 Uhr wieder. Bitte nehmen Sie die Sitzungsunterlagen

mit aus dem Saal; es gibt ja keine reservierten Plätze mehr. Die Stimmkarten bitte ich dazulassen. – Danke und guten Abend.

(Schluss: 21:45 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Programm "Digitale Bildung" des Freistaates Bayern fortsetzen (Kap. 05 04 Tit. 883 77) (Drucksache 18/1949)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Düinkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	54	118	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung und Wertschätzung der Privatschulen
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 18/991
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: „Unterrichtsversorgung plus“ – Mehr Lehrkräfte für eine sichere Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/992
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Lehrkräfte für den Islamischen Unterricht
(Kap. 05 04 Tit. 428 17)
Drs. 18/993
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualitätsentwicklung der schulischen Ganztagsmodelle
(Kap. 05 04 TG 68 – 69)
Drs. 18/994
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualitätsoffensive in der Lehrkräftefortbildung
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 18/995
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Expertise von außen durch Schulbudgets ermöglichen
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 18/996
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe – Aufstockung des Gesundheitsbonus
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/997
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bildung in der Einwanderungsgesellschaft
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/998

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umsetzung der Digitalisierung an Schulen professionalisieren
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 18/999
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landtagsbeschluss umsetzen – Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 Tit. 686 81)
Drs. 18/1000
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulleitung und -verwaltung stärken
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 18/1001
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an die Europäische Holocaust Gedenkstätte Stiftung zur Erstellung eines Konzepts für einen Gedenk- und Dokumentationsort auf dem Areal des ehemaligen KZ-Lagers Kaufering – Lager VII
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1002
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittelschulen stärken
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/1003
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulpsychologische Arbeit stärken
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 18/1004
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulische Inklusion weiter voranbringen
(Kap. 05 21 Tit. 422 01)
Drs. 18/1005
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Berufsvertretung freischaffender Bildender Künstlerinnen und Künstler zur Förderung des Projekts „Kinder treffen Künstler“
(Kap. 05 68 neuer Tit.)
Drs. 18/1006
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit durch Fremdsprachenbegleiter
(Kap. 05 04 Tit. 428 15)
Drs. 18/689
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte der Aushilfslehrkräfte zur Sprachförderung an weiterführenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 428 16)
Drs. 18/690
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte der Aushilfslehrkräfte für den Modellversuch Islamischer Unterricht
(Kap. 05 04 Tit. 428 17)
Drs. 18/691
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Publikationen
(Kap. 05 06 Tit. 531 71)
Drs. 18/692

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Anschaffung von Testmaterialien für Schulpsychologen im Rahmen der Hochbegabendiagnostik
(Kap. 05 09 Tit. 511 22)
Drs. 18/693
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge für Neueinstellung von Schulpsychologen
(Kap. 05 09 neuer Tit.)
Drs. 18/694
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Plan- und Baukosten für zusätzliche Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern
(Kap. 05 31 Tit. 701 02)
Drs. 18/856
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schulgeldausgleich für die privaten Berufsfachschulen für Physiotherapie, Podologie, Logopädie, Ergotherapie, Massage, Orthoptik, Diätassistenten, pharmazeutisch-technische Assistenz, technische Assistenz in der Medizin erhöhen
(Kap. 05 04 Tit. 684 20 - 684 29)
Drs. 18/764
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusagen einhalten
Institutionelle Förderung in der Erwachsenenbildung wie verabschiedet erhöhen
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 18/765
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusagen einhalten
Projektförderung in der Erwachsenenbildung wie verabschiedet erhöhen
(Kap. 05 05 TG 84)
Drs. 18/766
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verwaltungskräfte an den Grund-, Mittel- und Förderschulen endlich korrekt bezahlen
(Kap. 05 12 und 05 13 jeweils Tit. 428 11)
Drs. 18/767
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualifizierte Bildung und Ausbildung im Landkreis Wunsiedel stärken: Förderung der Staatlichen Fachschule für Produktdesign in Selb
(Kap. 05 16 Anlage S)
Drs. 18/768
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 05 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/877
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 05 03 Tit. 633 79)
Drs. 18/878
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Physiotherapie
(Kap. 05 04 Tit. 684 21)
Drs. 18/879
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Podologie
(Kap. 05 04 Tit. 684 22)

Drs. 18/880

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Logopädie
(Kap. 05 04 Tit. 684 23)

Drs. 18/881

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Ergotherapie
(Kap. 05 04 Tit. 684 24)

Drs. 18/882

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Massage
(Kap. 05 04 Tit. 684 25)

Drs. 18/883

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Orthoptik
(Kap. 05 04 Tit. 684 26)

Drs. 18/884

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für Diätassistenten
(Kap. 05 04 Tit. 684 27)

Drs. 18/885

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für technische Assistenz in der Medizin
(Kap. 05 04 Tit. 684 29)

Drs. 18/886

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Berufsfachschulen für pharmazeutisch-technische Assistenten
(Kap. 05 04 Tit. 684 28)

Drs. 18/887

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Zuschüsse an Sonstige
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)

Drs. 18/888

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Pauschale Zahlungen für den Personalaufwand der sieben bayerischen (Erz-)Diözesen einschließlich Abwicklung der Jahresrenten der Erzbischöfe und Bischöfe
(Kap. 05 50 Tit. 684 01)

Drs. 18/889

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Leistungen an Pfarrer, Prediger, Benefiziaten und Kapläne
(Kap. 05 50 Tit. 684 11)

Drs. 18/890

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Zuschüsse an die Emeritenanstalten
(Kap. 05 50 Tit. 684 13)

Drs. 18/891

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Zuschüsse zur Besoldung der Seelsorgegeistlichen
(Kap. 05 50 Tit. 684 15)

Drs. 18/892

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss zur Besoldung der Seelsorgegeistlichen
(Kap. 05 51 Tit. 684 05)
Drs. 18/893

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Steffen Vogel

Abg. Toni Schuberl

Abg. Gerald Pittner

Abg. Kerstin Celina

Abg. Christoph Maier

Abg. Christian Flisek

Abg. Martin Hagen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Jan Schiffers

Staatsminister Georg Eisenreich

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/934 mit 18/936, 18/1082),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/780 mit 18/782),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/771 mit 18/777),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/870 mit 18/874)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 31 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk können jeweils 4 Minuten reden. – Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Steffen Vogel von der CSU-Fraktion.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn man den Haushalt des Justizministeriums überschreiben möchte, kann man sagen: Er ist solide, er ist ausgewogen und zeigt ein hohes Maß an Kontinuität. Bereits in den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen ist deutlich geworden, dass vonseiten der Opposition viele, viele neue Stellen gefordert werden. Die SPD fordert allein im Bereich des Justizministeriums über 600 neue Stellen. Wir sagen: Ja, grund-

sätzlich hätten wir das gern gemacht, aber natürlich braucht man auch die entsprechenden Mittel hierfür. Jeden Euro können wir nur einmal ausgeben. Im Sinne der Nachhaltigkeit und der Vermeidung von Verschuldung sind wir verpflichtet, diesem Grundsatz zu folgen. Jede Koalition, auch diese, kann eigene politische Schwerpunkte setzen. In diesem Haushalt liegen die Schwerpunkte auf einer Entlastung der Familien, auf der inneren Sicherheit – 1.000 neue Stellen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte entstehen; wir haben vorhin ausführlich darüber debattiert – und auf dem Bildungsbereich, für den wir 2.000 neue Lehrerinnen- und Lehrerstellen bereitstellen. Das sind die großen Schwerpunkte. Dementsprechend ist nicht mehr viel Luft, um zu großen Stellenmehrungen im Bereich der Justiz zu kommen, auch wenn das hier und da durchaus sachgerecht wäre.

Es ist nicht gerechtfertigt, das Bild von der angeblich ganz schwierigen Situation in der bayerischen Justiz an die Wand zu malen, auch wenn wir das wahrscheinlich gleich wieder erleben werden. Es gibt kein entsprechendes Länderranking; aber wenn es eines gäbe, dann müsste sich die bayerische Justiz nicht verstecken, weil sie hervorragend arbeitet: Die Zahl der erledigten Fälle ist bei uns höher als in anderen Bundesländern. Dass Bayern seine Justiz nicht im Stich lässt, sondern mit Wertschätzung behandelt, sieht man allein daran, dass ein Richter, der in Bayern in R 1 eingruppiert ist, eine wesentlich höhere Besoldung erhält, als wenn er in Berlin – dieselbe Stufe! – in R 1 eingruppiert wäre.

Wenn die Zustände in der bayerischen Justiz so schwierig wären, wie sie möglicherweise von einigen Rednern gleich dargestellt werden, dann gäbe es wahrscheinlich keine Bewerber. Tatsache ist, dass wir eine Vielzahl an Bewerbungen verzeichnen. Wir stellen fest, dass die Justiz nach wie vor ein sehr attraktiver Arbeitgeber ist. Viele Studienabgänger, insbesondere solche, die das Referendariat hinter sich gebracht haben, bewerben sich um entsprechende Stellen im Justizbereich. Das zeigt, wie leistungsfähig und attraktiv die bayerische Justiz ist.

(Beifall bei der CSU)

Warum habe ich von Ausgewogenheit und Kontinuität gesprochen? – Bereits in den vergangenen Jahren – das darf man auch in den heutigen Haushaltsberatungen nicht vergessen – gab es erhebliche Stellenmehrungen im Bereich der Justiz. Seit dem Doppelhaushalt 2013/2014 wurden 310 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte und 158 zusätzliche Stellen für Rechtspfleger geschaffen. 25 dieser Stellen wurden allerdings mit einem kw-Vermerk versehen.

Es gab die Herausforderung der Zuwanderung von Flüchtlingen; ich spreche bewusst nicht von "Flüchtlingskrise". Angesichts des erhöhten Bedarfs gab es noch einmal 200 Stellen zusätzlich in der allgemeinen Justiz, 50 Stellen zusätzlich im Justizvollzug und 25 Stellen zusätzlich im Bereich der Abschiebehäft. Auch hierfür wurden kw-Vermerke ausgebracht. Wenn also der Bedarf nicht mehr da ist, dann werden die Stellen nicht weitergeführt.

Was ist passiert? – Der Rückgang der Zuwanderung ist erfreulicherweise wesentlich stärker als erwartet. Aber der Entwurf sieht vor, diese Stellen nicht gleich wegfallen zu lassen, sondern noch einmal für zwei Jahre zu verlängern. Ich mache auch kein Hehl daraus, dass es zumindest mir, dem Arbeitskreis "Verfassung und Recht" und vielen anderen Mitgliedern unserer Fraktion ein Anliegen ist, dass die notwendigen Stellen nach Ablauf dieser zwei Jahre dauerhaft gesichert werden. Richter und Staatsanwälte brauchen natürlich entsprechendes Servicepersonal. Auch diese Kräfte werden bei Fortführung der kw-Stellen weiterbeschäftigt.

Das Haushaltsgesetz sah ursprünglich in Artikel 6b eine Abbauverpflichtung von 55,85 Stellen im Bereich der Justiz vor. Was ist geschehen? – Auch diese Abbauverpflichtung ist zurückgenommen worden. Der befürchtete Abbau wird nicht vorgenommen, sodass es faktisch eine Steigerung, zumindest aber Kontinuität beim Personal gibt.

Auch ist darauf hinzuweisen, dass eine Erhöhung der Mittel für Aushilfsmitarbeiter und die kostenneutrale Umwandlung von Ausgabemitteln in Höhe von 2,3 Millionen Euro

umgesetzt werden konnten. Dadurch werden 31 zusätzliche Stellen gebunden und geschaffen. Obwohl es im Haushalt nicht direkt so angegeben ist, werden durch diese Umwandlung zwei Planstellen in der Besoldungsgruppe R 2 und drei Planstellen in der Besoldungsgruppe R 1 für Staatsanwälte zur Errichtung einer eigenen Abteilung zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität geschaffen. Zehn zusätzliche Planstellen A 4 entstehen für Justizwachtmeister, acht Stellen E 6 für Geschäftsstellenkräfte.

Wir können resümieren, dass die Justiz aufgrund der hohen Steigerungen der vergangenen Jahre, der Rücknahme der Abbauverpflichtungen, der Fortführung der kw-Stellen und der Umwandlung der 31 gebundenen Stellen in personeller Hinsicht auch mit diesem Haushalt gut leben kann. Wir sehen natürlich trotzdem – ich habe es vorhin schon kurz angesprochen; Frau Guttenberger, unsere Arbeitskreisvorsitzende, hat genickt – die Belastung der Staatsanwälte und der Richter. Wir danken von Herzen für die engagierte Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen der Justiz leisten.

Wenn wir künftig 1.000 Polizeibeamte mehr haben werden, dann werden insgesamt rund 45.000 Polizeibeamte bei uns Dienst tun – ein Höchststand! Die Polizeibeamten werden hoffentlich viel ermitteln und Straftaten aufklären. Damit werden sie auch der Justiz mehr vorlegen, was wiederum einen gesteigerten Bedarf vor allem an Staatsanwälten mit sich bringen wird. Ich wünsche mir, dass wir im nächsten Doppelhaushalt in diesem Bereich wieder einen Schwerpunkt setzen.

Auch in baulicher Hinsicht lassen wir die Justiz selbstverständlich nicht hängen. Bei der Unterhaltung der Gebäude verzeichnen wir eine Steigerung um 3,4 Millionen Euro auf über 25 Millionen Euro. Wir führen den Haushaltsansatz für die kleinen Baumaßnahmen auf hohem Niveau fort. Wir setzen 3 Millionen Euro für den barrierefreien Umbau von Gerichtsgebäuden ein.

Der Zuwachs bei den Hochbaumaßnahmen hört sich im ersten Moment nicht sehr hoch an; 78,5 Millionen Euro kommen hinzu. Aber 361 Millionen Euro sind bereits als Verpflichtungsermächtigungen bewilligt, zum Beispiel für den Neubau des Strafjustizentrums in München, den Neubau des Sitzungssaalgebäudes in Nürnberg, die Aufstockung und Sanierung des zentralen Justizgebäudes in Aschaffenburg, den Neubau des Justizgebäudes in Schweinfurt, die Erweiterung und Sanierung des Amtsgerichts Kaufbeuren, den Neubau der Justizvollzugsanstalten in Hof und Passau sowie – man ist dort in der Planung; zurzeit geht es noch um den Grundstückserwerb – den Neubau der Justizvollzugsanstalt Marktredwitz im Rahmen der Heimatstrategie. Sie sehen: Die Justiz wird auch im Baubereich nicht vergessen, sondern verzeichnet massive Steigerungen der Investitionen.

Die Digitalisierung ist eine große Herausforderung auch für die Justiz. Dafür stehen im Doppelhaushalt circa 130 Millionen Euro bereit. Konkret geht es um den elektronischen Rechtsverkehr und die E-Akte, die Stabilisierung der EDV-Fachverfahren und letztlich auch die medientechnische Ausstattung der Sitzungssäle. Für den elektronischen Rechtsverkehr und die E-Akte werden im Doppelhaushalt 130 Millionen Euro bereitgestellt, für die anderen Herausforderungen über 10 Millionen Euro. Damit stehen im Doppelhaushalt 2019/2020 140 Millionen Euro dafür zur Verfügung.

Dass die Justiz eben nicht vergessen worden ist, sondern dass es sich um einen ausgewogenen, soliden, von Kontinuität geprägten Haushalt handelt, sieht man daran, dass wir trotzdem hohe Steigerungen verzeichnen. Das Haushaltsvolumen steigt im Jahr 2019 um 103 Millionen Euro und um weitere 65 Millionen Euro im Jahr 2020.

Für die Zukunft wünsche ich mir – ich habe es angesprochen – eine noch bessere Ausstattung unserer Justiz. Auch der Bund wird insoweit aktiv. Wir haben den "Pakt für den Rechtsstaat" geschlossen. Dieser sieht deutschlandweit weitere Mittel für die Justiz vor. Auch wir werden Gelder vom Bund bekommen. Diese sind im derzeitigen Haushalt noch nicht abgebildet. Wenn die Mittel vom Bund fließen, dann werden auch

wir die für uns vorgesehenen Gelder abgreifen und einsetzen, um weitere Verbesserungen im Bereich unserer Justiz zu erreichen.

Ich sage noch einmal vielen Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Justiz für die hervorragende Arbeit. Die CSU-Fraktion steht zur Justiz. Das beweisen wir auch mit diesem Haushalt. Deshalb darf ich namens meiner Fraktion um Zustimmung zum Einzelplan 04 bitten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Toni Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kernaufgabe aller Staatlichkeit ist die Gewährung von Sicherheit. Ich meine das umfassend und nicht eindimensional. Dazu gehört natürlich eine gut ausgestattete Polizei – ein Aspekt der Innenpolitik –, aber auch alle anderen Ressorts sind von diesem komplexen Thema betroffen. Beispielsweise ist eine gute Sozialpolitik notwendig, da diejenigen, die durch das soziale Netz fallen, in ihrer persönlichen Sicherheit gefährdet sind. Eine gute Umweltpolitik ist ganz essenziell, um ein sicheres Leben zu gewährleisten, um uns beispielsweise vor krebserregenden Stoffen zu schützen. Wer die Geschichte Deutschlands mit allen unterschiedlichen vergangenen Staatssystemen kennt, der weiß auch, dass starke Grundrechte als Abwehrrechte gegen einen überstarken Staat ganz essenziell für die Sicherheit der Menschen in diesem Land sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE stehen für ein ganzheitliches Konzept der Sicherheit in allen Lebensbereichen. Wie ist unter diesem Gesichtspunkt die Justizpolitik in unserem Land zu bewerten? – Zum einen gilt es, das Vertrauen in die Staatsorgane zu stärken. Die Staatsanwaltschaft sollte insgesamt vom Zugriff des Justizministeriums gelöst werden und zu

einer eigenständigen, unabhängigen Institution der Justiz werden, damit jeder Verdacht der politischen Einflussnahme verhindert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die enge Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei oder der Werdegang eines Richters aus der Staatsanwaltschaft heraus mögen grundsätzlich Vorteile haben; Ermittlungen gegen Staatsbeamte sollten jedoch durch unabhängige Stellen geführt werden. Ich denke, unsere Polizei hat keinen Grund, sich vor der selbstverständlichen Situation unabhängiger Ermittlungen zu fürchten. Wer das Gegenteil suggeriert, wertet die hohen moralischen Grundsätze unserer Polizei ab und schadet dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Staatsbeamten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Stärkung des Vertrauens gehört auch eine neue Fehlerkultur. Wir fordern für diesen Haushalt einen Justizopferentschädigungsfonds. Nicht einmal der Papst ist unfehlbar. Wie sollen es die Richterinnen und Richter in Bayern sein? – Es gibt Menschen in unserem Land, die aus unterschiedlichen Gründen Opfer staatlichen Handelns geworden sind. Ich denke an Gustl Mollath oder Horst Glanzer. Die einzelnen Entscheidungen müssen dabei nicht unbedingt alle rechtswidrig gewesen sein; manchmal gibt es im Gefüge der Regelungen auch Lücken, die zu besonderen Härten führen und deren Behebung im Nachhinein den Betroffenen nicht mehr helfen kann. Mit diesem Thema sollte der Staat souverän umgehen.

Ein anderer Punkt betrifft das Schießen mit Kanonen auf Spatzen. Um die mit Arbeit überhäufte Justiz in Bayern effektiv zu entlasten, reichen neue Stellen allein nicht aus. Vielmehr muss auch die Staatsregierung endlich lernen, zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden. Das ist übrigens eine wichtige Kompetenz, die man im Jurastudium erlernt. Wie viele Beamte sind in Bayern nur damit beschäftigt, harmlose Bürgerinnen und Bürger zu verfolgen, die nichts anderes machen, als zu kiffen, und lediglich so geringe Mengen dabei haben, dass es sich ganz offensichtlich nur um Ei-

genbedarf und nicht um Dealerei handeln kann. Die Drogenpolitik der CSU, bei der bestimmte Drogen verteuert, andere aber in den Himmel gelobt werden, hat nichts mit Sachpolitik zu tun, sondern ist reine Ideologie.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Das Betäubungsmittelgesetz ist ein Bundesgesetz. Aber die Festlegung bestimmter Mengengrenzen von Cannabis, unterhalb derer kein Ermittlungsverfahren aufgenommen wird, ist Sache des Landes. So entlastet man die Justiz.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel für die verfehlte Schwerpunktsetzung der Staatsregierung nennen. Es gibt Menschen, die nicht akzeptieren wollen, dass solche Unmengen von Lebensmitteln in unserem Land weggeworfen werden. Sie gehen zu den Abfallcontainern eines Supermarktes und holen dort noch sehr gut erhaltenes und originalverpacktes Essen heraus, um es vor der Vernichtung zu bewahren. Das ist das sogenannte Containern. Statt diesen engagierten und verantwortungsbewussten Menschen zu danken, wird gegen sie ermittelt, und sie werden verurteilt. Die Staatsanwaltschaft ging in einem Fall bei Fürstenfeldbruck sogar so weit, dass sie als Wert für das im Müll liegende Essen die ursprünglichen Verkaufspreise von insgesamt 100 Euro zugrunde legte. So konnte sie auf besonders schweren Diebstahl plädieren und eine Einstellung wegen Geringfügigkeit verhindern. Es ging schlicht darum, ein Exempel zu statuieren. So geht man aber mit jungen, engagierten Menschen nicht um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So verschärfen Sie den Personalmangel bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Etwas mehr Liberalitas Bavariae wäre hier sehr hilfreich. Setzen Sie den Schwerpunkt nicht auf die Bagatelldelikte, sondern konzentrieren Sie die vorhandenen personellen Ressourcen auf die Verfolgung der organisierten Kriminalität und der Extremisten. Hier gibt es noch Nachholbedarf. Dazu gehört beispielsweise auch,

dass man rechtsextreme Terroranschläge auch als solche wahrnimmt und sie nicht bagatellisiert, wie es bei dem Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum geschehen ist.

Strafrecht hat auch eine soziale Komponente. Geboren werden wir alle gleich, aber am Ende sitzen deutlich mehr Arme als Reiche im Gefängnis. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass dieses Verhältnis auch der Anzahl der Delikte entspricht. Kleinkriminelle aus schwierigen Vierteln werden schnell verfolgt, während man bei der Steuerhinterziehung großer Unternehmen oder den Cum-Ex-Verbrechen nicht so genau hinschauen will oder das Personal so bemessen ist, dass gar nicht so genau hingeschaut werden kann. Mittellose Menschen müssen auch schon wegen Bagatelldelikten ins Gefängnis.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Sie sind meist nicht fähig, die Geldstrafe zu bezahlen und erhalten deshalb eine Ersatzfreiheitsstrafe. Das betrifft insbesondere das Schwarzfahren. Da werden Menschen, die zu wenig Geld haben, um sich Fahrtickets zu kaufen, wegen einer Straftat verurteilt. Aber die Tagessatzhöhe wird nicht an ihre reale Lebenssituation angepasst. Mittellose Straftäter können nämlich einen Tagessatz von 10 bis 15 Euro nicht durch Konsumverzicht aufbringen. Sie sind gezwungen, eine Haftstrafe anzutreten; doch Armut darf sich nicht strafverschärfend auswirken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Möglichkeiten, die Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeit abzuleisten, müssen ausgebaut werden. Die Zwangssituation eines Strafverfahrens ist in diesen Fällen eine Chance, die vertan wird, wenn Menschen einfach nur eine bestimmte Zeit weggesperrt werden. Die Ersatzfreiheitsstrafe kostet den Steuerzahler mehr als 100 Euro pro Tag und Person. Damit betrifft das auch den Staatshaushalt. Die Verfahren belasten personell die Staatsanwaltschaften, die Gerichte und die Justizvollzugsanstalten.

Die Auswirkungen auf die Sicherheit der Gesellschaft dürfen hierbei nicht unterschätzt werden. Die unbetreute Verwahrung im Gefängnis führt oft eben nicht zur Abschreckung vor Straftaten, sondern vielmehr bringt man eigentlich unbescholtene Bürgerinnen und Bürger in das kriminelle Milieu. Eine übersteigerte Zurschaustellung von Härte im Fall ungefährlicher Bagatelldelikte führt langfristig im Ergebnis zu weniger Sicherheit für die Gesellschaft. Dafür gibt die Staatsregierung Unmengen von Geld aus, anstatt es in die tatsächliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu investieren. Die höchste Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erreichen wir, wenn Straftaten nicht begangen werden. Hier haben wir den Schlüssel insbesondere bei den Ersttätern in der Hand.

Auch bei denjenigen, die schwere Straftaten begangen haben und zu Recht im Gefängnis sind, gilt es, die Haft als gesellschaftliche Chance zu begreifen. Justizvollzug sollte sich nicht auf den Vollzug der Haft beschränken. Die Resozialisierung und in vielen Fällen die Therapie von Straftätern müssen im Zentrum der Bemühungen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Therapiemöglichkeiten in Gefängnissen sind nicht ausreichend. Das wird sich spätestens bei der Haftentlassung auch für die Gesellschaft insgesamt nachteilig auswirken. Freiheitsentziehende Maßnahmen innerhalb von Haft oder Maßregelvollzug wie Fixierung, Isolation, Sedierung und Fesselung werden viel zu häufig angewandt, nicht selten aufgrund eines Mangels an Personal. Zu häufig wird Freigang aufgrund fehlenden Überwachungspersonals abgelehnt. Solche Lockerungen sind aber im Hinblick auf die Resozialisierung notwendig. Entsprechende Anträge zur Aufstockung des Personals im Strafvollzug werden aber sowohl von der CSU als auch von den FREIEN WÄHLERN stets abgelehnt.

Die Möglichkeit des Vollzugs in freier Form, wie es in Baden-Württemberg für jugendliche Straftäter vorgesehen ist, wäre sehr zu begrüßen. Hier sind die Jugendlichen nicht in einer Haftanstalt, sondern zum Beispiel auf einem Bauernhof, um dort zu arbeiten.

Sie werden so nicht stigmatisiert und können auf das Leben in der Gesellschaft viel besser vorbereitet werden als in einem Gefängnis. Die Rückfallquote könnte gesenkt werden. Doch Bayern lehnt das bisher ab.

Kriminalität wird vom Justizministerium nicht in ihren Ursachen, sondern nur in ihrer Symptomatik behandelt, ja eigentlich nur verwaltet.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Eisenreich, Sie hätten in dieser Legislaturperiode die Chance, einen Kurswechsel in der bayerischen Rechtspolitik zu vollziehen: Weg von ideologischer Restriktionspolitik hin zu einer zielorientierten Freiheits- und Sicherheitspolitik. Mit dem vorliegenden Haushaltsplan ist das aber nicht möglich. Es fehlt jeder Mut und Reformwille. Daher werden wir GRÜNE im Hohen Hause diesen Plan nicht mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Kollege Schuberl. – Nächster Redner ist Kollege Pittner für die Fraktion FREIE WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schuberl, ich bin einigermaßen von Ihrer Rede überrascht. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich war der Meinung, wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich war früher in der Justiz tätig und kann Ihnen nur sagen, in aller Regel wird nur derjenige bestraft, der auch eine Straftat begangen hat. Die einfachste Möglichkeit, nicht bestraft zu werden, ist, keine Straftat zu begehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann passiert nichts. Fehler passieren natürlich; dagegen ist keiner gefeit. Diejenigen, die sagen, sie hätten noch nie einen Fehler gemacht, haben noch nie etwas gearbei-

tet. Wer gearbeitet hat, hat auch irgendwann einmal einen Fehler gemacht. Das ist logisch, und es ist bedauerlich. Dagegen ist vorzugehen, und es ist vor allen Dingen darauf zu achten, dass es kein Systemversagen ist. Die Situation aber, die Sie schildern, habe ich bei aller Liebe weder in meinem erstberuflichen Lebensweg noch in meiner Jugend noch sonst wo feststellen können. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Sie fordern nun eine Abkehr von der Ideologie. Aber aus meiner Sicht ist Ihre Rede durchwegs ideologisch geprägt gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man kann über ganz viele Sachen streiten. Kaum ein Jurist, egal auf welchem Gebiet er arbeitet, und kein Kollege aus der Politik wird widersprechen, wenn Sie bezweifeln, dass die ein oder andere Vorschrift oder Strafvorschrift richtig ist. Ich kann Ihnen aus meinem beruflichen Leben viele Vorschriften zitieren, die vielleicht einmal richtig waren, es aber aus heutiger Sicht nicht mehr sind. Vielleicht waren sie auch nie richtig. Das mag alles sein. Aber man muss sich daranhalten und schauen, dass man diese Vorschriften ändert. Das kann man machen.

Aber der Aussage, die Leute würden quasi unschuldig verfolgt, kann ich nicht nur nicht zustimmen, sondern das wäre ein Staat, den ich so nicht wollte. Wir haben einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat, und die Justiz ist eine ganz wichtige Säule von den drei Säulen. Sie kostet uns gerade einmal – das haben wir heute schon vom Kollegen Weidenbusch gehört – 191 Euro pro Bürger. Sie funktioniert deshalb, weil ganz viele Leute engagiert, qualifiziert und kompetent arbeiten und der Landtag die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Sie machen die Arbeit, die sie machen sollen, nämlich die Gesetze anzuwenden, die der Bayerische Landtag oder eventuell auch die Bundesregierung verabschiedet haben.

Die unabhängige Justiz hat die Aufgabe, die Gesetze anzuwenden, die ihr die Regierung vorgibt. Es sei denn, sie widersprechen dem Grundgesetz und zwar insbesondere den Artikeln 1 mit 20. Alles andere ist nicht ihre Aufgabe. Es ist allenfalls Aufgabe

des Parlaments – das können Sie nachsehen –, eine Vorschrift, die Ihnen nicht gefällt, zu ändern. Das ist aber nicht Aufgabe der Justiz. Das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, ist schlicht falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle allen Richtern, Staatsanwälten, Rechtspflegern und sonstigen Angestellten und Beschäftigten sagen: Sie leisten gute Arbeit; man sollte Ihnen dafür dankbar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie weiche Drogen freigeben wollen, dann ist das sicherlich ein Ansatz, der von vielen geteilt wird. Aber es ist nicht die Aufgabe der Justiz oder eines Richters bzw. eines Staatsanwalts, darüber zu befinden, ob die Vorschrift sinnvoll ist, sondern man muss sie richtig anwenden. Dafür gibt es die Ermessensvorschriften, die auch weitgehend eingehalten werden. Wenn sie im Einzelfall nicht richtig angewendet werden, dann sind wir bei dem Punkt: Jeder Mensch kann irren.

Richtig ist – da muss ich meinem Vorredner Vogel recht geben –, dass in diesem Haushalt die Justiz nicht im Mittelpunkt des Geschehens stand. Hier waren es die Entlastung der Familien, die Stärkung der Polizei sowie andere Vorschriften. Nichtsdestoweniger erfüllt der Haushalt insgesamt das, was die Justiz als notwendig erachtet, und gibt ihr die Möglichkeit, ihre Arbeit zu machen.

Kollege Vogel hat allerdings auch angesprochen, dass es durchaus Punkte gibt, bei denen man erkennen kann, dass mittelfristig Probleme auf die Justiz zukommen. Ich denke an die Dieselaffäre, an die Vermögensabschöpfung oder auch die Fixierung im psychiatrischen Bereich sowie natürlich auch – das ist ebenfalls angesprochen worden – die Stellenmehrung der Polizei. Sie wird vermutlich zu erheblich mehr Anzeigen und Strafverfahren führen. Hierfür ist im Haushalt nichts vorgesehen. Das wird künftigen Nachtragshaushalten oder künftigen Doppelhaushalten vorbehalten bleiben. Man

muss allerdings feststellen, dass das grundsätzlich immer mit einer gewissen Verspätung kommt, wenn das auch im Moment nicht problematisch ist.

Die Opposition will in ihren Änderungsanträgen wie immer mehr Geld und mehr Personal. Das ist sicherlich wünschenswert. Als Richter würde ich mir auch sagen, je mehr Personal da ist, umso weniger muss ich selber arbeiten. Das ist kein falscher Ansatz; das ist richtig. Es ist auch richtig, dass die Justiz hochbelastet ist. Die Belastung beträgt nach einem Personalbedarfsberechnungssystem der Justizbehörden durchschnittlich 1,15 %, und bei Staatsanwälten ist die Belastung mit 1,3 % deutlich höher. Umgerechnet bedeutet das, dass jeder Richter täglich eine Stunde umsonst arbeitet und jeder Staatsanwalt zwei bis drei Stunden. Das ist kein Dauerzustand, zumal man sich darüber streiten kann, was PEBB\$Y wirklich leistet und was nicht. Das will ich aber nicht weiter vertiefen.

Insgesamt reicht es trotzdem; die Justiz muss nur in Zukunft weiter um Nachwuchs werben, um die besten Leute in ihren eigenen Reihen zu haben. Dafür bietet der Haushalt in seiner Schwerpunktsetzung durchaus gute Ansätze.

Im Bereich Personal ist in den letzten Jahren sehr viel geschehen, aber man muss auch sagen, wenn in den letzten zwei drei Jahren erhebliche Zuwächse da waren, kann das nicht jedes Jahr so weitergehen. Das muss man so hinnehmen. Durch den Wegfall oder die Verlängerung der kw-Vermerke ist eine gewisse Entlastung und eine personelle Ausstattung erfolgt.

Richtig gut sieht es im Bereich der Baumaßnahmen aus. Das muss man klar sagen. Unter Berücksichtigung der Verpflichtungsermächtigung mit über 300 Millionen kann man sich beim besten Willen nicht über die Finanzausstattung beschweren.

Zum Bereich Digitalisierung: Beim Begriff Stabilisierung der Fachverfahren kann man sich durchaus darüber streiten, ob das positiv oder negativ gemeint ist. Denn wenn man schon stabilisieren muss, läuft es im Grunde nicht rund. Aber mit Geld allein wird es da keinen Gewinn geben. Ich brauche Personal, das das Ganze umsetzt, und ich

brauche den zeitlichen Vorlauf. Man darf nicht vergessen, dass Bayern in einer Arbeitsgemeinschaft mit insgesamt zehn Bundesländern arbeitet und nicht allein machen kann, was es will. Da bremsen diejenigen Länder, in denen andere Regierungen sitzen, zumindest keine FREIEN WÄHLER.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Überraschung!)

– Überraschung? Das werden wir noch ändern. Keine Sorge, das werden Sie schon noch erleben. – Bayerns Justiz braucht sich garantiert nicht zu verstecken. Wir liegen bundesweit an der Spitze. Da geht es uns so wie im Bereich der Polizei. Das betrifft auch die personelle Situation: Nicht umsonst kommen deshalb auch viele Bewerber zu uns.

Die Bezahlung ist bei uns in aller Regel besser als beispielsweise in den nördlichen Bundesländern, und auch die Arbeitssituation ist deutlich besser. Dass man es noch besser machen könnte, ist natürlich richtig. Natürlich sind die Bedingungen nur im Vergleich zu den anderen Bundesländern besser. Sie sind nicht unbedingt im europäischen Vergleich besser; da ist schon noch gewaltig Luft nach oben. In den nächsten Jahren müssen Verbesserungen kommen, mit denen die Schwerpunkte anders gesetzt werden.

Auf die einzelnen Punkte der Themen Bau, Digitalisierung usw. möchte ich nicht mehr näher eingehen; das hat der Kollege Vogel getan. Ich möchte aber noch einiges andere sagen. Sie haben sicherlich recht, wenn Sie sagen, dass beim Jugendstrafvollzug Verbesserungen möglich und nötig sind, gerade im Bereich des Arrests. Da werde ich Ihnen nicht widersprechen. Da ist sicherlich noch viel Luft nach oben. Aber in den Justizvollzugsanstalten wird sehr viel getan, um Ausbildungen und Arbeitstätigkeiten zu ermöglichen. Damit soll das ermöglicht werden, was Sie gerade gesagt haben: dass nach einem längeren JVA-Aufenthalt tatsächlich die Chance besteht, draußen ein straffreies Leben zu führen.

Sie müssen aber mal ausrechnen, welch lange Strafe jemand, der ohne Ausbildung in die JVA kommt, bekommen muss, damit er eine Ausbildung in der JVA machen kann: Es dauert lange, bis das Urteil rechtskräftig ist, bis der Vollzug tatsächlich anläuft, bis die Ausbildung beginnen kann. Da bewegen wir uns in Bereichen der Strafe, bei denen es schwierig wird, was die Entlassungen angeht. Die Justiz kann hier nur schwer das ausgleichen, was vor ihr die Eltern, die Schule oder auch ungünstige Umstände bewirkt haben. Das kann man verbessern, und da sind Verbesserungen möglich und nötig. Wir haben diverse Ansätze im Haushaltsentwurf. Zum Beispiel ist für den Bereich des Vollzuglichen Arbeitswesens eine Steigerung von 38,9 auf 41 Millionen Euro vorgesehen, weil die Aufgabe und das Ziel erkannt sind. Dieser Aufgabe kommt die Bayerische Staatsregierung nach. – Auch für andere Aufgaben in diesem Umfeld sind Ansätze vorhanden. Aber es ist schwierig, sie auszuführen; oft fehlt schlicht und ergreifend das Personal.

Insgesamt ermöglicht der Haushalt der Justiz auf jeden Fall ein vernünftiges Arbeiten. Er ermöglicht nicht gerade, dass ich "Heureka!" schreie, das ist auch klar; aber er erfüllt die Anforderungen der Justiz, damit sie arbeiten kann. Die erkannten Probleme werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten angegangen, gerade in den Bereichen der Digitalisierung und des Jugendstrafvollzugs, wobei der Anlauf hier länger ist, damit genügend getan wird.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Pittner, Sie denken an Ihre Redezeit?

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich beantrage deshalb, dem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie erhalten zugleich aufgrund einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kerstin Celina vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Redezeitverlängerung.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie waren verwundert über die Rede meines Fraktionskollegen Schuberl; ich bin verwundert über Ihre Rede. Was mein Kollege gesagt hat, richtete sich nämlich in keiner Weise gegen die Arbeitsweise der Juristen, sondern er ging darauf ein, dass die Bayerische Staatsregierung die Verantwortung dafür hat, ein sehr belastetes Justizsystem nach Kräften zu entlasten. Genau darauf zielte seine Rede ab: die Justiz von der Bearbeitung von Bagatelldelikten zu entlasten, die Resozialisierung in den Vordergrund zu stellen. Bei allem, was er gesagt hat, ging es darum, den Spielraum, den die Bayerische Staatsregierung hat, zu nutzen, um die Justiz zu entlasten.

Eine ganz konkrete Frage habe ich in dem Zusammenhang noch an Sie. Sie haben das Gesetz zur Fixierung angesprochen. Wenn ich mich recht erinnere, sind zwanzig Stellen für Richter vorgesehen, um den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen. Wir wissen seit ganz langer Zeit, dass das Bundesverfassungsgericht uns das aufgegeben hat:

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Celina, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Kerstin Celina (GRÜNE): Ab nächstem Monat muss es umgesetzt sein. Wann sind die Richterstellen da? Und wäre das nicht ein guter Grund, an anderer Stelle tatsächlich zu entlasten?

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Die erste Frage kann ich nicht beantworten; das muss die Verwaltung übernehmen, das Ministerium. Ich bin nicht der Personalreferent, der Personal einstellt. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Zur zweiten Frage: Die Justiz von Bagatellfällen zu entlasten, ist schön und gut. Das wird ja auch getan. Man könnte aus Ihrer Sicht vielleicht mehr tun; das kann schon sein. Das Problem ist bloß: Ein Intensivstraftäter fängt nicht mit einer großen Straftat an, sondern mit einem Bagatellfall. Wenn Sie alle Verfahren zu Bagatellfällen einfach einstellen, erhöhen Sie die Eingriffsschwelle des Staates und produzieren entspre-

chende Unsicherheit. Das ist nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss. In manchen Bereichen ist es sicherlich möglich; da will ich gar nicht widersprechen, da könnte man auch mehr machen. Aber den Ansatz, den Sie vorbringen, kann ich grundsätzlich nicht teilen. Das ist auch keine Entlastung der Justiz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Pittner. – Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Maier, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Am vergangenen Sonntag war Muttertag. Ich weiß gar nicht, ob Sie von den links-grünen Parteien das überhaupt noch wissen: Das ist der Tag, an dem Kinder ihrer Mutter einmal von Herzen Danke sagen. Sie wollen den Begriff der Mutter ja ganz abschaffen.

(Lachen des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ihre Kollegen in Brüssel arbeiten fleißig daran, das schönste aller Wörter, das Wort Mutter, durch das Kunstwort "Elter" zu ersetzen. – Dabei noch zu lachen, ist absurd. – Das nennen Sie dann gendergerecht. Das ist Ihre Einstellung zum Muttertag. Aber zu den Rot-Grünen und ihren Absurditäten im Haushaltsplan, der jetzt zur Debatte steht, komme ich gleich noch.

Eine Mutter allerdings gibt es, die wir nicht feiern: Das ist die "Mutter aller Probleme". Die Kollegen von der Union wissen genau, was ich meine. Es gibt keinen Bereich, in dem Sie keine Problemkinder in die Welt gesetzt hätten. So finden sich die Auswirkungen der völlig verfehlten Migrationspolitik leider wie selbstverständlich auch im Justizhaushalt wieder.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Haben Sie kein anderes Thema?)

Mehr Ausgaben, wo man hinsieht; höhere Ausgaben für Gefangene. Der steigende Anteil an Ausländern unter den Insassen ist Ihnen bekannt. Dolmetscherkosten, Übersetzerkosten, Mehrausgaben für Personal: alles nicht vergessen. Das bezahlt natürlich der bayerische Steuerzahler. Außerdem wollen Sie, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, 150 neue Abschiebehaftplätze schaffen. Das kostet natürlich auch Geld, ist aber notwendig. Nur sorgen Sie bitte auch dafür, dass diese Plätze ordentlich besetzt werden. Denn abgelehnte Asylbewerber müssen in unserem Rechtsstaat abgeschoben werden; dann haben wir auch mehr als genug Geld im Haushalt, dort, wo es dringender benötigt wird.

Jetzt komme ich zu den Änderungsanträgen der SPD und der GRÜNEN. Die SPD fordert mehr Richter und Staatsanwälte. Das klingt erst mal nicht schlecht. In Ihre Begründung haben Sie allerdings eine interessante Passage eingefügt. Sie zitieren den Bayerischen Richterverein: Strafgerichte hätten durch den Zuzug von Geflüchteten einen Anstieg bewältigen müssen, denn – Zitat – "jeder über einen sicheren Drittstaat eingereiste Geflüchtete begehe nach dem Gesetz eine Straftat".

Aha, jetzt wissen wir es also: Erst machen Sie die Grenzen sperrangelweit auf, beklatschen die illegalen Grenzübertritte, und jetzt fordern Sie mehr Geld für Strafrichter. Ist das nicht eine absurde Form der Politik?

(Widerspruch des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Einen Änderungsantrag von den GRÜNEN möchte ich besonders negativ hervorheben. Sie fordern darin einen Entschädigungsfonds für Justizopfer in Höhe 300.000 Euro. Dieser Antrag ist schon aus zweierlei Perspektiven eigenartig; denn Justizopfer gibt es in einem Rechtsstaat nicht. Darin gibt es – hören Sie gut zu – höchstens Opfer von Justizirrtümern. Wenn Sie das meinen, schreiben Sie heute ein neues, ein schönes Stück grünen Populismus; denn einen gesetzlichen Anspruch auf Schadensersatz bei Justizirrtümern gibt es bereits, Stichwort Staatshaftungsrecht. Der Entschädigungsfonds, den Sie fordern, wird in verfassungsrechtlich bedenklicher

Weise gerade den grundsätzlich unlimitierten Schadensersatzanspruch von Justizopfern tatsächlich begrenzen. Wir wollen das sicher nicht. Wenn Sie aber mit Justizopfern diejenigen Straftäter meinen, die bereits rechtskräftig verurteilt sind und die kein Opfer eines Irrtums geworden sind – wir reden also von gewöhnlichen Straftätern, von verurteilten Mördern, Räubern und Vergewaltigern –, dann wollen Sie diesen Leuten eine Entschädigung bezahlen, falls diese Leute in "Härtefällen", wie Sie schreiben, in eine materielle Notsituation geraten! Mit uns ist das nicht zu machen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Eine solche Sicht auf den Rechtsstaat können doch nicht mal Sie von den GRÜNEN pflegen.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht wollen Sie auch absichtlich etwas Schwammigkeit in Ihren Begrifflichkeiten haben; denn ein gewisses Klientel muss von Ihnen schließlich immer mit bedient werden. Sie wissen genau, was ich damit meine.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein, weiß ich nicht!)

Wir geben aber weder der Staatsregierung unseren Segen für eine verfehlte Justiz- und Migrationspolitik, noch stimmen wir irgendwelchen links-grünen Anti-Rechtsstaats-Anträgen zu.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Flisek von der sozialdemokratischen Fraktion.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Wissen Sie, Herr Kollege Maier, nur zu "nur so viel", zu Ihrer Arbeitsweise: Das zieht sich scheinbar wie ein roter Faden durch Ihre gesamte Arbeit. Bereits heute in der Debatte zum Abgeordnetenrecht haben wir gehört, dass Sie im einschlägigen Rechts- und Verfassungsausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender Sie immerhin sind, überhaupt kein Wort zu dem ganzen Thema sagen, und hier eigentlich immer wieder dieselben Reden halten. Es

sind immer dieselben Reden zu demselben Thema. Sie nutzen jede Gelegenheit, um dieses Thema vorzutragen. Jetzt genauso wieder: Sie haben zu diesem Justizetat, den Sie scheinbar so schlecht finden, nicht einen einzigen Änderungsantrag eingebracht.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Entschuldigung, Sacharbeit im Parlament, in diesem Haus sieht anders aus. Wo bleiben Ihre konstruktiven Vorschläge? – Wir warten darauf.

Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In vielen europäischen Ländern steht der Rechtsstaat derzeit massiv unter Druck, und die Unabhängigkeit der Justiz wird offen infrage gestellt, und zwar auch in Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ich darf daran erinnern, dass gegen Polen und Ungarn seitens der EU Rechtsstaatlichkeitsverfahren eröffnet wurden. Im schlimmsten Fall droht diesen Ländern sogar der Entzug des Stimmrechts. Insbesondere mit Blick auf die kommenden Europawahlen muss man mit großer Sorge beobachten, dass die Idee des Rechtsstaats und die Idee der Gewaltenteilung von vielen politischen Kräften infrage gestellt wird.

In diesen für den Rechtsstaat sehr turbulenten Zeiten legen Sie, Herr Minister Eisenreich, einen Justizhaushalt vor, der aus Sicht der SPD-Fraktion jede Ambition vermissen lässt. Ich möchte im Folgenden ausführen, wie ich zu dieser Beurteilung komme. Hinsichtlich des Versprechens aus dem Koalitionsvertrag, Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften aufzustocken, bleiben die ergriffenen Maßnahmen weit hinter dem Erforderlichen zurück. Das ist sehr bedauerlich, weil der Pfad, den Sie als Justizminister hätten beschreiten sollen, eigentlich vorgegeben war.

Erst kürzlich hat die Bundesregierung mit den Bundesländern den Pakt für den Rechtsstaat geschlossen, nach dem 2.000 neue Richterstellen bei den Gerichten der Länder und des Bundes mit dem entsprechenden Folgepersonal geschaffen werden

sollen. Es ist klar, dass dieser Pakt nur dann erfolgreich sein kann, wenn nicht nur der Bund, sondern auch die Länder ihre Hausaufgaben machen.

Anfang dieses Jahres habe ich eine schriftliche Anfrage an Ihr Haus gerichtet, mit wie vielen Stellen sich der Freistaat Bayern an der Erreichung des Standards PEBB\$Y 100 beteiligen will. Die Antwort war sehr lapidar. Man hat mir nur mitgeteilt, der Pakt sei momentan noch nicht geschlossen, man könne daher keine Aussagen darüber treffen. Die Länder waren zum Zeitpunkt meiner Anfrage aber bereits aufgefordert worden, dem Bund ihre Bedarfe zu melden. Bayern war mit seiner Meldung gegenüber dem Bundesjustizministerium offenbar in Verzug. Gleichzeitig erhalten wir wenige Tage vor meiner Anfrage an Ihr Haus aus dem bayerischen Justizministerium die Mitteilung über eine Pressemitteilung, dass in Bayern 195 Stellen bei der Staatsanwaltschaft und 36 Stellen bei den Strafrichtern fehlen. Eine Sprecherin aus Ihrem Ministerium hat sogar gesagt, der Personalbestand der bayerischen Justiz sei auf Kante genäht.

Mich erstaunt dieses widersprüchliche Verhalten. Einerseits kann Ihr Ministerium die fehlenden Stellen genauer beziffern, andererseits bleibt meine Anfrage an Ihr Haus faktisch unbeantwortet. Mir drängt sich dann schon die Frage auf, ob Sie dem Landtag Informationen vorenthalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir sicher, dass innerhalb der bayerischen Justiz niemand vergessen hat, welchen Schaden das Spardiktat des ehemaligen CSU-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber angerichtet hat. Bei allen Aufstockungen, über die wir jetzt sprechen, dürfen wir nie vergessen, von welchem Niveau aus wir kommen. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass auch die CSU die richtigen Schlüsse aus diesem Kapitel gezogen hat, aber Sie haben heute bereits in den Reden zum Haushalt gehört: Offensichtlich sind andere Schwerpunkte in diesem Haushalt gesetzt worden.

Jetzt sage ich Ihnen aber auch eines: So sehr ich begrüße, dass wir in die innere Sicherheit, in Polizeistellen investieren, so sehr müssen wir uns dabei aber auch darüber im Klaren sein, dass das zwei Seiten derselben Medaille sind. Wenn wir Polizisten einstellen, werden diese Polizisten ermitteln und Arbeit für die Justiz herbeischaffen. Wenn die Justiz allerdings am Ende einen Flaschenhals darstellt, weil wir nicht gleichzeitig für einen Stellenaufwuchs bei der Justiz sorgen, dann haben wir hier ein Problem. Ich wünsche mir, dass das Justizministerium und das Innenministerium bei diesen Personalfragen Hand in Hand marschieren, Herr Minister, und ich hoffe, dass Sie das bei Ihrer Arbeit in Zukunft hinbekommen; der Haushalt ist derzeit jedenfalls nicht davon geprägt.

Natürlich geht es auch darum, dass wir die Stellen – das wurde bereits angesprochen –, die wir angesichts der Flüchtlingskrise durch Sonderprogramme befristet geschaffen haben, endlich entfristen.

Am Ende geht es aber nicht nur um die Richter und Staatsanwälte. Wir brauchen in der bayerischen Justiz auch das sogenannte Folgepersonal, weil die Richter und Staatsanwälte nicht in einem luftleeren Raum arbeiten. Wir brauchen Rechtspfleger. Wir brauchen mehr Bewährungshelfer. Wir brauchen mehr Gerichtshelfer, Gerichtsvollzieher, Justizsekretäre, Justizwachtmeister, und wir brauchen mehr Personal in den Serviceeinheiten. Das alles gehört zu einem Gesamtkonzept, meine Damen und Herren.

Ich sage Ihnen natürlich auch noch etwas zu den rechtspolitischen Überlegungen, die meine Fraktion anstellt. Ich selber bin Rechtsanwalt und arbeite im Bereich des geistigen Eigentums. München ist einer der herausragenden Standorte, wenn es um den Schutz des geistigen Eigentums geht. Wenn wir es so sagen wollen: Das ist eine Visitenkarte von Law made in Bavaria. Wir sind der Sitz des Europäischen Patentamtes. Das Deutsche Patent- und Markenamt und renommierte Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut sind hier. Bald wird es auch dazu kommen, dass in der Landeshauptstadt eine Zweigstelle des einheitlichen Patentgerichts errichtet wird.

Wir sprechen davon, dass zwei Drittel der in Deutschland beschäftigten 4.400 Patentanwälte von Bayern aus arbeiten. Ich habe beobachtet, welche Missstände wir im sozialen Bereich bei den Arbeitnehmerinnen und bei den Arbeitnehmern in der letzten Zeit im Europäischen Patentamt hatten – wir sprechen hier über Familien, über Mitarbeiter, die in München wohnen, und die einem eigenen Rechtsregime unterliegen, worum sich aber niemand gekümmert hat. Wir haben auch aus wirtschaftlichen Interessen heraus eine Verantwortung für diese Menschen, und man sollte sich da nicht so diplomatisch heraushalten, wie das die bayerische Justiz und das Justizministerium in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe sehr, dass das Europäische Patentamt unter dem neuen Präsidenten wieder in ein gutes Fahrwasser kommt.

Ich würde auch anregen, dass Sie vielleicht im Haus tatsächlich einmal eine richtige Strategie für den IP-Rechtsstandort Bayern entwickeln, weil ich denke, dass das wirklich ein Pfund ist, mit dem wir in Bayern wuchern können.

Ein weiteres Thema, bei dem Sie auch über den Bundesrat Möglichkeiten zu Initiativen haben, möchte ich ansprechen, die Rechtsanwaltsvergütung, das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz. Die Sätze, mit denen wir derzeit konfrontiert sind, stammen aus dem Jahre 2013. Die Lebenshaltungskosten haben sich seitdem um 13 % erhöht. Gerade wenn wir über eine flächendeckende, qualitativ hochwertige juristische Grundversorgung im ländlichen Raum sprechen, dann reden wir über Kolleginnen und Kollegen, die nicht nach Zeitsätzen und Stundenhonoraren arbeiten, sondern die nach dem RVG, nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz abrechnen. Deswegen wäre es höchste Zeit, dass Sie auch hier eine Gesetzesinitiative zugunsten einer angemessenen Erhöhung starten.

(Zurufe der Abgeordneten Steffen Vogel (CSU) und Petra Guttenberger (CSU))

– Ich rede über den bayerischen Justizminister und seine Rechtspolitik. Das werden Sie hier noch ertragen.

(Beifall bei der SPD – Weitere Zurufe von der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir zu einem Thema, das mir auch noch sehr bitter aufstößt. Laut einem Bericht der katholischen Kirche haben in Deutschland 1.670 katholische Geistliche in den Jahren von 1946 bis 2014 3.677 meist männliche Minderjährige sexuell missbraucht. Das ist ein unglaublicher Befund; denn hinter diesen nackten Zahlen verbirgt sich unsägliches menschliches Leid, zumal davon auszugehen ist, dass die Dunkelziffer noch sehr hoch ist. Wir haben es hier mit einem System des jahrzehntelangen Verschweigens, Vertuschens und Verleugnens zu tun. Die Bistümer entscheiden bis heute selbst, ob Anklage erhoben wird oder nicht. Das ist in meinen Augen ein rechtspolitischer Skandal.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Ich sage Ihnen auch: Die Kooperationsbereitschaft einiger Bistümer allein reicht mir nicht aus. Es ist vielmehr dringend notwendig, dass auch in Bayern zumindest die für die Studie verwendeten Personalakten beschlagnahmt werden.

(Zuruf des Staatsministers Georg Eisenreich (CSU))

Strafrechtliche Ermittlungen und Verfolgungen in einem Rechtsstaat sind Aufgabe der Justiz und nicht der Kirche. Alles, was strafrechtlich relevant ist, muss von der Polizei und von den Staatsanwaltschaften verfolgt werden und nicht von der Kirche. Um es deutlicher zu sagen: Das Kirchenrecht steht nicht über dem Strafrecht. Deshalb empfehle ich Ihnen, dass Sie deutlicher initiativ werden und gegebenenfalls mehr als in der letzten Zeit von Ihrem Weisungsrecht Gebrauch machen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte kommen Sie zum Schluss, Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich komme zum Schluss. Ja, wenn wir Parlamentarier über Rechtspolitik reden, dann reden wir, glaube ich, nicht nur über die Rechtspolitik des Ministeriums, sondern auch über gute Gesetzgebung. Ich wünsche mir, dass wir, das Parlament, nicht so tun, als wären alle Gesetze, die wir hier verabschieden, für die Ewigkeit gemacht. Ich wünsche mir, dass wir angesichts der technologischen Entwicklungen in Bayern selber zu einem Vorreiter für eine evidenzbasierte Begleitforschung der Gesetzgebung werden. Das heißt, dass wir die Gesetze, die wir hier verabschieden, regelmäßig hinterfragen müssen. – Herzlichen Dank, ich bin damit fertig.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Hagen von der FDP.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine leistungsfähige Justiz ist ein zentrales Element, wenn es darum geht, Sicherheit und Freiheit der Bürger sicherzustellen. Ohne eine funktionierende Justiz gibt es keinen funktionierenden Rechtsstaat. Die Justiz ist deshalb ein wichtiger Teil in unserem Verfassungsgefüge. Von dem Personal, um das es im Einzelplan 04 geht, wird in Bayern eine hervorragende Arbeit geleistet. An dieser Stelle gebührt ein herzlicher Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz und im Justizvollzug, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, den Richterinnen und Richtern, den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz. Dank gebührt aber auch den zahlreichen ehrenamtlichen Kräften, deren Engagement beispielsweise im Schöffenamt, bei der Betreuung von Gefangenen oder in der Bewährungshilfe gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Das Ehrenamt unterstützt und entlastet die Justiz auf vielfältige Weise und bedarf daher weiter besonderer Unterstützung.

Die FDP unterstützt und begrüßt die wichtigen und notwendigen Ausgaben im Einzelplan 04 für die Arbeit der Justiz. Das Geld – das sagen wir als Opposition – ist hier

überwiegend gut angelegt. Als Beispiel nenne ich die zusätzlichen 100.000 Euro für die Einführung von Drohnenabwehrsystemen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten oder auch den Einsatz muslimischer Seelsorger in den Justizvollzugsanstalten als Mittel zur Prävention gegen Radikalisierung. Beiden Änderungsanträgen hat die FDP übrigens auch im Ausschuss zugestimmt.

Die FDP sieht im Gesamthaushalt eine Menge Sparpotenzial. Einen Sparkurs in der Justiz lehnen wir allerdings ausdrücklich ab. Im Sinne einer nachhaltigen Politik ist es erforderlich, dass in allen Bereichen genau hingesehen wird. Alle Kosten, auch die kleineren, müssen hinterfragt werden. Das gilt auch für den Einzelplan 04 zum Beispiel bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Im nächsten Doppelhaushalt steht der Pakt für den Rechtsstaat an. Dieser bringt zusätzliche Stellen für die Justiz mit sich, was wir ausdrücklich begrüßen. Angesichts dieser kommenden finanziellen Herausforderungen gerade in der Justiz fordert die FDP schon in diesem Haushalt, alle Maßnahmen auf Einsparmöglichkeiten zu überprüfen.

Ich nenne zwei Beispiele. Das erste sind die Chancen, die die Digitalisierung bietet. Gerade diese Chancen müssen wir in der Justiz zügig nutzen. Der länderübergreifende Austausch von Daten muss schneller erfolgen. Der Zugriff auf Akten muss vereinfacht werden. All dies kann unkomplizierter und effizienter und damit mittel- bis langfristig auch kostengünstiger erfolgen. Wir erwarten, dass Investitionen, die heute in die digitale Infrastruktur getätigt werden, sich morgen und übermorgen auch durch Effizienzgewinne an anderer Stelle in Entlastung niederschlagen.

Das zweite Beispiel für Effizienzreserven, die in der Justiz liegen, ist nach unserer Ansicht die unverhältnismäßige Verfolgung von Bagatelldelikten. Kollege Schuberl hat es angesprochen. Wenn Cannabiskonsumenten und Schwarzfahrer regelmäßig die bayerischen Gerichte beschäftigen, stellt sich schon die Frage nach Kosten und Nutzen.

Im Hinblick auf den Gesamthaushalt und mit Blick auf die kommenden Jahre müssen und können überall Einsparungen vorgenommen werden. Der Einzelplan 04 ist dafür nach unserer Meinung eher nicht in großem Maße geeignet. Im Großen und Ganzen passt das, was die Regierung hier vorgelegt hat. Die FDP wird sich enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Petra Guttenberger für die CSU-Fraktion.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich nutze die Gelegenheit, herzlichen Dank an all diejenigen zu sagen, die in der Justiz tätig sind: Richter, Staatsanwälte, die Sozialen Dienste, der Justizvollzug, die Bewährungshelfer und auch die ehrenamtlich Tätigen. Sie alle leisten eine ganz hervorragende Arbeit zur Sicherheit in unserem Land. Das sollte man nicht vergessen.

Herr Schuberl, ich sage es ganz unumwunden: Mit Ihrem Redebeitrag vermitteln Sie den Eindruck der Parteilichkeit der Justiz. Sie sprechen von Justizopfern, verschweigen dabei aber ganz klar, dass ein Staatsanwalt der Regelung der Amtspflichtverletzung unterfällt und dass der Staat auch dann haftet, wenn ein Richter Rechtsbeugung begehen würde. Sie servieren uns einen verbrämten Begriff von Arm und Reich und vermitteln damit den Eindruck, dass parteiliche Richter Urteile nach dem Vermögensstatus der Angeklagten, die vor ihnen stehen, erlassen würden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Ich sage Ihnen eines: Keine liquiden Mittel zu haben, darf nicht der Freibrief dafür sein, sich in einem rechtsfreien Raum zu bewegen und für seine Taten nicht zur Verantwortung gezogen zu werden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Natürlich nicht!)

Bei all dem, was Sie sagen, verschweigen Sie die andere Seite: Es gibt den Täter, bei dem Sie sagen können, es war nicht so schlimm. Es gibt aber auch das Opfer, und für das Opfer ist jeder Eingriff in seine Sphäre ein großer Eingriff, der für den Einzelnen schlimm ist.

Wir haben glücklicherweise einen Rechtsstaat – das haben wir heute schon einmal gehört –, und wir haben glücklicherweise auch unabhängige Gerichte, die ihre Tätigkeit ernst nehmen und gut ausüben. Ich sage Ihnen noch eines: Den Handel mit Cannabis als Einstiegsdroge nicht mehr unter Strafe zu stellen, um damit die Gerichte zu entlasten, ist der falsche Weg, Herr Schuberl. Bei uns gehören Drogendealer nicht in den Park, bei uns gehören Drogendealer vor Gericht.

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Ja, natürlich! Haben Sie nicht zugehört?)

– Ich habe Ihnen sehr wohl zugehört,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Anscheinend nicht!)

und umso entsetzter bin ich darüber, dass Sie Gerichte offensichtlich zulasten von Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit entlasten wollen, indem Sie das oder jenes als Bagatelldelikt bezeichnen. So geht es nicht. Delikte sind Delikte, und kein Mensch wird wegen einmaligen Schwarzfahrens mit einer Gefängnisstrafe bestraft.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Hätten Sie zugehört: Ich habe nicht gesagt, dass Schwarzfahrer im Gefängnis sitzen!)

Jetzt möchte ich wieder zum Haushalt zurückkommen und eines klarlegen: Wir haben in den letzten fünf Jahren 2.000 Stellen für die Justiz geschaffen. Dieser Haushalt – der Kollege Vogel hat ihn mit Stabilität beschrieben – steht auch dafür, dass wir uns für alle die Menschen, die sich in der Justiz einsetzen und ihre Arbeitskraft einbringen, als verlässliche Partner erweisen. Das haben wir bei den Stellen gemacht. Durch die Verlängerung der kw-Vermerke haben wir 210 Stellen in der allgemeinen Justiz,

50 Stellen im Justizvollzug und 25 Stellen im Abschiebehaftvollzug für weitere zwei Jahre gesichert. Mit der Änderung der Stellenabbauverpflichtung stehen ebenfalls fast 56 Stellen wieder zur Verfügung, die nicht mehr abgebaut werden müssen. Von den Aushilfsmitteln wurde ein Teil dafür genutzt, 31 feste und gebundene Planstellen zu schaffen. Auch hier ist nicht nichts geschehen, wie man bei manchen Redebeiträgen meinen könnte, sondern wir haben deutliche Verbesserungen geschaffen, wenn auch nicht so große, wie es sich die Opposition immer wünscht. Die Opposition fordert eben alles, weil sie es nicht zahlen muss. Auch die Stellenhebungen werden sich positiv auf die Situation des Justizpersonals auswirken.

Kommen wir noch einmal zum Justizvollzug. Wir sind der festen Überzeugung, dass Freiheit nicht ohne Sicherheit geht. Sicherheit heißt auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, dass Täter, die schwerstkriminell sind, sicher in einer Justizvollzugsanstalt verwahrt werden. Der einzelne Gefangene muss sich darauf verlassen können, dass er sich innerhalb der Justizvollzugsanstalt sicher fühlen kann. Deshalb haben wir den Anwärtersonderzuschlag und die Vergütung für den Dienst zu ungünstigen Zeiten erheblich erhöht. Damit haben wir die Attraktivität des Berufsfeldes Justizvollzug deutlich gesteigert.

Wir sehen aber auch, dass sich oftmals Gefangene ohne Perspektive, ohne strukturierten Tagesablauf, ohne Ausbildung und ohne Schulabschluss in den Haftanstalten befinden. Diesen Gefangenen müssen wir Perspektiven geben, zum Beispiel durch eine Berufsausbildung. Das geht nur, wenn wir auch in Zukunft qualifizierte Ausbildungen anbieten können. Deshalb ist es erforderlich, dass wir auch in Zukunft Handwerksmeister dafür gewinnen, eine Justizvollzugsanstalt als berufliche Stätte zu wählen. Mich freut es ganz besonders, dass unser Antrag, die Meisterzulage um über 100 % zu erhöhen, in diesen Haushalt Eingang gefunden hat.

Oftmals kommen Häftlinge in den Justizvollzugsanstalten mit Extremismus und Salafismus in Kontakt und radikalisiert sich dabei. Um das zu verhindern, haben wir eine Vielzahl von Präventions-, Deradikalisierungs- und Seelsorgeprogrammen aufgelegt,

die wir weiter ausbauen wollen. Uns ist es wichtig, dass wir zwei weltanschaulich neutrale muslimische Seelsorger einsetzen, einen in Nord- und einen in Südbayern, damit der muslimische Häftling einen festen und verlässlichen Ansprechpartner hat, der nicht versucht, ihm den Salafismus zu predigen, sondern der mit beiden Füßen auf der Grundlage der Bayerischen Verfassung und natürlich des Grundgesetzes steht.

In den letzten Jahren ist in Bayern kein Ausbruch mehr erfolgreich verlaufen. Allerdings müssen für neue Probleme für die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten rechtzeitig präventive Antworten gefunden werden. Uns war es deshalb ein Anliegen, dass Detektorsysteme für die Drohnenabwehr in momentan acht Justizvollzugsanstalten etabliert werden. Inzwischen können nämlich Drogen, Handys und Waffen mit kleinen Drohnen sehr leicht in die Haftanstalten gelangen. Dies führt dann zu Drogenhandel oder Waffenbesitz, wodurch die Sicherheit in den Anstalten beeinträchtigt wird. Deshalb ist es zu begrüßen, dass ein Drohnenabwehrsystem, wie es in der Schweiz gang und gäbe ist, bei uns etabliert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir halten diesen Haushalt für einen richtigen und wichtigen Weg, um einerseits die Sicherheit und damit die Freiheit der Menschen außerhalb der Justizvollzugsanstalten und andererseits die Sicherheit der Gefangenen innerhalb dieser Anstalten sicherzustellen. Wir halten diesen Haushalt für einen guten Weg, um die Justiz auch in Zukunft als Partnerin der Bürger und als wichtigen Hort für die Rechtsstaatlichkeit und die Gerechtigkeit fortzuentwickeln, und werden deshalb diesem Haushalt selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Schuberl, Sie hatten sich ein paar Mal gemeldet. War das eine Zwischenbemerkung?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein!)

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte heute diese Haushaltsdebatte nutzen, um den im bayerischen Justizwesen Beschäftigten meinen herzlichen Dank und Respekt auszusprechen. Das Justizwesen ist von der Anzahl und der Verschiedenartigkeit der Berufe her ein weites Feld. Vom sogenannten einfachen Angestellten im Justizvollzug bis hin zum Richter am Oberlandesgericht muss ich feststellen: Die Justiz leistet in Bayern eine gute Arbeit.

Die Bedeutung einer funktionierenden Justiz kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das haben meine Vorredner bereits gesagt. Eine funktionierende Justiz ist erforderlich, um die Bürgerrechte und die Sicherheit zu gewährleisten. Ein weiterer wesentlicher Aspekt wurde bisher noch nicht genannt: Gerade in einem wirtschaftsstarken Land wie Bayern ist eine zügig arbeitende und inhaltlich gut aufgestellte Justiz ein wichtiger Standortvorteil, weil sie für Investoren und Unternehmen Rechtssicherheit bietet.

(Beifall bei der AfD)

Beispiele für das gute Funktionieren der bayerischen Justiz gibt es zuhauf. Eigentlich hätten es alle Berufe in der Justiz verdient, heute hier erwähnt zu werden. Ich möchte trotzdem den bayerischen Verwaltungsgerichten meine besondere Anerkennung aussprechen. Die Verwaltungsgerichte haben nicht nur in den regulären Verfahren, sondern gerade auch in Eilrechtsverfahren immer wieder dafür gesorgt, dass grob rechtswidrige Weisungen von Bürgermeistern und von Kommunen aufgehoben wurden, die sich gegen den rechtsstaatlichen Anspruch einer demokratisch legitimierten und demokratisch gewählten Partei auf Nutzung von öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel Stadthallen gerichtet haben. Dafür herzlichen Dank. Ein aktuelles Beispiel dafür gab es Anfang dieses Monats in München. Das Verwaltungsgericht München hat die sehenden Auges rechtswidrig angeordneten Hausverbote zügig aufgehoben.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um auf das einzugehen, was Herr Schubert gesagt hat. Ich kann nur sagen: Ich habe dafür nur ein gewisses Unverständnis. Dieses Unverständnis konnte durch die Zwischenbemerkung nicht aufgeklärt werden. Die Menschen, die im Justizvollzug tätig sind, leisten eine gute Arbeit und haben Wertschätzung verdient. Diese Menschen haben die Resozialisierung auf dem Schirm. Sie wird auch gemacht. Natürlich können wir immer über Maß und Mittel diskutieren. Ich habe Ihren Redebeitrag so aufgefasst, dass Ihre Wertschätzung für die Menschen ein bisschen höher sein könnte.

Zu den angeblich zu harten Strafen, die für sogenannte Bagatelldelikte verhängt werden, muss ich Ihnen sagen: Das sehe ich ganz anders. Ich kann Ihre Klage, dass diese Strafen zu hart seien, nicht nachvollziehen. Herr Pittner hat zu Recht gesagt: Bestraft wird, wer eine Straftat begangen hat. Die Begehung einer Straftat lässt sich in aller Regel verhindern.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der bereits in den letzten beiden Redebeiträgen angesprochen wurde, nämlich die Förderung bzw. die weitere finanzielle Ausstattung für neutrale muslimische Seelsorger. Diesen Punkt sehen wir sehr kritisch und haben deshalb im Haushaltsausschuss dagegen gestimmt. Warum sehen wir diesen Punkt kritisch? – Was heißt in diesem Zusammenhang "neutral"? Wir alle wissen, dass es "den" Islam nicht gibt. Wir haben Schiiten und Sunniten sowie verschiedene Rechtsschulen innerhalb dieser beiden Hauptströmungen. Außerdem gibt es noch die Alawiten. Allein deshalb wird es schon schwierig werden, eine Person zu finden, die als neutral wahrgenommen wird. Ein Schiit wird sich wohl kaum einem sunnitischen Seelsorger anvertrauen.

Eine weitere Frage lautet: Wo sollen wir diese Leute hernehmen? "Neutral" heißt auch, dass die betreffende Person keinen Bezug zu einer Organisation wie zum Beispiel DITIB haben darf. DITIB stellt in Deutschland die meisten Imame und Seelsorger. DITIB ist aber sicherlich keine Organisation, die als neutral bezeichnet werden kann. Sie scheidet damit aus. Außerdem sind wir von der AfD ohnehin der Meinung, dass

wir nicht an den Symptomen herumdoktern, sondern das Problem grundlegend lösen sollten. – So viel von meiner Seite. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Herrn Staatsminister Georg Eisenreich aufrufen.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein starker Rechtsstaat braucht neben starken Sicherheitskräften eine starke Justiz. Eine wehrhafte Demokratie braucht auch eine starke Justiz. Nur ein starker Rechtsstaat und eine wehrhafte Demokratie sind in der Lage, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gegen alle Angriffe zu verteidigen. Unser Rechtsstaat und unsere Demokratie werden wirklich täglich herausgefordert. Deswegen wollen und brauchen wir eine starke Justiz. Die Justiz in Bayern ist stark, und deshalb möchte ich mit einem herzlichen Dank beginnen. Ich bedanke mich herzlich bei unseren Richterinnen und Richtern, bei unseren Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, bei den Rechtspflegern, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Service-Einheiten, bei den Gerichtsvollziehern, bei den Justizwachtmeistern, bei den Bewährungshelfern und natürlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug. Sie alle zusammen machen einen wirklich großartigen Job. Deshalb einen herzlichen Dank dafür, dass Sie sich tagtäglich für die Sicherheit der Menschen in Bayern einsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 gibt uns eine solide Basis. Das ist, glaube ich, eine treffende Formulierung für diesen Doppelhaushalt. Er stärkt die Justiz für die kommenden Herausforderungen, insbesondere für die Bereiche Bau und IT-Infrastruktur, für Investitionen, aber auch für den Bereich des Personals. Der Etat steigt 2019 um 4,3 % auf 2,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2020 steigt er noch einmal um 65 Millionen Euro.

Es wurde schon gesagt, aber ich möchte es noch einmal bekräftigen: Zurzeit baut die Justiz in Bayern so viel wie noch nie zuvor. Der Entwurf des Doppelhaushalts festigt zum einen die Planungssicherheit für den Neubau des Strafjustizzentrums in München. Das ist die derzeit größte Baumaßnahme im Freistaat Bayern. Wir schauen aber auch auf die kleineren Gerichtsstandorte. Wir können alle bereits begonnenen Maßnahmen fortsetzen, zum Beispiel in Schweinfurt und in Aschaffenburg. Darüber hinaus können wir aber auch Planungen für weitere Projekte in der Fläche voranbringen, wie zum Beispiel in Kaufbeuren. Im Justizvollzug können wir Neubauvorhaben für drei neue, hochmoderne Justizvollzugsanstalten an den Standorten Passau, Marktredwitz und Bamberg-Burgebrach fortsetzen. Zusätzlich können wir die geplante Einrichtung für die Abschiebehäft in Hof bauen. Dabei möchte ich erwähnen, dass die boomende Baukonjunktur auch für uns die eine oder andere Herausforderung mit sich bringt und die Zeitpläne beeinflussen kann. Das können wir aber nicht steuern.

Mit diesem Doppelhaushalt können wir außerdem die Strukturen zur Deradikalisierung von Gefangenen und zur Extremismusbekämpfung weiterentwickeln. Das ist mir ein ganz besonders wichtiges Thema. Wir können auch die Sicherheitsarchitektur unserer Justizvollzugsanstalten weiterentwickeln. Hier sind erhebliche Investitionen vorgesehen, wofür ich mich herzlich bei unseren Regierungsfractionen bedanke, insbesondere aber bei der Ausschussvorsitzenden Petra Guttenberger und den beiden Berichterstattern im Haushaltsausschuss Steffen Vogel und Gerald Pittner.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Welt von morgen ist digital. Jeder Bereich, jeder Lebens-, jeder Geschäftsbereich und jedes Unternehmen, natürlich auch der Staat, muss sich darauf vorbereiten. Das gilt auch für die Rechtspflege. Dabei geht es zum einen um das Ziel der Bürgernähe, der Effizienz. Es geht aber auch darum, den Rechts- und Wirtschaftsstandort für die Zukunft fit zu machen. Deshalb werden wir die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der E-Akte weiter vorantreiben, um uns auch hier auf die fortschreitende Digitalisierung einzustellen. Wir müssen hier

gründlich sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können zu Recht den Anspruch erheben, dass die IT funktioniert. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch, wenn man sich die Entwicklung auf der Welt anschaut, schneller werden. Das ist auf der einen Seite eine große Chance, auf der anderen Seite ist es aber, so wie das bei Großprojekten der Fall ist, auch eine große Herausforderung.

Ich komme nun zu dem Punkt Personal für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften. Natürlich braucht eine starke Justiz auch ausreichend Personal. In den letzten Jahren hat die Justiz deshalb wirklich viele Stellen erhalten. Zuletzt wurden 2018 für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften allein 80 Stellen für Richter und Staatsanwälte sowie 133 weitere Stellen ausgebracht. Hier möchte ich meinem Kollegen und Vorgänger Prof. Dr. Winfried Bausback herzlich danken, der das in den letzten Jahren für die Justiz vorangebracht hat. Lieber Winfried, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gut an diesem Haushalt ist, dass wir das Niveau mit dem aktuellen Doppelhaushalt halten und an einigen Stellen sogar Verbesserungen für die Praxis erreichen können. Das größte Ziel für uns war, dass die 260 Stellen, die mit kw-Vermerken versehen sind, nicht wegfallen. Das ist ein wirklich großer Erfolg. Wirklich schön ist auch, dass die Stellenabbauverpflichtung nach Artikel 6b gestrichen wird, und zwar endgültig. Das bedeutet für die Justiz, dass wir davon überproportional profitieren. Es freut mich sehr, dass wir auch Mittel für Stellenhebungen erhalten werden. Das wird zur weiteren Verbesserung der Beförderungsstruktur beitragen.

Nun kommt ein Punkt, der nicht diesen Doppelhaushalt betrifft, der aber wichtig ist, weil er auf Berliner Ebene schon beschlossen worden ist. Die Koalition in Berlin – CDU, CSU und SPD – hat den Pakt für den Rechtsstaat beschlossen. Deswegen können wir zumindest im nächsten Doppelhaushalt personelle Verbesserungen erwarten. Das ist auch notwendig, weil ich die Belastung der Gerichte und der Staatsanwaltschaften kenne. Die PEBB§Y-Zahlen sind keine Geheimzahlen, sehr geehrter Herr

Kollege Flisek, sie sind öffentlich. Wir wissen, dass wir hier noch Verbesserungs- und Handlungsbedarf haben.

Auch in den Justizvollzugsanstalten müssen wir weiter investieren, denn zum einen haben wir mehr Gefangene als früher und zum anderen sind diese zum Teil auch schwieriger als früher. Weil das so ist, wurden seit 1990 insgesamt rund 1.700 zusätzliche Planstellen für den Justizvollzug geschaffen. Das ist ein Anstieg um fast 42 %. Allein in den Nachtragshaushaltsgesetzen 2018 – es waren mehrere – konnte der Justizvollzug um 170 Planstellen verstärkt werden. Da sieht man, dass uns dieser Bereich wirklich wichtig ist.

In diesem Doppelhaushalt ist es uns gelungen, für den künftigen Nachwuchs Investitionen und Geldmittel vorzusehen, und zwar insbesondere für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst. Es wird einen Anwärtersonderzuschlag in Höhe von 115 Euro geben. Das ist gut, um Nachwuchs für den Justizvollzug zu sichern. Es gibt auch eine deutliche Erhöhung der Meisterzulage auf 100 Euro und eine Erhöhung der Nachtdienstzulage auf 5 Euro pro Stunde. Das sind insgesamt wichtige Instrumente, um auch weiterhin genug und qualifiziertes Personal für den Justizvollzug zu haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Abschluss komme ich jetzt zu der einen oder anderen rechtspolitischen Ausführung meiner Vorredner. Sehr geehrter Herr Kollege Schuberl, Ihre Rede war von vorn bis hinten ideologisch durchtränkt.

(Beifall bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Das ist immer so!)

Es fehlt mir leider die Zeit, auf alles einzugehen. Dafür bräuchte ich alleine eine Stunde.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist es nicht wert!)

Ich glaube aber, dass wir das in den künftigen Debatten dieser Legislatur noch vertiefen werden. Eines ist mir aber besonders wichtig. Ihre Vorstellung von Justizvollzug entspricht einfach überhaupt nicht der Realität. Deswegen möchte ich Ihnen einmal den Hinweis auf das Bayerische Strafvollzugsgesetz geben: Die Kernaufgaben des Strafvollzugs sind erstens der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten und zweitens die Resozialisierung. Dies sind die zwei Kernaufgaben, und sie werden in Bayern ernsthaft umgesetzt, und zwar mit einem riesigen Aufwand an Geld und Personal. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese schwierige Aufgabe tagtäglich erfüllen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann zum Thema Rechtsanwaltsvergütung: Das ist ein Bundesgesetz. Die Bundesjustizministerin ist von der SPD. Insofern würde dieser Aufruf noch besser an die eigene Parteifreundin als an das bayerische Parlament gerichtet. Aber ich will Ihnen sagen: Ich unterstütze die Anpassung der Rechtsanwaltsvergütung, weil die die schon länger nicht mehr angepasst wurde. Natürlich müssen auch die Rechtsanwälte an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Uns ist wichtig, dass das zusammen mit den Gerichtskosten gemacht wird, damit wir hier eine einheitliche Weiterentwicklung haben.

Der letzte Punkt ist mir auch persönlich wichtig, weil da ein paar schiefe Töne waren. Das war das Thema Missbrauchsfälle in den Kirchen. Ich möchte dazu etwas vorlesen, was ich öffentlich gesagt habe und was ich auch der Presse gegenüber gesagt habe, damit hier die Haltung des Justizministeriums wirklich ganz klar dargelegt wird. Ich habe gesagt: Selbstverständlich ist die Aufklärung des sexuellen Missbrauchs keine rein innerkirchliche Angelegenheit. Sexueller Missbrauch wird, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen, von der Staatsanwaltschaft nachdrücklich verfolgt. Die Kirchen sind aufgefordert, derartige Fälle anzuzeigen. Die bayerischen Staatsanwaltschaften haben die bayerischen Diözesen bereits unmittelbar nach der von der katholischen Kirche vorgelegten Missbrauchsstudie aufgefordert, die betreffenden Akten vorzulegen. – Das waren letztes Jahr im Herbst nach der Vorlage der Studie die

Generalstaatsanwälte, die das gemacht haben. Dem sind die bayerischen Diözesen auch nachgekommen, das heißt, die Staatsanwaltschaften in Bayern haben die Akten. Deswegen muss ich auch nichts beschlagnahmen lassen, was wir schon haben bzw. ich habe das nicht beschlagnahmen lassen. Das müssen die Staatsanwaltschaften nicht beschlagnahmen lassen, weil wir diese Akten haben. Jetzt bin ich wieder bei dem Zitat: Ich erwarte, dass die Kirchen sich ihrer Verantwortung auch weiterhin stellen. Entscheidend ist, dass die staatlichen Ermittlungsbehörden alle nötigen Informationen erhalten, um die entsetzlichen Missbrauchsfälle strafrechtlich aufklären zu können.

Deswegen haben wir eine ganz glasklare Haltung: Jede Straftat, egal wer sie in Bayern begeht, wird verfolgt. Es gibt für niemanden einen Rabatt. Das ist mir wichtig klarzustellen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Der Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 stärkt die bayerische Justiz für die kommenden Herausforderungen und trägt damit dazu bei, dass wir die Sicherheit der Menschen in Bayern bestmöglich gewährleisten können. Deswegen haben wir eine gute Basis, einen soliden Haushalt. Ich bitte Sie nachdrücklich um eine breite Zustimmung dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/771 mit 18/777, 18/780 mit 18/782, 18/870 mit 18/874, 18/934 mit 18/936 und 18/1082 sowie die Beschlussempfehlung

des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1762 zugrunde.

Der Einzelplan wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1762 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU.

(Abgeordneter Christian Flisek (SPD) steht bei der Regierungsbank und geht in die Hocke – Allgemeine Heiterkeit)

– Ich habe jetzt leider von meiner Seite aus auf die linke Seite der Regierungsbank keinen unmittelbaren Einblick. Ich nehme aber an, dass die Zustimmung hier einstimmig war. Davon gehe ich jetzt einfach aus. Widerspruch stelle ich nicht fest. Es stimmen auch die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk zu. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss – –

(Tobias Reiß (CSU): Gegenstimmen!)

– Ja, die Gegenstimmen, pardon! Schauen wir mal, ob ich gedanklich schon vorgearbeitet habe. Wer ist gegen die Annahme des Einzelplans 04? – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 7)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigung und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk bei Zustimmung der Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen darf ich bitten anzuzeigen. – Einzelne Abgeordnete der AfD. So habe ich es jedenfalls gesehen. Enthaltungen? – Ebenfalls einzelne Abgeordnete der AfD. Ich überprüfe jetzt nicht, ob bei der AfD-Fraktion jemand zweimal abgestimmt hat. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1762 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/934 mit 18/936 und 18/1082 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

- | | |
|---|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte personell besser ausstatten
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/780</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Auflegung eines Justizopferentschädigungsfonds
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 18/781</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Justizvollzug: Personalausstattung an den Bedarf anpassen
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 18/782</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ministerium: Neue Planstellen zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung
(Kap. 04 01 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 18/771</p> | <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Zusätzliche Stellen zur Behebung des Personalfehlbestands an den Gerichten und Staatsanwaltschaften beim richterlichen und staatsanwaltschaftlichen sowie nicht-richterlichen und nichtstaatsanwaltschaftlichen Personal
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 18/772</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Zusätzliche Planstellen für Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 18/773</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Zusätzliche Planstellen für Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen für die Serviceeinheiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 18/774</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Neue Planstellen für Psychologen und Sozialpädagogen, den Verwaltungsdienst 3. und 2. QE, Krankenpflegedienst und Werkdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/775</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;</p> |
|---|---|

- hier: Justizvollzugsanstalten:
Zusätzliche Planstellen für Obersekretär-
anwärter, Obersekretäranwärterinnen im
Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/776
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald
Güller, Christian Flisek, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gefangenen- und Entlassenenfürsorge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 18/777
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin
Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias
Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)
Drs. 18/870
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin
Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias
Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von
Dienststellen
(Kap. 04 04 Tit. 532 11)
Drs. 18/871
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin
Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias
Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schlichtungsstelle für verbraucherrechtli-
che Streitigkeiten
(Kap. 04 04 Tit. 533 05)
Drs. 18/872
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin
Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias
Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und
Ausstattungsgegenständen
(Kap. 04 04 Tit. 812 01)
Drs. 18/873
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin
Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias
Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausstattung der Gerichte und Staatsan-
waltschaften mit technischen Sicherheits-
einrichtungen
(Kap. 04 04 Tit. 812 31)
Drs. 18/874

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Steffen Vogel

Abg. Katharina Schulze

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Stefan Löw

Abg. Stefan Schuster

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Manfred Ländner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Richard Graupner

Abg. Klaus Adelt

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Christian Flisek

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1235 mit 18/1238, 18/1266),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1095 mit 18/1101),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1182 mit 18/1191, 18/1303 mit 18/1305, 18/1307, 18/1309 mit 18/1315),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1202 mit 18/1215),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1167 mit 18/1181, 18/1263)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 31 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können vier Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. – Entschuldigung! Ist das geändert worden? – Erster Redner ist der Kollege Steffen Vogel von der CSU-Fraktion. Herr Vogel, bitte schön, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir den Einzelplan 03. Das ist ein wuchtiger Aufschlag. Er enthält letztlich auch eine gewisse Neuerung. Einerseits geht es um die Themen, die wir schon immer im Innenhaushalt hatten, andererseits kommt neu das Thema Asyl und Integration hinzu. Bayern wird manchmal vorgeworfen, dass im Bereich von Integration und Asyl nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die möglicherweise notwendig wären.

Ich möchte die Zahlen herausstellen. Im Doppelhaushalt sind hierfür über 1,8 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist eine wahnsinnige Leistung, die der Freistaat Bayern und damit der Steuerzahler für diese Herkulesaufgabe erbringt. Schwerpunkt ist dabei mit 1,7 Milliarden Euro die Unterbringung. Ich möchte aber auch anfügen und hervorheben, dass im Haushalt über 100 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen eingestellt sind, damit man diejenigen Menschen, die bei uns Schutz suchen, bestmöglich in die Gesellschaft integrieren kann. Es war ein Antrag der CSU-Fraktion, den Integrationsrucksack zu schaffen. Hierfür ein ganz großes Kompliment an die Integrationsbeauftragte, Frau Gudrun Brendel-Fischer. Kindern wird in Kindertagesstätten ein Integrationsrucksack mitgegeben; in ihm befinden sich, gebunden an einen Lesepatzen, ein Vorlesebuch sowie weitere Fördermaterialien, um die jungen Schutzsuchenden besser integrieren zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt im Haushalt ist natürlich – wie könnte es anders sein – die Polizei. Bayern hat die niedrigste Kriminalitätsrate; Bayern hat die höchste Aufklärungsquote. Selbst in einer Großstadt wie München können die Menschen auch abends sorglos von einer Veranstaltung heimgehen. Bayern ist das mit Abstand sicherste Land in Deutschland, und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Der Dank gebührt aber vor allem den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten; denn sie sind es, die durch ihren täglichen Dienst aufklären, schützen und letztlich dafür sorgen, dass wir so gute Zahlen haben. Deshalb ein großes Dankeschön und ein Kompliment an alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern für die Arbeit, die geleistet wird.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das soll auch so bleiben. Deshalb investieren die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen auch kräftig in unsere Sicherheit. Der Innenhaushalt beläuft sich auf über 12 Milliarden Euro und steigt im Jahr 2019 um über 200 Millionen Euro und im Jahr 2020 nochmals um 7,4 Millionen Euro.

Wir stehen vor ganz neuen Herausforderungen: Erstens. Eine wachsende Bevölkerung – mehr Bevölkerung heißt: mehr Aufgaben. Zweitens. Die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus. Drittens. Cyber-Angriffe und letztlich auch die zusätzliche Aufgabe des Grenzschutzes. Wir brauchen – das ist uns auch wichtig – aber auch mehr Polizeipräsenz in der Fläche.

Wie reagieren wir auf diese Herausforderungen? – Mit dem Sicherheitspaket "Sicherheit durch Stärke". Wir investieren mehr in Personal: im Jahr 2019 10,4 Millionen Euro, im Jahr 2020 nochmals 49,5 Millionen Euro. Manch einer mag dazu sagen: Das ist ja gar nicht so viel, bezogen auf das gesamte Haushaltsvolumen. Man muss aber berücksichtigen: Das sind 1.000 neue Stellen, 1.000 neue Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Das ist Wahnsinn, wenn man bedenkt, dass wir heute schon den höchsten Stand an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben, den es je bei uns gab. Diesen bauen wir mit diesem Doppelhaushalt nochmals um 1.000 Stellen aus. Letztlich ist das große Ziel, im Jahr 2023 einen Personalstand von 45.000 Polizeibeamten zu haben. Das hat kein anderes Bundesland, auch nicht unter Berücksichtigung der Größe. Das

ist ein starkes Signal, dass wir in die Sicherheit der Menschen, unserer Bürgerinnen und Bürger kräftig investieren.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt auch 71 kw-Stellen, die zu den 1.000 Stellen gar nicht zählen. Diese sind für die Bereiche "Mobile Police" und E-Justice gedacht.

Wir wollen aber auch die Motivation bei der Polizei hochhalten. Wenn die Erfolge bei der Aufklärungsquote und hinsichtlich der niedrigen Kriminalität an unseren Beamtinnen und Beamten liegen, dann ist es auch wichtig, die Motivation hochzuhalten. Ein großes Thema war der Dienst zu

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ungünstigen Zeiten!)

– ich weiß schon – ungünstigen Zeiten. Uns war es ein Anliegen, die Zulage von 4,50 auf 5,00 Euro zu erhöhen. Dies wird rückwirkend zum 1. Januar 2019 vorgenommen. Ich glaube, auch dies ist ein deutliches Signal an unsere Beamtinnen und Beamten, die Polizeidienst verrichten.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das eine sind die Bezahlung und die Stellen, das andere ist die Sachausstattung. Wenn jemand jeden Tag den Kopf hinhält, wenn jemand bereit ist, uns unter Gefahr von Leib und Leben zu schützen, dann hat dieser Mensch auch die bestmögliche Ausstattung verdient. Auch diesbezüglich investiert der Freistaat Bayern kräftig. Die Steigerung um 33,4 Millionen Euro führt auf 556 Millionen Euro. Im Jahr 2020 haben wir einen kleinen Rückgang. Das liegt daran, dass gewisse Maßnahmen abgeschlossen sind, zum Beispiel die Anschaffung der neuen Dienstwaffe. Wir schaffen eine neue Mitteldistanzwaffe für Terrorlagen an. Die Polizeibeamten werden mit Bodycams ausgestattet, und – das ist mir besonders wichtig – die ballistischen Unterziehschutzwesten werden erneuert. Auch das dient der Sicherheit unserer Polizeibeamten.

Deshalb kann man mit Fug und Recht feststellen: Kein anderes Bundesland investiert nicht nur in Menschen und Köpfe, sondern auch in die Ausrüstung und damit in die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten so viel wie Bayern. Wenn jemand den Kopf hinhält, dann haben wir die Verpflichtung, diese Menschen mit bester Ausstattung auszurüsten. Das haben unsere Polizistinnen und Polizisten wirklich verdient.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommt: Die Grenzpolizei wird ausgestattet. Die Reiterstaffel kommt. Wir setzen den Masterplan "Bayern Digital II" um. Polizeivollzugskräfte werden mit Smartphones bzw. Tablets ausgestattet. Das Modellprojekt "Digitalisierter Streifenwagen" wird vorangetrieben. – Man sieht: Hier passiert wirklich etwas!

Es geht um Personal, Köpfe und Ausstattung. Aber auch die räumlichen Gegebenheiten vernachlässigen wir nicht. Ich nenne nur einige Beispiele: Neubau des Gebäudes der Polizeiinspektion Dachau, Neubau der Raumschießanlage in Murnau, Neubau der Raumschießanlage in Hof, Neubau eines Fahrübungsplatzes in Sulzbach-Rosenberg. Die Planungen für neue Wirtschaftsgebäude der Bereitschaftspolizei in Eichstätt und in Nürnberg sowie für Neubaumaßnahmen in Simbach, Augsburg-West und Kaufbeuren werden fortgeführt oder begonnen

Wir können für den Bereich der Polizei wirklich resümieren: Es ist vorbildlich, wie sich der Freistaat Bayern mit diesem Haushalt im Bereich der inneren Sicherheit aufstellt.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

In einem Punkt unterscheiden wir uns wesentlich von der Opposition: Zur Sicherheitsarchitektur gehört für uns als ganz entscheidender Faktor das Landesamt für Verfassungsschutz. Die CSU hält das Landesamt für Verfassungsschutz für eine unerlässliche Säule der Sicherheitsarchitektur Bayerns. Wir brauchen das Landesamt für Verfassungsschutz für die konsequente Beobachtung sämtlicher terroristischer und sämtlicher extremistischer Aktivitäten. Im Gegensatz zur Opposition wollen wir beim

Landesamt keinen Abbau, sondern einen Ausbau, allein schon deshalb, weil die Beobachtung der gesamten Social-Media-Aktivitäten eine große Herausforderung darstellt. Die Menschen in Bayern können sich darauf verlassen, dass die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land an die erste Stelle setzen.

Zur inneren Sicherheit und zum Innenhaushalt gehört aber nicht nur die Polizei, sondern auch die Feuerwehr. Auch die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen gehen für die Menschen im Land durchs Feuer. Es sind Ehrenamtler – über 300.000! Der Brandschutz in Bayern beruht weitgehend auf ehrenamtlichem Engagement. Auch die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen haben die beste Ausrüstung verdient. Man kann ihr Engagement durch warme Worte loben. Wir machen auch etwas! Für deren Ausstattung, zum Beispiel Feuerwehrhäuser und Feuerwehrfahrzeuge, sind in den Doppelhaushalt 165 Millionen Euro eingestellt worden. 50 Stellen neue Stellen werden im Bereich der Feuerweherschulen geschaffen, um das Ausbildungsangebot zu verbessern, das heißt um die künftigen Feuerwehrleute auf ihre ehrenamtliche Tätigkeit entsprechend vorzubereiten.

Ein weiterer Schwerpunkt im Einzelplan 03 ist der Katastrophenschutz. Ich verweise auf das Sonderinvestitionsprogramm "Katastrophenschutz Bayern 2030", für das zusätzlich 21,5 Millionen Euro bereitgestellt werden. Wir reagieren auf die Erfahrungen mit den massiven Schneefällen in jedem Frühjahr und wollen unsere Einsatzkräfte auf diese Herausforderung, die Bewältigung der Schneemassen, noch besser vorbereiten. Daher haben wir als Fraktion einen entsprechenden Schwerpunkt gesetzt und 1,1 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Wir unterstützen den Bau des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen in Windischeschenbach mit 6 Millionen Euro im Doppelhaushalt, den jährlichen Betrieb mit jeweils 680.000 Euro. Das Zentrum wird durch die Freiwilligen-Hilfsorganisationen und den THW-Landesverband betrieben.

Wir kümmern uns um die Integrierten Leitstellen. Auch dafür wenden wir nicht Kleinbeträge, sondern 50 Millionen Euro auf. Diese Mittel fließen sowohl in die Aktualisierung der Software als auch in den Ausbau der Hardware.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der uns am Herzen liegt: In Bayern kann man sicher leben. In Bayern soll man natürlich gesund leben. Aber vor allem soll man lange leben. Aus der Fraktion kam daher der Initiativantrag zur Anschaffung von Defibrillatoren in ganz Bayern. Wenn ein Notfall eintritt, ist stets die Frage, ob ein "Defi" vor Ort vorhanden ist, und wenn ja, ob er auch gefunden wird. Wir stehen vor der Herausforderung, ein Kataster zu erstellen, auf das mittels einer App zugegriffen werden kann, um festzustellen, wo der nächste Defibrillator ist. Damit wird es möglich, einem Menschen in einem Notfall schnell Hilfe zu leisten.

Bayern ist auch das Land des Sports. Woran erkennt man das? – Bayern hat die zwei besten und erfolgreichsten Fußballvereine Deutschlands.

(Harald Güller (SPD): Augsburg? – Hans Herold (CSU): Der Club!)

Kein anderer Fußballverein ist so oft deutscher Meister geworden wie der FC Bayern München. Kein anderer Fußballverein Deutschlands ist so oft in die 1. Bundesliga aufgestiegen wie der Club!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir wünschen dem Club natürlich, dass er das im nächsten Jahr wieder schafft und damit erneut einen Aufstieg verbuchen kann.

Was den Sport angeht – jetzt reden wir vom Breitensport –, so hatten wir bisher für Sportstätten und Sporthome eine Förderung von 63 Millionen Euro. Diese Förderung erhöhen wir in diesem Jahr auf über 90 Millionen Euro. Sie sollten einmal ausrechnen, wie hoch die prozentuale Steigerung ist.

Ein weiterer Schwerpunkt ist, die Sportvereine in strukturschwachen Gebieten noch einmal besonders zu unterstützen; das geht auf einen Antrag der CSU-Fraktion vom letzten März zurück. Dafür stellen wir 10 Millionen Euro bereit. Für die Förderung des Nachwuchsleistungssports stellen wir ebenfalls 10 Millionen Euro zur Verfügung. Wir fördern auch Großsportereignisse, nämlich solche, die auf das ganze Land positiv ausstrahlen und Werbung für Bayern bedeuten. Ich nenne nur die Nordische Ski-WM in Marktoberdorf.

(Harald Güller (SPD): Die Kanu-WM in Augsburg!)

– Auch! Ich konnte wegen der begrenzten Redezeit nicht alles aufzählen.

Fazit: Bayern ist das sicherste Land. Bayern ist das Land des Ehrenamtes. Bayern ist das Land der Rettungsdienste, der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes. Bayern ist das Land des Sports. Wir verdanken das vor allem unseren engagierten Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den richtigen Rahmensetzungen durch den Freistaat Bayern, durch die Staatsregierung und durch die sie tragenden Fraktionen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem Haushalt des Einzelplanes 03. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Kollegin Katharina Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNEN möchten, dass alle Menschen in Bayern frei und sicher leben können. Es gibt verschiedene Organisationen, Verbände und Vereine, aber natürlich auch die Sicherheitsbehörden, die genau dafür sorgen. Deswegen möchte ich ganz am Anfang ein großes Dankeschön sagen: an die Polizistinnen und Polizisten, an die Sicherheitsbehörden, an die Feuerwehren, an den Katastrophenschutz, an die Rettungskräfte. Sie sorgen jeden Tag dafür, dass wir hier in Bayern frei und sicher leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zur Sicherheit und zur Freiheit gehört aber auch eine starke Zivilgesellschaft, eine Zivilgesellschaft, die Zivilcourage zeigt, aufsteht, mithilft und einspringt, wenn man Unterstützung braucht. Nachher wird meine Kollegin Gülseren Demirel zu dem Thema Integration und Asyl noch einige Punkte nennen.

Lassen Sie mich kurz auf das wichtige Thema Sport, vor allem auf den Breitensport und das Ehrenamt, eingehen. Auch dieser großen Gruppe der Zivilgesellschaft, den Ehrenamtlichen und den Sportbegeisterten, gebührt ein großes Dankeschön; denn auch sie sorgen dafür, dass wir in unserem Land frei und sicher leben können. Sie tun für die Gesellschaft insgesamt Gutes und sorgen dafür, dass wir hier gemeinschaftlich gut zusammenleben können. Auch von unserer Fraktion vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Job als Politikerinnen und Politiker ist es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Sicherheitsbehörden, auch die Polizei, ihre wichtige Arbeit gut machen können. Deswegen begrüßen wir GRÜNEN es außerordentlich, dass mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Ich füge aber hinzu – das wissen wir alle –: Bis Polizistinnen und Polizisten ausgebildet sind, dauert es drei Jahre.

(Tobias Reiß (CSU): Wir haben doch schon 2017 begonnen!)

Wir haben eine wachsende Bevölkerung, und auf die Polizistinnen und Polizisten rollt eine Pensionierungswelle zu.

Was ist unsere grüne Idee und Antwort? – Zum einen müssen unsere bayerischen Polizistinnen und Polizisten von dem Überstundenberg herunterkommen. Das schaffen wir nur, wenn wir endlich eine ehrliche Aufgabenkritik durchführen. Das bedeutet, sich zu überlegen: Welche Aufgaben müssen denn nicht von der Polizei erledigt werden? Welche Aufgaben muss die bayerische Landespolizei nicht übernehmen? – Uns GRÜ-

NEN fällt gleich ein wichtiger Punkt ein: die Auflösung der Bayerischen Grenzpolizei. Grenzschutz ist Bundessache, nicht Landessache!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben vielleicht mitbekommen, dass wir GRÜNEN vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof klagen, weil die bayerische Grenzpolizei in unseren Augen verfassungswidrig ist.

(Tobias Reiß (CSU): Quatsch!)

Sie greift in die föderale Kompetenzverteilung im Bereich Grenzschutz ein. Herr Vogel, einen Punkt möchte ich extra aufgreifen, weil Sie es so schön gesagt haben: Sie möchten die Polizistinnen und Polizisten in die Fläche bekommen. – Das wollen wir GRÜNEN auch! Eine Idee wäre, die Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Grenzpolizei einfach in der Fläche zu verteilen, anstatt sie an der deutsch-österreichischen Grenze einzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Warum heißt es eigentlich "grüne Grenze"?)

Eine weitere Möglichkeit, unsere Polizistinnen und Polizisten zu entlasten, bestünde darin, dass wir mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einstellen. Wir haben dazu auch einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollen 125 neue Stellen schaffen, um die Polizistinnen und Polizisten direkt und schnell zu entlasten. Natürlich gibt es von uns GRÜNEN auch mehr Mittel für die Fortbildungsmaßnahmen. Diesen Ansatz würden wir gern um 3,5 Millionen Euro erhöhen. Gerade in den Bereichen Cyberkriminalität, Rechtsextremismus und Terrorismusbekämpfung, aber auch im Bereich Organisierte Kriminalität lohnt es sich, noch etwas Geld in mehr Fortbildungsmaßnahmen zu investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass bezüglich des Dienstes zu ungünstigen Zeiten wohl endlich eine Lösung gefunden wurde. Das war ja wirklich ein Hängen und Würgen, Herr Innenminister. Vor der Wahl hieß es noch lautstark: Ja, ja, der Zuschlag wird auf 5 Euro erhöht! – Nach der Wahl sollte es anscheinend doch nicht sein. Darüber, dass diese Erhöhung jetzt wohl endlich kommt, sind wir sehr froh. Wir GRÜNEN sind davon überzeugt, dass man Wertschätzung auch durch monetäre Vergütung gut ausdrücken kann. Die Erhöhung des Zuschlags von 4,50 Euro pro Stunde Nachtdienst auf 5 Euro ist wirklich nicht zu viel verlangt. Das haben unsere Polizistinnen und Polizisten verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Sache ansprechen. Wir GRÜNE möchten – das haben wir im Änderungsantrag deutlich gemacht – die Sicherheitswacht abschaffen. Warum? – Weil wir davon überzeugt sind, dass das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung durch die Polizei erfüllt wird, nicht durch Laien, die in den Städten auf Patrouille gehen. Um das noch einmal ganz klar zu machen: Für uns GRÜNE liegt das Gewaltmonopol beim Staat. Wir wollen die öffentlichen Polizeidienststellen stärken und nicht irgendwelche Hilfssheriffs. Wir wollen auch nicht, dass unsere Polizistinnen und Polizisten so viel Zeit verlieren, indem sie die Leute aussuchen, ausbilden und Nachbesprechungen durchführen. Dafür haben unsere Beamtinnen und Beamten keine Zeit. Auch das Geld für die Ausrüstung und die Aufwandsentschädigung könnte man woanders besser einsetzen. Außerdem hilft die Betreuung der Sicherheitswacht auch nicht gegen den Überstundenberg unserer bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Deswegen können Sie heute etwas Gutes für die bayerische Polizei tun und unserem Änderungsantrag zur Abschaffung der Sicherheitswacht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es bleibt mir zum Abschluss noch zu sagen: Wir GRÜNE möchten unsere Sicherheitsbehörden und die Polizei durch Personal und bessere Ressourcen stärken und dabei

natürlich auch die Zivilgesellschaft besser unterstützen; denn Freiheit und Sicherheit gehen immer nur gemeinsam. Dafür stehen wir GRÜNE.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn einer Haushaltsrede über innere Sicherheit muss zunächst einmal der Dank stehen, der Dank an alle Sicherheitskräfte in Bayern. Damit meine ich insbesondere natürlich die Polizeibeamten, aber auch all diejenigen, die in der inneren Verwaltung tätig sind und die bislang noch nicht zur Sprache gekommen sind. Sie alle wirken zusammen und leisten einen unschätzbaren Beitrag dazu, dass sich Menschen im Freistaat Bayern sicher fühlen können und auch sicher sind.

Aber innere Sicherheit kommt nicht von allein. Die innere Sicherheit ist ein Verdienst auch der Gesellschaft, auch der Politik der letzten Jahre und letzten Jahrzehnte. Speziell in Bayern hat die Polizei immer Rückendeckung bekommen, und zwar von allen Mitgliedern dieses Hauses. Sie konnte sich sicher sein, dass ihr Handeln von den Parlamentariern getragen ist. Ich sehe das schon auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Ich behaupte: In Bayern wäre so etwas, wie es in Hamburg bei dem G-20-Gipfel geschehen ist, nicht möglich. In Bayern haben wir eine klare Einstellung zur inneren Sicherheit, eine klare Wertigkeit, was geht und was nicht geht. Ich bin sehr froh, dass sich unsere Polizeibeamten unserer Rückendeckung in jeder Lage sicher sein können.

Wir haben – das ist sehr wichtig –, seit die FREIEN WÄHLER im Landtag sind, jedes Jahr einen deutlichen Aufwuchs an Einsatzkräften gehabt. Ich sage das, weil wir Mitte des letzten Jahrzehnts einen tatsächlichen Rückgang hatten. Den haben wir jetzt aufgeholt. Wir haben mehr Polizeibeamte als je zuvor. Wir als Koalition sorgen dafür, dass wir pro Jahr 500 neue Stellen bekommen. Das ist ein Dank an die Koalitionsfrak-

tionen, aber auch ein Dank an den Innenminister, der seit über einem Jahrzehnt für die Polizei verantwortlich ist. Die Wertschätzung, die die Polizei genießt, sieht man nicht nur daran, dass wir neue Stellen ausbringen, sondern auch daran, dass wir flankierende Maßnahmen ergreifen. Wir haben als Freistaat Bayern – da schaue ich Herrn Kollegen Florian Herrmann an; das hatten wir seinerzeit fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht – dafür gesorgt, dass Polizeibeamte, die im Dienst verletzt werden, Schmerzensgeld vom Freistaat Bayern bekommen, wenn die Schmerzensgelder von den Tätern nicht eingetrieben werden können. Das ist ein wichtiges Signal, das ist ein wichtiges Zeichen.

Wir haben auch gefordert und durchgesetzt, dass Gewalt gegen Polizeibeamte härter bestraft wird, als das bisher der Fall war; denn die Zahlen sind in diesem Bereich durchaus erschreckend. Last but not least sorgen wir mit diesem Doppelhaushalt dafür, dass die Gelder für Dienst zu ungünstigen Zeiten angehoben werden. Das alles sind deutliche Signale dafür, dass wir die Polizei wertschätzen und hinter ihr stehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Haushalt – wir werden das im Rahmen dieses Dreitageplenums noch öfter diskutieren – ist das Thema der Kompensation für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Wir haben im letzten Jahr, am 14. Juni 2018, die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Das muss natürlich gegenüber den Kommunen kompensiert werden. Die Kommunen haben dadurch Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass dafür 150 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, im Jahr 2019 100 Millionen Euro für die Kommunen und 50 Millionen Euro für den Härtefonds, im Jahr 2020 150 Millionen für die Kommunen. Ich denke, das ist ein starkes, ein gutes Signal an die Kommunalpolitik und die Kommunen, dass wir sie hier unterstützen und dass wir Wort gehalten haben, als wir gesagt haben: Straßenausbaubeiträge abschaffen heißt, Bürger entlasten und Kommunen nicht belasten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Herr Kollege Güller, man muss nur rechnen. – Es wurden im Mittel der letzten zehn Jahre 60 Millionen Euro von den Bürgern eingesammelt. Das haben wir auf 100 Millionen Euro aufgestockt, weil nur zwei Drittel der Kommunen eine Satzung haben. Dann haben wir noch 50 Millionen Euro draufgelegt. Das kann man für Strebs, also die Ersterschließung alter Straßen, nehmen oder, je nachdem, wie gut die Kommune gewirtschaftet hat, für weitere Straßenausbaumaßnahmen. Wir haben Wort gehalten. Kollege Adelt schüttelt zwar den Kopf, aber lesen Sie nach. Der Gemeindetag hat die Beträge so vorgegeben. Das ist alles nachzulesen. Ich glaube, dass wir fair mit unseren Städten und Gemeinden umgehen.

Auch das Thema Sport liegt uns maßgeblich am Herzen. Deswegen gibt es eine deutliche Steigerung der Sportförderung. Herr Kollege Vogel hat vorhin den Spitzensport erwähnt und hat schamhaft den dritten Bundesligisten, den FC Augsburg, unterschlagen. Bayern ist das Land in Deutschland mit den besten Leistungen im Spitzensport, nicht nur im Fußball, nicht nur im Eishockey. Sie müssen nur die Olympischen Spiele zur Grundlage nehmen, insbesondere die Winterspiele. Da sind wir besonders stark.

Unabhängig davon geht es nicht nur um den Spitzensport. Es geht im Wesentlichen auch um den Breitensport. Hier leisten wir eine ganze Menge für die Vereine und für die dort ehrenamtlich Tätigen. Das geht von Unterstützungen, die auch aus Bayern gekommen sind, weil es keinen Mindestlohn im Ehrenamt gibt, bis dahin, dass wir es in die Hand genommen haben, nun endlich die Schwimmbäder mit jährlich 20 Millionen Euro zu fördern. Das war ein großes Anliegen der FREIEN WÄHLER, das wir schon als Oppositionsfraktion vorgetragen haben. Wir haben das jetzt mit in die Regierungsarbeit hineingenommen und stehen gemeinsam dahinter, die kommunalen Schwimmbäder vor Ort zu fördern; denn es ist wichtig, dass jedes Kind schwimmen lernt. Es ist nicht nur aus gesundheitlichen Gründen wichtig, sondern auch aus Gründen der Sicherheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein ganz wesentlicher Teil dieses Haushalts befasst sich mit der Integration. Ich kann schlichtweg nicht nachvollziehen, dass von einer Fraktion inflationär Anträge kommen, hier Gelder einzusparen. Gerade diejenigen, die Ängste vor Migranten schüren, sollten eigentlich ein besonders vitales Interesse daran haben, dass die Menschen, die zu uns kommen, gut in die Gesellschaft integriert werden, dass sie ein wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft sind und sie bereichern. Das schaffen wir dadurch, dass wir in Bayern eine vorbildliche Integrationsarbeit leisten. Diese vorbildliche Integrationsarbeit – das sage ich an die Adresse von SPD und GRÜNEN – ist wesentlich wertvoller als eine 20-stündige Marathondiskussion, wie wir sie im letzten Landtag über das Integrationsgesetz und die Leitkultur geführt haben.

Ich frage nun einfach evaluierend: Was hat diese Debatte gebracht? Hat sie irgendetwas an der Lebenswirklichkeit verändert? – Nein! Ich glaube, wir sind insgesamt, was die Integration betrifft, auf einem guten Weg. Hier investieren wir viel Geld. Das ist gut angelegtes Geld. Wir sind auf einem ganz guten Weg, auch die Probleme derjenigen Menschen zu lösen, die hierhergekommen sind und einen Arbeitsplatz haben. Und wenn es in dem einen oder anderen Fall noch hakt, denke ich, dass wir auch das in den Griff bekommen.

Der Einzelplan 03 ist ein hervorragendes Zeichen funktionierender Regierungsarbeit und eines starken Freistaates. Eine starke innere Sicherheit ist die Grundlage für eine starke Gesellschaft, für eine starke Wirtschaft und für ein starkes Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Herr Präsident, wert Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 03 verzeichnen wir eine allgemeine Steigerung der Ausgaben für die Sicherheit unserer

Bürger. Das wird von unserer Fraktion sehr begrüßt. Doch leider ist die Regierung nur gewillt, für die Bekämpfung der Symptome viel Geld auszugeben anstatt direkt für die Behandlung der Ursachen.

Eine der Ursachen ist, dass unser Rechtsstaat täglich Schwäche zeigt, indem er es duldet, dass sich nach wie vor Menschen hier aufhalten und jeden Monat viel Geld vom Steuerzahler erhalten, obwohl sie laut Gesetz nicht mehr hier sein dürften.

(Beifall bei der AfD)

An dieser Stellschraube wollen Sie aber nur bedingt drehen. Ansonsten würden Sie die Anstrengungen deutlich verstärken, auch finanziell, um ausreisepflichtige Ausländer schnellstmöglich außer Landes zu bringen und damit auch Ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen. Leider ordnen Sie den Abschiebungen nur eine untergeordnete Rolle zu, obwohl Sie wissen, dass jeder dafür eingesetzte Euro innerhalb kürzester Zeit an anderer Stelle zehnfach eingespart wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Jetzt sagen Sie aber nicht, Sie hätten die Abschiebekosten so gering gerechnet, weil die Kosten dieser Maßnahme vom Ausländer getragen werden müssen. Seien Sie realistisch: Von keinem dieser Menschen werden Sie je einen Euro wiedersehen.

Wie wir beantragt haben, soll auch die freiwillige Ausreise attraktiver gemacht werden. Dadurch würde unter dem Strich das Gleiche erreicht. Aber auch hier stellen Sie sich gegen eine Ausweitung des Programms.

Damit sagen Sie ganz eindeutig, dass Ihnen die Herrschaft des Unrechts egal ist und Sie den Asylmissbrauch stillschweigend akzeptieren.

Würden die Abschiebungen ausgeweitet und das Programm der freiwilligen Rückkehr intensiviert, würden beide Programme Hand in Hand gehen und sich gegenseitig ver-

stärken. Damit würde ein deutliches Zeichen an die anderen Bundesländer, an den Bund und in die Welt gesendet, dass hier kein Platz für Wirtschaftsmigranten ist.

(Beifall bei der AfD)

Aus diesem Grunde wollen wir auch einen Remigrationsbeauftragten und nicht nur einen Integrationsbeauftragten; denn die Integration ist bei der geringen Anzahl an anerkannten Asylbewerbern eine kleine Aufgabe im Gegensatz zur Aufgabe der Remigration an Massen abgelehnter Asylbewerber.

Aber auch mit Versagen des Titels zeigen Sie unserer Bevölkerung, dass Sie die illegale Zuwanderung unterstützen und nicht bekämpfen, wie Sie es im Wahlkampf immer gern versprechen. Es wird Zeit, dass Sie endlich Ihr Wahlkampfversprechen einhalten und die Maßnahmen umsetzen. Sorgen Sie für die Rückkehr zum Rechtsstaat; es liegt in Ihrer Hand.

Ein Rätsel ist mir auch, warum 882.000 Euro für die medizinische Versorgung von Abschiebehäftlingen benötigt werden, obwohl letztes Jahr gerade einmal 1.230 Personen für durchschnittlich 35 Tage inhaftiert waren. Das sind umgerechnet mehr als 700 Euro für 35 Tage Aufenthalt, nur für die Krankenversorgung.

Nun zu Ihrer Rede, Herr Vogel. Sie haben vor, die Zahl unserer Polizeibeamten zu erhöhen. Das unterstützen wir. Laut Ihrer Aussage aber ist die Sicherheitslage in Bayern ausgezeichnet. Dieses Argument untermauert Ihre Partei gern mit den Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik. Warum brauchen wir dann mehr Polizisten, wenn die Zahlen so super sind? – Dieser Widerspruch zeigt ganz deutlich, dass die Kriminalitätsstatistik nichts über die wahre Sicherheitslage in unserem Lande aussagt.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Stefan Schuster von der SPD-Fraktion hat nun das Wort. Bitte schön.

Stefan Schuster (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staat hat die Aufgabe, die Bevölkerung vor Gewalt- und Straftaten zu schützen; der Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit ist immer ein Balanceakt, bei dem die Staatsregierung in den vergangenen Jahren leicht ins Straucheln geraten ist.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns im Bereich der inneren Sicherheit gegen eine Politik, die immer nur reflexartig auf eine Verschärfung von Gesetzen setzt. Ein konsequenter Vollzug bestehender Gesetze bei besserer Personal- und Sachausstattung der Sicherheitsbehörden muss stattdessen die Antwort sein.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine bürgernahe Polizei, die uns vor Straftaten und Gefahren schützt. Dafür muss sie ausreichend Personal zur Verfügung haben und von sachfremden Aufgaben entlastet werden. Deshalb fordern wir neue Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in verschiedenen Entgeltgruppen bei der Landespolizei. Die Staatsregierung hätte mit konkreten Maßnahmen, die wir schon länger fordern, frühzeitig auf die Überstundensituation bei der Polizei reagieren müssen. 2,4 Millionen angefallene Überstunden bei der bayerischen Polizei sind mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn nur schwer zu vereinbaren. Das sind 76 Überstunden pro Polizeibeamten und Polizeibeamtin.

Die bis zum Jahr 2023 geplanten 3.500 zusätzlichen Stellen für die bayerische Polizei werden die Entwicklung zwar positiv beeinflussen, aber sie kommen sehr spät.

Die SPD hat immer wieder auf diese Entwicklung hingewiesen, und wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man mit der verstärkten Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern schon viel früher beginnen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Denn im ganzen Land herrscht in den Polizeidienststellen eine unbefriedigende Personalsituation. Teilweise fehlen zwischen 20 und 25 % des Personals. Deshalb ärgert es

mich, dass viele neuausgebildete Polizistinnen und Polizisten nicht in den Wachen ihren Dienst antreten, sondern zur Grenzpolizei oder auch zur Reiterstaffel kommen. Nach der Intention des Innenministers soll die bayerische Grenzpolizei genau das machen dürfen, was die Bundespolizei an den bayerischen Grenzen zum EU-Ausland auch machen darf und auch macht. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 18.12.2018 zur automatisierten Kennzeichenkontrolle aber unmissverständlich klargestellt, dass der Grenzschutz Sache des Bundes und der Bundespolizei und nicht Sache des Landes und der Landespolizei ist. Wir fordern deshalb in einem Antrag die Abschaffung der Grenzpolizei und die Umschichtung der dafür vorgesehenen Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Thema Feuerwehr und Katastrophenschutz kommen. Im neuen Haushaltsentwurf wird endlich die Feuerschutzsteuer für die Feuerwehr verwendet und nicht mehr für den Katastrophenschutz. Anschaffungen für den Katastrophenschutz wurden in der Vergangenheit entgegen der Zweckbestimmung im Feuerwehrgesetz aus der Feuerschutzsteuer finanziert. Der Landesfeuerwehrverband und wir von der SPD prangern das schon lange an, weil dieses Geld laut Feuerwehrgesetz schon immer der Feuerwehr für Ausstattung und Ausbildung zusteht. Das neue Investitionsprogramm für den Katastrophenschutz werden wir im Auge behalten. Die Finanzierung ist hier aber auf jeden Fall endlich vernünftig geregelt.

Keine Finanzierung erhalten dagegen Ersthelfergruppen, sogenannte First Responder. Wir fordern, dass der Freistaat die Ausstattung und Ausbildung von Einsatzgruppen unterstützt, die bis zum Eintreffen von Notärzten Leben retten können.

Bleiben wir beim Thema Feuerwehr. Bayerns Feuerwehrleute müssen mit langen Wartezeiten an den Feuerwehrschulen kämpfen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht verständlich, dass erst jetzt neues Personal eingestellt wird. Die im neuen Haushalts-

entwurf enthaltenen Stellen für Lehrpersonal an den Feuerweherschulen reichen nicht aus und hätten zudem schon besetzt werden können. Wären die Stellen besetzt worden, hätten deren Inhaber unsere Feuerwehrmänner und -frauen schon ausbilden können.

Man kann die Feuerweherschulen aber auch durch die Ausbildung vor Ort entlasten. Deshalb machen wir uns in unseren Anträgen für weitere mobile Brandübungscontainer stark, in denen Atemschutzgeräteträger ausgebildet werden.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss noch auf einen weiteren Verwendungszweck der Feuerschutzsteuer zu sprechen kommen: die Förderung von Feuerwehrgerätehäusern. Es ist eine Schande, was sich der Freistaat hier erlaubt. Ich bringe ein Beispiel. Die Stadt Nürnberg investiert dieses Jahr 19,4 Millionen Euro in die Gerätehäuser ihrer Freiwilligen Feuerwehren. Der Freistaat gibt exakt 343.000 Euro Fördergelder dazu. Das entspricht einer Förderquote von rund 1,8 %. Nürnberg ist bei Weitem nicht die einzige Kommune, die unter der niedrigen Förderung leidet.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht die einzige Kommune, die etwas braucht!)

In den Stimmkreisen von allen Abgeordneten hier im Hohen Haus gibt es Feuerwehren, die ihre Gerätehäuser notgedrungen kleiner als nötig planen, die Neubauten und Renovierungen aufschieben und die sich teilweise, statt eine neue Feuerwache zu bauen, Container auf den Parkplatz der alten Feuerwache stellen. Erst vor wenigen Wochen war ich mit dem Kollegen Christian Flisek in Vilshofen, wo das Feuerwehrzentrum für rund fünf Millionen Euro saniert werden soll. Der Freistaat stellt dafür keinen Cent Förderung in Aussicht. Diese Probleme können auch Ihnen in der Regierung nicht entgangen sein. Und wie reagieren Sie? – Sie kürzen die Mittel im Haushalt noch weiter, weil aufgrund Ihrer Förderrichtlinien sowieso so gut wie kein Geld ausgeschüttet wird. Feuerwehrleute aus ganz Bayern beschwerten sich bei mir. In den kommen-

den Monaten wird es über die Förderrichtlinien für die Feuerwehr einiges zu diskutieren geben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund dessen, was ich hier vorgetragen habe, können wir diesem Haushaltsentwurf des Innenministeriums nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir seitens der FDP haben von Anfang an diesen Gesamthaushalt angesichts der geplanten Entnahmen von circa 3,5 Milliarden Euro aus den Rücklagen, und das in diesen konjunkturellen Hoch- und Spitzenzeiten, für unverantwortlich gehalten. Der Kollege Vogel hat im Haushaltsausschuss gar von haushaltspolitisch immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen gesprochen. Wenn das, was wir derzeit erleben, schwierige Rahmenbedingungen sind, dann möchte ich wissen, wie eine Situation zu bewerten ist, in der es nicht Jahr für Jahr von Rekordeinnahme zu Rekordeinnahme geht. Schwieriger ist die Lage nur deswegen geworden, weil mit diesem Haushalt auch ein Füllhorn voll Wohltaten über eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen ausgeschüttet worden ist. Da mahnen wir insgesamt zur Mäßigung. Auch da mahnen wir zur Nachhaltigkeit in der Finanzplanung.

Diese strukturelle Kritik, sehr geehrter Herr Staatsminister, bezieht sich aber ausdrücklich nicht auf den Einzelplan 03. Ja, innere Sicherheit ist teuer; aber die dafür aufgewendeten Mittel sind gerechtfertigt und im Großen und Ganzen auch nach unserer Bewertung gut angelegt, weil die Sorge für die innere Sicherheit eine Kernaufgabe staatlichen Handelns ist, gleichzeitig die Sicherheit im Lande für ein gelingendes Zu-

sammenleben insgesamt wichtig ist und die subjektive Sicherheit, das subjektive Sicherheitsgefühl, immer im Auge behalten werden muss.

Deswegen gehe ich auf das Thema Polizei nur in aller Kürze ein; hinsichtlich der Einzelheiten darf ich auf die im Haushaltsausschuss beratenen Anträge und die dort vorgetragenen Argumente verweisen. Zunächst spreche ich allen Dank und Anerkennung aus, die im Bereich der Polizei und der Sicherheit Dienst tun und durch ihr Engagement und ihre Arbeit schon beste Ergebnisse erzielt haben.

Ja, wir stimmen dem Personalzuwachs um weitere 1.000 Polizeikräfte im Doppelhaushalt zu. Ja, wir halten es auch für richtig, dass die Ausrüstung auf den Stand des Jahres 2019 gebracht wird. Es soll eine neue Dienstwaffe geben, nicht nur ein digitalisiertes Klassenzimmer. Ich möchte hoffen, dass der digitalisierte Streifenwagen schnellere Fortschritte macht. Ja zu Smartphones und Tablets für die Polizei!

(Beifall bei der FDP)

Eine ablehnende Haltung – das ist auch nichts Neues – haben wir gegenüber der bayerischen Grenzpolizei, einmal aus rechtlichen Gründen – sie wurden vorgetragen –, aber auch, weil damit eine personelle Konzentration bei der bayerischen Grenzpolizei einhergeht, die unserem Ziel, Polizisten in die Fläche zu bringen – der Kollege Vogel hat das auch gesagt –, durchaus zuwiderläuft. Uns wären bayerische Polizisten in der Fläche lieber als bayerische Polizisten an der Grenze.

Auch die Reiterstaffel ist so ein Thema, dem wir uns nicht annähern wollen. Auch da halten wir das Geld nicht für richtig eingesetzt.

Mehr Dynamik möchte ich an dieser Stelle auch noch im Hinblick auf das geplante Polizeiaus- und -fortbildungszentrum einfordern, von dem schon seit Jahren die Rede ist.

Zur Integrationsarbeit: Auch da halten wir stärkere Anstrengungen für richtig. Wir wollen auch noch mehr für die Sprachförderung tun; sie ist der Schlüssel zur Integration schlechthin.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nur noch drei Sonderthemen kurz ansprechen:

Erstens. Die Themen Artenschutz und Personalausstattung passen schon an dieser Stelle nicht mehr zusammen. Hinter uns liegt das Volksbegehren, und wir warten auf die angekündigte Übernahme hier im Landtag. Aber zum Gelingen dieses neuen Artenschutzprogramms ist wohl auch Personal erforderlich. Wir haben in diesen Tagen von der Landwirtschaftsministerin ein Papier in die Hand gedrückt bekommen: "Maßnahmenpaket zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheiten". Wer kümmert sich darum? – Das ist die Frage. Wir würden natürlich die notwendige Anpassung der Personalausstattung der Landratsämter gerne schon jetzt und nicht erst im Dezember dieses Jahres, womöglich bei der Beratung des Nachtragshaushaltes, diskutieren. Eine vernünftige Umsetzung ist auch da vonnöten. Der Personalausstattungsplan für die Landratsämter und die innere Verwaltung ist schon jetzt überholt. Sie lassen es an dieser Stelle am Umsetzungswillen fehlen.

Zweitens. Zu den Feuerweherschulen ist auch schon einiges gesagt worden. Die Kapazitätserweiterungen und die Personalaufstockungen erkennen wir an; wir halten sie für richtig und wichtig. Ich bitte darum, dabei für einen effizienten Mitteleinsatz zu sorgen; denn wir haben in allen Führungsbereichen der Feuerwehr vermehrte Fluktuationen; das ist bekannt. Gerade deswegen sind verstärkt noch Gruppenführer- und Kommandantenfortbildungen erforderlich. Mehr Kommunikation und mehr Flexibilität in den Feuerweherschulen sind erforderlich, um dem erhöhten Ausbildungsbedarf passend entsprechen zu können.

Der dritte Punkt betrifft die Sportförderung. Wir begrüßen die Budgeterhöhung außerordentlich. Die jetzt zusätzlich zur Verfügung stehenden neun Millionen Euro in diesem Jahr für den Sportstättenbau in Regionen mit besonderem Handlungsbedarf verbessern die Gesamtsituation erheblich. Das ist gut angelegtes Geld. Auch hier bitten wir, jetzt für eine zügige Abwicklung zu sorgen.

Zum Stichwort "gut angelegtes Geld" noch ein Punkt, der zwar betragsmäßig klein ist, dann aber doch Fragen aufwirft, ob auch in allen Bereichen die Bereitschaft zu einer sparsamen Haushaltsaufstellung und zu einem sparsamen Haushaltsvollzug besteht: Wenn es um die Sportgala, um die Verleihung des bayerischen Sportpreises geht, müssen wir nach dem, was wir bisher erlebt haben, doch erhebliche Zweifel anmelden.

Im Haushaltsausschuss konnte dieser Mittelzuwachs von 270.000 Euro für eine Veranstaltung nicht erklärt werden. Der Amtschef sagte im Haushaltsausschuss: Da bräuchte man 20.000 Euro mehr für eine Eventagentur. Gestern hat der Minister nach fünf Wochen des Prüfens mitgeteilt: Die Eventagentur würde 80.000 Euro mehr kosten – und das, obwohl uns zeitgleich erläutert wird, dass ohnehin geplant sei, im nächsten Jahr ein neues Konzept auch für diese Veranstaltung vorzulegen. Der Hinweis, dass das Sponsoring von BMW ausfalle, hat auch dazu geführt, dass hier 80.000 Euro mehr eingeplant werden, und jetzt gibt es, nachdem wir das noch einmal zum Thema gemacht haben, da offenbar auch Nachverhandlungen und erste Erfolge. Da bitte ich schon, gerade weil wir oder Sie den Gesamthaushalt letztlich nur durch Rücklagenentnahmen in Milliardenhöhe finanzieren können, in allen Einzelpositionen verantwortungsvoller zu agieren, als das an dieser Stelle deutlich geworden ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an die Redezeit!

Alexander Muthmann (FDP): – Ja, ich habe noch zwei Sätze zu sagen. Uns ist mitgeteilt worden, dass der BR, der Bayerische Rundfunk, bei der Sportgala sparen muss und deswegen an dieser Stelle 16.500 Euro mehr eingeplant werden, um zu einer Finanzierung zu kommen. Uns interessiert natürlich, welche Leistungen sich die Staatsregierung da beim Bayerischen Rundfunk einkauft. Das werden wir nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Monaten noch genauer untersuchen und hinterfragen.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Sinne: Ja zur Polizei, ja zur Sicherheit. In Einzelpunkten haben wir aber doch erhebliche Zweifel, und deswegen können wir trotz der grundsätzlich richtigen Ausrichtung

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kommen Sie zum Ende, Ihre Redezeit!

Alexander Muthmann (FDP): diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Abgeordnete Manfred Ländner von der CSU-Fraktion.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Einzelplan 03: geplante und wichtige Ausgaben im Bereich der inneren Sicherheit, gelingender Integration, im Bereich des Sports und 250 Millionen Euro für die Gemeinden – Ausgleich der "Strabs" für die Kommunen.

Kollege Vogel hat die Eckdaten genannt; ich erspare mir die Zahlen, und gestatte mir einige Worte zur inneren Sicherheit in Bayern. Bayern hatte in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich der inneren Sicherheit immer einen und meist sogar den Spitzenplatz in Deutschland. So falsch kann es also nicht gewesen sein, was wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht haben.

Straftatenhäufigkeit, Aufklärungsquote – viele Dinge belegen, dass unsere Polizei herausragende Arbeit leistet, ebenso wie die Feuerwehr sowie die Rettungsdienste im Hauptamt und besonders im Ehrenamt. Dieser Spitzenplatz in der inneren Sicherheit und diese hohe Leistungsfähigkeit auch unserer Landkreise, Städte und Gemeinden im Bereich der inneren Sicherheit – sie sind ja Sicherheitsbehörden – hatte natürlich auch Auswirkungen, in diesem Fall positive Auswirkungen, auf die Entwicklung unserer bayerischen Heimat; denn Sicherheit ist ein Standortfaktor. Sicherheit ist ein entscheidender Mosaikstein für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten; denn es geht um die Sicherheit der Anlagen und

Einrichtungen von Industrie und Handwerk. Es geht um die Sicherheit der Menschen, die hier bei uns leben und arbeiten, und es geht um die Sicherheit der Familienangehörigen derer, die in Bayern investieren und zu uns kommen, um hier zu arbeiten oder bei uns zu bleiben. Es geht nicht zuletzt um die Freiheit, sich im Lande in Dörfern und in Städten rund um die Uhr dort aufhalten zu können, wo man möchte, ohne Angst zu haben – in Bayern sind keine No-go-Areas.

Daher geht ein Dank an alle, die für die innere Sicherheit in Bayern stehen – es wurde dankenswerterweise von allen Vorrednern bereits angesprochen: an die Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehren, Sicherheitswacht, Kommunen und Landkreise als Sicherheitsbehörden.

Ich darf auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenministerium nennen, und es kommt noch eine zahlenmäßig kleine Gruppe dazu: Innenminister Joachim Herrmann, Staatssekretär Gerhard Eck und 203 weitere Abgeordnete des Bayerischen Landtages. Diese Gruppe "Bayerischer Landtag" ist verantwortlich für die im Grundgesetz festgelegte Gesetzgebung der Länder, und das wesentliche Gesetz – das wissen Sie, das haben Sie im Sozialkundeunterricht gelernt – ist das Haushaltsgesetz. Wir als Landtag sind also verantwortlich, dass die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, damit die innere Sicherheit weiter auf einem hohen Niveau gehalten werden kann.

Personal, Ausstattung, Gebäude und Akteure sind das Handwerkszeug für die innere Sicherheit in Bayern, und der heute zu beratende Einzelplan 03 stellt diese notwendigen Mittel zur Verfügung. Ich gestatte natürlich auch die Feststellung, es sei zu wenig. Ja, immer mehr ist wünschenswert. Kollege Muthmann hat schon gesagt: Es ist zu viel im Haushalt, können wir nicht machen.

Ich möchte heute, wenn es ums Geld geht, nicht unbedingt über den juristischen Zentimeter an der Grenze oder hinter der Grenze diskutieren; das können wir im Ausschuss noch machen.

Ich war selbst einmal Dienstgruppenleiter. Die Hälfte der Dienstgruppe sagte, wenn sie weniger als 60 Überstunden hatte: Ich bleibe nicht daheim, weil ich diese Überstunden brauche, wenn die Oma Geburtstag hat oder im Sommer, wenn die Sonne scheint. – Das ist aber ein anderes Thema, das gehört nicht hierher.

Mehr Einsatz von Angestellten – ja, darüber müssen wir uns unterhalten. Wir haben bereits erste Beschlüsse in der vergangenen Legislaturperiode gefasst. Und ich weiß, dass die Bedeutung der inneren Sicherheit an der Grenze immer unterschiedlich gesehen wird. Auch da möchte ich jetzt nicht tiefer einsteigen. Ich kenne aber die Opposition, und Anträge wiederholen sich, lieber Stefan Schuster. Ich weiß, dass wir im Innenausschuss

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

immer wieder darüber diskutieren werden.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht um einzelne Details wie Zentimeter oder Vierbeiner statt Zweibeiner, sondern heute geht es darum: Nehmen wir diesen Rekordhaushalt des Freistaates Bayern, vorgesehen im Einzelplan 03, an – ja oder nein –, um die innere Sicherheit in Bayern hochzuhalten? – Das ist die Frage, die sich heute stellt.

Ich zitiere immer gerne Wilhelm Busch: "Ein Onkel, der Gutes mitbringt, ist besser als eine Tante, die bloß Klavier spielt." – Ich darf feststellen: Im Klavierspielen ist die Opposition einsame Spitze.

(Beifall bei der CSU)

Bei Einweihungen und bei Spatenstichen wird immer gerne davon gesprochen, wie großzügig der Landtag ist. Bei Empfängen, bei sonstigen offiziellen Ereignissen wird gelobt und gepriesen. Da passt kein Blatt Papier zwischen das anwesende Mitglied der Staatsregierung und die Kollegin und den Kollegen der Opposition, man muss auf dem Pressebild drauf sein; es ist also alles ganz wichtig.

Aber, liebe Freunde, heute bei der Haushaltsberatung, wenn die Gelder beschlossen werden sollen, duckt man sich weg. Öffentlichkeitswirksam draußen vor Ort begleiten, Loben und Preisen – da sind wir dabei! Aber den Haushalt ablehnen. Bei Einweihungen Klavier spielen und bei Demonstrationen den Mittelfinger zeigen: ich glaube, das kann man durchaus als Janusköpfigkeit bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Der Volksmund sagt: Wer gackert, der muss auch Eier legen. – Ich stelle fest: das Gackerklappt überall bestens.

(Heiterkeit bei der CSU)

Doch innere Sicherheit ist nicht mit Gackern zu erreichen. Innere Sicherheit braucht Anstrengungen, Unterstützung und Geld. Wir, die Regierungsfractionen, strengen uns an, und wir unterstützen die innere Sicherheit nicht nur finanziell, sondern auch ideell. Wir stellen dafür Geld zur Verfügung.

Wir sind für innere Sicherheit in Bayern und sagen deshalb Ja zu den Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Ehrenamt für die innere Sicherheit engagieren. Wir sagen auch Ja zu den Bürgerinnen und Bürgern, die im Hauptamt bei Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehren für die innere Sicherheit arbeiten. Wir sagen insgesamt Ja zur großartigen Struktur der inneren Sicherheit in Bayern. Wir wollen diese erhalten und sagen deshalb Ja zum Einzelplan 03.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Als Nächste hat die Abgeordnete Gülseren Demirel für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Als ich hier der Haushaltsdebatte zugehört habe, bei der der Kollege Vogel und auch der

Kollege Pohl zum Thema Integration enthusiastisch erklärt haben, was alles Tolles für die Integration gemacht werde und wie viele Millionen dafür ausgegeben würden, habe ich mir die Frage gestellt: Habe ich denselben Entwurf gelesen? Kann es sein, dass es zwei unterschiedliche Haushaltsentwürfe gibt? – So unterschiedlich kann man doch den gleichen Haushaltsentwurf nicht interpretieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist aus einem einfachen Grund nicht möglich sein: Im Haushaltsentwurf sind beim Thema Integration als große Posten Anker-Zentren, Landesamt für Asyl und Rückführungen und Abschiebegefängnisse aufgeführt. Natürlich funktionieren Anker-Einrichtungen nur mit Personal. Natürlich gehört zu Anker-Einrichtungen auch soziale Beratung wie zum Beispiel die Asyl- und Migrationsberatung. Das alles verursacht Kosten, sehr große Summen. Wenn ich diese Maßnahmen auf das gesamte Bayern mit sieben Regierungsbezirken ausdehne, macht das in der Summe einige Millionen aus. Die Frage ist aber: Ist das wirklich Integration? Oder dürfte man dabei den Begriff Integration gar nicht in den Mund nehmen? Wenn man es nämlich tut, zeigt man, mit welcher Haltung man Integration umsetzen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Konzept, eine Struktur und eine Steuerung von Integration finde ich in diesem Haushalt nicht. Was ist mit Sprachkursen? Was ist mit Arbeitsmarktqualifizierung für Frauen? Welche Integrationsmaßnahmen sind für Kinder im Vorschulalter vorgesehen? Und, und, und!

(Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dreml (CSU))

– Es mag sein, Frau Kollegin, dass Sie da ein Projekt aufgezogen haben, das Ihr Kollege Vogel hier auch erwähnt hat. Ich rede aber vom Land Bayern, ich rede von der Strategie für die Integration. Mit welchen Zielvorgaben wollen Sie die Integration in

diesem Bundesland umsetzen? Wir brauchen nicht nur da und dort ein paar Projekte zur Integration. Damit brauchen Sie sich nicht zu rühmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fatal und schlimm ist Folgendes: Wenn Sie von der Presse danach gefragt werden, was Sie für Integration tun, stellen Sie sich hin und zählen diese Millionen und Milliarden auf, die Sie für Integration zur Verfügung stellen. Dabei vergessen Sie aber, dass die Menschen, die in den Anker-Zentren leben, diese Einrichtungen gar nicht haben wollen und darunter auch gar nicht Integration verstehen.

Im Haushaltsentwurf lese ich, dass in den nächsten zwei Jahren knapp 14 Millionen Euro für das Abschiebegefängnis am Münchner Flughafen vorgesehen sind. Das muss man sich einmal vorstellen. Ich rege mich darüber nicht nur wegen des falschen Verständnisses von Integration auf, sondern ich rege mich darüber auch als Steuerzahlerin auf. Aktuell zahlen wir an den Münchner Flughafen monatlich 420.000 Euro Miete. Wissen Sie, wie viele Abschiebehäftlinge seit dem letzten September bis Februar 2019 in diesem Abschiebegefängnis waren? – 63! Für 63 Personen, die sich dort knapp innerhalb eines halben Jahres aufgehalten haben, zahlen wir monatlich 420.000 Euro. Wenn ich das auf die einzelnen Personen umrechne, müsste sich bei Ihnen der Bund der Steuerzahler melden und sagen, so geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was machen wir? – Wir weiten diese Maßnahmen auch noch aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Integration debattieren, lassen Sie uns doch sachlich debattieren. Lassen Sie uns gemeinsam die Probleme, die es bei der Integration in diesem Land gibt, lösen. Richtige Modelle und richtige Antworten gibt es doch. Ich nenne Ihnen dafür zwei Beispiele.

Das erste Beispiel ist Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg hat einen Integrationspakt mit den Kommunen geschlossen. Hinter diesem Pakt steht eine Stra-

ategie. Da macht man nicht dort und dort ein Kleckerchen. Da gibt es eine Gesamtstrategie, die auch die Kommunen unterstützt und für die das Land Geld zur Verfügung stellt. Das Land Baden-Württemberg stellt dafür 320 Millionen zur Verfügung. Jeder und jede von uns weiß, dass Integration in der Kommune stattfindet.

Als weiteres Beispiel nenne ich Ihnen Hessen. Hessen hat eine Strategie aufgestellt, die sich "Landesprogramm WIR" nennt. Auch in Hessen werden die Kommunen von der Landespolitik mit klaren Zielvorgaben und auch finanziell unterstützt, sodass man gemeinsam agiert. Lassen Sie uns doch darüber diskutieren; sagen Sie nicht, wir zahlen Millionen, bei denen im Haushalt nicht ersichtlich ist, für welche Maßnahmen außer den von mir genannten sie vorgesehen sind. Es kann doch nicht sein, dass wir die Aufwandspauschalen für ehrenamtliche Deutschlehrer zurücknehmen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Für ehrenamtliche Deutschlehrer haben wir 500 Euro zur Verfügung gestellt, die jetzt wieder zurückgenommen werden. Jetzt aber sagen Sie, wir geben doch so viel Geld für die Integration aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, verkaufen Sie die Leute nicht für dumm, bleiben Sie auf dem Teppich!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Demirel. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Richard Graupner für die AfD-Fraktion das Wort.

Richard Graupner (AfD): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, ist die vornehmste Pflicht des Staates. Die bayerischen Bürger dürfen erwarten, dass der Staat dafür alle seine finanziellen Möglichkeiten ausschöpft. Wir, die AfD, stehen für einen starken Staat und eine starke Polizei. Eine starke Polizei ist gerade nicht eine autoritäre Polizei, wie es gerne von der

linken Seite dargestellt wird. Eine starke Polizei ist dort, wo der schwache Teil der Bevölkerung Schutz braucht, und zwar rund um die Uhr und an jedem Tag im Jahr.

Die bayerische Polizei leistet hervorragende und professionelle Arbeit. Sie kann ihre Aufgaben aber nur so gut erfüllen, wie es die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zulassen. Die Frage ist: Werden die politischen Weichenstellungen im Haushalt den Anforderungen an eine umfassende Sicherheit der Bürger gerecht?

Unsere Anträge auf eine Stellenmehrung bei der Polizei gehen über die der Staatsregierung deutlich hinaus. Sie sind kein einfaches Draufsatteln, wie es die Opposition immer leicht fordern kann. Unsere Anträge sind wohl begründet und den täglichen Anforderungen an die Sicherheitslage geschuldet.

Mit dem letztjährigen Aktionismus hat die Staatsregierung zudem die Weichen falsch gestellt. Sie hätten darauf drängen müssen, dass die bayerischen Grenzen von der dafür zuständigen Bundespolizei in ausreichender Stärke geschützt werden; dadurch wären bei der bayerischen Polizei Kapazitäten dafür freigeworden, den illegalen Aufenthalt im Landesinneren zu bekämpfen und die Dienststellen in der Fläche personell zu verstärken.

(Beifall bei der AfD)

Anders als noch vor 10 oder 20 Jahren sind wir heute mit islamistischen Gefährdern konfrontiert, deren Überwachung einen enormen Personalbedarf bedingt. Wir haben einen demografischen Wandel in der Bevölkerungsstruktur. Der Anteil junger Männer, die in den Kriminalstatistiken der ganzen Welt mit Abstand die höchste Straffälligkeit aufweisen, ist insbesondere seit 2015 stark gestiegen. Die offenen Grenzen ermöglichen es zwielichtigen Personengruppen nach wie vor, unkontrolliert nach Deutschland einzureisen.

Diese unbestreitbaren gesellschaftspolitischen Veränderungen schlagen unmittelbar auf die Polizei durch. Die Sollstellenberechnungen der Dienststellen, die ohnehin

kaum erreicht werden, stammen noch aus ruhigeren Zeiten. Zudem bildet die PKS, die Polizeiliche Kriminalstatistik, nicht die tatsächliche Kriminalität ab, sondern lediglich die zur Anzeige kommenden Straftaten. Ein feines Gespür der Bürger für die tatsächliche Sicherheitslage führt zudem zu Vermeidungsstrategien, die in keiner Statistik abgebildet werden können. Wenn Frauen zum Beispiel nicht mehr zu bestimmten Veranstaltungen gehen oder zu bestimmten Zeiten nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, dann kommt das zwar der PKS zugute, ist aber gleichzeitig ein nicht akzeptabler Verlust an Freiheit für unsere Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Der Polizeibeamte, der wieder einmal eine ganze Nachtschicht lang Prioritäten setzen und entscheiden muss, zu welchem Einsatz er zuerst fährt, der steuerzahlende Bürger, der auf die gerufene Polizei warten muss, weil die vorhandenen Einsatzkräfte bereits in anderen Einsätzen gebunden sind, ihnen allen muss es doch wie Hohn vorkommen, wenn die Staatsregierung Geld für unsinnige Prestigeprojekte wie die Reiterstaffel übrig hat, aber die Ressourcen für die tägliche Sicherheit am Limit angelangt sind. Hoch zu Ross lassen sich unsere Probleme jedenfalls nicht bewältigen.

Wenn Sie uns schon nicht glauben, dann sehen Sie sich die Forderungen der Polizeigewerkschaften an. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat in einem wirklich beachtenswerten Positionspapier dargelegt, warum allein bei der Kriminalpolizei, die weniger als 20 % der gesamten bayerischen Polizei ausmacht, sofort 700 zusätzliche Vollzugsstellen erforderlich sind und mittelfristig noch weitere 500 Stellen für unumgänglich gehalten werden. Hier wird sofort deutlich, dass die Praktiker aus dem täglichen Dienst einen Stellenbedarf sehen, der weit über den hinausgeht, den die Staatsregierung sieht.

Ich sage an die Adresse der Altparteien: Sie haben die Grenzkontrollen abgeschafft, ohne das Versprechen sicherer EU-Außengrenzen zu erfüllen. Sie waren Vollzugsgehilfen der rechtswidrigen Masseneinwanderung im Jahr 2015. Und Sie schaffen es

nicht, Straftäter, die sich zu Unrecht in Deutschland aufhalten, rigoros wieder außer Landes zu schaffen. Lassen Sie die Polizei und die Bürger nicht mit den Zuständen, die Sie zu verantworten haben, im Regen stehen, folgen Sie unserem Weg für eine starke Polizei und für ein lebenswertes Bayern, in dem alle Bürger sicher sind!

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klaus Adelt für die SPD-Fraktion das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein reiches Land. Nirgendwo lebt es sich besser als in Bayern.

(Hans Herold (CSU): Sehr richtig!)

Bayern ist Primus, Bayern ist prima. Dem stimme ich zu; denn in Bayern wohnen und arbeiten fleißige Leute. Das sage ich hier klipp und klar.

In der Haushaltsdebatte neigen die Regierungsfaktionen dazu, ein blumiges Bild vom Regierungshandeln zu zeichnen. Dass die FREIEN WÄHLER als mehrheitsverlängernder Arm der CSU schnell gelernt haben, wurde heute bereits mehrfach dargestellt. Ich nenne ein Beispiel, das Landesamt für Asyl. Noch im letzten Jahr haben die FREIEN WÄHLER der CSU vorgeworfen, für jedes Versäumnis eine neue Behörde und einen neuen Wasserkopf zu schaffen. Schnell habt ihr euch arrangiert; denn dem Landesamt für Asyl habt ihr zugestimmt. Wären die vorhandenen Behörden und Ministerien personell gestärkt worden, hätte es diesen neuen Wasserkopf nicht gebraucht. Aber hier herrscht die Symbolpolitik vor.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema sind die Strabs und die Strebs. Hier spreche ich besonders den kommunalpolitischen Großvisionär Bernhard Pohl an. Eines muss man Ihnen lassen:

Sie haben das Kunststück fertiggebracht, relativ schnell ein Wahlgeschenk umzusetzen. Zu spüren bekommen das die Gemeinden. Hier geht es um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und den Umgang mit den Altfällen. Hier ist es nicht schlecht, wenn man rechnen kann. Diese 64 Millionen Euro sind in Zeiten einer schwachen Konjunktur entstanden, in denen die Kommunen wenig Geld hatten. Ich spreche hier aus 24 Jahren leidvoller Erfahrung und weiß, dass die Rechnung nicht hinhaut. Nötig sind nicht 150 Millionen Euro, sondern mindestens 300 Millionen Euro. Wo kommt dieses Geld her? – 150 Millionen Euro kommen vom Freistaat Bayern, den Rest bezahlen die Gemeinden, Herr Großvisionär.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen kennt sich kein Mensch mehr aus, wie die ganze Sache funktioniert. Das ist ein großer Erfolg! Klasse! Beifall! – Aber so geht es nicht. Bei den Altersschließfällen wurde die Konnexität außer Acht gelassen. Den Kommunen wurde gesagt: Ihr könnt, aber ihr müsst nicht. Den Gemeinden fehlt inzwischen ein Heidengeld. Das ist ein Riesenproblem.

Die Erhöhung der Verbundquote wurde vonseiten der SPD immer wieder gefordert. Bei den Schwimmbädern besteht ein riesiger Investitionsstau. Bayern schwimmt im Geld, aber die Schwimmbäder sind in weiten Teilen sanierungsbedürftig. Die Spitzenverbände haben den Bedarf auf 1 Milliarde Euro geschätzt.

(Alexander König (CSU): Die Gemeinden haben die Schwimmbäder verlottern lassen wie in Selbitz!)

– Kollege König, das machen wir untereinander aus. Andere Städte und Gemeinden bekommen vom Freistaat etwas geschenkt, die anderen können ihre Schwimmbäder nicht halten, weil sie schlecht gebaut waren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Ruhe, jetzt bin ich dran.

(Beifall bei der SPD)

Im Bundesprogramm für die kommunalen Schwimmbäder wurden 200 Projekte beantragt, 24 davon wurden bewilligt. Das Programm war um das Zwanzigfache überzeichnet. Deshalb fordern wir, dass die Gemeinden bei der Verbundquote besser ausgestattet werden. Dann könnte so manches Förderprogramm eingedampft und Bürokratie gespart werden. Das Programm zur energetischen Sanierung ist dringend fortzusetzen. – Dann komme ich zu unserem Änderungsantrag für die untere Naturschutzbehörde. 55 Stellen wurden gefordert, 8 Stellen wurden zugesagt. Wir fordern deshalb 47 neue Stellen. Es ist nicht damit getan, Programme wie "Rettet die Bienen" oder "Rettet die Stechmücken" umzusetzen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Klaus Adelt (SPD): Herr Muthmann hat auch länger geredet. Jetzt spreche ich zu Ende und komme zum Schluss. Wir brauchen einen Haushalt für die Städte und Gemeinden, durch den sie befähigt werden, in ihre Infrastruktur und Einrichtungen zu investieren. Das halten wir für unerlässlich.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, keiner hat so lange geredet wie Sie. Kommen Sie bitte zum Ende.

Klaus Adelt (SPD): Herr Kollege Ländner, wir stimmen vielen Teilen dieses Haushalts zu, aber diesen Teil lehnen wir ab. Herzlichen Dank, das war mein letztes Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste hier im Hause und draußen im Lande, liebe Bürger!

Das Haushaltsrecht ist das edelste Recht des Parlaments. Das Parlament entscheidet, ob der König das bezahlen kann, was er sich vorgestellt hat. So ist es auch bei uns in Bayern.

Wenn ich auf die vielen vergangenen Jahre zurückblicke, kann ich in der Gesamtschau feststellen, dass Bayern immer einen soliden Haushalt vorgelegt hat. Natürlich waren nicht immer alle damit zufrieden. Auch heute sind nicht alle damit zufrieden. Im Wesentlichen wurde aber alles richtig gemacht. Das gilt auch für den vorliegenden Haushaltsplan, den wir heute und in den nächsten beiden Tagen erörtern werden.

Mit dem Haushalt werden Schulden getilgt. Das war auch so versprochen. Und mit diesem Haushalt wird investiert, obwohl sich bereits Konjunkturprobleme abzeichnen. Diese Investitionen sind sehr wichtig. Mit dem Haushalt werden auch die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Der wichtigste dieser Schwerpunkte ist die Bildung. In einer Zeit, in der Industrie abgebaut wird und in der es mit der Realwirtschaft im Verhältnis zur Finanzwirtschaft nicht richtig vorangeht, ist es wichtig, das geistige Kapital in unserem Lande zu fördern. Das ist mit der Bildung und der Digitalisierung sehr gut zu erreichen. Dies tut die Bayerische Staatsregierung. Dafür gebührt ihr Lob und Anerkennung.

Alle Jahre wieder hören wir, dass die innere Sicherheit ein wichtiger Aspekt ist. Auch heute wurden dazu sehr pathetische Worte gesprochen. Dieser Stellenwert ist schön und gut. Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist es jedoch, darüber zu wachen, dass wir das Bürgervertrauen rechtfertigen und die Finanzmittel richtig eingesetzt werden. Da haben Sie im letzten Jahr einen großen Fehler gemacht. Sie haben ein Polizeiorganisationsgesetz beschlossen, und in dieses Gesetz haben Sie eine Aufgabe geschrieben, die Sie hätten gar nicht hineinschreiben dürfen, nämlich die Erfüllung von grenzpolizeilichen Aufgaben. Es geht um die Überwachung der Grenze, so steht das drin, und um die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs einschließlich der Prüfung der Grenzübertrittspapiere. Das ist schier rechtswidrig; denn nach wie vor steht Ihnen das Gesetzgebungsrecht für diesen Bereich nicht zu. Das gehört nämlich

zur ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes. Der Bund hat sich hier ein Gesetz gegeben, und er hat die Bayern nicht ermächtigt, sich ein eigenes Gesetz zur Implementierung einer Grenzpolizei zu geben. Damit verschleudern Sie Haushaltsmittel für etwas, was nichts bringt; denn die Grenzpolizisten, die Sie vorsehen, dürfen das, für was Sie sie vorsehen, an der Grenze gar nicht tun, nämlich Grenzen zu kontrollieren. Das dürfen sie nur, wenn der Bund Sie um Unterstützung bittet.

Diese 1.000 Polizisten und die vielen Sachaufwendungen, die erforderlich sind, um so eine Einheit innerhalb der Landespolizei Bayern wirklich zum Laufen zu bringen, hätte man besser verwenden können. Sie haben noch die Möglichkeit, hier umzudrehen, zu sagen: Nein, aber das war einen Versuch wert. – Vielleicht war es auch nur eine Schnapsidee. Auf jeden Fall ist es mein Appell, dass Sie diesen Gag der Bayerischen Staatsregierung umkehren und die Grenzpolizei, so wie das heute schon gefordert wurde, abschaffen. Die Beamten, die Sie im Haushalt ausweisen, sollten in die Landespolizei integriert werden, und zwar dort, wo sie am nötigsten sind. Ob das in der Fläche ist, ist eine andere Frage. Ich meine, die Polizisten müssen dorthin, wo die meiste Arbeit und die größten Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Da vertraue ich voll und ganz auf das Innenministerium. Die Fachleute dort werden das schon wissen und herausfinden. Mein Appell ist also: Lösen Sie diese Truppe auf. Machen Sie es künftig richtig. Lassen Sie nicht Aufgaben in Gesetze schreiben, die der Fantasie entspringen, aber nicht der Realität, Aufgaben, die nicht der gesetzlichen, der verfassungsmäßigen Ordnung und auch nicht der bundesstaatlichen Ordnung entsprechen. Halten Sie sich an das föderalistische Prinzip, wonach Sie nur für das zuständig sind, was Ihnen das Grundgesetz zuschreibt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Damit komme ich jetzt zum Ende und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Ich erteile als Vertreter der Staatsregierung das Wort Herrn Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist nicht nur Ausdruck von Bürgerfreundlichkeit, sondern sie ist auch – und das spüren wir in Bayern jeden Tag – ein immenser Standortvorteil. Das ist sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht, sie ist es aber vor allen Dingen für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Der vorliegende Haushalt umfasst die gesamte innere Verwaltung, nicht nur das Personal im Ministerium, an den Regierungen, an den Landratsämtern und in vielen weiteren Behörden. Übrigens umfasst er auch die Mitglieder und die Mitarbeiter der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die derzeit unter einer großen Zahl von Verfahren leiden und deshalb sehr viel Arbeit zu bewältigen haben. Sie leisten Großartiges. – Deshalb möchte ich mich zu allererst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, ganz speziell aber bei denen der inneren Verwaltung in Bayern, für die großartige Arbeit herzlich bedanken. Es ist richtig, deren Arbeit durch einen guten Haushalt zu unterstützen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht für das Innenministerium immer die innere Sicherheit im Fokus. Sie erfährt besondere Aufmerksamkeit und besonderes Interesse der Öffentlichkeit. Heute kann ich erneut feststellen, auch nach den in den letzten Monaten veröffentlichten Daten aus allen Bundesländern: Bayern war im Jahr 2018 wieder das sicherste aller Bundesländer. Die Kriminalstatistik belegt das klar. Wenn man die Straftaten in Relation zu der Einwohnerzahl setzt, dann ist Bayern schon seit Jahren – und das war es auch im vergangenen Jahr – das sicherste aller Bundesländer. Gerade im Hinblick auf die engagierten Beiträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN darf ich feststellen: Es ist einfach Fakt – und das zeigen die Zahlen aus diesen Ländern selbst –, dass überall, wo SPD und GRÜNE regieren, die Kriminalität höher ist als in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist Fakt, da können Sie sich nicht herausreden, meine Damen und Herren. Ja, in Bayern lebt man sicherer als anderswo. Das ist das Ergebnis einer insgesamt positiven Entwicklung in unserem Land, es ist aber auch dem großartigen Engagement unserer Polizei zu verdanken. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle ein ausdrückliches Dankeschön für die großartige Arbeit, die alle Kolleginnen und Kollegen aus unserer bayerischen Polizei Tag und Nacht in diesem Land leisten. Nur deshalb können wir sicherer leben als anderswo.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Tat ist es aber schon bemerkenswert, dass man das jetzt umdreht und fragt: Wozu müssen wir jetzt noch zusätzlich in die Polizei investieren? – Genau deswegen sind wir das sicherste Land, und deshalb sind wir es über die letzten Jahre auch geblieben, weil wir uns nie auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausgeruht haben, weil wir nie sagen: Naja, dann passt es ja. – Wir bemühen uns stattdessen ständig weiter um noch mehr Sicherheit für unsere Mitbürger. Hundertprozentige Sicherheit kann niemand garantieren. Das sage ich immer wieder. Ein Scharlatan wäre einer, der sagt: Ich habe ein Konzept, dass überhaupt nichts mehr passiert. – Das gibt es nirgends auf der Welt. Sich aber ständig um noch mehr Sicherheit für die Menschen zu bemühen, das ist in der Tat unser Selbstverständnis. Das ist unser Auftrag. Das ist nach meiner festen Überzeugung der Kernauftrag eines funktionierenden modernen Rechtsstaates. Es ist mit die wichtigste Aufgabe eines Staates überhaupt, sich um die Sicherheit seiner Mitbürger zu kümmern, und zwar nach außen wie nach innen. Das ist die Grundlage der Politik dieser Staatsregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb investieren wir in der Tat weiter in die Sicherheit. Wenn man das Personaltableau anschaut, das diesem Haushaltsentwurf zugrunde liegt, der Ihnen zur Abstimmung

mung vorliegt, dann war die bayerischen Polizei zu Beginn dieses Jahrzehnts im Jahr 2010 noch bei etwa 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Zahl wächst jetzt auf über 43.000 im Laufe dieses Doppelhaushalts. Wir haben in der Koalition klare Beschlüsse gefasst, die Zahl in den folgenden Jahren – 2021, 2022 und 2023 – noch weiter wachsen zu lassen. Das bedeutet im Ergebnis über sieben Jahre hinweg einen Zuwachs von über 3.500 Stellen für die bayerische Polizei. In der Tat, das ist deutschlandweit einmalig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da sehen wir, welche Prioritäten wir in Bayern für die Sicherheit setzen. Es ist schön, wenn Ihnen zu diesem Thema letzten Endes nichts anderes mehr einfällt, als an der Grenzpolizei herumzunörgeln. Letztendlich haben Sie folglich an der ganzen Arbeit der Polizei und an den Schwerpunkten, die die Staatsregierung setzt, keine ernsthafte Kritik vorzubringen.

Nun will ich einfach nur einmal zur Relation die Zahlen festhalten: Unter diesen gegenwärtig vorhandenen rund 42.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei sind rund 37.000 Polizeivollzugsbeamte und vollzugsdienstunterstützende Beamte, Techniker und Arbeitnehmer. Von diesen 37.000 gehören gegenwärtig genau 600 der Grenzpolizei an. Das sage ich nur, damit man einen Maßstab hat und richtig sieht, worüber eigentlich geredet wird. Unter diesen 600 sind auch diejenigen, die schon in den letzten Jahren die Schleierfahndung durchgeführt haben. Die verstärken wir jetzt zusätzlich. Sie machen weiterhin Schleierfahndung und kontrollieren an der Grenze. Sie wissen ganz genau, auch wenn Sie in solchen Debatten immer wieder versuchen, einen anderen Eindruck zu erwecken, dass nur dort Grenzkontrollen stattfinden, wo das ausdrücklich von der Bundespolizei angefordert ist. Das ist mit dem Bundesinnenministerium vereinbart, so beispielsweise an den Flughäfen in Nürnberg und in Memmingen. Schauen wir doch mal, wie wir das in Zukunft regeln. Aber auch alle unmittelbaren Grenzkontrollen wie beispielsweise am Grenzübergang Kiefersfelden oder am Walserberg Richtung Salzburg oder bei Passau finden in enger Absprache mit dem Bund

statt. Deshalb kann an der Rechtmäßigkeit dieser Kontrollen überhaupt kein Zweifel bestehen.

Nun sagen Sie, Sie würden diese Leute lieber im Inland verteilen. Ich versuche, die Statistik regelmäßig vorzulegen. Was ist denn das Ergebnis der Grenzkontrollen und der Schleierfahndung? – Jeden Tag werden Leute, die Drogen dealen oder Drogen transportieren, an der Grenze festgenommen. Jeden Tag wird festgestellt, dass jemand illegal Waffen schmuggelt. Jeden Tag werden Leute festgenommen, gegen die schon lange ein Haftbefehl vorliegt, aber die noch nie, egal ob in Italien, Spanien, Frankreich oder sonstwo, in die Maschen der Polizei geraten sind. Aber bei diesen Grenzkontrollen werden sie aufgegriffen und festgenommen, meine Damen und Herren. Jetzt erklären Sie mal den bayerischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ernsthaft, dass Sie sagen, es sei besser, diese 600 Beamte über das ganze Land Bayern zu verteilen, als sie an der Grenze einzusetzen, meine Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen: Es ist für die Sicherheit der Menschen wesentlich besser, wenn solche kriminellen Drogendealer oder Waffenschmuggler oder sonst wer schon an der Grenze festgenommen werden,

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

bevor sie ins Land einreisen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie können doch den Leuten nicht ernsthaft erklären, es sei besser, wenn die erst ins Land einreisen und wir dann nach ihnen suchen. Das ist doch völlig absurd.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Meine Damen und Herren, es ist auch bemerkenswert, wenn Frau Schulze von den GRÜNEN

(Alexander König (CSU): Wer sonst?)

einerseits zunächst sehr wohlfeil erklärt, dass sie sich über Ehrenamt und couragiertes Auftreten von Mitbürgerinnen und Mitbürgern freut, andererseits aber anschließend erklärt, dass sie die Sicherheitswacht abschaffen will. Was ist denn die Sicherheitswacht anderes als gegenwärtig etwa 1.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern, die sich freiwillig bereit erklärt haben, in der Verantwortung der jeweiligen örtlichen Polizeinspektion in der Sicherheitswacht durch Streifengänge und Ähnliches mehr ihren persönlichen Beitrag zu noch mehr Sicherheit in unserem Land zu leisten? Dazu stehen wir. Das kostet ein bisschen Ausstattung. Ansonsten ist das ein großartiges ehrenamtliches Engagement. Deshalb sage ich Ihnen: Ja, wir freuen uns in der Tat über couragiertes Auftreten. Wir freuen uns, wenn sich Menschen gegenseitig helfen. Aber wir freuen uns auch, wenn sich Menschen in der Sicherheitswacht engagieren. Wir werden das weiter ausbauen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir auch insgesamt weiter in unsere Polizei investieren. Ich will von den Zahlen des Sachhaushaltes für die Polizei hier festhalten: Im Jahr 2013 hatten wir noch einen Gesamtetat für Sach- und Bauausgaben der Polizei von 342 Millionen Euro. In diesem Jahr 2019 wird dieser Etat, wenn Sie dem anschließend zustimmen, auf 554 Millionen Euro steigen. Es ist wiederum deutschlandweit einmalig, was wir in Bayern für unsere Polizei und für die Sicherheit der Menschen ausgeben. Ich möchte mich ausdrücklich beim Haushaltsausschuss für die konstruktiven Beratungen bedanken. Wir stellen in diesem Haushalt einen neuen Rekord für die Sicherheit in Bayern auf. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur Sicherheit in unserem Land gehört auch das große Aufgabenfeld der Feuerwehren, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes. Über 450.000 Männer und Frauen in Bayern engagieren sich in den Feuerwehren und den Rettungsdiensten. In

diesen Organisationen sind rund 20.000 Personen hauptamtlich tätig. Darüber hinaus engagieren sich etwa 430.000 Personen ehrenamtlich. Das ist phänomenal. Auch da sind wir übrigens wieder vorn. Ich kann Ihnen die Fakten nicht ersparen. Aber die wollen Sie ja immer nicht wahrhaben. Objektive Zahlen werden von diesen Organisationen gemeldet. Schauen Sie sich die Statistiken an: Deutscher Feuerwehrverband; schauen Sie sich die Statistik des Deutschen Roten Kreuzes an. Obwohl es ein Bundesland gibt, dass bevölkerungsstärker ist als wir, ist Bayern das Bundesland mit den meisten freiwilligen Feuerwehrleuten unter allen 16 Bundesländern. Bayern ist das Land mit den meisten Rotkreuzlern unter allen Bundesländern. Wir sind auch im Bereich des Ehrenamtes in diesen Rettungsorganisationen insgesamt unheimlich stark. Auch dafür sage ich all den Männern und Frauen, die sich dort Tag und Nacht engagieren, ein ganz herzliches Dankeschön. Auch das trägt zu unserer Sicherheit ganz wesentlich bei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darum ist es auch notwendig und richtig, aber auch ein großartiger Fortschritt, dass, nachdem wir im vergangenen Jahr für den Bereich "Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz" im Staatshaushalt 106 Millionen Euro vorgesehen hatten, dieser Betrag jetzt in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf auf 174 Millionen Euro im Jahr 2019 ansteigt. Das ist eine Rekordsumme, die höchste Summe, die jemals für Feuerwehren, Rettungsorganisationen und den Katastrophenschutz in Bayern bereitgestellt worden ist. Auch das ist ein ganz starkes Zeichen, dass wir über diesen Bereich nicht nur gut reden und ihm dankbar sind, sondern ihn auch kräftig unterstützen. Das ist eine Leistung dieser Koalition und dieser Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Gleiche gilt schließlich auch für den Sport. Er ist in der Tat für manchen die schönste Nebensache der Welt, ist aber auch der Bereich, wo sich mehr Bürger als in

vielen anderen Bereichen engagieren. Fünf Millionen Menschen sind in Bayern Mitglieder in Sportvereinen. Das zeigt, wie wichtig Sport im täglichen gesellschaftlichen Leben unseres Landes ist. Viele engagieren sich auch sportlich, ohne dass sie besondere Vereinsformen brauchen. Aber wir wissen, wie sehr das gesellschaftliche Leben in vielen, gerade kleineren Gemeinden in unserem Land von dem engagierten Wirken eines Sportvereins mitgeprägt wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Sportvereinskultur mit ihrem großartigen ehrenamtlichen Engagement, das wir in unserem Land haben, unterstützen.

Auch da darf ich mir den Hinweis erlauben: Im Jahr 2014 lag der Etat für die Sportvereine noch bei 46,9 Millionen Euro. In diesem Jahr, 2019, wächst er auf 90,5 Millionen Euro und im nächsten Jahr, 2020, auf 97,3 Millionen Euro. Auch das sind absolut neue Rekordsummen. So viel ist in der Vergangenheit für die Förderung der Sportvereine in Bayern auch nicht annähernd zur Verfügung gestellt worden. Wir wollen damit ganz gezielt eine höhere Zuschussförderung beispielsweise für die Investitionen in den strukturschwächeren Regionen ermöglichen. Wir werden alsbald einen Vorschlag vorlegen, wie diese erhöhten Zuschüsse verteilt werden können. Ich freue mich darüber, dass es angesichts der momentanen Haushaltssituation möglich ist, auch für den Sport deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Auch das wird der gesamten nicht nur sportlichen, sondern auch gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land guttun. Vielen Dank auch dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich will ich deutlich unterstreichen – das ist jetzt in der Tat erstmals neu in diesen Haushalt, in den Haushalt des Innenministeriums, eingebracht –, dass wir schnelle Asylverfahren und rasche Rückführungen anstreben, aber auch in die gelingende Integration investieren wollen. Vorhin ist vonseiten der AfD das Thema der freiwilligen Ausreise angesprochen worden. Wir sind im Bereich der freiwilligen Ausreise schon gut. Wir wollen noch stärker werden. Wir sind heute schon in der Situation, dass drei- bis viermal so viele Personen, die hier nicht auf Dauer bleiben können, freiwillig aus-

reisen, drei- bis viermal mehr als solche, die wir am Schluss abschieben müssen. Es ist unser Ziel, das noch weiter zu verstärken, weil es für alle Beteiligten wesentlich angenehmer und einfacher ist, wenn jemand unser Land freiwillig verlässt, als wenn wir das notfalls mit Polizeieinsatz erzwingen müssen.

Das Gerede der AfD in diesem Bereich kann ich allerdings nicht ganz ernst nehmen; denn wenn ich mich an die Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss richtig erinnere, lag zur Beratung im Haushaltsausschuss der Änderungsantrag der AfD vom 20. März vor, der eine Erhöhung der Mittel für die freiwillige Rückkehr vorsah, nämlich für das Jahr 2019 von einer Million um zwei Millionen Euro auf drei Millionen. Das Interessante war, dass acht Tage später, am 28.03., die gleichen Antragsteller der AfD-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht haben, in dem der gesamte Ansatz ersatzlos gestrichen werden sollte. Meine Damen und Herren, dies ist ein bemerkenswertes Beispiel für die inhaltliche Stringenz, mit der in dieser Fraktion an diesem Thema gearbeitet wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage nur: Mir ist es wichtig, dass wir über die Fragen der Rückkehr hinaus vor allen Dingen in puncto Integration erfolgreich sind. Ich betone hier ausdrücklich: Wir sind das Land der gelingenden Integration. Auch da kann ich nur immer wieder appellieren. Ich höre die wunderbaren Beiträge gerade auch vonseiten der GRÜNEN gerne. Aber auch da empfehle ich dringend, sich neben den Wünschen auch mit den Fakten zu beschäftigen. Da sagen bundesweite Statistiken zum Beispiel: Zur Integration gehört die Beschäftigung von ausländischen Mitbürgern auf dem Arbeitsmarkt. Ja. Was sagt da die bundesweite Statistik? Die Arbeitslosigkeit von ausländischen Mitbürgern ist in keinem Bundesland so niedrig wie in Bayern. Ich muss Ihnen wie bei der Kriminalität, auch hier sagen: In jedem Bundesland, in dem GRÜNE und SPD regieren, ist die Arbeitslosigkeit von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wesentlich höher als in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist Fakt, meine Damen und Herren; das ist Fakt.

Ich werfe Ihnen nicht vor, etwas anderes zu wollen. Das ist gar keine Frage. Sie würden sich wünschen, dass das anders wäre. Sie wollen aber nicht wahrhaben, dass die Politik, die wir in Bayern betreiben, zu einer besseren Integration am Arbeitsmarkt führt als das, was Sie anderswo an Träumen und Wunschvorstellungen verbreiten. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir lassen uns an den Fakten messen, meine Damen und Herren. Ich darf deshalb zusammenfassend feststellen: Wir wollen weiterhin kräftig in die Sicherheit, aber auch in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern investieren. An dieser Stelle gebührt den rund 60.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenressorts und auch den zahlreichen ehrenamtlichen Kräften, die sich täglich mit großem Einsatz – in direktem Kontakt oder im Hintergrund – für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger engagieren, aufrichtiger Dank. Die hohe Qualität auch dieser Arbeit muss uns die bestmögliche Ausstattung an Stellen- und Ausgabemitteln wert sein.

Ich bitte Sie daher, dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2019/2020 und der Nachschubliste zum Einzelplan 03 zuzustimmen. Das ist die Grundlage dafür, dass wir unsere Spitzenposition – nicht in allen, aber doch in sehr vielen Bereichen – auch in diesem Jahr fortführen können. Das ist im Interesse des Wohls aller Menschen in unserem Land.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, mir liegen drei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen vor. – Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Christian Flisek für die SPD-Fraktion das Wort.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Staatsminister Herrmann, man könnte zu der Rede jetzt vieles sagen. Ich möchte jedoch nur aufgreifen, was Sie gleich am Anfang gesagt haben.

Es ist ja das eine, Bayern dafür zu loben, dass es das sicherste Land ist. Da haben Sie bei allen Bemühungen, die wir nachvollziehen und mittragen können, auch unsere volle Unterstützung. Sich aber hier hinzustellen und zu behaupten, dass überall dort, wo Rot-Grün regiert, die Sicherheitslage katastrophal schlecht sei – –

(Widerspruch des Staatsministers Joachim Herrmann)

– Nein, nein, Sie haben gesagt, überall, wo Rot-Grün regiert, ist es schlecht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat er nicht gesagt!)

Sie haben im Übrigen nicht gesagt, dort sei es schlechter als in Bayern, sondern Sie haben in Ihrer Rede den Eindruck erweckt, überall, wo Rot-Grün regiere, sei es um die Sicherheit schlecht bestellt.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Petra Guttenberger (CSU): Das hat er nicht gesagt!)

Sie wissen ganz genau, dass die Kriminalitätsstatistik aller Bundesländer ein weit differenzierteres Bild darstellt. Sie wissen ganz genau, dass es in der Spitzengruppe der sichersten Länder solche gibt, die schwarz regiert sind, die grün regiert sind, die rot regiert sind. Sie wissen auch, dass die Regierungen der Länder in der unteren Hälfte allen Parteien zuzurechnen sind. Sie wissen genau, dass es vor Ort jeweils sehr spezifische Probleme gibt.

Hier also so zu tun, als könne man dies holzschnittartig auf Parteipolitik runterbrechen, dazu sage ich Ihnen ganz offen: Sie haben selber gesagt, es geht nicht um Wünsche, es geht um Fakten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Flisek, ich muss Sie aber bitten, zum Ende zu kommen.

Christian Flisek (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich wäre sehr froh darüber, wenn Sie sich an diese Fakten auch halten würden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Kollege, Sie werden sehr rasch Gelegenheit haben, im Protokoll noch mal nachzulesen, was ich gesagt habe. Ich formuliere das grundsätzlich niemals anders, weder hier noch in einem Bierzelt. Sie werden nachlesen können, dass ich gesagt habe, dass Bayern in der Tat die niedrigste Kriminalitätsrate aller Bundesländer hat. Das ist auf das Verhältnis der Straftaten zur Einwohnerzahl bezogen. Das ist die Grundlage der PKS. In der Tat ist in allen Ländern, in denen von Rot oder Grün regiert wird, die Kriminalitätsrate höher als bei uns in Bayern.

(Zuruf)

Herr Kollege – Sie werden das im Protokoll nachlesen können –, ich habe niemals von katastrophal schlechten Zuständen in anderen Bundesländern geredet.

(Widerspruch des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

– Entschuldigung, Sie behaupten das jetzt. Das ist falsch. Da haben Sie eine Unwahrheit gesagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe das nicht gesagt. Es nützt nichts, mich zu kritisieren, indem man mir etwas unterstellt, was ich überhaupt nicht gesagt habe. So kommen wir in einer seriösen Debatte nicht weiter, Herr Kollege!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Wieder was gelernt!)

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Wir stellen Ihnen diese bundesweite Statistik gerne noch mal zur Verfügung. Ich habe diese bei der Pressekonferenz ja entsprechend dargestellt. Inzwischen ist die Statistik für alle Bundesländer da. Wir machen keinen Hehl daraus, dass das nächstbeste Land in der Tat seit vielen Jahren unser Nachbar Baden-Württemberg ist, in dem die Sicherheitslage – Gott sei Dank – nach wie vor von einer jahrelangen Unionsregierung geprägt ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich muss auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Auch unter dem grünen Ministerpräsidenten haben sie da jetzt wieder einen CDU-Innenminister. Das ist in Ordnung. Ich mache daraus gar keinen Hehl. Aber es ist dort tatsächlich ein bisschen schlechter als bei uns. Dann kommen die anderen Länder. Wenn Sie sich das anschauen und zum Beispiel einmal München mit Hamburg vergleichen; das sind zwei Millionenstädte vergleichbarer Größenordnung: In Hamburg ist die Kriminalitätsrate fast doppelt so hoch wie in München. Das sind Fakten, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, wir haben weitere Wortmeldungen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ja.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Minister Herrmann,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bei aller Wertschätzung für Ihre Leistung als langjähriger Innenminister – ich kann mir ein Bild davon machen – sage ich wirklich anerkennend: Jawohl, Sie haben die Sicherheitslage im Griff und sind für Bayern und das Bundesgebiet ein Leuchtturm.

(Alexander König (CSU): Hat er das schon immer gesagt?)

Aber heute haben Sie doch versucht, Ihren Unterstützern, den Parlamentariern in der Regierungskoalition, etwas Sand in die Augen zu streuen und uns ein wenig das Problem zu vernebeln.

Niemand kritisiert die Arbeit der Polizei generell oder schlechthin. Auch niemand kritisiert die Arbeit derer, die Sie an die Grenze stellen, um dort irgendetwas zu machen. Wir kritisieren aber, dass die da nicht hingehören. Da stehen nämlich schon welche im blauen Rock, bloß mit einem anderen Hoheitsabzeichen. Die Leute, die Sie hinstellen, werden anderswo viel dringender gebraucht. Heute wurden sogar aus Ihren eigenen Reihen die Überstunden genannt. Nein, Herr Minister, wir wollen keine Diskussion um des Kaisers Bart vom Zaun brechen, sondern wir wollen eine Diskussion um einen wesentlichen Grundsatz: Aufgaben können aus bayerischen Haushaltsmitteln bezahlt werden, wenn sie rechtmäßig erfüllt und zugeschrieben sind.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Minister, die Frage haben Sie uns nicht beantwortet: Sagen Sie uns doch, wo die Rechtsgrundlage für eine Organi-

sationseinheit "Grenzpolizei" liegt, die dann eigenständig Grenzüberwachung, Grenzaufgaben, Grenzkontrollen wahrnehmen kann. Sie finden keine.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Kollege Swoboda, ich stelle Ihnen gern noch mal das Schreiben des damaligen Bundesinnenministers de Maizière zur Verfügung, das wir damals auch publiziert hatten. In diesem Schreiben hatte er mich hinsichtlich der durch die Bundespolizei vorgenommenen Grenzkontrollen ausdrücklich um Unterstützung durch die bayerische Polizei gebeten, weil er aus seiner Sicht für eine umfassende Kontrolle rund um die Uhr allein an den drei Grenzübergängen nicht genügend eigene Kräfte hatte. Darum hatte er mich ausdrücklich gebeten. Deshalb ist, wie Sie wissen, zur ständigen Unterstützung der Bundespolizei unmittelbar an der Grenze zunächst einmal eine Hundertschaft der bayerischen Bereitschaftspolizei abgestellt worden. Dies geschah, immer abgesprochen, auf Aufforderung und mit ausdrücklichem Willen des Bundes dort, wo der Bund es für richtig hielt.

Ich habe damals entschieden, dieser Bitte des Bundesinnenministers Rechnung zu tragen, weil ich der Überzeugung bin, dass es für die Sicherheit der Menschen in unserem Land von Vorteil ist, die Bundespolizei bei ihrer Tätigkeit unmittelbar an der Grenze zu unterstützen. Das ist kein Ersatz für die Bundespolizei, sondern wir verstärken durch die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Deshalb habe ich das so entschieden, und dazu stehe ich auch nach wie vor.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Richard Graupner von der AfD-Fraktion das Wort.

Richard Graupner (AfD): Herr Staatsminister, Sie haben in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, dass die Grenzpolizei in den letzten Monaten und seit ihrem Bestehen ganz hervorragende Aufgriffszahlen hat. Sie haben aber ebenfalls erwähnt, dass die frühere Schleierfahndung, die Fahndungsdienststellen, in die Grenzpolizei integriert wurden. Mich hätte jetzt interessiert, ob sich die Aufgriffszahlen der Schleierfahndung signifikant von den jetzigen Zahlen unterscheiden oder ob es nicht vielmehr so ist, dass die Erfolge, die immer schon da waren, jetzt einfach mit dem Etikett "Grenzpolizei" versehen werden, obwohl sie eigentlich auf die Fahndungsstellen der Schleierfahndung zurückzuführen sind.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Wenn Sie meine Berichte sorgfältig lesen würden, wüssten Sie, dass ich immer darauf hinweise, dass weiterhin eine Reihe von Kontrollen Schleierfahndungskontrollen sind. Unmittelbare Grenzkontrollen – darauf weise ich auch immer wieder hin – finden nach der Entscheidung des Bundes ohnehin nur an der österreichischen Grenze statt. An der tschechischen Grenze findet ausschließlich Schleierfahndung statt. Deshalb muss man das immer im Gesamtzusammenhang sehen. Noch im vergangenen Jahr waren nur 500 Personen, die bisher in den Polizeiinspektionen in Fahndung waren, im Einsatz. Wir haben erst in diesem Jahr begonnen, diese personell zu verstärken. In diesem Jahr hat die Grenzpolizei die ersten 100 zusätzlichen Kolleginnen und Kollegen zugewiesen bekommen. In den nächsten Jahren – Sie kennen unseren Plan – wird das Personal Jahr für Jahr auf insgesamt 1.000 verstärkt. Mit diesem personellen Aufwuchs haben wir die Chance, noch mehr Aufgriffe zu tätigen.

Weiterhin ist es wichtig, dass wir einerseits unmittelbar zusammen mit dem Bund an der Grenze kontrollieren, andererseits aber auch die Schleierfahndung verbessern. Außerdem müssen wir die technische Ausstattung weiter verbessern. Die Grenzpoli-

zeinspektionen erhalten zusätzliche Fahrzeuge. In Zukunft erhalten Sie beispielsweise auch zusätzliche Drohnen oder Multicopter. All dies wird dazu führen, dass wir die Aufgriffszahlen weiter verbessern können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1095 bis 18/1101, 18/1167 bis 18/1191, 18/1202 bis 18/1215, 18/1235 bis 18/1238, 18/1263 und 18/1266 sowie 18/1303 bis 18/1305, 18/1307, 18/1309 bis 18/1315 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1761.

Vorab ist über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion abzustimmen, zu denen jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern" auf der Drucksache 18/1205 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Stenografentisch bereit. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17:52 bis 17:57 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe. – Es erfolgt nun ebenfalls in namentlicher Form die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Integrationsbeauftragten" auf Drucksache 18/1168. Die Urnen stehen wiederum bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17:58 bis 18:01 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wiederum außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Nachdem über den Einzelplan selbst nicht vorher abgestimmt werden kann, wird die Sitzung bis zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse hiermit unterbrochen.

(Unterbrechung von 18:01 bis 18:05 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Beim Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern", Drucksache 18/1205, haben 56 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Eine. Damit ist der Änderungsantrag der SPD abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Beim Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Integrationsbeauftragten", Drucksache 18/1168, haben 49 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein haben 119 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1761 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurden, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und einzelne Abgeordnete der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Eine Enthaltung aus der FDP-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1761 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1235 mit 18/1238 und 18/1266 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Tasdelen u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 422 01) (Drucksache 18/1205)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	56	134	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Kosten des Integrationsbeauftragten (Kap. 03 03 Tit. 536 02) (Drucksache 18/1168)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael		X	
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	49	119	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Erstattungen im Rahmen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
(Kap. 03 03 Tit. 883 04)
Drs. 18/1095
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Stellen für Umweltingenieure
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1096
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Stellen für die Unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1097
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Stellen für die Veterinärbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1098
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der freiwilligen Rückkehr
(Kap. 03 12 Tit. 681 60)
Drs. 18/1099

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verkleinerung des Landesamts für Verfassungsschutz – Schaffung neuer Planstellen für tarifbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Landespolizei - Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, des Rechtsextremismus und der Organisierten Kriminalität
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01, Kap. 03 18 Tit. 428 01 und 525 75)
Drs. 18/1100

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Finanzierung der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 18/1101

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse des Freistaates Bayern zur Förderung der freiwilligen Rückkehr
(Kap. 03 03 Tit. 681 03)
Drs. 18/1182

- | | |
|--|---|
| <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 18/1183</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrungen beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/1184</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte des Landeskriminalamts
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/1185</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrungen beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/1186</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte des Landeskriminalamts
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/1187</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrungen bei der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 18/1188</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;</p> | <p>hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 18/1189</p> <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Stellenmehrung bei der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/1190</p> <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Arbeitsvergütungen für Beschäftigte der Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/1191</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 18/1303</p> <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Ausreise von ausländischen Staatsangehörigen durch das Bund/Länder-Programm „REAG/GARP“
(Kap. 03 03 Tit. 671 01)
Drs. 18/1304</p> <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Institutionelle Förderung der Rückkehrberatung sowie von Rückkehrförder- und Reintegrationsprojekten
(Kap. 03 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/1305</p> |
|--|---|

- | | |
|--|---|
| <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Remigrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1307</p> <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 18/1309</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
(Kap. 03 12 Tit. 519 01)
Drs. 18/1310</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen „Wohnungspakt Bayern“
(Kap. 03 12 Tit. 519 11)
Drs. 18/1311</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von weiteren Integrationsangeboten
(Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 18/1312</p> <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Ersterorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung sowie spezielle Integrationsangebote für Frauen
(Kap. 03 12 Tit. 684 58)
Drs. 18/1313</p> | <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Sonstige im Inland
(Kap. 03 12 Tit. 686 61 und
Kap. 03 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/1314</p> <p>28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben
(Kap. 03 12 Tit. 812 02)
Drs. 18/1315</p> <p>29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung Vergabebudget für Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
(Kap. 03 02 Tit. 428 45)
Drs. 18/1202</p> <p>30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vorsorgekuren für Polizeivollzugsbeamte
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1203</p> <p>31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an Mehr Demokratie e. V. Landesverband Bayern
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1204</p> <p>32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung der Unteren Naturschutzbehörden durch die Schaffung von insgesamt 47 neuen Stellen für technische Beamte der Umweltverwaltung an den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/1205</p> <p>33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Ausbildungssituation im Bereich der Lebensmittelkontrolleure</p> |
|--|---|

- durch die Schaffung 30 neuer Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter, Lebensmittelkontrolleure-Anwärterinnen bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 18/1206
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, und Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 18/1207
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkung der Förderung der Integrationsarbeit der IG – Initiative Gruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V.
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 18/1208
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespolizei: Neue Planstellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/1209
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung vermehrter Ausstattungsbedarf und Mittel für Ausstattung der Bayerischen Grenzpolizei und der Reiterstaffeln und Umschichtung der frei werdenden Mittel in ein anderes Haushaltskapitel
(Kap. 03 18 Tit. 511 22 und 811 01, Kap. 03 02 Tit. 428 45)
Drs. 18/1210
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Instandhaltung von Brandübungscontainern
(Kap. 03 23 Tit. 511 01)
Drs. 18/1211
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Personal an Feuerweherschulen
(Kap. 03 26 Tit. 422 01)
Drs. 18/1212
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ersthelfergruppen finanziell unterstützen
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/1213
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vollzug der Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen (I) – Stellenpläne des Ministeriums, der Regierungen und des Landesamts für Asyl und Rückführungen
(Kap. 03 01 Tit. 422 01, Kap. 03 08 Tit. 422 01 und 428 01, Kap. 03 11 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 18/1214
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vollzug der Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen (II)
(Kap. 03 11 Tit. 422 01, 422 41, 428 01, 511 01, 514 01, 517 01, 517 05, 518 01, 518 11, 519 01 und TG 51 Tit. 514 51, 517 51, 518 51, 534 51;
Kap. 03 01 Tit. 422 01, Kap. 03 08 Tit. 422 01, 422 41, 428 01, 511 01, 514 01, 517 01, 517 05, 518 01, 518 11, 519 01 und Kap. 03 13 Tit. 514 21, 517 01, 518 01, 534 01; Kap. 03 11 Tit. 533 01 und Kap. 03 08 neuer Tit.)
Drs. 18/1215
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Auszeichnungen für besondere Verdienste
(Kap. 03 03 Tit. 533 01)
Drs. 18/1167
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 18/1168
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1169
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gemeinschaftsverpflegung
(Kap. 03 11 Tit. 514 51)
Drs. 18/1170
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 11 Tit. 517 51)
Drs. 18/1171
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur medizinischen Versorgung
(Kap. 03 11 Tit. 534 51)
Drs. 18/1172
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 03 11 Tit. 518 51)
Drs. 18/1173
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Aufträgen
(Kap. 03 12 Tit. 534 61)
Drs. 18/1174
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG
(Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 18/1175
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Sonstige im Inland (Arbeitsmarkt)
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/1176
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 03 18 Tit. 511 01)
Drs. 18/1177
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beschaffung und Unterhalt von Tieren
(Kap. 03 18 Tit. 511 24)
Drs. 18/1178
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
(Kap. 03 18 Tit. 519 01)
Drs. 18/1179
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)
Drs. 18/1180

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)
Drs. 18/1181

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 03 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/1263

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Matthias Fischbach

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drs. 18/846),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/864 mit 18/866)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 41 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 9 Minuten, auf die GRÜNEN 6 Minuten, die FREIEN WÄHLER 5 Minuten und auf die AfD, die SPD und die FDP jeweils 4 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 9 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 2 Minuten sprechen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/864 von der FDP-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Die AfD-Fraktion hat zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/846 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Ernst Weidenbusch das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine große Freude für mich, nach vielen Jahren, in denen ich für die Regierungsfraktion den 01er Haushalt im Haushaltsausschuss vertrete, endlich einmal im Plenum dazu sprechen zu dürfen, weil es dazu Änderungsanträge gibt. Das gibt mir nämlich die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, was wir als Landtag eigentlich so leisten und was das alles kostet.

Zum Haushalt des Landtags gehören auch die Umbaumaßnahmen, weshalb wir im Jahr 2019 eine um 13 Millionen Euro erhöhte Ausgabenposition haben. Da geht es um die Umbauten im Keller dieses Gebäudes. Diese müssten eigentlich herausgerechnet werden, wenn wir einen normalen Überblick gewinnen wollen.

Was kostet der Bayerische Landtag den bayerischen Bürger? – Wer weiß das? – Wer kann das schätzen? – 13,43 Euro im ganzen Jahr wendet jeder bayerische Bürger auf, damit der Bayerische Landtag seine Arbeit machen kann. Das ist nicht so übertrieben viel. Sollte sich der eine oder andere von uns fragen, was er persönlich den bayerischen Steuerzahler kostet: Ein Abgeordneter, der hier in diesen Reihen sitzt, kostet den bayerischen Steuerzahler 6 Cent im Jahr. Sollte jemand einen Präsidialplatz haben oder Mitglied der Regierung sein, kommen aus dem jeweiligen Haushalt noch zwischen 4,5 und 7 Cent dazu, je nachdem.

Das bedeutet: Lieb und teuer sind wir den bayerischen Bürgern sicher alle, aber kosten tun wir nur 11 Cent, die meisten sogar nur 6 Cent. Um das Ganze einmal ins Verhältnis zu setzen: Zu unserem Haushalt im Umfang von 65 Milliarden Euro muss ein bayerischer Bürger statistisch 5.000 Euro beitragen. Wohin geht dieses Geld? – Leider geht ein sehr großer Teil davon, nämlich 6,9 Milliarden Euro, in den Länderfinanzausgleich. Das entspricht ungefähr 550 Euro pro Person. Diese Summe muss jeder bayerische Staatsbürger an die anderen deutschen Bundesländer überweisen.

Michael Piazzolo kriegt von jedem bayerischen Staatsbürger 1.000 Euro für den Bildungshaushalt. So kommen wir auf eine Summe von 13,1 Milliarden Euro im Jahr 2019. Der Wissenschaftshaushalt ist mit 500 Euro dabei, der Sozialhaushalt mit 470 Euro, der Haushalt des Innenministeriums mit 461 Euro, der Haushalt des neuen Bauministeriums mit 300 Euro, der Haushalt des Finanzministeriums mit 213 Euro, der Haushalt des Justizministeriums mit 191 Euro, der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums mit 117 Euro, der Haushalt des Wirtschaftsministeriums mit 88 Euro, der Haushalt des Umweltministeriums mit 72 Euro und der Haushalt des Gesundheitsministeriums mit 55 Euro.

Daran sieht man: In diesem Haushalt gibt es überhaupt nur noch drei Einzelhaushalte, die sozusagen noch preisgünstiger sind als dieses Parlament. Das sind die Haushalte der Staatskanzlei mit 9,12 Euro pro bayerischem Staatsbürger und des Staatsministeriums für Digitales mit 6,07 Euro sowie der Haushalt des ORH, den wir gerade beschlossen haben, mit 2,86 Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schnäppchen!)

Vor diesem Hintergrund werden Sie verstehen, dass ich für die Änderungsanträge, die hier eingebracht worden sind, wenig Verständnis habe; denn der Bayerische Landtag arbeitet auch im deutschlandweiten Vergleich ausgesprochen kostengünstig. Die Personalmehrung, wie sie in dem ersten Haushalt nach der Landtagswahl ausgewiesen ist, ist nicht außerordentlich, sie ist dem Wahlergebnis geschuldet. Wir haben zusätzliche Fraktionen erhalten, das bedingt zusätzliche Mitarbeiter.

Nachdem wir dieses Thema heute im Plenum haben, möchte ich auch diese Systematik erläutern. Alle anderen Häuser haben einen Unterbau, also Unter- und Mittelbehörden. Wenn diese Häuser Stellen brauchen, ziehen sie sie dort ein, ergänzen sie und müssen uns darüber nicht groß Bescheid sagen. Liebe Ilse, diese Möglichkeit hast du nicht, weshalb wir im Bayerischen Landtag – das ist schon seit Jahrzehnten gute Praxis – bei dem ersten Haushalt nach der Wahl ein paar Stellen mehr in den Plan schreiben, als akut gebraucht werden, damit eine Reserve vorhanden ist und damit der Bayerische Landtag auf Sonderentwicklungen reagieren kann. Im Normalfall rechnen wir aber damit, dass von diesem Geld kein Gebrauch gemacht wird.

Dann gibt es noch Änderungsanträge zu den Fraktionsgeldern. Dieses Thema ist besonders spannend. Die Änderungsanträge dazu zielen darauf ab, diese Gelder nicht zu erhöhen. Sehen wir uns einmal genau an, was da passieren soll: Das bedeutet, dass die CSU-Fraktion für ihre Arbeit pro Abgeordnetem 5.600 Euro im Jahr mehr kriegen soll. Damit ist die CSU-Fraktion eigentlich die Fraktion, die am ärmsten dran ist.

(Zurufe: Oh!)

– Sie kommen alle noch dran. – Die FREIEN WÄHLER haben mit 27 eine ganz vernünftige Anzahl an Abgeordneten, kriegen aber nur 8.259 Euro pro Abgeordnetem. Die GRÜNEN leiden darunter, dass sie zugenommen haben; sie kriegen auch nur 10.000 Euro mehr. Aber die SPD und die AfD, die weniger Abgeordnete haben als die FREIEN WÄHLER, kriegen schon 12.363 Euro pro Abgeordnetem. Die FDP kriegt 17.000 Euro.

(Martin Böhm (AfD): Gutes Geld für gute Arbeit!)

– Man hätte auch sagen können: Wenn der bayerische Wähler klüger gewählt hätte, hätte er sich 12.000 Euro pro Abgeordnetem bei euch gespart.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich danke für den Zwischenruf. Sie merken, ich war vorbereitet.

Vor diesem Hintergrund ist es spannend, dass die FDP und die AfD beantragen, dass diese Erhöhung nicht stattfinden soll. Ich habe im Haushaltsausschuss, weil dort gesagt worden ist, diese Erhöhung sei überflüssig, schon gefragt, ob Sie bereit wären, auf dieses Geld zu verzichten. Dann hätten wir nämlich die Haushaltsposition kürzen können. Im Haushaltsausschuss haben die AfD und die FDP noch gesagt: Nein, wenn es beschlossen wird, dann nehmen wir es auch. – Das bedeutet: Auch wenn wir dieses Geld nicht brauchen und das eine sinnlose Ausgabe für den Steuerzahler ist, wird das Geld gerne genommen. Der viel zu früh verstorbene Landrat des Landkreises München, Heiner Janik, hat an dieser Stelle immer auf das deutsche Weingesetz verwiesen, bei dem die Weinbauern der Pfalz in der Nacht vor der Abstimmung die Depesche nach Berlin geschickt haben: Weingesetz ablehnen, wenn Annahme gesichert.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich befürchte, das ist auch hier die Devise. Ich gehe davon aus: Solange Sie sicher wissen, dass Sie diese 12.000 bzw. 17.000 Euro pro Abgeordnetem kriegen, weil die Mehrheit vernünftig abstimmt, werden Sie auch hier wieder dagegen stimmen. Wir werden den Einzelplan 01, wie er im Haushaltsausschuss mit großer Mehrheit beschlossen worden ist, auch hier entsprechend beschließen. Jetzt bin ich gespannt, ob Sie das Geld, das Sie für überflüssig halten, tatsächlich haben wollen oder ob Sie uns sagen: Nein, Sie können den Beschlussvorschlag noch einmal ändern. An uns muss dieses Geld nicht ausbezahlt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER "Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen!" auf Drucksache 18/1849, bekannt. Mit Ja haben 111, mit Nein 78 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Thomas Gehring von den GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir hier über den Etat des Landtages reden. Es ist wichtig in einer Demokratie, dass man auch über die Kosten der Demokratie redet und darüber Auskunft gibt. Insgesamt gesehen sind wir im Bayerischen Landtag gut ausgestattet. Was ein Abgeordneter verdient – das habe ich schon gesagt – steht im Abgeordneten-gesetz. Es gibt einen Transparenzbericht des Landtags, der Präsidentin, in dem man die Kosten nachlesen kann. Viele Abgeordnete, zumindest kann ich das für meine Fraktion sagen, haben auch einen Transparenzbericht auf ihrer eigenen Homepage. Wir reden also über öffentliche Gelder und darüber, wie wir sie verwenden.

Herr Kollege Weidenbusch hat hierfür wunderbare Zahlenbeispiele gebracht. Ich will zusammenfassen: Das sind die Kosten für die Demokratie in unserem Land, um die es hier geht. Es geht um die Kosten – und wir reden darüber, was uns Demokratie kostet –, die die Legislative, also der Souverän, verursacht. Diese parlamentarische Demokratie sollte jedem Bürger die 13,46 Euro wert sein. Ich habe noch eine andere Zahl: Das Gesamtvolumen des Landtags am Gesamthaushalt beträgt 0,28 %. Das sind die Kosten für Demokratie, über die wir reden sollten.

Vielleicht noch ein Punkt: Zu den Kosten, die die MdLs, die Mitglieder des Landtags, verursachen, kommen auch die Kosten dazu, die wir für Besuchergruppen aufwenden. Jeder Abgeordnete kann zwei Gruppen pro Jahr einladen. Über 300.000 Menschen kommen so in den Bayerischen Landtag. Ich finde, das ist sehr gut angelegtes Geld, um zu zeigen, was wir hier tun. Ich denke, das ist auch eine wichtige Aufgabe des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich will gleich zu den Zuschüssen für die Fraktionen kommen. Hier ist die Bemessungsgrenze verändert worden. Das hat Herr Kollege Weidenbusch schon angeführt. Bisher wurden sie danach bemessen, wie die Kosten vor zehn Jahren waren. In den letzten zehn Jahren hat sich aber einiges verändert, auch in der Arbeitsweise dieses Parlamentes. Wir haben einen Ausschuss mehr, und wir haben einige Enquete-Kommissionen gehabt. Das bedeutet, dass diese Arbeit auch vonseiten der Mitarbeiter geleistet werden muss. Auch der ganze Kommunikationsbereich hat sich verändert, die Öffentlichkeitsarbeit hat sich sehr verändert. Wichtig ist auch die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit wir wissenschaftlich gut ausgebildete und auch sonst sachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen, müssen wir diese auch entsprechend bezahlen können.

Unsere Aufgabe ist es, die Staatsregierung zu kontrollieren, und zwar sowohl als Regierungs- als auch als Oppositionspartei. Herr Kollege Piazzolo, der einen Haushalt von

13 Milliarden Euro zu verwalten hat, tut das mit 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium. Auf unserer Seite, also in unserer Fraktion, ist für diesen Themenbereich eine Mitarbeiterin zuständig. Daran sieht man, wie die Gewichte verteilt sind. Es ist deshalb wichtig, dass wir als Landtag die notwendigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben. Das gilt insbesondere für die Oppositionsfraktionen. Das Gleiche gilt für das Landtagsamt. Es wird oft übersehen, dass wir auch hier gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen, die den ganzen Landtag verwalten. Deshalb kann ich die Änderungsanträge nicht nachvollziehen, wenn uns unsere Demokratie etwas wert sein soll.

Zum Schluss komme ich noch zum Gebäude; das sind wirklich die großen Kosten. Ich habe selbst ein altes Haus, das mindestens so alt ist wie der Bayerische Landtag. Man macht die Erfahrung, man plant täglich um, man erwartet ständig neue Kosten, an die man nicht gedacht hat. Auf jeden Fall aber wird es teurer. Ich habe ein Einfamilienhaus. Das Maximilianeum ist ein tolles Gebäude. Die Baumaßnahme für den Keller ist ein Jahrhundertprojekt. Man muss dazu sagen: Ein halbes Jahrhundert hat man nichts an diesem Projekt gemacht. Das heißt, es gibt viele Aufgaben zu lösen. In den nächsten Jahren werden wir dafür viel Geld aufwenden müssen. Ich denke, wir machen das gut. Vor allem wird es einen neuen Besucherbereich geben, wo wir die Besucherinnen und Besucher besser aufnehmen und empfangen können. Deshalb ist das gut angelegte Geld. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Landtagshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich heißt es, *Judex non calculat*, aber nach der eindrucksvollen Demonstration der Rechenkünste des Herrn Kollegen Weidenbusch muss ich mich zunächst einmal beeindruckt zeigen. Nachdem ich – und das ist im Moment ohnehin ein schwieriges Thema – kein Matheabitur habe, ist es notwendig, dass ich meine Rede

etwas anders aufbaue. Ich möchte aber gleich einsteigen, und zwar insoweit, als es auch mir so vorkommt, dass es in diesem Kalenderjahr schon ein spezieller Einstieg in unsere Haushaltsberatungen ist, wenn wir über den Haushalt des Bayerischen Landtags in Diskussion geraten. Das ist schon eine Seltenheit. Noch bemerkenswerter ist für mich aber, dass wir dabei die eigentlich vorgegebenen Vorzeichen parlamentarischer Haushaltsberatungen sozusagen umkehren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich ist es der Mechanismus von Haushaltsberatungen, dass die Opposition die Regierung dafür kritisiert, dass in den Ressorthaushalten zu wenige ihrer Wünsche erfüllt sind, dass vielleicht zu viele, zu teure Ideen der Regierung in den Ressorthaushalten stehen. Beim Landtagshaushalt ist es normalerweise aber genau andersherum. Da schimpft in aller Regel die Opposition, wenn es denn eine Debatte gibt, auf die Regierung, dass die Regierung nicht gewillt ist, ausreichend Mittel für eine gute Oppositionsarbeit in einem Parlament zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, heute erleben wir die Umkehrung dieses Mechanismus. Wir sind sozusagen seitens der Opposition dem Vorwurf ausgesetzt, es gäbe zu viele Stellen im Bayerischen Landtag. Ja, es wäre sogar so, dass die Regierungsfractionen hier im Bayerischen Landtag der Opposition zu viel Geld für deren politische Arbeit zur Verfügung stellen würden. Das überrascht mich mit Blick auf das, was von der AfD kommt, nicht. Diesen Mechanismus habe ich nach einer Zwischenbemerkung in einer der vergangenen Plenarsitzungen mit dem Kollegen Maier schon einmal diskutieren dürfen. Das Verhalten der AfD ist ganz klar: Man breitet die Arme weit aus, man macht den Säckel der Gruppierung weit auf, man nimmt alles Geld, was man bekommen kann. Wenn gesichert ist, dass zugestimmt wird, dann geht man in eine öffentliche Debatte, und dann macht man Show gegenüber den Menschen in Bayern. Da macht man dann Whitewashing und sagt, das sei ja alles viel zu viel. Das sagt man, nachdem alles bereits im Säckel ist. Dann passt das Statement zu AfD-TV. Mit der Arbeit im Bayerischen Landtag hat das aber nichts zu tun. Wenn ich dann die

Begründung Ihres Änderungsantrags lese, dass die Bemittlung der Fraktionen dazu führen würde, dass jetzt sozusagen exorbitante Gehälter an die Mitarbeiter gezahlt werden könnten, die ohnehin satt besoldet würden, rufe ich Ihnen zu: Kolleginnen und Kollegen von der AfD, stellen Sie einfach vernünftige, stellen Sie gute Mitarbeiter ein! Das hatten wir vorhin schon. Sie lesen hier sowieso nur die Reden vor, die man Ihnen aufschreibt. Vielleicht würde dann die Qualität dieser Reden steigen, und dann wäre das gut angelegtes Geld, davon hätte das ganze Parlament etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ich gehe sogar noch weiter. Nachdem Sie heute – und das ist ein ernst gemeinter Appell – die Rede des Kollegen Maier gehört haben: In der Vergangenheit war ich immer in einem Wechselbad der Gefühle, weil es bei Ihnen Kollegen gibt, bei denen hatte ich geistig einen Haken gemacht, denn das waren für mich keine Diskussionspartner. Bei anderen war ich mir noch nicht so sicher. Heute haben Sie Herrn Kollegen Maier reden hören. Nun wissen Sie alle, die Sie da drüben sitzen, meine Damen und Herren, dass das der lahme äußere rechte Teil des lahmen Flügels ist. Wer sich aber nach dieser Rede noch in dieser Fraktion befindet, wenn es heißt, es sei eine Treuebekundung, wenn man das Deutschlandlied singt, wenn es heißt, es wird Blut vergossen aufgrund von Beschlüssen dieses Hohen Hauses, für den habe ich kein Verständnis mehr. Ab heute müssen Sie austreten, oder Sie sind für mich keine Gesprächspartner mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Und nun noch, weil es mir wichtig ist, ein Hinweis zum Änderungsantrag der FDP: Von mir ist bekannt, dass ich in meiner politischen Überlegung dem Grunde nach liberalen Ideen nahestehende. Umso mehr ist es mir wichtig, auch hierzu ein Argument vorzutragen. Ihren Änderungsantrag verstehe ich wirklich nicht. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir uns, lieber Herr Kollege Matthias Fischbach, einmal gewahr werden, was die

Aufgabe dieses Hohen Hauses im Geflecht der Gewaltenteilung und auch nach der Verfassung ist. Ja, wir haben das Königsrecht, das Budgetrecht. Ja, wir sind die Legislative. Ja, wir beschließen die Gesetze. Wir haben aber auch die Aufgabe – und Sie von der FDP noch wesentlich mehr als wir als die Regierung tragenden Fraktionen –, die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung zu kontrollieren. Wir haben einen neuen Politikstil angekündigt. Das heißt, wir wollen mit Ihnen gemeinsam Bayern gestalten.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Wir wollen Sie in die Lage versetzen, diesem Kontrollauftrag bestmöglich gerecht zu werden. Ich stelle mir die Frage, ob Sie wirklich glauben, dass Sie auf der Basis von acht oder neun Planstellen, die Ihre Fraktion in Summe hat, die nach Ihrer Überlegung vielleicht sogar zu viele sind, in der Lage sind, die Hundertschaften, die jeden Tag für die Bayerische Staatsregierung im Beamtenapparat Politik machen, zu kontrollieren. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen für einen Bayerischen Landtag, der seine Rolle ernst nimmt, auch seine verfassungsmäßige Rolle. Sie können die FDP kleiner machen als sie ist, gelegentlich hilft auch der Wähler dabei, aber Sie können dieses Parlament nicht kleiner machen. Machen Sie uns nicht kleiner als wir sind. Lassen Sie uns gemeinsam stolz darauf sein, dass wir ein offenes Parlament sind, das sich einen Besucherdienst leistet, das nah bei den Menschen ist, und das vor allem auf Augenhöhe mit der Bayerischen Staatsregierung Politik macht. Dafür sind unsere Mittel ganz sicher nicht zu viel. Wenn überhaupt, sind es zu wenig. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Haushaltsvorschlag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Ferdinand Mang von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Die geplanten Mittel für die Landtagsverwaltung sind mit einer Ausnahme nicht zu beanstanden. Die Regierung möchte die Fraktionszulagen erhöhen. Wir haben diese Erhöhung bereits in der Ersten Lesung moniert. Hier möchte ich gerne auf den Kollegen Weidenbusch eingehen. Herr Kollege, wer den Bürgerpfennig nicht ehrt, ist des Fraktionstalers nicht wert.

(Unruhe und Zurufe)

– Ja, für die Erhöhung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da hat Ihnen der Redenschreiber aber etwas Witziges aufgeschrieben!)

– Ich schreibe meine Reden übrigens stets selber, Herr Dr. Mehring.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind wir jetzt besonders gespannt!)

Für die Erhöhung wurde bisher immer dasselbe Argument vorgebracht: Die AfD-Fraktion würde von diesen Erhöhungen doch auch profitieren.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Am allermeisten!)

Nun, das ist für uns nicht überzeugend. Wir sind angetreten und in dieses Hohe Haus eingezogen, um unsere politischen Forderungen durchzusetzen, nicht, um uns Seit' an Seit' mit den anderen Fraktionen an den staatlichen Töpfen zu weiden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also weisen Sie das zurück?)

Die Wahrheit ist doch, dass sich mit dem Einzug der weiteren Fraktionen in den Landtag, nämlich der FDP und der AfD, die Fraktionszulagen der kleiner werdenden Fraktionen, der CSU und der SPD, mindern. Diese Minderung soll mit der Erhöhung noch kompensiert werden. Es ist aber dem steuergeplagten Bürger, der seit Jahren mit sinkenden Löhnen und zugleich steigenden Mietpreisen zu kämpfen hat, schlicht nicht

vermittelbar, weshalb sich aus diesen Gründen die Zulagen für die Fraktionen erhöhen sollen.

Bei der Ersten Lesung zum Haushaltsentwurf bin ich Kollegen Dr. Mehring in diesem Zusammenhang noch die Antwort auf eine Frage schuldig geblieben. Wir sind schließlich eine Partei, die nicht nur unbequeme Fragen aufwirft, sondern zu gegebener Zeit auch Antworten liefert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zu gegebener Zeit?)

Sie fragten mich, Herr Kollege, ob unsere Fraktion auf die Erhöhung verzichten werde. Das haben wir schon im Haushaltsausschuss besprochen, Herr Kollege Weidenbusch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt sind wir sehr gespannt!)

Wir verzichten gerne, wenn die anderen Fraktionen ebenfalls verzichten. Ansonsten gilt Waffengleichheit.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind doch die einzigen, die das kritisieren! Scheinheiliger geht's nicht!)

Zuletzt ist noch klarzustellen, dass wir auch im Ältestenrat nicht zugestimmt haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie kann man nur so scheinheilig sein!)

Zu dem Zeitpunkt, als uns dort der Antrag vorgelegt wurde, waren wir in die Vorbereitungen nicht eingebunden. Wie zuletzt bei dem initiierten Runden Tisch zu dem Volksbegehren "Rettet die Bienen!" hat das wohl Methode. Sie wollen sich mit uns auf Sachebene nicht auseinandersetzen. Dieses von Ihnen gelebte defizitäre Demokratieverständnis wird Ihnen bei den kommenden Europawahlen und bei den Landtagswahlen im Osten erneut auf die Füße fallen; denn durch Ignorieren oder Distanzieren werden die Probleme nicht kleiner oder gar gelöst.

Ich komme damit zum Ende: Aufgrund der erhöhten Fraktionszulagen werden wir dem Einzelplan 01 für den Haushalt des Landtags nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Dr. Mehring das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Mang, Sie sprachen eben von der Waffengleichheit. Anders als Sie halten wir es statt mit den Waffen eher mit den Worten; aber jedem, was ihm liegt. Ich will vor diesem Hintergrund fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass ich soeben vor einer Fraktion gesprochen habe, die von 19 auf 27 Mitglieder gewachsen ist, aber aufgrund des Oppositionszuschlags jetzt weniger Geld als vorher zur Verfügung hat, und ob Ihnen klar ist, dass Sie gerade für die Fraktion sprechen, die zwei Drittel des Aufwuchses der neuen Finanzierungsstruktur erhält.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Mang zur Beantwortung.

Ferdinand Mang (AfD): Sehen Sie, Herr Dr. Mehring, Sie bringen kein einziges Argument,

(Lachen bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

warum Sie die Fraktionszulagen überhaupt erhöhen wollen. Sie kommen wieder mit den Argumenten, die Sie gesagt haben, die AfD-Fraktion würde von diesen Erhöhungen auch profitieren. Ich wiederhole mich: Das ist für uns kein Argument.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Entschuldigung, Herr Mang. Es ist noch eine zweite Zwischenbemerkung, wenn Sie es gestatten: Herr Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Mang, Sie haben jetzt gerade davon gesprochen, dass das Lohnniveau sinkt. Könnten Sie uns bitte erklären, woher Sie diese Information haben? Wir nehmen in diesem Landtag alle wahr, dass die Löhne in den ganzen letzten Jahren gestiegen sind, weshalb die Mitarbeiter mehr Geld bekommen. Hatten Sie sich bloß versprochen oder haben Sie signifikante Informationen, dass man wissenschaftliche Arbeit in Bayern in den letzten Jahren immer billiger hat einkaufen können?

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Mang zur Beantwortung.

Ernst Weidenbusch (CSU): Und ich würde sagen, das ist doch ein Argument, wenn es teurer geworden ist, bevor Sie mir jetzt sagen, Sie hätten das Argument nicht gehört oder nicht verstanden. Ja, teurer werdende Löhne sind ein Grund dafür,

(Christian Klingen (AfD): Die Teuerung!)

dass man die Fraktionsentgelte erhöhen muss.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Mang.

Ferdinand Mang (AfD): Sie wollten wissen, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage. Ich beziehe mich hier auf die Düsseldorfer Tabelle 2018. In der Düsseldorfer Tabelle 2018 werden die Unterhaltssätze der Unterhaltspflichtigen gegenüber den Unterhaltsberechtigten festgelegt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was hat das mit dem Landtag zu tun? – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wahnsinn!)

Dort ist ein absolutes Novum eingetreten,

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Beitrag ist auch ein absolutes Novum!)

und zwar, dass eben hier die Unterhaltssätze für die breite Schicht der Bevölkerung reduziert wurden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das Ihr Ernst, was Sie hier sagen?)

Das war ein absolutes Novum, und zur Begründung haben die Oberlandesgerichte das seit Jahren sinkende Lohnniveau angeführt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Das war die Beantwortung. – Als Nächstem erteile ich das Wort – danke schön, Herr Mang – dem Kollegen Markus Rinderspacher von der SPD.

Markus Rinderspacher (SPD): Werte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bund der Steuerzahler in Berlin hat vor knapp zwei Wochen eine brandaktuelle Studie über die Kosten der bundesdeutschen Parlamente veröffentlicht. Dabei wurden die 16 Landtage von Baden-Württemberg und Bayern bis Schleswig-Holstein und Thüringen überprüft. Welche Kosten entstehen durch die Arbeit der Parlamente in den Herzkammern der Demokratie, im Föderalismus, in den Bundesländern? – Das Ergebnis der Studie war ebenso klar wie eindeutig. Der Bayerische Landtag schneidet in der Kostenstudie des Bundes der Steuerzahler am besten ab. Die Parlamentsarbeit verursacht in keinem anderen Bundesland in Deutschland so geringe Ausgaben pro Einwohner wie beim Bayerischen Landtag. Der Studie nach sind die kostenintensivsten Landtage, gemessen an den Ausgaben pro Einwohner, in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Die Kosten pro Einwohner sind am niedrigsten in Bayern, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen, oder anders ausgedrückt: Thüringens Landtag oder auch der in Mecklenburg-Vorpommern produziert dreimal so hohe Kosten pro Einwohner wie Bayern, das Landesparlament in Bremen ist gar viereinhalbmal so teuer wie der Bayerische Landtag.

Meine Damen und Herren, der kostengünstigste Landtag zu sein, und das, obwohl wir mit 205 Abgeordneten das größte Landesparlament sind und die meisten Abgeordne-

ten stellen, ist keine Selbstverständlichkeit. Es gibt keinen Grund zur Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit. Aber diese Studie zeigt, dass Kostendisziplin für den Bayerischen Landtag in den letzten Jahrzehnten in der Gesamtschau kein Fremdwort war. Das darf man heute zumindest zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Demokratie gibt es nicht umsonst. Sie kostet Geld. Demokratie ist aber nicht per se teurer als andere Staatsformen, im Gegenteil, weil Demokratie mit dem Gebot der Transparenz, der Überprüfbarkeit und der Nachvollziehbarkeit verbunden ist. Der Umgang mit den Steuergeldern erfordert gerade in den Parlamenten, gerade für die Parlamentsarbeit selbst, eine besondere Sorgfalt. Der Bürger oder die Bürgerin in Bayern gibt 13,43 Euro im Jahr für dieses Parlament aus. Das sind 1,12 Euro pro Monat. Für 1,12 Euro gibt es mancherorts nicht mal mehr eine Kugel Eis in Bayern, aber zumindest ein funktionstüchtiges Parlament.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Thema ansprechen, das bisher noch wenig thematisiert wurde, nämlich die sogenannte Waffengleichheit zwischen Parlament und Staatsregierung. So nennen es Politologen. Ich möchte es an einem Beispiel ausführen: Herr Staatsminister Aiwanger hat in seinem Wirtschaftsministerium eine Zentralabteilung, 9 Fachabteilungen und 66 Referate mit insgesamt 483 Stellen. 483 Mitarbeiter arbeiten dem Wirtschaftsminister zu, damit er sich mit wissenschaftlicher Zuarbeit Gedanken machen kann über das Handwerk, den Mittelstand, die Industrie, die Energie, Digitales oder Elektromobilität. Wie viele Mitarbeiter hat zum Beispiel die SPD-Fraktion für diesen gesamten Bereich, für den wir im Ministerium 483 Mitarbeiter haben? – Einen! Wie viele Mitarbeiter haben die GRÜNEN? – Ich schätze, auch einen. Wahrscheinlich haben alle Fraktionen im Hohen Hause ungefähr einen Mitarbeiter. Ist es deshalb unanständig, Herr Fischbach, wenn die Fraktionen vor diesem Hintergrund sagen – die Zeiten haben sich verändert, wir sind nicht mehr im Jahr 1979, Politik ist komplexer und komplizierter geworden –, dass hier wenigstens ein Stück weit nachgebessert wird, während gerade die FDP-Minister Zeil oder Heu-

bisch in der vorletzten Legislaturperiode in ihren Ministerien großartige Aufwüchse zu verantworten haben. Ich finde, da muss das Parlament wenigstens ein Stück weit nachziehen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kein anderes Parlament arbeitet kostengünstiger als der Bayerische Landtag. Die Waffengleichheit muss wenigstens ein Stück weit hergestellt werden. Nüchtern betrachtet ist man ja ohnehin weit von völliger Parität entfernt.

Im Übrigen muss man zum Aufwuchs des Haushalts des Bayerischen Landtags sagen, dass es hier im Hohen Haus, im Maximilianeum, große Baumaßnahmen gibt, die natürlich auch zu berücksichtigen sind. Die Generalsanierung des Kellergeschosses und der Besucherzugang an der Westpforte sind Aufgaben, die nicht nur der Funktionsfähigkeit des Parlaments dienen, sondern auch wichtige Maßnahmen zum Substanzerhalt des bayerischen Kulturerbes sind.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Markus Rinderspacher (SPD): Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zum Haushaltsplan des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstes erteile ich dem Kollegen Matthias Fischbach von der FDP das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Landtagshaushalt ist zwar vergleichsweise klein, er ist aber von hoher symbolischer Bedeutung. Wie wir als Abgeordnete, als Fraktionen mit unseren eigenen Geldern wirtschaften, sagt viel über den Respekt aus, den wir vor der Leistung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben. Wir sollten uns hart erarbeitetes Steu-

ergeld nicht leichterhand selbst zugestehen, sondern Maß und Mitte halten. Leider ist das aus unserer Sicht bei der Anpassung der Fraktionszuschüsse nicht gelungen.

Ich starte hier deshalb einen letzten Versuch, Sie von unserem konstruktiven Kompromissvorschlag zu überzeugen. Wir stellen nicht infrage, dass ein größeres Parlament mit mehr Abgeordneten und Fraktionen auch mehr Steuergeld benötigt, um finanziert zu werden. Wir kritisieren aber den Zuschussbetrag, den es je Fraktion und je Abgeordnetem geben soll. Bisher war dieser Zuschussbetrag aus guten Gründen nur an die Lohnentwicklung gekoppelt.

Herr Kollege Gehring, in den letzten zehn Jahren sind die Zuschüsse um über 26 % gestiegen. Wenn diese Zuschüsse dann darüber hinaus nochmal außerordentlich um rund 10 % erhöht werden sollen, dann braucht man dafür eine sehr gute Begründung. Diese sehe ich nur zum Teil als gegeben an.

(Beifall bei der FDP)

Ja, wir haben neue Ausschüsse zu betreuen. Ja, wir müssen mit der Digitalisierung umgehen. Aber rechtfertigt das eine Erhöhung dieser Größenordnung? – Nehmen wir beispielhaft den neuen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr: Dessen Themen wurden von den Fraktionen bisher alle schon bearbeitet, nur eben mit einem anderen Zuschnitt. Die Digitalisierung ist eigentlich eher eine Arbeitserleichterung als eine Arbeitsbelastung. Früher mussten die Referenten noch aufwendig in der Bibliothek recherchieren, heute geht das oft mit einem Mausklick.

Im Gegensatz zur AfD lehnen wir eine Anpassung aber nicht populistisch in Gänze ab, sondern wir stellen klar: Wir wollen sie nicht in dieser Größenordnung. Die Fraktionen könnten auch mit einer halb so großen Erhöhung sehr gut leben. Jede Fraktion bekäme dann immer noch über 100.000 Euro mehr, die CSU-Fraktion sogar über eine Viertelmillion Euro. Das reicht auch.

(Beifall bei der FDP – Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt ja gar nicht!)

– Herr Kollege, Sie haben es doch gerade vorgerechnet.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Lesen Sie doch die Zahlen!)

Die Fraktionszuschüsse sind eben kein Instrument, um den Stimmenverlust nach der Wahl wieder auszugleichen. Wer hier verliert, muss das auch respektieren und dann mit weniger auskommen. Da gibt es auch keinen Rabatt. Gerade wir Freie Demokraten haben das nach unserem Ausscheiden 2013 bitter zu spüren bekommen. Ja, es ist hart, sich anzupassen, aber der Wählerwille verlangt das nun mal. Vor dem sollten wir Respekt haben.

(Tobias Reiß (CSU): 2023 wird es wieder hart!)

Herr Kollege Mehring, lieber Fabian, deshalb ist jetzt der denkbar unpassendste Zeitpunkt, um mit der generellen Argumentation der Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung zu kommen. Nach der Debatte, die wir kürzlich über diese neue Geschäftsordnung, bei der es im Wesentlichen um Einschränkungen der Parlamentsrechte ging, geführt haben, frage ich Sie schon: Was ist denn wichtiger, mehr Geld oder mehr Rechte?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Die Argumentation der Regierung ist an dieser Stelle – das merken Sie selbst, Sie lachen – unglaublich. Die Fraktionen im Bayerischen Landtag sind insgesamt wirklich schon sehr gut ausgestattet. Unsere Fraktionsausstattung sucht unter den Landesparlamenten deutschlandweit ihresgleichen. Selbst NRW, das größte und bevölkerungsstärkste Bundesland, hat lediglich 17 Millionen Euro für die Fraktionen zur Verfügung. Die Mittel reichen, wenn man sparsam mit ihnen umgeht. Bleibt man also bei Öffentlichkeitsarbeit und Funktionszulagen sparsam, kann man am Ende sogar Steuergeld zurückzahlen. Das haben die GRÜNEN letztes Jahr gemacht. Das haben wir Freie Demokraten auch vor.

(Beifall bei der FDP)

Ein Fraktionsvorsitzender muss eben nicht zusätzlich zu seinen Diäten nochmal über 140.000 Euro bekommen. Das sage ich an die Adresse von Herr Kreuzer. Das ist mehr als die Landtagspräsidentin bekommt. Das ist verfassungsrechtlich bedenklich. Das ist vom Obersten Rechnungshof schwer kritisiert worden, und das ist den Bürgerinnen und Bürgern absolut nicht zu erklären. Es ist Zeit zum Umdenken. Ich appelliere deshalb an alle: Diese geplante Erhöhung ist unverhältnismäßig. Wir haben einen maßvollen Gegenvorschlag. Jetzt ist die Chance, die eigene Grundhaltung zum Umgang mit Steuergeldern zu zeigen und sie in konkretes Handeln umzusetzen. Ich bitte Sie deshalb noch einmal um Unterstützung für unseren Änderungsantrag.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen – –

(Zuruf: Doch!)

– doch, der Herr Gehring. Entschuldigung, ich habe ihn nicht gesehen. Herr Kollege Gehring, bitte schön. – Herr Fischbach, wenn Sie nochmal zum Rednerpunkt kommen würden. Ich hatte den Kollegen Gehring nicht gesehen.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Fischbach, Sie haben es schon angesprochen, aber ich will es noch mal sagen: Die Mittel werden den Fraktionen ja relativ pauschal zugewiesen. Es liegt dann in der Verantwortung der Fraktionen, zu entscheiden, was sie damit machen: ob sie ihrem Fraktionsvorsitzenden wesentlich mehr bezahlen, ob sie die Gelder für Personal aufwenden oder ob sie zum Beispiel wissenschaftliche Expertise einkaufen. Am Ende der Legislaturperiode und auch zwischendurch müssen die Fraktionen immer wieder Rechenschaft ablegen. Der Rechnungshof kommt und checkt diese ganzen Ausgaben durch. Unsere Fraktion hat am Ende der letzten Legislaturperiode ungefähr 100.000 Euro an den Landtag zurückgezahlt.

Finden Sie dieses Recht auf Verantwortung, dass die Fraktionen das zurückzahlen können, nicht wichtig? Können Sie mir schon sagen, in welcher Größenordnung die FDP ihre Zurückzahlung leisten wird?

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Fischbach, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Ich finde schon, dass man gerade an diesem Beispiel, das Sie genannt haben, sieht, dass Spielraum besteht. Ich glaube, dass das gerade auch von Ihnen, die Sie bei der vorletzten Wahl sogar geschwächt worden waren und noch einmal ein Abgeordnetenmandat verloren hatten, ein Zeichen ist: Gerade Sie waren in der Lage, trotz dieser Verluste das Geld zu einer Zurückzahlung aufzubringen. Das zeigt, dass es eben mehr als genug Steuergeld für die Fraktionen gibt.

Ja, wir planen in derselben Größenordnung, in der wir jetzt Einsparungen vorschlagen, auch wieder zurückzuzahlen; das sieht zumindest unser aktueller Haushaltsplan vor.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Fischbach, wenn Sie noch kurz dableiben würden. – Jetzt gibt es noch eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Fischbach, würden Sie mir bitte bestätigen, dass keine andere Fraktion, was die Gerechtigkeit angeht, mehr als die FDP-Fraktion von der gegenwärtigen Finanzierung profitiert? So erhält sie beispielsweise einen Grundbetrag von 120.000 Euro, obwohl sie nur elf Abgeordnete hat. Das ist genauso viel wie die CSU-Fraktion, obwohl diese achtmal mehr Abgeordnete hat.

Ist Ihnen bewusst, dass gerade die FDP-Minister in der vorletzten Legislaturperiode den höchsten Aufwuchs an zusätzlichem Personal in den von ihnen verantworteten

Ministerien hatten? Ist Ihnen bekannt, dass selbstverständlich Ihre Fraktion einen maßgeblichen Beitrag dazu leistet, dass es zu dem Aufwuchs überhaupt kommt? 62 % des Aufwuchses sind darauf zurückzuführen, dass wir im Hohen Hause zwei neue Fraktionen und – statt wie bisher 180 – nun 205 Abgeordnete haben. Das heißt, der Aufwuchs, den Sie hier monieren, geht ganz unmittelbar auf die Existenz der FDP-Fraktion zurück.

(Zurufe)

Es ist fragwürdig, dass Sie das kritisieren.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Kollege Rinderspacher, in Gerechtigkeitsfragen sind wir Freie Demokraten und Sie Sozialdemokraten oft unterschiedlicher Meinung. Ich sage hier an dieser Stelle: Alle Fraktionen müssen in ihrer Arbeit die gesamte inhaltliche Breite abdecken. Deshalb bedarf es eines gewissen Grundstocks, der eigentlich schon immer Konsens war. Ich weiß nicht, ob Sie diesen Grundstock jetzt anzweifeln wollen. Aber daher kommt es natürlich, dass eine kleine Fraktion pro Kopf mehr bekommt.

Nichtsdestoweniger müssen Sie anerkennen, dass wir sagen, wir brauchen das Geld in dieser Größenordnung nicht und sind bereit, es zurückzuzahlen. Ich denke, auch Sie wären in der Lage, dieses Geld, das wir in Anspruch nehmen, zu nutzen, um die Finanzierung zu gewährleisten. Da brauchen Sie nicht noch diese zusätzliche Erhöhung am Ende.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Wenn ich es richtig sehe, liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann ist die Aussprache damit geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020 für den Einzelplan 01, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/846, 18/864 mit 18/866 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1759.

Vorab ist über die Änderungsanträge der AfD- und der FDP-Fraktion abzustimmen. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion erfolgt in namentlicher Form. Dies ist der Antrag betreffend Zuschüsse an die Fraktionen nach Artikel 3 des Bayerischen Fraktionsgesetzes auf der Drucksache 18/864. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie immer im Sitzungssaal und hinten aufgestellt. Ich bitte, die Stimmabgabe einzuleiten. Wir haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15:49 bis 15:54 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, auf Ihre Plätze zurückzukehren, weil wir noch über einen Antrag abstimmen müssen.

Es geht um den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschüsse an die Fraktionen nach Art. 3 Bayerisches Fraktionsgesetz" auf der Drucksache 18/846. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN sowie Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Sitzung wird bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses der vorherigen namentlichen Abstimmung unterbrochen. Wir können erst über den gesamten Einzelplan 01 abstimmen, wenn über die Änderungsanträge abgestimmt worden ist. Bitte gehen Sie nicht zu weit weg. Das geht schnell.

(Unterbrechung von 15:56 bis 15:59 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Das war der Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuschüsse an die Fraktionen nach Art. 3 des Bayerischen Fraktionsgesetzes" auf der Drucksache 18/864. Mit Ja haben 32 Abgeordnete, mit Nein haben 158 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan selbst. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Ich bitte Sie, Gegenstimmen in der gleichen Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen FDP und AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit der Einzelplan 01 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 3)

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Zuschüsse an die Fraktionen nach Art. 3 Bayerisches Fraktionsgesetz (Kap. 01 01 Tit. 684 01) (Drucksache 18/864)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	32	158	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 01

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Fraktionen nach Art. 3 Bayerisches Fraktionsgesetz
(Kap. 01 01 Tit. 684 01)
Drs. 18/846
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Fraktionen nach Art. 3 Bayerisches Fraktionsgesetz
(Kap. 01 01 Tit. 684 01)
Drs. 18/864
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planmäßige Beamte
(Kap. 01 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/865
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 01 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/866

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 11

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020 für den Einzelplan 11 zugrunde. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Damit ist es einstimmig beschlossen. Der Einzelplan 11 ist angenommen. Die Beratung zu diesem Einzelplan ist abgeschlossen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Drs. 18/1760

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1760) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Drs. 18/1770

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1770) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Drs. 18/1771

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1771) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2019/2020;
Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Wohnen, Bau und Verkehr**

Drs. 18/1772

Dem Einzelplan 09 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1772) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Drs. 18/1773

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1773) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Drs. 18/1775

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1775) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Drs. 18/1785

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1785) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Johannes Hintersberger

Abg. Verena Osgyan

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Ulrich Singer

Abg. Christian Flisek

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Robert Brannekämper

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Anne Franke

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Kerstin Radler

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Sabine Weigand

Staatsminister Bernd Sibler

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 15

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/976, 18/1008 mit 18/1026, 18/1234),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/978, 18/979, 18/1027 mit 1032, 18/1048, 18/1049),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/831 mit 18/844),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/977, 18/980),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/708 mit 18/711),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/581 mit 18/599, 18/845),

Änderungsantrag von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drs. 18/924)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)

(Drs. 18/1915)

Der Änderungsantrag wurde für Sie aufgelegt.

Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtrededzeit eine Stunde und 31 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich dar-

auf hin, dass die SPD-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke", Drucksache 18/592, namentliche Abstimmung beantragt hat. Die AfD-Fraktion hat für zwei ihrer Änderungsanträge Abstimmung in einfacher Form beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Johannes Hintersberger von der CSU.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein stabiler, planungssicherer Wohlstand und ein sozialer gesellschaftlicher Zusammenhalt bedingen eine gute Bildungsinfrastruktur. Trotz des späten Abends: Der Etat des Wissenschaftshaushalts, der Einzelplan 15, ist eine der wichtigsten Grundlagen, insbesondere für unsere Kinder und unsere Enkel. Eine gute Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik. Eine gute Bildungspolitik ist aber auch die entscheidende Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und damit Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik sowie einen nachhaltigen Wohlstand.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb war es mir wichtig, diesen Punkt an den Anfang zu stellen. Unter dieser Zielsetzung wurde dieser Etat, dieser Wissenschaftshaushalt, eingebracht und im Haushaltsausschuss beraten.

Ich darf mich bereits jetzt bei unserem Wissenschaftsminister, lieber Minister Bernd Sibler, und den Mitarbeitern im Haus bedanken. Ich bedanke mich beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, lieber Herr Kollege Josef Zellmeier, bei seiner Stellvertreterin, Frau Kollegin Köhler, sowie bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für eine ausgesprochen sachorientierte, konstruktive und bei allen inhaltlichen Auseinandersetzungen respektvolle Erörterung dieses wichtigen Einzelplans.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um was geht es? – Das Gesamtvolumen des Wissenschaftsetats war noch nie so hoch wie in diesem Doppelhaushalt. Im Jahr 2019 wird er um 406 Millionen Euro und im Jahr 2020 um weitere 171 Millionen Euro auf insgesamt knapp 7,4 Milliarden Euro erhöht. Das ist ein starker Aufschlag. Vor dem Hintergrund dieser entscheidenden Grundlage, die ich vorhin genannt habe, ist das sehr wichtig. Der Haushalt enthält im Jahr 2019 Steigerungen um 6 % und im nächsten Jahr noch einmal um 2,4 %. Damit liegt er mit insgesamt knapp einer Milliarde Euro über dem Ansatz des Jahres 2018. Dies ist ein guter Aufschlag. Das ist eine wichtige Grundlage, um gute Politik für Bayern zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Zusammengenommen – der Herr Ministerpräsident und Herr Kollege Hofmann haben das bereits ausgeführt – mit dem Einzelplan 05 für den Bereich Unterricht und Kultus sind das über 42 Milliarden Euro für den Bereich Bildung. Die Investition in Bildung und Ausbildung ist wichtig für die nächste Generation. Außerdem ist sie eine wichtige Grundlage für unsere Unternehmen. Das ist eine Investition in die Zukunft, und das ist gut so.

Der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Herr Kollege Hartmann, hat heute Früh auf "B5" von falsch angelegten Steuergeldern, nicht zukunftsfähigen Investitionen und falschen Schwerpunkten gesprochen.

(Alexander König (CSU): Das ist schlechter Stil!)

Das kann ich überhaupt nicht verstehen. Das versteht kein Mensch. Es handelt sich hier doch geradezu um eine Investition in die Zukunft par excellence.

Lassen Sie mich stichpunktartig einige Punkte aus diesem Einzelplan nennen, bevor Herr Kollege Brannekämper aus fachlicher Sicht das eine oder andere vertiefen wird. Herrn Kollegen Brannekämper danke ich übrigens auch für die gute fachliche Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU)

Erstens. Im Juli 2018 haben wir das Innovationsbündnis Hochschule 4.0 unterzeichnet. Dadurch werden 9 staatliche Universitäten, 17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Technische Hochschulen sowie 6 Kunsthochschulen planungssicher für die nächsten Jahre ihre Ausgabensätze festschreiben können.

Zweiter Punkt: Die Universitätsklinika erhalten zum ersten Mal regelhaft und automatisch den Ausgleich für die Tarifsteigerungen. Das ist ein wichtiger Aspekt, um endlich die Personalkostenschere, die sich für die Universitätsklinika jedes Jahr aufgetan hat, zu schließen.

Dritter Aspekt: Der Innovationsfonds für die Universitäten und Hochschulen wurde massiv von 10 auf über 40 Millionen Euro aufgestockt. Zum ersten Mal kommen auch die Kunsthochschulen in den Genuss des Innovationsfonds.

Vierter Punkt: Es erfolgt ein kontinuierlicher Ausbau zur Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen. Meine Damen und Herren, im Wintersemester 2018/2019 hat es knapp 360.000 Studierende an öffentlichen Universitäten und Hochschulen gegeben. Das zeigt signifikant, wie attraktiv, interessant und kompetent ein Studium in Bayern für junge Menschen ist. Diese Zahl ist mehr wert als manches Gutachten oder manche Umfragen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Punkt ist die Erhöhung der Hochbaumittel. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst trägt Verantwortung für einen einzigartigen reichen Baubestand an Universitäten, Hochschulen und Museen, der gepflegt werden muss. Ich bin froh, dass es gelungen ist, die Hochbaumittel für den nächsten Doppelhaushalt deutlich zu steigern, von 400 auf 505 Millionen Euro in diesem Jahr, im nächsten Jahr noch einmal auf 570 Millionen Euro. Das ist ein wichtiges Signal. Diese Mittel – das wird eine große Herausforderung – werden jedoch nicht ausreichen. Wir müssen dranbleiben, um die bauliche, technische und wissenschaftliche Infrastruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dies wird eine besondere Her-

ausforderung darstellen. Ich bin dem Bauminister, lieber Hans Reichhart, und seinem Haus für die enge Zusammenarbeit, aber auch für die ersten Initiativen in Sachen kleiner Bauunterhalt und Controlling dankbar. Dies stärkt durchaus die subsidiäre Verantwortung der Universitäten vor Ort. Dies ist für das Selbstbewusstsein und die Verantwortung der Hochschulen vor Ort ein wichtiger Beitrag.

Ich freue mich zusammen mit Herrn Kollegen Jäckel, dass unsere Uniklinik in Augsburg als sechste Universitätsklinik, deren Schwerpunkte für Umweltmedizin und Medizininformatik vom Wissenschaftsrat besonders ausgezeichnet wurden, nicht nur für die Region Augsburg und Schwaben, sondern als Leuchtturm für ganz Bayern, ohne Konkurrenz für die anderen fünf Universitätskliniken, weiter kontinuierlich ausgebaut wird.

Meine Damen und Herren, als letzten Punkt nenne ich die Regionalisierung. Das ist ein wichtiger Aspekt, der in den letzten Jahren vorangetrieben worden ist, um wissenschaftsgestützte Regionalisierung vor Ort als Impuls festzulegen. Warum? – Alle Studien und die Erfahrung zeigen, dass es für die Wertschöpfung, die Wettbewerbsfähigkeit und die innovativen Impulse im ländlichen Raum wichtig ist, dass die Absolventen vor Ort in der Region bleiben und ihre Existenzgründung in Form von Spin-offs oder Start-ups dort vollziehen.

Hier verzahnen sich auch, lieber Herr Kollege Finanzminister Füracker, die Bemühungen in Sachen Behördenverlagerungen. Sie sind keine Einzelschienen, sondern wir führen sie auch durch diese Regionalisierung zusammen.

Ich nenne hier als Stichworte: neue Studiengänge im südostbayerischen Chemiedreieck, in Pfarrkirchen, oder Forschungseinrichtungen in Oberfranken, Forschungs- und Entwicklungszentrum Batterietechnik Bayreuth, Campus Life Science in Kulmbach oder den Medizincampus Oberfranken.

Meine Damen und Herren, dies ist zusammen mit den Kooperationsmöglichkeiten mit über 20 Technologietransferzentren gerade auch für unsere KMU, für unsere kleinen mittelständischen Familienbetriebe, ein unbändig nachhaltiger, wirklicher Impuls, den

wir im Zusammenspiel mit der Exzellenzoffensive in wichtigen Einzelprojekten geben werden. Ich glaube, das zeichnet Bayern ganz besonders aus und ist eine wichtige Grundlage für diese erfolgreiche Politik für die Menschen im Freistaat, auch in den kommenden Jahren.

Wir stimmen diesem Etat zu, und ich freue mich, wenn der Einzelplan 15 große Zustimmung erfährt. Ich sehe keinen Grund, diesem wichtigen Einzelplan 15 nicht zuzustimmen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Verena Osgyan von den GRÜNEN.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hintersberger, wir haben gerade mit Stolz gehört, wie der Wissenschaftshaushalt angewachsen ist. Aber gleichzeitig sind die strukturellen Lächer überproportional angewachsen und offensichtlich. Da kann man keineswegs von stabilem, bleibendem Wohlstand in der Wissenschaftslandschaft reden. Es werden immer neue Großprojekte auf Kosten des Unterhalts des Bestehenden versprochen. Deswegen möchte ich mal aus der Perspektive durchschnittlicher Studierender und Lehrender deren Lern- und Lehrumgebung beschreiben.

Viele hier im Hohen Haus haben vielleicht seinerzeit noch in einem Studentenwohnheim gewohnt. Damals war die Wohnheimquote noch einigermaßen akzeptabel. Mittlerweile haben immer weniger Studierende die Möglichkeit, in einem Wohnheim unterzukommen, weil kaum noch welche gebaut werden, zumindest nicht öffentlich gefördert. Wenn man sieht, dass in Uni-Städten wie Erlangen, München oder Regensburg WG-Zimmer 600 Euro kosten, dann kann man sich denken, dass damit das BAföG mehr oder weniger schon weg ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig wissen wir aus Anhörungen hier im Landtag, dass 30 % der Studierenden wegen finanzieller Schwierigkeiten oder mangelnder sozialer Flankierung ihr Studium abbrechen. Da ist es doch wichtig, hier anzusetzen, dass junge Menschen wohnen können, dass junge Menschen auch eine gute Beratung erhalten. Deswegen verstehe ich nicht, wieso die Studierendenwerke ausgehungert werden. Wir fordern hier 10 Millionen Euro zusätzlich im Jahr; das muss doch eigentlich möglich sein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wir haben auch von der Erhöhung der Baumittel für den Hochschulbau gehört. Im Prinzip ist es nach wie vor Mangelverwaltung. In vielen Hochschulen gehört das Aufstellen von Wassereimern zur regelmäßigen Tätigkeit der Hausverwaltungen. Ich erinnere mich, 2013 kam in Erlangen bei den Archäologen in der Kochstraße die Decke herunter, und sie konnten ihre Schreibtische ausgraben. Da hatten sie im Vorfeld wenigsten Kompetenz erworben.

(Heiterkeit des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Getan hat sich seither fast nichts. Damals lag der Sanierungsstau bei 3 Milliarden Euro, jetzt ist er bei 5 Milliarden. Ich vermisste in dem Haushaltsplan jedweden Plan, wie wir das in absehbarer Zeit abbauen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Deswegen müssen die Mittel für den Bauunterhalt und die Sanierung deutlich erhöht werden; im Notfall muss man ein Bund-Länder-Programm fordern, wenn man alleine nicht weiterkommt.

Viel zu viel wurde auf Expansion gesetzt statt auf Erhalt des Bestehenden. Das sieht man auch an den Graduiertenschulen. Da war klar, dass die Exzellenzinitiative ausläuft. Wir haben noch immer keine Folgefinanzierung. – Herr Staatsminister, ich hoffe, dass man das noch bis Ende des Jahres hinkriegt; die jungen Menschen bauen darauf.

Beim Lehrpersonal sieht es ähnlich prekär aus. Lehrbeauftragte sollten eigentlich nur zur Ergänzung der Lehre eingesetzt werden. Mittlerweile haben wir über 12.000 Lehrbeauftragte in Bayern, die unter prekären Beschäftigungsverhältnissen lehren, die keine Absicherung im Krankheitsfall und im Alter haben. Die eine Million im Haushalt sind im Prinzip Peanuts. Wir brauchen mindestens, wie wir gefordert haben, 25 Millionen Euro in diesem Jahr und 50 Millionen im nächsten Jahr, um wenigstens im Ansatz dauerhafte Stellen für Daueraufgaben zu schaffen und die Lehrbeauftragten, die weiterhin tätig sein werden, angemessen zu bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Lehrbeauftragte waren zwanzig oder mehr Jahre tätig und sind jetzt in die Altersarmut abgerutscht. Auch hier brauchen wir einen Fonds für Härtefälle; den haben auch die Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN schon einmal gefordert. Vielleicht fällt es Ihnen jetzt leichter, unserem Antrag zuzustimmen; Sie hätten jetzt die Möglichkeit, hier etwas zu erreichen.

Die Finanzierung von Forschung und Lehre ist in einer deutlichen Schieflage. Wir merken das daran, dass gemessen an der Studierendenzahl die Grundfinanzierung immer mehr sinkt und die Drittmittelabhängigkeit steigt. Im Wort "Drittmittelabhängigkeit" ist schon impliziert, dass es um Abhängigkeiten geht, die möglicherweise auftreten können. Schlimmer noch: Wenn Lehrende, Hochschullehrerinnen und Lehrer, immer mehr damit beschäftigt sind, Drittmittel einzuwerben, statt Seminare zu halten, sinkt die Qualität der Lehre.

Wir haben in der Wissenschaftslandschaft so viele offene Baustellen. Ein letztes Schlaglicht: Forschung an den HAWen, seit 20 Jahren eigentlich Pflichtaufgabe, aber immer noch sind kaum Mittel im Haushalt enthalten. Drittmittel sind meist das Einzige, worauf sie zugreifen können. Die Baustellen sind mannigfaltig. Da rede ich gar nicht von der Baustelle des Deutschen Museums mit einem 150-Millionen-Euro-Loch. Das kommt noch zu all dem hinzu, was seit Langem absehbar war.

Wir müssen hier deutlich aufstocken. Ich bitte Sie: Stimmen Sie unseren dringenden Änderungsanträgen zu! Ich glaube, das erklärt sich von allein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt rede ich in diesen Haushaltsdebatten zum vierten Mal nach einem Kollegen oder einer Kollegin von den GRÜNEN, und jedes Mal muss ich mich vergewissern, ob ich noch in Bayern bin. Was Sie beschreiben, ist nicht die Realität in Bayern. So negativ, wie Sie die Situation beschreiben, ist sie nicht. Es geht uns gut hier in Bayern, auch im Wissenschaftsbereich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gestern habe ich zum Kultusetat gesprochen, heute spreche ich zum Wissenschaftsetat. Ich finde, das schlägt eine sehr schöne Brücke. Auch da setzt sich die Investitionsfreudigkeit fort. Wir haben jeden dritten Euro unseres Haushalts in diesen beiden Etats. Das ist eine wunderbare Zukunftsinvestition, ein Rekordhaushalt in diesen beiden Bereichen. Wenn man eine Milliarde mehr in diesen Doppelhaushalt – –

(Abgeordneter Volkmar Halbleib (SPD) telefoniert an seinem Platz)

– Sie könnten auch draußen telefonieren, Herr Kollege. – Nein, kann er nicht, aber egal.

Eine Milliarde Euro mehr sprechen für sich und sind ein wirkliches Investitionsprogramm, das sich sehen lassen kann. Da möchte ich andere, anders geführte Länder mal sehen, ob die das aufstellen und schultern können: eine Milliarde mehr!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hochachtung darf ich aber auch all denen zollen, die an unseren 54 exzellenten Hochschulen in Bayern tätig sind: den Studierenden, dem Mittelbau, den Doktoranden, den Professorinnen und Professoren. Vielen, vielen Dank! Denn alle Investitionen, die wir dort hineingeben, tragen nur dann Früchte, wenn Menschen damit umgehen. – Danke, dass Sie alle an unseren Hochschulen arbeiten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sorgen dafür, dass unsere Investitionen dort mit einem Höchstmaß in die Zukunft verzinst werden. Das ist kein verschenktes Geld, sondern das sind wirklich gut angelegte Euro.

Wir betreiben damit auch aktive Regionalförderung. Bei uns heißt es: Land und Wissenschaft gehen gut zusammen, das passt zusammen. Wir fördern damit Bayern in all seinen Regionen, wir gehen in die Fläche. Das ist ein guter Ansatz, denn so profitiert unser ganzes Land von unserer exzellenten Forschung und Wissenschaft.

Wir profilieren unsere Hochschulen mit diesem Doppelhaushalt auch in vielen Bereichen, übrigens nicht nur im Technologiebereich, aber auch da. Ich möchte beispielhaft die Technologietransferzentren in Neustadt/Donau, Kaufbeuren und Sonthofen nennen. Wir sorgen dafür, dass wir clustern, dass wir verbinden.

(Sandro Kirchner (CSU): Bad Neustadt an der Saale!)

– Ja, auch. – Wir sorgen dafür, dass Wissenschaft und Wirtschaft zusammengehen. Wir wollen, dass das Wissen, das wir hier in Bayern generieren, auch in Bayern bleibt und wächst und weiterhin für einen Aufschwung der Wirtschaft sorgt. So machen wir in Bayern Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben auch den einzigartigen Lehrstuhl für Friedensforschung in Augsburg gestärkt und weiter unterstützt. Auch solche Bereiche wollen wir profilieren, auch wenn

sie nicht irgendwo in der Wirtschaft Geld bringen. Sie sind trotzdem wichtig, weil sie einzigartig sind und in der Hochschullandschaft einen wertvollen Beitrag leisten.

Auch darauf können wir stolz sein: Wir haben in dieser neuen Regierung einen weiten Sprung nach vorne gemacht, was die akademische Hebammenausbildung betrifft. Ich bin froh und glücklich, dass wir Hebammenlehrstühle in Regensburg, Landshut und München bekommen. Damit machen wir im Bereich der Geburtshilfe einen weiten Schritt nach vorne. Das brauchen die jungen werdenden Mütter ganz dringend. Das braucht die Geburtshilfe in Bayern. Das ist ein guter Schritt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir investieren auch in unsere Kultur. Wir wissen, dass die Kultur Basis für unseren Fortschritt ist. "Mia san mia" ist für uns mehr als ein Motto eines Fußballmeisters. Es ist unsere Kultur, die wir in Bayern erleben. In diesem Doppelhaushalt haben wir eine Förderung für Bodendenkmäler. Wir fördern Musik, von der Blasmusik bis zur Popkultur; ich bin froh, dass wir auch das durchsetzen konnten. Wir fördern Museen, und zwar vom kleinen Museum bis zum großen. Hier muss ich eine Kritik der Kollegen von den GRÜNEN aufgreifen: Ja, wenn man Museen fördert, muss man aufpassen, dass man nicht zu viel Geld ausgibt. Auch auf einer Insel kann man Geld versenken. Damit muss irgendwann mal Schluss sein. Darüber muss man offen reden. Wenn zu viel Geld auf einer Insel versinkt, wie es nebenan der Fall ist, dann muss es auch mal eine Grenze geben.

Aber ich will nicht negativ schließen. Insgesamt ist dieser Einzelplan wirklich wegweisend. Er ist mutig, und er ist typisch bayerisch; denn wir investieren traditionsbewusst, gegenwärtig und zukunftsstark, und so soll es bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster kommt der Kollege Ulrich Singer von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Wissenschaft und Kunst stehen in Bayern in voller Blüte; das muss hervorgehoben und darf auch ausdrücklich gelobt werden. Die bunte Vielfalt an Möglichkeiten, die den Studenten an den bayerischen Universitäten, den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen geboten wird, ist ein einzigartiges Erfolgsrezept und verdient es, weiter ausgebaut zu werden.

Wie ich bereits in meiner Rede zum Hochschulstaatsvertrag ausgeführt hatte, werden in Bayern zwar dringend benötigte Studienplätze im Bereich der Medizin geschaffen – das muss man einräumen –, hier sollten die Anstrengungen aber noch weiter intensiviert werden.

Auch im Bereich der Kunst bietet Bayern einen bunten Strauß an Projekten und international anerkannten Kulturinstitutionen, zum Beispiel die Villa Concordia in Bamberg oder die Bayerische Staatsoper hier in München.

Dennoch verbergen sich im Haushalt für Wissenschaft und Kunst auch blütenlose Wassertriebe. Ich möchte hier einen herausgreifen. Die Alternative für Deutschland greift mit ihrem Antrag, die Zeitschrift "aviso" einzustellen, ein kleines, unscheinbares, vor allem aber auch ungelesenes Mauerblümchen heraus

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

und greift damit zugleich eine Forderung der FREIEN WÄHLER auf. Denn diese verlangten bereits bei den vergangenen Haushaltsberatungen eine Einstellung dieser bemerkenswerten Publikation. Schon vor uns sind also in diesem Haus ablehnende Stimmen gegenüber dieser Publikation laut geworden, sodass wir heute eine entsprechende Unterstützung von den FREIEN WÄHLERN erwarten dürfen. Es wäre schon eigenartig, wenn die Kritik der FREIEN WÄHLER nun plötzlich verstummt wäre.

(Beifall bei der AfD)

Diese Zeitschrift "aviso" wird vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst herausgegeben und erscheint viermal im Jahr.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

– Hören Sie doch mal zu! Sie können sich doch zu einer Zwischenbemerkung melden.
– Wie man im Impressum nachlesen kann, können die kostenlosen Ausgaben an bayerischen Hochschulen oder an einem staatlichen Theater oder Museum abgeholt werden. Außerdem gibt es die Möglichkeit, diese wertvolle Publikation über den Bestellservice der Bayerischen Staatsregierung zu beziehen. Das sind im Zeitalter der Digitalisierung und des Internets wirklich geniale Vertriebswege aus dem letzten Jahrtausend.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Solange Sie keine anderen Probleme haben!)

Natürlich erhält der Abgeordnete diese Zeitschrift ab und an auch zugeschickt. Ob er sie dann auch liest? – Dabei würde er auf interessante Inhalte stoßen. Die letzte Ausgabe etwa widmete sich unter dem Titel "Frauen. Gleiche Chancen – Andere Möglichkeiten" der Bevorzugung von Frauen in Wissenschaft und Kunst unter dem Deckmantel der Geschlechtergerechtigkeit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit schauen Sie sich die Zusammensetzung Ihrer Fraktion an!)

Der geneigte Leser fragt sich natürlich gespannt, wenn es schon so gerecht zugeht: Wann gibt es dann ein Heft über benachteiligte Männer im Zeitalter der Frauenförderung?

(Zurufe von den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD: Oh!)

Ist das nächste Heft dann endlich dem Gender-Sternchen gewidmet? Die meisten innerhalb und außerhalb dieses Hauses werden diese Ausgabe wohl kaum erwarten können. So bunt und vielfältig die Welt auch ist, liegen die Themen – –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das Ihr Problem mit dem Wissenschaftshaushalt, oder wie soll ich das verstehen? – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist eine Themaverfehlung!)

– Jetzt hören Sie doch zu! Es ist ein Teil des Haushalts für Wissenschaft und Kunst. Das steht in Ihrem Haushalt. Es geht hier zwar nur um eine Summe von 65.000 Euro, aber auch dieses Geld kann wesentlich sinnvoller eingesetzt werden.

Weitere wichtige Themen haben es auch schon in dieses Heft geschafft. So wurde in der Ausgabe zum Reformationsjubiläum "Glauben und Glauben lassen" der Islam mit einem eigenen Kapitel gewürdigt

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr gut, ja!)

mit dem Titel: "In gedeihlicher Zusammenarbeit auf dem Weg – Der Islam in Bayern". Allein fehlte, wahrscheinlich aus Platzgründen oder möglicherweise aus Mangel an Mut zur Wahrheit, das nicht ganz unwichtige Thema der Scharia, das untrennbar mit dem Islam verbunden ist.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) – Toni Schuberl (GRÜNE): Haben Sie kein anderes Thema?)

Allerdings wundert es mich nicht, dass sich ein Heft auch mit der spannenden Frage beschäftigte: "Wo ist die Zukunft geblieben?" Im dritten Quartal 2017 kündigte man dann schon den Migrationspakt an und stellte ein ganzes Heft unter das Motto "Afrika in Bayern". Damit wurde die wichtige Frage angesprochen, die auch sehr viele Menschen, die schon länger hier leben, sehr beschäftigt, nämlich, ob Bayern wirklich groß genug ist, dass es ganz Afrika aufnehmen kann.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) und Toni Schuberl (GRÜNE))

Liebe Kollegen, ich will durchaus anerkennen, dass die Themen oft sehr interessant und in einzelnen Artikeln auch sehr gut beschrieben sind. Ebenso halte ich das Erscheinungsbild für sehr ansprechend. Dennoch sei die Frage gestattet – –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das die Rezeption dieses Heftchens oder eine Haushaltsrede?)

– Lassen Sie mich doch einen Punkt aus dem Haushalt herausgreifen! Sie lehnen doch sowieso alles ab, was wir machen. Hier haben wir etwas ganz Kleines, es geht um eine kleine Summe. Da können Sie doch mal mitarbeiten; das wäre doch schön.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das ist eine Textanalyse! – Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Trotzdem müssen wir uns die Frage stellen, warum sich der Freistaat Bayern eine Publikation leistet, die auf dem freien Markt ebenso erscheinen könnte und von einem privatrechtlichen Herausgeber auch besser vermarktet werden würde.

Der Staat fördert bereits in beeindruckender Weise Wissenschaft, Kunst und Kultur in Bayern. Sind denn die Ergebnisse der bayerischen Kulturpolitik nicht ausreichend sichtbar geworden? Brauchen wir jetzt hier noch ein zusätzliches Presseorgan, das allein der Selbstbespielung und der Nabelschau dient? Schließlich wird aufgrund der geringen Verbreitung des Hefts fast kein Publikum außerhalb dieser Filterblase erreicht.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Wir denken, dass man auch diese geringe Summe, um die es hier geht – 65.000 Euro – nicht gering schätzen sollte. Man kann das Geld für etwas Sinnvolleres anlegen.

Durch die Reduktion der Zahl von überdimensionierten Fachveröffentlichungen – da gibt es auch andere –

(Thomas Kreuzer (CSU): Haben Sie auch noch andere Probleme mit dem Etat?)

könnte man zum Beispiel die in unserem weiteren Änderungsantrag geforderte Erhöhung der Förderung des Vereins zur Erhaltung des bayerischen Kulturerbes finanzieren. Dieser Verein leistet ganz hervorragende Arbeit. Er übernimmt zum Beispiel brachliegende Grundstücke und denkmalgeschützte Liegenschaften in dauerhaftes Eigentum. Er erstellt Nutzungskonzepte, führt fachgerechte Sanierungen durch und leistet so einen wichtigen Beitrag zu Bayerns Zukunft. Grund und Boden halten eben doch länger als ungelesenes Papier.

Bitte, liebe Kollegen, unterstützen Sie diese Anträge! Sie enthalten bescheidene Forderungen, aber es sind sinnvolle Forderungen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Christian Flisek von der SPD.

Christian Flisek (SPD): Zu später Stunde heute könnte man sagen: Das Beste kommt zum Schluss.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU – Hans Herold (CSU):
Der Minister kommt noch!)

– Nein, ich meine tatsächlich gar nicht meine Rede; ich meine in der Tat das Ressort für Wissenschaft und Kunst. Wir verhandeln hier mit Sicherheit über eines der schönsten Ressorts, lieber Herr Bernd Sibler, lieber Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Angesichts eines Haushaltsvolumens von 7,4 Milliarden Euro hätte ich ganz gerne auf die Probleme der AfD verzichtet. Also, Entschuldigung, wenn das wieder Ihr Beitrag

zur Sacharbeit war, dann machen Sie gerne so weiter! Wir beneiden die Kollegen im Haushaltsausschuss, die sich mit solchen Anträgen auseinandersetzen müssen, nicht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein rohstoffarmes Land. Der einzig wirklich nachwachsende Rohstoff in unserem Freistaat ist – das kann man so sagen – Hirnschmalz. Jeder Euro, den wir in diesen Haushalt investieren, trägt zur Veredelung dieses Rohstoffs bei. Geschätzter Herr Kollege Gotthardt, Kritik zu üben hat nichts damit zu tun, irgendetwas schlechtzureden. Das müssen Sie ein bisschen auseinanderhalten. Wir haben in diesem Parlament schon noch eine Arbeitsteilung. Wir würden unsere Aufgabe komplett verfehlen, wenn wir keinen kritischen Blick auf einen solchen Haushalt werfen würden. Wir von der SPD haben das natürlich getan.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es wurde bereits angesprochen: Der Freistaat und seine Hochschulen und Universitäten erfreuen sich immer mehr Studierender; wir werden bald die 400.000er Grenze erreichen. Diese Entwicklung erfordert natürlich auch eine verstärkte Investition in die bayerische Hochschullandschaft. Deswegen muss aus unserer Sicht vor allem die soziale Situation der Studierenden in den Blick genommen werden.

Das Thema Studentenwerke wurde bereits genannt. Die Studentenwerke sind oft die ersten Ansprechpartner für Studentinnen und Studenten, wenn sie aus einer anderen Stadt in die Universitätsstadt kommen. Die Studentenwerke betreiben eine Infrastruktur, die für die Studierenden essenziell ist. Das sind Mensen, Cafeterien und Studentenwohnheime. Wir müssen allerdings feststellen, dass es den Studentenwerken immer schwerer fällt, ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Das beginnt bei einem hochwertigen Mensa-Essen. Hierfür steht immer weniger Geld für die einzelnen Studierenden zur Verfügung. Das Problem wird aber ganz besonders deutlich, wenn es um die Bereitstellung studentischen Wohnraums geht. Während die Zahl der Studenten seit

dem Jahr 2000 um 83 % gestiegen ist, ist die Zahl der Wohnraumplätze bei den Studentenwerken im gleichen Zeitraum nur um 23 % gestiegen. Allein diese Diskrepanz macht deutlich, worüber wir reden.

Wir haben vorhin über den Bau- und Wohnungsetat gesprochen. Universitätsstädte im Freistaat sind eben nun einmal die größeren Orte, wo der Wohnungsmarkt von Haus aus angespannt ist. Wenn wir dieser Entwicklung weiterhin freien Lauf lassen und nicht gegensteuern, dann werden wir den Druck auf die lokalen Wohnungsmärkte immer weiter verstärken. Ich glaube, gerade bei den Studentenwohnungen könnten wir dieser Entwicklung durch gezielte Maßnahmen und durch eine Stärkung der Studentenwerke entgegenwirken.

(Beifall bei der SPD)

Die Kollegin von der Fraktion der GRÜNEN hat die besondere Situation beim Hochschulpersonal angesprochen. Dies wird deutlich, wenn wir die soziale Situation der Lehrbeauftragten in den Blick nehmen. An einigen Hochschulen, ob das die Musikhochschulen oder die Kunsthochschulen sind, herrschen eklatante Verhältnisse; denn dort wurden über viele Jahrzehnte hinweg Lehrbeauftragte zur Ergänzung des regulären Lehrbetriebs eingesetzt. Anstatt an diesen Einrichtungen ordentliche Professuren oder ordentliche Stellen zu schaffen, werden hier Menschen in eine Art Werkvertrag gedrängt. Damit sind sie für ihre soziale Situation völlig selbst verantwortlich. Diese Leute machen aber oft nichts anderes.

Herr Minister, verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich wende mich nicht gegen das Instrument der Lehrbeauftragten per se. Die Landschaft der Lehrbeauftragten ist höchst unterschiedlich. Da gibt es hochbezahlte Rechtsanwälte aus großen Kanzleien, die machen das sozusagen honoris causa, damit sie das in ihren Lebenslauf schreiben können. Das ist auch gut so. Zu denselben Konditionen werden aber auch Menschen beschäftigt, die einen wesentlichen Beitrag zum Lehrbetrieb leisten und die auf das Geld, das sie dort verdienen, angewiesen sind. Das müssen wir dringend im Blick

behalten. Hier bedarf es entscheidender Maßnahmen. Ich glaube, die Mittel, die hier erforderlich sind, halten sich angesichts der Investitionen, die wir sonst in diesem Haushalt tätigen, in überschaubarem Rahmen.

Herr Kollege Halbleib wird am Ende noch zu den kultur- und kunstpolitischen Fragen Stellung nehmen. Als Niederbayer möchte ich Ihnen aber noch etwas sagen. Wir haben eine berechtigte Forderung aus unserer Region. Ich freue mich, dass diese auch überparteilich getragen wird. Sie wissen, Niederbayern ist der einzige Regierungsbezirk, in dem es keine staatliche medizinische Ausbildung gibt. Auch der Wissenschaftsetat kann einen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern leisten; denn solche Einrichtungen können dafür sorgen, dass wir qualifiziertes medizinisches Versorgungspersonal in der Region haben. Herr Staatsminister, ich bitte Sie, mit der ganzen Kompetenz Ihres Hauses dieses Projekt entschieden zu unterstützen. Ich glaube, hier können wir von Ihnen einiges erwarten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand für Ihre weitere Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Dr. Wolfgang Heubisch von der FDP das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich finde diese Steigerung richtig gut. Ich habe mir immer vorgestellt, dass man eine solche Steigerung leicht durchbringen kann. Ich muss sagen: Respekt! Das gefällt mir ausgezeichnet. Diese Steigerung war auch dringend notwendig. Da brauchen wir gar nicht drum herum zu reden. Wir von den Liberalen werden das, was gut ist, auch immer als gut bezeichnen. Was zu kritisieren ist, werden wir natürlich kritisieren.

Kritisieren muss ich zum Beispiel das, was sich derzeit in der Wissenschaftspolitik des Bundes vollzieht. Dort ist eine Bildungsministerin an der Arbeit, die es in dieser Zeit zulässt, dass der Bundesfinanzminister den Bildungshaushalt um 500 Millionen Euro

kürzen will. Ich wende mich hier an die SPD: Verehrte Damen und Herren, ist Ihnen eigentlich klar, dass von dieser Kürzung auch unsere eigenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie Max Planck, Leibniz und Helmholtz beeinträchtigt werden könnten? Verehrter Bernd Sibler, ich hoffe, dass die Verhandlungen so laufen werden, dass das nicht der Fall sein wird. Kürzungen in der Bildungs- und der Wissenschaftspolitik wären ein ganz fatales Signal des Bundes. So könnten wir nicht für die Zukunft unseres Landes planen.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage ausdrücklich: In meiner Amtszeit ist es nicht gelungen, an den Uni-Kliniken Tarifsteigerungen herbeizuführen. Wir mussten immer ausgleichen. Endlich wurde erkannt, zu welchen fatalen Folgen der Nichtausgleich von Tarifsteigerungen führt. Diese Maßnahme halte ich für ausgezeichnet. Sie ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Kollege Hintersberger, vielen Dank, dass Sie noch einmal auf die Technologietransferzentren hingewiesen haben. Die Einrichtung dieser Zentren in meiner Amtszeit war für die schwierigen Regionen wie Bayerischer Wald, Cham oder Spiegelau dringend notwendig.

So weit, so gut. Natürlich gibt es auch Kritik. Diese Kritik lautet, dass diese Maßnahmen nicht konsequent durchgehalten wurden. Was damals angekündigt war, wurde nicht umgesetzt. Ich nenne nur das Beispiel der Universität Erlangen-Nürnberg. Für die Bauten dieser Universität wurden 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Mir ist klar, dass dieses Geld nicht von heute auf morgen fließen kann, sondern dass die Ausreichung dieser Mittel sehr stark gestreckt werden muss. Ich hätte aber schon erwartet, dass für die FAU zusätzlich 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Kein Wunder, dass Herr Matthias Fischbach hier klatscht. Er ist ein Absolvent dieser Uni.

Ein weiteres Beispiel ist die Hochschule Deggendorf. Die Anträge waren schon alle durch. Dann mussten 40 % der Mittel zurückgerufen werden. Verehrte Damen und Herren, so etwas führt draußen zu Unfrieden. Hier haben Sie sich verzettelt. Da stand bei Ihnen im Vorbild der Wahlen die Gießkannenpolitik im Vordergrund. Das war deutlich zu merken.

Ein weiteres Beispiel ist die TU Nürnberg. Komisch, davon höre ich nichts mehr. Im Haushalt sind für die TU Nürnberg 200.000 Euro vorgesehen. Ich dachte mir: Da hat jemand zwei Nullen vergessen. Vielleicht kann sich der Herr Staatsminister dazu äußern, ob das Projekt überhaupt noch auf der Agenda steht und wie er sich eine Finanzierung vorstellt. Mir ist klar, dass solche Maßnahmen langfristig angegangen werden müssen. Ich halte das Projekt für spannend. Es wird aber auch zu Spannungen mit der FAU führen. Davon bin ich absolut überzeugt. Das ist nicht gut. Die Gefahr ist sehr groß, dass auch die fantastische TH Nürnberg Georg Simon Ohm in Mitleidenschaft gezogen wird.

Was in der letzten Amtszeit vollzogen wurde und woran auch die Präsidentin beteiligt war: Liebe Ilse, dir ist es gelungen, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und die Leibniz-Gemeinschaft ins Wirtschaftsministerium zu ziehen. Ich weiß auch, warum. Du warst ja schließlich mal Haushaltsausschussvorsitzende im Bund. Insofern kann ich dich verstehen. Aber das war ein fataler Fehler. Diese außeruniversitären Forschungseinrichtungen gehören in das Wissenschaftsministerium, daran gibt es keinen Zweifel. Die Max-Planck-Gesellschaft ist bei den Forschungsleistungen in der Welt an dritter oder vierter Stelle – und dann geht das in das Wirtschaftsministerium. Dieser Fehler muss korrigiert werden. Ich kann mir das gar nicht anders vorstellen. Bernd Sibler, das ist etwas für die Zukunft. Das muss wieder zurück ins Wissenschaftsministerium. Dafür gibt es meine volle Unterstützung.

(Beifall bei der FDP)

Im Gegensatz zu vielen anderen bin ich mit "Bavaria One" nicht im Unreinen. Ich finde, das ist eine ganz spannende Geschichte; wir wollen ja nicht auf dem Mond landen – ich weiß nicht, wer das immer so versteht. Die Öffentlichkeitsarbeit war in diesem Bereich nicht gut. Ich möchte eine Synergie zwischen "Bavaria One" Ottobrunn, dem DLR in Oberpfaffenhofen und dem fantastischen Institut von Prof. Schilling, dem Zentrum für Telematik. Der lässt doch heute schon Satelliten in den Weltraum schießen. Diese Synergieeffekte müssen wir heben, nachhaltig unterstützen, dann wird auch in dem Bereich ein Schuh daraus. Dann wird Bayern stark sein.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, eine kurze Replik: Ich habe am 7. Mai die Verteilung der Mittel, die der Ministerrat beschlossen hat, angefragt. Die Antwort hätte nach vier Wochen da sein müssen, ist aber leider nicht eingetroffen. Ich habe nicht mal einen Antrag auf Fristverlängerung bekommen. So kann man nicht mit Abgeordneten und Fraktionen umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe dich gestern hier angesprochen, dann sagst du mir: Es wird alles gut! – Ich glaube, ich muss hier mal Rechtsunterricht geben: Der oberste Souverän in diesem Haus ist die Fraktion bzw. der einzelne Abgeordnete. Er steht über der Staatskanzlei, über einem Ministerium und einem Minister. Ich habe auch heute nichts mehr von unserer Anfrage gehört. Das wäre für die Vorbereitung unserer Sitzung dringend notwendig gewesen. Ich werde das auch im Präsidium zur Sprache bringen. Ich möchte das nicht auf sich beruhen lassen; das muss geklärt werden.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Wir sollten für die Zukunft trotzdem die Chancen nützen, die uns der Brexit bringen wird. Wir brauchen die besten Forscher bei uns.

(Unruhe)

Ja, das ist wichtig, damit Bayern Nummer eins bleibt. Wir brauchen die Chancenfreiheit für die Hochschulen. Ich möchte mehr interne Erfolgskontrolle. Schließlich und endlich bitte ich auch darum, mal zu überlegen, ob wir nicht einen wissenspolitischen Braintrust machen könnten.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): – Frau Präsidentin, ich bin praktisch fertig.

(Petra Guttenberger (CSU): Aber nur praktisch!)

Ich fordere Sie auf, dass man so etwas für die Zukunft parteiübergreifend prüft, damit die besten Ideen für Bayern dann auch umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Robert Brannekämper von der CSU das Wort.

(Zuruf von der CSU: Auf geht's!)

Robert Brannekämper (CSU): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsreden werden üblicherweise zu Zahlenschlachten. Die Regierung, aber vor allen Dingen natürlich auch die Opposition versucht, anhand von Zahlenkolonnen, Zuwachsraten, finanziellen Wasserständen und Höchstmarken ihre Meinung festzumachen. Dabei wird oft übersehen, aus welchen Quellen sich die jeweiligen Wasserstände speisen.

Konkret auf den Einzelplan 15 angewandt: Ja, wir haben im Einzelplan 15 sehr deutliche Höchststände. Zumindest der CSU-Landtagsfraktion ist aber bewusst: Es sind große, wichtige Projekte für die Zukunft unseres Landes, die diese Zuwachsraten des Haushalts prägen. Wir unterstützen diese Schwerpunktsetzung der Staatsregierung ausdrücklich.

Ich persönlich sage aber im gleichen Atemzug dazu: Es ist eine erste Schwerpunktsetzung. Große Zukunftsaufgaben im Wissenschaftsbereich, selbst die Sicherung des gegenwärtig Erreichten, erfordern mit Beginn der neuen Haushaltsgespräche neben den jetzigen Großprojekten zusätzliche Schwerpunkte.

Wer in engem Kontakt mit den Hochschulen und Universitäten in Bayern steht, der weiß: Das bisher Erreichte ist in vieler Hinsicht grandios, auch im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern in Deutschland. Darauf können wir zu Recht stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der weiß aber auch: Die Vielzahl der jüngst neu gestarteten Projekte braucht nicht nur die Absicherung des Starts, sondern braucht Verlässlichkeit für die weitere Entwicklung. Hierauf müssen wir in der nahen Zukunft einen zusätzlichen Schwerpunkt legen. Wir werden diesem zusätzlichen Schwerpunkt das nötige Gewicht geben, und zwar nicht erst am Ende der Legislaturperiode.

Ein zweiter Punkt: Bayern bekennt sich zum bipolaren Hochschulsystem, zu den Profilen von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Wir bekennen uns auch zur Dynamik dieses Systems. Diese Dynamik hat die HAWen noch weit mehr erfasst als die Universitäten. Das zeigen schon die absoluten und proportionalen Zuwachszahlen, bei den HAWen mit einer Übererfüllung bei den Studenten von im Durchschnitt 133 % im ersten Semester. Zum anderen müssen die HAWen den drastischen Entwicklungen in den Wertschöpfungsketten, gerade beim Mittelstand, in der Hochschulausbildung, in angewandter Forschung und Entwicklung sowie beim Technologietransfer besser entsprechen und noch stärker innovativer Partner sein. Das er-

fordert sowohl beim Personal als auch beim forschungsunterstützenden Personal und in der Hochschulverwaltung wie auch bei der apparativen und räumlichen Ausstattung spürbare Schwerpunktsetzungen. Diese Schwerpunktsetzung muss nach meiner Ansicht rasch erfolgen. Mit dem Ausbau von 90 Forschungsprofessuren an den HAWen in Bayern haben wir einen ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung gesetzt; weitere werden folgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Denn die Themen Künstliche Intelligenz, Robotik und Pflege – der Ministerpräsident hat dazu heute schon viel gesagt – werden wir nur gestalten können, wenn wir sie auch anpacken. Das wird auch das Thema für zukünftige Arbeitsplätze und Innovationskraft unseres Landes sein, die wir sichern müssen.

Ein weiterer Aspekt ist die staatliche Haushaltspolitik. Wenn sie sich recht versteht, ist sie nicht bloßer Geldverteiler und auch nicht Financier von Projekten, sondern hat sie politischen Gestaltungswillen. Der enorme finanzielle Mittelzuwachs im Hochschulbereich ist deshalb mit zwei klaren Botschaften verbunden:

Erstens. Die Hochschulen müssen das Thema Kooperation ernster nehmen. Ich sage: deutlich ernster nehmen! Das umfasst die Studiengangsentwicklung und die Studiengangsdurchführung nicht minder als die Zusammenarbeit bei Infrastruktur, in Verwaltungsfragen, bei der gemeinsamen Nutzung von Forschungseinrichtungen und Strukturen; nicht zuletzt umfasst das auch die Lehren aus der Exzellenzstrategie.

Zweitens. Die von der Staatsregierung, auch durch dieses Haus, seit den Siebzigerjahren durch das Ministerium mit Geschick und effizientem Mitteleinsatz vorangetriebene Regionalisierung unserer Hochschullandschaft liefert täglich den Beweis ihrer Richtigkeit. Nachahmermodelle in vielen Teilen Deutschlands sind dafür der nachdrücklichste Beleg. Gleichzeitig gilt aber auch: Wir sprechen von Regionalisierung. Damit meinen wir auch die Regionen und nicht die Hälfte einzelner Kommunen oder Landkreise. Anders ausgedrückt: Die Differenzierung unserer Regionalisierungsstrate-

gie hat ihren Endpunkt erreicht. Wir werden das von der Staatsregierung Beschlossene umsetzen, aber dann ist auch das Ende der Fahnenstange erreicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Denn eines darf nicht passieren: Es darf nicht zu einer weiteren Zersplitterung der Hochschullandschaft kommen. Konzentration auf Bestehendes, qualitative Steigerung des Bestandes, wo es sein muss auch die kritische Überprüfung mancher Standortentscheidung – das muss der politische Gradmesser sein!

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wolfgang Heubisch (FDP))

Lieber Kollege Heubisch, lieber Wolfgang, dann ein Punkt, der mich wundert: Ich frage mich, ob die FDP Zeitung liest. Am 3. Mai gab es einen zukunftsweisenden Beschluss in Berlin. Mit den beschlossenen Hochschulpakten – "Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken", "Innovation in der Hochschullehre", "Pakt für Forschung und Innovation" – und der DFG-Programmpauschale werden in den nächsten fünf Jahren zusätzlich über 2 Milliarden Euro in die Wissenschaft nach Bayern fließen. – 2 Milliarden Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Riesenerfolg für unsere Universitäten und unsere Hochschulen im Freistaat.

(Beifall bei der CSU)

Die Verhandlungen – wer das mitverfolgt hat, der weiß das – waren nicht einfach, und so danke ich herzlich unserem Staatsminister Bernd Sibler und seinem Amtschef im Wissenschaftsministerium, die mit großem Verhandlungsgeschick und Fingerspitzengefühl einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet haben, dass der Durchbruch erzielt werden konnte und diese Verhandlungen mit großem Erfolg abgeschlossen werden konnten. Das ist für den Wissenschaftsstandort Bayern ein toller Tag gewesen. – Lieber Bernd, an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt im Schnelldurchgang noch einmal: Sie sagen, die Studentenwerke machen zu wenig. – Ja, sie haben eines zu wenig, Herr Kollege Flisek: Sie haben keine Grundstücke, die ihnen die Stadt zur Verfügung stellt; das bräuchten wir dringend. Ansonsten läuft aber eine ganze Menge; ich kann es Ihnen kurz herunterbeten: Olympisches Dorf – dieser Stufenbau – wird saniert bis 2022, Weihestephan zweiter Bauabschnitt, Weihestephan vierter Bauabschnitt, Studentenstadt Haus 6, Chiemgaustraße, Kaulbachstraße, Schwere-Reiter-Straße, Studentenstadt Haus 11, Studentenstadt Haus 10, Studentenstadt Haus 5. Da ist eine Menge am Laufen, aber es fehlt an Grundstücken, und die müsste uns die liebe Landeshauptstadt zur Verfügung stellen.

Der nächste Punkt ist noch einmal das Thema Lehrbeauftragte. Liebe Leute, erst einmal muss man unterscheiden – das haben Sie gemacht –, wer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und wer an den Musikhochschulen unterrichtet. Aber, lieber Herr Flisek, Sie können halt für die Bassposaune nicht eine eigene Professur einrichten. Das geht nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Thomas Gehring (GRÜNE))

– Er hat gesagt, man muss Stellen schaffen. Das geht aber gerade an den Musikhochschulen nicht.

(Zuruf)

– Lass' mich kurz fertigreden, lieber Kollege! – Man wird nicht für jedes Instrument eine Stelle schaffen können. Das ist der Punkt.

Jetzt kommt der zweite Punkt: Selbst wenn man Stellen schafft, muss man die Bestenauswahl treffen. Ich sage Ihnen heute schon voraus, dass es am Schluss des Tages das große Erwachen geben wird, wenn viele der jetzigen Lehrbeauftragten am Schluss keine Stellen bekommen. Dann haben sie nämlich gar nichts mehr. Eigentlich soll das ein Nebenjob sein, eine Nebentätigkeit und keine hauptberufliche Tätigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts des gigantischen Haushalts, den wir heute beschließen, muss man sagen, dass am Schluss eigentlich jubelnder Posauenklang notwendig ist und kein gedämpfter Trommelwirbel, wie ihn die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition darbieten. Ich bedanke mich noch einmal herzlich bei Herrn Staatsminister Sibler und allen Mitarbeitern im Ministerium, den Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und der CSU-Landtagsfraktion, in erster Linie auch bei dem Berichterstatter Johannes Hintersberger im Haushaltsausschuss, und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 15.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Kollege Brannekämper. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Kollegin Anne Franke von der Fraktion der GRÜNEN aufrufen. Bitte schön.

Anne Franke (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Herbst hat das Kabinett 700 Millionen Euro für das Raumfahrtprogramm "Bavaria One" beschlossen. Kürzlich verkündeten Sie, Herr Minister Sibler, Bayern solle sich zu einer Vorreiterregion für Luft- und Raumfahrt entwickeln. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Glück wurden die Raumfahrtpläne zumindest in diesem vorliegenden Doppelhaushalt massiv auf vorerst 30 Millionen Euro eingedampft. Bei aller Begeisterung für Hochtechnologien sollten wir doch lieber auf dem Boden der Tatsachen bleiben und uns um unseren Planeten kümmern, anstatt abzuheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern, die Zuschüsse zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien weiter massiv zu kürzen. Das Geld ist besser dort aufgehoben, wo Forscher an Hochschulen und außerhalb der Universitäten an zukunftsweisenden nachhaltigen Lösungen für Umweltschutz, Artenschutz und Klimaschutz arbeiten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist: Klimawandel und Artensterben sind Vorboten dafür, dass unser Planet massive Probleme bekommt, die – und ich betone hier in Haushaltsberatungen einmal nur die finanzielle Seite – auch für unseren bayerischen Haushalt unendlich teuer werden, wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern.

Wir brauchen dringend vernünftige Handlungskonzepte, die nicht auf Träumen, sondern auf gesichertem Wissen basieren. Wir brauchen Forschungsinvestitionen, die dem Ziel dienen, die fortschreitende Klimaerhitzung zu stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen beispielsweise dringend die Entwicklung klimaneutraler Antriebstechnologien und klimaneutraler Mobilitätssysteme fördern.

Mit unseren Haushaltsanträgen hatten wir – lassen Sie mich das als forschungspolitische Sprecherin sagen – auch die außeruniversitäre Forschung im Blick, wie das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung – ZAE – um im Bereich Energiespeicherung und Effizienz schneller zu wichtigen Innovationen zu kommen. Gerade an der Schnittstelle zwischen Grundlagenforschung und angewandter Industrieforschung ist Unterstützung sehr wichtig. Wichtig ist uns auch: Forschungszentren in abgelegenen Landesteilen, zum Beispiel in Selb, müssen gefördert werden.

Ein weiteres drängendes Thema ist der Plastikmüll. Es fehlt immer noch an effizienten Recyclingtechnologien für Kunststoffe aller Art. Hier brauchen wir dringend mehr Forschung; denn Plastik und Mikroplastik wirken sich schon heute negativ auf unsere Umwelt, auf die Artenvielfalt und auf unsere Gesundheit aus. Wir brauchen Forschung auch, um gezielt Vermeidungsstrategien zu entwickeln. Genau dies haben wir in unseren Haushaltsanträgen leider vergeblich gefordert.

Ein letzter Punkt: Wer sich die aktuellen Zahlen anschaut, der sieht, dass sich die Militärausgaben weltweit und auch in Deutschland immer höher aufschaukeln. Die meis-

ten deutschen Rüstungsunternehmen befinden sich in Bayern. 40 % der deutschen Rüstungsexporte kommen aus Bayern. Wer sich aber anschauen will, welche Bemühungen Bayern unternimmt, um so wichtige Dinge wie Friedensforschung, Friedensförderung und Konfliktprävention zu unterstützen, der sieht, dass hier in Bayern gar nichts passiert, weil die Bayerische Staatsregierung in diesem wichtigen Bereich keinen einzigen Cent investiert.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das stimmt ja nicht!)

– Nein, Augsburg wurde das aberkannt. Der Name Friedensforschung darf in Augsburg leider nicht mehr verwendet werden. Deshalb meinen wir: Bayern ist hier im Vergleich zu anderen Bundesländern ganz weit hinten. Sie kennen die anderen – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Ja, aber das ist jetzt eine ganz kleine Geschichte. – Wir wollen in Zukunft ändern, dass Bayern da wirklich so weit hinten liegt, und wir wollen uns in dieser Legislaturperiode nachdrücklich dafür einsetzen, dass Bayern auch im Bereich Friedensforschung und Friedensförderung nach vorne kommt und vielleicht spitze wird, wie Sie es offensichtlich auch wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Frau Kollegin. Der Abgeordnete Sandro Kirchner hat sich noch zu einer Intervention gemeldet. – Herr Abgeordneter Kirchner, bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Franke, es ist spät am Abend; keine Angst, ich will den Frieden nicht stören,

(Volkmar Halbleib (SPD): Was?)

aber ich würde das schon noch gerne in der Intervention darstellen: Könnte es sein, dass bei Ihnen "Bavaria One" ein bisschen mit "Star Trek", "Krieg der Sterne" oder

keine Ahnung was verbunden wird und Sie bei der Luft- und Raumfahrt die Dinge eigentlich gar nicht so richtig einordnen können?

(Beifall bei der CSU)

Sie haben den Klimaschutz angesprochen. Könnte es sein, dass viele Daten, die momentan für die Forschung zur Erreichung der Klimaziele, die definiert werden, und auch für die weitere Perspektive genau deswegen zur Verfügung stehen, weil Luft- und Raumfahrt, zu der auch Satelliten und alles Mögliche gehören, dazu beigetragen haben, dass uns solche sensiblen Messsysteme genau solche Daten liefern können? Ich würde Ihnen schon mit auf den Weg geben, dass Sie nicht in den "Krieg der Sterne" abschweifen, sondern den Technologiefortschritt und die Forschung und Entwicklung, die damit verbunden sind, in den Vordergrund stellen, die gut für Bayern und die gut für unsere Wissenschaft sind.

Ein weiterer Punkt, den Sie angesprochen haben: Sie tun gerade so, als würde Bayern im Bereich Speichertechnologie gar nichts tun.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte beachten Sie die Redezeit!

Sandro Kirchner (CSU): Ich empfehle Ihnen, einmal an die FAU nach Erlangen zu gehen. Dort wird sehr viel getan. Es gibt zum Beispiel ein Projekt LOHC, ein Speichermedium. Informieren Sie sich einfach, bevor Sie solche Dinge hier im Plenum behaupten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Danke, Kollege Kirchner. – Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Kirchner, es ist nicht so, dass wir uns nicht informieren würden oder dass ich mich nicht informieren würde.

(Zuruf)

– Nein, das sieht nicht so aus. Ich weiß, dass einiges getan wird, aber es wird leider viel zu wenig getan.

(Sandro Kirchner (CSU): Dann sagen Sie es einfach!)

Zu Ihrem Punkt betreffend Messsysteme: Ja, es ist schön, dass durch die Raumfahrtforschung etwas abgeworfen wird, aber man muss nicht unbedingt den Umweg gehen, sondern kann diese Messsysteme auch direkt erforschen und erschaffen und in der Klimaforschung weiterkommen. Man muss nicht erst zum Mond, um unser Klima zu erforschen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU) und des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir kommen zur nächsten Rednerin. Es ist Frau Kerstin Radler von den FREIEN WÄHLERN. – Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen und damit das Angebot für möglichst alle bayerischen Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu gestalten sowie kulturelle Teilhabe zu ermöglichen und zu befördern, das ist ein zentrales Anliegen, das dem Etat des Haushalts im Bereich von Wissenschaft, Kunst und Kultur zugrunde liegt. Kulturförderung so zu gestalten, dass sie regionalen Gegebenheiten noch stärker Rechnung trägt und damit tatsächlich Spitzen- und Breitenkultur gleichberechtigt in allen Teilen Bayerns berücksichtigt, ist uns äußerst wichtig.

So freut es mich natürlich, dass im Haushalt auch erhebliche Mittel für Projekte außerhalb des Ballungsraums München eingeplant sind. Über die Fläche muss der Etat verteilt werden, und deshalb möchte ich, weil heute schon sehr viel gesagt worden ist, nur ein Projekt herausgreifen, über das ich mich ganz besonders freue. – Herr Staatsminister Sibler, Sie werden ahnen, was ich jetzt ansprechen werde. – In einigen Wo-

chen, am 5. Juni, eröffnet das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg. Ich hoffe, dass viele Besucher in den nächsten Jahren dieses Museum besuchen werden.

An dem Projekt Museum der Bayerischen Geschichte sieht man, dass Großprojekte, auch wenn sie insgesamt eigentlich ganz gut laufen, nie kritikfrei bleiben; denn läuft einmal eine Baumaßnahme, dann kommt sogleich die Kritik an der Kunst am Bau. Aber diese Reibungen hält unsere Gesellschaft aus, sie machen uns geradezu lebendig. Auch der Regensburger an sich wird sich an die äußere Fassade und an den Anblick dieses besonderen Museums gewöhnen.

Das Museum zeigt nicht einfach nur die Geschichte Bayerns von 1800 bis heute, vielmehr hat das Museum in der modernen Gesellschaft den Auftrag, als Lern- und Erlebnisort Interesse an der Geschichte und der eigenen Heimat zu wecken und damit auch einen Beitrag zu leisten, sich seiner eigenen Identität und seiner eigenen Wurzeln bewusst zu werden.

Bewusstsein für Geschichte und dafür zu schaffen, dass Geschichte von Menschen gemacht und gelebt wird, dass jeder Einzelne von uns ein Teil dieser Geschichte und Kultur ist, das soll das Museum leisten. Ich hoffe daher sehr, dass viele Familien, Kinder, Jugendliche, Schulklassen und Studienseminare das vielfältige Angebot des Museums der Bayerischen Geschichte wahrnehmen. Das Museum hat, nebenbei bemerkt, im ersten Monat freien Eintritt. Kulturpolitik mit Weitblick ist unser erklärtes Ziel. Das heißt für mich: vor Ort, bei den Menschen, regional, dezentral, gleichwertig und insbesondere verantwortungsbewusst.

Wir wissen alle, dass viele Großprojekte – heute sind schon einige genannt worden – nicht immer optimal laufen. Deshalb werden wir FREIE WÄHLER verantwortungsbewusst mit der Verteilung öffentlicher Gelder umgehen. Kulturpolitik mit Weitblick heißt aber auch, sie als Teil der Bildungs- und Sozialpolitik zu verstehen, Menschen zu motivieren, an Kultur teilzuhaben und auch Werte- und Demokratieerziehung zu leisten.

Mir scheint das heute besonders wichtig. Das alles ist für uns Kulturpolitik: Teilhabe, Verantwortung, Weitblick. So verstehen wir Kunst und Kultur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie bei Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Radler. – Der Nächste, der das Wort hat, ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der Fraktion der AfD. Bitte schön, Herr Mang.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Die Innenstädte der europäischen Metropolen sind nicht mehr unterscheidbar. Lediglich an der Schrift der Reklametafeln mag man das Land identifizieren. Die moderne Architektur ist international. Weltweit konstruieren Architekten in den Metropolen identische Gebäude. Es gibt keine nationalen oder gar regionalen Unterschiede mehr. Mit jedem alten Gebäude, das abgerissen wird, geht ein Stück Identität verloren. Diese Identität fehlt zuletzt auch den Menschen. Dieser Verlust der Identität kann auch nicht der Individualismus ersetzen. Dieser gepriesene Individualismus, der sich heutzutage im Massenkonsum von Wegwerfwaren verrennt, erschöpft sich zuletzt in Egoismus in einer durch und durch globalisierten, im Endstadium kapitalisierten und zuletzt in Plastikmüllbergen erstickenden Welt.

Wir wollen eine andere Zukunft. Bayern ist ein Kulturland und soll es auch bleiben. Kultur schafft Identität, schafft Gemeinschaft, fördert Solidarität und ist auch Voraussetzung einer gelingenden Integration in unserem christlich geprägten Abendland, in unserem geliebten Bayern. Wir von der AfD legen daher großen Wert auf den Erhalt unserer Kultur.

Dazu zählt insbesondere die Denkmalpflege. Wir mussten leider feststellen, dass die Mittel für die Denkmalpflege, insbesondere für die Boden-, Kunst- und Geschichtsdenkmalpflege, seit vielen Jahren stagnieren oder immer weiter gekürzt werden. So

wurden beispielsweise die Mittel für die Bodendenkmalpflege seit 2009 von 2,8 Millionen Euro auf 2 Millionen Euro reduziert. Für die Kunst- und Geschichtsdenkmalpflege sind die Mittel im Vergleich zu 2009 ebenfalls gesunken. Die Inflation tut das Übrige. Dieser vernachlässigte Denkmalschutz führt heutzutage beispielsweise leider dazu, dass ein Gebäude, das unter Denkmalschutz gestellt wird, automatisch einen Wertverlust erleidet. Denkmalschutz darf kein Stigma sein, sondern soll ein Gebäude auszeichnen und würdigen. Zuletzt fordert auch der Landesdenkmalrat zu Recht, dass der Staat mehr Mittel für die Denkmalpflege zur Verfügung stellen soll.

Wir fordern daher, mehr Mittel für die Denkmalpflege bereitzustellen; denn Heimatliebe bedeutet auch die Bewahrung unserer Kultur in Form unserer Denkmäler. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf den Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion aufrufen. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Minister! Ich will mich auf einige Punkte beschränken, von denen meine Fraktion und ich glauben, dass sie uns nicht nur bei diesem Doppelhaushalt beschäftigen müssen, sondern dass sie auch im Hinblick auf die Zukunft wichtig sind.

Ich darf mit dem Thema Denkmalschutz beginnen. Jetzt hat die AfD das Thema Denkmalschutz entdeckt. Bei den Haushaltsberatungen hat sie nicht darüber gesprochen. Im Haushaltsausschuss hat sie keinen Antrag gestellt. So stark ist die Liebe offenbar nicht.

(Zuruf von der AfD)

Aber das Thema bleibt natürlich. Wir müssen beim Denkmalschutz deutlich weiterkommen. Es treibt mich um, und es muss uns alle umtreiben, dass wir für den Erhalt

der Denkmäler in absoluten Zahlen weniger als die Hälfte der Mittel zur Verfügung haben, die noch vor einer Generation zur Verfügung standen.

(Zuruf von der AfD)

Die Kürzung der Mittel für die Denkmalpflege kann man, insbesondere wenn man die Inflation und die Baupreissteigerung einbezieht, nur als skandalös bezeichnen. Das muss man so deutlich sagen. Wir müssen aus diesem Dilemma herauskommen. Die Lage ist ernst, selbst wenn man bedenkt, dass der Entschädigungsfonds vielfach Hilfestellung leistet. Aber bei allen Projekten, die unterhalb der Schwelle des Fonds liegen, können wir nicht mehr gewährleisten, dass wir das Versprechen, Kulturstaat zu sein und unser kulturelles Erbe zu erhalten, tatsächlich einlösen. Deswegen lautet die klare Botschaft, diese gravierende Lücke im Bereich des Denkmalschutzes zu schließen. Diese Lücke muss schnell geschlossen werden.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, sind die kulturellen Großprojekte; auch die sind schon erwähnt worden, ich will sie nicht einzeln aufzählen. Herr Minister, Sie wissen, dass wir Sie in dieser Beziehung in die Verantwortung nehmen; denn die Projekt- und Kostenverantwortung ist ein wichtiger Punkt nicht nur für die Akzeptanz der Projekte. Ich will die Generalsanierung des Deutschen Museums deutlich ansprechen. Es geht nicht nur um die Verantwortung, sondern auch darum, dass die Akzeptanz dieser Projekte erhalten bleibt. Sie muss auch wegen der Projekte erhalten bleiben, bei denen wir nicht in so großem Umfang investieren und keine Generalsanierung vornehmen. Das ist in vielen Regionen des Freistaates Bayern der Fall. Wir müssen die Balance halten; sie ist durchaus in Gefahr. Das bedeutet eine große politische Verantwortung. Wir müssen aufpassen, dass nicht das zu kurz kommt, was in etwas blumigen Worten mehrmals angesprochen wurde, aber sich im Haushalt so nicht wiederfindet. Sie haben zu Beginn Ihrer Ministerzeit durchaus sinnvolle Bemerkungen gemacht.

Aber wir müssen uns mehr darum kümmern, neben den Leuchttürmen auch die Kulturpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik und als Teil der Teilhabepolitik zu begreifen.

Ich will die Stichworte nennen, die da wichtig sind. Diese Begehren sind von den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER leider reihenweise abgelehnt worden. Aber wir müssen vorankommen im Bereich der Soziokultur, im Bereich der Stadtkultur, im Bereich des großen Stichwortes "Kreativinvest" und im Bereich der Ertüchtigung des Kulturfonds. Wir müssen die Förderlücken schließen und mehr Teilhabe und mehr Kulturpolitik in die Fläche, aber auch in die Städte bringen. Da haben wir nach wie vor Nachholbedarf. Herr Minister, Sie wissen das auch. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Punkt, den ich generell, auch für meine Fraktion, kritisieren muss, ist folgender: Trotz vieler guter Dinge, die im Haushalt enthalten sind und die wir nicht in Abrede stellen und unterstützen, geht es darum: Wir brauchen mehr Stetigkeit, mehr Verlässlichkeit und mehr Auskömmlichkeit in den einzelnen Bereichen.

Ich will die Musikschulen ganz bewusst ansprechen, weil klar ist, dass hierfür im Etat zu wenig Geld enthalten war, wenn es auch eine ganz leichte Steigerung von 1,6 % gab. Aber im Hinblick auf die Entwicklung der Tarife und der Schülerzahlen reicht das natürlich nicht aus. Jetzt kann man natürlich sagen: Die Regierungsfaktionen justieren nach. Aber wie passiert das? – Sie justieren nach im Sinne einer Erhöhung für 2019; aber die Erhöhung für 2020 bleibt aus. Das Problem liegt also genau darin: Wo ist die Stetigkeit für die Musikschulen, wenn sie wieder zittern müssen und sich fragen, wie es im Jahr 2020 weitergeht? Das ist kein Zustand für eine Kulturpolitik. Das ist eine kurzatmige Kulturpolitik; von dieser müssen wir wegkommen.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least ein weiterer wichtiger Punkt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Uhr zeigt rote Zahlen, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Wir wissen, dass Sie auf diesem Gebiet durchaus sensibel sind. Lassen Sie uns die Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verbessern. Da geht es um eine angemessene Vergütung. Da geht es natürlich auch um Sozialversicherungsfragen. Da geht es um die prekäre Situation der Lehrbeauftragten. Da geht es auch um das Vorbild des Staates, beispielsweise bei der Kunst am Bau. Da waren wir schon einmal besser. Da geht es auch um Mindestvergütungen, und da geht es auch um Ausstellungsvergütungen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): Lassen Sie uns daher, Herr Minister, gemeinsam daran arbeiten. Wir wissen, dass Sie erst kurz im Amt sind. Begreifen Sie uns als Partner und als Hinweisgeber dafür, was in diesem Haushalt noch nicht geleistet worden ist. Kollege Brannekämper hat darauf hingewiesen. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, auch wenn es eine Minute zu lang war. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf vor dem Minister die letzte Wortmeldung aufrufen: Frau Dr. Sabine Weigand, ich bitte Sie ans Rednerpult. Sie haben das Wort.

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident Freller, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Mang und Kollegen, aus welchen ideologischen Motiven heraus Sie sich mit dem Denkmalschutz beschäftigen, ist uns allen klar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen täte es gut, sich erst einmal mit ganz bestimmten historischen Wahrheiten auseinanderzusetzen, bevor Sie sich mit dem Denkmalschutz beschäftigen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

der zum Beispiel aktuell Themen wie das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg auf dem Schirm hat und der dazu seriöse Entscheidungen treffen muss. Da hätte ich Sie lieber nicht dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Rennpferd gestartet, unterwegs zum Pony mutiert und auf dem besten Weg zur Schnecke, das ist der Denkmalschutz in Bayern. Warum? – Die Baukosten sind in den letzten Jahrzehnten explodiert. Die Zahl der Denkmäler ist gestiegen, das Geld vom Staat zeigt eine stetige Abwärtskurve. Wenn wir im Urlaub nach San Gimignano, in die Dörfer von Andalusien, nach Avignon oder nach Madeira fahren, finden wir den Denkmalschutz ganz toll. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Aber daheim, vor der eigenen Haustüre, in der eigenen Heimat, darf das alles nichts kosten. Da macht es doch nichts, wenn man im neuen Doppelhaushalt den Topf für die kleine Denkmalpflege noch mal um 1,4 Millionen Euro eindampft. Es sind ja bloß Peanuts. Aber für die kleinen Sanierer, die ihr Hausdach nach den Vorgaben der Denkmalpflege richten müssen, sind solche Peanuts entscheidend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist die aktuelle Mittelkürzung angesichts der niedrigen Fördersummen eine ganz traurige Sache.

Sie, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, lassen damit gerade den kleinen Eigentümer im Regen stehen. Genau deshalb hat der Denkmalschutz im ganzen Land ein Imageproblem. Das Landesamt für Denkmalpflege ist bei vielen Denkmalbesitzern ungefähr so beliebt wie Pest und Cholera, von Fußpilz gar nicht zu reden. Die Leute sagen: Bleib mir vom Leib. Ich mache einfach nichts. Ohne Zuschüsse schaffe

ich es eh nicht. Diese bekomme ich nicht. – Am Ende steht der Abriss. So verlieren wir bereits jetzt ein Denkmal nach dem anderen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Jawohl!)

So wie Wälder, Flüsse und Wiesen das Gesicht unserer Landschaft prägen, so prägen Baudenkmäler das Gesicht unserer Städte und Dörfer. Das sind die sichtbaren Anker unserer Vergangenheit. Wir brauchen sie, um unsere Wurzeln zu spüren. Wir müssen sie unseren Kindern zeigen können, in ihnen wohnen, mit ihnen leben und durch sie über die Vergangenheit lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Menschenskind, das muss uns doch etwas wert sein!

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, wir brauchen von Ihnen endlich wieder – das war schon mal da, aber es ist lang her – eine Haltung pro Denkmal, besser noch: eine Haltung pro kleines Denkmal.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Die Uhr zeigt rot.

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Neuschwanstein oder die Wieskirche sind wunderbar und verdienen jegliche Förderung. Aber wir brauchen nicht nur die Top Acts. Wir brauchen auch das barocke Bürgerhaus in der Altstadt, die mittelalterliche Scheune am Dorfplatz und die alte Mühle am Bach.

Darüber hinaus brauchen wir für die Zukunft neue Töpfe für eine energetische Sanierung im Einklang mit dem Denkmalschutz und dem Klimaschutz. Wir brauchen für die Kommunen Mittel für eine schnelle und unbürokratische Notsicherung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles und noch viel mehr muss kommen, damit auch unsere Kinder und Enkel noch Stein gewordene Geschichte in ihrem Umfeld erleben können.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die Sitzungszeit, bitte!)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Es neigt sich wirklich dem Ende, bitte.

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Die Denkmäler brauchen halt Zeit.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Frau Weigand, bitte!

(Unruhe)

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Wir brauchen in Bayern kein Weltraumprogramm.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ja, es ist gut so.

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Wir haben hier unten weiß Gott genug zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Das Wort hat Herr Staatsminister Bernd Sibler.
Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal ganz herzlichen Dank für die insgesamt sehr konstruktive Debatte, die wir geführt haben, und den grundsätzlichen Konsens, dass wir hier in Bayern sehr gut aufgestellt sind, dass wir in vielen Bereichen an der Weltspitze stehen und dass wir unseren Studentinnen und Studenten sehr gute Rahmenbedingungen bieten.

Wir verzeichnen weiterhin steigende Zahlen von Studentinnen und Studenten, die aus dem deutschen, aber auch aus dem internationalen Umfeld nach Bayern kommen. Sie kommen alle freiwillig, weil sie wissen, dass wir in Bayern gute Studienbedingungen haben, sehr gute Studienbedingungen. Das ist der erste, wichtigste und größte Qualitätsnachweis, den wir für unsere Hochschullandschaft in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben den zweithöchsten Ausgabenzuwachs seit 1996. Der Etat steigt von 6,8 Milliarden Euro im Jahr 2018 um 404 Millionen Euro auf 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2019, im Jahr 2020 nochmals um 170 Millionen Euro auf 7,4 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von fast 600 Millionen Euro gegenüber 2018 und ein sehr, sehr nennenswerter Zuwachs.

Nachdem wir jetzt fast zehn Jahre lang regelmäßig die 400 Millionen Euro in der Anlage S hatten, verzeichnen wir in diesem Jahr eine Steigerung um 105 Millionen Euro auf 505 Millionen Euro, im Jahr 2020 eine Steigerung auf 570 Millionen Euro. Das ist nennenswert. Das unterstreicht, dass wir sowohl bei den Ausbauten als auch bei den Sanierungen bereit sind, viele Schritte zu gehen. Ich unterstreiche, dass wir gerade im Bereich der Anlage S in den nächsten Jahren weitere Schritte nach vorne gehen müssen. Sie haben die Zahlen zur Baukonjunktur gehört. Alles das, was veranschlagungsreif ist, wird auch veranschlagt.

Lieber Wolfgang Heubisch, ich war im Februar in Nürnberg bei der Begehung durch den Wissenschaftsrat. Der Wissenschaftsrat wird die Stellungnahme zur Technischen Universität Nürnberg erst im Oktober abgeben. Dann erst sind wir bei der Veranschlagungsreife und können die nächsten Schritte gehen. Genauso werden wir es auch bei vielen anderen Projekten tun. Wir müssen diese Projekte insgesamt über die komplette Legislaturperiode sehen, weil wir das alles in einem oder in zwei Jahren gar nicht leisten können. Das kann meine Verwaltung im Haus nicht leisten, und das kann auch die Bauverwaltung nicht leisten. Aber das, was wir tun konnten, haben wir in diesem Jahr getan. Vieles von dem, was wir angekündigt haben, ist veranschlagt und wurde begonnen. Es wird in den kommenden Jahren weiter finanziert werden. Hier werden wir weitere Akzente setzen können.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen, dass praktisch von allen die massive Ausweitung des Innovationsfonds genannt wurde. In zwei Schritten erhöhen

wir diesen um 33 Millionen Euro auf insgesamt 43 Millionen Euro Grundfinanzierung der Hochschulen; das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Universitäten erhalten 17 Millionen Euro mehr, die HAWen 15 Millionen Euro, also überproportional, und die Kunsthochschulen zum ersten Mal jeweils 1 Million Euro. Wir haben also auch hier ein klares Bekenntnis zur Spitzenforschung und zur angewandten Forschung sowie zur Akzentuierung von Kunst und Kultur.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in diesen Konzepten auch die Zielvereinbarung eingeschlossen. Einen Punkt geben wir vor – das mag der AfD gefallen oder nicht –: Ich habe als einzigen Punkt vorgegeben, dass wir bei der Förderung von Professorinnen deutlich besser werden müssen. Da müssen sich alle auf den Weg machen. Tatsächlich stehen wir auf Platz 16 der Bundesländer; da müssen wir besser werden, und da können wir uns dank des Innovationsfonds deutlich steigern.

(Beifall bei der CSU)

Einen besonders wichtigen Akzent setzen wir bei der universitären Medizin; Johannes Hintersberger hat es angesprochen. Wir haben mit dem Uni-Klinikum in Augsburg das sechste Universitätsklinikum auf den Weg gebracht und stehen hier zu unserer finanziellen Verantwortung. Wir haben frisches Geld in die Hand genommen. Das haben zunächst viele bezweifelt bei den fünf anderen Universitätskliniken. Wir können hier jetzt einen wichtigen Akzent setzen. Allein in diesem Jahr stehen 67 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Wir haben einen ganzen Haufen Stellen dafür eingebracht und werden in den kommenden Jahren richtig Geld in die Hand nehmen, und am Ende werden wir ungefähr eine Milliarde Euro brauchen. Ich will Ihnen damit nur einmal ein Gefühl geben, was das finanziell bedeutet. Wir werden im Jahr zusätzlich 100 Millionen Euro investieren müssen, um die entsprechenden Strukturen dauerhaft finanzieren zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt schaffen wir in diesem Haushalt 709,75 neue Stellen: 251 allein für den Aufbau der Universitätsmedizin Augsburg, 108 im Universitätsbereich und 206 für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Das ist ein zentraler Aspekt für die Regionalisierung. Für die Fläche des Landes haben wir viel angekündigt und können vieles beginnen. 127 Stellen haben wir für den Kunstbereich und, nicht zu vergessen, 17 für die Bayerische Akademie der Wissenschaften.

Ich will Folgendes unterstreichen: Von den Studentenwerken kommt zurzeit viel Kritik. In den letzten 14 Tagen war ich in Regensburg bei einer großen Eröffnungsfeier und am Montag in Schweinfurt, ebenfalls bei einer Eröffnungsfeier. Überall ist festgehalten worden, dass weitergebaut werden wird. Viele Projekte sind in der Pipeline. Es steht und fällt mit der Bereitstellung von Grundstücken. Gerade hier in München brauchen wir zum Beispiel Flächen, um neue Kapazitäten aufbauen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich sehr, dass der Geschäftsführer des Deutschen Studentenwerkes den Freistaat Bayern immer als vorbildlich für alle anderen 15 Bundesländer in den Mittelpunkt stellt. Da setzen wir wichtige Akzente. Wir haben mit über 10 % mit die höchste Quote von Wohnheimplätzen in ganz Deutschland. Das muss auch immer wieder deutlich gemacht werden. Das ist für mich persönlich ein ganz wichtiger Punkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Hochschulpakt haben wir eine ganze Menge geschafft; Kollege Brannekämper hat das angesprochen. Es geht um 2 Milliarden Euro in den nächsten Jahren, und zwar in einer sehr verfahrenen Situation. Wir hatten viel zu tun und haben in tagelangen Verhandlungen das Optimale für Bayern herausgeholt.

Ab 2024 sind es sogar 2,05 Milliarden Euro für den Hochschulpakt. 1,88 Milliarden Euro sind festgeschrieben. Damit können wir viele Stellen, die jetzt noch befristet sind, stärker entfristen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil es Sicherheit für die Men-

schen in der Hochschullandschaft bedeutet. Das gilt insbesondere für den akademischen Mittelbau. Da werden wir ab dem Jahre 2024 noch weitere Erhöhungen einziehen können. Das ist die Quasi-Dynamisierung, die den Bundesländern entscheidend wichtig war. Noch wichtiger aber sind die Planungssicherheit und die Verlässlichkeit, um befristete Stellen zurückzudrängen.

(Beifall bei der CSU)

Im Bereich der außeruniversitären Forschung haben wir ab dem Jahre 2020 für zehn Jahre die Sicherheit, dass jedes Jahr 3 % hinzukommen. Das ist jedes Jahr ein gesicherter Aufwuchs, und jeder, der ein wenig die Landschaft der außeruniversitären Forschung kennt, weiß, wovon ich rede. Ich nenne zum Beispiel Max Planck, Hauptsitz in München, Fraunhofer in München und überproportional viele Helmholtz Zentren und auch starke Einrichtungen der Leibniz Gemeinschaft, lieber Wolfgang Heubisch, die nach wie vor im Einzelplan 15 verankert sind.

Du hast ja auch den Wirtschaftsminister gegeben, hast aber einen inhaltlichen Fehler gehabt. In Regensburg haben wir das IOS gewinnen können. Mit dem RCI haben wir weitere Akzente setzen können, um weitere Ausbauschritte sicherzustellen. Auch bei der Programmpauschale für die DFG sind wir überproportional unterwegs. Damit haben wir unglaublich viele Möglichkeiten geschaffen, um die Dinge weiter ausbauen zu können.

Nun will ich noch einen vorletzten Gedanken zur Künstlichen Intelligenz vortragen. Davon haben heute nur wenige Berichterstatter gesprochen. Der eine oder andere hat es getan. Hier haben wir einen wichtigen Akzent mit Konzepten gesetzt, die für ganz Bayern gelten. Wir haben ein Netzwerk, das wir in München ganz stark aufbauen, aber auch dezentral in alle anderen Landesteile ausweiten. Es ist ein Forschungsverbund Künstlicher Intelligenz über die Fläche ganz Bayerns, bei dem sich weitere Universitäten und HAWen einbringen können. Damit wollen wir dieses zentrale Zukunftsthema weiter ausgestalten.

Ich habe heute Vormittag ein langes Gespräch mit Prof. Dr. Sami Haddadin gehabt, unsere Leuchtturm-Berufung der letzten Jahre, einen, den alle haben wollten. Es ist ungefähr das, was Griezmann gerade auf dem Transfermarkt in der weltweiten Fußballszene ist. Wir haben ihn bekommen, weil wir mit der TU München und den anderen bayerischen Universitäten hervorragende Voraussetzungen und überproportional viele Professorenstellen und Lehrstühle haben, die wir jetzt mit den europäischen Strukturen vernetzen wollen. Er ist hierhergekommen und hat gesagt: In Bayern geht es uns gut. Hier haben wir optimale Voraussetzungen, um in Zukunftstechnologien investieren zu können. – So sieht es bei uns aus, und so sind wir in der nationalen und internationalen Wahrnehmung aufgestellt, was Zukunftskonzepte und -projekte angeht.

(Beifall bei der CSU)

Das kombinieren wir nun mit der Spitze sowie einer Absicherung in der Breite. Lieber Wolfgang Heubisch, wir haben das in deiner Zeit von 2008 bis 2013 gemeinsam gemacht. Ich durfte als Hochschulausschussvorsitzender eine dienende Funktion einnehmen und damit auch den einen oder anderen Anstoß geben. Da haben wir wichtige Akzente gesetzt, die wir nun schrittweise umsetzen werden, damit Spitze und Breite über die Fläche des Freistaates Bayern kombiniert werden können.

Ich darf Oberfranken herausgreifen. Mit Bayreuth können wir eine akademische medizinische Bildung in Kooperation mit Erlangen leisten. Dort geht es mit BayBatt auch um die Batterieforschung. Ich gebe das zur Kenntnis, damit Sie wissen, was sich da alles bei der Speicherung von Energie tut. Die Bewerbung in Augsburg läuft gerade; hoffentlich kommen wir da zum Zug. In Oberfranken sind wir in Kulmbach unterwegs im Bereich der Spitzenforschung bei Gesundheits- und Nahrungsmittelperspektiven. Das alles sind wunderbare Dinge, für die wir neue Standorte aufmachen wollen und für die wir nachhaltig unterwegs sind.

Ich darf in diesem Zusammenhang das unterstreichen, lieber Sandro Kirchner, was du gesagt hast. Weltraumforschung umfasst vor allem Geodäsie, umfasst Erdbeobachtung und strukturierte Landwirtschaft. In all diesen Dingen sind wir unterwegs, wir machen Klimaforschung, wir versuchen einen optimalen Düngemiteleinsatz usw. So sieht moderne Wissenschaftspolitik im Freistaat Bayern aus, abgerundet durch eine hervorragende Kulturpolitik, die mehr ist als ein weicher Standortfaktor und mehr als nur eine Abrundung schöner Dinge.

Wir stehen mit unserem Spitzen-Opernhaus weltweit auf Platz eins, und wir haben eine Spitzen-Staatsgemäldesammlung. Mit dem Kulturfonds sind wir im Flächenland Bayern bestens unterwegs. Das alles werden wir nächste Woche im Wissenschafts- und im Haushaltsausschuss vorstellen.

Spitze und Breite, das ist die Antwort des Freistaates Bayern im Wissenschaftsbereich sowie im Kunst- und Kulturbereich. Deshalb bedanke ich mich ausdrücklich am Ende meiner Rede bei all denjenigen, die konstruktiv mitgearbeitet haben, beim Haushaltsausschuss und bei all denen, die hier im Hohen Hause mitgeholfen haben, sowie bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium. Ich darf erwähnen, dass mein Ministerialdirektor auch ganz neu im Amt ist und dass wir gerade auf Bundesebene schon sehr gute Erfolge haben erzielen können. Herzlichen Dank all denjenigen, die zustimmen. Ich bedanke mich auch für die konstruktiven Anregungen seitens der Oppositionsparteien. Ich freue mich, dass wir hier bei all den Dingen einen wichtigen Akzent setzen können, um Zukunft zu gestalten; denn nichts weniger ist der Anspruch unseres Etats, den wir heute beschließen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Pult.
– Ich darf den Herrn Kollegen Halbleib zu einer Zwischenbemerkung aufrufen.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister, ich kann nicht viele Themen ansprechen; ich will ein einziges ansprechen. Ich möchte zunächst mal festhalten, dass Sie auf ein

Thema, das von mir und Frau Dr. Weigand angesprochen worden ist und das uns allen auf den Nägeln brennt, nämlich zum Denkmalschutz und zur Frage des Kulturstaaes Bayern, keinen einzigen Satz verwendet haben. Das finde ich nicht in Ordnung. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie zumindest jetzt, im Anschluss an diese Zwischenbemerkung, auch zur Situation des Denkmalschutzes und zu Ihren Überlegungen, wie wir den Denkmalschutz in Bayern, der dringend verbesserungsbedürftig ist, verbessern, etwas sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Die Opposition gibt mir noch eine schöne Steilvorlage. Herzlichen Dank dafür.

(Volkmar Halbleib (SPD): Steil nach unten geht es bei Ihnen leider!)

Wir haben sogar eine kleine Erhöhung, wenn wir alle Zahlen zusammenzählen. Sie ist im kleinen Bereich, aber wir haben hier keine Kürzung. Wir haben hier eine Umverteilung hin zur Bodendenkmalpflege vorgenommen, weil wir durch die rege Bautätigkeit im Moment sehr großen Druck haben. Ich gestehe zu, dass wir in den nächsten Verhandlungen bei der TG 75 weitere Schritte gehen müssen. Da haben wir einen großen Konsens. Ich will aber auch ergänzen, dass wir gerade beim Entschädigungsfonds in den letzten Jahren starke Zuwächse gehabt haben, womit wir viel von dem haben ausgleichen können, was wir ausgleichen wollten.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Sabine Weigand (GRÜNE))

Aber wir möchten hier bei den Verhandlungen in den nächsten Jahren einen weiteren Akzent setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/581 mit 18/599, 18/708 mit 18/711, 18/831 mit 18/845, 18/924, 18/976 mit 18/980, 18/1008 mit 18/1032, 18/1048, 18/1049 sowie 18/1234 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1785.

(Allgemeine Unruhe)

Ich bitte, wieder etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen. – Es ist zuerst über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Ansätze des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege" auf Drucksache 18/1915 in einfacher Form abzustimmen. Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/1915 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen.

Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und der CSU und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der SPD betreffend "Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke" auf Drucksache 18/592 wie beantragt in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung. Bitte stimmen Sie ab!

(Namentliche Abstimmung von 23:14 bis 23:19 Uhr)

Die Stimmabgabe ist hiermit abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Es folgen nun noch die zwei Abstimmungen in einfacher Form zu Änderungsanträgen der AfD-Fraktion. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, wieder ihren angestammten Platz einzunehmen, damit hier eine ordnungsgemäße Abstimmung erfolgen kann. Je schneller Sie diesen einnehmen, desto eher wird die Sitzung zu Ende sein.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Das gilt für alle Fraktionen!

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Sie können die Gespräche anschließend gerne fortsetzen; jetzt möchte ich aber wirklich gerne in konzentrierter Form abstimmen.

Es folgen, wie gesagt, noch zwei Abstimmungen zu Änderungsanträgen der AfD-Fraktion. Die beiden Änderungsanträge werden vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Ich beginne mit der Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/708 betreffend "Fachveröffentlichungen". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die Fraktion der AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle weiteren Fraktionen plus die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/711 betreffend "Verein zur Erhaltung des bayerischen Kulturerbes (Kulturerbe Bayern) e. V. bzw. Stiftung Kulturerbe Bayern". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist erneut geschlossen die Fraktion der AfD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen einschließlich der beiden fraktionslosen Kollegen. Damit ist dieser Änderungsantrag auch abgelehnt.

Wir haben das Glück, dass sehr schnell ausgezählt wurde. Ich sage deshalb herzlichen Dank an die Mitarbeiter des Landtagsamtes.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Der Beifall ist überaus berechtigt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Mitarbeiter haben heute wirklich Großartiges geleistet, bei unzähligen Abstimmungen, die alle präzise durchgeführt wurden. Vielen Dank!

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke", Drucksache 18/592, bekannt. Mit Ja haben 44 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 110 Abgeordnete gestimmt. Es gab 16 Stimmenthaltungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1785 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Sie können gerne wieder Platz nehmen. Ich bitte, die Gegenstimmen in gleicher Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Dies ist nicht der Fall.

(Zurufe von der FDP)

– Entschuldigung. Die FDP-Fraktion hat sich der Stimme enthalten. Ich sehe es, ihr habt heute eine Sonderrolle. Wir haben es aber im Protokoll ausdrücklich vermerkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Einzelplan 15 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 16)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

(Allgemeine Unruhe)

Ich bitte noch um etwas Aufmerksamkeit. Wir sind noch in förmlichen Abstimmungen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist geschlossen die Fraktion der AfD. Meine Damen und Herren, dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1785, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/584, 18/976 mit 18/980, 18/1008 mit 18/1032, 18/1048 und 18/1049 sowie 18/1234 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 15 ist abgeschlossen.

Lassen Sie mich am Ende der Tagesordnung bitte noch einen ausdrücklichen Dank aussprechen. Ich würde fast sagen, je später der Abend, desto voller der Plenarsaal, soweit ich das sehe. Ich möchte mich bei Ihnen ausdrücklich für die lange Anwesenheit bedanken.

Ich möchte Folgendes noch berichten: Heute war ich für den Bayerischen Landtag bei dem "Bayerischen Bündnis für Toleranz". Man will im kommenden Jahr eine Nacht der Demokratie durchführen. Ich habe darauf hingewiesen: Wer eine Nacht der Demokratie live erleben will, der ist heute herzlich in den Bayerischen Landtag eingeladen. – Wir haben Sie heute wirklich live erlebt. Ich bedanke mich. Bis morgen Früh!

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 23:26 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke; (Kap. 15 06 Tit. 686 05) (Drucksache 18/592)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			X
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin			X
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			X
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			X
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	44	110	16

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15

- | | |
|--|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: 1 Stelle für Provenienzforschung außereuropäischer Kulturgüter im Museum Fünf Kontinente in München
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 18/831</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Frauenakademie München e. V. stärker fördern
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 18/832</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Rock- und Popmusik
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 18/833</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an den Bayerischen Landesverband für zeitgenössischen Tanz (BLZT)
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/834</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;</p> | <p>hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e. V. dauerhaft fördern
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 18/835</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studierendenwerke stärken
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 18/836</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sanierungsstau an Hochschulgebäuden abbauen
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)
Drs. 18/837</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Hochschulen stärken – Grundfinanzierung aufstocken
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/838</p> |
|--|---|

- | | |
|--|---|
| <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Altersversorgung für Lehrbeauftragte absichern
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/839</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Lehrbeauftragte angemessen vergüten
(Kap. 15 28 Tit. 427 73)
Drs. 18/840</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung der Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 78)
Drs. 18/841</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusage umsetzen: HFF München mit Studienschwerpunkt „Digitale Bildgestaltung“ ausbauen.
(Kap. 15 64 neue TG)
Drs. 18/842</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: 1 Stelle für Kultur- und Kreativwirtschaft im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
(Kap. 15 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/843</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wiederinstandsetzung beschädigter Archivalien, Bestandserhaltung
(Kap. 15 93 Tit. 547 02)
Drs. 18/844</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;</p> | <p>hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 18/708</p> <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 TG 90 Tit. 427 90, 429 90, 547 90 und 681 90)
Drs. 18/709</p> <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an die Frauenakademie München e. V.
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 18/710</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verein zur Erhaltung des bayerischen Kulturerbes (Kulturerbe Bayern) e. V. bzw. Stiftung Kulturerbe Bayern
(Kap. 15 74 Tit. 686 01)
Drs. 18/711</p> <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 TG 90)
Drs. 18/581</p> <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 Tit. 633 73 und 637 73)
Drs. 18/582</p> |
|--|---|

- | | |
|---|--|
| <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 18/583</p> <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 18/585</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 18/586</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kulturfonds – Förderung von Maßnahmen der Kunst- und Kulturpflege aus dem Bereich Wissenschaft und Kunst
(Kap. 15 05 TG 70)
Drs. 18/587</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Bayern e. V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 18/588</p> <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm „Kreativinvest“ für die Freie Kulturszene
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 18/589</p> | <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e. V. endlich fördern
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 18/590</p> <p>28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 18/591</p> <p>29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentengeräte
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 18/592</p> <p>30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung der wissenschaftlichen Bibliotheken
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 18/593</p> <p>31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittel zum Aufbau eines Bachelorprogramms „Studium Digitale“ und eines Lehrerfortbildungszentrums mit Schwerpunkt Digitalisierung an der Universität Passau
(Kap. 15 27 TG 73)
Drs. 18/594</p> <p>32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
Drs. 18/595</p> |
|---|--|

- | | |
|--|--|
| <p>33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 18/596</p> <p>34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Arif Taşdelen u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für Personalausgaben des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege München zur Begleitung des Kommunalen Denkmalkonzepts und zur Voruntersuchung von Bodendenkmalverdachtsflächen
(Kap. 15 74 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 18/597</p> <p>35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern
(Kap. 15 74 TG 74 und neuer Tit.)
Drs. 18/598</p> | <p>36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
Drs. 18/599</p> <p>37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planungsmittel für die Entwicklung und Schaffung von Flächen für den dritten Campus der Hochschule für angewandte Wissenschaften Augsburg
(Kap. 15 35 Tit. 726 30 – Epl. 15 Anlage S)
Drs. 18/845</p> <p>38. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütung bei Dienstreisen
(Kap. 15 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/924</p> |
|--|--|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Christian Hierneis

Abg. Gerald Pittner

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Patrick Friedl

Abg. Rosi Steinberger

Staatsminister Thorsten Glauber

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Paul Knoblach

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 12

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/958 mit 18/961),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/965, 18/1037),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/797 mit 18/801, 18/803 mit 18/815),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/962 mit 18/964, 18/1034 mit 18/1036),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/712 mit 18/717, 18/860 mit 18/863),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/642 mit 18/653),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/916, 18/917)

Die Gesamtredezeit zu diesem Einzelplan beträgt eine Stunde und 31 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten, auf die FDP-Fraktion 8 Minuten, auf die Staatsregierung 20 Minuten und auf die fraktionslosen Abgeordneten 4 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich Ihnen bekannt, dass die AfD-Fraktion zu drei Änderungsanträgen Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Bachhuber von der CSU-Fraktion. – Herr Abgeordneter Bachhuber, Sie haben das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in diesem Augenblick gerade ein großes gesellschaftliches Bewusstsein für den Umwelt- und den Artenschutz. Dies führt uns deutlich vor Augen, wie wichtig den Menschen der Erhalt der Natur und der Schöpfung ist. Für uns bedeutet das nicht nur einen Auftrag, sondern auch eine Verpflichtung, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln. Erst vor einer Woche hatten wir die Erste Lesung zum Artenschutzpaket. Dabei hat sich gezeigt, dass dieses Hohe Haus die Bedeutung dieses Themas erfasst hat und bereit ist, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Ein Beleg dafür ist der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Herr Staatsminister, dieser Einzelplan ist ein starkes Signal und schafft die Möglichkeiten für einen ambitionierten Umwelt- und Verbraucherschutz mit seinen vielfältigen Themen.

Verehrte Kollegen, ich kann Ihnen heute den Hinweis auf das beachtliche finanzielle Engagement der Staatsregierung in diesem Bereich nicht ersparen. Der Finanzminister hat mit Gelassenheit allen Wünschen und Begehrlichkeiten des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz mehr oder weniger klaglos zugestimmt.

Ich erwähne das, weil dieser Doppelhaushalt 2019/2020 eine Steigerung der Mittel von 133 Millionen Euro zum Inhalt hat. Damit wird beim Haushalt des Umweltministeriums die Milliardengrenze überschritten. Herr Staatsminister, meine Gratulation hierzu.

Ein paar Daten möchte und kann ich Ihnen nicht ersparen. So liegt die Investitionsquote im Haushalt für Umwelt und Verbraucherschutz bei 30 %. 35 % fließen in die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Sicherstellung der Trinkwassergewinnung. 30 % werden für Umwelt-, Arten- und Naturschutz ausgegeben und 15 % für den Verbraucherschutz. Die Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes sind damit wirklich großartig und nachhaltig berücksichtigt worden.

Die Regierungsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN haben zudem Investitionsanträge gestellt, sodass weitere 10 Millionen Euro hinzukommen. Somit steht genügend Geld für eine ganze Reihe wichtiger und nachhaltiger Projekte zur Verfügung. In den Hochwasserschutz fließen 22 Millionen Euro und in das Niedrigwasser-Management 5,5 Millionen Euro. Für Leuchtturmprojekte wurden mit einem Volumen von 17,2 Millionen Euro noch einmal beträchtliche Mittel draufgelegt.

Der Bodenschutz spielt in Bayern schon immer eine zentrale Rolle. Bereits 1999 hatte Bayern als eines der ersten Bundesländer ein Bodenschutzprogramm vorgelegt und damit einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Nutzung und zu einem umfassenden Bodenschutz geleistet. Boden, der in geologischen Zeiträumen entstanden ist, kann in wenigen Augenblicken zerstört und verunreinigt werden. Wir setzen beträchtliche Mittel ein, um den Boden als Lebensgrundlage für zukünftige Generationen zu schützen. Der Bodenschutz betrifft eine Vielzahl von Fachbereichen und ist daher als Querschnitts- und Koordinationsaufgabe zu sehen, die vernetztes Denken mit anderen Umweltaspekten erfordert. Zudem stellt der Bodenschutz einen wichtigen Baustein dar, um die Ziele der CO₂-Bindung zu erreichen.

Besonders wichtig ist uns natürlich auch die Mittelerhöhung für den Vertragsnaturschutz. Bis 2030 sollen die Flächen dafür verdoppelt werden. Wir investieren dafür weitere 11,5 Millionen Euro. Der Vertragsnaturschutz honoriert freiwillige Leistungen von Landwirten bei der Bewirtschaftung von Flächen, beispielsweise die späte Mahd von Wiesen zum Schutz von bodenbrütenden Vogelarten oder die Schafbeweidung zum Erhalt von Magerrasen. 2018 wurden in Bayern naturnahe landwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen der Vertragsnaturschutzprogramme mit insgesamt 44 Millionen Euro unterstützt. Zusammen mit den Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien werden mit dem Vertragsnaturschutz wichtige Akzente für die Umsetzung des europäischen Schutzgebietes Natura 2000 gesetzt. Die Förderung der Naturparks wird um 9,5 Millionen Euro erhöht, der Moorschutz, immens wichtig für die CO₂-Bindung, um 6 Millionen Euro. Die Landesagentur für Energie und Umweltschutz wird mit 4 Millio-

nen Euro neu gegründet. Dort werden Projekte entwickelt und gesteuert, um zu einer Verhaltensänderung auf breiter Basis zu gelangen. Projekte zum Naturschutz und zur Wolfsprävention werden mit 3 Millionen bzw. mit 2,7 Millionen Euro gefördert.

Herr Minister, da gibt es bei uns im Voralpenland schon Kommentare, für den Wolf gäbe es eine billigere Lösung; aber das brauchen wir heute nicht zu diskutieren.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weil der Naturtourismus in Bayern gewaltig auf dem Vormarsch ist, sind zum Erhalt eines intakten Wandernetzes insgesamt zusätzlich 200.000 Euro vorgesehen. Aktive und authentische Naturerlebnisangebote leisten einen wertvollen Beitrag für einen umwelt- und klimaverträglichen Tourismus in Bayern. Dafür ist auch ein intaktes Wandernetz wichtig; denn Wanderwege führen die Menschen hinaus in die Natur. Wenn man die Natur mit allen Sinnen spüren kann, lernt man sie zu schätzen. Was man schätzt, damit geht man rücksichtsvoll um und das schützt man auch. Hier haben die vielen Umweltstationen, die wir tatkräftig unterstützen, natürlich eine ganz besondere Bedeutung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch die Förderung des Neubaus der Reptilienauffangstation mit 2 Millionen Euro und die Tierheimförderung mit 1 Million Euro sind schon erwähnenswert. Weil der Tierschutz eine Gemeinschaftsaufgabe ist, bedeutet die staatliche Förderung ein Signal an die vielen Menschen, die, teilweise mit erheblichem ehrenamtlichen Einsatz, in den Tierheimen arbeiten. Mit der Förderung können die Tierheime langfristig planen und wichtige Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen anpacken. Wir heben den Tierschutz mit der staatlichen Unterstützung auf ein neues Niveau und unterstützen damit auch das wirklich großartige Bürgerengagement vor Ort.

Hohes Haus, ein weiteres wichtiges Thema dieses Ministeriums: Die zunehmende Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche und stellt den Verbraucherschutz inhalt-

lich und strategisch ständig vor neue Herausforderungen. Dies muss öffentlich thematisiert werden, um den Bürgern die Risiken der Digitalisierung aufzuzeigen. Daher wird eine Themenplattform für Verbraucherbelange geschaffen. Der Verbraucherschutz und die Verbraucherinformation werden 2019 um 200.000 Euro und 2020 um weitere 600.000 Euro aufgestockt. Auf Initiative der CSU-Fraktion werden 2019 noch einmal 250.000 Euro oben draufgelegt.

(Florian von Brunn (SPD): Wahnsinn!)

Ziel ist es, den Verbraucherschutz zeitgemäß und bürgernah auf drängende Fragen und Probleme auszurichten, die Angebote auf die Erfordernisse hin zu optimieren sowie Synergien der Akteure im Verbraucherschutz zu nutzen.

Auch die Gewerbeaufsicht fällt in den Zuständigkeitsbereich des Umweltministeriums. Hier werden die Mittel im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 um 1 Million Euro und im Jahr 2020 um weitere 500.000 Euro erhöht.

Zudem wird die Stellensituation deutlich verbessert. Im Umwelt- und Verbraucherschutzministerium gibt es 6 neue Stellen in der staatlichen Veterinärverwaltung. Weitere Einstellungsmöglichkeiten bestehen bei der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege. Bei den unteren Naturschutzbehörden sind bereits 8 weitere Stellen genehmigt. Im Gesamtpaket sind 70 Stellen für die Gebiete Verbraucherschutz, Veterinärwesen, untere Naturschutzbehörden und Umweltingenieure ausgehandelt worden. In den nächsten vier Jahren werden weitere 280 Stellen für die Landkreise dazukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen: Bayern stellt sich den aktuellen umwelt- und naturschutzpolitischen Herausforderungen und hat wirklich schon sehr, sehr viel erreicht. Neidvoll wird von vielen Bundesländern nach Bayern geblickt.

Herr Glauber, Sie haben mit diesem Rekordhaushalt ein verantwortungsvolles, in die Zukunft gerichtetes Zahlenwerk vorgelegt. Sie haben ein nachhaltiges Zahlenwerk

vorgelegt und die Weichen für einen zeitgerechten Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz in Bayern gestellt. Ich wünsche Ihnen, Ihrem Haus, allen Ihren Mitarbeitern recht viel Erfolg bei der Umsetzung und bitte um die Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte für eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Hahn am Rednerpult.

(Florian von Brunn (SPD): Der Wetter-Hahn!)

Herr Dr. Hahn, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Zum Bodenschutz: Sie haben gesagt, die Böden würden in geologischen Zeiträumen entstehen.

Martin Bachhuber (CSU): – In langen geologischen Zeiträumen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Bachhuber, bitte lassen Sie zunächst den Abgeordneten seine Zwischenbemerkung vorbringen.

(Florian von Brunn (SPD): Auch wenn es schwerfällt!)

Dann haben Sie Zeit.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist auch nicht böse gemeint. Ich möchte das nur richtig darstellen, weil ich Sie für einen kompetenten Mann halte. In diesem Zusammenhang muss man aber sagen: Ein Bodenhorizont ist etwas völlig anderes als eine geologische Schicht. Sie entsteht auch in völlig anderen Zeiträumen. Das ist also der Unterschied zwischen der Bodenkunde, der Pedologie, und der Geologie. Das vielleicht nur als kleine Ergänzung.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür vielen Dank, Herr Kollege! Das war notwendig!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Bachhuber, Sie haben das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Ich bedanke mich für den Hinweis, aber aufgrund der Zeitknappheit habe ich es einfach verkürzt. Ich glaube, das ist in der bayerischen Sprache auch erlaubt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Bachhuber.
– Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Christian Hierneis für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Bachhuber, schön haben Sie geredet, aber weder Ihre Euphorie noch Ihre Zahlen haben uns in irgendeiner Form vom Hocker gehauen. Die Durchsicht des Einzelplans 12 zeigt uns nämlich eines: Die nach außen propagierte Hochgeschwindigkeitsökologisierung der Staatsregierung ist noch lange nicht so weit, wie es den Anschein erwecken soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Haushaltsplan ist sie jedenfalls noch nicht angekommen. Es ist nicht die Intention der Staatsregierung, signifikant mehr Geld für Natur und Umwelt bereitzustellen. Von der gesamten Erhöhung des Haushalts im Jahr 2019 entfallen auf das Kapitel Umwelt gerade einmal 0,9 %. Das ist so gut wie nichts.

Das könnte jetzt damit begründet werden, dass der Haushalt schon vor ein paar Monaten, also bevor sich die Staatsregierung hochgeschwindigkeitsökologisiert hat, aufgestellt wurde. Wir wollten Ihnen deshalb helfen und haben einige Anträge zum Haushalt gestellt, durch die der Umwelt- und Naturschutz gestärkt werden sollte. Diese Anträge wurden von Ihnen aber wie immer abgelehnt, und das Interesse an diesem Thema sieht man hier gerade.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, nämlich unseren Antrag, das vorhandene Budget für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres in Bayern um gerade mal 200.000 Euro aufzustocken. Auf den ersten Blick ist das ein völlig unspektakulärer Antrag. Aber weit gefehlt! Wie wir wissen, interessieren sich junge Menschen heute sehr für ihre Zukunft; sie haben verstanden, dass ohne den Erhalt unserer Lebensgrundlagen alle anderen Probleme unwichtig werden. Deshalb wollen wir sie in ihrem Wissen um Umwelt- und Naturschutz, in ihrem gesellschaftlichen Engagement und in ihrem Demokratiebewusstsein stärken, denn darum geht es beim FÖJ. Wie wichtig alleine das Demokratiebewusstsein ist, brauche ich Ihnen sicherlich nicht zu erklären.

Es gibt gerade einmal 180 FÖJ-Einsatzstellen in Bayern, und ich weiß, mit welcher Leidenschaft die jungen Leute dort aktiv sind; sie betreiben freiwillig aktiven Naturschutz, den wir dringender denn je brauchen. Die Nachfrage nach FÖJ-Stellen durch junge Menschen übersteigt aber bei Weitem das Angebot. Das liegt ausschließlich am mangelnden Geld, das die Einsatzstellen einfach nicht haben, um mehr Stellen zur Verfügung zu stellen. Aber für Umweltbildung, aktiven Naturschutz und gesellschaftliches Engagement sind Ihnen schon 200.000 Euro zu viel.

(Unruhe bei der SPD)

– Es hört übrigens hier vorne kein einziger zu. Es ist echt irre. – Die Ablehnung auch dieses Antrags zeigt also, wie es um Ihr neues Umweltbewusstsein bestellt ist.

Es fehlt noch viel mehr im Einzelplan 12, vor allem sehr viel, was gut für den Artenschutz wäre. Ein Beispiel: Was für den Schutz der Wiesenbrüter im Haushaltsplan steht, ist für deren effektiven Schutz viel zu wenig. Das ist eher eine verzögerte Sterbehilfe für die Wiesenbrüter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Sie lehnen auch im Umweltausschuss alle Anträge zum Schutz der Wiesenbrüter ab. Artenschutz ist für Sie immer noch ein Fremdwort.

Der Herr Ministerpräsident hat heute gesagt: Bayern wächst und wächst. – Auch der Haushaltsplan wächst. Was aber nicht wächst, sind die Artenvielfalt, die Naturflächen und die Finanzmittel im Einzelplan 12. Wenn Sie es mit dem Natur- und Umweltschutz, mit dem Erhalt der Schöpfung – auch davon hat Herr Bachhuber gerade gesprochen –, also mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen und mit der Zukunft der nächsten Generationen und damit auch der Zukunft Ihrer Kinder wirklich ernst meinen, sollten Sie das im Haushaltsplan zeigen. Was Sie hier machen, nennt man Greenwashing – so tun als ob, aber nichts dahinter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Hierneis. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Georg Pittner für die Fraktion FREIE WÄHLER das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz enthält Ausgaben für wesentliche Aufgaben und Projekte, die die schwarz-orange Regierung hier in den nächsten Jahren durchführen will. Er enthält – –

(Zuruf: Aber zu wenig!)

– Lasst mich ruhig ausreden. Ihr könnt auch dazwischenquatschen, das ist mir egal. Ich rede einfach weiter.

Er enthält Themen, die die Öffentlichkeit stark interessieren. Der Vorredner hat es angesprochen, nämlich zum Beispiel das Volksbegehren Bienen, zum Beispiel den Artenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Fridays for Future – Themen, die die Öffentlichkeit stark interessieren und die wir auch angehen wollen und werden.

Der Haushalt enthält auch die notwendigen Mittel, die benötigt werden, um hier etwas zu bewegen, und zwar in sachlicher und finanzieller Hinsicht und auch aus sinnvoller Sicht. Es genügt nicht, wenn man einfach Geld in unbegrenzter Menge oder in irgend-

welchen gewünschten Höhen einstellt, wenn man nicht weiß, was man damit machen will. Man muss erst einmal Pläne entwickeln. Man muss sich überlegen: Was will ich damit erreichen? Wie kann ich das sinnvoll ausgeben? – Wir haben jetzt Mai, und das Jahr ist schon zu fünf Zwölfteln vorbei. Wenn ich jetzt Anträge in irgendwelchen wahnwitzigen Höhen stelle, habe ich zwar das Geld im Haushalt gebunden, aber nichts erreicht.

Natürlich wäre es in einzelnen Bereichen wünschenswert gewesen, wenn mehr Geld und mehr Personal da wäre. Die Koalition hat die Prioritäten aber zumindest hier in diesem Haushalt anders gesetzt. Das ist unser gutes Recht, und wir werden schauen, was wir daraus machen.

Es ist auch so, und das muss man auch ganz klar sagen, dass dieser Einzelhaushalt natürlich derzeit aufgrund des Volksbegehrens eine Momentaufnahme darstellt. Durch das Begleitgesetz, Versöhnungsgesetz genannt, und durch das Klimaschutzgesetz, das derzeit im Umweltministerium in Arbeit ist, werden in den Folgehaushalten und Nachtragshaushalten sicherlich noch Sachen hineinkommen müssen, die wir aber heute hier nicht zur Debatte haben.

Man muss auch ganz klar sagen: Wenn die GRÜNEN und die SPD gewollt hätten, dass sich etwas bewegt – ich fange wieder von vorne an –, hätten sie der Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung zugestimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

Unabhängig von irgendwelchen Begleitgesetzen und von irgendwelchen Klimaschutzgesetzen ist der Klimaschutz in der Verfassung ein eigener Wert, weil jede Behörde, jede Verwaltung und jedes Gericht über die unbestimmten Rechtsbegriffe daran gebunden wäre und diese Zielsetzung anwenden würde.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wenn man das nicht will, muss man hinterher auch sagen: Okay, ich habe es nicht gewollt, mir war die politische Schau wichtiger als der Schutz der Lebensgrundlagen unserer Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So einfach ist das, und das muss man hier auch einmal sagen.

(Florian von Brunn (SPD): Genau das ist die Beschreibung Ihres Handelns!)

Wir überlegen uns vorher, was wir machen; wir wollen nämlich etwas Sinnvolles machen. Wir brauchen ein sinnvolles Gesamtkonzept. Wir brauchen zum Beispiel auch eine vernünftig arbeitende Wirtschaft und vernünftige Steuereinnahmen, weil wir sonst in sachlicher und personeller Hinsicht gar nicht das bezahlen könnten, was im Haushalt des Umweltministers steht. Wir wollen keine Gebots- und Verbotspolitik. Wir wollen die Menschen mitnehmen. Deswegen ist auch für Vertragsumweltschutz jede Menge enthalten. Vertragsnaturschutzprogramm: Hier gibt es eine Steigerung von 11 Millionen Euro.

Wir wollen die Menschen mitnehmen, sie müssen es nämlich verstehen, und sie müssen es akzeptieren. Nur dann bringt das auf Dauer etwas; wenn wir das nicht machen, verpufft das Geld, aber die Verbote und Gebote ebenso.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Genau das ist das Ziel dieses Haushalts. Wir fangen Leitkonzepte an und werden hier in Richtung Umwelt- und Klimaschutz sicherlich bis zum Ende der Legislaturperiode zu einem guten Ergebnis kommen. Bayern hatte mit dem Umweltministerium angefangen. Jetzt überschreitet der Haushalt zum ersten Mal eine Milliarde Euro, okay. Man kann sich sicherlich mehr wünschen, aber wir werden einen sinnvollen Weg gehen.

Die Koalition hat mit ihren Investitionsanträgen in vielen Bereichen noch einmal dafür gesorgt, dass Geld für Landschaftspflegeprogramme, für Naturparks, für Naturschutzfonds und für Projekte zum Artenschutz zur Verfügung steht. Für die Streuobstwiesen sind zum Beispiel noch einmal jede Menge Gelder zusätzlich durch die beiden Regierungsfractionen eingestellt worden, um hier etwas zu erreichen.

Nehmen wir letztlich das Volksbegehren Bienenschutz. Es sollte zulasten einer Berufsgruppe gehen. Wenn man das so macht, kommt man auf Dauer nicht weiter, weil man diese Berufsgruppe verschreckt und die dann abblockt. Es soll aber ein sinnvolles Ergebnis werden,

(Zuruf von der CSU: Genau!)

und da frage ich mich, wie der Vorredner zu den Ergebnissen kommen wollte, die er dargestellt hat. Ich sehe das nicht.

Ich will jetzt nicht all die Projekte wiederholen, die der Kollege Bachhuber hier genannt hat. Aus meiner Sicht sind es jede Menge Leuchtturmprojekte, mit denen wir auf Dauer etwas anfangen können, das Schiff umsteuern, in die richtige Richtung lenken. Es sind auch Sachen dabei, die wir gerne verbessert hätten – das ist auch klar. Im Bereich Umweltbildung wäre es schön gewesen, wenn wir die eine oder andere Maßnahme hätten einsetzen können, weil es gerade in diesem Bereich auch wichtig ist.

Wenn ich sage, wir wollen Transparenz und Akzeptanz herstellen, brauchen wir natürlich auch die entsprechenden Bildungseinrichtungen, die sowohl im Bereich der Jugendlichen und Kinder als auch der Erwachsenen dafür sorgen, dass unser Ziel verstanden und dann von der Bevölkerung umgesetzt wird. Aber gut, Sie wissen vielleicht selbst aus anderen Bundesländern, in denen Sie an der Regierung sind, dass nicht alles was wünschbar und machbar ist, auch möglich ist. Man muss sich nach der Decke strecken, und in diesem Haushalt war es halt nicht möglich.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Das Notwendige haben wir getan, Herr Kollege, ich habe es Ihnen gerade erklärt.

(Zuruf)

– Na ja, mehr. Das lassen wir einmal offen. Wir haben das Notwendige getan, weil mehr wäre eine Verschwendung von Steuergeldern, und das wollen wir auch nicht.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Das machen wir sicherlich nicht.

Insgesamt halte ich diesen Haushaltsansatz des Umweltministers für sehr sinnvoll und zielführend. Auch wenn die Steigerungsraten nicht so hoch sind wie vorhin im Sozialhaushalt, sind signifikante Steigerungsraten vorhanden, nämlich um 130 Millionen Euro. Dieser Ansatz ist richtig, und auf diesem Weg werden wir weitergehen und dann auch zu sinnvollen Ergebnissen kommen. Ich beantrage deshalb, dem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Pittner. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Umweltpolitik der Staatsregierung, speziell die Naturschutz- und Artenschutzpolitik, ist ein Armutszeugnis. Der vorliegende Einzelplan ist ihr Offenbarungseid. In der Vergangenheit wurden bei den Bürgern hohe Erwartungen an einen Nationalpark geweckt – Sie erinnern sich –, nur um dann mit einer Mikadopolitik das Ganze wieder auf die lange Bank zu schieben. Das war ganz schlechter Regierungsstil. So darf man mit den Bürgern nicht umgehen.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt soll die Posse möglichst schnell, leise und gesichtswahrend aus der Welt geschafft werden. Dafür sollen die Befürworter eines Nationalparks mit zwei teuren Besucherzentren beschwichtigt werden. Wir haben unsere Zweifel an der Notwendigkeit und dem Mehrwert sowohl für den Tourismus als auch für den Naturschutz. Wir haben in Bayern die meisten Museen. So steht jedes fünfte Naturkundemuseum hier in Bayern. Auch in der Nähe der Rhön – dazu gibt es einen Antrag – gibt es zahlreiche Informationszentren, zum Beispiel in Wildflecken, Fladungen und Oberelsbach. Wir müssen keine Vorreiter in Umweltbildung werden; denn wir sind es schon.

Naturliebhaber wollen die bayerische Landschaft erleben und reisen nicht nach Bayern, um in ein Besucherzentrum zu gehen und es sich anzuschauen. Das Besucherzentrum ist für den Besucher nebensächlich, er will die Natur sehen. Um das Besucherzentrum in Unterfranken attraktiv genug zu machen, wird es die Steuerzahler sehr viel Geld kosten. Es ist sehr kostspielig. Das Naturerlebniszentrum Rhön in Bad Kissingen soll 8 Millionen Euro kosten, und das Biodiversitätszentrum in Bischofsheim 15 Millionen Euro. Mit dieser Summe – stellen Sie sich das einmal vor – könnten Sie 57 Umweltstationen des Landes, die bekanntlich auch Umweltbildungseinrichtungen sind, über 10 Jahre lang fördern. Der Kompromiss ist also für die meisten Befürworter eines Nationalparks immer noch zu wenig und für den Steuerzahler schon zu teuer. Naturschutz und Artenschutz sind eben Zwillinge, die zusammengehören.

So erkennen wir auch im Artenschutz der Staatsregierung ein Defizit, das nicht erst seit dem Volksbegehren besteht. Als Geograf und Landschaftsökologe kann ich Ihnen sagen, dass die Gefahren durch invasive Arten für die heimische Natur noch immer unterschätzt werden. Diese Arten breiten sich in der Regel schnell und unkontrolliert aus, und zwar dort am schnellsten, wo der Mensch die unsichtbare Hand der Natur einfach walten lässt. So führt das Verdrängen einheimischer Pflanzenarten durch Neophyten zu einem Verlust an heimischen Wirtspflanzen für angepasste Insektenarten, zum Beispiel für viele Schmetterlinge. Untätigkeit löst eine ökologische Kaskadenreaktion zur Verarmung der Artenvielfalt aus. Es besteht die Gefahr, dass in Zukunft weni-

ge attraktive Monokulturen das gesamte Landschaftsbild dominieren, wie bei der Vermassung durch die sogenannte Energiewende schon allenthalben zu erkennen.

Ganz konkret bedrohen Neophyten immer wieder die Ökosysteme in der Rhön. Japan- und Sachalin-Knöterich, Orientalisches Zackenschötchen, Kanadische Goldrute, Drüsiges Springkraut – die Liste der Neophyten ist lang. Zwar wird die Bekämpfung der Neobiota mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert, doch die aktuelle Förderperiode endet nächstes Jahr. Wenn wir von einem sinkenden EU-Haushalt ausgehen, gewinnt die Programmförderung auf Landesebene immer mehr an Bedeutung.

Auch heimische Raubtiere wie der Rotfuchs können kritische Auswirkungen auf die Artenvielfalt haben. Es hilft nichts, wenn ein umfangreiches Artenschutzprogramm für Wiesenbrüter aufgelegt wird – das wurde von Ihnen, Herr Hierneis, angesprochen –, aber der natürliche Räuber nicht berücksichtigt wird. Bayern ist nämlich eine großflächige Kulturlandschaft. So sind auch seltene Tierarten auf die Agrarlandschaft, etwa auf Mähwiesen, angewiesen. Wer zum Beispiel mit dem Flugzeug aus Kalifornien kommend in München landet, wie Frau Schulze von den GRÜNEN, die leider abwesend ist – ich weiß nicht, wo sie ist; vielleicht ist sie in Kalifornien –, der kann aus dem Fenster dieses Flugzeugs das größte Brutgebiet des Großen Brachvogels bestaunen, wenn er nicht gerade auf das Handy schaut. Dieser Wiesenbrüter, der Große Brachvogel, ist in Deutschland vom Aussterben bedroht. Durch den Flughafenzaun sind diese Brachvögel vor Prädatoren geschützt. Erkennen Sie einen Zusammenhang? Meine Damen und Herren, Grenzen setzen – das schützt Leben.

(Beifall bei der AfD)

Herr Herrmann nickt. Ich hoffe, auch er hat die Transferleistung erbracht. Aber wir sprechen hier nur über Umwelt. Vor genau einer Woche hat ein Foto für Aufregung gesorgt.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Ich überlege dauernd, wie man Ihnen Grenzen setzen kann! – Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

– Das ist sehr schwierig. Da muss ich Sie enttäuschen. – Dieses Foto von einem Wolf wurde im Landkreis Bad Kissingen gemacht. Ob es sich dabei um dasselbe Tier wie aus dem benachbarten Rhön-Grabfeld handelt, lässt sich derzeit nicht feststellen, doch es gibt genügend Rhönschafe in dieser Region. Die Staatsregierung darf sich nicht der Illusion hingeben, hungrige Wölfe ließen sich dauerhaft mit Zäunen und Hütehunden von Weidetieren abhalten. Eine bedingungslose Wiederansiedlung unter der Berufung auf die Zielsetzung der EU-Richtlinien ist nämlich ein Irrweg. Der Wolf ist eine Tierart, die schlecht in unsere gewachsene Landschaft passt. Daher muss ihm mit aktivem Wolfsmanagement begegnet werden. Dazu gehört auch die letale Bestandsregulierung nach skandinavischem Vorbild.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was, skandinavisch?)

– Ja, da staunen Sie. Das ist ein Landstrich im Norden von Europa. Vielleicht haben Sie davon schon einmal gehört.

Am Wolf zeigt sich auch eine gewisse Absurdität des Aussterberisikos. Ohne Eingriffe dürfen wir von einem weiteren Wachstum der Wolfspopulation ausgehen. Dennoch steht der Wolf in Deutschland auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten, obwohl er globusumspannend, von Europa über Asien bis nach Amerika, vorkommt. Auf diese Weise wird ein Artensterben leicht konstruiert; denn ein Artensterben ist immer multikausal.

Doch steht es bei den GRÜNEN hoch im Kurs, die Landwirte für alles verantwortlich zu machen. Wir dürfen gespannt sein, wie weit die Staatsregierung bei dieser Schuldzuweisung mitmachen wird. Aus purer Verzweiflung wegen schwerer Nutzungseinschränkungen durch die Schutzausweisung haben Besitzer von Streuobstwiesen – das wurde eben angesprochen – jetzt die ersten Bäume gefällt. Der Skandal ist nicht der Akt des Fällens, sondern die faktische Enteignung der Landwirte. Das ist heute in

der Presse erschienen. Sie erreichen mit der Umsetzung dieses Volksbegehrens genau das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. Die Bäume auf den Streuobstwiesen werden schon gefällt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Dafür können Sie die AfD nicht verantwortlich machen. Wir waren zu dem Runden Tisch nicht eingeladen.

Die Umweltpolitik der GRÜNEN lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Von der SPD braucht man gar nicht zu sprechen; deren Politik ist meistens nur eine Kopie. Die Umweltpolitik der GRÜNEN ist meistens – Kompliment! – gut gemeint, aber leider schlecht umgesetzt.

Seit der NABU-Studie im Jahr 2004 ist es klar, dass Windkraftanlagen eine verheerende Auswirkung auf die biologische Vielfalt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, wissen Sie, wie viele Fledermausarten es in Deutschland gibt? Ich weiß es. Es sind 25.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Dann hätten Sie wenigstens die 25 Arten gekannt. – Aber es ist leider nicht so lustig, weil diese Fledermäuse und Vögel zunehmend durch die Windkraftanlagen bedroht werden. Neue Forschungen zeigen, dass 200.000 Vögel und Fledermäuse jedes Jahr in Deutschland von diesen Anlagen erschlagen werden.

(Beifall bei der AfD)

Das ist dramatisch. Ich finde auch das Sterben bei den Insekten dramatisch. Das ist ein aktuelles Thema. 1.200 Milliarden Fluginsekten werden durch diese Windkraftanlagen vernichtet.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich komme zum Ende. Liebe Staatsregierung, springen Sie nicht über jedes Stöckchen, das Ihnen die GRÜNEN in Zukunft hinhalten. Wir werden als Opposition die Staatsregierung weiterhin kritisch beobachten – im Interesse unseres schönen Bayern.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Hahn. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über den Etat des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Wir sprechen damit auch darüber, welche Schwerpunkte diese Staatsregierung, diese Regierungskoalition und Umweltminister Thorsten Glauber setzen, die Allzweckwaffe der FREIEN WÄHLER – so wird er gerne bezeichnet, wie er nach eigenen Worten im Interview mit der "Bayerischen Staatszeitung" zu Anfang seiner Amtszeit einmal gesagt hat. Wir sprechen über Schwerpunkte in der Umweltpolitik, im Naturschutz, im Klimaschutz und im Verbraucherschutz. Ich kann bei aller Mühe in Ihrem Etat keine wirklichen Schwerpunkte erkennen.

Herr Glauber, ich muss Sie fragen: Wo soll die Reise hingehen? Denn im Artenschutz haben Sie selbst schon mal keine Schwerpunkte gesetzt. Das sind die Schwerpunkte, die die Menschen gesetzt haben, die das Volksbegehren "Artenschutz" unterschrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

Kommen Sie mir bitte auch nicht mit dem Artenschutzzentrum, das sich Herr Söder und Herr Huber noch als Wahlkampfgag ausgedacht haben; denn mit der Einrichtung dieses Zentrums ist noch keine einzige Tier- und Pflanzenart gerettet.

Es ist schon ein Problem, wenn der Umweltminister dem Bayerischen Rundfunk im Februar sagt, man müsse über das Volksbegehren hinausgehen, aber vor Kurzem bei den Bauernprotesten verkündet, er sei schon immer gegen das Volksbegehren gewesen, und jetzt sogar die Biotop-Kartierung in Bayern einfach stoppt.

Herr Glauber, was denn nun? Wo geht die Reise hin? Im Haushalt haben Sie für den Natur- und Artenschutz mehr Geld bereitgestellt. Aber wir bezweifeln, ob das reicht, die Artenschutzziele des Volksbegehrens und des Versöhnungsgesetzes zu erreichen. Reicht es insbesondere dafür, dass sich echter Natur- und Artenschutz für die Bauern lohnt? Sind das für die Landwirtinnen und Landwirte genug Anreize, um in den Artenschutz viel Arbeit, Mühe und Zeit zu investieren? Wir werden Ihnen jedenfalls auf die Finger schauen, ob die Forderungen des Volksbegehrens von Ihnen wirklich ausreichend erfüllt werden.

Ein wichtiger Schritt wäre es auch, wenn Sie unserem Antrag für eine bessere Ausstattung der Landschaftspflege in Bayern und weiteren sinnvollen Anträgen anderer Oppositionsfraktionen zustimmen würden.

(Zuruf von der CSU)

Ein wichtiger Punkt ist für uns das Thema "dritter Nationalpark". Das sage ich ganz offen. Erst kürzlich haben uns Experten und Forscher im Umweltausschuss erklärt, dass wir ihn dringend brauchen, wenn wir das Artensterben bekämpfen wollen. Wer es mit dem Artenschutz ernst meint, der muss auch den Mut und die Weitsicht haben, dieses heiße Eisen in Bayern anzupacken.

(Beifall bei der SPD)

Genau das, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, können Sie heute beweisen, indem Sie unserem Antrag für eine Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark zustimmen.

Herr Glauber, wie sieht es in Ihrem Haushalt mit dem Klimaschutz aus? Wo sind da die starken Akzente? Was wollen Sie da tun? Bisher haben wir von Ihnen zu diesem Thema herzlich wenig gehört, außer dass die 10-H-Regelung, also der Windkraftstopp, bleibt, dass Sie aber gleichzeitig gegen Gleichstromleitungen sind. Gut, dass der Strom aus der Steckdose kommt, zumindest solange die bayerischen Atomkraftwerke noch laufen.

In Ihrem Haushalt findet sich jedenfalls für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung, also für wirklich wichtige Themen, nur eine Minierhöhung des Ansatzes. Das ist angesichts der Dimension des Problems viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Im Verbraucherschutz sind Sie mit großen Versprechungen angetreten. Sie wollten es besser machen als Ihre Vorgänger Herr Huber und Frau Scharf und haben eine ganz neue Transparenz versprochen. Aber da müssen Sie vielleicht einmal bei Michail Gorbatschow nachlesen, was Glasnost und Perestroika sind, also Transparenz und Umbau; denn bisher sieht es gar nicht so aus, als wollten Sie in Bayern den Vorhang wirklich lüften und die verkrusteten Strukturen ändern. Egal, ob Malachitgrün in Fischen oder PFC im Wasser, bei Transparenz und wirklichem Durchgreifen ist bei Ihnen bisher Fehlanzeige.

Ich bin tatsächlich überrascht, denn in Ihrem Haushaltsentwurf sinken sogar die Ausgaben für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Ich frage mich schon: Hat die Regierungskoalition aus den Lebensmittelskandalen der vergangenen Jahre, aus "Bayern Ei" und "Sieber", irgendetwas gelernt? Die Probleme werden nicht kleiner, im Gegenteil; es gibt neue schwierige Themen, etwa dass der Lebensmittel-Onlinehandel explodiert. Es gibt zum Beispiel auch einen Boom mit fragwürdigen Nahrungsergänzungsmitteln. Gott sei Dank gibt es jetzt wieder eine Veröffentlichungspflicht bei Hygieneverstößen im Lebensmittelbereich. Auch das erfordert mehr Verbraucherschutz und vor allem mehr Personal im Verbraucherschutz.

Was ist die Antwort der Staatsregierung? – Sie senkt die Ausgaben für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Da macht es Frau Klöckner geschickter, die behauptet: Wenn sie die Anforderungen für die Lebensmittelkontrolle herunterschraube, steigere dies die Effizienz und die Sicherheit. Aber bei Ihnen fehlt mir jegliches Konzept im Verbraucherschutz. Die FREIEN WÄHLER haben zwar im Untersuchungsausschuss "Bayern Ei" mit viel Pohl'schem Getöse mitermittelt, wenn man das so nennen kann, ziehen aber aus diesen Erkenntnissen keinerlei Erkenntnisse, sobald sie in der Regierung sitzen. Um im Bayern-Ei-Bild zu bleiben: Sie haben viel gegackert, aber legen jetzt keine Eier.

(Beifall bei der SPD)

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat der Verbraucherschutz eine zentrale Bedeutung. Wir stellen den Anspruch auf gesunde Lebensmittel, vor allem auf die Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit der Menschen über die Profitinteressen der Lebensmittelindustrie und skrupelloser Geschäftemacher. Wir ziehen die fälligen und notwendigen Konsequenzen aus dem Bayern-Ei-Skandal. Wir wollen mit unserem Änderungsantrag deutlich mehr Personal für das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, um dort vor allem den Laborbereich zu stärken; denn es darf nicht mehr passieren, dass in diesem Amt wichtige Proben wochenlang nicht bearbeitet werden.

Wenn Sie von den FREIEN WÄHLERN sich nicht unglaublich machen wollen, sollten Sie diesem Antrag und genauso unseren anderen Anträgen für mehr Lebensmittelkontrolleure zustimmen, die angesichts neuer Herausforderungen dringend gebraucht werden.

Wir bleiben aber dabei nicht stehen. Wir wollen auch die Verbraucherberatung und den rechtlichen Verbraucherschutz, also die Verbraucherzentrale und den Verbraucherservice in Bayern, weiter stärken. Wir brauchen einen starken Anwalt, der die Verbraucherinnen und Verbraucher gegen Konzernmacht und Profitinteressen vertritt. Wir

wollen die Verbraucherzentrale stärken, zum Beispiel beim digitalen Verbraucherschutz. Da spielt sie eine ganz wichtige Rolle, weil sie im Rahmen des Marktwächters Digitale Welt eine zentrale Funktion einnimmt. Da hat sie wirklich einen guten Job gemacht, egal, ob es um Vergleichsportale, um Amazon, um Online-Ticketbörsen oder – verehrte Kolleginnen und Kollegen, aufgepasst! – um Online-Dating-Portale geht; denn hätten Sie gewusst, dass auf zahlreichen Online-Dating-Portalen unter Umständen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Portale unter Fake-Accounts mit Ihnen flirten? Das hat die Verbraucherzentrale Bayern 2017 aufgedeckt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wir wollen das Prozesskostenbudget für die Verbraucherzentrale weiter erhöhen; denn Abmahnungen und Prozesse gegen unfaire Geschäftspraktiken sind eine wichtige Waffe des Verbraucherschutzes, egal, ob gegen Sky, DHL oder die Deutsche Bahn. Unterstützen Sie das!

Eines will ich noch sagen: Wir treten in diesem Bereich auch für gute und sichere Arbeit, für sichere Jobs und planbare Lebensverhältnisse ein. Deswegen wollen wir mit den zahlreichen befristeten Stellen, zum Beispiel in der Wasserwirtschaft und am Landesamt für Umwelt, endlich Schluss machen.

(Beifall bei der SPD)

Da mir noch etwas Zeit bleibt, möchte ich mich an dieser Stelle bei allen, die in Bayern haupt- oder ehrenamtlich im Naturschutz, im Artenschutz und im Verbraucherschutz arbeiten, herzlich bedanken. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit! Wir schätzen das, was Sie machen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter von Brunn. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Christoph Skutella für die FDP-Fraktion das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Einzelplans 12 lässt sich am besten mit folgenden Worten zusammenfassen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Erhöhungen des Umwelthaushalts, besonders im Naturschutz, in der Umweltbildung und der Luftreinhaltung, sind richtige Ansätze. Wir müssen in den Städten für eine bessere Lebensqualität sorgen und unsere bayerischen Naturlandschaften und Schönheiten für uns und kommende Generationen bewahren.

Die Schwäche dieses Haushalts liegt aber darin, dass Sie nur Ihre Fehler und unzureichenden Maßnahmen der letzten Jahre und Legislaturperioden ausgleichen wollen. Jahrelang wurden die Themen Umwelt- und Naturschutz stiefmütterlich behandelt. Nun, da sich der gesellschaftliche Zeitgeist entsprechend ändert, sehen Sie sich in der Not, auf den grünen Zug aufzuspringen. Diesen grünen Anstrich gibt sich die Staatsregierung doch nur aus Angst vor anderen Parteien und einer möglichen Klatsche beim Volksentscheid im Herbst. Das Motto "Rettet die Bienen" mutierte in den letzten Wochen immer deutlicher zum CSU-Slogan: Rettet den Söder!

Aus umweltpolitischer Sicht kann man nur hoffen, dass der aktuelle Fokus auf die Umweltpolitik nachhaltig gestaltet wird und in den kommenden Jahren den Versprechungen auch Taten folgen werden. Denn genau diese Taten sehen wir noch nicht. Im Rahmen der aktuellen Diskussion betreffend den Schutz der Artenvielfalt wurden bereits große Ankündigungen gemacht und Ausgaben um 70 Millionen Euro in den Raum gestellt; auch die Liste der geplanten Maßnahmen und Vorschriften ist lang.

Wenn wir ehrlich sind, haben wir bis heute aber nicht gesehen, in welche Maßnahmen in welcher Höhe die angekündigten Mittel fließen sollen. Vor allem ist die Realisierung der Maßnahmen im Landwirtschaftshaushalt immer mit dem Vorbehalt versehen, dass überhaupt genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, und das lässt die angekündigten Maßnahmen in einem anderen Licht erscheinen.

Da Sie mit dem Gesamthaushalt eh schon etwas an der Wand stehen, ist es fraglich, ob der Umwelthaushalt in Zeiten einer schwächelnden Wirtschaft noch die Bedeutung bekommt, die er aktuell genießt, oder ob die nun erhöhten Mittel gleich wieder eingespart werden. Man darf gespannt sein, wie der Nachtragshaushalt Ende des Jahres gestaltet wird und wie sich die einzelnen Projekte und Maßnahmen dabei entwickeln.

Da ein nicht unwesentlicher Teil unseres Haushalts in die Forschung fließt, lassen Sie mich noch eines sagen: Gehen Sie bitte nicht den Irrweg, nur im Bereich des Ökolandbaus forschen zu wollen! Diese Wirrungen sind sowohl für die Produktivität als auch aus Sicht des Naturschutzes kontraproduktiv. Auch ein Ökobauer kann schlecht mit seinen Feldern umgehen, und ein konventioneller Landwirt kann viel zum Artenschutz beitragen. Wir müssen endlich die Schwarz-Weiß-Malerei zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft überwinden.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Gebiet, an dem man die kopflose Politik der Regierungsparteien sieht, ist die Verbesserung des Tierschutzes. Hier stellen Sie sage und schreibe 125.000 Euro in den Haushalt ein, wobei 100.000 Euro für Tierschutzpreise und der Rest für Veranstaltungskosten und den Tierschutzbeirat vorgesehen sind. Viel Geld für echten Tierschutz bleibt hier nicht mehr übrig.

(Beifall bei der FDP)

Zudem schreien die bayerischen Tierschutzheime massiv nach Hilfe. Die Heime befinden sich teilweise in einem katastrophalen Zustand. Mittlerweile beläuft sich der Investitionsstau bei den Tierheimen auf eine mittlere zweistellige Millionensumme. Die Staatsregierung will hier Abhilfe schaffen und stellt allen Tierheimen Bayerns 700.000 Euro für Sanierungs- und Baumaßnahmen zur Verfügung. Bei diesem Tropfen auf den heißen Stein von einer wesentlichen Verbesserung des Tierwohls zu sprechen, ist, gelinde gesagt, ein Witz.

(Beifall bei der FDP)

Zumindest beim Verbraucherschutz ist zu attestieren, dass Sie sich im Rahmen der Verbraucherbildung dafür einsetzen, ein gleichwertiges Netz an Stützpunkten aufzubauen und den ländlichen Raum einzubeziehen, damit jede Region Bayerns gleichwertig die Möglichkeit bekommt, sich angemessen über den Verbraucherschutz zu informieren.

Meine Damen und Herren, bitte gehen Sie mit dem Haushalt verantwortungsvoller um als mit Ihrem Koalitionsvertrag, den Sie schon nach einem halben Jahr nicht mehr respektiert haben, wie Ihre Ablehnung zur Ausweitung des europäischen Emissionshandels im Umweltausschuss gezeigt hat.

Uns geht es im Gegensatz zu anderen Parteien dieses Hohen Hauses nicht darum, für einen aufgeblähten Haushalt noch mehr Gelder zu fordern oder Rücklagen anzuzapfen, sondern es gilt, die vorhandenen Mittel sinnvoll und effizient einzusetzen. Verfolgen Sie durchaus die guten Ansätze dieses Haushalts weiter, lassen Sie die schlechten sein, und bauen Sie sinnvolle neue ein!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke sehr, Herr Abgeordneter Skutella. – Als nächstem Redner erteile ich für die CSU-Fraktion dem Abgeordneten Eric Beißwenger das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kollegen! Bayern mit all seinen natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen und zu bewahren, muss unser Ziel sein. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir uns alle einig.

Der Natur- und Artenschutz geht uns alle an. Beides ist für uns von besonderer Bedeutung. Daher soll nun das Gesetz der Regierungsfaktionen Artenschutz und Um-

weltschutz sowie Landwirtschaft miteinander in Einklang bringen und vor allem Natur- und Artenschutz nachhaltig verbessern.

Über diesen Gesetzentwurf hinaus sollen zudem weitere Initiativen entwickelt werden, die den Natur-, Arten- und Klimaschutz deutlich voranbringen. Klar ist auch, dass hier das Engagement aller – Kommunen, Wirtschaft und Verbänden sowie Bürgern – gefragt ist. Der Freistaat wird dabei mit gutem Beispiel vorangehen, sodass am Ende ein Generationenvertrag steht, der von Staat und Gesellschaft gemeinsam getragen wird und Bayern zum Vorreiter beim Naturschutz in Deutschland macht.

Umwelt- und Naturschutz sowie die heimische landwirtschaftliche Produktion wie auch die nachhaltige Forstwirtschaft haben in Bayern einen sehr hohen gleichrangigen Stellenwert und tragen maßgeblich zum Erhalt und zur Pflege des bayerischen Landschaftsbildes bei.

(Beifall bei der CSU)

Das war, ist und bleibt der Grundpfeiler unserer Politik. Wir werden diesen Weg auch in Zukunft konsequent weitergehen und dabei auch die bisherigen Erfahrungen zum Wohle von Natur und Landwirtschaft einfließen lassen.

Dieser Haushaltsplan 2019/2020 ist ein starkes Signal. Unser oberstes Ziel ist jetzt, die Haushaltsmittel im Sinne der Bürger sinnvoll einzusetzen, um messbare Ergebnisse zu erzielen. Ein Beispiel für diesen Einsatz sind die Biodiversitätsstrategie sowie das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030. Beide Strategien wurden von der Staatsregierung beschlossen und zeigen auf, wie mithilfe eines kooperativen Ansatzes die Vielfalt in unserem Lande erhalten werden kann.

Liebe Kollegen, wir sind uns der Verantwortung für den Erhalt der Vielfalt der Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie auch der Erholungsqualität unserer bayerischen Landschaft bewusst, deshalb haben wir in Bayern ein deutliches Plus für den Naturschutz und vor allem für die Landschaftspflege im Haushalt eingeplant. Allein für die

Stärkung der Naturparke mit Rangern, die neuen Informationszentren für Umweltbildung, die Landschaftspflege und Naturtourismusprojekte sowie den Schutz der Moore werden zusätzlich 30 Millionen Euro bereitgestellt.

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen: Die 62 Landschaftspflegeverbände sind wichtige Partner für uns. Die Förderung der Landschaftspflege flankiert effektiv den Vertragsnaturschutz durch investive Maßnahmen, und die Landschaftspflegeverbände sind wichtige Bindeglieder zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Im Rahmen der Umsetzung der Landschaftspflege- und der Naturparke-Richtlinien wurden landesweit in den letzten Jahren durchschnittlich 2.500 Maßnahmen durchgeführt bei einem Mittelvolumen von rund 15 Millionen Euro. Liebe Kollegen, wir haben ein starkes Naturschutzprogramm und das deutschlandweit einzigartige Kulturlandschaftsprogramm, an dem aktuell fast jeder zweite Landwirt teilnimmt. Fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen Bayerns stehen unter Vertrag. Kein anderes Bundesland gibt so viel für Ausgleichsmaßnahmen aus wie Bayern. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm ist hierbei ein wichtiges Instrument unserer Naturschutzpolitik. 95.000 Hektar werden aktuell bereits umweltschonend bewirtschaftet; bis 2030 soll diese Fläche verdoppelt werden. Dafür investieren wir weitere 11,5 Millionen Euro, und auf unsere Initiative hin werden im Jahre 2019 noch einmal 2,5 Millionen Euro draufgelegt.

Was heißt das effektiv? – Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln können beispielsweise Vertragsneuabschlüsse in größerem Umfang getätigt werden. Das heißt auch, es kann eine Vielzahl weiterer Landwirte mit entsprechenden Maßnahmen in das Programm aufgenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Bayern bleibt von den unvermeidlichen Veränderungen durch den Klimawandel nicht verschont. Wir erwarten künftig mehr Extremwetterereignisse, nassere Winter und trockenere Sommer. Das Ausmaß der Herausforderungen, vor denen wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des

Klimaschutzes insgesamt bei allen Abwägungsentscheidungen klar zu benennen und weiter zu stärken.

Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung. Unser Fraktionsvorsitzender hat das heute bereits erwähnt: In Sachen CO₂-Ausstoß sind wir mit rund sechs Tonnen energiebedingtem CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr weltweit bei den fortschrittlichsten Industrienationen. Wir haben seit 2008 rund eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

In Anlehnung an das europäische Minderungsziel strebt Bayern bis zum Jahre 2050 an, die Treibhausgasemissionen pro Kopf und Jahr auf weniger als zwei Tonnen zu senken. Dennoch wollen wir mehr für den Klimaschutz tun. Deshalb haben wir bereits 2014 das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 beschlossen. Mit diesem Programm hat die Staatsregierung ein umfassendes Maßnahmenprogramm aufgelegt. 2019/2020 stehen für die Umsetzung 231 Millionen Euro zur Verfügung, 42 Millionen Euro mehr als 2017/2018 und sogar 59 Millionen Euro mehr als 2015/2016. Die Haushaltsmittel für Klimaschutz werden also kräftig erhöht.

(Florian von Brunn (SPD): Wo denn?)

Wir machen Bayern klimasicherer. Zum Beispiel stellen wir insgesamt 3,4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz bereit. Die Umsetzung des Hochwasserschutz Aktionsprogramms 2020plus ist zentrales Anliegen der Umweltpolitik.

Aber wir vergessen auch die Umweltbildung nicht. Die Mittel für Umweltbildung werden kräftig erhöht von 4,6 Millionen Euro 2018 auf 6,4 Millionen Euro 2019 und schließlich 11,3 Millionen Euro 2020. Die Zahl der Umweltbildungsstationen in Bayern soll zeitnah erweitert werden. Das Ziel ist mindestens eine Umweltstation pro Landkreis.

Liebe Kollegen, es gäbe noch viele weitere Themen bayerischer Umweltpolitik. Kollege Bachhuber hat ausdrücklich schon sehr viele erwähnt. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich es dabei belassen und empfehle die Zustimmung zur Haushaltsaufstellung der Staatsregierung im Einzelplan 12.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege Beißwenger. – Als Nächster hat der Abgeordnete Patrick Friedl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Umweltminister Glauber! Als ich das erste Mal hier stand, habe ich gesagt, der Handlungsbedarf ist enorm. Dies haben die Menschen auch erkannt. Wir sind mitten im Klimawandel und mitten im Artensterben.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Immer schon!)

Wir erleben jetzt eine hoffnungsmachende, hoffnungstiftende Bewegung von jungen Menschen, die auf die Straße gehen, mit denen Sie dankenswerterweise auch gesprochen haben, und wir haben eine Mut machende Bewegung von Menschen erlebt, die in die Rathäuser gegangen sind. 1,7 Millionen Menschen haben für das Volksbegehren zur Artenvielfalt unterschrieben. Und es gibt einen enormen Zulauf zu den Naturschutzverbänden und den Umweltparteien. Wir haben enorm viele Menschen, die sich ehrenamtlich, und leider viel zu wenige, die sich hauptamtlich für den Naturschutz engagieren können. Der Naturschutz ist in aller Munde und bestimmt die Schlagzeilen. Eine Jahrhundertaufgabe liegt vor uns. Wir müssen den Klima-, Arten- und Naturschutz schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darin liegt nach meiner Auffassung eine Jahrhundertchance für den Umweltminister in einem der reichsten und stärksten Flächen- und Industrieländer, die Verantwortung

wahrzunehmen, die hier alle schon beschworen haben, nämlich wirklichen Klima- und Umweltschutz zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben bei der Rede damals hier gesagt, Sie wollen den Artenschutz stoppen, und zwar bis 2023, in dieser Wahlperiode.

(Staatsminister Thorsten Glauber: Artenschwund, nicht den Artenschutz!)

– Den Artenschwund, das Artensterben stoppen, danke.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Außerdem war das die Rede zur Verfassungsänderung, oder?)

– Nein. – Schauen wir jetzt auf den Doppelhaushalt. Was ist dringend nötig? – Die unteren Naturschutzbehörden sind unterbesetzt. Sie sind überlastet und können ihre Pflichtaufgaben, wie Stellungnahmen zu Bauprojekten, kaum noch wahrnehmen. Das müsste für Sie alle wichtig sein, dass sie Gutachten für Planfeststellungen machen und Natur- und Artenschutz effizient überwachen. Das können die kaum noch; die können kaum noch rausfahren; die sind mit Aufgaben eingedeckt. Und was ist die Folge? – Es ist ein Schaden für die Planungsverfahren. Es ist ein Hemmschuh für die kommunale Entwicklung, und es ist schädlich für die Artenvielfalt. Dank der Volksgesetzgebung und dem Begleitgesetz kommen jetzt zum Glück dringend erforderliche Aufgaben für die Naturschutzbehörden hinzu. Wir haben es gehört: Acht schon zugesagte Stellen kommen jetzt. Wir haben hier hundert weitere beantragt. Das wurde abgelehnt. Wir haben Mittelansätze für Artenschutz beantragt, nämlich für Landschafts- und Pflegehöfe. Das wurde abgelehnt. Wir haben auch mehr Mittel für Umweltbildung, für Umweltstationen beantragt. Das wurde abgelehnt. Es gibt seit dem Volksbegehren einen minimalen Aufwuchs zu Ihrem alten Haushaltsentwurf, als hätte sich kaum etwas getan. Das Meiste, was wir bekommen haben, sind Ankündigungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Juli werden wir ein Gesetz aus dem Volksentscheid beschließen. Wir werden ein Begleitgesetz verabschieden, aber die notwendigen Mittel zur Umsetzung fehlen. Deshalb werden wir dem Umwelthaushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus aktuellem Anlass noch ein Appell, Herr Glauber: Nehmen Sie den Stopp der Biotopkartierungen zurück! Sorgen Sie für mehr Sicherheit und Klarheit beim Umgang mit alten Streuobstflächen, anstatt vor Ort mit dem Kartierungsstopp nur der Unsicherheit Vorschub zu leisten! Ich weise Sie deutlich darauf hin, dass dort, wo Halsbandschnäpper, Wendehals, Steinkauz, Neuntöter und Grünspecht brüten, jetzt schon gesetzlich geschützte Flächen sind. Das hängt nicht mit der Kartierung zusammen. Machen Sie Ihren Job und stoppen Sie die Biotopkartierung –

(Heiterkeit und Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) – Zurufe)

– stoppen Sie die Biotopkartierung nicht! Stoppen Sie den Raubbau an der Natur! Halten Sie Wort und stoppen Sie das Artensterben! Danke fürs Aufpassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Friedl. – Als Nächster erteile ich ebenfalls für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordneten Rosi Steinberger das Wort.

(Zuruf von der CSU)

Rosi Steinberger (GRÜNE): Wir haben so viele Leute, die zu diesem Thema gut reden können, darum kommen Sie hier in den Genuss. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung finde ich nichts Neues und vor allem nichts Zukunftsweisendes, nicht im Bereich des Umweltministeriums und auch nicht beim Verbraucherschutz. Dabei ist der Verbraucherschutz für alle Bürgerinnen und Bürger von immenser Wichtigkeit. Ich möchte nur an die Digitalisierung

erinnern. Es gibt neue Herausforderungen. Wie schnell hat man im Internet einen Vertrag abgeschlossen, ohne die AGBs zu lesen. Offen gestanden, ich kenne niemanden, der die seitenlangen AGBs gelesen hat.

(Florian von Brunn (SPD): Doch, Prof. Hahn!)

Gerade deshalb ist eine ordentliche Ausstattung der Verbraucherverbände umso wichtiger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Verbraucherverbände beraten uns in diesen Angelegenheiten. Nun hat die Staatsregierung ein Pilotprojekt aufgelegt – der Kollege Bachhuber hat es noch erwähnt –, das sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung beschäftigt. Das ist viel Geld, um auszuloten, wo der Schuh drückt. Das hätte man auch billiger haben können, indem man nämlich diejenigen gefragt hätte, die tagtäglich mit diesen Problemen konfrontiert sind: die Verbraucherverbände. Sie können einfach auf die Homepage schauen; dann sehen Sie viele Informationen, was dort tagtäglich schon geleistet wird. Aber wir brauchen eigentlich kein Pilotprojekt. Die Verbände brauchen ausreichende Mittel für Personal, Miete und andere Ausgaben, zum Beispiel die Prozesskosten. Da gibt es echten Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verbraucherverbände sind nur die Spitze des Eisbergs. Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung gibt es noch viele weitere Enttäuschungen. Sehr enttäuscht hat uns zum Beispiel die mangelnde Unterstützung der Tierheime. Dabei sollte doch inzwischen jedem klar geworden sein, wie wichtig diese Einrichtungen sind und wie groß der Bedarf bayernweit ist. Diese eine Million Euro, Kollege Bachhuber, ist wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann noch so viele gute Gesetze erlassen, aber man muss dann auch dafür sorgen, dass sie durchgesetzt werden. Hier haben wir in

Bayern eine Dauerbaustelle. In vielen Bereichen gibt es einfach zu wenig Personal, um den Vollzug zu gewährleisten. Ich möchte nur an das Volksbegehren erinnern; für die Umsetzung dieser Beschlüsse brauchen wir jede Menge neuer Stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Bachhuber, wenn Sie darauf hinweisen, dass es im Haushalt viele neue Stellen gibt – wir haben 78 neue Stellen ausgerechnet –, dann müssen Sie gegenrechnen, wie viele Stellen gestrichen worden sind, nämlich 65. Unter dem Strich schaut das Ganze dann lange nicht mehr so gut aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Mangel betrifft zum Beispiel die unteren Naturschutzbehörden. Kollege Friedl hat es schon gesagt: Bei den Wasserwirtschaftsämtern und den Gewerbeaufsichtsämtern kürzen Sie sogar das Personal. Wie sollen denn die ihre Aufgaben erledigen? – Die Veterinärverwaltungen sind immer noch zu schlecht ausgestattet. Am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit herrscht weiter Mangel. Dabei hat der Bayern-Ei-Skandal eines gezeigt: Wir brauchen dringend mehr Personal, und zwar in allen Bereichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Petition hinweisen, die im letzten Jahr mehr Personal für das Labor des LGL gefordert hat. Diese Petition wurde vom Unterausschuss mit dem Votum "Würdigung" an das Umweltministerium weitergeleitet. Es hat aber nichts gefruchtet. Dem Wunsch konnte nicht entsprochen werden, hat Umweltminister Glauber uns vor Kurzem mitgeteilt. Ich stelle fest, Herr Kollege Bachhuber, wenn Sie sagen, alle Wünsche des Umweltministers wurden erfüllt, dieser Wunsch wurde nicht erfüllt.

Deshalb unser Fazit: Die wirklichen Probleme werden nicht angegangen, die Schwerpunkte falsch gesetzt. Der Umwelt- und Verbraucherschutz hätte mehr verdient als nur Almosen. Mehr gibt der Haushaltsentwurf der Staatsregierung aber leider nicht her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Steinberger. – Ich erteile nun dem Staatsminister Thorsten Glauber als Vertreter der Staatsregierung das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den Vorrednern der Koalition für das Lob für die Erstellung des Haushalts und für diesen kraftvollen Haushalt. Natürlich will ich auf die Kritik der Opposition eingehen. Es ist eine Zeit großer Herausforderungen. Menschen gehen auf die Straßen. Datenschutz, Artenschutz, Klimaschutz sind berechtigte Belange, die sie antreiben. Wir müssen Antworten finden. Es wurde angesprochen, wir leben in einer Zeit, in der man Themen wie Artensterben und Klimawandel wirklich angehen muss. Ich danke Herrn Kollegen Bachhuber, der dazu die Zahlen genannt hat. Dieser Haushalt ist um über 130 Millionen Euro angewachsen – 130 Millionen Euro! Damit umfasst der Umwelthaushalt zum ersten Mal über 1 Milliarde Euro. Wir haben einen Umwelthaushalt mit einem Volumen von über 1 Milliarde Euro geschaffen, und das zum 50. Geburtstag des Umweltministeriums.

Wenn immer kritisiert und erklärt wird, was man alles besser machen kann, und wenn Herr Kollege von Brunn immer davon spricht, was in Bayern alles nicht läuft, kann ich nur dazu auffordern: Schauen Sie doch einmal in die Länder, in denen Sie Verantwortung tragen! 50 Jahre Umweltministerium! Finden Sie ein Land, in dem Sie regieren, das 50 Jahre Umweltministerium vorweisen kann, 50 Jahre Einsatz für die Umwelt, 50 Jahre Einsatz für den Artenschutz, für die Artenvielfalt, für die Natur? Immer nur Kritik zu üben, ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich danke allen, die sich über 50 Jahre eingebracht haben. Es ist schön, dass man neben dem 50-jährigen Bestehen des Umweltministeriums auch den ersten Nationalpark feiern kann. Wir haben also zwei große Jubiläen im nächsten Jahr.

Die Kritik, der Haushaltsplan 12 würde die falschen Schwerpunkte setzen, können wir aus unserer Sicht klar zurückweisen. Das Umweltministerium hat eine der höchsten Investitionsquoten; sie beträgt über 30 %. Wir haben – das ist angesprochen worden – zu Recht einen Personalanteil von 50 %. Das ist gutes Personal, das wöchentlich für den Umwelt- und den Verbraucherschutz in Bayern einsteht und eine hervorragende Leistung bringt.

Ich danke dem Hohen Haus. Ich danke Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, für Ihr Ja zum Umwelt- und Verbraucherschutz, zur Lebensqualität. Und vor allem danke ich Ihnen für Ihre Professionalität und Ihr Herzblut für Umwelt- und Verbraucherschutz. Das sind die großen Themen, die Sicherheit der Menschen als Verbraucher, als Lebensmittelkonsumenten, Schutz der Menschen vor Hochwasser, es geht um die Daseinsvorsorge – das betrifft die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallwirtschaft, den Bodenschutz, die Altlastenbeseitigung –, hinzu kommen der Schutz und Erhalt unserer Natur, unserer Heimat, der Artenvielfalt durch Naturschutz, Landschaftspflege, Klimaanpassung und Klimaschutz.

Es wurde angesprochen, die Steigerungen im Haushalt wären zu gering. Schauen wir doch einmal auf die einzelnen Bereiche. Welche Steigerung ist zu finden? – Beim Klimaschutz haben wir eine klare Steigerung. Sie sagen immer, das sei zu wenig. Hierfür sind aber 70 Millionen Euro für das Umweltministerium zur Verfügung gestellt. Das bedeutet eine Steigerung von über 60 %. Beim Wasserbau haben wir eine Steigerung von 17 %. Beim Natur- und Artenschutz – hierauf bezieht sich einer Ihrer Hauptkritik-

punkte – haben wir eine Steigerung von 30 %. Es ist mir unbegreiflich, wie man hier bei einer Steigerung von 30 % allein in diesem Bereich solche Kritik üben kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es wurde auch mangelndes Geld für den Umgang mit dem Tierschutz und den Tierheimen angesprochen. Vorher gab es dafür gar kein Geld. Jetzt haben wir zum ersten Mal 3,4 Millionen Euro eingestellt. Ich bin deshalb der Meinung, das ist ein klares Signal. Natürlich geht immer mehr. Auch ich möchte gerne mehr. Vorher gab es aber gar nichts. Jetzt aber haben wir damit begonnen. Sie aber kritisieren, dass wir überhaupt begonnen haben. Das ist die andere Art und Weise, wie man mit diesem Thema umgehen kann.

Herausforderungen im Klimaschutz, Stadtklima, Natur. – Wir sind es angegangen: Klimainformationssystem, Klimaforschung an unserer Umweltforschungsstation am Schneefernerhaus, eine Landesagentur für Energie und Klimaschutz. Wir arbeiten gemeinsam an einem Klimaschutzgesetz. Ein bayerisches Klimaschutzgesetz ist gegenüber einer Bundesregelung aber immer nachgelagert. Wir arbeiten aber an einer Regelung. Wir werden als erste eine bayerische Kompensationsplattform schaffen, denn wir wollen nicht irgendwie irgendwo in der Welt kompensieren, nein, wir wollen in Bayern kompensieren, wir wollen ganz real in bayerische Projekte des Arten- und Naturschutzes investieren. Dafür wollen wir eine Kompensationsplattform schaffen.

Wir haben mit der Renaturierung der Moore angefangen. Die Moore sind ein wichtiger CO₂-Speicher. In die Renaturierung werden 6 Millionen Euro investiert. Letzte Woche war ich zum Startschuss des Masterplans Moore im Landkreis Dillingen. Das war ein klares Signal. Wir werden in Kombination von europäischen und bayerischen Mitteln, 2 Millionen Euro investieren. Wir werden mit dem Programm in 30 Jahren über 57.000 Tonnen CO₂ einspeichern. Das ist doch ein klares Signal. Doch auch hierzu gibt es Kritik vonseiten der Opposition. Wir gehen den Moorschutz, wir gehen den Kli-

maschutz an. Ich danke den beiden Regierungsfractionen, dass sie fraktionseigene Mittel beigesteuert haben, um das zu stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn wir über Klimaschutz sprechen, rufe ich auch der Bundesebene zu: Es hilft nicht weiter, den Klimaschutz immer nur an Bayern zu delegieren oder zu fragen, was wir hier in Bayern tun. Herr Kollege von Brunn, schauen Sie sich doch bitte an, was im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zum Klimaschutz steht. Darin steht, dass Sie sich für die Gebäudesanierung einsetzen. Das ist Ihnen sicherlich bekannt, denn Sie sind lange genug umweltpolitischer Sprecher: Wenn Sie den Koalitionsvertrag endlich erfüllen würden, den Sie mit der CDU/CSU geschlossen haben, würden mit jedem eingesetzten Euro sieben weitere Euro ausgelöst. Ich rate Ihnen, reden Sie doch einmal mit Ihrem Finanzminister, denn der blockiert das Ganze. Warum Ihr Finanzminister blockiert, ist mir völlig schleierhaft, und für das Klima ist gar nichts gewonnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Konjunkturpaket, ein Klimapaket ist gut, aber Sie sind offensichtlich nicht willens, dem auf Bundesebene beizutreten. Aber hier stellen Sie sich hin und sagen, die Staatsregierung würde ihre Aufgaben nicht erfüllen. Wir erfüllen unsere Aufgaben. Tun Sie das auf Bundesebene!

(Florian von Brunn (SPD): Dann sagen Sie uns doch mal, wie Sie Ihre Ziele erreichen wollen!)

Zum Natur- und Artenschutz: Mit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen" ist in Bayern ein klares Signal für mehr Artenschutz und mehr Artenvielfalt gesetzt worden. Das nehmen wir natürlich auf. Man kann immer Kritik für zu wenig Personal üben. Alle, die mit am Runden Tisch saßen, wissen aber ganz genau, dass es nicht um acht Stellen geht. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man sich hier – und das sage ich jetzt in Anführungszeichen – über acht Stellen "auslöst". Es geht vielmehr um 50 neue Stellen,

die durch das Volksbegehren ausgelöst werden. Es geht natürlich um acht Stellen, Sie wissen aber auch, dass man auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände mit der Staatsregierung für die nächsten vier Jahre 280 neue Stellen für die Landratsämter und die kreisfreien Städte zugesichert hat. 280 Stellen, viermal 70! – Sie aber sagen, es würden keine Stellen zur Verfügung gestellt. Ein klares Nein an Sie; es werden Stellen zur Verfügung gestellt, und zwar 280 plus 50. Sie hätten sich im Vorfeld nicht einmal getraut, ein solches Signal auch nur einzufordern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stehen natürlich zum Vertragsnaturschutz. Wir stehen natürlich, gemeinsam mit unseren Landschaftspflegeverbänden, zur Kulturlandschaftspflege. Ich bin dankbar, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium in Sachen KULAP stark unterwegs sind. Wir stärken unsere Naturparke und Nationalparke.

Es ist nicht in Ordnung, wenn behauptet wird, wir machten ein bisschen was in den Zentren und damit werde das Thema schon erledigt sein. Sie wissen genau, dass es in der Diskussion darum ging, wie wir es schaffen, Artenschutzprogramme in die Fläche zu bringen. Mir und dem gesamten Ministerium ist es wichtig, dass wir Artenschutzprojekte in ganz Bayern und nicht nur an einer Stelle aufsetzen. Wir werden überall in Bayern Artenschutzprojekte aufsetzen. Die Zentren mit ihrem Fachpersonal sind notwendig, um die Artenschutzprogramme ins Land zu bringen. Deshalb sind die Zentren wichtige Anker für den Artenschutz und die Artenvielfalt in ganz Bayern. Es ist wichtig, dass wir in der Fläche Zentren vorhalten, um genau dieses Thema aufgreifen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mein herzlicher Dank geht nochmals an alle, die im Vertragsnaturschutz, in der Landschaftspflege, der Kulturlandschaftspflege, den Landschaftspflegeverbänden und der Umweltbildung tätig sind.

Wenn wir schon über Umweltbildung sprechen: Suchen Sie andere Länder, in denen es 58 Umweltbildungseinrichtungen gibt! Immer zu sagen, das sei zu wenig, ist einfach. Mit 58 Umweltbildungseinrichtungen kann sich Bayern sehen lassen. Damit sind wir im Ländervergleich spitze und spielen in der Champions League.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unsere Umweltbildungseinrichtungen sind wertvoller Bestandteil unserer Struktur.

Das Volksbegehren ist schon angesprochen worden. Was bedeutet ein Volksbegehren? – Der Wille, im Rathaus eine Unterschrift zu leisten, ist das eine. Wir sollten aber mit der Umsetzung schon bei uns selbst beginnen. Die Bayerische Staatsregierung wird eine Bundesratsinitiative starten – sie kostet kein Geld –, in Privatgärten den Einsatz von Spritzmitteln zu verbieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie bei Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass eine Berufsgruppe, in diesem Fall die Landwirtschaft, dafür verantwortlich gemacht wird. Am Runden Tisch waren wir uns einig, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Es ist Aufgabe der Kirchen, der Gemeinden und Städte sowie der Landwirtschaft. Vor allem müssen wir vor unserer eigenen Haustür beginnen. Das fordere ich auch an dieser Stelle ein. Wer an andere die Forderung adressiert, mehr zu tun, möge bitte bei sich zu Hause beginnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nun zu dem Thema Daseinsvorsorge und Lebensmittelsicherheit: Kollege von Brunn, Sie sagen, die Lebensmittelsicherheit werde stiefmütterlich behandelt. Ja, es gab Bayern Ei. Danach ist die KBLV gegründet worden. Sie mögen aus Ihrer Sicht behaupten, es werde nicht geprüft oder es werde zumindest zu wenig getan. Ich würde an Ihrer Stelle versuchen, das Thema von der anderen Seite aus zu betrachten. Viele bayerische Bürger gehen tagtäglich einkaufen und wissen, dass sie in über 99 % der Fälle

ein geprüftes, besonders sicheres Lebensmittel aus Bayern erhalten. Ihre Sichtweise ist, immer nur auf das 1 % oder die 0,8 oder die 0,3 % abzustellen und als das große Problem darzustellen. Einmal darzustellen, dass über 99 % geprüft und geschützt sind, wäre der andere Ansatz. Das wollen Sie aber nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage Ihnen auch, warum Sie das nicht wollen: weil es viel weniger Spaß macht, das viele Gute darzustellen.

Zu dem Thema Malachitgrün hatten Sie mich in den Dialog gebeten. Ich habe Ihnen zugesichert: Wenn Sie Daten haben wollen, dann bekommen Sie Daten. Sie haben die Daten bekommen. Dann habe ich Ihnen das Angebot gemacht, Aufklärung darüber zu leisten, wie es mit der Gesundheitsgefährdung durch Fische mit 300 Mikrogramm Malachitgrün pro Kilogramm aussieht. Dann habe ich Sie eingeladen, zum LGL zu fahren. Die Türen dort stehen Ihnen offen. Wir schaffen Transparenz, damit Sie informiert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ja, ja, ich habe Sie dann auch persönlich noch eingeladen. Sind Sie gefahren, oder sind Sie nicht gefahren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Nein, Sie wollten nicht fahren, weil Ihnen diese Transparenz anscheinend nicht wichtig genug ist. Sie äußern hier Kritik. Ganz ehrlich, diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Ihnen ist angeboten worden, sich zu informieren; aber das wollten Sie nicht wahrnehmen. Ich bleibe dabei, dass ich eine solche Art und Weise nicht gelten lasse.

(Florian von Brunn (SPD): Weil Sie nicht die Wahrheit sprechen!)

Verbraucherschutz ist für die Bayerische Staatsregierung ein hohes Gut. Wir werden es hochhalten.

Am Ende möchte ich danken: Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett für die gemeinsame Beratung. Ich danke Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, die die Haushaltsberatungen mit vielen aufmunternden Worten positiv begleitet haben. Danke an die beiden Regierungsfractionen! Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen Mitarbeitern, den 7.700 Mitarbeitern des Umweltministeriums und aller nachgelagerten Behörden, für ihre hervorragende Arbeit in Bayern in Sachen Umwelt- und Verbraucherschutz. Ich danke allen Verbänden und Organisationen, die sich für Umwelt- und Naturschutz in Bayern einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Umwelt- und Naturschutz ist ein hoher Wert. Diesen schützen wir gemeinsam, auch für unsere Kinder und die kommenden Generationen.

Ich danke Ihnen, dass Sie diesem starken Signal eines großen Haushaltes zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Florian von Brunn gemeldet.

(Alexander König (CSU): Wer sonst?)

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, wenn wir über Erfolg oder Misserfolg beim Klimaschutz reden – das haben Sie geflissentlich vermieden –, dann müssen wir über den Treibhausgasausstoß in Bayern reden. In den Jahren seit 2007 haben bayerische Staatsregierungen keine Reduktion der Emission von Treibhausgasen mehr geschafft. Da noch keine Zahlen für die letzten Jahre veröffentlicht worden sind, wissen wir nicht, ob es irgendeinen Fortschritt gibt. Reden Sie bitte nicht von Erfolgen im Klimaschutz, wenn die Zahlen für Bayern das Gegenteil zeigen und Ihr Versagen bzw. das Versagen der Staatsregierungen der letzten Jahre klar dokumentieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie reden über den Bund. Der Bund schafft es trotz Zielverfehlung, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren; Bayern schafft es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Wenn Sie hier großspurig verkünden, was Sie angeblich alles in den Klimaschutz investieren, dann würde ich Sie bitten, uns konkret zu sagen, welche Maßnahmen in Bayern mit welchen Mitteln so großartig ausgestattet sein sollen. Wir konnten das im Haushaltsplan nicht entdecken.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht zugehört!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Kollege von Brunn, Punkt eins: Wir arbeiten gerade mit den einzelnen Häusern in Bayern an der Ausarbeitung eines Klimaschutzgesetzes. Wir sind gerade einmal sechs Monate in dieser Koalition in der Regierung. Lassen Sie uns doch erst einmal dieses Klimaschutzgesetz erarbeiten.

(Florian von Brunn (SPD): Sie weichen wieder aus!)

Sie sind schon länger in der Verantwortung.

(Lachen bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Gott sei Dank nicht!)

– Sie sind auf Bundesebene länger in der Verantwortung als wir hier in Bayern. – Wenn Sie jetzt damit kommen, was wir alles in Bayern regeln müssten, dann sage ich Ihnen auch dazu gern etwas.

(Florian von Brunn (SPD): Wenn Sie mit dem Finger auf andere zeigen, dann zeigen vier auf Sie zurück!)

Nein, ich habe gerade gesagt, dass wir am Klimaschutzgesetz arbeiten. Nach sechs Monaten fordern Sie von uns Ergebnisse. Wir sind dabei, sie zu erarbeiten. Auf Bundesebene sind Sie länger in der Verantwortung als wir hier.

Wenn man weiß, dass der Sektor Gebäudewärme 60 % der CO₂-Emissionen ausmacht – die Prozesswärme –, Sie dem Thema Gebäudesanierung aber nicht näher treten wollen, dann brauchen Sie mir nicht zu erklären, warum hier angeblich etwas nicht funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Die Wahrheit tut weh!)

Sie haben unterschrieben: Der deutsche Steuerzahler wird CO₂-Zertifikate für 2 Milliarden Euro kaufen müssen. Gleichzeitig verweigern Sie sich einem Klimaschutz über die Gebäudesanierung. Ich sage ganz ehrlich, dass ich das Geld lieber in Bayern, in Deutschland investiert hätte, statt Strafzahlungen zu leisten und CO₂-Zertifikate zu kaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es gibt noch eine Zwischenbemerkung von dem Kollegen Paul Knoblach von den GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, schön, dass Sie sich noch Zeit für mich nehmen. Ich habe Sie am geordneten Rückzug gehindert; den treten Sie halt nachher an. Wir alle müssen noch ein bisschen aushalten.

Ich will Sie fragen: Halten Sie Ihre Aufstockungen in den verschiedenen Etatbereichen, unter anderem Naturschutz, für ausreichend? Ich schildere Ihnen einen Fall, der für viele Fälle in Bayern exemplarisch ist. Sie dürfen gerne behaupten, das wäre vor Ihrer Zuständigkeit gewesen, aber das wird Ihnen nichts helfen, denn jetzt sind Sie zuständig. Als Beispiel nenne ich die Mainschleife bei Volkach. Die könnte Ihnen be-

kannt sein, vielleicht waren Sie dort schon einmal. Die meisten wissen, wo Volkach liegt.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ja, ist alles gut.

Paul Knoblach (GRÜNE): Die Region ist von Sand- und Kiesgruben durchsetzt. Manche sind 30 Jahre alt oder noch älter. Bis heute gibt es keine Spur von Renaturierung. Ich lade Sie herzlich ein, zu uns zu kommen und sich das anzuschauen. Ich würde mich allen Ernstes darüber freuen.

Ich frage Sie jetzt: Kennen Sie erstens diese Situation, die wir nicht nur in der Region Mainschleife, sondern in vielen anderen Regionen Bayerns auch haben? Es ist eine grobe Vernachlässigung.

Sind Sie, zweitens, wirklich sicher, dass Sie in Zukunft das Personal in den unteren und mittleren Naturschutzbehörden so aufstocken können, dass man endlich diesen Kontrollaufgaben nachkommen kann, dass man nicht nur Pläne schreibt, sondern auch deren Einhaltung kontrolliert?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Knoblach, danke schön. – Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Danke, Herr Kollege. Ich möchte nicht nur auf die Mainschleife eingehen, denn das Thema Renaturierung und Umgang mit Wasser ist nicht nur ein regionales Thema. Wir haben dort ein dreigliedriges Maßnahmenpaket. Fast ein Drittel aller Investitionen aus dem Haushalt des Umweltministeriums sind für das Wasser vorgesehen. Die Aussage, wir hätten dafür zu wenig Personal, stimmt einfach nicht. Aufgrund der Hochwasserereignisse ist das Personal enorm aufgestockt worden. Wir gehen in drei Stufen vor. Wir renaturieren die Gewässer dritter Ordnung. Bei den Gewässern erster und zweiter Ordnung haben wir zuerst dort begonnen, wo der Schutz vor dem HQ100, der Grundsatz für

die Bürgerinnen und Bürger, nicht auf diesem Level liegt. Unsere Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Ich verstehe Ihr Ansinnen. Meine Aufgabe ist es aber zuallererst, Menschen vor Hochwasserereignissen zu schützen. Deswegen werden wir dort beginnen, wo das Schadensereignis am größten war. Dabei gehen wir von oben nach unten vor. Gewässerschutz und Wasserbau ist eine ganz wichtige Aufgabe, die mit viel Geld vom Umweltministerium vorangetrieben wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/642 mit 18/653, 18/712 mit 18/717, 18/797 mit 18/801, 18/803 mit 18/815, 18/860 mit 18/863, 18/916 und 18/917, 18/958 mit 18/965 sowie 18/1034 mit 18/1037 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1775 zugrunde.

Wir beginnen mit den drei Abstimmungen über die Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form. Alle drei Änderungsanträge werden vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Ich beginne mit der Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/715 betreffend "Fachveröffentlichungen". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das ist das restliche Hohe Haus. Enthaltungen? – Stimmenthaltung von Herrn Swoboda (fraktionslos). Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/861 betreffend "Errichtung einer neuen Umweltbildungseinrichtung im Erweiterungsgebiet Biosphärenreservat Rhön streichen". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das gesamte restliche Hohe Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag auch abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/862 betreffend "Neuer Aufgabenbereich: Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten" abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Kollege Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das restliche Hohe Haus. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1775 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die AfD, die SPD und die GRÜNEN. Enthaltungen? – Der Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und der Kollege Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Die AfD und der Kollege Swoboda (fraktionslos).

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1775 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/958 mit 18/965 und 18/1034 mit 18/1037 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 12 abgeschlossen.

Der Kollege von Brunn möchte noch eine persönliche Erklärung zur Abstimmung nach § 133 der Geschäftsordnung abgeben.

(Zurufe von der CSU: Muss das sein? – Volkmar Halbleib (SPD): Bitte mehr Respekt vor der Geschäftsordnung!)

Florian von Brunn (SPD): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Umweltminister, Sie haben gerade eine Behauptung aufgestellt, die ich in der Form nicht stehenlassen kann und zurückweise. Sie haben mir tatsächlich angeboten, das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zu besuchen. Ich habe Ihnen daraufhin gesagt, dass ich mich dafür bedanke, dass ich es aber gut fände, wenn ich alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Umweltausschuss mitnehmen könnte. Genau so ist es dann auch im Umweltausschuss betont worden,

dass nämlich Sie den Umweltausschuss – das haben Sie bei Ihrem Besuch dort gesagt – in das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit einladen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege von Brunn, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? – Das ist eine Erklärung zu Ihrem Abstimmungsverhalten und keine Sachdebatte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein, das ist eine persönliche Erklärung!)

– Nein, zum Abstimmungsverhalten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Eine persönliche Erklärung muss er vor der Abstimmung abgeben! – Alexander König (CSU): Wir können ja eine Ältestenratssitzung einberufen, um diese Frage zu klären!)

Florian von Brunn (SPD): Eine persönliche Erklärung!

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Abstimmungsverhalten! Sie müssen erklären, warum Sie wie abstimmen. Das ist die Erklärung.

Florian von Brunn (SPD): Dazu komme ich jetzt.

Präsidentin Ilse Aigner: Dazu kommen Sie jetzt. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es keine weitere Debatte mehr geben kann.

Florian von Brunn (SPD): In diesem Punkt ging es um die Frage der Transparenz. Das habe ich in meiner Rede auch kritisiert. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe es in den vergangenen fünf Jahren weder unter Marcel Huber noch unter Ulrike Scharf erlebt, dass Schriftliche Anfragen und Anfragen zum Plenum in einer derart schlechten Art und Weise beantwortet werden, dass die Transparenz hier vollkommen fehlt und dass ich so viele Anfragen monieren musste. Das hat dazu geführt, dass ich heute aus besonderer Überzeugung diesen Haushalt abgelehnt habe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das mussten wir jetzt wirklich noch wissen! Eine so wichtige Aussage!)

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen jetzt zum letzten Tagesordnungspunkt für heute.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zu Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Stellenmehrung im Ministerium
(Kap. 12 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/797
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 18/798
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/799
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Verbraucheraufklärung
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/800
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)

Drs. 18/801

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/803

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/804

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik in der Umwelt
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/805

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/806
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionszuschuss für Tierheime
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/807
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Notfallfonds für tierschutzrelevante Großlagen
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/808
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss zum Planungskosten für das Raubtier- und Exotenasyls in Ansbach-Wallersdorf
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/809
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landesamt für Umwelt – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 12 09 Tit. 428 01)
Drs. 18/810
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerisches Artenschutzzentrum – Sonstige Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben
(Kap. 12 09 Tit. 459 84)
Drs. 18/811
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 18/812
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Untersuchung und Sanierung von Altlasten mit polyfluorierten Tensiden
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/813
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasser-rahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/814
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/815
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 12 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/712
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einholung von Gutachten und Beschaffung von Informationsmaterial
(Kap. 12 04 Tit. 526 75)
Drs. 18/713
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 12 02 Tit. 531 52)
Drs. 18/714
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 12 04 Tit. 531 75)
Drs. 18/715
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Veranstaltungskosten
(Kap. 12 04 Tit. 540 75)
Drs. 18/716
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Biodiversitätszentrum Rhön streichen
(Kap. 12 16)
Drs. 18/717
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 12 01 Tit. 812 01)
Drs. 18/860
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Errichtung einer neuen Umweltbildungseinrichtung im Erweiterungsgebiet Biosphärenreservat Rhön streichen
(Kap. 12 04 Tit. 710 00)
Drs. 18/861
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neuer Aufgabenbereich: Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten
(Kap. 12 09 Tit. 547 84)
Drs. 18/862
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgabenminderung von Leasingdienstfahrzeugen mit Elektroantrieb
(Kap. 12 12 Tit. 518 18)
Drs. 18/863
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/642
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/643
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/644
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 547 72 und 883 72)
Drs. 18/645
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittelbereitstellung für eine Potenzial- und Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark in Bayern
(Kap. 12 04 TG 71 – 72)
Drs. 18/646

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Bergsteigerdörfern
(Kap. 12 04 neue TG)
Drs. 18/647
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerisches Pilotprojekt zur Förderung des Katzenschutzes und Unterstützung der Tierschutzorganisationen bei besonderen Notsituationen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/648
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Befristung der Stellen am Bayerischen Landesamt für Umwelt
(Kap. 12 09 Stellenplan
Tit. 428 01 und 428 11)
Drs. 18/649
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Personalausstattung beim Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Schaffung 35 neuer Stellen
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/650
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Personalausstattung bei der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen durch die Schaffung neun neuer Stellen
(Kap. 12 24 Tit. 422 01)
Drs. 18/651
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Befristung der Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern
(Kap. 12 77 Stellenplan Tit. 422 01, 428 70, 428 90, 428 91, 428 92)
Drs. 18/652
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämter durch die Schaffung 17 neuer Stellen
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 18/653
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung des Tierschutzes
(Kap. 12 08 Tit. 536 60)
Drs. 18/916
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Titel 893 02)
Drs. 18/917

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Kerstin Celina

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Jan Schiffers

Abg. Doris Rauscher

Abg. Julika Sandt

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Johannes Becher

Abg. Johann Häusler

Abg. Ulrich Singer

Abg. Florian Ritter

Abg. Eva Lettenbauer

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 10

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie,
Arbeit und Soziales**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/948 mit 18/953),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der
Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/956, 18/957, 18/1033),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 18/783 mit 18/796),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/954,
18/955),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/695 mit 18/707,
18/857 mit 18/859),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/657 mit 18/675),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/897 mit 18/899,
18/901 mit 18/914)

Die Gesamtredezeit beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat wiederum eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten reden. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der AfD-Fraktion, der SPD- und der FDP-Fraktion 6 namentliche und 9 Abstimmungen in einfacher Form bean-

tragt wurden. Bitte vergewissern Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie noch genügend Stimmkarten in Ihren Stimmkartentaschen haben. Es wurden für Sie in den Postfächern im Lesesaal neue Stimmkartentaschen hinterlegt. Bitte holen Sie dort rechtzeitig Ihre Stimmkartentaschen ab.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Dr. Gerhard Hopp von der CSU-Fraktion. – Bitte schön, Herr Dr. Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten in dieser Woche einen Rekordhaushalt, der Maßstäbe für beste Bildung, gute Arbeitsplätze und ein sicheres Umfeld setzt. Wir beraten gemeinsam einen Rekordhaushalt, der vor allem Vertrauen in die Menschen zeigt und Mut und Zuversicht bei den Menschen hervorbringen will. Es ist in Zeiten, in denen wir ein immer unsichereres Umfeld erleben, wichtig, hier in diesem Hohen Haus einen positiven Gegenpunkt zu setzen. Das gilt ganz besonders für den Sozialhaushalt, den wir heute hier gemeinsam beraten.

Wir wollen ein soziales Bayern mit einer Gesellschaft, in der der Einzelne für sich selbst Verantwortung übernimmt, aber auch bereit ist, für andere Verantwortung zu übernehmen. Wir stehen für ein klares Ja zu Familien, für ein klares Ja zu Kindern, in denen diese Verantwortung, die ich angesprochen habe, nämlich für sich selbst und für andere einzustehen, ganz besonders zum Tragen kommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir, die Regierungsfaktionen, verstehen uns als Familienkoalition, die Familien zur Seite steht. Sie steht Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Seite, schreibt aber gleichzeitig kein Modell vor, sondern ermöglicht unterschiedliche Lebensmodelle und anerkennt und wertschätzt die Erziehungsarbeit. Das zeigt sich eindrucksvoll an den Zahlen des vorgelegten Entwurfs.

Der Sozialhaushalt wächst um rund 800 Millionen Euro an – das sind fast 15 % in diesem Jahr 2019 – und weitere 400 Millionen Euro, fast 7 %, im kommenden Jahr. Die familienpolitischen Leistungen steigen gegenüber dem letzten Doppelhaushalt um rund 2,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7,2 Milliarden Euro an. Das entspricht einem Anteil von über 56 % der Ausgaben. Das heißt, wir geben mehr als jeden zweiten Euro in unserem Sozialhaushalt für Familien, für die Stärkung und die Entlastung von Familien aus. Bayern ist das Familienland Nummer eins, und wir wollen das auch bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer beispielsweise wie die SPD in den Haushaltsberatungen noch davon spricht, hier seien keine Schwerpunkte zu erkennen, der hat den Haushaltsentwurf vielleicht nicht ausreichend gelesen.

Wir geben jungen Familien und jungen Kindern beste Startbedingungen mit auf den Lebensweg. Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deswegen macht natürlich vor allem die Förderung der Kindertageseinrichtungen den Aufwuchs im Sozialhaushalt aus. Wir geben hier in diesem Jahr 2,3 Milliarden Euro aus, im nächsten Jahr 2,6 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, das sind Steigerungen von 335 Millionen Euro in diesem Jahr und von fast 620 Millionen Euro – eine stolze Summe – im kommenden Jahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir entlasten die Eltern bei den Beiträgen während der gesamten Kindergartenzeit um 100 Euro pro Monat. Das ist nochmal fast eine halbe Milliarde Euro, die eingeplant ist.

Wir unterstützen die Kommunen tatkräftig beim Ausbau der Betreuungsplätze. Wir wollen 10.000 Hortplätze und insgesamt 42.000 Plätze für Kinder unter sechs Jahren schaffen. Meine Damen und Herren von der Opposition, weil Sie auch da bei den Beratungen im Ausschuss immer so leicht darüber hinweggegangen sind: Zuständig für

den Ausbau der Betreuungsplätze sind die Kommunen. Für die Investitionskosten ist hier noch ein anderer Einzelplan, der Einzelplan 13 mit Artikel 10 des FAG zu nennen. Auch da sind 120 Millionen Euro für dieses Jahr und 140 Millionen Euro für nächstes Jahr eingeplant. Diese Summen sind in diesem Haushalt, im Sozialhaushalt, nicht zu sehen; wir unterstützen als Freistaat Bayern die Kommunen aber dennoch freiwillig und tatkräftig bei ihrer Aufgabe.

Ergänzend zum Sonderinvestitionsprogramm des Bundes geben wir im Sozialhaushalt in diesem Jahr trotzdem zusätzliche Landesmittel in Höhe von 36 Millionen Euro aus. Insgesamt sind das mit 62 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen fast 100 Millionen Euro, die wir hier zusätzlich ausgeben. Das bedeutet, wir können hier von Förderhöhen von bis zu 90 % sprechen.

Bayern ist hier deutschlandweit vorbildlich engagiert. Wir haben die bisherigen Bundesmittel von fast 700 Millionen Euro, die geflossen sind, um zusätzlich fast eine Milliarde Euro von unserer Seite erhöht.

Meine Damen und Herren, gute Betreuung heißt für uns natürlich auch gute Ausstattung, heißt auch gute Bezahlung. Wir nehmen deswegen für die Betriebskostenförderung in diesem Jahr über 100 Millionen Euro mehr in die Hand, im nächsten Jahr sind es sogar über 185 Millionen Euro. Das ist die stolze Summe von 3,7 Milliarden Euro für die Betriebskostenförderung nach BayKiBiG. Noch vor zehn Jahren hatten wir im Haushalt die Summe von rund 650 Millionen Euro. Das heißt, wir haben die Mittel für die Betriebskostenförderung in einem Jahrzehnt nahezu verdreifacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen kann ich auch sagen: Selbstverständlich ist uns die Qualität der Betreuung ein Anliegen. Das ist nicht erst so, seitdem es das Gute-KiTa-Gesetz auf Bundesebene gibt, sondern so ist es bereits seit Jahren. Wir haben die Betreuungsschlüssel in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verbessert.

Wir sind jetzt bei einem Verhältnis von unter 1 : 10 angekommen. Wir haben Qualität und Quantität immer gleichzeitig im Blick gehabt. Deswegen wird selbstverständlich ein gewichtiger Teil der Mittel, die vom Bund kommen, auch für den Ausbau der Qualität eingesetzt werden.

(Johannes Becher (GRÜNE): Nicht einmal die Hälfte!)

Es gibt in den nächsten Jahren knapp 100 Millionen Euro für Tagespflegepersonen, für einen Leitungsbonus, für Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung usw.

Meine Damen und Herren, der zweite Baustein neben qualitativ und quantitativ guter Betreuung unserer Kinder ist für uns aber auch die Wertschätzung und die Anerkennung der Erziehungsleistungen. Dafür gibt es das einmalige Bayerische Familiengeld, für das wir in diesem Doppelhaushalt die stolze Summe von 1,5 Milliarden Euro einstellen. Wir wollen – das ist ein entscheidender Punkt –, dass jeder einzelne dieser 1,5 Milliarden Euro bei den Familien und Kindern auch ankommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben deswegen dafür gekämpft, dass das Familiengeld den Empfängern von Grundsicherung auch ohne Anrechnung zugutekommt. Wir zahlen auch deswegen unbürokratisch aus, weil wir davon überzeugt sind, dass es besser ist, wenn das Geld bei den Familien statt bei der Verwaltung ankommt.

Meine Damen und Herren, es ist schon erstaunlich, dass Sie, wie zum Beispiel die GRÜNEN in den Haushaltsberatungen gesagt haben, das Geld offensichtlich lieber in aufwändige Bedürftigkeitsprüfungen gesteckt hätten. Im letzten Sommer mussten wir erleben, dass der SPD-Bundessozialminister das Geld für die wirklich Bedürftigen eben nicht auszahlen wollte.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Wir als CSU, wir als Regierungskoalition, stehen hier ganz klar für eine familien- und kinderfreundliche Politik. Meine Damen und Herren, in der Gesamtsicht setzt der Sozialhaushalt ein Ausrufezeichen für eine moderne, für eine unterstützende Familienpolitik.

Zu einem echten Miteinander in der Gesellschaft gehört selbstverständlich auch die Bekämpfung von Gewalt – Gewaltprävention –, und in diesem Doppelhaushalt stehen 24 Millionen Euro zur Verfügung, um den von Sozialministerin Kerstin Schreyer schon vorgelegten Plan zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention umzusetzen.

Wir wollen Obdachlosen helfen. Wir wollen die Kommunen in ihrer Aufgabe unterstützen, Obdachlosen unter die Arme zu greifen. Das tun wir ganz konkret – ich möchte nur zwei Punkte schon jetzt erwähnen – mit der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern, für die wir jährlich 2,5 Milliarden Euro bereitstellen, und mit der Umsetzung des Aktionsplans "Bayern hilft Obdachlosen".

Wir helfen auch den Helfern, beispielsweise bei den Tafeln. Wir haben mit der Fraktion einen Antrag eingebracht, um hier nochmals 200.000 Euro für die Ausbildung, für die Logistik und für die Fortbildung einbringen zu können.

Wir sind und bleiben Partner der Vertriebenen, meine Damen und Herren. Wir stehen zur Schirmherrschaft über den vierten Stamm, im Gegensatz zur FDP-Fraktion, die Mittel streichen wollte. Wir haben uns im Gegensatz dazu in den Beratungen für einen Anstieg der Ansätze eingesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir stehen auch zu unserer Jugend. Wir bauen auf eine gute, auf eine erfolgreiche Jugendarbeit. In den letzten beiden Doppelhaushalten und auch im Nachtragshaushalt 2018 – das habe ich als jugendpolitischer Sprecher begleiten dürfen – haben wir die Mittel außerordentlich erhöhen können. Jetzt stehen insgesamt 5,4 Millionen Euro pro Jahr mehr zur Verfügung als noch vor fünf Jahren,

und das heißt strukturell 20 % mehr für die Jugendarbeit in Bayern als noch 2014. Damit haben wir den höchsten Stand der Finanzierung für die Jugendarbeit in der Geschichte Bayerns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir als CSU schätzen die Arbeit des Bayerischen Jugendrings. Wir stellen uns deswegen auch ganz klar gegen den Antrag der AfD, die hier Mittel streichen wollte. Wir setzen uns auch ganz klar dafür ein, wenn es um die Förderung der Demokratie geht, beispielsweise mit dem Projekt "mehrWERT Demokratie" an den bayerischen Schul-landheimen. Wir können damit nochmals einen positiven Akzent setzen, um Jugendliche an Demokratie heranzuführen.

Nicht zuletzt: Wir wissen auch um den Wert der Ehrenamtlichenengagements. Mit den Koordinierungszentren, mit der Bayerischen Ehrenamtskarte und seit 2018 mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wertschätzen und fördern wir bürgerschaftliches Engagement. Dieses Engagement von unserer Seite werden wir fortsetzen. Warum? – Weil wir wissen, dass die Menschen, die mehr tun, als verlangt wird, Bayern in einem ganz besonderen Maß ausmachen.

Was zeigt uns das zusammenfassend? – Bayern steht an der Seite der Familien, unterstützt die Schwächeren in der Gesellschaft, steht für eine generationengerechte Gesellschaft und hat alle sozialen Akteure im Blick. Dieser Sozialhaushalt setzt Maßstäbe in Deutschland, und er verdient die Zustimmung aller Fraktionen des Hohen Hauses. Dank gebührt der Sozialministerin Kerstin Schreyer, ihrer Sozialstaatssekretärin Carolina Trautner und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ressorts für die herausragende Arbeit für ein soziales Bayern, das an alle Generationen denkt und den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördert.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen deshalb den vorliegenden Haushalt und bitten um Ihre Zustimmung.
– Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat die Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Seit Wochen verkündet die Staatsregierung, wie viel Geld sie in diesem Doppelhaushalt in den Sozialhaushalt stellen wird. Verglichen mit den vergangenen Haushalten ist es tatsächlich eine Menge Geld.

Vom Umfang und von der Bedeutung her ist der Haushaltsbereich, der sozialpolitische, familienpolitische und jugendpolitische Maßnahmen umfasst, tatsächlich enorm gewachsen, aber leider stimmt die Richtung nicht. Der Sozialhaushalt ist der Plan, der die Armutsbekämpfung in den Fokus nehmen soll, und genau da klafft doch eine große Lücke. Sie haben den Haushalt wie einen Luftballon aufgeblasen, ohne zielgerichtet die Kernprobleme anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei liegt die Armutsquote bei Kindern in Schweinfurt bei 21 %; der Bericht dazu ist gerade online in der "Main-Post" erschienen.

Frau Ministerin, Sie sind in der selten komfortablen Situation, mit Unterstützung des Kabinetts, der CSU und der FREIEN WÄHLER das Geld mit vollen Händen ausgeben zu können, und Sie geben viel Geld aus – vieles davon aber leider an der falschen Stelle. Es ist, als würden Sie eine Gießkanne wild hin- und herschwenken, statt zielgerichtet die Pflanzen zu begießen, die dringend Wasser brauchen. Wenn Sie das Wasser aus der Gießkanne aber nicht dafür nutzen, um zielgerichtet die Pflanzen zu gießen, die es dringend brauchen, bekommen sie nicht genügend Wassertropfen ab und gehen ein.

Frau Ministerin, Sie kennen Unterfranken, Sie waren schon bei uns. Sie kennen die Fränkische Trockenplatte. Dort sinkt der Grundwasserspiegel seit Jahren kontinuierlich, weil mehr Grundwasser entnommen als nachgebildet wird. Ebenso wie wir dringend eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung bei uns brauchen, brauchen wir eine nachhaltige Sozialpolitik in Bayern. Genau das ist Ihre Sozialpolitik eben nicht. Sie ist weder nachhaltig noch investiv. Im Gegenteil, sie bläht den Haushalt auf, und sie ist eine immense Belastung für die künftigen Haushalte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin Diplomvolkswirtin, und ich habe in meinem Studium gelernt, dass man das Gesparte am besten verwendet, um zu investieren; mir wurde beigebracht, dass das zukunftsorientiert ist. Wenn man es einfach nur ausgibt, ist es ganz schnell verpufft und weg, und man hat keine andere Wahl, als ein paar Jahre später wieder kürzer zu treten. Wenn die Rücklagen aufgebraucht sind, sind sie einfach weg, und dann ist kein Geld mehr da für eine nachhaltige investive und zielgerichtete Sozialpolitik.

Sie zahlen jeder Familie in Bayern Familiengeld, aber diejenigen, die es am dringendsten brauchen, zum Beispiel die Alleinerziehenden, die aufstockende Leistungen vom Jobcenter bekommen, die Hartz-IV-Empfänger, waren entgegen Ihrer Ankündigungen erst einmal lange außen vor. Inzwischen hat die Staatsregierung eingesehen, dass ihr damals hastig zusammengeschriebener Gesetzentwurf in der Form Murks und so nicht mit Bundesgesetzen vereinbar war. Jetzt ändern Sie die Definition der Antragsberechtigten ein klitzekleines bisschen, aber nicht die Zweckbestimmung. Ich bin mir nicht sicher, ob das reicht, um das Familiengeld in Zukunft eindeutig von anderen Sozialleistungen abzugrenzen; denn die Zweckbestimmung des Gesetzes hat sich nicht geändert. Aber vielleicht reicht es wenigstens, um den Streit auf dem Rücken derjenigen zu beenden, die schon die ganze Zeit darunter leiden mussten, nämlich die Menschen, die das Familiengeld am nötigsten brauchen und die darauf hoffen, endlich eine Nachzahlung zu bekommen. Denen brennt es auf den Nägeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, es ist doch Ihre Aufgabe, genau diese 8 % der bayerischen Familien, die erst einmal nichts vom Familiengeld hatten, weil es mit den anderen Leistungen verrechnet wurde – also die ärmsten –, zielgenau zu unterstützen, und nicht, statt dieser Familien die restlichen 92 % zu pampern, weil die CSU in letzter Verzweiflung kurz vor der Landtagswahl Geschenke verteilen wollte in der Hoffnung, mehr Stimmen zu bekommen.

Sehr geehrter Herr Kollege Hopp, wir reden hier über den Haushalt, über Zahlen, aber wir müssen auch über die Menschen sprechen. Wenn junge Alleinerziehende mir zeigen, dass das Jugendamt ihre Krippenkosten nicht mehr übernehmen darf, weil es jetzt Familiengeld gibt und sie dann gleichzeitig ihre Jobcenterleistungen um das Familiengeld gekürzt bekommen, ist das, als würden Sie gerade denen, die es am dringendsten brauchen, statt 10 Euro auszuzahlen, 20 Euro abziehen. Diese Fälle gab es. Wie kann das in dem sogenannten Familienland Bayern sein? Und das nur, weil Ihr Ministerpräsident selbstherrlich eine Leistung versprochen hat, die Sie ohne eine gescheite Absprache mit Ihrem Koalitionspartner im Eilverfahren vor der Wahl durchpeitschen mussten.

Zum Schluss noch ein paar Sätze zu unseren Änderungsanträgen. Inklusion und Teilhabe sind besonders wichtige Aufgaben der Sozialpolitik, denen zu helfen, die eine besondere Unterstützung brauchen. Ich wünsche mir, dass Sie den Mut haben werden, in dieser Legislaturperiode das Gehörlosengeld anzugehen. Wir GRÜNE haben Mittel für ein Gehörlosengeld in unseren Haushaltsentwurf eingestellt. Wir haben Ihnen im letzten Jahr einen Gesetzentwurf präsentiert. Sie haben ihn abgelehnt. Jetzt haben Sie den Haushalt in immense Höhen aufgebläht, aber die Gehörlosen haben Sie nicht berücksichtigt. Im Gegensatz zu Blinden, Taubblinden, hochgradig Sehbehinderten und hörsehbehinderten Menschen haben Gehörlose und hörbehinderte Menschen in Bayern bisher keinen Anspruch auf einen Nachteilsausgleich, in vielen anderen Bundesländern aber schon. Deswegen frage ich Sie: Wieso halten Sie Familiengeld und

die Kitabbeitragsfreiheit für die obersten zehn Prozent für wichtiger als Gehörlosengeld? Hätten Sie diese Leistungen nicht derart weit ausgedehnt, könnten wir locker das Gehörlosengeld finanzieren, das wir mit unserem Änderungsantrag heute und hier beantragen. Heute haben Sie die Gelegenheit, dazu Stellung zu beziehen und zu sagen, ob Sie das Gehörlosengeld prinzipiell unterstützen und ob Sie Spielraum dafür in dieser Legislaturperiode und trotz dieses aufgeblähten Haushalts sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin, Sie haben gesagt, wir sollten über die Menschen reden. Sie haben vollkommen recht. Wir reden beim Sozialetat über Menschen, wir reden darüber, was der Freistaat Bayern in Menschlichkeit investiert. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn der Freistaat nicht nur 7 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt in den Sozialetat investiert, sondern diesen auch noch um 2,4 Milliarden Euro erhöht, dann ist das eine grundsolide Investition in Menschen und in Menschlichkeit. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Bayern ist nicht nur eine wirtschaftliche Boomregion, Bayern ist auch eine soziale Boomregion. Auch das dürfen wir an dieser Stelle sagen. Wir investieren in Menschlichkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich bin Herrn Kollegen Hopp sehr dankbar; er hat schon den Ritt durch die Breite der Themen unternommen. Ich möchte mich deswegen auf drei Punkte konzentrieren, die mir in dem Einzelplan wichtig sind.

Das eine – es wurde schon angesprochen – ist die Jugendarbeit. Bayern weiß, was es an seinen ehrenamtlich engagierten Jugendlichen, an seinen Jugendverbänden und am Bayerischen Jungendring hat. Den Bereich fördern und unterstützen wir, darin investieren wir. Wir werden uns von keiner Partei sagen lassen, dass die Förderung des Engagements junger Menschen schädlich ist. Im Gegenteil, das ist der Grundstock für demokratische Entwicklung in unserem Freistaat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden das auch im Blick haben. Ein Haushalt muss sich weiterentwickeln, auch wenn wir jetzt einen Rekordetat für die Jugendarbeit haben. Wir werden auch das beim Nachtragshaushalt und bei weiteren Haushalten weiterentwickeln. Wir haben unsere Jugend im Blick; denn unsere Jugend ist unsere Zukunft.

Der zweite Bereich, den ich herausgreifen möchte und der mir auch sehr wichtig ist, ist die Vertriebenenkultur in Bayern. Wir investieren auch in diesen Bereich. Wir wissen, was die rund zwei Millionen Heimatvertriebenen für unsere Heimat geleistet haben. Sie haben unsere Heimat zu ihrer eigenen Heimat gemacht. Wir erinnern an die Aufbauarbeit, die da geleistet wird. Deshalb investieren wir in diesem Bereich flächendeckend. Das ist wichtig, und darauf können wir stolz sein. Wir sehen den vierten Stamm Bayerns als einen wichtigen und unverzichtbaren Teil unserer Kultur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein dritter Bereich, der indirekt damit zusammenhängt und der mir als Vorsitzendem des Europaausschusses sehr wichtig ist, ist der Bereich der bayerisch-tschechischen Beziehungen. Da gibt es zwei Punkte, auf die ich auch persönlich ein bisschen stolz bin. Wir haben es geschafft, im Bereich der vorschulischen Sprachbildung ein wertvolles und erfolgreiches TANDEM-Projekt fortzuführen und zu erhalten, das in Kindergärten und Kinderkrippen im Grenzbereich dafür gesorgt hat, dass Kinder spielerisch die Sprache ihres Nachbarn lernen. Auch wenn wir einen Betrag ersetzen mussten, den ein anderes Bundesland nicht mehr zahlen wollte, so muss ich doch sagen: Diese In-

vestition lohnt sich; denn wenn Kinder spielerisch die Sprache ihres Nachbarn lernen, dann ist das eine Grundvoraussetzung für viele weitere Entwicklungen, für Verständigung im wahrsten Sinne des Wortes im bayerisch-tschechischen Grenzraum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn ich von Verständigung spreche, dann meine ich auch Versöhnung. Ich bin froh, dass wir einen großen Posten in diesem Haushalt weiter ausgebaut haben. Wir fördern Vereine und Verbände, zum Beispiel die Ackermann-Gemeinde, die ganz konkret Versöhnungsarbeit leisten; sie bringt Jugendliche aus Tschechien, Deutschland und der Slowakei zusammen. Ich war selber schon bei einigen Veranstaltungen dabei. Da merkt man, wie wichtig es ist, dass Menschen sich begegnen; dann haben Vorurteile keine Chance. Da können wir auch einen wichtigen Beitrag leisten. Da ist jeder Cent sinnvoll investiert.

Das sind die drei Bereiche, auf die ich hinweisen wollte. Ganz wichtig ist: Wir investieren unglaublich viel Geld in Menschlichkeit, wir sind eine soziale Boomregion, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Jan Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Bayern ist Familienland", das ist das Credo der Regierungskoalition. Auch im Rahmen der Beratungen des Doppelhaushaltes 2019/2020 ist die Koalition nicht müde geworden, diese plakative Äußerung zu wiederholen und zu betonen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Zu Recht!)

Ja – das müssen auch wir als AfD-Fraktion anerkennen –, zum Teil geht das in die richtige Richtung. Es werden durchaus Maßnahmen intensiviert, die auch wir als sinnvoll erachten. Beispielhaft möchte ich das Familiengeld nennen, das Familien zugutekommt, aber auch der Kitausbau ist etwas, was wir grundsätzlich begrüßen. Wir legen dabei den Fokus nicht nur einseitig auf Qualität, sondern wir sind für eine Mischung aus Quantität und Qualität.

Dennoch bestehen aus unserer Sicht einige Felder, wo noch deutlich mehr getan werden müsste. Aus dem Grunde haben wir Änderungsanträge eingereicht; ich möchte zwei vorstellen und hier um Zustimmung werben.

Zum einen ist es so, dass aus unserer Sicht deutlich mehr Mittel für den Schutz des ungeborenen Lebens und die Unterstützung von alleinerziehenden und jungen Müttern in Not bereitgestellt werden müssten. Wir haben hier in Bayern die Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind, die gute Arbeit leistet und mit einer Vielzahl von Maßnahmen diesen Personenkreis unterstützt. Es geht um ganz praktische Dinge, zum Beispiel um das kurzfristige Zurverfügungstellen einer Haushaltshilfe bis hin zur finanziellen Unterstützung für Anschaffungen, die mit der Geburt eines Kindes einhergehen. Die Stiftung unterstützt allgemein werdende Mütter in Not, gerade auch kinderreiche Familien. Das ist eine Gruppe, die leider öfter vergessen wird.

Im Rahmen der Beratungen des zuständigen Haushaltsausschusses hat der Vertreter der CSU unseren Änderungsantrag mit der Begründung abgelehnt, die bislang vorgesehenen Mittel seien ausreichend. Die Frage ist: Stimmt das, reichen die Mittel wirklich? – Schauen wir uns an, wie die Zahlenlage in Bayern ist. Im Jahr 2018 hatten wir im Freistaat Bayern 11.600 Schwangerschaftsabbrüche. Das waren alles Einzelschicksale, gar keine Frage. Vier von diesen 11.600 Fällen waren darin begründet, dass der Schwangerschaft ein Sexualdelikt zugrunde lag. In rund 700 Fällen war der Schwangerschaftsabbruch medizinisch indiziert. Das heißt, der ganz überwiegende Teil, nahezu 10.900 Fälle, erfolgte aufgrund der Beratungsregelung. Allein in Anbetracht dieser

blanken Zahlen muss ich für die AfD ganz klar sagen: Nein, es reicht nicht aus, was bisher im Etat hierfür vorgesehen ist. Hier müssen wir deutlich nachlegen.

(Beifall bei der AfD)

Es kann in unserer Gesellschaft generell, aber besonders in einem finanzstarken Land wie Bayern – das wird immer wieder betont – nicht sein, dass junge Frauen, die ungewollt schwanger geworden und nahe der Verzweiflung sind, weil sie sich das Kind vielleicht nicht leisten können, sich allein aus finanziellen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Da müssen wir ganz klar sagen: Diese Stiftung wollen wir mit einer Million Euro zusätzlich ausstatten. Jeden, dem Familie am Herzen liegt und der für sich in Anspruch nehmen möchte, dass Bayern ein Familienland ist, und dem der Schutz des ungeborenen Lebens ein Anliegen ist, bitte ich ausdrücklich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Punkt: Der Kollege von der CSU, der dazu schon gesprochen hat, hat betont, dass durchaus in den Bereich der Gewaltprävention investiert wird; das erkennen wir auch an. Aber wir als AfD sind der Meinung, dass hier noch mehr Unterstützung erfolgen und es noch mehr finanzielle Zuwendung geben müsste, gerade was die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder angeht. Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen und Kinder gibt es in Bayern in allen Bevölkerungsgruppen und in allen sozialen Schichten. Dennoch ist leider festzuhalten, dass diese Gewalt durch die erfolgte Zuwanderung gerade aus dem Nahen Osten häufig – also keineswegs immer, das möchte ich wirklich klarstellen – mit einem patriarchalisch geprägten Umfeld und einem anderen Werteverständnis, was die Stellung der Frau angeht, einhergeht. Da brauchen wir noch mehr Mittel, um Frauen und Kindern, die aus diesen Strukturen ausbrechen möchten, zu helfen. Hier ist der Freistaat gefordert.

Wir sind daher der Meinung, dass in Bayern für alle Frauen und Kinder bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen muss, wenn betroffene Frauen und ihre Kinder zum Beispiel das Frauenhaus verlassen.

(Beifall bei der AfD)

Sie wissen, wie angespannt vor allem in den Ballungsräumen die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist. Leider ist es oft so, dass den gepeinigten Müttern und Kindern, oftmals auch Mädchen, nichts anderes übrigbleibt, als in die alte Struktur zurückzukehren. Da kommt man dann in eine Gewaltspirale zurück. Dann werden Plätze in Frauenhäusern mehrfach belegt, weil die Frauen vielleicht irgendwann doch wieder dahin flüchten müssen. Da müssen wir aus unserer Sicht deutlich nachlegen. Ich möchte deshalb alle Fraktionen, aber insbesondere diejenigen, die die Frauenrechte hochhalten und die für sich in Anspruch nehmen, für Gewaltfreiheit einzutreten, um Zustimmung bitten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialhaushalt ist einer der ganz wichtigen Teile des Staatshaushaltes. Hier können wir das Leben aller Menschen in unserem Land verbessern und gute Lebensbedingungen gestalten. Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sind zentrale Bausteine, die einen Haushalt für Familie, Arbeit und Soziales auszeichnen müssen, für alle Generationen und für alle Lebenslagen, oft gerade auch dann, wenn im Leben nicht alles rund läuft.

Herr Ministerpräsident Söder meinte heute Vormittag, dass Bayern das coolste Land sei. – Ja, in Bayern müssen sich wirklich viele Menschen besonders warm anziehen –

leider –; denn die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Bayern, oft trotz Arbeit, besonders weit auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Wie kann das sein? – Sie werfen hier mit durchaus beeindruckenden Zahlen und Summen um sich. Das Haushaltsvolumen ist tatsächlich stark angestiegen. Ja, Sie haben an der einen oder anderen Stelle mehr Geld eingeplant. Bei den Frauenhäusern und dem Gewaltschutz haben Sie endlich nachgelegt. Als Sozialdemokraten haben wir uns hier seit vielen, vielen Jahren den Mund fransig geredet, dass es mehr Geld braucht. Es freut uns, dass Sie endlich handeln und deutlich mehr Geld einstellen. Da sind wir uns sicher einig. Es freut mich auch, dass die Landesseniorenvertretung Bayern mehr Geld bekommt. Auch das ist mit ein Verdienst der SPD; denn wir waren auch hier seit vielen, vielen, vielen Jahren in den Haushaltsberatungen an diesem Thema dran.

(Beifall bei der SPD)

Aber ein bisschen Verbesserung hier, ein bisschen Verbesserung da reicht nicht, um die großen sozialpolitischen Fragen wirklich zu beantworten. Mehr als kosmetisches Übertünchen gibt es von Ihnen in Teilbereichen nicht. Statt kraftvoll an Schlüsselstellen Geld zu investieren, die nicht so populär sind, gibt es einen Tropfen auf den heißen Stein. Für die Betreuungsvereine, die in Bayern eine so wertvolle Arbeit leisten, gibt es für dieses Jahr mehr Geld. Verlässliche Finanzierung darüber hinaus: Fehlanzeige. Erst heute Mittag hatten wir die Übergabe einer Petition mit 5.000 Unterschriften. Frau Kollegin Stierstorfer war dabei. Wir werden sehen, was daraus wird.

Wir fordern eine langfristige Finanzierung, nicht nur für ein paar Monate. Auch reden Sie immer davon, wie wichtig das Engagement der Tafeln sei. Wenn es aber darauf ankommt, bekommen die Tafeln eine einmalige Förderung für ein paar Kühlfahrzeuge. Statt Verbesserungen anzubieten, haben Sie nichts Besseres zu tun, als die Tafeln in

einen Wettbewerb eintreten zu lassen. Da fehlt es aus meiner Sicht von der Wurzel her, um die Problematik unseres Landes wirklich zu erfassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD wollen einen Sozialetat, der seinen Namen wirklich verdient. Deshalb haben wir dazu einen ganzen Schwung an Änderungsanträgen eingebracht, mit denen genau das möglich wird, nämlich gute Lebensbedingungen für alle Menschen und für alle Generationen in allen Lebenslagen.

Herr Aiwanger ist nicht mehr da. Die Lösung, die er heute Vormittag so leichtfertig in den Mund genommen hat, nämlich dass Familien auch zwölf Stunden am Tag arbeiten dürfen, damit sie Geld verdienen und sich das Leben leisten können, kann nicht der richtige familienpolitische Ansatz sein, der zumindest uns als SPD wichtig wäre.

(Beifall bei der SPD)

Das hat nichts mehr mit "Familienland Bayern" und nichts mit moderner Familienpolitik zu tun. Wir wollen mehr Zeit für Kinder und für pflegende Angehörige statt mehr Stress, Existenz- und Zukunftsängste.

Wir wollen ein gutes Aufwachsen aller Kinder aus allen sozialen Schichten, die versprochenen Qualitätsentwicklungen in der Kita mit mehr Erziehern, besseren Gehältern und Rahmenbedingungen. Wir wollen Vereinbarkeitsprobleme abschaffen. Wir wollen eine sozial gerechte Arbeitswelt, in der jeder Fuß fassen kann. Wir wollen mehr Unterstützung bei sozialen Schwierigkeiten, eine Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse, ein inklusives Bayern, mehr Engagement bei der Barrierefreiheit, die ernsthafte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und mehr Geld für das Leben im Alter, für alternative Wohnformen, für Mehrgenerationenhäuser sowie ein Aktionsprogramm für Senioren zur Entlastung von Alltagskosten.

Dafür haben wir 19 Änderungsanträge eingebracht. Gerade mal ein Antrag, nämlich derjenige betreffend die Erhöhung der Gelder für die Landesseniorenvertretung Bay-

ern, wurde angenommen. Da stelle ich mir schon die Frage: Wo bleibt das genannte Ziel, sich hier im Parlament die Hände zu reichen, um für Bayern wirklich das Beste herauszuholen?

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie bitte mit Ihren Blendgranaten auf. Ich hätte ganz gern ein wirkliches Sozialfeuerwerk für Bayern, das die Akzente richtig setzt. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen, auf die Florian Ritter nachher noch eingehen wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Frau Abgeordnete Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist weiß und blau. Das sind die Farben des Optimismus, die Farben der Leistungskraft. Das haben wir der Staatsregierung zu verdanken. Jetzt dürfen Sie von der Regierungsfraktion mal richtig klatschen, wie Sie es vorhin auch gemacht haben. Wir haben es natürlich auch der Staatsregierung zu verdanken, dass wir in einer der wundervollsten Landschaften leben. – Sie klatschen jetzt nicht; vorhin haben Sie geklatscht, auf die Tische geklopft, auf die Schenkel geklopft.

(Heiterkeit – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, ich habe mich vorhin sehr gefreut, dass Sie gelacht haben. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie geklatscht haben. Ich bin eine große Freundin jeder Art von Satire. Allerdings ist mir das Lachen in dem Moment im Hals stecken geblieben, als Herr Söder gesagt hat, in Bayern hätten die Menschen alle Möglichkeiten, alles zu erreichen, um sich frei entfalten zu können. Ich habe keinen sehnlicheren Wunsch, als dass die Menschen dies schaffen und sich frei entfalten können. Aber ich musste an eine internationale Studie denken, die vor wenigen Tagen erschienen ist. Darin wurde von Child Pe-

nalty gesprochen. "Child Penalty" bedeutet, dass bei uns eine Frau nach der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 61 % weniger verdient als vor der Geburt. Dabei sind Kinder das größte Geschenk, das es gibt. Ich finde es entsetzlich, dass wir diese Child Penalty im Land haben. Auch das ist ein Ergebnis der Arbeit der Regierung.

Wenn eine Frau wirklich freiwillig, also wirklich aus freien Stücken zu Hause bleibt, ist das natürlich vollkommen okay. Natürlich verstehe ich auch Familien, die sich über das Familiengeld freuen. Ich weiß aber nicht, ob all diejenigen, die sich nicht beschwert haben, gefragt wurden, ob sie es gut finden, dass man auch auf Kosten der Kinder das Tafelsilber verjubelt. Ich denke auch, dass nicht alle Eltern ihre Kinder freiwillig zu Hause betreuen. Ich habe bereits mit vielen Eltern gesprochen, die ihre Kinder nach wie vor zu Hause betreuen, weil sie keine andere Möglichkeit haben, da sie für ihre Kinder keinen oder keinen qualitativ angemessenen bzw. in Bezug auf die Öffnungszeiten flexiblen Betreuungsplatz finden. Solange das so ist, ist die Wahlfreiheit in unserem Land Pustekuchen. Die Kinderbetreuung ist für die Familien in Bayern ein Riesenakt. Es geht damit los, dass sich die Frauen bereits anmelden, wenn sie schwanger geworden sind, und sich in Wartelisten eintragen. Es geht dann weiter mit der Suche nach dem Krippenplatz und, wenn sie einen ergattert haben, mit dem Kindergartenplatz. Dann folgt die Betreuung an den Schulen, und am Ende hängen einfach viele ihren Job an den Nagel. Sie verzichten auf Karriere und auf Perspektiven und damit auf ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Auch das ist ein Ergebnis der langjährigen Arbeit dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was Sie da reden, ist einfach nur übel!)

Das ist sehr oft so; ich höre das von vielen Frauen, die nicht arbeiten können, weil sie nach wie vor keinen vernünftigen Betreuungsplatz haben. Das können Sie nicht mit dem Familiengeld kompensieren, das nur für zwei Jahre ausbezahlt wird. Wenn eine Frau dauerhaft auf ihre Karriere verzichtet und, wie eine Studie sagt, 61 % weniger verdient als vor der Geburt, ist das schon bemerkenswert.

(Zurufe von der CSU)

Interessanterweise ist das bei den Männern anders. Das ist nur bei den Frauen der Fall. Ich meine, das ist sogar bewusst eingerechnet. Bei vielen aber ist es einfach unfreiwillig.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Widerspruch!)

Hinzu kommt, dass das Familiengeld vor der Landtagswahl so etwas von aus der Hüfte geschossen war, dass anfangs sozial schwache Personen lange Zeit nicht wussten, wann sie das Geld bekommen oder ob sie es überhaupt erhalten.

Pflegefamilien haben nach wie vor in die Röhre geschaut. Kinder sind aber unsere Zukunft; sie sind maßgeblich für den Erfolg unserer Gesellschaft.

Mit dem Beitragszuschuss – ich will jetzt nicht nur Negatives sagen; es kommt jetzt etwas Positives – zur Kostenfreiheit haben Sie einen ersten sinnvollen Schritt in die richtige Richtung getan. Diesen Schritt hätten Sie schon viel länger gehen können; denn wir haben das Thema bereits im Haushalt 2013 behandelt. Die CSU-Fraktion hat – ich erinnere nur daran – diesen Beschluss dann stillschweigend wieder kassiert. Toll, dass Sie Ihre Fehler jetzt korrigieren. Das zeugt von Größe.

Die jahrzehntelangen Versäumnisse beim Ausbau der Kitas haben wir damals schon kritisiert. Zwischen 2009 und 2013 haben wir massiv – Sie können sich die Kurven ansehen – Plätze ausgebaut. Danach ist in den letzten fünf Jahren, während der Alleinregierung, die Kurve wieder abgeflacht.

Es wäre einfach an der Zeit, den Ausbau nicht nur offensiver, sondern auch effektiver zu betreiben. Es müsste wie bei der Lehrerbedarfsprognose auch eine Prognose für Kitaplätze geben. Natürlich kann man die Erzieherinnen nicht von heute auf morgen heranholen. Das ist jahrelange Arbeit. Das waren aber erneut fünf Jahre Versäumnis, und wieder einmal ist dieser Haushalt nicht ambitioniert genug.

(Zuruf von der CSU)

– Von null auf zehn, so ungefähr. Da müssen Sie an die Sache einfach rangehen. Laut Statistischem Bundesamt fehlen in Bayern allein 52.000 Krippenplätze trotz Rechtsanspruchs. Wenn da von Wahlfreiheit die Rede ist, bedeutet das Hohn und Spott für die Familien, die nach wie vor keine Plätze finden.

(Beifall bei der FDP)

Wichtig ist aber auch, dass sie einen guten Platz finden. Sie müssen sich darauf verlassen können. Die Qualitätsentwicklung ist das A und O. Die ganzen Modellprojekte, die zum Teil sehr erfolgreich sind, müssen in die Regelfinanzierung überführt werden. Es geht um die Gruppengröße sowie die Verbesserung der Bedingungen für das Betreuungspersonal. Allen diesen Fachkräften muss man einmal danken. Wir müssen ihnen danken, dass sie auch schon jetzt zu Bedingungen arbeiten, die nicht optimal sind.

Wir brauchen mehr Fortbildungsmaßnahmen und vor allen Dingen längere und flexiblere Öffnungszeiten. Es gibt natürlich noch viele andere Punkte im Sozialhaushalt. Wir wollen beispielsweise die Jugendarbeit stärken, die ebenfalls sehr wichtig ist. Es geht da um Demokratiebildung und Medienkompetenz. Der Bayerische Jugendring leistet hier sehr viel.

Wir unterstützen auch andere soziale Maßnahmen. Wir sehen positive Investitionsansätze im Haushaltsentwurf, zum Beispiel die Investitionen für das Ehrenamt. Das ist richtig gut. Ich möchte das unterstützen. Es muss unser aller Auftrag sein. Fühlen wir uns doch alle als Ehrenamtsbeauftragte.

Unterstützen wir alle die sozial Schwachen. In diesem Sinne begrüßen wir auch die Ansätze zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, auch wenn ich mir das inhaltlich anders gewünscht hätte. Man hätte zunächst einmal untersuchen sollen, wer warum in die

Obdachlosigkeit gerät. Dass Mittel für die Bekämpfung der Obdachlosigkeit bereitgestellt werden, unterstützen wir aber.

(Beifall bei der FDP)

Wo wir mit unserem Änderungsantrag noch etwas drauflegen wollen, das sind die Mittel für die Frauenhäuser. Auch da sind Investitionen längst überfällig. Hier müssen weitere Anstrengungen unternommen werden.

Bei den Investitionen in die frühkindliche Bildung – ich wiederhole mich – fordern wir Mut. Herr Söder hat gesagt – da hat er recht –, man muss in die Zukunft investieren, um das Land für schlechte Zeiten stabil zu machen. Handeln Sie also konsequent und verabschieden Sie sich von überteuerten sozialpolitischen Blendgranaten. Investieren Sie in die Förderung unserer Jüngsten. Das ist unsere Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank. – Das Wort hat nun die Kollegin Sylvia Stierstorfer von der CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Dr. Gerhard Hopp hat eindrucksvoll dargelegt, dass wir in Bayern einen klaren Schwerpunkt auf ein soziales Bayern legen. Im Jahr 2019 steigt der Sozialhaushalt auf rund 6,2 Milliarden Euro, und in 2020 werden es sogar 6,6 Milliarden Euro sein. Das ist ein deutliches Signal. Wir geben dem Freistaat damit die Möglichkeit, in ganz vielen Bereichen viel für die Menschen in Bayern zu tun. Das ist einmalig in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich will die Zahlen nicht wiederholen. Wir bilden Schwerpunkte besonders bei den Familien, der Gewaltprävention und der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Ich will hier aus fachlicher Sicht nur auf einige Punkte hinweisen.

Liebe Frau Celina, wir betreiben eine nachhaltige Sozialpolitik. Die Sozialpolitik in Bayern trägt die Handschrift der Nachhaltigkeit bei allen Projekten, die wir für die zukünftigen und kommenden Generationen umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man sich den Zuzug nach Bayern betrachtet, erkennt man, wie viele junge Familien dabei sind. In meiner Nachbarschaft gibt es eine junge Familie mit zwei Kindern. Die Familie kommt aus einem anderen Bundesland, das ich jetzt nicht nennen möchte. Die junge Frau kam zu mir und sagte: Toll, in Bayern gibt es Familiengeld, und es gibt kostenfreie Kindergartenplätze. In Bayern gibt es ein Angebot von Kindertagesstätten und Kinderkrippen, also von verschiedenen Einrichtungen, die passgenau auf die Familien abgestellt sind.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns hier nicht zu verstecken, sondern wir sind in Bayern ganz vorn mit dabei.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte das Ganze mit einem schönen Zitat kurz unterstreichen. Adolf Kolping hat gesagt: "Das Erste, das der Mensch im Leben vorfindet, das Letzte, wonach er die Hand ausstreckt, das Kostbarste, was er im Leben besitzt, ist die Familie."

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau das ist unser Ansatz. Wir investieren in die Familien, wir investieren in die Zukunft der Familien, und wir richten den Fokus auf das Familiengeld, die Ausweitung der Beitragsfreiheit im Kindergarten und auf das Baukindergeld Plus, um die Rahmenbedingungen und die Startchancen für die Familien in unserem Lande zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Über 7,2 Milliarden Euro investieren wir für die Familien in Bayern. Das Wort "Familienkoalition" ist im Grunde der richtige Ausdruck. Ich bin seit dem Jahr 2003 Mitglied

des Bayerischen Landtags. Wenn ich mir den Anstieg des sozialpolitischen Haushalts ansehe, den der Kollege Hopp bereits dargestellt hat, und wenn ich mir die Ansätze ansehe, die wir hier gerade für die Familien, aber auch für Benachteiligte, für sozial Schwächere, also insgesamt für die Menschen in unserer Gesellschaft ausgeben, dann stelle ich fest, das sind sehr hohe Summen. Diese Beträge sind richtig angelegt, weil jede Investition in die Zukunft eine richtige und wichtige Investition ist.

Fast 300.000 Kinder profitieren vom Familiengeld. Ich denke, das ist einmalig. Wir geben neben dem, was die Förderung der Kinderbetreuung betrifft, für den Ausbau der Kinderbetreuung insgesamt und für die Betriebskostenförderung enorm viele Mittel aus, die wir 2019 noch mal anheben. Zum Gute-KiTa-Gesetz lassen Sie mich sagen: Wir werden hier 98 Millionen Euro zusätzlich in die Betreuung investieren.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aber nicht alles!)

Wir werden zum Beispiel den Leitungs- und Verwaltungsbonus umsetzen, damit die Betreuungsqualität insgesamt verbessern. – Wissen Sie, lieber Herr Kollege von den GRÜNEN, Sie kommen noch dran und haben dann Gelegenheit.

Es ist nicht so, dass wir erst heute mit der Schaffung von Qualität anfangen, sondern neben dem Ausbau der Kinderbetreuung war bei all unseren Bestrebungen in den letzten Jahren schon immer ein Schwerpunkt, die Qualität in den Kindergärten voranzubringen mit vielen verschiedenen Projekten, zum Beispiel durch pädagogische Qualitätsbegleiter, die wir in den Kindergärten einsetzen.

Ein wichtiger Punkt, den ich heute noch ansprechen möchte, ist vor allem das Thema Fachkräftemangel. Wir haben mit der Ministerin einen Fünf-Punkte-Plan ausgelegt: leistungsgerechte Bezahlung, Ausbildung attraktiver machen – OptiPrax ist ein Thema, wo wir noch einiges nach vorne bringen können –, Quereinsteigerinnen und Rückkehrerinnen gewinnen und ein Leitungs- und Verwaltungsbonus. Ich war am Montag bei uns im Kindergarten. Gerade dieses Thema kommt dort gut an. Wir brauchen Flexibilität, wir brauchen Freiheit. Wir dürfen nicht immer alles vorgeben und den

Kindergärten letztendlich immer mehr aufbürden. Sie sollen selber entscheiden können.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir wollen mit diesem Verwaltungs- und Leistungsbonus die Eigenständigkeit und Kreativität der Kindergärten vor Ort unterstützen und fördern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist so, wir wollen hier in Bayern neben 10.000 Hortplätzen insgesamt 42.000 Plätze für Kinder unter sechs Jahren schaffen. Wir unterstützen die Betriebskindergärten stark. Bayern war hier Vorreiter auf Bundesebene.

Weil das heute angesprochen worden ist: Die Familienförderung ist ein breites Feld. Es gibt 123 Ehe- und Familienberatungsstellen in Bayern und 76 Mütterzentren. Die Frauenhäuser, für die wir die Mittel nochmals erhöhen, sind heute schon angesprochen worden. Es gibt 140 Familienstützpunkte, die dauernd ausgebaut werden, mit vielen Kooperationspartnern. Es gibt rund 120 "KoKi-Netzwerke frühe Kindheit", mit denen wir Jugendämter unterstützen, und 180 Erziehungsberatungsstellen. Wir wollen die Erziehungsleistung der Eltern stärken, aber auch die Eigenverantwortung der Eltern.

Die bayerische Wirtschaft brummt, das ist richtig. Wir haben in den letzten Jahren neue Jobs bekommen. Wir haben in Bayern mit 2,8 % die niedrigste Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung. Wir haben einen starken Arbeitsmarkt, aber wir müssen natürlich ein Auge auf diesen Arbeitsmarkt richten. Unsere Unternehmen und Beschäftigten meistern Globalisierung und Digitalisierung bisher sehr gut. Wir wollen vor allem die Weiterbildung und lebenslanges Lernen unterstützen. Dem kommt hohe Bedeutung zu, ebenso den tariflichen Regelungen für unsere Unternehmen und Tarifpartner. Wir wollen hier gute Rahmenbedingungen schaffen. Der Freistaat unterstützt diese An-

strengungen, damit sich die Menschen in Bayern auch in Zukunft gut aufstellen können.

Mit dem Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 mit Wirtschaft und Gewerkschaften setzen wir vor allem gemeinsame Maßnahmen um. Ich möchte hier nur – der Ministerpräsident unterstützt das sehr und hat das angekündigt – die Bildungsschecks ansprechen. Beschäftigte sollen bis zu 500 Euro für ihre Weiterbildung bekommen. Wir haben im Haushalt 2 Millionen Euro eingestellt, um diese Bildungsschecks mit digitalen Bildungsberatern auf den Weg zu bringen. Ich denke, dass das einmalig ist und dass das ein wichtiger Prozess ist, auch was das Thema "Weiterbildung in Bayern" betrifft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben – jetzt bin ich bei der digitalen Bildung – mit dem Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik in Amberg im Rahmen eines Modellversuchs "Medienkompetenz in Kindertageseinrichtungen" 100 Modell-Kitas in Bayern eingerichtet.

Teilzeitausbildung ist ein weiterer Schwerpunkt, den wir unterstützen, um jungen Müttern, die – weil das vorhin angesprochen worden ist – vielleicht in die Situation kommen, relativ früh ein Kind zu haben, die Möglichkeit zu geben, eine Teilzeitausbildung anzustreben. Sie brauchen hier unsere Unterstützung. Dieser Fürsorgepflicht kommen wir nach. Deshalb haben wir drei Modellprojekte in Bayern gefördert. Wir werden diese Teilzeitausbildung zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit weiter begleiten und hier 150.000 Euro in den Haushalt einstellen, weil eine gute Teilzeitausbildung auch einen Weg in eine gesicherte Zukunft bedeutet.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Obdachlosigkeit ist angesprochen worden. Wir werden der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern – hier hat sich unsere Ministerin sehr eingesetzt – 5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, kommen Sie zum Ende Ihrer Rede!

Sylvia Stierstorfer (CSU): Der Freistaat wird die Kommunen noch stärker unterstützen. Für die Tafeln in Bayern werden wir 200.000 Euro in den Haushalt einstellen.

Die Zuwächse im Haushalt sind enorm.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Ich sage herzlichen Dank für die Unterstützung. Ich sage allen Menschen herzlichen Dank, die sich hier in Bayern ehrenamtlich engagieren, die in Krankenhäusern oder Kindertagesstätten oder in weiteren Einrichtungen tätig sind. Ich sage ihnen allen herzlichen Dank für ihr großes Engagement.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kommen Sie zum Ende!

Sylvia Stierstorfer (CSU): Deshalb von meiner Seite noch ein herzliches Vergelt's Gott dafür. Ich bitte Sie um Unterstützung für unseren Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch nie haben wir so viel Geld in die frühkindliche Bildung investiert: 380 Millionen Euro im Jahr 2019. Das wäre eine historische Chance für eine gute Kita, für mehr Qualität. Doch wofür werden über 90 % des Geldes stattdessen verwendet? – Für vollkommen einkommens- und vermögensunabhängige Beitragszuschüsse anstatt für Qualität. Nicht einmal das Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz aus Berlin haben Sie vollständig, ja nicht einmal mehrheitlich für eine gute Kita investiert, sondern stattdessen für die Finanzierung der Beitragszuschüsse abgezwickelt, sodass lediglich ma-

gere 30 Millionen Euro für Qualität übriggeblieben sind. Das ist die Prioritätensetzung der Koalitionsfraktionen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt könnte man natürlich fragen: Wer hat denn eigentlich gerade die größte Not im Bereich der frühkindlichen Bildung? Was sind denn die großen Baustellen? Haben wir in diesem Land wirklich das Problem, dass die Kindergartenbeiträge landauf, landab völlig aus dem Ruder gelaufen und absolut unbezahlbar sind? – Ich glaube das, ganz ehrlich, nicht. Aber wir haben erstens das Problem, dass die Gruppen zu groß sind und dass wenig bis keine Zeit zur Vorbereitung, für Fortbildungen oder für Leitungsaufgaben bleibt. Wir haben dazu Anträge gestellt, Sie haben die Anträge abgelehnt.

Wir haben zweitens das Problem, dass es derzeit nicht überall genügend Plätze gibt und die Öffnungszeiten nicht zu den Arbeitszeiten der Menschen passen. Wir haben Anträge dazu gestellt, Sie haben sie abgelehnt.

Wir haben drittens das Problem, dass wir nicht genügend Fachkräfte haben. Deswegen brauchen wir dringend Programme zur Fachkräftebindung, bessere Arbeitsbedingungen, Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte, eine grundlegende Ausbildungsreform, damit alle die Möglichkeit bekommen, eine praxisorientierte Ausbildung zu machen, in der man ab dem ersten Tag Geld bekommt. Dazu haben wir Anträge gestellt; Sie haben die Anträge abgelehnt. Sie haben sogar ein Fachkräftemonitoring abgelehnt, mit dem wir alle zwei Jahre im Freistaat Bayern nachgeschaut hätten, wie viele Fachkräfte wir überhaupt ganz genau wo brauchen. Das weiß das Ministerium nicht. Da verlassen wir uns lieber auf die Experten der Bertelsmann Stiftung, anstatt selber tätig zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Haufen Geld hätten wir wirklich etwas vorwärtsbringen können. Man hätte einen Quantensprung in der Qualität unserer Kinderbetreuung schaffen können. Stattdessen haben wir in diesem Haushalt trotz

der ganzen Rekorde kein Geld mehr für substanzielle Qualitätsverbesserungen. Das ist eine große Enttäuschung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, eines kann ich Ihnen versprechen: Wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden uns weiterhin für unsere Kindertagesstätten einsetzen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Kinder. Wir werden hier im Bayerischen Landtag weiter für Qualität kämpfen, auch in den kommenden Jahren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Herr Kollege Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dank an unsere Staatsministerin Kerstin Schreyer, für das konstruktive und verantwortungsbewusste Miteinander beginnen. Ich möchte meinen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums richten. Ich glaube, hier wird gute Arbeit geleistet im Interesse der sozial Schwachen, unserer Jugend und unserer Zukunft in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte aber auch Dank an die Ausschussvorsitzende Doris Rauscher und an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Thomas Huber, sagen. Er kann heute gesundheitsbedingt leider nicht da sein. Wünschen wir ihm an dieser Stelle gute Genesung. Ich sage Dank für das insgesamt gute und konstruktive Verhandlungsklima, das wir im Ausschuss haben, und für die nach meinem Dafürhalten zielorientierte und durchaus konsensorientierte Zusammenarbeit. Wir haben ein gutes Klima. Wir tragen gemeinsam Verantwortung. Manchmal gehen wir zwar von verschiedenen Ausgangspunkten aus, doch ich glaube, wir gehen in die gleiche Richtung.

Vieles, was heute angesprochen wurde, kann man nachvollziehen; aber nicht alles ist realisierbar. Herr Kollege Becher hat gerade gesagt, man könnte alles machen, gleichzeitig hat er von großer Aufblähung gesprochen. Zwischen Versprechungen, Wahrnehmungen, Realität und Wirklichkeit zu unterscheiden, ist auch eine große Aufgabe. Da tun sich die einen oder anderen etwas schwerer. Wir in der Regierungsverantwortung wissen, wo wir die Hebel ansetzen. Ich glaube, das machen wir auch verantwortungsbewusst. Wer sich heute mit unseren Kindergärten, mit unserer Jugend auseinandersetzt, der sieht, dass jeder Cent gut angelegt ist. Wir haben gehört, sehr viel wird aufgebläht. Zum einen wird es aufgebläht, zum andern wird es falsch eingesetzt. Ich glaube, das ist nur die Reaktion darauf, dass wir viel tun, dass wir erfolgreich sind, dass wir in unsere Familien investieren. Wir investieren in ein Familienprogramm, das in Deutschland seinesgleichen sucht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir können deshalb ein starkes soziales Bayern prägen, weil wir einen starken, einen wirtschaftlich starken Standort haben. Wir sind erfolgreich in der Wirtschaft, wir haben erfolgreiche und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmer, die die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir heuer in der Lage sind, den Doppelhaushalt insgesamt um 6,4 % aufzustocken. Den Sozialhaushalt stocken wir um fast 15 % auf. Das ist doch ein starkes Zeichen. Das zeigt, wo das Hauptaugenmerk der sozialen Verantwortung liegt. Das kann uns niemand absprechen, egal, wie hier argumentiert wird, ob das zynisch gemeint ist wie bei Frau Kollegin Sandt oder ob versucht wird, das Ganze schlechtzureden. Tatsache ist, hier ist unwahrscheinlich viel Engagement da. Wir nehmen diese soziale Verantwortung wahr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch wenn der Haushalt 2020 etwas zurückgefahren wird, kommt im Sozialhaushalt noch einmal ein Zuwachs von 6,5 % obendrauf. Das ist eine starke Botschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb ist Bayern das Familienland Nummer eins in

Deutschland. Diese Koalition hier in Bayern hat den Anspruch, Familienkoalition zu sein. Das ist einmalig und sucht seinesgleichen. Das gewährleistet auch die Wahlfreiheit der Eltern in der frühkindlichen Betreuungsphase durch das Familiengeld und durch die Beitragsfreiheit, die wir anstreben und einführen werden.

Es wurde schon gesagt: 7,25 Milliarden Euro werden ausschließlich für die familienpolitischen Leistungen im Haushalt bereitgestellt. Das irgendwie abzuwerten, ist meines Erachtens sträflich.

Zwei wesentliche Punkte machen diesen Haushalt aus, und zwar zum einen das Familiengeld mit rund 1,5 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Saldiert sind das – und das muss man auch einmal sagen – mit den Einsparungen beim Landeserziehungsgeld und beim Betreuungsgeld noch immer pro Jahr im Haushalt 303 Millionen Euro. Die setzen wir noch oben drauf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man diese Beträge saldiert und auch die Beitragsentlastung und die Betriebskostenmehrungen berücksichtigt, sind im Haushalt eigentlich 1,5 Milliarden Euro mehr als in den vergangenen Jahren eingestellt. Das ist ein unwahrscheinlich starkes Zeichen.

Frau Kollegin Stierstorfer und Herr Kollege Dr. Hopp haben dargestellt, in welchen einzelnen Bereichen die Gelder eingestellt sind; darauf brauche ich an dieser Stelle nicht einzugehen. Eines möchte ich in der Kürze der Zeit aber schon noch sagen: Es ist unverständlich, diese Beitragsfreiheit abzulehnen. Hier mache ich ein großes Kompliment an die SPD: Sie ist in dieser Frage konsistent geblieben. Sie hat uns in unserer Oppositionsarbeit unterstützt, und sie tut das auch jetzt. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ich kein Verständnis, wenn sie sagt: Bildung wird nur partiell freigestellt, die frühkindliche Bildung ist gar nicht so wichtig. – Die frühkindliche Bildung ist wichtig.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wir wollen Qualität!)

– Die frühkindliche Bildung ist die wichtigste, und das hat durchaus mit Qualität zu tun.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ihre Beitragsfreiheit hat mit Qualität nichts zu tun!)

– Lieber Herr Kollege, gerade eben haben Sie richtig gesagt, von dem Gute-KiTa-Gesetz, das für die beiden Haushaltsjahre in Bayern 232 Millionen Euro ausmacht, fließen 135 Millionen Euro nicht unmittelbar in die Qualität. Das ist richtig. Sie fließen nicht unmittelbar, aber sie fließen in den Sozialhaushalt ein. Wenn man das saldiert und beachtet, dass wir zusätzlich die Förderung für Kindertageseinrichtungen haben, Betreuungsplatzmehrungen und die Betriebskostenförderung, dann haben wir insgesamt 668 Millionen Euro, die dagegenstehen. 668 Millionen Euro zu 135 Millionen Euro, und da reden Sie von einer mangelnden Qualitätsoffensive? – Das ist die größte Qualitätsoffensive, die möglich ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn ich dann im gleichen Haushaltszeitraum noch die 872 Millionen Euro Beitrag-sentlastung für die bayerischen Eltern heranziehe, dann habe ich die von mir vorhin genannten 1,5 Milliarden Euro im Sozialhaushalt. Dort sind sie richtig verankert. So werden die richtigen Weichen gestellt. Wer das nicht kapiert, der hat Sozialpolitik nicht verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vielleicht noch ein Letztes, weil diese Beitragsfreistellung bzw. die Beitragsermäßi-gung angesprochen wurde: Wie halten es denn andere Bundesländer? – In Berlin ist die Kita kostenfrei. In NRW sind es zwei Jahre.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): In Niedersachsen sind es zwei Jahre. In Bremen werden die Beiträge abgeschafft. Alle diejenigen, die im Länderfinanzausgleich von uns profitieren, sollen wir finanzieren, und wir selbst sollen sie erheben? – Das ist unverständlich.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Aus diesem Grund kann man dem Einzelplan 10 nur zustimmen. Das ist sozialpolitische Verantwortung. Wir nehmen diese Verantwortung wahr, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen! Der vorliegende Haushaltsplan, der Einzelplan 10, enthält einige sehr gute Ansätze. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, dass wir im Gegensatz zu den GRÜNEN, Herr Kollege Becher, die einkommens- und vermögensunabhängigen Zuschüsse zur Kinderbetreuung ausdrücklich gutheißen. In einem nächsten Schritt müssen nun natürlich die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten, in den Kinderbetreuungsstätten ganz allgemein, weiter verbessert werden, damit überhaupt genügend Personal für die gewünschte Qualitätsoffensive vorhanden ist.

Im Haushalt gibt es aber auch verschiedene Stellen, an denen man ruhig hätte mehr investieren können, wenn man es mit einer guten und erfolgreichen Sozialpolitik, von der Herr Kollege Dr. Hopp bereits im Haushaltsausschuss sprach, wirklich ernst meint. Wir von der AfD setzen uns nicht nur für eine echte Willkommenskultur für Ungeborene, für Kinder und Familien ein, sondern auch für Menschen mit Behinderungen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, dass die GroKo zunächst versucht hat, die Menschen mit Behinderung, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, beim Mittagessen in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung zusätzlich mit Kosten zu belasten. Erst am 12.04.2019 entschied der Bundesrat über das Starke-Familien-Gesetz, und dieses führte zu einer Änderung bezüglich des Eigenanteils beim Mittagessen in den Behindertenwerkstätten. Das ist eine sehr gute Sache, und die begrüßen wir auch. Dieser Erfolg ist mit Sicherheit auch den Behindertenverbänden und der Opposition zu verdanken. Im Haushaltsausschuss legte man uns daher nahe, unseren Antrag zur Kostenbeteiligung am Mittagessen in den Werkstätten für Behinderte zurückzuziehen. Wir halten an diesem Antrag fest, und zwar aus gutem Grund. Denn von dem Starke-Familien-Gesetz profitieren nur die Grundsicherungsempfänger, aber nicht alle Behinderten in den Werkstätten. Das bedeutet, dass etwa 110.000 Beschäftigte durch das Raster fallen und von dem neuen Gesetz gar nichts haben werden, selbst dann nicht, wenn ihnen nur geringfügig mehr zusteht als die Grundsicherung. Wenn sie nur über etwas mehr als die Grundsicherung verfügen, haben sie bereits nicht mehr diese Förderungsmöglichkeit.

Wir meinen, dass alle in den Behindertenwerkstätten Beschäftigten ein gesundes und kostenloses Mittagessen haben sollten. Nur so wird sichergestellt, dass diese ganz besonders schutzbedürftige Personengruppe zumindest werktags ein warmes Mittagessen hat. Auch wird das gemeinsame Essen als soziales Erleben und als sozialer Mehrwert wahrgenommen.

Ich sage Ihnen aus meiner jahrelangen Erfahrung aus der Praxis in diesem Bereich, was passieren wird – ich habe es schon erlebt –: Diejenigen, die keine Grundsicherung beziehen und das Essen daher nicht kostenlos erhalten, werden zumindest teilweise nicht mehr am gemeinschaftlichen und gesunden Mittagessen in den Werkstätten teilnehmen. Sie werden zumindest teilweise ihr Geld anderweitig ausgeben, selbst dann, wenn sie eine aus unserer Sicht vielleicht nur geringe Eigenbeteiligung leisten

müssten. Tun Sie also bitte etwas Gutes für die Schwachen in unserer Gesellschaft und stimmen Sie diesem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kollegen, wenn wir schon bei den Schwachen in der Gesellschaft sind, möchte ich an die von uns angeregten unabhängigen Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern erinnern. Sie haben im Haushaltsausschuss in diesem Zusammenhang von Doppelstrukturen gesprochen. Wir halten trotzdem daran fest; denn es hat wirklich Sinn, hier weitere Hilfsangebote zu etablieren. Für Kinder und Jugendliche soll eine unabhängige Ombudsstelle geschaffen werden, die deren Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten unabhängig wahrnimmt. Nach der Kinderrechtskonvention haben sie sogar Anspruch darauf, an Verfahren, die sie persönlich betreffen, beteiligt zu werden, einschließlich des Rechts auf Beschwerde. Solche Ombudsstellen, die viele Bundesländer bereits eingeführt haben, unterstehen keiner Fach- und Dienstaufsicht durch die Kinder- und Jugendhilfeträger.

Es hat erfahrungsgemäß wenig Sinn, wenn man sich beim Jugendamt selbst über das Jugendamt beschwert. Ein internes Beschwerdemanagement ändert daran gar nichts; denn viele scheuen einfach vor einer Beschwerde beim Jugendamt zurück. Deshalb braucht es unbedingt unabhängige Vermittler und Mediatoren. Bayern ist insoweit ein Nachzügler. Wir hinken hier deutlich hinterher. Deshalb fordern wir – genauso wie der Landesjugendhilfeausschuss – die Finanzierung einer unabhängigen Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe.

Liebe Kollegen, wir bitten um Zustimmung zu unseren Anträgen. Beteiligen Sie sich daran, den Schwachen in unserer Gesellschaft eine Stimme zu verleihen!

Ich möchte zum Abschluss aus der Verfassung zitieren: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." So heißt es in Artikel 125 unserer Verfassung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Kollege Florian Ritter von der SPD.

Florian Ritter (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Haushaltsberatungen sind immer Anlass für harte politische Auseinandersetzungen zwischen allen Fraktionen. Lassen Sie mich deshalb mit dem Positiven, dem Gemeinsamen beginnen: Ich freue mich außerordentlich, dass im Haushaltsausschuss alle demokratischen Fraktionen hier im Haus ein klares Bekenntnis zur unabhängigen Jugendverbandsarbeit abgegeben haben. Daher an alle Kolleginnen und Kollegen ein herzlicher Dank!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Bayerische Jugendring und seine Verbände haben in den Jahren ihres Bestehens seit 1947 Außerordentliches zur bayerischen Demokratie beigetragen.

Kolleginnen und Kollegen, Ministerpräsident Söder hat heute gesagt, die CSU löse mit diesem Haushalt ihre Versprechen ein. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, wie es in der Realität aussieht. Auch in diesem Haushalt finden sich durchaus interessante Posten, beispielsweise der Posten für die Schaffung von inklusivem Wohnraum. Dafür wurden vor der Landtagswahl für die nächsten 20 Jahre 400 Millionen Euro nicht nur in Aussicht gestellt, sondern sogar versprochen. Eingestellt wurde in den vorliegenden Haushalt nicht einmal ein Viertel der Gelder, die notwendig wären, um tatsächlich auf 20 Millionen Euro pro Jahr zu kommen. Konkret geht es um die Umwandlung großer stationärer Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in kleine und flexible Wohneinrichtungen. Das wäre tatsächlich ein Kernstück der Inklusion in Bayern. Dass die Bayerische Staatsregierung in diesem Punkt wortbrüchig wird, wirft natürlich auch die Inklusion in unserem Land deutlich zurück.

Auch in anderen Bereichen tritt die Staatsregierung politisch auf der Stelle. Einem Programm "Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen" erteilt die Staatsregierung eine klare Absage, obwohl es unseres Erachtens eine notwendige Maßnahme zur Armutsbekämpfung wäre. Gerade alte Menschen, und zwar auch diejenigen, die ihren Lebtag

lang gearbeitet haben, sind besonders von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet. Armut, insbesondere Altersarmut, ist eine Schande für unser Land. Menschen, die ihren Lebtage lang gearbeitet haben, haben unsere Solidarität verdient. Nicht nur das, sie haben es verdient, dass wir uns für sie einsetzen und dass wir auch die Politik verändern, damit Armut, auch Altersarmut, eine immer geringere Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dass Sie die Anträge ablehnen, die Tafeln in Bayern finanziell noch einmal besserzustellen, und zwar strukturell und nicht nur einmalig, passt genau in diese Linie. Zu der Aktion der Landwirtschaftsministerin "Auf der Suche nach Bayerns bester Tafel" ist schon einiges gesagt worden; dazu werde ich mich nicht mehr äußern.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das war Verleumdung!)

– Natürlich ist hier etwas dazu gesagt worden. Aber sei's drum!

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Verleumdung!)

Man muss sich auch den Hintergrund dieser ganzen Geschichte anschauen. Wenn Sie bei den Tafeln fragen, dann werden Sie keine einzige Tafel finden, bei der es nicht heißt: Wir würden unsere Arbeit gern einstellen; denn eigentlich wäre es notwendig, dass man uns nicht mehr braucht. – Dass es in Bayern und in ganz Deutschland die Tafeln braucht, zeigt doch, dass in unserem Land einiges nicht mehr funktioniert. Die Armutsvermeidung funktioniert in unserem Land nicht mehr. Wir sind den Menschen, die ehrenamtlich in den Tafeln arbeiten, wirklich zu Dank verpflichtet. Unser Wirken sollte auf eine gute finanzielle Ausstattung der Tafeln hinauslaufen. Daneben sollte es uns darum gehen zu verhindern, dass Armut um sich greift. Wir müssen eine Politik betreiben, die Armut tatsächlich eindämmt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt gäbe es noch einiges zu sagen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Florian Ritter (SPD): Einiges zu sagen gäbe es noch zur Kitaqualität, zum Zentrum Bayern Familie und Soziales sowie zu den Betreuungsvereinen. Die Redezeit lässt es nicht mehr zu.

Ich bitte Sie im Interesse einer guten Sozialpolitik in Bayern um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen. Der Gesamthaushalt, wie er hier vorgelegt worden ist, ist für uns nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Eva Lettenbauer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen viel über die Jugend in Bayern diskutiert. Der Bayerische Jugendring hat eine tragende Rolle in Bayern, von der Umsetzung der europäischen Jugendstrategie über den internationalen Jugendaustausch bis hin zur Interessensvertretung der jungen Menschen in Bayern. Zwei Drittel aller Jugendlichen nutzen die Aktivitäten und die Einrichtungen des Bayerischen Jugendrings. Hier lernen sie, Verantwortung zu übernehmen. Sie engagieren sich ehrenamtlich. Sie lernen in den Organisationen den demokratischen Streit miteinander. Der Bayerische Jugendring ist eine wichtige Säule für unser demokratisches Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

An die Adresse der AfD kann ich nur sagen: Es zeigt sich sehr deutlich, was Sie von unserer Demokratie halten, wenn Sie mit Ihren Änderungsanträgen die Mittel für die Verbände und Organisationen streichen wollen, die vor Ort Demokratiebildung machen.

(Zuruf von der AfD)

Wir brauchen mehr Geld für den Bayerischen Jugendring, nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben zum Beispiel den Antrag gestellt, die Mittel für den europäischen Jugendaustausch um 2 Millionen Euro jährlich aufzustocken. Damit würden wir weiße Flecken auf der Landkarte des Austausches beseitigen und könnten den Jugendaustausch mit unseren europäischen Nachbarinnen und Nachbarn bald noch mehr fördern.

Für uns GRÜNE ist über die verschiedensten Bereiche hinweg ganz klar: Ehrenamt verdient Unterstützung, verdient Wertschätzung und verdient Entlastung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will noch einmal festhalten: Wir brauchen vollen Einsatz für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für Selbstbestimmung sowie gegen jede Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, und das unabhängig von Herkunft, Religion, Sexualität, Hautfarbe oder Behinderung der Person.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Sie stellen fast 12 Millionen Euro jährlich für den Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder in den Haushalt ein. Diese Erhöhung haben wir jahrzehntelang gefordert. Sie verweisen darauf, dass damit das Gesamtkonzept Gewaltprävention umgesetzt werde. Dieses Konzept liegt aber immer noch nicht vor; das ist fatal. Obwohl Ministerin Schreyer per Beschluss aufgefordert wurde, bis Ende 2018 ein Konzept für Frauenhäuser und Notrufe vorzulegen, gab es nur einen verkürzten Bericht zum Dreistufenkonzept. Ich kann sehr gut verstehen, dass Frauenhäuser aktuell skeptisch sind. Fraglich ist doch, ob die Kommunen die Kofinanzierung für mehr Zuschüsse überhaupt leisten können. Über die Mittelverwendung wissen wir recht wenig. Dazu brauchen wir unbedingt Aufklärung. Es darf nicht sein, dass nur in mehr Personal investiert wird. Wir müssen unbedingt auch in mehr Schutzplätze investie-

ren. – Frau Ministerin Schreyer, legen Sie endlich Ihr Konzept für Frauenhäuser, Notrufe und Fachberatungsstellen vor! Verändern Sie auch die Förderrichtlinien dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat für die Staatsregierung nun die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Frau Kerstin Schreyer.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei manchen Rednern hoffe ich, dass der Finanzminister nicht hingehört hat. Wenn ein Doppelhaushalt gegenüber dem vorherigen Doppelhaushalt um 20 % steigt, kann man erst einmal nur danke dafür sagen, dass wir für die Familien in Bayern so viel tun dürfen.

(Beifall bei der CSU)

"Wir" sage ich deswegen, weil ich sehr froh bin, dass ich mit Staatssekretärin Carolina Trautner eine Frau an die Seite gestellt bekommen habe, die mit Dynamik, Kraft und Fachlichkeit versucht, mit mir durch Bayern zu springen, um die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Ich danke auch den vielen Kolleginnen und Kollegen, die wirklich engagiert versuchen, das Geld, das wir dir, lieber Albert Füracker, herausgeeeist haben, auch sinnvoll anzulegen; denn unsere Familien haben es verdient, dass wir das Geld so investieren. Die Familie ist das solide Fundament dieser Gesellschaft, und genau deswegen ist das Geld gut angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Gerhard Hopp hat aus meiner Sicht zu Recht schon ausgeführt, dass wir an der Stelle die Familien stärken. Sylvia Stierstorfer und auch die beiden Kollegen von der Fraktion der FREIEN WÄHLER haben sehr gut dargestellt, dass wir eine Familienkoalition sind und dass wir das Geld richtig investieren wollen. Wenn wir das Geld über das Familiengeld und natürlich auch über die Kostenfreiheit von Kindertagesstätten weitergeben, dann ist dieses Geld richtig gut angelegt. Ich lasse mir das auch nicht madig machen,

wenn darüber diskutiert wird – Kollege Becher hat es gesagt –, dass wir von dem Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz nur die Hälfte in Qualität investieren würden. Ich halte 30 Millionen und 68 Millionen Euro für eine ganze Menge Holz, und da fällt uns viel ein, was wir Gutes für die Kita tun können.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde es auch spannend, dass heute bei der Debatte über das Klima Herr Hartmann von den GRÜNEN dem Ministerpräsidenten vorgeworfen hat, er hätte erst ab Minute 26 dazu gesprochen. Ich habe mich darüber gefreut, dass er das Thema Familie ganz vorne angesprochen hat. Er konnte in den ersten 10 Minuten leider nicht alle Themen ansprechen. Ich bin sehr stolz darauf, dass Familie und Soziales in der Rede des Ministerpräsidenten heute ganz vorne gestanden haben.

Mit dem Familiengeld haben wir schon 500 Millionen Euro an die Familien ausgezahlt. 323.000 Familien haben das Geld bekommen. Ich verstehe die Kritik. Mich hat es auch gewundert, dass der der SPD angehörende Bundesminister nicht allen das Familiengeld geben wollte, sondern dass er es bei einem Teil der Familien anrechnen wollte. Wir haben das Gesetz so aufgebaut, dass das Familiengeld wirklich jeder bekommen kann. In allen Gutachten wird uns bestätigt, dass wir richtigliegen. Ich sage Ihnen aber auch ganz ehrlich, dass ich mir die Frage stelle, ob wir jetzt recht haben und dafür zwei Jahre vor Gericht streiten möchten. Oder sage ich, dass wir drei Worte im Gesetz ändern, wenn der Bundesminister das haben möchte? Das machen wir, wir ändern diese drei Worte im Gesetz, und dafür bekommt jeder rückwirkend das Familiengeld sofort bezahlt. Mir war es wichtig, dass jede Familie ihr Geld bekommt. Sie bekommt es rückwirkend. Liebe Kollegin Sandt, Sie haben morgen die Chance, dem Artikel 10 des Haushaltsgesetzes zuzustimmen und damit mit uns gemeinsam die Auszahlung des Familiengelds sofort auf den Weg zu bringen. Ich freue mich über Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde auch manchen Beitrag, bei dem es um die Qualität geht, spannend. Sie wissen, dass wir die Qualitätsoffensive gestartet haben. Wir haben aber auch die ganzen letzten Jahre bereits viel getan. Zum Beispiel wurde das Thema Fachkräfte angesprochen. Wir haben zwischen 2006 und 2017 die Zahl der Fachkräfte verdoppelt. Wir haben die Zahl der Ausbildungsplätze verdoppelt. Wenn wir einen höheren Bedarf haben, wird es natürlich anstrengend, und dann müssen wir alle miteinander einen Beitrag dazu leisten, dass wir vorwärtskommen. Bei einer Verdoppelung der Zahl der Plätze kann man aber auch nicht sagen, dass nichts passiert ist. Das halte ich schon für ziemlich dreist.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich müssen wir die Erzieherinnen und Erzieher leistungsgerecht bezahlen, wir müssen die Ausbildung attraktiver gestalten, und wir müssen wieder Fachkräfte zurückgewinnen, die sich möglicherweise anders orientiert haben. Wir müssen auch immer über die Rahmenbedingungen diskutieren. Die Grundfrage wird aber sein, was uns die Arbeit am Menschen wert ist und wie viel wir dafür bezahlen wollen. Die Tarifpartner sitzen miteinander am Tisch. Ich sitze nicht am Tisch. Mich wundert aber, dass bei der Diskussion über diese Fragen diejenigen, die zum Beispiel von der SPD in der Stadt München als Vertreter in die Tarifverhandlungen geschickt werden, sich für die Gehaltsfragen komischerweise nicht so aktiv einsetzen, wie wir es uns wünschen, damit unsere Erzieherinnen und Erzieher mehr Geld verdienen und damit sie auch das bezahlt bekommen, was sie leisten. Sie leisten eine hervorragende Arbeit in diesem Land.

(Beifall bei der CSU)

Die Volkswirtin Celina hat mir vorhin erklärt, dass wir nachhaltig investieren sollen. Das heißt, wenn ich in die Gewaltprävention investieren möchte, investiere ich offensichtlich nicht nachhaltig. Die Sozialpädagogin in mir sagt mir aber, dass genau die Prävention im Gewaltbereich nachhaltige Arbeit ist. Die Frauenhäuser, das Projekt Se-

cond Stage oder ein langfristiges Konzept habe ich Ihnen in der letzten Legislaturperiode im Detail vorgestellt. Wenn das nicht nachhaltig sein soll, weiß ich wirklich nicht, was Sie unter Nachhaltigkeit verstehen. Ich investiere in Menschen, und deshalb ist es richtig, dass wir an der Stelle investieren.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Celina ist offensichtlich der Auffassung, dass ein Dreistufenprogramm für Prävention gegen Gewalt nicht nachhaltig ist. Auf der ersten Stufe haben wir bereits 2018 das Geld für die Frauenhäuser erhöht. Wir haben den Notruf und die Fachberatung in Angriff genommen. Allein in die Stufe zwei werden wir 16 Millionen Euro investieren. Dies sind qualitative und quantitative Verbesserungen am Hilfesystem. 8 weitere Millionen investieren wir in ein umfassendes Konzept des Gewaltschutzes und der Gewaltprävention, damit wir wirklich jeder Form von Gewalt Rechnung tragen und in unserem Land die richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit treffen können.

Zum Beispiel geht es nicht nur um körperliche Gewalt. Es geht auch um seelische Gewalt und um die Gewalt, die im digitalen Netz stattfindet. Wir müssen uns auch anschauen, welche Gruppen neu von Gewalt betroffen sind. Aus anderen Ländern wissen wir, dass es schon die ersten Mönnerschutzprogramme gibt. Bei den Fragestellungen geht es darum, was seelische Gewalt ist. Wir wissen, dass wir mit der Zwangsprostitution eine große Herausforderung haben. Deswegen entwickeln wir ein Gesamtkonzept, weil wir nicht glauben, dass wir das Geld mit der Gießkanne ausgeben sollten. Wir wollen das Richtige tun, und weil wir das Richtige tun wollen, investieren wir 24 Millionen Euro in dieses Thema. Wenn das nicht nachhaltig ist, weiß ich nicht, was an der Stelle noch nachhaltig sein soll.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin hat auch das Thema Armut angesprochen, das mir sehr wichtig ist. Wir haben nämlich verschiedene Formen von Armut. Wir haben die finanzielle Armut, die seelische Armut und die soziale Armut. Weil wir verschiedene Formen von Armut

haben, reist meine Staatssekretärin gerade durch ganz Bayern, um Konzepte anzuschauen und zu überlegen, wie wir diesem Thema noch gerechter werden können. Wir müssen aber auch auf das Thema Obdachlosigkeit schauen. Wir gründen eine Stiftung zur Prävention. Außerdem haben wir einen Maßnahmenplan. Jeder Mensch, der in Bayern auf der Straße sitzt, ist einer zu viel. Wir können aber auch Dinge tun, die nichts kosten. Jeder von uns hat die Möglichkeit, auch einmal zu überlegen, welcher gute Freund oder welcher Nachbar sich schon lange nicht mehr gemeldet hat. Wo muss ich hinschauen, um die seelische Armut zu beachten? – Wir diskutieren immer über die finanzielle Armut. Ja, das ist wichtig: ich möchte aber, dass wir auch über die seelische und die soziale Armut diskutieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Finanzierung und Jugendarbeit hat Herr Kollege Gerhard Hopp schon sehr viel gesagt. In den letzten Jahren sind die Mittel hierfür immer wieder gestiegen. – Danke Gerhard, dass du das noch einmal explizit betont hast. – Uns ist die Jugendarbeit wichtig. Uns ist aber auch der Ausbau der Barrierefreiheit wichtig. Dabei sind sowohl die Stufen als auch die Sprache wichtig. Es geht aber auch um die Barrieren in den Köpfen. Wir müssen es alle miteinander schaffen, dass jeder von uns, der Vorurteile hat, diese ein wenig abbaut. Menschen, die eine Behinderung haben, sind genau wie wir alle erst einmal Menschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben das Thema Senioren im Blick. Gott sei Dank reduzieren wir die Seniorinnen und Senioren nicht auf die Pflege. Für Pflege ist Kollegin Melanie Huml zuständig. Für uns ist ein Senior zunächst einmal ein Mensch mit Lebenserfahrung. Zwar diskutieren wir über Wohnformen, aber auch darüber, wie die Beteiligung aussieht. Wie können wir an diesen Stellen unterstützen? – Familie steht nicht nur für kleine Kinder, sondern umfasst alle Lebensphasen. Wir als Ministerium dürfen ein Gesellschaftsministerium sein. Wir sind ein Abbild der Gesellschaft. Wir dürfen uns mit allen Themen beschäfti-

gen, die sich mit Menschen befassen. Mir ist es wichtig, dass wir auch an die Seniorinnen und Senioren denken. Wir sollten auch sie gut im Blick haben. Deshalb investieren wir in Menschen.

Der Sozialhaushalt konnte nur deshalb in der Weise anschwellen – es wurde so genannt –, weil wir nachhaltig denkende und gute Politiker in der CSU und bei den FREIEN WÄHLERN haben, die massiv dazu verholffen haben. Die Richtung, in Familien, in Gewaltprävention, in die Bekämpfung der Obdachlosigkeit sowie in den Ausbau und die Qualität der Kitas zu investieren, ist die richtige. An dieser Stelle geht es nicht um Förderung mit der Gießkanne, sondern um richtige Maßnahmen zur richtigen Zeit.

Lieber Albert Füracker, ich möchte danke sagen. Ich weiß, ich bin dir lieb und teuer. Das Geld ist jedoch richtig investiert. – Weil er nicht nur Finanzminister ist, sondern das Herz am richtigen Fleck hat, können wir heute und hier einen Haushalt präsentieren, der sozial ist, der gerecht ist, der an Familien und an diejenigen denkt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Deshalb danke ich all denjenigen, die diesem Haushalt zustimmen werden. All denjenigen, die nicht zustimmen werden, möchte ich sagen: Ja, mehr geht immer. Angesichts der Steigerungen und dieser richtigen Maßnahmen habe ich jedoch kein Verständnis für diejenigen, die heute diesem Sozialhaushalt nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Staatsministerin Schreyer, die ersten drei Jahre im Leben eines Kindes sind die wichtigsten und schwierigsten. Das gilt wahrscheinlich auch für die Mutter. Laut Expertenmeinung erlernen Kinder in dieser Zeit Bindungsfähigkeit und die Fähigkeit, Vertrauen zu bilden. Später sind das im Leben Soft Skills für das Glück im Beruf und im Leben allgemein. Im späteren Leben

sind Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Selbstwertgefühl gefragt. Ich möchte Sie und die Bayerische Staatsregierung ausdrücklich loben. Mit dieser Zwischenbemerkung befürworte ich das, was Sie vertreten.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Eine CSU-Anwartschaft!)

Die Bayerische Staatsregierung ist bundesweit eine der wenigen Regierungen, welche die Wahlfreiheit zwischen der Betreuung in der Kita oder durch die Mutter in den ersten drei Jahren gewährleistet. Dafür haben Sie im Haushalt die finanzielle Förderung in Form des Familiengelds und des Betreuungsgelds bereitgestellt. Hoffentlich belassen Sie diese Mittel auch weiterhin im Haushalt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Wenn Sie dazu ein ungetrübtes Ja sagen können, werden Sie meine Zustimmung zu Ihrem Haushalt bekommen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Kollege Swoboda, deshalb haben wir das Familiengeld aufgelegt. Die Familien werden finanziell so ausgestattet, dass sie eine echte Wahlfreiheit erhalten. Sie können sich entscheiden, ob einer von beiden Elternteilen mehr arbeitet, beide gleich viel arbeiten oder einer ganz zu Hause bleibt. Ich formuliere das bewusst geschlechtsneutral, weil wir immer mehr Väter haben, die auch Erziehungsverantwortung übernehmen wollen. Aus meiner Sicht steckt hinter dem Familiengeld genau diese Idee. Das Familiengeld erhält einfach jede Familie. Deshalb hat auch jede Familie die echte Wahlfreiheit zu entscheiden. Nachdem die ersten Lebensjahre stark prägend sind, ist klar, dass wir genau in diese Zeit investieren. Ob diese Jahre die schwierigsten sind, lasse ich einmal dahingestellt; all diejenigen, die pubertierende Kinder haben, können beobachten, dass diese eine andere Phase durchleben.

Ich will einfach nur sagen: Die ersten Jahre entscheiden über die Bindungsfähigkeit. Das ist das alles Entscheidende. Wenn sich diese Synapsen schließen, können sie nicht mehr nachreifen. Die Bildung wird jeden Tag geliefert. Die Bindungsfähigkeit ist das Entscheidende. Ich möchte, dass sich Familien immer frei entscheiden können. Deshalb haben wir unser Gesetz so gestaltet, dass jede Familie die Leistung bekommt. Wir haben genauso wie beim Landeserziehungsgeld verfahren. Nach den eruptiven Phasen des Herrn Bundesministers sind wir zu der Lösung gekommen, dass es jede Familie erstattet bekommt. Jede Familie hat das Recht zu wählen. Mir steht es nicht zu, zu entscheiden, wer welche Familienform leben muss oder soll. Erst mal bin ich dafür zuständig, den Rahmen zu setzen. Das machen wir für die Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/657 mit 18/675, 18/695 mit 18/707, 18/783 mit 18/796, 18/857 mit 18/859, 18/897 mit 18/899 und 18/901 mit 18/914 sowie 18/948 mit 18/957 und 18/1033 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1773.

Wie bereits angekündigt folgen nun sechs namentliche Abstimmungen und neun Abstimmungen in einfacher Form. Wenn Sie ein Interesse an einem sozialverträglichen Ende der heutigen Sitzung haben, möchte ich Sie bitten, nach den namentlichen Abstimmungen direkt wieder Ihre Plätze einzunehmen. Nur so können die Abstimmungen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Bitte vergewissern Sie sich auch, dass Sie noch genügend Stimmkarten haben; wenn nicht, befindet sich ein weiterer Satz Stimmkarten jeweils in Ihrem Postfach im Lesesaal.

Nach den namentlichen Abstimmungen führen wir die neun einfachen Abstimmungen durch. Ich bitte Sie auch hier, die Plätze wieder einzunehmen. Nach diesen Abstimmungen folgt dann die Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst. Dazu müssen erst mal die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen vorliegen.

Ich beginne nun mit den namentlichen Abstimmungen, zuerst mit dem Änderungsantrag der SPD betreffend "Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern" auf Drucksache 18/657. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19:38 bis 19:43 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Es folgt nun die Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag auf Drucksache 18/661 betreffend "Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung – Konversion von Komplexeinrichtungen". Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. – Wenn Sie sich danach schnell wieder auf Ihre Plätze begeben, habe ich dann gute Nachrichten für Sie.

(Namentliche Abstimmung von 19:43 bis 19:46 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Das Abstimmungsergebnis wird auch hier außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Als Nächstes folgt nun die Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag auf Drucksache 18/667 betreffend "Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern". Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Abstimmungszeit: drei Minuten. – Jetzt kommt die gute Nachricht, die ich Ihnen versprochen habe: Wenn Sie direkt danach Ihre Plätze wieder einnehmen, können wir beschleunigt weitermachen;

die FDP-Fraktion hat ihre Anträge auf namentliche Abstimmung zurückgezogen, so dass wir dann zügig weitermachen können.

(Allgemeiner Beifall – Namentliche Abstimmung von 19:47 bis 19:50 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis wird auch hier außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Nun kommen wir zu den zwölf Abstimmungen über Änderungsanträge der AfD-Fraktion sowie der FDP-Fraktion in einfacher Form. Alle zwölf Änderungsanträge wurden vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Ich bleibe bei der Reihenfolge, die sich nach der ursprünglichen Fassung ergeben hätte.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene" auf Drucksache 18/898. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten der Beauftragten für das Ehrenamt" auf Drucksache 18/901. Wer hier entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER sowie die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes folgt die Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/911. Darin geht es um die "Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit". Wer hier entgegen dem Aus-

schussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, CSU, AfD und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/695 betreffend "Kostenbeteiligung am Mittagessen in Werkstätten für behinderte Menschen und Tagesförderungsstätten". Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist dieser Änderungsantrag hiermit abgelehnt.

Als Nächstes kommt der Änderungsantrag betreffend "Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung ‚Hilfe für Mutter und Kind‘" auf Drucksache 18/701 zur Abstimmung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes folgt der Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bezahlbarer Wohnraum für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben" auf Drucksache 18/706. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Hiermit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als letzten Änderungsantrag der AfD-Fraktion rufe ich zur Abstimmung den Antrag auf Drucksache 18/857 betreffend "Förderung unabhängiger Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern" auf. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist offensichtlich der Rest des Hauses, es sei denn, es gibt Enthaltungen. – Keine Enthaltung. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu weiteren Änderungsanträgen; es handelt sich um Anträge der FDP-Fraktion. Ich rufe zur Abstimmung den Antrag auf Drucksache 18/902 betreffend "Kosten der Durchführung von Modellvorhaben der Digitalisierung" auf. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Hat hinten Herr Swoboda dafür gestimmt? – Nein?

(Zuruf: Doch! – Zuruf des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

– Er sagt Nein. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die beiden Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/903 betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKi-BiG)". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Weiter gibt es den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren" auf Drucksache 18/904. Wer entgegen dem Ausschussvotum die-

sem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann folgt noch die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Pädagogische Qualitätsbegleitung)" auf Drucksache 18/910. Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, CSU, AfD und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Schluss folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze gemäß den Konditionen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung inkl. Hortplätze“" auf Drucksache 18/913. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Haben wir schon Ergebnisse? – Noch nicht? – Dann unterbreche ich die Sitzung bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der vorherigen namentlichen Abstimmungen.

(Unterbrechung von 19:58 bis 20:01 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst komme ich zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern" auf Drucksache 18/657. Mit Ja haben 24 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 118 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 34. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung – Konversion von Komplexeinrichtungen", Drucksache 18/661, bekannt. Mit Ja haben 50, mit Nein 115 Abgeordnete gestimmt. Es gab 8 Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Damit komme ich zu dem Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern", Drucksache 18/667. Mit Ja haben 58, mit Nein 120 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Jetzt lasse ich über den Einzelplan 10 abstimmen. Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1773 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen

bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1773 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/674, 18/948 mit 18/957 und 18/1033 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern; (Kap. 10 03 Tit. 684 01) (Drucksache 18/657)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			X
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus			X
Busch Michael	X		
Celina Kerstin			X
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			X
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			X
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			X
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			X
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			X
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			X
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	24	118	34

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung - Konversion von Komplexeinrichtungen; (Kap. 10 05 Tit. 893 01) (Drucksache 18/661)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	50	115	8

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern; (Kap. 10 07 TG 78) (Drucksache 18/667)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	58	120	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Teilhabe von gehörlosen und hörbehinderten Menschen verbessern – Gehörlosengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/783
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ehrenamtliche Betreuung stärken – Querschnittsarbeit der Betreuungsvereine besser fördern
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/784
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stationäre Wohnplätze für behinderte Menschen ausbauen – Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Menschen mit Behinderung erhöhen
(Kap. 10 05 Tit. 893 78 und 893 79)
Drs. 18/785
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertagesstätten fortsetzen und ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88 und 684 88)
Drs. 18/786
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Längere Öffnungszeiten und Betreuung zu Randzeiten in Kindertagesstätten zusätzlich fördern
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 18/787
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/788

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Zusätzliche Beitragsentlastung für das erste und zweite Kindergartenjahr aussetzen
(Kap. 10 07 Tit. 633 91 und 681 91)
Drs. 18/789
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz wie versprochen in die Kitaqualität investieren
(Kap. 10 07 Tit. 633 91 und 633 92)
Drs. 18/790
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familiengeld einkommensabhängig auszahlen
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/791
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausweitung des Schutzes von Mädchen und Frauen – Aufbau von Fachstellen gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM/C) in jedem Regierungsbezirk
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/792
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Kofinanzierung zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf das Niveau der Bundeszuwendungen
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 18/793
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Politische Bildung stärken und Internationalen Jugendaustausch ausbauen – Ausgaben für Jugendarbeit erhöhen
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/794
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionsprogramm zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder in Kindertagesstätten und Horten
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/795
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Queere Jugendberatung in allen Regierungsbezirken
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/796
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kostenbeteiligung am Mittagessen in Werkstätten für behinderte Menschen und Tagesförderungsstätten
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 18/695
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erforschung der Gewaltproblematik
(Kap. 10 07 Tit. 526 82)
Drs. 18/696
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 18/697
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Bessere Förderung der Maßnahmen für alleinerziehende Eltern
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/698
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 684 74)
Drs. 18/699
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/700
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“
(Kap. 10 07 TG 84)
Drs. 18/701
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für das Projekt „Miteinander leben – Ehrenamt verbindet“
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/702
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: LichtBlick Seniorenhilfe e. V.
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/703
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Prävention von Linksextremismus
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/704
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte für Arbeitnehmer im Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik
(Kap. 10 67 Tit. 428 01)
Drs. 18/705
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezahlbarer Wohnraum für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben
(Kap. 10 70 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/706
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Evaluation der Präventionsambulanz „Stopp die Gewalt“
(Kap. 10 72 neuer Tit.)
Drs. 18/707
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung unabhängiger Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/857
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/858
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
(Kap. 10 07 Tit. 893 82)
Drs. 18/859
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/657
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bessere Unterstützung der Tafeln in Bayern
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/658

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Natascha Kohnen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Effektive Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit in Bayern
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/659
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerische Umtauschprämie für den Klimaschutz
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 18/660
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung – Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 18/661
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt – Barrierefreiheit finanziell besser fördern!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 18/662
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt – Öffentlichen Raum flächendeckend mit barrierefreien Toiletten ausstatten!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 18/663
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verlässliche Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 18/664
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familien in Bayern in allen Lebenslagen unterstützen – Familienstützpunkte und Mütter- und Familienzentren ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/665
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerisches Sonderprogramm „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/666
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/667
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/668
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (LBE) und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa Bayern e.V.)
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/669
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Beste frühkindliche Bildung für alle Kinder – Kita-Ausbau kraftvoll voranbringen!
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/670
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beste frühkindliche Bildung für alle Kinder – mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in Kitas!
(Kap. 10 07 TG 88 – 93)
Drs. 18/671
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/672
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein buntes Bayern jetzt – Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/673
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Stellen für das Zentrum Bayern Familie und Soziales
(Kap. 10 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/675
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 02 Tit. 526 99)
Drs. 18/897
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 18/898
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung heimatpolitischer Anliegen im Rahmen der Schirmherrschaft über die studentendeutsche Volksgruppe
(Kap. 10 06 Tit. 686 03)
Drs. 18/899
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der Beauftragten für das Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 18/901
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der Durchführung von Modellvorhaben der Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 547 96)
Drs. 18/902
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/903
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
(Kap. 10 07 Tit. 633 90)
Drs. 18/904
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Betreuungsgeld nach dem Bayerischen
Betreuungsgeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 01)
Drs. 18/905

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familiengeld nach dem Bayerischen
Familiengeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/906

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landeserziehungsgeld
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 18/907

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung betreuter Früh-
stücksangebote an Grund- und Förder-
schulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)
Drs. 18/908

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale
oder ähnliche Einrichtungen (Abbau von
Gewalt)
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/909

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale
oder ähnliche Einrichtungen (Pädagogische
Qualitätsbegleitung)
(Kap. 10 07 Tit. 684 88)
Drs. 18/910

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring
für dessen Landesgeschäftsstelle und das
Institut für Jugendarbeit

(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/911

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und
Ausrüstungsgegenständen im Rahmen der
Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 812 96)
Drs. 18/912

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemein-
den und Gemeindeverbände zur Schaf-
fung zusätzlicher Betreuungsplätze gemäß
den Konditionen des Investitionspro-
gramms „Kinderbetreuungsfinanzierung
inkl. Hortplätze“
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/913

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Ha-
gen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fisch-
bach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 20 Tit. 526 11)
Drs. 18/914

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Georg Winter

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Bernhard Pohl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Uli Henkel

Abg. Florian Ritter

Abg. Sebastian Körber

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Ursula Sowa

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Barbara Fuchs

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Ferdinand Mang

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1244 mit 18/1246),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1269, 18/1270),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1129 mit 18/1148),

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/1268),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1195 mit 18/1197, 18/1325 mit 18/1330),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1217 mit 18/1231),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1156, 18/1157)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang u. a. (AfD)

(Drs. 18/1914)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes u. a. (AfD)

(Drs. 18/1916)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller u. a. (AfD)

(Drs. 18/1917)

Die drei zum Plenum eingereichten Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD wurden für Sie aufgelegt.

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt auch hier wieder eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt hat. Über die zum Plenum eingereichten drei Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion ist ebenfalls gesondert, aber in einfacher Form abzustimmen.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Dr. Markus Bächler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte Sie ans Rednerpult. –

(Zurufe: Nein, erst als zweiter Redner!)

Das ist nicht angezeigt. Also, ich stelle fest, dass die langen Sitzungszeiten den Abgeordneten nicht geschadet haben, aber dafür den Computern.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, dann haben wir jetzt als nächsten Redner den Kollegen Winter. Ich bitte um sein Wort. Herr Abgeordneter Winter, bitte schön.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst herzlichen Glückwunsch Ihrem Haus, Herr Staatsminister Reichhart. Es hat das Einjährige hinter sich; mit dem Frühlingsanfang letztes Jahr ist es gestartet. Wir haben uns sehr schnell daran gewöhnt. Das ist ein gutes Zeichen. – Sehr wichtig ist aber, dass uns allen damit das Thema Wohnen, das aktuell im Brennpunkt ist, aber auch das Thema Pendler viel mehr ins Bewusstsein gelangt, und diejenigen, die wie auch wir betroffen sind, sehen, dass man sich ihrer Sorgen und Nöte annimmt. In diesem Bereich gibt es große Herausforderungen.

Ich möchte heute als Motto meiner Rede die Verfassungsänderung nennen, der die Bürgerinnen und Bürger mit dem Volksentscheid 2013 zugestimmt haben. Damit wurde in der Verfassung die Förderung und Sicherung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern festgelegt. Das ist unsere Richtschnur, und ich freue mich immer, wenn ich auf die Internetseite des Finanzministeriums schaue, dass ganz am Beginn, Herr Neubauer, auch dieser neue Artikel 3 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung zitiert und damit der Auftritt eröffnet wird.

Dieser Doppelhaushalt bietet mit den 4,1 Milliarden Euro für das Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wichtige Grundlagen. Das lässt sich anhand von ein paar Beispielen gut darlegen; Stichwort: Wohnungsbau. Der Herr Ministerpräsident hat heute in seiner Rede die Themen mit angesprochen.

Bayern baut selbst: Da ist die neue BayernHeim GmbH, die dabei ist, 2.000 Wohnungen zu projektieren. Da sind unsere Stadibau und die Nürnberger Siedlungsgesellschaft, die ebenfalls 2.000 Wohnungen in den Brennpunkten realisieren werden. Da ist die Hilfe beim Kauf von Eigenheimen – die Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld Plus, eine Förderung, für die wir 375 Millionen Euro im Haushalt bereitstellen – und natürlich unsere bewährte bayerische Wohnraumförderung – diesmal für den Doppelhaushalt mit einem Bewilligungsrahmen in der gigantischen Größe von

1,7 Milliarden Euro. Damit kann viel getan werden. Allein für 2019 sind es 885 Millionen Euro.

Wir bleiben kommunalfreundlich; das zeigt das Beispiel Städtebauförderung. Erst jüngst waren wir vor Ort. Überall in den Stimmkreisen sind Projekte im Werden. Dafür haben wir im Doppelhaushalt 2019/2020 über 900 Millionen angesetzt. Nur um ein Gefühl für die Zahlen zu bekommen: Diese 900 Millionen Euro sind im Vergleich mit dem vorherigen Etat eine Verdoppelung. Diese Steigerungen – beim Wohnraum 48 %, und da gleich eine Verdoppelung um 100 % – können sich sehen lassen.

Jetzt aber die Frage: Wie kann man dem Verfassungsziel, das ich zitiert habe, gerecht werden, wenn man sich die Bevölkerungsentwicklung anschaut? Das Statistische Landesamt prognostiziert einen Zuwachs bis 2037 von rund einer halben Million Mitbürgern. 3,7 % sind ein stolzes Wachstum, eine positive Zahl, wenn sich die Mehrung auf ganz Bayern gleichmäßig verteilen würde. Die Prognose sagt aber etwas anderes; sie spricht nämlich für Dachau und Ebersberg beispielsweise von 13,2 % bzw. 13 % Zuwachs, also zweistelligen Zuwachsraten; leider gibt es auch zweistellige Minuszahlen. Der Kollege Baumgärtner kann davon konkret berichten; er wird heute noch sprechen. Da heißt es dann: Kronach minus 14 % oder Wunsiedel minus 14,3 %. Das ist die Herausforderung. Die Differenz, das muss man sich bewusst machen, beträgt 27,5 %. So weit geht die Bevölkerungsentwicklung auseinander. Damit wird es natürlich schwierig, das Verfassungsziel zu erreichen.

Besser wäre eine ausgewogene, gleichmäßige Entwicklung als diese Verdichtung im Ballungsraum, die natürlich zu Überforderungen beim Nahverkehrssystem führt. Das wird viel Geld kosten, wenn wir es ausbauen müssen.

Ebenso gilt dies auch für die Infrastruktureinrichtungen: Es wird sehr schwer, wenn wir im ländlichen Raum Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Wohnungen schließen, die wir im städtischen Bereich, im Ballungsraum, aufbauen müssen. Dieses Verfassungsziel ist deshalb eine gute Vorgabe, eine wichtige Richtschnur.

Die Frage lautet: Was können wir tun? – Das Zauberwort heißt, die unterschiedlichen Verkehrssysteme und unsere Regionen besser zu vernetzen. Das ist der klare Hinweis und die Möglichkeit. Wie gesagt, die Synergieeffekte wären groß, und zwar auch für den Finanzminister: die extreme Verdichtung zu Höchstpreisen könnte abgemildert werden, die Finanzierung von bezahlbaren Wohnungen außerhalb der Ballungszentren wäre leichter, die Bildung von Eigentum als Existenzsicherung wäre für viel mehr Mitbürger möglich. Die Bürger könnten mit ihren gut vernetzten Eigenheimen an der Wertsteigerung teilnehmen und sich eine Alterssicherung aufbauen. Die Negativspirale – ich habe sie angeführt – von hohen Mieten, geringer Lebensqualität und weniger Möglichkeiten zur Familiengründung würde entschärft. Wir müssten nicht auf dem Lande im gleichen Maße das schließen, was wir im städtischen Bereich mit großem Aufwand neu installieren würden.

Dennoch ist ganz klar die Frage: Kann man das bewältigen? – Gott sei Dank kann man den Bürgern nicht vorschreiben, wo sie sich niederlassen, wo sie ihren Wohnsitz wählen; das ist ihre individuelle, persönliche Entscheidung. Wir können aber die Rahmenbedingungen gestalten. Trotzdem bleibt die Aufgabe gigantisch. Wir haben aber ein Beispiel bei uns in Bayern, bei dem wir dank guter Wirtschaftspolitik und Landesentwicklung bewiesen haben, dass es möglich ist. Ich nenne hier die Stichworte: Arbeitsmarkt, Vollbeschäftigung in Bayern.

Wenn man die Regierungsbezirke im Einzelnen betrachtet, finden wir eine Bandbreite zwischen 2,7 % und 3,5 %, das heißt, die Spreizung beträgt nur noch 0,8 %. Das zeigt – wenn man überlegt, wo wir vor Jahrzehnten standen –, dass man das heute bei einem optimalen Gesamtwert auf eine ganz geringe Differenz zusammengeführt hat. Es kommt also darauf an, dass wir das Ziel nachhaltig verfolgen und dass wir diese Herausforderung annehmen.

Wichtig ist auch, dass wir die Probleme des Ballungsraumes kennen und analysieren und dass wir die Probleme der ländlichen Räumen kennen und verstehen wollen und dies ideologiefrei tun; das ist der entscheidende Punkt. Man will gar nicht glauben,

welche Klischees hier bestehen. Obwohl wir uns wöchentlich hier treffen, gehen ganz unterschiedliche Sachen durch die Köpfe.

Die GRÜNEN wollen nicht akzeptieren, dass junge Menschen aus ländlichen Räumen abwandern, weil die Vernetzung mit den Zentren nicht ausreichend ist und der Arbeitsweg hin und zurück zu viel Zeit kostet: am Tag drei, vier Stunden oder mehr. Da sehen sie nicht die Möglichkeit, ihre berufliche Qualifikation und ihre Erwartungen in ihrem bisher angestammten Bereich zu erfüllen. Deshalb kann ich nur sagen: Obwohl ich persönlich nicht nur ein Fan des ÖPNV bin, sondern meine Jahreskilometerleistung mehrheitlich mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklege, und zwar als einer, der aus einem Raum mit besonderem Handlungsbedarf kommt, muss ich sagen: Wir kommen nicht umhin, in den ländlichen Räumen die Infrastruktur zu verbessern. Dazu gehören auch, wie es heute der Fraktionsvorsitzende Kreuzer gesagt hat, die Staatsstraßen; denn wir haben Räume in Bayern, die keine Autobahnen, keinen Zubringer und keine vierstreifige Bundesstraßen haben, die also schlicht auf das bayerische Straßennetz angewiesen sind, damit der Bus fahren kann, die Schiene zeitnah erreicht wird und so die Abwanderung gestoppt wird.

Wo müssen wir ansetzen? – Glücklicherweise brauchen wir das Rad in Bayern nicht neu zu erfinden. Es geht darum, dass wir ein Mobilitätskonzept in und für die Regionen in Bayern weiterentwickeln. Hier gibt es viele gute Ansätze, Herr Staatsminister Reichhart. Wenn es uns gelingt, zum Beispiel die Verkehrsverbünde einschließlich des Straßennetzes mit den Großräumen Nürnberg, München oder Augsburg besser zu vernetzen, dann werden wir erfolgreich sein und insbesondere die von mir beschriebenen Straßenlücken, die vorhanden sind, schließen. Das alles kostet Geld. Das Positive ist, dass die Steuerprognose besagt, dass wir in Bayern vom Bundestrend abweichen. Das hat auch damit zu tun, dass wir gut aufgestellt sind. Diesen Vorsprung gilt es zu halten. Schwieriger wäre es, wenn es bei der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung laut Prognose von 27,5 % bleiben würde. Wenn wir das System aus

ÖPNV und Nahverkehr besser vernetzen, kann es gelingen, diese Spreizung zu minimieren.

Positive Akzente hat unser Ministerpräsident gesetzt. Ich verweise auf die drei Regierungserklärungen vom April 2018, vom September 2018 und vom Dezember 2018. Er hat für die Koalition festgestellt, dass zur Nachhaltigkeit auch die Mobilität gehört. Der zunehmende Verkehr entwickelt sich zu einem echten Stressfaktor. Wir wollen daher eine Verkehrswende und dafür den Schienenverkehr, den ÖPNV, den Fahrrad- und den Autoverkehr besser aufeinander abstimmen. Das sind unsere Vorschläge.

Wir können es schaffen, dass Bayern weiterhin vorne bleibt, wenn wir die Balance zwischen dem investiven und dem konsumtiven Bereich halten. Nur dann wird Bayern eine Zukunft haben.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. – Herr Staatsminister, viel Erfolg bei der Umsetzung. Unsere Unterstützung haben Sie.

Zu den Anträgen der AfD kann ich nur kurz feststellen: Wir hatten drei Wochen intensive Beratungen im Haushaltsausschuss. Dorthin gehören die Anträge. Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich rufe jetzt Herrn Dr. Markus Büchler auf.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern wartet auf die Verkehrswende, aber dieser Haushaltsentwurf, der uns vorliegt, bedeutet für die Verkehrswende in Bayern leider zwei weitere verlorene Jahre. Was will das Kabinett Söder im Verkehrsbereich? – Im Wesentlichen sind es drei Dinge: erstens Straßenbau, zweitens Straßenbau und drittens Straßenbau.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP – Hans Herold (CSU): So ein Schmarrn!)

– Regen Sie sich nicht künstlich auf. – Herr Staatsminister Reichhart war bei uns im Verkehrsausschuss und hat die wesentlichen Punkte seines Programms vorgestellt.

Was enthielt es? – Drei Bereiche: Bei der Schiene gibt es weiterhin die Mangelverwaltung, die wir kennen und die zu dem Bahnchaos führt, Bayern fastet weiter für die zweite Stammstrecke in München, beim Radverkehr werden wir weiterhin angewandte Homöopathie erleben. Als Sie, lieber Herr Minister, zum Straßenbau gekommen sind, haben Sie freudig – Zitat – "den Investitionshochlauf im Straßenbau, den wir erleben dürfen" verkündet. 2 Milliarden Euro könne man im Jahr 2019 verbauen. Es ginge noch viel mehr, weil man noch so viele Planungen in der Schublade habe.

Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir schreiben das Jahr 2019. Das Weltklima gerät aus den Fugen. Die Jugend streikt, geht auf die Straßen und bangt um ihre Zukunft. Was macht die Bayerische Staatsregierung? – Sie feiert den – Zitat – "Investitionshochlauf im Straßenbau". Im Kabarett wäre das noch mitellustig, aber das Schlimme ist, dass Sie das auch noch ernst meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Sie wollen das Geld dazu verwenden, um Bayern weiter mit Straßen zuzubetonieren. Wir wollen damit Besseres machen. Das sieht man an unseren Änderungsanträgen. Wir wollen Busse im Stundentakt in jedem Dorf, zuverlässige Züge in den Ballungsräumen und kostenlosen Verkehr für Schüler, Studis und Azubis. Zum Glück haben Sie die 20 Änderungsanträge der klugen grünen Opposition auf dem Tisch. Alles ist seriös gegenfinanziert. Stimmen Sie doch einfach zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich greife nur drei Beispiele heraus. Erstes Beispiel: Wir GRÜNE wollen stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren und Nebenbahnen sichern. Das kostet bloß 10 Millionen Euro im Jahr. Das sind Peanuts im Vergleich zu den 200 Millionen Euro für den Frankenschnellweg, mit dem Sie zusätzlichen Autoverkehr nach Nürnberg pumpen wollen.

(Zurufe von der CSU)

Ich meine, dieses Geld ist besser bei der Ilztalbahn, bei der Fuchstalbahn und den vielen anderen aufgelassenen Strecken im ländlichen Raum angelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass wir dabei zuschauen, wie zum Beispiel bei der Steigerwaldbahn, ebenfalls im ländlichen Raum, bald die Schienen herausgerissen und als Altmetall verschербelt werden. Die Landkreise vor Ort und wir wollen wieder Züge in dieser Tourismusregion sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zweite Beispiel: Im Wahlkampf hat der Herr Ministerpräsident dem Münchener MVV 35 Millionen Euro für billigere Tickets versprochen. Das ist super für München, aber was ist denn mit dem Rest von Bayern? – München leuchtet, Bayern bezahlt. Soll das die Devise sein? Zwar haben Sie dann doch unserem Drängen nachgegeben, und seit dem ÖPNV-Gipfel bekommen die anderen Großstädte auch ein bisschen, aber wir meinen: Wenn der MVV 35 Millionen Euro erhält, dann ist es recht und billig, wenn wir für den Rest Bayerns 100 Millionen Euro bereitstellen. Daher unser Änderungsantrag. So ist es gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist eigentlich mit den zusätzlichen Zügen, die Sie im Wahlkampf versprochen haben? – Damals hieß es, es gebe 15 Millionen Euro für das Schließen von Taktlücken alleine für den MVV. Wie versprochen, so gebrochen. Jetzt, nach der Wahl, soll das nicht mehr möglich sein. Es gebe zu wenig Gleise, zu wenig Züge und zu wenig Personal. Da frage ich mich: Kennt die Regierung zumindest im Wahlkampf die eigene Bahn wirklich so schlecht, oder hat man im Wahlkampf einfach eiskalt gelogen? Wir jedenfalls fordern in unserem Änderungsantrag 50 Millionen Euro für zusätzliche Zugfahrten, und zwar für ganz Bayern. Stimmen Sie zu! Wir bieten Ihnen heute die Topchance, ihr gebrochenes Wahlversprechen zu heilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das letzte Beispiel: 40 Millionen Euro nehmen Sie für den Radverkehr in Bayern in die Hand. Für eine einzige Stadt wäre der Betrag ganz interessant, aber für ganz Bayern taugt diese Summe nicht einmal als grünes Deckmäntelchen. Das langt nicht einmal für einen grünen Lendenschurz. Bei so viel Nacktheit setzt man sich dem Vorwurf der Erregung öffentlichen Ärgernisses aus, lieber Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen 3 Millionen Euro jährlich für die Planung von Radschnellwegen und danach auch den raschen Bau von Radschnellwegen in der Trägerschaft des Freistaats, um nur dieses Beispiel zu nennen.

Es gibt unendlich viel zu tun, damit die Verkehrswende gelingt. Fangen wir endlich an! Sorgen wir für eine pünktliche Bahn, für flächendeckende Verkehrsverbünde in ganz Bayern, und machen wir das Fahrrad zu einem sicheren und attraktiven Verkehrsmittel im Alltag!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Büchler. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister Reichhart! Ihr Ministerium ist das Schlüsselministerium zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Deswegen kommt Ihrem Etat mit über 4 Milliarden Euro tatsächlich eine Schlüsselrolle zu.

Ich habe gut zugehört, lieber Herr Kollege Büchler; Sie sprachen von Kabarett im Zusammenhang mit dem Straßenbau. Das zeigt eindrucksvoll: Die GRÜNEN sind und bleiben eine Großstadtpartei und nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Hans Herold (CSU): Genau so ist es!)

Fahren Sie doch mal im Landkreis Rhön-Grabfeld vom Ort Heustreu – vielleicht kennen Sie den Ort gar nicht – zu Ihrem Kollegen nach Gunzesried. Für diese rund 300 Kilometer brauchen Sie zwischen 6 Stunden 12 Minuten und 14 Stunden 12 Minuten. Das ist die Realität. Sie sagen, wir könnten stillgelegte Strecken der Bahn reaktivieren. Das finde ich gut. Die Staudenbahn, die Fuchstalbahn, sicherlich auch die Ilztalbahn und viele andere Bahnen wären es sicher wert, reaktiviert zu werden. Da bin ich dafür. Sie brauchen aber auch Leute, die auf diesen Bahnstrecken fahren. Das geht nur, indem Sie in ganz Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Dazu brauchen Sie nun mal Straßen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Auch wenn Sie herumschreien wird es nicht besser. Sie brauchen Straßen.

Im Übrigen sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen: Wir können diese Bahnen nicht durch Schwebebahnen reaktivieren. Wir werden auch für den ÖPNV Straßen bauen. Das ist nun einmal so, nachdem wir den Gesetzen der Schwerkraft unterworfen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Anstrengungen, die wir in den nächsten Jahren für den öffentlichen Personennahverkehr unternehmen, bedingen es, dass die Menschen in den ländlichen Räumen wohnen bleiben oder wieder zurückziehen. Im Übrigen ist es tatsächlich eine nachhaltige und gute Umweltpolitik, Sozialpolitik und Familienpolitik in einem, dafür zu sorgen, dass Wohnen und Arbeiten wieder an einem Ort möglich sind, ohne dass die Menschen 100 Kilometer und mehr pendeln müssen. Dafür werden wir in den nächsten Jahren Sorge tragen und unsere Anstrengungen aktivieren.

Den Straßenbau und die Schiene kann und darf man nicht gegeneinander ausspielen; denn die Verkehrsinfrastruktur ist der Schlüssel dafür, dass die Menschen in den länd-

lichen Räumen, in den kleinen und mittleren Städten wohnen bleiben und zunächst einmal sicherlich zum Arbeitsplatz pendeln. Aber wir denken bereits heute über neue Formen der Arbeitsorganisation nach. Wir werden hier mehr Flexibilität haben. Selbstverständlich sind gute Verkehrsanbindungen auch ein Argument dafür, dass sich ein Unternehmen nicht in dem preislich völlig überhitzten Großraum München ansiedelt. Nehmen Sie doch einmal die Zahlen zur Kenntnis: Im Jahre 1990 hatte die Landeshauptstadt München 1,2 Millionen Einwohner. Heute hat sie 1,5 Millionen Einwohner. Nach den Prognosen hat sie in 20 Jahren, also 2040, 1.850.000 Einwohner. Die Entwicklung wird noch rasanter voranschreiten, wenn wir nichts dagegen tun.

Wir sollten auch im Interesse der Landeshauptstadt München dafür Sorge tragen, dass sich der Einwohnerzuwachs verlangsamt; denn im Jahre 2016, um ein Jahr beispielhaft herauszunehmen, wurden in München 12.000 neue Wohnungen fertiggestellt. Der Zuzug belief sich aber auf 30.000 Personen, also um mehr als doppelt so viele. Auch mit diesen Zahlen muss ich Sie leider konfrontieren und quälen, nachdem Sie in München lange Jahre kommunalpolitisch Mitverantwortung getragen haben.

Mit diesen Zahlen können Sie machen, was Sie wollen. Damit können Sie über eine Beschränkung von Mietpreisen und sonst etwas diskutieren – es werden nicht mehr Wohnungen. Deswegen bleibt als die einzige Möglichkeit, in Bayern diesem Wahnsinn gleichwertige Lebensverhältnisse entgegenzusetzen. Das bedeutet: Wir müssen in die Verkehrsinfrastruktur, aber auch – und damit komme ich zum zweiten Punkt – in bezahlbaren Wohnraum investieren. Die Kosten für das Wohnen sind durch die Decke geschossen. Das hat nicht nur mit den Grundstückspreisen zu tun; denn die Grundstückspreise sind ein kleiner Teil davon, insbesondere im Geschosswohnungsbau. Da muss man nicht studiert haben. Das ist pure Mathematik.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das kommt aber auf die Geschossflächenzahl an!)

– Ja, natürlich, das sagte ich gerade. Die Frage ist, wie hoch man baut. Bei zehn Stockwerken haben Sie natürlich den Kaufpreis für das Grundstück geteilt durch zehn. Das ist doch klar.

Herr Staatsminister, wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass wir im Bund Einfluss nehmen; denn auf diesem Gebiet muss mehr getan werden. Es kann nicht sein, dass wir eine Energieeinsparverordnung nach der anderen haben, die das Bauen immer noch teurer macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei aller Sinnhaftigkeit des Energieeinsparens ist hier ein Grenznutzen erreicht. Das sollte jeder in diesem Hause zur Kenntnis nehmen.

Des Weiteren geht es um die Themen Brandschutz, Konjunktur, Baustoffe und insbesondere Bürokratie. Ich sage das nur stichpunktartig. Hier müssen wir darauf achten, dass wir die Bürokratie eindämmen, und zwar auch im Sinne und Interesse unserer eigenen Hochbauten im Freistaat Bayern. Wir müssen hier kostengünstiger bauen; denn je teurer wir bauen, desto weniger können wir uns leisten und desto weniger können wir fertigstellen.

Dazu gehört natürlich auch der Flächenverbrauch. Wir haben darüber heute schon beim Wirtschaftsetat gesprochen. Natürlich müssen wir mit der Fläche sorgsam umgehen. Da wird es einige Dinge geben, die wir zu verändern haben. Aber insgesamt bedeutet eine Verknappung von Flächen eine Verknappung des Angebots bei steigender Nachfrage. Natürlich können wir bei steigenden Preisen für Grund und Boden weniger bauen. Wenn man im Freistaat für eine Million mehr Bürger Wohnraum bauen will, aber nur begrenzte Flächen zur Verfügung hat, wird das Wachstum in den Städten, vor allen Dingen in den großen Städten stattfinden. Jetzt sind wir wieder bei gleichwertigen Lebensverhältnissen. Sie werden es mir nachsehen – Sie haben vorhin das Fuchstal angesprochen –, in Leeder werden Sie kein zehnstöckiges Haus errichten können. Das passt da schlichtweg nicht hin, auch wenn Sie vielleicht eine andere Vor-

stellung von Ästhetik und Landschaft haben; das geht einfach nicht. Bauen, Wohnen und Verkehr, das ist ein Dreiklang für eine gute Entwicklung in ganz Bayern.

Ich habe den ländlichen Raum angesprochen. Ich habe die Metropolen angesprochen. Als Drittes spreche ich die Mittelstädte an, die in unseren Diskussionen immer ein bisschen hinten herunterfallen, also Städte in der Größenordnung von 50.000 Einwohnern wie Landshut, Kaufbeuren, Kempten, Dachau. Diese Städte müssen ebenfalls stärker in den Blick genommen werden. Diese Städte, speziell in den Metropolregionen München und Nürnberg, können einiges an Wachstum aufnehmen. Aber wir müssen sie ertüchtigen. Wir müssen hier ganz sicher für den ÖPNV mehr Geld als bisher in die Hand nehmen, weil da der Nutzen etwas größer ist; denn zwischen einem Dorf und einem anderen einen Doppelstockbus einzusetzen, ist ökologisch unsinnig, wenn nur drei oder vier Leute mitfahren. Es ist nicht deshalb unsinnig, weil die Verbindungen zu schlecht sind, sondern weil zwischen den beiden Dörfern kaum jemand fahren oder sich bewegen will.

Wir haben hier eine große Aufgabe vor uns, bei der die Ideen aller gefragt sind. Das sage ich ganz offen. Man kann sich als Opposition natürlich immer zurücklehnen und kritisieren, kritisieren, kritisieren. Aber es ist sicherlich auch von Oppositionsseite aus gut möglich, kreative Gedanken einzubringen. Ich habe diese Rolle mit meiner Fraktion selber zehn Jahre eingenommen. Ich kann nur sagen: Wenn man gute Ideen bringt, dann kommen sie vielleicht nicht in den nächsten Haushalt, aber sie werden mittelfristig aufgenommen. Hier ist jeder von uns gefordert, an erster Stelle natürlich der Minister.

Wir haben bei der Bahn Baustellen von A bis Z. Da gibt es noch viel zu tun. Da darf man nicht drum herumreden. Natürlich müsste uns auf diesem Gebiet auch der Bund besser unterstützen. Da haben wir Nachholbedarf. Aber es ist eine sehr gute Entscheidung gewesen – das möchte ich zum Schluss sagen –, dass der Herr Ministerpräsident ein eigenes Ministerium geschaffen hat. Ohne dem Herrn Innenminister nahetre-

ten zu wollen, bei den vielfältigen Aufgaben, die er hat, war es natürlich schwierig, dass ein so wichtiger Bereich noch hinzugekommen ist.

Ich kann nur sagen, der vorliegende Haushalt deckt zwar nicht alle Wünsche ab und umfasst nicht all das, was wir gerne hätten, aber er ist gut gelungen. Ich denke, wir können alle mit gutem Gewissen zustimmen und dem Herrn Minister viel Erfolg und Glück bei der Umsetzung dessen wünschen, was wir hier mit diesem Haushaltsplan ermöglichen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Uli Henkel von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich Wohnen, Bau und Verkehr verantwortet immerhin mehr als 4 Milliarden Euro und sollte damit sehr wohl dazu beitragen, unsere Heimat auch in diesem Bereich zukunftsfähig zu machen.

Bauen, bauen und noch einmal bauen für unsere bayerischen Menschen – das müsste im Grunde eine der Hauptdevisen dieses Doppelhaushaltes sein. So dachten wir jedenfalls. Aber was finden wir in diesem Einzelplan 09 nicht so alles vor?

Nur ein Beispiel sei genannt: Satte 150 Millionen Euro will die Staatsregierung beispielsweise jedes Jahr für das Programm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" ausgeben. Anstatt damit den dringend benötigten Wohnraum für unsere Bürger zu schaffen, soll das vom bayerischen Steuerzahler hart erarbeitete Geld dafür eingesetzt werden, Geflüchtete zu umsorgen.

Was aber könnte man mit diesem Geld doch so alles anfangen! Wenn man stattdessen diese 150 Millionen Euro beispielsweise den über 125.000 Rentnern zukommen

lassen würde, die laut DGB-Rentenreport Bayern 2018 in Grundsicherung oder Erwerbsminderung leben, wären das für jeden dieser Menschen monatlich immerhin nicht zu verachtende 100 Euro mehr.

Wir appellieren deshalb heute an die Bayerische Staatsregierung: Unterstützen Sie einfach unseren Änderungsantrag, sodass wir diese 150 Millionen Euro stattdessen für die Gründung und die Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften verwenden können; denn dort wären sie aus unserer Sicht deutlich sinnvoller eingesetzt. Zwar wäre auch das nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber immerhin würde dieses Engagement wenigstens in die richtige Richtung zeigen.

Die reale Wohnungsnot in Bayern und dabei insbesondere in den Großstädten ist unbestritten *diesoziale* Frage und damit *die* Herausforderung überhaupt. Hier müsste unserer Meinung nach geklotzt und nicht gekleckert werden. Das dürfte im Grunde allen Abgeordneten hier im Hohen Hause doch durchaus klar sein.

Lieber Herr Staatsminister Reichhart, schichten Sie den Doppelhaushalt für Ihr schönes und wirklich auch wichtiges Ministerium wenigstens teilweise noch ein wenig um und konzentrieren Sie sich doch bitte noch viel mehr darauf, bezahlbaren Wohnraum vor allem für die Empfänger kleiner und mittlerer Einkommen zu schaffen, damit auch diese für unser Gemeinwesen so wichtigen Menschen sich ein Wohnen in unserem schönen Bayern weiterhin leisten können. Solange dies aber nicht geschehen ist, müssen wir Ihren Haushaltsplan leider ablehnen. Herzlichen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es ein Zukunftsministerium, über das wir uns im Augenblick unterhalten, weil es zwei der zentralen Themen für die Entwicklung Bayerns behandelt.

Zunächst zum Wohnen: Da gilt das, was wir schon in den letzten Jahren und auch heute wieder diskutiert haben. Wohnen ist die zentrale soziale Herausforderung in Bayern und wird es mit Sicherheit auch noch auf absehbare Zeit bleiben. Die Menschen sind bis tief in die Mittelschicht hinein von den massiv steigenden Wohnungspreisen und von der Wohnungsnot betroffen.

Beim Verkehr ist die Sicherstellung umweltfreundlicher und CO₂-neutraler Mobilität eine der zentralen Herausforderungen, denen wir im Freistaat Bayern gegenüberstehen. Wir wissen alle, welche Bedeutung die Mobilität für die Wirtschaftsentwicklung des Landes und auch für die Arbeitsplätze in allen Regionen dieses Landes hat. Vor diesem Hintergrund geht es natürlich auch darum, die Verkehrsinfrastruktur in Bayern umzubauen, um zu einer CO₂-neutralen Mobilität zu kommen.

Jetzt stellt sich mir die Frage, ob die Koalition mit diesem Haushaltsentwurf tatsächlich die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen und Probleme gibt, denen wir uns in Bayern stellen müssen. Es hat lange gedauert, aber es ist uns tatsächlich gelungen, das Credo der CSU "Das geht uns alles nichts an, das regelt der Markt" zu beenden. Es wurde ein Bauministerium eingerichtet, gegen das man sich lange gewehrt hatte, und es wurde eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet, aber beides musste der CSU geradezu abgepresst werden.

Reicht das, was wir hier nun haben? – Die BayernHeim ist im Augenblick eher eine Blackbox für den Bayerischen Landtag und für die Öffentlichkeit als ein tatsächlich funktionierendes Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Im Bayerischen Landtag kann nicht zur BayernHeim berichtet werden, weil man da noch am Anfang steht. Gleichzeitig werden aber munter irgendwelche Artikel kolportiert mit ordentlichen Zahlen, was man so alles bauen wolle. Erst kürzlich war in der "Immobilien Zeitung" ein Bericht über Augsburg. Wenn man sich das allerdings genauer ansieht, bemerkt man, dass die dort lancierten Zahlen nicht stimmen können, weil

die übrigens CSU-regierte Stadt Augsburg heftig widerspricht. Offensichtlich sieht man sich im Ministerium nicht imstande, sich mit den betroffenen Kommunen zusammenzusetzen, um zu einer vernünftigen Grundlage zu kommen.

Offenheit und Transparenz sind angesagt, wenn es um BayernHeim geht. Klare und nachvollziehbare realistische Ziele und Projekte müssen definiert werden, und dem Landtag gegenüber muss endlich mit offenen Karten gespielt werden.

Nach wie vor haben wir in Bayern keinen Überblick über die baureifen Grundstücke des Freistaats. Nach wie vor geschieht es nicht, dass baureife Grundstücke des Freistaates, Staatsgrundstücke, zu einem bezahlbaren Erbpachtzins an die Kommunen und die Genossenschaften weitergegeben werden, wenn dort bezahlbarer Wohnraum auf Dauer gesichert werden soll. Das ist eine Geschichte, für die wir nicht einmal die Haushaltsberatungen brauchen; das könnte man auch abseits davon beschließen und festlegen.

Im Koalitionsvertrag wurde eine längere Sozialbindung für 40 Jahre beschlossen; wir begrüßen das durchaus. Aber wir haben auch die Situation, dass sich in den letzten 20 Jahren der Bestand an geförderten Wohnungen halbiert hat. Wenn wir nicht in 10 Jahren mit noch weniger Wohnungen dastehen wollen, die dann zwar zum Teil eine Bindung von 40 Jahren haben, muss sich etwas ändern. Wir haben versucht, eine entsprechende Initiative einzubringen, nach der Wohnungen, die jetzt als geförderte Wohnungen gelten, längerfristig in der Förderung gehalten werden können. Die Bayerische Staatsregierung ist dem nicht nachgekommen. Das ist ein herber Schlag für den Wohnungsbau in Bayern bzw. für den Erhalt der geförderten Wohnungen in Bayern.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Symbolpolitik mit ein paar Leuchttürmen. Wir brauchen strukturelle Antworten auf strukturelle Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt, so wie er hier vorgelegt worden ist, ist in diesem Punkt völlig unzureichend.

Ich komme zum Bereich Verkehr. Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat in seiner Rede heute darauf hingewiesen, die CSU würde die Versprechen mit diesem Haushalt einlösen. Speziell dieser Haushalt spricht eine andere Sprache. Ich verweise da auf den Brief des Bayerischen Städtetags von vorletzter Woche, in dem darauf hingewiesen wird, dass aus dem im Juni 2018 beschlossenen 100-Millionen-Programm der Staatsregierung für den ÖPNV in diesem Haushalt nur noch 76 Millionen Euro übrig geblieben sind. Vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung eines leistungsfähigen und in allen Landesteilen attraktiven ÖPNV für den Klimaschutz in diesem Land und für die Sicherstellung der Mobilität in allen Landesteilen stellt sich die Frage, ob die Schwerpunkte im Verkehr richtig gesetzt sind. Die Herausforderungen für die Städte und für die ländlichen Regionen sind sicherlich in manchen Punkten unterschiedlich. Ergänzende Maßnahmen des ÖPNV wie beispielsweise Ruf- und Bedarfsbusse haben nicht den Fokus, den sie eigentlich haben müssten.

Nein, umweltgerechte Mobilität braucht einen anderen Fokus, als er in diesem Haushalt vorgestellt wird: bessere Investitionen in Fahrzeuginfrastruktur, mehr Maßnahmen für Digitalisierung und Vernetzung, aber auch eine Ausweitung der Verbundstrukturen. So gut im Übrigen die Strukturreform beim MVV ist – als Münchner Abgeordneter bin ich sehr glücklich, dass es gelungen ist, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und zusammenzuspannen, darf natürlich nicht der Eindruck entstehen, dass München erhält, was anderen vorenthalten wird. Deshalb brauchen wir die entsprechenden Ausgleichsleistungen für die Nürnberger und für die Augsburger Verkehrsbetriebe, die dann auch sichergestellt und nicht nur durch eine Absichtserklärung in Aussicht gestellt werden sollten.

(Beifall bei der SPD)

Ein starkes Bayern braucht einen starken, umweltgerechten ÖPNV. Dazu gehört auch, Schritt für Schritt einen kostenlosen ÖPNV umzusetzen. Da Auszubildende und Studierende ein geringes Einkommen haben, wollen wir hier mit einem kostenlosen Jugendticket den ersten Schritt machen. Kolleginnen und Kollegen, wer verhindern will, dass ihn am Ende aufgrund der Umweltsituation die Gerichte zu Fahrverboten verdonnern, der muss attraktive Angebote machen. Das können nur Angebote im ÖPNV sein, die umweltgerecht und leistungsfähig sind und tatsächlich eine Alternative zu zwar sicherlich nicht allen, aber doch vielen Verkehren in Bayern darstellen können.

In diesem Ministerium wäre der umweltgerechte Umbau unserer Infrastruktur eigentlich zu Hause. Der vorliegende Haushaltsentwurf spricht allerdings eine andere Sprache und wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Deshalb werden wir ihm nicht zustimmen. Im Gegenzug fordern wir Sie auf, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Sebastian Körber, FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden großen Themenfelder, einerseits Wohnen und Miete, andererseits Infrastruktur, werden laut dem Bayerntrend des Magazins "Kontrovers" im BR aktuell immer unter den wichtigsten vier Problemen in Bayern genannt. Schaut man sich nun den Doppelhaushalt für die Jahre 2019/2020 an, so muss man leider mit Entsetzen feststellen: Es wird an den Symptomen herumgedoktert; leider werden die Ursachen nicht wirksam bekämpft.

Ich beginne mit der Bau- und Wohnungspolitik. In Bayern müssten wir eigentlich jedes Jahr 70.000 Wohnungen fertigstellen, allein um den Bedarf zu decken, den wir haben. Dieses Ziel wurde in den Jahren 2017 und 2018 um sage und schreibe jeweils über 10.000 Wohneinheiten klar verfehlt, sagt das Landesamt für Statistik. Um mehr zu

bauen, müssten wir auch die Kosten rund um das Thema Bauen insgesamt reduzieren und nicht immer nur bauen, bauen, bauen propagieren, wie es diverse Redner gerade getan haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann das schon gar nicht mehr hören. Das ist einfach zu wenig. Sehr geehrter Herr Minister, es ist auch für einen zuständigen Minister zu wenig. Man muss an die Ursachen ran. Und hören Sie bitte auf – gerade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU –, immer nach Berlin zu schauen und zu sagen, Berlin ist daran schuld. Ich weiß nicht, ob Sie das immer vergessen wollen: Sie stellen als Partei CSU den Bundesbauminister. Das muss doch Hand in Hand gehen, da alles umzusetzen, was man machen kann. Das ist wirklich unerträglich.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Auch der Ministerpräsident hat hier versucht abzulenken. Er hat vorhin auf die Kommunen abgelenkt. Das geht natürlich auch nicht. Die Hausaufgaben sind gerade für uns auf der Landesebene in der Bayerischen Bauordnung zu machen; die muss deutlich entschlackt werden. Wir haben jetzt mittlerweile – das fokussiert die Staatsregierung anscheinend – eine dritte staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet, die sogenannte BayernHeim. Dazu haben die Kolleginnen und Kollegen von der SPD schon einiges gesagt, das muss ich nicht wiederholen. Es ist reine Symbolpolitik, unter aktuellen Marktgesichtspunkten geradezu absurd und die falsche Ebene, zu den jetzigen Baupreisen eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Sie konkurrieren dann mit unseren kommunalen Wohnungsbaugesellschaften vor Ort um die Grundstücke. Es wäre viel effektiver, wenn die das machen würden, die das auch können, das sind die Kommunen, das sind die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen wir mal den Bereich Wohneigentumsbildung. Lieber Herr Minister, dazu sage ich gleich noch etwas. Ich freue mich natürlich, wenn Sie aus dem Wahlprogramm der FDP abschreiben. Ich schlage Ihnen aber dringend vor, unseren Dringlichkeitsantrag von letzter Sitzungswoche anzuschauen. Darin haben wir ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenprogramm dargestellt, wie

man den Wohnungsmarkt wirklich entlasten kann. Ich rate Ihnen, sich diese Punkte anzuschauen, bitte mit Fokus auch auf einer Entschlackung der Bayerischen Bauordnung. Da könnte man nämlich sehr viel mehr erreichen. Das hat die CSU jahrzehntelang verschlafen, obwohl sie in Bayern durchweg den Bauminister gestellt hat. Der beste Mieterschutz ist für uns als Freie Demokraten ausreichend bezahlbarer Wohnraum. Deshalb müssen wir diese Themen angehen.

Kommen wir zum Thema Wohneigentumsbildung. Am 9. Mai konnte man in der "Augsburger Allgemeinen" lesen, Herr Minister, dass ein Freibetrag – so steht es eigentlich im Koalitionsvertrag – ersetzt werden soll – so könnte man Sie demnach zitieren –, und Sie jetzt die Grunderwerbsteuer abschaffen wollen. Das stand in der "Augsburger Allgemeinen" vom 9. Mai. Das finde ich gut. Dabei haben Sie sofort die Unterstützung von uns Freien Demokraten. Warum Sie das allerdings – so ist es eingeschränkt – nur für Familien machen wollen – so kann es jeder in der Zeitung nachlesen –, verstehe ich nicht. Das sollte schon jeden betreffen. Stellen Sie das auf alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ab, nicht nur auf Familien; dann haben Sie sofort die Zustimmung der FDP, um die Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie abzuschaffen. Das wäre nämlich viel effektiver, als ein Baukindergeld Plus einzuführen oder eine Bayerische Eigenheimzulage. Die wird ins Leere laufen. Eine Eigenheimzulage hatten wir auf der Bundesebene schon einmal. Sie hat dazu geführt, dass die Baukosten gestiegen sind. Daher ist das klar abzulehnen. Deshalb haben wir Änderungsanträge eingebracht, um diese Posten zu streichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun zum Bereich Verkehr und Mobilität. Mit Blick auf den aktuellen Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs – das Straßennetz ist heute schon angesprochen worden – kann ich nur feststellen: Das ist immer noch grundsaniierungsbedürftig. Schauen Sie sich doch mal die Zahlen an, die der Bayerische Oberste Rechnungshof unabhängig gebracht hat. Ich zitiere: 38 % der Staatsstraßen sind in einem saniierungsbedürftigen Zustand. Weitere 22 % geben Anlass zur intensiven Beobachtung. – Zählt man das zusammen,

heißt das, dass 60 % des Staatsstraßennetzes eigentlich in einem nicht hinnehmbaren Zustand sind. Das summiert sich insgesamt übrigens auf einen Bedarf von etwa zwei Milliarden Euro, und das ist nur der Nachholbedarf, den man aus dem Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs ansehen kann. Jeder von Ihnen kennt doch sein persönliches Lieblingsschlagloch zu Hause im Stimmkreis.

(Hans Herold (CSU): Das müssen Sie mal den GRÜNEN sagen! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Ja, auch die GRÜNEN müssen da mitmachen. Uns haben Sie da an Ihrer Seite. Man muss halt Geld dafür einstellen.

Meine Damen und Herren, auf der Schiene sieht es nicht besser aus. Seit Jahren haben wir in Bayern mit erheblichen Verspätungen zu kämpfen. Das ist teilweise auch darauf zurückzuführen, dass die Kapazitäten fehlen. Aber auch hier wird leider nicht investiert. Immerhin sind Herr Staatsminister Reichhart und der Ministerpräsident – Herr Kollege Hartmann hat das schon angesprochen – schon wagemutig drei S-Bahn-Stationen miteinander gefahren und haben medienwirksame Bilder produziert, wie man an einem Fahrkartenautomaten das Ticket löst. Vielleicht sollten Sie sich einmal eine Woche lang dem ÖPNV vollumfänglich stellen, wie das die Pendlerinnen und Pendler in diesem Land tagtäglich tun, um zu erfahren, was einem da tatsächlich widerfährt. Bevor man Geld für ein sogenanntes 365-Euro-Jahresticket ausgibt, muss man doch erst einmal Geld für die Erweiterung der Kapazitäten zur Verfügung stellen, sonst nützt Ihnen doch das ganze Ticket nichts.

(Beifall bei der FDP)

Dieses 365-Euro-Jahresticket wird Bayern nach meinen ersten Schätzungen etwa eine halbe Milliarde Euro jedes Jahr zusätzlich kosten. Dafür ist jedoch noch kein einziger müder Euro im Haushalt hinterlegt, zumindest konnte ich ihn noch nicht finden. Das 365-Euro-Jahresticket ist im Wahlkampf versprochen worden. Es klingt halt gut,

es ist eine rein populistische Forderung. Das ist halt so ein echter, klassischer "Söder" gewesen.

Sie führen immer die Stadt Wien als gutes Beispiel an. 331 Millionen Euro werden dort jährlich an Subventionen bezahlt, nur in der Stadt Wien. Dort wurden die Kosten von 449 auf 365 Euro reduziert. Nehmen wir nur die ersten drei Ringe des Münchner Netzes: Da müssten wir von 600 Euro auf 365 Euro herunterkommen. Ich bin schon sehr gespannt, wie das funktionieren soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer aber ist der eigentliche Verlierer in diesem ganzen Spiel? – Das ist doch wieder einmal der ländliche Raum. Es sind die Bürgerinnen und Bürger des ländlichen Raums, die den ÖPNV für die Großstadt bezahlen. Und dann höre ich von den Koalitionsfraktionen etwas über gleichwertige Lebensbedingungen. Das ist geradezu lächerlich.

(Beifall bei der FDP)

Aufgrund dieser groben Verfehlungen können wir dem Einzelplan 09 insgesamt leider nicht zustimmen. Hier müssen die Hausaufgaben gemacht werden. Wir können den Haushaltsplan deshalb nur ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Jürgen Baumgärtner, CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Körber, zu wissen, was richtig ist, es aber nicht zu tun, ist feige. Sie reden hier über Berlin. Sie haben sich in die Büsche geschlagen,

(Sebastian Körber (FDP): Ich gar nicht!)

gemeinsam mit Ihrer Partei.

(Beifall bei der CSU)

Ich empfehle Ihnen deshalb mehr Mut zum Mitregieren. Dann hätten Sie alles, was Sie auf der Bundesebene verbessern könnten, auch einbringen können.

(Unruhe bei der FDP)

Ich will aber mit einem Dank beginnen. Danke für die gute Zusammenarbeit im Ausschuss. Das gilt auch für den Vorsitzenden. Ich sage das ausdrücklich. In diesem Ausschuss gibt es keinen Anflug von Ideologie. Die Ideologie beginnt immer nur dann, wenn eine Kamera eingeschaltet ist. So wenig, wie wir Ideologie in diesem Ausschuss an den Tag legen, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wenig ist dieser Haushalt von Ideologie geprägt. Es ist ein Haushalt, in dem die Interessen von Stadt und Land ausgeglichen sind; es ist ein Haushalt, in dem die Interessen der Nutzer von Schiene und Straße ausgeglichen sind. Wir brauchen alle Verkehrsträger.

Ich möchte das eine oder andere hier beantworten. Herr Kollege Böhler, Sie sagen, wir brauchen keine Straßen. Das wäre alles zu viel.

(Dr. Markus Böhler (GRÜNE): Das habe ich doch nicht gesagt!)

70 % der Kosten für die Staatsstraßen bringen wir in den Unterhalt ein. Ich stelle mir die Frage: Wenn wir im ländlichen Raum keine Straßen mehr bauen und unterhalten würden, was wäre dann? – Dann würden die Menschen noch mehr in die Ballungszentren strömen.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Da stellt sich für mich dann auch die Frage: Wie wollen wir es mit den Mieten machen? Wie wollen wir es mit dem Wohnen machen, mit dem ÖPNV? – Ihre Forderung ist im Ansatz nicht durchdacht. Sie haben vielmehr die Haltung eines verwöhnten Großstadtjungen. Das ist doch die Realität in diesem Land.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Sehr gut, Jürgen!)

Sie reden über die Reaktivierung von Bahnstrecken. Dazu hat die Regierungskoalition im Ausschuss Folgendes formuliert: Wir sind bereit, Bahnstrecken zu reaktivieren, wenn es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. – Das haben wir gemeinsam beschlossen. Wir haben einen Berichtsantrag beschlossen, um uns das alles einmal anzuschauen. Wenn wir alle Bahnen reaktivieren würden, dann hätten wir – und das wissen Sie ganz genau – eine unwahrscheinlich schlechte Ökobilanz. Das wäre ungefähr zehnmal schlechter, als wenn Busse eingesetzt würden. Das wissen Sie. Heute rufen Sie nach Umweltschutz, morgen rufen Sie nach der Reaktivierung von Bahnstrecken. Das ist typisch für die GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Der Haushalt gibt Antworten auf die drängendsten Probleme in den Bereichen Bau, Wohnen und Verkehr. Ja, wir werden alle Versprechen einlösen. Wohnen, Bau und Verkehr ist aber ein Ressort, da braucht man ein bisschen Geduld. Da braucht man gute Ideen und ein bisschen Schaffensfreude. Glauben Sie mir, wir haben die Ressourcen, wir haben die Schaffensfreude, und wir haben auch die Ideen. Deshalb ein großes Lob an den Minister. Lieber Minister, lass dich nicht ins Bockshorn jagen. Wenn man Bau, Wohnen und Verkehr macht, braucht man Geduld. Du machst das wirklich sehr, sehr gut.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ritter, herzlichen Dank für diesen sachlichen Beitrag. In der Frage der Erbzinsen bin ich auf Ihrer Seite. Darüber müssen wir gemeinsam reden, da müssen wir etwas tun. Ansonsten stellt sich immer die Frage, welche Schwerpunkte ich in einem solchen Haushalt setze. Alle Felder sind abgedeckt. Über Nuancen kann man sicherlich diskutieren. Ich glaube aber, dass wir in den grundsätzlichen Fragen auf einem guten Weg sind.

Lassen Sie mich fünf Punkte formulieren. Bayern hat einen starken ÖPNV. Der Freistaat Bayern investiert in den ÖPNV 300 Millionen Euro. Das ist ein starker Aufschlag, da muss man mir erst einmal zeigen, wo das sonst in Deutschland noch der Fall ist. Wir fördern weitere Verkehrsverbünde, wir schreiben die Bahnleistungen so aus, dass in Zukunft Verbünde möglich sind. Wir investieren 35 Millionen Euro in die Digitalisierung. Dabei geht es nicht nur um das digitale Ticket, sondern da geht es auch um Vernetzung und um Zuschnitte für den persönlichen Bedarf. Ja, ich bin besonders dankbar, wir investieren Gelder in innovative Verkehrspolitik. Das sind große Aufschläge. Bayern redet nicht, Bayern handelt.

Meine Damen und Herren, Bayern hat starke Schienen. Herr Büchler, wir haben Ihnen jetzt schon oft erklärt, dass für die Infrastruktur der Bund zuständig ist, nicht der Freistaat Bayern. Trotzdem halten wir in Bayern 125 Millionen Zugkilometer vor. Das ist eine Steigerung um 50 % in den letzten zehn Jahren. Das ist doch einmal ein Aufschlag.

(Beifall bei der CSU)

Wir weiten den Studentakt aus, wir verstetigen den Bayerntakt. Seit 1996 hat sich der Zuspruch zum Bayerntakt um 70 % erhöht. Wir finanzieren die Elektrifizierung vor, wir sanieren mit bayerischem Geld die Bahnhöfe. Wir legen zusätzliches Geld auf die Regionalisierungsmittel. Selbst wenn wir die Nutzung der Bahn um 100 % erhöhen würden, bräuchten wir, Herr Büchler, immer noch Straßen. Das will ich nur noch einmal sagen.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Bayern unterstützt die Tarife. Das haben wir beim MVV in München gemacht, das machen wir aber auch bei allen anderen Verbünden, wenn am Ende einer Reform Verbesserungen stehen. Wir führen das 365-Euro-Ticket ein. Das ist im Übrigen auch eine Forderung der GRÜNEN aus der letzten Legislatur. Wir führen es ein, und ja, wir beginnen bei den Auszubildenden, wir beginnen bei den Schülerinnen und Schülern,

weil man bei irgendjemanden beginnen muss. Außerdem werden wir später auch die Kapazitäten erweitern müssen. Ich bin aber sehr froh und dankbar, dass wir jetzt in dieses Projekt einsteigen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist ein Fahrradland. Auch hierfür sind Mittel im Haushalt vorhanden. Über die Höhe kann man immer diskutieren. Wir haben noch fünf Jahre dafür Zeit. Ja, Bayern bleibt mobil, auch beim Staatsstraßenbau. Sie haben gesagt, Herr Kollege Körber, dafür müsste man einmal Geld einstellen. Es sind 310 Millionen Euro eingestellt; diesen Betrag wollen wir verstetigen. Ich denke, das ist ein großer Aufschlag. 70 % davon fließen in den Unterhalt. Ich glaube, in dieser Frage haben wir vieles richtig gemacht, was andere Bundesländer nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der CSU – Dr. Ralph Müller (AfD): Und was ist mit der Milliarde?)

Man muss schon einmal darüber reden, was Sie hier eingebracht haben. Im Rechnungshofbericht heißt es, dass man ungefähr 20 Jahre braucht. Diese Einschätzung teile ich. Wenn wir die Staatsstraßen in einen sehr guten Zustand bringen wollen, werden wir eine Generation brauchen. Wir werden die Mittel dafür verstetigen. Selbst wenn wir jetzt die Mittel erhöhen würden, wäre unsere Verwaltung nicht in der Lage, dieses Geld auszugeben. Deshalb ist es gut, realistische Haushaltsansätze vorzusehen. Das haben wir mit diesem Haushalt gemacht.

Das Plus von 46 Millionen Euro bei den Planungsleistungen wird dazu führen, dass wir von der Bundesebene mehr Geld für Bayern bekommen, nämlich dann, wenn es in anderen Bundesländern mit dem Baurecht nicht funktioniert. Auch deshalb geht unser großes Kompliment an das Ministerium.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Zukunftshaushalt.

(Tobias Reiß (CSU): Sowieso!)

Von der Opposition hieß es vorhin, aus der CSU habe man das neue Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr quasi herauspressen müssen. Ich sage: Der Ministerpräsident hat die Zeichen der Zeit erkannt. Nach Übernahme der Regierung hat er dieses Ministerium geschaffen. Dafür danke ich ihm sehr herzlich. Alles erdenklich Gute! – Wir stimmen diesem Haushalt zu, weil er super ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin: Frau Ursula Sowa, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was bedeutet Wohnen? Was bedeutet es, ein Dach über dem Kopf zu haben?

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Das Verständnis davon hat sich offenbar gewandelt. Wohnen ist eigentlich ein Grundrecht, ein Menschenrecht, aber auf dem besten Weg, zu einer Anlageform zu mutieren. Die Folgen dieses Wandels wachsen uns jetzt über den Kopf. Das Ergebnis ist: Es fehlt nicht an Wohnraum an sich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach?)

Aber erschwinglicher Wohnraum fehlt an allen Enden, in Bayern vor allem in den Ballungsräumen, besonders hier in München.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Vor allem in den Ballungsräumen fehlt es nicht an Wohnraum? Wo haben Sie den bitte?)

Die Zahlen sind bekannt – Kollege Körber, auch Sie haben sie genannt –: 70.000 Wohnungen sollten eigentlich gebaut werden. Wir schaffen das nie und nimmer! Die Größe kann ich mir sehr gut merken. Ich komme aus einer Mittelstadt mit

etwa 70.000 Einwohnern; das ist Bamberg. 70.000 – das ist eine Größenordnung, die nicht zu verachten ist.

Im vergangenen Jahr wurden sage und schreibe 5.260 gebundene Mietwohnungen gebaut. 70.000 bräuchten wir.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eben, genau!)

Gleichzeitig sind nahezu 4.000 Wohnungen aus der Bindung herausgefallen. Daran sehen Sie, dass die eilig aufgelegten Programme, die zwar nachgerüstet schon kamen, aber viel zu schwerfällig sind, nichts nützen; sie greifen nicht. Den Familien mit Kindern, den Studierenden und den anerkannten Asylbewerbern und Asylbewerberinnen nützen sie jedenfalls nichts. Sie alle brauchen ein Dach über dem Kopf, bekommen es aber nicht. Die Asylbewerber und Asylbewerberinnen müssen weiterhin in ihren Gemeinschaftsunterkünften ausharren.

Sehr geehrte Staatsregierung, mit den von Ihnen im Staatshaushalt vorgesehenen Investitionen schießen Sie treffsicher am Ziel vorbei.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wohin hätten Sie denn geschossen?)

Bestes Beispiel hierfür sind die Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld Plus. Das hätte es mit uns nicht gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP) –
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Noch weniger Wohnungen?)

Mit diesen Maßnahmen unterstützen Sie Eigentumserwerb von Menschen, die ohnehin über Eigenmittel verfügen. Was noch schlimmer ist: Ihre – in Anführungszeichen – "Zulagen" werden auf die Verkaufspreise aufschlagen. Eine sehr – auch wieder in Anführungszeichen – "soziale" Subventionspolitik!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie rechnen Sie das denn?)

Ich komme vom Bau – ich bin Architektin – und kann Ihnen sagen: Wenn ich weiß, dass mein Häuschen für 400.000 Euro verkauft werden soll, dann schlage ich halt die 50.000 Euro auf.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Beim Neubau?)

– Beim Neubau, zum Beispiel. Das wissen die Investoren leider sehr genau; ich kenne sie im Original.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Eine interessante Aussage!)

Herr Pohl will genau wissen, wie es gehen könnte; ich kann es ihm sagen: Was hilft, ist echter sozialer Wohnungsbau mit Mieten im einstelligen Bereich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die hier schon genannte Stadt Wien ist auch insoweit ein Vorbild. Dort sind Mieten von 5,50 Euro bis 6,50 Euro an der Tagesordnung, und noch besser: Zwei Drittel des Wohnungsbestandes der großen Stadt Wien sind in kommunaler Hand.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Österreich ist zwei Drittel so groß wie Bayern!)

– Aber Wien können Sie gut mit München vergleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Was ist denn mit der SPD und den GRÜNEN in München?)

Wir GRÜNEN fordern schon lange, dass im Sinne der sozialen Wohnraumförderung Sozialklauseln in den Bebauungsplänen verankert werden.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist Kommunalpolitik! – Hans Herold (CSU): Rot-Grün in München hat versagt!)

Wir wollen die Mittel erhöhen und verstetigen. – Sie sagen, das sei Baupolitik. Natürlich ist es Baupolitik!

(Tobias Reiß (CSU): Kommunalpolitik! Bayerische Verfassung!)

Wir können aber auch hier die Gesetze ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Rot-Grün regiert in München seit Jahrzehnten!)

Eine schnell wirksame Maßnahme wäre, die Sozialbindungen im Bestand zu verlängern und neue Bindungen auf 40 Jahre und mehr anzupassen. Den Antrag unseres Kollegen Mistol haben Sie alle abgelehnt. Sie setzen auf Freiwilligkeit. Da kann ich nur mit dem Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Sie wollen wieder Sozialismus!)

Es gibt aber durchaus gute Ansätze. Wir sind uns einig, dass im Bereich der Städtebauförderung die Kernprobleme unserer Zeit angepackt werden können. 900 Millionen Euro stehen dafür im Haushalt zur Verfügung – prächtig, prächtig. Ich finde, das Soziale-Stadt-Programm ist in Ordnung. Die Erhaltung von Dorfkernen und flächenschonendes Bauen sind wichtige Punkte. Die Ökomodellregionen wurden schon genannt. Das alles ist super. Auch der experimentelle Wohnungsbau ist eigentlich ein gutes Projekt.

Die Crux ist, dass diese Programme teilweise veraltet sind, teilweise nebeneinander existieren und die Mittel nicht abgerufen werden. Manche Kommune kann nämlich den 40-prozentigen Anteil nicht mehr stemmen.

Regional- und Stadtentwicklung müssen in Gleichklang gebracht werden; darin sind wir uns alle einig. Wir GRÜNEN sehen großen Handlungsbedarf, die Städtebauförderprogramme an den Kriterien des Klimaschutzes und des flächenschonenden Bauens

auszurichten und, was besonders wichtig ist, den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es gibt neue Formen des Wohnens, auch des gemeinschaftlichen Wohnens. Wir beobachten auch die deutliche Tendenz, urbane Gebiete viel stärker in den Vordergrund zu stellen. Das Bauen auf der grünen Wiese ist ein Auslaufmodell.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nur noch Hochhäuser?)

Ein Blick in die Zukunft: Gerade der Freistaat trägt große Verantwortung im Hinblick auf seine staatlichen Gebäude. Wir GRÜNEN wollen, dass der Freistaat seine Vorreiterrolle wesentlich stärker spielt, insbesondere im Hinblick auf energetische Sanierungen und auf Bauqualität. Im Bereich der energetischen Sanierungen wäre gerade im Schul- und Hochschulbereich ein großes Feld zu bestellen. Der Sanierungsstau nur bei den Schulen beträgt nämlich sage und schreibe 5,1 Milliarden Euro. Diese Zahl stammt vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband – BLLV –, einer ganz unverdächtigen Quelle.

Zum Schluss noch ein Wort zur Bauqualität, die ich als Baukultur bezeichnen will. Um Baukultur zu sichern, müssen wir unsere staatlichen Bauämter optimal ausstatten. Sie dürfen nicht durch Generalunternehmer ersetzt werden, sondern müssen weiterhin dafür sorgen, dass individuell geplant werden kann –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Ursula Sowa (GRÜNE): – und dass Architekturwettbewerbe stattfinden, um die besten Lösungen zu finden. Ein Satz noch: Diese Lösungen bleiben im Kostenrahmen, wenn sie sorgsam geplant werden. Das muss es uns wert sein, diesen baukulturellen Auftrag gemeinsam zu erfüllen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Franz Bergmüller, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin bin ich derjenige, der die Preise zahlt, auf die angeblich aufgeschlagen wird. Ich teile Ihre Meinung überhaupt nicht. Vorhin ist es ins Lächerliche gezogen worden, dass ich Gastronom bin. Ich bin auch Wohnungsbauunternehmer, weiß also sehr wohl, wovon ich hier rede. Ich kann sozusagen mitreden.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Was Sie alles sind!)

Wir sprechen uns gegen die sozialistisch angehauchten Instrumente aus, die in dem Volksbegehren zum Mietenstopp, von der SPD initiiert und vom Mieterverein mitgetragen, vorgeschlagen werden. Wir sind gegen das Einfrieren der Bestandsmieten etc. Wir sind gegen das Volksbegehren zum Flächenverbrauch. Im nächsten Absatz werde ich Ihnen andere Mittel vorschlagen.

Das Grundproblem sind die durch die Eurokrise veranlasste Nullzinspolitik und die daraus resultierende Immobilienblase. Im Bereich billigen Wohnens ist es die Zuwanderung; denn in den Kommunen konkurrieren die deutschen Sozialwohnungsnachfrager mit den Zuwanderern.

Eine weitere Ursache für die Wohnungsknappheit in den Ballungszentren ist die Vernachlässigung der Infrastrukturpolitik durch die langjährigen Regierungsparteien. Wir bräuchten schon lange eine Entzerrung des Ballungsraums München.

Die Baukostensteigerung der letzten zehn Jahre um 50 % ist auf immer mehr Vorschriften und Auflagen zurückzuführen.

Sehr geehrter Herr Wohnungsbauminister Reichhart, es hat mich gewundert, dass Sie in der Bayerischen Staatszeitung das EOF-Verfahren, die einkommensorientierte Förderung, überhaupt nicht erwähnt haben. Wir halten dieses Verfahren für ein sehr sinnvolles Instrument. Ilse Aigner hat es mit unserer Gemeinde auf den Weg gebracht, woran ich nicht unmaßgeblich beteiligt war.

Unsere Forderung ist, die drei Säulen voranzubringen. Auf die Eigenheimförderung wird mein Nachredner noch eingehen. Auf den sozialen Wohnungsbau ist mein Vorredner eingegangen. Im freien Wohnungsbau wollen wir mit einer Änderung des Baurechts mehr Verdichtung und höheres Bauen erreichen. Unser Wohnungsbauminister in Deutschland hat gemeint, dass dadurch 1,1 Millionen mehr Wohnungen möglich wären.

Wir wollen keinen Verkauf von staatlichen Wohnungen, wie es schon der Fall war. Wir wollen die Erhöhung des degressiven Abschreibungssatzes auf 8 % und eine Sonderabschreibungsmöglichkeit von 10.000 Euro über fünf Jahre auf Wohnungsausbauten in brachliegenden anderweitig genutzten Räumen. Ganz wichtig ist, dass die Fiktion auch bei den Kreisverwaltungsbehörden eingeführt wird und sie nicht nur bei den Gemeinden möglich ist. Bei den Kreisverwaltungsbehörden liegt vieles im Argen. Viele Bauunternehmer warten auf die Baugenehmigung. Natürlich müssen wir auch die Brandschutzauflagen reduzieren; die sind irrsinnig geworden. Dem muss ein Ende bereitet werden. Dafür sind die DIN-Ausschüsse zuständig. In diesen Ausschüssen dürfen aber nicht die Leute sitzen, die mit diesen Auflagen noch Geld verdienen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist richtig!)

Ein Wort noch zum Verkehr. Der Kollege Winter hat erwähnt, dass wir unseren Antrag nachgezogen haben. Ja, nach der Geschäftsordnung für den Landtag können wir jederzeit Anträge einreichen. Vielleicht ist es uns etwas spät aufgefallen; ich habe mich als Arbeitskreisleiter noch eingeschaltet. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Staatsstra-

ßenbau ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Deswegen beantragen wir, hierfür Akzente zu setzen und die Mittel zu erhöhen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Dr. Ralph Müller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Sehr verehrte Damen und Herren, geschätzte Besucher des Bayerischen Landtags! Die erschwingliche und unkomplizierte Finanzierung eigengenutzten Wohnraums bedarf dringend einer besseren staatlichen Unterstützung. Sie, die Regierung, haben in den letzten Jahrzehnten diesbezüglich nicht Sozialpolitik pur betrieben, wie Ministerpräsident Söder großmundig in der Regierungserklärung verkündet hat. Im Gegenteil, Ihre Wohnungspolitik ist seit Jahrzehnten eine reine Politik des Versagens. Sie hat uns genau dieses Debakel am Wohnungsmarkt beschert. Das bestätigt zum Beispiel sinngemäß auch die Geschäftsführerin des Bayerischen Mieterbundes.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sinngemäß!)

Zudem verschärfen Hunderttausende kriminell zugewanderte Asylbetrüger die Situation am Wohnungsmarkt extrem.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Sozialistische Enteignungsprogramme schaffen keinesfalls mehr Wohnraum, sondern mehr Planwirtschaft.

Des Weiteren ist die CSU-Regierung, wie es mein Vorredner schon gesagt hat, für die EU-vertragsbrüchigen Bedingungen der Nullzinspolitik der EZB mitverantwortlich. Daraus resultieren fast ausschließlich Investitionen in Sachwerte. In der Folge sind die Immobilienpreise mit gigantischen Spekulationsgewinnen ausländischer Investoren ra-

ketenhaft in die Höhe geschossen. Diese Gewinne befeuern Sie mit Ihrer unsinnigen Währungspolitik auch noch weiter.

Weitere Unsinnigkeiten sind zum Beispiel die stetig steigenden Anforderungen der Energieeinsparverordnung – EnEV –, die Bauplanungen und Bauausführungen zusätzlich verteuern.

Das Ergebnis: Deutschland hat im europäischen Vergleich mit 51,4 % eine der niedrigsten Wohneigentumsquoten. Das ist eine Schande. Das ist alarmierend. Privates Wohneigentum ist aber wichtig, um spätere Altersarmut ehemaliger Leistungsträger der Gesellschaft zu vermeiden.

(Florian von Brunn (SPD): Sie gehören da nicht dazu!)

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse verhindern zudem den Aufbau einer privaten Altersvorsorge in weiten Kreisen der ehemals als Normalverdiener oder sogar Besserverdiener bezeichneten Erwerbstätigen. Hinzu kommt der absehbare rasante wirtschaftliche Abstieg Deutschlands und Bayerns; dieser trifft die Leistungsträger und Steuerzahler hart und ungerecht. Die Prognose für die Arbeitsplätze und somit für die Altersvorsorge von Millionen von Arbeitnehmern ist ungewiss und geradezu düster. Da wird Herr Söder mit seinem Selbstbeweihräucherungsgeschwafel von heute Vormittag und seinem zur Schau gestellten Zweckoptimismus bei vielen hart arbeitenden Bürgern nicht mehr gut ankommen.

(Widerspruch und Zurufe von der CSU – Zuruf von der CSU: "Geschwafel"?)

Wir, die AfD, fordern daher, das Wohnbauförderprogramm "Acht Mal Achttausend". Ihre Politik ist jämmerlich. Dies enthält nur einen wichtigen Baustein unserer sinnvollen und effektiven Maßnahmen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Dr. Müller, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist erschöpft.

Dr. Ralph Müller (AfD): Jeder Bürger hat in diesem Förderprogramm acht Jahre lang das Recht auf eine jährliche Auszahlung von 8.000 Euro. Bei der vorgeschlagenen Gesamtsumme von 120 Millionen Euro ergeben sich 15.000 geförderte Wohneinheiten pro Jahr und damit ein auf lange Zeit den Wohnungs- oder Eigenheimerwerb unterstützender Anreiz.

(Alexander König (CSU): Der Zirkus Krone war gestern da!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Dr. Müller, kommen Sie bitte jetzt zum Ende.

Dr. Ralph Müller (AfD): Das Wohnbauförderprogramm "Acht Mal Achttausend" der AfD ist gerecht und unkompliziert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ende ist Ende!)

Insofern ist es auch weitsichtige Familienpolitik. Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Dr. Müller, bleiben Sie bitte am Mikrofon, wir haben eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach nein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe, damit Frau Fuchs ihre Frage formulieren kann.

Dr. Ralph Müller (AfD): Legen Sie los!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ich muss eine Frage stellen. Sie und Ihre Kollegen – die Kolleginnen der AfD brauche ich gar nicht zu erwähnen, weil die in Ihrer Partei sowie so keine Rolle spielen – schaffen es, in jedem einzelnen Redebeitrag, egal zu welchem Thema, immer Zugewanderte und Geflüchtete zu diffamieren.

Dr. Ralph Müller (AfD): Genau!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Das muss ich einmal aussprechen. Die einzige Frage, die mir dazu einfällt, lautet: Schämen Sie sich wirklich gar nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Ralph Müller (AfD): Nein! – Jetzt wollen wir hier einmal die Begrifflichkeiten definieren.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Oh!)

Zuwanderung und Flüchtlinge betrifft Menschen, die sich nachweislich entweder ein besseres Leben erarbeiten und sich in einer anderen Gesellschaft integrieren wollen oder mit einem Fluchtgrund wegen Krieg, Verfolgung oder Ähnlichem hierherkommen. Es betrifft aber nicht all diejenigen, die schon unter Verstoß gegen das Grundgesetz, unter Verstoß gegen § 84 des Asylverfahrensgesetzes, unter Verstoß gegen § 95 des Aufenthaltsgesetzes und unter Verstoß gegen § 271 des Strafgesetzbuches – mittelbare Falschbeurkundung – hierherkommen. Mittelbare Falschbeurkundung liegt nämlich vor, wenn ich meinen Pass wegschmeiße und dann rechtswidrig und kriminell die Sozialleistungen unseres Staates beantrage. Von diesen Leuten sprechen wir. Diese Leute verschärfen im Übrigen die Situation am Wohnungsmarkt extrem. Das wollte ich noch anfügen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Müller, Ihre Redezeit ist erschöpft. Herzlichen Dank für Ihre Antwort. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Staatsminister Dr. Reichhart aufrufen. Bitte schön!

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Haushalt stellen wir im wahrsten Sinne des Wortes die Weichen für die weitere Zukunft des Freistaates

Bayern. Wenn man sich die Diskussion – abgesehen vom letzten Wortbeitrag – vor Augen führt, sieht man, dass uns diese Themen wirklich ernsthaft beschäftigen und dass wir hier ernsthaft um Lösungen ringen. Diese Themen betreffen jeden Bürger in Bayern, ganz egal, ob er auf dem Land oder in der Stadt wohnt, ob er jung oder alt ist, alt eingesessen oder erst seit Kurzem in Bayern lebend. Wir wollen anpacken und gemeinsam diesen Freistaat Bayern in eine positive und gute Zukunft führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ist ein Gestaltungshaushalt. Über 10.000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten jeden Tag daran, unseren Freistaat Bayern noch besser, schöner und vor allem lebenswerter zu machen. Das ist uns unser Bayern wert. Wir haben einen wunderschönen Fleck Erde geschenkt bekommen. Diesen Fleck Erde wollen wir gemeinsam weitergestalten. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist unser Auftrag. Dafür kämpfen wir. Wenn wir ehrlich sind: Genau dafür sitzen wir heute hier.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bei den Themen Wohnen und Mobilität sollten wir nicht so sehr über das Ob diskutieren, sondern darüber, wie wir gestalten können. Alle Themen haben eine gigantische gesamtgesellschaftliche Relevanz. Deshalb brauchen wir auch gesamtgesellschaftliche und bereichsübergreifende Antworten. Wir brauchen Antworten aller politischen Ebenen, aber auch Antworten aller gesellschaftlich Beteiligten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Themen betreffen uns alle. Wir können sie nur gemeinsam bewältigen.

Mit dem vorliegenden Einzelplan 09 wird erneut massiv in die Zukunft unseres Freistaats Bayern investiert. Gegenüber dem Ansatz von 3,8 Milliarden Euro im Jahr 2018 erhöhen wir unsere jährlichen Investitionen auf rund 4,1 Milliarden Euro für die Jahre 2019 und 2020. Damit ist dieser Einzelplan trotz aller Unkenrufe einer der wenigen, der mit mehr als 5 % Steigerung zu Buche schlägt. Dies beweist: Wohnen, Bauen

und Verkehr im Freistaat Bayern sind uns allen ein Herzensanliegen und sollten es auch weiterhin sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig lautet unsere Prämisse: Wir wollen das Geld nur dort ausgeben, wo es wirklich nötig ist. Deswegen bauen wir für Bayern. Wir sind als Ministerium Dienstleister aller Ressorts. Wir bauen für den Bund und investieren damit kräftig in die Zukunft unseres Landes. Trotz der hohen Investitionen schaffen wir es in allen Bereichen, im Hochbau und im Tiefbau, die Personalkostenquote auf einem Level zu halten, auf dem sie noch nie war. Die Personalkostenquote liegt unter 10 %, gemessen am gesamten Bauumsatz. Damit ist sie einmalig niedrig. Wir investieren dort, wo es sein muss, in Projekte. Wir versuchen, das mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gestalten. Dazu brauchen wir selbstverständlich zusätzliches und qualifiziertes Personal.

Wir müssen an der einen oder anderen Stelle nachsteuern. Aber die Personalkostenquote zeigt auch eines: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Geschäftsbereichs leisten hervorragende Arbeit. Ich möchte einfach die Gelegenheit nutzen, um Danke zu sagen. Ich danke für eine Arbeitsleistung, die weit über das geforderte Maß hinausgeht. Ich danke ihnen dafür, dass sie es sich zur Aufgabe gemacht haben, diesen Freistaat Bayern zu gestalten und weiterzuentwickeln. Dafür sind die Kolleginnen und Kollegen oftmals nachts, tags, 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr unterwegs, mit viel Herzblut und persönlichem Einsatz. Ihnen gilt unser gemeinsamer Dank. Ich danke allen herzlich, die täglich für uns unseren Freistaat Bayern gestalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf führt den Freistaat Bayern zusammen und spaltet ihn nicht. Wir investieren in den Schienenpersonennahverkehr und in den ÖPNV. Wir haben bereits in den letzten Monaten noch unter meiner Vorgängerin Ilse Aigner viele Schritte unternommen. Wir werden den öf-

fentlichen Personennahverkehr und die Zugkilometer weiter ausbauen. Aktuell schließen wir schon Taktlücken. Wir bieten ein flächendeckendes Angebot in ganz Bayern.

Ich möchte exemplarisch ein Projekt nennen, bei dem es immer hieß: Schließt doch bitte die Ortschaften, die Weiler, an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie in den letzten Wochen und Monaten die Berichterstattung verfolgt hätten, hätten Sie gemerkt, dass wir genau das machen. Wir fördern flexible Angebote mit 40 % des Defizits. Wenn ein Flexbus oder ein Rufbus – wie man es nennen mag – vor Ort gefordert wird, der wirklich jeden Ort erreicht, wo die Leute den ÖPNV brauchen, fördern und unterstützen wir dies. Das ist ein Angebot, mit dem wir den ÖPNV gerade im ländlichen Raum stärken. So verstehen wir Politik in Bayern. Wir spielen nicht Stadt und Land gegeneinander aus, sondern überlegen uns gemeinsam Konzepte. Wir geben den Kommunen einen Werkzeugkasten an die Hand, damit der ÖPNV wirklich funktionieren kann. Wir verstehen Politik als Miteinander und nicht als Gegeneinander. Stadt und Land sollten nicht mit dem Finger aufeinander zeigen, sondern gemeinsame Konzepte suchen und anpacken. Auf diese Weise werden wir es auch in Zukunft machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daneben investieren wir über 1,2 Milliarden Euro pro Jahr in die Schiene. Ich glaube, das Geld ist gut angelegt. Erlauben Sie mir kurz einen Punkt, der schon angesprochen worden ist, zu erwähnen. Wir würden uns alle wünschen, dass der Bund stärker in die Schieneninfrastruktur investiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, was im Koalitionsvertrag steht, sollte auch tatsächlich vom Bundesfinanzminister befürwortet werden. Das gilt für den barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe und die Elektrifizierung in Bayern. Wir sollten Maßnahmen ergreifen, die dort wichtig sind. Leider hören wir von der SPD in Berlin nur: Nein, das geht nicht. Das wollen wir nicht. Wir wollen in Sozialleistungen, aber nicht in die Infrastruktur investieren. – Ich würde mir wünschen, dass Sie Ihren Kollegen Olaf Scholz überzeugen. Lieber Herr Ritter, das gilt nicht nur für die Landespolitik der SPD, sondern auch für die Bundespolitik. Dementsprechend sollten Sie sagen: Lieber Genosse Scholz, machen

Sie doch etwas. – Sie haben doch einen Draht dorthin. Vielleicht können Sie ihn davon überzeugen, dass auch die Infrastruktur in Bayern wichtig ist. Das würde ich mir wünschen. Ich glaube, das würde sich der gesamte Freistaat Bayern wünschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den wichtigen Investitionen in den ÖPNV und den SPNV ist es selbstverständlich wichtig, auch in die Straße zu investieren. Die Straße ist Verkehrsträger Nummer eins in Bayern.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wir haben genug Straßen!)

Busse brauchen auch Straßen, auf denen sie fahren können. Wir wollen unsere Autos auch weiterhin nutzen. Am Schluss wollen wir eines gewährleisten: Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, selbst zu bestimmen, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir sollten nicht aus ideologischen Gründen sagen: Nur die Schiene und der ÖPNV sind wichtig. – Die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern sollen selber darüber entscheiden, was sie machen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wollen Sie Politik machen oder nicht?)

Sie sollen selber entscheiden, ob sie den ÖPNV oder das eigene Auto nutzen. Wir wollen nicht verbieten, sondern Möglichkeiten eröffnen. Ich glaube, das ist einer der wesentlichen Unterschiede zwischen Ihnen und uns. Dafür werden wir auch weiterhin kämpfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen investieren wir selbstverständlich weiter in den Straßenverkehr. Allein in diesem Jahr investieren wir 350 Millionen Euro in die Staatsstraßen, davon zwei Drittel in den Bestandserhalt. Das zeigt, dass wir uns auch dort auf dem richtigen Weg befinden.

den. Wir wollen unsere Staatsstraßen in einem optimalen Zustand erhalten. Wir wollen sie, wo es nötig ist, ausbauen. Wir wollen sie so ertüchtigen, dass alles funktioniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir führen den Freistaat Bayern auch in allen anderen Geschäftsbereichen zusammen. Wir wollen im Freistaat Bayern Wohnungen für Menschen in allen Vermögenslagen schaffen. Im Rahmen des Doppelhaushalts investieren wir knapp 1,7 Milliarden Euro in die Wohnraumförderung. Lieber Herr Kollege Ritter, leider sind an Ihnen wohl einige Entwicklungen der letzten Wochen und Monate vorbeigegangen. Bereits die Landtagspräsidentin hat in ihrer Zeit als Ministerin die Wohnraumförderung für denjenigen, der es möchte, von 25 auf 40 Jahre verlängert. Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit eröffnet, bestehende Programme zu verlängern. Das sind Maßnahmen, die bereits laufen. Sie müssen nicht mehr gefordert werden. Wir haben das bereits gemacht, noch bevor Sie auf die Idee gekommen sind.

Deshalb richte ich auch an Sie eine Bitte. Sie halten den sozialen Wohnungsbau ganz hoch. Sie sagen: Der soziale Wohnungsbau muss passieren. – Ja, der soziale Wohnungsbau muss passieren. Olaf Scholz hat sich in Berlin hingestellt und ernsthaft verkündet, dass der Bund die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von 1,5 Milliarden Euro auf eine Milliarde Euro kürzen will. Lieber Herr Kollege Ritter, wo sind denn da Ihre Anreize? Wo steht der soziale Wohnungsbau bei der SPD? Sie wollen den sozialen Wohnungsbau in Berlin verringern. Wir in Bayern bauen ihn aus und stärken ihn. Das ist Politik für den sozialen Wohnungsbau. Wir haben im letzten Jahr über 12.000 Wohnungen gefördert. Das ist gut angelegtes Geld. Damit wollen wir auch Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Das ist Politik, wie wir sie in Bayern machen. Wir verkünden nicht bloß irgendetwas, wir liefern, wir halten Wort. In dieser Weise sollten wir Politik verstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich – Kollegin Kaniber hat es bereits angesprochen – werden wir die Innenstadtentwicklung weiter fördern. In der Städtebauförderung haben wir viele Pro-

gramme aufgelegt: Innen statt Außen, Innenpotenzialerfassung, Flächenentsiegelungsmaßnahmen. In diese Maßnahmen werden über 100 Millionen Euro investiert. Das Beste, was wir machen können, ist der Erhalt von Leben in den Ortskernen und die Ansiedlung neuen Lebens. Ich glaube, das ist eine Aufgabe, die uns alle eint; wir sollten sie gemeinsam anpacken, wir sollten sie im Bereich Bau umsetzen.

Herr Kollege Baumgärtner und Herr Kollege Winter haben es bereits erwähnt: Selbstverständlich schauen wir uns die Bayerische Bauordnung intensiv an, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kosten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt des ökologischen Bauens. Wir werden noch in diesem Jahr eine Novelle vorlegen, um den Baustoff Holz noch stärker zu fördern und als gleichwertigen Baustoff zu integrieren. Der Kollege Marcel Huber hat das immer erwähnt und gefordert: Nehmt das Holz auf. – Wir werden das tun. Das sollten wir als Wirtschaftsstandort Bayern vorantreiben.

Meine Kollegen, im Bereich der Mobilität sind wir offen für alles Neue: Seilbahnen als Nahverkehrsmittel – eine Zeit lang verlacht, inzwischen in vielen Städten in aller Munde und gang und gäbe –, Elektrobusse, alternative Antriebe für unsere Pkws samt der damit verbundenen Lade- und Tankinfrastruktur, das wollen wir in den nächsten Jahren offensiv vorantreiben.

Selbstverständlich – ich habe das bis jetzt leider von keinem von Ihnen bis jetzt gehört – steht auch die Vernetzung der Mobilität noch viel, viel stärker im Fokus. Wir müssen die Verkehrsträger untereinander vernetzen, Mobilitätsplattformen schaffen. Das ist keine Zukunftsmusik, das ist die Gegenwart. Wir müssen über alle Verkehrsträger hinweg denken: vom Fahrrad über den E-Scooter, den Bus, die U-Bahn, die Tram, die S-Bahn – von mir aus auch Flugtaxen, wenn sie mal fliegen – bis hin zum Automobil. Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern Freiheiten geben, das gewünschte Verkehrsmittel zu nutzen. Das werden wir in den nächsten Monaten mit diesem Haushalt anpacken. Dementsprechend setzen wir die Akzente.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Überzeugung, dass wir unsere Mittel voll und ganz an den richtigen Stellen einsetzen. Mit dem Geld, das wir investieren, stoßen wir neue Investitionen an. Mit dem, was wir tun, schaffen wir überall in Bayern Chancen und packen wir die Zukunft des Freistaates Bayern offensiv an. Wir im Bauministerium kümmern uns um alle Themen, wir gestalten Zukunft. Lassen Sie uns diesen Freistaat Bayern, diese gesegnete Erde, dieses gesegnete Land, gemeinsam weiterbewegen. Lassen Sie uns die Themen Wohnen, Bau und Verkehr für die Menschen in unserem Land, für eine lebenswerte Heimat gemeinsam anpacken. Packen wir die nächsten zwei Jahre gemeinsam an!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Für die erste Zwischenbemerkung: Frau Rosi Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ich glaube, wir sind uns hier im Hohen Haus alle einig, dass wir den ländlichen Raum stärken wollen. Auch die Enquete-Kommission hat ergeben, dass gerade die Förderung des ÖPNV den ländlichen Raum besonders gut stärken kann.

Wir sind dafür, dass Bahnstrecken reaktiviert werden, wo immer das möglich ist. Es gibt nun den Fall, dass sich eine Bahnstrecke – ich nenne sie beim Namen, die Bahnstrecke Gotteszell – Viechtach – bereits im Probetrieb befindet und die Region dahintersteht. Nun scheitert das Ganze möglicherweise an einer starren Obergrenze, die auch von Ihrem Ministerium kommt. Sie sagen, 1.000 Personenkilometer pro Tag müssen gewährleistet sein, und zwar auf jedem Kilometer dieser Strecke. Deshalb meine Frage an Sie: Sind Sie bereit, von dieser starren Obergrenze abzurücken, wenn Sie wissen, dass sehr viele Bahnstrecken in Bayern mit wesentlich weniger beförderten Personen betrieben werden, und halten Sie weiter an dieser starren Grenze fest, wenn die Bevölkerung vor Ort hinter dem Projekt steht?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Liebe Kollegin Steinberger, der Kollege Baumgärtner hat bereits ausgeführt, dass Reaktivierungen ökonomisch und ökologisch sinnvoll sein müssen. Leere Züge fahren zu lassen, bringt nichts. Wir brauchen eine gewisse Zahl an Menschen, die diese Züge nutzen, sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen.

Wir haben diese Reaktivierungskriterien definiert; sie bestehen schon seit vielen Jahren und wurden in vielen Bereichen, zum Beispiel bei der Staudenbahn und vielen weiteren Bahnen, eingehalten. Ich bin zuversichtlich, dass ausreichende Nutzerzahlen erreicht werden, wenn die Region dahintersteht, wenn sie ihren ÖPNV darauf abstellen. Wenn sie sich darauf konzentrieren, dann findet man Lösungen. Die Reaktivierungskriterien sind auch aus ökologischen Gründen richtig, deshalb werden wir weiterhin so verfahren.

Ich befinde mich im Dialog über so ziemlich alle aktuellen Reaktivierungsmaßnahmen in Bayern. Wir sind in sehr vielen konstruktiven Gesprächen. Wir werden sie weiterhin konstruktiv und gut führen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Zwischenbemerkung: Frau Kohnen, SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Minister, wie ich Sie erlebe, glaube ich, dass Sie in der Argumentation klug genug sind, Olaf Scholz und den sozialen Wohnungsbau nicht so darzustellen, wie sie es gerade getan haben.

Ich will das mal kurz klarstellen: Ohne die SPD in den Koalitionsverhandlungen, die auch ich selber geführt habe, hätte es die Änderung im Grundgesetz nicht gegeben, dass der Bund überhaupt weiter in den sozialen Wohnungsbau investieren darf – Punkt eins.

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei. Sie sind eigentlich auch sonst klug genug zu wissen, dass es verschiedene Haushaltstitel im Bund gibt, aus denen der soziale Wohnungsbau gefördert wird. Das heißt bisher Entflechtungsmittel. Sie wissen auch, dass angesichts gesteigerter Zuwanderung da auch noch mal Wohnungsbaumittel hineingeflossen sind. Die 1,5 Milliarden Euro setzen sich aus verschiedenen Haushaltstiteln zusammen; deshalb würde ich diese populistische Argumentation einfach mal wegstecken.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Oberlehrerhaft!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Liebe Frau Kollegin Kohnen, wir haben uns letzten Donnerstag bereits über das Thema ausgetauscht, auch in Berlin. Das Traurige an der ganzen Sache ist, dass der Bund sich leider die Grundgesetzkompetenz geholt hat und trotzdem die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in summa kürzt, von 1,5 Milliarden auf eine Milliarde Euro. Es ist leider so, wie es im aktuellen Haushaltsentwurf steht. Ich würde mir wünschen – wir versuchen es über unsere Schiene –, dass auch Sie über Ihre Schiene darauf hinwirken, dass dieser Haushaltsansatz gleichgehalten werden kann. Er wurde wegen der Flüchtlingskrise erhöht; die Mittel im sozialen Wohnungsbau wurden in der Folge hochgefahren. Jetzt ist das Argument, man könnte wieder senken. Ich halte das für falsch.

(Widerspruch bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Abgeordneter Mang, bitte.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Wohnbaugenossenschaften sind Unternehmen, die nicht profitorientiert arbeiten und schon vielen Menschen, auch in den Ballungsgebieten, günstigen Wohnraum ermöglicht haben und ermöglichen.

Meine Frage ist – vielleicht habe ich das auch überhört, dann bitte ich Sie, das noch einmal zu erläutern –, ob und wie die Staatsregierung mit dem aktuellen Haushalt Wohnbaugenossenschaften fördern möchte und welche Mittel sie dafür zur Verfügung stellt. Für den Fall, dass sie das nicht tut, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Ich mache mir natürlich keine Illusion, dass Sie ihm zustimmen. Vielleicht nehmen Sie sich das aber beim nächsten Mal zu Herzen, um die Förderung der Wohnbaugenossenschaften voranzubringen.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Kollege Mang, wir fördern bereits jetzt den Wohnraum sehr umfassend. Sie müssen bei der Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften differenzieren, ob es sich um eine kommunale Genossenschaft handelt oder ob sie von Bürgerinnen und Bürgern gehalten wird. Dementsprechend sind auch die Förderinstrumentarien unterschiedlich. Es spielt eine Rolle, ob der Staat oder die Kommunen Eigentümer sind oder ob die Genossenschaft privat ist.

Wir investieren im staatlichen Bereich sehr viel über die Wohnraumförderung, um Maßnahmen zu ermöglichen. Wir bieten im Bereich des Kommunalen sehr viele Beratungsleistungen an. Wir versuchen auch über den sozialen Wohnungsbau Möglichkeiten zu eröffnen. Das heißt, Wohnungsbaugenossenschaften, Wohnungsbaugesellschaften haben auch schon jetzt Zugriff auf die staatliche Wohnraumförderung, wenn sie die Kriterien erfüllen. Ich halte das für ein gutes Projekt, um gemeinschaftlich Eigentum zu bilden. Da wird ein echter Beitrag geleistet, um Altersarmut vorzubeugen. Wir unterstützen schon jetzt und werden das auch in Zukunft tun.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Mir liegen auch insgesamt keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1129 mit 18/1148, 18/1156, 18/1157, 18/1195 mit 18/1197 sowie 18/1217 mit 18/1231, 18/1244 mit 18/1246, 18/1268 mit 18/1270 und 18/1325 mit 18/1330 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1772 zugrunde.

Ich lasse zuerst über die drei zum Plenum eingereichten Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/1914, 18/1916 und 18/1917 in einfacher Form abstimmen.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl (AfD) betreffend "Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften" auf Drucksache 18/1914. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/1914 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl (AfD) betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/1916. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/1916 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die wiederum die AfD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Herr Abgeordneter Swoboda? – Er ist gerade mit der Landtagspräsidentin im Gespräch. Herr Abgeordneter Swoboda, ich bräuchte bitte Ihr Abstimmungsverhalten. Ich habe soeben abgefragt, wer gegen den Antrag der AfD ist. –

(Heiterkeit)

Auch Herr Abgeordneter Swoboda (fraktionslos) ist dagegen. – Pardon, bitte wieder Ruhe. Wer enthält sich der Stimme? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Nun lasse ich noch abstimmen über den weiteren Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl (AfD) betreffend "Erhöhung der Eigenheimzulage auf eine jährliche Zahlung in einem Zeitraum von 8 Jahren" auf Drucksache 18/1917. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/1917 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist wiederum die AfD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Fraktionen FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten sind ebenfalls dagegen. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Jetzt ist noch über die zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 18/1219 und 18/1222, für die namentliche Abstimmung beantragt wurde, abzustimmen.

(Unruhe)

– Darf ich bitte Ruhe einfordern? – Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend "Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen", Drucksache 18/1219. Die Urnen sind bereitgestellt. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:44 bis 17:49 Uhr)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt.

Wir fahren fort mit der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr – Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket" auf Drucksache 18/1222. Die Urnen stehen wieder bereit. Die Abstimmungszeit beträgt diesmal drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:50 bis 17:53 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wieder außerhalb des Saales ermittelt. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse unterbrochen.

(Unterbrechung von 17:53 bis 17:57 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können wieder Platz nehmen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen", Drucksache 18/1219. Mit Ja haben 35 Abgeordnete, mit Nein 114 Abgeordnete gestimmt. Es gab 36 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr – Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket", Drucksache 18/1222, bekannt. Mit Ja haben 50, mit Nein 107 Abgeordnete gestimmt. Es gab 18 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1772 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Art und Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Ich bitte, Stimmenthaltungen ebenso anzuzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Raum. Damit ist dieser Einzelplan angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1772 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1218, 18/1244 mit 18/1246 sowie 18/1268 mit 18/1270 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Wohnraumförderung - Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen (Kap. 09 04 Tit. 893 03) (Drucksache 18/1219)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			X
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus			X
Busch Michael	X		
Celina Kerstin			X
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			X
Demirel Gülseren			X
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			X
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			X
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekman n Florian			X
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			X
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			X
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	35	114	36

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr - Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket (Kap. 09 06 TG 65) (Drucksache 18/1222)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			X
Blume Markus			
Böhm Martin			X
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			X
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger			
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			X
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans			
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			X
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			X
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	50	107	18

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 48)
Drs. 18/1129
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnraumförderung statt Kaufzulagen
(Kap. 09 04 Tit. 893 04, 893 05 und 863 69)
Drs. 18/1130
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studierendenwohnraum schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/1131
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1132
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrsunternehmen zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge der Integration in Tarifverbünde erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 683 70)
Drs. 18/1133
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Radverkehr in Bayern: Nicht-investive Mittel für den Radverkehr erhöhen
(Kap. 09 06 TG 80)
Drs. 18/1134
 7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 984 70)
Drs. 18/1135
 8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Tarifizuschüsse außerhalb des MVV
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/1136
 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Züge bestellen

- (Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/1137
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs voranbringen
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/1138
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streckenreaktivierungen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1139
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Infrastrukturförderung von NE-Bahnen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1140
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für SPNV-Projekte
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1141
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Airport Memmingen streichen
(Kap. 09 09 Tit. 892 60)
Drs. 18/1142
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für Bundesautobahnen kürzen
(Kap. 09 22 Tit. 771 70)
Drs. 18/1143
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für Bundesfernstraßen kürzen
(Kap. 09 22 Tit. 772 70)
Drs. 18/1144
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beim Staatsstraßenbau kürzen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/1145
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Radwege bauen
(Kap. 09 40 Tit. 770 06)
Drs. 18/1146
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Radschnellwege
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/1147
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittel für bedarfsorientierte Bedienformen im ÖPNV erhöhen
(Kap. 09 66 TG 60)
Drs. 18/1148
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 883 11)
Drs. 18/1195

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum – Abwicklung früherer Programme
(Kap. 09 04 Tit. 883 01)
Drs. 18/1196
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Zinsverbilligung im Rahmen der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 893 11)
Drs. 18/1197
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 09 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/1325
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ansätze für sonstige Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 09 02 Tit. 531 21)
Drs. 18/1326
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des ÖPNV im ländlichen Raum
(Kap. 09 04 TG 60 neuer Tit.)
Drs. 18/1327
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der Schaffung und größeren baulichen Instandsetzung von Studentenwohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/1328
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden zur Förderung des Städtebaus „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“
(Kap. 09 05 Tit. 883 67)
Drs. 18/1329
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)
Drs. 18/1330
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren – Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 09 03 Tit. 701 48)
Drs. 18/1217
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)
Drs. 18/1219
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für „Innen statt Außen“ durch Zuschüsse des Landes an

- Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1220
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/1221
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr – Kostenloses SchülerInnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendicket
(Kap. 09 06 TG 65)
Drs. 18/1222
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgleichsleistungen für Tarifstrukturreform auch für den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) und den Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund (AVV)
(Kap. 09 06 Tit. 663 60)
Drs. 18/1223
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für barrierefreie Eisenbahnverkehrsstationen
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)
Drs. 18/1224
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbünde für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/1225
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionshilfen an kommunale und private Verkehrsunternehmen für Fahrzeuge des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)
Drs. 18/1226
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/1227
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/1228
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/1229
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bau von Radwegen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)

- | | |
|---|--|
| <p>Drs. 18/1230</p> <p>43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine staatlichen Mittel aus der Wohnbauförderung für die BayernHeim
(Epl. 09 Anlage B Kap. 80 39)
Drs. 18/1231</p> | <p>44. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Bayerische Eigenheimzulage
(Kap. 09 04 Tit. 893 04)
Drs. 18/1156</p> <p>45. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für das Bayerische Baukindergeld Plus
(Kap. 09 04 Tit. 893 05)
Drs. 18/1157</p> |
|---|--|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Gisela Sengl

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Toni Schuberl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Ruth Müller

Abg. Johann Häusler

Abg. Christoph Skutella

Abg. Martin Schöffel

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Paul Knoblach

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martina Fehlner

Abg. Martin Böhm

Abg. Nikolaus Kraus

Staatsministerin Michaela Kaniber

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Matthias Fischbach

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 08

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1239 mit 18/1241, 18/1267),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/1242, 18/1243),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1118 mit 18/1128),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1193, 18/1194, 18/1316 mit 18/1324),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/741 mit 18/748),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1154, 18/1155)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)

(Drs. 18/1913)

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt ebenfalls eine Stunde und 31 Minuten. Die Redezeiten dürften mittlerweile bekannt sein. Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/1321 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Bachhuber von der CSU-Fraktion.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Michaela, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass Sie vergangene Woche genauso wie auch ich gespannt auf die Steuerschätzung gewartet haben, und siehe da: Wir haben wieder festgestellt, dass es dort, wo traditionell stabile und solide Finanzpolitik gemacht wird, nämlich hier bei uns in Bayern, wie am Schnürchen läuft. Auch heute hat der Ministerpräsident bekannt gegeben – das ist der beste Beweis –, dass es mit einem Ergebnis von 4,2 Milliarden Euro aus dem Jahr 2018 in Bayern einfach stimmt.

Das hat natürlich seine Gründe. Einmal liegt das daran, dass wir schon seit Jahren und Jahrzehnten eine stabile, erfolgreiche und nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben. Aber es liegt auch daran, dass die Menschen einfach gern in Bayern leben und arbeiten, was nicht verwundern darf; denn schließlich haben wir eine Kulturlandschaft, die auf der ganzen Welt einzigartig ist. Diese Kulturlandschaft ist von Menschen gemacht, und im besonderen Maße haben wir das unseren Bauern zu verdanken.

(Beifall bei der CSU)

Wer will, dass das so bleibt, der muss auch unsere Land- und Forstwirte stärken, und genau das tun wir mit diesem Einzelplan.

Die Gesamtausgaben betragen im Jahr 2019 1,54 Milliarden Euro und im Jahr 2020 1,57 Milliarden Euro. Das ist ein gewaltiges Zeichen zugunsten unserer Bauern. Dies bedeutet eine Steigerung im Jahr 2019 gegenüber dem Nachtragshaushalt 2018 um 38,5 Millionen Euro und im Jahr 2020 um weitere 29 Millionen Euro. Insgesamt stehen somit 106 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Liebe Ministerin, danke für Ihren Einsatz und dafür, dass Sie sich beim Finanzminister für unsere Landwirtschaft so stark gemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Staatsregierung zeigt nämlich damit, dass sie die Basis, auf der auch die bayerische Wirtschaft fußt, kraftvoll in die Zukunft führt.

Hohes Haus, wenn man diesen Einzelplan im Detail betrachtet, dann erkennt jeder, dass wir unsere Bauern nicht alleinlassen, wenn es um die gesellschaftlichen Herausforderungen und um die Sichtweise der Gesellschaft auf die Landwirtschaft geht. Wir müssen unseren Bauern Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen und sie bei Themen wie Biodiversität und Klimawandel unterstützen. Genau das tun wir; denn über die Hälfte der Mittel dieses Einzelplans fließen als Fördermittel in den ländlichen Raum.

Das Kernstück der Förderung ist dabei neben zahlreichen Einzelprogrammen das ELER-Programm zur Entwicklung im ländlichen Raum mit rund 660 Millionen Euro im Jahr 2019 und 686 Millionen im Jahr 2020. Dazu kommt noch eine Direktzahlung in Höhe von 1 Milliarde Euro aus der EU, die im Einzelplan gar nicht veranschlagt ist, aber von der Landwirtschaftsverwaltung abgewickelt werden muss. Allein im Haushaltsjahr 2019 werden Fördermittel in Höhe von 809 Millionen Euro gewährt. Daran hat das KULAP, zweifelsfrei das Flaggschiff der bayerischen Landwirtschaftspolitik, mit 34 % den größten Anteil. Noch ein Wort zum KULAP, damit es gar nicht erst zu Missverständnissen kommt: Das haben wir schon lange vor dem Volksbegehren kräftig aufgestockt.

Für Fördermaßnahmen der ländlichen Entwicklung stehen insgesamt 140 Millionen Euro zur Verfügung, davon alleine 100 Millionen Euro für die Dorferneuerung. Ich freue mich auch über die 8 Millionen Euro, mit denen die Ausgleichszulage erhöht wird. Damit können wir für Flächen, die aus der Gebietskulisse herausfallen, zwei Jahre lang Übergangszahlungen leisten und somit die Einkommen der betroffenen bäuerlichen Familienbetriebe stabilisieren.

(Beifall bei der CSU)

Ebenfalls erfreulich ist, dass die Landesmittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung zur verstärkten Berücksichtigung des Tierwohls bei Stallbaumaßnahmen um jährlich 15 Millionen Euro erhöht werden. Damit stehen für die einzelbetriebliche Investitionsförderung Mittel in Höhe von 65 Millionen Euro pro Jahr bereit. Den Änderungsantrag der AfD vom 13. Mai zur Förderung und Umstellung bei der Ferkelkastration lehnen wir ab.

Hohes Haus, wir unterstützen unsere Bauern auch, wenn es einen so extremen Sommer wie im vergangenen Jahr gibt. Für Auszahlungen im Rahmen des Bund-Länder-Hilfsprogramms "Dürre 2018" stehen im Jahr 2019 insgesamt 4 Millionen Euro zur Verfügung, wobei hiervon die Hälfte vom Freistaat kommt.

Auch der Wald profitiert erheblich von diesem Einzelplan. Mit zusätzlichen 11 Millionen Euro für den Waldpakt werden die forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen gestärkt, um den Waldumbau auch in privaten Klein- und Kleinstwäldern voranzubringen. Für den Umbau der Wälder zu klimatoleranten Zukunftswäldern werden die entsprechenden Ansätze im Doppelhaushalt um 15 Millionen Euro erhöht. Die Waldumbauoffensive kann damit planmäßig fortgesetzt werden. Insgesamt stehen für den Waldumbau im Jahr 2019 30,8 Millionen Euro und ab dem Jahr 2020 43,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird die forstwirtschaftliche Förderung innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt.

Ein ganz wichtiges Instrument in diesem Einzelplan betrifft die ländliche Entwicklung. Die Dorferneuerung in Bayern ist ein bewährtes Instrument, um vitale Dörfer und lebendige ländliche Gebiete zu entwickeln. Insbesondere die Maßnahmen der Ortskernrevitalisierung und Innenentwicklung tragen maßgeblich dazu bei. Für die ländliche Entwicklung stehen insgesamt 170 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Davon entfallen auf die Dorferneuerung 100 Millionen Euro und auf die Flurneuordnung 40 Millionen Euro.

Bei all dem wird der Einzelplan 08 auch der Bildung gerecht werden. So stehen 2,8 Millionen Euro zur Errichtung weiterer Walderlebniszentren und zur Verbesserung des baulichen Zustands bestehender Walderlebniszentren bereit. Zudem soll die Ausstattung bestehender Walderlebniszentren erweitert werden. Was mich ganz besonders freut – so viel Lokalpatriotismus darf sein –, ist der Umstand, dass im Rahmen der Haushaltsverhandlungen erreicht wurde, dass auch die Baumaßnahme der Bildungsstätte Jungbauernschule in Grainau wieder mit 2,5 Millionen Euro in die reguläre Förderung aufgenommen wurde.

Auch möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass für die Erhöhung des Meisterbonus auf 2.000 Euro jetzt zusätzlich 600.000 Euro bereitstehen. Weil wir gerade beim Personal sind, möchte ich auch darauf hinweisen, dass der wichtige Artikel 6b des Haushaltsgesetzes, der bisher den Stellenabbau regelt, neu gefasst werden soll, sodass in den kommenden Jahren eine Umsteuerung der betreffenden Personalressourcen möglich ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das schafft uns wertvolle Spielräume, um Personal für neue Aufgaben im ländlichen Raum, in der Landwirtschaft, in der Forstverwaltung und in der ländlichen Entwicklung zu gewinnen. Auf diese Weise können in den Jahren 2019 und 2020 unter anderem 30 neue Försterstellen geschaffen werden. Damit wird die Personalaufstockung um insgesamt 200 Stellen für die Waldumbauoffensive 2030 fortgesetzt.

Dieser Einzelplan ist nicht nur wohl durchdacht, er macht auch deutlich, dass es weiterhin unser oberstes Ziel bleibt, die bayerische Landwirtschaftskultur mit ihren unzähligen Kleinbetrieben beizubehalten. Dieser Einzelplan bietet den Bäuerinnen und Bauern eine große Planungssicherheit, sodass unsere Land- und Forstwirtschaft in eine gute Zukunft geführt werden kann. Bayerns Bauern können sich auf uns verlassen. Ich darf unserer Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber für ihren Einsatz auch gegenüber dem Finanzminister – denn die Steigerung ist auch deinem Einsatz zu verdanken

– ganz herzlich danken, der zur Folge hatte, dass wir heute diesen Einzelplan vorlegen und verabschieden können. Liebe Michaela, vor allem für deinen unermüdlichen Einsatz für unsere Landwirte und Bauern ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich wünsche dir und deinen Mitarbeitern in all deinen Häusern bei der Umsetzung dieses Haushaltsplans recht viel Glück und das richtige Wetter, das wir in der Land- und Forstwirtschaft brauchen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan 08.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gisela Sengl für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Staatsministerin, liebe Michaela! Wissen Sie, was heuer im Frühling der größte Verkaufsschlager war? Was wurde so stark nachgefragt, dass die Hersteller kaum noch liefern konnten? – Es waren die Samentütchen für Blumenwiesen. Ganz Bayern wollte scheinbar im Frühling eine Blumenwiese ansäen, um den Bienen und Schmetterlingen zu helfen. In jedem Garten schien es einen Fleck zu geben, auf dem man eine Bienenweide anlegen kann. Auch wir haben – übrigens ganz ohne Patenschaften – auf unserem Biobetrieb eine tagwerkgroße Blumenwiese angesät, weil es uns das wert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es geht um Wertschätzung, zum Beispiel um die Wertschätzung der Bestäubungsleistung von Honigbienen und Wildbienen. Und: Es geht um die Wertschätzung von Menschen, die in der Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche arbeiten. Das Wort "Wertschätzung" wurde in den letzten Wochen oft gebraucht. Bäuerinnen und Bauern haben die Wertschätzung eingefordert und den Mangel an Wertschätzung bitter be-

klagt. Damit hat das Volksbegehren in unserer Gesellschaft eine wichtige Diskussion angestoßen, nämlich die Diskussion über Verantwortung und eine zukunftstaugliche Landwirtschaft. Einen großen Teil dieser Verantwortung trägt die Politik.

Leider war und ist die Landwirtschaftspolitik viel zu sehr auf den Weltmarkt ausgerichtet und wird der Betriebswirtschaft immer noch absolut untergeordnet. Diese Politik hat große Verluste in Kauf genommen: den Verlust von Feldvögeln, von Insekten, von Bienen, von Ackerwildkräutern, von sauberem Wasser und den Verlust von kleinen Höfen sowie lebendigen Ortskernen. Sie hat dabei zugesehen, wie die Wertschätzung der Arbeit in der Landwirtschaft immer weiter gesunken ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere grüne Landwirtschaftspolitik macht es genau andersherum. Für uns ist die Wertschätzung der Landwirtschaft das Fundament unserer Politik, und zwar in jedem Bereich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die mit dem Anbau der Lebensmittel auf unseren Feldern verbundene Arbeit muss belohnt werden. Die guten Ideen und die Zeit, die Menschen investieren, um ihren Nutztiern ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen honoriert werden. Es muss uns interessieren, welche Möglichkeiten es gibt, eine echte, nachhaltige und zukunftstaugliche Landwirtschaft zu betreiben. Dafür ist der Ökolandbau natürlich ein gutes Vorbild. Wir wollen zuhören und Wege finden, wie die Landwirtschaft und die Gesellschaft wieder zusammenzubringen sind. Wir kämpfen für die Wertschätzung und für die Leistungen der Natur, die sie uns Menschen einfach so zur Verfügung stellt. Wir können und müssen sehr viel verändern. Wir wollen, dass Naturschutz und Landwirtschaft Partner sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Änderungsanträge betreffend den Einzelplan 08 sind genau an diesem Ziel orientiert. Auch wenn hier alle Änderungsanträge abgelehnt wurden, bin ich mit gutem Grund zuversichtlich. Zum Beispiel wurde unser Antrag zu den Öko-Modellregionen gleich im Vorfeld abgeräumt. Der Druck des sagenhaft erfolgreichen Volksbegehrens war einfach zu groß. Das Ministerium kam nicht mehr umhin, statt wie ursprünglich geplant sechs Modellregionen 15 Modellregionen zu benennen. Darüber bin ich wirklich froh.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum? Die Öko-Modellregionen zeigen es uns. Sie arbeiten genau so, wie wir es uns wünschen: regional angepasst und ohne bürokratischen Aufwand. Konventionelle Bauern und Biobauern arbeiten zusammen. Das Wichtigste ist, dass Verarbeitung und Vermarktung von Anfang an zusammengedacht werden.

Die Öko-Modellregionen sind in diesem Haushalt zwar ein kleiner Topf, aber mit großer Wirkung. Sie sorgen für Bewusstseinsbildung in Bezug auf Lebensmittel, schaffen Arbeitsplätze und bieten den bäuerlichen Betrieben große Chancen jenseits des Weltmarkts. Und: Die Öko-Modellregionen zeigen vorbildlich, wie Landwirtschaft und Artenschutz zusammen funktionieren. Ich hoffe sehr, dass die Öko-Modellregionen ein beständiger und gut ausgestatteter Bestandteil bayerischer Landwirtschaftspolitik werden. Es braucht nicht immer viel Geld, sondern vor allem ein klares Ziel. Da wäre auch mal ein klares Bekenntnis vonseiten der Staatsregierung zu Bio-Essen eine echte Hilfe;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn Bio-Essen in staatlichen Kantinen sorgt für stabile Preise und eine sichere Abnahme. Aber nicht nur Staatsbedienstete und Ministerinnen und Minister sollen mehr Bio essen, sondern wir sind natürlich auch für mehr Bio in der Gemeinschaftsverpflegung. Wir fordern, dass Kantinen insofern in der Gemeinschaftsverpflegung viel besser unterstützt werden.

Deshalb haben wir in Bezug auf die Förderung der Umstellung zur Biozertifizierung in der Gemeinschaftsverpflegung einen eigenen Haushaltstitel kreiert. Man stelle sich vor: Allein wenn alle Kinder, die in der Schule und im Kindergarten essen, pro Woche zwei Joghurts in Bio-Qualität essen würden, könnten 24 Milchviehbetriebe sofort umstellen. Es ist also ganz klar: Ein Bio-Verbrauch in der Gemeinschaftsverpflegung bringt den Bio-Anbau insgesamt voran. Dafür braucht es eine klare Vorgabe, nicht bloß immer schöne Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der frühere Landwirtschaftsminister Brunner hat einige Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel das Coaching für Kantinen und für Gemeinschaftsverpfleger. Man kann sich als Küche coachen lassen. Dieses Programm wurde 2009 gestartet. Jetzt haben wir 2019. Raten Sie einmal, wie viele Küchen und Kantinen sich dieses Coachings bedient haben: ganze 4,9 %. Das kann kein erfolgreiches Programm sein.

(Zuruf von der CSU)

Wir müssen wesentlich mehr tun, wenn es uns mit solchen Maßnahmen ernst ist. Ich bezweifle bis heute, dass dieses Vorhaben von diesem Landwirtschaftsministerium ernsthaft verfolgt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Andere Länder machen es uns vor. Bayern ist nicht immer XXL. Bayern hat in manchen Punkten auch einiges nachzuholen, schaut man zum Beispiel nach Kopenhagen oder nach Österreich. Man muss auch über den bayerischen Tellerrand hinausschauen. Das würde uns guttun. Das Nachmachen von guten Dingen ist erlaubt.

Auch wenn wir die Entwicklung der Öko-Modellregionen fördern – über die einzelbetriebliche Investitionsförderung freuen wir uns nicht. Sie wird zwar damit begründet, dass das Tierwohl verstärkt werden soll, aber es wird überhaupt nicht dargestellt, was das eigentlich heißt. Bis heute ist es doch so: Bei einzelbetrieblicher Investitionsförde-

rung wird immer beraten: Du musst größer werden, du musst neu bauen. Da wird viel Geld eingestellt, aber in Wirklichkeit werden die Betriebe vor Ort nicht individuell geprüft, welche Chancen sie haben, wie es gelingen kann, die ganzjährigen Anbindeställe wirklich umzubauen. Die Forderung nach immer größeren Ställen ist der komplette Irrweg. Wichtiger wäre es, die Weidehaltung zu unterstützen. Erstens wäre das für die Gesundheit der Kühe wichtig, und zweitens wäre es gut für den Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte behaupten, es ist für jedes Tier gesünder, nicht nur für die Kühe, sondern auch für die Schweine, Hühner und Schafe, draußen an der frischen Luft und im Licht sein zu können. Deshalb möchten wir mit unserem Antrag erreichen, dass ein Teil des Geldes für die bessere Förderung der Weidehaltung verwendet wird. Denn die Weidehaltung muss bei der Förderung für das Tierwohl durchaus eine Rolle spielen. Die Gesellschaft schätzt Betriebe, die ihre Tiere auf die Weide lassen. Im Übrigen wissen unsere Kinder und Jugendlichen in Zukunft weder, wie eine Kuh aussieht, noch wie ein Huhn aussieht oder ein Schwein, da es diese Tiere auf der Weide nicht mehr gibt.

Nebenbei ist nachhaltig beweidetes Grasland von Bedeutung. 16 % aller Nutztiere in Bayern sind auf der Weide; das ist sehr wenig. Das ist eine so geringe Quote, dass man nicht davon sprechen kann, wir hätten eine Weidehaltung.

Außerdem ist nachhaltig beweidetes Grasland ein sehr guter CO₂-Speicher; es kann viel Wasser aufnehmen. In Zeiten des spürbaren Klimawandels ist Weideland für die Landwirtschaft sehr wichtig. Kühe sind übrigens perfekte Grasverwerter und helfen – anders als vielfach behauptet –, das Klima zu schützen. Tierwohl und Klimaschutz ergänzen sich bei der Weidehaltung perfekt. Deshalb fordern wir eine bayerische Weideinitiative.

Der vorgelegte Haushalt ist wie viele frühere Haushalte angelegt. Das reicht heute aber nicht mehr. Die Probleme werden immer drängender und fordern uns heraus. Es ist Zeit zu gestalten und Zeit, Veränderungen anzustoßen und diese umzusetzen. Gel-

der, die das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausgibt, müssen sich daran messen lassen, wie nachhaltig gewirtschaftet wird. Das gilt für jeden Euro und für jede Förderung. Der bayerische Weg in der Landwirtschaft heißt übersetzt: Es geht um eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Dafür haben wir in Bayern die besten Voraussetzungen. Wir haben die Gesellschaft, die dafür bereit ist, und wir haben Bäuerinnen und Bauern, die das können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sengl. – Für die FREIEN WÄHLER hat Kollege Bernhard Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Sengl, Sie haben von der Wertschätzung für die Landwirtschaft gesprochen. Bis dahin sind wir einer Meinung. Auch ich bin der Auffassung, dass unsere Landwirtschaft wesentlich mehr an Wertschätzung verdient als das, was sie in den letzten Monaten bekommen hat.

Ich darf es aus der Sicht der Landwirtschaft einmal plakativ so darstellen: Am Montag sagt man den Landwirten achselzuckend: Volksbegehren Artenschutz. Am Dienstag sagt man, am Milchpreis können wir nichts ändern. Am Mittwoch lassen wir sie mit dem Wolf allein. Am Donnerstag kommt die Düngeverordnung. Am Freitag geht es um die Gewässerrandstreifen und die CO₂-Belastung, und am Samstag ist die Anbindehaltung Thema. Am Sonntag fassen wir uns dann alle bei den Händen und sagen, wie wichtig die bäuerliche Landwirtschaft ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Sehr richtig!)

Wenn Sie, Frau Kollegin Sengl, nun sagen, wir brauchen eine Ökologisierung der Landwirtschaft, dann antworte ich: Nein, das ist der falsche Weg. Wir dürfen nicht konventionelle und ökologische Landwirtschaft gegeneinander ausspielen. Beide haben ihre Berechtigung. Es gibt nicht die guten ökologischen und die schlechten konventionellen Landwirte.

Die Kollegin Fuchs hat heute beim Einzelplan 07 von Bürokratie gesprochen. Genau das ist der Punkt, den man diskutieren muss. Wir überfrachten die Landwirtschaft mit immer mehr Bürokratie. Und das, was Sie mit Ökologisierung meinen, bedeutet wiederum eine Vielzahl an neuen Vorschriften und neuen Auflagen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Landwirtschaft ein Wirtschaftszweig ist. Da sind Unternehmer, die ihre Felder bewirtschaften und die damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie ist somit ein wichtiger Bestandteil und eine wichtige Säule der Wirtschaft.

Dass die Landwirtschaft daneben ein ganz wichtiger Pfeiler unseres guten Zusammenlebens in der Natur ist, kann und muss man respektieren, und das muss man auch honorieren. Landwirtschaft ist ein starker Wirtschaftszweig in Bayern. Landwirtschaft bedeutet Tourismus in Bayern, bedeutet Landschafts- und Naturschutz in Bayern sowie schließlich die heimische Nahrungsmittelproduktion.

Diesen letzten Punkt möchte ich besonders hervorheben. Wollen wir allen Ernstes zum Beispiel aus den Vereinigten Staaten Nahrungsmittel importieren? Sie kennen die Geschichten von den großen Truthähnen, die innerhalb weniger Wochen doppelt so groß sind, weil sie Hormonpillen bekommen. Wollen wir das wirklich? Wollen wir mutwillig unsere heimische Landwirtschaft kaputt machen, um dann Dinge zu importieren, die wir wesentlich besser herstellen könnten? – Ich will das nicht. Die konventionell wie die ökologisch wirtschaftenden Landwirte können das alles wesentlich besser und gesünder produzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bringe Ihnen noch ein paar Beispiele in Bezug auf die Bürokratie. Auch Walzen und Düngen sind Bestandteile des Volksbegehrens gewesen. Wollen wir vorschreiben, wann die Landwirte ihre Felder walzen und düngen dürfen und wann nicht? Ich erinnere mich: Es ist schon ein paar Jahre her, aber als ich bei der Bundeswehr war, gab es eine Vorschrift, die ab dem 1. April den Sommer befahl. Da musste man – egal, welche Witterungsverhältnisse es gab, ob es geschneit hat oder heiß war – die Sommeruniform anziehen und ab 1. Oktober dann wieder die Winteruniform. Das ist idiotische Bürokratie. Wir sollten also alle miteinander die Bürokratie abbauen und nicht so etwas aufbauen. Leider wird zurzeit in der Landwirtschaft aber immer mehr Bürokratie produziert.

Ich bin sehr dankbar, Frau Staatsministerin, dass Sie ein offenes Ohr für unsere Initiative zur Düngeverordnung 2025 haben. Mit der bodennahen Düngung kommt einiges auf die Landwirtschaft zu. Das kann im Grunde so nicht bleiben. Neulich gab es da ein sehr gutes Gespräch, das mir Hoffnung gemacht hat. Ich hoffe, dass wir in dieser Angelegenheit Fortschritte erzielen und tragfähige Lösungen für die Landwirtschaft herbeiführen können – und das trotz gewisser Belastungen durch Europavorschriften und trotz der Vorstellungen einer Bundesregierung, die uns hier nicht unterstützt. Auch hoffe ich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktionen für die landwirtschaftlichen Unternehmer einen klaren Blick haben und Unterstützung bieten.

Ein Wort zum Tourismus unter dem Aspekt "Landschafts- und Naturschutz". Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten die Landwirtschaft in der Form, wie wir sie heute haben, in Zukunft nicht mehr. Wir hätten einige wenige Großbetriebe – ich sage mal: Kolchosen wie früher in der DDR oder in der Sowjetunion, wo auf riesigen Feldern gewirtschaftet wurde. Ist das besser? Ist das wirklich besser? Ist das das, was Sie sich vorstellen, oder sollten wir nicht dem einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmer eine Chance geben, seinen Hof auch von der nächsten Generation der Hofnachfolger betreiben zu lassen?

Glauben Sie denn wirklich, dass heute ein junger Mensch eine Zukunftschance in der Landwirtschaft sieht, wenn er jetzt auch noch hört: Umsetzung des Volksbegehrens und Ökologisierung der Landwirtschaft und dieses und jenes?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Wie soll denn ein Unternehmer eine Zukunft haben, wenn Sie ihm die Zukunft mit immer mehr Vorschriften verstellen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich denke, der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums ist gut ausgewogen. Er ist wohlgedacht. Ich glaube, dass er Chancen bietet.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der uns FREIEN WÄHLERN besonders am Herzen liegt: gleichwertige Verhältnisse in Bayern. Dazu gehört auch das Dorferneuerungsprogramm. Es ist ganz wichtig, dass wir hier im ländlichen Raum Akzente setzen, damit nicht immer mehr Menschen in die Metropolen ziehen, sondern in den Dörfern, in den ländlichen Regionen bleiben. Dazu dienen diese Programme, dabei helfen diese Programme. Es ist sehr wichtig, dass wir in den ländlichen Raum investieren; denn jede Investition in den ländlichen Raum, jeder Mensch, der nicht nach München oder nach Nürnberg in die Ballungsräume zieht, entspannt den Wohnungsmarkt und entspannt im Bereich des Verkehrs den Wahnsinn auf den Straßen und auf den Schienen. Das muss doch unser gemeinsames Ziel sein! Es kann doch nicht sein, dass Sie wollen, dass das Land entvölkert wird und alles in die Städte zieht. Deswegen ist auch hier das, was im Haushalt verankert ist, gut durchdacht und positiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ganz zum Schluss betone ich nochmals: Landwirte sind Unternehmer. Unternehmer haben eine Verantwortung für ihren Betrieb und für ihre Mitarbeiter. Da hilft es ihnen wenig, wenn Sie sagen, wenn die Verbraucher dieses und jenes essen würden, wenn die Verbraucher diese oder jene Preise zahlen würden. – Verdammt noch mal, wir

können und wollen dem Verbraucher nicht vorschreiben, was er zu essen hat und was er dafür zahlen soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE):

Möglichst billig! – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

– Natürlich wollen wir nicht "möglichst billig", aber verdammt noch mal, wenn der Einzelne bei seinem Budget, für das jeder Einzelne Verantwortung trägt, sagt, ich muss so und so viel für Miete ausgeben und so und so viel für Kleidung ausgeben, ich habe nur so und so viel für Essen zur Verfügung, dann gibt es ökonomische Zwänge, die dazu führen, dass man billige Produkte einkauft. Es hat nicht jeder ein Gehalt, wo er sagen kann, ich gehe jeden Tag in den Biomarkt und kann mir das leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Hans Urban (GRÜNE): Da bräuchten wir günstigere Mieten!)

– Wenn Sie mir zugehört hätten! Zum Thema günstige Mieten hatte ich gerade gesagt: Wenn wir den ländlichen Raum stärken, entlasten wir die Mietmärkte in den großen Städten. – Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Natürlich haben wir eine Verantwortung und wollen bayerische Produkte vermarkten, damit bayerische Produkte hochpreisig sind. Aber wir dürfen die Unternehmer nicht mit immer mehr Auflagen und mit immer mehr Schikanen überfrachten, weil auch das den Preis ausmacht. Das schlägt sich im Preis nieder. Deswegen: Lassen wir den Landwirten etwas mehr Freiheit! Respektieren wir auch bei aller Regelungswut, was sie für uns, für die Landschaft, für die Natur, für den Tourismus, für die heimische Wirtschaft und für die heimische Nahrungsmittelproduktion leisten. Frau Staatsministerin, der Haushaltsansatz ist gelungen. Wir werden ihm zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Kollege Pohl. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Pohl, Sie haben zumindest teilweise treffend dargelegt, dass die bisherige Landwirtschaftspolitik für kleine Betriebe sehr problematisch ist und dass es viele Vorschriften, Auflagen und Bürokratie gibt, die es vor allem kleinen Betrieben und Familienbetrieben schwermachen, weiter bestehen zu können. Deswegen gab es Zigtausende Betriebe in Bayern, die schließen mussten. Könnten Sie mir vielleicht kurz erklären, welche Partei, die auch hier im Landtag sitzt, in den letzten 13 Jahren Verantwortung auf Europaebene, auf Bundesebene und auf Landesebene für die Landwirtschaftspolitik getragen hat?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege, auf den unterschiedlichen Ebenen haben erstens unterschiedliche Parteien Verantwortung getragen. Die FREIEN WÄHLER tragen sie in Bayern erst seit sechs Monaten.

Zweitens. Sie wissen – das ist durchaus auch als Kompliment gemeint –, dass man Politik nicht nur auf der Regierungsbank beeinflussen kann, sondern zum Beispiel auch durch Ihr Volksbegehren zum Artenschutz, dessen Inhalte und Zielsetzungen ich nicht teile. Ich erkenne aber dennoch an: Das war eine große Leistung von denjenigen, die das initiiert haben. Aber wenn es darum geht, wer für Auflagen und Bürokratie zuständig ist, Herr Kollege, dann fällt mir in allererster Linie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Abgeordnete, der zu Wort kommt, ist Herr Kollege Stadler von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte Sie, Herr Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Morgen soll im Bundestag die Erste Lesung der Isofluran-Verordnung erfolgen. Isofluran ist ein in der EU erstmalig zugelassenes Inhalationsnarkotikum zur wirksamen Schmerzausschaltung bei der Ferkelkastration. Es ist zwar schön, dass sich das Bundesministerium um das Schmerzempfinden der Ferkel sorgt. Aber warum sorgt sich die Regierung nicht genauso um das Schmerzempfinden der Tiere beim betäubungslosen Schächten?

(Beifall bei der AfD)

Warum sorgt sich die Regierung nicht genauso um das Schmerzempfinden unserer Kinder, die von illegal eingewanderten Kriminellen ohne Betäubungsmittel massakriert werden?

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle an den 17-jährigen Jugendlichen erinnern, der am Karfreitag von kriminellen Migranten betäubungslos erstochen wurde.

(Ruth Müller (SPD): Unglaublich! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stadler, sprechen Sie bitte zur Sache!

Ralf Stadler (AfD): Kommen wir zur Umsetzung des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration, das bereits 2013 vom Bund beschlossen wurde.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Frist zur Umsetzung ist im November 2018 noch mal um zwei Jahre bis Ende 2020 verlängert worden,

(Gisela Sengl (GRÜNE): Zum Haushalt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die können es einfach nicht! Themaverfehlung!)

weil man bis jetzt nicht in der Lage war, eine halbwegs praktikable Lösung zu finden, genauso wie man seit 2015 keine Lösung findet, kriminelle Ausländer konsequent abzuschieben.

(Beifall bei der AfD – Gisela Sengl (GRÜNE): Was hat das mit dem Haushalt zu tun? – Anhaltende Unruhe)

Warum sich das Bundesministerium der Frau Klöckner ausgerechnet für die Narkose mit Isofluran entschieden hat, ist nicht nachvollziehbar.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Da kommen wir schon noch drauf. Vielleicht ist sie aber selber von der Pharmalobby betäubt worden. Schließlich geht es um ein Schweinegeld, nämlich bis zu 50 Millionen Euro allein für die Narkosegeräte. Die meisten Schweinehalter, vor allem kleinere und mittlere Betriebe – das ist die überwiegende Mehrheit in Bayern –, lehnen die Methode aus guten Gründen ab. Sie verursacht enorme Kosten für Anschaffung, Unterhalt und Schulung. Die Handhabung für den Landwirt ist problematisch, möglicherweise sogar gesundheitsschädlich für die Anwender und deren Ferkel. Für die GRÜNEN noch: Das schädigt auch die Ozonschicht.

Warum wird die Methode, die den geringsten Aufwand verursacht und bereits erprobt wird, nicht weiterverfolgt, nämlich die chirurgische Kastration unter lokaler Narkose? Es kann sich einem fast der Verdacht aufdrängen, dass aufgrund der veränderten Essensgewohnheiten das Schweinefleisch verbannt werden soll. Diese Woche ist Veggie Week in der Landtagskantine. Heute war da drin mal wieder fast nichts los. Oder

hat das etwas mit der zunehmenden Islamisierung der Speisekarten zu tun, wie es in den zahlreichen staatlichen Kantinen bereits praktiziert wird?

(Anhaltende Unruhe – Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ein Wahnsinn!)

Man übt daher weiterhin Druck auf die Erzeuger von Schweinefleisch aus, um dadurch die Produktion zu erschweren. Erst wird der Diesel unmöglich gemacht, jetzt der Schweinebraten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meines Erachtens sollte die Kastration mit lokaler Anästhesie vorangetrieben werden und nicht der Weg des Bundesministeriums kritiklos mitgegangen werden. Dafür sind die zusätzlichen Haushaltsmittel erforderlich, damit wir unsere Landwirte im Wettbewerb mit den Konkurrenten im Ausland bestens aufstellen. So fördern wir die regionale Erzeugung und die Qualität unserer heimischen Produkte. Schützen Sie unsere Bauern vor unnötigen Auflagen

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vor der AfD!)

und praxisfernen Ideen von Schreibtischtätern.

Ich darf Sie daher bitten, die zusätzlichen Finanzmittel bereitzustellen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat Frau Kollegin Ruth Müller von der sozialdemokratischen Fraktion. – Danke, Herr Stadler.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, ich muss Sie schon bewundern, wie Sie sich für so eine Rede noch bedanken können. Für mich war das wirklich eine bodenlose Schweinerei.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich habe mich nicht für die Rede bedankt, sondern für den Wortbeitrag und dafür, dass er den Platz verlassen hat, Frau Kollegin Müller.

Ruth Müller (SPD): Das ist das Einzige, was mir in Sachen Landwirtschaftspolitik zu dieser Rede einfällt, die mit Landwirtschaftspolitik und mit Haushaltspolitik so wenig zu tun hatte wie ein Laib Brot in der Bank. Das war unfassbar!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Aber Herr Stadler, damit haben Sie sich wirklich qualifiziert für die niveauloseste Rede in diesen Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte jetzt einfach zum Landwirtschaftshaushalt und zur Landwirtschaftspolitik in Bayern reden. Um das geht es heute, um nichts anderes, auch wenn Ihnen das nicht passt. Der Landwirtschaftshaushalt umfasst 2,5 % des Gesamthaushaltes des Freistaats Bayern in den nächsten beiden Jahren. 3,1 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, und die beiden Regierungsfaktionen haben aus ihrer sogenannten Fraktionsreserve – die wir nicht haben – 4 Millionen Euro im Landwirtschaftshaushalt eingeplant. Das entspricht allerdings nur einem Anteil von 6,8 % der gesamten Fraktionsreserve.

Wenn es die FREIEN WÄHLER ernst gemeint hätten mit ihrer Ansage, nach der Landtagswahl auch einmal guten Anträgen und Ideen der Opposition zuzustimmen, dann wäre es zu einer ganz anderen Schwerpunktsetzung bei den Ausgaben der Fraktionsreserve gekommen, wenn die Anliegen schon im Landwirtschaftshaushalt an sich nicht berücksichtigt worden sind. Schade, dass die FREIEN WÄHLER so schnell vergessen haben, wie es ihnen in den letzten zehn Jahren in der Opposition ergangen ist. Wir haben uns nämlich durchaus Gedanken gemacht. Wir waren mit den Menschen vor Ort im Gespräch, um zu erfahren, was sie sich von einer modernen Landwirtschaftspolitik in Bayern wünschen und was sie brauchen, um das umzusetzen, was

Sie im Artenschutzgesetz versprechen. Selbstverständlich ärgert es uns, wenn Sie unsere Anträge ablehnen, und zwar oft mit fadenscheinigen oder unsachlichen Begründungen. Wenn Sie unsere Anträge dann aber durch die Hintertüre doch übernehmen, dann wundern wir uns, dass Sie nie die Größe haben zu sagen, dass die Opposition damals eigentlich richtiglag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Beispiel gefällig? – Gerne. Unseren Antrag auf der Drucksache 18/742 mit dem Ziel, Öko-Modellregionen bedarfsgerecht auszustatten, lehnten Sie am 4. April 2019 noch geschlossen ab, um am 19. April 2019 pressewirksam zu verkünden, dass Sie die Öko-Modellregionen ausweiten wollen, um dem Anliegen des Volksbegehrens Artenschutz gerecht zu werden. 14 Tage vorher wussten Sie noch nicht, dass das Ihr großes Ziel ist. Konsequenter wäre es gewesen, ganz Bayern zu einer Ökoregion zu machen, um bundesweit ein Zeichen zu setzen und dem Anspruch gerecht zu werden, den Sie sonst auch immer haben, nämlich "Bayern XXXXL".

Das Volksbegehren Artenschutz ist im Übrigen auch ein gelungenes Beispiel für Ihre – nennen wir es einmal – Anpassungsfähigkeit in der Politik. Noch am 31. Januar 2019 sagte die Ministerin unter Buh-Rufen und ungläubigem Kopfschütteln beim Bayerischen Imkertag in Starnberg: "Eine Unterschrift allein rettet noch lange keine Biene." Nun ist die Erkenntnis gereift, dass jede Unterschrift für die Biene wohl eine Unterschrift gegen die bisherige Politik der CSU war. Deshalb musste dieses Gesetz möglichst geräuschlos abgeräumt werden. Dies geschah sehr zum Missfallen des Bayerischen Bauernverbandes, wie man dem letzten "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt" entnehmen konnte, in dem getitelt wurde: "Bauern schwer enttäuscht". Neben dem betrübt blickenden Bauernverbandspräsidenten Walter Heidl sieht man auf dem Bild lachende Gesichter der CSU-Abgeordneten, die wohl keine Ahnung hatten, dass nur einen Tag nach der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs und den Huldigungen an die öko-vegan angehauchte CSU-Neuerfindung schon wieder Veränderun-

gen angemahnt werden, um die Ziele des Volksbegehrens anzupassen oder zu untergraben.

Gut, dass es noch den Hubert Aiwanger als Wirtschaftsminister gibt, der noch sagen darf, was er denkt und was eigentlich auch Ihre heimliche Meinung ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

– Nun, warten Sie von den FREIEN WÄHLERN doch erst einmal ab, ob Sie auch noch klatschen, wenn Sie gehört haben, was er gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, dass das Volksbegehren zum Artenschutz Mist sei, und zwar großer Mist, so wie es im "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt" getitelt wurde.

(Alexander König (CSU): Er versteht halt Mist als etwas Positives!)

Das war übrigens passenderweise ein Sonntag, um dem Aufzählungskalender von Herrn Kollegen Pohl Rechnung zu tragen. Er hat gesagt, am Sonntag redet man dann der Landwirtschaft wieder nach dem Mund. – Genau das hat Ihr Minister und stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger gemacht, indem er gesagt hat: Das Volksbegehren ist großer Mist.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt doch nur, wie geredet wird, wenn man meint, man wäre unter sich. Was ist es denn nun, der große grüne Wurf oder ein großer Mist? Oder ist es doch ein "Weiter-so" in der bayerischen Landwirtschaftspolitik? – Von wegen "Versöhnen statt spalten". Das fällt eher unter den Begriff "Verhöhnen und weiter spalten".

(Alexander König (CSU): Das hat mit dem Haushalt jetzt auch nicht unmittelbar zu tun!)

Dazu passt auch das Hü und Hott bei den Tiertransporten. Während unser Antrag für bessere Bedingungen und rechtliche Vorgaben bei den Tiertransporten abgelehnt wird mit der Begründung, das sei Bundes-, wenn nicht gar Europaangelegenheit, wird die

Negativliste der Länder, in denen keine Transporte mehr stattfinden sollen, gerichtlich vom Tisch gewischt. Landräte, verantwortungsvolle Veterinäre und Tierschützer reiben sich verwundert die Augen angesichts dieses Schwarzer-Peter-Spiels.

Auch unseren Antrag auf Drucksache 18/743, in dem wir eine Ausweitung des Ökolandbaus gefordert haben, haben Sie abgelehnt. Hier wollten wir mehr Mittel unter anderem für den Gewässer- und Grundwasserschutz und für den mehrjährigen Energiepflanzenanbau im Rahmen des KULAP. Das wäre für den Klimaschutz in Bayern, aber auch für die Milchvieh haltenden Betriebe ein Signal gewesen, dass Sie es ernst meinen mit einer nachhaltig ausgerichteten Landwirtschaft.

Ihre Landwirtschaftspolitik steht auch mit diesem Haushaltsentwurf für eine Förderung der großen Betriebe, beschleunigt den Strukturwandel und setzt die falschen Signale hinsichtlich Klimaschutz, Nachhaltigkeit und einer Verbesserung des Tierwohls. Ihre Landwirtschaftspolitik besteht aus der schnellen Schlagzeile und dem besten Bild. Vermutlich hat der medienaffine Ministerpräsident einen internen Wettbewerb unter den Ministerinnen und Ministern ausgeschrieben, wer die ausgefallenste Idee hat, um sich über die Legislaturperiode hinaus für die nächste Saison zu qualifizieren. Wenn es diesen Wettbewerb tatsächlich gibt, hat die Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber bestimmt gute Karten, denn mit ihrer Aktion "Bayern sucht die beste Tafel" hat sie auf alle Fälle den Tiefpunkt des Buhlens um die mediale Aufmerksamkeit erreicht.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Tafeln sollten Sie sich darauf einstellen, dass die Tafeln diesen Wettbewerb nicht mitmachen werden. Die Tafeln kämpfen nämlich jede Woche dafür, die Lebensmittel, die sie bekommen, gerecht zu verteilen. Dafür sollte ihnen gedankt werden, das wäre Wertschätzung.

Mit der Verteilung der Gelder im neuen Doppelhaushalt hätten Sie Zeichen setzen können, für mehr Personal in den Ämtern, für integrierte ländliche Entwicklung, wenn

Sie es mit der Stärkung des ländlichen Raumes ernst gemeint hätten. Sie aber säen lieber aus grünen Schüsselchen ein paar Blütensamen entlang der Autobahnen und hoffen, dass das Interesse der Menschen an Klima- und Artenschutz wieder einschläft, als hätte das Sandmännchen persönlich Schlafsand gestreut. Ich kann Ihnen versichern: Wir werden uns von Ihnen im Landwirtschaftshaushalt keinen Sand in die Augen streuen lassen. Wir werden dafür kämpfen, dass die bayerischen Bäuerinnen und Bauern weiterhin ein gutes Auskommen haben. Deshalb werden wir den Haushalt ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, denn es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Häusler von den FREIEN WÄHLERN.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Liebe Frau Kollegin Müller, es geht um den Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Aus Ihrem Vortrag habe ich zu wesentlichen Themen dieses Haushalts keine Einlassungen gehört. Zum Forst beispielsweise sagten Sie überhaupt nichts. Zum Thema Landwirtschaft habe ich nur gehört, was alles schlecht ist, was alles falsch gemacht wird. Alternativen habe ich aber nicht gehört. Vielleicht hätte man heraushören können, dass ausschließlich Bio eine Alternative sein soll. Wie wir schon aus Zwischenrufen wissen, scheint die Versorgung mit Biolebensmitteln die einzige Möglichkeit zu sein, und man könnte interpretieren, konventionelle Lebensmittel haben weder Qualität, noch sind sie der Gesundheit förderlich. Ist es tatsächlich so, dass das die einzige Wahrheit ist, die Sie uns anbieten? Differenzieren Sie so stark zwischen ökologisch produzierten Lebensmitteln und konventionell produzierten Lebensmitteln aus Familienbetrieben? – Wenn man genau hinhört, könnte man den Eindruck gewinnen, dass diese Betriebe negativ durch das Raster fallen bzw. diskreditiert werden.

Ruth Müller (SPD): Herr Kollege Häusler, zu dem Thema Wald- und Forstwirtschaft wird meine Kollegin Martina Fehlner sprechen; wir haben ja noch genügend Redezeit.

(Alexander König (CSU): Eine Minute und 35 Sekunden – das wird knapp!)

Zu der von Ihnen angesprochenen Unterscheidung zwischen Ökolandwirtschaft und konventioneller Landwirtschaft: Ich lasse mir von Ihnen keine Spaltung der Landwirte in gute und in schlechte Landwirte unterschieben. Das möchte ich einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Landwirte, ob konventionell oder ökologisch wirtschaftend, brauchen Wertschätzung. Das ist schon mehrmals angesprochen worden.

(Alexander König (CSU): Dann sind wir uns ja einig!)

Betreiben Sie hier nicht die Spaltung der Landwirte in "ökologisch gleich gut" und "konventionell gleich schlecht". Wir haben sehr viele Landwirte, die hervorragende Arbeit für die Gesellschaft, für unser Land leisten.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Es gibt in allen Bereichen gut wirtschaftende Betriebe und solche Betriebe, die das nicht können. Sollen wir diese Unterscheidung anhand des Kriteriums "ökologische oder konventionelle Landwirtschaft" vornehmen? – Nein, danke. Auf dieses Glatteis werden Sie uns nicht führen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Staatsministerin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf EU-Ebene ist die Gemeinsame Agrarpolitik

seit über 50 Jahren der wichtigste Politikbereich, in dem ein großer Teil des EU-Haushalts für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft verwendet wird. Deshalb ist – abgesehen von der Blackbox "Maßnahmenpaket Artenschutz", die aus Landesmitteln finanziert wird – für unsere Landwirte derzeit vor allem wichtig, wie es auf europäischer Ebene weitergeht. Die nächste Förderperiode – 2021 bis 2027 – steht vor der Tür; einige Änderungen kündigen sich an. Landwirtschaft und Umweltschutz werden immer mehr Hand in Hand gehen müssen. Wissenschaftler des Instituts für Europäische Umweltpolitik erklärten in einer im Februar veröffentlichten Studie:

Der Landwirtschaft kommt eine Schlüsselrolle zu bei der Umsetzung von Umweltmaßnahmen für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik in Europa bis 2030.

Weiterhin heißt es in der Studie, dass die GAP-Reform Landwirten die Chance eröffnet, Umweltmanager zu werden. Es gibt dazu sicherlich auch andere Ansichten. Nicht alle Landwirte wollen Umweltmanager sein, sondern stattdessen Lebensmittel oder vielleicht auch Energie produzieren.

Ob Umweltmanager, Profi, Milcherzeuger oder Diversifizierungskünstler – wir sind da liberal. Jeder landwirtschaftliche Betrieb soll so Unternehmer sein können, wie er es möchte.

(Beifall bei der FDP)

Unternehmerisch tätig zu sein, heißt für uns nicht unbedingt Spezialisierung, Rationalisierung und Größenwachstum als Garantie für die Zukunftsfähigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes. Unternehmerisch tätige Landwirtinnen und Landwirte zeichnen sich aus durch Vielseitigkeit, Kreativität, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Innovationsfreude. Das passt zum Leitbild der bayerischen Agrarpolitik: eine flächengebundene, ressourcenschonende, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft durch bäuerliche Familienbetriebe.

Hier erfüllt vor allem die Nebenerwerbslandwirtschaft unverzichtbare volkswirtschaftliche Funktionen. Durch die extensive Bewirtschaftung, insbesondere ökologisch besonders wertvoller Flächen, leistet sie einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz, zum Boden- und Wasserschutz, zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität und Artenvielfalt sowie zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung einer regionaltypischen Kulturlandschaft und eines traditionellen Landschaftsbildes.

Nebenerwerbslandwirtinnen und -landwirte haben auch eine wichtige soziale Funktion. Sie sind oft fest in dörfliche Gemeinschaften eingebunden, engagieren sich ehrenamtlich und sind in Vereinen und Feuerwehren aktiv.

Die Nebenerwerbslandwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft, sichert Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft, vor allem im ländlichen Raum, und steht für Eigentum in mittelständischer Hand. Wer Eigentum hat, fühlt sich verantwortlich; denn Eigentum verbindet Freiheit mit Verantwortung, Entscheidung mit Haftung und Rendite mit Risiko.

Da vor allem diese Betriebe von den Agrarumweltmaßnahmen profitieren, begrüßen wir es sehr, dass das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm um weitere 10 Millionen Euro aufgestockt wird. Das Kulturlandschaftsprogramm für freiwillige Agrarumweltleistungen ist eine Erfolgsgeschichte. In seiner heutigen Konzeption enthält das KULAP Extensivierungsmaßnahmen, die entweder den gesamten Betrieb einbeziehen oder auf einen Betriebszweig bzw. auf Einzelflächen ausgerichtet sind. Diese Bewirtschaftungsmaßnahmen tragen zum Erhalt der biologischen und landwirtschaftlichen Vielfalt, zum Erhalt und zur Verbesserung der natürlichen Bodenfunktionen sowie zur weiteren Verringerung von stofflichen Belastungen des Bodens, der Luft und des Wassers bei. Damit werden unsere natürlichen Lebensgrundlagen und die Umwelt geschützt. Die Artenvielfalt wird erhalten.

Für uns Liberale ist wichtig, dass weiterhin der Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht, Eigenverantwortung vor staatlicher Regulierung" gilt. Unsere landwirtschaftli-

chen Betriebe brauchen vor allem eines – das ist uns wichtig; ich habe das hier schon an mehreren Stellen betont –: Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

In dem von der schwarz-orangen Koalition in der vergangenen Woche angekündigten Maßnahmenkatalog zu dem Gesetzespaket "Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern" werden sehr umfangreiche Maßnahmen angekündigt, die im Doppelhaushalt 2019/2020 noch nicht veranschlagt sind. Für alle angekündigten Maßnahmen – es sind sehr viele – stehen Beträge von 50 bis 75 Millionen Euro im Raum. Und viele Fragen: Wie geht es mit dem KULAP weiter? Wie sieht die in dem Maßnahmenkatalog angekündigte erweiterte KULAP-Förderung für grüne Bänder, Blühstreifen und das bayernweite Netzwerk zur Biodiversität aus? Gibt es zusätzliche Maßnahmen im KULAP? Wenn ja, welche? Wie sind diese finanziell ausgestattet? Werden die schon bestehenden Maßnahmen aufgestockt? Wir – und vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe – hoffen, dass wir bald Antworten auf all diese Fragen erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Neben allen Anstrengungen in Sachen Artenvielfalt dürfen wir Folgendes nicht vergessen: Erstens. Wir wollen weiterhin hochwertige Lebensmittel in Bayern konsumieren. Zweitens. Auch die konventionellen Betriebe leisten einen wertvollen Beitrag zu dem Projekt, Bayern zur Musterregion für Agrarökologie zu entwickeln. Gerade im grünen Landgürtel im Voralpenraum, aber auch bei mir in der Oberpfalz gibt es viele konventionelle Betriebe, die auf einem Teil der Flächen intensiv wirtschaften und hohe Grünlanderträge haben, die aber gleichzeitig zum Beispiel ökologisch sehr wertvolle Almflächen pflegen. Wir sollten diese Betriebe nicht zu lange im Unklaren lassen, sondern stattdessen den Maßnahmenkatalog zügig ausarbeiten, um den Landwirten konkrete Zusagen machen zu können.

Für unsere tierhaltenden Betriebe ist es aber auch wichtig, dass sie investieren – in umweltschonende Technik und in tierwohlgerechte Haltungsformen. Wir begrüßen es daher, dass das einzelbetriebliche Investitionsprogramm um 15 Millionen Euro jährlich

ausgeweitet wird. Dass diese Gelder verstärkt zur Verbesserung des Tierwohls eingesetzt werden, ist der richtige Weg. Wenn Investitionsförderung, dann für mehr Tierwohl in bayerischen Ställen! Haltungsformen wie die Anbindehaltung werden dauerhaft keine Zukunft haben.

Wir Freien Demokraten wollen Rahmenbedingungen für ein wirksames betriebliches Risikomanagement schaffen und stehen staatlichen Soforthilfemaßnahmen skeptisch gegenüber. Staatliche Soforthilfen bei witterungsbedingten Ertragsschwankungen sind nämlich langfristig der wirtschaftlich wesentlich schlechtere Weg; sie sind auch ungerecht. Der Klimawandel bringt für unsere landwirtschaftlichen Betriebe aber große Herausforderungen mit sich: Die Sommer werden tendenziell heißer und trockener, die Winter feuchter und wärmer. Witterungsextreme wie lange Trockenperioden können zu unvorhersehbaren Ertragseinbrüchen führen. Infolge von Wetterextremen sind in der deutschen Pflanzenproduktion in den letzten 15 Jahren Ertragsausfälle in Höhe von circa 470 Millionen Euro jährlich entstanden. Mehr als die Hälfte aller Schäden wurde durch Trockenheit und Dürre verursacht, rund ein Fünftel durch Hagel, ein Sechstel durch Sturm, Starkregen und Überschwemmung.

Wir müssen die Landwirte zum eigenverantwortlichen Aufbau eines betrieblichen Risikomanagements motivieren. Wir Freien Demokraten halten nichts davon, jedes Jahr staatliche Soforthilfen bereitzustellen. Das hilft den Betrieben mittel- und langfristig nicht bei der Anpassung an den Klimawandel. Wenn Bayern eine Musterregion für Agrarökologie werden und nachhaltig die Versöhnung von Umweltschutz und Landwirtschaft voranbringen will, wie es die Staatsregierung in der vergangenen Woche angekündigt hat, dann haben wir in den nächsten Wochen noch einiges zu tun. Wir sind auch und insbesondere auf den Nachtragshaushalt 2020 gespannt, damit wir die anstehenden Änderungen im Bayerischen Naturschutzgesetz, die sehr große Auswirkungen auf unsere landwirtschaftlichen Betriebe haben werden, richtig beurteilen können.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Das Wort hat der Kollege Martin Schöffel von der CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Herausforderungen für die bayerische Landwirtschaft, aber auch für unsere Waldbesitzer waren noch nie so groß wie heute – das ist schon mehrfach festgestellt worden –: Wir beobachten eine deutliche Zunahme extremer Witterungsverhältnisse, erhöhte gesellschaftliche Erwartungen, steigende Erwartungen hinsichtlich der Transparenz der Lebensmittelerzeugung, und dies alles bei zunehmend volatilen Märkten.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie reagiert die Politik darauf? – Gerade von Ihrer Seite kommen viele Kollegen am liebsten mit Verboten und mit neuen Vorschriften. Ich wundere mich darüber, dass der Kollege Schuberl, den ich jetzt trotz seiner Haarpracht nicht mehr sehe, versucht, Schwarzer Peter zu spielen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur sagen: Wenn wir in der letzten Legislaturperiode zusammen mit den FREIEN WÄHLERN nicht Anträge der GRÜNEN abgelehnt hätten, hätten wir mehr Vorschriften, mehr Verbote, mehr Probleme und damit einen größeren Strukturwandel. Das sollten Sie Ihrem Kollegen bei Gelegenheit bitte auch einmal ausrichten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dabei widersprechen sich Ihre Vorschläge auch noch. Was ist denn die Wirkung dieser Vorschläge? Das sehen wir zum Beispiel bei der Unterschutzstellung von Streuobstwiesen. Wir bekommen weniger Biotope und große Probleme in der Landwirtschaft. Das ist Ihr Politikansatz. Unserer ist ein anderer. Wir versuchen, aus Veränderungen Chancen für die Bauernhöfe zu machen. Wir wollen aus gesellschaftlichen Wünschen neue Aufgabenfelder und neue Geschäftsfelder schaffen. Wir wollen aus Betroffenen Verbündete machen. Dies umzusetzen, ist schwieriger, aber es bringt langfristig auch Ertrag.

Wir müssen uns auf Klimaveränderungen vorbereiten. Wir müssen mit unseren Förderprogrammen gesellschaftliche Erwartungen aufnehmen und Investitionen zu echten Zukunftsinvestitionen machen. Dabei sind wir aufgerufen, immer wieder neu für bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu sorgen. Mit unserem bayerischen Weg sind wir auf dem richtigen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen auch in Zukunft eine Landbewirtschaftung in allen Landesteilen, eine Lebensmittelerzeugung in allen Landesteilen, und zwar ressourcenschonend, nachhaltig und unter Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse.

Unsere Bauern müssen aber auch im Wettbewerb bestehen können. Das sind extrem hohe Anforderungen an unsere bäuerlichen Familienbetriebe. Der normale Produktpreis wird auf dem Weltmarkt gemacht, die Anforderungen an unsere Landwirtschaft sind aber so hoch wie kaum in anderen Regionen der Welt. Denken wir immer daran, dass die Bauernhöfe auch Ertrag erwirtschaften müssen, um den Betrieb erhalten, für das Alter vorsorgen und die Ausbildung der Kinder finanzieren zu können. Das sind doch die Themen, die die landwirtschaftlichen Betriebe umtreiben.

Was ist das Besondere am bayerischen Weg? – Wir wollen jedem Betrieb unabhängig von seiner Größe eine Zukunftsperspektive erhalten. Wir lassen es niemals zu, dass viele den Mut verlieren. Wir waren bisher erfolgreich, lieber Kollege. Trotz der Tatsache, dass wir im Bundesvergleich die kleinsten Betriebe haben, weist der Agrarbericht in Bayern für die letzten Jahre einen Strukturwandel auf äußerst niedrigem Niveau auf. Wir können auf dem Weltmarkt nicht immer konkurrieren. Deswegen gilt für die bayerischen Bauern: Klasse statt Masse. Wir produzieren Qualität, wir produzieren Heimat. Die Marke Bayern, die Herkunft aus Bayern und die Leistungen der Landwirtschaft für Landschaft und Ökologie müssen den Menschen auch etwas wert sein. Diese Leistungen müssen sich für die Bauern auch auszahlen.

Wo packen wir an? – Es ist schon umfangreich dargestellt worden. Insbesondere geht es um unser Kulturlandschaftsprogramm. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, in der Agrarpolitik gesellschaftliche Erwartungen und die gute fachliche Praxis zusammenzuhal-

ten. Das ist auch unser Antrieb bei der Umsetzung des Volksbegehrens. Gesellschaftliche Akzeptanz schafft letzten Endes Planungssicherheit. Mit unserem KULAP honorieren wir die ökologischen Leistungen unserer Landwirtschaft auf der Basis von Freiwilligkeit und Kooperation. Wir gleichen damit den erhöhten Aufwand und die Ertragseinbußen aus ökologischen Gründen aus.

Diesen Weg werden wir weitergehen. Sie werden kein anderes Bundesland finden, das ein solches Programm eher aufgelegt hat, das bessere Leistungen und eine bessere Finanzausstattung hat. In den anderen Ländern gibt es weniger kooperativen Naturschutz und mehr Vorschriften, aber eine schlechtere Ökobilanz. Schleswig-Holstein ist dabei zum Beispiel Vorreiter. Es gibt dort weniger Ökolandbau, mehr Gewässerprobleme und mehr Einsatz von Pflanzenschutzmitteln als in Bayern.

Auch beim Ökolandbau sind wir besser als viele andere. 10.000 Betriebe wirtschaften nach den Kriterien des ökologischen Landbaus auf rund 11 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dazu ein Vergleich: In Niedersachsen sind es 5,8 %, in Schleswig-Holstein 5,6 % und in Nordrhein-Westfalen 5,7 %. In diesen Ländern haben Sie über viele Jahre Verantwortung getragen. Wir gehen unseren Weg mit dem Programm "BioRegion Bayern 2020" mit Forschung, Innovation, Ausbildung und Förderung entsprechend weiter und werden auch den Ökolandbau weiter voranbringen. Dabei muss uns aber immer klar sein, dass der Verbraucher darüber entscheidet, in welcher Geschwindigkeit dies geschieht. Am Ende muss nämlich das nachgefragt und gekauft werden, was produziert wird. Sonst wäre es zum Schaden derer, die jetzt schon nach den Kriterien des Ökolandbaus produzieren.

Uns geht es um die heimischen Produkte. Nicht die Massenerzeugung, sondern die Erzeugung von Premiumprodukten für den inländischen, aber auch den ausländischen Markt ist unser Ziel. Auch die Selbstversorgungsrate müssen wir immer im Auge behalten. Wir wollen Lebensmittel nicht importieren, sondern wir wollen sie in unseren Betrieben selbst herstellen. Bayerische Qualitätsprodukte sind gefragt. Wir wollen die

Chancen aller Märkte, der regionalen und überregionalen Märkte, nutzen. Besonders hoch im Kurs bei unseren Verbrauchern stehen Produkte mit regionaler Herkunft.

Liebe Frau Kollegin Sengl, Sie haben die biologischen Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung angesprochen. Wir wollen auch biologische und regionale Produkte in unseren Kantinen. Sie haben mit Ihrem Antrag nicht die regionale Herkunft berücksichtigt. Sie haben laufende Verträge nicht berücksichtigt, wollen aber in einem Jahr erreichen, dass 20 % der Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung aus biologischer Produktion kommen. Sie haben die Rechtslage bei Ausschreibungen nicht berücksichtigt. Wir werden das mit unserem Antrag "Biologisch und Regional" umsetzen. Ihr Antrag ist dazu untauglich. Das muss ich an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, dass Sie jetzt die Wertschätzung für die Landwirtschaft so in den Mittelpunkt stellen. In der letzten Legislaturperiode haben Sie in diesem Haus ganz andere Töne angeschlagen. Ich freue mich, dass Sie es jetzt so machen. In der letzten Legislaturperiode haben Sie gesagt: Die Leute bekommen in Bayern nichts Gescheites zu essen. Sie haben gesagt, man solle lieber die Bio-Äpfel aus Südamerika als die Äpfel vom Bodensee kaufen. Das hat die Bauern verletzt, und deshalb ist es schäbig, wenn Sie jetzt von mehr Wertschätzung sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Auf die Leistungen im Waldumbau kann ich aus Zeitgründen nicht mehr eingehen. Der Kollege Bachhuber hat aber schon dargestellt, wie wichtig es uns in der jetzigen Situation ist, auch die Anliegen der Waldbesitzer im Blick zu haben und unsere Waldumbauoffensive entsprechend stark voranzutreiben.

Was sind die Ansätze für die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Martin Schöffel (CSU): Danach.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danach. – Danke.

Martin Schöffel (CSU): Wir wollen mit diesem Haushalt auch klare Zeichen und Wegweiser für die Weiterentwicklung unserer Betriebe setzen. Wir stehen zur modernen Landwirtschaft. Wir stehen zu unseren bayerischen Bauern, auch wenn sich die Rahmenbedingungen verändern. Diesen geänderten Rahmenbedingungen werden wir mit unserem einzelbetrieblichen Investitionsförderprogramm auch Rechnung tragen. Als Stichwort nenne ich Tierwohlställe. Wir haben in den letzten Jahren schon 5.000 tiergerechte Ställe gefördert. Wir werden dieses Programm mit 30 Millionen mehr und damit mit 65 Millionen pro Jahr kraftvoll weiterführen. Auch mit der Förderung der Digitalisierung in der Landwirtschaft und der Präzisionslandwirtschaft geben wir ein Bekenntnis zur modernen Landwirtschaft ab. Das dient letztlich dem Schutz von Ressourcen, dem gezielten Einsatz von Düngemitteln und der Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln.

Ein starkes Zeichen für die Bauern hast du, liebe Michaela Kaniber, unsere Landwirtschaftsministerin, mit der Einrichtung einer Junglandwirte-Kommission gegeben. Gerade die jungen Bauern sollen sich mit einbringen und über die Zukunft mitreden. Das ist ein starkes Zeichen an die junge Generation und ein starkes Zeichen für die Landwirtschaft insgesamt.

Ich wundere mich darüber, Frau Kollegin Müller, dass Sie den Aufruf, Ideen aus den Tafeln in Bayern einzusenden und das mit besonderem Geld zu würdigen, so schlechtreden. Mit dieser Aktion der Ministerin werden die Tafeln in den Mittelpunkt gestellt. Ihre Arbeit wird gewürdigt, aber das, was Sie hier an diesem Rednerpult verbreiten, führt zu Demotivierung und Misstrauen, und das weise ich zurück.

(Beifall bei der CSU – Ruth Müller (SPD): Das ist doch völlig falsch!)

Überhaupt haben Sie meines Erachtens mit Ihrer Spitzenkandidatin für das Europaparlament, mit Maria Noichl, jeden Anspruch verloren, über Agrarpolitik mitzusprechen. Frau Noichl hat neulich erklärt, sie setze sich dafür ein, dass im Agrarausschuss des Europaparlaments keine Bauern mehr vertreten seien, weil diese befangen seien, und dies sollte auch im Landtag und im Bundestag so sein.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh, oh, oh!)

Sie sind gegen die Bauern. Sie sind gegen eine praxisorientierte und breit akzeptierte Agrarpolitik, und dagegen wende ich mich.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir befinden uns mit unserem Doppelhaushalt auf einem guten Weg, die erfolgreiche Agrar- und Forstpolitik weiterzuentwickeln. In der Summe werden 3 Milliarden Euro für zwei Jahre bereitgestellt. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Das geht nur, weil Bayern ein starkes Land ist und die Politik die vielfältigen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei anerkennt. Ich danke unseren Bäuerinnen und Bauern sehr herzlich für ihre unermüdliche Arbeit jeden Tag zum Wohle unseres ländlichen Raums, zum Wohle unseres Landes und für die Produktion heimischer Nahrungsmittel und Qualitätsprodukte für einen vitalen ländlichen Raum. Ich danke allen, die bei diesem Haushalt tatkräftig mitgewirkt haben. Allen voran danke ich unserer Ministerin, Michaela Kaniber, und ihrem ganzen Haus – herzlichen Dank. Ich fordere Sie alle auf: Lassen Sie uns zusammenstehen. Lassen Sie uns für die bayerische Landwirtschaft weiterhin kämpfen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor. Ich darf die erste Zwischenbemerkung aufrufen. Sie kommt von Herrn Kollegen Paul Knoblach. Bitte schön, Herrn Knoblach.

Paul Knoblach (GRÜNE): Herr Kollege Schöffel, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Wir begegnen uns gelegentlich im Ausschuss. Sie wissen das. Ich stelle Ihnen eine Frage. Im Anschluss an die Frage werde ich begründen, warum ich diese Frage stelle. Ich frage Sie: Können wir GRÜNE und alle anderen hier in diesem Parlament sicher sein, dass Sie und die FREIEN WÄHLER dem angestrebten Gesetz, wie es uns im Moment vorliegt, im Anschluss an das Volksbegehren Artenschutz zustimmen werden?

Ich begründe, warum ich diese Frage an Sie stelle. Ich habe keinen Hinweis darauf erhalten, dass Ihr Weg dorthin führt. Noch viel weniger hörte ich das bei Herrn Pohl. Bisher gab es von keinem Vertreter der FREIEN WÄHLER und der CSU einen Hinweis darauf, dass das tatsächlich zu einem Gesetzeswerk werden soll. Ich will es Ihnen sagen. Wenn es bis zum Jahr 2030 30 % ökologischen Landbau in Bayern geben soll, müssen Sie die Tierzahlen an die Fläche binden. Sie müssen die Landwirtschaftsämter ausstatten. Davon höre ich nichts. Sie müssen die Verpflegung außer Haus stärken. Das Land Bayern selbst ist mit seinen Kantinen ein großer Kunde dieser Produkte.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Paul Knoblach (GRÜNE): All das scheint völlig zu fehlen. Im Gegenteil, Sie treten unser und auch Ihr Werk im Moment in die Tonne. Werden Sie zustimmen oder nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Frage ist gestellt. Das Wort hat Herr Abgeordneter Schöffel. Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Lieber Herr Kollege Knoblach, die Frage, die Sie stellen, ist bereits in der letzten Woche beantwortet worden. Wir haben deutlich gemacht, dass wir das Volksbegehren annehmen und ein Begleitgesetz sowie einen umfassenden Antrag, in dem viele Fragen zum Ausbau des ökologischen Landbaus enthalten sind,

einbringen werden. Unsere Initiativen für Forschung, Lehre, Ausbildung, die Vermarktung und die Gemeinschaftsverpflegung sind dort ebenfalls enthalten. Das müssen Sie lesen. Dann werden Sie wieder etwas schlauer sein. Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir diesen Weg, wie er in der letzten Woche aufs Gleis gesetzt worden ist, auch zusammen weitergehen.

Heute steht der Haushalt an. Jetzt sind die Schwerpunkte des Haushalts zu beraten. Dazu zählt auch die Unterstützung der Landwirtschaft an anderer Stelle und in der ganzen Breite mit der Forstwirtschaft und der Fischerei. Ich denke, das wissen Sie ganz genau.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Es gibt eine zweite Meldung für eine Zwischenbemerkung. Sie kommt von Frau Kollegin Ruth Müller. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Müller (SPD): Herr Kollege Schöffel, Sie haben mich direkt aufgefordert, mich noch einmal zu Wort zu melden – vielen Dank dafür. Ich habe eine Frage zu den Tafeln und eine Klarstellung. Es geht doch nicht darum, neue Ideen zu finden. Die Tafeln machen das seit über 20 Jahren. Die Tafeln haben genügend Ideen, wie sie an Lebensmittel herankommen und diese verteilen können. Für den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung wäre es eine wichtige und richtige Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Finanzausstattung passt und die Tafeln Unterstützung bei der Logistik erhalten. Die Ehrenamtlichen sollten wertgeschätzt und die Armut in unserem Land bekämpft werden. Ich wollte Sie fragen: Welche Ansätze haben Sie, wenn Sie unsere Anträge zur besseren Ausstattung der Tafeln für die Lebensmittelversorgung ablehnen?

Jetzt komme ich zu Ihrer Einlassung, man könne Maria Noichl nicht wählen. Sie wählen sie ohnehin nicht. Sie müssen das aber hier nicht sagen. Ich weiß, warum ich Maria Noichl wähle. Sie ist eine sehr glaubwürdige und authentische Politikerin.

(Andreas Winhart (AfD): Kein Wahlkampf!)

Sie hat nicht gefordert, dass keine Bauern mehr im Landwirtschaftsausschuss sitzen dürfen.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Zwei Minuten sind um.

Ruth Müller (SPD): Sie hat einen Antrag gestellt, dass Landwirte aus Gründen der Befangenheit nicht mitstimmen dürfen, wenn es um ihre eigenen Zuschüsse geht. Das ist Usus in jedem Gemeinderat.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ruth Müller (SPD): Wenn Sie in der Kommunalpolitik zu Hause sind, wissen Sie, dass Sie nicht mitstimmen dürfen, wenn der Nachbar neben Ihnen baut und Sie die Unterschrift verweigert haben. Wenn Ihre Verwandtschaft baut, dürfen Sie auch nicht mitstimmen.

(Beifall bei der SPD – Hans Herold (CSU): Das sind Freunde der Bauern, die SPD!)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Kollegin Müller, zu Ihrem ersten Punkt stelle ich noch einmal fest: Sie haben eine gute Sache, nämlich die Unterstützung und Würdigung der guten Arbeit der Tafeln, in ein negatives Licht gerückt.

(Ruth Müller (SPD): Das haben Sie gemacht, indem Sie die Anträge abgelehnt haben!)

Ich kann Ihnen sagen, welche Wünsche meine Tafeln vor Ort an das Landratsamt, die Stadt und die Landespolitik haben. Es geht aber darum, das bayernweit darzustellen.

Ich danke Ihnen für Ihre Bestätigung und Konkretisierung, dass die Bauern nach Auffassung der SPD in der Agrarpolitik nicht mehr mitsprechen sollen – herzlichen Glückwunsch. Deswegen sind Sie unwählbar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hatte der Abgeordnete Martin Schöffel von der CSU. Der nächste Redner ist Herr Kollege Winhart von der AfD. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Thema Ferkelkastration sind die Emotionen ein bisschen hochgekommen. Ich hoffe, dass es jetzt ruhiger wird, obwohl ich auch ein spannendes Thema, nämlich den Klimawandel, habe. Der Klimawandel wirft die Kernfrage auf, ob dieser mit Warm- und Eiszeiten, wie man sie in Bayern das letzte Mal vor rund 10.000 Jahren gesehen hat, naturgemäß vorhanden ist oder ob der Mensch darauf einen maßgeblichen Einfluss hat. Eigentlich habe ich gehofft, dass die Regierungskoalition und die GRÜNEN uns heute endlich Beweise für die These vom menschengemachten Klimawandel vorlegen. Der Ministerpräsident hat das in seinen Ausführungen breit einfließen lassen. Leider ist nichts gekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wenn man schon Steuergelder unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger unter der Position "menschengemachter Klimawandel" in den Haushalt einbringt, sollte man wissenschaftliche Beweise vorlegen, Frau Schulze.

(Beifall bei der AfD – Katharina Schulze (GRÜNE): Es gibt x wissenschaftliche Beweise!)

– Frau Schulze, Sie können sich nachher melden. Sie müssen jetzt nicht gleich davonlaufen.

Wenn Sie Mittel für den Titel 428 84 "Entgelte der Arbeitnehmer für Maßnahmen zur nachhaltigen Erzeugung und zum Klimaschutz im ländlichen Raum" einstellen, sollten Sie auch erklären, auf welcher wissenschaftlichen Basis sich der sogenannte Klimaschutz begründet. Klimaschutz impliziert im Gegensatz zur Anpassung an den Klimawandel die Möglichkeit der Einflussnahme durch den Menschen. Wenn der Mensch Einfluss nehmen kann, können Sie Mittel unter konkreten Maßnahmen laufen lassen. Uns ist der reine Klimaschutz aber zu wenig, noch dazu, wenn Sie für die Möglichkeit der Einflussnahme noch nicht einmal Beweise vorlegen können.

Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass der Haushaltsentwurf etwas schludrig erarbeitet wurde. Das ist kein Zufall, wenn der Eurokrat Manfred Weber zur Klima-Greta pilgert und Sie Sympathien für Klimafantasien zeigen. Das steht bewusst im Haushalt. Das wollen Sie so. Schauen wir uns das einmal genauer an. Meine Damen und Herren, ordentliche Haushaltsführung braucht auch eine ordentliche Buchung. Klimaschutz ist an dieser Stelle einfach falsch. Buchen Sie den Klimaschutz, wie in unserem Änderungsantrag vorgesehen, auf die Titel 428 85 und 428 86. Dort passen die Mittel nämlich viel besser hin. Dann ist es auch nicht so ideologisch. Die Menschen wissen, was Sie mit ihren Steuergeldern vorhaben. Die beiden genannten Positionen sprechen explizit vom Klimawandel. Dort sind die Gelder richtig aufgehoben.

In den Positionen 428 85 und 428 86 geht es um sinnvolle Projekte, wie beispielsweise den Weinanbau in trockenen Gebieten, den Gewässerschutz oder den Umbau unserer Wälder. Wir brauchen doch keine Projekte – ich zitiere – "für die Bevölkerung und interessierte Fachkreise in Einrichtungen der Landesanstalten zur Demonstration optimierter Energiesysteme". Meine Damen und Herren, das machen schon die Hersteller dieser Anlagen selbst. Was Sie von der Koalition hier machen, ist Marketing für Anlagenhersteller auf Kosten der Steuerzahler, oder auch, wie in der Titelgruppe genannt, Fachberatung durch ein Expertenteam namens "LandSchafttEnergie". Ich frage

Sie: Wen beraten die denn auf Steuerzahlerkosten, meine Damen und Herren von der Koalition? Ich habe leider noch keine Antwort erhalten.

Dass es einen Klimawandel gibt und immer schon gab, ist jedem bekannt, der im Erdkundeunterricht aufgepasst hat. Bezweifelt darf auch werden, dass dieser menschengemacht ist. Die Beweise sind Sie auch heute wieder schuldig geblieben.

Sollte bei diesem Antrag tatsächlich ein Tippfehler unterlaufen sein, bitte ich doch für das nächste Mal um etwas mehr Sorgfalt. Ob das Absicht war mit dem Klimaschutz oder ein Fehler, in beiden Fällen ist das zu berichtigen. Deswegen bitten wir aus Sorgfaltsgründen um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Winhart. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Kollegin Martina Fehlner von der SPD aufrufen. Ich weise vorsorglich darauf hin, dass die Redezeit nur noch eine Minute und 35 Sekunden beträgt.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch einige Anmerkungen zum Thema Klimawandel. Fakt ist: Der Klimawandel mit all seinen Extremen wie Hitze, Trockenheit, Stürme und Schneebruch stellt unseren Wald vor große Herausforderungen und enorme Belastungen. Durch den heißen Sommer 2018 hat sich der Zustand der Waldbäume in Bayern leider weiter verschlechtert. Deshalb brauchen wir mehr Personal für den Forst, mehr Förster. Sie werden für die Zukunft unseres Waldes und für die 700 Waldbesitzer in Bayern immer wichtiger. Das muss schneller und zügiger vorangehen. 30 neue Försterstellen bedeuten umgelegt auf 71 Landkreise 0,4 Försterstellen pro Landkreis. Meine Damen und Herren, das ist wirklich eindrucksvoll. Wir brauchen mehr Personal mit entfristeten Arbeitsverhältnissen.

Dass der Klimaschutz in der Bayerischen Verfassung verankert werden soll und gleichzeitig zu wenige Försterstellen eingeplant sind, liebe Staatsregierung, ist wenig glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Dass im Zuge des Volksbegehrens und des neuen Artenschutzgesetzes zusätzlich 10 % Waldfläche aus der Nutzung genommen werden, was wir als SPD-Landtagsfraktion natürlich begrüßen, gleichzeitig aber an der Gewinnabführung der Bayerischen Staatsforsten von 10 Millionen Euro an das Finanzministerium festgehalten wird, ist unverständlich und muss im Fachhaushalt komplett gestrichen werden.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum geplanten Eichenzentrum im Spessart sagen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit ist schon zu Ende.

Martina Fehlner (SPD): Wir fordern ein Gesamtkonzept für den Spessart, das von allen Beteiligten im Konsens getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Frau Kollegin. – Ich erteile nun Herrn Kollegen Martin Böhm das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des Säkularismus für unsere freiheitliche Gesellschaft war lange Zeit unbestritten. Der Weg dorthin war schwierig und dauerte Jahrhunderte. Heute kann in unserem Freistaat jeder glücklich sein, der die in unserer Verfassung verbrieften Rechte der anderen als die Grenzen seines Handelns respektiert. Die Rechte anderer sind aber auch die Rechte von Geschöpfen, denen wir erst eine Stimme verleihen müssen, um deren Rechte zu artikulieren – Geschöpfe, die mit uns leben und von denen wir leben.

Der sich immer schneller ausbreitende religiöse Pluralismus zeigt leider, dass Wertegerüste und etablierte gesellschaftliche Normen vergänglich sind. In normativen Diskussionen ist Religion zum zentralen Thema aufgestiegen, und wir stehen vor der Herausforderung, unsere Freiheit nicht dem Postsäkularismus preiszugeben.

(Hans Herold (CSU): Haushaltsberatung!)

Kants Religionsrhetorik leitete seinerzeit die Zähmung der Religion durch die Vernunft ein. Vernunft bedeutet auch, Tieren keine unnötigen Schmerzen zu bereiten.

(Tobias Reiß (CSU): Wer schreibt euch das eigentlich alles auf?)

– Das schreibe ich selber; Sie werden das anders handhaben.

Die Einschätzung, inwieweit das aktuelle Angebot der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft für einen Sachkundelehrgang "Entblutungsschnitt beim Schaf" – hier ist das Formular, verehrte Frau Staatsministerin – unseren ethischen Vorstellungen entspricht oder ob man sich damit behördlicherseits dem eben zitierten neuen religiösen Pluralismus andient, überlasse ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Betäubungsloses Schächten ist in Deutschland nur in engsten Grenzen erlaubt, und trotzdem verwehren die betroffenen Religionsgemeinschaften den Geschöpfen allzu häufig die Barmherzigkeit einer Elektroschockbetäubung. Unser Antrag 18/1324 soll Tierzüchter, Veterinäre, Metzger und Behörden dafür sensibilisieren, gemeinsam dem betäubungslosen Schächten entgegenzuwirken.

Den Einzelplan 08 lehnt unsere Fraktion zur Gänze ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Kollege. – Das Wort hat die Frau Abgeordnete Gisela Sengl. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Zum Abschluss möchte ich ein paar Dinge richtigstellen. Ich finde es sehr nett, dass ein Künast-Zitat bei der CSU Eingang findet. Sie erinnern sich: Renate Künast, Bundeslandwirtschaftsministerin. "Klasse statt Masse", das war ihr Slogan; es freut mich, dass ihr das annehmt. Das hat mich sehr positiv berührt.

Es geht hier nicht um gesellschaftliche Wünsche, sondern um wissenschaftlich belegte Problemfelder. Der Artenschwund ist belegt. Ich kenne keine wissenschaftliche Studie, die das Gegenteil besagt. Das zwingt uns zum Handeln und nicht irgendwelche, wie ihr es immer ausdrückt, "g'spinnerten" Verbraucher.

Was ich sehr schade finde und was mich von den FREIEN WÄHLERN wirklich enttäuscht, insbesondere vom Kollegen Pohl – ich weiß nicht, ob er noch da ist –: Sie haben quasi null vom Inhalt des Volksbegehrens verstanden. Sie stehen null dahinter, sind aber eure Koalitionspartner. Daraus lässt sich der Schluss ziehen: Wie ernst meint ihr es eigentlich damit? Ich finde das sehr schade. Ich war selber bei einer Arbeitsgruppe beim Runden Tisch. Der Runde Tisch war erfolgreich. Alle Teilnehmer haben das ernst genommen. Wenn jetzt dabei herauskommt, dass die Regierungskoalition das nicht ernst nimmt, dann ist das wirklich sehr traurig. Das werden wir ständig beanstanden; da könnt ihr euch auf etwas gefasst machen.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Die Redezeit bitte beachten!

Gisela Sengl (GRÜNE): Noch eine Sache: Buchführungsauswertungen mal anschauen! Ökologische Landwirtschaft ist auch wirtschaftlich erfolgreich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Danke schön, Frau Kollegin. – Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege, bitte schön.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, Sie haben gerade gesagt, die FREIEN WÄHLER hätten das Volksbegehren nicht verstanden. Das war ein Satz: "Rettet die Bienen!" Was hat der Inhalt des Gesetzestextes des Volksbegehrens mit der Rettung von Honigbienen zu tun? – Erklären Sie mir das bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Tut mir leid, aber auch daran sieht man, dass ihr euch wirklich überhaupt nicht mit der ganzen Thematik auseinandergesetzt habt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das finde ich echt traurig. Ihr macht euch eigentlich selbst lächerlich. Ich finde es problematisch, mit welch veralteten Methoden ihr nach wie vor durch die Lande zieht. Irgendwann werdet ihr die Rechnung dafür bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich sehe keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Damit hat die Frau Staatsministerin Kaniber das Wort. – Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich ein herzliches Dankeschön aussprechen, ausdrücklich der Präsidentin und dem Ältestenrat. Man sieht, die Landwirtschaft hat eine außerordentliche Bedeutung: Heute Morgen hat der stellvertretende Ministerpräsident zum Thema Wirtschaft gesprochen, dann der Ministerpräsident, und jetzt folgt die Landwirtschaft – eine super Steigerung! Vielen Dank dafür.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich danke von ganzem Herzen auch den Vorrednern aus allen Fraktionen, aber insbesondere natürlich dem Berichterstatter der CSU-Fraktion, Martin Bachhuber.

Es handelt sich um einen großen Aufschlag. Darüber hätten wir heute eigentlich diskutieren sollen. Aber ich stelle fest: Die Diskussionen, Ideen und Impulse weisen leider oft nur in eine Richtung; sie sind lediglich eindimensional ausgerichtet. Das gilt leider für fast alle hier, außer für die Redner der Regierungsfraktionen, wie ich feststellen muss. Alle reden über die Tiere, alle reden über die Bienen, aber alle vergessen die Bauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die einen reden gar nicht darüber; die anderen stimmen schon gar nicht zu, sondern sind immer nur für die Streichung von Agrarfördermitteln. Wir aber schauen in Bayern darauf, dass es seine Richtigkeit hat, dass wir alles zusammen unter einen Hut bringen. Dadurch wollen wir mit diesem Haushalt einen ordentlichen Aufschlag machen; denn unsere Aufgabe ist es, die Bäuerinnen und Bauern in die Zukunft zu führen, wie sie es verdient haben.

Die zentralen Themen – das steht wohl außer Frage – werden natürlich sein: Biodiversität, Umweltschutz, Tierwohl, der Klimawandel. Das wissen auch unsere Bauern. Mit Verlaub: Wer das schlechtredet, hat auch noch nicht etwas verstanden.

Liebe Kollegin Gisela Sengl, du weißt, dass ich dich sehr schätze. Aber bitte negiert doch nicht immer, was in Bayern schon alles passiert. Der Vergleich mit dem großen Flaggschiff Kulturlandschaftsprogramm zeigt mir, wie in den Bundesländern, in denen eure Führung und eure Macht im Spiel sind, Agrarumweltmaßnahmen tatsächlich durchgeführt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zur Wahrheit gehört, dass die Landwirte in Bayern schon über 40 % der Fläche mit Agrarumweltmaßnahmen bedienen. Rund 50 % der landwirtschaftlichen Betriebe – das sind nicht wenige, nämlich über 52.000 – nehmen an diesen Programmen teil. Der Anspruch von uns als Staatsregierung in Bayern war immer schon, noch besser zu

werden. Wir wollen nämlich genau bei Themen wie der Biodiversität attraktiver werden. Etwas anderes kann man uns nach den letzten Wochen, in denen der Runde Tisch tagte, nicht nachsagen. Wir haben sehr deutlich verstanden, liebe Gisela, in welche Richtung wir hier zu gehen haben.

Aber der Unterschied von uns gegenüber euch besteht darin, dass wir nicht par ordre von oben unseren Bäuerinnen und Bauern etwas aufdrücken. Anstelle von maximalem Druck müssen die Freiwilligkeit, die Kooperation auch in Zukunft möglich sein. Deswegen stattdessen wir das Kulturlandschaftsprogramm mit weiteren zehn Millionen Euro aus. Für uns ist sehr wichtig, dass die Anforderung, auch extensive Grünlandnutzung zu betreiben und flächengrüne Inseln zu schaffen, natürlich für die intensiv bewirtschafteten Wiesen, Weiden und Regionen in Bayern gilt. Wir wollen, dass wir es tatsächlich besser machen und dass wir in der Fläche aufzeigen können, was es bedeutet, Kulturlandschaftsprogramme aufzulegen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Das Thema Tierwohl betrifft hier in Bayern sehr viele Betriebe. Wenn wir über Tierwohl diskutieren, kann es aber auch nicht reichen, immer nur den guten Willen zu zeigen. Liebe Gisela Sengl, du hast dich vorhin beschwert, wir würden dafür zu wenig tun. Unsere einzelbetriebliche Förderung, die Agrarinvestitionsförderung, die wir den Betrieben zur Verfügung stellen, kann sich sehen lassen. Mit dem Bayerischen Sonderprogramm Landwirtschaft – BaySL – geben wir den kleineren Betrieben die Möglichkeit, so zu investieren, wie es ihren Anforderungen gerecht wird. Für uns sind Rechtssicherheit und Planungssicherheit nämlich ein großes Motto. Ich würde darum bitten, dass wir in Zukunft versuchen, nicht immer wieder weitere neue Forderungen zu erheben.

Wer uns beschuldigt, wir seien für den Strukturwandel verantwortlich und hätten ihn mitunter beschleunigt, dem kann ich nur eine Absage erteilen. Es verhält sich nämlich nicht so, dass wir in Bayern allein entscheiden, sondern entscheidend sind die Mehrheiten im Bundesrat, die leider oft durch Rot-Grün ganz schön gehandicapt sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr sollt doch mal Verantwortung übernehmen!)

Eines kann nicht richtig sein: dass wir in Zukunft dem Größenwachstum nachgeben. Da bin ich bei Ihnen. Die Führerschaft bei den billigsten Lebensmitteln kann auch nicht mehr der richtige Weg sein. Deswegen muss es einen Zweiklang geben. Auf der einen Seite muss es unseren Bäuerinnen und Bauern möglich sein, dass wir ihnen mit Investitionsförderungen den Rücken stärken. Aber noch viel wichtiger ist, dass wir der gesamten Gesellschaft den Spiegel vorhalten: Mehr Tierwohl, mehr Umweltschutz gibt es nun mal nicht zum Nulltarif. Wir erwarten uns auch da eine Bereitschaft, den Geldbeutel zu öffnen und unsere Bauern dahin gehend wertzuschätzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es nur folgerichtig, dass wir 30 Millionen Euro mehr in die Hand nehmen und so mit 65 Millionen es möglich machen, dass unsere Bauern in die Zukunft investieren können. Mein ausdrücklicher Wunsch ist, dass die Ställe der Zukunft in Bayern stehen und nicht irgendwo anders.

Des Weiteren müssen wir für Premiumqualität natürlich auch Werbung machen. Das tun wir. Wir haben Lebensmittel auf einem Qualitätsniveau, das fast kein anderes Land aufweisen kann. Die Themen Regionalität, Nachhaltigkeit, Gesundheit und Öko müssen in viele Komponenten eingebracht werden. Wir tun das über die Premiumstrategie. Wir geben dafür zwei Millionen Euro aus.

Des Weiteren haben Sie, liebe Frau Sengl, gesagt, wir sollen den Ökolandbau kräftig ausbauen. Ich wäre da schon ein bisschen vorsichtig. Ich meine, Sie haben nicht die Weisheit für sich alleine gepachtet.

(Hans Herold (CSU): Glaubst sie aber!)

Ich glaube, Sie können sich noch ganz genau daran erinnern, wie ich Ministerin geworden bin, und wissen, wer die weitere finanzielle Ausstattung der Öko-Modellregionen möglich gemacht hat. Das habe ich nicht gemacht, weil das Ideen der GRÜNEN waren oder weil das eine tolle Idee von Ihnen war, sondern weil ich weiß, dass da draußen in unserer gemeinsamen Heimat Menschen auf eine herausragende Art und Weise Ökoprodukte herstellen. Das war mein Anstoß.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Ministerin, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Winhart.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Machen wir später.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Später, gut.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Es war mir ganz entscheidend wichtig, dass wir das ausbauen.

Aber woher nehmen, wenn nicht stehlen? – Viele haben sich mit tollen Projekten beworben. Es war mir außerordentlich wichtig, dass wir sagen: Ja, wir tragen das in die Fläche. Denn nur so können wir den Ökolandbau am Markt entlang ausbauen, statt dass wir es per Gesetz anders machen und den Landwirten etwas aufdrücken. Ich möchte, dass unsere Landwirte überlebensfähig sind, und das geht nur mit den Landwirten und auch nur am Markt entlang.

Deswegen haben wir als Bayerische Staatsregierung es uns zum Ziel gesetzt, als positives Vorbild voran zu marschieren. Denken wir an unsere eigenen Kantinen. Sie haben vorhin gesagt, wir sollen doch Vorbild sein. Oh ja, das bayerische Landwirtschaftsministerium ist Vorbild. 25 % der Produkte in unserer Kantine sind aus ökologischem Landbau. Ich wünsche mir natürlich, dass meine Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ministerien das Angebot genauso ausbauen. Wir können natürlich nur Mut machen und anspornen. Wir wollen das auch tun: Mit "Geprüfte Qualität – Bay-

ern", mit dem Bio-Siegel, mit BioRegio Bayern 2020. Das ist der ganz entscheidende Unterschied. Sie haben sich vorhin beschwert, dass ein Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde. Ich kann nur sagen: Sie haben die Mängel von Herrn Schöffel vorgetragen bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Uns geht es nämlich auch um Regionalität. Ich weiß, dass Sie da ein bisschen eingeschränkter denken. Sie vertreten heute und hier 10 % der Landwirte, nämlich nur die Ökobauern, aber nicht die konventionell arbeitenden. Wir haben die gesamten 106.000 Betriebe im Blick und eben nicht nur Einzelsparten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer ganz wichtiger Punkt ist der Wald. Jeder, der die Dürre letztes Jahr erlebt hat, kann darüber mitreden, wie schlimm das Niederschlagsdefizit war; es zeichnet sich auch im Jahr 2019 wieder ab. Es geht um eine massive Borkenkäfer-Kalamität, die wir insgesamt noch schneller abarbeiten müssen. Wer uns aber vorhält, wir hätten das nicht erkannt, der sollte seinen Blick wieder einmal in die anderen Bundesländer richten. – Liebe Frau Fehlner, es wäre schön, wenn auch Sie mir zuhören würden; denn die nächsten Sätze gelten Ihnen.

Der Bund gibt 25 Millionen Euro für den Waldumbau aus. 25 Millionen Euro für alle Bundesländer! Bayern dagegen gibt bis 2030 im Rahmen einer Waldumbauoffensive 200 Millionen Euro aus und schafft 200 Stellen. Diese Zahl so herunterzurechnen, wie Sie es getan haben, und auf eine Zahl von 0,4 Stellen zu kommen, ist so nicht zu tragen. Das mag ein Rechenbeispiel sein, ist in dieser Form aber wahrlich nicht zu übertragen, weil wir die Mittel den Gebieten und der Region nach einzusetzen wissen. Sie dürfen sich auch darauf verlassen, dass unsere Waldbesitzer nicht alleingelassen werden.

Wir haben mit dieser Waldumbauoffensive ein Programm wie kein anderes Bundesland. Wir werden immer wieder von anderen Verbänden zum Gespräch gebeten, weil man wissen will, wie es in Bayern läuft. Eines darf man auch nicht vergessen: Forstliche Zusammenschlüsse kleinerer Waldbauern unterstützen wir mit zusätzlichen 11 Millionen Euro. Quintessenz: Der Waldpakt wird eins zu eins umgesetzt. Deshalb verbiete ich mir solche Verleumdungen und solche Sätze, wie Sie sie gerade vorgebracht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Natürlich braucht nicht nur der Forst allein, sondern auch die Landwirtschaft Unterstützung. Wir brauchen klimaresistente Sorten. Wir brauchen klimaresistente Rassen. Wir brauchen aber auch Bewässerungstechnik und wollen dabei ganz vorn in der Reihe stehen. Ich kann nur Herrn Skutella recht geben: Ja, wir brauchen noch viel mehr Instrumente. Wir müssen zum Beispiel unsere Landwirte absichern. Bayern geht hier voraus. Wir haben eine Initiative gestartet, und wie es aussieht, werden uns Sachsen und Baden-Württemberg dabei unterstützen. Mit dieser Initiative wollen wir eine Mehrgefahrenversicherung für unsere Landwirte erreichen. Es kann nicht sein, dass sich ein Staat immer wieder bereit erklären muss, Ad-hoc-Leistungen zu finanzieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der bereits angesprochen wurde, sind die ländlichen Räume. Diese sind mir ein ganz wesentliches Anliegen. Wir alle beobachten, dass die Metropolregionen aus allen Nähten platzen. Der Schlüssel für die Lösung dieses Problems wird der ländliche Raum sein. Wir müssen sehr viel Geld in die Hand nehmen, um gerade jungen Menschen die Perspektive zu ermöglichen, auf das Land zurückzukehren. In diesem Zusammenhang gibt es zwei Fragen: Wo sollen all diese Menschen leben? Daneben gibt es den Zielkonflikt des Flächenverbrauchs. Darüber macht sich diese Staatsregierung selbstverständlich Gedanken. Mit der Initiative "Innen statt Außen" wollen wir die Innenstädte verdichten und unsere Dörfer revitalisieren. Wir

wollen damit Wohnraum schaffen, damit unsere Jugend und unsere jüngeren Familien in die ländlichen Räume zurückkommen können.

Darüber hinaus gilt es natürlich, die Menschen zu versorgen. Wir haben deshalb eine eigene Initiative unter dem Motto "HeimatUnternehmen" gegründet. Damit soll die Grundversorgung ermöglicht werden, um die ländlichen Räume zu stärken.

Bei den heutigen Reden zum Wirtschaftsetat haben wir immer wieder Ausführungen zum Thema Wachstum gehört. Ja, ich bin dafür, dass wir mit Bedacht wachsen. Wir sollten aber nicht unbedingt immer höher, schneller und weiter wachsen. Es kann auch nicht sein, dass wir den Worten von Herrn Habeck folgen, der im Rahmen eines Artikels angekündigt hat: Wir bauen ein reiches Deutschland um. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft gestärkt wird und reich bleibt. Wir können nicht alle Themen auf die Ökologie herunterbrechen. Nötig ist ein Dreiklang. Ökonomie, Ökologie und Soziales müssen geschützt und gestärkt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genau das tun wir heute mit diesem Haushalt. Wir versuchen hier, unsere Stärken aufzuzeigen. Wir haben es heute Morgen gehört: Wir haben es sogar geschafft, eine Automobilindustrie schlechtzureden, und sind gerade dabei, die zweite starke Säule der Wirtschaft in Bayern schlecht- und kaputtzureden, nämlich die bayerische Landwirtschaft. Ich möchte es ausdrücklich noch einmal sagen: Die Landwirtschaft hat einen Umsatz von 158 Milliarden Euro. Jeder siebte Arbeitsplatz ist vor- und nachgelagert in der Landwirtschaft. Ich bitte Sie darum, sich zu besinnen. Heute wurde ein Haushalt für unsere Landwirte, für unsere Bäuerinnen und Bauern vorgelegt. In der Zukunft wird es nur dann Planungssicherheit für unsere Landwirte geben, wenn wir Politik mit weniger Ideologie und mit mehr Ernsthaftigkeit betreiben. Wir müssen die wirtschaftliche Lage der Betriebe im Auge behalten und den Menschen etwas zurückgeben, die unsere Heimat so gestaltet haben, wie sie heute aussieht.

Ich möchte mit einem Zitat eines Bundestagskollegen und ehemaligen Bundesverkehrsministers enden. Er hat einmal gesagt: "Die Landwirtschaft ist ein Geschenk des Himmels, der Rest ist harte Arbeit." Ich möchte ergänzen: Das ist die harte Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern sowie unserer Waldbesitzer. Vielen Dank an alle, die bei der Aufstellung dieses Haushalts mitgeholfen haben. Danke an unsere Bäuerinnen und Bauern in ganz Bayern. Ich hoffe, dass jeder diesem Haushalt zustimmen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das war Herr Peter Ramsauer!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Für eine Intervention darf ich Herrn Kollegen Andreas Winhart von der AfD das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich hätte eine Frage. Wenn ich richtig informiert bin, waren Sie neulich in Rohrdorf und haben dort fleißig Obstbäume gepflanzt. In der letzten Woche haben wir über die Begleitgesetze zu diesem Bienenvolksbegehren diskutiert. In der Region Rosenheim, in Rohrdorf, wo Sie waren, und in Bad Feilnbach sind viele Gemeinden sehr bäuerlich geprägt und haben Streuobstwiesen in Hülle und Fülle. Diese Streuobstwiesen werden demnächst alle zu Biotopen. Das bedeutet, sie sollen erhalten und nicht bebaut werden. Gleichzeitig musste ich im "Oberbayerischen Volksblatt" lesen, dass die CSU mit einem Steuerprivileg für Landwirte Bauflächen mobilisieren wolle. Das ist ein Widerspruch, wenn Sie mir da folgen können.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Ich kann Ihnen folgen, keine Sorge. So schlimm ist das Niveau dann doch nicht.

Andreas Winhart (AfD): Einerseits will man Streuobstwiesen, die ortsnah liegen und daher gutes Bauland abgeben, als Biotop versiegeln, andererseits will man den Landwirten Bauland steuerlich vergünstigt abnehmen. Können Sie diesen Widerspruch bitte auflösen? – Danke schön.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Vielen Dank für diese Frage. Wir haben uns in der Tat in vielen Arbeitsstunden mit den Initiatoren dieses Volksbegehrens auseinandergesetzt. Zunächst einmal möchte ich Ihnen die Sorge nehmen, dass Streuobstwiesen in keiner Form bewirtschaftet werden dürfen. Das können wir abhaken.

(Zuruf von der AfD)

– Moment, lassen Sie mich doch reden. Ganz entspannt. Bei der AfD herrscht immer so eine latente Grundaggressivität. Das ist unglaublich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hat die Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Wissen Sie, was man in der Schule mit Leuten gemacht hat, die dauernd dazwischengerufen haben? – Man hat sie irgendwann gar nicht mehr beachtet. Vielleicht ist das auch gut so. Machen Sie so weiter. – Wir werden die landwirtschaftliche Bewirtschaftung dieser Flächen ermöglichen. In dieser Frage waren sich alle Initiatoren Gott sei Dank einig. Ein Landwirt, der privilegiert bauen darf, darf das auch auf diesen Flächen tun. Sofern eine größere Fläche am Ortsrand für den Eigenbetrieb benötigt wird, kann sie bewirtschaftet werden. Sollte ein Landwirt diese Fläche nicht benötigen und sie als Bauland ausweisen lassen wollen, wird es schon schwieriger.

Wir haben alle dieses Volksbegehren ernst genommen. Uns war klar, dass wir rechtlich nicht alles so aushebeln können, wie wir das wollten. Sie wollten den Klimawandel sowieso noch nie wahrhaben und halten den Naturschutz nicht für wichtig. Uns ist er wichtig.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Staatsministerin, zu einer zweiten Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben erklärt, dass die Bayerische Staatsregierung Vorbild sein soll und sein will. Ich hätte dazu vier Fragen:

Die erste Frage: Wann werden endlich die Entfristungen bei den Förstern abgeschafft, um jungen Menschen eine Berufs- und Lebensperspektive zu geben, neue Stellen adäquat zu besetzen und damit Vorbild im öffentlichen Dienst zu sein?

Zweitens. Wann können die Krippenkinder an dem Schulobstprogramm teilnehmen? Bis jetzt sind sie davon ausgeschlossen.

Die dritte Frage: Wann werden endlich die Ehrenamtlichen in der Imkerei besser unterstützt?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Wie bitte? – Atmen Sie einmal zwischendurch, sonst komme ich nicht mit.

Ruth Müller (SPD): Ich kann Ihnen die Fragen auch geben. – Wann werden die Ehrenamtlichen in der Imkerei endlich besser unterstützt, damit sie ihren vielfältigen Aufgaben besser nachkommen können?

Die vierte Frage: Zählt eigentlich der stellvertretende Ministerpräsident noch zu den Vorbildern, wenn er der Landwirtschaftsministerin und dem Ministerpräsidenten in den Rücken fällt, indem er das Volksbegehren als "großen Mist" bezeichnet?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das waren jetzt vier Fragen in zwei Minuten. Zur Ehrenrettung der Ministerin stelle ich fest, dass sie auch nur zwei Minuten zur Beantwortung hat, was sehr schwierig ist.

(Alexander König (CSU): Frau Müller, Sie könnten auch eine Anfrage an die Staatsregierung richten oder einfach einmal dort anrufen!)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Zum Thema der befristeten Stellen im Forst kann ich Ihnen eröffnen, dass wir diese Stellen einbringen werden. Bei den Befristungen werden wir in summa kein Problem haben. Wir haben dazu einmal ein Infoblatt herausgegeben. Sie haben vorhin gesagt: Es wäre gut, wenn immer alle alles lesen würden. Das würde ich auch Ihnen empfehlen.

Zum Thema Schulobst kann ich nur sagen: Ja, ich verstehe den Hintergrund. Aber ich möchte auch sagen, dass es momentan eine heiße Debatte über das Thema Schulobst in summa gibt. Europa diskutiert, hier die Gelder zu streichen. Ich glaube, wir können schon versuchen, Eigeninitiative ein Stück weit zu unterstützen. Ich zum Beispiel bin Mutter von drei Kindern. Wir haben uns im Kindergarten immer selber organisiert. Jede Mutter hat jede Woche ein Päckchen Obst mitgebracht – und schon war es eigentlich gewuppt! Der Staat soll und kann nicht immer alles richten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das geht einfach nicht.

Zu den Imkern kann ich nur sagen: Wir haben hier eine herausragende Unterstützung. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Zahl unserer Imker auf 35.000 gestiegen ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Es kommt nicht von ungefähr, dass wir in Bayern 300.000 Bienenvölker stehen haben. Das kommt nicht von den GRÜNEN und auch nicht von der SPD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Zur Frage zu Hubert Aiwanger: Ich kann Ihnen nur sagen, dass Hubert Aiwanger das Anfang April auf einer Veranstaltung gesagt hat. Ich bin mir sicher, er würde es so jetzt nicht mehr sagen. Auf der anderen Seite – fragen Sie ihn doch bitte selbst!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie weiterhin am Rednerpult. – Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die nächste trägt der Kollege Christian Zwanziger vor. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Frau Staatsministerin, Sie haben gerade gesagt, Sie hätten versucht, möglichst viel des Volksbegehrens rechtlich auszuhebeln. Dabei hätten Sie sich – sinngemäß – bei manchen Sachen allerdings die Zähne ausgebissen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aus dem Zusammenhang!)

Wollen Sie das noch richtigstellen, wie Sie das gemeint haben?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das kann ich Ihnen sagen.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Ich fände das schon sehr bedenklich. Das lässt tief blicken.

(Beifall bei der GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das ist überhaupt nicht bedenklich, Herr Zwanziger, oder?

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist überhaupt nicht bedenklich. Finden Sie es in Ordnung, dass man Leute so stark in ihrem Eigentumsrecht beschneidet? Finden Sie es in Ordnung, dass man es den Landwirten durch einen Federstrich unmöglich macht, ordentlich zu wirtschaften? Wir haben im Übrigen alles in Absprache mit den Initiatoren so ausgelegt, dass wir gesagt haben, wir brauchen erstens eine ordentliche und praxisnahe Bewirtschaftung für unsere Landwirte. Wir wollen zweitens die Fördergelder erhalten, und wir wollen drittens einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Deswegen war das nicht in dem Sinne gemeint, nur aushebeln zu wollen. Aber an den Stellen, an denen das einfach richtig,

wichtig und notwendig war, haben wir gesagt, dass wir das Ganze ausbessern werden. Das haben wir im Sinne unserer Landwirte getan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gisela Sengl (GRÜNE): Aushebeln oder ausbessern ist ein großer Unterschied!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Es kommt noch eine vierte Zwischenbemerkung vom Kollegen Matthias Fischbach von der FDP. Bitte schön, Herr Kollege.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich hätte eine Frage zu dem Programm "Innen statt Außen", das Sie angesprochen haben. Das wurde kürzlich im Gemeinderat meiner Kommune vonseiten der Verwaltung angesprochen. Da gibt es einen Förderbonus von on top 20 % zu dem ohnehin schon vorhandenen Fördersatz der Städtebauförderung. Uns wurde das im Endeffekt so verkauft, dass man das mitnehmen kann. Das ist ganz schön. Bei der Städtebauförderung muss man den Grundsatz "Innen vor Außen" ja eh beachten. Insofern frage ich Sie: Wo bringt das gegen den Flächenfraß wirklich einen Mehrwert? Ist das nicht ein Programm, das lediglich Mitnahmeeffekte verursacht?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Oh nein, das sehe ich eben nicht so. Ich kann Ihnen viele andere Beispiele aus Bayern nennen, bei denen es tatsächlich darum ging, dass wir in den Ortsmitten brachliegende Flächen hatten, die niemand angepackt hat. Wir haben es genau durch dieses Förderprogramm geschafft, Kommunen davon zu überzeugen, eben doch etwas zu tun, weil wir Rückenwind finanzieller Art geboten haben. Wenn das in Ihrem Ort anders ist, können wir das aber gerne einmal gemeinsam beleuchten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit sind die Wortmeldungen zu Ende, und die Aussprache ist geschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/741 mit 18/748, 18/1118 mit 18/1128, 18/1154 und 18/1155, 18/1193 und 18/1194, 18/1239 mit 18/1243, 18/1267 sowie 18/1316 mit 18/1324, die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1771 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/1913. Über diesen Änderungsantrag ist zuerst abzustimmen, danach folgt die beantragte Einzelabstimmung zum weiteren Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/1321.

Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Förderung der Umstellung auf die tierschutzgesetz-konforme Ferkelkastration" auf Drucksache 18/1913 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies ist die Fraktion der AfD. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Dies sind alle weiteren Fraktionen einschließlich des fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung zum Änderungsantrag, ebenfalls der AfD-Fraktion, betreffend "Nachhaltige Erzeugung und Klimaschutz im ländlichen Raum sowie Anpassung der Wälder, der Landwirtschaft und des Weinbaus an den Klimawandel" auf Drucksache 18/1321. Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte um das Handzeichen. – Das ist erneut die gesamte Fraktion der AfD. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Dies sind alle weiteren Fraktionen einschließlich der beiden fraktionslosen Kollegen.

(Widerspruch)

– Halt, eine Enthaltung. Wer enthält sich? – Herr Swoboda.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es folgt jetzt die Abstimmung zum Einzelplan 08 selbst. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-

fragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1771 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Dies sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und Herr Markus Plenk (fraktionslos). Ich bitte darum, die Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Dies sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der AfD. Enthaltungen! – Herr Raimund Swoboda (fraktionslos) und die Fraktion der FDP. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: -

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Abstimmung.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN, der FDP und Herr Markus Plenk (fraktionslos). Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine.

Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion der AfD und Herr Raimund Swoboda (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1771 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1239 mit 18/1243 und 18/1267 ihre Erledigung gefunden haben.

Das heißt, die Beratung des Einzelplans 08 ist hiermit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unbefristete Försterstellen für den Waldumbau
(Kap. 08 03 Tit. 428 86 und Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/1118
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 18/1119
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketing, Ausstellung und Kongresse
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 18/1120
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 18/1121
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einzelbetriebliche Investitionsförderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 67)

Drs. 18/1122

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Klimaprogramm Grasland: Beweidung schützt das Klima
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1123
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Klimaprogramm Moorschutz
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1124
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020,
hier: Ökomodellregionen – kleiner Topf mit großer Wirkung
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1125
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bio stärken – Beratung und Zertifizierung für Biokantinen fördern
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1126
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Privatwaldförderung nicht vertrocknen lassen – Waldumbau voranbringen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 18/1127

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 201/2020;
hier: Umsetzung von Stellen für die „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 40 Tit. 428 02 und
Kap. 08 42 Tit. 422 01)
Drs. 18/1128
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
(Kap. 08 02 Tit. 532 11)
Drs. 18/1193
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entwicklungshilfe
(Kap. 08 03 TG 51 – 52)
Drs. 18/1194
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufwand für Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 18/1316
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 18/1317
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung des Pferdesports
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 18/1318
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Maßnahmen im Bereich nachhaltige Erzeugung und Anbau nachwachsender Rohstoffe, Klimaschutz im ländlichen Raum
(Kap. 08 03 Tit. 812 54)
Drs. 18/1319
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung
(Kap. 08 03 Tit. 887 67)
Drs. 18/1320
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nachhaltige Erzeugung und Klimaschutz im ländlichen Raum sowie Anpassung der Wälder, der Landwirtschaft und des Weinbaus an den Klimawandel
(Kap. 08 03 TG 84 – 86)
Drs. 18/1321
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen - Landesmittel
(Kap. 08 03 Tit. 892 67)
Drs. 18/1322

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen
(Kap. 08 40 Tit. 811 01)
Drs. 18/1323
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufbau einer landesweiten Einheit gegen Verstöße gegen das betäubungslose Schächten
(Kap. 08 40 neuer Tit.)
Drs. 18/1324
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketingagentur, Ausstellungen und Kongresse; Bayern muss nicht die Welt ernähren – stattdessen endlich das Tierwohl als Vermarktungsvorteil für unsere Bäuerinnen und Bauern begreifen!
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 18/741
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ökomodellregionen bedarfsgerecht ausstatten – Förderung in der landwirtschaftlichen Erzeugung
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/742
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Artenschutz, Ausbau des Ökolandbaus und Klimaschutz im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm stärken
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 18/743
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Bienenhaltung in Bayern stärken – Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 18/744
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Auf die Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten im Jahr 2019 verzichten
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
Drs. 18/745
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gesamtkonzept für den Spessart statt Millionen für ein einzelnes Prestigeobjekt – dezentrales Alternativkonzept zur Errichtung verschiedener Forschungs- und Bildungsstandorte zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Spessart
(Kap. 08 05 Tit. 686 14)
Drs. 18/746
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Planstellen für die Ämter für ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/747
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen – Zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 18/748

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 18/1154

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Hilfsmaßnahmen zur Milderung der Dürreschäden 2018 in der Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 697 02)
Drs. 18/1155

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Martin Böhm

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Ludwig Hartmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Streibl

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Martin Hagen

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Alexander König

Abg. Tobias Gotthardt

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/928, 18/929),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/778, 18/779),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/847 mit 18/851, 18/853 mit 18/855),

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 18/639),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/867 mit 18/869)

Der Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass seine Rede circa 20 Minuten dauern wird. Es kann daher auch bei der Aussprache zu diesem Einzelplan die Gesamtrededzeit der Fraktionen nach der Festlegung im Ältestenrat von einer Stunde und 31 Minuten zugrunde gelegt werden. Somit entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten sprechen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass von der FDP-Fraktion zu deren Änderungsantrag auf Drucksache 18/867 betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen" namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner erhält Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Welt ist unsicherer geworden. Überall macht sich Ängstlichkeit breit. Überall gehen Steuereinnahmen zurück. Über Rotstifte wird diskutiert. Regierungen schwächeln. Anderswo treten sie zurück. Es gibt instabile Mehrheiten. Wenn ich mir den internationalen Trend ansehe, kann ich nur eines sagen: Bayern ist dagegen stabil. Bayern ist dagegen stark. Bayern ist das positive Gegenmodell zur Verunsicherung in Europa, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern geht es gut. Bayern wächst. Bayern ist attraktiv. Bayern koppelt sich bei den Steuereinnahmen vom Bundestrend ab. Die Arbeitslosenquote liegt unter 3 %. Das ist nahezu Vollbeschäftigung – ein einmaliger Wert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei uns haben junge Menschen die besten Zukunftschancen überhaupt. Unternehmen suchen nach jungen Menschen, nach jungen Arbeitskräften und Lehrlingen. Bei uns – das wurde in den letzten Tagen schon gesagt – steigen sogar die Steuereinnahmen, während sie überall sonst zurückgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann, ohne zu übertreiben, nur eines sagen: Bayern ist eines der erfolgreichsten Länder der Welt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern wächst. Ein Land, das wächst und Zuwachs hat, braucht auch Versorgung. In den letzten Tagen wurde Kritik am Haushalt geäußert, dieser sei zu groß und aufgebläht. – Ja, meine Damen und Herren, wenn Bayern größer wird und mehr Menschen in Bayern leben, dann müssen diese Menschen auch versorgt werden. Deswegen wird auch der Haushalt größer. Man stelle sich mal Folgendes vor: Wir haben einen enormen Zuwachs an Menschen, an Kindern und Familien, und der Staat würde genau in einer solchen Zeit den Haushalt schrumpfen. Wenn ich das sagen darf: So einen Unsinn machen wir nicht! Wir bilden das ab, was die Menschen von uns erwarten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Haushalt ist wie das Blutbild einer Gesellschaft. Demnach ist Bayern "megafit", wie Frau Schulze sagen würde.

(Heiterkeit bei der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Die Kennzahlen: keine Schulden, alte Schulden tilgen, höchste Investitionsquote, stabile Personalquote! Ich glaube, ich darf das sagen: Das ist ein Premiumhaushalt, den Parlamentsmehrheit und Staatsregierung hier präsentieren. Mein herzlicher Dank für die Vorbereitung geht ganz besonders an unseren Finanzminister Albert Füracker, der dieses Kunst- und Meisterwerk auch präsentiert hat. Ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt gibt es aber Kritik: Gut, Bayern wächst, aber die Rücklagen werden weniger. – Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen heute zum ersten Mal und nach Rücksprache mit dem Finanzministerium bekannt geben: Bayern gibt nicht nur Geld aus, Bayern wirtschaftet auch gut. Der Haushaltsabschluss für 2018 steht fest. Achtung, neue Zahlen: Wir haben im letzten Jahr einen Überschuss von 4,2 Milliarden Euro erwirtschaftet, meine Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Mit 4,2 Milliarden Euro, die direkt in die Haushaltsrücklage gehen, wird zum Ende des Doppelhaushalts 2020 die Rücklage bei 6,5 Milliarden Euro stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir machen keine Schulden, wir zahlen alte Schulden zurück. Wir investieren. Aber was ganz wichtig ist: Wir haben damit auch ein sicheres Polster, um in unsicheren Zeiten immer wieder gegensteuern zu können. Wissen Sie, was damit gewährleistet und eine ganz zentrale Aufgabe des Staates ist? – Der Freistaat Bayern lebt finanziell nicht an der Kante, sondern der Freistaat Bayern behält im

Gegensatz zu unglaublich vielen Ländern und Regionen seine Unabhängigkeit, seine Selbstständigkeit. Sein Landtag kann aus eigener Kraft mit eigenen Mitteln nachsteuern. Das ist der Unterschied zu anderen Parteien, Demokratien und Ländern in Europa.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ist das jetzt Zufall, Lotterie oder Glück, Hubert würde sagen: "Dusel"?

(Allgemeine Heiterkeit)

Nein, meine Damen und Herren. Dies ist harte Arbeit. Dies ist das Ergebnis langfristiger Politik und neuer Weichenstellungen, die vorgenommen werden. Wir dürfen in Bayern eines nie werden: Wir dürfen nicht satt werden. Wir dürfen nicht müde werden. Manchmal ist es so, dass sich viel ändern muss, damit es so bleibt, wie es ist. Stillstand ist die schlechteste Form von Politik. Deswegen hat die neue Staatsregierung sehr bewusst entschieden, einen Gleichklang von Stabilität und zugleich Erneuerung herzustellen.

Wir haben – das darf ich ausdrücklich sagen – als Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN einen Start hingelegt, wie ihn sich andere Regierungen wünschen würden, zumindest einmal, was die Art der Regierungsbildung betrifft, und das nicht nur auf die Geschwindigkeit bezogen, sondern auch auf den Umgang. Ich glaube, auch wenn man sich am Anfang finden musste, war eines klar: Die Staatsregierung insgesamt, die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, arbeitet effektiv und nachhaltig. Wissen Sie, warum? – Weil hier zwei Fraktionen zusammenarbeiten, die ähnliche und gleiche bürgerliche Grundüberzeugungen haben. Wir quälen uns nicht Woche für Woche, um von völlig unterschiedlichen Positionen aus Minimalkompromisse zu erzielen, sondern wir können als einheitliches starkes Team mit gemeinsamen Grundüberzeugungen in Deutschland klare bürgerliche Politik machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das unterscheidet uns von vielen anderen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gissela Sengl (GRÜNE))

Ich sage da meiner Fraktion und dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer, den Mitgliedern des Kabinetts, aber auch ganz bewusst den Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER mit Hubert Aiwanger und Herrn Streibl an der Spitze ausdrücklich Danke schön. Ich finde, wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten in schwierigen Phasen und auch an einigen Weggabelungen, die wir zum Zeitpunkt, als wir diese Koalition geschlossen haben, noch nicht ahnen konnten, gut bewährt. Dies gibt mir Anlass zu Optimismus, gibt mir Anlass zu sagen, dass diese Koalition, die in Deutschland ja einzigartig ist und die es sonst nirgendwo gibt, nicht nur eine Koalition für das schöne Wetter, sondern auch eine für unsichere Zeiten ist. Meine Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe in den letzten Tagen gehört und gelesen, der Haushalt sei von Wahlgeschenken geprägt. – Nun, meine Damen und Herren, etwas wundere ich mich schon. Zum einen wundere ich mich, wenn ich in den Wahlprogrammen anderer lese, darüber, was da von der Opposition die letzten Tage schon gefordert wurde. Was soll dann das sein? – "Nachträgliche Geschenke", oder was meint man damit? – Ich halte "Wahlgeschenke" für den falschen Terminus technicus. Was wir, ganz im Gegensatz dazu, gemacht haben: Wir tun das, wovon wir überzeugt sind. Meine Damen und Herren, wir halten das, was wir versprochen haben. Glaubwürdigkeit ist der entscheidende moralische Maßstab der Politik. Diesen Maßstab haben wir mit diesem Doppelhaushalt klar eingehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein zentrales Beispiel dafür ist die Familie. Familie ist ja nicht irgendetwas, sondern deren Unterstützung ist zentrale Aufgabe eines Staates. Da geht es um Lebensqualität. Da geht es um Chancen für Kinder, für Frauen und für Familien. Da geht es um die

Frage, wie wir Work-Life-Balance so organisieren, dass wir eine optimale Stärkung unserer Wirtschaft mit allen Möglichkeiten dort haben, aber gleichzeitig auch mit einer guten Familienplanung.

Was unsere Familienpolitik ausmacht und was uns als Familienkoalition kennzeichnet: Wir haben keine einseitig fixierten Familienbilder. Wir haben einen breiten Ansatz. Wir bauen die Betreuung massiv aus. Wir gewähren Zuschüsse, um die Gebührenfreiheit im weitesten Sinne zu ermöglichen. Mit dem Familiengeld setzen wir bewusst ein Signal für Wahlfreiheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über 300.000 Kinder und deren Familien profitieren beispielsweise von dem Familiengeld. Wenn man alles zusammennimmt, dann erhalten die Eltern in Bayern pro Kind von der Geburt bis zur Einschulung 10.000 Euro. Das ist kein Geschenk, sondern ein guter Start ins Leben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das zu kritisieren, fällt mir schwer. Ich habe übrigens auch noch keinen Brief von Eltern bekommen, die sich beschweren, dass wir das tun, sondern in der Regel ist es ein Dankeschön. Manchmal ginge noch ein bisschen mehr, aber die Eltern bedanken sich. Vor allem diejenigen, die in den letzten Monaten zugezogen sind, erleben den besonderen Unterschied, weil sie erleben, wie Familienpolitik woanders stattfindet und wie sie bei uns in Bayern praktiziert wird.

Das sagt auch sozusagen nicht nur die Familie – die Kleinsten –, sondern das sagen auch die Älteren. Was wurde unser Landespflegegeld kritisiert! Unmöglich! Was bringt das Ganze? – Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf deutscher Ebene diskutieren wir derzeit über Grundrentenmodelle. Ich kann nur eines sagen: Die Grundrente kann eine gute Idee sein. Ein solches Modell, wie es aber jetzt diskutiert wird – eine Grundrente zu finanzieren, indem man in die Sozialkassen greift, möglicherweise steigende Beiträge bei einer abflachenden Konjunktur in Kauf nimmt und sozusagen linke

Tasche, rechte Tasche praktiziert –, wollen wir in Bayern allerdings nicht. Rentenpolitik ist viel zu sensibel, um sie unehrlich zu machen. So etwas lehnen wir ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Bayerische Pflegegeld wird derzeit für 340.000 Menschen und deren Angehörige auf den Weg gebracht. Wer da einmal die Briefe, die Rückmeldungen von Menschen – völlig unerwartet – erlebt, ist gerührt. Da sehen Menschen auch einen Teil ihrer Lebensgeschichte abgebildet. Wenn man die Durchschnittsrente in Bayern nimmt, entsprechen die 1.000 Euro Landespflegegeld de facto einer Rentenerhöhung von über 8 %.

Meine Damen und Herren, uns in der Koalition und mir hat man oft vorgeworfen: Wir sind zu wenig sozial. Wir sind zu technokratisch. Wir setzen nur auf Digitalisierung, Innovation. – Mit Familiengeld und Pflegegeld beweisen wir, dass das soziale Herz bei uns in Bayern an der richtigen Stelle ist. Ein Land braucht nicht nur digitale Strategien, sondern es braucht auch soziale Wärme, und das leistet diese Koalition wie keine andere in Deutschland. Das ist, glaube ich, der richtige Weg, und deswegen setzen wir das fort.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In all den Haushalten, die vorgestellt werden, wird eine Bilanz gemacht. Ob gestern bei der Bildung und bei der Sicherheit oder gerade eben bei der Wirtschaft – überall ist unser Land gut unterwegs. Es ist keine Frage, wir sind sehr gut. Selbstlob allein würde in einer solchen Rede aber sicherlich nichts bringen, genauso wenig wie Dauerkritik um der Kritik willen etwas bringt.

Wir stehen natürlich vor Herausforderungen. Der zentrale Begriff, der uns in allen Politikfeldern herausfordert, heißt Wachstum, und zwar in beide Richtungen. Wir wollen Wachstum; wir haben letzte Woche bei einem anderen großen Thema, bei einer gro-

ßen gesellschaftlichen Herausforderung darüber gesprochen, wo wir noch eine Menge Arbeit haben, das in allen Teilen der Gesellschaft wirklich durchzusetzen, umzusetzen – beim Volksbegehren. Aber Wachstum mit Sinn, was bedeutet das? Das heißt, Wachstum zu erhalten, aber auch Wachstum zu steuern.

Wachstum zu steuern, ist im Moment eine der großen Aufgaben, die wir haben. Das geht bei Wohnungen und Verkehr. Ich denke, dass man tatsächlich sagen kann, das Thema fehlende Wohnungen oder bezahlbarer Wohnraum und das Thema Verkehr sind mit der größte Stressfaktor, den wir in Bayern haben – nicht nur in München, gleichwohl hier im Großraum ganz besonders. Jetzt könnte man in der Analyse zurückblicken, wo die Fehler gemacht wurden. In München geht das relativ schnell, könnte man sagen: nicht beim derzeitigen Oberbürgermeister, aber davor – zu spät reagiert, zu niedrig gebaut, zu lange Verfahren; mein Gott!

Der öffentliche Nahverkehr – wenn wir diskutieren, was man tun muss –: In München hat man U-Bahn-Referate abgeschafft. Parteien wie die GRÜNEN waren zum Beispiel lange gegen die zweite Stammstrecke und haben damit auch verzögert und verhindert.

Meine Damen und Herren, ich sage das jetzt nicht, um heute die Verantwortung für die Zukunft zu diskutieren, aber für die politische Hygiene muss man schon einmal feststellen – ich bin immer wieder beeindruckt –: Man sagt, der Haushalt sei zu teuer, fordert aber in jeder Pressemitteilung mehr Geld. Man hat selber alles Mögliche getan, um zu verhindern, und greift uns an, warum nichts passiert ist. So kann man Politik nicht glaubhaft machen und auf Dauer erfolgreich sein.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau! Schizophren!)

Wir wollen in beiden Fällen natürlich einen Schulterschluss mit den Kommunen. Wir werden bald einen Wohnungsgipfel haben. Wir haben den Verkehrsgipfel mit den Kommunen schon auf den Weg gebracht, denn wir wissen auch: Die Kommunen kön-

nen die Probleme nicht allein lösen. Es ist schon eine bayernweite Aufgabe, zusammenzuarbeiten.

Beim Wohnen ganz klar – wie geht es? –: Bauen, bauen, bauen, aber intelligent. Im Doppelhaushalt sind insgesamt fast 2 Milliarden Euro vorgesehen für das, was wir selber bauen, aber auch mit einem ganz großen kommunalen Wohnraumförderprogramm. Wir wollen dabei klug, ökologisch und klimaschonend bauen und entsprechende Plätze und Möglichkeiten nutzen, ohne die Nachverdichtung zu übertreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wollen die Bayerische Bauordnung radikal entschlacken. Wir wollen eine Mietpreisbegrenzung, die funktioniert in Bayern, vor dem Sommer auf den Weg bringen, und mit der Sozialbindung, die wir für 60.000 Mieter durch die Verlängerung der Fristen erhalten, sorgen wir bei vielen Menschen für stabile Mieten.

Wir sind da auf dem Weg, aber eines sage ich Ihnen auch: Jeder, der glaubt, die Alternative zum Bauen sei die Enteignung vorhandener Wohnungen, begeht einen schweren Fehler. Meine Damen und Herren, wer enteignet, schafft keine einzige neue Wohnung, schreckt Investoren ab und wird den Menschen etwas vorgaukeln, das niemals zu erfüllen ist. Eine Enteignung ist immer der falsche Weg!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch beim Verkehr, beim ÖPNV, denke ich, stimmt die Linie. Der ÖPNV-Gipfel, moderiert von unserem Minister für Bau und Verkehr Hans Reichhart, war ein wichtiger Schritt nach vorne. Es gibt zwar noch viele Fragen, aber für uns ist klar: mehr Strecken, ein besserer Takt, mehr Fahrzeuge, günstigere Tarife. Das gibt es übrigens alles auch nicht zum Nulltarif. Natürlich könnten wir appellieren. Wir könnten Verpflichtungen aufschreiben. Der Unterschied zwischen Bayern und anderen ist aber: Wir halten nicht nur ein Stück Speck ins Schaufenster. Wir machen auch keinen Gipfel und fordern auf, sondern sprechen – wie ich es gerade auch gesagt habe – miteinander auf Augenhöhe in respektvoller Form.

Wir werden neben der zweiten Stammstrecke neue Strecken brauchen. Wir brauchen Landbusse, Ringexpressbahnen, mehr Busse – 2.000 Busse, 50 U-Bahnen schaffen wir an. Ein deutlich besserer Takt: Wir stärken jetzt alle Verkehrsverbünde – nicht nur den Münchner; das war erst der Beginn, und das war letztes Jahr eine etwas schwierige Angelegenheit, die aber auf einem guten Weg ist – entsprechend ihren Fahrgastzahlen, damit jeder in Bayern die gleichen Möglichkeiten hat.

Wir planen den Einstieg in das 365-Euro-Ticket für Schüler und Auszubildende. Davon könnten 900.000 junge Menschen in Bayern profitieren. Wir machen das Angebot an die Verbünde: Zwei Drittel der Kosten würde der Freistaat Bayern übernehmen, und wer will, kann sogar ab Herbst starten.

Ich sage eines: Das ist Investition in den ÖPNV. Das ist genau der richtige Weg. In anderen Ländern wird ein Fahrverbot als einzige Form der Regelung des öffentlichen Verkehrs genannt. Wir bieten einfach einen besseren ÖPNV an. Das ist der Unterschied, und das ist das erfolgsversprechendere Modell.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Wir steuern also Wachstum im Rahmen unserer Möglichkeiten. Wir brauchen aber schon auch noch weiteres Wachstum.

Sie werden erleben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie schnell sich Debatten in Deutschland drehen, wenn wirtschaftliche Entwicklungen plötzlich einmal anders sind. Übrigens kann man ein solches Wachstum nicht dosieren. Man kann es nicht auf einen Punkt abstellen, was dem Staat jetzt am liebsten wäre. Entweder es geht rauf, oder es geht runter.

Die Frage – und das schließt sich jetzt auch an den überzeugenden und authentischen Bericht unseres Wirtschaftsministers an – ist: Wie stellen wir uns denn in der nationalen Konjunkturdebatte auf? Denn als ein Land mit exportorientierten Unterneh-

men sind wir natürlich nicht eine abgeschottete Oase, sondern wir sind in die Prozesse eingebunden. Die Konjunktur in Deutschland kühlt sich in der Tat ab. Warum? – Es gibt externe Faktoren – der Brexit wurde angesprochen, der massive und sehr schwierige Streit USA/China, dessen Auswirkungen, wenn das weitergeht, gar nicht hoch und schwierig genug einzuschätzen sind –, aber auch die internen Diskussionen. Jetzt geht es langsam los, und der eine oder andere sagt: Ja, Automobil, wenn die Branche schwächelt, ist das schwierig für uns, gerade im ländlichen Raum bei den mittelständischen Unternehmen. Meine Damen und Herren, so etwas darf uns nicht mehr passieren. Bei unserer wichtigsten Leitindustrie gibt es sicher Veränderungsbedarf; aber wie nachhaltig und mit welcher Lust in Deutschland viele politische Parteien die letzten zwei Jahre alles getan haben, um diese Leitindustrie zu beschädigen, ist unglaublich. Das kann nicht im Ernst unsere Wachstumsphilosophie für die Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Blick zurück bringt aber nichts. Das weiß auch ich. Aber eines dürfen wir jetzt nicht tun, nachdem wir lange zu wenig gemacht haben: Es reicht nicht, weiter Däumchen zu drehen, zurückzublicken, zu ignorieren oder einfach zu glauben, dass man in einer Zeit, in der der Wettbewerb außen härter wird, mit sozialistischen Ladenhütern der Siebzigerjahre kommen kann. Ich will dafür niemanden verhaften, aber Herr Kühnert gilt als der nächste große Vorsitzende der SPD. Da ich Mitglied in einer Koalition auf Bundesebene bin, muss ich schon sagen: Wenn einer fordert, dass eine Firma wie BMW, die zu den erfolgreichsten Firmen gehört und – das muss man ehrlich sagen – die ein Markenbotschafter für Bayern in der ganzen Welt ist, verstaatlicht werden müsse, dann kann ich nur sagen: Abgesehen davon, dass die Idee wirr ist, und abgesehen davon, dass Betriebsräte, die früher die Kernklientel der SPD waren, sagen, dass diese Partei nicht mehr wählbar sei, waren die letzten großen verstaatlichten Autokonzerne die, die die Trabis hergestellt haben. Ein Denken im Trabiformat wollen wir in Bayern nicht. Das ist nicht unser Stil, und das ist nicht die Zukunft in unserem Land.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Also: Nicht enteignen, sondern entlasten, nicht nur verteilen, sondern erwirtschaften, nicht Leistung bremsen, sondern Leistung fördern, das muss das Ziel sein.

Drei Dinge sind es, die uns in den nächsten Wochen und Monaten intensiv beschäftigen werden. Das Erste ist tatsächlich das Thema Steuern. Es gibt nach wie vor die Idee in Deutschland, dass mit höheren Steuern – ich glaube, es gibt einige hier im Haus, die nicht der Koalition angehören, aber die Meinung teilen – auch höhere Einnahmen erzielt werden könnten. Es ist aber immer so gewesen – und das bleibt auch so –: Wenn man Steuern erhöht, hat man Investitionsbremsen, Zurückhaltung und Verlagerungen und am Ende weniger Steuereinnahmen. Gerade in einer Phase, in der die Konjunktur unsicher ist und in der die Wirtschaft überlegt – das wurde gerade zu Recht angesprochen –, Investitionen zurückzuhalten, sollen wir jetzt ein falsches Signal setzen, einen draufsetzen und noch mehr Steuern verlangen? Sollen wir sagen: Am besten gebt ihr gleich alles ab? Oder wollen wir mit einer anderen Steuerpolitik, der Steuerpolitik der Entlastung, ein Signal setzen, damit das ersparte Geld investiert wird? Investitionen sind die beste Voraussetzung für eine gute Konjunktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Deswegen brauchen wir den Steuerdreiklang. Wir müssen den Soli abbauen, nicht irgendwann, sondern rasch. Den Soli nicht abzubauen, wäre meiner Meinung nach verfassungswidrig. Den Soli nur für 90 % der Menschen abzubauen, wird wahrscheinlich vor Gericht nicht bestehen. Meine Verfassungsexperten sagen, dass das eine äußerst schwierige Geschichte sei. Jetzt sagt man, es gehe um die Superreichen. Der Finanzminister sagt, bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 61.000 Euro müsse man keinen Soli mehr zahlen. Ich muss ehrlich sagen: 61.000 Euro sind sicherlich ein gutes Einkommen, aber mit einem zu versteuernden Einkommen von 61.000 Euro ist man in Bayern jedenfalls kein Superreicher. Deswegen ist unser klarer Wunsch und auch unsere klare Meinung: Der Soli gehört abgebaut. Wir alle waren solidarisch; aber wenn er abgebaut wird, dann für alle in gleicher Weise und nicht nur für einige.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Und vollständig!)

Ich komme zu den Unternehmensteuern. Wir haben viele Mittelständler, wir haben aber auch Großbetriebe. Für die großen Betriebe spielt die Kombination von Unternehmensteuern und Energiepreisen eine existenzielle Rolle. Das betrifft die Standortfrage. Wir müssen deshalb auch die Unternehmensteuern international anpassen.

Was wir nicht wollen, sind Steuerexperimente mit Bayern. Eine verkorkste Grundsteuer, so wie sie auf dem Tisch liegt, führt zur Einstellung von mehr Finanzbeamten. Ich schätze Finanzbeamte sehr, auch ich habe viele eingestellt. Aber 2.000 neue Finanzbeamte einzustellen, nur um Grundstücke zu bewerten, ist nicht zielführend. Nach jetziger Planung müssten Zelte aufgestellt werden, um sie unterzubringen. Das ist bürokratisch und nicht akzeptabel. Ich sage Ihnen ehrlich: Eine Grundsteuer, die am Ende dazu führt, dass wir mehr Mitarbeiter brauchen, wir alle paar Jahre höhere Steuern haben und am Ende die Mieten steigen werden, gerade bei uns in den Ballungsräumen, ist schlichtweg falsch. Das wollen wir nicht, und das werden wir auch nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind in einem kritisch-konstruktiven Dialog und hoffen, dass wir ein Ergebnis erzielen können. Übrigens ist das Gegenargument, man wolle keinen Flickenteppich – Stichwort: Länderöffnungsklausel –, nicht zutreffend. Wir haben überall Flickenteppiche. Die Gewerbesteuer ist ein Flickenteppich. Ich käme nie auf die Idee, den Kommunen das Recht zu nehmen, ihre Hebesätze zu regeln. Auch bei der Grundsteuer gibt es diesen Flickenteppich. Um Gottes willen! Das wäre ein Eingriff in die kommunale Hoheit. Gerade die kommunale Vielfalt ist wichtig. Darum wundern wir uns, dass das zum Thema gemacht wird.

Ein Letztes noch: Es gibt das Argument, im Nordosten müsse genauso besteuert werden wie im Süden. Das sei eine Frage der nationalen Gerechtigkeit. Ich habe Ver-

ständnis dafür. Ich sage aber umgekehrt auch, dass im Süden ein bestimmtes Gefühl aufkommt. Wir haben immer mehr Menschen, bekommen aber statt einer Entlastung jeden Tag Vorschläge, ob wir nicht noch zusätzlich etwas machen könnten. Das wird auf Dauer nicht erfolgreich sein. Wir haben nun einmal andere Wohnungsmärkte, andere Preisbindungen, und wir haben andere Herausforderungen als die, vor denen Rostock oder Duisburg stehen. Es braucht nicht jeder das Gleiche, sondern jeder braucht das, was für ihn das Richtige ist. Deswegen sage ich als Ministerpräsident zum Thema Grundsteuer: Es geht uns nicht um Sturheit, sondern es geht um die Frage, was für Bayern das Richtige ist. Wir sind dem Freistaat Bayern verpflichtet, und deswegen muss sich der Süden in diesem geplanten Gesetz wiederfinden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Hubert, ich bin dir sehr dankbar für deinen starken Einsatz beim Thema Energie. Das ist tatsächlich eine Zukunftsfrage. Wir in Bayern haben uns nämlich daran gewöhnt, dass wir ausreichende und günstige Energie haben. Energie ist überhaupt kein Problem.

Aber gestatten Sie mir einen kleinen Blick zurück. Bayern war deswegen viele Jahrzehnte nicht so stark, weil es keine gute Energieversorgung hatte. Es war die große Leistung der Generation Strauß, das zu ändern. Jetzt besteht die ganz große Gefahr, dass genau die gleiche Situation eintreten könnte, wie sie in den Fünfzigerjahren war. Ich sehe die Gefahr, und alle roten Lampen müssen aufleuchten. Es gibt in Deutschland im Moment jedenfalls kein nachhaltiges, schlüssiges Konzept für eine bezahlbare Stromenergie. Wir steigen aus der Kernenergie aus, ohne einen Ersatz zu haben. Wir steigen verständlicherweise aus der Kohleenergie aus. Als Ersatz dafür werden Beträge von 100 Milliarden Euro und mehr diskutiert, aber nicht als Ersatz für die Energie, sondern als Unterstützung für die Regionen. Eines muss ich Ihnen sagen: Abgesehen davon, dass auch Bayern keinen Ersatz für den Ausstieg aus der Kernenergie bekommen hat und wir sehr solidarisch sind – bevor wir solchen Summen zustimmen können, möchten wir schon wissen, wohin national die energiepolitische Reise geht. Wir

wollen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, was die Preise angeht. Alles andere macht keinen Sinn.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für uns hat der Klimaschutz höchste Priorität. Da soll sich keiner täuschen. Bayern will hier Vorreiter sein. Wir akzeptieren das Ziel, und wir wollen im Jahr 2050 die Klimaneutralität erreichen. Es wird aber eine Menge Arbeit kosten, das zu schaffen; denn Klimaschutz ist unzweifelhaft notwendig, weil der Klimawandel da ist. Jeder, der über die Frage diskutiert, ob der Klimawandel mehr vom Menschen verursacht ist oder von anderen Faktoren abhängt, dem kann ich nur sagen: Am Ende ist das wahrscheinlich wurscht. Die Frage ist, ob wir uns auf das Experiment in der Hoffnung einlassen, dass der Klimawandel an uns vorbeizieht. Einige Wissenschaftler sehen den Klimawandel anders als die große Mehrheit. Die überwältigende Mehrheit sagt, dass es eine fundamentale Veränderung gibt. Nicht darauf zu reagieren, wäre eine Sünde an unseren Kindern und Kindeskindern. Wer in Verantwortung ist, muss sich der Situation stellen. Deswegen wollen wir etwas für den Klimaschutz erreichen. Wir werden auch eine eigene Klimaschutzstrategie vorlegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber Klimaschutz darf nicht nur ein Projekt von kosmopolitischen Eliten sein. Klimaschutz muss so organisiert sein, dass jeder mitkommt, auch die sozial Schwächeren. Klimarevolutionen bekommt man durch Innovationen. Klimasteuerreformen müssen eher motivierend statt strafend erfolgen. Übrigens haben wir in Deutschland bereits seit vielen Jahren eine CO₂-Steuer, nämlich die Ökosteuer, die Rot-Grün eingeführt hat. Das ist ein wenig vergessen worden.

Die Ökosteuer hat zu vielen Mehreinnahmen geführt, aber – soweit ich mich in Statistiken auskenne – nicht zu einer massiven Senkung von CO₂, weil am Ende immer Folgendes passiert: Eine einseitige Steuerbelastung führt beispielsweise bei Benzin und Mineralöl dazu, dass diejenigen, die es sich weniger leisten können, dadurch ein

Stück ärmer werden und das Land für die Stadt mitbezahlt, da dort auf Dauer die Möglichkeiten anders als in den Städten sind. Deswegen ist unser Ansatz: Eine einseitige CO₂-Steuerbelastung auf Kosten der kleineren und mittleren Einkommen ist der falsche Weg. Wir glauben, dass es besser ist, Anreize zu schaffen, um CO₂ zu sparen, als immer nur Steuern vorzusehen und zu strafen. Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden uns bei den Themen Klima und Klimastrategie mit dem Bund abstimmen. Wir werden dieses Thema auch bei uns im Kabinett abbilden. Da stehen wir zu unserer Verantwortung.

Es sei aber nochmals gesagt, weil mir das wirklich wichtig ist: Klimapolitik kann man singen und hüpfen. Ich muss ehrlich sagen: Ich respektiere es sehr, dass uns da die jungen Leute einen harten Auftrag mitgeben. Das finde ich mehr als in Ordnung. Sie rütteln uns wach. Aber es liegt an uns, daraus ein Konzept zu bilden. Das nur nachzuplappern, ist für einen Politiker zu wenig. Er muss etwas bieten. Heute schreibt die "Süddeutsche Zeitung" – ich glaube, Nico Fried –, beim Thema Klimaschutz seien schon so viele Wetten gemacht worden, aber ohne jede Gültigkeit. Da seien bereits immer wieder x Ziele verschoben worden. Wenn man ein Ziel nicht schaffe, neige die Politik in der Regel dazu, ein noch höheres Ziel zu setzen, allerdings so weit weg, dass es für die aktive Generation auf keinen Fall erfüllbar sei. Davor warne ich.

Ich sage ganz ehrlich: Wir müssen uns überlegen, wie wir am Ende Ambition und Machbarkeit in ein vernünftiges Konzept, ein verlässliches Konzept bringen, ohne in Jahresraten zu hüpfen, sondern indem wir das Ganze langfristig angehen. Ich möchte für Bayern eines, nämlich ein nachhaltiges Klimamanagement anstatt eine puristisch-moralische Klimaideologie. Das ist der Unterschied zu unserer Philosophie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein Wort zu dem angesprochenen Energiekonzept, woran wir arbeiten und das wir mit dem Bund zu verzahnen versuchen: Wir müssen das EEG dringend reformieren. Ich glaube schon, dass wir schlichtweg ein leistungsfähiges Netz brauchen, aber so bürgerfreundlich wie möglich. Wir brauchen Gas als Ersatz. Wissen Sie, was mir auffällt? – Die Kernkraftwerke sind oder werden stillgelegt; das ist in Ordnung. Kohlekraftwerke werden stillgelegt; das ist verständlich. Gaskraftwerke gibt es schon. Die sind noch nicht am Netz.

Deutschland entwickelt sich zum Weltfriedhof für Kraftwerke. Egal, ob sie sinnvoll sind oder nicht, eines muss uns klar sein: Als Bayerischer Landtag, der wir der bayerischen Bevölkerung verpflichtet sind – nicht jemand anderem –, müssen wir immer daran denken, wie wir eine klimaverträgliche und klimafreundliche Energiepolitik der Zukunft schaffen. Dazu ist eigentlich alles gesagt. Aber eines möchte ich noch betonen: Das ist eine fundamentale Aufgabe, bei der im Moment Verschiebungen stattfinden. Ich bin sehr dafür, dass wir im Norden Deutschlands alle Potenziale, auch den Wind, nutzen. Aber wenn es in Deutschland am Ende so aussieht, dass die gesamte Energiewertschöpfung nur im Norden ist, während die einzige Leistung des Südens das Bezahlen ist, dann wird auf Dauer das Wohlstandsgefälle sehr verschoben.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Selbst der baden-württembergische Ministerpräsident, der nun wirklich kein Mitglied der CSU ist, sieht das ähnlich. Deswegen werden wir ein gemeinsames Kabinett bilden, weil wir der festen Überzeugung sind, dass es eine gemeinsame Südkonzeption braucht, um hier in Deutschland Akzente zu setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es!)

Zur Forschung und Innovation: Ich war noch nie so überzeugt wie in diesen Zeiten, in denen wir leben, dass jetzt darüber entschieden wird, ob wir auf Dauer wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Ich weiß, dass dies alles exponentiell schnell geht. Das ist für uns

Politiker und für unsere Verwaltung eigentlich gar nicht fassbar. Wir denken immer noch linear, von Sitzung zu Sitzung, von Woche zu Woche, in Kästchen. Das ist alles in Ordnung. Das hat sich bewährt. Das ist schon 100 Jahre gut gelaufen.

Aber da finden derzeit Revolutionen statt, und wir müssen Angst haben, nicht dabei zu sein. In der Summe ist das ein bisschen wie im Fußball. Jetzt werden Sie sagen: Gut, als Nürnberger ist man da ein bisschen leidgeprüft. Aber hätte man mehr Geld gehabt und mehr Geld eingesetzt – wer weiß, wie es ausgegangen wäre? Im Champions-League-Vergleich ist es ganz genauso. Wer nur sagt, die Jugend sei gut dabei, ist vielleicht nicht ganz oben. Ist es der bayerische Anspruch, nur gut dabei zu sein? Reicht das unserer Bevölkerung? Ich habe diese Woche den Medien entnommen – ich glaube, dem ZDF –, dass China in den nächsten Jahren 134 Milliarden in die künstliche Intelligenz investiert. Deutschland setzt dagegen wuchtige drei Milliarden Euro dafür ein. Das ist ein Verhältnis von 34 : 3. Bei einem Vergleich mit dem Fußball könnte man sich denken, wie es ausgeht.

Wir sind bei der Digitalisierung besser, als wir manchmal selber reden. Natürlich müssen wir die Situation noch verbessern, sodass jeder Hof am Netz ist und auch der Mobilfunk klappt. Dabei hoffe ich, dass jeder mitmacht, also nicht nur jammert, sondern vor Ort mithilft, damit man Antennen aufstellen kann; denn ich finde es jedes Mal beeindruckend, dass dann, wenn wir hier über fehlende Antennen reden, vor Ort gegen neue Antennen demonstriert wird. Da müssen wir schon entscheiden, welche gesellschaftliche Position wir im Bayerischen Landtag haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber bei der digitalen Transformation einen Schritt weiterzugehen, das ist die Schlüsselfrage. Künstliche Intelligenz, Robotik, Supercomputing, NewSpace und Technologieführerschaft in der Mobilität, das sind die Schlüsselfragen für das Überleben in der Zukunft. In der bayerischen Geschichte gab es immer wieder solche Weichenstellungen. Franz Josef Strauß hat die Entscheidung getroffen, die Luft- und Raumfahrt zu

etablieren. Edmund Stoiber machte den Schritt in die Hightech-Offensive. Wir stehen vor der nächsten großen Stufe. Deswegen haben wir uns entschieden, dieses Konzept zu erstellen. Im Herbst werden wir entscheiden, was wir tun können. Ja, wir sind besser ausgestattet als andere. Deswegen ist entscheidend: klotzen statt kleckern.

(Zuruf von der SPD: Wann fliegen Sie auf den Mond?)

– Wissen Sie, auf dem Mond ist normalerweise nur die SPD, weil sich dort, wo es einsam ist, die SPD einfindet. Das ist Ihr Platz, Herr von Brunn, auf der Rückseite des Mondes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit – Alexander König
(CSU): Dort ist es aber kalt!)

Verzeihung, das war nur eine liebevolle Antwort.

Wir werden uns da entscheiden. Da müssen wir uns auch entscheiden. Da werden wir eher klotzen statt kleckern müssen. Die Frage wird sein: Schaffen wir es, dass die besten Köpfe auch zu uns kommen wollen? – An der Stelle gibt es letztlich nur eine Möglichkeit, nämlich die Frage: Schaffen wir es, erfolgreich zu sein? Oder schauen wir zu, wie andere Standards, Produkte und riesiges Kapital entwickeln, bei denen wir vielleicht noch nicken können oder auch nicht? Ich neige nicht zu der These, die manch einer vertritt: Wegen der Digitalisierung fallen viele Arbeitsplätze weg. Ohne Digitalisierung werden wir bei den Arbeitsplätzen der Zukunft nicht dabei sein. Ich sage Ihnen, das ist mein Amtsverständnis: Auch diese Koalition wird alles daransetzen, neben dem Erhalt und der Bewahrung von Traditionen die moderne Sichtweise und Perspektive in diesem Jahrhundert zu ermöglichen. Wer vor einigen Tagen Chinas Präsentation der neuen Seidenstraße erlebt hat, hat festgestellt: Hundert Staatschefs werden eingeladen und klatschen Beifall, in der ganzen Welt wird gekauft und eingekauft.

Bei aller Partnerschaft und Freundschaft sollten wir nicht nur das abnicken, was woanders herkommt, sondern aus Selbstachtung und in Wertschätzung unserer Demokratie müssen wir auch technologisch und wirtschaftlich stark bleiben, um international mitspielen zu können. Wir in Bayern wollen das.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur noch einige der Dinge, die unsere nächsten Jahre prägen werden. Was macht diesen Start der Staatsregierung und der sie tragenden Mehrheit im Landtag aus? Was prägt uns? – Zunächst einmal gilt es, dahin gehend mit Vorurteilen aufzuräumen, was wir nicht sind. Wir sind nicht spießig, aber auch nicht überdreht. Wir sind keine Hinterwäldler, aber auch keine gestressten Stadtneurotiker, wie der eine oder andere so ist. Wir sind vor allem weder ideologisch noch radikal. Wir sind bodenständig und weltoffen, neugierig und traditionell, Entdecker und Bewahrer zugleich.

Natürlich können wir es nicht allen recht machen. Wir versuchen aber, die Balance zu halten, Ausgleich zu suchen und damit das Gemeinwohl zu fördern. Im Endeffekt muss eine Staatsregierung immer die bayerische Seele in der Mitte treffen, und zwar die traditionelle bayerische Seele und diejenige, die dazuwächst. Das Bayern-Gen zu haben bedeutet nicht nur, hier geboren zu sein, sondern es bedeutet gleichzeitig, einen Beitrag zu leisten, dass dieses großartige Land vorankommt. Die Staatsregierung will, dass sich das Bayern-Gen in unserem Land durchsetzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir versuchen, das zu schaffen. Letzte Woche waren Prinz Charles und Camilla da. Sie waren sehr beeindruckt. Hubert Aiwanger und ich hatten dann am Abend Gelegenheit, intensiv mit ihnen über unterschiedliche Themen zu reden, die beide sehr interessant fanden. Das war sehr beeindruckend.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, wir haben uns klar geäußert. Aber es ist auch eine Frage, wie Bayern in der Welt gesehen wird. Das spielt eine Rolle. Unser Bayern wird gesehen als sympathisch, als leistungsfähig, als modern und trotzdem irgendwie auch als traditionell. – Ein Journalist fragte mich: Warum habt ihr keinen Computer geschenkt, sondern eine Lederhose? – Nun, ein Computer wäre eine tolle Idee, aber davon gibt es genügend. Lederhosen gibt es aber nur bei uns in Bayern.

Unser Weiß-Blau ist ganz entscheidend. Das sind die Farben von Optimismus und Leistungskraft. Es sind Farben, mit denen die Menschen Hoffnungen verbinden. Für unsere jungen Leute – das sage ich ausdrücklich –, für die nächste Generation also, gilt: Wenn eine Chance besteht, sein Glück zu machen in einem Land, das die Möglichkeiten dazu bietet, alles zu werden, was man will, und wenn ein Land die Chance bietet, sich zu entfalten und seine Talente zu realisieren, Neues zu erleben und gleichzeitig in einer der wundervollsten Landschaften der Welt zu leben mit einer Mentalität insgesamt, wie wir sie nur in Bayern haben, die genau zum Land passt und einen Zukunftsoptimismus zulässt, bedeutet das sehr viel. Die Bayerische Staatsregierung wird sich bis zum Zerreißen die Mühe machen, dem Anspruch dieses Landes gerecht zu werden: Bayern ist stärker als andere Länder. Deshalb muss auch eine Regierung mehr leisten und mehr Engagement zeigen.

Wir, die Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN, wollen es und mit diesem Haushalt schaffen, das nächste Kapitel der bayerischen Erfolgsgeschichte zu eröffnen. Wir strengen uns an, und wir setzen uns ein. Ich füge hinzu: Bayern ist das coolste Land, und das soll es auch bleiben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenfrage erhält der Kollege Böhm von der AfD das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Den Optimismus in Weiß-Blau mag ich zu teilen, wenn Sie unter dem Blau den kleinen roten Haken erkennen.

(Heiterkeit bei der AfD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr lustig!)

Aber Spaß beiseite. Ich will noch einmal auf den Anfang Ihrer Rede kommen. Sie sprechen von einer Zuführung von 4,2 Milliarden in die Rücklage. Da ist mir nicht ganz klar, ob in der Summe von 6,5 Milliarden Rücklage, die Sie da benennen, die geplanten Entnahmen bereits saldiert sind. Sollten sie saldiert sein und die 6,5 Milliarden stehen, dann frage ich, wie lange 6,5 Milliarden Euro ausreichen, wenn wir den bayerischen Staatshaushalt im Zug eines internationalen Abschwunges konsolidieren und stützen müssen. Welche Reste bleiben dann noch übrig, um die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen und die Konjunktur zu stabilisieren?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Genau richtig; es ist dann saldiert. Die Rücklagen wachsen dann wieder an. Es gab hier im Hohen Haus ja schon die Diskussion über die Frage, was herausgenommen wird und wie klein die Rücklagen dann sind. Sie sind mit Abstand die höchsten aller Bundesländer. Jetzt haben wir das Polster von 6,5 Milliarden. Damit sind wir gut gerüstet. Trotzdem sollte man genau überlegen, für was man das Geld ausgibt.

Was mich bei Ihrer Frage zu einer Antwort reizt, ist Folgendes: Wir in Deutschland neigen dazu, unglaublich ängstlich in die Zukunft zu schauen, vielleicht nicht Sie persönlich; das weiß ich nicht, aber insgesamt. Wir fragen: Reicht es, wenn es schlechter wird? – Verdammt noch mal! Es kann doch nicht unser Ziel sein, Prognosen des Abschwungs einfach nachzuvollziehen, sondern man muss sich überlegen, wie man in einer Krise reagieren kann. Allein mit den insgesamt 42 Milliarden für Bildung und Forschung im Haushalt setzen wir ein unglaublich wuchtiges Signal, damit sich Bayern nicht abkoppelt. Warum ist es so, dass es uns in Bayern etwas besser geht, als es im nationalen Trend der Fall ist? – Wir sind einfach attraktiver. Das heißt, wir müssen

immer Geld einsetzen, um attraktiv zu sein, und dann werden wir auch besser sein und brauchen auch weniger Mittel für andere Dinge aufzunehmen. So einfach ist die Situation.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer zweiten Intervention hat der Kollege Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder, gestatten Sie auch mir, ein bisschen Witz in die Debatte einzubringen. Ich habe den schweren Verdacht – das meine ich positiv –, dass der Aloisius nicht mehr im Hofbräuhaus bei einer Mass sitzt, sondern längst bei Ihnen in der Bayerischen Staatskanzlei. Das, was Sie uns heute sagten, war ja so etwas wie eine göttliche Eingebung. Es war Musik in meinen Ohren, als Sie sagten, wir wollten Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Wir wollten keine neuen Schulden machen, den Haushalt aber trotzdem vergrößern und den Ofen der sozialen Wärme weiterhin beheizen. Ganz toll und in meinen bürgerlichen Ohren wirklich sehr entscheidend war – ich glaube, das auch für den Bürger draußen sagen zu dürfen –, dass Sie keine neuen Steuern wollen, sondern Sie wollen die Bürger und die Wirtschaft vielmehr von Steuern entlasten. Das ist ausgezeichnet.

Sie haben uns aber nicht verraten, was Ihnen der Aloisius ins Ohr geflüstert hat. Mit welchen Geheimnissen arbeiten Sie? Wie wollen Sie es bewerkstelligen? Viele der Zuständigkeiten liegen beim Bund und nur die weniger in Bayern. Damit sind die Spielräume für die Entlastung doch relativ gering. Sie haben uns aber sicherlich noch etwas dazu zu sagen. Ich bin ganz gespannt darauf.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ja, dazu habe ich etwas zu sagen: Unser Haus ist in der Tat sehr gut bestellt. Klar kann man alles kritisieren, und die nachfolgenden

Redner werden sicherlich viele Punkte finden, wo man noch besser werden könnte. Das ist zulässig.

Umgekehrt aber ist Bayern auch ein Teil Deutschlands, und wir bestimmen die deutsche Politik mit. Hubert Aiwanger hat vorhin in seinem Bericht mehrfach darauf hingewiesen, wo wir uns einspreizen müssen und wo wir uns in der Vergangenheit auch immer erfolgreich eingespreizt haben. Das ist ebenfalls ein Erfolgsmodell von Bayern, dass wir nicht nur darauf warten, bis Berlin eine Entscheidung trifft, die dann wohlwollend zur Kenntnis genommen wird, sondern dass wir uns überlegen, im Vorfeld kooperativ zu sein.

All die Fragen der Steuerpolitik zielen in diese Richtung. Schauen Sie sich doch einmal Folgendes an – das mögen mir die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN verzeihen –: Bei der Grundsteuer haben wir den gewissen Vorteil, dass es in Bayern eine Partei gibt, die auch in Berlin Regierungspartei ist und nur bayerisch denkt. Sie ist aus Bayern heraus stark. Eine Grundsteuer wäre schon längst verabschiedet, gäbe es – die Kollegen mögen mir noch einmal verzeihen – die CSU nicht, denn dann hätten wir im Länderverbund schon längst wieder zustimmen müssen. Dieser Mix macht manchmal einen kleinen minimalen Standortvorteil Bayerns aus. Es ist also für die Bayern ganz gut, dass es die CSU gibt. Das kann man so zusammenfassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Mir liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. Die unwesentlich überschrittene Redezeit wird bei den anderen Fraktionen angerechnet.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, sage ich dem Herrn Ministerpräsidenten vielen herzlichen Dank. – Als Nächster hat der Kollege Ludwig Hartmann von den GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns GRÜNE freut es, dass wir den Rücklagen mehr zuführen können. Im letzten Jahr 2018 sind 4,2 Milliarden Euro übrig geblieben. Das ist eine gute Nachricht für unser Land.

Sie sprechen hier zu Recht von einem Rekordhaushalt. Sie haben einen Rekordhaushalt präsentiert, was die reinen nackten Zahlen angeht. Aber trotz dieses Rekordhaushalts schaffen Sie es nicht, die Weichen in Richtung für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz in diesem schönen Lande zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie präsentieren dank der gut laufenden Wirtschaft in unserem Land einen Haushalt mit Rekordeinnahmen. Trotzdem packen Sie die entscheidenden Themen, die nach einer anderen Politik schreien, nicht an. Ich rede von den Themen Klimaschutz und Gerechtigkeit in unserem reichen Land. Denn auch im reichen Bayern geht es nicht überall gerecht zu. Da haben wir große Baustellen, die wir endlich anpacken müssten. Dort wäre das Geld deutlich besser investiert. Ich möchte es an einem Bild deutlich machen: Es darf doch in einem so wohlhabenden Land keine Rolle spielen, ob die Mama Zahnärztin oder Flüchtling ist. Genauso darf es keine Rolle spielen, ob ich in München lebe oder in Baierbach, was die Chancen angeht. Da haben wir noch einiges zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sehr oft das Wort "Wachstum" in den Mund genommen. Ich habe nicht mitgezählt, aber Sie haben es sicher ein Dutzend Mal erwähnt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wachstum ist nicht alles. Was bringt uns der größte wirtschaftliche Erfolg, wenn wir auf dem Weg dorthin unsere Lebensgrundlagen weiter zerstören? – Da muss sich etwas grundlegend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem Doppelhaushalt finde ich eine ganze Reihe von Maßnahmen. Ich muss sagen: Er ist eher eine Sammlung von vielen Einzelmaßnahmen, die Sie aneinandergereiht haben. Eine klare große Linie fehlt. Wie wollen Sie Bayern fit für die Zukunft machen? Wir müssen uns doch die Frage stellen: Wie wollen wir im Jahr 2030 leben? Was sind die Aufgaben, die wir dringend anpacken müssen? Man kann auch ganz einfach sagen – das zeigt der Haushalt ganz deutlich –: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ein leerer aber auch nicht! – Robert Brannekämper (CSU): Ein leerer ist ein guter?)

– Es geht hier nicht um einen leeren Haushalt. Es geht darum, wofür wir das Geld ausgeben. Da möchte ich mit ein paar entscheidenden Themen anfangen. Sie haben lange über vieles geredet, Herr Ministerpräsident. In der Minute 26 – ich habe aufgepasst – kam erstmalig das Wort "Klimaschutz" oder "Naturschutz" bei Ihnen vor.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weil es noch andere Themen gibt!)

– Es gibt andere Themen, das ist richtig. Aber schauen wir uns die Debatten an, die wir hier in diesem Hohen Hause führen. Wir wissen, dass wir deutlich mehr für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen tun müssen. Ich finde es erstaunlich, dass Sie sich damit zufrieden geben, einen Rekordhaushalt zu präsentieren und sich dafür gegenseitig auf die Schulter zu klopfen. Das kann man machen. Unser Anspruch an gute Politik ist ein anderer. Die Messlatte ist doch, ob wir es schaffen, mit dem Haushalt die Herausforderungen der Zukunft bei Klimaschutz, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Digitalisierung wirklich zu meistern. Diese Aufgaben schreien nach großen Antworten, nicht nach Klein-Klein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch ein Thema ansprechen. Ich weiß nicht, Herr Ministerpräsident, wie Sie das alles immer hinbekommen. Ich glaube, es war vor acht Jahren, im Jahr 2011.

Da standen Sie am gleichen Platz am Rednerpult und haben davon gesprochen: Bayern muss Vorreiter bei der Energiewende werden. Wir müssen raus aus der Atomkraft und Wind und Sonne in Bayern voranbringen. – Heute stehen Sie hier und fordern ein Energiekonzept von der Bundesregierung. Dass Sie in den letzten Jahren selber gar nichts gemacht haben, das ist wirklich verdammt schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu hätte es gehört, die Windkraft voranzubringen. Es ist unstrittig, dass wir in Bayern die Windkraft voranbringen müssen, um mehr erneuerbaren Strom zu produzieren. Da kann es nicht sein, dass Bayern aus dem Ausbau der Windkraft faktisch ausgestiegen ist. Das muss korrigiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir schon beim Klimaschutz sind: Da sind wir uns einig. Die Wissenschaft ist sich auch einig. Der Klimawandel ist menschengemacht. Aber es hat auch etwas Gutes: Der Mensch kann etwas dagegen tun, wenn er es richtig anpackt. Wir haben noch zehn bis zwölf Jahre Zeit, um das Ruder endlich herumzureißen. Damit müssten wir doch mal anfangen, genau in diesem Zeitfenster, wo so viel Geld da ist wie noch nie. Ich finde es erstaunlich, wenn man sich Ihre Maßnahmen für mehr Klimaschutz anschaut. Wir als GRÜNE sagen ganz klar: Wir haben das Ziel, den CO₂-Ausstoß in Bayern bis 2030 zu halbieren. Das ist verdammt anspruchsvoll. Man braucht viele Maßnahmen, um das wirklich zu erreichen. Da schaue ich in Ihren Haushalt. Da sehe ich zum Beispiel, dass Sie 2019 weniger Geld als 2018 für energetische Gebäudesanierung ausgeben. Sie reduzieren diese Mittel um 20 %. Wir wollten den Betrag auf 90 Millionen Euro nach oben setzen.

Ein weiterer Bereich, der Wärmesektor, ist wirklich der schlafende Dinosaurier. Da können wir am meisten erreichen. Im Wärmebereich haben wir viele Länderkompetenzen. Sie hatten in den letzten Jahren das 10.000-Häuser-Programm deutlich gelobt. Sie haben das relativ schlecht gemacht. Das muss man mal deutlich sagen. Da haben

Sie dreckige Ölheizungen gegen neue dreckige Ölheizungen ausgetauscht, und das auch noch mit Steuergeld subventioniert. Das war einfach nur blöd. Da haben Sie aber dazugelernt und das korrigiert. Das Programm ist besser geworden. Was machen Sie dann, wenn das Programm besser ist? – Dann wird das Geld für das Programm gekürzt. So kommen wir beim Klimaschutz nicht weiter. Auch dort haben Sie 20 % gekürzt. Das ist ein gewaltiger Unterschied zu uns GRÜNEN. Da möchten wir mehr Geld investieren, um wirklich voranzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren Bereich. Sie haben davon gesprochen: Man muss die Kommunen alle mitnehmen. Da bin ich bei Ihnen. Energiewende und Klimaschutz sind eine schwierige Aufgabe, ein verdammt dickes Brett, das gebohrt werden muss, was man nicht so einfach hinbekommt, was aber machbar ist. Wir alle wissen, dass die Regionen in Bayern sehr unterschiedlich sind. Wir wissen, dass die Herausforderungen, etwas für den Klimaschutz zu tun, beim Kampf gegen die Erdüberhitzung zwischen Stadt und Land unterschiedlich sind. Selbst in jeder Gemeinde ist der Weg etwas anders. Genau deshalb brauchen unsere Kommunen doch Unterstützung! Genau deshalb brauchen wir doch regionale Energieagenturen in jedem Landkreis, die mit Geld ausgestattet werden. Auch da machen Sie nicht mit, weil Sie der Klimaschutz in dieser Form nicht wirklich interessiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen gibt es beim Thema "Kampf gegen die Erdüberhitzung" Ankündigungen und schöne Worte. Da liegen bei Ihnen Welten dazwischen. Ich bin froh, dass jeden Freitag Schülerinnen und Schüler in diesem Land auf die Straße gehen und mehr Klimaschutzpolitik einfordern. Es ist dringend notwendig. Von dieser Söder-Regierung ist das nicht zu erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind uns doch eigentlich einig, dass Bayern hier als starkes Land eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. Aber aktuell, um einen Fußballvergleich zu nehmen, kann man sagen: Bei der Energiewende, beim Kampf gegen die Erdüberhitzung, sitzt Bayern auf der Reservebank. Wir wollen wieder vorne mitspielen! Das ist einem starken Land angemessen. Das müssen wir auch leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Zahl dazu, um Ihr Versagen in der Haushaltspolitik beim Klimaschutz deutlich zu machen: Im Jahre 2009, vor zehn Jahren, hat die Staatsregierung mehr Geld ausgegeben, um Gebäude energetisch zu sanieren, als in diesem Haushalt. Das muss man sich mal vorstellen! Im Gesamtvolumen geben Sie 0,2 % für den Klimaschutz aus. Das ist wirklich zu wenig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte die Zeit nutzen, um neben den ökologischen Fragen unserer Zeit auch die sozialen Fragen unserer Zeit anzusprechen.

(Robert Brannekämper (CSU): Das ist völlig wirr!)

Da geht es bei uns GRÜNEN um das Thema Chancengerechtigkeit im ganzen Land. Unser Credo ist dort – das meinen wir sinngemäß so –: Egal, wo man in Bayern lebt, man braucht die gleichen Chancen. Da möchte ich mit einem Thema anfangen. Hubert Aiwanger hat vorher viel von Landesplanung gesprochen. Auch uns GRÜNEN ist bewusst: Wir können nicht entscheiden, wo einer wohnen soll.

(Thomas Kreuzer (CSU): Schade, gell?)

Das entscheidet jeder selbst. Aber wir können die Voraussetzungen schaffen, Herr Kreuzer, dass das schnelle Internet überall verfügbar ist, dass überall Kinderbetreuungsplätze mit guten Öffnungszeiten vorhanden sind und dass ein Bus- und Bahnangebot vorhanden ist, damit man nicht in einer Ortschaft festhängt, wo der Schulbus

das einzige öffentliche Verkehrsmittel ist. Da können wir doch etwas tun! Das müssen wir anpacken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist doch klar, dass jemand, der sich eine Ortschaft anschaut und dort feststellt, dass das Internet zuckelt, der Lebensmittelmarkt bereits zugemacht hat und der nächste an der Umgehungsstraße in der Nachbargemeinde ist, dass kein Bus fährt, sich denkt, Zukunft findet woanders statt. Das müssen wir ändern. Sie wissen ganz genau, wovon ich rede. Wir haben genug Gemeinden in Bayern, wo weder ein gescheitertes Internet vorhanden ist, noch ein Busangebot existiert, das wirklich vom Menschen her denkt. Wir brauchen Mobilitätskonzepte, die vom Menschen her denken, nicht vom Auto her. Wir haben in den Dörfern immer mehr ältere Menschen, die nicht mehr Auto fahren wollen oder können. Die brauchen doch ein Angebot! Unsere Antwort ist hier eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern, das heißt, an jedem Werktag wirklich ein Bus- oder Bahnangebot von fünf Uhr in der Frühe bis Mitternacht anzubieten, auf das sich die Menschen verlassen können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Im 10-Minuten-Takt!)

– Im Stundentakt, Herr Kollege Kreuzer!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, hat man auch gemerkt: Drei Stationen S-Bahn-Fahren, macht noch keinen Verkehrsexperten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh Mann, echt! So ein Schmarrn!)

Wir haben riesige Unterschiede, was wir in den Städten und was wir im ländlichen Raum tun müssen. Das ist vollkommen richtig. Sie wissen genauso gut wie ich: Es ist richtig, in den Städten den U-Bahn-Ausbau voranbringen. In den Städten müssen wir aber auch sehr stark auf Expressbusse usw. setzen, weil die heute ein Angebot liefern

können. Das wird aber nur funktionieren, wenn die Verkehrsteilnehmer eine Spur freigeben, damit die Busse gut fahren können und nicht im Stau stehen.

Ich möchte noch einen weiteren Bereich anführen.

(Zuruf von der CSU)

– Ach, da können wir ganz gute Förderprogramme machen. Schreiben wir doch einfach hinein: Die Förderung für die Expressbusse verbinden wir damit, dass bei einer zweispurigen Straße eine Spur für die Busse und die Radfahrer reserviert wird. Da kommen wir deutlich voran, Herr Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Was ist mit dem Flächenverbrauch, der Flächennutzung?)

Ich möchte noch kurz ein Thema ansprechen, auch Sie haben es kurz angerissen, das viel mit Wachstum zu tun hat. Es ist das Thema Flächenverbrauch in diesem Land. Herr Kollege Aiwanger hat vorhin gesagt, die Bevölkerung wächst so stark, also brauchen wir mehr Fläche.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das habe ich nicht gesagt!)

– Sinngemäß haben Sie davon gesprochen, dass die Bevölkerung deutlich wächst und wir deshalb Flächenverbrauch haben. Herr Kollege, ich möchte Sie daran erinnern, der Flächenverbrauch für Siedelungs- und Verkehrsflächen ist von 2000 bis 2017 um 15,4 % gestiegen. Die Einwohnerzahl ist um 6,3 % gestiegen. Das zeigt, hier ist etwas aus dem Ruder gelaufen, das wir wieder ins Lot bringen müssen. Das heißt, wir brauchen eine Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt. Das erreichen wir aber nur mit den Kommunen. Deshalb haben wir vorgeschlagen, in jedem Landkreis regionale Flächenmanager einzustellen, um die Aufgaben vor Ort mit unseren Kommunen richtig anpacken zu können. Dafür braucht man Geld. Das muss man in die Hand nehmen, damit es dann wirklich heißt: In den Ortskernen schlägt das Herz einer starken

Dorfgemeinschaft. Dort darf nicht der Leerstand das Ortsbild prägen. Das muss sich ändern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor ich zur Kinderbetreuung komme, möchte ich noch etwas zum Thema Wohnen sagen. Wohnen ist unstrittig die soziale Frage unserer Zeit. Aber mit den Maßnahmen, die Sie immer wieder ankündigen, vor allem mit Ihrem Bayerischen Baukindergeld, werden Sie das Problem nicht lösen. Das muss Ihnen bewusst sein. Nur weil im Wort "Kind" vorkommt, ist es noch lange kein Zukunftsprojekt, Herr Ministerpräsident. Wir brauchen dringend Maßnahmen, um den Mietwohnungsbau zügig voranzubringen, damit er dauerhaft günstig und bezahlbar bleibt. Weil Sie vorhin die Landeshauptstadt München etwas negativ dargestellt haben, erlauben Sie mir bitte, die Zahlen zu vergleichen. Nehmen wir den Stand 2017: Der Freistaat Bayern hat knapp 20.000 Wohnungen, die er anbietet. Die Landeshauptstadt München mit ihren Wohnungsbaugesellschaften hat über 60.000 Wohnungen. Nur um das Verhältnis einmal zu sehen. Des Weiteren: Zwischen 1990 und 2017 sind in München von der Kommune 20.000 neue Wohnungen gebaut worden. Der Freistaat Bayern hat in dieser Zeit 33.000 Wohnungen der GBW verkauft. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist wohl eine alte Rede vom letzten Jahr! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist doch längst überholt!)

– Es ging darum, dass die Stadt München nach Ihrer Meinung wenig baut. Wir müssen bauen. München baut, das wollte ich damit deutlich machen, aber das hat der Freistaat Bayern nicht getan.

Nun möchte ich zum Thema Kinderbetreuungseinrichtungen kommen. Da haben wir doch genau das Gleiche. Sie wollen von allem etwas machen, weil Ihnen die große Linie fehlt. Ihnen fehlt die große Linie in diesem Bereich.

(Unruhe bei der CSU)

Wir brauchen ein Kinderbetreuungsangebot, das sich am Leben der jungen Eltern orientiert. Das Leben der Eltern darf sich nicht am Betreuungsangebot ausrichten müssen. Das ist auch eine Frage der Chancengerechtigkeit für Frauen in unserem Land. Wer ist es denn, der einspringt, wenn das Betreuungsangebot nicht funktioniert? – Das sind doch meistens die Frauen, die dann zu Hause bleiben. Das ist nicht gerecht, das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, auch wir greifen für die Gegenfinanzierung unserer Maßnahmen in die Rücklagen. Das ist auch gerechtfertigt, wenn es darum geht, langfristig zu investieren. Gebäude auf Vordermann zu bringen, das muss man machen, das ist richtig. Was Sie aber gerade machen, ist Folgendes: Sie geben Geld aus, um Wahlschulden zu begleichen. Sie haben keine große Linie, sondern Sie begleichen Wahlschulden.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und das machen Sie auch noch so, dass Sie für jeden etwas anbieten. Für Sie ist es soziale Gerechtigkeit, dem Porsche fahrenden Familienvater das bayerische Kindergeld ebenso zu zahlen wie der Hartz-IV-Empfängerin. Das ist nicht gerecht. Da ist einfach nur das Geld in die Menge verteilt. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe das Gefühl, dass Sie das Geld gerade ausgeben, um Wahlschulden zu begleichen. Das kommt mir so ähnlich vor wie bei einem, der dreimal die Woche zum Essen geht, anstatt zu investieren, um die tropfende Wasserleitung zu Hause zu richten. Genau so machen Sie gerade Politik.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Ihr macht das so!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Der Ministerpräsident hat seine Rede mit den Worten beendet: Bayern ist ein starkes Land.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bayern ist ein cooles Land!)

Da sind wir uns einig. Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke erwächst aber Verantwortung, Verantwortung dafür, den Kampf gegen die Erdüberhitzung endlich anzupacken und für echte Chancengerechtigkeit in diesem großartigen Land zu sorgen. All diesen Bereichen werden Sie aber mit Ihrem Rekordhaushalt nicht ansatzweise gerecht. Deshalb werden wir nicht zustimmen. Wir hätten uns einen Haushalt gewünscht, der heute wirklich daran arbeitet, die Herausforderungen von morgen anzupacken, im Interesse unseres Landes.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächstem erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion, Herrn Thomas Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Bayern ist und bleibt das Land der soliden Finanzen, das Land der Rekordinvestitionen, das Land des Schuldenabbaus und der Zukunftschancen. Das zeigt erneut der Doppelhaushalt 2019/2020, den wir in diesen Tagen beraten und beschließen. Da können Sie, Herr Kollege Hartmann, noch so oft über das Ausgabenwachstum und über angebliche Wahlgeschenke lamentieren, wie Sie das im Vorfeld dieser Debatte getan haben. Bayern ist ein starkes, Bayern ist ein dynamisches und ein wachsendes Land. Für dieses Land legen wir einen ebenso starken Haushalt vor.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Tatsache ist auch: Auch 2019 hat der Freistaat Bayern für seine Haushaltspolitik wieder die Bestnote der Ratingagenturen erhalten, für eine beständige, nachhaltige, solide Finanzpolitik. Die Fachleute dieser Agenturen verstehen etwas von Haushaltspolitik, jedenfalls mehr als Sie, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Doppelhaushalt ist ein kraftvoller Auftakt für eine neue Legislaturperiode. Wir halten, was wir vor der Landtagswahl versprochen haben. Wir setzen konsequent um, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist. Wir führen eine Politik fort, die den Freistaat Bayern an die Spitze in Deutschland gebracht hat. Wir nehmen zugleich den Auftrag der Wählerinnen und Wähler ernst, der uns bei der Landtagswahl gegeben wurde. An dieser Stelle möchte ich unserem Ministerpräsidenten Markus Söder und allen Mitgliedern der Staatsregierung für ihre ausgezeichnete Arbeit sehr herzlich danken. Wir können stolz auf das sein, was in den vergangenen Monaten für Bayern geleistet wurde. Nicht umsonst gehen die Zustimmungswerte nach oben. – Vielen Dank für eure Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Danken möchte ich heute insbesondere unserem Finanzminister Albert Füracker, der mit dem Regierungsentwurf für diesen Doppelhaushalt innerhalb von wenigen Wochen einen überaus wichtigen Aufschlag gemacht hat. – Herzlichen Glückwunsch, Albert!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mein Dank gilt aber auch dem Kollegen Josef Zellmeier und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die diesen Entwurf ebenso sorgfältig wie zielorientiert in Rekordzeit beraten haben. Das war eine großartige Leistung des Haushaltsausschusses, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Doppelhaushalt steht für Solidität, Stabilität und Solidarität. Er ist Grundlage für eine erfolgreiche Weiterentwicklung Bayerns, und er ist ein Zeichen unserer Verantwortung, auch für die nachfolgenden Generationen. Gerade bei Kindern und Familien, bei Bildung und Wissenschaft setzen wir besondere Schwerpunkte. Das alles sind wohlüberlegte Weichenstellungen für die Zukunft.

Sie dagegen, Herr Hartmann, und die GRÜNEN insgesamt diffamieren diese Ausgaben fortwährend. Sie wollen den Eltern das Familiengeld wieder wegnehmen. Sie wollen die Eigenheimzulage streichen und beklagen gleichzeitig – wie heute wieder – die Wohnungsnot. Sie wollen den Pflegebedürftigen in unserem Land und deren Angehörigen das Landespflegegeld kürzen, während Sie in Sonntagsreden – wie heute wieder – von sozialer Sicherheit und Wertschätzung auch in der Pflege sprechen. Das alles ist nicht schlüssig. Das ist schäbig, nicht sozial.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wenn man Sie hört, bekommt man den Eindruck, Klimaschutz, Artenschutz und Flächenverbrauch seien die einzigen wichtigen Zukunftsthemen. Dabei nehmen auch wir uns dieser Themen an. Wir bringen zurzeit das wichtigste Artenschutzprogramm, das es in Deutschland gibt, auf den Weg. Nirgendwo, wo Ihre Partei mitregiert, gibt es Ähnliches, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir werden ein Klimaschutzprogramm, ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen und unseren Beitrag zu diesem Thema leisten. Wir werden auch Vorschläge vorlegen – insbesondere Hubert Aiwanger wird das tun –, wie wir den Flächenverbrauch möglichst begrenzen und trotzdem unsere Aufgaben erfüllen können.

Mein Eindruck ist: Die GRÜNEN sind eine Ein-Thema-Partei geworden. Es gibt nur noch Klimaschutz, Artenschutz und Flächenverbrauch. Sonst gibt es für Sie nichts mehr in der Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir morgen eine Debatte über den Zustand und die Rettung der Baudenkmäler in Deutschland führen würden, dann würden Sie als Einstieg die Aussage wählen, eine besondere Gefährdung der Baudenkmäler sei die Klimaerwärmung. Dann wären Sie wieder bei Ihrem Thema und könnten die nächste halbe Stunde darüber reden. Etwas anderes gibt es bei Ihnen nicht mehr, liebe Freunde von den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und dies aus gutem Grund; denn leider wird Ihnen auf diesem Gebiet Kompetenz zugewiesen, obwohl Sie dort, wo Sie mitregieren, diese Kompetenz noch nie bewiesen haben. Deshalb versuchen Sie, dieses Thema überdimensional zu diskutieren, und meiden alle anderen Themen. In Wirklichkeit, Herr Kollege Hartmann, traut Ihnen doch bei den Themen Wirtschaftspolitik und Wohnungsnot niemand in diesem Land etwas zu. Wenn Ihr Kollege Habeck von der Enteignung von Wohnbaugesellschaften spricht, dann ist das linke, sozialistische Politik. Damit werden Sie verbunden. Deswegen haben Sie nur ein Thema, und das ist das Thema Umwelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Wirklichkeit ist doch: Wenn wir für die anderen Themen – Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Finanzpolitik – keine guten Lösungen finden, dann werden wir auch nicht in der Lage sein, wirksamen Klimaschutz zu betreiben; denn dieser ist auch und sogar in erster Linie technikgetrieben. Um dies zu realisieren, braucht man Forschungsinvestitionen und Investitionen in die entsprechende Technik. Deshalb sind diese Themen enorm wichtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben sich im Vorfeld oft auf den ORH berufen. Es ist doch eine Binsenweisheit: Wenn die Bevölkerung stark steigt, nimmt auch das Haushaltsvolumen zu, zumal dann, wenn die Wirtschaft insgesamt gut läuft. Wir brauchen einen starken Staat, der für die Bürger da ist und ihnen Bildung, Sicherheit und Infrastruktur bietet. Sie dagegen sprechen immer nur dann von einem starken Staat, wenn es darum geht, die Menschen mit Verboten und Vorschriften zu gängeln – siehe Fahrverbote, siehe Tempolimits, siehe Verbrennungsmotor, siehe Diesel.

(Alexander König (CSU): Verbotspartei!)

Das wollen wir nicht. Wir wollen diese Dinge durch Anreize erledigen.

Wenn Sie den ORH zitieren, dann tun Sie dies bitte vollständig. Sagen Sie, dass auch vom ORH mehr Investitionen in den Staatsstraßenbau gefordert werden.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Wir haben den Staatsstraßenbau heuer auf Rekordniveau, er erreicht eine nie dagewesene Höhe. Sie fordern die Senkung dieser Mittel, Herr Kollege Hartmann – entgegen dem ORH.

Sie haben eines nicht begriffen, wenn Sie vom ÖPNV in der Fläche reden: Dieser ÖPNV findet heute überwiegend mit Bussen statt, zumindest auf dem flachen Land. Flugtaxis stehen noch nicht zur Verfügung. Wenn Sie mit Bussen einen guten ÖPNV anbieten wollen, dann brauchen Sie ein leistungsstarkes, gut ausgebautes Straßennetz. Sonst funktioniert das nicht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das haben wir doch in Bayern!)

Deshalb ist Straßenbau wichtig und darf nicht zurückgefahren werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

An dieser Stelle wird wieder deutlich: Wir halten Großstädte und Ballungsräume für enorm wichtig für die Entwicklung des Freistaates Bayern. Sie haben ihre speziellen Probleme zu lösen. Der Staat muss ihnen dabei helfen. Aber Ihre Einstellung, zum Beispiel zum Straßenbau auf dem flachen Land, zeigt: Die GRÜNEN sind eine reine Großstadtpartei.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das stimmt doch gar nicht!)

Ihre Fraktion wird von Abgeordneten aus Großstädten dominiert. Sie haben keine Ahnung von der Entwicklung auf dem flachen Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist Ausdruck finanzpolitischer Solidität. Wir bauen Schulden ab, und zwar in Höhe von 1 Milliarde Euro. Es ist der 14. und 15. Haushalt ohne Kreditaufnahme.

Um überhaupt einen Kritikpunkt zu haben, hat die Opposition über Wochen etwas vorbereitet, nämlich Kritik am Schrumpfen der Rücklagen in den nächsten Jahren. Diese Argumentation ist zusammengebrochen, bevor Sie überhaupt das Wort ergreifen konnten; damit meine ich vor allem die Kollegen von der SPD. Die Rücklagen werden in diesem Jahr höher sein als vorher. Pech gehabt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Schuldenstand in Nordrhein-Westfalen, wo Rot-Grün lange Zeit regiert hat, liegt übrigens bei 167 Milliarden Euro. Angesichts dessen kann man von soliden Finanzen natürlich nicht mehr reden.

Wir setzen auf Stabilität und kräftige Investitionen. Der Haushalt weist eine Investitionsquote von 13,7 % auf. Damit sind wir Spitzenreiter unter den westdeutschen Flächenländern. Es ist, gesehen auf die letzten Jahre, ein Rekordinvestitionshaushalt.

Aber nicht nur der Freistaat investiert; auch die Kommunen haben Investitionsspielräume. Die Investitionsquote der Kommunen liegt nicht ohne Grund seit Jahren deutlich über 20 % und somit sehr hoch. Mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten sorgen wir für solide Gemeindefinanzen. Unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke erhalten dieses Jahr 9,97 Milliarden Euro – so viel wie nie zuvor – und setzen diese Mittel sinnvoll ein.

Herr Hartmann, wenn Sie den ÖPNV in Bayern kritisieren und behaupten, es sei alles schlecht gemacht, nicht ausreichend und katastrophal, dann sage ich Ihnen: Aufgabenträger sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Herr Kollege Hartmann, Sie sagen letztlich, dass Landräte und Oberbürgermeister ihre Aufgabe nicht erfüllen. Diese Behauptung weise ich zurück.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):

(Beitrag nicht autorisiert) Dann machen wir es zur kommunalen Pflichtaufgabe!)

Der Freistaat Bayern ist hierfür nicht direkt zuständig, sondern wir unterstützen dies durch Finanzausgleichszuweisungen in erheblicher Höhe. Es sind übrigens Finanzausgleichszuweisungen, die mit den kommunalen Spitzenverbänden, das heißt mit den Kommunen, in den Ausgleichsverhandlungen vereinbart werden. Sie dagegen werfen praktisch den Verantwortlichen im ganzen Land Unfähigkeit vor. Das ist nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch übertroffen wird dieser Ausgabenschwerpunkt von unseren Investitionen in den Bereich Bildung und Wissenschaft. Mit insgesamt 41 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt fließt jeder dritte Euro in Schulen und Hochschulen. Das ist Zukunftspolitik für junge Menschen in Bayern, die sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auszahlen wird. Beste Bildung in Bayern – das ist kein Slogan, das ist Realität. Wir sorgen mit diesem Doppelhaushalt dafür, dass es so bleibt.

Gleiches gilt für unseren Spitzenplatz in der inneren Sicherheit. Wir haben 1.000 Stellen zusätzlich bei der Polizei vorgesehen. Damit erreichen wir den höchsten Personalstand aller Zeiten bei der bayerischen Polizei. Wir verbessern auch die technische Ausstattung. Das Polizeibudget für Sachmittel liegt bei fast 1 Milliarde Euro.

Die Politik der GRÜNEN bei der inneren Sicherheit dagegen heißt: Verfassungsklage gegen die Bayerische Grenzpolizei.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Weil sie verfassungswidrig ist!)

Rund 12.500 festgestellte Straftaten, Verkehrsdelikte und Fahndungstreffer in den ersten sechs Monaten seit ihrer Gründung zum 1. Juli 2018 – das ist die Zwischenbilanz der Grenzpolizei für mehr Sicherheit in Bayern.

Sie haben ja auch damals die Schleierfahndung abgelehnt und vor dem Verfassungsgericht geklagt, weil Sie sie für verfassungswidrig hielten. Heute dagegen sind Sie Anhänger der Schleierfahndung und wollen sie aufrechterhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich bei der Grenzpolizei ihren Dienst tun, hätten Dank und Anerkennung verdient, nicht aber, dass die GRÜNEN ihnen juristische Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Was ist das für ein Sicherheitskonzept? Wir wollen möglichst viele Straftaten an der Grenze feststellen und stärken deshalb die Polizeiarbeit an der Grenze. Die GRÜNEN wollen die Auflösung der Grenzpolizei, sie wollen die Verstärkung der Dienststellen im ganzen Land. Die GRÜNEN wollen also, dass die Straftäter zuerst ins Land fahren, um dann zu hoffen, dass man sie dort aufgreift. Das ist eine Unsicherheitspolitik, Frau Kollegin Schulze.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden dagegen in Zukunft alles dafür tun, dass die Menschen in Bayern möglichst sicher leben, und dabei werden wir unsere Polizeibeamten unterstützen. Mein ausdrücklicher Dank gilt daher allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren täglichen Einsatz für unsere Sicherheit. Sie arbeiten großartig und erfolgreich, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe vorhin von Solidarität gesprochen. Auch dafür setzen wir in Bayern Maßstäbe. Wir sorgen für den sozialen Ausgleich und für beste Bedingungen für Familien. Hierfür stellen wir 7,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Ich nenne als Stichworte Kinderbetreuung, Familiengeld, Krippen-, Kindertagesstätten- und Kindergartenförderung. Ich nenne als Stichwort das Landespflegegeld. Die Staatsregierung ist als Familienkoalition angetreten und stellt dies auch tatkräftig unter Beweis. Die Opposition wird uns davon nicht abhalten. Sie waren auch schon immer gegen das Landeserziehungsgeld und das Betreuungsgeld in Bayern, meine Damen und Herren, weil Sie gegen jede direkte Unterstützung der Familien sind und nur Institutionen unterstützen wollen. Wir gehen einen anderen Weg. Wir unterstützen die Institutionen, vor allem aber auch die Menschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch bezahlbarer Wohnraum ist eine soziale Frage. Deshalb fördern wir die Schaffung von neuem Wohnraum auf Rekordniveau. Wir unterstützen die Eigentumsbildung mit der Bayerischen Eigenheimzulage, dem Baukindergeld Plus und vielen anderen Förderprogrammen. Dabei ist eines klar: Der Großteil der neuen Wohnungen wird von privaten Investoren und Wohnungsbauunternehmen gebaut. Wer daher jeden Tag über neue Beschränkungen des Eigentums nachdenkt, wer ständig die Investitionsbedingungen durch immer neue Vorschriften verschlechtern will oder wer gar von Enteignungen fantasiert, der sorgt mit großer Sicherheit dafür, dass weniger Wohnungen

gebaut werden und die Mieter nicht entlastet, sondern belastet werden. Das wollen wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur mit mehr Wohnungen werden wir die Situation nachhaltig verbessern. Dabei helfen Anreize für jeden, der Wohnraum schaffen kann, während Verbote und Enteignungen bzw. Drohungen mit Enteignung der Erreichung dieses Ziels schaden. Die CSU bekennt sich ohne Wenn und Aber zur sozialen Marktwirtschaft. Ich hoffe, Frau Kohlen nutzt die heutige Plenardebatte dazu – ich gehe davon aus, dass sie sprechen wird –, das Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft klarzustellen. Zählen für Sie noch Freiheit und Eigentum, oder gilt künftig dies, was Herr Kühnert von sich gibt, den der Kollege Arnold seiner Partei noch vor Kurzem immerhin als Bundesvorsitzenden empfohlen hat? Herr Arnold ist schließlich Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und nicht irgendwer. Wir erwarten Ihre Äußerung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU in Bayern betreibt seit Jahrzehnten eine gute, soziale und nachhaltige Politik, eine Politik, die wirtschaftlichen Fortschritt und sozialen Ausgleich ermöglicht, die unser Land fit für Zukunft macht und dabei Natur und Ökologie nicht aus den Augen verliert, sondern als Schwerpunkt verfolgt. Deshalb steht Bayern wirtschaftlich an der Spitze. Deshalb lag die Arbeitslosenquote in Bayern im April mit 2,8 % auf dem niedrigsten Stand. Deshalb sind die Zukunftstechnologien in Bayern daheim. Deshalb investieren wir in saubere Luft, in Natur- und Artenschutz, und am 26. Mai hätten wir sogar den Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen, wenn SPD und GRÜNE dies nicht verhindert hätten. Schade, schade, schade, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):

(Beitrag nicht autorisiert) Ohne irgendwelche begleitenden Maßnahmen!)

Wir sind schon heute im Klimaschutz erfolgreicher, weil der CO₂-Ausstoß in Bayern wesentlich niedriger ist als im Durchschnitt des Bundesgebiets.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern wollen, dass unser Land weiterhin so erfolgreich, so sozial, so liberal, so naturnah, so wirtschaftsstark und so sicher bleibt. Wir, die CSU und die FREIEN WÄHLER, werden alles dafür tun, um den Bürgerinnen und Bürgern diesen Wunsch zu erfüllen. Wir werden keine Mühen scheuen. Wir werden uns auf den Weg machen. Wir werden die richtigen Maßnahmen beschließen, und wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Bayern nicht nur das schönste, sondern auch das erfolgreichste Bundesland in Deutschland bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Zunächst darf ich bekannt geben, dass wir in Abstimmung mit allen Fraktionen übereingekommen sind, mit der Beratung ohne Mittagspause fortzufahren. – Als Nächster erteile ich der Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Frau Katrin Ebner-Steiner, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es um Geld geht, ist einem das eigene Hemd bekanntlich am nächsten. Das belegen bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Zahlen eindeutig. Das verraten die veranschlagten Summen für die Öffentlichkeitsarbeit von Ministerpräsident und Staatskanzlei. Diese Selbstdarstellung ist für Sie das wichtigste Anliegen in diesem Einzelplan. Es ist so wichtig, dass Sie bei der Eigenwerbung im Vergleich zum Vorjahr sogar eine Verdoppelung der Haushaltsmittel verlangen. Sie knüpfen an eine Vorstellung an, die alle paternalistischen Regierungen praktizieren. Es kommt nicht auf die Meinungen oder den Willen der Bürger an, sondern die Regierung muss einfach ihre Politik noch besser erklären. Im klassischen Staatsrecht nannte man das noch ehrlicher die Selbstdarstellung des Staates.

Dabei kann ich Ihnen nur sagen, dass das Bundesverfassungsgericht dem staatlichen Selbstdarstellungsdrang engere Grenzen setzt, als es Ihnen lieb sein kann. In der Demokratie läuft die Meinungsbildung noch immer von unten nach oben und nicht vom Staat hinunter zum Volk.

(Beifall bei der AfD)

Ähnlich klar wird Ihr besonderes Staats- und Regierungsverständnis, wenn Sie für Ihre Reisetätigkeit erheblichen Mehrbedarf geltend machen. Ministerpräsident Söder will offenbar nicht nur digital im Weltall, sondern auch analog überall sichtbar sein und mitreden können. Vorbei sind die Zeiten der sachlichen Regierungsarbeit. Die kann man den Staatssekretären überlassen. Offenbar haben Sie aber Schwierigkeiten damit, den Beamten, die Ihnen Horst Seehofer hinterlassen hat, wirklich zu vertrauen. In Ihrem Haushaltsplan fordern Sie sage und schreibe 16 neue B-3-Stellen allein für die Staatskanzlei. Ich vermute, dass Sie sich die Loyalität Ihrer Beamten mit Aussicht auf persönlichen Aufstieg erkaufen wollen.

(Zuruf von der CSU: Das ist unerhört! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Von Ihnen werden dagegen die Referenten entlassen! – Tobias Reiß (CSU): Wer schreibt Ihnen einen solchen Blödsinn auf?)

Vielleicht sind aus Dank für die vorher so hoch gelobte Zusammenarbeit auch ein paar FREIE WÄHLER unter den glücklichen Aufsteigern.

Die politisch-ethische Idee Ihrer Regierung bleibt da erst einmal unklar. Wenn man Ihr Verhalten im Fall des erfolgreichen Volksbegehrens zum Artenschutz in Bayern genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man erneut und deutlich, was Ihr eigener Antrieb ist: Für Ihren Machterhalt sind Sie dazu bereit, alle Konflikte mit dem Geld des Steuerzahlers zu lösen. Sobald Sie erkennen, dass eine Bewegung Ihrer Regierung gefährlich werden kann, erklären Sie gerne Forderungen kurzerhand zur CSU-Meinung. Wenn es Kritik gibt, erhält jede Interessengruppe ein kleines Geschenk. Ihre Bundeskanzlerin macht es Ihnen doch vor.

Ich möchte hier auf die Vermessenheit hinweisen, mit der Sie dem Volk erst kürzlich die Teilhabe am Gesetzgebungsverfahren versagt haben. Das Volksbegehren zum Artenschutz wird von Ihnen scheinbar angenommen, um aber im selben Atemzug durch ein sündhaft teures Versöhnungsgesetz völlig umgeformt zu werden. Dieses Verfahren ist nach Meinung anerkannter Verfassungsjuristen schlichtweg nicht vorgesehen. Wir werden prüfen, ob dabei ein schwerwiegender Verstoß gegen die Bayerische Verfassung vorliegt, und behalten uns vor, gegebenenfalls für die Rechte der bayerischen Bürger Klage zu erheben.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Klären Sie erst einmal selbst Ihr Verhältnis zur Bayerischen Verfassung!)

Wenn Sie den Gesetzentwurf des Volksbegehrens nicht für sinnvoll und durchführbar erachten, warum haben Sie dann nicht den Mumm, den Bürgern ein eigenes Gesetz als Alternative vorzulegen? – Stattdessen regieren Sie am Runden Tisch mithilfe von ein paar ausgewählten Vertretern. Der Runde Tisch als politisches Modell hat in der deutschen Geschichte bereits hervorragende Dienste geleistet. Jetzt benutzen Sie ihn, um die direktdemokratischen Rechte in der Bayerischen Verfassung zu schleifen.

(Tobias Reiß (CSU): Sie stehen mehr auf die undemokratische Rechte!)

Lieber Herr Ministerpräsident, wir wollen keine betreute Demokratie, in der Volksinitiativen nur noch dazu da sind, Stimmungsbilder einzuholen. Sie erachten das Volk jedoch nicht für kompetent genug, eine plebiszitäre Entscheidung zu treffen.

Dank der enormen steuerlichen Belastung der bayerischen Bürger kann Bayern wieder auf einen Rekordhaushalt zurückgreifen. Darauf reagieren Sie bedauerlicherweise mit Rekordausgaben. Anstelle der selbstverordneten 3-prozentigen Ausgabensteigerung sind Sie jetzt schon bei 4,5 %. Gleichzeitig ist die Investitionsquote nur um einen Prozentpunkt gestiegen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie hätten die Einnahmensteigerung auch zur Kenntnis nehmen können!)

Ohne die Nullzins-Politik könnten Sie das alles nicht finanzieren. Nullzins bedeutet aber, dass Sparer um ihr Ersparnis betrogen werden.

(Beifall bei der AfD)

Wenn die Zinsen steigen, wird die aktuelle Verschuldung unweigerlich in die Höhe schnellen. Damit bei steigenden Zinsen nicht das ganze System kollabiert, muss jetzt seitens des öffentlichen Sektors investiert, aber nicht konsumiert werden. Die schwarze Null bis 2030, ein feierlich selbst gestecktes Ziel, rückt damit in unerreichbare Ferne. Gleichzeitig sollen die Personalkosten im Staatshaushalt weiter steigen, und zwar um fast 2 Milliarden Euro pro Jahr. Im Jahr 2018 lagen die Kosten noch bei 23 Milliarden Euro, im Jahr 2020 sind es über 25 Milliarden Euro.

(Tobias Reiß (CSU): Sollen wir keine Lehrer und Polizisten einstellen?)

Das heißen wir grundsätzlich für gut. Wir wollen, dass die Staatsbediensteten für ihre gute Arbeit entlohnt werden. Aber braucht es wirklich eine Bayerische Grenzpolizei, wenn ihr die Befugnisse fehlen und an den meisten Grenzübergängen nach Österreich weiterhin keine Kontrollen stattfinden? – Jeder, der an der Grenze wohnt, weiß, dass die Grenzpolizei nur eine Beruhigungsspielle ist, die das Volk teuer bezahlen muss.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Keine Ahnung!)

Damit niemand aufmuckt, lassen Sie über Bayern den warmen Regen staatlicher Mehrausgaben niedergehen. Es wird schon jeder zufrieden sein; denn irgendeine Subvention wird er schon abbekommen. Diese Einstellung gegenüber den Bürgern ist keine verantwortungsvolle Regierungspolitik. Erinnern Sie sich doch einmal daran, dass Sie Politik für den Bürger machen sollten. Dann haben Sie eine Richtschnur für sinnvolle Maßnahmen und Maßnahmen, die das Wohlergehen der zukünftigen Generationen in unserem Land gefährden.

Dass es Ihnen nicht so sehr um die Zukunft geht, sieht man auch an der leidenschaftslosen Behandlung des großen Themas Digitalisierung. Ministerpräsident Söder will sich mit dem Etat für Öffentlichkeitsarbeit selbst digital möglichst gut inszenieren. Wenn es aber darum geht, Verwaltungsstrukturen durch sinnvolle Digitalisierung so zu gestalten, dass die Bürger weniger Bürokratie und schnellere Dienstleistungen erhalten, darf auf der Technik schon etwas Staub angesetzt werden.

Wie lange wird diese Politik, die den wirklichen Interessen der Bürger widerspricht, noch gut gehen? – Jeder weiß doch, dass Sie zusammen mit den GRÜNEN versuchen, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, die deutsche Automobilindustrie, zu brechen. Die Konjunktur hat sich bereits abgeschwächt; auch durch Ihre falsche Industriepolitik. Bald wird es nicht mehr zu verleugnen sein. Niemand hat für den Abschwung vorgesorgt. Niemand ist und war bereit, Verantwortung zu übernehmen und vielleicht auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

(Tobias Reiß (CSU): Cassandra Ebner-Steiner!)

Irgendwann werden dann auch die vielen Wohltaten, an die Sie die Bevölkerung gewöhnt haben, nicht mehr finanzierbar sein. Spätestens dann werden die Menschen aufwachen. Den Scherbenhaufen werden aber nicht Sie, Herr Ministerpräsident Söder, sondern unsere fleißigen Bayern aufkehren müssen.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Dazu gehören Sie nicht!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Als Nächstem erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER, Herrn Florian Streibl, das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Da bleibt einem wieder einmal die Spucke weg. Bei Herrn Hartmann müsste man sich fragen, in welchem Land er lebt. Bei Ihnen, Frau Ebner-Steiner, muss man fragen, in welchem Staat Sie leben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

An dieser Stelle kommt Ihr krudes Staatsbild zum Tragen, das anscheinend Ihre ganze Partei durchflutet. Sie kommen mit der Form des Freistaats und der parlamentarischen Republik, wie wir sie haben, nicht zurecht. Der Haushalt der Staatskanzlei ist keine Selbstdarstellung, sondern die Pflicht des Ministerpräsidenten, tätig zu werden. Es ist die Pflicht des Ministerpräsidenten, mit den Menschen und den Bürgern in unserem Land in den Dialog zu treten und sich ihre Sorgen und Nöte nicht nur digital, sondern auch analog anzuhören. Daraus werden Handlungen abgeleitet. Die Veranstaltung von Runden Tischen, um ins Gespräch zu kommen, ist ein legitimes Mittel. Dazu braucht man jedoch Dialog- und Kompromissbereitschaft. Das ist ein großer Wert, der die Politik ausmacht. Das sind Werte unserer Koalition, die die Zusammenarbeit sehr gut gestalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

An dieser Stelle möchte ich der Bayerischen Staatsregierung für die Arbeit, die sie für dieses Land leistet, danken. Ganz besonders danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter sowie dem Minister in der Staatskanzlei, Herrn Florian Herrmann. Ich danke ebenfalls dem Finanzminister, der das ganze Werk erarbeitet hat. Hier steckt wirklich viel Arbeit drin. Man merkt es: Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Koalitionsfraktionen und innerhalb der Regierung läuft bestens. Sie ist sehr vertrauensvoll. Das macht am Ende eine starke und gute Politik aus. Die 120 Millionen Euro für die Staatskanzlei sind im Kontext dieses Staatshaushalts beileibe nicht zu kurz gegriffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, ich danke auch speziell dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Zellmeier, und Herrn Pohl. Ich danke euch, dass ihr den Haushalt im Haus so zügig und zielgerichtet durchgebracht habt. Deshalb können wir den Haushalt jetzt beraten und verabschieden – ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatskanzlei, der Ministerpräsident und sein Stellvertreter sind diejenigen, die das Gesicht Bayerns protokollarisch nach innen und außen repräsentieren. Ich muss sagen, es sind gute Gesichter. Es sind Gesichter, die Vertrauen im Land schaffen. Wir müssen in Bayern eine selbstständige und verlässliche Politik machen, eine Politik, die die Menschen abholt. Das geschieht hier. Die Bayerische Staatskanzlei hat jedoch nicht nur protokollarische, sondern auch viele andere Aufgaben. Dazu zählt die Arbeit in den bayerischen Vertretungen in Brüssel und Berlin. Dort müssen wir auch die bayerischen Interessen vertreten, damit Bayern im Herzen Europas als ein starkes und kräftiges Land auftritt, das bayerische Belange in Berlin, aber auch in Europa durchsetzt und damit die Politik dort kräftig mitprägt und mitgestaltet. Das wird gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In der Staatskanzlei ist die Stiftung "Wertebündnis Bayern" angesiedelt. Das geht vielleicht etwas unter. Sie ist eine Schlüsselstelle für uns in Bayern. Unsere bayerischen Werte, materielle und ideelle, sollen erhalten und weitergegeben werden. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe. Wir müssen wissen: Woher kommen wir? Was trägt uns? Wie können wir dadurch die Zukunft in Bayern gestalten? – Meine Damen und Herren, Tradition und Moderne sind bei uns kein Widerspruch, sondern gehören zusammen. Wir können aus der Geschichte schöpfen und lernen, um die Zukunft zu gestalten. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, die auch in der Staatskanzlei angesiedelt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Bedeutung Bayerns wird im Bund wieder unterstrichen. Nach 16 Jahren hat der Bayerische Ministerpräsident wieder den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz inne. Mit seiner starken Stimme kann er die Interessen und Belange Bayerns durchsetzen. Die Arbeit, die die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen in der

kurzen Zeit geleistet haben, kann sich gut sehen lassen. Darauf können wir zu Recht ein Stück weit Stolz sein.

Es gab eine Kabinettsitzung, um die Aufgaben der Digitalisierung aufzunehmen und auch weiter voranzubringen; denn die Digitalisierung ist eine Sache, die unsere Gesellschaft am meisten verändert, vielleicht auch am meisten Ängste auslöst, unsere Gesellschaft aber auch am meisten voranbringen kann. Mehr als alle anderen Einflüsse kann sie innerhalb kürzester Zeit alles bei uns verändern. Deswegen ist es gut, wenn die Staatsregierung darauf einen Blick hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso gut ist es, dass es eine Kabinettsitzung zum Thema Antisemitismus gab. Nachdem sich wieder die braune Fratze des Antisemitismus in unserem Land zeigt, müssen wir dagegenhalten. Dies ist ein Seismograf dafür, wie der Zustand bei uns im Lande ist. Hier muss gegengesteuert werden; denn Freiheit, Gleichheit, aber auch Friede und Sicherheit in unserer Gesellschaft sind dann gefährdet, wenn der Antisemitismus wieder auf dem Vormarsch ist. Der Antisemitismus betrifft nicht nur eine kleine Gruppe in der Bevölkerung, sondern uns alle. Er geht uns alle an, weil er uns allen schadet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Eine große Leistung ist aber auch das gesamtgesellschaftliche Artenschutzgesetz, das Volksbegehren, das hier aufgegriffen wird. Nicht, dass man hier irgendetwas weg-wischen möchte, sondern man möchte es verbessern. Man hat die Zeichen der Zeit erkannt und möchte noch mal nachlegen, nachschärfen und verbessern und es arten-gerechter machen, damit man hier nicht auf halbem Weg stehen bleibt. Von daher sehe ich in dem Zusammenhang nicht, dass man beim Klimaschutz nur reden und nichts tun würde. Der Klimaschutz ist eine Herausforderung, aber hier müssen natür-lich auch die Ökologie und die Ökonomie in unserer Gesellschaft zusammengebracht

werden. Den Klimaschutz erreichen wir nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Technik und mehr Ökonomie und Ökologie, sonst wird das Ganze nichts.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir in Bayern haben die Kompetenzen; wir haben die intelligenten Geister, die sich neue Technologien ausdenken können; wir haben die Firmen, die es umsetzen können; wir haben auch das Geld im Land, um das voranzubringen. Dann kann Bayern der Motor in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und letztlich in der ganzen Welt für den Klimaschutz sein. Wir können Technologien entwickeln, die Exportschlager werden können. Wir brauchen diese auf der ganzen Erde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb ist es nur richtig, dass die erste Auslandsreise des Ministerpräsidenten nach Afrika ging. Unser Nachbarkontinent im Süden leidet am meisten. Wer dort Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik macht, bekämpft aktiv Fluchtursachen. Deshalb ist es ebenfalls unsere Aufgabe, für die Menschen in Afrika da zu sein und Hilfestellung zu bieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Medienpolitik ist ebenfalls in der Staatskanzlei angesiedelt. Bayern ist der Medienstandort Nummer eins in Deutschland und soll es auch bleiben. Ein guter, unabhängiger Qualitätsjournalismus ist die Grundlage jeder Demokratie. Leute, die ihn als "Lügenpresse" verhöhnen, sind diejenigen, die die Demokratie abschaffen wollen. Deswegen brauchen wir hier einen starken Medienstandort,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

um unsere Sicherheit und Freiheit in Bayern zu verteidigen. Die Sicherheit ist ein Standortvorteil Bayerns. Die Menschen kommen hierher, weil sie hier sicher leben können und keine Angst um ihre Freiheit und ihr Eigentum haben müssen. Wenn man hier von Enteignung schwadroniert, ist das kontraproduktiv. Wenn man Unsicherheit

im Lande streut und Gefahren an die Wand malt, ist das ebenso kontraproduktiv. Wir sind ein sicheres, freies, aber auch gerechtes Land. Wir sind stolz auf unser Land Bayern. So soll es bleiben. Daran wird diese Koalition mitarbeiten. Diese Koalition trägt diese Regierung. Wir machen weiter so. Darauf kann sich dieses Land verlassen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Streibl. – Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede heute einigen Leuten gedankt: dem Finanzminister und anderen Kabinettsmitgliedern. Das ist auch gut und richtig so. Aber einen Dank habe ich vermisst: den Dank nach Berlin, an die Bundesregierung, an Olaf Scholz als Finanzminister und an unsere Familienministerin Franziska Giffey.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Die müssen sich schon noch etwas anstrengen!)

Wenn man sich den konkreten Haushalt ansieht, Herr Reiß, stellt man fest: Wir haben Berlin durchaus eine ganze Menge zu verdanken. Sie versprechen den Bürgerinnen und Bürgern zum Beispiel eine Offensive in der digitalen Bildungspolitik. Das klingt gut. Wenn man aber in den Haushalt schaut, heißt das in der Praxis: Bayern verlässt sich auf den Digitalpakt des Bundes. Der Bund soll das finanzieren, während der Freistaat sein eigenes Förderprogramm gleichzeitig beendet.

(Alexander König (CSU): Wir wären blöd, wenn wir das ablehnen würden! Oder?)

Der Augsburger OB Kurt Gribl, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und Ihr Stellvertreter im Parteivorsitz, Herr Söder, hat vor wenigen Tagen dazu gesagt – ich zitiere –:

Der Digitalpakt des Bundes entfaltet [...] nicht die beabsichtigte Wirkung, wenn sich Bayern aus der Förderung zurückzieht. Einen nachhaltigen Schub für die Digitalisierung unserer Schulen gibt es nur, wenn alle kräftig zusammen finanzieren. Das digitale Klassenzimmer ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen, damit alle Kinder in allen Regionen gleiche Bildungschancen erhalten. So lautete noch im letzten Sommer der formulierte gemeinsame Grundkonsens.

Damit hat Kurt Gribl völlig recht.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Grundkonsens haben Sie mit dem jetzigen Haushalt aufgekündigt.

(Tobias Reiß (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Statt den richtigen Ansatz des Bundes zu unterstützen und selbst noch etwas beizutragen,

(Tobias Reiß (CSU): Über 200 Millionen Euro!)

indem Sie zum Beispiel den bayerischen Schulen endlich die notwendigen Systembetreuer finanzieren, stehlen Sie sich aus der Verantwortung.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hat den Haushalt nicht gelesen!)

– Oh! Wir haben den Haushalt sehr genau gelesen.

Ein anderes Beispiel: Sie versprechen den bayerischen Eltern eine Entlastung von den Kita-Gebühren, Herr Ministerpräsident. Auch das ist richtig und klingt gut. Wenn man aber in diesen Haushalt schaut, dann stellt man fest: Der Freistaat soll dafür gar

nicht bezahlen; die Finanzierung kommt aus dem Gute-KiTa-Gesetz der Bundesregierung, der SPD-Ministerin. Dann setzen Sie noch die Krone darauf: Bis das Geld aus dem Bundeshaushalt ausgezahlt wird, sollen bitte schön die bayerischen Kommunen bzw. die Träger der Kitas dieses Geld vorstrecken. Ich sage Ihnen: So geht es nicht! Auch hier gilt: Sie müssen doch die richtigen Initiativen des Bundes mit den eigenen Mitteln unterstützen, und es gibt doch so viel zu tun im Bereich der Kinderbetreuung, sei es der Ausbau der Kitas, gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher und kleinere Betreuungsschlüssel oder längere Öffnungszeiten. Das sind für uns als SPD ganz klare Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Bravo!)

Das Gleiche, Herr Ministerpräsident, gilt doch auch beim Verkehr. Sie haben im Wahlkampf – darüber haben wir viel diskutiert – ein 365-Euro-Ticket für den Nahverkehr für alle angekündigt – aber nur in den Metropolregionen. Da hätten die ländlichen Räume tatsächlich in die Röhre geschaut. Wer sollte das damals finanzieren? – Das war aus Ihrer Sicht wiederum der Bund.

Heute, auch schon auf dem ÖPNV-Gipfel, kündigen Sie ein 365-Euro-Ticket für Azubis und Studierende an. Wenn man aber den konkreten Haushalt ansieht, sieht man, dass dazu nichts drinsteht; da ist nichts für ein 365-Euro-Ticket vermerkt. Wie soll es also funktionieren?

(Harald Güller (SPD): Ankündigungspolitik!)

– Ja, man kann das auch Ankündigungspolitik nennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt könnten Sie natürlich sagen, das ist doch alles nur Etikette, wer was bezahlt ist doch egal. – Ich sage Ihnen: Es geht um mehr. Es geht darum, wie wir mit den Ängsten und Wünschen der Menschen tatsächlich umgehen. Wenn Sie in täglichen Gesprächen sind, begegnen Ihnen immer wieder Men-

schen, die sagen, die Politik soll es machen, die Politik soll ihnen helfen. Die Leute unterscheiden dabei nicht, welche Ebene oder welche Partei handeln soll.

Wir wissen alle: In unserem föderalen System und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung können wir die wirklich großen Herausforderungen nur lösen, wenn alle Ebenen tatsächlich zusammenarbeiten. Digitale Bildungspolitik, Kinderbetreuung und Verkehrswende sind sehr große Herausforderungen. Deshalb ist es in meinen Augen unpassend, Herr Ministerpräsident, wenn Sie in Debatten so breitbeinig wie heute auftreten und erklären, dass die Staatsregierung eigentlich alles selber kann, und zwar grundsätzlich immer besser als alle anderen und sowieso besser als die Bundesregierung oder andere Landesregierungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn es stimmt!)

Vor fünf Tagen geschah etwas, worüber ich mich echt geärgert habe. – Glauben Sie wirklich, dass das stimmt?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Absolut, absolut!)

– Dann studieren Sie mal Ihren Haushalt. – Vor fünf Tagen sagte der Ministerpräsident noch Richtung Berlin: "Es reicht nicht, nur den Koalitionsvertrag abzuarbeiten und immer neues Geld zu verteilen." Diese Aussage, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist angesichts des vorliegenden bayerischen Haushalts an Unehrllichkeit und Arroganz kaum zu übertreffen.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Nichts gelernt!)

Was heißt "Nichts gelernt!"? Ich möchte von Ihnen, dass Sie einfach begreifen, dass Sie das Geld, das der Bund verteilt – Sie sind an der Bundesregierung beteiligt –, hier nutzen sollen und sich mit den Initiativen profilieren. Das kann man ja machen. Aber Sie dürfen erstens nicht Ihren eigenen Haushalt schonen. Zweitens ist es doch unsere Aufgabe hier in Bayern, gute Initiativen der Regierung in Berlin, an der auch Sie beteiligt sind, mit eigener Schwerpunktsetzung zu unterstützen. Das gilt bei der Digitalisie-

rung, bei der Bildung, bei der Kinderbetreuung, bei der Verkehrswende. Das geht doch. Wenn wir so stark sind, dann können wir das, und gemeinsam ist man immer stärker. Die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen: Wir sind doch "die Politik", die immer angesprochen wird. Sie kann eben mehr, als immer andere herunterzumachen und dabei zu versuchen, sich selber größer zu machen. Gemeinsamkeit statt Breitbeinigkeit!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass es auch bei uns Unsicherheit und Zukunftsangst gibt. Das gibt es auch in Bayern, auch wenn Sie, Herr Söder, vorhin gesagt haben, das gäbe es bei uns nicht. Sozialwissenschaftler sprechen sogar von einer Gesellschaft der Angst. Das erfahren wir auch tagtäglich in den Gesprächen, die wir führen. Ich glaube, diese Erfahrung macht jeder von uns. Unsere Aufgabe ist, diese Ängste zu nehmen. Dazu muss der Sozialstaat, den Herr Kreuzer, der jetzt nicht mehr da ist, vorhin angesprochen hat, auf Augenhöhe, als Partner agieren.

Was sind also die großen Herausforderungen unserer Zeit, die sich in einem solchen Haushalt breit widerspiegeln müssen? – Das sind die Investitionen in die Zukunft. Wir haben in Bayern den Spielraum dafür; ja, den haben wir. Für uns als SPD heißt das: Investitionen in die Kinder sind Investitionen in die Zukunft. Familien brauchen im Alltag eine Kita in ihrer Nähe. Die Erzieherinnen und Erzieher brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung. Unser Ziel muss am Ende die kostenfreie frühkindliche Bildung sein. Das spiegelt sich in diesem Haushalt eben nicht wider.

Investitionen in die Zukunft bedeuten auch Klimaschutz. Der Klimaschutz darf keine leere Worthülse bleiben, weder in den Städten noch auf dem Land.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Ja, wir bekommen eine Verkehrswende nur hin, wenn wir uns mehr in Richtung öffentliche Verkehrsmittel bewegen: über mehr Bus- und Tramlinien, einen dichteren Takt

und günstigere Tarife. Und wir wollen als SPD ein starkes Signal für unsere jungen Menschen im Land setzen, die in Ausbildung sind, die studieren, und zwar in diesem konkreten Haushalt. Deswegen können wir Sie nur bitten, unseren Antrag für ein kostenfreies Bildungsticket zu unterstützen – jetzt, hier und heute, in diesen Verhandlungen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Investitionen in die Zukunft bedeuten aber auch, dass jeder dort leben kann, wo er leben möchte. Wir müssen mit der Kraft des Sozialstaates in den Bereich des bezahlbaren Wohnraums hineingehen; ja, das müssen wir. Das heißt: Die Wohnungen, deren Sozialbindungen auslaufen, kann die bayerische haushaltsführende Regierung kaufen, und sie kann die Sozialbindungen verlängern.

Zu der staatlichen Wohnbaugesellschaft, mein lieber Mann: Diese BayernHeim muss endlich echt in die Gänge kommen. Wir haben im Bauausschuss erlebt, was Intransparenz bedeutet; denn niemand kann uns wirklich sagen, was diese BayernHeim eigentlich im Moment tatsächlich macht. Angeblich kommt ein Aufklärungsbericht. Wir warten dringend darauf; denn der Bauminister geht mehr an die Presse, als dass er seinen eigenen Kolleginnen und Kollegen im Parlament im Moment etwas dazu sagt. Ich kann Ihnen nur sagen: Ran an die Buletten!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern werden auch älter. Das ist die Zukunft, aber das ist auch längst Gegenwart. Wir sind in der Verantwortung gegenüber der Generation, die uns und unser Land so stark gemacht hat. Deswegen sagen wir als SPD klipp und klar: Wir brauchen flächendeckende Pflegestützpunkte als Anlaufpunkte.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen sie als Anlaufpunkte, damit du in deinem täglichen Leben tatsächlich das bekommst, was du brauchst, damit du weißt, wo du hingehen musst, wenn Pflege ansteht oder du von Pflegebedürftigkeit selbst betroffen bist. Die Erfüllung dieses Versprechens haben wir schon so lange vor uns hergeschoben. Es wird immer wieder gegeben. Lassen Sie es uns jetzt erfüllen! Wir haben den Antrag dafür da. Pflegestützpunkte müssen flächendeckend kommen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Wie schon ausgeführt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken wollen. Das schaffen wir eben nicht alleine auf Landesebene. Dafür brauchen wir die Städte und Gemeinden, und dafür brauchen wir auch den Bund. Deswegen, lieber Herr Ministerpräsident, heißt es: Kooperation statt Konfrontation. Wir haben hier in Bayern mehr finanziellen Spielraum als anderswo; ja, das stimmt. Diesen Spielraum müssen wir nutzen, um in unsere Zukunftsfähigkeit zu investieren. Diesen Spielraum müssen wir auch erhalten; ja, auch das stimmt. Aber in unseren Augen ist es falsch, dafür im Bund Steuersenkungen für Spitzenverdiener zu fordern. Deshalb muss in unseren Augen der Solidaritätszuschlag für die obersten zehn Prozent erhalten bleiben. Sie wissen genauso gut wie ich, Herr Söder: Wir sprechen wirklich von den Einkommensmillionären.

Die Leistungsträger ordnen Sie immer bei den oberen zehn Prozent ein. Die ordnen wir bei den Erzieherinnen und Erziehern ein, bei den Pflegerinnen und Pflegern. Sie gehören garantiert nicht zu den oberen zehn Prozent der Soli-Zahler, sondern sie gehören zu den neunzig Prozent, die denjenigen zehn Prozent helfen, die den Soli im obersten Bereich zahlen. Liebe Leute, das hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun.

Deshalb lautet mein Appell an die Bayerische Staatsregierung: Die Herausforderungen mit unseren Kommunen und dem Bund gemeinsam meistern! Die finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten, statt in Berlin populistische Steuersenkungsdebatten zu führen! Hier in Bayern in unsere Zukunft investieren, in bessere Kinderbetreuung, be-

zahlbaren Wohnraum und in den Klimaschutz, durch Investitionen in das tägliche Leben! Schönen Gruß an Herrn Kreuzer, der nicht da ist; der hat das gefordert. Genau das tun wir, um den Zusammenhalt zu stärken und dafür zu sorgen, dass Sozialwissenschaftler in ein paar Jahren nicht mehr von einer Gesellschaft der Angst sprechen, sondern von einer Gesellschaft der Zuversicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Kohnen. – Als Nächstem erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Martin Hagen, das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der Einzelplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, um den es zumindest formal bei diesem Tagesordnungspunkt geht, steht sinnbildlich für diesen Gesamthaushalt. Er zeigt beispielhaft, woran die Haushaltspolitik dieser Staatsregierung krankt: Ihnen sitzt einfach der Geldbeutel zu locker. In Ihrem Einzelplan zeigt sich das am massiven Aufbau von Personal: über 130 zusätzliche Stellen, eine Steigerung der Personalausgaben um satte 15 %. Im Gesamthaushalt sind es vor allem Ihre Wahlgeschenke, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die zu Buche schlagen.

Dem zu entkommen, war im vergangenen Jahr beinahe unmöglich. Man konnte als Bürger gar nicht so reich sein, dass man nicht doch noch irgendeine Sozialleistung von dieser Regierung abbekommen hat. Ich will nicht verhehlen, dass man sich als Leistungsempfänger darüber natürlich freut. Ich selbst habe vergangenes Jahr Post von Ihnen bekommen, einen Brief des Ministerpräsidenten an meine Frau und mich mit der Mitteilung, dass Sie uns jetzt monatlich 250 Euro schenken. Das ist schön, darüber freut man sich, bis einem klar wird, dass dieses Geld nicht Ihr Geld ist, sondern dass es das Geld der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist und dass es neben diesem Familiengeld noch einen Strauß an Leistungen gibt, die Sie letztes

Jahr neu eingeführt haben: das Pflegegeld, das Baukindergeld, die Eigenheimzulage, den Hebammenbonus, die Wirtshaussubvention, zwei neue Behörden, eine Reiterstaffel, eine Wohnungsbaugesellschaft und, und, und.

Herr Ministerpräsident, finanzieren können Sie diese Ausgaben mit den laufenden Einnahmen nicht. Der Haushaltsentwurf, den dieses Parlament in den vergangenen Wochen diskutiert hat, sah die Entnahme von mehreren Milliarden Euro aus den Rücklagen vor. Sie haben heute das Hohe Haus in Ihrer Rede mit einem Überschuss aus dem Vorjahr in Höhe von 4,2 Milliarden Euro überrascht, die wiederum in diese Rücklage fließen. Das ist eine gute Nachricht für unser Land. Herr Ministerpräsident, das ist auch – Hut ab – ein gelungener Coup. Den Haushaltsberatungen, die dieses Parlament seit dem März beschäftigen, hätte es aber sicherlich gut getan, wenn Sie die Abgeordneten, die Vertreter des Volkes, frühzeitig über die tatsächliche Kassenlage ins Bild gesetzt hätten.

(Beifall bei der FDP)

Das hat auch etwas mit Respekt zu tun. Aber Schwamm drüber. Mehr Geld ist grundsätzlich eine gute Nachricht. Herr Ministerpräsident, Sie sollten aber nicht davon sprechen, dass diese Staatsregierung Überschüsse "erwirtschaftet" hätte; denn dieses Geld wurde nicht von Ihnen erwirtschaftet. Erwirtschaftet wurde dieses Geld von den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen. Jeder Cent, den die Regierung mehr einnimmt, ist ein Cent, den sie den Steuerzahlern weggenommen hat.

(Beifall bei der FDP)

Alle Bundesländer haben im Jahr 2018 Überschüsse von insgesamt 22 Milliarden Euro vorzuweisen. Selbst "Sorgenkinder" wie Bremen und das Saarland weisen Überschüsse auf. Deshalb müssen wir feststellen: Der Staat nimmt den Bürgerinnen und Bürgern ganz offensichtlich mehr Geld ab, als er ausgeben kann. Deswegen ist es Zeit für eine steuerliche Entlastung.

(Alexander König (CSU): Da haben Sie völlig recht, aber das muss auf Bundesebene gemacht werden!)

Frau Kohnen, Sie haben sich gegen diese Entlastung gestemmt, weil die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags Einkommensmillionären zugutekäme. Ich kann Ihnen nur raten: Sehen Sie sich einmal an, wer zu den zehn Prozent der oberen Einkommensbezieher gehört. Das sind nicht die Einkommensmillionäre, sondern Menschen, die bei den bayerischen Unternehmen BMW, Audi und Siemens arbeiten. Das sind ganz normale Menschen. Die obersten zehn Prozent sind nicht die Millionäre; das ist die Mitte der Gesellschaft. Diese zu entlasten, ist nur recht und billig.

(Beifall bei der FDP)

Die Regierung füllt jetzt die Rücklagen, aus denen sich dieser Doppelhaushalt bedient, wieder auf. Das ist gut. Fakt bleibt aber nichtsdestotrotz: Ihre Ausgaben werden durch die Einnahmen nicht laufend gedeckt. Sie werden vielmehr durch Überschüsse aus der Vergangenheit gedeckt. Auf solche Überschüsse sollten wir uns in Zukunft nicht verlassen. Ihre Rekordausgaben laufen nämlich weiter, wenn die Rekordeinnahmen einmal einbrechen sollten. Genau das ist das Problem.

Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben hier einen Schönwetterhaushalt aufgestellt, und das in einer Zeit, in der die dunklen Wolken am Horizont der Konjunktur schon längst sichtbar sind. Unser Wirtschaftswachstum hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 2,8 auf 1,4 % halbiert. Bayern rutscht damit von der Spitze aller Bundesländer auf Platz 9 ab. Mit dem Brexit, mit Trumps Handelskrieg und dem einbrechenden Wachstum in China haben wir eine ganze Reihe von Risiken für unsere bayerische Exportwirtschaft. Der bevorstehende Strukturwandel in der Autoindustrie wird kein Land so hart treffen wie das unsere. Herr Ministerpräsident, die Freibierparty ist vorbei. Wir dürfen nicht nur über das Verteilen reden. Wir müssen endlich mal wieder etwas erwirtschaften.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen reden aber SPD und GRÜNE über Enteignung, Kollektivierung und bedingungsloses Grundeinkommen – die völlig falschen Debatten zur völlig falschen Zeit. Bei aller Kritik an dieser Regierung ist das der Beweis dafür, dass man Ihnen unser Land auch nicht überlassen darf.

(Beifall bei der FDP)

Kevin Kühnerts Thesen über die Vergesellschaftung von Unternehmen wie BMW wurden in diesem Hause zu Recht sehr heftig kritisiert. Betrachten wir uns jedoch die Beteiligungen des Freistaats Bayern genau, stellen wir fest: Die Bayerische Seenschifffahrt und der Münchner Flughafen sind in staatlicher Hand. Das gilt auch für das Hofbräuhaus und die Brauerei Weihenstephan.

(Alexander König (CSU): Jetzt wird es sehr kleinteilig!)

Auch diverse Bäder und Casinos, die BayernLB und Dutzende weitere Unternehmen befinden sich in staatlicher Hand. Meine Damen und Herren, man könnte sagen: Ein Teil von Kevin Kühnerts Traum ist in Bayern schon längst Realität.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Entschuldigung, das ist jetzt Unsinn!)

Wir Freien Demokraten sagen: An Unternehmen, die der Staat nicht für die Erfüllung seiner notwendigen staatlichen Aufgaben braucht, sollte er auch nicht beteiligt sein. Lassen Sie uns mehr Privatwirtschaft wagen.

(Alexander König (CSU): Diese Beteiligungen sollten Sie erst einmal historisch erforschen!)

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung schraubt die konsumtiven Ausgaben permanent hoch, tut aber bei den notwendigen Zukunftsinvestitionen zu wenig, bei Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Alleine in den letzten Wochen haben mir drei bayerische Hochschulpräsidenten unabhängig voneinander ihr Leid geklagt,

dass Zusagen, die ihnen von der Staatsregierung im Wahlkampf gemacht wurden, jetzt nicht eingehalten werden. Bei Lehrstühlen und Forschungsprojekten wird jetzt zurückgerudert. Bavaria One, das großspurig angekündigte Weltraumprogramm, verglüht in der Atmosphäre der politischen Realität. Über 700 Millionen Euro waren für die kommenden Jahre angekündigt. In den nächsten zwei Jahren werden gerade einmal 30 Millionen Euro in dieses ehemalige Prestigeprojekt fließen. Sehr geehrter Herr Dr. Söder, genauso viel Geld darf Ihr Wirtschaftsminister in diesem Zeitraum an Dorfwirtschaften verteilen. Ich sage Ihnen: Diese Regierung setzt ihre Prioritäten falsch.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede die Energiepolitik angesprochen. Sie haben vollkommen recht: Bayern steuert auf eine ungewisse Zukunft zu. Im Jahr 2022 werden die letzten AKWs vom Netz gehen. Der Bau der Stromtrassen stockt. Ein Ausbau der Windenergie findet nicht mehr statt. Nagelneue Gaskraftwerke wie in Irsching werden stillgelegt. Keiner weiß, wo in Zukunft der Strom für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Industrie herkommen soll. Herr Ministerpräsident, wer trägt denn dafür die Verantwortung?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hagen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kohnen?

Martin Hagen (FDP): Am Ende gerne. – Wer trägt denn dafür die Verantwortung? Wer stellt denn seit Jahren in Bayern wie im Bund die Regierung? Welche Partei hat denn im Jahr 2011 gegen den Widerstand ihres damaligen Koalitionspartners für den schnellstmöglichen Atomausstieg plädiert? Welche Partei hat es denn seitdem versäumt, irgendwelche Alternativen sicherzustellen? – Die CSU war das. Sie sind verantwortlich, wenn hier die Lichter ausgehen. Sie sind die Blackout-Partei der bayerischen Politik.

(Alexander König (CSU): Jetzt wird es ziemlich platt!)

Dass Ihr Koalitionspartner den Bau der Stromtrassen SuedLink und SuedOstLink ablehnt, macht die Sache nicht besser. Sie haben kein Konzept. Wir werden es im Jahr 2022 erleben, dass wir bei diesem Thema riesengroße Probleme bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir kritisieren die Haushaltspolitik dieser Staatsregierung, weil sie in guten Zeiten zu viel Geld ausgegeben hat. Aber bei aller Kritik an der Haushaltspolitik dieser Staatsregierung

(Alexander König (CSU): Muss man sagen, dass sie klasse ist!)

müssen wir feststellen, dass die linke Opposition keinen Deut besser ist. Das wird Ihnen jetzt gefallen. Wir sind eine Opposition, die hin und wieder feststellt, dass Sie nicht alles ganz schlecht machen.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Die GRÜNEN wollten auf diesen Rekordhaushalt noch einmal 920 Millionen Euro draufsatteln. Die SPD – haushaltspolitisch traditionell ohnehin ein unsicherer Kantonist – sprengt mit ihren Zusatzwünschen sogar die Milliardengrenze. Sie möchte 1,1 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben.

In diesem Haus gab es nur eine Fraktion, die mit ihren Änderungsanträgen ein Einsparungspotenzial von 1,1 Milliarden Euro aufgezeigt hat. Das war die FDP, die Stimme der Vernunft, die Stimme der haushaltspolitischen Solidität.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hagen, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Hagen (FDP): Diese Stimme mag nicht immer populär sein, aber einer muss sie erheben, im Interesse der Steuerzahler, im Interesse der Zukunft und im Interesse kommender Generationen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. – Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Lieber Herr Hagen, wenn Sie uns das Land nicht überlassen wollen, möchte ich eine kurze Erklärung von Ihnen, warum Sie vor eineinhalb Jahren vor dem Regieren davongelaufen sind.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Das ist eine schwierige Frage!)

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrte Frau Kohnen, ich danke Ihnen für die Gelegenheit, hier mit ein paar Mythen aufzuräumen. Ich darf den Landesgruppenchef der größten Fraktion in diesem Hause, Herrn Alexander Dobrindt, zitieren. Alexander Dobrindt hat im Oktober 2018 in einer Dokumentation des NDR über das Jamaika-Aus erklärt: Jamaika ist nicht an der FDP gescheitert, sondern am Unwillen der Kanzlerin Merkel, die FDP-Forderung nach Abschaffung des Soli zu erfüllen. Lesen Sie die Worte von Alexander Dobrindt nach. In diesem Punkt hat er recht.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist wieder sehr deutlich geworden: Opposition ist kein Zuckerschlecken. Noch schwieriger ist sie natürlich in Ländern, in denen es her-

vorragend läuft, in denen es so gut läuft wie in Bayern. In diesen Ländern wirkt Opposition manchmal absurd, manchmal sogar ein bisschen schizophren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich beneide Sie da wirklich nicht. Frau Karl hat sinngemäß gesagt, es müsste mehr in die Weltraumforschung investiert werden. Da fällt mir die berühmte Rakete wieder ein, Bavaria One. Frau Karl, das ist ein konstruktiver und konkreter Vorschlag. Herr Hartmann hat mehr Fördermittel für Gebäudesanierungen gefordert. Dieser Vorschlag ist ebenfalls konkret und konstruktiv.

Wenn anschließend jedoch Fundamentalkritik geäußert wird – mit Sätzen von Herrn Hartmann, wie: Sie schaffen es nicht, die Weichen für Klima- und Artenschutz zu stellen, oder: Wachstum ist nicht alles, oder: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik – dann, Kolleginnen und Kollegen, sind das Sprechblasen ohne konkreten Inhalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann zeigt das, dass die Opposition ideenlos und hilflos ist. Dann zeigt das, dass Sie, meine Damen und Herren, namentlich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD ja sowieso, nicht ansatzweise reif für die Verantwortung hier sind.

Herr Hartmann, natürlich ist Wachstum nicht alles. Aber es ist doch auch völlig klar, dass unsere zukunftsorientierte gute Politik ohne Wachstum nicht möglich wäre. Natürlich ist auch der dicke Geldbeutel, an dem sich – man kann es kaum glauben – Verschiedene gestoßen haben, wichtig; denn wir nutzen ihn konstruktiv für die Menschen in unserem schönen Bayernland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dieses Geld wird auch nicht für Wahlgeschenke ausgegeben, sondern es wird ganz konkret für Familien, für Kinder, für pflegende Angehörige, für mehr Lehrer, für mehr Polizisten, für wichtige Weichenstellungen im sozialen Wohnungsbau, für den ÖPNV usw. ausgegeben. Es ist natürlich Ihr gutes Recht, dagegen zu sein: gegen mehr Geld für die Familien, für die Kin-

der und für all die anderen Punkte, die ich angesprochen haben. Natürlich dürfen Sie hier jeweils sagen, dass Sie dagegen sind, aber doch bitte nicht mit Sprechblasen; besser wären konkrete Gegenvorschläge.

Meine Damen und Herren, wir von der CSU und den FREIEN WÄHLERN reden nicht nur, wir handeln. Die Menschen wissen nicht nur, dass es in Bayern gut läuft. Sie wissen vor allem auch, dass sie bei unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und seiner Staatsregierung, bei CSU und FREIEN WÄHLERN, die diese Politik alleine tragen, da Sie ja bisher alle Einzelanträge ablehnen, gut aufgehoben sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch hinzufügen: mit Ausnahme der FDP, die sich in der Regel enthält.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt; bitte denken Sie mal darüber nach: Sie wissen das auch, Sie sagen es nur nicht. Sie wissen das alles auch, was die Bürgerinnen und Bürger wissen. Das ist auch der Grund dafür, warum Sie mit Ihrer manchmal krampfhaft aufgesetzten Fundamentalkritik nicht authentisch und glaubhaft überkommen. Meine Damen und Herren, glauben Sie mir: Das merken die Menschen im Land.

Bayern ist ein cooles Land. Herr Ministerpräsident, wir haben einen ganz coolen Ministerpräsidenten. Wir sind dafür sehr dankbar. Der Haushalt ist die Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Politik dieser von CSU und FREIEN WÄHLERN getragenen Staatsregierung. Sie haben jetzt noch die Chance zuzustimmen. Sie würden damit Gutes auch für sich selbst tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege König. – Das Wort hat Herr Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Ritt durch die vielen Themenwelten unserer Regierungsarbeit

möchte ich mich als Vorsitzender des Europaausschusses auf ein Thema konzentrieren: Europa. Dieses Thema fällt im Haushalt ja unter die Zuständigkeit der Staatskanzlei. Ich darf als Vorsitzender des Ausschusses einen Dank an Florian Herrmann, den zuständigen Minister, vorausschicken. Ich bin überzeugt, die gute Zusammenarbeit tut uns allen gut. Wir ziehen an einem Strang, und das ist gut für Bayern, gut für Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn ich von den Investitionen in Richtung Europa spreche, dann spreche ich von zwanzig Millionen Euro, die dafür im Staatshaushalt zur Verfügung stehen. Ich spreche aber vor allem davon, dass wir das Konzept eines Drei-Säulen-Modells haben, wie wir investieren: Wir investieren in Europa Geld, wir investieren Hirn, und wir investieren Herz. Das ist unser Dreiklang, mit dem wir Bayern Europa gestalten wollen und aktiv gestalten. Dabei ist entscheidend, dass wir nicht nur irgendwie gestalten, sondern CSU und FREIE WÄHLER haben gemeinsam eine klare Vision, wohin es mit Europa gehen soll; denn gerade das braucht Europa: starke Kräfte, die wissen, wohin es mit Europa gehen soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Für uns ist dabei eines entscheidend: Wir Bayern im Herzen Europas sehen uns als Brückenbauer. Dabei sind sowohl die regionalen Beziehungen zu unseren Nachbarregionen Tschechien und Österreich als auch die Beziehungen zu ganz Europa entscheidend. Es hilft nicht, in Europa nur noch übereinander und nicht mehr miteinander zu reden. Wir in Bayern sehen uns als die, die nach ganz Europa Brücken bauen. Wir wollen unseren Beitrag dafür leisten, dass Europa zusammenbleibt, zusammensteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich merke, dass gerade in einer Zeit, in der sich die Nationen in Europa gegenseitig blockieren und in der es nicht vorangeht, die Regionen in Europa eine klare, gute und konstruktive Rolle spielen. Ich kann nach den Erfahrungen der letzten 200 Tage seit

der Wahl sagen: Bayern hat da nicht nur eine konstruktive Rolle inne. Wir nehmen eine federführende Rolle im Spiel der Regionen in Europa ein. Wir gestalten Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Motor, ein Aushängeschild, eine Visitenkarte unserer bayerischen Arbeit in Brüssel und Straßburg, vor allem in Brüssel, ist unsere Bayerische Vertretung. An dieser Stelle darf man auch einmal den dreißig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die in Brüssel für Bayern die Fahne hochhalten, unsere Interessen vertreten, die unsere Antenne sind. Sie sitzen in Brüssel für die Ministerien, es sitzen aber auch zwei Leute für den Landtag dort. Diese Leute leisten wirklich gute Arbeit. Dafür ein herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dafür sprechen auch die Zahlen. Wenn ich sage, 30 Mitarbeiter, 300 Veranstaltungen und 12.000 Besucher pro Jahr, dann können wir darauf stolz sein. Die Bayerische Vertretung ist in diesem europäischen Komplex wirklich wie ein kleines gallisches Dorf. Wir bewegen auch da Europa.

(Alexander König (CSU): Aber das schönste gallische Dorf dort!)

– Das schönste gallische Dorf der Welt! Da hat der Kollege König vollkommen recht. – Ich muss auch sagen, dass wir als FREIE WÄHLER und CSU eine klare Idee von Europa haben. Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa der Werte, ein Europa der Regionen und ein Europa des Mittelstands, das nicht nur in Hinterzimmern und Sonntagsreden funktioniert, sondern wirklich ganz konkret handelt und liefert; denn das wollen die Leute von uns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe es hier schon mal gesagt: Wir brauchen dafür fünf "R", die ich immer wieder wiederhole. Wir brauchen für die Zukunft Europas mutige Reformen, klare Regeln, ge-

sunden Realismus, starke Regionen und endlich wieder mehr Respekt voreinander. Das wünsche ich mir, und hier investieren wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/639, 18/778 und 18/779, 18/847 mit 18/851, 18/853 mit 18/855, 18/867 mit 18/869, 18/928 und 18/929 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1760.

Zuerst ist in namentlicher Form über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen" auf Drucksache 18/867 abzustimmen. Die Urnen sind bereitgestellt, die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 13:48 bis 13:53 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und die Sitzung bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:54 bis 13:56 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung wird wieder aufgenommen, und ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen" auf Drucksache 18/867 bekannt: Mit Ja haben 75 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben

98 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1760 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU. Gegenstimmen bitte ich in der gleichen Weise anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen! –

Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen!

– Ich wiederhole die Abstimmung noch einmal, weil die SPD-Fraktion sich anders entschieden hat. Noch einmal: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) hat auch zugestimmt. Gegenstimmen! – Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1760 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/928 und 18/929 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen (Kap. 02 03 Tit. 536 04) (Drucksache 18/867)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	75	98	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

- | | |
|--|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Verdoppelung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/778</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/779</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/847</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 02 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/848</p> | <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschl. Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 02 03 Tit. 517 51)
Drs. 18/849</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/850</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/851</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Akademie der Bayerischen Presse e. V.
(Kap. 02 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/853</p> |
|--|--|

- | | |
|---|---|
| <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Akademie für Fernsehen und Digitale Medien
(Kap. 02 05 Tit. 686 02)
Drs. 18/854</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 03)
Drs. 18/855</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau des „Eine Welt-Promotorinnenprogramms“ zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/639</p> | <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/867</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planmäßige Beamte
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/868</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 02 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/869</p> |
|---|---|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Hans Herold

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Gerd Mannes

Abg. Florian Ritter

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Josef Seidl

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Hubert Aiwanger

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 07

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1386, 18/1396),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der
Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/1400 mit 18/1405),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 18/1102 mit 18/1117),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/1397
mit 18/1399),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1416 mit 18/1429),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1279 mit 18/1287),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1165, 18/1166)

Die Gesamtredezeit beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der SPD-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Auf

Wunsch der AfD-Fraktion soll über drei Änderungsanträge der Fraktion in einfacher Form abgestimmt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz schwacher Präsenz sage ich: Die wichtigen Leute sind anwesend, bei einem wichtigen Thema, nämlich beim Einzelplan 07: Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

(Tobias Reiß (CSU): Die Besten sind da!)

– Die Besten sind da, ganz genau. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern hat der Kultusminister bei der Beratung des Einzelplans 05 wichtige Aussagen gemacht. Unter anderem hat er darauf hingewiesen: Bayern ist das Land des Mittelstandes, und Bayern ist das Land der Innovation. Ich ergänze: Bayern ist Chancenland für unsere Bürgerinnen und Bürger. Aufgrund der guten Wirtschaftspolitik, die seit vielen Jahrzehnten von der Bayerischen Staatsregierung gemacht wird, sind wir in einer sehr guten Situation. Ich sage auch: Eine gute Wirtschaftspolitik ist auch eine sehr gute Sozialpolitik, die dazu beiträgt, eine hohe Lebensqualität für unsere Menschen zu schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stichworte Freiheit und Eigentum: Unser ehemaliger Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, der Erfinder der sozialen Marktwirtschaft, hat mit seinem Konzept nicht eine "Staatswirtschaft" gemeint, er hat auch nicht "Enteignungen" gemeint, sondern er hat "soziale Marktwirtschaft" gemeint. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Er hat auch gesagt: "Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, denken wir an die gestrigen Beratungen der Einzelpläne, zum Beispiel des Einzelplans 05 – Unterricht und Kultus –: Wir sind nur deshalb in der Lage, jährlich 13,5 Milliarden Euro für die junge Generation in die Hand zu nehmen, weil uns das die so gute Wirtschaftssituation ermöglicht. Deswegen richtet sich von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an unsere fleißigen Bürgerinnen und Bürger, aber auch an unsere Unternehmerinnen und Unternehmer im Freistaat Bayern für ihre gute und wichtige Arbeit. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen alle: Bayern gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas.

(Tobias Reiß (CSU): Weltweit!)

Bayern genießt als Hochtechnologiestandort weltweit – ich betone: weltweit, lieber Tobias – einen hervorragenden Ruf. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist eines der höchsten weltweit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz wichtig ist: Die Beschäftigungsdynamik in Bayern übertrifft diejenige aller anderen deutschen Bundesländer. Das sage ich ganz bewusst. Ich komme aus einem Raum mit besonderem Handlungsbedarf, einer strukturschwachen Region. Aber wir haben eine Arbeitslosenquote in Höhe von nur 1,8 %, das heißt, wir haben Vollbeschäftigung. Noch wichtiger für mich ist: Wir haben eine äußerst geringe Jugendarbeitslosenquote. Das ist auch ganz wichtig, gerade für die Zukunftsfähigkeit unserer jungen Generation.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 07 – Wirtschaft – ist für den Staatshaushalt so wichtig wie das Herz für den Menschen. Er hat mit circa 1,2 Milliarden Euro pro Jahr ein vergleichsweise kleines Volumen. Aber – das ist der entscheidende Punkt – er entfaltet mit seinen

Förderprogrammen eine große Wirkung. In der Wirtschaftspolitik geht es nicht immer um aufwendige Dauerförderungen, sondern um gezielte Impulse. Sie gehen zum Beispiel von Clustern aus, die Unternehmen, Hochschulen und auch Forschungseinrichtungen vernetzen. Deswegen wird die Clusterförderung fortgesetzt. Wir haben hierfür pro Jahr Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 16 Millionen Euro vorgesehen.

Ich möchte ganz kurz ein paar Schwerpunkte ansprechen. Die Schwerpunkte im Einzelplan 07 bilden die Wirtschafts- und auch die Standortförderung, der Energiebereich sowie wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung.

Einen ganz wichtigen Punkt halten auch wir als CSU-Fraktion für ganz entscheidend: dass wir den Meisterbonus von 1.500 Euro auf 2.000 Euro erhöhen werden. Ich sage gerade in diesem Zusammenhang auch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir als CSU, wir als Regierungskoalition stehen zu unserem dualen Ausbildungssystem und zur beruflichen Bildung. Nicht immer ist unbedingt ein Studium erforderlich, um sich beruflich weiterzuentwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ein paar Schwerpunkte aus diesem Doppelhaushalt ansprechen, zum Beispiel den Digitalbonus. Für beide Jahre wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40 Millionen Euro zur Fortsetzung des Programmes eingestellt. Für die Luft- und Raumfahrt haben wir entsprechende Mittel vorgesehen. Wichtig ist für uns auch die sogenannte Demonstrationsanlage zur Biotechnologie. Zur Errichtung einer Mehrzweck-Demonstrationsanlage der industriellen Biotechnologie in Straubing ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von über 40 Millionen Euro eingestellt. Das ist eine ganz wichtige Entscheidung.

Zum Thema künstliche Intelligenz: Zur Unterstützung der Entwicklung von KI sind in diesem wichtigen Doppelhaushalt Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 48,5 Millionen Euro für Projekte bei der Fraunhofer-Gesellschaft vorgesehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns auch das Thema Wirtschaftsagentur Bayern. Die Ausgaben zur Förderung der Außenwirtschaft und des Standortmarketings werden im kommenden Doppelhaushalt auf jährlich 19,7 Millionen Euro erhöht, insbesondere im Zusammenhang mit der Eingliederung von Bayern International in die Wirtschaftsagentur Bayern im Zuge einer Neustrukturierung.

Mir persönlich, aber auch meiner Fraktion ist das Thema digitale Gründerzentren äußerst wichtig. Sie wissen alle, dass schon in der Ära von Horst Seehofer die digitalen Gründerzentren angeschafft oder auf den Weg gebracht wurden. Ich finde es richtig, dass wir hier weiter fortfahren. Zur Förderung von Gründerzentren im Bereich der Digitalisierung werden die Mittel im Jahr 2019 auf 26,9 Millionen Euro und im Jahr 2020 auf 27,3 Millionen Euro erhöht.

Ganz entscheidend gerade für den ländlichen Raum ist die Zukunftsinitiative Mobilfunk. Wie Sie alle wissen, ist das Förderprogramm zum 1. Dezember 2018 gestartet. Für den Ausbau des Mobilfunks sind insgesamt 30 Millionen Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Millionen Euro vorgesehen.

Ebenfalls eine wichtige Angelegenheit für uns, auch für den ländlichen Raum, ist die weitere Tourismusförderung. Die beschlossene Tourismusförderung wird gemäß den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag fortgeführt. Hierfür werden die einschlägigen Ausgabeansätze auf rund 83,3 Millionen Euro – ich betone extra: 83,3 Millionen Euro – pro Jahr erhöht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen für eine weitere Förderung des Mittelstandes stark gemacht. Bayerische Unternehmen müssen sich im Wettbewerb durch hoch qualifizierte Fachkräfte und eine hohe Produktqualität absetzen. Kleinere Betriebe verfügen häufig nicht über interne Weiterbildungsmöglichkeiten und kämpfen mit dem Fachkräftemangel. Darum unterstützen wir ein Kompetenzzentrum in Würzburg, das bei der Qualität einen Wissenstransfer in die betriebliche Praxis ermöglicht. Für dieses Zentrum stellen wir

2 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist gut angelegtes Geld, das zusätzliche Bundesmittel nach Bayern und nach Franken zieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen links von der CSU, erlauben Sie mir zum Schluss eine persönliche Empfehlung: Besuchen Sie einmal das wunderbare Ludwig Erhard Zentrum im mittelfränkischen Fürth. Dort werden nicht nur 2,5 Millionen Euro pro Jahr gut angelegt, sondern dort kann man auch erfahren, was soziale Marktwirtschaft bedeutet. Sowohl die Enteignung von Wohnraum als auch die Kollektivierung von BMW sind der wirtschaftlich falsche Weg. – In diesem Sinne bedanke ich mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf der Seite des Wirtschaftsministeriums ist zu lesen, dass der Mittelstand das Fundament der Wirtschaft im Freistaat und Garant für Wohlstand und zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze ist. Darauf sind wir mit Recht richtig stolz. Das können wir auch sein. Was unternimmt aber die Bayerische Staatsregierung, um diesen Mittelstand weiter zu erhalten und zu fördern? – Von den Förderprogrammen des Wirtschaftsministeriums profitieren hauptsächlich die großen Unternehmen und Projektträger. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen kommt zu wenig an. Zudem zeigen die großen Haushaltsreste, dass die Förderprogramme nicht zielführend sind.

Ich nenne als Beispiel den Digitalbonus. Er soll genau diesen Unternehmen eine Starthilfe für die Digitalisierung geben. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? – Die Zeitfenster für die Anträge sind sehr begrenzt. Die Bearbeitung dauert ewig. Und dann folgt häufig genug eine Absage. Insgesamt brauchen die kleinen und mittleren Unternehmen einen Abbau bürokratischer Hürden. Mittelstandsfreundliche und unbürokratische Förderung sieht anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zum Fachkräftemangel: Viele Firmen leiden unter der restriktiven Abschiebep Praxis der Bayerischen Staatsregierung. Gut integrierte und motivierte Flüchtlinge werden aus ihren Ausbildungsstätten gerissen. Außerdem erhalten viele Geflüchtete keine Arbeits- und Ausbildungsgenehmigung, obwohl sie in den Betrieben dringend benötigt werden. Da frage ich Sie, ob das so gewünscht sein kann. – Nein, sage ich. Unsere mittelständischen Betriebe müssen die dringend notwendigen Arbeitskräfte finden, ausbilden und einstellen können. Wir GRÜNEN fordern schnellere Arbeits- und Ausbildungsgenehmigungen einschließlich ausbildungsbegleitender Hilfen. Das wäre den Menschen und den Betrieben eine gute Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen traurigen Wirtschaftsrekord Bayerns können wir nicht gutheißen: Bayern hält im Ländervergleich mit 4,8 Milliarden Euro im Jahr 2018 die Spitze bei den Rüstungsexporten. Das sind 40 % des Bundesanteils. Die Waffenlieferungen gehen vor allem nach Saudi-Arabien und in die anderen Länder der von Krisen gebeutelten Golfregion.

Viele Unternehmen, vor allem im Umfeld von Energie, Verkehr, Klima und Umwelt, stehen vor großen Herausforderungen zur Veränderung ihrer Produkte und der Entwicklung neuer Technologien. Auch die bayerische Automobilindustrie muss aufwachen, damit ihre 400.000 Arbeitsplätze gesichert bleiben. Unsere Wirtschaftspolitik muss Leitplanken setzen und den Unternehmen Planungssicherheit und größtmöglichen Rückhalt geben. Dabei muss sie aber klare und eindeutige Regeln aufstellen und deren Einhaltung einfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wirtschaftspolitik ist auch Frauenpolitik. Wieso, werden Sie sich fragen. – Am 18. März 2019 war der Equal Pay Day. Der Equal Pension Day ist erst am 4. Au-

gust 2019. Das ist die Eintrittskarte in die Altersarmut für Frauen am Ende ihres Berufslebens. Das können wir nicht akzeptieren. Das geht gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier könnte die Staatsregierung eingreifen und bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen die gleiche Bezahlung von Mann und Frau bedingend voraussetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch eines sagen: Die Wirtschaft erwartet von uns ein Handeln ohne parteipolitisches Korsett und ideologische Polemik. Die Vermischung von Machtpolitik und Geltungsbedürfnis, wie wir sie unter dem Deckmantel eines Dringlichkeitsantrags zu vermeintlichen Wirtschaftsthemen gehört haben, schadet unserer Wirtschaft und unserer Glaubwürdigkeit als Abgeordnete dieses Hohen Hauses. Die Wirtschaftspolitik muss nachhaltig, ökologisch, sozial gerecht und vor allem sachlich sein. Alles andere versteht kein Mensch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr stellvertretender Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute gleich zu Beginn über den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums zu beraten. Das gibt mir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass wir Haushalte nicht nur von der Ausgabenseite, sondern auch von der Einnahmenseite her denken müssen. Warum können wir uns in Bayern so viel leisten? – Das ist deswegen der Fall, weil wir ein weit überdurchschnittliches Steueraufkommen haben. Daher gilt an dieser Stelle mein Dank all denjenigen, die hier in Bayern Steuern zahlen, den Unternehmern, Arbeitnehmern, den Steuerzahlern insgesamt. Sie leisten ihren Beitrag dazu, dass Bayern so dasteht, wie es dasteht. Wir stehen in vielen Bereichen in Deutschland unangefochten an der Spitze.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Position müssen wir auch stabilisieren. Sie ist nicht vom Himmel gefallen. Deswegen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, damit das auch weiterhin so bleibt. Ich bin sehr froh darüber, dass wir mit Hubert Aiwanger einen Mann an der Spitze haben, der Themen anpackt, die andere nicht anpacken. Er hat die Zukunft im Blick und führt nicht die Diskussionen der Vergangenheit. Er steht mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Marktwirtschaft und ergeht sich nicht in Gesellschaftsutopien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein zweiter Punkt muss an dieser Stelle angesprochen werden: Der Wirtschaftsminister ist es, der sich vor die Schlüsselindustrie in Bayern stellt, vor die Automobilindustrie. Ich sage an die Adresse all derer, die unsere Autoindustrie schlechtreden und ihr Vorschriften machen wollen: Lasst doch einfach die Fachleute ran. Unser Wirtschaftsminister ist derjenige, der sehr energisch anmahnt, dass wir in Bayern nicht den Weg von Nordrhein-Westfalen gehen dürfen. Ich unterstreiche das ausdrücklich, weil ich weiß, aus welcher Situation Nordrhein-Westfalen kommt und wo es jetzt steht. Das darf in Bayern nicht passieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben hier in Bayern etwas, worauf wir sehr stolz sein dürfen. Das verkörpert gerade die Spitze dieses Hauses: flexibles Denken, flexibles schnelles Handeln!

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, wie schnell Politik, wenn sie gefordert ist, zumindest hier in Bayern reagieren kann. Im November letzten Jahres war Alexander Gundling, der Geschäftsführer von Carbon Composites aus Augsburg bei mir, um mir eine Karbonstrategie für Luft- und Raumfahrt vorzustellen. Er hat um einen Termin im Wirtschaftsministerium gebeten. Ich habe diesen Termin organisiert. Kollege Fabian Mehring war mit dabei. Wir haben für ein neues Projekt "Karbonstrategie für die Luft-

und Raumfahrt" gekämpft. Es ging um 20 Millionen Euro. Das Geld war im Haushalt zunächst einmal nicht vorhanden. Wir haben als Fraktion einen Antrag gestellt, für den Einstieg in dieses Programm eine Million Euro im Haushalt bereitzustellen. Dafür gab es im Haushaltsausschuss – ich bin den Oppositionsfraktionen, die dafür gestimmt haben, sehr dankbar – eine breite Mehrheit. Als es jetzt Schwierigkeiten bei Premium AEROTEC gab, hat das Wirtschaftsministerium, hat der Wirtschaftsminister sehr schnell reagiert. Er hat am vergangenen Montag gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten verkündet: Ja, wir machen diese Karbonstrategie! Wir investieren 20 Millionen Euro in die Zukunft Bayerns.

Ich sage jetzt auch ganz deutlich: Es muss nicht immer in München sein. Es kann in München sein, wenn es passt, aber es kann auch in Augsburg, kann auch anderswo sein. Das ist sicherlich auch etwas, was diese Regierung im Gegensatz zu früheren Regierungen auszeichnet: dass sie gleichwertige Lebensverhältnisse, dass sie ganz Bayern im Blick hat und nicht nur die Region München.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Flexibilität heißt auch, dass man sich zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie nicht auf einen Antrieb, aufs Elektroauto, verengt und sagt, Diesel und konventionelle Treibstoffe seien ein Werk des Teufels. – Nein, wir müssen verschiedene Wege gehen. Wir müssen der Wirtschaft Ziele vorgeben und sagen, diese Ziele hätten wir gern erreicht. Könnt ihr das? Dann müssen wir im Dialog mit der Wirtschaft die Zukunft gestalten. Wir dürfen aber nicht sagen, das Elektroauto bilden wir uns jetzt wie ein trotziges Kind ein, es muss nur das Elektroauto sein und darf gar nichts anderes sein. – Am Ende sind es die Chinesen, die die Elektroautos produzieren, und wir sind der Importeur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie Abgeordneten der AfD)

Aber das Wirtschaftsministerium hat ja nicht nur Industriepolitik im Auge. – Frau Kollegin Fuchs, Sie haben gesagt, der Mittelstand werde nicht gefördert. Das kann ich aber

ganz und gar nicht erkennen. Gerade beim Thema gleichwertige Lebensverhältnisse – ich sage Ihnen das jetzt einfach mal exemplarisch – hat das Wirtschaftsministerium, hat dieser Wirtschaftsminister ein Dorfwirtschaftsprogramm aufgelegt. Das ist mit Sicherheit nicht für irgendwelche Konzerne gedacht, sondern für den kleinen Unternehmer vor Ort, für jenen mit zwei, drei, vier oder fünf Mitarbeitern. Da können Sie sicher nicht von Großindustriepolitik sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind das, was wir FREIE WÄHLER uns, seit wir im Bayerischen Landtag sind – und auch schon vorher –, auf die Fahnen geschrieben haben. Wir glauben, dass da der Schlüssel zum Erfolg liegt.

Schauen Sie doch mal: Wir diskutieren – das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt noch tun, wenn wir den Etat des Bauministeriums beraten – über explodierende Mieten in München und über den Verkehrsinfarkt. Wie kann man das am besten lösen? – Indem man attraktive Anreize schafft, auf dass sich die Menschen in ganz Bayern ansiedeln. Ganz Bayern ist schön, nicht nur die Metropolregionen. Das wissen wir. Aber Schönheit allein reicht nicht. Wir brauchen Arbeitsplätze. Wir brauchen attraktive Wohnmöglichkeiten. Diesem Ziel ist diese Regierung verpflichtet. Daran arbeitet diese Regierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Staatsminister ist für Landesentwicklung zuständig. Er hat, sehr ehrgeizig, auch das Thema Flächenverbrauch auf seine Agenda gesetzt. Es ist wahr, wir müssen uns deutlich gegen Flächenverschwendung zur Wehr setzen. Ich sage aber auch: Es ist gut, dass wir hier von Richtgrößen und nicht von Verpflichtungen reden. Denn die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse kann durchaus auch mal im Widerspruch zum Flächenverbrauch stehen. Bayern hatte in den letzten zehn Jahren einen Einwohnerzuwachs von einer Million Menschen. Diese Menschen müssen irgendwo hin. Da brauchen wir auch Konzepte für den Wohnungsbau. Ich habe mit dem Kollegen Hart-

mann vor einem Jahr eine interessante und engagierte Diskussion zu diesem Thema geführt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Ja, wir haben unterschiedliche Ausgangspositionen. Und doch kann ich sagen, dass wir bei etwa einem Drittel der konkreten Handlungsfelder Übereinstimmung erzielt haben. Ich denke, es geht, wenn man will. Man kann Lösungen finden, aber man sollte sich davon verabschieden, feste Vorgaben zu machen. Die festen Vorgaben haben einfach das Problem, dass wir nicht wissen, wie viele Menschen zu uns kommen. Bei Bevölkerungsstillstand haben wir natürlich weniger Flächenverbrauch. Wenn die Wirtschaft zurückgeht, werden wir weniger Fläche verbrauchen, als wenn die Wirtschaft boomt und alles nach oben geht. Das – ich sage es noch mal – muss man auch mit dem Ziel "Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern" vereinbaren können. Das ist die große Überschrift, weil wir damit ganz viele Dinge auf einen Schlag erreichen können. Wir können damit hier in Bayern auch eine umweltverträgliche, gute und gesunde Lebensweise schaffen, zum Beispiel dann, wenn das Ziel erreicht wird, dass Leben und Arbeiten wieder enger zusammenkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe Bayern gut aufgestellt, möchte aber ganz zum Schluss doch noch ein Signal nach Berlin senden. Ein Wirtschaftsstandort ist auch davon abhängig, dass eine vernünftige Steuerpolitik gemacht wird.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Da habe ich leider meine Zweifel. – In Deutschland werden Jahr für Jahr Steuerrekorde erwirtschaftet. Wenn Sie in einem Betrieb arbeiten, der Jahr für Jahr Rekordgewinne ausweist, was werden Sie von Ihrem Arbeitgeber fordern? – Natürlich, Bonuszahlungen, ist doch klar! Sie wollen irgendeine Gegenleistung dafür haben, dass Sie so fleißig sind. Aber wie ist es beim Steuerzahler? – Der Steuerzahler kriegt jedes Jahr, obwohl er immer mehr leistet, durch die kalte Progression nur eine immer noch höhere Steuerbelastung. Das kann es nicht sein. Der Soli muss weg. Die kalte Progression

muss weg. Wir brauchen eine faire Steuerpolitik für die Menschen, die Leistung erbringen. Das ist das Signal nach Berlin. Berlin sollte sich doch einmal das eine oder andere von unserer Wirtschaftspolitik in Bayern anschauen. Wir stehen hinter diesem Haushalt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist ein Haushalt der Zukunft. Das ist ein guter Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Als Fachpolitiker, der seit Jahrzehnten in der Tourismus- und Gastgewerbebranche tätig ist, werde ich mich natürlich dieses Fachgebiets annehmen.

Grundsätzlich ist es ja so, – –

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Das ist nicht zum Lachen, Wirtschaft ist wichtig.

(Zuruf: Bravo!)

Also, grundsätzlich wäre uns damit geholfen, wenn es statt Förderprogrammen überall faire Wettbewerbsbedingungen gäbe. Förderprogramme sind dazu da, Symptome zu bekämpfen. Hier geht es um Glaubwürdigkeit in der Politik. Ich erinnere an die heutige Meldung vom Europäischen Gerichtshof, Arbeitszeitaufzeichnungen seien jetzt so

wichtig, Arbeitszeiten müssten wirklich eingehalten werden. In der Gastronomiebranche sind laut Erhebung des DWIF-Institutes 100.000 Euro Umsatz bei 50 % der Betriebe, die eine Gaststättenzulassung haben, die Normalität. Wenn Sie sich das vor Augen führen, heißt das, dass die Unternehmer selbst und ständig arbeiten und sie dann selber noch mit elektronischen Arbeitszeitaufzeichnungsgeräten sozusagen die Arbeitszeit aufzeichnen oder wahrscheinlich die der Frau oder von mehreren 450-Euro-Angestellten. Das ist doch lächerlich. Das ist Bürokratie! Genau diese Bürokratie ist das, was die Betriebe stört, worunter sie ächzen.

Dann gibt es natürlich Politiker wie unseren Ministerpräsidenten, der im Wahlkampf ein 30-Millionen-Euro-Förderprogramm verspricht. Am 22.04. sagte er, es wird 2018 sein, es wird nicht in den nächsten Jahren sein, sondern es wird 2018 sein. – Wo war es denn?

Es wurden dann Ausreden gebraucht: Der Landesrechnungshof hätte hier Bedenken angemeldet. Wenn die Staatsbürokratie aber ein Jahr braucht, um ein solches Förderprogramm auf die Füße zu stellen und es dann um die Hälfte weniger ist, als seinerzeit versprochen wurde, dann sage ich: Wahlkampfgetöse. Es muss jedoch Glaubwürdigkeit vorhanden sein. Viele Betriebe glauben nicht mehr daran, vor allem, wenn sie den Bürokratieaufwand sehen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie waren auch bei dem GastroFrühling am 29.04.2019. Dort wurden Sie auf Finanzkontrollen, Finanzämter etc. angesprochen; die Präsidentin hat das ganz klar angesprochen. – Sehr geehrter Herr Füracker, es wäre besser, wenn sich die Finanzämter mehr als Dienstleister für den Bürger und nicht nur als Kontrolleure verstünden. Die Unternehmer haben Angst, wenn die Steuerprüfung ins Haus steht. Das kann es nicht sein. Wir müssen mehr mit den Bürgern anstatt gegen die Bürger arbeiten.

(Beifall bei der AfD)

Sehr verehrte Damen und Herren, es ist natürlich nicht so, dass ich nur alles beklagen will, sondern ich hätte auch konkrete Vorschläge. Wenn wir das Geschäft in der Gastronomie beflügeln wollen, dann denken wir an die Schulverpflegung. Die Schulverpflegung muss einen regionalen Bezug bekommen, sie muss eine regionale Komponente beinhalten, und es darf nicht sein, dass wie am Gymnasium in Waldkraiburg das Mittagessen aus der Steiermark geliefert wird. Das muss unterbunden werden.

Wir brauchen von der IHK eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für alle öffentlich geförderten Veranstaltungsstätten, weil das Steuergelder sind, die hier eingesetzt wurden und die in der Konkurrenz bei den privatwirtschaftlich betriebenen Gaststätten abgehen. Wir brauchen die Arbeitszeitflexibilisierung. – Das sind Punkte, bei denen wir die Weichen für die Zukunft stellen müssen. Ansonsten geht die Wirtschaft im Dorf immer mehr den Bach herunter, und wenn die Wirtschaft stirbt, stirbt das Dorf.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Aufgrund der kurzen Redezeit kann ich leider nur einige Schlaglichter auf diesen Haushalt werfen. Das Thema Energie wird dann der Kollege Ritter bearbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die aktuelle Steuerschätzung zeigt: Bayern und der bayerischen Wirtschaft geht es gut. Das ist ein Verdienst der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und guter Unternehmer, und das gilt sowohl für die Industrie als auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat im ländlichen Raum sind.

Blicken wir auf ganz Deutschland, sehen wir aber, dass dunkle Wolken aufziehen. Die Wachstumskurven zeigen langsam nach unten. Damit stellen sich auch für Bayern Herausforderungen; denn Bayern liegt nicht auf einer Insel der Seligkeit. Das haben auch die Reden des ehemaligen und aktuellen Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw – letzte Woche deutlich gemacht; es ging um die Herausfor-

derungen Energie, Digitalisierung und Fachkräftemangel. Der Freistaat Bayern ist hier gefordert, gute Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit, aber vor allen Dingen auch für die Zukunftsfähigkeit zu schaffen.

Ministerpräsident Söder hat bei der gleichen Veranstaltung schöne Worte gefunden. Er sprach davon: Wir stehen für die Förderung des innovativen Mittelstands. Wir brauchen ein Konzept der digitalen Transformationsbegleitung. – Keiner weiß, was das ist, es klingt aber gut. – Wir sind Partner für die kleinen und mittleren Unternehmen – so weit Söder.

(Alexander König (CSU): Aber es ist richtig, oder?)

Wie immer aber: Nach den plakativen Worten des Ministerpräsidenten folgt dann die Realität. Schaut man sich den Haushalt an, sieht man: einmal am Wirtschaftsministerium vorbeigerutscht, und von Zukunftsfähigkeit ist nichts mehr übrig.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Das müssen Sie jetzt aber näher begründen!)

Retrostyle mag ein vernünftiges Konzept für Kleider oder Möbel sein, nicht aber für ein Ministerium. Ich nenne als Beispiel den Digitalbonus. Dieses Förderprogramm ist überaus erfolgreich, weil es niederschwellig ist, bürokratiearm für kleine Betriebe. Es gab und gibt eine riesige Nachfrage. Was macht die Staatsregierung daraus? Unterstützt sie etwa und stockt den Haushalt auf? – Nein, mitnichten. Bereits 2008 wurde eine Kontingentierung eingeführt. Nach dem Windhundprinzip können nur ein paar Anträge pro Monat genehmigt werden. Spätestens am Achten eines jeden Monats war das Kontingent ausgeschöpft. Damit wurde der Bedarf künstlich reduziert und viele Unternehmen gingen leer aus.

Was passiert 2019? Wie viel steht im Haushalt für den Digitalbonus? Sage und schreibe 0 Euro! Begründung: Wir haben so viel Geld aus 2018 übrig. – Leute, so geht es

nicht! So macht man die Digitalisierung gerade der kleinen Unternehmen und der Handwerksbetriebe kaputt.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deshalb die sofortige Aufhebung der Kontingentierung und die Annahme der entsprechenden Anträge von SPD und FDP.

Ein zweites Beispiel ist Premium AEROTEC. Ein kleiner Infoblock für Sie, Herr Kollege Pohl: Es geht vor allen Dingen um eine konsistente Luft- und Raumfahrtstrategie, wobei die Karbonstrategie nur ein Bestandteil davon ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Waren Sie dabei? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wir hören Ihre schönen Ankündigungen vom Montag. – Im Haushalt steht nichts drin. Wir sind gespannt, wie es bei dem Thema weitergeht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Natürlich steht was drin! Sie haben sogar zugestimmt!)

Wir kommen zum zweiten Zukunftsthema "Telefonie und schnelles Internet", sowohl mobil als auch stationär in ganz Bayern, und zwar auch an der berühmten Milchkanne – meine Zeitanzeige ist ausgefallen –, denn Landwirte arbeiten mittlerweile GPS-gesteuert, und die Felder der Landwirte liegen naturgemäß auf dem Lande und nicht am Stachus in München. Die SPD hat dazu zwei Anträge gestellt. Sie greift damit alte Forderungen der FREIEN WÄHLER auf: zum einen eine Erhöhung der Mittel beim Mobilfunk und zum anderen eine Verlagerung der Zuständigkeit auf den Freistaat. Es geht nicht, dass alle Dinge, die Ärger machen, immer auf die Kommunen abgewälzt werden. Hier muss der Freistaat organisierend und strategisch eingreifen.

(Beifall bei der SPD)

Beim zweiten Antrag geht es um das Thema "Schnelles Internet in Zügen" – die Menschen arbeiten mobil –; auch das ist ein Baustein für die digitale Zukunft.

(Zurufe)

Lassen Sie mich noch kurz einen Satz zum Landesentwicklungsprogramm sagen. Das Landesentwicklungsprogramm ist mitnichten nur eine Ansammlung von Zielen und Grundsätzen, sondern es soll eine Zukunftsvision für Bayern und der Weg dorthin sein. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürger in die Entwicklung eines besseren, eines neuen LEP eingebunden werden, und deshalb fordern wir regionale Zukunftskonferenzen mit den Bürgern, um die Herausforderungen mit einzuarbeiten.

Zusammengefasst: Mit diesem Haushalt fahren Sie die digitale Zukunft an die Wand. Da ist es dann auch wurscht, ob Sie das in einer Rakete oder in einer Pferdekutsche tun.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Pult, Frau Karl. – Der Kollege Pohl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Karl, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es einen Änderungsantrag unserer Fraktion zur Karbonstrategie über eine Million Euro gibt. Dem hat Ihre Fraktion im Übrigen auch zugestimmt. Die Fraktion der GRÜNEN konnte sich noch nicht dazu durchringen, weil sie den ökologischen Fußabdruck von Karbon bezweifelt hat.

Das Konzept beinhaltet 20 Millionen Euro auf fünf Jahre, und diese Million Euro reicht für 2019. Das ist abgestimmt mit dem Geschäftsführer Alexander Gundling. Sie können sich gerne darüber informieren. Ich vermittele gerne einen Gesprächstermin. Aber bitte erzählen Sie nicht, dass die Gelder nicht im Haushalt sind. Die Dinge sind eins zu eins so abgebildet, wie es erforderlich und notwendig ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Pohl, ich kann es gerne noch einmal sagen: Es geht eben nicht nur um eine Karbonstrategie, es geht um eine Luft- und Raumfahrtstrategie insgesamt für Bayern. Das ist eine Leitindustrie in Bayern, und wir müssen uns auch hier um die Zukunft kümmern.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das tun wir!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer im Plenum! Die aktuelle Situation: Bayerns Wirtschaft steht gut da. Es läuft hervorragend, wenn nur die Politik nicht wäre. Frau Karl, Sie haben schon gesagt, es zögen dunkle Wolken auf. Aber die dunklen Wolken, die aufziehen, verursachen wir selber.

Zunächst einmal zu den äußeren Gefahren, für die wir nicht viel können: Das ist zum Beispiel der Brexit. Es ist allerdings eine Katastrophe, dass so viele Leute sensationslüstern darauf warten, dass etwas passiert. Dabei ist das ein Schaden speziell für Deutschland, speziell für Bayern, weil sich dann auch die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament verändern. Dann ist da die aggressive Politik von Trump. Gut, wir hoffen, dass dort irgendwann einmal Vernunft einzieht. Hausgemacht ist das Abwürgen der deutschen Wirtschaft durch immer höhere Anforderungen. Der ifo Geschäftsklimaindex zeigt seit Monaten an, dass sich die aktuelle Stimmung und die Zuversicht in den kommenden Monaten immer weiter eintrüben.

(Zuruf von der SPD: Sie verwechseln Konjunktur und Struktur, Herr Kollege!)

– Die Konjunktur wird von der Struktur bestimmt, oder nicht? Entschuldigung, ich glaube, die wirtschaftskompetenten Parteien sitzen eher in der Mitte und rechts als auf der linken Seite. Aber dazu kommen wir noch.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns muss auch in Zukunft gesichert sein. Ich kann nur davor warnen, sich jetzt zurückzulehnen. Ein einfaches Weiter-so reicht nicht; denn die größten Fehler macht man dann, wenn es einem zu gut geht. Wir müssen den Fokus wieder verstärkt auf das Erwirtschaften richten, nicht auf das Verteilen. Die Reihenfolge muss klar sein: Erst kommt das Erwirtschaften, dann das Verteilen, nicht umgekehrt, wie es die GRÜNEN und die SPD gerne hätten.

Aktuell läuft es in Bayern jedoch anders. Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass alle Parteien mit Ausnahme der FDP munter dabei sind, Geld auszugeben, ohne gegenzufinanzieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das stimmt nicht!)

Das ist keine seriöse Politik. Zusätzlich wird noch unsere Schlüsselindustrie laufend schlechtgeredet. Unsere Automobilindustrie wird schlechtgeredet. Wenn man etwas schlechtredet, man nicht mehr an sich selber glaubt, dann ist alles vorbei.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat zu Recht moniert, dass die Bayerische Staatsregierung den Fokus zu stark auf Wohltaten legt. Wir als Anhänger der sozialen Marktwirtschaft fordern, dass der Staat nur für die Rahmensetzung zuständig sein soll. Das bedeutet, dass der Staat sich aus privatwirtschaftlichen Entscheidungen heraushalten und stabile Rahmenbedingungen schaffen soll.

Entscheidend für unseren Erfolg ist der Mittelstand. Über 80 % aller Arbeitnehmer arbeiten in mittelständischen Betrieben. Sie sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Ich empfehle daher, dass wir uns weniger mit anderen Bundesländern als vielmehr mit der Welt vergleichen. Wir wollen an der Spitze stehen. Österreich macht uns gerade vor, wie kluge Wirtschafts- und Steuerpolitik aussieht.

Unsere konkreten Forderungen: Wir müssen unsere ganze Kraft in eine aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik setzen. Das bedeutet ganz konkret: Ein Thema, das uns ab sofort beschäftigen wird, so wie es die Zuwanderungskrise 2015 getan hat, wird die Energiepolitik sein. Wir haben noch überhaupt keine Antworten. Wir handeln, als ob wir alleine auf der Welt wären. Ohne Sinn und Verstand folgen wir einem ideologischen Wahnsinn, und es scheint sich keiner mehr zu trauen, diesem Irrsinn zu widersprechen.

Ich bin im Rahmen der Energiedialoge des Wirtschaftsministeriums aktiv und treffe alle Gruppierungen, von den Versorgern mit alternativer Energie über die Umweltschutzverbände bis hin zu den Wirtschaftsverbänden. Es ist ganz klar: Da kommen 36 Leute zusammen, und wir haben mindestens 38 verschiedene Meinungen, wie man das Ganze regeln kann. So kann es nicht weitergehen. Im Jahre 2023 fehlen uns 40 Terawattstunden an elektrischer Energie. Das ist ungefähr die Hälfte des ganzen Verbrauchs. Wir müssen das Problem lösen. Also: Gehen wir in uns. Wir müssen vielleicht auf Gaskraftwerke setzen, um vorübergehend für alle Fälle eine sichere Energieversorgung zu haben. Anders geht es nicht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist die Politik der Staatsregierung!)

In dieser Hinsicht gehe ich mit Herrn Kollegen Aiwanger einher. Das ist so, und das weiß ich. Aber wir müssen uns trauen, das zu sagen. Das ist das Wichtigste.

Dann haben wir weitere Schwerpunkte. Die ganze Infrastruktur – Schienen, Straßen, Datennetzversorgung – hinkt hinterher. Herr Aiwanger hat selbst zugegeben, dass es in 900 von 2.056 bayerischen Gemeinden Netzlücken gibt. Das bedeutet, in 44 % aller Gemeinden gibt es keinen Mobilfunk. Das darf nicht sein. Allein diese Zahl belegt in aller Deutlichkeit Versäumnisse der Landesregierung auf dem Gebiet der Digitalisierung.

Wie haben es unsere Eltern und Großeltern geschafft, diese ganzen Strukturen aufzubauen, während wir nicht einmal in der Lage sind, diese zu erhalten und weiterzuent-

wickeln? Das kann doch wohl nicht wahr sein. Da kommt ein Problem auf uns zu, über das noch kein Mensch hier gesprochen oder jemals nachgedacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Das ist deswegen der Fall, weil es unter der Erde liegt. Die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung stammen zum Großteil aus den Sechzigerjahren, und sie zerbröseln. Nur weil wir darauf herumtrampeln und sie nicht sehen, interessiert uns das nicht? Wir haben eine Nitratverseuchung in den Städten, weil das Grundwasser dort verseuchter als auf dem Land ist, wo die Bauern immer gegängelt werden. Das kann doch nicht sein. Darum sollten wir uns einmal kümmern. Auch bei der Trinkwasserversorgung versickert ein Großteil des Wassers durch kaputte Rohre im Grund. Wer zahlt es? Die Bürger, weil sie die Versorgung bezahlen müssen. Auch das kann nicht richtig sein.

Jetzt zum Mittelstand: Gerade beim Mindestlohn und beim Arbeitsschutz nimmt die Bürokratie mittlerweile groteske Züge an, was uns gerade durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt wurde. Nahezu alle Dokumentationspflichten zeigen den Menschen, wie sehr ihnen die Politik misstraut. Aber wir erwarten von den Menschen, dass sie *uns* vertrauen. Das kann doch nicht sein. Geht es noch? Wir müssen daher Dokumentationspflichten einschränken, teilweise einfach abschaffen, Aufbewahrungsfristen verkürzen, Arbeitsstättenverordnungen entrümpeln. Wir müssen endlich die Ladenöffnungszeiten flexibilisieren. Wir haben dazu bereits einen Gesetzentwurf eingebracht.

(Beifall bei der FDP)

Ein Betreiber eines Geschäftes zahlt Miete für 168 Stunden in der Woche, darf aber nicht einmal die Hälfte dieser Zeit den Laden offen halten. Wenn sich aber ein Einzelhändler – das passiert im Moment – einen Automaten vor die Tür stellt, zum Beispiel ein Metzger, dann kann ich dort jeden Tag einkaufen. Der Metzger füllt samstags und

sonntags immer wieder diesen Automaten auf. Das geht. Das passt doch in der heutigen Zeit nicht mehr zusammen.

Auch bei den Steuern müssen wir dringend handeln. Die Menschen werden von Jahr zu Jahr stärker belastet, obwohl das Steueraufkommen einen Rekord nach dem anderen verzeichnet. Es wird Zeit für Steuerentlastungen.

Nun zu den Anträgen meiner Fraktion. Ich beziehe mich zunächst auf den Digitalbonus, was dankenswerterweise schon von Frau Karl vorgetragen worden ist. Wir möchten selbstverständlich, dass sich wieder etwas im Haushalt befindet. Wir wissen schließlich aus dem Petitionsausschuss, wie viele von diesen Anträgen nicht bearbeitet worden sind und 16 Monate liegen geblieben sind. Dann gibt es kein Geld mehr, und dann ist es vorbei. Das kann einfach nicht sein. Da muss eine deutliche Summe eingestellt werden. Wir haben 20 Millionen Euro gefordert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Duin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit. Es kommt noch eine Zwischenbemerkung.

Albert Duin (FDP): Es geht noch um die Zuschüsse für die Gaststätten auf dem flachen Land. Da müssen wir handeln. Wir kaufen uns mehr Bürokratie mit Geld. Wir geben Geld, erwarten dafür aber immer mehr Bürokratie.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Albert Duin (FDP): Bürokratie muss abgebaut werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen schönen Tag.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie können am Rednerpult stehen bleiben, Herr Duin. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Jürgen Baumgärtner von der CSU-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Kollege, Sie haben ganz plakativ die Staatsregierung bei der Frage der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung angegriffen und uns mitgeteilt, die Staatsregierung sei dafür verantwortlich. Ich frage Sie: Wer ist denn für Wasser und Abwasser verantwortlich?

Albert Duin (FDP): Eigentlich natürlich die Kommunen.

(Jürgen Baumgärtner (CSU): Herzlichen Glückwunsch!)

Das ist doch klar. Moment, Moment, wir finanzieren über Land immer mit. Wir finanzieren bei den Straßen und beim öffentlichen Nahverkehr mit. Alles finanzieren wir mit, auch das.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner (CSU))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Wir sprechen heute über den Einzelplan 07. Die Kolleginnen und Kollegen Vorredner haben schon eindrucksvoll aufgezeigt, wie es um den Freistaat Bayern bestellt ist: Wir haben die stärkste Wirtschaft, die geringste Kinder- und Altersarmut, die geringste Anzahl von Menschen, die soziale Hilfe empfangen, die geringste Arbeitslosenquote in Deutschland und, was bemerkenswert ist, die geringste Jugendarbeitslosigkeit Deutschlands, ja ganz Europas und vielleicht darüber hinaus. Was aber keiner gesagt hat, ist, wie bemerkenswert es ist, dass diese Entwicklung nicht nur in den Ballungsräumen wie München stattgefunden hat, sondern überall in Bayern, in allen sieben Regierungsbezirken und allen Bereichen.

Frau Karl, natürlich haben Sie und die anderen Vorredner recht, dass dies ein Verdienst der Wirtschaft und unserer Unternehmerinnen und Unternehmer ist, aber auch der fleißigen Menschen, die sich engagieren, die arbeiten, Wertschöpfung schaffen,

produktiv sind, Geld verdienen und natürlich am Ende des Tages Steuern bezahlen – Steuern, über die wir heute entscheiden.

Ich möchte aber schon feststellen – Herr Kollege Pohl, Sie haben es angesprochen –, dass dazu ein Stück weit mehr gehört, nämlich die politischen Rahmenbedingungen, die in Bayern anders sind. Deswegen kann sich bei uns die Wirtschaft besonders entwickeln und entfalten.

(Beifall bei der CSU)

Dass dies keine leere Worthülse ist, zeigt auch der Doppelhaushalt, über den wir heute reden. Das ist ein Haushalt der Superlative, nämlich in Höhe von 124,7 Milliarden Euro und das zum 14. bzw. 15. Mal in Folge ohne neue Verschuldung. Ich habe gestern und heute aufgepasst; das hat noch niemand angesprochen. Es werden Schulden abgebaut. Wir haben auf der einen Seite die niedrigste Zinsausgabenquote, auf der anderen Seite mit 13,7 % die höchste Investitionsquote. Auch da sind wir in Deutschland und darüber hinaus Benchmark.

Gleiches gilt für den Einzelplan 07, für den Wirtschaftshaushalt. Frau Karl, auch bei diesem Rekordhaushalt haben wir eine Steigerung; denn rund 2,4 Milliarden Euro sind in den Doppelhaushalt eingebracht. Das sind 155 Millionen Euro mehr. Auch hier haben wir eine Rekordinvestitionsquote von über 40 %, die sich zum Wohle der bayerischen Wirtschaft auswirkt und den angesprochenen Rahmenbedingungen zugrunde liegt.

Wenn Sie in den Einzelplan 07 schauen, werden Sie feststellen – Herr Kollege Herold hat es vorhin eindrucksvoll aufgezeigt –: Es ist ein ganzes Feuerwerk an wirtschaftspolitischen Inhalten und Zukunftsinitiativen für die Digitalisierung und für Innovationen. Ich nenne sie der Vollständigkeit halber nur kurz stichwortartig: Im Fokus stehen ganz klar unser Handwerk, unser Mittelstand und unsere Familienunternehmen, aber auch der Digitalbonus, die Initiative "Handwerk Innovativ", die Fachkräftesicherung mit der Erhöhung des Meisterbonus, "Elternstolz" und gleichwertige Förderungen für die be-

zufliche Bildung und Weiterbildung, ferner natürlich auch die Förderung von digitalen Gründerzentren in allen sieben Regierungsbezirken, also über ganz Bayern verteilt; zudem die weitere Fortführung der Cluster-Förderung und die Mobilfunkinitiative mit einem eigenen bayerischen Mobilfunkprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Duin, das gibt es nur in Bayern. Für diese Aufgabe ist eigentlich der Bund zuständig.

Angesprochen wurde auch die Tourismusoffensive. Herr Bergmüller, Bayern ist Tourismusland Nummer eins. Deswegen unterstützen wir unsere Hoteliers, Gastronomen und alle Beteiligten durch Digitalisierungsbeiträge. Sie haben vorher auch gesagt, damit gehe ein Wahlkampfgedöns unseres Ministerpräsidenten einher. Das ist ein Schmarrn, weil unser Minister Hubert Aiwanger am 17.05. genau dieses angekündigte Gaststättenmodernisierungsprogramm scharfschalten wird. Es kommt also wie versprochen; das Versprechen wird gehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht weiter um die Förderung der Forschungstechnologie, um die außeruniversitäre Forschung, die innovative und emsige Start-up-Szene, die wir im Gründerland Bayern unterstützen und weiterentwickeln wollen.

Ich musste vorhin vor allem deswegen ein bisschen schmunzeln, weil Sie im Nachgang unseren Kollegen belehrt haben. Sie haben über "Bavaria One", über die Luft- und Raumfahrtinitiative des Freistaats Bayern gelacht. Sie sagen, da gehe nichts, da komme nichts. Aber es ist genau umgekehrt: Auf diesem Gebiet werden sehr viele Initiativen gestartet, etwa auf der einen Seite in Bezug auf das elektrische Fliegen und auf der anderen Seite, nur schlaglichtartig genannt, das geplante Galileo-Kompetenzzentrum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Auch das Mega-Thema "künstliche Intelligenz" ist ein Steckenpferd. Auch auf dem Gebiet gibt es ein ganzes Feuerwerk: Campus der Sinne, vernetzte Mobilität, Institutsneubau mit Fraunhofer in Garching, natürlich das Zentrum für Telematik und vieles, vieles mehr.

Sprechen wir über die bayerische Wirtschaft, müssen wir auch über die Außenwirtschaft reden. Auch da ist Bayern sehr gut aufgestellt. Wir können versprechen, dass wir als Regierungsfraktion ganz klar ein Augenmerk darauf haben, dass unsere bayerische Außenwirtschaft mit ihren Repräsentanten überall in der Welt verteilt den nötigen Rückenwind bekommt, damit wir unsere Wirtschaft vor Ort und im Ausland unterstützen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kommen wir zur Wirtschaft: Die Eisheiligen sind unterwegs. Heute Morgen wurde von der "kalten Sophie" geredet. Die "kalte Sophie" ist ein Stück weit für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die wir haben, symptomatisch. Es gibt diverse Prognosen, die immer mehr abkühlen. Wir hatten Vertreter des ifo Instituts zu uns in den Wirtschaftsausschuss eingeladen; deren letzte Prognose geht von nur noch – nur noch! – 0,6 % Wirtschaftswachstum aus, das in Deutschland vermutet wird. Es gibt viele Ursachen dafür – es wurde angesprochen –, etwa natürlich die Weltpolitik. Auch der Brexit spielt eine Rolle.

Liebe Vorrednerinnen Frau Kollegin Karl und Frau Kollegin Fuchs, man soll den Ast nicht absägen, auf dem man sitzt. Das tun Sie exzellent, indem Sie mit Ihren ideologischen Äußerungen unsere Leitbranchen ständig kaputtreden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahlen sind dramatisch. Es wird über den Stellenabbau in der Automobilbranche, über die damit einhergehende Streichung von Schichten, über Produktionsverlagerungen gesprochen. Die OEMs verkünden rote Zahlen. Ich war erst in dieser Woche in einer entsprechenden Veranstaltung: Das Grundrauschen der Zulieferer ist mittlerweile deutlich hörbar. Es gilt auf der einen Seite, das Handeln der OEMs zu betrachten. Aber auf der anderen Seite führt die nachgelagerte ideologische Debatte, die wir uns hier in der öffentlichen Diskussion vor allem seitens der Opposition geleistet haben, bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern zu großen Problemen und Unsicherheiten; denn sie können nicht mehr so schnell oder gar nicht mehr reagieren und geraten unter Druck. Eine Unternehmerin, die in der Automobilbranche als Zulieferin tätig ist, hat mir in dieser Woche gesagt, sie habe mittlerweile schlaflose Nächte. Wir können froh sein, dass das Familienunternehmen sind, weil bei Familienunternehmen ein Stellenabbau die letzte Option ist, die mit Problemen einhergeht. Ansonsten würde die Welt ganz anders aussehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich müssen wir uns auf diesen Gebieten weiterentwickeln. Das ist keine Frage. Aber diese Hartnäckigkeit, dieses Auf-den-Knopf-Drücken, heute und morgen die Welt verändern zu wollen, das funktioniert nicht. Wir müssen die Themen technologieoffen und ökologisch, aber vor allem auch ökonomisch begleiten. Natürlich muss die gesamte Ökobilanz eine Rolle spielen. Da spielt der Diesel genauso wie andere Technologien, etwa die Brennstoffzelle, die synthetischen Kraftstoffe und was es hier auf dieser Welt alles gibt, eine Rolle. Wir müssen bitte damit sorgfältig und sensibel umgehen, damit wir die Technologie-Führerschaft unserer bayerischen und deutschen Leitbranche, der Automobilwirtschaft, weiter voranbringen. Ansonsten riskieren wir 500.000 und mehr Arbeitsplätze.

Ein weiterer Bereich, den ich noch ganz kurz streifen möchte, ist die Energie. Bayern agiert im Rahmen seiner Möglichkeiten. Natürlich liegen wir bei der Wasserkraft, der Solar- und Geothermie und bei der Biomasse an der Spitze. Über die Windenergie

wird immer diskutiert. Hier wird fälschlicherweise die 10-H-Regel wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Die 10-H-Regelung ist nicht das Problem. Mit der 10-H-Regelung können in Bayern nach wie vor Windräder gebaut werden.

(Zuruf von der SPD)

Vielleicht ist das Problem, dass wir ein Binnenstandort sind und so zu wenig Wind haben, also in der Wirtschaftlichkeit nicht konkurrenzfähig und bei den Ausschreibungen nicht dabei sind. Ich möchte aber heute auf dieses Thema nicht weiter eingehen, weil wir bei der Energie andere Themen ansprechen müssen. Aktuell haben wir 45 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, und das wird weitergehen.

Machen wir uns doch einmal über die großen Themen Gedanken. Der Atomausstieg war natürlich 2012 von der Gesellschaft gewollt, aber eine rein ethische Entscheidung. Wir stellen fest, dass es vermutlich damals wie heute kein wirkliches Konzept für diesen Ausstieg gegeben hat bzw. gibt mit der Konsequenz: Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat willkürlich und an anderer Stelle stattgefunden. Eine Diskussion über Leitungen hat gar nicht stattgefunden. Das hat zu großen Problemen geführt.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir haben uns für den Kohleausstieg entschieden, der langfristig vielleicht in Bezug auf CO₂ eine Rolle spielt. Aber Sie machen das wieder spontan, ad hoc und vermutlich wieder ohne Konzept. Während Sie sich Gedanken über die Sicherheit der Energieversorgung machen sollten, ist Ihr einziges Problem: Wie gehe ich mit einer 40-Milliarden-Euro-Gießkanne über Ost und West hinweg? Wie vergolde ich den Wind im Norden Deutschlands? Sie machen sich keine Gedanken darüber, wie es in Bayern um die Versorgungssicherheit bestellt ist – im Gegenteil, Sie nehmen billigend in Kauf, dass Bayern die Zeche zahlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für unsere Wirtschaft in Bayern ist es wichtig, dass wir über die Versorgungssicherheit, über die Bezahlbarkeit und über die Umweltverträglichkeit sprechen. All das ist infrage gestellt, Frau Kollegin Schulz.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Schulze!)

– Schulze! – Deutsche Unternehmen zahlen mittlerweile die höchsten Strompreise. Wacker Chemie stellt öffentlich die Standortfrage. Das ist nicht zum Lachen, nein, es ist traurig, dass Wacker Chemie diese Frage stellt. Also bitte nicht lachen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir brauchen dringend ein Energiekonzept auf Bundesebene, das alle Bundesländer einbindet, Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Sprechen wir also sowohl über den Wirtschaftsstandort Deutschland als auch über den Wirtschaftsstandort Bayern. Das Wirtschaftswachstum ist gedämpft; alle Länder um uns herum in Europa bauen kräftig Schulden ab. Wir verschlafen da gerade etwas. Hallo, wach werden! Wir sind aktuell ein Hochsteuerland. Wir wollen den Soli abschaffen; Sie wollen ihn nicht abschaffen. Meine Damen und Herren der Opposition, Sie stehen für die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer, die Grundsteuer und auch für die CO₂-Steuer. Bestimmt haben Sie noch viel mehr Ideen, wie man Steuern erhöht. Ich kann Ihnen nur entgegenhalten: Wer den wirtschaftlichen Niedergang Bayerns will, muss fleißig Steuern erhöhen, wie Sie das jetzt wollen.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU möchte das nicht. Ich habe es Ihnen bereits gesagt. Wir lehnen die von der SPD avisierte Grundsteuer ab. Wir bräuchten alleine dafür 2.000 zusätzliche Beamte. Wir fordern bei der Grundsteuer eine Länderöffnungsklausel, wir wollen den Soli abschaffen, und wir wollen vor allem, dass die Unternehmensteuern gesenkt werden.

Das kann nicht erst geschehen, wenn der Karren festgefahren ist, sondern es muss sofort geschehen, damit unsere Unternehmen wieder Luft zum Atmen haben, um investieren und gestalten zu können, damit die bayerische Wirtschaft weiter vorangebracht wird.

Noch ein letzter Punkt. Ich meine hier die Sozialdebatte, den Sozialneid. Es geht mir um die Motivation, die Sie hier darlegen. Ich kann nur den Kopf darüber schütteln. Wo führt das in Deutschland noch hin, in einer Welt, die immer absurder wird? – Unternehmen wie BMW enteignen, Dieselfahrer kalt enteignen, Immobilienbesitzer enteignen und was Ihnen da alles noch einfällt – glauben Sie, mit dieser Ideologie können Sie noch irgendjemanden dafür gewinnen, in Bayern zu investieren? – Kein Unternehmen, kein Mittelständler, kein Unternehmensgründer und auch kein Investor wird sich dazu bereitfinden. Sie erweisen mit Ihren Vorschlägen Deutschland und damit unserem Wohlstand einen riesigen Barendienst.

Meine Damen und Herren, Auftrag der Politik ist es nicht, den Menschen in Bayern zu schaden, sondern aktive, strategische Wirtschaftspolitik für Industrie, Mittelstand und Handwerk zu forcieren. Das heißt, Investitionen gerade bei eingetrübter Konjunktur anzukurbeln und wirtschaftsfreundlich zu denken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Sandro Kirchner (CSU): Es gilt, Steuern und Abgaben zu reduzieren, die Energieversorgung und die Verfügbarkeit von Fachkräften zu stärken und Bürokratie abzubauen. Das heißt, es gilt, die Spitzenposition Bayerns weiter zu stärken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Sie haben gleich noch mal Gelegenheit zu reden.

Sandro Kirchner (CSU): Im Freistaat Bayern geschieht das alles, und wenn Sie es nicht glauben, schauen Sie einmal den Einzelplan 07 an, dort ist das eindrucksvoll belegt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, Sie können am Rednerpult verbleiben. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Bergmüller von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte sehr.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Kollege Kirchner, danke für Ihre schönen Worte. Wenn Sie hier aber von Schmarrn reden, wie Sie es vorhin taten, frage ich Sie ganz konkret: Bestreiten Sie, dass der Herr Ministerpräsident am 22.04.2018 ein 30-Millionen-Förderprogramm für 2018 versprochen hat?

Zweite Frage: Kennen Sie die Förderbedingungen, die für das Gastro-Förderprogramm festgelegt sind, und wissen Sie, was die Regierung von Oberbayern für Investitionen verlangt?

Sandro Kirchner (CSU): Natürlich weiß ich das, genauso gut wie Sie. Sie sind ja auch Mitglied des Ausschusses. Wenn Sie den Kollegen Mannes mit einbinden würden, könnten Sie alles Nähere erfahren. Wenn Sie die Förderkonditionen näher ansehen wollen, finden Sie sie auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums. Dort sind die Kriterien belegt. Am 17.05. wird das scharfgeschaltet. Ich verstehe deshalb die Diskussion nicht; das ist ein ganz normales Förderkriterium, das mit gewissen Bedingungen verbunden ist. Im Übrigen, Herr Bergmüller: Wir alle sind Steuerzahler, und wenn Steuergelder für Förderungen und Investitionen bereitgestellt werden, hat man doch den Anspruch, dass gewisse Kriterien zugrunde gelegt werden. Und genau das findet hier statt. Insofern verstehe ich Ihre Nachfrage an dieser Stelle nicht.

(Alexander König (CSU): Das verlangt schon die Haushaltsordnung!)

Wollen Sie da einfach Gelder aus der Hüfte geschossen verteilen, oder was wollen Sie zugrunde legen?

Zur Aussage des Ministerpräsidenten nur Folgendes: Meine Aussage, dies sei ein Schmarrn, ist eins zu eins darauf zurückzuführen, dass Sie das Gaststättenmodernisierungsprogramm genannt haben. Der Ministerpräsident war zufällig bei mir in Bad Kissingen beim 1. Bayerischen Gastgebertag. Er hat dort genau dieses Programm angekündigt, und Minister Aiwanger hat es jetzt so weit gebracht, dass es nun scharfgeschaltet wird. Wenn Sie nun behaupten, dass unser Ministerpräsident irgendwelche Worthülsen in die Öffentlichkeit transportiert hätte, dann ist das ein Schmarrn.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Kollege Kirchner. Es gibt eine weitere Intervention. Dazu hat sich die Kollegin Karl gemeldet. Bitte, Frau Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Kirchner, Sie haben eben gesagt, Frau Fuchs und ich würden die Leitindustrien schlechtreden. Ich fordere Sie auf, mir einen Beleg vorzulegen, wo ich, Annette Karl, jemals die Leitindustrien schlechtgeredet hätte. Wenn Sie einen solchen Beleg nicht haben, bitte ich, von Ihren Behauptungen Abstand zu nehmen. Und kommen Sie mir bitte nicht mit irgendwelchen Aussagen von Jungsozialisten ohne jedes Mandat. Hier geht es um einen persönlichen Angriff gegen die Frau Fuchs und mich. Diesen weise ich zurück.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kirchner, bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Frau Kollegin Karl, ich schätze Sie sehr. Insofern werde ich an dieser Stelle ein Stück zurückrudern. Die Aussagen von Frau Fuchs lasse ich an dieser Stelle stehen, weil sie das in ihrer Rede explizit angesprochen hat. Ich schätze Sie im Ausschuss, Sie betrachten das dort sehr objektiv und nüchtern. Aber Sie spre-

chen in diesem Fall natürlich für sich als Frau Karl. Für die SPD und die Jungsozialisten, die den Sozialismus neu erfinden und für die Welt propagieren, bleibt diese Aussage bestehen. Und damit spreche ich die SPD insgesamt an.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Als nächste Rednerin hat sich Kollegin Stephanie Schuhknecht vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Bitte sehr.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister! Sehr geehrter Herr Kirchner, ich muss doch noch mal etwas zu Ihren Ausführungen sagen. Ich finde es faszinierend, wie es die CSU schafft, die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene immer irgendwie zu vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist für mich immer wieder spannend.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das nur zum Einstieg. – Erst vergangene Woche habe ich mich mit einem Gründer eines sehr jungen Start-ups getroffen. Seine Idee ist ganz einfach. Beim Buchen von Urlaubsreisen sollte man nebenher Bäume pflanzen. 60.000 Bäume hat er bereits auf mehreren Kontinenten gepflanzt. Noch ist er Einzelkämpfer. Er investiert 100 % seiner Provisionseinnahmen in Bäume.

Und nun kommt das Problem: Sein Erfolg zwingt ihn dazu, eine GmbH zu gründen und dafür braucht er Geld und Know-how. Blickt man nun in den bayerischen Staatshaushalt, dann finden sich vielfältige Finanztöpfe und Programme zur Förderung und Unterstützung von Existenzgründern und Start-ups. Aber diese Flut an Fördermöglichkeiten stellt auch eine große Hürde für innovative und gründungswillige Menschen dar.

Die entsprechenden Informationsseiten im Netz sind sehr unübersichtlich. Es gibt zum Beispiel eine Seite des bayerischen Wirtschaftsministeriums, dort gibt es Links auf die Seite "Gründerland Bayern" und von dort wird man wieder zurückgelinkt zum Wirtschaftsministerium. Dann gibt es die BayStartUp GmbH, die Bayern Kapital GmbH, die LfA sowie die Bezirksregierungen, wo die Förderanträge gestellt werden können.

(Alexander König (CSU): Kollegin, Sie sollten mal ins Ministerium gehen und sich dort beraten lassen!)

Wer soll da noch durchblicken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gründerinnen und Gründer wünschen sich in erster Linie den Abbau von Bürokratiehürden. Aber sie scheitern schon allein bei der Information über Förderung und Unterstützungsmöglichkeiten.

Existenzgründungen sind das Lebenselixier einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Sie sorgen für frischen Wettbewerb in seiner kostbarsten Form, nämlich den Wettbewerb um die besten Ideen. Neue Unternehmen sind häufig innovativ; sie erhöhen den Druck auf etablierte Firmen, in Forschung und Entwicklung zu investieren, und sie schaffen Arbeitsplätze. 4,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs allein zwischen 2003 und 2015! Was wir also brauchen, sind klar definierte Ansprechpartner. Aber sie sind eben im Ministerium nicht klar, weil man von außen her nicht weiß, wohin man gehen muss. Man braucht eine zielgerichtete Beratung und leicht auffindbare und leicht zu beantragende Förderprogramme. Was wir nicht brauchen, ist Homepage-Wirrwarr und ein stapeldicker Formulkrieg mit den Behörden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders schwer haben es übrigens Start-ups, die eine soziale oder ökologische Innovation als Grundlage haben. In der Sendung "Die Höhle der Löwen" kommt spätestens als zweite Frage: Wie stark skalierbar ist Ihre Geschäftsidee? Wenn man da nicht

theoretisch "unendlich" antworten konnte, hatte man es verdammt schwer, einen Deal zu bekommen. Gerade Sozialunternehmen und grüne Start-ups sind nicht unendlich skalierbar, weil es primär um den sozialen und ökologischen Nutzen geht und erst in zweiter Linie um den Profit.

Würden die Lösungen der über 1.700 Sozialunternehmer in Deutschland systematisch genutzt und besser in bestehende Systeme integriert, ergäbe sich ein wirtschaftlicher Nutzen mit Milliardenpotenzial. Das ergibt eine gemeinsame Studie von Ashoka und McKinsey. Die Ergebnisse zeigen, dass Social Entrepreneurs eine wichtige Rolle bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen spielen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Evaluation aller bayerischen Förderprogramme für Start-ups. Zielsetzungen und Wirkungsindikatoren für ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit müssen endlich ausdrücklich aufgenommen und die Förderprogramme entsprechend angepasst werden.

Herr Aiwanger, es ehrt Sie, dass Sie angekündigt haben, die Wirtshäuser in Bayern stärker zu fördern. Auch in Bayern gibt es gerade auf dem Land viele Gründer und Gründerinnen, die ein hohes wirtschaftliches Risiko eingehen. Was Bayern aber wirklich braucht, ist die gezielte Förderung von kreativen Gründungsideen, die die Zukunftsprobleme angehen. Vielleicht geht Ihnen, Herr Minister, bei der nächsten Halben Bier im Wirtshaus ein Licht auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag liest sich sehr geschäftig. Hier ist von dem Gründerland Bayern die Rede. Er spricht auch davon, Existenzgründungsprogramme auszubauen und Information und Transparenz für Fördermöglichkeiten zu verbessern. Existenzgründer sollen von unnötiger Bürokratie befreit werden. Wer kann solchen Vorhaben widersprechen? – Leider sind diese Vorhaben sehr vage und unkonkret, und sie lassen sich in Ihrem Entwurf zum Doppelhaushalt kaum finden. Die Staatsregierung lässt offensichtlich die am Beginn eines Booms stehende Start-up-Szene im Bereich der Technologie und Digitalisierung gelangweilt am ausgestreckten Arm verhungern. Wegweisende Faktoren für Bayern als Gründerland sind neben einer optimalen digitalen und logistischen Infrastruktur personell und technologisch optimal ausgestattete Universitäten sowie eine radikale Abspeckung der Bürokratie und ausreichende Kapitalausstattung für alle Phasen der Unternehmensgründung. Laut Branchendaten des Bundesverbands Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften gingen das Fundraising und die Investition durch Private Equity 2018 im Vergleich zu 2017 zurück. In Bayern wurde weniger investiert als in Baden-Württemberg, Berlin oder Hessen.

Geld für frühe Phasen gibt es zwar mittlerweile mehr; doch die Kapitalausstattung für nachhaltiges Wachstum ist mangelhaft. So leidet Bayerns Gründerszene nach wie vor an finanzieller Auszehrung, weil Förderungen und Wagniskapital eben nicht nur in Frühphasen benötigt werden, sondern Spätphaseninvestitionen mindestens genauso gestärkt werden müssen, damit vielversprechenden Ideen und Ausgründungen nicht die Finanzmittel ausgehen. Unternehmensgründer brauchen die richtigen Rahmenbedingungen. Versäumt die Politik die aktive und vorausschauende Gestaltung einer gründerfreundlichen Umgebung, flüchten die Gründer, und Bayern versäumt es, strategisch wichtige Branchen anzusiedeln. Dies gilt insbesondere in Zeiten einer industriellen Revolution, wie wir sie durch Industrie 4.0 und durch künstliche Intelligenz in den nächsten Jahren erleben werden. Noch hat Bayern die Chance, hier mit konkreten Maßnahmen weltweit aufzuholen und deutschlandweit voranzugehen.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen, was dringend erforderlich ist: Eine Entbürokratisierung von Firmengründungen, die einen Tag dauern sollen. Hochschulen brauchen mehr Gestaltungsspielraum. Investitionen müssen dort schnell umgesetzt werden. Die Anschlussfinanzierung muss verbessert werden mittels eines eigenständigen Regelwerks für ein Wagniskapitalfördergesetz. Die Staatsregierung sollte ihre finanzielle Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen deutlich aufstocken. In unserem Antrag, den wir heute gestellt haben, empfehlen wir eine Verachtfa-
chung. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal muss ich dem Kollegen Kirchner meinen vollen Respekt zollen. Seine Ausführungen zum fehlenden Energiekonzept gehören tatsächlich zum Stärksten, was ich zu dem Thema von einem Oppositionspolitiker in diesem Haus in der letzten Zeit vernommen habe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, sehr gut! – Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer ist denn eigentlich zuständig für ein energiepolitisches Konzept und für ein Konzept für die Organisation der Energiewende in Bayern?

(Volkmar Halbleib (SPD): Gute Frage!)

– Das ist ja wohl die Bayerische Staatsregierung! Bayern ist ein Industriestandort, an dem sich die Energiewende mit Sicherheit nicht durch im Wald zusammengeklautbes Holz, eine der vielen Ideen des Wirtschaftsministers, organisieren lässt, sondern da sind ganz andere Maßnahmen erforderlich. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, diesen Industriestandort weiter zu entwickeln und die Arbeitsplätze zu erhalten, vor dem Hintergrund der Umwelt-, der Ressourcen- und der Klimaprobleme, die auf uns

zukommen, brauchen wir Grundsätze für eine zukunftsorientierte bayerische Energiepolitik:

(Beifall bei der SPD)

Sparsamkeit und Energieeffizienz, CO₂-neutrale Energieerzeugung, den vorhandenen Energieverbrauch und CO₂-Emissionen eindämmen, den sinnvollen Mix an CO₂-neutralen Energiequellen zur Energieversorgung sicherstellen und die Schaffung eines leistungsfähigen Verteilernetzes. Wenn man sich die Diskussion in diesem Haus und vor allem die Äußerungen aus dem Wirtschaftsministerium in den letzten Monaten anschaut, stellt man fest: Die Staatsregierung hat dafür keinen Plan. Am orientierungslosesten ist in diesem Fall der Wirtschaftsminister, auch wenn er jede Woche eine andere Idee hat. Es wundert mich gar nicht, Kolleginnen und Kollegen, dass sich der Kollege Pohl in seiner Rede so massiv dagegen gewehrt hat, Vorgaben oder Ziele zu definieren. Bei dem Wirtschaftsminister ist das kein Wunder. Am Ende hätte man dann noch etwas in der öffentlichen Debatte, woran man sich messen lassen müsste.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Haben Sie mir zugehört?)

Das kommt Ihnen natürlich gar nicht entgegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Was Sie Energiepolitik nennen, ist vor allem Verhinderungspolitik: Verhinderung der Windkraft, Verhinderung von Stromtrassen, keine Position zu Nord Stream 2

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lesen Sie den Bericht!)

und keine Konzeption für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung für den Industriestandort Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die Trennung des Landes – das ist noch gar nicht zur Sprache gekommen – in zwei Strompreiszonen mit massiven Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern und für unsere Industrie nehmen Sie damit billigend in Kauf. Auch da, wo der Freistaat die Energiewende in den Regionen und Kommunen tatsächlich mit wenigen Mitteln bei der Organisation wirklich flächendeckender Energienutzungspläne, die die Voraussetzung für die Energiewende darstellen, besser fördern könnte, stellen Sie noch nicht einmal die notwendigen Mittel zur Verfügung. Das Gleiche betrifft die Mittel für das 10.000-Häuser-Programm. Energieeffizienz und CO₂-Neutralität sind eine große Aufgabe beim Thema "Bauen und Wohnen". Deshalb ist die Reduzierung dieser Mittel, wie Sie von der Bayerischen Staatsregierung vorgesehen ist, genau das falsche Signal und genau der falsche Weg. Es ist wichtig, dass Bauherinnen und Bauherren für den Neubau oder die Sanierung ausreichend Förderung bekommen und dass diese Gelder unbürokratisch und niederschwellig ausgereicht werden.

Kolleginnen und Kollegen, gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Energiewende und des Umbaus der Energieerzeugung in Bayern ist das, was uns heute vorgelegt worden ist, alles andere als ein Zukunftshaushalt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit?

Florian Ritter (SPD): Es gäbe aber nichts Dringenderes, um in Bayern sowohl Wohlstand als auch Arbeitsplätze und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte, Herr Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Ritter, ich möchte jetzt gar nicht lospoltern, weil ich denke, zu dem Thema Energie werden wir uns noch sehr ausführlich unterhalten, vor allem auch weil der Energiedialog noch stattfindet. Ich möchte Ihnen aber vor Augen halten, dass Sie meinen Redebeitrag nicht verdrehen sollten. Ich habe ganz klar darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern und die Bayerische Staatsregierung ihren Gestaltungsspielraum haben, um Energiepolitik zu steuern und zu lenken, dass aber viele Themen übergeordnet zu sehen sind und dass da die Bundesebene gefordert ist. Ich will Ihnen nur kurz vor Augen führen, wer auf der Bundesebene aktiv ist. Da sind natürlich Sie als Regierungspartei mit Ihrer Bundesumweltministerin an vorderster Front dabei,

(Unruhe bei der SPD)

aber auch die vielen Bundesländer, an deren Regierungen Sie in vielfältiger Form beteiligt sind, wenn der Bundesrat die Rahmenbedingungen festlegt. Darüber müssen wir uns ausführlich unterhalten. Da bin ich eher der Meinung, dass Sie den Ball ein bisschen flach halten sollten, bevor Sie einen Steilpass spielen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie aber erst recht! Ausstieg aus der Kernenergie! – Weitere Zurufe von der SPD)

Den zweiten Punkt, den ich ansprechen wollte, führe ich direkter aus. Wir haben in der letzten Periode

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Sandro Kirchner – –

Sandro Kirchner (CSU): das 10.000-Häuser-Programm eingeführt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kirchner, wir haben nur noch eine Minute Zeit für die Zwischenbemerkung.

Sandro Kirchner (CSU): Wenn ich nicht unterbrochen würde, hätte ich auch Zeit zu reden. – Wir hatten in der Legislaturperiode das 10.000-Häuser-Programm eingeführt.

Ich glaube, Ihre Fraktion hat tausend Gründe gewusst, warum das schlecht ist und warum man es nicht braucht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Weil Sie Ölheizungen gefördert haben, das war das Problem!)

Es war ein toller Erfolg des Freistaates Bayern. Wenn Sie die energetische Gebäudesanierung unterstützen wollen, dann blockieren Sie nicht auf Bundesebene die Steuerentlastung hierfür. Dann könnten wir viel erreichen, ohne etwas anderes tun zu müssen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kirchner, vielen Dank. – Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Ich stelle fest, Herr Kollege Kirchner ist da, wo es ihm hineinpasst, nämlich im Bund, in der Regierung und da, wo es ihm nicht hineinpasst, ist er in der Opposition. So einfach kann man es sich am Ende aber nicht machen.

(Beifall bei der SPD – Sandro Kirchner (CSU): Tolle Antwort!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Zwanziger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Durch die Fridays-for-Future-Bewegung ist die Energie- und Klimapolitik ganz oben in den Newstickern und in den Regierungsreden angekommen. Wenn man sich aber den Haushalt anschaut, dann tun sich große Lücken auf. Zur Beseitigung der schlimmsten Folgen des Klimawandels, auch bei uns – Überschwemmungen, Dürre, Schäden in der Landwirtschaft, Schäden in den Wäldern –, wird seit Jahren mehr Geld eingestellt als für vorbeugenden Klimaschutz oder für vorausschauende Politik. Unsere Anträge zum Klimaschutz wurden allesamt abgelehnt.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Schauen Sie doch mal aus dem Fenster!)

Beherzte Investitionen in die energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden, von kommunalen Gebäuden gibt es nicht. Sie kürzen sogar. Kommunale Klimaschutzmanager, regionale Energieagenturen, Nahwärmenetze und vieles mehr, das wäre vorausschauende Politik. Das ist grüne Politik, die die Herausforderung der Zukunft anpackt. Das sind Vorschläge, die für die nächste Generation Chancen ermöglichen. Sie haben aber alles abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Landesentwicklung: Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land zu schaffen und zu fördern, das ist der klare Auftrag des Artikels 3 der Bayerischen Verfassung. An diesem Verfassungsauftrag werden wir Sie messen. Wer, wenn nicht Sie, Herr Aiwanger, muss sich als der zuständige Minister diesen Verfassungsgrundsatz hinter die Ohren schreiben?

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Statt zu gestalten, gehen Sie lieber den Weg des geringsten Widerstandes. Die Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" legte beispielsweise gute Vorschläge vor. Da waren auch etliche Kollegen dabei. Dazu gehört zum Beispiel verstärkte Forschung zu den Indikatoren für die Gleichwertigkeit. Aber unser Haushaltsantrag dazu wurde abgelehnt. Oder schauen wir die Stärken der Regionalen Planungsverbände an: Auch da besteht eine schwarz-orange Blockade. Dabei könnten Regionale Planungsverbände als Zusammenschlüsse der Gemeinden und Landkreise die interkommunale Zusammenarbeit fördern und das Konkurrenzdenken bei der Siedlungsentwicklung überwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatssekretär Roland Weigert: Die Förderung erfolgt doch bereits!)

– Aber die deutliche Erhöhung, die Stärkung haben Sie abgelehnt. Das können wir festhalten. Oder gehen wir auf die kommunale Ebene: Kommunale Flächenmanager,

die Baulücken, Leerstände und andere innerörtliche Baupotenziale erheben und mit den Eigentümern Kontakt aufnehmen, um die Potenziale zu heben – abgelehnt. Landesweite Forschung, Regionale Planungsverbände oder die kommunalen Flächenmanager – auf allen Ebenen verweigern Sie sich selbst das Handwerkszeug, um dem Verfassungsauftrag ordentlich nachzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): Genau!)

Von einer guten Landespolitik erwarte ich mehr. Ich erwarte mehr Ausgleich zwischen den Interessen. Ich erwarte, geballtes Wissen, beispielweise bei der Akademie Ländlicher Raum, abzurufen und das in konkrete Politik zu übersetzen. Ich erwarte einen Minister, der Lösungsvorschläge macht, statt die Verantwortung allein auf die Kommunen abzuwälzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): So ist es! – Zuruf des Staatssekretärs Roland Weigert)

Herr Aiwanger, bisher warte ich vergeblich. Machen Sie sich auf den Weg, gehen Sie nicht immer nur den Weg des geringsten Widerstandes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Prof. Dr. Hahn gemeldet. Herr Prof. Dr. Hahn, bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Zwanziger, Sie versäumen es nicht, wieder den Klimawandel anzusprechen. Allerdings hat man den Eindruck, wenn es ein bisschen wärmer ist, dann wird sofort der Klimawandel thematisiert, und zwar gemeinsam mit der Presse, die mit Ihnen zusammen argumentiert. Wenn wir jetzt aber den kältesten Maianfang seit vielen, vielen Jahren haben, dann hört man dazu immer nur ganz allgemeine Sachen.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Zwanziger, bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Hahn, Sie haben die Zwischenrufe gehört. Denen kann ich mich nur anschließen. Wetter ist nicht gleich Klima. Sie müssten das doch aufgrund Ihrer Professur am besten wissen. Wie man den Klimawandel immer noch leugnen kann, verstehe ich nicht. Deshalb: Wetter ist kein Klima!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Seidl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, verehrte Kollegen! Prometheus hasste aber die Freiheit und Eigenständigkeit der Menschen. – Entschuldigung. – Prometheus brachte den Menschen das Feuer. Die Götter hassten aber die Freiheit und Eigenständigkeit der Menschen. Zur Strafe schmiedeten sie Prometheus an den Kaukasus. – Deutschland und gerade Bayern brüsten sich gerne mit der Rolle eines Hochtechnologiestandortes. In vielen Bereichen stimmt das leider nicht mehr. Verschiedene Gründe führten zu schildbürgerstreichgleichen Entwicklungen, wie die BER-Lachnummer – Berlin Airport – oder die globale Kopfschüttel-Selbstkasteiungsnummer Energiewende.

(Florian von Brunn (SPD): Dass gerade Sie griechische Sagen zitieren!)

In zu wenigen Bereichen wird der Anspruch eines Standorts für Hochtechnologieentwicklung erfüllt. Aber es gibt Innovationen, die eine besondere Förderung verdienen.

Unweit von hier, keine 16 Kilometer Luftlinie entfernt, sitzen Wissenschaftler der Technischen Universität München in Garching. Es sind unter anderem Mitglieder des Instituts für Festkörper-Kernphysik Berlin. Dieses Institut beschäftigt sich mit Reaktortypen

der IV. Generation. Sie haben einen Verwertungsreaktor für Atom Müll konzipiert. Atom Müll, den wir unseren Nachkommen auf Zehntausende von Jahren zur Last legen, könnte durch die Verwertung im Dual Fluid Reaktor – DFR – auf schwach und kurz strahlende Isotope von nur 300 Jahren Aktivität abgebrannt werden. Die konstruktiv-inhärente Sicherheit stellt ihn auf eine Stufe mit Gas- oder Kohlekraftwerken. Von den vielfältigen industriellen Nutzungsmöglichkeiten will ich hier nur auf die Fähigkeit des CO₂-Recyclings durch Treibstoffsynthese hinweisen. Solche Konzepte brauchen unsere Unterstützung. Sie müssen weiter erforscht und entwickelt werden. Sonst bleiben die Sonntagsreden über den Hochtechnologiestandort Bayern reine Makulatur. Wir schlagen daher vor, 50 Millionen Euro für die Weiterentwicklung und die Erforschung des DFR-Konzeptes im Haushalt freizumachen.

So wird Bayern wieder Spitzenreiter einer gefragten Zukunftstechnologie. Wir dürfen kein zweites Mal einen Transrapid ungenutzt davonfahren lassen. Hören wir auf, Götter sein zu wollen. Befreien wir Prometheus! Lassen Sie uns sehen, was er den Menschen sonst noch bringen kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu Wort gemeldet hat sich nun der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Bitte schön, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren Politiker! Ich werde mich nicht in Details verlieren, das haben schon viele Vorredner getan. Ich werde aber in der Kürze der Zeit ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen.

Volkswirtschaft ist Wirtschaften für das Volk. Hans Herold von der CSU versteht darunter die soziale Marktwirtschaft – da hat er sicherlich recht –, aber keine Staatswirtschaft. Da frage ich mich aber: Wo bleibt in so einer sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie derzeit erleben, die Daseinsvorsorge? – Ich greife ein paar Punkte heraus: Wohnen, Energie, gesundes Leben, Lebensmittel, Gesundheitsvorsorge. Das sind Eck-

punkte für die Grundlagen für das Leben des Volkes. Ob die Sozialwirtschaft der derzeitigen Prägung das hergibt oder ob diese Marktwirtschaft vielleicht den Profit überbetont und übertreibt, das ist die Frage. Wenn das aber der Fall ist, dann muss der Staat handeln. Er muss handeln in der Weise, dass er sozialen Wohnungsbau betreibt und nicht Sozialwohnungen veräußert oder privatisiert. Bayern geht diesen Weg immer wieder.

Bei der Energieversorgung muss die Stromversorgung gewährleistet sein. Wenn ein paar Black Nights oder Days in Bayern passieren, dann werden wir merken, was das bedeutet. Ein würdevolles Leben in unseren Wohnungen ist dann nämlich nicht mehr möglich, weil wir auf Strom zwingend angewiesen sind. Das ist eine Basis für die Daseinsvorsorge.

Gesunde Lebensmittel: Junkfood, Suppenküchen und solche Einrichtungen nichtstaatlicher Art sind nicht die Lösung. Sie sehen, unsere Menschen werden immer dicker, in Bayern wie auch anderswo. Dagegen muss man etwas tun. Ein guter Politiker aus Bayern hat einmal gesagt: Jemand, der krank ist, muss das bekommen, was er braucht, um wieder gesund zu werden. – Was ist daraus geworden? Viele Krankenhäuser wurden privatisiert; über 60 % sollen es schon sein. Die Preisspirale im Gesundheitswesen erkennen wir, wenn wir in eine Apotheke gehen. Das ist keine Lösung, die ich als soziale Marktwirtschaft beschreiben würde.

Warum geht Bayern diesen Weg? Mir ist das klar: Bayern will die Privatwirtschaft stärken. Das ist gut und richtig so. Die Politik muss aber auch darauf schauen, dass die Privatwirtschaft das Richtige tut. Wenn Sie sehen wollen, wohin es führen kann, wenn das nicht der Fall ist, dann gehen Sie nach München: Gettos für Reiche! Oder schauen Sie in den Freistaat Bayern: Billiglohn! Das ist bei uns überhaupt nicht anders als anderswo, lieber Hans Herold. Schauen Sie sich die Brennpunktviertel bayerischer Städte an: Die soziale Armut ist sichtbar; sie schlägt Ihnen im öffentlichen Raum entgegen. Was also bedeutet es für Bayern, wenn wir das weltweit beste Bruttosozialpro-

dukt und die geringste Arbeitslosenquote – 1,8 % – aufweisen? Es bedeutet Gutes und Schönes, aber leider Gottes nicht für alle Bayern.

Verehrte Parlamentarier, die Grundversorgung für alle mit den wichtigen Gütern ist von großer Bedeutung. Klappt das nicht, weil die Wirtschaft nicht für das Volk wirtschaftet, sondern für die Reichen und Schönen, dann muss der Staat handeln. Politiker müssen steuern, möglicherweise umsteuern und die Weichen richtig stellen. Tun Sie also bitte das Richtige, meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem Haushalt steckt schon viel Richtiges. Aber gehen Sie nicht den Weg der Gewinnmaximierung oder der Gewinntransferierung an Shareholder irgendwo im Ausland! Sorgen Sie für einen guten bayerischen Mittelstand, damit die Lebensgrundlagen hier in Bayern erhalten bleiben! – Das wären vor dem Hintergrund dieses Haushalts meine Bitte und mein Appell.

Weiterhin gutes Gelingen bei der Diskussion sowie gute und richtige Entscheidungen!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger. Bitte schön.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über den Wirtschaftsstandort Bayern. Im Vordergrund stehen die Fragen: Wo stehen wir? Wohin wollen wir? Wie stellen wir in den nächsten zwei Jahren die Weichen richtig?

Zunächst einmal ist es wichtig festzuhalten, dass Bayern mit einer Arbeitslosenquote von unter 3 % vergleichsweise gut dasteht. Dem Bundestrend zum Trotz steigen die Steuereinnahmen in Bayern weiter deutlich an, sodass Luft für Innovationen – richtige Innovationen – besteht. Wir stellen fest, dass das Arbeitsmarktklima in Bayern weitgehend in Ordnung ist. Wir erkennen aber auch, dass – teilweise aufgrund internationaler Rahmenbedingungen, teilweise aufgrund nationaler Rahmenbedingungen, teilwei-

se auch aufgrund der spezifischen Lage in Bayern – unsere gute Situation in Gefahr ist.

Beginnen wir mit Letzterem. Bayern hatte bis dato durch die Nutzung der Atomenergie eine sichere energiepolitische Ausgangslage; diese dreht sich jetzt. Wir müssen aufpassen, dass wir aus der Situation der Selbstversorgung heraus nicht in eine Falle geraten. Das wäre der Fall, wenn wir in Bayern energiepolitisch die Letzten in der Kette wären, nur noch an Nabelschnüren hingen und die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleisten könnten. Wir begegnen dieser Gefahr.

Eine Lösung ist, dass wir die zunehmenden Versorgungslücken durch mehr Gaskraft abfangen. Das müssen wir tun; wir sind schon dabei. In Irsching werden netztechnische Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, um 300 MW als Puffer aufzubauen; weitere 300 MW sollen zeitnah hinzukommen. Ich bin hierzu in engem Kontakt mit der Bundespolitik.

Diese Maßnahmen reichen aber nicht aus. Wir brauchen weitere Gaskraft im Süden. Eine Möglichkeit wäre der Aufbau von Reservekraftwerken entsprechend einem Kapazitätsmechanismus. Ich hoffe, dass die Bundespolitik mitgeht, bin mir aber nicht sicher. Geht sie nicht mit, müssen wir – das wäre dann die sinnvollste Lösung – bei den großen Stromabnehmern in den Kommunen viele dezentrale Blockheizkraftwerke aufstellen. Das können 10-MW-Anlagen oder 20-MW-Anlagen sein. Die Stadtwerke München arbeiten jetzt sogar mit einer 100-MW-Anlage, das heißt zweimal 50 MW. Auf diese Weise gelingt es, in der Fläche verteilt die Grundlast abzudecken.

Ich bin der Überzeugung, dass der Bund momentan noch nicht weiß, wohin er energiepolitisch will, und Weichen massiv falsch stellt. An dieser Stelle folgt – ich traue mich, es zu sagen – die große Anklage an die SPD-geführten Länder, die ihre Kohlestandorte verteidigen. Das führt dazu, dass die etwa 40 Milliarden Euro, die zur Abfederung der Folgen des Kohleausstiegs bereitgestellt werden, unter dem Deckmantel der Energiepolitik für Maßnahmen der Strukturpolitik verwendet werden. In struktur-

schwache Länder fließen unter der Überschrift "Energiewende" Milliarden – mit diesen Mitteln werden dort sogar neue Turnhallenböden finanziert –, während in Bayern zu wenig Geld für den Grundlastausbau ankommt. Ich wiederhole meinen Appell an die SPD: Bevor Sie sich über mich lustig machen, weil ich in Bayern die Energiekapazität von Holz stärker ins Spiel bringen will, sollten Sie sich lieber bei Ihren SPD-Kollegen darum kümmern, dass die Energiemilliarden im bayerischen Kapazitätsmarkt zur Abdeckung der bayerischen Grundlast ankommen und nicht nur in nord- und ostdeutsche Turnhallenböden fließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Auch das Thema Trassen sei kurz erwähnt. Die Realisierung der Trassen SuedLink und SuedOstLink wird etwa im Jahr 2027 für möglich gehalten. Wir reden also über einen Zeitraum von sieben oder acht Jahren, nicht von morgen oder übermorgen. Einige scheinen zu vermuten, Herr Aiwanger brauche nur auf ein Knöpfchen zu drücken, und dann wäre der Strom da. Nein, in Berlin und in Bayern werden sich an anderer Stelle noch viele den Kopf zerbrechen müssen, weil wir noch viele Probleme aus dem Weg zu räumen haben.

Ich will es auf den Punkt bringen: Ich wäre als bayerischer Wirtschaftsminister fehl am Platz, wenn ich mich zurücklehnen und sagen würde: Es kommen eh die Trassen, dann sind die Probleme gelöst. – Nein, die Probleme müssen deutlich vorher gelöst werden! Ein Erfordernis ist die Schaffung von mehr Kapazitäten für die Abdeckung der Grundlast. Zudem bedarf es eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien in Bayern. Wir gehen jetzt massiv in die Solarförderung hinein, das heißt in die Förderung von Speichern in Kombination mit Solaranlagen. Auch an dieser Stelle geht unsere Bitte an den Bund, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass der Eigenverbrauch von Strom deutlich besser möglich wird als derzeit. Auch größere Dächer sollten mit Photovoltaikanlagen bestückt werden können und nicht leer stehen. Entweder zahlen wir als Eigenerzeuger EEG-Umlage oder die Anlage wird nicht gebaut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Auch hier muss der Bund liefern. Ich bin massiv dran am Bund, damit auch die KWK-Situation verbessert wird und über 2024/2025 hinaus – mindestens bis 2030 – Planungssicherheit besteht. Die Rahmenbedingungen sind so zu verbessern, dass die Kraft-Wärme-Koppelung breite Anwendung findet. Dann hätten wir im Prinzip unsere Gaskraft im Süden, ob es drei große Gaskraftwerke, 300 kleinere oder 3.000 sehr kleine wären. Der Grundsatz lautet: Je kleiner und dezentraler, desto besser. Aber es muss etwas kommen. Ich wiederhole meinen großen Appell an die CSU und die SPD im Bund: Liefert uns hier ordentliche Rahmenbedingungen, damit die Energiewende in Bayern überhaupt gelingen kann!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sind dennoch der Überzeugung, dass wir im Energiebereich in Bayern einiges tun können. Ich sage wieder an die Adresse von Rot-Grün: Anstatt immer mehr Wälder quasi stillzulegen und das Holz verfaulen zu lassen, sollten wir die thermischen Kapazitäten des Energieträgers Holz deutlich ausweiten. Wir haben die Richtlinie BioKlima, um die Hackschnitzeltechnik wieder ins Spiel zu bringen. Wir wollen deutlich mehr Pellet- und Brennholzheizungen. Bayern ist Holzland. Wir wären vom Affen gebissen, wenn wir bei uns alles stilllegten und verfaulen ließen, aber gleichzeitig hoffen würden, dass von außen der Braunkohlestrom kommt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sind in Bayern dran, unsere gute Substanz zu stärken. Das ist der Mittelstand, das sind die exportorientierten Großkonzerne. Jawohl, wir müssen sie alle mitnehmen. Ich danke in diesem Zusammenhang auch allen Verbänden aus dem Bereich des Mittelstandes – seien es die IHKs, seien es die Handwerkskammern und viele mehr –, die uns helfen, das Handwerk in Bayern noch stärker aufzustellen. Dort entscheidet Innovation über die Zukunft. Ich will meine heutige Rede gern unter die Überschrift stellen: Substanzerhalt und Substanzausbau durch Innovation! Jawohl, wir sind schon gut,

aber wir sind nicht überall an der Spitze, und wir verlieren Spitzenpositionen, wenn wir nicht noch besser werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz sehe ich ganz eindeutig die Schlüssel für Zukunftsprojekte. Ich bin immer wieder über das Handwerk erstaunt, wenn ich draußen unterwegs bin und 60- oder 65-jährige Handwerksmeister treffe, die mir von künstlicher Intelligenz, Blockchain und Digitalisierung vorschwärmen. Die sind vorne mit dabei, die sind unterwegs. Auch die Start-ups sind unterwegs. Dazu werde ich auch noch ein paar Sätze sagen. Digitalisierung und künstliche Intelligenz sind in der Breite der Wirtschaft angekommen. Wir tun alles, was wir dazu tun können. Wir haben den Digitalbonus. Wir setzen auf sieben neue digitale Gründerzentren. Wir setzen auf Technologie und Förderzentren. Wir setzen auf Forschung im Bereich von künstlicher Intelligenz und Blockchain.

Danke an den Ministerpräsidenten dafür, dass wir das Thema Digitalisierung im Rahmen eines Kabinettsbeschlusses neu aufsetzen konnten. Wir wollen uns von internationalen Partnern evaluieren und nach vorne bringen lassen. Bayern muss noch mehr KI- und Digitalisierungsstandort werden als bisher. Das muss für die großen Unternehmen genauso wie für die kleinen Betriebe und das Handwerk gelten. Tourismusbetriebe müssen online gebucht werden können. Die gesamte bayerische Wirtschaft bis hin zur Landwirtschaft muss davon profitieren können. Da sind wir dran, dafür stellen wir die Weichen.

Vor wenigen Tagen war ich in München im WERK1 bei den Start-up-Teams. Hier wird immer gesagt, der Aiwanger wäre nur in Wirtshäusern unterwegs. Nein, ich saß auch mit den jungen Leuten zusammen auf dem Sofa. Wir haben uns über Unternehmensgründungen unterhalten. Ich bin da und dort zugleich, nicht entweder da oder dort, sondern überall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe dort von den jungen Leuten vor allem eine Botschaft bekommen: Gebt uns endlich Flexibilität. Die jungen Leute haben es überhaupt nicht verstanden, dass wir mit Arbeitsmarktregularien aus dem vorletzten Jahrhundert agieren. Wenn heute wieder eine Debatte über die Stechuhr losgeht, appelliere ich ganz stark an die SPD: Nutzt in Berlin die Chancen, die uns die EU mit der Arbeitszeitregelung gibt, und gebt nicht nur den Gastwirten, sondern auch den jungen Start-up-Leuten die Flexibilität. Jedes Unternehmen ruft heute nach Flexibilität. Ihre alte Kamelle, dass nach sieben-einhalb Stunden der Hammer fallen muss und wir alle heimgehen müssen, passt nicht immer.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Die jungen Leute wollen heute auch einmal zwölf Stunden arbeiten und am nächsten Tag frei nehmen oder in Urlaub gehen dürfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie wollen nicht wie vor hundert Jahren von Vater Staat vorgegeben bekommen, dass sie nur genau acht Stunden arbeiten dürfen und dass dann der Zoll kommt, der die Bedienungen im Wirtshaus kontrolliert. So viele Wirtshausprogramme kann ich gar nicht auflegen, um das zu retten, was die SPD mit ihrem starren Festhalten an alten Regularien kaputt macht.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind ein Wirtschaftsminister der Arbeitgeber und nicht der Arbeitnehmer! Einen Wirtschaftsminister nur der Arbeitgeber, das haben wir gerade noch gebraucht!)

Gebt der Wirtschaft diese Luft, die sie braucht, um die Potenziale ausschöpfen zu können. Nachdem ich schon bei den Gaststätten bin, nutze ich die Chance und sage: Ich sehe im Tourismus eine Schlüsselbranche und eine Wachstumsbranche der Zukunft.

(Volkmar Halbleib (SPD): Arbeitsschutz ist für Sie kein Begriff!)

Wenn wir im Tourismus im Jahr 5 % Wachstum haben, während wir bei anderen Branchen momentan hoffen, dass es nicht zurückgeht, müssen wir beim Tourismus die Handbremse lösen, damit unsere Wirte, unser Tourismusgewerbe und unsere Übernachtungsbetriebe und damit Bayern insgesamt die Schönheit der Landschaft in Geld umsetzen und auch international daran noch mehr verdienen können. Denjenigen, die viel ins Ausland in Urlaub fahren, sage ich: Bleibt heuer einmal zu Hause, macht Urlaub zu Hause. Das ist klimafreundlich und nutzt unseren Wirten und der Tourismusbranche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Noch einmal: Wir arbeiten an energiepolitischen Lösungen. Wir tun, was wir tun können. Vieles muss der Bund verbessern. Wir machen über alle Bereiche hinweg Innovationen. Das liegt federführend in der Zuständigkeit meines Ministeriums, aber auch in der Zuständigkeit des neuen Digitalisierungsministeriums und der anderen Ministerien. Wir müssen dieses Potenzial heben. Wir sind mit den Zukunftstechniken unterwegs. Wir sehen auch, wo die Märkte von morgen sind.

Der Ministerpräsident war kürzlich mit einer Delegation in Afrika. Ich bin davon überzeugt, dass Afrika, vor allem Nordafrika als erste Bastion und später auch weiter der Süden, einer der Wirtschaftsräume der Zukunft sein wird, wo wir mit der Wirtschaft auf ganze Regionen stabilisierend einwirken können. Wir werden in der nächsten Zeit noch mehr den Blick auf Afrika richten.

Wir sagen aber auch ganz klar: Der Osten muss wirtschaftlich gut angebunden werden. Ich sage es an der Stelle auch: Wir werden weiterhin Gas aus Russland brauchen. Ich bin auch dafür, dass wir die Nord-Stream-2-Leitung fertigbauen, wenn sie schon halb fertig ist. Wir sollten nicht nur auf amerikanisches Fracking-Gas hoffen, sondern auch das Gas aus Russland mitnehmen. Wir brauchen es, um unsere Energieversorgung sicher aufstellen zu können.

Wir haben darüber hinaus Konzepte für die Vernetzung der Wirtschaft. Wir haben es am Montag in Augsburg bewiesen. Danke an den Ministerpräsidenten und an die CSU dafür, dass wir so schnell zu einer Lösung kommen konnten. Danke auch an Bernhard Pohl und Fabian Mehring als Abgeordnete vor Ort, die dieses Thema eingebracht und den Kontakt zur dortigen Wirtschaft hergestellt haben, um eine Karbonstrategie, eine Leichtbaustrategie zu realisieren und die Betriebe miteinander zu vernetzen. Das Vernetzen, das gemeinsame Denken und Arbeiten, ist ein Markenzeichen meiner Politik, auch wenn andere meinen, es sei nicht so. Ich habe den Energiegipfel einberufen, an dem von den Trassengegnern bis hin zur Großindustrie alle teilgenommen haben. Ich habe den Flächenspargipfel einberufen, an dem vom Umweltverband bis zur Industrie alle teilgenommen haben. Ich habe gesagt: Wir brauchen die Fläche. Mein Ziel ist es, weiterhin im Konsens in diesem Land voranzukommen. Wir müssen darauf hinwirken, dass wir eine Spaltung der Gesellschaft und ständige Verunsicherungen vermeiden, denn Kapital und Investitionen sind ein scheues Reh.

Wenn dann auf Bundesebene oder wo auch immer Enteignungsdebatten ausgelöst werden, die die Leute verunsichern, überlegt sich so mancher, ob er noch in Deutschland investieren soll. Wenn irgendwelche Grünschnäbel von den Roten sagen, sie würden in Kürze über die Enteignung von Großkonzernen nachdenken, dann sagen die Unternehmer doch: Wenn die demnächst in einer rot-rot-grünen Regierung mehr zu sagen haben, machen sie uns den Ofen aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb müssen wir uns davon klar distanzieren. Bitte bestätigen Sie uns, dass diese Meinung nicht mehrheitsfähig ist, sonst sagen uns die Unternehmer: Wenn ich mir überlege, hier oder anderswo zu investieren, dann gehe ich woanders hin.

Genauso überlegt man sich, woanders hinzugehen oder sein Geld woanders anzulegen, wenn die Debatten über Immobilien genauso geführt werden. Wenn den Vermietern immer mehr vorgeschrieben wird, wie viel Miete sie noch verlangen dürfen, wer-

den sie nicht mehr in Immobilien, sondern in Aktien investieren. Wenn wir den Vermietern damit drohen, dass ihnen ihr größeres Mietobjekt irgendwann einmal nicht mehr gehört, weil wir sie steuerlich fertigmachen, werden sie auch woanders investieren. Deshalb auch hier der Appell an die SPD in der Bundesregierung: Schaffen Sie endlich die Erbschaftsteuer ab, damit in Bayern Investitionssicherheit geschaffen wird und damit Kapital und Eigentum in Familienbesitz bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vor wenigen Tagen – ich kann Ihnen die Adresse geben, damit Sie sich mit den Leuten auseinandersetzen können – habe ich mit einer Vermieterin in München gesprochen, die ein Mietshaus in Privatbesitz hat. Sie hat das Haus kürzlich renoviert und jetzt kein Geld mehr, weil sie so viel in die Renovierung gesteckt hat. Jetzt steht der Erbfall an. Wenn die Erben Hunderttausende an Euro Erbschaftsteuer zahlen müssen, dann verkaufen sie dieses Haus an irgendeinen Investmentfonds. Dann gehört das Haus anderen Leuten. Das verursachen Sie mit Ihrer Erbschaftsteuer, an der Sie so knallhart festhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sehen auch die Notwendigkeit, die Autoindustrie gegen Ihre Ideologie zu verteidigen. Die GRÜNEN sagen, bis 2030 soll der Verbrennungsmotor abgeschafft sein. Wenn Sie sagen würden, die fossilen Energien sollten als Energiequelle erledigt sein, dann wäre das eine nachvollziehbare Perspektive. Sie stellen aber nur den Verbrennungsmotor in Frage. Ist Ihnen denn bewusst, dass ich den Verbrennungsmotor im Zweifel auch mit nachwachsenden Rohstoffen, mit Gas oder mit E-Fuels, betreiben kann, während ich andererseits Ihren heiligen Elektromotor mit Braunkohlestrom aus der Lausitz betreiben muss?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn man über das Klima redet, kann man nicht sagen: Die Batterie ist gut, und der Verbrenner ist böse. Man muss sich den Brennstoff anschauen. Im Zweifel kann der Verbrenner mit nachwachsenden Rohstoffen besser sein als die Batterie mit der Braunkohle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit unserer Autostrategie wollen wir innovationsoffen sein. Wir sichern Arbeitsplätze in Bayern, weil wir das eine tun, ohne das andere zu lassen. Der Autoindustrie heute den Verbrenner wegzunehmen, ist nicht nur ein Schuss ins Knie, sondern ein Schuss in den Kopf und in das Knie zugleich. Das dürfen wir nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin der Überzeugung, dass wir auf dem richtigen Weg unterwegs sind. Ich habe noch eine knappe Minute Redezeit. Vielleicht werde ich etwas überziehen.

Im Hinblick auf das Flächensparen müssen wir mit einem kühlen Kopf und Vernunft vorgehen, um nicht so zu enden wie Sie mit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Am Ende will man die Bienen retten und schneidet Obstbäume um, weil es nicht zu Ende gedacht ist. Derzeit laufen Gespräche. Die ersten Gespräche haben schon stattgefunden, weitere werden folgen. Wir müssen mit allen, mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit der Bauindustrie, mit den Architekten und Vertretern aus Umwelt und Wirtschaft reden, um das Ziel zu erreichen. Wir müssen von dem hohen Flächenverbrauch von 10 bis 12 Hektar täglich in Bayern auf die Hälfte herunterkommen. Wir dürfen aber an dieser Stelle nicht wieder das Kind mit dem Bade ausschütten. Irgendwann kommen wir mit Flächenzertifikaten um die Ecke, die dazu führen, dass kein Haus mehr gebaut werden kann und die Mietpreise um 20 % steigen. Am Ende sagen wir: An diesen Kollateralschaden haben wir nicht gedacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erst denken, dann reden. Den Regionalen Planungsverbänden soll eine Schlüsselrolle im Hinblick auf das Flächensparen und das Flächenmanagement zukommen. Wir sollten die Regionalen Planungsverbände auch personell stärken, damit sie Aufgaben übernehmen und gemeinsam mit den Kommunen sinnvolle Lösungen erarbeiten können. Wenn sich hundert Kommunen in einem Planungsverband zusammentun, baut die eine Kommune heuer etwas mehr Wohnungen, dafür macht die andere ein Jahr einmal gar nichts. Eine weitere Kommune muss den Flächenverbrauch aufgrund einer Verkehrsachse aushalten. Wir sollten im regionalen Zusammenhang denken, aber dennoch sensibel und flexibel mit dem Thema umgehen. Wir sollten nicht die einzelne Kommune mit Maßnahmen konfrontieren, die sie nicht umsetzen kann. Wenn wir das Wachstum auf dem Land verhindern, stellen wir nach zwei Jahren fest, dass wir den Wohnungsmarkt kaputt gemacht und die Unternehmen ins Ausland gejagt haben. Am Ende bricht das Ganze zusammen. Wir sollten nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen, sondern mitdenken. Das ist auch beim Flächenmanagement dringend notwendig. Wir haben den Plan, wir werden ihn gemeinsam umsetzen. Meine Damen und Herren, wir werden alle mitnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zusammenfassend steht das unter der Überschrift: Substanzerhalt und Substanzausbau durch Innovation. Bayern hat noch viel Substanz. Wir wollen diese erhalten, wo sie da ist, beispielsweise in der Autoindustrie. Wir wollen diese Substanz nicht verlieren, sondern sie auch in vielen anderen Bereichen wie im Tourismus, im Mittelstand und der Industrie ausbauen. Wir wollen die Energiewende sinnvoll gestalten, damit wir in Bayern möglichst viel selber daran verdienen und versorgungssicher sind. Wir wollen den Blick aber auch über die Landesgrenzen hinaus richten und andere Länder vor allem im Bereich der Energiepolitik einbinden. Mittlerweile stehe ich mit vielen Bundesländern von Thüringen über Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bis hin zu Niedersachsen in engem Kontakt, um den Bund auf das richtige Gleis zu füh-

ren. In der Wirtschaftspolitik sind wir von Afrika bis Europa unterwegs. Jetzt müssen wir den Brexit noch ordentlich hinbekommen. Mein Ziel ist es allerdings, den Brexit nicht hinzubekommen, sondern zu verhindern. Das ist mein Ziel. Ich sage das ganz klar.

(Unruhe)

Jetzt kann man fragen: Was kann die bayerische Politik an dieser Stelle machen? – Ich war bereits in Schottland und habe mit Politikern und Unternehmern gesprochen. In England wollen wir einen Unternehmerabend durchführen, um die Unternehmer zusammenzuführen. Ich bin im Gespräch mit den Leuten vor Ort. Sie schreien nur dazwischen, sind jedoch nicht dort, wo es brennt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich glaube, damit setzen wir eine richtige Strategie auf und stellen in Europa die richtigen Weichen. Bayern ist übrigens das Land mit den meisten konsularischen Vertretungen. Gestern war ich beim Abend des Konsularischen Korps. Bayern ist in 107 Ländern vertreten – mehr als jedes andere Bundesland. Wir haben unsere Fühler ausgestreckt, und werden das auch weiter tun.

Unterm Strich gesagt: Bayern steht gut da. Wir müssen alles dafür tun, damit es noch besser wird. Ich setze auf Mitarbeit, soweit dies im Rahmen einer konstruktiven Debatte erfolgt. Ich bin der Überzeugung, dass Bayern weiterhin stark sein wird, weil wir vernünftig mit den Menschen reden und ihre Sorgen ernst nehmen. Wir setzen Ziele zeitnah um und verlieren uns nicht in ideologischen Debatten, die die Gesellschaft spalten. Bayern wird vernünftig regiert, und das soll so bleiben.

(Lang anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab mehrere Meldungen für Zwischenbemerkungen. Als Erster hat Herr Kollege Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Staatsminister, ich habe eine Frage zur Energiewende. Sie haben angedeutet, wie die Energiewende aus Ihrer Sicht gelingen könnte. Dazu habe ich zwei Fragen. Ganz konkret: Mit welchem Energiemix wollen Sie in Zukunft Bayern versorgen? Was soll das ganz konkret kosten? – Wenn Sie das kurz ausführen könnten.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wenn die Kernenergie vom Netz geht, brechen zwei bis fünf Gigawatt weg. Zeitgleich war Bayern immer wieder in einem gewissen Umfang Stromexporteur, in letzter Zeit jedoch weniger. Wir müssen die erneuerbaren Energien so weit ausbauen, wie es die Akzeptanz der Bevölkerung zulässt. Den Rest müssen wir durch mehr eigene Gaskraftwerke in Bayern kompensieren. Die Netze, die schon bestehen, müssen das in den nächsten Jahren abdecken. Ob in sieben bis neun Jahren der SuedLink und der SuedOstLink hinzukommen, werden wir sehen. Das kann ich heute weder deutlich beschleunigen noch verlangsamen.

Der Strommix wird somit aus erneuerbaren Energien, Gaskraftwerken und dem vorhandenen Gasnetz bestehen. Zeitgleich bin ich dabei, eine Wasserstoffstrategie aufzusetzen. Ich habe mir bereits die ersten Akteure an den Tisch geholt. Dazu zählen die chemische Industrie, die Autoindustrie und all diejenigen, die die Technik haben. Außerdem brauchen wir Kommunen, die bereit sind, ihre Flotte mit Wasserstoff-Bussen zu ergänzen. Ich habe auch schon Kontakt zur Bundesebene aufgenommen. Da müssen wir noch einen Anstoß geben. Ich sehe den nächsten Schritt in einer bayrischen und deutschen Wasserstoffstrategie, die sich von unten entwickelt. Wir sollten die Elektromobilität zumindest flankieren. Es ist nicht sinnvoll, dies jetzt in Euros zu fassen. Selbstverständlich kostet alles Geld, aber es handelt sich überwiegend um rentierliche Investitionen. Die reine Herstellung der Versorgungssicherheit nach dem Abschalten der Atomkraftwerke ist ein überschaubarer Prozess. Das beginnt bei mehreren Millionen Euro und geht bis in den unteren Milliardenbereich hinein. Damit ist die

Versorgung sichergestellt, wenn die Atomkraft vom Netz geht. Da hoffe ich, dass die Milliarden nicht nur in die Kohleregionen fließen, sondern auch hierher nach Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zur nächsten Zwischenbemerkung hat der Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Staatsminister Aiwanger, nach Ihrem Schweinsgallopp durch alle Themen ist allen Bürgerinnen und Bürgern, die das gehört haben, klar:

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): In zwanzig Minuten die Welt erklärt!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Diese Staatsregierung, Ihr Ressort, hat wirklich kein Konzept im Bereich Wirtschaft oder Energie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wie kann es sein, dass man ein Geothermie-Förderprogramm auslaufen lässt, obwohl das Potenzial in Bayern so groß ist? Wir könnten 20 % der Häuser in Bayern mit Wärme versorgen. Sie lassen dieses Programm auslaufen. Sie kürzen die Fördermittel im Bereich der staatlichen Sanierungen von 25 auf 20 Millionen.

Das 10.000-Häuser-Programm wird gekürzt. Bei der Windkraft gibt es keinerlei Ausbau mehr. Die Kontingente bei der Solarkraft sind ausgeschöpft, aber Sie legen nichts nach. Zu den Leitungen reden Sie mal so und mal so, je nachdem, wo Sie vor Ort sind. Sie haben keinerlei Konzept in der Energiepolitik. Bei unserem Energiekongress am Samstag stand Herr Prof. Schellnhuber an diesem Podium. Er hat klar gesagt: Wir stehen an der Schwelle zur Zerstörung unserer Zivilisation. Wir müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 halbieren.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ihre Antwort ist nur: Gas, Gas, Gas! – Das ist keine Lösung. Wir brauchen 100 % erneuerbare Energien,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, eine Minute ist vorbei!

Martin Stümpfig (GRÜNE): und das fordern wir von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Es stimmt nicht, dass mein Konzept nur Gas, Gas, Gas ist. Ich habe mehrfach gesagt, dass wir bei den erneuerbaren Energien einiges nachlegen, dass wir ein PV-Speicher und -Dachflächenprogramm auflegen. Wir sind dabei, ein Geothermieprojekt aufzulegen, mit dem wir vor allem die Netzanbindungen ermöglichen. Ich habe meinen Biomasse-Vorstoß vorgestellt, dass wir die Hackschnitzeltechnik unterstützen. Die SPD hat sich über meinen Vorschlag zur Brennholzverwendung lustig gemacht.

Sie wollen die Wälder stilllegen. Wo soll die Energie denn herkommen? Gas, Gas, Gas braucht man, weil in zwei Jahren die Atomkraft vom Netz geht, wofür Sie mitverantwortlich sind.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Es gibt auch noch die Windkraft!)

Ich werfe Ihnen das gar nicht vor, aber wir müssen diese Lücke jetzt schlichtweg zeitnah schließen, und das geht in dieser Schnelligkeit nur mit Gas.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Windkraft!)

– Auch zur Windkraft gebe ich Ihnen eine Antwort, davor habe ich keine Angst. Gehen Sie in den Kommunalwahlkampf, schreien Sie bei den Bürgermeisterwahlen überall,

dass Ihr Bürgermeisterkandidat Windräder aufstellen will, dann werden Sie keine einzige Wahl gewinnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie müssen sehen, dass die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung durchwachsen ist. Deshalb arbeite ich an einem Modell unter dem Schirm von 10 H. Das steht nun einmal im Koalitionsvertrag. Wir haben nicht die absolute Mehrheit – Sie haben sie auch nicht –, also muss man sich mit den Mehrheitsverhältnissen und mit der Stimmung draußen arrangieren. Ich bekomme täglich mehr Briefe von Leuten, die vor Vögel schreddernden und Insekten vernichtenden Windrädern warnen,

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

als von Leuten, die schreiben: Aiwanger, hilf mir, ein Windrad zu errichten. – Ich will hier also einen Weg finden, wie wir im Konsens mit den Kommunen und mit Bürgerenergiegenossenschaften Windräder errichten.

(Unruhe)

Wenn Sie vor Ort aber einen Bürgeraufstand haben, wird das eben nicht durchsetzbar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Florian Ritter von der SPD.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, Sie haben gesagt, wir, die SPD, würden zu Arbeitszeitkonzepten von vor 100 Jahren zurückkehren wollen. Dazu sage ich Ihnen mal eines – das sollten Sie als bayerischer Minister eigentlich wissen –: Vor 100 Jahren hat der Bayerische Landtag nach Gründung des Freistaats auf Initiative der SPD den Acht-Stunden-Tag eingeführt und ein Arbeitsschutzgesetz beschlossen.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das sage ich doch.

Florian Ritter (SPD): Dass wir das erhalten wollen, ist völlig klar. Sie wollen mit Ihren Konzepten in eine Zeit noch deutlich vor 1900 zurück. Das ist mit uns weder im Bund noch in Bayern zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Was passiert, wenn der Arbeitsschutz nicht mehr funktioniert – und da wollen Sie wieder hin –, können Sie sehr deutlich in der Paketbranche beobachten. Wir werden im Bund einiges dafür tun, damit das demnächst nicht mehr so sein wird, sondern dass auch da der Arbeitsschutz wieder funktioniert.

Sie bezeichnen sich selbst als Familienkoalition.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Florian Ritter (SPD): Als eine Familienkoalition sollten Sie die Basis für die Familien erhalten. Die Basis für die Familien sind Zeit und Zeitsouveränität.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, zum Thema Zeit: Die Zeit ist um!

Florian Ritter (SPD): Solange Sie mit diesen Positionen durch die Gegend laufen, untergraben Sie die Basis für funktionierendes Familienleben in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Also, zum Thema Arbeitszeit, Arbeitszeitflexibilisierung und Familien ein paar Eckdaten – danke dafür, dass ich dazu noch Zeit habe; in den zwanzig Minuten war das nicht unterzubringen:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist keine Frage, dass ein Industriearbeiter zu der Zeit, als dieses Gesetz erlassen wurde, selbstverständlich froh war, wenn er nach acht Stunden weg war vom heißen Hochofen oder von der Werkbank, an der er acht Stunden lang mit dem Hammer auf ein Stück Eisen schlagen musste, und dergleichen mehr.

Es will auch keiner, dass Leute aus diesen Berufsgruppen zwölf Stunden stehen. Aber für die Angehörigen anderer Berufsgruppen, die jetzt immer mehr werden – das sind junge Leute in Start-ups, das ist der Mittelstand, das ist der Gastronom, das ist der Handwerker – sollte das möglich sein. Sie arbeiten nie nur acht Stunden. Auch ich in der Landwirtschaft habe nie nur acht Stunden gearbeitet. In arbeitsintensiven Zeiten haben wir mittags schon die acht Stunden voll, und da hat der Tag erst begonnen, weil abends die Ernte in der Scheune sein muss, weil ein Gewitter aufzieht. Genau diese Flexibilisierung brauchen wir.

Ihr Einheitsschnitt, Ihr Haferlschnitt für alle, vom Industriearbeiter bis zum Landwirt, hat genau dorthin geführt, wo diese Länder gelandet sind, die den Einheitsarbeitstag für alle haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In der ehemaligen DDR

(Florian Ritter (SPD): Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland!)

hat man nachmittags die Schaufel oder die Sense zur Seite gelegt, dann ist das Gewitter losgebrochen, und die Ernte war erledigt.

Ein Gastwirt, bei dem die Hochzeit um 9 Uhr vormittags beginnt, hat nach dem halben Nachmittag seine acht Stunden voll, aber dann beginnt die Hochzeitsparty erst richtig. Sagen Sie den Gästen um 15 Uhr, der Wirt und die Wirtin gehen heim, die Gäste können weiterfeiern, aber die Bedienung ist nicht mehr da, weil es die Arbeitszeitverord-

nung verbietet, sie länger zu beschäftigen? Das ist Ihr sozialistisches Modell. Davon ist Ihr Juso-Vorsitzender gar nicht so weit weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Deshalb brauchen wir diese Flexibilisierung, die natürlich dort genügend Arbeitnehmerschutz bringt, wo man nach acht Stunden Arbeit wirklich belastet genug ist, um berechtigterweise nach Hause zu gehen. Wer aber länger arbeiten will oder muss, der soll das tun können. Das verhindern Sie.

Übertragen auf die Familien bedeutet das: Natürlich wollen wir Familien erhalten. Aber um eine Familie zu erhalten, muss auch das Einkommen erwirtschaftet werden können, muss auch das Geld da sein, damit die Familie als solche existieren kann. Man sollte nicht sagen: Die dürfen nicht länger arbeiten, selbst wenn sie das wollen. – Im freiberuflichen, im mittelständischen Bereich ist das wichtig.

Jetzt noch ein letzter Satz zum Thema Sonntagsöffnung und dergleichen mehr: Ich bin der Überzeugung, dass wir nicht an noch mehr Sonntagen arbeiten lassen müssen. Wir brauchen aber Rechtssicherheit, wenn Kommunen mit den Marktleuten vor Ort einen verkaufsoffenen Sonntag haben wollen, um den Einzelhandel zu stärken, weil ihnen sonst der Internethandel die Marktanteile wegnimmt. Wir wollen nicht jeden Sonntag geöffnet haben, aber Rechtssicherheit im Rahmen schon bestehender Regelungen, damit nicht jeder angekündigte Marktsonntag am Ende von Ver.di weggeklagt wird und am Ende die Gemeinde sagt: Dann lassen wir es bleiben, dann soll halt der innerörtliche Handel sterben, dann wird eben die Bedienung arbeitslos, und wir kaufen von China über den Versandhändler. – Das ist doch das Ergebnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich glaube, dass wir auch hier kleine Strukturen und Familienarbeitsplätze nur mit der nötigen Rechtssicherheit, mit der nötigen Flexibilität und nicht mit irgendwelchen Vorgaben von anno dazumal erhalten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zur letzten Intervention, die ich gesehen habe, hat nun Herr Skutella von der FDP das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister Aiwanger, Sie haben mehrfach betont, dass Sie gegen Spaltung und Verunsicherung der Gesellschaft sind. Das ist begrüßenswert. Wie erklären Sie uns aber dann, dass besonders in der Oberpfalz und in Oberfranken Ihre Parteifreunde massiv und emotional Stimmung gegen die Stromtrassen machen? Sie haben selber erklärt, dass der SuedLink und der SuedOstLink kommen werden, wahrscheinlich, oder auch nicht. Ich würde mir schon eine konkrete Aussage von Ihnen wünschen.

Sie haben auch mal – das stand in der Zeitung – gesagt, dass die Leitungen kommen werden; aber Sie wünschen sich, dass weniger Strom durchgeleitet wird. Jetzt frage ich Sie: Fällt der Einschnitt für Mensch und Natur infolge der Stromleitungen geringer aus, wenn weniger Strom durchgeleitet wird, oder ist er dann gleich groß, wie wenn normal ausgebaut wird? Ich bin etwas ratlos.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Wer vor Ort der Bösewicht ist und gegen die Trassen kämpft, hängt von der Region ab, nicht von der Parteizugehörigkeit. Dort, wo Trassen durchgebaut werden, sind selbst die Ortsverbände der GRÜNEN dagegen. Von dort bekomme ich Briefe der Landräte und der Bundestagsabgeordneten der CSU. Natürlich gibt es dort auch FREIE WÄHLER, die sagen: Wir wollen diese Trasse durch unsere Heimat verhindern, weil der Eingriff sehr bedeutsam ist. Er bringt Nachteile für künftige Planungen; die Kommunen können dort nicht mehr andere Projekte errichten und dergleichen mehr. Dort, wo nach den Planungen Leitungen durchführen sollen, sind ziemlich alle Parteien dage-

gen. Je weiter weg Sie gehen, umso mehr sind wieder die einen dafür, die anderen dagegen.

Aber wir müssen schon die Betroffenheit der Menschen vor Ort sehen. Jawohl, solche Leitungen sind mit einem massiven Eingriff in den Boden verbunden. Für Landwirte sind die Flächen an den betreffenden Stellen teilweise nicht mehr ordentlich nutzbar, sie trocknen aus. Durch den Wald – liebe GRÜNE, hört bitte zu – muss ein mindestens zwanzig Meter breiter baumfreier Streifen führen. Dort müssen Bäume sterben. Das ist nicht nur wegen der Braunkohle in Gebieten wie dem Hambacher Forst der Fall, sondern Bäume müssen auch für die Trasse sterben. Das hat dann zwei Seiten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dem Baum ist es wurscht, warum er gefällt wird. Er muss dort verschwinden. Das heißt also: Diese Trassen sind kein Fingerschnippen. Auch alle anderen Länder, mit denen ich in Kontakt bin, von Thüringen über Hessen bis hin zu Baden-Württemberg, sagen: Wenn sie nicht bei uns sein müssen, ist uns das lieber. Schauen wir, dass wir sie möglichst schonend hinbekommen.

Noch einmal: Gebaut werden sie in sieben bis acht Jahren. Vielleicht gibt es bis dahin andere Entwicklungen. 2010 wurde die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken beschlossen; ein halbes Jahr später wurde wegen Fukushima der Atomausstieg beschlossen. Genauso würde ich heute aufgrund der Revolution im Energiebereich – ich denke daran, was alles kommt, von Blockchain über Digitalisierung, Prosumer-Gedanken und dergleichen mehr bis zur Wasserstoffstrategie – nicht Haus und Hof darauf verwetten, dass diese Leitungen in sieben Jahren wirklich gebaut werden. Das wird die nächste Politikergeneration in Berlin entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, hier der Einzelplan 07, sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1102 mit 18/1117, 18/1165 und 18/1166, 18/1279 mit 18/1287, 18/1386, 18/1396 mit 18/1405 sowie 18/1416 mit 18/1429 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1770.

Vorab ist über zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, und über drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Wir führen zuerst die namentlichen Abstimmungen und dann die einfachen Abstimmungen durch.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Digitalbonus" auf Drucksache 18/1280 abstimmen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen an den bekannten Plätzen bereit. Ich eröffne die Stimmabgabe. Wir haben fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11:13 bis 11:18 Uhr)

Die Stimmabgabe zu diesem Tagesordnungspunkt ist abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächste Stimmabgabe erfolgt über den Änderungsantrag der SPD betreffend "Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen" auf Drucksache 18/1286. Die Urnen stehen wieder bereit. Sie haben dieses Mal drei Minuten für die Stimmabgabe. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 11:19 bis 11:22 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich bitte Sie, sich wieder auf die Plätze zu begeben, weil wir jetzt eine ganze Reihe von einfachen Abstimmungen durchführen müssen.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/1419, 18/1425 und 18/1427 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle drei Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag betreffend "Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen" auf Drucksache 18/1419. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das gesamte Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/1425 betreffend "Förderung des Tourismus: Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist das gesamte restliche Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt ist noch über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/1427 betreffend "Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz" abzustimmen. Wer auch hier entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das ist das gesamte restliche Haus. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 11:24 bis 11:28 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Digitalbonus" auf Drucksache 18/1280. Mit Ja haben 75, mit Nein 106 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/1286 betreffend "Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen" bekannt. Mit Ja haben 44, mit Nein 119 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 7 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1770 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD und der SPD. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Herr Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1770, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1386 und 18/1396 mit 18/1405 ihre Erledigung gefunden haben.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Digitalbonus (Kap. 07 03 Tit. 683 01) (Drucksache 18/1280)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	75	106	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen (Kap. 07 05 Tit. 683 77) (Drucksache 18/1286)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina			
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	44	119	7

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

- | | |
|--|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 18/1102</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Kürzung bei der Zuwendung für das ZAE Bayern e.V.
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)
Drs. 18/1103</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus einschließlich Saisonverlängerung
(Kap. 07 04 TG 78— 79 neuer Tit.)
Drs. 18/1104</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionsförderung Tourismus
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 18/1105</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Gaststätten
(Kap. 07 04 Tit. 892 79)
Drs. 18/1106</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;</p> | <p>hier: Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 18/1107</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75 und 893 75)
Drs. 18/1108</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Austausch von alten Haushaltsgeräten für einkommensschwache Haushalte
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1109</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Kommunale Klimaschutzmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1110</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1111</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Energiesystem der Zukunft
(Kap. 07 05 neuer Tit.)</p> |
|--|---|

Drs. 18/1112

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Nahwärmenetze und Sanierungsfahrpläne
(Kap. 07 05 neuer Tit.)

Drs. 18/1113

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderprogramm Kommunale Flächenmanagerinnen und -manager
(Kap. 07 05 neuer Tit.)

Drs. 18/1114

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Flächenmanagement: Interaktives Angebot für Kommunen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)

Drs. 18/1115

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unterstützung der Regionalen Planungsverbände
(Kap. 07 05 neuer Tit.)

Drs. 18/1116

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung zu Indikatoren für gleichwertige Lebensbedingungen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)

Drs. 18/1117

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Planstellen für die Einrichtung von Servicestellen beim Staatsministerium und den Regierungen zur Unterstützung von Selbständigen und Kleinstbetrieben
(Kap. 07 01 Tit. 422 01 und Kap. 07 10 Tit. 422 01)

Drs. 18/1416

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 07 01 Tit. 531 21)

Drs. 18/1417

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Durchführung des Förderprogramms „Elektromobilität“ und innovative Antriebstechnologien für mobile Anwendungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 63 und 893 63)

Drs. 18/1418

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen
(Kap. 07 03 Tit. 683 64)

Drs. 18/1419

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Zuwendungen an das Institut für Meteorologie und Klimaforschung (KIT IMK IFU – früher: Institut für Atmosphärische Umweltforschung IFU) in Garmisch-Partenkirchen
(Kap. 07 03 Tit. 686 74)

Drs. 18/1420

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)

Drs. 18/1421

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Tourismusoffensive: Zuschüsse zur Förderung des bayerischen Tourismus
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)

Drs. 18/1422

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)

Drs. 18/1423

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Mobilfunkausbaus
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/1424
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Tourismus: Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 18/1425
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einmalzinszuschüsse an die LfA Förderbank Bayern zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms und zur Finanzierung von sonstigen im staatlichen Interesse gelegenen besonders förderungswürdigen Maßnahmen
(Kap. 07 04 TG 891 01)
Drs. 18/1426
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
(Kap. 07 05 Tit. 686 75)
Drs. 18/1427
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen für Maßnahmen der Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 892 77)
Drs. 18/1428
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/1429
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung und Entwicklung im Landkreis Wunsiedel stärken: Förderung des Europäischen Zentrums für Dispersionstechnologien (EZD) in Selb
(Kap. 07 03 Tit. 686 60 und 893 60)
Drs. 18/1279
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/1280
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Süddeutschen Kunststoffzentrums (SKZ) in Würzburg und des Zentrums für Telematik e. V. (ZfT) in Würzburg
(Kap. 07 03 Tit. 686 60 und 893 60)
Drs. 18/1281
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schnelles Internet für Regionalverkehrszüge in Bayern
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 18/1282

- | | |
|---|--|
| <p>35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Initiative Mobilfunk: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Umwidmung der Haushaltsmittel in einen neuen Tit.
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/1283</p> <p>36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss zur Förderung der wohnortnahen Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs
(Kap. 07 04 neue TG)
Drs. 18/1284</p> <p>37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Änderung des Alpenplans: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
(Kap. 07 05 Tit. 547 79)
Drs. 18/1285</p> <p>38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 18/1286</p> | <p>39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/1287</p> <p>40. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 18/1165</p> <p>41. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung von Gastwirtschaften
(Kap. 07 04 Tit. 892 79)
Drs. 18/1166</p> |
|---|--|



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Drs. 18/1769

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1769) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Drs. 18/1784

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1784) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Drs. 18/1787

Dem Einzelplan 16 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1787) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Drs. 18/1778

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/1778) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

- die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen,
- den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen und
- die Ansätze bei Kap. 13 06 Tit. 359 01 (Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage) zwischen den Haushaltsjahren 2019 und 2020 soweit haushaltsneutral zu verschieben, als dies zum Ausgleich einer bei den parlamentarischen Beratungen vom Regierungsentwurf abweichenden Verteilung des Ansatzes bei Kap. 13 03 Tit. 893 06 (Verstärkung von Investitionsmaßnahmen) erforderlich ist.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Beschluss des Plenums 18/2074 vom 16.05.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Hans Herold

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Böhm

Abg. Claudia Köhler

Abg. Michaela Kaniber

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ruth Müller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Johannes Becher

Abg. Harald Güller

Abg. Martin Hagen

Abg. Tim Pargent

Abg. Ralf Stadler

Abg. Johann Häusler

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Albert Füracker

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Behandlung die **Tagesordnungspunkte 19 bis 21** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung

Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/1432)

und

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1387, 18/1388),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1370 mit 18/1380),

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/1389),

Änderungsantrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drs. 18/1431),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1359 mit 18/1369, 18/1393, 18/1394)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)**

(Drs. 18/346)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1476, 18/1477, 18/1479),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1478, 18/1552),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1473 mit 18/1475),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1465 mit 18/1472)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 39 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 25 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 21 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 20 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 39 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die Redezeit der fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk beträgt 6 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes, Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags" auf Drucksache 18/1468 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Herold von der CSU-Fraktion das Wort.

Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Kommunalpolitiker stelle ich fest, dass wir momentan ein ganz wichtiges Gesetz diskutieren, nämlich das sogenannte Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019.

Ich sage auch gleich zu Beginn meiner Rede noch: Wir haben starke bayerische Kommunen. Unseren bayerischen Städten und Gemeinden geht es im Großen und Ganzen gut. Das sage ich aufgrund meiner politischen Erfahrungen insbesondere im kommunalen Bereich als ehemaliger Bürgermeister und auch als stellvertretender Landrat. Ich sehe doch, welche Situation es derzeit bei manchen Kommunen in meinem Stimmkreis gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir beraten einen guten und seriösen Doppelhaushalt 2019/2020, und wir beraten heute einen coolen – ich benutze ganz bewusst die Worte von Herrn Dr. Markus Söder – kommunalen Finanzausgleich der Superlative.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das nur annähernd einen solch zukunftsorientierten und soliden Staatshaushalt vorweisen kann, ein Bundesland, das seine Kommunen so gut unterstützt wie der Freistaat Bayern! – Da gebe ich gleich die Antwort: Es gibt keines.

Im Gegenteil, Berlin hat Schulden ohne Ende. Die rot-grüne-Regierung in Nordrhein-Westfalen hat seit über zwei Jahren Schulden in Höhe von 170 Millionen Euro angesammelt. Das ist acht Mal so viel, wie es im Freistaat Bayern der Fall ist. Und nun frage ich Sie, was die Gründe für die gute Finanzsituation unserer Kommunen und unseres Freistaates Bayern sind. In erster Linie sind es die fleißigen Bürgerinnen und Bürger, die heute auch anwesend sind, aber auch erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine zukunftsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik der baye-

rischen Staatsregierungen seit Jahrzehnten als Hintergrund hatten. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich ein herzliches Dankeschön an unseren erfolgreichen Finanzminister Albert Füracker und ein besonderes Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bayerischen Finanzministeriums sowie ein Dankeschön an die Mitarbeiter der jeweiligen zuständigen Häuser. Auf deren Arbeit können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, dass wir bestimmte Leitlinien in der Staatsregierung, aber auch in der CSU-Fraktion und in der Regierungskoalition haben. Ich meine die Unterstützung unserer bayerischen Städte und Gemeinden. 9,97 Milliarden Euro geben wir im Jahr 2019 dafür aus, das ist eine einmalige Leistung in Deutschland.

Wir haben eine weitere wichtige Leitlinie, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt im Freistaat Bayern, aber nach Möglichkeit natürlich auch immer wieder ausgeglichene Haushalte in unseren Kommunen.

Wir können stolz sein, dass wir es als einziges Bundesland in Deutschland zum 14. und 15. Mal geschafft haben, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Darauf können wir ebenfalls sehr stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Aufgrund der Finanzaufweisungen an unsere Städte und Gemeinden können auch unsere Kommunen eine Schuldenreduktion betreiben. Wir werden als Freistaat Bayern in den Jahren 2019/2020 eine weitere Schuldenrückführung in Höhe von 1 Milliarde Euro vornehmen, und – das muss man immer auch nennen – wir haben seit dem Jahre 2012 6,6 Milliarden Euro an Schulden zurückbezahlt. Das ist eine einmalige

Zahl. Und wie Sie sicherlich auch wissen, haben wir eine Zinsausgabenquote in Höhe von 0,9 %. Auch das ist einmalig in Deutschland.

Wir werden auch 150 Millionen Euro quasi als Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen an unsere Kommunen weiterleiten können. Ich sehe es am Beispiel meines Stimmkreises, wie wichtig diese Unterstützung gerade für unsere Kommunen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir könnten unseren Städten und Gemeinden noch viel mehr Geld geben, wenn der Freistaat Bayern nicht oftmals eine unsolide und aus meiner Sicht teilweise unseriöse Finanzpolitik insbesondere der rot-rot-grünen oder der grün-roten Bundesländer über diesen Länderfinanzausgleich wieder ausgleichen würde. Allein im Jahr 2019 waren 6,9 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich zu zahlen. Das sind über 10 % des Haushalts des Freistaates Bayern. Mit diesen 6,9 Milliarden Euro müssen unsere fleißigen bayerischen Bürgerinnen und Bürger die oftmals nicht gute Wirtschafts- und Finanzpolitik von überwiegend rot-grünen bzw. rot-rot-grünen Landesregierungen ausgleichen. Es heißt immer: Berlin ist arm, aber sexy. – Berlin ist aber nur deshalb sexy, weil die Berliner Landesregierung jährlich über drei Milliarden Euro an Finanzmitteln aus dem Freistaat Bayern bekommt. Das darf man auch mal sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Margit Wild (SPD): Jetzt wieder zum Thema!)

Da stelle ich mir wirklich die Frage, was wir mit diesen 6,9 Milliarden Euro im Freistaat Bayern alles machen könnten.

Wir haben eine starke Investitionsquote von 13,7 %, eine ganz wichtige Leitlinie unserer Politik. Mit dieser Quote sind wir Spitzenreiter unter den westdeutschen Flächenländern. Ich sage auch mit Stolz: Wir haben auch eine sehr starke Investitionsquote unserer Städte und Gemeinden, nämlich von über 20 %. Dies ist durch unseren kommunalen Finanzausgleich machbar.

Im Jahr 2019 geht insgesamt jeder vierte Euro des Staatshaushalts an die Kommunen. Das Förderspektrum reicht von der Kinderbetreuung bis zur Städtebauförderung, von Breitbandausbau bis zu den Erstattungen und Pauschalen für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge.

Das Thema Kinderbetreuung ist die letzten Tage intensiv diskutiert worden. Es gab Vorwürfe der Opposition an uns, warum wir dafür nicht mehr Geld geben. Meine Damen und Herren, man muss wissen: Das sind freiwillige Leistungen des Freistaates Bayern. Wenn nicht genügend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind, zum Beispiel in München, muss sich mal die SPD-Regierung der Stadt München an die eigene Nase fassen. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Wir ermöglichen unseren Kommunen Investitionsspielräume in Rekordhöhe. Diese Quote ist sehr hoch, wie ich soeben angesprochen habe. Mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten – ich betone: aller Zeiten! – sorgen wir für solide Gemeindefinanzen in ganz Bayern; unsere Gemeinden, Landkreise und auch Bezirke, die ich ausdrücklich erwähnen möchte, erhalten dieses Jahr 9,97 Milliarden Euro, so viel wie nie zuvor.

Der kommunale Finanzausgleich macht rund 60 % der Leistungen an die Kommunen aus. Ich will aber noch darauf hinweisen, dass wir noch weitere Mittel in den jeweiligen Einzelplänen vorgesehen haben. Das sind weitere 7 Milliarden Euro, wie Sie wissen. Ich möchte nur den Ausbau der digitalen Infrastruktur erwähnen, wofür den Kommunen seit 2014 rund eine Milliarde Euro Förderung durch den Freistaat Bayern zugesagt wurde.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich leistet der Freistaat Bayern einen maßgeblichen Beitrag zur guten Finanzausstattung der bayerischen Kommunen. Ganz, ganz wichtig – das sage ich auch als Vertreter des ländlichen Raumes –: Damit schaffen wir

eine Grundlage für gleichwertige Lebensbedingungen und auch Zukunftschancen in ganz Bayern. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Aussage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommunale Finanzausgleich des Jahres 2019 übertrifft die in den Vorjahren erzielten Rekordwerte nochmals. Da möchte ich mich auch noch mal ganz herzlich bei unserem ehemaligen Finanzminister und jetzigen Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder bedanken, aber auch bei unserem Innenminister Joachim Herrmann und unserem Finanzminister Albert Füracker. Mit diesen Leistungen haben Sie ganz wichtige Zeichen gesetzt für die Kommunen im Freistaat Bayern. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der kommunale Finanzausgleich in Höhe von 9,7 Milliarden Euro bedeutet eine Steigerung gegenüber 2018 um insgesamt 4,6 %. Dieser kommunale Finanzausgleich stärkt natürlich – wie Sie alle wissen, ich denke, dass die meisten oder fast alle von uns auch in der Kommunalpolitik tätig sind – auch die Verwaltungshaushalte, vor allem durch die Anhebung der Finanzzuweisungen, und er verbessert die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch eine massive Anhebung der Fördermittel für den kommunalen Hochbau.

Es gab eine Einigung am 10. Januar 2019 zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden. Ich schaue hinüber zur Opposition. Wenn Sie heute diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, üben Sie nach meiner Ansicht heftige Kritik an unseren kommunalen Spitzenverbänden.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Wir machen es noch besser!)

– Okay, gut! Alles klar!

Die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich sind natürlich die Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen wachsen 2019 um 240 Millionen Euro auf rund 3,9 Milliarden Euro an. Das ist eine Steigerung von 6,6 %. Von diesen Schlüssel-

zuweisungen – das wissen vor allem die Kommunalpolitiker – profitieren vor allem die etwas schwächeren Gemeinden und Landkreise. Das heißt, sie können frei und eigenverantwortlich verwendet werden. Eine deutliche Anhebung stärkt natürlich vor allem auch die kommunale Selbstverwaltung in Bayern. Ich bin sehr viel in meinem Stimmkreis unterwegs. Ich denke, mit diesen – in Anführungszeichen – "freien Mitteln" kann man natürlich alles Mögliche unterstützen, zum Beispiel auch Vereine. Bei bestimmten Anlässen haben die Bürgermeister oder auch Landräte im Unterschied zu uns meistens ein entsprechendes Kuvert dabei.

Die Mittel für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von 150 Millionen Euro gehalten werden. Damit können konsolidierungsfällige Gemeinden und auch Landkreise mit Strukturschwäche oder einer besonders starken negativen Bevölkerungsentwicklung gezielt unterstützt werden. Das sage ich auch als jemand, der in seinem Stimmkreis entsprechend betroffen ist.

Ein Schwerpunkt im FAG sind natürlich die kommunalen Investitionen, zum Beispiel die Mittel für die Krankenhausfinanzierung. Das wurde heute von unserer Ministerin Melanie Huml schon angesprochen. Die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden auf dem erreichten hohen Niveau von 643 Millionen Euro fortgeführt. Sie hat heute darauf hingewiesen, dass 1,8 Milliarden Euro quasi für den ländlichen Raum in den nächsten Jahren vorgesehen sind.

Im letzten Jahr sprach mein geschätzter Kollege Martin Bachhuber von der Fortführung des hohen Niveaus beim kommunalen Hochbau mit 500 Millionen Euro. Dieses Jahr werden die Mittel um weitere 50 Millionen auf 550 Millionen Euro erhöht. Das ist eine Erhöhung von 10 %. Das hilft auch den Kommunen bei ihren Investitionen in Schulen und Kindertageseinrichtungen. Für die Investitionspauschalen sind insgesamt 446 Millionen Euro vorgesehen. Diese Mittel können die Gemeinden und Landkreise eigenverantwortlich verwenden.

Ein Schwerpunkt ist natürlich immer wieder der Verkehr. Ich bin der Meinung, dass wir auch weiterhin insbesondere im ländlichen Raum ordentliche Staatsstraßen brauchen. Zum anderen werden die Mittel für die Betriebskostenförderung des ÖPNV um 27 % auf 94 Millionen Euro erhöht.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Genau in diese Richtung gehen die Anträge der SPD!)

– Wunderbar, Herr Kollege Güller.

Natürlich werden wir auch in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge entsprechend reagieren: im Jahr 2019 100 Millionen und ab dem Jahr 2020 250 Millionen Euro.

Ein wichtiger Punkt für unsere Bezirke – Artikel 15 FAG –: Sie bekommen eine Summe von 691 Millionen Euro.

Abschließend noch ein Hinweis: Auch 2019 hat der Freistaat Bayern für seine Haushaltspolitik wieder die Bestnote der Rating-Agenturen für eine beständige, nachhaltige und solide Finanzpolitik bekommen. Ich betone das. Die Fachleute dieser Agenturen verstehen von Haushaltspolitik – davon gehe ich einfach einmal aus – wahrscheinlich mehr, als mancher andere, der sich im Laufe dieser Woche zu Wort gemeldet hat.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Das ist aber nicht nett, dass Sie so zu uns reden!)

Lieber Harald Güller, ich schaue immer auf die linke Seite. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich 2019 beweist die faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen. Er gibt den bayerischen Kommunen eine sehr gute finanzielle Grundlage, um ihren Zukunftsaufgaben gerecht zu werden. Ich gehe davon aus, dass Sie heute diesem Änderungsgesetz zustimmen werden. Eines möchte ich nämlich betonen: Bei Spatenstichen, Richtfesten oder Eröffnungen bei mir daheim, bei denen die Presse anwesend ist, muss ich aufpassen, dass mir von meinen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition nicht auf die Füße getreten wird,

weil sie unbedingt auch auf dem Pressebild sein wollen, obwohl sie den Haushalt meistens ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein Land mit starken Kommunen. Bayern ist außerdem ein cooles Land. Deshalb bitte ich Sie mit größter Überzeugung um Zustimmung zum FAG 2019. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Herold, kommen Sie bitte zurück zum Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Böhm. Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Lieber Herr Kollege Herold, eine kleine Zwischenbemerkung dazu: Wir beschließen mit diesem Finanzausgleichsgesetz auch Mittel für die Landeshauptstadt München, eine Stadt, die mit diesen Mitteln öffentliche Räume finanziert, für eine Stadt, deren Bürgermeister Entscheidungen gegen gewählte Mitglieder dieses Hohen Hauses trifft. Der Bürgermeister dieser Stadt wagt es, Mitglieder dieses Hohen Hauses in seinen Räumen nicht auftreten zu lassen. Mir ist wichtig, dass das im Protokoll über die Sitzung des heutigen Tages vermerkt ist.

(Beifall bei der AfD)

Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ist das eine Frage? Sollte das eine Frage sein, dann wenden Sie sich bitte an die Rechtsaufsichtsbehörde. Ich kann diese Frage von hier aus nicht beantworten und will das auch nicht tun.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Herold. – Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Zuerst gilt es heute, Danke zu sagen. Ich danke dem Büro des Haushaltsausschusses unter der Leitung von Frau Wichtermann-Robl sowie Herrn Treitner und Frau Bergbauer-Schlenzger. Ich danke Herrn Stuhlmüller und seinen Kolleginnen und Kollegen im Plenarreferat. Ich danke dem Haushaltsreferenten der GRÜNEN Christoph Hau sowie den Fraktionsreferenten und -referentinnen, die uns Abgeordnete mit so viel Know-how und Überstunden unterstützt und in einem zeitlich äußerst eng gesteckten Rahmen Änderungsanträge und Vorlagen für die Haushaltsberatungen erstellt haben.

Wir haben im Haushaltsausschuss insgesamt 641 Änderungsanträge beraten. Ich bedanke mich außerdem beim Ausschussvorsitzenden, dem werten Herrn Kollegen Zellmeier, und allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Sache orientiert und respektvoll über diese Anträge diskutiert haben. Ich danke den Ministerinnen und Ministern, den Beauftragten der Ministerien sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien, die jederzeit für Fragen zur Verfügung standen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, genug des Lobes. Jetzt reden wir über 125 Milliarden Euro im bayerischen Doppelhaushalt. Als kommunal Aktive bin ich fest davon ausgegangen, dass wir in den Haushaltsverhandlungen und in den Sitzungen die beste Lösung suchen und auf den Weg bringen, und zwar gemeinsam. Es hätte uns allen gut getan, unvoreingenommen an die Herausforderungen heranzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So aber habe ich gleich was gelernt: Grundsätzlich wird im Ausschuss alles abgelehnt, was nicht von der Koalition kommt. Wir tagen mehrere Wochen lang, und Sie lehnen mit teils hanebüchenen Begründungen alles ab, was Ihnen nicht eingefallen ist.

(Wolfgang Fackler (CSU): Weil Sie nichts gegenfinanzieren!)

Das gilt für alle Bereiche, den öffentlichen Nahverkehr, Gesundheit, Kinderbetreuung, Wohnen, Artenschutz und Energie. Ja, das ist Ihr gutes Recht. Aber der Sache, nämlich einen guten Haushalt für Bayern zu erstellen, hilft das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So warte ich geduldig, bis unsere Anträge erneut als Koalitionsanträge eingebracht werden. Kurz vor den Beratungen erschien der neue Bericht des Obersten Rechnungshofs. Er offenbarte, was wir GRÜNE schon nach der Vorlage des Entwurfs zum Doppelhaushalt kritisierten. Sie scheinen keine Vorstellung davon zu haben, was es heißt, für die Zukunft vorzusorgen. Stattdessen verteilen Sie wild und planlos Steuergeld und wälzen die Verantwortung auf die kommenden Generationen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Oberste Rechnungshof kritisiert zu Recht, dass bei Ihnen Millionen, ja Milliarden Euro Haushaltsreste einfach liegen bleiben. Am Geld lag es also nicht. Sie hätten mit den bereits für Investitionen freigegebenen Mitteln einen Großteil der sozialen Herausforderungen unserer Zeit angehen können, also Wohnen, Gesundheit und Mobilität in der Stadt und auf dem Land. Wohlgemerkt, das sind keine Einsparungen. Das sind schlicht und ergreifend nicht erledigte Hausaufgaben, meine Damen und Herren. Im Jahr 2017 waren das 6 Milliarden Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen über den Ihre Versäumnisse entlarvenden ORH-Bericht: The same procedure as every year. – Mit Verlaub, das ist eine Unverschämtheit. Schließlich geht es hier um Steuergelder und hoheitliche Aufgaben, die Sie nicht erfüllt haben. Und Sie tun das als Silvesterschmerz ab!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle sprechen gerne von unseren Familien und von Kindern, die so wichtig für die Zukunft seien. Dann investieren Sie doch in die Kinderbetreuung!

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Das tun wir! Was tut die Stadt München?)

Investieren Sie in die Sicherung, der Qualität und das Personal der Kinderbetreuung! Was machen Sie? – Sie missbrauchen mehr als die Hälfte der Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz für Ihre im Wahlkampf versprochene Beitragsfreiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Wolfgang Fackler (CSU): Kommunale Hoheit!)

Damit stopfen Sie ein Loch, das Sie selber aufgerissen haben.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Nicht lernfähig!)

Diese Finanzmittel waren ausdrücklich für die Qualitätsverbesserung und die Personalentwicklung vorgesehen. Sie haben Ihre Maßnahmen im Ausschuss mit den Worten relativiert: Wir investieren doch schon jahrelang genug in die Qualität, da können wir einen Teil der Mittel des Bundes auch anderweitig verwenden. Nein, das können Sie eben nicht. Fragen Sie doch einmal bei Ihren Kommunen nach, die dauernd Geld zuschießen müssen, um Personal zu gewinnen, zu halten und zu schulen. Das ist eine Sisyphusaufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch etwas: Haben Sie überhaupt schon daran gedacht, dass der veränderte Einschulungskorridor noch weitere Kindergartenplätze nötig machen wird? Wo schon jetzt Erzieherinnen und Erzieher fehlen, werden wir im September dringend weiteres Personal brauchen. Aber die Personalgewinnung, die ist Ihnen wurscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Familiengeld. Freilich ist dieses Geld willkommen. Wer lehnt schon ein Geschenk ab? Aber das ist keine in die Zukunft gerichtete Maßnahme, weil sie keine Strukturen schafft, die wir dringend bräuchten. Auch hier wird nur Geld ausgegeben, 1,5 Milliarden Euro in zwei Jahren. Ja, dieser Haushalt ist ein Meisterwerk,

(Klatschen des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

ein Meisterwerk der Verschwendung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Oh mein Gott!

– Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Da muss sie selber lachen!)

– Herr Herold, ich danke für Ihren Applaus.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Er hat bei "Meisterwerk" geklatscht!)

– Mit Verlaub, Ihre Sozialpolitik ist nicht sozial, sondern damit wird Geld unabhängig vom Bedarf verteilt, also auch an die Familien, die es gar nicht brauchen. Zu diesem Einwand von uns meinte die Ministerin im Ausschuss allen Ernstes: Wir zahlen jetzt einmal aus. Wer das Geld nicht braucht, darf es gerne spenden, zum Beispiel an "Sternstunden". – Was ist das für eine Politik? Geld wird großzügig verteilt, und die Leute sollen dann selber entscheiden, ob sie es brauchen oder nicht. Ist das eine Sozialpolitik, die die Schere zwischen Reich und Arm verkleinern wird? – Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch den Pflegenden drücken Sie bloß Geld in die Hand. Davon gibt es aber keinen einzigen zusätzlichen Pflegeplatz und schon gar keine neue Pflegekraft.

Sie geben 748 Millionen Euro in zwei Jahren für das Landespflegegeld aus;

(Zuruf von der CSU)

auch noch mit dem Vermerk: Bedarf unklar. – Vielleicht wird es am Ende auch noch mehr kosten? Klar, da bleibt dann nichts mehr übrig. Sie garantieren demnächst den Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz und geizen dann am falschen Ort. Ob Pflegestützpunkte, Pflegeeinrichtungen für junge Menschen, den Meisterbonus in der Pflege oder die Umsetzung der Demenzstrategie und, und, und – alle Anträge von uns wurden abgelehnt.

Stattdessen schlagen Sie Lean Management für Krankenhäuser vor. Lean Management! Hier geht es um Menschen! Da ist kein neues Sparkonzept gefragt, sondern praktische Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Weil Sie die völlige Schulgeldfreiheit für Heilmittelberufe noch immer ablehnen,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Das stimmt doch überhaupt nicht!)

haben sich heuer gleich einmal weniger Schülerinnen und Schüler

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

als bisher angemeldet – das Gegenteil von dem, was wir dringend brauchen.

Ich sage Ihnen etwas: Natürlich mag das Thema Pflege für uns alle unangenehm sein, aber hier sind wir als Politikerinnen und Politiker schon aus demografischen Gründen gefragt. Hier wären Sie gefragt, Strukturen zu schaffen und eine ambulante und stationäre Versorgung zu gewährleisten. Brauchen Sie denn schon wieder ein Volksbegehren – das Pflegevolksbegehren –, bei dem Sie andere die Vorarbeit machen lassen und dann einfach die Lösungsvorschläge übernehmen? Chapeau! Auf diese Art für Bürgerbeteiligung zu sorgen, könnte ein fester Bestandteil Ihres Politikstils werden.

Apropos: Als während der Haushaltsverhandlungen die Nachricht kam, dass das Volksbegehren Artenvielfalt übernommen wird, haben wir gleich gefragt: Stimmen Sie jetzt den passenden Haushaltsanträgen von uns zu – neue Stellen, mehr Stellen für die Unteren Naturschutzbehörden und Geld für unsere Bäuerinnen und Bauern für die spätere Mahd? Auch hier: Die Anträge waren alle da, sie lagen alle auf dem Tisch – abgelehnt, weil Sie wieder erst einmal schauen wollten, was passiert.

(Zurufe der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) und Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Und jetzt? Sie scheinen wirklich zu glauben, unendlich viel Zeit zur Verfügung zu haben. Der Artenschwund wartet aber nicht. Wie viele Expertenberichte wollen Sie noch abwarten?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Unsere vorgesehene höhere Bedarfszuweisung für Kommunen brauche es nicht, meinten Sie. Wie bitte? Es sind doch die Kommunen, die für Ihre Schnellschüsse jetzt die Zeche zahlen müssen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Oh mein Gott!)

Schulbauten sanieren, kommunale Gebäude energetisch sanieren – das ist nachhaltig.

(Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Das würde CO₂ einsparen. Aber das kostet was.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir haben das mit Anträgen berücksichtigt. Sie haben das abgelehnt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sind wir jetzt zu langsam oder zu schnell für Sie?)

Wir wollten die Schwimmbäder in die Hochbauförderung aufnehmen. Es gab Anträge für mehr Unterstützung der Kommunen bei der Renovierung von Schwimmbädern.

(Zuruf von der CSU)

Sie, Herr Finanzminister, meinten, man könne doch auch Schwimmbäder mehrerer Gemeinden zusammenlegen und außerdem sei es Sache der Eltern, ihren Kindern das Schwimmen beizubringen. – Aber, Herr Minister, da müssen auch die Eltern erst einmal ein Schwimmbad in der Nähe finden, oder sollen die in der Badewanne üben?

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Schwimmbäder sind übrigens nicht nur für Familien und Jugendliche eine wichtige Freizeiteinrichtung, sondern gerade auch für unsere Seniorinnen und Senioren. Gesundheit, Fitness und die soziale Komponente sollten uns das wert sein.

Haben wir wenigstens schon ein ausreichendes Angebot im öffentlichen Personenverkehr? – Nein. Wir erleben es täglich. Ich bin heute auch wieder mit einer Dreiviertelstunde Verspätung gekommen, weil keine S-Bahn gefahren ist. Der ÖPNV ist eine Katastrophe. Das System ist an der Belastungsgrenze, weil Sie nicht rechtzeitig vorgesorgt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Auch hier hätten Sie mit sprudelnden Steuereinnahmen alles schon viel früher auf den Weg bringen müssen. Anträge zu weiteren Zügen, zu mehr Linien, mehr Bestellentgelten, Außenästen: Das lag alles auf dem Tisch – alles abgelehnt.

Reden Sie nicht nur von günstigen Tarifen. Reden Sie nicht nur von Taktverdichtung, von Verkehrsverbünden. Fangen Sie an, und zwar nicht nur in München! Aber es ist ja noch nicht einmal Ihr 365-Euro-Ticket-Versprechen explizit im Haushalt zu finden.

Haben Sie eine Idee, wie Sie das bezahlen wollen, oder war das wieder einmal ein PR-Gag?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Haushaltsanträge sind allesamt gegenfinanziert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben wir auch offengelegt; darüber waren wir uns einig. Wir haben ein Programm vorgelegt, das auf Nachhaltigkeit achtet, das für die Zukunft trägt und das den ländlichen Raum sowohl bei der Digitalisierung als auch bei der Versorgung und beim öffentlichen Nahverkehr stärkt. Wir haben Vorschläge zur Inklusion gebracht. Wir wollten endlich das Gehörlosengeld einführen. Wir haben Anträge zum Artenschutz, zum Flächenmanagement, zu Nahwärmenetzen, zu regionalen Planungsverbänden und zu den unsinnigen Stellenwiederbesetzungssperren gestellt. Wir haben uns um eine Verbesserung der Chancengerechtigkeit in unserem Land bemüht. Die Liste unserer Anträge ist lang.

Natürlich werden wir jetzt gleich von Ihnen zu hören bekommen: Mit unseren Anträgen müssten wir auch Mittel aus der Rücklage entnehmen.

(Zuruf: Genau!)

Kein Mensch will oben draufsatteln. Das, meine Damen und Herren, liegt daran, dass Sie Ihre Wahlgeschenke bereits gesetzlich festgezurt haben und wir sie durch keinen Haushaltsantrag mehr kürzen oder stoppen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden auch nicht müde, Herr Minister, bei jeder Gelegenheit zu betonen: Bayern ist spitze, uns geht es so gut wie nie.

(Zurufe)

Trotzdem stehen die Menschen Schlange, um abgelaufenes Essen zu erhalten. Alles, was Ihnen zur Lösung dieser Armutsfrage einfällt, ist, einen Wettbewerb unter den Ehrenamtlichen der Tafeln auszuloben.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Das stimmt schlichtweg nicht!)

– Ich bitte Sie: Diese Auslobung ist weder ein Versehen noch ein Missverständnis und leider auch kein Fake.

(Zuruf)

Es zeigt Ihre Einstellung. Die Ehrenamtlichen sollen sich noch mehr anstrengen, damit Sie eine Aufgabe weniger haben. Meine Güte, Sie sollten sich anstrengen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie soll das jetzt weitergehen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Claudia Köhler (GRÜNE): Am Schluss, bitte.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Gut.

Claudia Köhler (GRÜNE): Wie soll das jetzt weitergehen? In der Rücklage waren Ende 2017 noch 8,3 Milliarden Euro. Dann haben Sie kräftig für die Wahlkampfschulden zugegriffen. Mit viel Glück und sprudelnden Steuereinnahmen haben Sie nun aufgrund der guten Konjunktur einen guten Jahresabschluss 2018 zu vermelden – anscheinend völlig überraschend 4,2 Milliarden Euro aus 2018 gefunden. Das Ganze zeigt doch nur, dass Sie unterm Jahr den Überblick über Ihre liquiden Mittel nicht verloren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Strafzahlung von Audi von 800 Millionen Euro ist da übrigens auch mit drin. – Trotz dieses guten Ergebnisses und trotz der guten wirtschaftlichen Lage sinkt Bayerns Rücklage von diesen 8,3 Milliarden Euro noch 2017 am Ende auf 6,5 Milliarden 2020. Das müssen Sie den Menschen einmal erklären!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Per Saldo nehmen Sie seit Jahren deutlich mehr raus, als Sie zuführen. Wie lange wollen Sie das noch machen?

(Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) und Hans Herold (CSU))

Ich frage Sie jetzt allen Ernstes:

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wie hoch sind die Rücklagen in Berlin?)

Wie wollen Sie die Wahlgeschenke die nächsten Jahre finanzieren? Das läuft ja weiter; es gibt Gesetze dazu.

(Unruhe)

Die Rücklage ist vielleicht einmal aufgebraucht, wenn die Steuern laut Prognosen in zwei Jahren nicht mehr so sprudeln, die Sie im Übrigen am liebsten gleich noch senken wollen, wenn Risiken vor uns liegen, deren finanzielle Auswirkungen wir heute noch gar nicht ermessen können, der Klimawandel, Wohnen, der Verkehrskollaps, die medizinische Versorgung. Und was erwartet uns alles im Nachtragshaushalt?

Oder wollen Sie die Schuldentilgung aussetzen? Darüber waren Sie sich in einer Ausschusssitzung mit dem Koalitionspartner auch schon mal nicht ganz einig. Sie verschieben nämlich heuer schon die Tilgung und tilgen in diesem Jahr nur eine Viertelmilliarde Euro und dafür nächstes Jahr eine Dreiviertelmilliarde Euro.

(Zuruf: Genau!)

In den Pensionsfonds zahlen Sie 2019 auch nur 100 Millionen Euro statt 600 Millionen Euro ein. Auch das geht auf Kosten der nächsten Generationen. Riskant und fahrlässig ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch nach den Haushaltsberatungen bleibe ich dabei: Dieser Doppelhaushalt ist nicht nachhaltig, er ist nicht vorausschauend, und er ist nicht generationengerecht. Fatal ist, dass die Steuern seit Jahren sprudeln. Sie hatten sogar die absolute Mehrheit. Sie hätten alles auf den Weg bringen können. Tun Sie endlich Ihre Pflicht! Es geht um die Menschen in Bayern, es geht um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner. Überlegen Sie sich strukturelle Konzepte, und schaffen Sie tragfähige Lösungen!

Nehmen Sie mich bitte jetzt beim Wort. Schauen Sie sich jeden einzelnen Antrag von uns noch einmal haargenau an. Ich verspreche Ihnen, es gibt genügend Material für die nächsten Monate, um eigene Anträge zu formulieren. Kopieren Sie, verbessern Sie, das könnte zu wirklich guten und nachhaltigen, wirksamen und fundierten Entscheidungen führen, eben zu einer Politik mit Augenmaß.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Frau Köhler. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Abgeordnete Michaela Kaniber gemeldet.

Michaela Kaniber (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich bin doch etwas darüber verwundert, dass Sie die Tafeln immer wieder so hochkochen lassen. Vielleicht ist es angemessen, einmal aufzuklären, welche Bedeutung die Tafeln für das Sozialministerium, aber auch für das Landwirtschaftsministerium haben. Meine Kollegin, Frau Schreyer, ist dafür zuständig, dass wir Menschen, die nicht mit Geld gesegnet sind, helfen und ihnen entgegenkommen. Meine Aufgabe ist es vor allem, Lebensmittelver-

schwendung zu vermeiden. Wir in Bayern setzen sehr viel daran. Es war nie meine Absicht, einen Konkurrenzgedanken aufzubringen. Das war eine Botschaft, die die Medien leider daraus gemacht haben. Es ging um die Tafeln alleine. Es ging immer um die caritativen Einrichtungen in summa. Schön wäre es, wenn man sich darüber Gedanken macht, ob Politik immer so einfach dargestellt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es nicht für in Ordnung, dass Sie positive Gedanken immer nur kritisieren. Die Frage ist: Wem dient diese Kritik, die Sie permanent anbringen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit. Sie haben eine Minute.

Michaela Kaniber (CSU): Tatsächlich ist es für uns elementar wichtig, darauf zu achten, dass Lebensmittel nicht weggeworfen werden. Ihre Ideen, wie Sie sie formuliert haben, mit dem Verweis auf Frankreich mit einem eigenen Gesetz, zeigen, dass wir es anders machen sollten, nicht mit einem Gesetz, sondern mit Wettbewerb und nicht in der Art, wie Sie es uns in die Schuhe schieben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Wir haben beschlossen, die Zwischenbemerkungen auf 60 Sekunden zu beschränken. Frau Köhler, bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie bestätigen, dass die Tafeln enorm wichtig sind und eine wichtige Aufgabe erfüllen. Genau das kritisiere ich. In einem so reichen Land, in dem dauernd gerühmt wird, dass wir an der Spitze und so toll sind, sollten wir alles daraufhin ausrichten, dass wir die Tafeln gar nicht mehr brauchen. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, unterstützen wir die Tafeln mit 5,4 Millionen. Einen Erhöhungsantrag der SPD haben Sie sogar abgelehnt. Da bin ich mir jetzt nicht mehr ganz sicher. Wenn Sie mit den freiwilligen Helfern der Tafeln reden, hören Sie, dass sich diese am liebsten zurückziehen würden. Sie sagen, wir sind doch nur da,

um der Armut Einhalt zu gebieten. Dahin sollten alle unsere Anstrengungen gehen und nicht in die Richtung, dass sich die Helfer der Tafeln bemühen sollen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. – Bitte schön.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, Sie haben in dem Haushaltsentwurf der Bayernkoalition zu meinem Erstaunen vermeintliche Deckungslücken im Bereich der Schulgeldfreiheit für die Heilmittelerbringerberufe, bei der Unterstützung der kommunalen Schwimmbäder aus Landesmitteln oder bei der Entlastung der bayerischen Kommunen festgestellt. Für mich ist es unverständlich, wie Ihr Redebeitrag zu dem passt, was im Haushalt steht. Hätten Sie die Güte, auf die erste Seite Ihres Redemanuskriptes zu schauen und zu überprüfen, ob Sie vielleicht die Rede vom letzten Jahr erwischt haben?

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, Herr Kollege, ich war im letzten Jahr noch gar nicht da. Vielleicht haben auch Sie damals noch darüber geschimpft, dass die Schwimmbäder zu wenig unterstützt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Sie mit einem einzigen vergleichsweise kleinen Antrag heuer die Schwimmbäder fördern wollen. Wir wollen sie dauerhaft fördern. Ich habe es Ihnen gesagt, wir wollen sie in die Hochbauvorlage mit hineinnehmen. Im Protokoll ist nachzulesen, dass der Minister argumentiert hat, warum das nicht notwendig ist und warum wir die Schwimmbäder mehrerer Kommunen zusammenlegen können, weil das nämlich alles nicht so tragisch ist. Dagegen richtet sich meine Kritik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bleiben Sie bitte am Pult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Ruth Müller von der SPD gemeldet.

Ruth Müller (SPD): Frau Köhler, Sie haben die Tafeln angesprochen. Die Ministerin hat gerade erklärt, dass das ein Missverständnis war und die Medien es falsch dargestellt haben. Vielleicht könnten Sie die Ministerin einmal fragen, ob es denn im Bereich des Möglichen liegt, dass die Homepage des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geknackt worden ist und dass jemand von den Medien den Wettbewerb da draufgeschrieben hat, wo die Kriterien für diesen Wettbewerb genau definiert sind.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hätten weiterlesen müssen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Frau Ministerin, ich habe es heute aktuell nicht verfolgt. Sollte es aber tatsächlich noch draufstehen, wäre es natürlich anständig, das noch zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Dank beginnen, an allererster Stelle an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, an die Mitarbeiter im Haus und in den Fraktionen und auch an die Oppositionsfraktionen für eine schnelle, gründliche und kollegiale Arbeit in den letzten Wochen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein Dank gilt auch dem Finanzminister und der Bayerischen Staatsregierung, denn aufgrund der Landtagswahl sind wir mit diesem Doppelhaushalt reichlich spät dran. Dennoch haben wir es geschafft, ihn zumindest Mitte Mai fertigzustellen. Das ist schon eine Rekordzeit. Das ist aber auch wichtig, damit das Geld, das wir in den Haushalt einstellen, auch ausgegeben werden kann.

Ich darf mich noch einmal an die Oppositionsfractionen wenden. Vorhin gab es Kritik, dass die vielen Anträge, die Sie gestellt haben, bei den Haushaltsberatungen nur unzureichend berücksichtigt worden seien. Ich sage Ihnen: Ich kenne es aus zehn Jahren Oppositionsarbeit. Ich weiß, dass es manchmal unbefriedigend ist, wenn man feststellen muss, dass die Regierungsfractionen andere Schwerpunkte gesetzt haben. Ich sage Ihnen aber auch: Natürlich sind die Anträge, die Sie gestellt haben – Frau Kollegin Köhler, darin stimme ich Ihnen zu –, Anregungen für die weitere Arbeit in diesem Haus; nicht alle Anträge, weil es doch grundlegende Unterschiede im Politikverständnis gibt. Und das werden Sie auch sehen, wenn Sie die Rede von Frau Köhler mit dem vergleichen, was ich jetzt zu sagen habe. Viele Anregungen, über die wir in den nächsten Monaten zu diskutieren und die wir zu berücksichtigen haben, sind in Ihren Anträgen enthalten.

Wenn ich jetzt aber auf Ihre Rede, Frau Kollegin Köhler, näher eingehe, dann gestatten Sie mir schon die Bemerkung: So konstruktiv, wie es im Ausschuss war, so wenig habe ich Verständnis für die Konfusion, die hier zum Teil zutage getreten ist. Ich sehe hier oben Claudia Stamm. Wir hatten harte Auseinandersetzungen auch inhaltlicher Art, aber in seinem Gehalt war das schon eine andere Hausnummer; das muss ich ganz ehrlich sagen. Sie reden zum Beispiel davon, dass Schwimmbäder in die Hochbauvorlage gehören. Etwas verstehe ich überhaupt nicht, nämlich dass Sie ständig von Wahlgeschenken und Geschenken an die Bürger reden. Das ist ein Staatsverständnis, das wir beide überhaupt nicht miteinander teilen. Es ist mitnichten so, dass das, was die Menschen in diesem Land erarbeiten, an den Staat abgeliefert werden

muss und der Staat darüber entscheidet, wer was braucht, und dann Geld an den Bürger zurückgibt. Das ist nicht unser Staatsverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich weiß gar nicht, warum Sie dauernd sagen, unsere Politik sei nicht nachhaltig und nicht in die Zukunft gerichtet. Ich sage es jetzt und habe es auch als Oppositionspolitiker jedes Jahr gesagt: Wenn man der Bayerischen Staatsregierung eines nicht vorwerfen kann, dann ist es eine unsolide Haushaltspolitik. Der Freistaat Bayern hat in den letzten zehn Jahren – eine Ausnahme ist die Landesbank; das muss man der Ehrlichkeit halber sagen, weil der Landesbankskandal ein tiefes Loch gerissen hat – und in den letzten Jahrzehnten eine vorbildliche Haushalts- und Wirtschaftspolitik betrieben. Das muss man anerkennen, egal, auf welcher Seite des Hauses man sitzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieser Doppelhaushalt führt die solide und vorausschauende Haushalts- und Wirtschaftspolitik weiter. Herr Kollege Herold hat heute davon gesprochen, das sei der beste Haushalt in der Geschichte des Freistaats. Ich kann sagen: Ja, Kollege Herold, das ist richtig; das ist auch der erste Haushalt, an dem die FREIEN WÄHLER als Regierungsfraktion beteiligt sind. Deswegen, Herr Kollege Herold, ist der Haushalt noch ein bisschen besser als die Haushalte, die bisher vorgelegt wurden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Da musst du selber lachen!)

Es ist selbstverständlich nicht mit Glück zu erklären, Frau Kollegin Köhler, dass die Rücklage steigt. Natürlich kann es sein, dass in einem Jahr steuerliche Effekte zusammenkommen, aber Sie müssen die Haushaltspolitik in Bayern schon langfristig betrachten. Die Rücklage steigt kontinuierlich an. Gute Rücklagen zu bilden, das ist vorausschauende Haushaltspolitik, das ist nachhaltig, das heißt, für Krisen gerüstet zu

sein. Damit ist man vorbereitet, wenn man mehr Geld in die Hand nehmen muss, weil zum Beispiel die Konjunktur lahmt.

Das zeigt dieser Haushalt aber auch. Ich sage es noch einmal: Wenn Sie von Wahlgeschenken sprechen, weil wir die Familien fördern, dann haben wir in der Tat ein völlig anderes Gesellschaftsverständnis. Sie sagen, Sie wollten nur die Familien fördern, die die Förderung brauchen. Sie wollen also entscheiden, wer Förderung braucht und wer nicht. Das ist ein merkwürdiges Staatsverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen die Mitte der Gesellschaft stärken und fördern. Natürlich sind wir für die Schwachen da. Das ist ganz klar, und das ist unsere Aufgabe. Aber wir müssen auch der Mitte der Gesellschaft etwas zurückgeben. In dieser Hinsicht ist die Familienförderung ein wesentliches Markenzeichen dieser Koalition, und das ist gut so.

Ich komme zu unseren Kommunen. Sie wissen, dass starke Kommunen ein Herzensanliegen der FREIEN WÄHLER sind, seit es die FREIEN WÄHLER gibt. Wir waren noch gar nicht im Landtag und haben überhaupt noch nicht über Landtagskandidaturen nachgedacht, als wir bayernweit gefordert haben, dass die Kommunen finanziell gestärkt werden müssen. Das hat auch einen tieferen Sinn; denn gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wir nur durch starke Kommunen. Starke Kommunen sind auch die Voraussetzung dafür, dass das, was wir uns hier im Bayerischen Landtag in München ausdenken, was sich der Deutsche Bundestag ausdenkt oder was sich Europa ausdenkt, umgesetzt wird. Wir können die tollsten Programme erfinden und die tollsten Gesetze verabschieden. Wenn diese vor Ort nicht umgesetzt werden, ist alles Makulatur, auch wenn sie noch so gut gemeint sind.

Deswegen müssen wir unsere Kommunen ausreichend finanziell unterstützen. Ich habe immer gesagt: Der Staat ist der Treuhänder für die Kommunalfinanzen. Was im kommunalen Finanzausgleich verhandelt wird, ist ein gutes Ergebnis für unsere Kommunen.

Jetzt werden Sie mit Sicherheit sagen: Es steht wieder nur ein Anteil von 12,74 % am allgemeinen Steuerverbund im Haushalt. Liebe FREIE WÄHLER, was ist denn aus euch geworden? Ihr habt doch immer 15 % gefordert. – Die Antwort kann ich Ihnen geben: Für das Jahr 2019 mögen Sie recht haben, aber im Jahr 2020, wenn der Länderfinanzausgleich wegfällt, fällt gleichzeitig die Gewerbesteuerumlage für die Kommunen weg. Das bedeutet 800 Millionen Euro mehr für die Kommunen. Das sind 8 % mehr. Wenn Sie die 800 Millionen Euro anrechnen, dann liegen Sie interessanterweise ziemlich genau bei den 15 %, die wir immer gefordert haben.

Deswegen: Herzlichen Dank, Herr Finanzminister. Es ist gut, dass die Entscheidung so kommunalfreundlich getroffen wurde. Damit haben die Kommunen langfristig, mittelfristig und kurzfristig Planungssicherheit und auskömmliche Finanzen auch für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Für gleichwertige Lebensverhältnisse brauchen wir auch eine Verteilung dieser Gelder nach der Leistungsfähigkeit. Deswegen ist es gut, Herr Finanzminister, dass die Stabilisierungshilfen in Höhe von 150 Millionen Euro für diejenigen weiter gewährt werden, die momentan gewisse Probleme haben, seien sie struktureller, finanzieller oder demografischer Art. Es ist gut, dass wir diesen Topf hernehmen, um diejenigen gezielt zu fördern, die es brauchen. 150 Millionen Euro noch zusätzlich bereitzustellen, heißt, dass wir mittel- und langfristig allen Kommunen die Chance geben, gut in die Zukunft zu investieren und dauerhaft leistungsfähig zu sein.

Wir denken nicht nur an die Kommunen, wir denken auch an die Bürger. Die FREIEN WÄHLER haben im letzten Jahr aus der Opposition heraus etwas auf den Weg gebracht, was aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Zeichen war: die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Nicht nur, dass wir damit Eigentümer entlastet haben, nein, das ist auch ein generelles politisches Signal, dass wir als Politiker Bürger entlasten und nicht, wie es der Bund tut, durch jährliche versteckte Steuererhöhungen – ich

habe es heute Vormittag schon gesagt; ich meine die kalte Progression – jedes Jahr die Bürger mehr belasten. Nein, wir setzen das Signal, dass Bürger auch entlastet werden. Deswegen haben wir die Straßenausbaubeiträge gemeinsam mit unserem Koalitionspartner abgeschafft. Die CSU war am Anfang noch nicht so begeistert davon, aber ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass die CSU diesen Weg gemeinsam mit uns geht. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben auch einige Begleitprobleme in den Blick genommen, die sich durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ergeben haben. Wir haben einen Härtefallfonds in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt, um die Fälle der Jahre 2013 bis 2017 in den Blick zu nehmen, die noch unbefriedigend sind und wo wir gezielt unterstützen und helfen können. Wenn Sie sich das Gesetz anschauen, dann sehen Sie, dass dieses Gesetz unbürokratisch ist. Das wird schnell erledigt. Innerhalb des nächsten halben Jahres kann man Anträge stellen, und dann wird entschieden und ausbezahlt. So muss Politik sein, so muss Politik funktionieren. Wir räumen solche Dinge schneller ab, als in Berlin Koalitionen gebildet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben, lieber Kollege Adelt, auch das Problem der Strebs gelöst.

(Klaus Adelt (SPD): "Gelöst"!)

– Ja, wir haben das Problem der Strebs gelöst.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Abgeordneter Klaus Adelt (SPD) erhebt sich und begibt sich vorübergehend in die hinteren Reihen)

– Ich weiß, dass dabei Ihr Blut besonders in Wallung kommt. Aber dieses Problem war höchst unbefriedigend. Denn der Innenminister Joachim Herrmann hat Briefe an die Städte und Gemeinden geschrieben und darin mitgeteilt: Alte Straßen müsst ihr nicht

mehr bis 2021 fertigbauen, wenn ihr das nicht wollt. – Aber die Kommunen haben es zum Teil nicht geglaubt. Sie haben gesagt: Um Gottes Willen, wir haben Angst, dass wir uns strafbar machen, wenn wir das nicht noch bis 2021 erledigen. – Wir haben das klargestellt: Keine Kommune muss mehr eine alte Straße fertigbauen; keine Kommune muss mehr gegenüber dem Anlieger eine alte Straße abrechnen.

Dann war ich schon etwas überrascht, dass die kommunalen Spitzenverbände, der Gemeindetag und der Städtetag, sich hier auf den Schlips getreten fühlen. Aber da muss man schon sagen: Wer hat denn das Problem verursacht?

(Klaus Adelt (SPD): Die FREIEN WÄHLER! – Heiterkeit bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer hat denn die Straßen 25 Jahre liegen gelassen? – Lieber Herr Adelt, beruhigen Sie sich. Die Bürgermeister haben diese Probleme, sie haben die alten Straßen. Nachdem es sich um einen Zeitraum von 25 Jahren handelt, Herr Kollege Adelt, ist es sehr wahrscheinlich, dass daran nicht nur SPD-Bürgermeister schuld waren; denn ich glaube, es gibt nicht so viele Kommunen in Bayern, in denen die SPD 25 Jahre am Stück regiert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir lösen Probleme.

Frau Kollegin Köhler, Sie sagen: Wohnen, Gesundheit, Mobilität. Darauf sage ich Ihnen: Ja, das sind wichtige Schwerpunkte; aber wir greifen diese Schwerpunkte auch auf. Der Kollege Herold hat vorhin völlig zu Recht gesagt, dass wir den kommunalen Straßenbau unterstützen, dass wir den Staatsstraßenbau unterstützen, wenn auch nicht im Einzelplan 13. Da hat er recht. Als wir gestern über den Haushalt des Bauministers diskutiert haben, hat Ihr Kollege gesagt, die Förderung des Staatsstraßenbaus sei Satire. Darauf kann ich nur sagen: Wenn das Satire ist, dann ist die Förderung des

ÖPNV ebenfalls Satire. Denn wir können die Gesetze der Schwerkraft noch nicht außer Kraft setzen; die Busse fahren eben auch auf Straßen.

Und verdammt noch mal, ich wiederhole: Wenn man die Sache nur aus der Großstadtperspektive betrachtet, dann sollte man doch auch akzeptieren, dass es ländliche Räume gibt, in denen man ein leistungsfähiges Straßennetz braucht, um das, was Sie völlig zu Recht ansprechen, nämlich die Mobilität, dauerhaft und gut herzustellen. Denn Mobilität, Frau Kollegin, heißt auch Stärkung des ländlichen Raums, heißt auch gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Dort, wo Sie gute Straßen, gute Schienen und auch sonstige gute Infrastruktur haben, dort haben Sie vielleicht auch die Chance, einmal ein Unternehmen anzusiedeln, nicht nur in München und im Speckgürtel der großen Städte, sondern auch im ländlichen Raum. Das ist unsere Politik, und diese verfolgen wir ganz konsequent.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie sagen, wir würden Steuergeld verschwenden. Na ja, gut, "verschwenden" ist ein Totschlagargument. Aber ich kann nur sagen: Wenn wir Steuergeld verschwenden, dann verlangen Sie doch von uns, dass wir radikal die Steuern senken; dann verlangen Sie von uns, dass wir Länderöffnungsklauseln für alle Steuerarten verlangen; denn dann könnten wir das, was wir angeblich verschwenden, dem Bürger zurückgeben. Nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir geben das Geld nicht planlos, sondern sehr zielgerichtet aus. Wir haben einen Plan. Wir haben allerdings ein anderes Verständnis des Zusammenlebens der Menschen. Unser Verständnis des Zusammenlebens der Menschen basiert darauf, dass wir die örtlichen Gemeinschaften stärken wollen, Heimat im besten Sinne erhalten und stärken wollen. Zum Zusammenleben der Menschen gehört natürlich auch das Thema Integration. Ich meine die Integration von Menschen in Orten, aus denen sie nicht herkommen, egal, ob sie aus dem Ausland oder aus dem Inland kommen. Wichtig sind die Stärkung des Ehrenamts, die Stärkung der Vereine, die Stärkung der Gruppen und die Förderung der Verhältnisse, die die Menschen in den Orten halten.

Niemand hat etwas davon, wenn Zehntausende Menschen weiter nach München ziehen. Ich hatte Ihnen gestern die Zahl genannt: Die Statistik sagt, bis 2040 liegt die Einwohnerzahl in München bei 1.850.000. Wollen wir dann die dritte Stammstrecke bauen und wieder Milliarden in München investieren, anstatt das Geld in den Regionen Bayerns auszugeben, wo mit weniger Geld mehr erreicht werden kann? Wollen wir tatsächlich durch eine immer größer werdende Landeshauptstadt das Mietproblem dort auf die Spitze treiben, die Preise immer mehr steigen lassen? – Wenn Sie mit irgendwelchen ideologischen Vorstellungen daherkommen, dass man die Mietpreise oben einfrieren kann, dann sage ich Ihnen: Wir haben doch nicht das Problem, dass die Mietpreise in ganz Bayern zu hoch wären; wir haben das Problem, dass es in Bayern Regionen gibt, aus denen die Menschen wegziehen, während in den Ballungszentren, insbesondere in München, viel zu wenige Wohnungen entstehen, um die Zuzüge der Menschen aufzufangen, die aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland in die Landeshauptstadt und in die Umgebung von München kommen.

Das ist doch unser Problem. Dieses können wir mittel- und langfristig nur durch eine Strategie lösen, indem wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, sodass wir starke Regionen in ganz Bayern haben, sodass auch Nordostoberfranken Zuzugsgebiet wird, sodass die Menschen wieder stärker in die Rhön und in andere Teile Bayerns ziehen, aus denen Menschen momentan wegziehen und wo es demografische Negativtendenzen gibt. Das muss unsere Aufgabe sein. Das leistet dieser Haushalt.

Ich darf mich abschließend noch mal beim Herrn Finanzminister bedanken. Es ist der erste Haushalt, den er als Finanzminister aufstellt. Ich sage: Dieser Haushalt ist hervorragend gelungen. Meine persönliche Prognose lautet: Die zu Recht geplante Entnahme aus der Rücklage – Sie müssen vorsichtig haushalten – wird mit Sicherheit nicht so hoch ausfallen, wie sie geplant ist. Wahrscheinlich wird eine Entnahme aus den Rücklagen gar nicht notwendig sein. Diesem Haushalt muss man einfach zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Wir nähern uns dem Ende der Zweiten Lesung des vorliegenden Entwurfs zum Haushaltsgesetz. Wir haben in den vergangenen zwei Tagen intensiv die Einzelpläne verschiedener Staatsministerien diskutiert und befassen uns nun zum Abschluss mit dem Großen und Ganzen des Haushalts.

Kommen wir direkt zur Sache. Einer der größten Makel dieses Entwurfs ist die Plünderung der Rücklagen bei gleichzeitig fehlender Schuldentilgung, und das alles, um konsumtive Ausgaben zu finanzieren.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wie hoch ist die Plünderung? –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie zugehört?)

Gestern hat der Ministerpräsident die neuesten Zahlen zu den Rücklagen erstmals öffentlich bekannt gemacht. Die Rücklagen sollen demnach bis Ende 2020 6,5 Milliarden Euro betragen. Und das soll uns nun als frohe Botschaft verkauft werden! Die Wahrheit ist, dass sich die Rücklagen Ende 2017 noch auf 8,3 Milliarden Euro beliefen und dass sich die Rücklagen ohne die geplante Entnahme sogar auf über 10 Milliarden Euro Ende 2020 belaufen könnten.

Aber abseits dieses Zahlenwerks ist doch am Schlimmsten, dass angesichts einer abflauenden Konjunktur diese Rücklagen nun für den Konsum verwendet werden. Damit nicht genug! Gleichzeitig verlangsamten Sie auch grundlos die Schuldentilgung. Es genügt nicht, einfach nur irgendeinen Schuldendienst zu leisten. Als ehemaliger Finanzminister müsste das der Herr Ministerpräsident doch eigentlich wissen. Als Finanzminister hat er den Schuldenabbau doch schon vor Jahren gesetzlich verankert. Doch in diesem Haushalt sollen zunächst nur 250 Millionen Euro und nächstes Jahr 750 Millio-

nen Euro getilgt werden. Das bleibt weit hinter der mittelfristigen Finanzplanung zurück. War es nicht ursprünglich vorgesehen, dass bis Ende 2021 jedes Jahr mindestens eine Milliarde Euro getilgt wird? Wenn wir die Rückzahlung der Schulden nur im Schnecken-tempo leisten, dann wird Bayern doch erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts schuldenfrei.

Doch diese Kritik ist nicht neu. Auf Unwissenheit kann sich hier niemand berufen. Denn neben der AfD moniert ja auch der Oberste Rechnungshof die fehlende Nachhaltigkeit des Haushaltsentwurfs. Ja, selbst die FDP, die es sicherlich gut mit der Regierung meint, hat vor knapp zwei Monaten im Haushaltsausschuss einen Dringlichkeitsantrag zur Rücknahme und umfassenden Überarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfs eingereicht. Die AfD hat selbstverständlich zugestimmt.

Meine verehrten Damen und Herren, doch jetzt so in der Rückschau frage ich mich, ob das wirklich sinnvoll war. Denn ich glaube nach der Erklärung des Ministerpräsidenten gestern nicht mehr daran, dass diese Regierung einen brauchbaren und überarbeiteten Entwurf vorlegen könnte. Völlig selbstgefällig wird der Trend der letzten Jahre, die ständige Ausgabensteigerung, fortgeschrieben. Natürlich findet sich auch in diesem Doppelhaushalt ein ordentliches Ausgabenplus wieder. Im Jahre 2014 war die erklärte Absicht der Staatsregierung noch, dass keine Steigerung der Ausgaben jenseits der 3 % pro Jahr stattfinden darf. Mittlerweile sind wir bei weit über 4 %.

Wahrscheinlich werden Sie mit der Ausgabenerhöhung, also mit der Verschleuderung unseres sauer verdienten Steuergelds, erst dann aufhören, wenn Sie von der nächsten Rezession dazu gezwungen werden. Dann, leider erst dann, werden die Bürger sehen, dass in den guten Jahren seit der letzten Finanzkrise keine ausreichenden Rücklagen aufgebaut wurden, dass alles verkonsumiert wurde, dass die Schuldenlast drückt, und hoffentlich auch, dass die CSU nicht weiter mit der Zukunft Bayerns betraut werden darf.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Im Übrigen sind wir als AfD der Meinung, dass Steuergeldverschwendung bestraft werden muss.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf Initiative der SPD wurde im Jahr 2013 durch Volksentscheid der Passus in die Verfassung aufgenommen: Der Staat gewährleistet den Kommunen im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung. – Wer anschafft, der soll auch zahlen. Das ist das Grundprinzip, das damit in der Verfassung steht. Tatsache ist aber auch, dass es neben den Gesetzen, die hier beschlossen worden sind und für die es einen Ausgleich gab, bei den Kommunen tatsächlich einen beständigen Aufgabenzuwachs gab, der nicht ausgeglichen worden ist. Die Finanzausstattung hinkt den Aufgaben hinterher.

Wir als SPD haben hier in diesem Haus deshalb schon immer die Forderung der kommunalen Spitzenverbände mitgetragen, den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund schrittweise von 12,75 auf 15 % anzuheben, den kommunalen Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund schrittweise auf 65 % zu erhöhen, wo er 2002 schon mal war, und den Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Die war auch schon mal deutlich höher, und die Erhöhung des Aufkommens während der letzten Jahre eröffnet hier Spielraum.

Wenn der Kollege Herold jetzt hergeht und sagt, wer die Positionen der kommunalen Spitzenverbände vertritt, fällt den kommunalen Spitzenverbänden in den Rücken, dann ist das verhältnismäßig billig.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ich habe gesagt, wer sie ablehnt, und habe nicht gesagt: wer sie vertritt!)

Selbstverständlich sind die kommunalen Spitzenverbände mit der Einigung über das FAG einen Kompromiss eingegangen. Die kommunalen Spitzenverbände wissen das auch – sie haben ja schon mehrere Kompromisse gemacht – und sind in den letzten Jahren nie von den Forderungen, die ich hier vorgetragen habe, abgewichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen diese Forderungen deshalb in diesem Hause auch weiterhin.

Die Ausstattung der Kommunen muss in vielen Bereichen dringend verbessert werden. Hierzu haben wir bei den Beratungen im Haushaltsausschuss eine Reihe von Anträgen eingebracht, die ich nur ganz kurz noch mal vorstellen will.

Eine solide Investitionsförderung für bayerische Krankenhäuser. Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz müssen tatsächlich noch mal deutlich erhöht werden. Wir haben gerade in der Fläche ein Problem in der Gesundheitsversorgung. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist in den letzten Jahren massiv unter Druck geraten.

Wir haben uns in den letzten Haushalten, gerade im Bau- und im Wirtschaftshaushalt, intensiv mit dem Thema Mobilität auseinandergesetzt. Auch hier müssen dringend mehr Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des ÖPNV erfolgen, und zwar als grundsätzliche Finanzierung, die nicht projektgebunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist die Sanierung kommunaler Gebäude. Hier ist enormes Sparpotenzial sowohl auf der finanziellen Seite als natürlich auch beim CO₂-Ausstoß und beim Energieverbrauch vorhanden. Das können viele Kommunen nicht alleine tragen. Deshalb haben wir hier die Initiative ergriffen, der aber von der Staatsregierung nicht gefolgt worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer wichtiger Punkt, bei dem die Kommunen im Freistaat eine ganz zentrale Rolle spielen, ist die Schaffung von bezahlbarem Wohn-

raum. Sie könnten hier tatsächlich Gutes tun, auch ohne einen Pfennig auszugeben, indem Sie unserem Antrag, hier eine Klarstellung in der Landkreisordnung über die Aufgaben der Landkreise herbeizuführen, zustimmen würden. Die Landkreise könnten nämlich auch Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus übernehmen. Hier gibt es noch viel zu viele Unklarheiten, die am Ende auch dazu führen, dass Landkreise schlicht und ergreifend untätig bleiben. Hier brauchen wir diese Klarstellung. Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie dem zu! Das würde den Haushalt an keinem Punkt belasten.

Ein weiterer Punkt, den wir in diesem Zusammenhang eingebracht haben, ist eine Änderung der Haushaltsordnung. Ein Kollege von der CSU hat in der Beratung des Wirtschaftsausschusses schon mal signalisiert, dass er es persönlich für richtig hält, dass die Kommunen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vergünstigte Konditionen bei der Übernahme von staatlichen Grundstücken erhalten. Wir haben hier einen Antrag eingebracht, durch den die Haushaltsordnung dahin gehend geändert würde, dass im Falle eines Erwerbs eines staatseigenen Grundstücks durch die Kommune der Verkehrswert für bezahlbaren Wohnraum unterschritten werden darf; nicht muss, aber darf. Diese Option sollten wir tatsächlich geben, um hier zu besseren Ergebnissen bei der Wohnraumschaffung zu kommen.

Kolleginnen und Kollegen, ein anderer Bereich, der uns hier noch mal beschäftigt, ist die Situation der Angestellten und der Beamtinnen und Beamten beim Freistaat Bayern. Sie ist nicht einfach. Auch hier gab es eine ständige Zunahme von Aufgaben, wobei der Personalstamm dieser Zunahme an Aufgaben nicht hinterhergekommen ist. Exemplarisch für den Personalbedarf in der Staatsverwaltung möchte ich die Steuerverwaltung nennen. Zum 1. Januar 2019 standen den bayerischen Finanzämtern insgesamt 16.367 Stellen für planmäßige Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung. Das Personal beträgt zum Stichtag 1. Januar 2019 aber nur 14.972 Vollzeitkräfte. Das heißt, 1.395 Stellen waren nicht mit Arbeitskräften besetzt, obwohl hier ein immenser Personalbedarf vorhanden ist. Hier muss sich tatsächlich etwas ändern. Unter Staatsminister Prof. Faltlhauser gab es 2006 mehr Stellen und

mehr Vollzeitkräfte in der Steuerverwaltung als heute. Gegenüber 2018 ist die Zahl der Arbeitskräfte gesunken, obwohl gleichzeitig die Fallzahlen gestiegen sind.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Deutlich gestiegen sind! – Zuruf von der CSU: Das haben wir doch schon besprochen! – Harald Güller (SPD): Vielleicht verstehen Sie es beim dritten Mal!)

Man kann es nicht oft genug sagen.

Kolleginnen und Kollegen, geradezu widersinnig ist die Wiederbesetzungssperre in der eh schon unterbesetzten Steuerverwaltung, zumal jeder Steuerbeamte das X-Fache an Steuereinnahmen bringt im Vergleich zu dem, was er den Staat kostet. Wir sehen jedenfalls dringenden Handlungsbedarf, was das Personal in den Finanzämtern angeht.

Wir treten beim neuen Doppelhaushalt für eine generelle Streichung der dreimonatigen Wiederbesetzungssperre ein, da insbesondere in kleinen Dienststellen der Ausfall eben nicht kompensiert werden kann und fällige Einstellungen und Beförderungen verzögert werden; also für eine Abschaffung der pauschalen Stellensperre nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes. Unsere Linie anstelle der pauschalen Sperren lautet: Da, wo Aufgaben sind, müssen auch die Stellen bleiben. Wo neue Aufgaben dazukommen, müssen neue Stellen geschaffen werden. Nur da, wo tatsächlich Aufgaben wegfallen, können auch die Stellen wegfallen.

Weiter fordern wir die Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten nach Artikel 6i des Haushaltsgesetzes in allen Ressorts. In Fortführung des neuen Dienstrechts und aufgrund der starken Leistungsanforderungen an die Beschäftigten ist die Schaffung weiterer Beförderungsmöglichkeiten geboten. Tatsächlich ist die Beförderungssituation in vielen Bereichen sehr angespannt und für die Bediensteten unbefriedigend.

Schließlich treten wir für eine weitere Verbesserung der Ballungsraumzulage ein. Die ursprünglichen Zahlungsbeträge wurden zwar um 50 % angehoben. Wir halten aber eine Verdoppelung der ursprünglichen Beträge für dringend erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, hier geht die Landeshauptstadt München mit gutem Beispiel voran. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München und die SPD-Fraktion im Münchner Stadtrat streben eine Verdoppelung der München-Zulage für die städtischen Beschäftigten an. Die München-Zulage beträgt rund 134 Euro monatlich und soll damit auf 268 Euro erhöht werden. Der Grundbetrag der Ballungsraumzulage beträgt im Vergleich dazu nur 123 Euro.

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem stellen wir fest, dass es sowohl im Bereich der Situation der Beschäftigten noch einiges zu tun gibt, als auch im Finanzausgleich noch einiges zu schaffen wäre. Was die Bayerische Staatsregierung hier vorgelegt hat, ist unseres Erachtens völlig unzureichend. Daher werden wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP. Bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Dank anfangen, und zwar nicht mit einem Dank an Ministerien und Beamte, sondern mit einem Dank an Frau Kollegin Köhler. Die hat mir bei dem Thema Nachhaltigkeit, Schulden etc. völlig aus dem Herzen gesprochen. Vielleicht kann ich deshalb meine Rede kürzer halten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Bei den Dingen, für die Sie Geld ausgeben wollen, kommen wir nicht zusammen. Das wissen Sie auch.

Punkt eins, FAG. Da habe ich mich schon mal entsprechend positioniert. Ich halte die ganze Konstruktion für ausgesprochen gut in dem Sinne, dass sie sehr gerecht ist und versucht, jedem Fall konkret gerecht zu werden. Aber dadurch ist sie auch so komplex geworden, dass sie eigentlich keine Steuerungsfunktion mehr hat. Das ist meine Schwierigkeit dabei. Wenn ich mit Kämmerern rede, bekomme ich immer zu hören: Wir können das ungefähr schätzen, aber ganz genau wissen wir es nicht. Das betrifft die Schlüsselzuweisungen wie auch die normalen FAG-Mittel.

Ich glaube, wir müssen hier etwas tun. Ich habe auch schon angekündigt, dass wir uns das mal vornehmen. Grundsätzlich muss man natürlich auch sagen, dass die Gemeinden damit immer wieder mehr Geld bekommen. Dass sie das dann nicht infrage stellen, ist auch klar. Ich glaube aber trotzdem, dass sie auch die strukturellen Probleme dabei sehen und man durchaus noch den einen oder anderen überzeugen würde. Insofern werden wir dem FAG auf jeden Fall zustimmen.

Ich wollte noch ein paar einzelne Punkte aus dem Haushaltsgesetz herausgreifen: Der Strabs-Härtefallfonds wurde vorhin schon angesprochen. Abgesehen davon, dass ich den vorgesehenen Betrag für viel zu niedrig halte, finde ich auch die Konstruktion alles andere als flexibel und bürgernah.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass das insofern ziemlich ungerecht ist, weil die Gemeinden und Kommunen sehr unterschiedlich gehandelt haben. Die einen haben gesagt: Ich mache schnell noch was fertig. Die anderen haben gesagt: Ich mache es mal fertig, rechne aber noch nicht ab. Der Dritte hat gesagt: Ich schiebe erst mal alles nach hinten.

Am erstaunlichsten finde ich ja, wie dieser Beirat, der die Mittel aus dem Härtefallfonds künftig verteilen soll, zusammengesetzt ist: Innen- und Wirtschaftsministerium berufen

Mitglieder, Finanz- und Sozialministerium nicht. Ich habe das im Haushaltsausschuss mal vorgeschlagen. Herr Füracker hat das weit von sich gewiesen. Er wollte damit auch nichts zu tun haben. Das wird noch ein Spaß. Man kann es auch anders sagen: Ich glaube, dass die Diskussion, die daraus entstehen wird, zu ziemlicher Politikverdrossenheit führen wird. Ich bin jedenfalls auch heilfroh, dass ich selbst nicht dabei sein muss.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir reden in ein, zwei Jahren darüber, was daraus geworden ist.

Zur Schuldenpolitik. Zu den Rücklagen wurde heute Morgen schon genug gesagt. Darauf will ich nicht noch mal eingehen. Das Thema Nachhaltigkeit scheint mir wirklich ein Problem zu sein, wie Frau Köhler das auch angesprochen hat. Es schaut so aus, als ob wir wieder genug Geld hätten. Aber was ist ein nachhaltiger Haushalt? – Wenn ich in dem Jahr nicht mehr ausbebe, als ich einnehme. Jetzt ist die Kalkulation ja so, dass ich wahrscheinlich doch was rausnehmen muss. Wenn es tatsächlich anders kommt, frage ich mich immer, warum ich einen Plan mache, wenn ich von vornherein weiß, dass ich doch nicht so viel ausgeben will.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das kommt mir immer wieder so bekannt vor, natürlich auch von den Kommunen. Ich versuche, einen Plan zu machen, der möglichst nahe an der Wirklichkeit sein wird, und sage nicht: Ich reserviere mir mal Gelder, die ich wahrscheinlich eh nicht brauche.

Zum Thema Schuldentilgung: Wir haben immer noch das Ziel, bis 2030 unsere Schulden zu tilgen. Wenn wir so weitermachen, reicht es hinten und vorne nicht. Das haben wir schon oft genug gesagt. Ich kann nur immer wieder den Tilgungsplan zitieren, den ich auch gefordert hatte. Die Aussagen, die ich bekommen habe, waren wirklich klasse: "fast etwas unseriös" von der CSU. Die FREIEN WÄHLER haben gesagt: Kein Mensch kann sagen, wer 2030 regiert. Wir können da nicht vorgreifen.

Wie kann man Geld aufnehmen, ohne zu wissen, wie man es hinterher zurückzahlt? – Als Banker kann ich das nach wie vor nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch ein Satz zur SPD.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir zahlen doch alle Schulden zurück, die wir aufnehmen!)

– Wir brauchen nur hochzurechnen: Wenn wir das zurückzahlen, was wir jetzt im Moment zurückzahlen, dann reicht das nie bis 2030. Das wissen Sie selbst auch.

Ein Satz an die SPD: Ich bekomme von meinem Nachbarn im Haushaltsausschuss immer zu hören, dass das mit der Schuldentilgung nicht ganz so wichtig wäre und man eher in Investitionen, in Ausgaben gehen müsste. Das kann man so denken. Ich sehe es anders. Aber dann würde ich sagen: Haben Sie den Mut, bringen Sie einen Antrag ein, dass wir die Schuldenrückzahlung bis 2030 aufheben. Die Diskussion will ich sehen, die wir dann haben. Aber zu sagen, ich habe zwar ein Ziel, eine gesetzliche Vorgabe, aber ich nehme sie nicht so ernst, weil mir andere Sachen wichtiger sind, das geht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch ein Wort zum Thema "Wachstum des Haushalts". Vom Ministerpräsidenten wurden früher einmal zugesagt, dass der Haushalt nicht mehr als 3 % wachsen soll. Tatsächlich haben wir ein Wachstum von über 6 %. Ich kann nur immer wieder sagen: Das ist kein Schönheitsproblem. Das bedeutet, das Haushaltswachstum ist höher als das Wirtschaftswachstum. Faktisch heißt das nichts anderes, als dass der Staatsanteil steigt. Sie nehmen den Leuten mehr weg. So muss man das volkswirtschaftlich interpretieren. Das finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Die 3 % waren noch akzeptabel. Sie stellen sich jedoch hin und sagen: Wir haben einen besonderen

Rekordhaushalt. Dafür klopfen Sie sich selber auf die Schulter. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP)

Ich will jetzt jedoch keine Argumente wiederholen, die wir bereits in den Ausschüssen diskutiert haben. Ich habe ein halbes Jahr Haushaltsberatungen durchgemacht. Ich möchte jetzt ein paar ganz grundsätzliche Anmerkungen machen. Frau Köhler hat das bereits angedeutet. Die ganzen Verfahren zur Haushaltsberatung sind extrem ritualisiert, nicht formalisiert, sondern ritualisiert. Ich nenne Ihnen einfach einmal ein paar Beispiele. Der einmal von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf wird praktisch nicht mehr verändert. Ich habe deshalb einen Kollegen aus der Regierungsfraktion angesprochen. Was habe ich als Antwort erhalten? – Er sagte: Wenn Ihnen wirklich etwas wichtig ist, müssen Sie uns fragen, bevor der Entwurf raus ist. Dann können wir vielleicht noch etwas machen. Ich frage Sie: Was soll dann das ganze Verfahren?

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Ich nenne ein weiteres schönes Beispiel. Kam ein Antrag aus der Opposition, wurde er im Rahmen der Ausschlussdiskussion von der Koalitionsseite abgelehnt. Sie sagen: Unser Vorschlag ist besser. Auf die Nachfrage, ob Sie dies begründen könnten, erklären Sie: Nein, unser Vorschlag ist einfach besser. Mit diesen Worten ist der Oppositionsantrag abgelehnt worden – wörtlich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Welcher Antrag?)

– Das geht quer durch alle Parteien. Das verteilt sich schön gleichmäßig weiter. Ehemalige Anträge der FREIEN WÄHLER werden von der SPD mit Genuss recycelt und in der Regel von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Falscher Zeitpunkt!)

Anträge werden alle Jahre wieder gestellt, obwohl sie mit denselben Argumenten abgelehnt werden. Wir haben uns im Haushaltsausschuss immerhin darauf geeinigt, Anträge entweder wohlwollend abzulehnen oder ihnen widerwillig zuzustimmen. Das ist das Maximum, das wir hinbekommen haben. Anträge werden durchgezogen trotz fachlicher Fehler. Ich verweise auf das Beispiel von heute Morgen mit der Verzinsung des BayernLB-Darlehens. Die Konstruktion mit dem Fraktionstopf finde ich wirklich einmalig. Das muss man gelernt haben.

Meine Erfahrung in der kommunalen Arbeit war einfach eine andere. In einem Stadtrat hört man sich zu. Ich habe festgestellt, dass man dies in einem Kreistag schon weniger tut, aber man dennoch aufeinander eingeht. Ich habe hier gelernt, wie ich es machen soll, wenn ich etwas durchbringen will. Ich frage mich jedoch wirklich, ob wir uns damit einen Gefallen tun. Sollte das jemand draußen wirklich eins zu eins verfolgen, produzieren wir Politikverdrossenheit, über die wir uns immer wieder aufregen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, der AfD und der SPD)

Ich warte noch auf einen Satz.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

– Das war genau dieser Satz – sehr schön. Er lautet: Das ist halt so in der Opposition. Das zeigt, dass das Problem nicht verstanden worden ist.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, der AfD und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Zellmeier von der CSU das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerungen von Herrn Kollegen Dr. Kaltenhauser veranlassen mich zu einer kurzen Bemerkung, bevor ich zu meiner Rede komme. Als die FDP im Landtag Koalitionspartner und damit Teil der Staatsregierung war, lieber Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, hat Ihre

Fraktion das noch etwas anders gesehen. Es ist doch erstaunlich, wie sich der Blickwinkel ändert, wenn man auf der anderen Seite des Tisches sitzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zuerst mit einem Dank beginnen, wie es die Vorredner bereits gemacht haben. Der Doppelhaushalt 2019/2020 war ein hartes Stück Arbeit. Ich glaube, wir haben ihn noch nie in so kurzer Zeit verabschiedet. Herr Kollege Halbleib, du warst oft genug dabei. Der Haushaltsausschuss hat drei intensive Arbeitswochen lang getagt. Wir haben eine Infowoche geopfert und durchgetagt von morgens bis in den Abend. Wir haben das Haushaltsgesetz, das FAG und 16 Einzelpläne beraten. So viele waren es früher nicht. Das ist natürlich auch dem neuen Ministerium geschuldet. Wir haben das in kürzester Zeit geschafft. Das wurde von allen Fraktionen mitgetragen. Ich möchte ausdrücklich allen Danke sagen, die mitgemacht und sich der kurzen Beratungszeit unterworfen haben. Ich danke Ihnen, dass Sie sich in Ihren Wortmeldungen kurz und prägnant gefasst haben, wie das im Haushaltsausschuss üblich ist. Wir haben in der Summe – das darf ich sagen – bei sechs Fraktionen nicht länger gebraucht als vorher mit vier Fraktionen. Das ist erfreulich und zeigt, dass wir uns auf das Wesentliche konzentriert haben.

Deshalb danke ich insbesondere meiner Stellvertreterin Claudia Köhler und allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Ich danke natürlich auch den beiden Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN. Stellvertretend danke ich Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER und Hans Herold als meinem Vize im CSU-Arbeitskreis. Ein besonderer Dank gilt aber auch unserem bayerischen Finanzminister Albert Füracker und allen Kabinettsmitgliedern, die im Ausschuss präsent waren. Lieber Albert, auch dir danke ich herzlich für die hervorragende Vorarbeit für diesen gelungenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, die Mitarbeiter meiner Fraktion, vor allem Herrn Dr. Raeder, für die Mitarbeiter der Ministerien, des Stenografischen Dienstes und die Offizianten sowie alle andern, die dazu beigetragen haben, dass das gelingen konnte.

Meine Damen und Herren, ich schließe aber auch den bayerischen Steuerzahler ein. Eigentlich ist es der bayerische Steuerzahler, der uns dieses finanzielle Fundament besorgt, auf dem eine solide Finanzpolitik aufsetzt; denn beides gehört zusammen, Einnahmen und Ausgaben müssen im Lot sein.

Ich möchte ein Zitat aufgreifen, das Herr Kollege Hartmann geliefert hat. Das war die Überschrift eines Artikels im "Münchner Merkur": Ein dicker Geldbeutel garantiert keine gute Politik. Ich möchte das einmal ins Gegenteil verkehren: Bei einem schmalen Geldbeutel war garantiert Rot-Grün am Werk. Das zeigen die Erfahrungen aus anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das Geld muss man auch verdienen!)

– Ja, natürlich. Ich habe dem bayerischen Steuerzahler auch gedankt. Das Geld muss verdient werden. Die Rahmenbedingungen müssen jedoch richtig gesetzt werden. Außerdem muss die Ausgabenpolitik stimmen. Das bedeutet, in der Summe kommt vieles zusammen. Lieber Herr Kollege Müller, in der Vergangenheit stand Bayern nicht an erster Stelle. Ich zitiere gerne aus einem LfA-Bericht. Im Jahr 1957 hat die CSU die Regierung nach drei Jahren Intermezzo wieder übernommen. Von den 34 ärmsten Landkreisen Deutschlands lagen damals 32 in Bayern. Heute ist es umgekehrt. Heute liegen die reichsten Landkreise und Städte Deutschlands in Bayern.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bayern ist Automobil- und Technologieland, und das macht ihr kaputt!)

Das ist deshalb der Fall, weil wir immer gute Politik gemacht haben und die Menschen fleißig waren.

Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident Markus Söder hat das so formuliert: Kein Dusel, sondern harte Arbeit ist der Grund dafür. Dazu gehört, dass wir keine neuen Schulden machen und alte Schulden abbauen. Das sind in diesem Doppelhaushalt 1 Milliarde Euro. Insgesamt haben wir seit dem Jahr 2012 6,6 Milliarden Euro an Schulden abgebaut. Das ist ein Fünftel der Altschulden. Das ist eine reife Leistung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum 14. und 15. Mal in Folge kommt der allgemeine Haushalt ohne neue Schulden aus. Das war harte Arbeit, das haben wir hart erkämpft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wurde im Jahr 2003 wie so viele in den Bayerischen Landtag gewählt. Damals war die Sanierung des Haushalts eine harte Zeit. Ich erinnere mich gut an jene Nachtsitzung im Jahr 2004. Ich glaube, dass es März war, als wir um circa 3:00 Uhr in der Früh die letzten namentlichen Abstimmungen unter wütenden Protesten der Opposition durchgeführt haben. Es war damals nur Rot-grün. Einige sind heute noch im Parlament, die damals protestiert haben und uns alles Mögliche geheißt haben, nur weil wir konsequent und hart gespart haben. Das hat uns nicht nur Lob eingebracht, aber es hat Früchte getragen. Die Erfolge, die wir heute haben, basieren auf dieser harten Arbeit und diesen harten Entscheidungen der Jahre 2004, 2005 fortfolgende. Hart erarbeitet, hart erkämpft. Das lassen wir uns von niemandem nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Daher kommt auch die Zinsausgabenquote von unter 1 %, die Kollege Hans Herold bereits genannt hat. Die westlichen Flächenländer haben eine Quote von über 3 %. Auch in Niedrigzinszeiten ist das wichtig. Wir sparen uns in diesen Niedrigzinszeiten alleine 84 Millionen Euro jährlich durch die Tilgungen, die wir durchführen. Wir sorgen auch für ein solides Polster, das heißt, die Rücklagen schrumpfen nicht. Sie steigen

sogar. Das ist richtig und wichtig. Damit ist Bayern weiter spitze bei den Staatsfinanzen in ganz Deutschland.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nicht mehr lange! Das ist die warme Münchner Abendsonne! Die geht unter, eure Sonne!)

Wir halten auch die Vorgabe der Schuldenbremse locker ein, die im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung steht. Wir haben die Schuldenbremse mit vorangetrieben.

Das war unser Werk, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren immer dafür, klare Leitplanken zu setzen und Kosten nicht auf die nächste Generation zu verschieben. Wenn heutzutage einige Forschungsinstitute, die politische Linke sowie Organisationen und Verbände sagen, die Schuldenbremse sei falsch, dann frage ich: Wann kann sie denn am besten wirken, wenn nicht jetzt, wo wir die besten Zeiten und die höchsten Einnahmen gehabt haben? Wir müssen nachhaltig und generationengerecht arbeiten. Das tun wir auch. Kein Konsum auf Pump und keine Stellen auf Vorrat, wie es die Opposition gerne fordert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorher wurde das Thema Ideenklau angesprochen. Es war die Kollegin Köhler. Wenn man die Anträge der Opposition sortiert, dann kommt man auf drei Kategorien. Ein Teil der Anträge ist unsinnig oder überflüssig. Ein weiterer Teil ist gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Dann bleibt ein Teil über, der nicht schlecht ist – das gebe ich zu – und auch uns gefallen würde, den wir aber aus der Gesamtverantwortung für den Haushalt heraus jetzt nicht finanzieren können. Das haben wir auch in den Ausschussberatungen gesagt, wenn wir "eine wohlwollende Ablehnung" vorgenommen haben. Dann hat das geheißen, wir finden die Idee nicht schlecht, können sie aber jetzt nicht bezahlen. Wir müssen aus Gründen der Nachhaltigkeit aus der Gesamtsicht heraus sagen, es geht jetzt nicht, aber es geht vielleicht später. – Dann ist das kein Ideenklau. Dann sind das Dinge, die in unseren Reihen bei CSU und FREIEN WÄHLERN auch schon länger diskutiert wer-

den, die man sich aber verkneift, weil man in der Verantwortung steht. In der Opposition kann man immer leicht reden. Man muss es ja nicht umsetzen und kommt nicht in die Gefahr, weil man keine Mehrheit dafür hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt auch für das Thema "Schaffung von Stellen". Wir tun das dort, wo die höchste Wirkung erzielt wird. Da gehört natürlich die Bildung dazu, da gehört die innere Sicherheit dazu, aber auch einige andere Dinge.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich kann es mir nicht anhören!)

Aber wir wollen den Haushalt nicht mit dauernden Lasten überfrachten. Deshalb ist in diesem Bereich durchaus Vorsicht geboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeiten könnten jetzt schlechter werden. Die Prognosen sind nicht mehr so, wie sie waren.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Hört, hört!)

Die Steuerschätzung ist zwar für Bayern erfreulicherweise immer noch positiv, aber nur noch leicht positiv, während der Bund und andere Länder bereits negative Zahlen haben. Übrigens ist auch das ein Erfolg unserer Politik, dass wir immer noch gute Zahlen haben.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sonderkonjunktur Bayern!)

Aber wir müssen zur Vorsicht raten und teure Vorhaben in Zukunft genau prüfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Konjunkturverlauf, Handelskonflikte, Brexit etc. – all das müssen wir berücksichtigen. Das gilt auch für das Thema "Wie entwickelt sich die Automobilindustrie?". Wir sind ein exportorientierter Standort. Wir leben auch davon, dass wir gerade im Automobilbereich, bei den Zulieferern und was drumherum ist, so stark sind. Deshalb, liebe Kol-

leginnen und Kollegen vor allem auf der linken Seite dieses Hauses: Denken Sie daran, was Sie auch der bayerischen Wirtschaft antun, wenn Sie den Verbrennungsmotor oder den Diesel verteuern. Denn das macht uns Probleme. Da sollten Sie mit mehr Vorsicht an die Dinge herangehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr richtig!)

Wir müssen mehr investieren und weniger transferieren, das heißt, investieren in Bildung, in die digitale Arbeitswelt und in Forschung und Entwicklung. Das tun wir. Wir haben mit 13,7 % die höchste Investitionsquote der westdeutschen Flächenländer, wie Kollege Herold schon ausgeführt hat, und verdienen damit die Goldmedaille in diesem Bereich.

Auch die bayerischen Kommunen sind deutsche Meister im Investieren. Das ist auch etwas Besonderes. Vorhin wurde das Thema FAG angesprochen. Kollege Herold hat es richtig gesagt; aber dann kam die Kritik aus der Opposition. Natürlich könnte es immer noch mehr sein; aber so gut wie in Bayern geht es den Kommunen in keinem anderen Bundesland, weil wir für eine gute Wirtschaftslage sorgen, was die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer antreibt, und weil wir die Kommunen über das FAG hervorragend finanziell unterstützen. Das sei an dieser Stelle mal gesagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können es uns auch nicht leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie manche in anderen Parteien fantasieren, Wohlstandsverzicht zu üben. Wir sind eine alternde Gesellschaft. Das ist bekannt. Genau in einer alternden Gesellschaft brauchen wir ein hohes finanzielles Niveau, um all das finanzieren zu können, was uns die Zukunft bringt. Damit müssen wir dafür sorgen, dass der Anteil der arbeitenden Bevölkerung hoch gehalten wird und die Produktivität gesteigert, nicht gesenkt wird. Wir investieren jetzt in Bildung und die Familie, in die Schulen und die Fachkräfteausbildung. Die

Fachkräfteausbildung ist neben der akademischen und der gymnasialen Bildung ganz wichtig, und natürlich, wie gesagt, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, dass wir bei all den Dingen, die genannt worden sind, aber auch im Sinne der gemeinsamen Koalition dafür sorgen, dass Probleme gelöst werden. Kollege Pohl hat das Thema Strabs und Strebs angesprochen. Ich will es nicht vertiefen. Das war in erster Linie euer Thema, wenn wir es auch – ich sage es jetzt aus meiner Sicht – sogar dankend aufgenommen haben, weil ich dazu immer schon eine eigene Meinung vertreten habe und das Problem schon lange kommen sah. Ihr habt es dann wahlkampftechnisch gut umgesetzt. Das muss man euch lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nur wahlkampftechnisch! – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Thema wird mit hohen Zahlungen vergütet. Die Kommunen bekommen mehr, als sie in dem Bereich nach eigenen Angaben überhaupt eingenommen haben. Das heißt, hier tun wir viel Gutes. Das gilt im Übrigen auch für die Bäder. Da muss ich den Kollegen Pohl jetzt ein bisschen bremsen. Er hat gesagt, das käme von den FREIEN WÄHLERN. Ich kann bestätigen, dass ich schon als Staatssekretär im Bauministerium an der Richtlinie für die Bäderförderung gearbeitet habe. Das kam schon auch aus den CSU-Reihen. Das Geld war vorgesehen.

(Harald Güller (SPD): Zu der Zeit, wo Sie unsere Anträge parallel dazu abgelehnt haben! Wohlwollende Ablehnung! – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das war die dritte Kategorie von Anträgen!)

– Kollege Güller, ich habe das vorher schon erwähnt. Dafür haben wir die richtige Zeit abgewartet. Denn das, was die Opposition beantragt, ist in der Summe sehr viel, gerade bei der SPD, und die Gegenfinanzierungen sind so pauschal wie nur denkbar. Wenn wir das alles machen würden, dann würde uns das Geld hinten und vorne nicht

reichen. Deshalb haben wir es zur rechten Zeit gemacht, und die war eben jetzt. Da sind die Mittel in den Haushalt eingestellt, und zwar nicht nur für ein Jahr, liebe Kollegin Köhler, sondern auch insgesamt für die Zukunft.

Ich darf vielleicht noch ein paar Themen ansprechen, die die Vorredner genannt haben, zum Beispiel das Thema Kitas. Beim "Gute-KiTa-Gesetz" wurde von der Kollegin Köhler tatsächlich behauptet, das Geld würde von der Regierungskoalition missbraucht, weil man damit nicht nur Qualität, sondern auch Entlastung schafft. Liebe Kollegin Köhler, wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Das Gesetz auf Bundesebene sieht die Entlastung vor und regelt die Entlastung. Qualität und Entlastung sind beides Dinge, die in Berlin beschlossen worden sind, und genau daran halten wir uns. Wenn es Meister im Missbrauch von Bundesmitteln, die zweckentfremdet werden und nicht da eingesetzt werden, wo sie hinsollen, gibt, dann ist das in rot-grün regierten Ländern der Fall, wo man Bundesmittel für ganz andere Dinge hernimmt und nicht weitergibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke da nur an das Thema Asylkosten, wo der Bund auf unsere Forderungen hin erfreulicherweise eingestiegen ist und das jetzt fortführt, obwohl die Mittel nach dem Willen der SPD gekürzt werden sollten. Das ist in anderen Bundesländern der Fall gewesen, wo man diese Mittel, die für die Kommunen gedacht waren, nicht oder nur zu einem Bruchteil weitergegeben hat. Das war in Bayern nie der Fall.

Im Übrigen darf ich noch an eines erinnern: Liebe Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn Sie mal Ihr Wahlprogramm zur Hand nehmen, Seite 36 ungefähr in der Mitte, dann finden Sie dort Gebührenfreiheit als Ziel des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Langfristig! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir sind halt schneller!)

Kennen Sie Ihr Wahlprogramm? – Für das erste Jahr sofort, für das andere später. Das heißt, das Thema Gebührenfreiheit ist auch bei Ihnen verankert. Sie haben eine andere Zeitschiene, das muss man zugeben. Aber auch bei Ihnen wäre zumindest ein Jahr vorgesehen gewesen. Ich bin erfreut, dass zumindest einige das eigene Wahlprogramm kennen. Wir haben Ihnen geholfen, es schnellstmöglich umzusetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das CSU-Wahlprogramm ist auch bekannt!)

Die Tafeln wurden angesprochen. Wir unterstützen die Tafeln, und wir haben die Beiträge dafür auch erhöht, weil wir sie für wichtig halten. Aber auch hierzu sei gesagt, Probleme mit den Tafeln, eine Überlastung der Ehrenamtlichen haben wir alles erlebt, aber das war in anderen Bundesländern, das war nicht in Bayern. Diese Überlastungen gab es bei uns so nicht, weil die soziale Lage insgesamt, weil die wirtschaftliche Lage in Bayern besser ist und der Freistaat den Menschen in Not besser zur Seite steht.

Im Übrigen sei noch eines erwähnt, und zwar vor allem im Hinblick auf die linke Seite dieses Hauses. Wir haben 3,5 Milliarden Euro für Asylkosten im Doppelhaushalt eingestellt. Das ist nahezu identisch mit der Rücklagenentnahme, die wir haben. Das sei insbesondere denen gesagt, die sich auf Bundesebene gegen die Ausweitung der Zahl der sicheren Drittstaaten wenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das seid ihr. Ihr verursacht diese Kosten mit, über deren Finanzierung aus der Rücklage ihr euch beklagt, indem ihr euch weigert, Nordafrika, die Maghreb-Staaten und Georgien als sichere Drittstaaten anzuerkennen. Auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Man muss für alles Verantwortung übernehmen, was man tut, und darf nicht nur den bayerischen Blick haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch auf die Anträge, die wir als Regierungskoalition bzw. wir, die CSU, eingebracht haben, eingehen. Herr Kollege Dr. Kaltenhauser hat gesagt, der Haushalt sei mehr oder weniger festgezimmert. So stimmt das nicht. Wir haben eine ganze Menge Änderungsanträge eingebracht. Wir können, und das müssen Sie auch verstehen, den Änderungsanträgen der Opposition nicht zustimmen, weil das die Finanzierung unserer Änderungsanträge über den Haufen werfen würde. Das ist übrigens in allen Bundesländern der Fall, nicht nur in Bayern. Das sei an der Stelle gesagt. In einigen wenigen Fällen haben wir durchaus Oppositionsanträge aufgenommen. Das zeigt, dass wir gesprächsbereit sind. Im Übrigen war das Klima im Haushaltsausschuss sehr gut. Das möchte ich an dieser Stelle sagen. Ich bin auch dankbar dafür.

Wir haben zusätzlich Mittel für den Arten- und den Naturschutz eingesetzt, für die Landwirtschaft, wo wir schon immer sehr gut sind, besser als die anderen Bundesländer, vor allem wenn es darum geht, Landwirtschaft und Umweltschutz zu verbinden.

Darüber hinaus haben wir aber auch Akzente bei der Krebsforschung gesetzt. Das Bayerische Krebsforschungszentrum ist ein Großprojekt, das wir als Regierungsfraktionen mit 500.000 Euro anstoßen. Da nehmen wir im Übrigen etwas auf, was unser CSU-Spitzenkandidat für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten Manfred Weber vorantreibt, nämlich eine europaweite Vernetzung der Krebsforschung. Das ist ein wichtiges Thema, das wir finanziell ausstatten.

Ich darf auch etwas nennen, was mir im Haushalt etwas zu kurz gekommen ist, was ich aber für wichtig halte, denn es zeigt die Priorität für den ländlichen Raum. Manche werden sagen: Ist die Digitalisierung in den Kinos wirklich so wichtig? – Es sei nur als ein Beispiel von vielen genannt. In Bayern haben wir 170 Kinostandorte, so viele und so flächendeckend wie nirgends in Deutschland. Sie sind in kleineren Städten, so wie es das sonst nirgends mehr gibt in Deutschland. In der Vergangenheit gab es das, aber jetzt nicht mehr. Dort haben wir mit der Digitalisierung eine Aufgabe. Es geht darum, die Kinotechnik zu verbessern. Dafür gibt es übrigens auch eine Förderung

des Bundes, die wir natürlich auch aufnehmen und ergänzen. Wir versuchen, gemeinsam die Kinostandorte im ländlichen Raum zu ertüchtigen und zu stärken, sie zu modernisieren. Also es geht nicht nur darum, die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben – das wurde im Rahmen der Einzelberatung schon besprochen –, sondern es geht auch um die Digitalisierung in der Fläche, bei den Kinostandorten. Die Kinos sind Kristallisationszentren des Lebens in den Städten, vor allem im ländlichen Raum, in den Kreisstädten. Dort sind sie ganz wichtig. Deshalb ist die Förderung zielführend. Ich denke, das werden wir in Zukunft weiter vorantreiben müssen. Hier haben wir eine wichtige Aufgabe über mehrere Jahre.

Oder nehmen wir die Technologietransferzentren, die landläufig mit dem Stichwort Technologiecampus bezeichnet werden. Da haben wir gemeinsam mit den Kollegen von den FREIEN WÄHLERN eine ganze Menge angestoßen, beispielsweise in Kaufbeuren, Sonthofen, Donauwörth, Nördlingen, Neustadt und Memmingen, um nur einige zu nennen. Auch dort sorgen wir dafür, dass sich Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft im ländlichen Raum vernetzen. Das tun wir in einer Art und Weise, wie das sonst nirgends in Deutschland der Fall ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben mit unseren Änderungsanträgen viel bewegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben viel von dem ergänzt, was die Staatsregierung, lieber Kollege Albert Füracker, so hervorragend vorgelegt hat. Wir haben vieles ergänzt, vieles noch eingebracht, Ideen aus beiden Fraktionen. Wir sorgen dafür, dass alles gut finanziert ist, dass die Rücklagen wachsen, dass keine Schulden gemacht und Altschulden abgebaut werden. Diesen Weg müssen wir im Übrigen auch fortsetzen: Familie, Bildung, Innovation, Digitalisierung, innere Sicherheit und vieles mehr. Eine leistungsfähige Verwaltung gehört mit dazu. Wenn ich das negativ gemeinte Zitat von Herrn Kollegen Hartmann vom Anfang dieser Debatte noch mal aufgreifen darf: Gleichzeitig bleibt unser Geldbeutel weiter dick – muss es heißen –, und zwar durch eine gelungene,

verantwortungsvolle, christlich-soziale und FREIE-WÄHLER-Politik. – Ich danke und bitte um Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bleiben Sie bitte. – Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Franz Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Kollege Josef Zellmeier, ich zitiere wörtlich, was Sie in Ihrer Rede erwähnt haben. Das waren zwei Punkte. Sie sagten, einigen Anträgen der Opposition wurde zugestimmt. Sie sprachen davon, "zur richtigen Zeit" einen "konstruktiven Antrag" zu stellen. – Das haben Sie vorhin gerade wortwörtlich gesagt. Jetzt knüpfe ich an Herrn Kaltenhauser an. Nachdem Sie ein alter Hase sind und ich auch das Empfinden habe wie Herr Kaltenhauser, vielleicht können Sie mir dazu etwas sagen. Klar, das ist ein Landesparlament, und da geht es viel politischer zu als in den Kommunalparlamenten. Es würde mich aber schon interessieren, ob Sie uns genau sagen können, wo das gewesen sein soll. Bei diesem Haushalt habe ich nämlich nicht das Gefühl – und ich glaube, da werden mir alle Oppositionspolitiker beipflichten –, dass für Sie auch nur ein einziger Antrag "konstruktiv" war oder "zur richtigen Zeit gestellt" wurde, sodass ihm zugestimmt worden wäre. Es würde mich interessieren, ob das vielleicht bei den Haushaltsberatungen in der letzten Legislaturperiode der Fall war. Vielleicht können Sie uns aufklären.

Übrigens darf ich noch eines zum Besten geben – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Herr Kollege Bergmüller, die eine Minute ist vorbei.

Franz Bergmüller (AfD): Passt.

Josef Zellmeier (CSU): Also, wir haben zwei oder drei SPD-Anträgen zugestimmt. Nicht wahr, Herr Kollege Güller? – Das waren keine riesigen Beträge, das gebe ich zu.

(Harald Güller (SPD): So ist es! – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Für die Gesamtatmosphäre ist es aber schon wichtig, das festzuhalten. Ich habe vorhin schon gesagt, es gibt drei Kategorien von Anträgen: Die unsinnigen und überflüssigen, die Anträge, die gut gemeint sind, aber nicht gut gemacht und schließlich die Anträge, die durchaus einen guten Gehalt haben, momentan aber nicht finanzierbar sind. – Hier haben wir ein Zeichen gegeben, in dem Fall an die SPD-Fraktion. Wir haben gesagt: Die Ideen sind gut, aber das Geld dafür ist momentan nicht da.

Herr Kollege Bergmüller, wir haben doch kein Brett vor dem Hirn. Wir wissen, dass ihr gelegentlich auch gute Gedanken habt. Wir haben zwar mehr gute Gedanken, darum regieren wir, aber auch andere haben gute Gedanken. Wenn es an der Zeit ist, dann nehmen wir sie auf. Aber nur, wenn es an der Zeit ist.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat Herr Kollege Johannes Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Zellmeier, allzu viele gute Gedanken von der Fraktion rechts außen habe ich in diesem Bayerischen Landtag bislang nicht erkennen können. Das möchte ich an dieser Stelle schon einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD: Oh, oh!)

Zum anderen finde ich es sehr positiv, dass Sie unser Wahlprogramm lesen. Auf Seite 2 Ihres Wahlprogramms steht: Die CSU setzt sich ein für eine Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen. – Wenn 30 Millionen Euro für Qualität ausgegeben werden und 350 Millionen Euro für die Gebührenfreiheit, dann wünsche ich mir fast, dass diese Forderung aus dem CSU-Wahlprogramm doch noch eines Tages Realität wird. Ich möchte Sie ermutigen, dann wenigstens im nächsten Doppelhaushalt so an der Qualität zu arbeiten, wie Sie es versprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch ein paar Worte über das Thema kommunaler Finanzausgleich verlieren. Die Mittel steigen um 4,6 % an. Das ist positiv und richtig, es ist aber auch notwendig, weil unsere Kommunen viele Pflichtaufgaben, viele Leistungen erbringen, die für die Lebensqualität der Menschen in Bayern zwingend erforderlich sind. Deswegen sage ich ganz klar: Bei den Kommunen ist das Geld richtig angelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keine Einigung haben Sie erzielt – es würde mich wundern, wenn es anders gewesen wäre – bei den pauschalen Kompensationen für die Straßenausbaubeiträge. Deren Abschaffung war dem Wahlkampf geschuldet. Das ist vorhin schon angesprochen worden. Es sind neue Probleme geschaffen worden; davon zeugen auch die zahlreichen Petitionen, die wir gerade im Innenausschuss dazu haben. Ich möchte nur das Thema ansprechen: Bescheid ist Bescheid: Wenn also Vorausleistungsbescheide zu erlassen waren, Herr Kollege Pohl, dann deshalb, weil die Gemeinden dazu verpflichtet waren, aufgrund der finanziellen Situation Vorausleistungsbescheide zu machen mit Abschlagszahlungen.

Da müssen dann im Jahre 2018 und sogar noch im Jahre 2019 Straßenausbaubeiträge gezahlt werden, obwohl sie von Ihnen offiziell eigentlich schon abgeschafft worden sein sollten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Schauen Sie sich die Petitionen im Innenausschuss einmal an. Da waren Sie doch einmal Mitglied. Es wäre nicht schlecht, sich damit noch einmal zu beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Insgesamt reichen die Mittel nicht aus, um den Bedarf zu decken. Sie berechnen das immer aus der Vergangenheit heraus.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ja, ich habe es vernommen, dass Sie das aus der Vergangenheit heraus berechnen, aber das sagt noch nichts aus über den tatsächlichen Bedarf in der Zukunft.

Wir haben bei den Straßen in unseren Kommunen durchaus einen Sanierungsstau. Und es war in der Vergangenheit schon für jeden einzelnen Stadtrat immer eine unpopuläre Entscheidung, Straßenausbaubeiträge erheben zu müssen. Da muss man sich die Diskussionen in der Praxis halt einmal anschauen. Da kommt dann die Bürgerin, und es kommt der Bürger und sagt, meine Straße bitte nicht ausbauen. Man könnte doch lediglich ausbessern.

Heute aber werden die Diskussionen andersherum geführt. Heute sagt man, meine Straße gehört schön längst ausgebaut und der Gehweg gehört darüber hinaus auch ausgebessert. Andere Straßen haben den Gehweg durchaus bekommen. Die Leute haben ihn zwar selbst gezahlt, aber das wird gerne vergessen. Ich meine also, dass da etliche Forderungen auf die Kommunen zukommen. Das möchte ich der Ehrlichkeit halber hinzufügen.

Man kann sich natürlich rühmen, die Beitragszahler entlastet zu haben. In Wirklichkeit aber haben wir die Kommunen *belastet*.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer A sagt wie Abschaffen, muss auch B sagen wie Bezahlen. Das gilt nicht nur für die Strabs, sondern gilt bei den Strebs-Altfällen in gleicher Weise. Sie haben das freie Ermessen ja schon angesprochen. Aber dieses freie Ermessen ist wirklich ein vergiftetes Geschenk, weil es ein Jahr vor der Kommunalwahl gemacht worden ist. Da wird es in der Praxis kaum durchzusetzen sein, in der Stadtratssitzung, in der zahlreiche Bürger zuhören, zu sagen, wir verzichten auf die Reduktion.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist gut so! Oder wollen Sie das kassieren?)

Natürlich werden das die Kommunen machen müssen. Dieses freie Ermessen, das Sie hier durchsetzen möchten oder auch durchsetzen werden, ist der Grund dafür, dass die Kommunen keinen Anspruch auf Entschädigung haben und den Schwarzen Peter haben, wenn Sie dann doch die Beiträge erheben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wollen Sie das alles kassieren?)

Das ist ungerecht gegenüber den Kommunen. Sie tun jetzt so, als wären Sie eine kommunalfreundliche Partei. Ich kann das nicht erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer A sagt wie Abschaffen, muss auch B sagen wie Bezahlen. Die Kommunen hätten einen anderen Umgang verdient.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenfrage hat der Kollege Dr. Fabian Mehring das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Becher, Sie sagten eben, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei so etwas wie – despektierlich formuliert – ein Wahlgeschenk der FREIEN WÄHLER. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf ein Volksbegehren mit mehr als 400.000 Unterschriften zurückzuführen ist. Ich frage Sie nun: Sind Sie dafür, dass der Bayerische Landtag den Souverän, das Volk, in seinem Abstimmungsverhalten, wenn es in die Rathäuser geht, ernst nimmt, oder wollen Sie die Menschen in Bayern nur ernst nehmen, wenn es um Themen geht, die den GRÜNEN in den Kram passen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Im Jahre 2016 hat das Hohe Haus – da war ich noch nicht Mitglied – einstimmig entschieden, nach zwei Jahren das Thema Straßenausbaubeiträge noch einmal anzusehen. Sie sind dann aus wahlkampftechnischen Gründen vorgeprescht.

(Zurufe)

Sie können das abstreiten, solange Sie wollen. Das wissen alle hier im Hohen Haus.

Die CSU, die FREIEN WÄHLER und die SPD haben im Jahre 2018 die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Die GRÜNEN haben dagegen gestimmt. Dass man ein jahrzehntelang eingeführtes Beitragsrecht einfach so schnell vom Tisch wischt, weil es opportun erscheint – –

(Zurufe von der CSU)

Liebe Kollegen, ich habe Ihnen zugehört. Sie dürfen mir auch zuhören. Ich würde mich freuen. – Bevor man so etwas einfach abschafft, sollte man sich Gedanken darüber machen, was das in der Praxis bedeutet, wer letztendlich zahlt und wie hoch der Bedarf ist. Das haben Sie alles nicht gemacht.

(Zurufe von der CSU: Woher wollen Sie das wissen, Sie waren doch noch gar nicht da!)

Das haben Sie nicht nötig gehabt, weil Sie sich gesagt haben: Wir wollen gewählt werden. Das war der einzige Grund, und jetzt haben wir den Salat.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Martin Böhm von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende zu bedenken. Eine solche weitsichtige Denkweise fehlt dem vorliegenden Gesamthaushalt insbesondere in der Personalplanung.

Kein guter Kaufmann würde seinen Kindern Lasten durch unumkehrbare Verpflichtungen aufbürden, und kein guter Politiker nutzt fette Jahre, um Geld zu verschwenden. Die Damen und Herren der Staatsregierung sind in diesem Sinne beides, nämlich schlechte Kaufleute und schlechte Politiker.

(Zurufe von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

In Einzelplänen verteilen wir die heute von den Bürgern hart erarbeiteten Steuern, aber deren Kinder knebeln Sie mit erst übermorgen zu erfüllenden Verpflichtungen. Das nennt sich auch Ausweitung der implizierten Staatsverschuldung, liebe Regierung. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Diese Brüche werden wir in Form enormer Zahlungsverpflichtungen zu Zeiten drastisch sinkender Staatseinnahmen erleben.

Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das ist für Sie so etwas von vorgestern. Dabei bestätigt Ihnen jeder Ökonom, dass die Heftigkeit der Oszillation, also der Ausschläge, eines Konjunkturzyklusses nur durch massive Investitionen in der Abschwungphase zu dämpfen ist, und zwar vorzugsweise durch Infrastrukturinvestitionen. Die Mittel dazu sollten aus in fetten Zeiten gebildeten Rücklagen stammen.

(Zurufe von der AfD: Bravo!)

Ich denke da zum Beispiel an die etwa drei Milliarden Euro Rücklagen, die im vorliegenden Doppelhaushalt aufzulösen Sie sich gerade erdreisten. Das ist die wahre Diktion Ihres Handelns.

(Zurufe von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Gestern verkündete der Herr Ministerpräsident urplötzlich und mit blumigen Worten die 4,2 Milliarden hohe Zuführung an die Rücklagen. Das war nicht seine Fortune, sondern es waren die Leistungen fleißiger Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaates.

(Beifall bei der AfD)

Zurzeit ist Geld billig, lieber Kollege Pohl. Aber die makroökonomischen Risiken sind sehr vielschichtig, und jede Zinserhöhung wird die Risikotragfähigkeit künftiger Haushalte schwer drücken. Noch schwerer wird die Prüfung durch die implizierte Verschuldung sein. Beispielhaft sind hier die künftigen Verpflichtungen aus den Beamtenpensionen zu nennen. Das ist nun ausdrücklich keine Kritik an den tüchtigen Damen und Herren in den Ministerien. Der Vergleich mag hinken; aber in der Wirtschaft sind für zugesagte Pensionen Rückstellungen in der Bilanz zu bilden. Auch ein Staat sollte Rücklagen sammeln, um künftige Ansprüche aus den Pensionen bedienen zu können.

Ganz platt gesagt: Das Rücklagenkapital X muss genügen, um die Pension Y bis zum Tag Z, dem Tag, an dem die statistische Lebenswahrscheinlichkeit des Pensionärs endet, zu zahlen. Ein Beispiel: Eine 67-jährige Ministerialrätin geht mit B 4 in Ruhestand und verstirbt mit – sagen wir – 88. Die Pension aus B 4 sind 5.750 Euro mal 240 Monate Pensionsleistung, und das alles verzinsen wir mit nach heutigem Maßstab unglaublichen 2,5 % Zins; durch die Sparkassenformel gejagt, und siehe: Es bedarf zum Pensionsbeginn der Dame circa 870.000 Euro Kapital als Rücklage.

Jetzt werden mir manche von Ihnen irgendetwas von einer ungefähren Rechnung oder von Alimentationsprinzipien erzählen wollen. Fakt ist eines: Das Geld muss irgendwann da sein. Fasst man die Personalentwicklungspläne der Einzelhaushalte zusammen, zeigt sich ganz vereinfacht dargestellt, dass die Zahl aller in der Vergütungskategorie A bezahlten Beamten um 1,5 % steigt, die Anzahl der in W 3 und ab B 2 sowie in R 3 Vergüteten aber um fast 20 %. Das sind relative Zahlen; in absoluten Zahlen wären das 153 Spitzenverdiener mehr. Wenn wir oben genannte Werte zu-

grunde legen, sprechen wir von einem Mehrbedarf von circa 130 Millionen Euro an Pensionsrücklagen für die in nur einem einzigen Haushalt zusätzlich eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Spitzenbeamten.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Jetzt vergeht Ihnen das Lachen!)

Es ist sehr interessant und schade, dass der Herr Minister Herrmann nicht mehr da ist; denn angeführt wird die Rennliste der personalpolitischen Unwucht vom Ministerium des Innern, für Sport und Integration. Dort wachsen die Stellen für Spitzenbeamte um 24,5 % auf, während das Fußvolk um magere 0,24 % verstärkt wird.

Drei Dinge sind wichtig, damit aus Vetternwirtschaft vernunftgelenkte Personalpolitik wird: Verwaltungshierarchien straffen, Entscheidungskompetenzen auf untere Verwaltungsebenen verlagern und Verantwortungsbereiche im mittleren und gehobenen Dienst durch geeignete Dienstanweisungen ausbauen. Nehmen Sie Ihre Pflicht zum sparsamen Haushalten endlich ernst und konzentrieren Sie sich bitte auf die Dinge, die den Bürgern wirklich nutzen. Genügen Sie der Zukunft unserer Kinder und treten Sie nicht erst 2020 auf die Schuldenbremse, sondern schon heute.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bravo! Eine sehr gute Rede!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Harald Güller von der SPD.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Ministerinnen und Minister! Zunächst darf ich mich für meine Fraktionen ganz herzlich den Dankesworten der Vorredner an das Team von Frau Wichtermann-Robl, an den Stenografischen Dienst, an das gesamte Landtagsamt, aber auch an die Ministerien und die Fraktionsmitarbeiter anschließen; denn ohne sie wäre diese Beratung so schnell und in dieser Qualität nicht möglich gewesen. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Am Schluss dieses dreitägigen Marathons – ich glaube, in der 33. Stunde der Beratung – ist es Zeit, eine kleine Bilanz zu ziehen. Entgegen dem Eindruck, den Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN immer zu vermitteln versuchen, sagen wir, hier liegt natürlich ein stattlicher Haushalt vor – 125 Milliarden Euro –, allein schon von der Größe her. Natürlich ist in diesem Haushalt nicht alles falsch, weil es schon in den letzten Jahren "wohlwollende" Ablehnungen von Anträgen der SPD gegeben hat, zum Beispiel zu Anträgen des Kollegen Adelt zur Förderung von Schwimmhallen. Diese Anträge wurden zunächst abgelehnt, jetzt haben Sie das Anliegen drin. Natürlich ist da in einigen Positionen ein Stück weit unser Herzblut enthalten. Das erkennen wir an.

Kollege Hans Herold, es ist richtig, dass die Vertreter der demokratischen Fraktionen in diesem Haus bei Spatenstichen und Projekteinweihungen natürlich Seite an Seite stehen. Da wird nämlich nicht euer Geld ausgegeben, sondern das Geld der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, das von der bayerischen Verwaltung eingesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Hohe Haus tut dies in seiner Gesamtheit.

Mit Verlaub: Wenn wir an der einen oder anderen Stelle sagen, da kann man besser sein, da kann man andere Schwerpunkte setzen, was wir mit 140 Anträgen der SPD-Fraktion auch bewiesen haben, die übrigens alle gegenfinanziert sind – das kann man in den Drucksachen nachlesen –, dann ist es auch unser Recht, zu sagen, dass es nicht unser Haushalt ist, solange Sie diese Schwerpunkte für die nächsten Jahre nur "wohlwollend" in Erwägung ziehen. Wir würden uns einen schnelleren Gang nach vorne wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Was kann dieser Haushalt? – Dieser Haushalt kann sehr wohl ein Landespflegegeld leisten, das ein Stück weit ein Dank und ein Zeichen des Respekts gegenüber Menschen ist, übrigens des Respekts, wie er auch durch eine Grundsicherung auf Bundesebene ausgedrückt würde, und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung, wie ich heute mehrfach unter Beifall der CSU gelernt habe. Machen wir das in Berlin doch auch!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesen Haushaltsberatungen viele Gemeinsamkeiten mit den GRÜNEN gehabt und haben Anträge in ähnliche Richtungen gestellt. An einer Stelle haben wir das aber ganz klar nicht getan: bei den Kitagebühren. Der Kollege von den GRÜNEN hat gestern gesagt:

Haben wir in diesem Land wirklich das Problem, dass die Kindergartenbeiträge landauf, landab völlig aus dem Ruder gelaufen und absolut unbezahlbar sind? – Ich glaube das, ganz ehrlich, nicht.

Er hat damit begründet, dass dieses Geld nicht notwendig sei. Wir als Sozialdemokraten haben dazu eine andere Auffassung.

(Beifall bei der SPD)

Nicht für alle ist es unbezahlbar, aber für viele ist es unbezahlbar, und denen muss man helfen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir unterscheiden uns dann aber von der CSU und den FREIEN WÄHLERN an anderer Stelle. Man muss darauf achten, dass die Einnahmen stimmen. Dazu gehört der Vollzug des gegebenen Steuerrechts. Dazu gehört auf der anderen Seite aber auch, dass es bei einem Umbau des Steuerrechts sozial gerecht zugeht. Natürlich muss der Soli umgebaut werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Abgeschafft werden!)

Für 90 % der Menschen, die ihn heute zahlen, muss er abgeschafft werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Für alle!)

Für die 10 % der Reichsten in dieser Gesellschaft muss er in die heutigen Einkommensteuersätze eingearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Gerechtigkeit, und davon finanzieren wir dann einen gesellschaftlichen Ausgleich, sodass unsere Gesellschaft nicht immer weiter auseinanderdriftet. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Wer mehr leistet, der hat natürlich auch etwas mehr Einkommen; aber wer grundlos immer mehr Geld anhäuft, den müssen und den dürfen wir auch einkommensgerecht besteuern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Geld, das wir in diesem Haushalt zur Verfügung stellen, was wir durch Gegenfinanzierungsvorschläge auch klargemacht haben, wäre es neben Pflegegeld und Entlastung von Kitagebühren auch möglich gewesen, die günstigen Tarife im ÖPNV schneller, schon jetzt, anzubieten, ein 365-Euro-Ticket als Einstieg in einen kostenlosen ÖPNV nicht nur für Schüler, Azubis und Studierende, sondern zum Beispiel auch für Seniorinnen und Senioren und für sozial Schwächere, und in einem zweiten Schritt für die gesamte Bevölkerung, und zwar nicht nur in Metropolen und Verbünden, sondern in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Das hätten wir uns gewünscht.

Wir hätten uns auch moderne und vernetzte Fahrzeuge im ÖPNV gewünscht, sodass man seine Anschlüsse nicht nur sieht, sondern sie auch real erreicht, weil sie aufei-

inander abgestimmt sind, Fahrzeuge, die komfortabel sind, die ökologisch besser sind als die älteren Fahrzeuge, die momentan noch oft auf der Straße unterwegs sind.

Wir hätten uns im Wohnungsbausektor mehr Initiativen gewünscht, zum Beispiel eine Initiative für die Verlängerung von Sozialbindungen von Wohnungen, wenn diese auslaufen.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns gewünscht, dass das soziale Bauen und die soziale Bauwirtschaft stärker unterstützt werden. Wir wünschen uns auch, dass die BayernHeim endlich in die Gänge kommt. Sie muss endlich ihrer Aufgabe nachkommen, nämlich Bauen, Bauen, Bauen, und zwar im sozial-geförderten und im bezahlbaren Segment.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mehr Qualität und längere Öffnungszeiten in den Kitas. Für die Kosten des Besuchs soll es einen Zuschuss geben, wenn dieser Besuch nicht gleich kostenfrei gestellt wird. Das wäre vielleicht nicht in einem Jahr machbar gewesen, aber wir hätten in diesem Jahr kräftig in diese Richtung gehen können. Hier haben Sie die Gebote der Stunde übersehen. Sie hätten unsere Anträge annehmen sollen, dann wären wir jetzt weiter. Jetzt müssen wir warten, bis wieder ein neuer Haushalt kommt.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, es reicht uns nicht, dass Sie 137 von 140 Anträgen "wohlwollend" ablehnen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, wir haben nicht alle abgelehnt!)

– Drei Anträge wurden angenommen. Seit ich in diesem Haus bin, ist das tatsächlich das erste Mal, dass SPD-Anträge nicht nur "wohlwollend" begutachtet und im nächsten Jahr abgeschrieben wurden; sie wurden in diesem Jahr auch angenommen. Deshalb können sich die Vertreter der Senioren und die freiberuflichen Musiklehrer da-

rüber freuen, dass sie in einem Jahr insgesamt 70.000 Euro bekommen. Sie können sicher sein, diese Anträge bekommen Sie von uns zum Nachtragshaushalt wieder, sofern Sie die Mittel nicht gleich in den Nachtragshaushalt einstellen. Kolleginnen und Kollegen, wir sagen aber zusammenfassend: Das geht besser. Mit den Änderungsanträgen der SPD wären dieser Doppelhaushalt und das FAG besser geworden.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Wichtigkeit einzelner Punkte in diesem Haushalt werden wir ihn deshalb insgesamt ablehnen, solange Sie die anderen 137 Anträge ablehnen. Ich bin nicht so vermessen, zu sagen: "solange Sie alle ablehnen". Einigen wir uns auf einen Anteil von 50 %. Dann würden wir zustimmen.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir sind hier nicht auf dem Basar!)

Ich sage ausdrücklich: Beim Landespflegegeld und den Kitagebühren haben die SPD und die GRÜNEN unterschiedliche Auffassungen. Trotzdem hätten es auch einige Anträge der GRÜNEN verdient, angenommen zu werden, da sie in die gleiche Richtung wie unsere gehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen diesen Haushalt so, wie er jetzt vorliegt, ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Martin Hagen das Wort.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen über den Doppelhaushalt biegen jetzt in die Zielgerade ein. Als letzter Redner meiner Fraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal allen herzlich zu danken, der Regierung, allen Fraktionen, aber insbesondere auch der Verwaltung für ihre wichtige Arbeit an diesem Doppelhaushalt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Insbesondere möchte ich denjenigen danken, die das Geld, um das es in den letzten Tagen ging, erwirtschaftet haben, also den bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Herzlichen Dank an Sie, vergelts Gott. Sie haben es verdient, dass wir als Vertreter des bayerischen Volkes sorgsam mit dem von Ihnen erwirtschafteten Geld umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterstelle allen demokratischen Kräften in diesem Haus, dass sie von dem ehrlichen Bestreben geleitet werden, in ihrer Arbeit und bei der Beratung dieses Haushalts das Beste für unser Land und das Beste für seine Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Ich glaube, bei allem Streit eint uns mehr, als uns trennt, nämlich die Liebe zu Bayern und der Wunsch, es noch besser zu machen und Bayern für die Zukunft zu rüsten. Wir streiten über den richtigen Weg dahin. Über den richtigen Weg zu streiten, Prioritäten zu setzen und dem Bürger Alternativen aufzuzeigen, das ist das Wesen der Demokratie. Das gehört dazu.

Zum Abschluss der Beratungen möchte ich eine Institution des Freistaats zitieren, die über diesem Parteienstreit steht, eine Institution, deren Unabhängigkeit und Überparteilichkeit von der Verfassung garantiert wird, nämlich den Bayerischen Obersten Rechnungshof. Der Oberste Rechnungshof hat dem Doppelhaushalt Folgendes attestiert. Zitate:

Obwohl in den letzten Jahren die Steuereinnahmen so hoch waren wie noch nie zuvor, gelingt der Haushaltsausgleich erneut nur durch eine Entnahme aus der Haushaltssicherungsrücklage.

Allerdings ist der nun geplante Schuldenabbau deutlich geringer als noch in der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 vorgesehen. Damit wird der finanzielle Spielraum, den die Staatsregierung aufgrund der Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen gewinnt, nicht für den Schuldenabbau genutzt [...].

Auch die Begrenzung der Ausgabensteigerung bleibt hinter dem zurück, was für die Haushalte seit 2015 unverändert Maßstab ist.

Der weitaus größte Teil der Mehrausgaben dient aber neuen konsumtiven und zudem dauerhaft verpflichtenden Ausgaben.

So weit die Kritik des Obersten Rechnungshofs. Die FDP-Fraktion schließt sich dieser Kritik an. Bitte verstehen Sie unsere Kritik und auch die Änderungsanträge, die wir in den letzten Tagen eingebracht haben, als Ausdruck dessen, was ich eingangs erwähnt habe, nämlich als Ausdruck des ehrlichen Bestrebens, das Beste für unser Land und seine Bürger zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Tim Pargent vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Liebes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach drei Tagen Bayern-first-Rhetorik war sich die Koalition nicht zu schade, Vergleiche mit anderen Bundesländern anzustellen, wie es ihr gerade gepasst hat. Sie haben mindestens drei Dutzend Mal auf NRW herumgehackt, und das meistens despektierlich. Das ist aber zu wenig. Immer nur als Branchenprimus dazustehen, bringt wenig, wenn die ganze Branche im Wanken ist. Die Herausforderungen sind heute international. Ich nenne das Stichwort FC Bayern. Da vergleichen Sie sich ja auch gern. Jedes Jahr die Deutsche Meisterschaft zu holen, bringt auch nichts, wenn Sie im Viertelfinale der Champions League rausfliegen. Was bei den Bayern die alten Spieler sind, das sind bei Ihnen die alten Konzepte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Problem hier: Sie schmeißen das Geld drauf. Die großen, strukturellen Probleme gehen Sie nicht an. Ich nenne die digitale Infrastruktur, den massiven Sanierungsstau an den Hochschulen und die schlechte Schieneninfrastruktur. International sind uns

hier andere Länder meilenweit voraus. Sie vernachlässigen auch die Investitionen in den Klimaschutz.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie reden von der Champions League und spielen selber in der Regionalliga! Das ist doch lächerlich!)

Aber der Trainerwechsel vor einem Jahr hat auch nichts gebracht. Sie spielen die gleiche alte Taktik, und mit den FREIEN WÄHLERN haben Sie jetzt einen neuen Trikotsponsor. Eigene Impulse sind nicht zu erkennen. Ja, Sie spielen die gleiche alte Taktik: Immer raus mit den Millionen, frei nach Meister Gießkanne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser Klientelpolitik päppeln Sie vielleicht Ihre Fanclubs und Ihre Dauerkartenhhaber auf, aber international konkurrenzfähig wird Bayern damit nicht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Erst einmal selber was leisten!)

Die Schuldentilgung, geplant bis 2030, ist schon längst in weiter Ferne. Ich fürchte, damit holen Sie am Ende noch nicht einmal den DFB-Pokal.

Wir müssen die Zukunftsaufgaben angehen, um international konkurrenzfähig zu werden, von der Kita bis zur Schiene. Wir müssen den Schuldenabbau angehen

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Berlin ist ein gutes Beispiel!)

und auf den Klimawandel reagieren. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Ralf Stadler von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach drei Tagen intensiver Haushaltsdebatte möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeitern des Landtags bedanken, die bei der Aufstellung des Haushalts mitgeholfen haben. Wir haben sowohl von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Söder als auch von Herrn Wirtschaftsminister Aiwanger gehört, dass in Bayern alles super läuft. "Gott mit dir, du Land der Bayern", möchte man sagen. Vom größten Haushaltsüberschuss aller Zeiten wurde gesprochen. Wer hat denn dafür gesorgt, dass Bayern in den letzten Jahren so enorme Steuereinnahmen erwirtschaftet hat? – Das waren die hart arbeitenden Bürger.

Wie mit diesen Einnahmen umgegangen wird, steht auf einem anderen Blatt. Warum wird die jährliche Schuldentilgung um die Hälfte reduziert? – Nicht nachvollziehbar ist auch, warum gerade jetzt, in unsicheren Zeiten, die Rücklagen abgeschmolzen werden.

Ich fühle mich jedenfalls dem bayerischen Volk verpflichtet und keinem anderen. – Das ist ein Zitat von Herrn Söder. Hören wir uns im Volk um, fehlt es an allen Ecken und Enden. Die Pflicht des Staates ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Daran hat sich die Staatsregierung zu orientieren.

Wie steht es mit der Förderung des ländlichen Raums, vor allem von strukturschwachen Regionen wie dem Bayerischen Wald? – Die FREIEN WÄHLER haben gerade 40 Millionen Euro nach Augsburg verschoben. Der Hochwasserschutz wird neu erforscht, weil dem Wirtschaftsminister das Ergebnis nicht passt. Bei der Krankenversorgung im ländlichen Raum kann der Betrieb kaum mehr aufrechterhalten werden. Im Krankenhaus Freyung ist man besonders schlau. Dort hat man einen ehemaligen CSU-Landrat auf 450-Euro-Basis angestellt, um den Kummerkasten regelmäßig zu leeren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ein Schmarrn!)

– Ja, so ist es.

Was ist jetzt, wenn sich die Konjunktur demnächst abschwächt, zum Beispiel bei der Autoindustrie? Was ist hier mit vorausschauenden Investitionen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist, wenn uns morgen der Himmel auf den Kopf fällt? – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sachlich bleiben! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das wäre gut!)

Die Rücklagen dürften schnell aufgebraucht sein, wenn die Steuereinnahmen demnächst rückläufig sind. Diese Politik des "Alles ist gut" fällt uns dann auf die Füße. Stattdessen werden weiterhin Sonderprogramme im Klimahype, im Energiebereich gefahren, die niemand braucht und die scheitern werden. Ich sage nur E-WALD oder Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit BayernHeim. 500 Millionen Euro sollen dafür bereitgestellt werden, um 10.000 Wohnungen bis 2025 zu schaffen. Das hätte der damalige Minister Söder einfacher haben können, wenn der Freistaat die 33.000 Wohnungen aus dem Bestand der Landesbank im Jahre 2012 erworben hätte.

(Beifall bei der AfD)

Der Notverkauf war angeblich nicht zu verhindern, nachdem die damalige CSU-Regierung die Landesbank in hochriskante Geschäfte mit unter anderem der Hypo Alpe Adria getrieben hat.

Völlig außer Acht gelassen werden die immensen Kosten für die Pensionen ehemaliger Beamter, die auf den Steuerzahler zukommen. Angesichts einer wachsenden Beamtenschar, einer längeren Lebenserwartung sowie gestiegener durchschnittlicher Beamtengehälter kommt da ein finanzpolitischer Tsunami auf den Staatshaushalt zu.

(Zuruf von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Das ist eine versteckte Verschuldung, die offengelegt werden müsste.

(Zuruf)

Wo ist die Unterstützung von Behinderten bereits im Kindergarten und in der Schule? Dazu gehört auch eine Besserstellung der Förderlehrer durch gerechtere Entlohnung. Behinderte in betreuten Werkstätten dürfen nur über ein Schonvermögen in Höhe von 5.000 Euro verfügen, das nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Das müsste dringend nach oben angepasst werden, damit eine benachteiligte Gruppe ein wenig für das Alter zurücklegen kann.

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen werden Wahlgeschenke von CSU und FREIEN WÄHLERN verteilt. Die AfD hingegen tritt für Verantwortung, Gerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft in Bayern ein.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das glaube ich nicht!)

Deshalb fordern wir mehr Transparenz bei der Mittelverwendung und eine gerechtere Verteilung der Mittel, damit Bayern auch in Zukunft sicher bleibt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bleiben Sie bitte da. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stadler, ich hätte zwei Fragen an Sie. Frage eins. Glauben Sie oder sind Sie überzeugt, dass durch Schlechtreden oder Schlechtdarstellung, teilweise durch Falschdarstellung und Verleumdung, Vertrauen nach innen, Vertrauen zur Wirtschaft und Vertrauen im internationalen Geschäft gewonnen werden kann?

Frage zwei. Sie haben behauptet, die FREIEN WÄHLER hätten 40 Millionen Euro nach Augsburg verschoben. Wenn Sie mir die 40 Millionen Euro jetzt erklären könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Wenn Sie mir dann noch sagen könnten, was "ver-

schoben" mit Wirtschaftsförderung, mit Innovation zu tun hat, wäre ich Ihnen insbesondere dankbar. Oder geben Sie einfach zu, dass Sie es nicht verstanden haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Die 40 Millionen Euro – das habe ich angesprochen – betreffen das Flutpolderkonzept, das hier umhergeschoben wurde.

Die andere Frage habe ich nicht verstanden. Es tut mir leid.

(Zurufe – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben schon mehr nicht verstanden!)

Dann können wir vielleicht ein bisschen deutsch reden, dann kriegt man es auch mit. – Danke.

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Ralph Müller von der AfD.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Kollegen, geschätzte Besucher! Ich wollte heute hier eigentlich eine Rede

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

über Elektromobilität und die Automobilindustrie halten.

(Zuruf von der CSU)

Aufgrund des gesamten Verlaufes dieser Haushaltsdebatte habe ich mich jetzt entschlossen, doch über die gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen hier zu sprechen.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

– Hören Sie zu! –

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Was haben wir denn gemacht? Oder: Was hat die Regierung gemacht; nicht wir? – Der Staatshaushalt wurde aufgebläht. Es wurden viele neue Beamtenstellen und Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen – auch bei der Polizei. Was bedeutet ein stark erhöhter oder aufgeblähter Staatshaushalt? – Letzten Endes bedeutet er eine deutlich erhöhte Staatsquote.

Erhöhte Staatsquoten waren noch nie Garanten für wirtschaftlichen Erfolg oder die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Im Gegenteil: Ein Land, das seine Staatsquote immer mehr erhöht, verwandelt sich in einen fetten Wohlfahrtsstaat, und ein fetter Wohlfahrtsstaat ist der Wegbereiter für den Sozialismus. Das ist nämlich die Realität Ihres Haushaltes!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Lachen bei den GRÜNEN)

All das, was unseren Wohlstand ausmacht, nämlich eine leistungsfähige Industrie, Gewerbe, Hochtechnologie, Leistungen im geistigen Eigentum in Forschung und Wissenschaft, ist mit deutlichen Abwärtskonnotationen versehen,

(Unruhe bei der SPD)

weil unsere Standortfaktoren nicht mehr stimmen.

(Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Hör zu Halbleib, dass du was lernst!)

Ich habe es Ihnen in den letzten Wochen schon mehrfach gesagt. Unser Land wird einen rasanten Abstieg machen, wenn Sie nicht konsequent und rigoros die Standortfaktoren verbessern. Was sind die Standortfaktoren? Ich sage es Ihnen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Die Qualität der Zwischenrufe sollte immerhin der Qualität des Redners gleichkommen, aber das schaffen Sie nie!

(Heiterkeit bei der AfD – Lachen und Klatschen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Martin Hagen (FDP): Wir bemühen uns! – Weitere Zurufe von der FDP)

So, und jetzt lassen Sie mich weiterreden.

(Unruhe)

Lassen Sie mich weiterreden!

(Anhaltende Unruhe)

Ich sage Ihnen jetzt die Standortfaktoren für dieses Land, die wir – –

(Fortgesetzte Unruhe)

Bringen Sie hier die Leute einmal zur Ruhe!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege! – Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie ziehen das von meiner Redezeit ab. Ich will meine Redezeit!

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ganz ruhig. Sie kriegen eine Nachspielzeit von fünf Sekunden, damit sich jetzt die Kolleginnen und Kollegen beruhigen können.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ihr könnt schon lachen, aber ich habe recht mit allem, was ich sage.

Präsidentin Ilse Aigner: Und es ist immer gut – –

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Deswegen – –

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Müller, ganz ruhig.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Und deswegen spreche ich auch am – –

(Anhaltende Unruhe)

Deswegen spreche ich auch am Schluss, weil das Beste kommt zum Schluss!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist der Füracker!)

Sie hören jetzt zu! – So. Wenn Sie die Standortfaktoren dieses Landes deutlich verbessern wollen,

(Unruhe)

unser Land zukunftsfähig machen wollen,

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte ein bisschen Ruhe!

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) dann schützen Sie – –

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Lassen Sie Ihre unqualifizierten Sprüche, Herr Reiß.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wo ist Ihre Qualifikation?)

Dann schützen Sie als Erstes die Grenzen mit allen Mitteln. Es gibt kein zivilisiertes erfolgreiches Land – –

(Unruhe)

– Seien Sie jetzt ruhig!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zuruf)

– Sie sollen jetzt ruhig sein und zuhören, habe ich Ihnen gesagt.

(Anhaltende Unruhe)

Es gibt kein zivilisiertes erfolgreiches Land wie die Vereinigten Staaten oder Japan oder China, das seine Grenzen nicht schützt. Stellen Sie die Energieversorgung dieses Landes sicher.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sie wollten doch keine neuen Polizisten, haben Sie gerade gesagt!)

Kehren Sie zurück zu einer gesicherten Energieversorgung mit einem Energiemix aus Kernenergie, fossilen Brennstoffen und erneuerbaren Energien. Das habe ich Ihnen schon einmal gesagt.

(Zurufe)

Dann: Bekämpfen Sie die explodierende Kriminalität im Land. Sie beklagen sich, dass Sie keine Fachkräfte ins Land bekommen. Es will keiner in einem Land arbeiten, in dem die innere Sicherheit nicht gewährleistet ist, in dem er keine Sicherheit für seine Familie empfindet.

(Zuruf von der FDP – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Humbug!)

Das sind die Standortfaktoren.

(Unruhe)

Und dann bekommen Sie auch die Fachkräfte nach Bayern, und die gehen nicht nach Kalifornien oder in die Schweiz.

(Beifall bei der AfD)

Weitere entscheidende Standortfaktoren sind – das habe ich Ihnen auch schon gesagt –: Senken Sie endlich die Steuern! Wirken Sie auf Ihre Kamarilla in Berlin ein, dass die Steuern gesenkt werden – die Einkommensteuer,

(Beifall der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

die Gewerbesteuer, die Körperschaftsteuer.

(Zurufe)

Stellen Sie weiterhin in der Verwaltung Rechtssicherheit her! Rechtssicherheit in der Verwaltung erreicht man durch kurze Prozesse. Die Unabhängigkeit der Justiz – –

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da seid ihr ja Spezialisten! – Bernhard Pohl

(FREIE WÄHLER): Durch kurze Prozesse, ja!)

– Nein, nein, nein, Herr Pohl, kommen Sie hier nicht mit Primitivargumentation.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Rechtssicherheit – –

(Unruhe)

Rechtssicherheit erreicht man dadurch, dass man der Justiz

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Pscht!

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) die Entscheidungsanleitungen von ganz oben gibt, von den obersten Gerichten.

Dann das Nächste – und das wurde von Kollegen auch schon angesprochen –: Sanieren Sie die marode Infrastruktur in diesem Land! Das hat Ihnen sogar der Kollege von den GRÜNEN jetzt einmal in Ihr Buch geschrieben,

(Zuruf von der SPD)

was Sie tun sollen. Die Straßen

(Unruhe)

sind die Lebensadern unseres Landes – die Staatsstraßen, die Bundesstraßen; all das, was die Transportfähigkeit

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und die Logistik in diesem Land fit macht für die Zukunft. Und dann können Sie das, was für Investitionen zur Verfügung steht, immer noch in Ihre viel gepriesene Digitalisierung stecken. Die Digitalisierung ist wichtig, damit dieses Land zukunftsfähig bleibt. Das gestehe ich Ihnen zu. Aber verengen Sie – und das macht die FDP immer so

gern – nicht immer die gesamte Fortschrittspolitik auf die Digitalisierung, das ist lächerlich.

(Abgeordneter Tobias Reiß (CSU) deutet auf die Zeitanzeige für den Redner)

– Ich habe noch eine Menge zu sagen, Herr Reiß.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Dr. Müller, Sie sind zehn Sekunden über der Zeit. Ich bitte Sie, dass Sie langsam oder auch etwas zügig zum Schluss kommen.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich hätte Ihnen noch viel zu sagen.

Präsidentin Ilse Aigner: Das glauben wir.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit. Herr Pohl, zum Lachen finde ich das, was ich gesagt habe, nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Doch!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, wir wissen, dass Sie – –

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Werden Sie nicht kindisch. Jeder Satz, den ich gesagt habe, ist für die Zukunft unseres Landes essenziell.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wir sollten ein Parlamentsfernsehen einführen!)

Ich verabschiede mich und wünsche Bayern viel Erfolg.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Jetzt habe ich hier im Parlament eine Lehrstunde des Behaviorismus erlebt. Ich wollte eigentlich vor meiner Rede zum Haushalt die Debatte der letzten drei Tage loben. Dann kommt aber ein grüner Schierlingsbecher und vergiftet ein bisschen das Klima. Die Reaktion des Rechtsaußen Müller – nicht Mittelstürmer Müller! – war dann das, was wir jetzt erlebt haben. Lachen ist gesund. Sie haben sich jetzt ausgelacht, jetzt können Sie mir zuhören.

Ich möchte Ihnen jetzt Folgendes sagen: Hans Herold hat uns den Geldregen und den Geldsegen im bayerischen Staatshaushalt und auch das erklärt, was wir alle zusammen mit diesem Geld machen können. Dazu frage ich Sie: Kommt denn auch der Finanzausgleich für die Privatteile, für die Steuerzahler, die uns diesen Geldsegen beschicken? Ich hoffe, ja. Wenn es nicht so ist, stellt sich die Frage, ob sich Bayern in die Länder einreicht, die ihre Steuerbürger wie eine Weihnachtsgans ausnehmen.

Unser geschätzter Herr Ministerpräsident und Regierungschef Dr. Söder hat gesagt, dass er die Bürger nicht ausnehmen würde, so seien die Bayern nicht. Er hat gesagt, Bayern gibt alles das, was es einnimmt, mittelbar oder unmittelbar auch wieder zurück. Unmittelbar wird es über das Familiengeld oder das Landespflegegeld zurückgegeben, mittelbar über den Finanzausgleich. Er sagt aber auch, er gebe das Geld auch für Bayerns Zukunft aus. Wir haben heute etwas von Digitalisierung und die Geschichte vom Moonraker gehört. Vom Space-Programm haben wir weniger gehört, aber das steht auch da. Viel gehört haben wir von Umwelt und Naturschutz. Diese Themen werden uns weiter begleiten. Beim Finanzausgleich für Steuerzahler nehme ich die Aussage des Ministerpräsidenten, dass er auf eine Abschaffung des Soli drängen wird, wirklich ernst.

Jetzt aber zum kommunalen Finanzausgleich. Meine sehr geschätzten Kollegen, der kommunale Finanzausgleich ist ganz wichtig, und er ist aus diesem Haushaltsplan in Höhe von 125 Milliarden auch gut bestückt. Die mehr als 2.000 Kommunen, die die Basis der Gesellschaft sind, kommen in allernächster Zukunft in größte Not. Ich sage

Ihnen auch, in welche Not. Sie alle sind erfahrene Politiker, früher waren Sie vielleicht auch Kommunalpolitiker, und Sie wissen, was Abwasseranlagen und Trinkwasseranlagen sind. Sie sind komplexe Gebilde, sie sind alt, marode und erneuerungsbedürftig. Sie entsprechen nicht mehr dem technischen Stand. Ich spreche mit den Leuten, die es wissen, und die sagen mir: Raimund, wenn dafür kein Geld kommt, wird es für die Kommunen grauslich.

Deshalb ist eine Finanzpolitik, wie sie Bayern über viele Jahre praktiziert hat, nämlich sparsam wirtschaften und für die Zukunft vorsorgen, sicherlich der richtige Weg. Ich hoffe nicht, dass die Bayerische Staatsregierung irgendwann sagt, dass Abwasser und Trinkwasser eigener Wirkungskreis der Kommunen sind und die Kommunen deshalb selber schauen müssen. Die können das selber nicht leisten. Denken Sie an die vielen kleineren Anlagen in den Flächengemeinden. Da kommen wirklich mehrere Hunderttausend Euro an Investitionen auf die Kommunen zu. Wer soll das bezahlen? Der Bürger vor Ort? – Der kann es auch nicht. Der verliert dabei Haus und Hof. Sie wissen, wovon ich rede. Ich möchte, dass das nicht eintritt.

Hier im Raum reden viele über Segnungen wie Schwimmbäder und solche Einrichtungen, die in den Kommunen zunehmend vor der Schließung stehen, weil sie unter Personalnot leiden. Ich hoffe, dass das nicht das Hauptthema ist. Das Hauptthema der Zukunft muss sein, die Kommunen am Leben zu erhalten. Deshalb ist Haushaltsdisziplin und vorausschauende Sparsamkeit das Mittel der Wahl. Ich hoffe, es ist auch für unseren Ministerpräsidenten und seine Staatsregierung das Mittel der Wahl.

Jetzt danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wage heute nicht, Ihnen einen schönen Abend zu wünschen, sonst bekomme ich wieder die Rüge, dass ich die Sitzung nicht beenden darf. Das soll das Präsidium machen. Daran will ich mich halten.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Swoboda, einen schönen Abend kann man immer wünschen. Das ist schon in Ordnung. – Jetzt ist die Aussprache geschlossen.

Das abschließende Wort hat der Finanzminister, der Schöpfer des Haushalts. Bitte, sehr geehrter Herr Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Meine liebe Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich schaue, dass ich meine Redezeit von 40 Minuten gut überschreite, dann haben alle Fraktionen noch einmal die Möglichkeit, etwas zu sagen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Söder hat letztens sieben Minuten gesprochen!)

Eines habe ich aber gelernt: Drei Tage lang habe ich mich jetzt gefragt, warum ich als Letzter sprechen darf. Dr. Müller hat es beantwortet: Das Beste kommt zum Schluss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ich habe höchstes Verständnis dafür, dass nicht alle klatschen. Ich bitte, mir das auch nicht als Arroganz auszulegen, aber ich habe mich trotzdem gefreut.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen, dass es zur Zeit einen bayerischen Finanzminister gibt, der nächstes Jahr im Mai seit 30 Jahren Gemeinderat und Kreisrat ist, davon zwölf Jahre stellvertretender Landrat und neun Jahre Zweiter Bürgermeister. Deswegen habe ich eine gehörige Menge an Erfahrung betreffend Kommunen und Verständnis für Kommunen. Manchmal habe ich deswegen schon gezuckt und hätte gerne – das wäre aber wieder arrogant gewesen – gefragt: Wie lange machen Sie eigentlich schon Kommunalpolitik? Können Sie es wirklich so genau beurteilen, wie die Gemeinden ticken? Es gibt 2.056 Gemeinden und 71 Landkreise. Ich bin in diesem Land in den letzten Jahren – auch schon als Staatssekretär – unterwegs gewesen. Ich war in unglaublich vielen Gemeinden, und ich kenne alle Fragen.

Eines, meine Damen und Herren, kann uns niemand absprechen, und niemand, der seriös argumentiert, tut das: Noch nie hat der Freistaat Bayern seinen Kommunen so viel Geld gegeben wie jetzt. Noch nie in der Geschichte des Freistaates Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ausgehend von 2013 mit 7,8 Milliarden Euro wurden für 2014 8,0 Milliarden Euro als kommunaler Finanzausgleich ausgehandelt. Im folgenden Jahr waren es 8,3 Milliarden, dann 8,56 Milliarden, 8,9 Milliarden, 9,53 Milliarden und 9,97 Milliarden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten sechs Jahren den kommunalen Finanzausgleich um mehr als 2 Milliarden gesteigert, obwohl die Gemeinden selbst höhere Zunahmen bei den Steuereinnahmen hatten als der Freistaat Bayern. Wir haben mit dem kommunalen Finanzausgleich in viele Maßnahmen investiert, die Sie heute beklagt haben.

Zwischendurch habe ich einmal gehört, wir würden Bundesgelder für Kinderbetreuung missbrauchen. Meine Damen und Herren, in diesem Doppelhaushalt sind allein Leistungen für Familien in Höhe von 2,4 Milliarden Euro enthalten. Für die Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätten in Bayern haben wir 3,66 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Pro Jahr sind das rund 1,8 Milliarden Euro. Vor sechs Jahren waren es noch 700 Millionen. Wir haben enorme Steigerungen vorgenommen. Wir haben für die investiven Förderungen für Kindertagesstätten 260 Millionen eingeplant. Wir haben deutlich über 6 Milliarden Euro für Leistungen an Familien und Kinder vorgesehen. Ich weiß nicht, was man daran überhaupt noch kritisieren kann. Wir haben damit wirklich einen kommunalfreundlichen und familienfreundlichen Haushalt. Der ist nicht mehr zu toppen.

Ich wundere mich schon sehr, dass hier wieder Märchen erzählt werden. Bernhard Pohl, eigentlich müsste ich jetzt nicht die Strabs verteidigen. Ich gebe zu, dass ich nicht unterschrieben habe. Jetzt haben wir die Beiträge abgeschafft. Der Grund dafür

ist bekannt. Jetzt wird die Mär verkündet, der Freistaat Bayern habe die Strabs auf Kosten der Kommunen abgeschafft.

Dazu kann ich nur sagen: Erstens. Knapp 30 % der Kommunen dürften sich überhaupt nicht beschweren. Die hatten nämlich keine Satzung und haben keine Beiträge erhoben. Die müssten theoretisch ganz ruhig sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens. Das Innenministerium hat festgestellt, dass bei all den Kommunen, die Beiträge erhoben haben, in den letzten acht Jahren im Durchschnitt 62 Millionen Euro angefallen sind. Der Freistaat gibt jetzt alljährlich 150 Millionen Euro an die Kommunen, also weit mehr als das Doppelte dessen, was die Kommunen überhaupt erhoben haben. Und dann gibt es hier Kolleginnen und Kollegen, die behaupten, wir hätten auf Kosten der Kommunen die Strabs abgeschafft! Man müsste schon rechnen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt hier Kolleginnen und Kollegen, die sagen, wir gäben zu wenig Geld für das Bauen aus. Wir haben 1,7 Milliarden Euro in diesen Doppelhaushalt für das Bauen eingestellt. Wir bauen zum Beispiel Wohnungen für Staatsbedienstete. Morgen wird im Bundesrat unser Antrag beraten, bei dem es darum geht, dass es nicht mehr als geldwerter Vorteil gilt, wenn man günstig Wohnungen mietet. Weiter wird ein Antrag beraten, in dem es darum geht, dass der Arbeitgeber pauschal versteuern kann, wenn er den Bediensteten Wohnungen zur Verfügung stellen möchte. Wie es aussieht, bringen wir diesen Antrag morgen nicht durch den Bundesrat. Wissen Sie, warum? – Weil mir die Finanzminister der GRÜNEN und der SPD gesagt haben, dass sie daran kein Interesse haben. Das ist die Lage.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist Wahnsinn!)

Wir legen Anträge und Ideen vor, Sie von den GRÜNEN und der SPD lehnen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir fördern das Bauen mit der Städtebauförderung, durch Dorferneuerung und durch Investitionsförderungen. Niemals haben wir so viel Geld zur Verfügung gestellt. Die Fördersätze für die Kommunen sind hoch.

Dann wird hier erzählt, ich hätte irgendwann einmal gesagt, den Kindern das Schwimmen beizubringen, sei Aufgabe der Eltern. Ich behaupte nicht, dass, wenn Kinder mit sechs Jahren in die Schule kommen, es Aufgabe des Lehrers ist, 25 Kindern das Schwimmen beizubringen. Ich bleibe bei meiner Aussage, weil sie stimmt. Auch ich lebe in einem Dorf, in dem es kein Schwimmbad gibt. In den allermeisten Dörfern Bayerns und in den allermeisten Ortschaften Bayerns gibt es kein Schwimmbad. Deshalb muss man das Kind ins Auto setzen, es zum Schwimmbad fahren und dann beim Schwimmunterricht abliefern. Auch wir haben das gemacht.

Ob ich das Kind in meiner Gemeinde zum Schwimmbad bringe oder in den Nachbarort fahre, spielt eine weniger große Rolle. Ich habe nur dazu aufgerufen, zu überlegen, ob nicht mehrere Kommunen miteinander ein Bad betreiben können. Es geht nicht um die Investition, sondern um die Betriebskosten. Ich kenne Kommunen, die sich ein jährliches Defizit von 400.000 Euro für ein Bad leisten, dabei 4 Millionen Euro Schulden haben und mich dazu auffordern, die Schulden zu übernehmen. Wir müssen doch ein System kreieren, das so beschaffen ist, dass jedes Kind in einer erreichbaren Entfernung ein Bad antrifft. In welcher Gemeinde dieses Bad steht, ist mir als Finanzminister kein großes Anliegen. Wir fördern das jetzt mit einer Einstiegssumme von 20 Millionen Euro pro Jahr. Ich bin gespannt, ob ab morgen bis zum 31. Dezember jemand in der Lage ist, die 20 Millionen Euro in bayerischen Schwimmbädern zu verbauen. Wir regeln die Dinge schon, da brauchen Sie keine Sorgen zu haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben 1 Milliarde Euro für den ÖPNV im Doppelhaushalt bereitgestellt. Trotzdem höre ich hier, das sei zu wenig. Ich kann nur an die Opposition appellieren, sich end-

lich zu entscheiden, ob wir zu viel oder zu wenig Geld ausgeben. Ich habe teilweise in Beiträgen verschiedener Redner derselben Partei genau das gehört. Der eine war der Meinung, wir plünderten gerade den Staatshaushalt, der andere war der Auffassung, wir würden viel zu wenig Geld für alles Mögliche ausgeben.

Ich sage Ihnen: Die Kommunen werden bestens bedient. Wir haben einen riesigen Investitionshaushalt. Wir investieren in die Infrastruktur. Ich habe es schon einmal im Zusammenhang mit der Glasfaserinfrastruktur erklärt. Es gibt übrigens neue Zahlen: Fast 90 % der bayerischen Haushalte haben mittlerweile schnelles Internet, im ländlichen Bereich sind es 83 %. Ich möchte das hiermit ergänzen, weil in diesem Zusammenhang so viel Unsinn erzählt wird.

Wir haben durch unsere Heimatstrategie den ländlichen Raum gestärkt und Behörden verlagert. Diese Verlagerung erfolgte natürlich in strukturschwache Regionen. Das war eine Verlagerung von qualifizierten Arbeitsplätzen in Behörden in die ländlichen Räume. Wir haben nicht den Willen von Menschen missachtet und haben deshalb keine Menschen versetzt. Wir haben vielmehr frei werdende Stellen verlagert und dann versucht, jemanden zu begeistern, eine Stelle einzunehmen. Das gelingt hervorragend. Viele junge Menschen können aus den Städten zurück in ihre Heimat, andere können in ihrer Heimat bleiben. Das setzen wir fort.

Wir haben im Bereich der Bildung Rekordausgaben, ebenso im Bereich des Artenschutzes. Wir werden das im Rahmen des Nachtragshaushalts bekanntlich noch einmal diskutieren. Wir haben heute schon im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm 293 Millionen Euro. Das ist so viel wie noch nie. Nirgendwo werden Biobauern so gut gefördert wie in Bayern. Nirgendwo gibt es so viele freiwillige Agrarumweltleistungen. Kein anderes Land als Bayern ist bereit, den Bauern so viel Unterstützung zu gewähren. Überall finden wir Spitzenleistungen und Rekorde. Bei diesem Haushalt habe ich alles, aber garantiert kein schlechtes Gewissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Es wird immer über Rücklagenentnahme, Rücklagenbefüllung usw. gesprochen, und es wird doziert, wie man einen Haushalt richtig gestaltet. Es wird gefragt, ob man während des Jahres schon wissen könne, wie viele Euro am Ende des Jahres zur Verfügung stünden bzw. schon ausgegeben seien.

Meine Damen und Herren, planen Sie einmal einen Staatshaushalt mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro, mit 16 Einzelplänen und all dem, was damit zusammenhängt. Wir haben das Ressortprinzip. Ich bekomme nicht alle vier Wochen eine Meldung jedes Ministeriums über den aktuellen Stand des Vollzugs. Das müssen schon die jeweiligen Fachminister leisten. Als ich die Übersicht hatte, habe ich diese am 4. April an den Bayerischen Landtag geschickt, und zwar mit dem Hinweis, dass ich über die Haushaltsreste noch nicht verhandelt habe. Noch nie wurde das so schnell verhandelt wie jetzt.

Wir haben jetzt das Ergebnis diesem Hohen Hause vorgelegt. Wir haben es nicht an die Presse weitergegeben. Wenn der bayerische Finanzminister letzte Woche oder auch gestern eine Presseerklärung mit der Information herausgegeben hätte, dass der Haushaltsüberschuss 2018 4,2 Milliarden Euro ausmacht, dann weiß ich, was hier in diesem Hause passiert wäre. Man hätte mir Missachtung des Parlaments vorgeworfen. Man hätte beklagt, dass die Information der Presse und der Öffentlichkeit mitgeteilt würde, aber nicht dem Parlament. Aber wir haben es hier gesagt, wo es hingehört, im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte wenigstens zum Schluss den Weltuntergangsszenarien, die hier beschworen wurden, etwas Optimismus entgegensetzen. Diese Welt ist groß, auf ihr leben 7,5 Milliarden Menschen. Uns in Bayern beneiden mindestens 7 Milliarden Menschen um unser Leben. Das kann ich Ihnen versichern. Und allen, die der Meinung sind, es sei hier so schlimm geworden, weil wir einen Haushalt vorlegen, der ihnen nicht zu-

sagt, und die glauben, man könne in Bayern nicht sicher und gut leben, denen sage ich, dass wir in einem freien, demokratischen Staat leben. Man muss nicht in Bayern leben, wenn man das nicht möchte. Aber ich habe umgekehrt die Erfahrung gemacht, dass alle nach Bayern wollen, um bei uns zu leben. Deswegen wächst die Bevölkerung Bayerns jedes Jahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass wir diesen Haushalt vorlegen konnten. Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, ich danke den Fraktionen, den Mitarbeitern in meinem Haus, denen in den Büros und im Haushaltsausschuss, alle seien mit einbezogen. Diejenigen, die ich jetzt nicht erwähnt habe, sollen sich umso mehr gelobt fühlen. Ich danke für die gute Zusammenarbeit und für die Möglichkeit, hier zu diskutieren.

Die Kommunen jedenfalls können uns für diesen Haushalt nur loben. Sie müssen sich praktisch nur überlegen, wofür sie uns alles loben. Sie haben quasi ein Multioptionsdilemma. Das ist die Lage. Deswegen plädiere ich für Beruhigung, Freude darüber, dass wir in diesem Land leben und dass es uns möglich ist, so einen Haushalt zu beschließen. Wir sollten jetzt darangehen, diesen Haushalt umzusetzen. Ich freue mich jetzt schon, wenn wir bei der Debatte zum Nachtragshaushalt überlegen, wo wir nachsteuern müssen und wo es neue Möglichkeiten und Entwicklungen gibt. Haushaltspolitik ist deswegen so interessant, weil Haushaltspolitik Zukunftspolitik für ein Land ist. Dieses Land hat Zukunft, weit mehr als jedes andere. Seien wir stolz darauf, dass wir Bürger dieses wunderschönen Freistaates Bayern sein dürfen!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegt wirklich keine Wortmeldung mehr vor. Wir sind am Schluss der Debatte angelangt.

Es folgt noch das Allerschönste, nämlich die Abstimmungen, zu denen wir ganz am Schluss kommen. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 18/345, der Änderungsantrag auf Drucksache 18/1432 und die Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 18/1955 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/1432 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD und eine Stimme von der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD und die Kollegen Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Die FDP, mit einer Ausnahme. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration stimmt ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, im neuen § 15 Absatz 2 Satz 1 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz als Datum den "19. Juli 2019" einzufügen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1955.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die AfD.

(Zuruf: Und ein Kollege von der FDP!)

– Und ein Kollege von der FDP. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Abgeordneter Florian von Brunn (SPD) ist kurzzeitig im Begriff, sich zu erheben – Heiterkeit)

– Sie haben mich jetzt kurzfristig herausgefordert. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU, der Kollege Swoboda (fraktionslos) und der Kollege Plenk (fraktionslos).

(Abgeordnete der FDP erheben sich – Matthias Fischbach (FDP): Geht es um das Finanzausgleichsgesetz?)

– Ja, Drucksache 18/1955.

(Martin Hagen (FDP): Das Finanzausgleichsgesetz?)

– Ja.

(Alle Abgeordneten der FDP erheben sich)

– Also auch die FDP, auch die FDP.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Damit kein Zweifel aufkommt: Es geht um das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019. Die FDP stimmt auch zu, ebenso die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk

und Swoboda. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Enthaltung. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Tagesordnungspunkt 20. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1359 mit 18/1380, 18/1387 mit 18/1389, 18/1393 und 18/1394 sowie 18/1431 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1778. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1778 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der AfD, der FDP,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

der SPD und der GRÜNEN. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 18/1778.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Es ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1778, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1387 mit 18/1389 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019/2020, Tagesordnungspunkt 21. Der Abstimmung zugrunde liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 18/346, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1465 mit 18/1479 und 18/1552 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1964.

Zuerst ist über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Ballungsraumzulage" auf Drucksache 18/1468 wie beantragt in namentlicher Form abzustimmen. Die Urnen stehen bereit. Wir haben fünf Minuten Zeit zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18:48 bis 18:53 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen, und ich bitte darum, die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Über die weiteren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge ist ebenfalls noch abzustimmen. Die Fraktionen sind übereingekommen,

dass über diese Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden soll.

(Unruhe)

– Wenn alle ein bisschen ruhig sind, dann geht es auch einfacher. – Ich lasse daher so abstimmen. Ich sage es noch mal: Was die Fraktionen betrifft, gibt es die Voten, wie die jeweiligen Fraktionen abgestimmt haben. Es geht jetzt darum, wer hier so abstimmen will. Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1465 bis 18/1475 mit Ausnahme der Drucksache 18/1468 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner jeweiligen Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Jetzt haben wir nur das Problem, dass die fraktionslosen Abgeordneten keine Fraktion haben. Deshalb müssen wir zu den jeweiligen Anträgen wissen, wie sie abstimmen wollen. Das ist jetzt schwierig. Machen wir das so: Vielleicht können Sie das nachreichen.

(Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Einsendeschluss ist Ende nächster Woche! – Thomas Kreuzer (CSU): Die können sich doch enthalten!)

– Sie können sich auch enthalten, das macht es einfacher.

(Zuruf des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

– Herr Swoboda, Sie können sich ja nicht Ihrem Votum anschließen. Das ist etwas schwierig, weil Sie keine Fraktion haben.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Ich kann mich auch enthalten! Dann wäre die Sache geregelt!)

– Ja, bitte schön. Enthalten. – Und der fraktionslose Herr Plenk? – Enthaltung. Gut. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Jetzt wäre die Frage, ob das Abstimmungsergebnis schon da ist. – Wahrscheinlich nicht. Dann würde ich die Chance nutzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein paar Worte zu dieser Debatte zu sagen. Wir sind fast am Ende der Haushaltsberatungen angelangt. Das sind jetzt drei durchaus anstrengende Tage gewesen. Es waren insgesamt rund 32 Stunden, die hier getagt wurde. Es waren 18 namentliche Abstimmungen, 34 einfache Abstimmungen zu den Änderungsanträgen, 18 Einzelpläne mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz und dem Haushaltsgesetz und 13 Abstimmungen für den Ermächtigungsbeschluss zur Anpassung der Pläne.

Auch die Liste der Rednerinnen und Redner ist sehr beeindruckend. 155 Abgeordnete haben zu den Einzelplänen gesprochen. Es gab etwa 70 Zwischenbemerkungen. 13 Minister sowie natürlich der Ministerpräsident haben zu den Einzelplänen gesprochen.

Bei allen Differenzen und unterschiedlichen Sichtweisen, die hier vorhanden sind,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr unterschiedliche Sichtweisen!)

war der Stil der Debatte ganz überwiegend wirklich sehr sachorientiert und respektvoll. Ich möchte mich dafür ganz herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Es waren 32 Stunden an drei Tagen. Wer schnell rechnen kann, müsste wissen, dass das nach normalen Arbeitszeiten eigentlich vier Tage hätten sein müssen. Das sage ich insbesondere deshalb, weil ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts ganz herzlich bedanken möchte.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das noch einmal ausdrücklich sagen, weil es viele, viele Kräfte sind. Das sind natürlich unsere Offiziantinnen und Offizianten, die

für unsere Versorgung und das leibliche Wohl zuständig sind. Das ist der Stenografische Dienst, der Rekordarbeit geleistet hat.

(Allgemeiner Beifall – Zurufe: Bravo! – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Was Sie da für seltsame Zeichen hinschreiben! Der Wahnsinn!)

Nicht zuletzt möchte ich mich auch noch beim Plenarreferat mit Frau Fröhlich an der Spitze bedanken. Auch Ihnen ein ganz herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Immer schön fröhlich bleiben!)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Ballungsraumzulage" auf Drucksache 18/1468 bekannt. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein habe 106 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen waren es 13. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration stimmt diesen Änderungen zu. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 18/1964. Ergänzend schlägt er vor, die Hinweise auf die letzten Änderungen der durch das Haushaltsgesetz zu ändernden Gesetze anzupassen. Bei Inkrafttreten soll im neuen Artikel 18 Absatz 2 Nummer 3 betreffend den neu eingeführten Artikel 8a zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes der "1. Juni 2019" eingefügt werden.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer stimmt dagegen?

– Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP und die AfD. – Enthaltungen sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese soll, wie in § 127 Absatz 2 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form durchgeführt werden. Abstimmungsgrundlage ist der Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration. Für die Stimmabgabe stehen wieder die Urnen bereit. Ich bitte um die Stimmabgabe. Wir haben drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19:01 bis 19:04 Uhr)

Die Zeit zur Stimmabgabe ist um. Jetzt wird noch ausgezählt. Wenn die lieben Kolleginnen und Kollegen noch dableiben würden, wäre das sehr nett, denn wir müssen ja noch das Ergebnis verkünden, auch wenn keine formale Abstimmung mehr stattfindet. Aber Sie sollten es ja wenigstens wissen, wenn wir es voraussichtlich erfolgreich abgeschlossen haben werden.

(Unterbrechung von 19:05 bis 19:06 Uhr)

Jetzt haben wir auch das letzte Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019/2020. Mit Ja haben 93 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 58 Abgeordnete gestimmt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1476 mit 18/1479 und 18/1552 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon wohlwollend Kenntnis.

Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen. Die Schlussworte habe ich vorher schon gesprochen. Vielen Dank und einen schönen Abend.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 19:07 Uhr)

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 19 bis 21

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019

(Drs. 18/345)

II. zum Einzelplan 13 und

(Drs. 18/1778)

III. zum Haushaltsgesetz 2019/2020

(Drs. 18/346)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

Drs. 18/1432

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganterer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020; hier: Keine Finanzmittel für Stadtautobahn Franken-Schnell-Weg (FSW) (Kap. 13 03 Tit. 883 05) Drs. 18/1370
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020; hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen Fraktionsreserve streichen (Kap. 13 03 Tit. 893 06) Drs. 18/1371

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Subventionierung der Forschungsstiftung beenden
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 18/1372
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Resteeinzug
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1373
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen an Kommunen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 18/1374
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/1375
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Straßenausbaupauschalen an Gemeinden gemäß Art. 13h BayFAG aufstocken
(Kap. 13 10 Tit. 883 06)
Drs. 18/1376
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 18/1377
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 13 10 Tit. 883 81)
Drs. 18/1378
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren, mehr Platz für Schülerinnen und Schüler schaffen
(Kap. 13 10 Tit. 883 11, Tit. 883 12, Tit. 883 13 und Tit. 883 15)
Drs. 18/1379
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1380
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für den laufenden Betrieb an den privaten Träger der Kinderbetreuungseinrichtung im staatseigenen Gebäude München, Reitmorstr. 29
(Kap. 13 03 Tit. 684 02)
Drs. 18/1431
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 18/1359

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung Wiederbesetzungssperre, Abschaffung pauschaler Stellensperren, verbesserte Beförderungsmöglichkeiten, höhere Ballungsraumzulage und höhere Zulage im Dienst zu ungünstigen Zeiten (Kap. 13 03 Tit. 461 01)
Drs. 18/1360
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfaktionen (Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 18/1361
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen (Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 18/1362
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufstockung der Zuweisungen an kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 BayFAG (Kap. 13 10 Tit. 633 02)
Drs. 18/1363
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des ÖPNV (Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/1364
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Solide Investitionsförderung für Bayerische Krankenhäuser - Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz (Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 18/1365
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kommunalen Straßenbau stärken (Kap. 13 10 Tit. 883 07)
Drs. 18/1366
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz – Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 13 10 Tit. 883 81)
Drs. 18/1367
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung der Lebensmittelkontrolle bei den kreisfreien Städten (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1368
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1369
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Härtefallfonds Straßenerstschließungsbeiträge (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1393
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Rückforderung der Zinsausgaben des Freistaates von der BayernLB – Die Zinsuhr jetzt anhalten! (Kap. 13 60 neuer Tit.)
Drs. 18/1394

III. Haushaltsgesetz 2019/2020

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Wiederbesetzungssperre und pauschalen Stelleneinzug abschaffen
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1473
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Schulgeldersatz für Privatschulen
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1474
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Landespflegegeldgesetz, Blindengeldgesetz
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1475
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1465
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperre
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1466
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung Art. 6i (Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2019/2020) – Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1467
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung zu Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) – Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1468
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Einfügung eines neuen Art. 9 (Änderung des Ausführungsgesetzes-Aufenthaltsgesetz – Auflösung des Bayerischen Landesamts für Asyl und Rückführungen)
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1469
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Verbesserungen für Beamte und Beamtinnen beim Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1470
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Landkreisordnung
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1471
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1472

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 21: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u. a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020; hier: Änderung zu Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) - Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags (Drs. 18/346) (Drucksache 18/1468)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			X
Blume Markus		X	
Böhm Martin			X
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			X
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			X
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			X
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			X
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	33	106	13

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 21: Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020) (Drucksache 18/346)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes		X	
Becker Barbara			
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus	X		
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren			
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard	X		
Eibl Manfred	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		
Fackler Wolfgang	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert	X		
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard		X	
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli		X	
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander			
Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas			
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne			
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing er Stephan	X		
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekman n Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	93	58	0

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Gerald Pittner

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Uli Henkel

Abg. Christian Flisek

Abg. Martin Hagen

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Verena Osgyan

Abg. Gerd Mannes

Abg. Susanne Kurz

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsministerin Judith Gerlach

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 16

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1247 mit 18/1249),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1149 mit 18/1152),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1198 mit 18/1200, 18/1233),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1158 mit 18/1164)

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt auch hier eine Stunde und 31 Minuten. Die Redezeiten werden mittlerweile bekannt sein. Auf die CSU-Fraktion entfallen 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten und auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten dürfen 4 Minuten reden.

Ich eröffne daher gleich die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über jeden, der nach der Mittagspause pünktlich bei uns ist. Ich freue mich über die Zuschauer auf der Besuchertribüne und die Menschen, die unsere Debatten über den Streaming-Dienst verfolgen.

Bevor ich auf den Einzelplan konkret eingehe, möchte ich zwei Fragestellungen aufwerfen. Die erste Fragestellung: Wissen Sie eigentlich, wer der weltweit größte Anbieter von Übernachtungen ist? Wissen Sie, wie das weltweit größte Personenbeförderungsunternehmen heißt? Wissen Sie, wer der größte Einzelhändler weltweit ist? – Ich gebe Ihnen gleich die Antworten: Airbnb, Uber und Amazon. Was haben diese drei Firmen gemeinsam? – Alle drei Unternehmen stellen selbst kein Produkt her, sie halten keine Hotelzimmer und keine Taxis vor. Ihre Wertschöpfung basiert auf ihrer Funktion als digitale Plattformen. Im Vergleich zu unseren etablierten Traditionsfirmen wie beispielsweise SAP und Siemens sind sie blutjunge Start-ups. Diese Firmen sind von null auf hundert zu Milliardenumsätzen durchgestartet.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Sie stammen nicht aus Deutschland, fordern aber unsere heimischen Branchen nachhaltig heraus.

Eine zweite Fragestellung: Wissen Sie eigentlich, welches Unternehmen für alle Smartphones und das Smart-TV in der Welt die App-Software programmiert und herstellt? – Das ist die Firma MEKmedia, die ihren Sitz eben nicht im Silicon Valley oder in London hat, sondern nur einen Steinwurf von der bayerisch-tschechischen Grenze entfernt sitzt, nämlich in Furth im Wald. Dieser mittelständische und hochinnovative Betrieb schafft im ländlichen Raum hochwertigste Arbeitsplätze.

Ich will damit die extreme Bandbreite der Herausforderungen und Chancen veranschaulichen, die die Globalisierung und die Digitalisierung für uns in Bayern bieten. Diese wenigen Beispiele zeigen, wie stark und tiefgreifend die Digitalisierung als Megatrend in alle Lebensbereiche eindringt. Wir wissen, dass Zukunftstechnologien wie Blockchain, künstliche Intelligenz oder Virtual Reality Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig verändern werden. Neben der Technologie ist es aber vor allem die Geschwindigkeit des Wandels, die uns alle vor besondere Herausforderungen stellt. Wir haben es hier mit den disruptiven Veränderungen der vierten industriellen Revolution

zu tun. Digitale Geschäftsmodelle, von denen ich vorhin einige dargestellt habe, revolutionieren ganze wirtschaftliche Strukturen und Industriebereiche.

Der Freistaat Bayern steht mitten in diesen Entwicklungen. Wir stehen in weltweitem Wettbewerb. Dabei haben wir uns mit dem Programm "BAYERN DIGITAL" bereits vor Jahren aufgemacht, um unter den Top-Regionen der Welt bestehen zu können. Wir investieren hier über 6 Milliarden Euro und stehen als politisch Verantwortliche jeden Tag vor der Notwendigkeit eines Spagats: Wir müssen einerseits den digitalen Wandel aktiv gestalten. Viele Menschen sehen diesen Transformationsprozess als Chance. Andererseits haben viele Menschen Sorgen und Ängste, wie sich die Digitalisierung auf ihr Leben und nicht zuletzt auf ihren Arbeitsplatz auswirken wird.

Meine Damen und Herren, es war ein richtiger und wegweisender Schritt, dass Bayern als erstes Bundesland ein Digitalministerium eingeführt hat. Dieser Schritt hat Schule gemacht, was man in Hessen und NRW sehen kann. Vor 40 Jahren hat Bayern als erstes Bundesland ein Umweltministerium eingeführt. Wie damals sind wir es heute, die handeln und vorausgehen, während die Opposition kritisiert und herummäkelt. Fakt ist, mit der Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, sitzt eine gleichberechtigte Vertreterin dieses Megathemas am bayerischen Kabinetttisch. Sie setzte bereits vom ersten Tag an wichtige Impulse, obwohl das Ministerium als politisches Start-up erst aufgebaut werden musste. Als Denkfabrik der Staatsregierung für Digitales greift die Ministerin grundsätzliche und strategische Fragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung auf. Sie setzt sich aber auch mit ethischen Fragen auseinander.

Meine Damen und Herren, wichtig ist, dass wir die Menschen bei der Digitalisierung mitnehmen. Das Ministerium hat abseits vom Tagesgeschäft und vom Blickwinkel eines einzelnen Ressorts den unschätzbaren Vorteil, globale Entwicklungen zu sehen, Herausforderungen zu identifizieren und danach Lösungen für Bayern zu erarbeiten. Es kann Anstöße geben und koordinieren, also all das tun, was Sie von der Opposition so gerne einfordern. Die Kritik im Ausschuss bezüglich der Zuständigkeiten des

Ministeriums war eindeutig und hat mir gezeigt, dass Sie diesen Ansatz vielleicht nicht ganz verstanden haben oder verstehen wollten.

In jedem einzelnen Ressort spielt die Digitalisierung natürlich eine immer größere Rolle. Wir haben das in den letzten Tagen bei der Beratung über die Haushalte für Landwirtschaft, Bildung und Umwelt gesehen. Die mit der Digitalisierung zusammenhängenden Aufgaben aus diesen Ministerien herauszulösen und sie dem Digitalministerium anzugliedern, wäre kontraproduktiv, teuer und würde zu Doppelstrukturen führen, die Sie dann wiederum kritisieren würden. Ich kann mir die Debatte lebhaft vorstellen, würden wir, wie das von den GRÜNEN angemahnt wurde, zum Beispiel die digitale Bildung aus dem Kultusministerium herauslösen und auf das Digitalministerium übertragen.

Die Staatsministerin für Digitales hat es bereits in wenigen Monaten geschafft, konkrete Impulse zu setzen, zum Beispiel mit einer neuen Blockchain-Initiative. Diese wird jetzt zu einer Blockchain-Strategie weiterentwickelt. Neben ihrer Aufgabe als IT-Beauftragte der Staatsregierung ist die Ministerin auch für den wirtschaftlich immer wichtiger werdenden Bereich der Film- und der Computerspielförderung zuständig. Das Maßnahmenpaket "Virtuelle Realität in Bayern", das wir als CSU-Fraktion unterstützen und das die Ministerin angestoßen hat, wird rasch umgesetzt, sobald die Mittel freigegeben sind. Die Beratungen haben gezeigt, wie viel oder, besser gesagt, wie wenig Ihnen als Opposition dazu einfiel. Wo war denn Ihr Gegenentwurf zu unserem Ansatz der Einrichtung eines Digitalministeriums? – Stattdessen kam von den GRÜNEN die Forderung, dass die Filmproduktion ökologischer werden sollte. Dieser Antrag in Ehren; aber ist das der Gegenentwurf?

Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, ich schätze Sie in den Beratungen. Aber während sich die FDP im Deutschen Bundestag als Förderer der Gaming-Szene präsentiert hat, haben Sie den Antrag gestellt, die Spieleförderung komplett zurückzufahren. Das ist für mich unverständlich. Ebenso unverständlich ist es für mich, warum Sie gegen die Mittel für die externe Beratung gestimmt haben. Diese hätte dazu beigetragen, dass

sich die Personalausstattung des Ministeriums mit 91 Stellen im Rahmen halten würde. Oder wollen Sie bei jeder Spezialfrage immer wieder neue Mitarbeiter einstellen? Danach wären Sie wieder der Erste, der einen aufgeblähten Mitarbeiterstamm im Ministerium kritisieren würde.

Nächstes Beispiel: Förderung kleiner Programmkinos auf dem Land. Sie haben gesagt, das bringe sowieso nichts, da die Menschen nur noch Netflix oder Amazon Prime schauen. Das ist eine fatalistische Einstellung zum Umgang mit Kinos, auch Programmkinos, auf dem Land. Diese Kinos haben in kultureller Hinsicht und als Begegnungsräume für die Menschen in ganz Bayern eine wichtige Bedeutung.

Wir, die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, gehen den gegenteiligen Weg. Wir wollen unsere Kinos und unsere regionalen Filmfestivals, auf denen übrigens auch internationale Filme gezeigt werden, unterstützen. Wir wollen, dass weiterhin Filme und Serien in Topqualität in Bayern produziert werden. Wir wollen auch unsere Spielbranche unterstützen.

Wir tun das, weil wir Vertrauen in die Menschen haben und weil wir hochwertige Arbeitsplätze und Wertschöpfung hier bei uns generieren wollen. Wir sehen, dass die Welt nicht schläft. Die Konkurrenz in anderen Länder tut genau das: Sie fördert ihre Spiele- und Filmbranche. Wir von der CSU wollen hier einen Gegenakzent setzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann bereits heute, nach einigen Monaten Arbeit, feststellen: Das Digitalministerium mit seiner Ministerin ist gut aufgestellt und innovativ. Wir stellen in diesem Jahr 80 Millionen Euro und im nächsten Jahr 85 Millionen Euro zur Verfügung, verteilt auf die Schwerpunkte Digitalisierung, Film- und Gamesförderung, IT-Beauftragte der Staatsregierung. Wir legen mit diesem Haushalt hier und heute die Grundlage dafür, dass jeder einzelne Euro gut angelegt wird. Wir wollen, dass der Freistaat Bayern in Sachen Digitalisierung, aber auch als Medien-

standort Nummer eins in Deutschland und Europa – das muss unser Anspruch sein – vorangebracht wird.

Der Ministerin und allen Mitarbeitern ihres Hauses wünsche ich weiterhin viel Erfolg bei der Bearbeitung dieses wichtigen Themenfeldes. Wir bitten um Zustimmung zum vorliegenden Haushalt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Dr. Hopp. – Als Nächstem erteile ich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Abgeordneten Benjamin Adjei das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schreiben gerade Geschichte. Herr Hopp, Sie haben es schon gesagt: Wir beraten heute erstmals über den Haushalt eines Digitalministeriums. Aber – und das haben Sie nicht gesagt – wir beraten heute auch zum ersten Mal über den Haushalt eines Ministeriums ohne Inhalte, ohne klare Kompetenzen, ohne klare Zuständigkeiten, ohne Ausschuss und am Ende quasi ohne Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, auch das ist geschichtsträchtig. Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf diesen zweiten Eintrag in den Geschichtsbüchern hätten wir ganz sicher verzichten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt müsste ich als Informatiker mich eigentlich tierisch freuen, dass es endlich ein Digitalministerium gibt, dass die Staatsregierung endlich einmal vorangeht und uns auf die Änderungen durch die Digitalisierung vorbereiten möchte – so jedenfalls der Anschein.

Mein Vorredner hat schon dargelegt, in welchen Bereichen die Digitalisierung unsere Gesellschaft verändern wird. Unser Zusammenleben, die Art, wie wir Kultur schaffen, unser Arbeitsleben, das Gesundheitssystem, die Sozialsysteme, das Bildungssystem, Verkehr, Landwirtschaft – ich könnte noch ganz viel aufzählen. Man sieht: Digitalisierung ist ein Querschnittsthema über alle Politikfelder und Lebensbereiche hinweg. Entsprechend sinnvoll wäre es, im Rahmen eines ständigen Digitalausschusses einen interdisziplinären Austausch auch hier im Landtag zu ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Wo, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist er? Es ist normal, dass die Regierung im Landtag durch Ausschüsse widergespiegelt wird. Zu all den vorhin genannten Themenfeldern sollte es einen Austausch auch hier im Hohen Haus geben. Diese Themenfelder sollten sich auch in der parlamentarischen Arbeit widerspiegeln. Mir konnte noch niemand von Ihnen sagen, warum es diesen Ausschuss nicht geben soll.

Ich bin bekanntlich ein offener, aufgeschlossener Typ. Dann dachte ich mir so: Gut, schaust du dir das Digitalministerium einmal an. Vielleicht wird auch ohne Ausschuss etwas Sinnvolles dabei herauskommen. – Beim Blick auf die Zuständigkeiten wird man von der Realität gleich quasi erschlagen: Keine Zuständigkeit für digitale Bildung; diese ist notwendig, um die jungen Menschen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Keine Zuständigkeit für die digitale Infrastruktur; diese ist notwendige Grundlage für die Digitalisierung bei uns in Bayern. Keine Zuständigkeit für Cyber Security; diese ist notwendig, um auch das digitale Wohnzimmer zu schützen. Keine Zuständigkeit für den operativen Ausbau der digitalen Verwaltung. Nicht einmal das Zentrum Digitalisierung.Bayern und der Masterplan BAYERN DIGITAL liegen im Zuständigkeitsbereich des Digitalministeriums.

Die einzige echte Kernkompetenz liegt bei Filmen und Videospielen. Ich bin zwar begeisterter Zocker, aber ganz ehrlich: Ein eigenes Counter-Strike-Ministerium hätten wir nicht gebraucht.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Schauen wir den Haushalt – oder: das kleine Haushältchen – doch einmal genauer an. Ich muss zugeben: Wenigstens sind Sie konsequent geblieben. Sie führen die Inhaltslosigkeit des Digitalministeriums konsequent fort und spiegeln das Ganze durch Budgetlosigkeit des Haushalts wider. Wir sprechen heute über unglaubliche – halten Sie sich fest! – 80 Millionen Euro, aber nicht für einen einzigen Haushaltsposten, sondern für ein gesamtes Ministerium. Zum Vergleich: Das zweitkleinste Ministerium hier in Bayern, das Gesundheitsministerium, hat einen Haushalt von 700 Millionen Euro, was quasi zehn Digitalministerien entspricht. Auch der Masterplan BAYERN DIGITAL hat ein Finanzvolumen von über 700 Millionen Euro – blöd, dass hierfür das Digitalministerium nicht zuständig ist.

Noch kurioser wird das Ganze, wenn ich mir rein die Substanz des Ministeriums anschau: 17 Millionen Euro nur für Gebäude, Personal, Verwaltung – das macht fast ein Viertel des Gesamtbudgets des Ministeriums aus. Ich bin wirklich gespannt, was der Oberste Rechnungshof im Rahmen seiner Überprüfung dazu sagen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ein kleines Lob habe ich natürlich auch noch: Die IT-Beauftragte der Staatsregierung wird deutlich aufgewertet. Das ist gut so. Sie bekommt jetzt knapp 20 Millionen Euro. Das ist kurios; denn es entspricht fast einem Viertel des Gesamtbudgets.

Auffällig ist auch, dass hier in Bayern die einzige IT-Beauftragte ganz Deutschlands sitzt, die gleichzeitig Ministerin ist. Das ist wiederum verständlich, wenn ich mir die Aufgabenbeschreibungen der beiden Bereiche anschau; sonst hätte die Frau Ministerin selbst nämlich keine Aufgaben mehr.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Dann entfallen noch knapp 35 Millionen Euro auf den Bereich Film- und Computerspielförderung; dazu wird gleich meine Kollegin Susanne Kurz noch etwas sagen. Es ist bezeichnend, dass der mit Abstand größte Posten in diesem Haushalt die Film- und Computerspielförderung ist. Dies fällt besonders dann auf, wenn man sich zu guter Letzt das Kernstück dieses Ministeriums anschaut: die Digitalisierung. Die Mittel dafür liegen nämlich bei sagenhaften 10 Millionen Euro. Gratulation dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit geht die Digitalisierung in Bayern maßgeblich voran.

Von diesen 10 Millionen Euro fließt ein Großteil in sogenannte Leuchtturmprojekte, also nicht in substantielle Maßnahmen für echte Innovationen, die Bayern voranbringen, sondern vor allem in öffentlichkeitswirksame PR-Projekte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung in Bayern braucht mehr als PR und schöne Imagefilmchen; auch diese haben Sie durch einen Änderungsantrag in den Haushalt eingebracht. Die Digitalisierung braucht vor allem einen Plan und eine Strategie. Wo sehen wir Bayern in zehn, in zwanzig Jahren? Vor allem: Welche klaren Maßnahmen brauchen wir, um dieses Ziel zu erreichen?

Mit diesem Ministerium – ohne Strategie, ohne Inhalte, ohne Geld – sehe ich für die Digitalisierung in Bayern trotz der einzelnen Leuchtturmprojekte ziemlich finster.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Adjei. – Als Nächstem erteile ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER dem Abgeordneten Gerald Pittner das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben genau nacheinander in Form zweier Entwürfe gehört, was man von einem Digitalministerium und von der Digitalisierung insgesamt halten kann. Wir feiern eine Premiere, das ist richtig. Wir verhandeln erstmals den Haushalt eines Digitalministeriums in Bayern – welches Nachahmer in Hessen und Nordrhein-

Westfalen gefunden hat –, und das merkt man dem Haushalt natürlich an, sowohl inhaltlich als auch an den Zahlen. Die Neugründung erfolgte eben erst am 12.11.2018, das Ganze befindet sich im Aufbau.

Es ist das kleinste Ministerium mit einem Ansatz von etwa 80 Millionen Euro. Es ist aber nicht so, dass es keine Zuständigkeiten hat. Immerhin ist die Digitalministerin die IT-Beauftragte der Staatsregierung. Sie ist zuständig für IT-Recht, und sie ist zumindest in der Grundkonzeption zuständig für die digitale Verwaltung und für einige andere Dinge auch.

Es ist richtig, dass sie für die direkte Ausführung nicht zuständig ist. Das hat der Kollege Adjei heute Früh schon bemängelt. Er hat der Digitalministerin vorgeworfen, gesagt zu haben, sie sei sich zu schade, "Kabel zu verbuddeln". Damit hat sie aber ihre Aufgabenstellung richtig verstanden. Das ist nicht ihr Job. Dafür haben wir das Ministerium nicht gegründet.

Die tatsächlichen realen Bereiche bleiben in der Ausführung dort, wo sie hingehören, nämlich in die Fachministerien – die digitale Bildung im Bildungsministerium und die Kabelverlegung im Wirtschafts- und Bauministerium, dort, wo das hingehört. Dafür ist die Digitalministerin nicht zuständig.

Die Digitalministerin soll die Grundsatzfragen klären. Sie soll die Denkfabrik der Digitalisierung sein. Digitalisierung ist der Megatrend der Zukunft, sagt man. Das stimmt nicht: Sie ist der Megatrend der Gegenwart. Wir müssen heute etwas machen. Eigentlich liegen wir schon hinten;

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Ja, genau!)

deswegen müssen wir dringend beginnen.

Weder wir noch die Digitalministerin sind allerdings dafür zuständig, ein Kabel zu verlegen. Das brauchen wir zwar auch – gerade im ländlichen Raum fehlt es an vielen Ecken und Enden, und jedes Mal, wenn ich die Sitzungsunterlagen runterlade, bekom-

me ich einen dicken Hals, weil bis zu mir kommt da viel zu wenig und das viel zu langsam an –, das ist aber nicht die Aufgabe der Digitalministerin.

Die Digitalministerin soll sich grundlegend Gedanken darüber machen: Wie verändert sich die Gesellschaft, die Arbeitswelt, die Gesamtkonzeption dieses Staates durch die Digitalisierung? – Damit hat sie genug zu tun, und das spiegelt sich auch in ihrem Ministerium wider. Deswegen der vergleichsweise hohe Ansatz an Personalkosten – von der FDP bemängelt – und der vergleichsweise hohe Ansatz für Kosten für Dritte, für Sachverständige. Natürlich wissen wir heute nicht – ich nehme an, die Digitalministerin auch nicht –, welche Trends morgen interessant und welche Fragen morgen entscheidend sind.

Wie der Kollege Dr. Hopp völlig zu Recht gesagt hat: Wir können und wollen das Ministerium nicht so aufblähen, dass jede Frage im Haus zu klären ist. Die Ministerin soll Expertise im Einzelfall dazukaufen, nach außen fragen und den Kontakt zur Bevölkerung, zur Industrie und zur Wissenschaft suchen, um dann die richtigen Entscheidungen zu treffen. Dafür braucht sie genau dieses Geld.

Jetzt kann man sich natürlich streiten, weil der größte Anteil des Ministeriums – 35 Millionen Euro – im Bereich der bayerischen Film- und Computerspielförderung liegt. Ich möchte dazu jetzt eigentlich nichts sagen. Das ist zwar finanziell der Schwerpunkt des Ministeriums, aber da beziehe ich mich auf den Kollegen Dr. Hopp, und damit ist alles gesagt.

Die Aufgaben und der Ansatz, warum dieses Ministerium gegründet wurde, ist ein anderer. Es soll der Thinktank, die Denkfabrik Bayerns sein und soll Bayern in den nächsten zehn Jahren in die Zukunft führen. Das ist die Aufgabe. Ich gehe davon aus, dass die Ministerin das in der entsprechenden Form machen wird, und dafür haben wir die Gelder eingestellt.

Jetzt ist es natürlich ganz klar so: 17 Millionen Euro sind im Verhältnis für Gebäude, Unterhalt und Ähnliches vergleichsweise viel. Wenn man aber nichts hat, muss man

erst einmal viel hineinstecken. Das wissen wir auch. Das ist ganz normal. Das wird sich – in Anführungszeichen – ein bisschen abmildern in der Zukunft. Letztlich bleibt der Anteil aber hoch, weil das Ministerium von der Art und von der Menge der Leute in der Summe natürlich vergleichsweise niedrig ausgestattet ist. Der Basisanteil an Verwaltungskosten ist daher vergleichsweise hoch. Das ist völlig klar; das wissen wir auch aus anderen Bereichen.

"Ohne Kompetenzen": Das habe ich schon gesagt: Die braucht sie in diesem Fall auch nicht, weil ihre Aufgabe eine andere ist. "Ohne Ausschuss": Okay. Die Frage ist aber: Wollen wir den Landtag, die Verwaltung wirklich so aufblähen, obwohl wir noch nicht wissen, was wir hier zu beraten und zu verhandeln haben, und viele Teile auch die Fachministerien, die Fachbehörden, die Fachsprecher betreffen?

(Christian Flisek (SPD): Das ist eine ganz gefährliche Argumentation!)

Wollen wir hier ein eigenes Gremium gründen, bei dem wir uns dann streiten können, wer da hineinkann, wer da hineinwill und wer etwas dazu sagen darf, anstatt die Digitalministerin lieber in die Gremien zu holen, in denen gerade eine Entscheidung erforderlich ist, und sie dazu etwas sagen zu lassen? Das ist doch der sinnvollere und richtigere Weg. Insofern ist das aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt kein Nachteil, sondern sogar eher ein Vorteil. Wenn sich dieses ändert, müssen wir es eben auch ändern. Das liegt jederzeit in unserer Kompetenz und in unserer Freiheit, und dann müssen und werden wir das machen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist aus meiner Sicht die schlanke Linie, die hier derzeit gefahren wird, aber die weitaus bessere.

Ich gebe Ihnen noch in einem Punkt recht. Man weiß nicht genau, was dabei herauskommt. Kollege Adjei, da haben Sie recht. Das wissen wir alle nicht – keiner von uns –, weil das nämlich ein neuer Versuch ist. Wir starten einen Versuch, Bayern in einem Punkt weiterzubringen, der sehr wichtig ist, der unsere Zukunft bestimmen wird und der – wie Sie selbst sagen – einen Megatrend darstellt. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Man kann das sein lassen; das ist die Linie der Bundesregierung. Man kann es

auch probieren, wie wir als Regierungskoalition es jetzt machen, und versuchen, das so zu starten und auf den Weg zu bringen. Das Ergebnis wissen wir natürlich nicht; das ist völlig klar.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamn Adjei (GRÜNE))

Es aber nicht zu tun, würde ich für höchst fahrlässig halten.

Die Digitalministerin hat in der sehr kurzen Zeit, in der sie hier in Amt und Würden ist, schon einige Sachen angeleiert. Kollege Hopp hat es auch gesagt: Blockchain-Initiative, Initiative Frauen in Digitalberufen – dort sind sie mit Sicherheit unterrepräsentiert. Es gibt einige Sachen, die in diesem Bereich bereits passiert sind.

Wie gesagt, es soll ein Thinktank sein. Die Ministerin fängt an, darüber nachzudenken: Was brauche ich? – Und das wird sie dann auch tun. Wir sind deswegen in der gesamten Koalition der Meinung, dass die Idee des Digitalministeriums richtig ist. Wie es sich entwickelt, werden wir positiv, auch kritisch und sicherlich in beiden Koalitionsfraktionen begleiten. Bei Bedarf werden wir entsprechend nachsteuern müssen. Die Idee und der Anfang sind jedoch richtig, und wir werden das auch richtig zu Ende führen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bitte natürlich um Zustimmung zum Einzelplan.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. Bleiben Sie bitte gerade noch am Rednerpult, Herr Kollege. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Pittner, ich stelle fest: Ihre Rede hat sich von der des Kollegen Adjei gar nicht so sehr unterscheiden.

(Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Das habe ich auch nicht behauptet!)

Es gibt aber einen großen Unterschied: Sie gehören der Regierung an – zumindest sind Sie in der Regierungskoalition –, und er ist in der Opposition.

Sie haben jetzt umfangreich dargestellt, dass die Kosten, obwohl überhaupt keine Kompetenzen bei dem Ministerium liegen, relativ hoch seien – insbesondere in der Verwaltung, bei den Mieten, bei den Personalkosten – und im Moment allein 35 Millionen Euro – knapp die Hälfte – in Computerspielfragestellungen einfließen würden. Am Ende haben Sie noch dargestellt, es solle eigentlich auch ein Thinktank sein, aber da man noch nicht genau wüsste, über was man nachzudenken habe, bestünde auch kein Anlass, einen Digitalausschuss im Bayerischen Landtag zu installieren. – Das waren jetzt mehr oder weniger wörtliche Zitate.

Können Sie uns denn, nachdem das Ministerium jetzt doch schon ein halbes Jahr existiert, wenigstens zwei oder drei Ergebnisse dieses Thinktanks wiedergeben, wenn wir schon keinen Ausschuss haben, in dem wir diskutieren? Wohin geht die Reise? Was sind die ersten Ergebnisse? Gibt es einen Zehn-Punkte-Plan? Worauf können wir uns in den nächsten fünf Jahren einstellen, damit wir bei der nächsten Haushaltsverhandlung nicht wieder darüber diskutieren: hohe Kosten, keine Kompetenzen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Pittner, Sie haben das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Was die Digitalministerin bislang gemacht hat und was sie an Ergebnissen hat, wird sie, denke ich, selber sagen können und wollen. Da will ich nicht vorgreifen.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich will aber natürlich schon etwas zu ihrem Ansatz sagen: Jede große Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Sie kennen dieses Sprichwort bestimmt. Der wichtigste Punkt ist der erste Schritt, und die meisten scheitern daran, dass sie als Oberbedenkenträ-

ger immer Nein sagen und sagen, was schlecht ist. Wir haben einen anderen Ansatz. Wir probieren es. Wir gehen los. Wir machen den ersten Schritt und dann den zweiten und dritten hinterher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Digitalministerium ist der erste Schritt in die richtige Richtung, und diesen gehen wir.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Pittner. Als Nächstem erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion dem Kollegen Uli Henkel.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Sehr verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Die AfD forderte in ihrem bayerischen Wahlprogramm ein Ministerium, das ausschließlich nur für die Digitalisierung zuständig sein sollte, und zwar ein Ministerium mit allen dafür notwendigen Kompetenzen und einer entsprechenden Ausstattung. Dennoch haben wir hier im Hohen Haus dann am 12. November 2018 einstimmig gegen dieses Ministerium votiert.

Warum wohl? – Nach einem ungeschriebenen Gesetz ist ein Ministerium ohne eigenen Ausschuss im Landtag kein vollwertiges Ministerium. Es tut mir leid, hier und heute konstatieren zu müssen, dass die von mir sehr geschätzte Ministerin Gerlach bisher jedenfalls ein noch nicht ganz vollwertiges Ministerium leitet. Als eine Partei, deren Agenda zu gut 85 % über die sozialen Medien verbreitet wird und der somit eine gewisse Kompetenz in digitalen Angelegenheiten zugestanden werden darf,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Quantität und Kompetenz ist nicht das Gleiche!)

kamen wir bei der Sichtung dieses Etats aus dem Staunen gar nicht mehr heraus. Wir hatten bei einem so neuen und so wichtigen und für ein Hightech-Land wie Bayern in diesen Zeiten so bitter notwendigen Ministerium wirklich bahnbrechende oder jedenfalls zukunftsweisende Weichenstellungen erwartet, waren dann aber doch enttäuscht.

Insgesamt sind zwar immerhin 80 Millionen bzw. 84 Millionen Euro in diesem Doppelhaushalt eingeplant. Ernüchternd wirkt es aber dann sofort, wenn man genauer hinschaut, wie viel Geld tatsächlich für künstliche Intelligenz, für Industrie 4.0, für die digitalen Start-ups, für Big Data, für Breitband, für E-Government, für Kryptographie usw. eingesetzt werden soll. Ich mache es kurz: So gut wie fast gar nichts. Zunächst einmal verbraucht das Ministerium selbst 17,2 Millionen, und für den IT-Beauftragten der Staatsregierung werden noch einmal 17,5 Millionen veranschlagt.

Jetzt, sehr geschätzte Kollegen, schenken Sie mir bitte Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit. Die bayerische Film- und Computerspieleförderung bekommt sagenhafte 34,9 Millionen Euro und damit beinahe die Hälfte des Gesamthaushalts dieses Ministeriums. Wer aber hat je von einem bayerischen Computerspiel gehört, welches internationalen Erfolg gehabt hätte? Oder können wir wenigstens mit den immer weiter steigenden Ausgaben für die Filmförderung endlich neue international gefeierte Meisterwerke made in Bavaria erwarten?

(Christian Flisek (SPD): Da leben Sie aber hinter dem Mond!)

Weitere 12,5 Millionen fließen in die Positionen Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs von Kinofilmen. Das alles sind gewaltige Positionen – das aber für ein Digitalministerium?

Weiterhin werden Mittel für den Bayerischen Filmpreis, 4,75 Millionen für die Internationale Filmwoche und mehr als 1,5 Millionen für Zuschüsse für filmische Veranstaltungen ausgegeben. Alleine diese Positionen zusammen sind schon mehr als das, was für alle echten Digitalthemen ausgegeben wird. Der eigentliche Punkt Digitales ist gerade einmal mit 9,7 Millionen veranschlagt. Warum zum Henkel – da frage ich Sie

schon – wird für die Kompetenz des Ministeriums, das sogar diesen Namen trägt, nur so wenig angesetzt?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Der hat wenigstens einen Redenschreiber mit Humor!)

Die Ausgaben für die Digitalisierung betragen 2,8 Millionen Euro. Das ist doch lächerlich. Die Ausgaben für digitale Leuchtturmprojekte betragen 3,9 Millionen. Das ist lächerlich. Die Ausgaben für eine Digitaloffensive betragen 3 Millionen. Das ist auch lächerlich. Das war's. Mehr nicht! Das umfasst eine Viertelseite im Haushaltsplan.

Geschätzte Kollegen, bei einiger Boshaftigkeit handelt es sich bei diesem Ministerium eher um ein Grüß-Gott- und Preisvergabe-Ministerium. Jetzt verstehen wir endlich auch, warum es dazu keines Ausschusses bedurfte. Um nur weitere glamouröse Filmpreise auszuloben, braucht es wirklich keinen Ausschuss.

Ich komme zum Schluss. Ihr Ministerium, Frau Gerlach, ist noch kein echtes Digitalministerium. Die AfD lehnt deshalb diesen Einzelplan, der aus unserer Sicht einfach zu wenig zur digitalen Zukunftsfähigkeit Bayerns beiträgt, heute auch ab. Geschätzte Frau Staatsministerin, bauen Sie dieses Ministerium gleich radikal um. Geben Sie ihm einen anderen Schwerpunkt und dann einen Ausschuss, und machen Sie unser Bayern auf diese Weise digital endlich richtig fit, und zwar nicht halbherzig, sondern mutig und mit ganzer Kraft.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Henkel. – Als Nächstem erteile ich für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Christian Flisek das Wort.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, Frau Staatsministerin Gerlach, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt grundsätzlich, dass wir in Bayern endlich ein Staatsministerium für digitale Angelegenheiten haben. Die Digi-

alisierung – die Vorredner sind bereits darauf eingegangen – ist keine neue Entwicklung, sondern eine Entwicklung, die das Potenzial hat, die Form des Zusammenlebens, die Art, wie wir wirtschaften, und die Beschaffenheit unserer Zukunft grundlegend so zu verändern, dass man es gar nicht hoch genug einschätzen kann.

Als wir bei dieser Haushaltsdebatte die Einzeletats der Ministerien mit den harten Digitalkompetenzen in Bayern beraten haben, haben wir gehört, worum es geht. Gestern Abend wurde als letzter Etat der Etat für Wissenschaft und Kunst behandelt. Staatsminister Bernd Sibler hat deutlich gemacht, dass wir in Bayern einen Forschungsverbund für künstliche Intelligenz schaffen wollen. Die Robotik wird die Art, wie wir arbeiten, verändern. Mit der Digitalisierung werden wir massive Chancen für eine wirklich nachhaltig ökologische Verkehrswende haben. Natürlich sind wir dann, wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern geht, gefordert, dafür zu sorgen, dass auch im ländlichen Raum die digitale Infrastruktur vorhanden ist, die diesen Namen auch verdient. Von einigen höre ich immer, man könnte den Breitbandausbau nicht bis zur letzten Milchkanne vorantreiben. Ich würde es eher umdrehen. Gerade dort, wo die Milchkanne stehen, brauchen wir ein Hochleistungsinternet, denn in den Metropolregionen löst sich dieses Thema von ganz alleine, da wird der Markt seinen Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen also diesen Schritt. Jetzt gibt es drei Möglichkeiten, ein solches Ministerium aufzubauen. Man kann ihm wirklich originäre Kompetenzen geben. Wenn einem dabei keine neuen Kompetenzen einfallen, muss man den bestehenden Ressorts etwas wegnehmen, und das muss man mit harten Haushaltsmitteln unterlegen. Wenn wir uns Ihren Etat ansehen, Frau Staatsministerin, stellen wir fest, dass Sie in zwei Bereichen tatsächlich harte Kompetenzen haben, nämlich als IT-Beauftragte und bei der Förderung der Film- und Games-Branche.

Zu Letzterem kann ich Ihnen, Herr Abgeordneter Henkel, nur sagen: Bei der Diskussion über das Thema Games und Spiele neigt man immer etwas dazu, sich lustig darüber zu machen. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass die Games-Wirtschaft mittlerweile weltweit über 135 Milliarden Dollar erwirtschaftet. Das ist ein ganz wesentlicher Teil der digitalen Kreativwirtschaft. Als bayerische Kreativwirtschaft und als Politiker, die dafür verantwortlich sind, sind wir gut aufgestellt, um dafür einen Beitrag zu leisten. Die Games-Wirtschaft ist nicht dazu geeignet, irgendwelche Witze über sie zu machen oder sie ins Lächerliche zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann dem Ministerium also harte Kompetenzen mit hartem Geld geben. Das ist aber nur an zwei Stellen geschehen. Erlauben Sie mir, da hätten wir, die SPD-Fraktion, uns wirklich mehr vorstellen können. Vielleicht müssen Sie auch zugeben, dass da noch Luft nach oben ist. Wir werden sehen, wie Sie sich in dem Ringen um diese Kompetenzen und dieses harte Geld gegen Ihre Kolleginnen und Kollegen im Ministerrat durchsetzen können. Ich habe schon den Eindruck, dass jedes der anderen Ressorts nichts von seinen digitalen Kompetenzen abgeben will.

Insofern stellt sich eine Frage. Herr Hopp, ich greife Ihre Bemerkung auf. Sie haben gesagt, wir hätten ein Start-up-Ministerium, also ein Ministerium, das vielleicht selber als ein Start-up zu definieren ist. Jetzt sage ich Ihnen aber auch eines: Wenn dies heute der erste Pitch für dieses Start-up ist, dann wollen wir einen Businessplan vorgelegt bekommen, der auch ein Geschäftsmodell enthält.

(Beifall bei der SPD)

Da muss ich Ihnen schon sagen: Wir haben noch Luft nach oben. Ich hätte mir gewünscht, dass die Mehrheit ein Geschäftsmodell entwickelt hätte, das diesen Namen auch verdient, und dass Sie anschließend auch bereit wären, der Frau Staatsministerin mehr Risikokapital für ihre zumindest dem Titel nach wichtige Aufgabe zur Verfü-

gung zu stellen. Meine Damen und Herren, die originären Kompetenzen des Ministeriums sind nicht wirklich ausgeprägt.

Die zweite Möglichkeit, ein solches Ministerium aufzustellen, wäre ein Masterplan "Bayern Digital", der ähnlich ambitioniert wäre wie die Digitale Agenda auf Bundesebene. Ich konnte vier Jahre lang im Ausschuss Digitale Agenda im Bundestag die Entwicklung dort verfolgen.

Dann brauche ich für eine Staatsministerin wirklich glasklare Koordinierungskompetenzen. Man muss also eine Strategie haben, an der man festhält, und wenn die originären Kompetenzen über viele Ministerien verteilt sind, dann ist die Koordinierungsfunktion bei Ihnen nur dann gut angelegt, wenn Sie auch wirklich intervenieren und auch korrigieren können, wenn etwas in die falsche Richtung läuft. Diese Koordinierungskompetenzen sehen wir bisher nicht. Sie, Frau Ministerin, haben Ihren Platz im Ministerrat, aber ich wünsche Ihnen wirklich, dass Sie auch die Kraft haben, sich durchzusetzen, wenn Sie sehen, dass in dem einen oder anderen Ministerium die Priorisierung eventuell zulasten der Digitalisierung erfolgt. Ihre Aufgabe ist somit sportlich zu sehen. Richtige Kompetenzen? –Fehlannonce, leider. Koordinierungskompetenzen? – Fehlannonce.

Jetzt bleibt das übrig, was Sie selber auf Ihrer Homepage artikulieren und was auch die Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition heute schon gesagt haben: Das Ministerium ist eine Denkfabrik, ein Thinktank. Das klingt erst einmal gut. Ja, wir brauchen Denkanstöße, wie wir die Digitalisierung gestalten. Aber dafür brauchen wir kein Staatsministerium, das sich als Denkfabrik versteht. Wir haben genügend Denkfabriken, Thinktanks, die sich mit diesen Fragestellungen außerhalb der Exekutive beschäftigen und wertvolle Impulse unabhängig von politischer Einflussnahme geben. Ich glaube, das ist die Aufgabe von Denkfabriken im eigentlichen Sinne. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von einem Digitalministerium zu Recht exekutive Kompetenzen. Sie wollen nicht, dass das Ministerium sich erst einmal damit begnügt, im

Jahr 2019 damit anzufangen, darüber nachzudenken, wie wir Digitalisierungsprozesse gestalten können. Ich glaube, das kommt ein bisschen zu kurz.

Deswegen sage ich für meine Fraktion sehr deutlich: Sie haben mit uns einen Partner an der Seite, wenn es darum geht, diese Kompetenzen in Zukunft zu stärken und auszubauen. Die SPD will ein Digitalministerium, das nicht nur ein digitales Feigenblatt ist, sondern das wirklich digitale, originäre Kompetenzen und eine harte Koordinierungsfunktion hat. Wenn Sie dann noch in Ihrem Etat in Zukunft Mittel zur Verfügung haben, um Denkfabriken außerhalb der Regierung dabei zu unterstützen, über diese große Herausforderung nachzudenken, dann werden Sie auch hierbei unsere Unterstützung haben.

Lassen Sie mich zum Thema Ausschuss im Landtag kommen. Ich glaube, dass solch ein spiegelbildlicher Ausschuss immer dann einen Sinn macht, wenn wir ein entsprechendes Ministerium haben. Aber man muss natürlich angesichts der Kompetenzen dieses Ministeriums die Frage stellen, was dieser Ausschuss machen soll.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das wird ein bisschen schwierig. Deswegen müssen wir gemeinsam schauen – ich hoffe, da sind Sie mit an Bord –, dass wir aus diesem Start-up Digitalministerium wirklich für Bayern ein Unicorn machen. Aber dazu bedarf es eines Geschäftsmodells, dazu bedarf es auch des politischen Willens, das Ganze mit harten Kompetenzen und mit viel Geld zu hinterlegen. Solange das noch nicht der Fall ist, weil die politische Mehrheit in diesem Haus bekanntlich anders entschieden hat, gebe ich Ihnen noch etwas mit auf den Weg. Das ist teilweise schon angesprochen worden. Sie können vielleicht mit den Mitteln, die Sie haben, ein paar kleine Impulse setzen.

Wir finden in unserer Gesellschaft, wenn man auf das Thema Digitalisierung zu sprechen kommt, nicht nur helle Begeisterung. Das wurde bereits angesprochen. Viele Menschen haben Sorgen bezüglich der Frage, was die Digitalisierung für sie und für

ihren Arbeitsplatz bedeutet, was Digitalisierung überhaupt für den Wohlstand und das Wirtschaftsmodell in Deutschland und Bayern bedeutet.

Ich glaube, dass wir diese Digitaldebatte in unserem Land auf zwei Arten führen können. Wir können eine Risikodebatte führen, in der wir immer das Schlechte thematisieren und die Angst schüren, oder wir können eine Chancendebatte führen. Die Art, wie diese Debatte in Zukunft auch von uns in der Politik geführt wird, wird sehr stark darüber entscheiden, ob die Menschen politisch zu denjenigen überlaufen, die von den Ängsten in einer Gesellschaft profitieren, oder ob sie wieder Vertrauen in die Gestaltungskompetenz von Politik haben.

Wie gesagt: Vielleicht können Sie in diesem Bereich etwas tun. Vielleicht können Sie das Thema, wie Digitalisierung in der Gesellschaft aufgenommen und gefühlt wird –, ich sage das bewusst: nicht rational durchdacht, sondern gefühlt wird – behandeln. Das wäre mit Sicherheit ein erster, wichtiger Beitrag. Ansonsten wünsche ich Ihnen gutes Gelingen bei Ihrem Start-up. Wir werden das konstruktiv, aber natürlich bei diesem Aufschlag auch weiterhin kritisch begleiten; denn sehr viel mehr wäre möglich.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Flisek. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Martin Hagen. Kollege Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP hat als erste Partei in Deutschland gefordert, dass wir Digitalministerien in den Bundesländern und im Bund einrichten.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

– Ich höre jetzt ungläubiges Raunen. Googeln Sie das einmal, dann wissen Sie es. – Es ergibt Sinn, ein Digitalministerium einzurichten, wenn es dann auch gelingt, in ihm Kompetenzen zu bündeln; denn das, woran die Digitalisierung in der deutschen Politik

krankt, ist gerade der Kompetenzwirrwarr. Vom Wirtschaftsminister über den Finanzminister bis hin zu den verschiedensten Einrichtungen sind unterschiedliche Stellen zuständig, aber es gibt nicht den einen Ansprechpartner. Diese Kompetenzbündelung ist mit der Einrichtung dieses Ministeriums nicht erfolgt. Es hat keine Kompetenzen, weder für den Breitbandausbau noch für E-Government oder Cyber Security. Es besteht genau wieder dieser Kompetenzwirrwarr, den wir auch in der Vergangenheit kritisiert haben.

Da kann ich Ihnen wirklich nur empfehlen: Wenn Sie ein richtiges Digitalministerium wollen, eines mit gebündelten Kompetenzen, dann nehmen Sie sich ein Vorbild an den Freunden in Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es einen Minister für Wirtschaft, Innovation und Digitales, Andreas Pinkwart. Der ist für diese Sachen zuständig, der hat alles in einer Hand. Da können Sie sehen, was passiert, wenn man der Digitalisierung wirklich den Stellenwert einräumt, den sie verdient.

Ich war im März am Technologiecampus in Grafenau. Dort wird unter anderem ein Projekt entwickelt, das sich digitales Dorf nennt. Das ist ein kleiner Leuchtturm, gerade im ländlichen Raum in Niederbayern. Es ist eine öffentliche Einrichtung, die dort Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung bündelt. Auch für diesen Technologiecampus Grafenau ist das Ministerium nicht verantwortlich. Jedenfalls bis März war Frau Gerlach noch nicht vor Ort gewesen. Das ist schade; denn dort ist Kompetenz vor Ort vorhanden, aber das Ministerium ist nicht involviert.

Das Wort "Denkfabrik" oder "Thinktank" ist heute ganz oft gefallen. Das ist das, was dieses Ministerium sein soll. Ich glaube, dass es nicht der Anspruch eines Ministeriums sein kann, nur ein Thinktank zu sein. Es ist nicht Aufgabe eines Ministeriums, nur Ideen zu entwickeln. Aber wenn Sie einen Thinktank einrichten wollen, dann machen Sie es doch bitte richtig. Ein Thinktank wird nicht von Politikern geführt. Frau Gerlach hat selber zu Beginn ihrer Amtszeit gesagt, dass sie auf diesem Gebiet nicht die Expertin sei. Wenn Sie einen Thinktank eingerichtet hätten, dann wäre Frau Gerlach nicht in der Führung dieses Thinktanks gewesen, dann wäre wahrscheinlich keiner

aus diesem Haus der Kopf gewesen, sondern man hätte sich externen Sachverstand geholt, Leute, die sich wirklich mit diesem Thema auskennen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unterschätzen Sie uns Frauen nicht!)

– Das hat mit Frauen überhaupt nichts zu tun, Frau Kollegin. Ich habe kein Wort über Frauen verloren.

Ein Thinktank hat schlanke Strukturen und ist keine Behörde. Wenn Sie eine Denkfabrik brauchen, dann gründen Sie eine, aber wählen Sie dafür nicht die Behördenstruktur eines Ministeriums.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zum Haushalt: Wir haben einen Haushalt von 125 Milliarden Euro. 80 Millionen Euro davon sind für den Bereich Digitalisierung vorgesehen. Das sind 0,065 %.

(Widerspruch bei der CSU)

– Ich höre schon wieder Widerspruch. Wir können das nachher gerne einmal gemeinsam nachrechnen.

0,065 % macht der Anteil für dieses Ministerium im Gesamthaushalt aus. Von diesen 0,065 % sind über 40 % für die Film- und Computerspieleförderung vorgesehen. Ein weiteres Viertel machen Verwaltungsausgaben aus. Das zeigt den Stellenwert, den dieses Thema bei dieser Regierung hat. Das setzt sich fort in dem Umstand – auch das ist mehrfach in den Reden erwähnt worden –, dass Sie nicht bereit waren, einen entsprechenden Ausschuss einzurichten. Das wurde damit begründet, dass ein 15. Ausschuss dazu führen würde, dass man noch mehr Referenten einstellen müsse.

Wenn wir Digitalisierung als wichtiges Thema begreifen, dann müssen wir es auch richtig machen. Wenn aber Digitalisierung für uns keine Rolle spielt und man der Meinung ist, sie sei in den einzelnen Ressorts gut aufgehoben, dann können wir uns das Ganze komplett sparen. Wenn Ihnen Digitalisierung wichtig ist, dann schaffen Sie ein

richtiges Digitalministerium. Aber ein solches Feigenblatt führt uns nicht weiter. Die 80 Millionen Euro, die wir dafür ausgeben, könnten wir uns in dem Fall sparen. Wenn man etwas macht, macht man es richtig. So bringt das leider bisher nichts. Es ist nun ein halbes Jahr vergangen, und Sie haben uns bisher nicht überzeugt. Vielleicht gelingt es Ihnen im weiteren Verlauf der Legislaturperiode, uns zu überzeugen, dass Sie eine gute Arbeit machen. Aber die Zwischenbilanz fällt leider sehr mau aus.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Hagen. – Als Nächster spricht der Abgeordnete Sandro Kirchner für die CSU-Fraktion. Herr Kollege Kirchner, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade überlegt, dass jemand, der von außen dieser Debatte zuschaut oder hineinhört und die Vorredner der Opposition gehört hat, die Hände über dem Kopf zusammenschlägt und sagt: Was ist denn da los?

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Jeder spricht darüber. Bayern ist mittendrin. Bayern gestaltet die Digitalisierung, und Bayern ist bei dem Epochenwechsel mit den richtigen Themen aktiv und maßgeblich daran beteiligt, dass die Dinge gut werden.

Ich habe einen kleinen Auszug herausgesucht, nur damit Sie mal ein Gefühl dafür bekommen, was Digitalisierung alles ist, damit Sie einmal Ihren Fokus vom Haushalt weg richten und sich damit befassen, was Digitalisierung in Bayern bedeutet.

Die Breitbandinitiative: eineinhalb Milliarden Euro. Ich will das gar nicht wiederholen. Wenn Sie bei der Rede von Minister Füracker genau zugehört hätten, wäre die Diskussion an dieser Stelle müßig.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich nenne die Gigabit-Offensive, die in den Startlöchern steht, ein eigenes Mobilfunkförderprogramm, die IT-Sicherheit, die digitale Verwaltung, die Digitalisierung des Handwerkes und des Mittelstandes,

(Zurufe der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Martin Hagen (FDP))

Industrie 4.0, digitale Mobilitätskonzepte, digitale Medizin, digitale Pflege, Telemedizin – die Ministerin Huml hat sie vorhin vorgestellt –, das Zentrum Digitalisierung.Bayern, vor allem auch die Eroberung neuer Schlüsseltechnologien und Schlüsselfelder und die Entwicklung der Anwendungen, die wir haben, KI, Robotik, Supercomputing, 3-D-Druck, Hardware-Initiativen, Anwendungen für Land- und Forstwirtschaft, ein Bayerisches Internet-Institut, die digitale Klimaschutzstrategie, digitales Wassermonitoring und was es noch alles gibt.

Aber überhaupt nicht angesprochen haben Sie, dass in Bayern bei der Digitalisierung der Mensch im Mittelpunkt steht. Auch ethische Fragen, die wir diskutieren, gehören dazu. Wenn Sie sich ausreichend informiert hätten, hätten Sie festgestellt, dass all diese Themen bereits in den Masterplänen BAYERN DIGITAL I und II niedergeschrieben, definiert und skizziert sind, dass Bayern mit der Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL eines der größten Investitionsprogramme in der Geschichte Bayerns auf den Weg gebracht hat und nicht 80 Millionen, sondern über 6 Milliarden Euro in die Digitalisierung investiert.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Flisek?

Sandro Kirchner (CSU): Nein, im Anschluss. – Bayern investiert über 6 Milliarden Euro in die Digitalisierung. Das Kasperletheater um den Haushalt ist an dieser Stelle müßig. Bayern handelt mit einer Wucht, mit 6 Milliarden Euro, Herr Hagen.

Es gibt eine ganze Menge Themen, die Bayern vorangebracht hat. Man könnte allein schon von dieser Agenda ausgehend sich ausruhen und auf die Schulter klopfen, aber Bayern tut das eben nicht.

Die Digitalisierung ist ein Megathema, ein Querschnittsthema. Sie bedeutet einen gewaltigen technologischen und vor allem gesellschaftlichen Umbruch, eine Revolution in rasantem Tempo. Sie erfordert eben auch eine Weichenstellung für die Zukunft. Herr Kollege Hopp hat es vorhin gesagt: Vor rund 50 Jahren wurde in Bayern das erste Umweltministerium geschaffen. Frau Huml war da: In Bayern gab es das erste Gesundheitsministerium. So ist es an dieser Stelle nur konsequent, dass Bayern auch in dieser Legislaturperiode einen Pflock eingeschlagen hat, um das Megathema Digitalisierung, das so vielfältig ist, entsprechend anzugehen. Es bedarf einer Stelle – das haben Sie richtig erkannt –, die den umfassenden Themenbereich mit einem ganzheitlichen Blick erfasst, dabei aber auch die ethischen und gesellschaftlichen Fragen in den Vordergrund stellt und beleuchtet und vor allem die Ressourcen, die Sie genannt haben, entsprechend koordiniert und strukturiert. Bayern hat deswegen weiter konsequent gehandelt und das erste Ministerium für Digitales in Deutschland eingerichtet. Ich bin der Meinung, und wir alle sind der Meinung – das habe ich den Rednern auch abgenommen –, dass das konsequent und richtig ist. Genauso konsequent und richtig ist es für mich auch, dass Frau Judith Gerlach unsere Staatsministerin in diesem Haus ist.

Jetzt muss ich schon ein bisschen schmunzeln, Herr Kollege Adjei. Sie sind bei mir im Wirtschaftsausschuss. Sie hören doch immer, wenn ich Besuchergruppen begrüße und den Wirtschaftsausschuss vorstelle, wie ich sage, dass er einer der Königsausschüsse in diesem Haus ist, weil er eine große Bandbreite abdeckt und viele Schnittpunkten aufweist. Es ist schon wichtig, dass wie in der Vergangenheit die Kompetenzen dort, wo sie sinnvoll aufgehoben sind, auch zusammenbleiben. Gerade wenn wir über Themen wie die Digitalisierung sprechen, sind wir uns doch einig, dass sie bei uns im Ausschuss, im Digitalisierungsausschuss, sehr gut aufgehoben sind,

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

weil wir dort Breitband, Wirtschaft und Innovation zusammen behandeln. Ich würde mich freuen, Herr Adjei, wenn Sie dann, wenn Sie dort anwesend sind, auch mal Anträge stellen, wie Sie die Digitalisierung entsprechend Ihrer Vorstellung begleiten wollen. Aber da kommt nichts!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In diesen Tagen sprechen Sie die Digitalisierung vermutlich nicht so richtig an, sondern mehr Themen wie Natur, Bäumchen, Streuobstwiesen; das waren die Gegenstände. Deshalb will ich Ihnen an dieser Stelle einen Vergleich mit einer Streuobstwiese, mit einem Baum aufzeigen.

Wir könnten sagen, dass mit den Masterplänen zur Digitalisierung BAYERN DIGITAL I und BAYERN DIGITAL II der Boden ein Stück weit fruchtbar gemacht worden ist, dass mit der Entscheidung zur Errichtung eines Digitalisierungsministeriums ein Loch ausgehoben worden ist, ein Baum eingepflanzt worden ist. Wir könnten sagen, dass unsere Staatsministerin Judith Gerlach die Aufgabe hat, Sorge dafür zu tragen, dass der Baum Wurzeln fasst, dass diese Wurzeln sich breit vernetzen und vor allem Wasser aufsaugen, damit dieser Baum Äste entwickelt, die stark sind, mit Innovationen, Know-how, Kompetenzen exzellent versehen sind,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

und damit am Ende des Tages die Menschen hier in Bayern die digitalen Früchte ernten können. Innovative Unternehmen in Bayern sollen Arbeitsplätze, Produktivität, Wohlstand schaffen und vor allem gesellschaftliche Akzeptanz aufweisen.

In dem Einzelplan 16 sind die Themen strukturiert und aufgezeigt, die in erster Linie einmal wichtig sind, die dafür da sind, dieses Haus aufzubauen, ein Gutachten zur digitalen Transformation Bayerns zu erstellen und damit Handlungsempfehlungen für Bayern zu erarbeiten. Eine eigene Blockchain-Strategie Bayerns wurde aufgezeigt. Ich

nenne die Stichwörter Cybersicherheit, die Initiative "Online – aber sicher!"; die digitale Verwaltung 2020 ist Ende 2020 entsprechend aufzustellen, digital zu machen, mobil über eine App abzusichern; und ich nenne vor allem die Filmbranche, die Kinoförderung und die kreative Branche, die Games-Branche.

Aber entscheidend wird an dieser Stelle nicht das sein, was in der ersten Aufbauphase besteht, sondern wie die beteiligten Ressorts, die genannt worden sind und die die digitale Verantwortung tragen, einen digitalen Kompass bekommen und ihre Vorhaben nicht willkürlich, sondern im Rahmen eines ganzheitlichen Bayern-Konzepts ausarbeiten. Dafür sind sehr wohl die Kompetenzen vorhanden. Frau Gerlach hat ja auch den Titel CIO, sodass sie an dieser Stelle mit dem Digitalisierungskabinett und mit dem Digitalisierungsgipfel die Richtlinien schafft und endlich eine Roadmap der Digitalisierung für Bayern erstellt. Ihre Aufgabe wird aber auch darin bestehen, ein digitales Ökosystem zu schaffen: Wie bekomme ich das Kapital, das für die Digitalisierung wichtig ist, nach Bayern? Wie bekomme ich die Talente, die besten Köpfe, nach Bayern? Wie halte ich die Talente und Köpfe, die wir haben, in Bayern? – Leuchttürme müssen gestaltet werden. Wichtig sind Anwendungsbezüge, Leuchtturmveranstaltungen, die Definition der Handlungsfelder und des Fokus und die Stärkung bestehender Forschungskompetenzen.

Wenn Sie anwesend waren – viele waren nicht da –, haben Sie gehört, wie unser Ministerpräsident das Thema gestern in der Generaldebatte ausgeführt hat. Ich habe schon etwas Gänsehaut bekommen, als ich gehört habe, dass China in fünf Jahren 134 Milliarden Euro in Themen wie die künstliche Intelligenz investiert und Deutschland gerade mal anfängt, darüber nachzudenken, dafür 3 Milliarden Euro einzustellen. Es ist schon klar, dass wir mit diesen Summen gar nicht wettbewerbsfähig sind, weil uns in Bayern diese Geldmittel in der Form gar nicht zur Verfügung stehen. Deswegen ist es nur konsequent, dass unsere Ministerin für Digitales den Fokus auf die Frage richtet: Welche Technologiefelder bespiele ich, welchen Fokus schärfe ich, welchen

Benefit bringe ich für Bayern, damit die Stärken, die wir haben, weiter gefördert werden? – Unsere Leitbranchen sollen weiter in die Zukunft gehen.

Wichtig ist auch der Mensch, der im Mittelpunkt stehen soll. Wie funktioniert das? Wie wird dieser Mensch mitgenommen? Wie können wir die Menschen bei der Digitalisierung mitnehmen? Es geht auch um Fragen, die übergeordnet sind: Sie betreffen die schulische Bildung, die berufliche Aus- und Weiterbildung, den Arbeitsplatz der Zukunft. Das soziale Bewusstsein muss geschärft werden.

Viel wichtiger noch ist: Die ältere Generation, die vielleicht noch nie groß mit der Digitalisierung in Berührung gekommen ist – wie nehme ich die mit, wie hole ich die ab, wie schließe ich sie nicht von unserer Gesellschaft aus, sondern Sorge dafür, dass sie weiterhin einen festen Platz als Bestandteil unserer Gesellschaft hat?

Es geht aber auch um die ethischen Fragen. Wir sprechen immer leichtfertig über autonomes Fahren und, und, und. Da kommen Diskussionen über Fragen von Leben und Tod auf. Auch das ist ein Thema, das die Frau Ministerin entsprechend angehen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, Bayern hat die Digitalisierung vorangebracht und bereits Meilensteine gesetzt. Bayerische Unternehmen gehen dabei vorwiegend bereits heute voran. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele, nur damit Sie sehen, was hier läuft: Adidas produziert in Ansbach Turnschuhe im 3-D-Druck; FlixBus ist ein Start-up-Unternehmen aus München. Mangelberger aus Roth in Mittelfranken beschäftigt sich mit der Industrie 4.0 im Handwerk; EOS in Krailling ist Weltmarktführer beim industriellen 3-D-Druck; Celonis, ein Münchner Start-up für industrielle Daten, wurde gerade mit einem Wert von einer Milliarde Euro bewertet – und das in Bayern. Warum wohl? – Weil die Rahmenbedingungen da sind. – Herr Henkel, Sie haben es immer noch nicht verstanden: Auch die Games-Branche in Bayern generiert mittlerweile einen Umsatz von über einer halben Milliarde Euro. Sie sehen, das ist ein wirklicher Wirtschaftsfaktor in Bayern, der gepflegt, entwickelt und vorangebracht wer-

den muss. Es geht um Schlüsseltechnologien für den Wirtschaftsstandort Bayern, aber auch um die Sicherung der Arbeitsplätze der Zukunft; es geht damit um unseren Wohlstand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns vor Augen halten, dass wir hier in einem brutalen globalen Wettbewerb stehen, den wir angehen müssen. Wir müssen die richtigen Strukturen schaffen. Da ist es nur sinnvoll, dass wir hier ein Projektmanagement installieren, das die Themen verantwortet und ganzheitlich voranbringt.

Es geht darum, den Menschen in Bayern nicht zu schaden und in erster Linie Innovationen zu fördern, Investitionen zu generieren und die Spitzenposition Bayerns weiterhin zu sichern. Meine Damen und Herren, packen Sie mit an! Wir müssen die Weichen so stellen, dass künftig alle Menschen in Bayern von den technologischen Chancen der Digitalisierung profitieren. Das zu machen, ist unsere Aufgabe hier im Haus. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns in Klein-Klein, im Unterholz, im Wald zu verlieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Kirchner, es sind mehrere Zwischenbemerkungen angekündigt. Ich erteile zunächst das Wort dem Angeklagten – – Jetzt sage ich das schon wieder: Angeklagter.

(Christian Flisek (SPD): Sie kommen aus Ihrer Rolle nicht raus!)

– Aber nur bei Ihnen, Entschuldigung!

(Allgemeine Heiterkeit – Christian Flisek (SPD): Wenn Sie so weitermachen, erkläre ich Sie noch irgendwann einmal für befangen!)

– Ja. Ich erteile dem Kollegen Christian Flisek das Wort.

Christian Flisek (SPD): – Sehr schön! – Herr Kollege Kirchner, ich weiß nicht, was Sie gerade aus den Debattenbeiträgen der Opposition herausgehört haben.

Sandro Kirchner (CSU): – Das, was Sie gesagt haben.

(Harald Güller (SPD): Das ist ja nicht viel!)

– Genau!

Christian Flisek (SPD): Wenn Sie da genau zugehört haben, möchte ich Ihnen eines sagen: Ich glaube, wir haben in diesem Haus einen breiten Konsens über die Wichtigkeit des Gesamtthemas und über die Wichtigkeit der Einzelthemen. Wir streiten angesichts der Haushaltsverhandlungen einzig und allein über die Methode, wie dieses Thema jetzt am Beispiel des neuen Staatsministeriums für Digitales umgesetzt wird. Ich glaube, das ist eine ganz legitime Auseinandersetzung.

Mich wundert aber, dass in diese Beiträge manchmal so eine Schärfe hineingebracht wird. Wir hören Ihrem und unserem Ministerpräsidenten Söder sehr gut zu. Er hat in seiner Regierungserklärung sehr deutlich gesagt, dass wir auch bei diesen Themen – Digitalisierung gehört dazu – versuchen sollten, das Gemeinsame herauszuheben. Ich würde da einfach auch Sie bitten: Schauen Sie, dass Sie in Ihren Redebeiträgen dazu auch einen Beitrag leisten! Tun Sie nicht immer so, als würde hier eine Opposition sitzen, die an der Zukunft dieses Landes kein Interesse hat.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Jetzt zum Schluss mal eine ganz konkrete Frage:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Flisek, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Christian Flisek (SPD): – Ja. – Sie haben Beispiele wie Infrastruktur, Cybersicherheit und E-Government genannt. Sie haben lauter wichtige Dinge aus den Einzelressorts aufgezählt. Beantworten Sie mir bitte die Frage: Was hat das mit dem Ministerium von Frau Gerlach zu tun?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Kirchner, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Hätten Sie meiner Rede zugehört, hätten Sie sich beide Fragen selbst beantworten können.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oje!)

Ich habe eingehend aufgezeigt, dass ein Außenstehender, der Ihre Redebeiträge verfolgt, den Eindruck gewinnen könnte, dass hier gar nichts gemeinsam und zusammen geht, dass hier nichts funktioniert und nichts auf den Weg gebracht wird. Wenn man aber den Gesamthaushalt und die erfolgreiche Entwicklung Bayerns sieht, werden Sie an dieser Stelle selbst Lügen gestraft. Insofern ist das ganz klar.

Zum zweiten Punkt: Natürlich habe ich Ihnen einmal aufgezeigt, wie vielfältig die Digitalisierung in Bayern angegangen wird, wie vielfältig sie sich entwickelt und welche Akteure dort unterwegs sind. Ich glaube, ich habe sogar einmal sehr deutlich darauf hingewiesen, dass unsere Ministerin mit ihrem Ministerium die gesamtheitliche Koordination dieser Aufgaben wahrnimmt. Wenn Sie nach links laufen und Herr Adjei nach rechts läuft, werden Sie sich nie irgendwo treffen.

(Christian Flisek (SPD): Genau das meine ich, ja!)

Sie müssen die Fäden aus den verschiedenen Ressorts aufnehmen und in der Hand halten. Ich will es bildhaft rüberbringen, damit man es besser versteht: Es ist die Aufgabe der Frau Ministerin, aus diesen roten Fäden ein dickes Seil für die Digitalisierung in Bayern zu drehen, an dem wir uns hochziehen können, um auf der weltpolitischen Ebene mit Marktführer sein zu können. Das ist die Aufgabe. Wenn Sie die nicht verstehen, dann können Sie hier auch nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Christian Flisek (SPD): Da sage ich nur: Quod erat demonstrandum! – Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich erteile der Abgeordneten Verena Osgyan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kirchner, ich wundere mich schon sehr über die Redebeiträge von Ihnen sowie von Herrn Pittner.

(Zuruf: Falscher Name!)

– Entschuldigung. – Dass man eine Koordination braucht: geschenkt! Dem würden wir zustimmen. Aber gab es nicht 2014 schon einmal eine Regierungserklärung, die angekündigt hat, Bayern solle zur digitalen Leitregion werden? Damals wurden Koordination und Strategieentwicklung nacheinander bei verschiedenen Ministerien angesiedelt. Da gab es den Beirat BAYERN DIGITAL, da gab es Konzepte und Strategien, die in BAYERN DIGITAL I und BAYERN DIGITAL II gemündet sind. Wir haben im Parlament seitdem außer Auflistungen von Einzelmaßnahmen verhältnismäßig wenig darüber gehört, was daraus geworden ist. Wie stellen Sie sich das vor? Sind diese Strategien schlecht gewesen? Fängt man jetzt komplett neu an? Wo ist der Unterschied zwischen den Koordinierungstätigkeiten, die früher, immer schön wechselnd, bei anderen Ministerien lagen, und der Koordinierungstätigkeit im neuen Digitalministerium? Was soll jetzt ohne echte Kompetenzen und ohne echtes Geld besser laufen? – Verzeihen Sie, aber man hört, es handele sich um einen Thinktank, aber man wisse noch gar nicht, über was man eigentlich nachdenken solle. Die Digitalisierung gibt es schließlich seit dreißig, vierzig Jahren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie müssen bitte auch zum Ende kommen.

Verena Osgyan (GRÜNE): – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Kirchner, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Es gibt ein altes Sprichwort: Wer sich nicht erneuert, wird erneuert werden. Sie sprechen die Superleistungen an, die mit dem Masterplan BAYERN DIGITAL I und BAYERN DIGITAL II angesprochen worden sind. Das waren sechs Milliarden Euro. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland, das ein solches Volumen wie der Freistaat Bayern investiert! Es gibt keins.

Jetzt geht es aber darum, dass hier verschiedene Akteure unterwegs sind und die Digitalisierung in ihrem jeweiligen Ressort und Zuständigkeitsbereich voranbringen. Es gibt vielleicht Bereiche, die an dieser Stelle nicht begleitet werden. Es gibt andere Bereiche, bei denen Parallelentwicklungen stattfinden. Es gibt Bereiche, die den Freistaat Bayern vielleicht nicht weiter voranbringen können. An dieser Stelle benötigt man jemanden, der die Dinge gesamtheitlich betrachtet, koordiniert und zusammenführt.

Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie alle noch nicht die Erfahrungen im Berufsleben sammeln können.

(Christian Flisek (SPD): Das ist genau der Ton! – Harald Güller (SPD): Diese Arroganz! – Christian Flisek (SPD): Sie sind ein Spaltpilz!)

Es gibt in allen Bereichen Leute, die Dinge koordinieren und zusammenführen, Abteilungen zusammenführen und das auch entsprechend zum Abschluss bringen müssen.

(Weitere Zurufe)

Sie wollen das nicht hören. Das verstehe ich ja. Aber getroffene Hunde bellen!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende kommen.

(Christian Flisek (SPD): Jedes Wort aus Ihrem Mund ist ein Spaltpilz! Jedes Wort! Überdenken Sie mal Ihre Haltung! Reflektieren Sie das mal! Dafür brauchen Sie einen Thinktank!)

– Herr Flisek, bitte. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich hiermit dem Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Kirchner, Sie haben die Digitalisierungsstrategie in Bayern gelobt. Sind Sie der Meinung, dass die Staatsregierung auch im Bereich E-Government zu loben wäre? Oder wollen Sie hier noch besser werden? Ich habe einfach mal auf einigen Seiten, die Sie anbieten, geguckt. Da ist eigentlich nur der Fehler 404 zu sehen. Wie beurteilen Sie das? – Wenn Sie dazu kurz etwas sagen würden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Kirchner, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Mannes, jetzt haben Sie mir aber eine Steilvorlage geliefert. Sie hatten gestern schon die Idee, vermutlich während der Plenarsitzung, die Internetseite mal in Ihren Browser einzutragen. Sie haben mir dann erklärt, dass dann der Fehler 404 oder irgendwas auftaucht.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

– Ich habe Ihnen dann gesagt, dass Sie die Adresse richtig eintippen müssen. Man braucht hier nämlich das "www" vorne dran,

(Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

sonst funktioniert es aus Sicherheitsgründen nicht. Sonst kommt man auch nicht auf die Seite. Ich zeige es Ihnen dann anschließend gerne. – Also, es funktioniert hervorragend, und es funktioniert gut.

(Beifall und Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Bitte. – Das ist die eine Antwort.

Die zweite Antwort, die es darauf gibt: Der Freistaat Bayern ist bei E-Government natürlich in verschiedenen Bereichen unterwegs. Es ist eine der Hauptaufgaben, die ich vorhin aufgezeigt habe, dass Frau Gerlach und das Ministerium bis Ende 2020 dort gewisse Themen zu bearbeiten haben. Gerade sitzt der Finanzminister vor mir. Er muss E-Government auch ein Stück weit als Schnittstelle in Anspruch nehmen. Das beste Beispiel dafür, wie dort die Digitalisierung über ELSTER oder was auch immer im Austausch funktioniert, ist die Steuererklärung, die zumindest ich regelmäßig abgebe, um meinen Ausgleich zu bekommen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie sollten bitte erneut zum Ende kommen.

Sandro Kirchner (CSU): – Ja. – Aber natürlich sind noch gewisse Baustellen offen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Bis 2020 sollen sie aber geschlossen werden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Kirchner. – Als Nächste hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Susanne Kurz das Wort.

Susanne Kurz (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) 80 Millionen! – Mancher Blockbuster hat zehnmal so viel Budget wie Ihr gesamtes Ministerium. – Liebes Präsidium, liebes Kollegium, liebe Staatsministerin! Das zeigt, wie wenig Games- und Filmförderung wir eigentlich haben. Ja, Filmförderung ist wichtig. Ja, wir feiern internationale Erfolge mit Filmen und Games. Aber wie wir hier mit öffentlichen Mitteln steuern wollen, dafür haben Sie, liebe Frau Gerlach, kein Konzept und kein Ziel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So ist beispielweise die ökologisch-sozial nachhaltige Filmproduktion keine Utopie, zumindest dann nicht, wenn man sie mutig anpackt. Bundesweit wird daran schon gearbeitet. Hier schläft die schwarz-orange Koalition leider noch. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, wenn Sie Ihre Politik weiter so betreiben, dann verschlafen Sie den Anschluss an die Wettbewerber, denn die sind hellwach.

Nachhaltige Filmproduktion ist eine Investition in die Zukunft. Sie ist in Zeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in Zeiten hoher Mieten, in Zeiten des Klimanotstandes eine Standortfrage. Filmproduktion wird in großen Teilen durch öffentliche Mittel finanziert. Mit diesen Mitteln prekäre Arbeitsverhältnisse zu finanzieren, das geht nicht. Die Leute stimmen mit den Füßen ab. Hören Sie sich mal um, wer jetzt mit der beginnenden Drehsaison keine Fachkräfte findet. Die Menschen arbeiten lieber dort, wo Nachhaltigkeit gefördert wird.

Die Menschen sehen, dass es falsch ist, Steuergelder für Produktionen einzusetzen, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schlichtweg zerstören. Genau das passiert aber gerade mit den Millionen, die in Bayern in die Filmförderung fließen. Wir sind in der Verantwortung. Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß der Film- und Fernsehindustrie sind immens. Durch ökologisch-nachhaltige Produktion könnte diese Umweltbelastung fast halbiert werden. Es gibt grüne Alternativen, zum Beispiel beim Transport, bei Licht und Strom. Diese Alternativen sind nicht nur bezahlbar, sie sind auf Dauer sogar günstiger als bisher standardmäßig eingesetzte Produktionsmittel. Das Problem ist die Nachfrage. Die Nachfrage ist aufgrund hoher Entwicklungs- und Anschaffungskosten sowie des Kostendrucks bisher sehr gering. Genau hier müssen die Förderprogramme ansetzen, um die Branche in die Zukunft zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die zukunftsweisende und nachhaltige Produktion fördern, bevor wir den Anschluss verschlafen. Mit diesen Mitteln zur nachhaltigen Filmproduktion, die wir in

unseren Anträgen zum Haushalt gefordert haben, wäre es hier in Bayern endlich möglich gewesen, auf einer breiten Basis technologische Innovation im Bereich umweltfreundlicher Filmproduktion zu entwickeln, die Anschaffung dieser Technik für Filmdienstleister attraktiv zu machen und den Einsatz dieser Technik zu belohnen.

Wir haben hier in Bayern Top-Firmen, Traditionsfirmen und junge Start-ups. Wir wollen, dass diese Top-Firmen auch morgen noch konkurrenzfähig sind. Dass der CSU/ FREIE WÄHLER-Regierung aber leider in keiner Weise an der Zukunft des Filmstandorts Bayern gelegen ist, zeigt sich auch an den Wahlkampfversprechen, die das CSU-Kabinett noch vor der Wahl vollmundig beschlossen, aber leider nicht gehalten hat: 4,6 Millionen Euro wurden der Hochschule für Fernsehen und Film per Kabinettsbeschluss zugesagt. In einem neuen Studienschwerpunkt sollten Kompetenzen im Bereich computergenerierte Effekte, VFX, vermittelt und hochspezialisierte Fachleute ausgebildet werden. Sieben neue Stellen waren geplant. Wie viel Euro von dem versprochenen Geld finden sich nun im Doppelhaushalt? Was meinen Sie? – Genau null Euro hat man in den Haushalt eingestellt. Null Euro.

Kollege Kirchner, Sie haben gerade gefragt: Wie bekomme ich Talente nach Bayern? – So jedenfalls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Wir behalten sie hier!)

VFX dominieren schon heute das Filmemachen. Sie sind beispielsweise für Games und Werbung unabdingbar und die Butter auf dem Brot von Drehbuch, Regie und Kameraarbeit. Deshalb haben Sie auch so viele Briefe aus der Branche zu dem Thema bekommen. Gerade an der Hochschule für Fernsehen und Film, wo die Zukunft unseres Films gemeinsam lernt und für unseren Standort Nachwuchskräfte gesichert werden, gerade da muss man leider auch weiterhin völlig darauf verzichten, die Studierenden mit dem nötigen Handwerkszeug für unsere digitale Zukunft auszustatten. Wie sollen Studierende denn mit Technologien arbeiten lernen, die anderswo seit Jahrzehnten angewandt werden, hier aber bisher schlicht nicht gelehrt werden können?

Wie paradox ist es dann, wenn man an anderer Stelle die Games wieder fördern möchte, aber die Fachkräfte fehlen? Es ist Blödsinn, wenn man mühsam VFX-Firmen ansiedelt, aber keine Leute ausbildet.

Fachkräftemangel beklagt die bayerische Filmbranche inzwischen allerorten. Die Staatsregierung juckt das wenig. Statt zu einmal gegebenen Versprechen zu stehen, stopft man mit rasch hingeworfenen Brocken das Maul der Betroffenen. Meine Damen und Herren, die Sicherung des Filmstandorts Bayern sieht anders aus. Was hier für den Filmstandort Bayern gerade abfährt, ist der Zug in Richtung Zukunft. Das ist der Zug zum Erhalt und zur nachhaltigen Sicherung eben dieses Standorts. Es sind die Menschen in der Branche, die man hier ganz einfach im Regen stehen lässt.

Aber keine Sorge, die anderen Länder im Wettbewerb werden nicht auf uns hier in Bayern warten. Filmschaffende von hier müssen schon heute in Schleswig-Holstein grüne Nachhaltigkeits-Drehpässe abholen. Sie müssen sich schon jetzt in Baden-Württemberg ausbilden lassen, wo man die Weichen längst Richtung Zukunft gestellt hat, um im Zeitalter der Digitalisierung am Markt bestehen zu können. Der Zug wartet nicht. Steigen Sie bitte endlich ein. Wir helfen Ihnen gern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete der AfD-Fraktion Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Digitalisierung ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart für viele Lebensbereiche, nicht zuletzt für den Wohlstand und die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Bayerns. Die Staatsregierung hat beschlossen, ein neues Staatsministerium einzurichten. Mit etwa 80 Millionen Euro ist das Staatsministerium für Digitales offensichtlich ein Kleinministerium mit begrenzten Befugnissen.

Für uns zeigt sich, dass der Entschluss richtig war, gegen die Einrichtung des Ministeriums zu stimmen. Lassen Sie mich nochmals in groben Zügen zusammenfassen, was die Staatsregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt hat: Alle Haushalte in Bayern gigabitfähig zu machen; private Anbindungen und auch Anbindungen an Schulen und Krankenhäuser sollen erfolgen; Voraussetzungen für E-Government, Telemedizin und digitale Klassenzimmer sollen geschaffen werden; Mobilfunk soll flächendeckend werden.

Herr Kirchner, leider steht Bayern heute im weltweiten Vergleich keineswegs an der Spitze des Fortschritts. Der Doppelhaushalt lässt nicht erwarten, dass die Staatsregierung dies erreichen wird. Der Breitbandausbau wurde verschlafen. Deutschland steht auf Platz 28 von 34 der OECD-Staaten. Dennoch geht die Abdeckung mit Highspeed-Internet hierzulande nur schleppend voran. Der ungenügende Ausbau der Mobilfunkversorgung entlang von Bahnstrecken ist genauso ärgerlich wie Orte ohne ausreichende Netzabdeckung. Das bayerische Förderprogramm ist sinnvoll, aber wenig ambitioniert.

Während andere europäische Länder wie Dänemark oder Estland schon in der Praxis einwandfrei funktionierende Infrastrukturen und E-Government-Angebote haben, möchte die Staatsregierung erst mal einen Laborversuch starten. Sie planen, ab Ende 2020 die 54 wichtigsten Anwendungen als Online-Service für Bürger und Unternehmen bereitzustellen. In Estland waren 50 digitale Verwaltungsleistungen schon vor zehn Jahren Standard. Heute, im Jahr 2019, sind es im kleinen Estland sogar über 600 Verwaltungsabläufe.

Die Staatsregierung vernachlässigt auch die boomende Start-up-Szene im Bereich der Technologie und der Digitalisierung und lässt diese am ausgestreckten Arm verhungern. Sie schafft nicht aggressiv genug günstige Rahmenbedingungen für Unternehmensgründer durch massiven Bürokratieabbau, verbesserten Gestaltungsspielraum an Hochschulen, ein verbessertes Regelwerk für ein Wagniskapital-Fördergesetz und massive finanzielle Förderungen technologieorientierter Unternehmensgründungen.

In Zeiten einer digitalen Revolution, wie wir sie durch Industrie 4.0 und künstliche Intelligenz in den nächsten Jahren erleben werden, finden wir die bescheidenen strategischen Anwendungen der Staatsregierung zur Digitalisierung Bayerns nicht ausreichend. Wir stellen aber zu unserem Bedauern auch fest, dass überzogene bürokratische Regelungen im Bereich der Digitalisierung im Gegensatz zu den technologischen Neuerungen sofort und kompromisslos umgesetzt werden. Namentlich erwähnt seien das Netzwerkdurchsuchungsgesetz, die Datenschutz-Grundverordnung und der Upload-Filter, auch wenn dies Bundes- bzw. Europaangelegenheiten sind. Hier wird für Überbürokratisierung gesorgt, oder Meinungsfreiheit und Bürgerrechte sollen letztlich eingeschränkt werden.

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass die Staatsregierung und deren Digitalisierungsministerium weder mit ihrem Budget zum Doppelhaushalt noch mit ihren strategischen Vorgaben überzeugen. Wir kritisieren die Staatsregierung für die behäbige und zögerliche Umsetzungsstrategie, statt aggressiv dafür zu sorgen, dass Bayern in allen Bereichen der Digitalisierung schneller zukunftsfähig gemacht wird. Wir werden hierzu entsprechende Vorschläge im Ausschuss machen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Staatsministerin Judith Gerlach auf.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bedanken, nicht für das ganze Mitleid, das ich heute geerntet habe, sondern bei denjenigen, die sich intensiv mit unserem Haushalt auseinandergesetzt und diesen konstruktiv begleitet haben. Damit wird das neue Staatsministerium für Digitales in die Lage versetzt, mit einem eigenen Haushalt neue Maßstäbe für unser digitales Chancenland Bayern zu setzen.

Wir haben es heute schon mehrfach gehört: Die Digitalisierung betrifft uns alle. Sie verändert unser Leben. Sie verändert unsere Arbeit und unser gesellschaftliches Miteinander. So vielschichtig die Veränderungen im Großen und im Kleinen sind, so vielschichtig ist auch der Umgang damit. Manch einer begrüßt diese Entwicklung sehr, ein anderer hat vielleicht eher Bedenken. Eines ist jedoch ganz offensichtlich: Das Rädchen dieser Entwicklung dreht sich einfach nicht zurück. Deshalb müssen wir den Blick nach vorne richten. Wir müssen die richtigen Weichen stellen. Das ist deswegen so wichtig, weil der Wohlstand in Bayern, aber auch unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser Miteinander ganz stark davon abhängen werden, wie gut es uns gelingt, im Bereich der Digitalisierung an der Spitze des Fortschritts zu marschieren. Das Wort "Disruption" wird im Zusammenhang mit der digitalen Transformation ganz häufig genannt. Wenn neue Geschäftsmodelle manchmal über Nacht entstehen und bisherige verdrängen und das gesellschaftliche Gefüge beeinflussen, finde ich, dass das Wort "disruptiv" diese Entwicklung, in der wir uns gerade befinden, durchaus trifft. Für mich zeigen diese massiven Umwälzungen ganz klar, dass es eine Pflicht zum Handeln gibt.

Die Digitalisierung wartet nicht auf Bayern. Soll es Bayern auch in der Zukunft so gut gehen, müssen wir die richtigen Entscheidungen treffen und dem Thema eine große Bedeutung beimessen. Die Gründung des Staatsministeriums für Digitales im letzten November war deshalb ein deutliches Zeichen. Wir sind an dieser Stelle wieder einmal Trendsetter in Deutschland. Vorhin hat Sandro Kirchner schon angesprochen, dass wir im Jahr 1970 die ersten in Deutschland waren, die ein Umweltministerium auf den Weg gebracht haben. Bei den heutigen umweltpolitischen Diskussionen ist es unvorstellbar, dass die Umweltpolitik nicht mit am Kabinetttisch sitzt.

Mit dem uns zur Verfügung gestellten Haushalt, der heute beschlossen werden soll, wollen wir weiter bayerische Erfolgsgeschichte schreiben. Wir wollen der Turbo beim Thema Digitalisierung sein. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir wollen neue Möglichkeiten schaffen. Hierfür sind die richtigen Schwerpunkte und aus-

gewogene strategische Impulse erforderlich. Bei uns laufen die Fäden zusammen. Wir sind eine Denkfabrik. Wir verstehen uns als Zentrum der bayerischen Digitalpolitik neben den anderen Ressorts im Kabinett.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die im Einzelplan 16 veranschlagten Gesamtausgaben in Höhe von rund 79 Millionen Euro für das Jahr 2019 und rund 84 Millionen Euro für das Jahr 2020 sind langfristig sehr gut angelegtes Geld. Mit einer Personalausstattung von knapp über 90 Planstellen steht mir ein zugegebenermaßen schlanker, aber sehr effektiver Apparat zur Seite. Mit diesen Rahmenbedingungen können wir neue Zukunftstechnologien nicht nur im Blick haben, sondern auch gezielt neue Akzente setzen. Wir wollen beispielsweise Bayern zu einem Hotspot der Blockchain-Entwicklung machen. Wir legen eine eigene Blockchain-Strategie vor. Hierfür sehen wir 2 Millionen Euro vor. Gerade für solche digitalen Megatrends ist die Kooperation mit der Wirtschaft, der Praxis, der Wissenschaft und Forschung unabdingbar.

Das können wir im Behördenapparat gar nicht komplett mit eigenen Experten abbilden. Gerade in der Digitalisierung ist die Entwicklung viel zu rasant und die Themenpalette viel zu breit, als dass wir dies jemals in einem Behördenapparat abbilden könnten. Nicht jede hoffnungsvolle Technologie – auch das muss man sagen – wird später auch den Erwartungen gerecht. Damit das Digitalministerium jedoch die ganze Zeit von frischen und neuen Ideen profitiert und am Puls der Zeit bleibt, bilde ich neuartige gemischte Arbeitsteams im Ministerium aus erfahrenen Beamten auf der einen Seite und kreativen Experten auf der anderen Seite. Auch das ist ein Novum in der Staatsverwaltung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Staatsministerin, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich habe das gerade erfahren. Ich sage das jetzt, weil wir eine 15-minütige Wartezeit haben. Damit wir zügig in der Debatte voranschreiten können, möchte ich das hiermit bekannt geben. Frau Staatsministerin, Sie haben wieder das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr gerne, vielen Dank. Ich begrüße jede Zeiteinsparung. Wie gesagt: Die Digitalisierung wartet nicht auf uns.

(Heiterkeit bei der CSU)

Eine der Hauptaufgaben meines Hauses ist die Koordinierung und das Monitoring aller Digitalisierungsprozesse und der Projekte. BAYERN DIGITAL besteht aus rund 180 Einzelmaßnahmen. Vieles wurde schon auf den Weg gebracht. Zum Glück startet die Digitalisierung nicht erst mit der Gründung meines Ministeriums. Wir können jedoch durchaus in dem einen oder anderen Bereich noch einen Gang höher schalten.

Ich habe Ihre kritischen Töne über Zuständigkeiten und die Summe des Haushalts schon vernommen. Ich weiß, es irritiert viele, dass wir kein normales Ministerium mit klar abgegrenzten Bereichen sind. Unser Ministerium steht über den anderen Ministerien, verteilt Aufgaben und entwickelt Strategien. Das ist etwas Neues. Es setzt sich vielleicht über das Althergebrachte hinweg. Ich weiß, das irritiert viele. Aber glauben Sie mir, das kenne ich. Ich bin Frau, 33, junge Mutter und Ministerin. Ich kenne solche Art von Irritationen. Von daher muss das nicht unbedingt etwas Schlechtes sein.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Ich glaube, wer destruktiv maulen will, findet auch immer etwas.

(Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Das stimmt!)

Die Opposition hat gestern – darüber musste ich schmunzeln – beklagt, dass wir einen zu lockeren und großen Geldbeutel haben. Jetzt habe ich einen zu kleinen Geldbeutel. Irgendwie passt das nicht ganz zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, eines ist für alle ganz offensichtlich: Digitalisierungspolitik ist nicht nur das Bereitstellen von Geldtöpfen. Dann wäre es total einfach. Es geht vielmehr darum, die

vorhandenen Prozesse aktiv zu begleiten und anzuschieben. Wir sind die politische Einheit, die die erforderlichen Impulse setzt, Zukunftstechnologien voranbringt und auch ethischen, politischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten Raum gibt. Digitale Bildung, Pflegeroboter, KI zur Diagnose von Krankheiten – die Digitalisierung spielt mittlerweile in jedem Ressort wirklich eine wichtige Rolle. Sie betrifft alle Lebensbereiche. Hätte das mein Haus alleine zu verantworten, könnten wir uns über kurz oder lang die Geschäftsverteilung in der Bayerischen Staatsregierung sparen. Dann gäbe es eigentlich nur noch den Ministerpräsidenten und mich. Das tut mir dann leid für die Kolleginnen und Kollegen. Dieses Vertrauen in meine Kompetenzen ehrt mich natürlich wahnsinnig und schmeichelt mir ein bisschen. Die Digitalisierung ist jedoch kein Selbstzweck. Sie muss auch immer vom fachlichen Hintergrund aus gesehen werden. Das geht nur in den zuständigen Ressorts.

Mein Haus hat deshalb die wichtige Aufgabe, die Fäden in der Hand zu halten. Wir definieren – Stichwort: Gutachten "Digitale Transformation Bayern" – auf Basis des bisher Erreichten die Zukunftsfelder, die Bayern besetzen sollte. Wir wollen herausfinden, wie Bayern von der rasanten Entwicklung im Bereich Digitalisierung einfach noch stärker profitieren kann. Kurz gesagt: Mein Ministerium ist vor allem dafür da, unser volumiges Zukunftsprogramm zielgerichtet zu steuern und zu koordinieren, damit die wuchtigen 6 Milliarden Euro ihre Wirkung bestmöglich entfalten können.

Digitalisierung betrifft natürlich auch ganz zentral den Staat selbst. Die Erwartungen von Bürgern und Unternehmen an die digitale Verwaltung sind wahnsinnig hoch. Apps und smarte Anwendungen haben wir bereits in unserem privaten Umfeld. Diese setzen Maßstäbe, an denen wir uns natürlich messen lassen müssen. Der Freistaat ist schon jetzt vorne mit dabei. Diesen Vorsprung müssen wir jedoch weiter ausbauen. Wir wollen in den Jahren 2019 und 2020 vier Milliarden Euro in eine serviceorientierte Verwaltungsstruktur investieren. Unser Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres 2020 alle wichtigen Verwaltungsleistungen online anzubieten. Die Verfahren sollen aber nicht

nur digital ablaufen. Die Prozesse sollen auch einfacher, effizienter und bürgerfreundlicher gestaltet werden. Auch uns als Staat steht disruptives Denken sehr gut an.

Die Hauptlast der digitalen Daseinsvorsorge tragen mit Sicherheit die bayerischen Kommunen vor Ort. Städte setzen weltweit zunehmend auf digitale Technologien, um die großen Themen Mobilität, Umwelt, Stadtplanung, aber auch Kommunikation zu vernetzen. Durch diese "Smart Cities" soll sich die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessern. Bei meinem Besuch in Wien vergangene Woche konnte ich mir vor Ort ein eindrucksvolles Bild von den Möglichkeiten machen: Smarte Ampeln, die intelligent den Verkehr steuern, Staus vermeiden und gleichzeitig Wetterdaten sammeln und die Luftqualität messen. Das ist keine Zukunftsvision. Das ist absolut schon Realität. Wien ist im Bereich "Smart City" schon lange Vorreiter, aber auch weltweit gesehen ein echtes Schwergewicht. In Deutschland dagegen sind wir im globalen Vergleich höchstens Mittelmaß. Hier möchte ich einen besonderen Akzent setzen. Mein Ministerium erarbeitet deswegen gerade einen Wettbewerb, mit dem innovative Projekte im Bereich "Smart City" bzw. "Smart Region" gezielt gefördert werden können. Wir wollen knapp vier Millionen Euro pro Jahr in einem Innovationsfonds für Leuchtturmprojekte bereithalten. Dabei ist zentral, dass die Erkenntnisse aus diesen Projekten auch anderen Kommunen verfügbar gemacht werden können. Damit bekommen wir die Vorteile der Digitalisierung in die Fläche. Ich glaube, das ist ein wertvoller Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für unsere Wirtschaft ist die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte für die erfolgreiche Umsetzung der digitalen Transformation eine zentrale Herausforderung. Wir können es uns nicht weiter leisten, dass gerade Frauen so selten in den IT-Kernbereichen arbeiten. Es sind weniger als 20 % bei den Akademikerinnen und gerade mal um die 7 % bei den Ausbildungsberufen. Das ist schlecht für die Wirtschaft. Es ist aber vor allem schade für die Frauen, weil die Zukunft und letztendlich das Geld attraktiver Arbeitsmodelle ganz klar in den Berufssparten der Digitalisierung liegen. Mit dem Pro-

gramm "BayFiD – Bayerns Frauen in Digitalberufen" wollen wir da eine Trendwende einleiten. Jährlich sollen 50 Frauen zwischen 18 und 30 Jahren an dem Talentprogramm teilnehmen. Inhalte des Programms sind der Austausch zu den Themen der digitalen Transformation und den Erfahrungen in digitalen Berufsfeldern sowie die Vernetzung vor allem untereinander. Dabei stehen den Teilnehmerinnen wirklich hochrangige Patinnen und Paten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zur Seite. Zwei Millionen Euro sind dafür veranlagt. Morgen ist Startschuss zur Bewerbungsphase. Ich freue mich, möglichst viele junge Frauen dafür begeistern zu können.

Kommen wir zu den Filmen und Games. Die audiovisuellen Medien sind bei uns im Digitalministerium gut aufgehoben, weil sie kreativ, innovativ und mittlerweile vor allem sehr digital sind. Sie sind ein sowohl kulturell als auch wirtschaftlich wichtiger Faktor für den Standort Bayern. Die veranschlagten Haushaltsmittel von rund 35 Millionen Euro pro Jahr unterstreichen dies ganz besonders. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch bei den audiovisuellen Medien nutzen. Virtual Reality und Augmented Reality made in Bavaria sollen eine Marke werden. Mit dem Maßnahmenpaket "Virtuelle Realität in Bayern" legen wir dazu einen wirklich wichtigen Grundstock. Wir können mit dem Förderprogramm für VR und AR, mit dem Anwenderzentrum in München, aber vor allem mit den regionalen HAWs einiges auf den Weg bringen. Das zeigt einmal mehr, dass wir Bayern auch in der Fläche stark sein möchten.

Bayern ist immer noch Kinoland. Kinos sind ein wichtiger Ort des gesellschaftlichen, aber auch des kulturellen Austauschs. Da kann auch keine Couch mithalten. Deswegen wollen wir die Kinobetreiber noch stärker unterstützen und sie ihre Kinos modernisieren lassen, damit sie ein zeitgemäßes Angebot machen können. Auch die vielen Filmfestivals sorgen mit Events, besonderen Filmen und vielen Filmschaffenden für wichtige kulturelle Highlights in allen unseren Regionen, sei es Hof, Würzburg oder Bad Tölz. Dank der zusätzlichen Haushaltsmittel werden wir da noch mehr tun können.

Zum Abschluss möchte ich mich herzlich bedanken, vor allem bei dir, lieber Gerhard Hopp, als Berichterstatter, der im Haushaltsausschuss mit viel Engagement und Sorgfalt berichtet hat und uns begleitet hat. Ich konnte ja selbst bei den Haushaltsberatungen zugegen sein. Man spürt, dass hier alle etwas bewegen wollen. Ich darf mich deswegen ganz besonders bei den Mitgliedern des Ausschusses und den Fachberichterstattern aller Fraktionen, die sich dem Thema mit großer Intensität gewidmet haben, ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Die Gründung des Ministeriums und letztendlich auch eine angemessene finanzielle Ausstattung sind ein kraftvoller Impuls, um den Epochenwechsel aktiv zu gestalten. Ich muss auch sagen: Das alles wäre nicht möglich ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Haus. Ich möchte deswegen ein ganz besonderes Dankeschön sagen. Danke für den Haushaltsentwurf, den wir in den Anfangswochen des Ministeriums auf die Beine gestellt haben, obwohl wir am Anfang – ich will es jetzt mal sagen – ein kleiner Haufen waren und noch ganz am Anfang standen. Wir haben es trotzdem hinbekommen. Danke für die Motivation, die Digitalisierung in Bayern vorantreiben zu wollen, für die sprudelnden Ideen, für die Geduld und vor allem für das Durchhaltevermögen in den letzten Wochen, aber auch in den Anfangswochen und -monaten. Das war ganz wichtig. Ich freue mich auf die nächsten Jahre mit euch!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Hagen.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Lassen Sie mich gerade noch zwei Sätze sagen, dann bin ich durch, dann können wir. – Jetzt gilt es, unseren Zielen in der täglichen Arbeit gerecht zu werden. Ich erhoffe mir eine konstruktive, vertrauens-

volle Zusammenarbeit auch mit dem Hohen Haus. Es liegt in unser aller Interesse, dass die Digitalisierung in Bayern eine Erfolgsgeschichte wird. Deswegen bitte ich Sie alle ganz herzlich, dem Haushalt des ersten Digitalministeriums in Deutschland zuzustimmen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zwischenbemerkung: Martin Hagen, bitte.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrte Frau Staatsministerin Gerlach, wir haben jetzt insbesondere in den Reden der Opposition viel über das spärliche Budget und die mangelnden Kompetenzen Ihres Hauses gesprochen. Wir haben aber auch vom Herrn Kollegen Pittner gehört, es sei der erste Schritt auf einer längeren Reise. Jetzt würde mich Ihre ganz persönliche Einschätzung interessieren. Sind Sie denn mit der finanziellen Ausstattung und den Kompetenzen Ihres Hauses zufrieden, oder hätten Sie sich da mehr gewünscht?

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Es könnte immer mehr sein! – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist eine hypothetische Frage, oder?)

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Herr Hagen, ich glaube, wir haben da grundsätzlich eine andere Einschätzung, was Kompetenzen anbelangt, weil Sie digitale Kompetenzen mit dem Haben eines Twitter-Accounts gleichsetzen. Das passt nicht so ganz zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Natürlich könnte es immer mehr sein. Ich will nicht verhehlen, dass man immer ein größeres Ministerium und den größten Haushalt haben könnte. Das stimmt, ich habe

das kleinste Ministerium und das geringste Budget. Aber wir sind mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch ein neues Ministerium. Es stimmt, wir stehen am Anfang. Ich glaube, dass sich das Ministerium immer verändert. Wir haben den Themenbereich der Digitalisierung. Ich habe vorhin über Disruptionen gesprochen. Da verändert sich einfach sehr viel. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir in der Aufstellung unseres Ministeriums immer flexibel sein müssen, in der Aufstellung der Experten, die wir zu Rate ziehen, bei der Frage, wie wir uns selber gründen, welche Arbeitsgruppierungen wir im Ministerium selbst schaffen und vor allem, welche Themen wir anpacken, wie schnell wir da sind und wie langfristig wir manche Sachen sehen. Das ist bei uns New Work, agiles Arbeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank.– Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir würden jetzt zur Abstimmung kommen, aber wir haben noch eine gute Minute Karenzzeit. Falls sich Widerspruch erhebt, muss ich die Sitzung für eine Minute unterbrechen. Ich könnte aber auch die Diskussion zum nächsten Tagesordnungspunkt, die allerdings mit drei Stunden angesetzt ist, unterbrechen. Ich glaube, ich unterhalte Sie lieber von hier oben diese eine Minute, damit wir dann die namentliche Abstimmung durchführen können.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich trage mal weiter vor. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 16, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1149 mit 18/1152, 18/1158 mit 18/1164, 18/1198 mit 18/1200, 18/1233 und 18/1247 mit 18/1249 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1787. Der Einzelplan 16 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1787 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Mittlerweile haben wir 15 Minuten und 10 Sekunden über der Zeit. Damit können wir zur Abstimmung kommen, und zwar in namentlicher Form. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 16 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15:31 bis 15:36 Uhr)

Die Zeit ist abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung. Bis zum Vorliegen des Ergebnisses wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 15:36 bis 15:39 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, auf Ihre Plätze zurückzukehren. Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 16 bekannt. Mit Ja haben 103 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 77 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. – Damit ist der Einzelplan 16 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer ist gegen diesen Vorschlag? – Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/1787 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1247 mit 18/1249 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 16 ist damit abgeschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion die namentliche Abstimmung für die Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz gefordert hat. Das wird selbstverständlich umgesetzt. Ich wollte Sie aber rechtzeitig davon in Kenntnis setzen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2019/2020; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales (Drucksache 18/1787)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes		X	
Becker Barbara	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus	X		
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Düinkel Norbert	X		
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		
Fackler Wolfgang	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert	X		
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus (Tessa)		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard		X	
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli		X	
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas			
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzing er Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	103	77	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 18

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 16

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: „GrünFairFilm“-Preis beim Bayerischen Film- und Fernsehpreis – FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 Tit. 681 01)
Drs. 18/1149
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Innovationsförderung in der Filmproduktion – FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1150
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ökologische Filmproduktion lehren und lernen – FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1151
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ökologische Technik in der Filmproduktion – FilmeN mit Zukunft
(Kap. 16 05 neuer Tit.)
Drs. 18/1152
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 16 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/1198

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Digitaloffensive Bayern
(Kap. 16 03 Tit. 686 02)
Drs. 18/1199
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung internationaler Filmproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 03)
Drs. 18/1200
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 16 04 Tit. 526 11)
Drs. 18/1233
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütung für Dienstreisen
(Kap. 16 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/1158

- | | |
|---|--|
| <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 16 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/1159</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 16 02 Tit. 531 52)
Drs. 18/1160</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nicht aufteilbare Sachausgaben im Bereich der Filmförderung, insbesondere für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/1161</p> | <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/1162</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Investitionen zum Neubau, zur Modernisierung und Verbesserung von Filmtheatern
(Kap. 16 05 Tit. 892 01)
Drs. 18/1163</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und Games
(Kap. 16 05 Tit. 892 02)
Drs. 18/1164</p> |
|---|--|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Harald Kühn

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Andreas Krahf

Abg. Gerald Pittner

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Christina Haubrich

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Roland Magerl

Abg. Harald Güller

Staatsministerin Melanie Huml

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/966 mit 18/968),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/970 mit 18/975, 18/990, 18/1038),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/816 mit 18/830),

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/969),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/718 mit 18/727, 18/729, 18/730),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/635 mit 18/638),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/918, 18/920 mit 18/923)

Die Gesamtredezeit beträgt auch hier eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU 20 Minuten, auf die GRÜNEN 12 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf AfD und SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP 8 Minuten Redezeit. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk können 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch darauf hin, dass von der SPD-Fraktion und von der FDP-Fraktion zu drei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung

beantragt wurde. Auf Wunsch der AfD-Fraktion soll über zwei Änderungsanträge der Fraktion in einfacher Form abgestimmt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Kühn.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist für jeden Menschen das wichtigste Gut und hat gesamtgesellschaftlich eine herausragende Bedeutung. Vergleichsweise haben wir in Bayern eine hochwertige, weltweit anerkannte medizinische Versorgung sowohl in der Stadt wie auf dem Land mit einem effizienten System privater und öffentlicher Angebote. Auch deshalb können wir froh sein, in Bayern zu leben. Mit dem Einzelplan 14 werden die Weichen dafür gestellt, dass den Menschen in Bayern im Rahmen der Landeskompetenzen auch weiterhin die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zur Verfügung gestellt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Der Regierungsentwurf umfasst ein Gesamtvolumen von circa 1,4 Milliarden Euro. Dieses starke Signal für Gesundheit und Pflege in Bayern haben der Herr Ministerpräsident und die Frau Gesundheitsministerin gesetzt, und es ist nur durch eine grundsätzliche zukunftsorientierte Finanzpolitik der Staatsregierung möglich. Eine hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung ist für die Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung. Leistungsfähige Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil davon. Insofern ist es erfreulich, dass wir in den Jahren 2019/2020 im Krankenhausetat – verbucht unter Einzelplan 13 – 643 Millionen Euro vorgesehen haben. Für die derzeit 128 Krankenhausprojekte ist das ein Gesamtvolumen von circa 2,7 Milliarden Euro. 90 Maßnahmen mit circa 1,8 Milliarden betreffen den ländlichen Raum.

Bayern will anhand verschiedener Programme zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum beitragen. Die Förderprogramme für die bayerischen Kurorte und Heilbäder, zur Niederlassung von Ärzten und für innovative medizinische Versorgungskonzepte sowie das Stipendienprogramm für Medizinstudenten sind in

diesem Zusammenhang richtige und wichtige Ansätze. Neu veranschlagt sind die Ausgaben zur Einführung der sogenannten Landarztquote. Der Ansatz für die Vergabe von Stipendien wird von 750.000 auf jährlich mehr als 2 Millionen Euro angehoben.

Das im Jahre 2015 aufgelegte Förderprogramm Gesundheitsregionen plus, über das die Angebote der Gesundheitsförderung und der Prävention sowie der Versorgungsstrukturen auf Kreisebene verstärkt und weiterentwickelt werden, wird von den Landkreisen und den kreisfreien Städten gut angenommen. Es wird deshalb von uns fortgesetzt. Insgesamt sind für den Gesamtkomplex "Gesundheit im ländlichen Raum" circa 30,4 Millionen Euro, also 8,5 Millionen Euro mehr als bisher, vorgesehen. Der wachsenden Bedeutung der Digitalisierung in Krankenhaus und Pflege tragen wir mit circa 58 Millionen Euro und dem Thema Telematik-Anwendungen mit circa 4 Millionen Euro Rechnung.

Auch das Thema Hebammen hat eine große Bedeutung. Unsere Hebammen leisten eine sehr wichtige Arbeit. Mit den beiden Nachtragshaushalten 2018 wurden bereits umfangreiche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Situation aufgelegt. Diese Maßnahmen werden noch einmal verstärkt. Ich erwähne stichpunktartig das Förderprogramm Geburtshilfe, den Hebammenbonus und die Niederlassungsprämie mit insgesamt 49 Millionen Euro.

Lassen Sie mich nun zur Pflege kommen, die ebenfalls eine hohe und weiter steigende Relevanz hat. Auch in Bayern ist der Fachkräftemangel in diesem Bereich zu spüren. Schwerpunkt ist daher weiterhin die Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Weiterentwicklung der Herzwerker-Kampagne, mit der insbesondere Jugendliche für den Pflegeberuf interessiert werden sollen. Dafür stehen insgesamt circa 3,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Für die Umsetzung des Pflegeberufegesetzes sind knapp 46 Millionen Euro veranschlagt. Der Meisterbonus wird von 1.500 auf 2.000 Euro angehoben; insgesamt circa 1,1 Millionen Euro sind dafür veranschlagt.

Die Grundsatzdebatte über die Vereinigung der Pflegenden in Bayern wurde schon in der letzten Legislaturperiode geführt. Für die Geschäftsstelle sind circa 1,5 Millionen Euro bereitgestellt.

Der große Schritt der Staatsregierung war die Einführung des Landespflegegeldes mit einem Gesamtansatz von circa 748 Millionen Euro. Das ist ein haushaltsrelevanter Schritt. Das dazu notwendige Landesamt für Pflege in Amberg ist mit circa 16,7 Millionen Euro ausreichend verankert.

Weiter wird ein Investitionsprogramm für den Neu- und Ausbau von Pflege- und Seniorenheimen mit einem Verfügungsrahmen von circa 120 Millionen Euro aufgelegt. Ich hoffe, dass auch eine Steuerung für Standortfragen sachgerecht berücksichtigt werden kann.

Die Familienpflege mit circa 2,6 Millionen Euro, die niederschwelligen Betreuungsangebote und der Bereich Demenzerkrankung mit circa 6,4 Millionen sowie die Förderung der Angehörigenarbeit mit circa 4,8 Millionen zeigen, wie ernst diese Thematik von unserer Seite her genommen wird und wie differenziert die einzelnen Sektoren unterstützt werden. Die Förderung, erstens, ambulant betreuter Wohngemeinschaften, zweitens von jährlich zusätzlich 500 Kurzzeitpflegeplätzen, drittens von Einzelprojekten, viertens zur Qualifizierung des Personals und fünftens zur Anpassung der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege an die Anforderungen Demenzkranker, ist insgesamt mit circa 22 Millionen Euro verankert, die Demenzstrategie mit circa 1,6 Millionen Euro und die Demenzwoche im nächsten Jahr mit 250.000 Euro.

Meine Damen und Herren, das ist viel Geld. Mehr ist immer möglich, aber ich denke, das ist schon ein deutliches und klares Signal an alle Beteiligten und Betroffenen. Neben dem Geld, glaube ich, ist aber die Wertschätzung der Arbeit aller in diesem Bereich Tätigen ganz wesentlich. Dafür kann man nur Dank und Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, die Pflege und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden ist ein besonders sensibles Thema. Mit circa 4,3 Millionen Euro können die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung sowie die ambulante und stationäre Hospizarbeit weiter gestärkt und ausgebaut werden; die Hospizarbeit bekommt 2,5 Millionen Euro. Hinzu kommt ein Spezialprojekt in Bamberg, ein Kinderhospiz, mit 9,5 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, derzeit wird das Thema Organspende intensiv auch auf Bundesebene diskutiert. Wir sind uns alle, glaube ich, darüber einig, dass die Zahl der Organspenden erhöht werden sollte, um mehr Menschenleben zu retten. Mit den veranschlagten Mitteln im Bereich Transplantationsmedizin in Höhe von circa 445.000 Euro soll die Bereitschaft in Bayern zur freiwilligen Organspende insbesondere über Aktionen des Bündnisses für Organspende weiter gesteigert werden.

In diesem Doppelhaushalt wird eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten zur Gesundheitsförderung und Prävention verankert. Ich erwähne hier nur stichpunktartig die Bekämpfung der Glücksspielsucht, die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids, die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Das Thema Impfen ist zurzeit auch wieder hoch aktuell.

Weitere Maßnahmen sind die Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie und die Versorgung von Menschen mit psychischer Behinderung. Wir haben für die Umsetzung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes insbesondere für die Einrichtung der Krisendienste bei den Bezirken circa 18,6 Millionen Euro veranschlagt.

Die gesundheitliche Klimaforschung, Umweltmedizin und Umwelthygiene sind ebenso enthalten wie Projekte allgemein zur Gesundheitsförderung. Hier möchte ich lobend die Initiative unserer Staatsministerin erwähnen, jährlich einen Aktionsschwerpunkt festzusetzen, 2019 zum Thema "sexuell übertragbarer Krankheiten" und 2020 zum Thema "Herzinfarkt". Neu veranschlagt sind Ausgaben für den Aufbau eines arbeitsmedizinischen Instituts für die Schulen.

Meine Damen und Herren, zum Personal will ich nur generell sagen, ohne das im Einzelnen aufzurollen: Natürlich haben wir in diesem Ressort in den letzten Jahren einen Anstieg erlebt, aber das ist absolut sachgerecht und notwendig. Wir können nicht die Aufgaben vermehren, ohne das nötige Personal dazu zu geben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb sage ich – da spreche ich aber nur für mich persönlich –: Wir werden uns hier auch in Zukunft, wenn das so weitergeht, auch aufgrund der Bedarfssituation in der Gesellschaft, immer zur sachgerechten Personalausstattung durchringen müssen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, nach engagierten Beratungen wird mit diesem Einzelplan ein aus meiner Sicht gutes Ergebnis vorgelegt. Bei allem Ringen um Details und bei allem Verständnis für unterschiedliche Positionen möchte ich aber auch auf die Gesamtverantwortung für den Haushalt in diesem Politikbereich hinweisen. Ich persönlich hoffe sehr, dass die Verantwortlichen auf Bundesebene im Rahmen der Großen Koalition und in Brüssel zum Erhalt und zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung auch des öffentlichen Teils des Gesundheitswesens im Rahmen der Daseinsvorsorge als einer tragenden Säule der sozialen Marktwirtschaft beitragen.

Mein besonderer Dank gilt dem Herrn Ministerpräsidenten, Frau Staatsministerin Huml, Frau Ministerialdirektorin Nowak sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, aber auch auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung sowie in allen anderen Bereichen, auch im Ehrenamt und in den Familien. Ich darf danken dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Kollegen Dr. Bauer, unserem Ausschussvorsitzenden Bernhard Seidenath, dem Kollegen Klaus Holetschek und dem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier. Ich danke aber auch ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen in der Opposition für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss.

Zum vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14 bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen und Kolleginnen! Knapp 400.000 Menschen sind in Bayern aktuell pflegebedürftig. Bis 2030 werden es 80.000 mehr. Mehr als die Hälfte davon wird von Angehörigen zu Hause versorgt und betreut. Diese Angehörigen, zumeist sind es Frauen, vollbringen Unglaubliches und gehen bis an die Grenze an ihrer physischen und psychischen Leistungsfähigkeit, zum weiten Teil auch darüber hinaus, das Ganze nicht nur einmal, nicht nur zweimal im Monat, sondern an 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche. Anstatt diesen Menschen mit sinnvollen und entlastenden Maßnahmen zur Seite zu stehen, zahlt die Staatsregierung an jeden Pflegebedürftigen 1.000 Euro pro Jahr aus mit dem Vermerk: Macht damit, was ihr wollt, aber bitte beschwert euch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Auch die FREIEN WÄHLER haben im Haushaltsplan dieses Thema der pflegenden Angehörigen erkannt. Die Musterlösung der FREIEN WÄHLER sieht so aus: Wir bieten diesen Angehörigen einen Pflegestammtisch an. Das macht es auch nicht wirklich besser.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Aber zurück zum bayerischen Pflegetausender. Herr Kühn, Sie haben es erwähnt: Zusammengerechnet werden da 748 Millionen Euro verschleudert, ohne auch nur den Hauch einer Verbesserung der Situation der Betroffenen, der Angehörigen und der professionellen Pflegekräfte zu erreichen. Was hätten wir mit diesem Geld alles machen können? – Wir hätten die von der Staatsregierung so geforderten Pflegestütz-

punkte endlich konsequent und flächendeckend ausbauen und somit den Angehörigen in dieser absolut überlastenden Situation kompetente Beratung niederschwellig zur Seite stellen können.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wir hätten den Kommunen bei der Quartiersentwicklung tatkräftig unter die Arme greifen können. Aber das – das muss ich zugestehen – hat auch die Staatsregierung erkannt. Herr Kühn, Sie haben es gesagt: Die Staatsregierung will 500 Kurzzeitpflegeplätze bauen – ich wiederhole mich ungern – für 80.000 Pflegebedürftige, die in den nächsten zehn Jahren auf uns zukommen. Im Politikhandbuch, liebe Damen und Herren, kann man das unter dem Stichwort "Schaufensterpolitik" finden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Unter Schaufensterreden!)

Die Tagespflege fehlt komplett im Haushalt. Individuelle innovative Pflegekonzepte wie "Buurtzorg" aus Holland, die Verbindung von Kitas und Pflegeplätzen, all das fehlt in diesem Haushalt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der sogenannte Pflegenotstand betrifft diese Menschen am allermeisten. Sie brauchen ehrliche und konstruktive Hilfsangebote und keine Wahlgeschenke, die nichts bringen außer einem aufgeblasenen Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

12.000 Stellen fehlen aktuell an bayerischen Kliniken, 30.000 Stellen fehlen aktuell an ambulanten Pflegeeinrichtungen und in der Langzeitpflege. Der Staatsministerin, sehr geehrte Frau Huml, fällt nichts Besseres ein, als diesen Beruf mit einer Herzwerker-Kampagne aufwerten zu wollen. Sie können jetzt einen Online-Test machen, ob Sie zu einer Pflegekraft taugen oder nicht. Soll ich Ihnen sagen, wann Sie zu einer Pflegekraft taugen, wenn es nach der Staatsregierung geht? – Wenn Sie einem alten Menschen, wie es sich die Staatsregierung vorstellt, über die Straße helfen. Das, meine

Damen und Herren, ist ein Sinnbild dafür, dass die Staatsregierung den Pflegeberuf noch immer als reinen Assistenzberuf und nicht als eigenständige Profession wahrnimmt. Sie gestehen kein Recht auf die eigene Profession zu, die sie aber eigentlich längst ist. Gerade im Zuge der Generalistik wäre jetzt die Möglichkeit gewesen, dass Sie unsere Berufsfachschulen endlich mit dem Geld ausstatten, das für die Ausbildung in einem systemrelevanten Beruf gebraucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wo bleibt der Ausbau von Hochschulstandorten? Warum planen Sie nicht endlich die Einführung eines primärqualifizierenden Studiengangs Pflegeforschung? Wo bleiben freigestellte Praxisanleiterinnen? – Das wären Maßnahmen, um den Beruf attraktiv zu machen und nachhaltig zu stärken.

Sehr geehrter Herr Kollege Kühn, ein einziges Danke bei den Haushaltsverhandlungen haben die Pflegekräfte draußen in diesem Lande nicht nötig, und das brauchen sie auch nicht. Sie brauchen die Wertschätzung für ihre Profession. Diese Profession muss mit uns allen auf Augenhöhe kommunizieren. Dazu bedarf es einer Selbstverwaltung. Und diese Selbstverwaltung darf nicht am Tropf der Staatsregierung hängen, egal ob für die Vereinigung der Pflegenden 1 Million Euro oder 1,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesen 1,5 Millionen Euro schaffen Sie genau das, was Sie wollen. Sie schaffen es, dass sich die größte Berufsgruppe im Gesundheitssystem – ich spreche von 150.000 Pflegekräften – wieder nicht organisiert. Damit kann diese Berufsgruppe die politische Macht, die sie eigentlich hat, im Bereich der Politik nicht ausspielen. Davor haben Sie nämlich Angst.

Sie hätten es in der Hand, die beruflichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, wie das sinnvoll wäre. Ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Dafür müssten Sie keinen einzi-

gen Cent aus dem Staatshaushalt ausgeben. Dazu würde es reichen, dass Sie endlich das Personalbemessungsinstrument im Landeskrankenhausgesetz verankern, wie wir das im Pflegevolksbegehren fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr verehrte Staatsregierung, zum Schluss möchte ich Sie auffordern: Liefern Sie bitte endlich brauchbare Antworten auf eine der größten sozialen Fragen, die unsere Gesellschaft gerade betrifft. Sie alle kennen die Zahlen des demografischen Wandels. Ich sage Ihnen: Mit dem Pflege-Tausender laufen Sie blindlings gegen die Wand. Glauben Sie wirklich, dass diese 1.000 Euro unter dem Strich auch nur ein Problem wirklich lösen? – Ein solcher Haushalt wird weder von den Angehörigen noch von den Pflegebedürftigen oder den Pflegekräften unterstützt. Ich sage Ihnen eines: Von uns wird er erst recht nicht unterstützt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schwerpunkt des Haushalts, über den ich jetzt spreche, liegt in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Pflege, Hospiz und Prävention. In diesen Bereichen wird viel Geld und Personal eingesetzt. Wir haben gerade die Zahl 1,4 Milliarden Euro gehört. Es gibt tausende Erkrankungen und Krankheitsbilder, aber nur eine Gesundheit. Dafür soll der Haushalt die notwendigen Mittel und das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Die Gesundheit ist lebenswichtig. Wir haben gerade gehört, dass es sehr viele Menschen gibt, die sich an 365 Tagen im Jahr und 24 Stunden pro Tag, also rund um die Uhr, um Menschen kümmern, denen es schlecht geht oder die pflegebedürftig sind. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt die Zahl dieser Menschen immer weiter an. Den Pflegenden ein herzliches Dankeschön zu sagen, ist das Mindeste, was wir tun können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich können wir immer mehr fordern. Ich sage auch nicht, dass alles, was die Regierungsfractionen tun, ausreicht. Ein Danke kann aber nie falsch sein. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig.

(Andreas Krahel (GRÜNE): Das müssen Sie auch den Angehörigen sagen!)

Viele Menschen kümmern sich mit viel Empathie und sozialer Kompetenz um diejenigen, die es nötig haben. In diesem Zusammenhang sind Pflegestützpunkte und Stammtische wichtig. Dort wird die Wertschätzung vermittelt, die den Menschen betrifft. Natürlich sind 1.000 Euro für die Pflege nicht der Weisheit letzter Schluss. Darüber kann man lästern. Entscheidend ist jedoch das Gesamtpaket. Wir sehen den Menschen, wir sehen die finanziellen Notwendigkeiten, und wir versuchen, das System Schritt für Schritt zu verbessern. Der Freistaat Bayern tut das mit diesem Haushalt.

Ich möchte einmal ein paar Stichpunkte anführen: Wir stellen in diesem Doppelhaushalt 120 Millionen Euro für Förderprogramme zur Verstärkung der Pflegeinfrastruktur zur Verfügung. Dadurch entstehen insgesamt 1.000 stationäre Pflegeplätze und 500 Kurzzeitpflegeplätze. Wir unterstützen auch die Familienpflege zu Hause. Das System kann auf die Dauer nicht funktionieren, wenn alle Menschen in stationäre Pflegeeinrichtungen gehen müssen. Mit zunehmendem Alter wird der Anteil dieser Menschen immer höher werden. Das werden wir nicht vermeiden können, da wir dank der medizinischen Entwicklung immer älter werden. Wir müssen aber bestrebt sein, dass die Menschen so lange wie möglich zu Hause wohnen können. Das wollen die Menschen im Übrigen zumeist auch selbst. Mit dem Geld im Haushalt sollen die dafür nötigen Strukturmaßnahmen finanziert und die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Neben den staatlichen Maßnahmen wird die Familienpflege der wichtigste Bereich sein. Das dafür aufgewendete Geld ist hervorragend angelegt. Auch die Verbesserung

des Pflegeberufsgesetzes war wichtig. Dafür stehen im Doppelhaushalt 45,8 Millionen Euro zur Verfügung. Natürlich könnte man sagen: Mehr wäre besser. Allerdings wurde der Ansatz massiv erhöht, was eine deutliche Verbesserung darstellt. Wir können nicht in einem Schritt alles machen.

Für die FREIEN WÄHLER ist die Entwicklung im ländlichen Raum ganz besonders wichtig. Die Mittel in Höhe von 25 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt für die Verbesserung der Struktur der Krankenhäuser eingestellt wurden, sind ein zwar kleines, aber wichtiges Zeichen. Damit sollen die Mittel ausgeglichen werden, die den ländlichen Krankenhäusern über die Abrechnung nach dem DRG-System genommen wurden. Dafür ist übrigens nicht die Bayerische Staatsregierung, sondern die Bundesregierung zuständig. Nach diesem System werden kleine Krankenhäuser benachteiligt. Das wissen wir alle.

Zur Wahrheit gehört, dass der größte Teil der Mittel, nämlich 643 Millionen Euro, in den Einzelplan 13 eingestellt wurden. Wir wollen eine Landarztquote einführen. 7,6 % der Studierenden für Medizin sollen sich verpflichten, nach ihrem Studium eine Praxis im ländlichen Raum aufzumachen. Das ist ein hervorragendes Signal für die medizinische Versorgung und die Entwicklung des ländlichen Raums. 600 Euro sind dafür gut investiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Gleiche gilt für die Hebammen und die Geburtshelfer. Bei diesen Berufsgruppen haben wir im ländlichen Raum ein Problem, das wiederum auf das Abrechnungssystem zurückzuführen ist. Wir sind dieses Problem angegangen. Die Staatsregierung und die Koalition haben großartige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Sie stützen damit nicht nur die Pflege und die medizinische Versorgung, sondern gleichen damit auch die Lebensverhältnisse in den Metropolregionen und den ländlichen Räumen an. Das ist Zukunftspolitik für uns und Bayern. Wir sollten diesem Haushalt zustimmen, weil er ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Abgeordneter Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren dieser Tage über einen Haushalt, der nicht nur für den Staat, sondern auch für die Taschen der Bürgerinnen und Bürger Bayerns einen Rekord darstellt. Meiner Fraktion und mir ist ein sorgfältiger Umgang mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Um es zu kurz zu machen: Würden Sie dem Änderungsantragspaket der AfD-Fraktion zum Einzelplan 14, Gesundheit und Pflege, folgen, könnten Sie damit 35 Millionen Euro einsparen.

Zur Vollständigkeit: Wir haben Ihnen einen Vorschlag gemacht. Mit dem Ersparten könnten Sie 25 Millionen Euro in die kleinen Landkrankenhäuser investieren, die der Kollege von den FREIEN WÄHLERN gerade erwähnt hat. Dabei würde immer noch ein freies Budget von 10 Millionen Euro übrig bleiben, welches anderweitig besser verwendet werden könnte. Es könnte auch einfach mal in den Taschen der Bürger belassen werden.

Insgesamt umfasst der vorgelegte Haushalt viele unsinnige Budgetpositionen, welche man guten Gewissens streichen könnte. Beispielhaft ist das elektronische Polleninformationssystem zu nennen. Der Mehrwert einer solchen Maßnahme ist mehr als fraglich. Erst recht stellt sich die Frage, warum der Freistaat Bayern ein solches System überhaupt betreiben sollte, da es andere Anbieter gibt, beispielsweise den Deutschen Wetterdienst.

Im Allgemeinen beinhaltet der vorgelegte Einzelplan 14 zahlreiche Posten für Beratung, Studien und Öffentlichkeitsarbeit. Wenn man liest, welche enormen Aufwendungen für Berater eingeplant sind, könnte man fast denken, dass es der Haushalt des Bun-

desverteidigungsministeriums sei. Diesen Missstand muss man aus der Sicht der AfD-Fraktion aufheben. Wir haben hohes Vertrauen in die zahlreichen Mitarbeiter des Ministeriums gesetzt und werden das weiterhin tun. Daher denken wir, dass diese Studien auch vom Ministerium selbst erstellt werden können. Dieses hohen Berateraufwandes bedarf es nicht.

Wie bereits angekündigt, wollen wir auch mehr, und zwar bei den Landkrankenhäusern. Mit unserem Änderungsantrag wollen wir das Budget für die kleinen Landkrankenhäuser von den im Haushaltsentwurf veranschlagten 25 Millionen Euro im Jahr 2020 um weitere 25 Millionen Euro – aber bereits im Jahr 2019 – auf dann insgesamt 50 Millionen Euro erhöhen. Um zu erfahren, dass die Kliniken der Versorgungstufe 1 dringend mehr Geld benötigen, braucht es übrigens keine Studien.

Geben Sie das Geld in die Fläche unseres Landes, an die kleinen und wohnortnahen Krankenhäuser, um die medizinische Versorgung auf dem Land aufrechtzuerhalten sowie kleine Krankenhäuser der Versorgungsstufe 1 auszubauen und zu renovieren. Die Kommunen und vor allem die Bürger werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der AfD)

Das Gleiche gilt für Ärztehäuser und Medizinische Versorgungszentren in den Kommunen. Eine wohnortnahe Versorgung ist wichtig für den Patienten, der nach Möglichkeit schnell versorgt werden will. Sie ist aber auch für die Angehörigen wichtig, welche dem Opa, der Oma, dem Kind, wem auch immer, Beistand leisten wollen und auf kurze Wege angewiesen sind. Fahren Sie einmal auf dem Land mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem Krankenhaus, das etwas weiter weg liegt. Das ist eine halbe Tagesreise. Aber der ÖPNV gehört zu einem anderen Einzelplan. – Nicht zuletzt sind kurze Wege für die zahlreichen Pflegekräfte, die Hebammen, die Ergotherapeuten und die Ärzte wichtig. Sie profitieren ebenfalls davon, wenn ein Krankenhaus gut zu erreichen ist. Wenn die Anschlussbehandlung des Patienten in einem Krankenhaus stattfindet, profitiert auch er von der Wohnortnähe.

Denken Sie auch an unsere werdenden Mütter: 39 Geburtsstationen haben in den letzten zehn Jahren in Bayern geschlossen. Zahlreiche weitere sind von der Schließung bedroht. Mit dem von uns vorgeschlagenen Budget wäre es möglich, einige dieser Stationen wiederzueröffnen oder fortzuführen. Das wäre auch mit Blick auf unsere Neubürger hilfreich; sie haben bekanntlich eine relativ hohe Geburtenrate.

(Unruhe bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Man kann sich Beispiele aus dem Internet heraussuchen. Der "Münchner Merkur" berichtete am 7. Januar 2018 davon, dass eine hochschwangere 22-Jährige vom Kreisklinikum Weilheim abgewiesen wurde und dann bei winterlichen Temperaturen mit Eis und Schnee in das nächste Krankenhaus nach Schongau fahren musste. Transportiert wurde sie aber nicht von einem Rettungswagen, sondern sie musste privat nach Schongau fahren.

Am 3. Mai 2018 berichtete die "tz" davon, dass ein 89-Jähriger einen Schlaganfall erlitten hatte. Weder im Klinikum Großhadern noch bei den "Barmherzigen Brüdern" war ein Platz für ihn frei, sodass die Behandlung, das heißt die Lyse, erst mit deutlicher Verspätung im Klinikum Rechts der Isar eingeleitet werden konnte. – Darauf können wir nicht stolz sein. Die CSU behauptet immer, näher am Menschen zu sein, und das, wie die Kanzlerin behauptet, in einem Land, in dem wir gut und gerne leben. Die Realität in Sachen Gesundheit ist in Bayern eine andere.

(Beifall bei der AfD)

Dass die medizinische Versorgung auf dem Land etwas krankt, haben mittlerweile fast alle in diesem Haus verstanden. Weisen Sie jetzt auch die Haushaltsmittel dorthin, wo sie benötigt werden! Unterlassen Sie unsinnige Projekte wie das elektronische Polleninformationssystem! – In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, 25 Millionen Euro mehr für die Landkrankenhäuser bereitzustellen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat die Abgeordnete Ruth Waldmann von der SPD.

Ruth Waldmann (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltszahlen, die wir vorhin gehört haben, hören sich erst einmal großartig an. In der Tat ist manches auf einem guten Weg. Aber es gibt halt noch eine ganze Menge Baustellen im Bereich der Gesundheitsversorgung in Bayern. Auch darüber müssen wir hier reden.

Gestern fanden in vielen Städten Bayerns Ärztestreiks statt. Sie standen unter dem Motto: "Nur gesunde Ärzte können kranke Menschen gesund machen!" Viele junge Ärztinnen und Ärzte, vor allem aus den Kliniken, arbeiten dauerhaft am Rande oder deutlich über ihrer Belastungsgrenze. Sie müssen ständig zusätzliche Schichten bewältigen, gerade nachts und am Wochenende. Stichworte auf den gestrigen Demos waren "Halbtot in Weiß" und "Mathe für Ärzte: Von 8 bis 8 macht 8 Stunden."

Gestern ging es insbesondere um die kommunalen Kliniken. Am Montag fand ein Fachtag der kommunalen Kliniken in Beilngries statt. Dort haben wir gehört, dass es darüber hinaus einen sehr dramatischen Ärztemangel gibt. Wie dramatisch er ist, wurde uns dort noch einmal dargelegt, insbesondere unter Bezugnahme auf die Nachwuchsfrage. Der Ärztemangel könnte wirklich bedrohliche Ausmaße annehmen.

Gleichzeitig ist in Bayern das Volksbegehren "Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern" anhängig. Vor dem Verfassungsgerichtshof muss jetzt geklärt werden, ob es in allen Punkten juristisch zulässig ist. Das liegt insbesondere an einer Frage. Es ist vielleicht nicht ganz verstanden worden, dass die Personalbemessung, die wir vorschlagen, nicht das Gleiche ist wie eine Personaluntergrenze. Egal, wie es vor Gericht ausgeht: Dieses Volksbegehren hat mit über 100.000 Unterschriften die erste Hürde genommen. Das sind deutlich mehr als beim Volksbegehren für den Artenschutz "Rettet die Bienen". Das Thema ist da, ob es per Volksbegehren oder mit

anderen Instrumenten angegangen werden muss. Der Pflegenotstand an bayerischen Krankenhäusern ist Realität. Das wissen die Menschen. An der Behebung müssen wir mit allen Kräften arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch nicht unbekannt ist das Drama der fehlenden Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum; auch Kinderärzte fehlen. Selbst in den Ballungszentren funktioniert es noch nicht mit der Verteilung.

Wir haben, auch bedingt durch die demografische Entwicklung, enormen Bedarf an medizinischer Versorgung und pflegerischen Leistungen. Dieser Bedarf wird steigen. Deshalb brauchen wir wirkliche Strategien und Konzepte, eine echte Krankenhausplanung.

Jetzt bin ich bei unserem Haushaltsantrag. Ein zentraler Punkt ist die Investitionsförderung für die Krankenhäuser in Bayern. Ein großer Teil der Kliniken verzeichnet ein negatives Betriebsergebnis – Tendenz: Steigend! Das Defizit hat sich in den Jahren 2010 bis 2013 sogar verdoppelt. Ein großer Investitionsstau ist da. Für die Finanzierung dieser Investitionen ist der Freistaat Bayern zuständig. Die Experten sagen uns: Rund die Hälfte der Investitionskosten in den Krankenhäusern muss de facto aus Pflegesätzen und Vergütungen für medizinische und sonstige Leistungen erbracht werden. Dafür sind diese Mittel aber nicht gedacht. Finanziert werden sollen damit unter anderem genügend Ärzte und Pfleger. Dafür fehlt dann wieder das Geld. Die Zweckentfremdung der DRG-Mittel führt zu einem enormen Kostendruck, am Ende übrigens auch zu einer beschleunigten, unstrukturierten Privatisierung im Bereich der Krankenhäuser.

Wir müssen die Investitionsmittel für die Krankenhäuser dringend steigern. Der Bedarf in Bayern liegt bei ungefähr 1 Milliarde Euro jährlich. Deshalb sage ich: Die Zahlen, die wir vorhin gehört haben, klingen gut. Wir müssen die Zahlen aber immer am Bedarf messen. Wenn einfach nur Millionenbeträge genannt werden, sagt das noch

nichts über die Versorgung hier in Bayern aus. Deshalb bitte ich Sie dringend, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen – es ist vorhin schon gesagt worden –, dass die pflegenden Angehörigen der größte Pflegedienst der Nation sind. Wir müssen sie dringend unterstützen. Eine der wichtigsten Unterstützungsmaßnahmen ist und bleibt die Beratung. Leider müssen wir immer noch für Pflegestützpunkte kämpfen. Darauf bezieht sich auch heute einer unserer wichtigsten Haushaltsanträge.

Seit 2009 werden uns 60 Stützpunkte versprochen; nur neun gibt es in Bayern. Nachdem, was man hört, sind die Verhandlungen im Moment schwierig. Die einen sagen: Wir haben keinen Landesrahmenvertrag. Deshalb können wir keine Förderrichtlinie entwickeln. – Die anderen sagen: Wir haben keine Förderrichtlinie. Deshalb kommen wir nicht zu einem Landesrahmenvertrag.

Wenn es so weitergeht, können wir weitere zehn Jahre auf neue Stützpunkte warten. Wir können auf diese Stützpunkte aber nicht verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch eines: Wir, die SPD, hatten durch beharrliche Interventionen durchsetzen können, dass die Staatsregierung eine Bedarfs- und Standortanalyse in Auftrag gegeben hat. Beauftragt wurden Prognos und das Kuratorium Deutsche Altershilfe. Das Ergebnis ist eine gute Studie; es ist wirklich gute Arbeit geleistet worden. Leider ist die Studie erst nach der Wahl veröffentlicht worden.

Teil der Studie sind Konzeptbausteine und Handlungsempfehlungen. Diese haben wir unserem Antragspaket zugrunde gelegt. Mit den Beteiligten und Betroffenen wurde intensiv gesprochen. Es geht darum, die Empfehlungen auch umzusetzen. Diese Anträge sind von der Regierungskoalition samt und sonders abgelehnt worden – alle! Die

Regierungskoalition zieht anscheinend keine Konsequenzen aus dieser teuren, intensiv recherchierten, wirklich guten Studie.

Der Gipfel war, wie Sie auf unseren Berichtsantrag im Ausschuss reagiert haben. Wir haben gesagt: Wenn die Staatsregierung schon keine der vorgeschlagenen Empfehlungen aufgreifen will, dann bitten wir sie um einen Bericht, welche Schlussfolgerungen sie denn aus dieser von ihr selbst in Auftrag gegebenen Studie ziehen, das heißt, was sie demnächst machen will. Noch nicht einmal dieser Berichterstattung wollten Sie im Ausschuss zustimmen.

Wir werden nicht müde, jedes Mal wieder zu fordern, dass die Pflegestützpunkte in Bayern flächendeckend ausgebaut werden. Besser, Sie stimmen jetzt irgendwann einmal zu, sonst müssen Sie das noch zwanzig Mal von mir hören.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion. Bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Wir sprechen heute von einem Ausgabenvolumen im Jahr 2019 von 721 Millionen Euro. Das klingt nach sehr viel Geld. Allerdings sind es nur 1,11 % des gesamten Staatshaushalts, die Ihnen der Einzelplan 14 und damit die Gesundheit Ihrer Bürgerinnen und Bürger wert sind. Für die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, ist das zu wenig.

Ausgaben und Investitionen sollen immer vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Anstatt das Ihnen anvertraute Geld für notwendige Maßnahmen auszugeben, wird aber leider häufig nur Symbolpolitik mit wenig Nutzen betrieben. Sie dürfen jedoch nicht nur an den Symptomen herumdoktern, sondern wir sollten gemeinsam die Krankheiten heilen.

Das beste Beispiel für Ihre Symbolpolitik ist das bayerische Landespflegegeld. Jeder Pflegebedürftige in Bayern über Pflegegrad 2 erhält vom Freistaat pro Jahr 1.000 Euro. Das Landespflegegeld macht mit 400 Millionen Euro im Haushalt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege ganze 63,7 % aus. Damit fließen fast zwei Drittel der Gelder, über die wir hier sprechen, ohne Bedarfsprüfung ins bayerische Pflegegeld – eines Ihrer Wahlgeschenke. Es war auch reiner Zufall, liebe CSU, dass mit der Auszahlung der Leistungen kurz vor der Landtagswahl begonnen wurde. Natürlich wird geschenktes Geld gerne genommen. Wer würde das nicht tun? – Das Landespflegegeld löst jedoch keines unserer Probleme in der Pflege. Diese bedarfsunabhängige Leistung bietet keine wirkliche Entlastung der Pflegebedürftigen und führt zu keiner angemessenen Anerkennung der Leistung von Angehörigen. Dafür sind 1.000 Euro im Jahr deutlich zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Das Landespflegegeld ist weder bedarfsgerecht noch generationengerecht noch auf irgendeine Weise sinnvoll. Regelmäßig befassen wir uns im Gesundheitsausschuss mit Petitionen, in denen Angehörige die Bürokratie des Pflegegelds beklagen. Das Landesamt für Pflege ist aktuell hauptsächlich damit beschäftigt, diesen Wahnsinn zu verwalten, anstatt sich um das Wesentliche – eine Strategie gegen den Pflegenotstand in Bayern zu finden – zu kümmern.

Haben Sie eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, wie sich die Belastungen des Landespflegegeldes weiterentwickeln? In den nächsten Jahren rollt eine Welle von Menschen mit Pflegebedarf auf uns zu. Bis 2030 haben wir im Freistaat geschätzt eine halbe Million Pflegebedürftige. Die allermeisten werden einen Pflegegrad haben, der höher oder gleich 2 ist. Das verursacht einen Anstieg der Kosten bis 2030 in Höhe von circa 490 Millionen Euro. Wie die Lage in 20 oder 30 Jahren aussieht, will ich mir gar nicht vorstellen. Klar ist jedoch: Es wird nicht günstiger.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich gönne jedem Menschen in unserem Freistaat diese 1.000 Euro. Wenn aber die nachfolgenden Generationen überdurchschnittlich belastet werden und keine sinnvollen, nachhaltigen Investitionen damit verbunden sind, kann ich dem wenig Gutes abgewinnen. Durch Ihre Politik bleiben uns nicht mehr die finanziellen Spielräume, um die wirklich drängenden Herausforderungen anzugehen. Was hätte nicht alles mit 400 Millionen Euro gemacht werden können?

Sie könnten die Investitionen für die Digitalisierung im Gesundheitswesen von aktuell 25 Millionen Euro um einen Faktor von 16 steigern. Das würde unserem Gesundheitswesen endlich einen kräftigen Schub nach vorne geben, der bitter nötig ist, um die Herausforderungen der Zukunft stemmen zu können.

Sie könnten das Geld für die Beratung von pflegenden Angehörigen ausgeben. Aktuell sind es gerade einmal 1,5 Millionen Euro. Mit 400 Millionen Euro jährlich ließen sich circa 20.000 Fachstellen für pflegende Angehörige finanzieren. Aktuell haben wir nur rund 100 Fachstellen in Bayern.

Sie könnten auch endlich einmal etwas beim Thema Demenz bewegen. Die Anzahl der Menschen mit Demenz wird in Bayern bis 2036 auf voraussichtlich 340.000 Erkrankte steigen. Das ist eine besondere Herausforderung für die Angehörigen und für die Leistungserbringer. Ein Lösungsweg: Sie könnten zum Beispiel zwölf Demenzdörfer für jeweils 128 Menschen, also insgesamt 1.536 demenziell Erkrankte, bauen – und das pro Jahr. Aktuell stellen wir für die Bayerische Demenzstrategie und den Demenzfonds zusammen insgesamt 800.000 Euro pro Jahr zur Verfügung.

Es gibt allerdings noch mehr Themen in diesem Haushalt, bei denen man sparen könnte. Stellvertretend ist hier die Rüge des Bayerischen Obersten Rechnungshofes an der Landarztprämie zu nennen. Der ORH hat bemängelt, dass die Niederlassung für Landärzte auch in tendenziell überversorgten Gebieten mit maximal 60.000 Euro honoriert wurde.

Sehr geehrte Frau Ministerin Huml, Sie berichten immer wieder über Dankesschreiben, die Sie von Beziehern des Landespflegegeldes erreichen. Alles recht und gut. – Ich hätte mir gewünscht, dass Sie vom Arzt berichten, der sich für den schnellen Bürokratieabbau bedankt, vom Landarzt, der endlich eine Nachfolge für seine Praxis gefunden hat, von der Krankenschwester, die keine Überstunden mehr machen muss, und von dem Auszubildenden in der Krankenpflege, der Ihnen über die Wertschätzung in der Bevölkerung berichtet.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte mir gewünscht, dass Ihnen der Abiturient schreibt, der nun ohne NC mit Medizinertest sein Traumstudium in Bayern beginnen kann. Ich hätte mir gewünscht, dass Ihnen eine Bürgerin aus zum Beispiel Hersbruck dankt, dass das Krankenhaus vor Ort nicht geschlossen werden muss. Ich hätte mir gewünscht, dass Ihnen die Hebamme aus München schreibt, die endlich nicht mehr jede zweite Mutter ablehnen muss, weil es nun genügend Personal in der Geburtshilfe gibt. Abschließend hätte ich mir gewünscht, dass Ihnen eine fürsorgliche Mutter dafür dankt, dass Sie die historische Chance genutzt haben, um sich für die Impfpflicht gegen Masern einzusetzen, da ihr Kind nicht geimpft werden kann.

(Beifall bei der FDP – Beifall des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Das alles sind offene Baustellen in der bayerischen Gesundheitspolitik, die Sie entweder ignorieren oder mit Symbolpolitik überdecken. Wir Freie Demokraten werden alles daransetzen, Sie an Ihre Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen und den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land zu erinnern und mit konstruktiven Anträgen einen alternativen Weg aufzuzeigen.

(Beifall bei der FDP – Beifall des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. Herr Spitzer, Sie können am Pult bleiben. – Der Kollege Holetschek hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Holetschek, bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Dr. Spitzer, Ihre Fraktion hat in Berlin zweimal den Gesundheitsminister gestellt, und Gesundheitspolitik ist tatsächlich Sache des Bundes. Deshalb hätten Sie damals schon sehr viel von dem richten können, was Sie jetzt angesprochen haben. Ich muss Ihnen sagen, ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen, weil Bayern in diesem schwierigen Feld durch Programme, mit denen es mehr als andere Bundesländer tut, viele Akzente gesetzt hat.

Ich finde es schon fast menschenverachtend, wie Sie das Landespflegegeld hier kritisieren;

(Albert Duin (FDP): Oh!)

das muss ich Ihnen wirklich sagen. Ist einer, der gepflegt wird, weniger wert als der andere? Brauchen wir da eine Bedarfsprüfung? Wir sprechen von Vereinfachung. Wir wollen, dass die Dinge bei den Menschen ankommen. Genau das erreichen wir mit dem Landespflegegeld, und der Antrag ist wirklich unbürokratisch und einfach. Sie stellen hier Dinge dar, die aus meiner Sicht nicht vergleichbar sind. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen, und Sie tun den Menschen in diesem Land keinen Gefallen.

Das Landespflegegeld ist eine Leistung, die ausschließlich Bayern erbringt. Es ist für die Menschen da, die gepflegt werden, und auch für die pflegenden Angehörigen – eine Form der Wertschätzung, die wir in diesem Haus immer wieder erbringen können und müssen. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie den Pflegekräften heute für ihren Einsatz gedankt und ihnen Respekt gezahlt hätten. Das hätten Sie machen sollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Spitzer, bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Holetschek, zum ersten Punkt: Ich finde es immer spannend, wenn auf die Vergangenheit zurückgeblickt wird. Keiner unserer Landtagsabgeordneten der FDP war damals in Amt und Würden und hatte hier Verantwortung zu tragen. Wir sind eine neue Generation. Die FDP hat sich nicht umsonst erneuert und neue Themen auf den Weg gebracht. Sie haben Beauftragte installiert, Sie selbst sind ein Beauftragter und partizipieren von diesem System. Darauf möchte ich nicht weiter eingehen.

Zum zweiten Punkt, zum Landespflegegeld. Ich habe wiederholt erwähnt, dass es sich dabei um eine bedarfsunabhängige Leistung handelt. Wenn sie vom Landespflegegeld Reisen bestreiten, den Friseur bezahlen oder wenn Sie das Geld für alltägliche Leistungen ausgeben, dann ist unserer Pflege – wir haben einen massiven Pflegenotstand – damit nicht geholfen.

Natürlich kann ich wie hier üblich eine Dankesrede für alle Gruppierungen halten. Das hilft uns aber nichts. Wir müssen die Probleme lösen und dürfen nicht nur Danke sagen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, bleiben Sie bitte noch am Pult. Der Kollege Dr. Fabian Mehring hat sich zu einer weiteren Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Spitzer, eine Anregung und eine Frage. Zunächst die Anregung: Seit drei Tagen muss ich mit Staunen zur Kenntnis nehmen, dass uns, den regierungstragenden Fraktionen, unter der Überschrift "Wahlversprechen" dauernd vorgeworfen wird, dass wir Wort halten. Vielleicht wäre es sinnvoll, einmal darüber nachzudenken, dass es in der Politik ein Prädikat sein könnte, wenn man vor Wahlen etwas verspricht und das Versprechen nach den Wahlen einhält. Das ist nach meiner festen Überzeugung kein Grund für Kritik, sondern das ist ein

Indikator für Vertrauenswürdigkeit und Glaubwürdigkeit von demokratischen Fraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Frage, Herr Kollege Spitzer: Können wir nach Ihrer heutigen Rede vor dem Hohen Haus zu Protokoll geben, dass die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag vorbehaltlos für die Abschaffung des Landespflegegelds plädiert? Will sie also die Freiheit, die wir für die Menschen, die zu Hause Angehörige pflegen, schaffen, zurücknehmen? Wenn das nämlich der Fall wäre, würde ich Ihnen viel Freude mit den Briefen wünschen, die Sie dann bekommen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Wir wiederholen uns jetzt. Dieses Landespflegegeld geht am Ziel vorbei.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wollen Sie es abschaffen oder nicht?)

– Das kommt schon noch. Lassen Sie mich noch ein bisschen reden. – Wir haben andere größere Themen zu bestreiten. Natürlich kann ich mir vorstellen, dass der eine oder andere Bürger mit diesem Geld sehr gut leben kann und dass er auf dieses Geld sehr ungern verzichten möchte. Wir würden aber dieses Landespflegegeld abschaffen wollen. Dazu stehen wir. Wenn hier eine Mehrheit zu finden ist, werden wir es auch abschaffen. Das werden wir nach außen kommunizieren können. Wir werden es auch vertreten. Auch der Bürger wird verstehen, dass es nicht notwendig ist, Geld zu verschenken, sondern dass es für die richtigen Aufgaben eingesetzt werden muss.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da helfen wir Ihnen sehr gerne bei der Kommunikation!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Dr. Spitzer. Sie können jetzt gehen. – Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! "Sie können jetzt gehen", ist nach dieser Rede eine gute Aussage. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschließen heute rund 1,4 Milliarden Euro im Doppelhaushalt für dieses und das nächste Jahr für das Gesundheits- und Pflegeministerium. Das sind hohe Finanzmittel, die den Menschen in Bayern direkt zugutekommen. Sie ermöglichen einen großen Schritt in Richtung unseres Ziels einer gleichermaßen in Stadt und Land flächendeckenden Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen, mit stationären Leistungen, mit Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, mit Leistungen von Reha- und Pflegeeinrichtungen und mit Leistungen der Apotheken. Diese Finanzmittel ermöglichen eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ und präventiv hochwertige Versorgung.

Das ist der Sinn dieser 1,4 Milliarden Euro. Ich bin dankbar für jeden Cent und froh auch darüber, dass diese 1,4 Milliarden Euro noch nicht alle Ausgaben für das Gesundheitswesen darstellen. Hinzu kommen 1,3 Milliarden Euro für die Investitionskostenförderung für die Krankenhäuser. Hinzu kommen 46 Millionen Euro für den Gesundheitsbonus. Die Regierungsfaktionen haben übrigens noch eine Million zusätzlich dazugegeben, weil uns die Schulgeldfreiheit für die Heilmittelerbringer so wichtig ist. Hinzu kommen die Kosten, die die Ausbildung der Leistungserbringer verschlingt. Diese Mittel sind im Wissenschaftshaushalt und im Kultushaushalt veranschlagt. Damit soll die Ausbildung von Ärzten, von Apothekern, von Hebammen, von Logopäden und so weiter finanziert werden. All das kommt noch hinzu. Diese mehreren Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre sind eine tolle Visitenkarte für das gesunde und menschliche Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind ein guter Kapitalstock, um die Themen voranzubringen, die die Menschen in unserem Land wie kaum andere wirklich bewegen. "Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts". Das hat schon Arthur Schopenhauer gewusst. Wir können diesen Ausspruch noch erweitern – lassen Sie mich das tun: Ohne menschenwürdige Pflege ist erst recht alles nichts, und genau dafür werden diese 1,4 Milliarden eingesetzt. Das ist uns Auftrag, Ansporn und Motivation, denn mit diesen Finanzmitteln, die wir heute beschließen werden und in anderen Einzelplänen bereits beschlossen haben, können und werden wir diese großen Aufgaben lösen.

Eine Aufgabe ist der Kampf gegen den Fachkräftemangel. Das Wichtigste sind die Menschen, das Wichtigste ist die Menschlichkeit. Der Fachkräftemangel bei den Ärzten und die Gegenmittel Landarztquote, Landarztprämie und Niederlassungsförderung sind genannt worden. Zum Pflegekräftemangel haben wir hier im Hohen Haus im September 2018 viele Vorschläge gemacht, wie wir ihn abmildern können. Um dem Fachkräftemangel bei den Hebammen zu begegnen, haben wir den Hebammenbonus, die Niederlassungsförderung für die Hebammen und das Zukunftsprogramm Geburtshilfe geschaffen. Auch den Heilmittelerbringern wollen wir mit der Schulgeldfreiheit helfen. Ich habe es schon erwähnt.

Liebe Frau Waldmann, Sie haben erst am Montag in Beilngries vom Ärztemangel erfahren.

(Widerspruch der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

– Sie haben gerade gesagt, Sie haben am Montag vom Ärztemangel in Beilngries erfahren.

(Harald Güller (SPD): Das ist doch unterste Schublade!)

Wir kämpfen dagegen seit Jahren. Wir schaffen Studienplätze in Augsburg und in Bayreuth. Wir handeln seit Jahren. Das bitte ich doch zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

– Sie haben es so gesagt, ich höre halt genau zu. – Wir werden die Gesundheit stärken. Die zweithäufigste Todesursache sind die Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dafür werden wir 300 zusätzliche Defibrillatoren beschaffen. Wir werden ein Defi-Kataster in Auftrag geben,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

damit wir auch wissen, wo die Defibrillatoren im Falle des Falles zu finden sind.

Die künftig zweithäufigste Todesursache werden die Antibiotikaresistenzen, also entzündliche Erkrankungen, sein. Dazu werden wir eine Studie finanzieren, die in Nürnberg erstellt werden soll, um Antibiotikaspiegelbestimmungen zu ermöglichen und multiresistente Keime besser bekämpfen zu können als bisher.

Die häufigste Todesursache ist Krebs. Für das Zentrum für Krebsforschung sind die Mittel bereits gestern im Einzelplan 15 beschlossen worden. Auch das Bayerische Krebsregister soll uns hier helfen. Krebs ist die Krankheit, vor der die Menschen am meisten Angst haben. Das hat eine Umfrage der DAK vom Oktober 2018 ergeben.

Die zweite Krankheit, vor der die Menschen Angst haben, ist dann schon die Demenz. Das muss die Politik ernst nehmen, und sie nimmt es auch ernst. Lieber Herr Dr. Spitzer, gegen die Demenz tun wir enorm viel. Sie haben den Demenzfonds mit immerhin 800.000 Euro genannt. Eine Million kommt jetzt noch einmal dazu. Die Woche für Demenz ist für dieses und nächstes Jahr abgesichert. Wir haben einen Demenzpreis und die Fachtage Demenz. Mit "digiDEM" haben wir ein digitales Demenzregister, mit dem wir den Bayerischen Demenz Survey weiterführen. All das tun wir, um die Teilhabe von Menschen mit Demenz an der Gesellschaft zu fördern. All das ist uns sehr wichtig.

Herr Dr. Spitzer, Sie haben die Impfpflicht angesprochen, die ich noch einmal aufgreifen möchte. Sie haben gesagt, Sie wollen Dankesbriefe an die Ministerin, mit denen eine Mutter dafür dankt, dass ihr Kind geimpft werden kann. Sie sind doch selber Hausarzt. Sie können ein Kind impfen. Das Problem ist nicht, dass wir keine Impfstoffe

hätten, sondern das Problem ist, dass viele Leute ihre Kinder, warum auch immer, nicht impfen lassen, entweder weil sie es notorisch verweigern oder weil sie nicht daran denken. Um diese Leute geht es bei der Impfpflicht. Natürlich können und sollen Kinder geimpft werden. Das haben Sie falsch dargestellt. Zu 97 % werden die Kinder bei der ersten Impfung auch gegen Masern geimpft.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in Bayern schwören auf Naturheilkunde, auf komplementärmedizinische Verfahren. Deswegen haben wir eine Studie in Auftrag gegeben, um die integrative Medizin auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen, um evidenzbasiert zu überprüfen und die Wirkung im besten Fall auch nachzuweisen.

Die Rekordinvestitionen in die Krankenhäuser sind bereits dargestellt worden. Wir wollen die duale Finanzierung beibehalten; die Betriebskosten sollen durch die Krankenkassen vollständig übernommen werden, die Investitionskosten durch den Freistaat getragen werden. Wir haben eine vollständige Refinanzierung der Tarifsteigerungen für den Pflegebereich durchgesetzt. Das brauchen wir auch im Verwaltungsbereich und im Bereich der ärztlichen Versorgung.

Jetzt gab es in der Debatte eine interessante Kombination. Es gab eine seltsame Koalition zwischen Herrn Krahl von den GRÜNEN und Herrn Dr. Spitzer von der FDP, die sich beide einig waren, dass das Landespflegegeld abgeschafft gehört. Auf Bundesebene sind Sie nicht zusammengekommen, aber hier in Bayern wollen Sie den Menschen das Leben schwer machen. Sie, Herr Dr. Spitzer, haben vorhin – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen; ich habe mir das aufgeschrieben – von Wahnsinn geredet, der verwaltet werde. Das sei keine sinnvolle Investition. Sie haben für die Abschaffung des Landespflegegeldes plädiert. Herr Krahl hat von einer Verschleuderung von Geld gesprochen. Wenn wir 1.000 Euro für Menschen ausgeben, die unser Land aufgebaut haben, die jetzt in einer Notlage sind und den Pflegegrad 2 haben, und Sie

dann von einer Verschleuderung sprechen, dann ist das eine verbale Ohrfeige, die ich nicht ertragen kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sprechen immerhin von einer Rentenerhöhung von etwa 10 % für alle Pflegebedürftigen. Es ist ein unglaublicher Vorgang, den wir heute hier erlebt haben.

Sie haben gefragt, was wir hätten machen können. Sie zählen auf, wofür wir zu viel Geld ausgeben. In anderen Bundesländern wird dargestellt, in welchen Bereichen zu wenig Geld ausgegeben wird. Gegenüber diesen müssen wir im Luxus leben. Ihre Redebeiträge haben gezeigt, wie sehr unser Haushalt die richtigen Prioritäten setzt.

(Beifall bei der CSU)

Ein größeres Lob kann man uns eigentlich – aber da muss man schon um die Ecke denken – gar nicht aussprechen.

Der Einzelplan 14 ist zwar ein kleiner Einzelplan, der in den letzten Jahren gewachsen ist, gerade durch das segensreiche Landespflegegeld, aber er ist sicherlich einer der wichtigsten Einzelpläne eines Fachministeriums. Es handelt sich um ein Ministerium, das bei den elementaren Lebensbereichen ansetzt, wo die Menschen im Mittelpunkt stehen, ein Ministerium, das durch den demografischen Wandel immer wichtiger wird und dessen Themen die Menschen besonders bewegen. Es geht um die Frage, wie man möglichst lange gesund bleibt, wo man im Krankheitsfall die optimale Versorgung bekommt, wie man würdevoll bis zum Lebensende mit viel Lebensqualität leben kann. Deswegen möchte ich am Ende meines Beitrags der Gesundheitsministerin Melanie Huml für ihr einfühlsames Wirken für die Betroffenen danken. In diesen Dank schließe ich ausdrücklich alle Beschäftigten des Ministeriums an den beiden Standorten in München und Nürnberg ein.

(Beifall bei der CSU sowie der FREIEN WÄHLER)

Ich danke dem Berichterstatter Harald Kühn, dem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier, allen Kolleginnen und Kollegen im AK, Klaus Holetschek und Kollegen. Jeder einzelne Cent in diesem Haushaltsplan ist gerechtfertigt und gut angelegt. Wir werden ihn deshalb aus Überzeugung und mit Freude beschließen. Ich bitte auch Sie, das zu tun; denn der Mensch steht im Mittelpunkt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Bernhard Seidenath (CSU): Mein letzter Satz, Herr Präsident: Die Menschen brauchen unsere Unterstützung und die Gelder aus dem Staatshaushalt, so wie wir es vorschlagen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion gemeldet. Bitte, Herr Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, ich spare mir eine Frage zum Landespflegegeld, weil das, wie ich denke, Herr Kollege Krahle übernehmen wird. Ich möchte kurz auf die Äußerung zur Impfpflicht zurückkommen. Sie haben die 97 % erwähnt. Dabei handelt es sich um die Erstimpfung gegen Masern. Bei der zweiten Impfung liegen wir darunter. Wir sind aber historisch nahe an der Möglichkeit, diese Krankheit auszurotten. Glauben Sie nicht, dass es sinnvoll wäre, jetzt eine Impfpflicht einzuführen, um diese gefährliche Krankheit endgültig auszurotten?

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Dr. Spitzer, wir werden in der nächsten Woche über diese Frage im Ausschuss aufgrund Ihres Antrags lange diskutieren. Es gibt da Für und Wider. Die Frage ist, wie man die Impfpflicht umsetzt. Sie können ja nicht fünf Polizeibeamte holen, die einen zu Impfbereiten nehmen, wobei zwei ihn an den Händen und zwei ihn an den Füßen halten und der Fünfte zusticht.

(Zuruf von der SPD: So ein Schmarrn!)

Ich will das nur sagen. Wir werden darüber sprechen. Mein Vorschlag wird sein, dazu eine Anhörung anzuberaumen. Unser Ziel ist klar – darin sind wir uns einig –, nämlich dass wir die Durchimpfungsraten weiter erhöhen müssen. Es gibt übrigens außer den Masern noch andere Krankheiten.

Da ich noch eine halbe Minute Redezeit habe, möchte ich auf Herrn Winhart eingehen, der in seinem Beitrag über das Polleninformationssystem gewettert hat. Ich bitte Sie herzlich, Herr Winhart: Schauen Sie sich das erst einmal an, bevor Sie den Stab darüber brechen. Das ist nicht nur ein Beitrag zur Klimaforschung, sondern vor allem ein wichtiges Tool für Allergiker.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Fortsetzung der Rede!)

– Das darf ich doch. – Die Allergiker brauchen das dringend. Sie sind froh über die Möglichkeiten des neuen elektronischen Polleninformationssystems.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Krahel von den GRÜNEN gemeldet. Bitte schön, Herr Krahel.

Andreas Krahel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Seidenath, Sie haben das Landespflegegeld erwähnt. Sie haben sehr plakativ geschildert, wie wichtig es für die Menschen sei, die dieses Land aufgebaut hätten. Der Ministerpräsident meint, die Abschaffung des Pflegegelds, die die FDP und wir fordern, sei menschenunwürdig. Ich möchte nachfragen, wie es denn mit der Würde der Menschen bestellt ist, die tagtäglich alle vier Stunden ihre Angehörigen von der linken Seite auf die rechte Seite lagern, die tagtäglich die Ernährungsaufnahme ihrer Angehörigen sicherstellen und die sich tagtäglich um deren Inkontinenzprobleme kümmern. Das alles findet in diesem Haushalt keine Berücksichtigung. Sie sagen vielmehr: 1.000 Euro für alle; damit lösen wir alle Probleme. – Wie ist das mit der Würde dieser Menschen vereinbar?

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Bernhard Seidenath (CSU): Mit den 1.000 Euro sind nicht alle Probleme gelöst. Es gibt noch viele andere Punkte, die im Einzelplan 14 enthalten sind. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben natürlich für die pflegenden Angehörigen viele weitere Verbesserungen. Wir entlasten sie durch Tages- und Nachtpflegeangebote, durch Förderung der Kurzzeitpflege, durch die Förderung von Pflegestützpunkten, für die wir 1 Million Euro geben. Ich bitte Sie, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Im Einzelplan 14 geht es nicht nur um das Landespflegegeld. Sie sollten weiterlesen. Es gibt viele andere Punkte. Wir fördern ein Pflegeübungszentrum, das meine Fraktion in Rhön-Grabfeld ermöglicht hat. Wir haben es in Mellrichstadt in der vorletzten Woche eröffnet. Wir fördern für dieses Pflegeübungszentrum ein Pflegemobil. Wir wollen auch bezahlbaren Wohnraum für professionell Pflegende durch ein Modellprojekt in Dachau fördern.

Was Sie, Herr Krah, vorhin gesagt haben, geht an der Realität total vorbei. Sie hätten uns sagen sollen, wofür das Geld tatsächlich gebraucht wird. Wir haben die Antworten mit unserem Haushalt gegeben. Das betrifft auch die Themen Digitalisierung, Robotik usw. Ich bitte Sie einfach, den Einzelplan 14 in Gänze zu lesen. Jetzt reicht die Zeit nicht, um weitere Nachhilfe zu erteilen. Wir können das aber gern in einem bilateralen Gespräch machen.

(Beifall bei der CSU – Andreas Krah (GRÜNE): Noch einmal meine Rede nachlesen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Seidenath. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Haubrich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erinnern Sie sich an die Osterfeiertage? Wahrscheinlich haben Sie sie im Kreise Ihrer Familie verbracht. Das kann sehr anstrengend sein, aber Familie ist auch etwas sehr Schönes. Im Kreise der Familie verbringt man Ferien, Hochzeiten,

Geburtstage und Taufen. Mein Zuhause ist dort, wo meine Familie ist, wo meine Kinder sind. Ich bin froh, dass für uns in Bayern die Familie so wichtig ist.

Die Familie scheint oft etwas Selbstverständliches zu sein; doch jedes zehnte Paar ist ungewollt kinderlos und kann keine eigene Familie gründen. Jeder von uns kennt jemanden, der dank künstlicher Befruchtung dennoch schwanger geworden ist: Bekannte, Geschwister, eigene Kinder. Der Weg der künstlichen Befruchtung ist hart: die Hormonbehandlungen, die Ungewissheit, die Verzweiflung, wenn das Ergebnis wieder negativ ist – und vor allem ist das teuer. Jeder Versuch kostet 2.000 Euro. Seit der Gesundheitsreform 2004 übernehmen die Kassen nur noch 50 % der Kosten. Der Bund beteiligt sich, wenn sich auch das jeweilige Bundesland an den Kosten beteiligt – sprich: ein Förderprogramm auf die Beine stellt. Acht Bundesländer haben das getan. In Bayern gibt es kein Förderprogramm. Der Haushaltsplan sieht keines vor. Die Argumentation lautet, der Bund solle das komplett übernehmen. Meine Damen und Herren, machen wir es uns hier nicht etwas zu einfach? – So lassen wir die Leute allein mit ihrem Wunsch nach Familie, allein mit dem Gefühl, hilflos, machtlos, unzureichend zu sein. Wir müssen diesen Menschen helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade queere Menschen, die eine Regenbogenfamilie gründen wollen, werden alleingelassen. Vor knapp dreieinhalb Jahren hat das Bundesministerium seine Förder Richtlinien angepasst. Auch Paare ohne Trauschein werden seitdem als Lebensgemeinschaften von Mann und Frau unterstützt. Doch homosexuelle Paare werden immer noch alleingelassen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass gleichgeschlechtliche Paare und Transmenschen bei ihrem Kinderwunsch unterstützt werden. Jeder Mensch braucht Familie. Wir verweigern ihnen dieses Recht. Das ist nicht fair.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frauen, die keinen Partner haben, haben auch keinen Anspruch auf künstliche Befruchtung. Aber wenn der Wunsch nach einer eigenen Familie, nach einem eigenen

Kind da ist, dann müssen wir doch helfen. Lassen Sie uns ein Förderprogramm aufstellen, das Menschen ermöglicht, eine Familie zu gründen! Investieren wir also in die Familie, sodass zumindest das Geld nicht das Problem ist! Da können wir ansetzen, und da können wir helfen.

Investieren müssen wir ganz klar auch in den Klimaschutz. Wir haben genug Warnzeichen erhalten. Wir schaden unserer Erde und letztendlich auch uns selbst. Etliche Forscher und Studien sagen uns, dass die Politik endlich handeln muss. Da haben sie natürlich recht. Wo können wir also im Gesundheitsbereich ansetzen? Die CO₂-Emissionen eines Krankenhauses sind ungefähr zweimal so hoch wie die eines gleich großen Bürogebäudes. Klar, viele Geräte sind im Einsatz, viele Menschen werden versorgt. Das zieht natürlich viel Strom und braucht viel Platz; das ist auch wichtig für die Betten- und Operationssäle. Schätzungen gehen davon aus: Allein in Bayern könnten mit nachhaltigen Maßnahmen rund eine Million Tonnen CO₂ eingespart werden. Eine Million Tonnen! Aber nur circa ein Drittel der Krankenhäuser in Bayern bezieht seinen Strom aus nachhaltigen Stromanlagen. Das ist nicht nur wenig umweltfreundlich, das ist bei den momentanen Stromkosten auch unwirtschaftlich. Ich halte das Konzept der Green Hospitals deswegen für sehr gut. Die Staatsregierung hält diesen Posten im Moment viel zu niedrig. Hier müssen wir viel mehr investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn Krankenhäuser müssen zu ökologischer Nachhaltigkeit animiert werden. Es kann so viel getan werden: durch Maßnahmen wie mehr Solarenergie, bessere Fenster, Begrünung von Dächern, aber auch durch Möbel aus Echtholz, bei deren Herstellung Plastik vermieden wird. Deswegen fordern wir, dass das Förderprogramm dauerhaft erhalten und besser finanziert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich.
– Nächster Redner ist für die Fraktion FREIE WÄHLER Herr Kollege Prof. Dr. Peter Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Herzlichen Dank, dass ich hier als Patienten- und Pflegebeauftragter der Staatsregierung Stellung nehmen kann. Es hat mich schon sehr beeindruckt, was ich in der letzten Dreiviertelstunde gehört habe.

Aber zunächst möchte ich Sie als Mediziner eindrücklich daran erinnern: Es gibt wirklich Tausende Krankheitsbilder, aber es gibt nur eine Gesundheit. Das sollte uns eigentlich tragen, das sollte uns eigentlich ein Auftrag sein, für das Gesundheitswesen alles zu tun, was man tun kann.

Dafür braucht man engagierte Menschen, die diese Arbeit übernehmen. Deswegen ist es mir ein Herzensanliegen, mich bei allen Pflegerinnen und Pflegern, bei allen Ärztinnen und Ärzten und bei allen anderen, die im Gesundheitswesen tätig sind, zu bedanken. Ich bedanke mich aufrichtig für Ihre Empathie, für Ihre soziale Kompetenz, für Ihre Liebe zu den Menschen, die im Gesundheitswesen unabdinglich ist. Danke für Ihr großartiges Engagement und für Ihre Hilfe!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Danke für Ihre Hilfe, wenn wir bedürftig sind. Deswegen sage ich auch an dieser Stelle: Gesundheit geht uns alle an, früher oder später oder vielleicht jetzt schon.

Es ist äußerst wichtig für Bayern, dass wir einen kräftigen Haushalt aufgestellt haben, der die Gesundheits- und Pflegebedürfnisse klar unterstützt. Viele Zahlen sind schon von Herrn Kühn, von Ihnen und den anderen Vorrednern genannt worden. Deswegen möchte ich nur stichpunktartig auf die Schwerpunkte eingehen, die ich sehe.

Im Doppelhaushalt stehen zum Beispiel 120 Millionen Euro für die Förderprogramme zur Stärkung der Pflegeinfrastruktur. Das ist in den Reden der Opposition völlig untergegangen. Haben Sie das nicht zur Kenntnis genommen? 120 Millionen für die Stärkung der Pflegeinfrastruktur! Ja, was wollen wir dazu noch mehr sagen?

Dauerpflegeplätze, was heißt das? Außerdem stellen wir in diesem Haushalt 500 Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung.

Umbau und Einrichtungen zur Barrierefreiheit sind hier auch enthalten.

Wir unterstützen auch viele andere Wohnformen, ambulante Wohnformen. Seit Jahren bemühe ich mich darum, andere Wohnformen zu fördern. Hier ist endlich ein Haushaltstitel enthalten, der dieses abbildet. Das könnte man doch auch einmal positiv sagen.

Zu den 500 Kurzzeitpflegeplätzen: Ich habe gerade in der Verwandtschaft mit dem Problem zu tun, dass ein Kurzzeitpflegeplatz gesucht wird. Ich weiß, was das bedeutet. Von heute auf morgen wird man operiert, hat einen Unfall, und ist dann auf einen Kurzzeitpflegeplatz angewiesen. Hier haben wir doch die Weichen richtig gestellt. Hier haben wir doch die Betreiber entlastet, indem wir jetzt auch für Vorhalteplätze etwas zahlen können, bis zu 10.000 Euro pro Jahr. Das sind doch wirklich neue Leuchtpunkte. Das ist doch wirklich ein neuer Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte weitergehen. Das Pflegeberufereformgesetz ist ganz neu auf der Bundesebene. Auch hier haben wir sofort reagiert. Hier werden wir insgesamt 45,8 Millionen – Herr Kühn hat es schon erwähnt – einsetzen. Es gibt also neue Wege, Zukunftswege, um die Probleme in der Zukunft besser bewältigen zu können.

Natürlich ist mir der Erhalt der kleinen Krankenhäuser ein Herzensanliegen. Ausfluss des Koalitionsvertrags von CSU und FREIEN WÄHLERN ist es, dass hier erstmals 25 Millionen eingestellt werden. Sie glauben gar nicht, wie hoch die rechtlichen Hür-

den dafür sind; darauf will ich gar nicht näher eingehen, weil es eine Bundesangelegenheit ist. Aber wir haben einen rechtlich einwandfreien Weg gefunden, das auch in Bayern zu machen. Dafür bin ich sehr dankbar. Diesen Weg müssen wir weitergehen.

Zur Landarztquote: Wir reagieren in dem Koalitionsvertrag auf den Mangel an Landärzten erstmals damit, dass wir 2.000 neue Medizinstudienplätze zur Verfügung stellen. Welches Bundesland macht das noch? – Wenn man erst ein halbes Jahr an der Regierung ist, kann man heute nicht sagen, da muss alles perfekt sein. Wir, die CSU- und die FREIE-WÄHLER-Fraktion, haben uns aber ganz klar dazu bekannt, dass wir mit 2.000 neuen Studienplätzen für Medizin dieses Problem ganz konkret angehen. Nennen Sie mir ein Bundesland, das Ähnliches macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Noch eines möchte ich sagen und dabei auf das eingehen, Frau Waldmann, was Sie zum Ärztestreik ausgeführt haben. Ja, wollen Sie uns zum Rechtsbruch aufrufen, indem wir in die Tarifhoheit der Kommunen eingreifen? Soll das Staatsministerium hier eingreifen?

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Diese Aussage sollten Sie sich noch einmal überlegen. Diese populistische Aussage kann ich so nicht akzeptieren. Ich habe lang genug auch Nachtdienst gemacht und weiß, was dort abläuft. Aber das Staatsministerium kann in die Tarifhoheit, die grundgesetzlich geschützt ist, nicht eingreifen. Das ist ganz, ganz klar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Harald Güller (SPD): Dann sollen wir sie mit Investitionen fördern, dann haben die Krankenhäuser mehr Geld für Tarifverträge!)

Zu den Fallpauschalen: Das ist Ihnen besonders wichtig, die DRGs werden zu Recht kritisiert. Aber zu dem Kollegen Spitzer sage ich ein ganz klares Wort: Wer die Vergangenheit nicht kennt und nicht die richtigen Schlüsse daraus zieht, der kann niemals

die Zukunft und die Gegenwart gestalten. Es ist unsere Aufgabe, immer wieder daran zu erinnern, was es in den letzten Jahren falsch gelaufen ist. Die DRGs haben Sie, SPD und GRÜNE, auf Bundesebene unter der Gesundheitsministerin Fischer von den GRÜNEN eingeführt. Das war ein großer Fehler. Den müssen wir korrigieren; hier müssen wir umsteuern.

Es ist auch wichtig, Herr Kollege Spitzer, dass Sie sich daran erinnern, auch wenn Sie noch sehr jung sind: Ihr Kollege Heubisch und ich waren jahrelang Landespolitiker und haben auf Landesebene miteinander bei diesen Themen für unsere Patienten gekämpft.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Dr. Bauer, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sie sollten sich vielleicht auch mit ihm darüber unterhalten, was wir gemacht haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit; ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag und ich möchte mich bei allen bedanken, die mich als Patienten- und Pflegebeauftragten unterstützen: beim Ministerium, bei der Ministerin, bei der Amtsleitung. Herzlichen Dank und alles Gute.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Prof. Dr. Bauer, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es folgen zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Kollegen Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Prof. Bauer, vielen Dank für das Kompliment, dass Sie mich noch als "jung" betiteln. Aber ich möchte schon mal ein bisschen mit der politischen Rhetorik aufräumen, die immer vorgetragen wird. Sie sprechen von 2.000 neu geschaffenen Studienplätzen. Das ist grundsätzlich richtig. Aber

Sie müssen auch ehrlich sein und dazu erwähnen, dass diese 2.000 Studienplätze in Gänze erst bis 2032 geschaffen werden. –Ist das, was ich sage, richtig?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte schön, Herr Prof. Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Das ist nicht unser Ziel. Wir wollen das früher schaffen. Sie haben ja gehört, dass wir damit in Augsburg angefangen haben und auch mit Erlangen zusammenarbeiten. Ich glaube, wir schaffen das eher. Das ist auf jeden Fall das Ziel, das eher zu schaffen. Unser gemeinsames Ziel in der Koalition lautet: in dieser Legislaturperiode.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Zwischenbemerkung von Kollegin Ruth Waldmann von der sozialdemokratischen Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Nachdem mir zum zweiten Mal das Wort im Mund umgedreht worden ist, muss ich mich jetzt doch noch mal zu Wort melden.

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen: Ich habe hier doch wirklich deutlich gemacht, dass es darum geht, die Investitionen in die Krankenhäuser zu fördern, damit die Gelder aus den Behandlungsleistungen und aus anderen Leistungen nicht zweckentfremdet werden müssen; diese fehlen den Krankenkassen dann, um Ärzte einzustellen und Pflegekräfte zu bezahlen. Das hat überhaupt nichts mit der Tarifautonomie zu tun. Das sollten Sie eigentlich auch verstanden haben. Ich kann das so nicht stehen lassen. Es ging um die Investitionsförderung für die Krankenhäuser.

Bei der zweiten Sache war ich, ehrlich gesagt, etwas erstaunt. Herr Seidenath hat mir ja vorhin unterstellt, ich würde erst seit zwei Tagen wissen, dass es Ärztemangel gibt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das haben Sie so gesagt!)

Ich finde das, ehrlich gesagt, unterirdisch, so etwas herauszuhören. Wir kennen uns jetzt schon ein paar Jahre. Von der Impfpflicht dann auch noch zu sagen, diese wolle man mit Handschellen durchsetzen. – So ein Schmarrn!

(Beifall bei der SPD)

Es ging darum, den Zugang zu Kitas und Schulen zu regeln. Es ist auch bei anderen Impfpflichten, die es schon lange gibt, noch niemand mit Handschellen vorgeführt worden. Ich muss mich also schon sehr über dieses Niveau wundern.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Geschätzte Frau Kollegin, die Frage an den Herrn Seidenath kann ich nicht beantworten. Das sollten Sie vielleicht einmal in einem eigenen Gespräch klären.

Ich möchte auf Ihre Äußerung zum Ärztestreik eingehen. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie den als ein Versagen der Staatsregierung dargestellt haben. So habe ich Sie verstanden und darauf habe ich reagiert. Ich habe deswegen noch einmal klargemacht, dass es die Tarifhoheit gibt, die wir schützen und natürlich sehr anerkennen. Als Patientenbeauftragter kriege ich diese Zuschriften ja auch. Ich kann mich an einen Notdienst von 72 Stunden Dauer erinnern. Ich will nicht sagen, dass das gut ist. Aber es gibt halt manchmal eine Notsituation, die bewältigt werden muss. Als junger Mensch schafft man das auch. Das sollte natürlich nicht so sein. Aber hier – so habe ich das verstanden – noch einmal einzugreifen und uns Vorwürfe zu machen – –

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

– Wenn nicht, dann reden wir noch einmal drüber. Das ist kein Problem. Dann entschuldige ich mich auch bei Ihnen. Aber das ist einfach so bei mir so angekommen. Es stört mich, dass Sie es so darstellen, als ob wir in ein wichtiges Recht des Grundgesetzes eingreifen wollten und das Ministerium hier versagt habe. Dagegen verwehre ich mich und mache das auch nach wie vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Bauer. – Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Magerl, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Landespflegegeld ist vorhin schon durch die Kollegen Krahel und Spitzer ausreichend angesprochen worden. Es kommt nicht so oft vor, dass wir einmal mit den GRÜNEN einer Meinung sind, aber in dem Fall sind wir es. Wir sehen das Thema genauso, wie von beiden Kollegen im Vorfeld angesprochen. Beim Green Hospital hört das Einverständnis von unserer Seite allerdings schon wieder auf. Das ist eine Sache, die nur noch Kopfschütteln auslöst.

Mein Fraktionskollege Andreas Winhart hat in seiner Rede vorhin schon im Großen und Ganzen angeschnitten, woran dieser zu verabschiedende Haushalt unserer Meinung nach krankt. Besonders bemerkenswert ist für uns folgende Posse: Wie gründet man als Staat eine eigene Lobbyorganisation, – hier die Vereinigung der Pflegenden in Bayern –, die so tut, als vertrete sie die Pflegenden in Bayern? – Ich muss jetzt keine großen Ausführungen machen. Wenn die damals alleinregierende CSU eine Idee hatte, wurde diese dank komfortabler Mehrheit hier im Haus auch umgesetzt. Sinn und Unsinn standen auf zwei verschiedenen Blättern. So entstand die Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Die viel sinnvollere Lösung einer Pflegekammer hatte man vorher brav madig geredet und die Interventionen der damaligen Opposition gewohnt arrogant ignoriert, übrigens auch die damalige Kritik des jetzigen Steigbügelhalters: der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der AfD)

Was haben Sie damit geschaffen? Eine tolle Sache? – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das sagen zum Teil nicht einmal Ihre eigenen Anhänger. Wir brauchen nicht darüber zu reden: Pflege braucht endlich eine starke Stimme in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Um den Pflegenotstand endlich in den Griff zu bekommen, muss diese Stimme gut organisiert sein, sich für bessere Arbeitsbedingungen stark machen, eine gute Bezahlung fordern und die Attraktivität des Berufs steigern. Hier ist es nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern schon weit nach zwölf.

Berufsständische Vertretungen haben in der Regel eine Gemeinsamkeit: Sie werden von Arbeitnehmern gegründet, organisieren sich selbst und punkten mit unabhängiger guter Arbeit. In Bayern macht man das Ganze allerdings anders. – Gegründet vom Freistaat, die Aufgaben nahezu fix vorgegeben und die Aufsicht führt der Freistaat nicht nur als Rechtsaufsicht über die Körperschaft, sondern auch dadurch, dass er den Vorsitzenden des Beirats bestellt. Das muss man nicht wirklich verstehen. Ich frage Sie ernsthaft: Wovor haben Sie denn da Angst? – Dass sich die Pflegenden in Bayern selbstständig organisieren und der Staatsregierung aufzeigen könnten, wo diese in den vergangenen Jahren geschlafen oder einfach nur Mist gebaut hat? – So gesehen war es eigentlich klug, die Vereinigung selbst zu gründen und die Kette, an die sie gelegt wurde, gleich selbst zu schmieden.

Wir sollen hier jetzt die Hand heben, auf dass Sie Geld in die Vereinigung zwangsfundieren können, damit diese am Leben bleibt. Was bringt das den Pflegenden? – Wir vermuten: nichts. Die Vertreter der Vereinigung waren im Gesundheitsausschuss. Es hat knapp eineinhalb Jahre gedauert, nur um sich zu finden und eine erste Wahl zu organisieren. – Prima, bei dieser Arbeitsgeschwindigkeit werden wir 2030 keine Pflegenden mehr haben. Selbst der Bayerische Landespflegerat sieht für die Vereinigung keine wirkliche Zukunft und fordert weiterhin vehement eine Kammer. Ich rede nicht einmal von dem Umstand, dass dort noch nicht einmal tausend Menschen Mitglied geworden sind.

Mit Ladenhütern und Rohrkrepieren kennen Sie auf der Regierungsbank sich aus. Wir fordern deshalb weiterhin die Einrichtung einer Pflegekammer und damit die sofortige Auflösung der Vereinigung der Pflegenden in Bayern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Magerl, Ihr Schlusssatz bitte!

Roland Magerl (AfD): – Einen Satz noch. – Wir werden deshalb auch konsequent gegen die Haushaltsmittel für eine staatlich organisierte Lobbyorganisation stimmen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat der Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich für die SPD auf zwei Themen noch kurze Schlaglichter werfen.

Zuerst das Thema Geburtshilfe: Wir haben erfreulicherweise in Bayern wieder deutlich mehr Geburten. Die Zahlen steigen, die Zahl der Hebammen steigt, aber die Versorgungsquote insgesamt sinkt leider. Wir stehen selbstverständlich hinter dem Hebammenbonus und dem Niederlassungszuschuss. Beide Themen werden übrigens seit Jahren von unseren Kollegen in den Ausschüssen so gefordert und von uns auch mitvorgeschlagen. Wir sagen allerdings, dass in den Ministerien in den kommenden Jahren noch drei Dinge erledigt werden könnten.

Erstens. Wir haben künftig eine akademische Ausbildung. Eine solche Ausbildung ist dann attraktiv, wenn sie in Bayern flächendeckend angeboten wird. Wir haben hier momentan große Lücken in Schwaben, Unterfranken, Mittelfranken und Oberfranken. Für junge Menschen ist es zweifellos auch ein Faktor, wenn in diesen Bereichen Ausbildungsmöglichkeiten, Fortbildungsmöglichkeiten und dann auch Studienmöglichkeiten bestehen. Das muss gewährleistet sein.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Kolleginnen und Kollegen, für die Attraktivität der Arbeit als Hebamme ist es auch wichtig, wie diese bei der geburtlichen Hilfe, wenn diese in einem Krankenhaus stattfindet, eingebunden ist. Bin ich nur die "Hilfsperson" für die Ärztinnen und Ärzte oder arbeite ich auf Augenhöhe, habe meinen eigenen Verantwortungsbereich und klar definierte Mitsprache- und Entscheidungsrechte? – Kolleginnen und Kollegen, hier kann und muss man noch viel machen.

Der dritte Punkt ist die Bezahlung. Es kann ja nicht sein, dass die Bezahlung im Krankenhaus nach dem Motto funktioniert: Wenn es zu einem Kaiserschnitt kommt, bekommt der Arzt plötzlich alles und die Hebamme nichts mehr. Das heißt nicht, dass der Arzt nichts bekommen soll. Aber für die Hebammen ist es doch auch fast die gleiche Arbeit der Betreuung, wenn es zu einem Kaiserschnitt kommt. Kolleginnen und Kollegen, deswegen muss die Bezahlssystematik hier verändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweites Schlaglicht ist das Thema "stationäre Pflegeeinrichtungen". Kollegin Waldmann hat in ihrer Rede schon viel zum Thema Pflegestützpunkte und zu den Pflegekräften gesagt. Ich sage – die SPD hat das auch konkret beantragt –, dass wir bei den stationären Pflegeeinrichtungen, bei den Ersatzneubauten und bei der Modernisierung deutlich mehr tun müssen, als im jetzigen Haushalt vorgesehen ist. Im Gegensatz zu den GRÜNEN und der FDP mache ich keine Aufrechnung zwischen Landespflegegeld und diesen Maßnahmen, sondern ich sage: Bei diesem Haushalt, den wir heute früh in der Generaldebatte über den Einzelplan 06 diskutiert haben, ist es möglich, dass dieses starke Land Bayern beides macht: Landespflegegeld und Geld für eine Modernisierung und den Ersatzneubau von Pflegeeinrichtungen ausgeben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, je mehr wir das Thema Kurzzeitpflege auf dem Schirm haben, desto mehr stellt sich die Frage nach einem Verdrängungswettbewerb: Welche Plätze werden für längerfristige stationäre Pflege zur Verfügung gestellt und

wie viele für die Kurzzeitpflege? – Da kann das Ministerium noch eine ganze Menge machen, ohne viel Geld auszugeben. Sorgen Sie zusammen mit den Pflegekassen dafür, dass es ordentliche Versorgungsverträge für die Träger gibt. Viele Kommunen und Landkreise haben sich derzeit gezwungenermaßen auf den Weg gemacht. Ein Träger hat erhöhte Aufwendungen, wenn er Kurzzeitpflegeplätze immer freihält und das ganze Jahr vorhält, sodass sie auch planbar sind. Das kostet mehr Geld. Es gibt Landkreise, die dafür extra Förderprogramme aufgelegt haben. Lassen Sie diese Landkreise nicht im Stich, sondern arbeiten Sie mit ihnen und den Pflegekassen an ordentlichen Verträgen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wird das etwas.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. Frau Staatsministerin Melanie Huml hat sich zu Wort gemeldet.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, ich finde es toll, dass wir heute in dieser Art und Weise auch über unseren Haushalt diskutieren können. Das zeigt, dass es nicht nur Zahlen sind, sondern dass es auch um Menschen geht. Das ist mir persönlich auch immer sehr wichtig. Wenn wir über Gesundheits- und Pflegepolitik sprechen, geht es immer um Menschen, die gut versorgt werden wollen und um die wir uns kümmern müssen. Deswegen ein Dankeschön an alle, die an die Menschen denken und sich um die Menschen kümmern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dass die Themen Gesundheit und Pflege auch den Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig sind, erleben wir tagtäglich in ganz vielen Gesprächen, bei vielen Terminen vor Ort, in Telefonaten, in Briefen und überall dort, wo wir Kontakt haben. Aber es gibt auch Umfragen dazu. Laut ARD-Deutschlandtrend halten 97 % die Themen Gesundheit und Pflege für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Diese Themen sind deshalb auch so wichtig – unser Patienten- und Pflegebeauftragter hat das zu Recht erwähnt –, weil es uns eben auch treffen kann. Deswegen müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die Versorgung bestmöglich hinbekommen können. Mir ist bewusst, dass vieles Bundespolitik ist. Aber auch da sind wir nicht leise.

Wir wollen in Bayern das Bestmögliche. Klaus Holetschek hat es vorhin angesprochen: Wir haben schon vieles auf den Weg gebracht. Wenn ich in Gesundheitsminister-Runden bin, erlebe ich, wie mancher Kollege zu uns schaut. Auch wir gucken mal über den Tellerrand, keine Frage. Aber wenn es um Krankenhausförderung geht, schauen viele meiner Kollegen ein Stück weit neidisch zu uns: 643 Millionen Euro können wir zusammen mit den Kommunen für die Krankenhäuser in Bayern ausgeben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist doch ein Wort. Vorhin wurde kritisiert, dass das immer noch zu wenig ist und wir noch auf mehr schauen sollten, auf die Betriebskosten usw. Liebe Kollegin Waldmann, ich darf darauf hinweisen, dass wir uns auch hier eingebracht haben. Wir haben in der Koalition auf Bundesebene dafür gesorgt, dass die Pflegekosten aus den DRGs rausgerechnet werden und die Pflegekräfte wirklich von dem Geld bezahlt werden, das für sie gedacht ist. Dieses kann nicht für irgendetwas anderes verwendet werden, was Sie vorhin unterstellt haben.

(Ruth Waldmann (SPD): Das passiert aber!)

Wir haben deswegen in Bayern im Doppelhaushalt noch mal unsere Pauschalmittel für diesen Bereich der Krankenhausförderung erhöht, damit die Krankenhäuser hier mehr Möglichkeiten und mehr Spielraum haben. Wir reagieren schon auf das, was Sie hier anmerken. Wir haben auch dafür gesorgt – auch das wurde schon erwähnt –, dass eine Steigerung bei den Tarifen komplett ausgeglichen wird und sich nicht der Träger darum kümmern muss, wenn eine Pflegekraft eingestellt und tariflich bezahlt

wird und es dann zu einer Steigerung bei den Tarifen kommt. Auch das ist uns auf Bundesebene gelungen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das heißt, die Krankenhausversorgung in Bayern ist gut. Wir wissen aber auch, dass Krankenhäuser zum Teil vor Umstrukturierungsprozessen stehen, dass es um die Frage geht, ob wirklich jedes Haus alles vorhalten kann. Dabei wollen wir die Krankenhäuser, vor allem die kleinen Krankenhäuser, unterstützen. Deswegen steht in unserem Koalitionsvertrag auch ein Förderprogramm, mit dem wir die kleinen Krankenhäuser beim Umstrukturieren unterstützen wollen. Wir wollen, dass sie sich überlegen, was künftig möglich ist, was sie noch betreiben können, wie sie sich aufstellen können, wie sie mit anderen Häusern kooperieren können. Damit sie den Mut haben, das auch anzugehen, wollen wir sie unterstützen und nicht im Regen stehen lassen. Das ist das Förderprogramm für die kleinen Krankenhäuser.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der ländliche Raum war vorhin auch ein Thema. Bei unserer momentanen Krankenhausförderung von sage und schreibe 128 Projekten, die wir gerade im Krankenhausbauprogramm haben, sind 90 Maßnahmen im sogenannten ländlichen Raum, mit 1,8 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich lasse mir wirklich nicht sagen, dass wir für die Krankenhäuser im ländlichen Raum nichts tun. Wir schauen, dass es eine Krankenhausversorgung in Stadt und Land gibt, die gut für die Menschen in Bayern ist.

Wir wollen aber natürlich nicht nur, dass die Menschen im stationären Bereich gut versorgt sind. Das ist ein Anliegen, das ist klar. Aber wir müssen auch auf den ambulanten Bereich schauen. Wir sind damit konfrontiert, dass wir da und dort auch einen Bedarf an Ärzten haben. Deswegen ist uns das ein Anliegen. Wir haben auch hier ein

Förderprogramm auf den Weg gebracht. Ich darf sagen, dass auch das heuer, in 2019/ 2020, wieder mit 15,3 Millionen Euro hinterlegt wird. Es geht darum, dass wir die Niederlassungen fördern wollen. Es geht darum, dass wir die Studierenden im Stipendien-Programm unterstützen wollen, oder um innovative Versorgungskonzepte. 15,3 Millionen Euro im Doppelhaushalt, um Mediziner in die Fläche zu bekommen – das ist doch ein Wort. Das können nicht viele Länder.

(Beifall bei der CSU)

Die Stipendien haben wir inzwischen übrigens auf 600 Euro erhöht. Das wurde dank eines Antrags der CSU-Fraktion vom Landtag auf den Weg gebracht. Früher waren es 300 Euro, inzwischen sind es 600 Euro, weil wir schon die Studierenden gewinnen wollen, sich dafür zu interessieren, danach auf dem Land tätig zu sein.

Es gibt das BeLA-Programm, bei dem es darum geht, dass die Universitätskliniken mit Krankenhäusern in der Fläche zusammenarbeiten. Wir haben die Zahl der Studienplätze erhöht. Das ist auch schon erwähnt worden. Das wurde auch ganz deutlich in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Wir wollen eine Landarztquote. Auch das ist ganz klar. Mich treibt es auch um, wenn jemand zu mir sagt: Ich würde so gerne Arzt werden, aber ich habe halt nicht die Note 1,0, sondern liege ein bisschen darüber. – Wir wollen schauen, dass diese jungen Leute auch eine Chance haben, einen Studienplatz zu bekommen. Sie müssen sich dann aber verpflichten, dahin zu gehen, wo die Ärzte benötigt werden. Das ist dann die Bedingung bei dieser Landarztquote. Das werden wir jetzt zügig angehen, sodass wir 5 % der Studienplätze für solche jungen Menschen reservieren können. Da wird es dann um den Mediziner test gehen, um ein Ehrenamt, um Ausbildungen, die schon gemacht wurden. Das wollen wir mit der Landarztquote berücksichtigen. Ich glaube, das ist sinnvoll.

(Beifall bei der CSU)

Eines ist mir noch wichtig: Häufig sprechen wir von ganz Bayern. Bayern ist nicht überall gleich. Die Regionen sind unterschiedlich. Unsere Gesundheitsregionen plus werden sehr gut angenommen. Inzwischen sind es 50 an der Zahl. Wir wollen sie fortführen. Herr Dr. Spitzer, ich erhalte viele Briefe, in denen es heißt: Wir freuen uns über die Gesundheitsregionen. Ich erhalte auch viele Briefe zum Landespflegegeld und zu den Niederlassungen. In vielen Briefen wird positiv über unsere Förderprogramme gesprochen. Klar gibt es auch Briefe, die weitere Forderungen enthalten. Das ist logisch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gesundheitsregionen plus wollen wir weiter fördern, aber wir wollen uns auch – das ist schon angesprochen worden – um die Kleinsten kümmern. Es geht um die Hebammen und die Geburtshilfe. Es ist wichtig, etwas für unsere Hebammen zu tun. Zum Teil müssen Geburtsstationen schließen, weil es dort nicht genügend Hebammen, aber auch nicht ausreichend Belegärzte gibt. Manchmal sind die Geburtsstationen für das Krankenhaus auch nicht wirtschaftlich.

Wir wollen an allen drei Punkten ansetzen. Wir haben uns auf Bundesebene darum gekümmert, dass die Hebammen im Hinblick auf die Haftpflichtprämie eine Mordsentlastung erhalten. Wir zahlen einen Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro. Das kommt den Hebammen wirklich direkt zugute.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ab Herbst wollen wir ein Gründerpaket für Hebammen auf den Weg bringen. Wenn eine Hebamme eine freiberufliche Tätigkeit aufnimmt, erhält sie 5.000 Euro.

Die erste Säule unseres Geburtshilfe-Förderprogramms wird übrigens phänomenal angenommen. Wir stellen den Kommunen vor Ort 40 Euro pro geborenem Kind zur Verfügung, damit sich die Kommunen vor Ort Gedanken machen. Nicht überall ist alles gleich. München ist ganz anders als eine Region in Oberfranken. Wir müssen immer schauen, dass es passgenau ist. Deshalb sollen sich die Kommunen vor Ort Konzepte überlegen. Inzwischen gibt es wunderbare Konzepte, die mit diesem Geld, das gar nicht so viel ist, entwickelt worden sind. Die Menschen vor Ort sprechen mit-

einander. Das ist schon einmal ganz wichtig. Die Hebammen setzen sich mit den Landräten und den Krankenhäusern zusammen, um zu überlegen, wie die Versorgung der jungen Familien verbessert werden kann. Inzwischen gibt es Hebammensprechstunden, damit nicht jeder irgendwo anrufen muss, um zu erfahren: Da kann ich nicht. Die hat Zeit, die hat keine Zeit. Das wird jetzt koordiniert. Die Hebammen schließen sich bei Fort- und Weiterbildungen zusammen. Sie organisieren gemeinsam Bereitschaftsdienste. Im Moment läuft in Bayern richtig viel. Ich bin ganz stolz darauf, dass das wirklich so gut angenommen wird. Wir werden weitermachen. Wir haben das Programm im Herbst letzten Jahres auf den Weg gebracht. Über 40 Anträge waren sofort da. Es gibt Programme, die man erst einmal unter das Volk bringen muss. Der Bedarf war sofort da. Wir werden weiterarbeiten.

Die zweite Säule des Geburtshilfe-Förderprogramms ist heute schon angesprochen worden. Ein Krankenhaus macht mit einer Geburtsstation Defizite, wenn es über die DRGs nicht ausreichend abrechnen kann. Dann gehen wir als Freistaat Bayern rein und sagen: Wir unterstützen dich. Wir übernehmen über eine Förderung einen Teil dieses Defizits für dich, damit du weiter Geburtshilfe betreibst. Wir wollen die Geburtshilfe auch in der Fläche haben. Für Bayern als Flächenland ist das unwahrscheinlich wichtig. Dafür arbeite ich, und dafür arbeiten wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin sehr dankbar, wenn wir mit 26 Millionen Euro für die erste und zweite Säule des Förderprogramms heute hier herausgehen. Das haben wir uns im Koalitionsvertrag so überlegt.

Jetzt verlasse ich einmal den Bereich Gesundheit und gehe zum ebenfalls enorm wichtigen Bereich der Pflege. Ich erlebe auch immer wieder bei Familien im Freundes- und Verwandtenkreis, was es heißt, pflegender Angehöriger zu sein. Das ist etwas, was mich umtreibt. Wie können wir die pflegenden Angehörigen noch besser unter-

stützen? – Liebe Herr Kollege Krah, Sie haben von Schaufensterpolitik gesprochen. Schauen Sie sich wirklich den Haushalt einmal an. Dort steht etliches drin.

In die Förderprogramme für Investitionen in die Altenpflege haben wir bewusst nicht nur das Pflegeheim, sondern auch die Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege aufgenommen. Dazu zählen auch innovative Konzepte für die Öffnung in die Quartiere. Es geht nicht darum, ein Haus mit 80 Betten am Waldesrand zu bauen. Nein, wir wollen Träger dabei unterstützen, sich in der Ortsmitte anzusiedeln. Das ist einerseits gut für alle, die sich stationär in Pflegeheimen befinden, andererseits erhalten diejenigen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, ab und an eine Entlastung über eine Tages- oder Nachtpflege. Wir brauchen innovative Konzepte, um die Grenzen zu überwinden. Wir müssen nicht nur in den Kategorien ambulant und stationär, sondern stärker vom Pflegebedürftigen her denken. Das ist mein Wunsch. Dahin möchte ich kommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wird immer viel kritisiert, dass wir nur neun Pflegestützpunkte haben. Wir sind froh, dass wir sie haben. Wir wollen auch noch mehr. Das ist ganz klar. Wir haben jedoch nicht nur die Pflegestützpunkte. Gerade verhandeln die kommunalen Spitzenverbände mit den Kassen. Dabei sitze ich nicht mit am Tisch. Zuerst muss dort verhandelt werden, bevor es weitergeht. Daran können wir nicht rütteln. Ich hoffe, dass es wirklich gut weitergehen kann. Wir haben auch noch die Fachstellen für pflegende Angehörige. Das darf man einfach nicht vergessen. Da sind über 100 Fachstellen in ganz Bayern. Hier und dort gibt es vielleicht noch einen weißen Fleck – okay. Man kann jedoch nicht so tun, als ob sich Menschen, die pflegebedürftig werden oder sind, nur an neun Orten beraten lassen können. Das stimmt schlichtweg nicht. Es gibt mehr Stellen. Es gibt die Pflegekassen, die Fachstellen für pflegenden Angehörige, die Pflegestützpunkte, das Ministerium in Nürnberg und München sowie das Landesamt für Pflege in Amberg. Es gibt mehr Stellen, in denen man sich beraten lassen kann. Ich bitte Sie, das zu akzeptieren und wahrzunehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe unwahrscheinlich viel Respekt vor den Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause versorgen und pflegen. Ich habe Respekt davor, was in diesen Familien geleistet wird. Übrigens werden 70 % der Pflegebedürftigen in Bayern über die Familie oder ambulante Dienste zu Hause versorgt. An dieser Stelle möchte ich all diesen Familien Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie das Landespflegegeld als Geldverschwendung bezeichnen, tut das fast schon weh, wenn ich das so sagen darf. Wir wollen den Menschen, die zu Hause oder anderswo versorgt werden, mit diesen 1.000 Euro die Möglichkeit bieten, selbstbestimmt zu handeln. Das ist für diese Generation ganz wichtig. Das ist die Generation, die zu einem großen Teil unser Land mitaufgebaut hat. Sie können sagen: Ich habe 1.000 Euro. Vorhin ist die Frage gestellt worden: Was ist, wenn dieses Geld für einen Friseurbesuch genutzt wird? – Für viele Menschen hat das etwas mit Würde zu tun, weil sie nicht das Geld haben, zum Friseur zu gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich Schreiben von Familienangehörigen bekomme, die mir erzählen, wie sich der Angehörige gefreut hat und was man als Familie davon unternehmen kann, dann merke ich, wie richtig diese Entscheidung gewesen ist. Ich bin da dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er diesen Anstoß gegeben hat, und ich bin dankbar, dass die Koalition mitgegangen ist und wir diesen Weg gemeinsam weitergehen. Das darf ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist klar: Wie ich es vorhin für den Medizinerbereich ausgeführt habe – das gilt übrigens genauso für die Therapeuten –, brauchen wir mehr Menschen, die sich für den Pflegeberuf begeistern lassen. Selbstverständlich haben wir nicht nur die Herzwerker-

Kampagne. Deren Erfolg war in der Altenpflege übrigens gar nicht so gering: Wir haben über 33 % Steigerung bei den Schülerzahlen erreichen können.

(Andreas Krahel (GRÜNE): Die gab es in anderen Bundesländern auch ohne Herzwerker-Kampagne!)

Von daher ist es trotzdem nicht verkehrt gewesen, diesen Weg zu gehen.

(Andreas Krahel (GRÜNE): Doch!)

Wir haben aber noch mehr Aktionen. Schauen Sie sich mal an, was wir von Bayern aus auch auf Bundesebene in der Koalition mit der "Konzertierten Aktion Pflege" angestoßen haben, wo wirklich viel auch über die Ministerien hinweg erarbeitet wird. Schauen Sie sich an, was wir hier in Bayern in der Generalistik voranbringen, indem wir ein Bündnis für die Generalistik gegründet haben, wo Regionalkonferenzen vor Ort laufen. Wir wollen diese generalistische Ausbildung, wo Krankenpflege, Altenpflege und Kinderkrankenpflege zu einem Berufsbild zusammenwachsen werden. Ich glaube, dass der eine oder andere junge Mensch dann mehr Motivation haben wird, in diesen Beruf zu gehen, weil er mehr Möglichkeiten hat. Aber das muss gut funktionieren. Ich bin mir bewusst, dass wir und die Träger vor Ort da noch einiges an Hausaufgaben zu machen haben. Da kann ich die Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag nur dazu auffordern: Lassen Sie uns vor Ort mit den Menschen und Trägern ins Gespräch kommen, damit die generalistische Ausbildung wirklich funktioniert.

Es ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie gehen wir mit Pflegekräften um, wenn ich das mal so sagen darf? Wenn der Sohn des Nachbarn sagt, er will in die Pflege gehen, klopfen wir dem auf die Schulter und sagen, super, danke, dass du das machst, oder fragen wir: Hast du nichts Besseres gefunden? – Das hängt doch damit zusammen, wie wir selber damit umgehen. Deswegen werde ich auch nicht müde, das hier zu unterstützen und solche Personen wirklich mitzunehmen.

Es gab kürzlich den Tag, wo es darum ging, wie in Franken gepflegt wird. Das war ein Tag in Nürnberg. Da haben die jungen Menschen positiv über ihren Beruf gesprochen. Es war so wohltuend zu sehen, wie motiviert diese Schüler waren. Ich glaube, das müssen wir alle erreichen. Wir müssen positiv über diesen Beruf sprechen und da noch mehr motivieren, weil wir mehr Pflegekräfte im stationären und im ambulanten Bereich brauchen. Wir brauchen mehr Pflegekräfte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch hier tun wir etliches und wollen das auch weiter tun.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen, die mir ganz persönlich am Herzen liegen: Hospiz-Palliativversorgung. Wir müssen und wollen – das ist mir ganz persönlich sehr wichtig – noch mehr Angebote im Hospiz- und Palliativbereich zu den Menschen bringen, dahin, wo sie sind, und sei es im Senioren- und Pflegeheim. Wir müssen hier noch mehr Angebote ausbauen. Ich freue mich, dass wir hier einerseits 4,2 Millionen Euro haben und andererseits für ein neues Kinder- und Jugendhospiz über 9 Millionen Euro, weil es wichtig ist, auf diesem Weg weiterzugehen und Antworten zu geben, wenn jemand in Richtung aktive Sterbehilfe, die ich persönlich ablehne, gehen möchte, indem wir sagen, es gibt andere Möglichkeiten, dass du nicht allein bist, dass du nicht verlassen bist, dass du keine Schmerzen haben musst.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zu einer weiteren Gruppe Menschen, über die heute, wenn ich es richtig verfolgt habe, keiner intensiver gesprochen hat: Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Auch hier bin ich sehr dankbar, dass wir im Doppelhaushalt Entsprechendes aufnehmen durften und die Bezirke die Möglichkeiten haben, hier entsprechend auszubauen. 18 Millionen Euro werden zur Verfügung gestellt, um Krisendienste für Notfälle voranbringen zu können – wegen Palliativ. Das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – Bernhard Seidenath hat es kurz erwähnt – möchte ich noch ganz kurz einflechten, weil mir auch diese Gruppe Menschen sehr wichtig ist. Wir sprechen immer sehr

viel von den somatischen Erkrankungen. Es gibt aber auch psychische Erkrankungen. Auch hier kann es jeden von uns treffen. Diese Menschen möchte ich an dieser Stelle einfach nicht vergessen wissen, deswegen hier dieser Punkt.

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung für unseren Haushalt, darf mich aber auch ganz herzlich bedanken, nicht nur bei denjenigen, die draußen im Land für Kranke, Pflegebedürftige und sterbende Menschen und alle Menschen, die Unterstützung benötigen, tätig sind, sondern ich darf mich auch bei Ihnen als Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bedanken, sei es bei Harald Kühn als demjenigen, der im Haushalt für uns berichtet, sei es bei Bernhard Seidenath als Vorsitzendem im Gesundheitsausschuss, sei es bei all den anderen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier schon vorgetragen haben. Mein Dank gilt natürlich auch unserem Patienten- und Pflegebeauftragten, aber auch all den anderen, die sich hier mit sehr viel Sachkenntnis eingebracht haben. Aber schauen Sie manchmal noch ein bisschen genauer hin!

Ich glaube, es ist noch mehr drin, als Sie im ersten Augenblick vielleicht dachten. Ein Dankeschön auch an das Ministerium für all die Zu- und Mitarbeit und das Offensein für meine Ideen, die manchmal vielleicht ein bisschen aus dem Rahmen fallen. In diesem Sinne vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen insgesamt vier Zwischenbemerkungen vor: von Herrn Winhart, von Herrn Krah, Frau Dr. Strohmayr und Herrn Spitzer. Herr Winhart, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Danke schön. – Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich hätte eine Frage, und zwar: Warum folgen Sie nicht unserem Vorschlag, diese 25 Millionen Euro für die Landkrankenhäuser bereits 2019 auszuschütten? Sie haben gerade wörtlich gesagt, die Landkrankenhäuser soll man nicht im Regen stehenlassen. – Jetzt frage ich, warum man da bis 2020 wartet. Sie kennen die Situation. Wir haben das auch im Ausschuss schon mal diskutiert. Es gibt viele Geburtsstationen – Sie haben

es gerade angesprochen – in öffentlichen Kliniken, die Sie erhalten wollen. Da würde es gerade kommunalen Klinikverbünden guttun, beispielsweise der RoMed-Klinik in Bad Aibling. Das ist ein Fall aus meiner eigenen Heimat, wo die Geburtsstation schließen musste. Die 25 Millionen Euro wären auch beispielsweise bei der Digitalisierung dieser Krankenhausverbünde gut aufgehoben. Auch das sind Investitionskosten, die die Krankenhäuser zu tragen haben. Das gilt genauso beispielsweise für die Versorgung, wenn es zum Beispiel um die universelle Waschung bei multiresistenten Keimen geht. Man kann dieses Geld also in den lokalen Krankenhäusern an verschiedenen Stellen sehr sinnvoll einsetzen. Deswegen meine Aufforderung: Schließen Sie sich uns an mit der Mehrheit, die Sie hier im Hause hinter sich haben! Lassen Sie die Landkrankenhäuser schon 2019 nicht im Regen stehen!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Lieber Kollege Winhart, als Gesundheits- und Pflegeministerin könnte ich es mir leichtmachen und sagen, je mehr und je früher es Geld gibt, umso besser. Aber man muss auch ein bisschen überlegen, wie weit die Krankenhäuser sind und wie weit wir mit dem Programm sind. Wir beschließen heute den Haushalt und befinden uns jetzt bereits im Mai. Dann muss dieses Förderprogramm, das wir im Haus schon ganz gut vorbereitet haben, erst an das Finanzministerium gehen. Der ORH muss drüberschauen. Dann geht es an die Träger raus. Dann müssen die sich in ihren Gremien Gedanken machen. Ich halte es vom Zeitablauf her für schlichtweg nicht realistisch – dann gibt es noch eine Sommerpause, wo vielleicht keine Tagungen sind –, dass man jetzt schon so viel Geld an die Krankenhäuser im ländlichen Raum geben kann. Vielmehr halte ich es – nicht, weil ich vom Grundsatz her sage, wir wollen keine Krankenhäuser unterstützen, sondern vom Verwaltungsablauf her – für realistisch, dass wir 2020 so richtig loslegen können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Krahel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr, Herr Krahel.

Andreas Krahel (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Staatsministerin Huml, Sie haben in Ihrer Rede angesprochen – da stimme ich Ihnen vollkommen zu –, dass der Pflegeberuf im Rahmen der Generalistik vor der größten Strukturänderung steht, die er wahrscheinlich je erlebt hat. Sie haben in Ihrer Rede auch davon gesprochen, dass das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege auf diese Generalistik mit einem Bündnis für Generalistik nach Ihrem Dafürhalten adäquat reagiert hat. Jetzt habe ich just heute Morgen eine Antwort auf eine Anfrage zum Plenum aus Ihrem Ministerium zurückbekommen, in der ich nach dem genauen Sachstand gefragt habe. Dort wurde mir quasi mitgeteilt: Ja, Sie haben das Bündnis unter Ihrer Federführung am 8. Januar gegründet. Seitdem hat sich dieses Bündnis nicht einmal getroffen. Die Generalistik wird 2020 auf uns zukommen. Nehmen Sie Ihr eigenes Bündnis ernst, oder brauchen wir das eigentlich gar nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Darauf antworte ich sehr gerne, denn dieses Bündnis ist sehr wichtig, und das ist es nach wie vor. Wir brauchen die Generalistik, damit die Praxiseinsätze nicht nur in der Altenpflege, sondern auch im Krankenhaus oder auch im Bereich Kinder stattfinden. Deshalb ist es notwendig, dass vor Ort vielfach Kooperationen geschlossen werden. Teilweise gibt es sie schon, teilweise aber müssen sie neu geschlossen werden. Dann stellt sich auch die Frage, wer das für die Pflegeschüler koordiniert. Deshalb ist dieses Bündnis mit übrigens an die 40 Partnern so wichtig.

Wir waren seit Januar nicht untätig. Es gab mit den Bündnispartnern, aber auch mit vielen anderen vor Ort, die sogenannten Regionalkonferenzen. Insgesamt waren es acht Stück, in jedem Regierungsbezirk. Wir haben von Ministeriumsseite die Träger vor Ort eingeladen, haben sie vernetzt und ihnen gezeigt, welche Kooperationsmög-

lichkeiten es bereits gibt und was noch zu tun oder zu klären ist. In Oberbayern waren es übrigens zwei Konferenzen. So haben wir mit den Bündnispartnern das Thema in die Fläche gebracht. Es mag keine formale Sitzung des Bündnisses mit den 40 Partnern gegeben haben, aber die 40 Partner waren in ganz Bayern unterwegs. Mir erschien das wichtiger, als sich im geschlossenen Kreis zu treffen. Das müssen wir auch tun, um dann wieder Rückmeldungen zu bekommen, was sich tut und was notwendig ist. Von daher läuft das also. Wir vom Ministerium können die Kooperationen aber nicht schließen, das müssen die örtlichen Partner machen. Deshalb mein Appell, durchaus auch an die Kolleginnen und Kollegen: Sprechen Sie Krankenhäuser, Altenheime und Pflegeschulen an und fragen Sie: Wie läuft es vor Ort? Was tut sich? – Wir müssen versuchen, die Partner zusammenzubekommen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Frau Staatsministerin Huml, Sie haben dargelegt, was Sie alles machen. Trotzdem muss ich bei mir vor Ort feststellen: In der Region haben in den vergangenen Monaten vier Geburtsstationen geschlossen. Besonders ärgerlich ist, dass die Geburtsstation in einem neu gebauten Haus nie eröffnet werden konnte. Ich kann nur sagen: Trotz all Ihrer Maßnahmen reicht es nicht aus. Es reicht einfach nicht aus.

Die SPD hat Vorschläge vorgelegt, wie wir den Hebammenberuf attraktiver machen. Leider wurden alle Maßnahmen abgelehnt. Ich kann deshalb nur sagen: Denken Sie noch einmal darüber nach. Wir bleiben gerne gesprächsbereit und würden uns freuen, wenn Sie einen weiteren Schritt auf uns zugehen. Wir meinen, es braucht mehr als das, was bisher getan wird, um die Geburtsstationen vor Ort zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Geburtsstation, das ist ein Thema, über das wir uns schon vielfach ausgetauscht haben. Ich bin vor Ort gewesen.

Ich erlebe aber auch immer wieder, wie wichtig es ist, dass vor Ort miteinander gesprochen wird. Die Hebammen vor Ort müssen die Wertschätzung erhalten, damit sie dann gerne weiter in den Krankenhäusern arbeiten. Das darf ich an dieser Stelle einfach mit einflechten. Gleichzeitig gibt es gerade bei Ihnen vor Ort das Bemühen, die Geburtshilfe von Augsburg aus in den Landkreis hinein zu unterstützen. Dann können hoffentlich auch in der Fläche wieder Stationen eröffnen.

Wir legen sehr vieles an, was nicht immer sofort wirken kann, aber langfristig wirken soll. Wir unternehmen einiges, um die Geburtshilfestationen, wenn sie defizitär arbeiten, zu unterstützen. Das läuft jetzt an, das ist nicht rückwirkend, aber das läuft jetzt an. Wir unterstützen auch die Hebammen, wenn sie sich selbstständig machen. Das wird ab Herbst laufen. Sie wissen, nach der Hebammenstudie, die wir uns sehr genau angeschaut haben, steigt die Anzahl der Hebammen in Bayern. Das darf ich hier noch einmal ganz deutlich sagen. Aber die Zahl der in der Geburtshilfe tätigen Hebammen steigt nicht unbedingt.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Deshalb muss man da nachbessern!)

Deshalb ist es wichtig, auch hier etwas zu tun. Wir haben den Runden Tisch. Ich treffe mich demnächst auch wieder außerhalb des Runden Tisches mit Hebammen, die mich immer wieder anschreiben und mit mir in Kontakt kommen wollen. Es gibt einige Vorschläge, wie den über Hebammen geführten Kreißsaal. Vorschläge werden auch aus dem Runden Tisch entstehen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Unsere Anträge! Unsere Anträge haben Sie abgelehnt!)

Wir würden nur gerne die Vorschläge des Runden Tisches und die der Fachleute bündeln und wollen nicht parallel noch mehr erarbeiten. Dann können wir mit einem Maßnahmenpaket antreten. Ich kann Ihnen aber noch einmal deutlich sagen, dass die Hebammen und die Geburtshilfe uns insgesamt wirklich am Herzen liegen. Wir wollen

daran auch weiterarbeiten. Wir investieren hier viel Geld, und wir investieren das auch gerne, weil es sinnvoll ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Und nun noch die Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Staatsministerin Huml, ich möchte noch einmal Bezug auf das Landespflegegeld nehmen. 63,7 % unseres Haushalts nimmt allein dieser Punkt ein. Uns liegt viel daran – und das geht Herrn Krahel sicher genauso –, dass alle zu Pflegenden selbstbestimmt und vor allem eben zu Hause gepflegt werden können. Was Sie machen, ist eine bedarfsunabhängige Auszahlung dieses Betrages. Das möchten wir nicht haben. Sie agieren mit der Gießkanne und gehen damit über das Land. Das sollte geändert werden. Vielleicht könnten Sie hierzu einen oder zwei Sätze sagen.

(Beifall bei der FDP)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Gerne. Wir haben uns auch zum Landespflegegeld viele Gedanken gemacht, wie man das macht. Es wäre auch eine Möglichkeit gewesen, zu fragen: Wie schüttet man das Geld aus? – Im Moment haben wir zwei Kriterien: "Pflegegrad 2" und "in Bayern lebend". Das sind die zwei Kriterien. Wir können nicht immer nur von Bürokratieabbau sprechen und dann große Überprüfungsbehörden aufbauen, die hinterfragen, wer wie bedürftig ist. Deshalb haben wir uns für diese Kriterien entschieden und ganz bewusst nicht danach, wie viel wer hat. Vielleicht hat jemand noch ein Häuschen, in dem er selbst lebt, oder die Kinder. Vielleicht hat der Betreffende noch irgendwo ein Aktienpaket oder dies und jenes. Heute ist es schon so, wenn jemand etwas von der Pflegeversicherung will, muss er vieles darlegen. Wir wollten gerade nicht, dass die Betroffenen etwas darlegen müssen. Wir wollen einfach sagen: Ihr seid hilfebedürftig, und wir helfen euch. –

Egal ob Arm oder Reich, die Pflegebedürftigkeit ist das Kriterium, die Hilfsbedürftigkeit, nichts anderes. Das war unser Maßstab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/635 mit 18/638, 18/718 mit 18/727 sowie 18/729 und 18/730, 18/816 mit 18/830, 18/918, 18/920 mit 18/923, 18/966 bis 18/975 sowie 18/990 und 18/1038 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1784.

Vorab ist über die drei Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abzustimmen. Anschließend folgen dann die zwei Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion in einfacher Form.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten" auf Drucksache 18/636. Die Urnen werden bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden, hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12:58 bis 13:03 Uhr)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist beendet. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaales ausgezählt.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den FDP-Änderungsantrag auf Drucksache 18/918 betreffend "Patienten- und Pflegebeauftragter".

Ich eröffne die Abstimmung. Wiederum drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13:04 bis 13:07 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Auszählung erfolgt ebenfalls außerhalb des Plenarsaales.

Weiterhin soll namentlich über den FDP-Änderungsantrag auf Drucksache 18/921 betreffend "Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz" abgestimmt werden. Sie kennen das Procedere. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Urnen stehen bereit.

(Namentliche Abstimmung von 13:07 bis 13:10 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf Sie bitten, wieder Ihre Plätze einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird ebenfalls außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Es folgen nun zwei Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion in einfacher Form. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag betreffend "Zieldefinition und Erhöhung der Ausgaben für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Ausgaben zur Förderung der Strukturverbesserung von Krankenhäusern im ländlichen Raum", Drucksache 18/721. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltun-

gen? – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Der Änderungsantrag ist hiermit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag betreffend "Streichung der Mittel für die Vereinigung der Pflegenden in Bayern", Drucksache 18/724. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich nutze die Zeit, bis wir zum Ergebnis der namentlichen Abstimmungen kommen, um Ihnen gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung noch folgende Ausschussbesetzung bekannt zu geben: Herr Andreas Winhart übernimmt den Sitz der AfD-Fraktion im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anstelle des fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk. Außerdem wird Herr Ulrich Singer anstelle des fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda neues Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. – Ich wünsche Ihnen beiden viel Erfolg in Ihrem neuen Tätigkeitsfeld.

(Beifall bei der AfD)

Sodann wird die Sitzung bis zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:13 bis 13:15 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten", Drucksache 18/636: Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 121 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 12. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Patienten- und Pflegebeauftragter", Drucksache 18/918: Mit Ja haben 75 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 98 Abgeordnete gestimmt, eine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz", Drucksache 18/921: Mit Ja haben 28 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 116 Abgeordnete gestimmt, 34 Stimmenthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1784 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP sowie der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind mit Ausnahme der AfD-Fraktion alle Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die AfD-Fraktion.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1784, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/966 mit 18/975, 18/990 und 18/1038 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 14 abgeschlossen.

Die Sitzung wird für eine 30-minütige Mittagspause unterbrochen, Fortsetzung um 13:50 Uhr.

(Unterbrechung von 13:19 bis 13:53 Uhr)

Meine Damen und Herren, trotz des Staus in der Kantine nehme ich die Sitzung wieder auf.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten (Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.) (Drucksache 18/636)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	51	121	12

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Patienten- und Pflegebeauftragter (Kap. 14 01 Tit. 534 01) (Drucksache 18/918)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	75	98	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz (Kap. 14 04 Tit. 681 84) (Drucksache 18/921)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			X
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael		X	
Celina Kerstin			X
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			X
Demirel Gülseren			X
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			X
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			X
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			X
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			X
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	28	116	34

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 17

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

- | | |
|--|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gewährung eines Meisterbonus für bestandene Fachausbildungen in der professionellen Pflege
(Kap. 14 03 Tit. 681 02)
Drs. 18/816</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung nachhaltiger Konzepte zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land
(Kap. 14 03 TG 64)
Drs. 18/817</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erweiterung Hebammenbonus – Rückkehrerinnen und Rückkehrer einbeziehen
(Kap. 14 03 TG 87)
Drs. 18/818</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umweltfreundliches Krankenhaus – Green Hospital aktiv umsetzen
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/819</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;</p> | <p>hier: Förderung der assistierten Reproduktion
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/820</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau von Pflegestützpunkten und Förderung innovativer Konzepte
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 18/821</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Errichtung von Pflegeeinrichtungen für junge Pflegebedürftige
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 18/822</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Anschubfinanzierung für die Schulen – Umsetzung des Pflegeberufgesetzes
(Kap. 14 04 TG 72)
Drs. 18/823</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Demenzstrategie jetzt umsetzen
(Kap. 14 04 TG 75 – 76)
Drs. 18/824</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)</p> |
|--|--|

- Drs. 18/825
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespflegegeld abschaffen
(Kap. 14 04 TG 84)
Drs. 18/826
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stipendium für Studierende APN
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/827
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Implementierung eines Modellprojekts zur Freistellung von Praxisanleiterinnen und -anleitern in allen Berufsbildern der professionellen Pflege
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/828
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zustiftung zur AETAS Kinderstiftung
(Kap. 14 05 TG 62)
Drs. 18/829
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schuleingangsuntersuchung weiter an Kindertagesstätten möglich machen
(Kap. 14 23 TG 56)
Drs. 18/830
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/718
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gesundheitsversorgung – Reduzierung der sächlichen Verwaltungskosten
(Kap. 14 03)
Drs. 18/719
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ausgaben für die Vergabe von Aufträgen
(Kap. 14 03 Tit. 534 62)
Drs. 18/720
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zieldefinition und Erhöhung der Ausgaben für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Ausgaben zur Förderung der Strukturverbesserung von Krankenhäusern im ländlichen Raum
(Kap. 14 03 Tit. 633 01)
Drs. 18/721
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
(Kap. 14 04 Tit. 531 71)
Drs. 18/722

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für die Vergabe von Aufträgen
(Kap. 14 04 Tit. 534 72)
Drs. 18/723
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Mittel für die Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/724
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/725
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für Studien und Gutachten
(Kap. 14 05 Tit. 526 94)
Drs. 18/726
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Veranstaltungskosten
(Kap. 14 05 Tit. 540 60)
Drs. 18/727
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für gesundheitliche Klimaforschung
(Kap. 14 05 TG 80)
Drs. 18/729
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/730
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt – Barrierefreiheit im Gesundheits- und Pflegebereich
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 18/635
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 18/636
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/637
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung des Ersatzneubaus von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/638
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 18/918

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten
(Kap. 14 04 Tit. 547 84)
Drs. 18/920

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 18/921

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 57)
Drs. 18/922

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 14 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/923

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Michael Hofmann

Abg. Tim Pargent

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Wolfgang Fackler

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Gerd Mannes

Abg. Florian Ritter

Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/946, 18/947),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/731, 18/732),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/682 mit 18/688),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/629 mit 18/631, 18/770),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/895, 18/896)

Auch für die Aussprache zu diesem Einzelplan gilt die im Ältestenrat vereinbarte Gesamtredezeit von einer Stunde und 31 Minuten. Auf die CSU-Fraktion entfallen 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten und auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk dürfen 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die FDP-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau" auf Drucksache 18/895 namentliche Abstimmung beantragt hat. Auf Wunsch der AfD-Fraktion soll über drei Änderungsanträge der Fraktion in einfacher Form abgestimmt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann. Herr Abgeordneter Hofmann, ich bitte Sie ans Rednerpult.

Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über den Einzelplan 06 des Staatsministeriums für Finanzen. Ich freue mich, dass Sie heute früh schon so zahlreich erschienen sind, obwohl wir gestern bis etwa 23:30 Uhr getagt haben. Die einen oder anderen haben vielleicht noch etwas Luft nach oben.

Dieser Einzelplan ist für das Haushaltsdoppeljahr 2019/2020 mit über 5,6 Milliarden Euro ausgestattet. Er ist zugegebenermaßen nicht der größte, aber nichtsdestotrotz ein besonders wichtiger. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen erlaube ich mir, etwas grundsätzlicher in die Thematik einzusteigen. Wir konnten gestern vernehmen, dass aufgrund der Ergebnisse des Doppelhaushalts 2017/2018 noch einmal 4,2 Milliarden Euro in die Rücklage geflossen sind. Als Haushälter möchte ich an dieser Stelle darum bitten, das Glitzern in den Augen einzustellen und die Fantasien, was man alles mit diesem Geld machen könnte, zurückzufahren.

Bei den Beratungen über den Doppelhaushalt 2019/2020 haben wir intensive Diskussionen darüber geführt, inwieweit wir die Rücklagen, die wir für unsere Ideen und die Entwicklungen gut brauchen können, richtig eingeschätzt haben oder nicht. Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Finanzminister und seinem Ministerium dafür, dass es gelungen ist, diese Rücklagen aufgrund des im Jahr 2018 erzielten Ergebnisses wieder aufzufüllen. Unter dem Strich kann man sagen: Wir haben die richtigen Prioritäten gesetzt. Wir haben den Doppelhaushalt 2019/2020 mit dem nötigen Weitblick geplant. Da wir mit den Mitteln im früheren Doppelhaushalt sparsam und sorgfältig umgegangen sind, wussten wir, dass wir die Rücklagen auffüllen können. Sehr geehrte Damen und Herren, von daher haben wir alles richtig gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen. Ich bedanke mich natürlich auch bei all denjenigen, die dafür gesorgt haben, dass dieser Doppelhaushalt gut über die Runden gebracht werden kann. Ich bedanke mich vor allem beim Ministerium und bei den Steuerbeamten in unserem Lande, die ihre Arbeit sorgfältig und gewissenhaft erledigen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir lassen uns als Politiker zu Recht immer wieder dafür loben, dass wir die richtigen Prioritäten setzen. Das ist auch wichtig in der Politik. Wer die Prioritäten falsch setzt, kann in der Zukunft keine entsprechenden Effekte erzielen.

Bei der Beratung dieses Einzelplans muss ein herzlicher Dank an die Menschen in unserem Land angesprochen werden, die tagein, tagaus ihrer Arbeit nachgehen, die neue Ideen entwickeln, die in ihren Unternehmen die Arbeit leisten und damit dafür sorgen, dass dem Freistaat Bayern die Steuereinnahmen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gäbe es nicht diese fleißigen Menschen und diese fleißigen Unternehmer in unserem Land, hätte die Politik kein Geld auszugeben. Das sollten wir uns bei all den Debatten, die momentan hochkommen, immer wieder ins Gedächtnis rufen. In diesem Parlament gibt es politische Gruppierungen, die Politik offensichtlich nur unter dem Aspekt verstehen, welche neue Steuer denn noch eingeführt und wo bei den Unternehmen und den Steuerzahlerinnen und den Steuerzahlern noch weiteres Geld abgegriffen werden könnte. Ich verweise auf die Diskussion über die Einführung einer CO₂-Steuer, die gerade durch den Raum wabert.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund sind Diskussionen darüber, ob wir weitere Steuererhöhungen brauchen oder nicht, absolut kontraproduktiv und gehen in die falsche Richtung. Der entscheidende Punkt ist, dass wir dafür sorgen müssen, dass Innovationen und Gestaltungskraft in diesem Lande weiterhin eine gute Bahn haben. Das muss sich auch lohnen. Wer sich anstrengt und fleißig ist, muss das

am Ende des Tages auch in seinem Geldbeutel merken. Der Staat sollte sich deshalb keine neuen Steuern ausdenken oder Finanzüberlegungen anstellen. Das kann es nicht sein. Ich sage deshalb klipp und klar: Eine CO₂-Steuer kommt in der Form, wie bisher darüber diskutiert wurde, überhaupt nicht infrage.

Auch die Grundsteuer kommt in der Form, wie sie derzeit vom Bundesfinanzminister diskutiert wird, nicht in Betracht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Grundsteuer keine verkappte Vermögenssteuer ist. Sie steht zunächst einmal unseren Kommunen im Land zu. Deshalb halte ich die schwierigen Vorgaben, die der Bundesfinanzminister in seinem Konzept machen möchte, für unverständlich. Wir würden danach etwa 2.000 bis 3.000 zusätzliche Steuerbeamte benötigen – die Schätzungen gehen hier noch auseinander –, nur um eine Steuer einzuschätzen, die die Gemeinden einnehmen und die am Ende ohnehin aufkommensneutral sein soll. Das kann es wirklich nicht sein. Die Schaffung von mehr Bürokratie für den gleichen Ausstoß wäre ein habnebühener Witz.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden heute wieder die gleichen Diskussionen erleben, die wir bereits im Ausschuss geführt haben. Dabei wird die Frage aufgeworfen werden, ob wir genügend Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte haben, die in diesem Zusammenhang die Prüfungen übernehmen können. An dieser Stelle möchte ich deutlich machen, dass wir in den letzten sieben Jahren über 400 neue Finanzbeamte für unsere Finanzämter bekommen haben und fast 300, die am Landesamt für Finanzen tätig sind. Deshalb sage ich Ihnen klipp und klar: Mehr Finanzbeamte, mehr Steuerprüfer führen nicht automatisch zu höheren Steuereinnahmen.

Der entscheidende Punkt ist doch folgender: Der Freistaat Bayern vertraut darauf – und weiß –, dass unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in ganz überwiegendem Maße ehrlich und sorgfältig mit ihren Pflichten umgehen. Wir wissen allerdings auch, dass es das eine oder andere schwar-

ze Schaf gibt, dem man besonders auf die Finger schauen muss. Es geht also nicht darum, unbedingt mehr Beamte einzustellen. Vielmehr müssen die Beamtinnen und Beamten, die da sind, genau wissen, wo sie hinschauen haben, das heißt, sie müssen effiziente Arbeit leisten. Aufgrund ihrer Erfahrung und der Ausbildung, die sie haben, kennen sie in der Regel ihre Pappenheimer und können diese dann kontrollieren.

Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Wir haben eine sehr gute, effiziente Finanzverwaltung, Herr Finanzminister, die sich deutschlandweit sehen lassen kann. Deshalb gehen die Rufe nach mehr und mehr Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten in die falsche Richtung. Wir können vielmehr stolz darauf sein, dass unsere Beamtinnen und Beamten wissen, worauf sie schauen müssen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der auch Teil unserer Haushaltsberatungen zum Einzelplan 06 war: die Breitbandförderung. Verschiedene Anträge zielten darauf – und haben sich darin regelrecht überboten –, noch mehr Geld in das System zu geben. Wer sich mit diesem Thema beschäftigt und draußen bei den Kommunen nachfragt, wie die Entwicklungen ausschauen, stellt fest: Am Geld scheitert der Ausbau derzeit ganz bestimmt nicht. Er scheitert an den Kapazitäten der Unternehmen, die den Breitbandausbau vornehmen sollen. Deshalb hat es überhaupt keinen Sinn, einen weiteren Schaufensterantrag zu stellen, noch ein paar Millionen hineinzuschieben und dies damit zu begründen, man wolle noch mehr für Breitband tun. Der entscheidende Punkt ist ein anderer: Unsere Unternehmen brauchen die Kapazitäten, mit denen sie arbeiten müssen, damit der Breitbandausbau weiter vorangeht.

Von 2014 bis Ende 2020 – dann endet dieser Doppelhaushalt – wird der Freistaat Bayern 1,5 Milliarden Euro im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau zur Verfügung gestellt haben. Nennen Sie mir ein anderes Bundesland, dass das in ähnlicher Art und Weise könnte. Es gibt keines!

Auch sonst kann sich das, was wir im Freistaat Bayern für unsere Bürgerinnen und Bürger tun, sehen lassen. Ich sage an dieser Stelle all denjenigen, die dazu beitragen, dass der Freistaat Bayern gut dasteht, ein herzliches Dankeschön. Da man es vielleicht zu selten hört, bedanke ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, bei unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, dass sie uns in diese Lage versetzen. Wir haben die Pflicht, mit diesem Geld sorgsam und effizient umzugehen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei dem Kollegen Michael Hofmann und darf den Kollegen Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 06 ist trotz vermeintlich niedriger Summe vielleicht das Rückgrat des Doppelhaushalts, da im Rahmen der Finanzverwaltung das Steueraufkommen generiert und ein nicht unerheblicher Teil der Mittel für die Ausgaben ausgereicht wird. Dieser Einzelplan könnte aber auch ein Gerechtigkeitshaushalt sein. Die Betonung liegt noch zu oft auf "könnte".

Schauen wir uns hierzu doch einmal die Berichte des Obersten Rechnungshofes an. Da ist das bayerische Finanzministerium trauriger Rekordhalter. Allein in den letzten drei Prüfberichten – 2017 bis 2019 – entfielen 21 von 62 Beanstandungen, also ein Drittel aller Beanstandungen, auf den Bereich des Finanzministeriums. Um es mit Ihren Worten zu sagen: Wenn wir die 16 Einzelpläne, über die wir hier beraten, mit den 16 Bundesländern vergleichen würden, dann wäre das Finanzministerium der Nachzügler NRW, und der heutige Ministerpräsident und damalige Finanzminister Söder, auf dessen Amtszeit sich diese Beanstandungen beziehen, wäre der Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zum ORH: Um auf alle 21 Beanstandungen einzugehen, fehlt mir schlicht die Zeit. Deshalb folgen hier nur die besten Schmankerl. Es gibt Probleme bei der Körperschaftsteuererlegung, der Auswertung der Selbstanzeigen zu ausländischen Kapitalerträgen, der Besteuerung des Rotlichtmilieus, dem Risikomanagement der Finanzämter, dem Zu- und Wegzug von Steuerpflichtigen, der Grundbesitzwertfeststellung, der Erbschaftsteuer, der Schenkungsteuer. Ich könnte diese Liste weiterführen. Man wundert sich und fragt sich, ob es noch Bereiche gibt, die ohne Beanstandung geblieben sind.

Da das noch nicht ausreicht, steigen generell die Fallzahlen in der bayerischen Finanzverwaltung an. Die Gründe sind, dass immer mehr Menschen in Bayern leben und dass erfreulicherweise mehr Betriebe gegründet werden.

Auf welches Grundproblem führt der ORH die diversen Probleme zurück? Es fehlt hinten und vorn an Personal. – Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, die großartige Arbeit im Dienst der Steuergerechtigkeit leisten, die aber auch die Versäumnisse der Regierung tagtäglich ausbaden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Auch wenn Sie im vergangenen Doppelhaushalt 800 neue Stellen für Anwärtnerinnen und Anwärter geschaffen haben, bleibt es bei der Feststellung, dass in diesem Doppelhaushalt gar nichts mehr passieren soll. Das ist kein Wunder; denn Sie haben es jahrelang versäumt, die Ausbildungskapazitäten zu erweitern. Die neuen Stellen für Anwärtnerinnen und Anwärter kamen zehn Jahre zu spät. Noch dazu sind es viel zu wenige, weil unsere Kommunen und die freie Wirtschaft die Fachkräfte aus der Finanzverwaltung abwerben.

Da das alles noch nicht reicht, sind viele dieser Stellen mit einem kw-Vermerk – "künftig wegfallend" – versehen. Sie sollen also in den kommenden Jahren wieder entfallen. Wir GRÜNEN beantragten eine Streichung dieser kw-Vermerke, was die Regierungsfractionen abgelehnt haben. – Wir fordern zudem eine Verstetigung, besser noch eine dauerhafte Erhöhung der Ausbildungszahlen in der bayerischen Finanzverwaltung. Wir müssen zudem aufhören, Stellen ersatzlos an übergeordnete Behörden wie das Landesamt für Steuern zu übertragen, ohne gleichwertigen Ersatz an den Finanzämtern vor Ort zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Sie haben es versäumt, die Kapazitäten zu schaffen. – Nicht zuletzt brauchen wir Einarbeitungszeiten für neue Beschäftigte statt einer unnötigen Wiederbesetzungssperre.

Mit den Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung und des langfristigen Personalzuwachses kann es uns gelingen, dass dieser Einzelplan des Finanzministeriums auch ein Gerechtigkeitshaushalt wird. Steuergerechtigkeit bewegt die Menschen mittlerweile wie kaum ein anderes Thema; das merken wir auch im Europawahlkampf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Große Konzerne spielen mit kreativen Steuervermeidungsstrategien Staaten gegeneinander aus. Banken und Finanzmarktakteure beuten den Staat mit Cum-Ex- oder Cum-Cum-Geschäften um Milliardenbeträge aus. Mafiabanden finanzieren mit Umsatzsteuerkarussellbetrügereien Terrorzellen auf der ganzen Welt.

Wenn wir bei der Bekämpfung der Steuer- und Finanzkriminalität, die mit sehr aufwändigen Verfahren verbunden ist, den Kriminellen mit zu wenig Personal hinterherlaufen, dann schadet das am Ende dem Staatshaushalt, und es schadet den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN setzen uns deshalb für eine starke Finanzverwaltung ein, die es künftig noch besser mit Steuer- und Finanzkriminalität aufnehmen kann.

Noch ein Wort zu dem Thema Steuerpolitik: Dass die Staatsregierung angesichts sinkender Einnahmeerwartungen Steuersenkungen fordert und mit dieser Forderung wieder landauf, landab umherzieht, ist wenig originell. Das hat schon vor fünf Jahren nicht geklappt – damals in einer konjunkturell anderen Situation –, und es wird diesmal nicht funktionieren. Damals hieß es: Der Staat nimmt so viel ein, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern etwas zurückgeben müssen. – Jetzt heißt es: Wir nehmen weniger ein; wir müssen etwas für die Konjunktur tun.

Ein Konzept steckt nicht wirklich dahinter. Das ist reiner Populismus und wenig glaubwürdig. Sie wollen einfach immer nur Steuersenkungen, koste es, was es wolle.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert)

Sie wollen immer nur Steuererhöhungen!)

Luft für Steuersenkungen ist angesichts Ihrer Haushaltspolitik ohnehin nicht. Wenn die CSU Steuern senken will, muss sie auch strukturell damit beginnen, so etwas wie einen Sparkurs zu fahren. Ich bezweifle, dass Sie das, insbesondere in der Koalition mit den FREIEN WÄHLERN, schaffen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert)

Was ist denn mit den ungedeckten Anträgen der GRÜNEN?)

Was wir in der Steuerpolitik tatsächlich brauchen könnten, wären strukturelle Reformen innerhalb des Steuersystems, zum Beispiel im Unternehmensbereich aktualisierte Abschreibungsregeln und eine Energiesteuer, deren Sätze nicht willkürlich festgelegt werden, sondern sich an den CO₂-Emissionen orientieren. Das kann man durchaus aufkommensneutral und sozial ausgewogen gestalten, zum Beispiel durch eine gleichzeitige Abschaffung der Stromsteuer oder einen sozialen Ausgleich in Form einer Klimadividende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nachdem sich die CSU jeder noch so sinnvollen Steuerreform verweigert, bei der auch nur ein Mensch einen Euro mehr zahlen könnte, blockieren Sie jede

(Zurufe der Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU) und Michael Hofmann (CSU))

strukturelle Änderung.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Letztes Wort: Bürokratieabbau. Sie schwingen sich hier regelmäßig zum Hüter des Bürokratieabbaus auf. Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Verkomplizierung des Steuerrechts,

(Zuruf von der CSU: Die wollen es nicht verstehen!)

und Sie von der CSU fordern tatsächlich eine weitgehende Länderöffnungsklausel bei der Grundsteuer für die Bundesländer.

(Zurufe von der CSU: Richtig! Genau!)

Das bedeutet – –

(Unruhe)

Ich erkläre Ihnen das einmal. Ich erkläre Ihnen einmal, was das bedeutet.

(Anhaltende Unruhe)

Das bedeutet, dass wir am Ende möglicherweise 16 unterschiedliche Grundsteuermodelle mit 16 unterschiedlichen EDV-Systemen und mit 16 unterschiedlichen Gesetzen in der Finanzverwaltung in unserem Land erreichen.

(Zurufe von der CSU)

Das ist doch Quatsch mit Anlauf. Leute, das ist bürokratischer Irrsinn!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen das Fazit: Ohne eine personell besser aufgestellte Finanzverwaltung,

(Unruhe)

Sparvorschläge, dem Abbau von Steuersubventionen und einem konsequenten Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ist die Forderung nach Steuer-senkungen unseriös. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Tim Pargent und darf den Herrn Kollegen Bernhard Pohl aufrufen. Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pargent, das war der Wachmacher am Morgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Klatschen bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Ich danke Ihnen für diese Rede. Diese Rede zeigt nämlich tatsächlich die Unterschiede auf.

(Zurufe von der CSU: Richtig!)

Sie erzählen hier von der Mafia, von Terrorzellen, von Steuer- und Finanzkriminalität, und sonstigen Kriminellen, wenn Sie von den Steuern des Freistaats Bayern reden. Ich sage den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, den vielen fleißigen Menschen hier in Bayern herzlich Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn sie tragen dafür Sorge, dass wir relativ entspannte Haushaltsberatungen durchführen konnten, ohne uns Gedanken darüber machen zu müssen, wo wir bei eigentlich notwendigen Aufgaben noch etwas einsparen.

Herr Kollege Pargent, ich kann nichts dafür, dass Sie im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik angesichts der Fakten und Zahlen kein Geschäftsmodell mehr haben. Wenn Sie dann aber von einem Gerechtigkeitshaushalt sprechen, den Sie sich wünschen würden, sollten Sie schon auch einmal sagen, was daran ungerecht ist, wenn wir den Menschen, die hier Tag für Tag Leistungen bringen, mit gewissen Erleichterungen wie kostenfreien Kindertagesstätten ein wenig zurückgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie reden von Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene – da folge ich gerne. Sie sagen, Steuersenkungen seien unreal. Ich empfinde als unreal, dass wir tagein, tagaus jedes Jahr immer mehr Steuern einnehmen, ohne denen, die sie erwirtschaften, einen Bonus zu geben, ohne die Steuern zu senken. Nein, wir tun das Gegenteil: Durch die kalte Progression steigt die Steuer jedes Jahr automatisch, und zwar nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch prozentual. Wenn das Ihre Vorstellung von Gerechtigkeit ist, dann haben wir in der Tat ein grundlegend anderes Verständnis davon, was gerecht ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich kann mich noch gut erinnern: Vor 24 Stunden stand Frau Kollegin Fuchs hier am Rednerpult und beklagte – nicht zu Unrecht – die Bürokratie. Und jetzt komme ich zur Grundsteuer: Ja, heute Bürokratie beklagen und morgen ein Bürokratiemonster Grundsteuerreform aufstellen, passt nicht zusammen. Ich sage es ganz offen: Wenn die bayerische Steuerverwaltung unter dem Deckmantel einer irgendwie formulierten Gerechtigkeit – das trifft jetzt die SPD – um 2.500 bis 3.000 Beamte aufgestockt werden muss, weil Sie der Meinung sind, dass irgendwas hinter dem Komma falsch ist, oder Sie über die Grundsteuer eine Vermögenssteuer einführen wollen – der Kollege

Hofmann hat völlig zu Recht darauf hingewiesen –, dann ist das mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Pargent, was haben Sie gegen eine Länderöffnungsklausel? – Wissen Sie, wir haben Gott sei Dank einen Föderalismus in Deutschland, und deswegen geht es uns zum Beispiel besser als Frankreich. Föderalismus bedeutet aber auch Wettbewerb.

(Zuruf von der CSU: Richtig!)

Wir in Bayern können dann zeigen, wie man es unbürokratisch hinbekommt. Am Ende werden wir dann sehen, welche Länder erfolgreich sind und welche nicht; denn das ist nicht gottgegeben und das ist nicht zufällig, sondern das ist schon auch das Resultat von Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier werden neue und mehr Finanzbeamte gefordert: Herr Kollege Pargent, im Ausschuss waren Sie bei 1.400, der Kollege Güller war mit 1.000 etwas bescheidener. Ich muss Ihnen sagen, Sie bekommen diese Finanzbeamten nicht auf die Schnelle her. Woher wollen Sie sie denn importieren? Keine Ahnung, warum Sie der Meinung sind, dass irgendwo arbeitslose Steuerbeamte schlummern, die sich innerhalb von wenigen Tagen so mit dem deutschen Steuerrecht anfreunden, dass man sie auch direkt brauchen kann.

(Zurufe von der SPD)

Ich kann nur eines sagen: Sie sollten weder die bayerische Finanzverwaltung schlechtreden noch den bayerischen Steuerzahler immer unter Generalverdacht stel-

len. Jetzt komme ich schon wieder zum Thema Mafia, Terrorzellen. Das hat doch mit der Realität im Freistaat Bayern nicht das Geringste zu tun!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE):

Doch, darum geht es! Sie verschließen die Augen davor!)

– Ja, wir verschließen die Augen davor.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Jeder zweite Mensch in Bayern ist ein Terrorist,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und wer kein Terrorist ist,

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

ist ein Finanzkrimineller?

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Also, Frau Kollegin Schulze, – –

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Frau Kollegin Schulze, es ist schön, dass Sie sich am Morgen schon – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Anhaltende Unruhe – Katharina Schulze (GRÜNE): Keine Ahnung von Innenpolitik!)

Es ist schön, – –

(Fortgesetzte Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wenn Sie bitte zur Ruhe kommen! Der Redner hat das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es ist schön, Frau Kollegin Schulze, dass Sie sich gleich einmal warmschreien, ich hätte keine Ahnung von Innenpolitik. Ich war im Innenausschuss, da waren Sie noch gar nicht Mitglied in diesem Haus. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Schulze, ich weiß nicht, habe ich Ihnen nicht zugehört, als Sie zum Innenhaushalt gesprochen haben? Da haben Sie doch die bayerische Polizei so gelobt. Aber: "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern"!

(Unruhe)

Der Herr Staatsminister hat die Zahlen genannt. In den letzten sieben Jahren sind an den Finanzämtern 423 Vollzeitstellen und am Landesamt für Steuern 296 Vollzeitstellen geschaffen worden. Das war notwendig. Das war gut. Aber das sind auch die Zahlen, die leistbar sind, und es macht keinen Sinn, liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine krude Gerechtigkeitsdebatte irgendeinen Grenznutzen auszuloten.

Die Rechnung "1.000 mehr Steuerbeamte ist gleich soundso viel Milliarden mehr Steuern" geht nicht auf. Das passt nicht. Das ist eine falsche Mathematik. Ich muss ich Ihnen sagen: Wir sind in der Finanzverwaltung gut aufgestellt. Das heißt nicht, dass man nicht die eine oder andere Neubesetzung vornehmen muss. 3.100 Personen werden derzeit ausgebildet; wir sind hier auf einem hervorragenden Weg.

Herr Kollege Pargent, Sie sagen, 21 von 62 Beanstandungen des Obersten Rechnungshofes betreffen das Finanzministerium. Da kann ich nur sagen: Nehmen Sie doch einmal die absoluten Zahlen und vergleichen Sie die 21 Beanstandungen mit den Beanstandungen in anderen Bundesländern sowohl nach der Zahl als auch nach der Summe. Ich glaube, damit relativiert sich diese Aussage.

Sie haben das Breitband angesprochen. Ich möchte das Breitband unter die Überschrift "Heimatstrategie" stellen. Da wird deutlich, was die FREIEN WÄHLER in den letzten elf Jahren, in zehn Jahren Opposition und einem halben Jahr an der Regierung, bewegt hat. Die Heimatstrategie des heutigen Ministerpräsidenten und damaligen Finanzministers Söder ist vorbildlich, sie basiert aber durchaus auf dem, was wir bereits vor dem Einzug in den Bayerischen Landtag immer wieder gefordert haben. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass der damalige Finanzminister Erwin Huber Anfang 2008 einen zweistelligen Millionenbetrag für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt hat. Ich meine, es waren 19 Millionen. Damals hieß es noch, der Breitbandausbau sei Sache jedes Einzelnen und Sache der Unternehmen. Hier haben wir einen Paradigmenwechsel vorgenommen. 2014 hatten wir im ländlichen Raum eine Durchdringung von 27 %, jetzt sind wir bei 82 %. Das ist ein Erfolg. Das kann sich sehen lassen. Herr Finanzminister, da kann man schon sagen: Gute Arbeit von Ihnen und von Ihrem Vorgänger und auch von diesem Parlament, das diese Maßnahmen immer vorangetrieben und immer gefordert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Heimatstrategie gehören aber auch die Behördenverlagerungen. Die Behördenverlagerungen sind in der vergangenen Legislaturperiode immer von drei Fraktionen unterstützt worden, von den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD. Eine Fraktion hatte hiermit durchaus ihre Probleme. Ich hoffe, dass wir jetzt bei der Heimatstrategie 2, bei der nächsten Runde der Behördenverlagerungen, zu der ich Sie, Herr Finanzminister, ermutige, alle an einem Strang ziehen, denn die Verlagerung von Behörden in die Regionen setzt dort Wachstumsimpulse. Im einen oder anderen Fall mag es sein, dass jemand nicht gerne seinen Arbeitsplatz wechselt. Insgesamt ist aber der Nutzen der Behördenverlagerungen für die Regionen unschätzbar, in denen Staatsbehörden gebraucht werden, nämlich in strukturschwachen Gebieten und etwas benachteiligten Regionen. Deswegen sage ich auch für das, was in der Vergangenheit geleistet wurde, vielen Dank. Machen Sie weiter so.

Insgesamt kann man sagen, dass Ihre Sorgen, Herr Finanzminister, 15 andere Länderfinanzminister und der Bundesfinanzminister gerne haben möchten. Ich will gar nicht von Finanzministern anderer europäischer Staaten reden. Das Finanzministerium und die Finanzverwaltung in Bayern sind hervorragend aufgestellt. Deswegen ist die Zustimmung zu diesem Haushalt eine pure Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Kollegen Pohl. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Zunächst möchte ich auf die Steuerpolitik eingehen. Das liegt mir am Herzen. Als ehrenamtlicher Finanzrichter kenne ich mich im Steuerrecht auch ein bisschen aus und weiß, was ich in den letzten Jahren erlebt habe. Die Steuerverwaltung funktioniert größtenteils sehr gut. Wir brauchen aber eine Steuervereinfachung und nicht nur mehr Kontrollen, um die Leute zu schikanieren. Das habe ich in meiner gestrigen Rede schon einmal gesagt. Steuersenkungen sind immer das Gebot der Stunde. Es ist Geld der Bürger, von dem der Staat mit übersprudelnden Steuereinnahmen zu viel eingenommen hat. Deshalb ist es das gute Recht der Bürger, dass sie Steuern auch wieder zurückbekommen. Wir quetschen im Moment die Bürger aus. Über Jahre hinweg haben wir den Spitzensteuersatz nicht weiter heruntergesetzt. Wir brauchen eine Entlastung der Leistungserbringer der Gesellschaft.

Ein Wort zur Erbschaftsteuer und zur Grundsteuer. Natürlich brauchen wir die Öffnungsklausel. Wenn wir die Grundsteuergesetzgebung dem Bund überlassen, wird gar nichts geschehen, sondern es wird so bleiben, wie es ist, weil genügend Länder alle Steuereinnahmen unbedingt brauchen. Die Öffnungsklausel muss aber auch in Bayern gelebt werden. Seit Jahren – schon unter dem früheren Finanzminister Fallthausen, der das damals eingebracht hat – führen wir eine Debatte über die Erbschaft-

steuer. Schon damals gab es Zweifel, ob die Erbschaftsteuer wirklich abgeschafft wird. Bis jetzt haben nur die Österreicher die Kraft dazu aufgebracht. Da können wir noch etwas lernen.

Sehr verehrte Damen und Herren, mir liegt auch noch ein anderes Thema am Herzen, nämlich das Thema Heimat, das ich heute hier herausstellen will. Zu den Bedingungen, zu dem Etat in Höhe von fünf Millionen Euro sage ich Ihnen: Geld ist nicht alles. Wir müssen die Bedingungen für das Vereinsleben drastisch ändern und entschärfen. Wir haben in allen möglichen Vereinen ein riesiges Problem, Ehrenamtliche für den Vorstand zu finden. Woran liegt es denn? – An der fehlenden Haftungsfreistellung für Vorsitzende. Das ist ein riesiges Thema. Die Leute haben Angst davor, diesen Job zu übernehmen. Wir haben zig Vereine, die keinen Vorsitzenden mehr finden. Darunter leidet dann die Allgemeinheit.

Wir brauchen Erleichterungen bei der Besteuerung der Übungsleiter in den Sportvereinen. Das Trainieren der A-Jugend ist heute schon ein Riesenjob, dafür reicht meines Erachtens die Pauschale von 2.400 Euro bei Weitem nicht aus.

Richtig genervt werden die Vereine durch die Datenschutz-Grundverordnung. Auch da erwarte ich mehr Engagement von unserer Regierung, damit dieses Monstrum an Bürokratie zurückgeschraubt werden kann.

Jetzt kommt noch ein besonderer Hammer. Die Deutsche Rentenversicherung betreibt ein unmögliches Spiel, indem sie ehrenamtlich Tätige – vor ungefähr acht Monaten gab es einen solchen Fall vor dem Sozialgericht – der Scheinselbstständigkeit bezichtigt. Die Bayerische Jungbauernschaft hat diesen Prozess Gott sei Dank gewonnen. Mehrere Vereine sind mit solchen Vorwürfen überzogen worden. Das ist ein unsägliches Spiel.

Sehr verehrte Damen und Herren, vor Kurzem habe ich gehört, dass jemand beim Stehlen und Wegfahren des Maibaums zig Bürokratieauflagen hat erfüllen müssen. Geht es eigentlich noch? Wo leben wir denn überhaupt? Heute muss man das Mai-

baumstehlen schon vorher bei der Polizei ankündigen. Wir haben es früher anders gemacht. So geht es einfach nicht mehr weiter.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen das Engagement Ehrenamtlicher insgesamt würdigen und fördern, und das nicht nur mit der Ehrenamtskarte. Für mich müssten die Vorschriften viel stärker geändert werden. Wir brauchen für die Vereine keine Sonntagsreden und Aufklärungsbroschüren; vielmehr müssen die Bedingungen, die ich vorhin genannt habe, geändert werden.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Bergmüller. – Ich darf den Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Güller.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister, Herr Präsident! Natürlich geht es beim Einzelplan 06 des Haushalts im Kern um das Thema Gerechtigkeit. Natürlich geht es darum, die Grundlagen unseres Freistaats und des gesamten Haushalts zu sichern. Natürlich geht es darum, dass sich ein gerechter Staat um den Vollzug der bestehenden Gesetze kümmert, und dass nicht die- und derjenige, die sich daran halten, die Dummen sind.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns doch einmal die Personalzahlen an, Kolleginnen und Kollegen. Diese sind nicht aus der Luft gegriffen. Es gibt eine Planung für die Personalstärke. Danach sollten 16.397 Stellen besetzt sein. Real besetzt sind aber nur 14.972. Das heißt, rund 1.400 Stellen sind nicht besetzt bzw. falsch besetzt, nämlich mit Anwärtern oder abgeordneten Beamten. Deswegen ist es doch richtig, wenn wir fordern, dass zumindest die Sollstärke endlich erreicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein, dass wir beim Verhältnis von Personal zu Einwohnerzahl in Deutschland auf dem 9. Platz stehen. Beim Verhältnis von Personal zu Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen stehen wir auf dem 15. Platz, beim Verhältnis zwischen der Zahl der Betriebsprüfer und der Zahl der Betriebe auf dem 14. Platz und beim Verhältnis zwischen der Zahl der Umsatzsteuersonderprüfer und der Zahl der Unternehmen auf dem 16. Platz. Das ist doch wirklich nicht unser Anspruch.

Es ist doch auch nicht so, dass überbordende Kontrollen entstünden. Schauen wir uns doch einmal die Prüfzyklen bei uns in Bayern an. Der Prüfzyklus bei einem Großbetrieb beträgt 4,92 Jahre, bei einem mittleren Betrieb 22,24 Jahre. So lange dauert es, bis einmal ein Prüfer auftaucht. Bei Kleinbetrieben beträgt der Prüfzyklus 37,99 Jahre. Das soll ein Bürokratiemonster sein? Dass Beamte, in deren Halfter Pistolen stecken, täglich unsere Unternehmen drangsaliieren würden, entspricht doch nicht der Realität. Es geht darum, Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft einzuführen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer behauptet, dass wir keine organisierte Steuerkriminalität in Deutschland, in Europa und weltweit haben, die wir entschieden bekämpfen müssen, weil sie ein Krebsgeschwür in unserer Gesellschaft ist, der hat doch keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Pohl, Sie haben zu Frau Kollegin Schulze gesagt, sie sitze im Innenausschuss, aber trotzdem hätten Sie mehr Ahnung, weil auch Sie schon einmal im Innenausschuss gesessen haben. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Sie sitzen schon lange im Haushaltsausschuss, beweisen aber durch Ihre heutige Rede, dass das nicht unbedingt heißt, dass Sie von Finanzpolitik auch nur die geringste Ahnung haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich gibt es Personal, das man sofort einstellen könnte, natürlich gibt es Menschen, die heute als Steuerprüferinnen und Steuerprüfer in Kanzleien arbeiten und die im Freistaat angestellt werden könnten. Aber man muss natürlich auch mehr für die Ausbildung tun. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, die Ausbildungsbedingungen im Finanzwesen zu verbessern. Wir wollen, dass mehr EDV eingesetzt wird, wir wollen eine bessere Ausstattung der Anwärtnerinnen und Anwarter mit Material, und wir wollen, dass das Personal an den Finanzschulen nicht nur abgeordnet wird und damit an anderen Stellen fehlt, sondern dass wir mehr Stellen schaffen. Dieses haben Sie aber bisher im Ausschuss abgelehnt. Dann noch von Steuergerechtigkeit zu reden und den Beamten, die heute im Dienst sind, überschwänglichst zu danken, weil sie das auffangen, was Sie durch eine verfehlte Personalpolitik in den letzten 10 bis 15 Jahren vergeigt haben, ist doch zynisch.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, dass sie das noch auffangen können, was Sie in den letzten Jahrzehnten vergeigt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und – neuerdings – auch der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Beim Einzelplan 06 geht es aber noch um andere Themen. Lassen Sie mich deshalb etwas zu Beteiligungen und zur staatlichen Schlösser-, Gärten und Seenverwaltung sagen, nur einen Satz: Wir alle miteinander sind so stolz auf die Millionen von Gästen, die jedes Jahr nach Bayern kommen, weil sie unsere Sehenswürdigkeiten besichtigen wollen und deswegen hier millionenfach übernachten. Angesichts dieser Tatsache wäre es doch angebracht, endlich mehr Personal für die Aufsicht und die Erhaltung einzustellen, und zwar im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber auch dazu sind Sie nicht bereit. Sie haben unseren entsprechenden Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Der Einzelplan 06 umfasst auch die Beteiligungen. Ich will jetzt keine Reflexe bei Ihnen auslösen, aber ich muss die Bayerische Landesbank erwähnen.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ach, nein!)

Ich erinnere an die Zeit der Konsolidierung seit 2008 und den Weg, den wir gemeinsam beschritten haben.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, einfach einmal Klappe halten, Ohren aufmachen, zuhören und vielleicht am Ende verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Zeit, nach der Konsolidierung, die wir gemeinsam durchgeführt haben, nachdem Sie den Karren in den Dreck gefahren haben, die Schuldenuhr zu stoppen. Wir dürfen als Freistaat nicht jedes Jahr 250 Millionen Euro für Kreditzinsen ausgeben, sondern wir müssen uns mit der Bank zusammensetzen und dieses Geld einfordern. Weiterhin ist es notwendig, gemeinsam eine dauerhaft tragfähige Geschäftspolitik für die Bayerische Landesbank zu entwickeln.

Die Leitlinie der SPD ist: Wir wollen keinen Verkauf der Bank, wir wollen keine Fusion mit irgendwelchen Privaten. Wir wollen eine starke Landesbank, die neben den Sparkassen, neben dem genossenschaftlichen Bankenwesen und neben der LfA für unsere bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer und die Bürgerinnen und Bürger da ist und ein starkes Element des Freistaats Bayern darstellt. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten. Stimmen Sie den Anträgen zum Personal, die wir gestellt haben, heute noch zu. Sonst ist dieser Haushalt nicht zukunftsfähig, und wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Kollege Güller. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, dass sich die bayerischen Pfadfinderinnen und Pfadfinder heute im Landtag vorstellen und den Kontakt mit der Politik suchen. Sie sind von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr im Senatssaal. Wer den direkten Kontakt mit der Jugend aufnehmen will, der ist herzlich eingeladen, dort vorbeizuschauen.

Ich darf als nächsten Redner Herrn Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei der Rede von Harald Güller den Eindruck gehabt, dass er die ersten zwei Seiten meiner Rede gelesen hat. Mal schauen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte mit einem Dank anfangen, einem Dank an die Mitarbeiter, die man sonst so explizit nicht anspricht. Ich danke den Mitarbeitern der Finanzämter. Die möchte ich ganz ausdrücklich loben. Meine Erfahrung in meinem Berufsleben ist gewesen, dass mir dort teilweise Spitzenleute gegenüber saßen. Diese Mitarbeiter hatten es oft mit einem Apparat auf Unternehmensseite zu tun, der viel besser ausgestattet war und viel besser bezahlte Mitarbeiter hatte. Das fand ich immer bewundernswert. Das liegt natürlich an den Ausbildungsstätten, die wir hier haben und die zum Einzelplan 06 gehören. Hut ab vor den Mitarbeitern. Wir haben Leute, die aus solchen Ausbildungsstätten kamen, immer gerne eingestellt, wenn es irgendwie ging; denn das waren die besten Mitarbeiter. Außerdem waren sie – das möchte ich ganz leise anmerken – sehr genügsam gegenüber anderen, was das Gehalt betrifft.

Die Schlösser-, Gärten- und Seenverwaltung haben Sie auch angesprochen. Das fand ich ganz faszinierend. Ich möchte erwähnen, dass ich dort Leute kenne, die mit Herzblut für ihr Objekt arbeiten. Das dringt selten in die Öffentlichkeit. Diese Mitarbeiter

möchte ich ausdrücklich loben. Das ist ein Randbereich in diesem Haushalt, aber diese Bemerkung wollte ich einfach einmal loswerden.

Haushalt und Finanzen: Als Mathematiker bin ich versucht, jede Menge Zahlen und Veränderungen vorzutragen. Aber nein, keine Angst, ich gehe einfach einmal ein paar Aufgaben durch.

Die erste Aufgabe betrifft die Vermögensverwaltung. Auch die Beteiligungen sind schon angesprochen worden. Der FDPIer wird hier aber nicht zu Privatisierungen sprechen. Ich bin kein Fan von Privatisierungen nur um der Privatisierung willen. Allerdings muss ich an einen Beschluss aus dem Jahr 2013 erinnern. Da wurde festgelegt, bei jeder Beteiligung regelmäßig zu prüfen, ob diese wirklich noch notwendig ist. Ich sage das deshalb, weil im letzten Haushaltsausschuss diesbezüglich abgewiegelt wurde. Das geschah nach dem Motto: Das machen wir nicht, das brauchen wir nicht, es bleibt alles so, wie es ist.

Die Landesbank, Herr Güller, ist ein ganz spezielles Thema. Da sind wir anderer Auffassung. Seinerzeit war klar, dass die Landesbank erst saniert werden muss. Erst dann sollte geprüft werden, was mit ihr geschehen soll. Das heißt für mich auch, dass man darüber nachdenken muss, ob man sie wirklich weiter behalten will. Dass Ihr Vorschlag bezüglich der Zinsen immer wieder kommt, wundert mich. Ich habe schon letztes im Ausschuss gesagt, dass das Unsinn ist. Wir dürfen die Bank nicht kaputt machen. Wir müssen eine andere Lösung finden. Wenn wir Ihrem Vorschlag folgen würden, könnte die Bank die Mittel nicht mehr als hartes Kernkapital anrechnen. Mich wundert, dass Sie diesen Vorschlag immer wieder bringen.

Zum Thema Finanzpolitik werden wir heute Nachmittag ausführlicher diskutieren. Es gibt aber noch ein Thema, das ich ansprechen wollte, nämlich den Länderfinanzausgleich. Es war einmal versprochen worden, Bayern würde dabei nicht mehr mitspielen, und es war die Rede davon, man ginge bis zum Prozess; wir müssten auf jeden Fall weniger bezahlen. Dann hat mich ein schöner Satz im Finanzplan Bayern erstaunt,

wonach der Reformgewinn für den Freistaat Bayern aus der Neuordnung der Bundes-Länder-Finanzbeziehungen weitgehend durch Kompensation aufgezehrt wird. Ich hatte den Eindruck, dass es offenbar doch nicht so ganz gut gelaufen ist, und habe eine Anfrage gestellt. Auf die Anfrage habe ich auch eine Antwort bekommen. Darin stand sehr ausführlich, wie das Verfahren funktioniert, aber darin stand keine einzige Zahl. Zu den Zahlen stand darin: Schauen Sie in den Haushalt. – Das war die Antwort in Kurzfassung.

Nun muss ich sagen: Das Verfahren ist natürlich ein bisschen komplizierter. Die Berechnung bezieht Umsatzsteuerzu- und -abschläge ein. Ich habe leider nur zwanzig Jahre Erfahrung im Rechnungswesen. Mir ist es nicht gelungen, herauszubekommen, was ich tatsächlich jetzt und in Zukunft an Länderfinanzausgleich, insbesondere im Vergleich zum alten Verfahren, mehr oder weniger bezahle. "DER SPIEGEL" schreibt selbst, dass es möglicherweise gar Absicht wäre, dass die Zahlungsströme etwas verschleiert werden sollen. Das möchte ich jetzt niemandem unterstellen. Aber ich werde wahrscheinlich noch mal eine Anfrage stellen. Ich hätte gerne wirklich einen Vergleich über mehrere Jahre hinweg, wie viel mehr oder wie viel weniger vom Land Bayern zu bezahlen ist.

Das Thema Digitalisierung ist kein expliziter Bereich. Trotzdem wundere ich mich. Ein paar Bereiche sind dabei wirklich relevant: digitale Erschließung, digitale Verwaltung, das Amt für Sicherheit in der Informationstechnik gehört auch dazu – erstaunlich. Ich frage mich halt immer wieder, wieso es diesem Geschäftsbereich und nicht demjenigen des Digitalministeriums zugeordnet ist. Aber darauf will nicht weiter eingehen. Das hat wahrscheinlich historisch-machtpolitische Gründe; keine Ahnung.

Ein Thema ist mir noch ganz wichtig: Finanzreporting. Ich war es in meiner beruflichen Tätigkeit gewohnt, dass ich regelmäßig Zahlen bekommen habe und selbst dem Vorstand zuschicken musste: regelmäßig, zeitnah, komprimiert, aussagekräftig. Ein schönes Beispiel ist hier das Ergebnis aus dem Vorjahr. In der ganzen Haushaltsdiskussion wurde immer in den Raum gestellt, der Griff in die Rücklagen sei gar nicht so schlimm,

weil ja einiges übrig bleibt. Ich habe dann einen CSU-Kollegen, einen FREIE-WÄHLER-Kollegen gefragt, weil ich gedacht habe, die könnten vielleicht ein bisschen mehr wissen. Ich habe nur vage Andeutungen bekommen. Ich wusste nicht genau: Wissen Sie es, oder wollen Sie es mir nicht sagen? Oder gibt es Geheiminformationen? Ich würde mal sagen, das finde ich ziemlich daneben, weil insbesondere der Haushaltsausschuss und der Landtag aufgrund ihres Selbstverständnisses den Anspruch auf Informationen haben müssten. Oder wissen Sie es nicht so genau? Dann sage ich mir allmählich: Wenn ich das selbst Mitte Mai immer noch nicht genau weiß, müsste ein etwas stringenteres Reporting her.

Dann kommt gestern der Herr Söder und sagt: 4,2 Milliarden Überschuss. Ich muss sagen: In Kurzfassung heißt das für mich, das ist eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sie können mir nicht erzählen, dass Sie vorher nicht ungefähr gewusst haben, wo es ist. Natürlich können Sie es nicht bis in die letzte Einzelheit erzählen. Aber ich musste meiner Bank auch immer Ende Januar eine Zahl vorlegen. Klar, es war unangenehm; unangenehm deshalb, weil ich einen Chef hatte, der sich unheimlich gut Zahlen merken konnte, und sobald ich mit einer richtigen Zahl daherkam, musste ich ihm auch noch erklären, warum die richtige Zahl von der vorläufigen abwich. Das ist unangenehm gewesen, okay, gut. Trotzdem muss ich sagen: Sie haben doch eine Schätzung gehabt, ob es eine Milliarde ist oder ob es zehn Milliarden sind.

(Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wir haben einen Doppelhaushalt von 120 Milliarden!)

Ich muss sagen: Ich fand mich ziemlich übergangen. Es bestand keineswegs ein Erfordernis, das so spät herauszugeben und sich so darzustellen, als wäre man in positiver Weise der große Wirtschaftler gewesen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Bei einem Doppelhaushalt von 120 Milliarden!)

Ich möchte noch zwei kleine Themen ansprechen, zunächst die Rolle des Obersten Rechnungshofs. Ich hatte schon bei der Diskussion im Haushaltsausschuss über den Obersten Rechnungshof angesprochen, dass ich seine Rolle etwas stärker sehen würde. Ich hätte gerne, dass er sich viel zeitnäher mit Projekten befassen würde. Manche Erkenntnisse des Obersten Rechnungshofs sind unbequem; das gebe ich zu. Aber vielleicht ist das ein gutes Zeichen. Manche Leute reagieren allergisch; manche tun Erkenntnisse fachlich ab. Ich meine, dass wir noch einiges tun sollten.

Mein letzter Punkt betrifft staatliche Hochbaumaßnahmen. Die stehen auch in diesem Einzelplan. Das ärgert mich im Haushaltsausschuss massiv: Wir bekommen dort immer wieder Vorlagen, die in einer unglaublichen Höhe das Budget überziehen. Hier müssen wir ein besseres Controlling einführen. Der Haushaltsausschuss hat es selbst auch gefordert. Ich finde es nicht hinnehmbar, was wir hier insbesondere dem bayerischen Staat und dem bayerischen Steuerzahler zumuten.

Sie sehen, ich habe versucht, eine konstruktive Rolle einzunehmen und mich nicht so sehr an den einzelnen Zahlen aufzuhalten. Diese haben wir in den vorherigen Sitzungen, in den Ausschüssen diskutiert. Ich diskutiere auch gerne ausführlicher, was ich mir an Spar- und Effizienzpotenzial noch vorstelle. Aber ich habe versucht, eine etwas konstruktivere Oppositionsrolle einzunehmen. Ich hoffe, es ist mir zur Zufriedenheit des Herrn Finanzministers gelungen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Dr. Kaltenhauser. – Als Nächster hat der Kollege Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion das Wort. Kollege Fackler, bitte kommen Sie ans Rednerpult.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Finanzminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern ist auf dem richtigen Kurs. Wir haben ein Ziel. Wir haben eine Strategie. Wir haben ein Konzept. Wir setzen das alles um, um Bayern noch liebenswerter und lebenswerter zu machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Denn Bayern ist unsere Heimat, ist unsere Zukunft. Dieser Haushalt liefert dafür das Programm, und ich sage: ein sehr gutes Programm, nämlich ein Zukunftsprogramm. Dieser Haushalt trägt eine bayerische Handschrift. Bayern ist auch ein Vorbild an Leistungsfähigkeit, an Effizienz und auch an Nachhaltigkeit. Ich möchte zusammen mit der CSU-Fraktion und der FW-Fraktion, dass wir das auch bleiben. Zu dem von unserem Ministerpräsidenten gestern verkündeten Überschuss von 4,2 Milliarden Euro muss man sagen: In vielen Haushalten sind Überschüsse die Regel. Wir können uns über solche Überschüsse freuen, weil sie letztendlich auch eine Zukunftsvorsorge für möglicherweise auch schwieriger werdende Zeiten sind. Wir brauchen so etwas, und deswegen ist es gut, dass der Ministerpräsident es entsprechend verkündet hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Personal: Die bayerische Steuerverwaltung arbeitet effizient, pragmatisch und ergebnisorientiert. Dies gilt selbstverständlich auch für die Vermessungsverwaltung, unsere Staatsverwaltung, auch für die Schlösser- und Seenverwaltung, die aus unserer Sicht über ausreichend Personal verfügt und bedarfsgerecht eingesetzt wird.

(Widerspruch des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Sie alle arbeiten zuverlässig, kompetent und motiviert, und sie machen diesen Staat handlungsfähig und innovativ. Sie alle schaffen Heimat. Unsere bayerischen Staatsbediensteten sind auf jeden Fall unverzichtbar für einen funktionierenden Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich sage deshalb ein ganz herzliches Dankeschön an unsere bayerischen Beamten und Tarifbeschäftigten für ihren wertvollen und tatkräftigen Einsatz zum Wohle eines glänzenden Bayerns. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es deshalb auch berechtigt, dass das Tarifiergebnis wieder mal eins zu eins auf die Besoldung übertragen wird. Das ist nämlich echte Fürsorge, das ist echte Anerkennung der Arbeit unserer Staatsdiener. Das haben sie auch verdient. Ich bin glücklich, dass die entsprechenden Gelder im Haushalt schon einbezogen und berücksichtigt sind. Nur damit man das auch mal erfährt: Das sind 620 Millionen in 2019 und 1,2 Milliarden im Jahr 2020. Das ist eine klare Ansage. Ich sage unserem Finanzminister Albert Füracker ein ganz herzliches Dankeschön dafür, dass er wieder diese Richtung vorgibt und die Weichen richtig stellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Seit nunmehr rund zehn Jahren werden die Tarifiergebnisse eins zu eins auf die Besoldung übertragen. Das macht kein anderes Bundesland. Besser kann es eigentlich auch nicht laufen für unsere Beamten und Tarifbeschäftigten. Ich war gestern beim BBB-Hauptausschuss und habe dort feststellen können, dass wir bei den bayerischen Staatsbediensteten eine gute Stimmung haben. Alle Fraktionen waren sich einig. Der Rolf Habermann war schon fast der Meinung, er müsste sich Gedanken machen. Aber ich glaube, das muss er definitiv nicht; denn dieser Haushalt sorgt dafür, dass die Staatsbediensteten auch zukünftig ordentlich bezahlt werden. Das ist Vorsorge. Deswegen meine ich, dieser Haushalt ist Champions-League-reif. Auf jeden Fall ist er für mich der beste Haushalt aller Zeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das sagen Sie doch jedes Jahr!)

– Nicht jedes Jahr, aber diesmal stimmt es.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) In neun von zehn Jahren!)

Ich sage auch: Bei diesem Haushalt gibt es kein Haar in der Suppe, auch wenn Sie danach suchen, auch nicht beim Thema Steuergerechtigkeit. Lieber Herr Güller oder auch Herr Pargent, da verbeißen Sie sich regelmäßig,

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Der Oberste Rechnungshof auch bald!)

aber zu Unrecht, wie ich finde. Bestehende Gesetze werden umgesetzt. Unser Credo in der Steuerverwaltung lautet: Vertrauen, Kontrolle, Ahndung.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Weniger ist mehr!)

Steuervollzug ist Gott sei Dank Ländersache. Glücklicherweise haben wir den Föderalismus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich der Finanzen werden keine Stellen abgebaut, sondern aufgebaut. Natürlich geht immer mehr und noch mehr. Wir haben aber zwischenzeitlich über 20.000 Stellen für Beamte, Arbeitnehmer und Auszubildende. Das müssen Sie anerkennen. Es gibt in diesem Bereich keine Versäumnisse. Seit 2009 gibt es 3.000 neue Stellen. Wir machen Rekordausbildung. Sie zeichnen ein verzerrtes Bild. Sie müssen die Tatsachen anerkennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Stellen sind ja besetzt!)

Ich möchte noch mal eins betonen: 2014 habe ich zum allerersten Mal das Gesetz vom sinkenden Grenzertrag in die Debatte eingebracht. Ich freue mich darüber, dass es der Kollege Pohl schon verinnerlicht hat.

(Heiterkeit)

Die Kollegen von der FDP haben es ebenfalls schon verinnerlicht, aber bei SPD und GRÜNEN dauert es anscheinend noch etwas.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lesen Sie bitte noch einmal nach. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das Gesetz vom sinkenden Grenzertrag dafür sorgt, dass wir eine effiziente Finanzverwaltung haben. Bayern ist bei der Effizienz der Steuerverwaltung auf Platz eins.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das Fackler-Gesetz!)

Das liegt auch daran, dass unsere Finanzbeamten wissen, wann, wo und was sie mit welcher Intensität prüfen müssen.

Herr Kollege Güller, Sie fragen immer nach dem Prüfungsturnus. Ich habe Ihnen schon mal gesagt: Fragen Sie mal nach der Anzahl der Null-Fälle. Es bedarf immer eines Anlasses, es bedarf immer einer Erforderlichkeit, denn sonst ist jede Prüfung sinnlos. Nicht der Turnus allein ist maßgebend, sondern das steuerliche Risiko.

(Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr gut!)

Das müssen Sie sich merken. – Konzerne werden im Übrigen lückenlos geprüft, weil es bei uns echte Effizienz und Praktikabilität gibt. Unser Credo lautet: So viel Kontrolle wie nötig, mit so wenigen Beamten wie möglich!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur organisierten Kriminalität: Hier kann ich nur darauf verweisen, dass wir extra eine Abteilung "Sonderkommission schwerer Steuerbetrug" eingerichtet haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich habe gedacht, das ist kein Problem!)

– Ja, damit auch die Probleme, die Sie erkennen, in jedem Fall angegangen werden können.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht genau zugehört!)

Ich möchte noch zwei weitere Punkte bringen. Wir bräuchten im Prinzip schon ein einfacheres Steuerrecht, aber die SPD stemmt sich da in Berlin ja immer ganz mächtig dagegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Warum wohl?)

– Warum wohl? – Ich sage nur mal: Thema Abgeltungsteuer: Die ist hier zwar nicht Thema – –

(Harald Güller (SPD): Weil wir den Millionären das Geld nicht hinterherwerfen wollen!)

– Nein, nein, das hat nichts mit Millionären zu tun. Die einzige Entbürokratisierung, die im Steuerrecht jemals stattgefunden hat, wird von Ihnen boykottiert und blockiert. Man muss das ganz klar sagen: Die beste Idee, die jemals ein SPD-Finanzminister hatte, wollen Sie jetzt wieder rückgängig machen. Da kann man nur sagen: Hände weg vom Instrument der Abgeltungsteuer. Da sind Sie auf einem absoluten Holzweg.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das war Schäuble, der gesagt hat, dass das wieder weg muss! Schreiben Sie mal den Schäuble an!)

– Leider! – Auch zur Grundsteuer muss man sagen, dass sich der Kollege Olaf Scholz hier ganz übel die Finger verbrennt; denn sein Vorschlag ist keine Vereinfachung, sondern nur eine Verkomplizierung. Sagen Sie mir doch mal, warum seit 1964 keine Einheitsbewertung mehr gemacht wurde. Warum wohl? – Weil das überflüssige Arbeit war; weil wir in der Finanzverwaltung gelebte Entbürokratisierung praktiziert haben. Weil wir gesagt haben: Das ist überflüssige Arbeit. Glauben Sie mir: Die bayerischen Beamten wissen ganz genau, was am allerbesten ist, was sinnlos ist und was effizient ist. Deswegen hat man das jetzt 55 Jahre lang nicht gemacht. Das ist doch Tatsache.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben gerade schon über das Gesetz vom sinkenden Grenzertrag gesprochen. Die Öffnungsklausel ist mehr als notwendig. Weniger Bürokratie, weniger Kleinteiligkeit, mehr Pauschalität, mehr Praktikabilität – das brauchen wir zur Entrümpelung des deutschen Steuerdschungels.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich kann nur hoffen, dass Olaf Scholz diesen Elfmeter letztendlich verwandelt und den Ball nicht in den Berliner Nachthimmel schießt. Andernfalls würde er mit seinem Elfmeter genauso unrühmlich in die Geschichte eingehen wie Uli Hoeneß 1976 in Belgrad.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das melde ich dem FC Bayern!)

– Das können Sie ihm gerne sagen, die freuen sich darüber.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Ich bin auch Bayern-Fan. – Ich glaube, zum Länderfinanzausgleich kann man nur sagen: Wir haben ihn neu und gut geordnet. Wir zahlen in Zukunft auch weniger. Das ist entscheidend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD)

Geehrter Kollege Güller, die Landesbank ist eine starke und erfolgreiche Bank. Sie macht Überschüsse, konsolidiert und hat gute Zahlen. Das Thema ist so alt, dass das, was Sie hier daherbringen, fast schon wieder neu ist.

(Harald Güller (SPD): Wir müssen da nichts mehr neu machen? Okay!)

– Nein, das müssen wir nicht mehr neu machen. – Wir machen eine Rekordausbildung. Auch das vergessen Sie regelmäßig. Die Zahlen sprechen hier für sich.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nur weil Sie sie runtergefahren haben!)

Wir kommen hier in eine neue Dimension

(Zuruf von der CSU: So ist das!)

2.500 Anwarter 2017, 2.700 Anwarter 2018, 3.100 Anwarter 2019. Das ist eine neue Dimension und ein starkes Zeichen. Unsere Hochschule für den öffentlichen Dienst leistet hier wirklich Großartiges. Auch dafür kann man nur Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ebenfalls vorbildlich läuft die digitale Erschließung. Auch hier kann man nur noch mal eins sagen: Das sind alles freiwillige Leistungen, die wir hier zur Verfügung stellen. Das sind 1,5 Milliarden Euro an freiwilligen Mitteln. Das müssen Sie erkennen, verstehen und anerkennen; denn das sind bemerkenswerte Leistungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zu hohe Erwartungen!)

Bayern ist ein Land mit Zukunft. Wir verbinden Kreativität mit Ideenreichtum und Flexibilität. Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand kommen nicht von alleine. Es müssen die richtigen Weichen gestellt werden. Das tut dieser Haushalt. Ich sage noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker und all seine Mitarbeiter im Finanzministerium für den besten Haushalt aller Zeiten. Wir stimmen diesem Haushalt auf jeden Fall zu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Großartige Wahlkampfredel!)

Präsidentin Ilse Aigner: Guten Morgen allerseits, hallo!

(Allgemeine Heiterkeit)

Das war ein fliegender Wechsel im Sitzungspräsidium. Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Kaltenhauser von der FDP das Wort.

(Widerspruch)

– Ach, er hat schon gesprochen? – Entschuldigung, das System hängt wieder. Dieses Ding hängt ab und zu. Jetzt hat Herr Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Ich fragte mich gerade schon, seit wann ich einen Dokortitel habe.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist gefährlich!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einem guten halben Jahr existiert ein bayerisches Digitalministerium. Trotzdem spreche ich heute hier zum Haushalt des Finanzministeriums. – Nein, ich habe mich nicht hierher verlaufen, sondern ich laufe gerade den Themen hinterher, die Sie nicht ins Digitalministerium gepackt haben. Dazu – man mag es kaum glauben – gehört auch die digitale Infrastruktur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Egal ob Breitband- oder Mobilfunkausbau, staatlich betriebene Rechenzentren, die Digitalisierung unserer Verwaltungsdienstleistungen, die Sicherheit unserer Kommunikationsinfrastruktur oder auch das Thema Cyber-Security – nichts davon ist im Aufgabengebiet des Digitalministeriums, sondern alles ist hier im Finanzministerium angesiedelt. Um das Chaos perfekt zu machen, sind diese Aufgaben dann auch noch ganz oder teilweise beim Wirtschaftsminister oder Innenminister angesiedelt. Deswegen mein Tipp an Herrn Söder, wenn er denn da wäre: Bringen Sie doch endlich Ordnung ins Chaos und bringen Sie die digitalen Themen auch beim Digitalministerium unter!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass sich die Digitalministerin Judith Gerlach wirklich kein bisschen für das Thema Digitale Infrastruktur interessiert, hat sie bei den Haushaltsverhandlungen wieder ganz klar gezeigt. Wenn ich von der bayerischen Digitalministerin im Haushaltsausschuss die Worte höre: Ich will mich um die großen Dinge der Digitalisierung und nicht um läppisches Kabelverbuddeln kümmern – ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, da frage ich mich schon, ob da nicht jemand seinen Job ganz klar verfehlt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Denn ohne funktionierende digitale Infrastruktur, ohne flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau sind wir in Bayern denkbar schlecht für die Herausforderungen der digitalen Zukunft aufgestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Ja, das ist aber beim Finanzministerium. Es ist schon spannend, dass offenbar nicht einmal Sie wissen, wo welche Digitalthemen drinstecken.

Autonomes Fahren, digitale Lieferketten, E-Government – all das funktioniert nicht, wenn wir kein Netz haben. Frau Gerlach hat vor Kurzem 50.000 digitale Klassenzimmer angekündigt. Sie sollte vielleicht selbst mal ausprobieren, wie es ist, mit dreißig Laptops an einer 6.000er Leitung zu hängen. Damit läuft nämlich kein flüssiges Surfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie schon nicht auf uns GRÜNE hören, dann hören Sie wenigstens auf Ihre Landrätinnen und Landräte, die noch – ich betone übrigens: noch! – mehrheitlich von CSU und FREIEN WÄHLERN sind. Diese haben sich nämlich erst in der letzten Woche mit einem klaren Appell und einer klaren Aufforderung an die Staatsregierung gewandt, endlich für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes zu sorgen. Noch immer ist mehr als die Hälfte der neu angeschlossenen Haushalte nur mit

30 Mbit/s versorgt. Der Anteil der Glasfaser liegt gerade mal bei 15 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz ehrlich: Das kann doch nicht die Zukunft sein. Das Problem am bayerischen Breitbandförderprogramm ist ja nicht die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel, sondern vor allem die Ausgestaltung des Programmes selbst. Noch immer wird vor allem die Wirtschaftlichkeitslücke gefördert. Betreibermodelle, wie wir sie schon mehrfach gefordert haben, sieht das Programm nicht vor. Jede Kommune bekommt maximal 950.000 Euro. Damit kommt man natürlich nicht weit, wenn man Glasfasern in jedes Haus legen möchte. Deshalb bauen Sie nur bis zum Verteilerkasten mit Glasfasern und dann mit veralteter Technologie, mit Kupferkabeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, Bayern hinkt im internationalen Vergleich hinterher. Das kann doch nicht der Anspruch sein. Kümmern Sie sich endlich um eine zukunftsfähige Infrastruktur!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Gerd Mannes von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag spricht die Staatsregierung darüber, die Verwaltung zu digitalisieren. Sie plant, ab Ende 2020 die 54 wichtigsten Anwendungen als Online-Service bereitzustellen.

Kontaktaufnahmen mit der bayerischen Verwaltung kosten die bayerischen Unternehmen finanzielle und personelle Ressourcen. Eine IHK-Umfrage zeigt, dass 72 % der Unternehmer ihre Verwaltungsleistungen, die den Staat und seine Ämter betreffen, online erledigen wollen. Dass beim Thema "Digitalisierung der Behörden" deutschlandweit und leider auch in Bayern Notstand herrscht, ist bekannt. Bisher verbindet man

einen Behördengang mit der Vorstellung von Schlangen vor Schaltern und Formularen in mehrfacher Ausfertigung.

Während andere europäische Länder wie Dänemark oder Estland schon eine einwandfrei funktionierende Infrastruktur in E-Government-Angeboten haben, möchte die Staatsregierung erst mal einen Laborversuch starten. Wir fragen uns, warum die Einführung des E-Governments so lange gedauert hat und die Ziele der Staatsregierung so wenig ambitioniert sind, dass man sie kaum verfehlen kann.

Ein Großteil der bayerischen Kommunen bietet Online-Services an. Die Umsetzung ist jedoch unterschiedlich fortgeschritten. Ein Selbstversuch in Günzburg zeigt, dass dort bisher 18 der 54 geplanten Verwaltungsdienstleistungen zur Verfügung stehen. Zum Vergleich: In Estland waren 50 digitale Verwaltungsleistungen schon vor zehn Jahren Standard. Heute, im Jahr 2019, sind es in Estland über 600 Verwaltungsabläufe.

Die Staatsregierung möchte Bayern also bis Ende 2020 auf den Stand von Estland in 2009 bringen. Wenn ein Land, das nicht mal 5 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, uns derart überholt, muss man sich schon fragen, weshalb die Staatsregierung in Bayern Gegenwartsthemen wie E-Government so schleifen lässt.

Wir sorgen uns um die Zukunft Bayerns. Um den Rückstand aufzuholen, hat die AfD mehrere Anträge zur Beschleunigung der Digitalisierung in den Kommunen und des E-Governments eingereicht. Uns geht es darum, die Kommunen mit der Schaffung der technischen Voraussetzungen zu unterstützen und die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen zu ermöglichen. Die dafür von uns veranschlagten Mittel sind angesichts des vorliegenden Rekordhaushalts bescheiden. Mit den vorgeschlagenen Investitionen könnte Bayern nicht nur seinen Rückstand aufholen, sondern auch den Bürokratieabbau vorantreiben.

Das könnte man sogar auf einer eigens dafür eingerichteten Seite im Internet nachlesen – wenn diese Seite nicht mit der 404-Fehlermeldung unerreichbar wäre. Leider

symbolisiert die nichtfunktionierende Seite die wenig ambitionierte Strategie der Staatsregierung.

Noch eine Bemerkung zum Breitbandausbau: Nach den Daten der OECD sind Deutschland und Bayern ein Glasfaserentwicklungsland. Fast nirgendwo in den Industriestaaten ist das schnelle Netz so unterentwickelt. Die Vereinbarung der Koalitionspartner in Bayern, alle Haushalte Gigabit-fähig zu machen, ist löblich, aber die Abdeckung mit High-Speed-Internet geht nur schleppend voran. Der ungenügende Ausbau der Mobilfunkversorgung entlang von Bahnstrecken ist genauso ärgerlich wie die vielen Orte ohne ausreichende Netzabdeckung. Das bayerische Förderprogramm über jährlich 20 Millionen Euro ist sinnvoll, könnte aber auch ambitionierter sein.

Wir bedauern, dass alle unsere Anträge abgelehnt wurden, und kritisieren die Staatsregierung für die behäbige und zögerliche Strategie zum Ausbau der Digitalisierung der Verwaltung in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Florian Ritter von der SPD das Wort.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Grundlagen des deutschen Steuerrechts sind, zumindest was die Einkommensteuer betrifft, von ihrer Systematik her durchaus gerecht. Das Prinzip bei der Einkommensteuer lautet: Die Schwachen müssen weniger, die Starken mehr zahlen und mehr beitragen zum Funktionieren des Gemeinwesens. Von daher bedanken wir uns natürlich auch bei allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die ehrlich ihrer Verantwortung nachkommen und dazu beitragen, dass die Kommunen, der Freistaat und der Bund ihren Pflichtaufgaben und auch ihren freiwilligen Leistungen nachkommen können.

Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund ist es aber auch populistisch und verlogen, den Wählerinnen und Wählern zu erzählen, man könne ständig die Steuern nur reduzieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das tut man doch gar nicht. Das ist verlogen!)

Die Konjunktur schwächt sich ab. Das ist an sich noch keine Katastrophe, erfordert aber von der Politik umsichtiges Handeln und Weitblick bei den Entscheidungen. Die Reaktion des Ministerpräsidenten auf die sich abschwächende Konjunktur ist aber: Er fordert milliardenschwere Steuerreduzierungen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schröder hat in der Krise Steuern gesenkt!)

und zwar noch nicht mal für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern vor allem für die Spitzenverdiener, weil er auch für die oberen 10 % der Einkommen den Solidaritätszuschlag abschaffen will. Gerade mal zehn Jahre nach der massivsten Reduzierung der Unternehmensbesteuerungen – die Körperschaftsteuer wurde um 10 % abgesenkt – fordert er eine erneute Reduzierung. Sie können sich ausrechnen, wie viele Unternehmenssteuern Sie dann noch in 30 Jahren haben, wenn Sie so weitermachen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Mehr, weil die Konjunktur anspringt!)

Dann sind Sie nämlich bei Null. Kolleginnen und Kollegen, Irland hat bei der Unternehmensbesteuerung einen Schäbigkeitswettbewerb in der Europäischen Union eingeläutet, mit dem bekannten Ergebnis.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und Griechenland erhebt keine!)

Wir brauchen aber keine Weiterführung dieses Schäbigkeitswettbewerbs bei den Unternehmenssteuern, sondern wir brauchen in diesem Bereich gesamteuropäische Grundsätze.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schäbigkeit!)

Diese Koalition – ich denke, das haben die Debatten über die Steuerreduzierungen, aber auch die Debatten über den Haushalt gezeigt – ist in erster Linie eine Koalition der Steuergeschenke für die Reichen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Steuergeschenke für die Reichen?)

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es eine Koalition der Sonntagsarbeit und des Zwölf-Stunden-Tags.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zwölf-Tage-Woche!)

Von daher findet dieser Haushalt auch nicht unsere Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun erteile ich dem Staatsminister für Finanzen und Heimat, Herrn Kollegen Albert Füracker, das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Liebe Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich danke zunächst für die Debatte in den letzten Tagen. Es geht ja um unseren Staatshaushalt, das Wichtigste, was ein Parlament beschließen darf und kann. Er stellt letztlich die Grundlage für unsere Arbeit dar, dafür, was im Land unter welchen Bedingungen geschieht, wie viel geschieht und wie schnell. Ich fand die Debatte jedenfalls – ich habe fast jede Minute verfolgt – jederzeit spannend, wenn auch manchmal erwartbar, mit vielen reflexartigen Vorwürfen, die also sozusagen schon in die Diskussionen und Vorbereitungen eingepreist sind.

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig, dass alles, was wir hier im Haushaltsbereich tun, hochseriös und nachvollziehbar ist und dem entspricht, was erwartet wird. Deswegen weiß ich auch um alle Emotionen und den Versuch, irgendetwas zu finden, was man am Haushalt aussetzen kann. Daran wird festgemacht, dass Bayern deshalb wahrscheinlich in der nächsten Zeit untergehen wird.

(Heiterkeit bei der CSU)

Von einigen wurde der Eindruck erweckt, dass der Steuervollzug in Bayern dazu führen werde, dass Bayern untergeht. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in Bayern einen hervorragenden Steuervollzug haben. Wir haben einen gerechten Steuervollzug, der in der letzten Zeit viel Verbesserung erfahren hat. Herr Pargent, die Prüffeststellungen des ORH werten Sie als Beanstandungen. Wenn uns der ORH im Hinblick auf den Steuervollzug Empfehlungen gibt, werde ich das durchaus positiv. In Zusammenarbeit mit dem ORH sind Fortentwicklungen vorgenommen worden. Der Eindruck, der ORH habe Verfehlungen kritisiert, ist nahezu grotesk. Grundlage für die Empfehlungen ist nicht Geldverschwendung, sondern die Überlegung, wie man den Steuervollzug fortentwickeln kann. An dieser Stelle habe ich überhaupt kein Problem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen für die konzentrierte politische Sacharbeit zu danken. Ich danke insbesondere dem Haushaltsausschuss. Es sind 16 Haushaltspläne, 249 Kapitel und 16.500 Titel beraten worden. Die Fraktionen haben den Haushalt in sehr kurzer Zeit im Haushaltsausschuss beraten. Jetzt kann schon die Endberatung stattfinden. Das war insgesamt eine große Herausforderung und eine große Leistung, für die ich ausdrücklich danke. Damit der Haushalt bald Gültigkeit erlangen kann, haben wir bereits kurz nach den Koalitionsverhandlungen einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der im Haushaltsausschuss sehr schnell beraten werden konnte.

Lieber Josef Zellmeier als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und liebe Frau Köhler als Stellvertreterin, gemeinsam mit den Mitarbeitern meines Hauses, der Fraktionen und des Landtagsamtes ist es euch gelungen, diesen Rekordhaushalt in einer Rekordzeit vorzulegen. Das muss man auch einmal sagen. Dafür danke ich Ihnen sehr.

(Allgemeiner Beifall)

Viele Redner haben auch gesagt, dies sei ein Haushalt der Superlative. Wolfgang Fackler, das stimmt. Du hast gesagt, es sei der beste Haushalt aller Zeiten. Diese positive Kritik nehme ich an.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Er ist mit Sicherheit einer der Besten. Ich kann Ihnen sagen, dass nicht nur bei den Ausgaben ein Rekordniveau erreicht worden ist, sondern auch bei den Maßnahmen. Entscheidend ist nicht, ob wir möglichst viele oder möglichst wenige Ausgaben haben. Entscheidend ist, was wir damit tun. Wir investieren. Meine Damen und Herren, das ist eine Botschaft, die man gar nicht oft genug betonen kann. Es wird immer der Eindruck erweckt, in Bayern würden wir uns nur um uns selbst drehen. Ich kenne die Argumente alle. Sie wurden schon x-mal im Haushaltsausschuss genannt.

Dazu zählt der Vorwurf, wir hätten in der Steuerverwaltung zu wenige Damen und Herren beschäftigt. Seit dem Jahr 2009 haben wir fast 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Mit 3.100 Auszubildenden haben wir im Moment so viele Auszubildende wie noch nie. Ich könnte Ihnen eine Viertelstunde lang Zahlen vorlesen, die zeigen, wie sich das entwickelt hat. Ein ewiger Vorwurf lautet, dass nicht alle der rund 16.000 Stellen besetzt würden. Meine Damen und Herren, ich muss auch für Menschen, die sich beispielsweise im Mutterschaftsurlaub befinden, eine Stelle freihalten. Soll ich einer jungen Frau, die sich im Moment im Mutterschaftsurlaub befindet und beim Finanzamt beschäftigt war, sagen: Für dich haben wir keine Stelle, weil sie im Landtag gesagt haben, dass alle 16.400 Stellen jeden Tag immer korrekt besetzt werden müssen, diejenigen, die gerade ein Kind kriegen, dürfen nicht mehr zurückkommen? – Wo ist da eigentlich die Logik?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Absurder geht es nicht, Herr Finanzminister!)

Seien Sie doch einmal vernünftig. Alle Stellen in der Steuerverwaltung sind besetzt. Sie sind in den letzten Jahren kontinuierlich mehr geworden. Wir bilden weiter aus. Machen Sie sich keine Sorgen. Unsere Steuerverwaltung hat höchste Qualität.

Die Mehrergebnisse unserer Steuerprüfer in Bayern sind im Vergleich zu allen anderen Bundesländern geradezu sagenhaft. Das wurde heute schon einmal angesprochen. Mehr Steuerprüfung bedeutet nicht automatisch mehr Einnahmen. Ich erhalte die ganze Woche zahlreiche Briefe von denjenigen, die sich schützend vor Gastronomen, Landwirte, Handwerker und kleine Betriebe stellen. In den Briefen steht: Die Steuerverwaltung sollte doch bitte nicht bei Gastronomie, Handwerk, Landwirten und bei kleinen Betrieben auftauchen und die Menschen, die vor Ort Dienst in ihren Betrieben leisten, ärgern. Lieber Herr Pargent, gehen Sie doch einmal auf die Veranstaltung des GastroFrühlings. Dort waren auch Vertreter Ihrer Partei, die geradezu frenetisch geklatscht haben, als die Präsidentin dort erwähnt hat, dass die bayerische Steuerverwaltung doch viel zu genau hinschaue. Ich weiß jetzt gar nicht mehr, was ich machen soll.

Ich möchte, dass unsere Steuerverwaltung korrekt arbeitet und korrekt mit Menschen umgeht, wenn sie Prüfungen vornimmt. Selbstverständlich soll sie die Menschen nicht ärgern, sondern ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen. Unsere Steuerverwaltung arbeitet top. Ich stehe hinter ihr. Wir werden sie weiter stärken. Ich war bei der bfg und beim Beamtenbund. Ich bin ständig im Gespräch. Überall ist der Tenor positiv, keineswegs so wie im Landtag. Seit Jahren wird hier reflexartig immer wieder dieses eine Argument genannt.

Ich sage Ihnen eines. Lieber Herr Pargent, wenn Ihnen zum Einzelplan 06 des Haushalts nichts anderes einfällt als die Frage nach dem Steuervollzug und die Ermahnungen des ORH zur Vorgehensweise im Steuervollzug, ist das eigentlich gar nicht schlecht. Wenn Sie beim Rest mit mir übereinstimmen, freue ich mich sehr darüber.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mehrere Redner haben wieder das Thema Steuer angesprochen. Was sollen wir denn noch erklären? – Ich weiß gar nicht, wie oft diese ideologischen Debatten noch stattfinden müssen. Manche Herrschaften glauben, je höher der Steuersatz ist und je mehr wir den Unternehmen und Menschen aufbürden, desto höher werden die Steuereinnahmen sein. Herr Ritter hat gerade gesagt, wenn die Unternehmenssteuer nochmals gesenkt werde, werde es in Zukunft keine Steuereinnahmen mehr geben. Vor zehn Jahren seien sie so stark gesenkt worden wie noch nie. Jetzt haben wir die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Sie haben doch das Gegenargument gleich mitgeliefert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Wir müssen das Geld bei den Menschen lassen. Dieser Staat hat noch nie so viele Steuern eingenommen wie im Moment. Wir müssen schauen, dass mehr Geld bei den Damen und Herren bleibt, die dieses Geld erwirtschaften. Noch besser als die Abgeordneten wissen die Menschen selbst, was sie mit ihrem Geld zu tun gedenken, ob sie investieren oder konsumieren. Darüber sollen diejenigen entscheiden, die das Geld erarbeiten. Wir müssen nur das nehmen, was wir dringend brauchen. Wenn wir die Leistungsträger dieser Gesellschaft weiter bei Laune halten wollen, müssen wir Steuern senken. Wir müssen das Geld bei denjenigen lassen, die es erwirtschaften, bei denen, die jeden Tag um fünf in der Früh aufstehen, und bei denen, die investieren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Das Groteske des Tages war die Forderung nach einer Entbürokratisierung im Steuerrecht. Herr Pargent, gleichzeitig haben Sie uns erklärt, dass wir bei der Grundsteuer endlich aufhören sollten, den Föderalismus zu leben. Jetzt sage ich Ihnen einmal was: Erst haben Sie gesagt, wir hätten zu wenige Steuerbeamte. Dann haben Sie gesagt, wir hätten zu viel Bürokratie. Schließlich lehnen Sie den Vorschlag des Freistaats Bay-

ern zur Grundsteuer ab, weil Sie Sorge haben, diese 16-mal zu vollziehen. Ich will das gar nicht 16-mal vollziehen. Ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn der bayerische Vorschlag zum Bundesgesetz von Herrn Scholz wird. Unser Vorschlag sah von Anfang an genau das vor: Wenig Bürokratie, wenige zusätzliche Steuerbeamte und ein gerechter Vollzug. Sie wollen doch nur aus der Grundsteuer eine Vermögenssteuer ableiten. Das ist doch Ihr Ziel. Es ist ein linkes Ziel, Steuern zu erhöhen – immer das Gleiche.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Schließlich bin ich noch aufgefordert worden zu sparen. Ich habe mir einmal angeschaut, was die GRÜNEN die letzten Jahre im Haushaltsausschuss beantragt haben. Sie werfen uns vor, wir entnähmen zu viel aus der Rücklage. Wir planen, 3,6 Milliarden aus der Rücklage zu entnehmen. Mit Ihrem Konzept planen Sie eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Die 800 Millionen von Audi wollten Sie auch noch verplanen. Das liegt mir so vor. Im Vergleich zu dem, was wir tun, weiß ich nicht, wo Ihre Einsparung ist. Seriöse Haushaltspolitik heißt: Wir müssen auf Basis der Steuerschätzung kalkulieren, was wir tun können und was nicht. Dann kommen all diejenigen, die genau wissen, dass der Finanzminister vor einem Vierteljahr, vor einem halben Jahr oder an Weihnachten hätte wissen müssen, wie und was zu tun ist. Meine Damen und Herren, ich sage das Folgende an all diejenigen, die glauben, das wäre zu spät, zu früh oder zu unseriös: Erstens sage ich nur etwas, wenn ich etwas weiß, und zwar belastbar weiß, weil genau diejenigen, die mir heute vorwerfen, ich hätte nichts gesagt, mir dann vorwerfen würden, ich hätte zu früh etwas gesagt, ohne es genau zu wissen. Ich habe am 4. April mein Schreiben zum Haushaltsvollzugsbericht 2018 an den Landtag geschickt. Da steht wahrheitsgemäß drin, was ich sagen konnte und dass ich noch mit den Haushaltsresten beschäftigt bin. Da brauche ich mir von niemandem vorwerfen lassen, ich hätte den Landtag zu spät informiert. Meine Damen und Herren, Haushaltsreste mit all den Ministerien zu verhandeln, ist nicht ganz so

banal. Das ging, glaube ich, noch nie so schnell wie in diesem Jahr. Wir haben uns beeilt.

Ich wusste auch: Vor der Behandlung im Landtag kommt noch mal eine Steuerschätzung. In Wahrheit war es doch so: Auf Basis dessen, was monatelang erzählt wurde – "Die nächste Steuerschätzung wird das Chaos bringen" –, haben Sie alle Ihre Reden geschrieben, die da lauteten: Jetzt muss der Füracker mal erklären, wo er die Millionen alle spart. Doppelhaushalt schlecht kalkuliert. – Das war es doch!

Dann war die letzte Woche Steuerschätzung. Ich kann doch nicht eine Haushaltsplanung vornehmen, bevor ich nicht die entscheidende Steuerschätzung habe, und das auch noch in einer Weise öffentlich darstellen, dass ich hinterher, acht Tage später alles zu revidieren habe. Jetzt ist die Steuerschätzung so, wie wir unseren Haushalt geplant haben. Das ist für mich die entscheidende Botschaft, meine Damen und Herren. Wir konnten uns bei der Steuerschätzung vom Bundestrend abkoppeln. Wir sind als Bundesland weiter stark. Wir haben keine so stark zurückgehenden Steuereinnahmen wie der Bund selbst, im Gegenteil: Wir können 2019 und 2020 sogar davon ausgehen und darauf hoffen, dass wir ein paar Euro mehr einnehmen. Das ist eine wunderbare Botschaft!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, diese Botschaft basiert auf einer seriösen Planung. Deswegen können wir investieren. Die Bildung, die Sicherheit – das haben wir alles hier diskutiert. Das sind großartige Aufgaben. Überall Rekorde: Die Kommunen – heute haben wir noch den Einzelplan 13 und das FAG, die Familienleistungen, die Pflege – ich will das hier nicht alles aufwärmen. Aber zeigen Sie mir mal ein Land, wo diese Möglichkeiten gegeben sind, und zwar ohne dass wir unseren Haushalt in einer Weise belasten, dass er nicht zukunftsfähig wäre. Ich freue mich über jeden Euro, den wir mehr einnehmen, als zunächst geplant war. Ich freue mich über die Wirtschaftskraft in

diesem Land und die Dynamik im Bereich der Investitionen in der Wirtschaft. Deswegen sind wir handlungsfähig.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch erwähnen, dass wir auch im Bereich der Heimat noch vieles tun können. Da werde ich dann hier wie alle Jahre belehrt, was beim Breitbandausbau stattfindet oder nicht stattfindet. Anstatt zur Kenntnis zu nehmen, wie die Situation vor Ort beurteilt wird, anstatt zur Kenntnis zu nehmen, wie andere Bundesländer dieses Problem angegangen sind, und anstatt zu verstehen, dass in diesem Bereich niemand mehr leistet als der Freistaat Bayern, wird hier jedes Jahr reflexartig erklärt, schnelles Internet sei erst dann gegeben, wenn in jedem Haus ein Glasfaseranschluss ist. Meine Damen und Herren, wissen Sie, zuständig dafür – das sage ich den Freunden von der FDP; gestern habe ich von ihnen gehört, wir müssen mehr privatisieren – sind die Telekommunikationskonzerne in Deutschland. Die machen auch viel. Aber die machen das nur dort, wo es sich lohnt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) – Zurufe von den GRÜNEN)

Als Zweiter ist der Bund zuständig. Der Bund hat ein Breitbandförderprogramm aufgelegt, als wir in Bayern schon 30.000 Kilometer Glasfaserleitung eingebuddelt gehabt hatten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Mittlerweile haben wir durch das bayerische Förderprogramm 47.000 Kilometer Glasfaser in Bayern ausgeschrieben und in Bau.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wer war dafür zuständig?)

47.000 Kilometer! Das bayerische Breitbandförderprogramm hat keinen einzigen Meter Kupferleitung gefördert. Beim bayerischen Breitbandförderprogramm kann man seit 2014 Glasfaser entweder bis zum Kabelverzweiger bauen oder bis ins Haus. Das entscheidet ausschließlich die Kommune.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das passiert aber nur bei 50 %!)

Ob Sie schon jemals außerhalb von München so viele kleine Kommunen besucht haben und sich um den Breitbandausbau dort gekümmert haben wie ich, weiß ich nicht. Ich jedenfalls kenne die Situation vor Ort genau. Selbst bei den Glasfaserleitungen bis ins Haus sind wir in Bayern das Flächenland mit der zweithöchsten Anschlussrate aller Gebäude. Die zweithöchste!

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Hören Sie halt zu! Ich habe Ihnen doch auch zugehört! – Im ländlichen Raum hatten wir vor fünf Jahren 27 % der Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Mittlerweile haben wir 82 %. Wir sind Spitze in ganz Deutschland. Das haben wir durch unser Förderprogramm geschafft, das Sie schlechtgeredet haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das geht weiter, weil wir die Digitalrichtlinie, die Glasfaser-richtlinie fortschreiben. Wir sind die Einzigen in Europa, die überhaupt von der Europäischen Union jetzt schon eine Notifizierung für ein Breitbandförderprogramm bekommen haben, das dort fördern darf, wo es schon 30 Mbit/s gibt.

Ich weiß nicht, ob Sie sich damit jemals schon beschäftigt haben. Wir werden unsere Richtlinie jetzt einreichen, damit wir kurzfristig überall fördern dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gibt. Da sind wir mit unserem Förderprogramm nicht nur in Bayern und in Deutschland Trendsetter, sondern auch in ganz Europa die Allerersten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Dass eine Steuerverwaltung eine sehr digitale Verwaltung ist, scheint auch noch nicht jeder verstanden zu haben.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Da drüben!)

Dass wir bei der Steuerverwaltung in der Umsetzung der Digitalisierungsprojekte im Bereich Verwaltung an der Spitze aller Verfahren stehen, müsste eigentlich jeder langsam wissen. Dass unsere Rechenzentren zum Beispiel unmittelbar mit der Steuerverwaltung verbunden sind, ist ein Hintergrund, den nicht jeder wissen kann. Deswegen erkläre ich es hier. Dass wir auch für Datensicherheit für die staatlichen Netze sorgen müssen, ist ein Hintergrund, den jeder wissen müsste. Aber es scheint nicht so zu sein. Deswegen sage ich es noch mal. Deswegen haben wir in unserer Verwaltung und in unserem Haushalt im Bereich Datennetze, Datensicherheit und Verwaltung digitaler Verfahren einen Vorsprung im Vergleich zu anderen Bundesländern, der sagenhaft ist. Wir haben im Bereich der Steuerverwaltung Kooperationen mit anderen Bundesländern, wo die auf uns zukommen und fragen: Wie macht ihr das in Bayern? – Die einzige Kritik, die Sie daran haben, besteht darin, zu monieren, dass das Ganze im Finanz- und Heimatministerium läuft und nicht im Digitalisierungsministerium. Wenn Sie nicht mehr Kritik haben, halte ich es aus. Hauptsache, es funktioniert, und es funktioniert hervorragend, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Förderrichtlinie für das digitale Rathaus ist fertig. Wir werden dieses Förderprogramm auf den Weg bringen, sobald der Haushalt uns die Möglichkeiten gibt. Mit dem heutigen Tag hoffe ich, dass die "haushaltsfreie Zeit" in Bayern ein Ende nimmt. Das könnten Sie bewerkstelligen, indem Sie hier zustimmen und unseren Haushalt dadurch in Gänze würdigen. Meine Damen und Herren, auch wenn überall noch irgendwo ein Haar in der Suppe gefunden werden könnte: Nennen Sie mir bitte ein Land oder eine Region in Europa, wo mit so stabilen Haushaltszahlen aufgewartet werden kann, dass man sich bei Haushaltsberatungen darüber unterhält, wann der Finanzminister was gesagt hat und ob er es nicht eine Woche früher oder später hätte sagen können, wollen, sollen, müssen, ohne zu akzeptieren, dass ich Briefe schreibe,

wo alles drinsteht. Ohne die Briefe zu lesen, überlegt man sich hier, was man tun kann.

Ich bin dankbar, dass wir in so einem wunderbaren Land leben dürfen. Ich bin dankbar, dass unsere Wirtschaft so stabil ist. Wir wissen, dass die Prognosen der Bundesregierung und der Experten für die nächsten Jahre nicht mehr ganz so optimistisch sind. Aber, meine Damen und Herren, es ist doch keine Rezession vorhergesagt, sondern es sind nicht mehr ganz so schnell steigende Steuereinnahmen vorhergesagt. Anstatt dieses Land jeden Tag schlechtzureden, jeden Tag Leitindustrien in den Müll zu treten und zu erklären, wir hätten furchtbare Autos und wären überall hinten dran, bei uns auf dem Land läuft digital nichts und uns schon fast dafür zu entschuldigen, wie schlecht es in Deutschland ist, meine Damen und Herren, müssen wir darüber nachdenken, was wir politisch dazu beitragen können, damit wir die Stabilität, die wir jetzt haben, erhalten können und durch Wachstum in diesem Land wieder Steigerungsraten in den Einnahmen erzielen. Das muss unser Ziel sein. Dafür eignet sich der Haushalt hervorragend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke sehr. Die Einnahmen werden klug verwendet. Unsere Ausgaben werden in der Weise getätigt, wie wir sie brauchen, um die Zukunft zu gewinnen. Überall dort, wo wir noch Defizite verspüren, sind wir längst auf dem Weg, arbeiten daran und verbessern uns jeden Tag – das dürfen Sie mir glauben. Das ist Bayern. Wir sind gut, wir sind spitze.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir verbessern uns jeden Tag.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung zu-

grunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/629 mit 18/631, 18/682 mit 18/688, 18/731 und 18/732, 18/770, 18/895 und 18/896 sowie 18/946 und 18/947 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1769.

Vorab ist über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion in namentlicher Form und dann über die drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau" auf Drucksache 18/895, wie beantragt, in namentlicher Form abstimmen. Die Urnen für die Stimmabgabe stehen bereit. Damit kann begonnen werden. Fünf Minuten haben wir Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 10:41 bis 10:46 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Es folgen nun drei weitere Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen deshalb, sich wieder auf ihre Plätze zu begeben, weil die Abstimmung in einfacher Form stattfindet und wir die Mehrheitsverhältnisse feststellen müssen.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle drei Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der AfD betreffend "Förderung des Erhalts traditioneller Vereine" auf Drucksache 18/683. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die restlichen Fraktionen sowie Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD betreffend "Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung von Gemeinden und Gemeindeverbänden" auf Drucksache 18/687. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle weiteren Fraktionen und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Änderungsantrag der AfD auf Drucksache 18/688 betreffend "Förderung eGovernment" abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle weiteren Fraktionen und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Die Sitzung muss jetzt leider unterbrochen werden, bis die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ausgezählt haben.

(Unterbrechung von 10:48 bis 10:49 Uhr)

Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht um den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau" auf Drucksache 18/895: Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 97 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1769 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der

CSU und der FREIEN WÄHLER sowie Herr Kollege Swoboda (fraktionslos) und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP und die AfD. Zur Sicherheit: Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt wie immer vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen bis auf die AfD sowie die Kollegen Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen! – Die AfD-Fraktion. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1769 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/946 und 18/947 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

Bevor ich nun den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich darauf hinweisen – damit Sie rechtzeitig planen können –, dass wir nach dem nächsten Tagesordnungspunkt eine halbe Stunde Mittagspause eingeplant haben.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 16: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau (Kap. 06 01 Tit. 536 03) (Drucksache 18/895)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	74	97	1

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 16

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

- | | |
|---|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbildung für die Finanzverwaltung verstetigen
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/731</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Stellenkürzung in den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/732</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Ausgaben für sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 18/682</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Erhalts traditioneller Vereine
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 18/683</p> | <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Breitbanderschließung
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/684</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 06 21 Tit. 531 60)
Drs. 18/685</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des BayernPortals
(Kap. 06 50 Tit. 526 76)
Drs. 18/686</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung von Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Kap. 06 50 Tit. 633 76)
Drs. 18/687</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung eGovernment
(Kap. 06 50 neuer Tit.)
Drs. 18/688</p> |
|---|---|

- | | |
|--|---|
| <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Breitbanderschließung und freies WLAN (BayernWLAN)
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/629</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/630</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen personell stärken
(Kap. 06 16 Tit. 428 01)
Drs. 18/631</p> | <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Studienbedingungen im Fachbereich Finanzwesen (Herrsching am Ammersee und Kaufbeuren) der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern
(Kap. 06 14 Tit. 511 01 und 511 22)
Drs. 18/770</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 06 01 Tit. 536 03)
Drs. 18/895</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planmäßige Beamte
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 18/896</p> |
|--|---|

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.05.2019

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)